

EUROPA-ARCHIV

Herausgegeben von Wilhelm Cornides

M/II

De

ELFTES JAHR

JULI-DEZEMBER 1956

FORSCHUNGSINSTITUT DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

(Institut für Europäische Politik und Wirtschaft)

FRANKFURT AM MAIN

Inhalt

Verzeichnis der Beiträge und Dokumente	3*
Sachverzeichnis	6*
Personenverzeichnis	22*

Erläuterungen

Im Sachverzeichnis sind die Seitenzahlen des zu einem Stichwort gehörenden Hauptbeitrages sowie des Wortlauts zugehöriger Dokumente durch fetteren Druck hervorgehoben; ein Stern vor der Seitenzahl verweist auf Notizen in der Zeittafel. Die Mitteilungen des Europarats sind im Sach- und Personenverzeichnis mit berücksichtigt.

Berichtigungen

Folge 16/1956:

S. 9118, rechte Spalte, 2. Zeile, lies richtig: „Wirkungen des gemeinsamen Marktes hinsichtlich des Wohlstandes . . .“

Folge 17/1956:

S. 9150, linke Spalte, 6.—8. Zeile nach der Ueberschrift: Zu streichen: „mit Ausnahme des türkischen Ministerpräsidenten“; lies richtig: „Inzwischen haben sämtliche . . .“

S. 9158, 1. Zeile nach der Ueberschrift, lies richtig: „vom 27. bis zum 29. Juli 1956“.

Folge 20/1956:

S. 9242, Karte, linke obere Ecke: Lies richtig: „Irak“.

S. 9274, linke Spalte, 4./3. Zeile von unten, lies richtig: „der Europäischen Menschenrechtskonvention“.

S. 9276, linke Spalte: Die Ueberschrift lautet richtig: „Kongreß der Internationalen Bürgermeister-Union“.

Folge 22—23/1956:

S. 9363, rechte Spalte, Artikel 14: Die erste Zeile lautet richtig: „Unbeschadet eines bestehenden oder künftigen Verbotes . . .“

S. 9364, linke Spalte, 4./5. Zeile, lies richtig: „einer „offenen Stadt“ zuzuerkennen“.

S. 9408, rechte Spalte, **Libanon**, 2. Zeile, lies richtig: „die Könige *Saud* von Saudi-Arabien, *Hussein* von Jordanien . . .“

Folge 24/1956:

S. 9413, linke Spalte, 21. Zeile, lies richtig: „ . . . und Frankreich vorschlugen, würde selbst nicht über die Macht verfügt haben“.

S. 9422, linke Spalte, 9./10. Zeile, lies richtig: „Alle Schiffswerften, außer denen in Amerika, die am teuersten sind“.

S. 9425, linke Spalte, 39. Zeile, lies richtig: „des griechischen Frachters . . .“

S. 9427, linke Spalte, 11. Zeile, lies richtig: „des Achtzehn-mächteplanes“.

S. 9428, linke Spalte, 19. Zeile, lies richtig: „und Ben Gurion dringend Mäßigung anriet“.

S. 9442: Der letzte Untertitel lautet richtig: „Erklärung von Premierminister Sir Anthony Eden vor dem Unterhaus am 30. Oktober 1956**“. Entsprechend ist die zugehörige Fußnote in ihrer zweiten Zeile zu berichtigen.

S. 9481, linke Spalte, vorletzte und letzte Zeile, lies richtig: „mit dem Weltpostverein, da ja der Artikel 9 . . .“

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co.).

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.).

Anschrift der Schriftleitung: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 80 21.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Verzeichnis der Beiträge und Dokumente

Verzeichnis der Beiträge

Der Colombo-Plan. Von Michael Heywood . . .	8989
Die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen. Von Herbert M. Pollard . . .	9003
Der Konflikt zwischen Völkerrecht und Rassenpolitik. Südafrika und die Vereinten Nationen. Von Dr. J. W. Brügel . . .	9021
Der Svalbard-Archipel und die wachsende Bedeutung der Arktis. Von Dr. Trygve M. S. Mathisen	9029
Materialien zur jüngsten Gestaltung der Grönlandfrage. Von Dr. Jón Dúason . . .	9035
Die Volksbefragung an der Saar vom 23. Oktober 1955. Entscheidung über das deutsch-französische Abkommen vom 23. Oktober 1954. Von Klaus Altmeyer . . .	9049
Die Schweiz und Europa. Von Günter Hindrichs .	9089
Die sowjetische Elektrizitätsversorgung. Von Leonhard Müller . . .	9099
Das Echo des 20. Kongresses der KPdSU in der Tschechoslowakei. Der Kampf der Kommunistischen Partei um die Behauptung ihrer Position. Von Dr. Helmut Slapnicka . . .	9129
Die Inflationsbekämpfung in den europäischen Nationalwirtschaften. Von Staatssekretär a. D. Dr. Paul Binder . . .	9165
Die Verhandlungen über einen gemeinsamen nordischen Markt. Von Johan Wilhjelm . . .	9171
Das Potsdamer Abkommen, das Grundgesetz und die Wiedervereinigung Deutschlands im Lichte des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes im KPD-Prozeß vom 17. August 1956 und des Memorandums der Bundesregierung vom 2. September 1956. Von Dr. Achim von Winterfeld .	9203
Die Tätigkeit des Ständigen Rüstungsausschusses und des Rüstungskontrollamtes der Westeuropäischen Union. Von Dr. Hans Joachim Heiser .	9213
Der Kampf um den Persischen Golf. Von Nationalrat Dr. Lujó Tončić-Sorinj . . .	9239
Natürliche und soziale Strukturmerkmale europäischer Völker. Von Dr. Fritz Below . . .	9250
Fortsetzung und Schluß . . .	9289
Die politische Entwicklung in Japan seit dem Friedensvertrag von 1951 unter besonderer Berücksichtigung der außenpolitischen Probleme. Von Yoshiji Nishijima . . .	9277
Die Herbstkrisen von 1956 im Spiegel des Europa-Archivs . . .	9309
Die vergessene Revolution. Gedanken zur europäischen Sicherheit in der gegenwärtigen Weltkrise. Von Wilhelm Cornides . . .	9311
Die nationale Komponente in der kommunistischen Entwicklung Polens. Von Dr. Georg W. Strobel	9317
Die Tragödie des ungarischen Volksaufstandes. Von Dr. Curt Gasteyer . . .	9337
Die Ereignisse in Ungarn und die sowjetische Definition der Aggression. Von Dr. Dietrich A. Loeber	9355
Der neueste kriegsrechtliche Entwurf des IKRK zum Schutz der Zivilbevölkerung. Von Dr. Eberhard Spetzler . . .	9361

Die Mittelostkrise in arabischer, israelischer, britischer und französischer Sicht	
Die Suezkanal-Krise in arabischer Sicht. Von Edward Atiyah . . .	9409
Das israelisch-arabische Problem. Absicht und Grund der israelischen Aktion gegen Aegypten. Von A. Parshan . . .	9414
Großbritannien und Suez. Von D. C. Watt . .	9417
Frankreichs Haltung in der Suez-Krise. Von Jacques Vernant . . .	9429
Zum Gestaltwandel des britischen Weltreichs. Vom Empire zum Commonwealth. Von Prof. C. E. Carrington . . .	9433

Verzeichnis der Dokumente

(nach der Zeitfolge)

Dokumente zur Frage des Suezkanals (I)	
Konzessions-Dekret (Firman) des Kalifen Mohammed al-Said Pascha vom 30. November 1854	9175
Charta der Konzession für den Bau und Betrieb des Suezkanals vom 5. Januar 1856 . . .	9176
Konvention vom 22. Februar 1866 zwischen der ägyptischen Regierung und der Suezkanal-Gesellschaft . . .	9178
Konvention von Konstantinopel vom 29. Oktober 1888 über die Freiheit der Schifffahrt im Suezkanal . . .	9181
Definition der Aggression, Vorschlag der Sowjetunion in den Vereinten Nationen am 15. August 1953 (Doc. A/AC.66/L2/Rev.1) . . .	9359
Abkommen vom 26. März 1956 über die Errichtung des „Vereinigten Instituts für Kernforschung“ zwischen Albanien, Bulgarien, der Chinesischen Volksrepublik, der DDR, Nordkorea, der Mongolischen Volksrepublik, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn und der Sowjetunion .	9067
Plan für die Gründung einer Behörde für die wirtschaftliche Entwicklung der Welt, vom französischen Außenminister, Christian Pineau, am 4. Mai 1956 dem Nordatlantikatrat vorgelegt . . .	9155
Dokumente zur Abrüstungsfrage	
Erklärung der Sowjetregierung vom 14. Mai 1956	9009
Schreiben Ministerpräsident Bulganins an Präsident Eisenhower vom 6. Juni 1956 . . .	9007
Schreiben Ministerpräsident Bulganins an Bundeskanzler Adenauer vom 6. Juni 1956 . . .	9008
Schreiben Bundeskanzler Adenauers an Ministerpräsident Bulganin vom 21. Juli 1956 . . .	9152
Schreiben Präsident Eisenhowers an Ministerpräsident Bulganin vom 7. August 1956 . . .	9151
Schreiben Ministerpräsident Bulganins an Präsident Eisenhower vom 11. September 1956 . .	9260
Kommuniqué vom 13. Juni 1956 über die Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Außenminister Dulles in Washington . . .	9013
Die Ergebnisse des Staatsbesuchs von Präsident Tito in der Sowjetunion	
Gemeinsame Erklärung vom 20. Juni 1956 über die sowjetisch-jugoslawischen Besprechungen in Moskau . . .	9061
Erklärung vom 20. Juni 1956 über die Beziehungen zwischen dem Bund der Kommunisten	

Jugoslawiens und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion	9063	Entschließungen des Ministerkomitees des Europarats auf der 41. Sitzung der Stellvertreter vom 20. bis zum 28. September 1956	
Dokumente zur Frage des amerikanisch-isländischen Verteidigungsabkommens		Entschließung (56)15 über die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas	9273
Isländische Note an den Nordatlantikrat vom 22. Juni 1956	9225	Deutsch-belgisches Kommuniqué vom 25. September 1956 über den Staatsbesuch von Bundeskanzler Adenauer in Brüssel	9259
Empfehlung des Nordatlantikrats an die Regierungen Islands und der Vereinigten Staaten vom 3. August 1956	9226	Deutsch-französisches Kommuniqué vom 29. September 1956 über die Besprechungen zwischen Ministerpräsident Mollet und Bundeskanzler Adenauer in Bonn	9259
Die Ergebnisse der Konferenz der Premierminister des Commonwealth in London vom 27. Juni bis zum 6. Juli 1956		Entwurf von Regeln zur Begrenzung der Gefahren, denen die Zivilbevölkerung in Kriegszeiten ausgesetzt ist. Vorschlag des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, veröffentlicht in der Revue Internationale de la Croix Rouge im September 1956	9362
Schlußkommuniqué	9153	Erklärung des britischen Schatzkanzlers, Harold Macmillan, vom 3. Oktober 1956 über die Pläne für eine partielle Freihandelszone zwischen dem Commonwealth und Westeuropa	9295
Besondere britisch-ceylonesische Erklärung	9154	Die Ergebnisse der sowjetisch-japanischen Verhandlungen in Moskau vom 13. bis zum 19. Oktober 1956	
Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 30. Juni 1956 über die Ueberwindung des Personenkults und seiner Folgen	9142	Gemeinsame Erklärung	9287
Erklärung vom 17. Juli 1956 über die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der DDR und der Sowjetunion in Moskau	9065	Protokoll über die Entwicklung des Handels und die gegenseitige Meistbegünstigung	9288
Dokumente zur Frage des Suezkanals (II)		Dokumente des Zweiten Teils der 8. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarats vom 15. bis zum 26. Oktober 1956	
Aegyptisches Gesetz vom 26. Juli 1956 über die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft	9184	Entschließung Nr. 99: Antwort auf den 7. Bericht der OEEC	9475
Dreimächte-Erklärung vom 2. August 1956 zum Abschluß der Außenminister-Konferenz in London	9185	Entschließung Nr. 100: Antwort auf den 2. Bericht der Konferenz der Europäischen Verkehrsminister	9480
Erklärung des Verwaltungsrates der Suezkanal-Gesellschaft vom 3. August 1956	9185	Entschließung Nr. 101 zur Frage des europäischen gemeinsamen Marktes	9471
Erklärung der Sowjetregierung vom 9. August 1956	9186	Entschließung Nr. 103: Antwort auf den 4. Bericht der Hohen Behörde der EGKS (Auszug)	9478
Erklärung des ägyptischen Staatspräsidenten, Gamal Abdel Nasser, vom 12. August 1956	9189	Entschließung Nr. 104 über die Beziehungen der Beratenden Versammlung zu den nationalen Parlamenten	9468
Lösungsvorschläge der 1. Londoner Suezkanal-Konferenz (16. bis 23. August 1956) für die Regelung der Suezkanal-Frage	9191	Entschließung Nr. 105: Aenderung der Geschäftsordnung der Beratenden Versammlung	9491
desgl.: spanischer Vorschlag	9223	Entschließung Nr. 107 für Befreiung der politischen Gefangenen in Osteuropa	9490
Kommuniqué vom 11. September 1956 über die britisch-französischen Besprechungen zur Suezkanal-Frage in London	9224	Entschließung Nr. 111: Antwort auf den 4. Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für europäische Wanderung	9489
Schlußkommuniqué der 2. Londoner Suezkanal-Konferenz vom 21. September 1956	9224	Entschließung Nr. 112: Stellungnahme zu aktuellen internationalen Fragen	9463
Erklärung vom 21. September 1956 über die Schaffung einer Vereinigung der Suezkanal-Benutzer	9441	Empfehlung Nr. 99 über die Rolle und Arbeitsweise des Europarats	9466
Entschließung der 3. Londoner Suezkanal-Konferenz vom 4. Oktober 1956 über das Organisationsstatut der Vereinigung der Suezkanal-Benutzer	9441	Empfehlung Nr. 100 über die Pflichtversicherung für Kraftfahrer	9483
Grundsätze zur friedlichen Regelung der Suezkanal-Frage. Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 13. Oktober 1956	9442	Empfehlung Nr. 101 über die parlamentarische Kontrolle europäischer Institutionen	9466
Memorandum der Bundesregierung vom 2. September 1956 zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, übergeben am 7. September durch die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, Washington, Paris und London	9217	Empfehlung Nr. 102 zum europäischen Post- und Fernmeldewesen	9481
Telegrammwechsel zwischen dem Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europarats und der polnischen Regierung über den Posener Prozeß		Empfehlung Nr. 104 über die Europäische Sozialcharta	9485
Telegramm von Präsident Dehousse vom 8. September 1956	9272	Empfehlung Nr. 105 zur Politik des Europarats im Lichte der internationalen Lage	9464
Antworttelegramm des polnischen Ministerpräsidenten vom 21. September 1956	9272	Dokumente zu den Ereignissen in Polen im Oktober 1956	
Telegramm von Präsident Dehousse vom 22. September 1956	9272	Rede von Wladyslaw Gomulka vor dem VIII. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 20. Oktober 1956	9369

Rede von Wladyslaw Gomulka auf einer Massenversammlung in Warschau am 24. Oktober 1956	9384	Die Europäische Konvention über Niederlassung. Von Herbert M. Pollard	9042
Sowjetisch-polnische Erklärung über die Verhandlungen in Moskau vom 15. bis zum 18. November 1956	9385	Deutsch-französisches Gespräch in Paris (Centre d'Etudes de Politique Etrangère). Von Walter Schütze	9044
Dokumente zum Volksaufstand in Ungarn im Oktober und November 1956		Die vierte Zollkonferenz des GATT in Genf. Von Dr. Hans Gantzer	9069
Erklärung der Sowjetregierung vom 30. Oktober 1956 über die Beziehungen der UdSSR zu den anderen sozialistischen Staaten	9388	Zur Lage der britischen Wirtschaft im Jahre 1956. Die Wirtschaftsübersicht des britischen Schatzamtes. Von Dr. Karl Schlosser	9071
Der Aufruf der am 4. November gebildeten „Ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung“ unter Janos Kadar	9389	Außenpolitische Debatte im Deutschen Bundestag (W. B.)	9074
Botschaft Präsident Eisenhowers an Ministerpräsident Bulganin vom 4. November 1956 zur sowjetischen Intervention in Ungarn	9391	Der Bundesparteitag des GB/BHE in Fulda	9078
Dokumente zur Krise im Mittleren Osten		Der Gründungsparteitag der FVP in Bochum . .	9078
Bekanntgabe des britisch-französischen Ultimatums an Israel und Ägypten. Erklärung von Premierminister Sir Anthony Eden vor dem Unterhaus am 30. Oktober 1956	9442	Die ordentliche Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung der ECKS im Mai und Juni 1956 (G. St.)	9109
Aufforderung der Vereinten Nationen zur Feuereinstellung und Nichteinmischung in Ägypten. Resolution der Vollversammlung vom 2. November 1956	9443	Ausdehnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas im Rahmen der OEEC (Wi.)	9113
Sowjetischer Vorschlag für eine gemeinsame sowjetisch-amerikanische Intervention. Botschaft von Ministerpräsident Bulganin an Präsident Eisenhower vom 5. November 1956	9444	Die Dritte Internationale Konferenz der ELEC in Brüssel. Von Wolfgang Morgenstern	9117
Ablehnung des sowjetischen Interventionsvorschlags. Erklärung der amerikanischen Regierung vom 5. November 1956	9444	Jahreskongreß der Nouvelles Equipes Internationales. Von Wolfgang Morgenstern	9118
Schreiben des Generalsekretärs der Vereinten Nationen an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vom 5. November 1956 betreffend die Feuereinstellung in Ägypten . .	9445	Der Bundesparteitag der SPD in München. Von Günter Hindrichs	9157
Antwortschreiben der britischen Regierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen vom 6. November 1956	9446	Die 28. Tagung des Zentralkomitees der SED. Von Dr. Curt Gasteyger	9158
Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin vom 5. November 1956 an die Ministerpräsidenten Großbritanniens, Frankreichs und Israels mit der Drohung eines gewalt-samen sowjetischen Eingreifens in den Mittel-ost-Konflikt	9446	Der Verlauf der 1. Londoner Suez-Konferenz vom 16. bis zum 23. August 1956 und der anschließenden Besprechungen in Kairo	9193
Antwortschreiben Premierminister Edens an Ministerpräsident Bulganin vom 6. November 1956	9447	Die Bemühungen zur Lösung der Suez-Frage, 9. bis 24. September 1956	9229
Aufstellung einer internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen für den Mittleren Osten. Resolution der Vollversammlung vom 7. November 1956	9448	Die 22. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen. Von Günter Hindrichs .	9231
TASS-Erklärung vom 10. November 1956 über einen möglichen Einsatz sowjetischer Freiwilliger im Mittleren Osten	9448	Der Staatsbesuch von Bundeskanzler Adenauer in Brüssel. Von Günter Hindrichs	9263
Gemeinsame Erklärung vom 14. November 1956 über die Konferenz der Ministerpräsidenten von Burma, Ceylon, Indien und Indonesien in Delhi	9449	Die zweite Konferenz des Parlamentarischen Rates der Europäischen Bewegung in Wien. Von Wolfgang Morgenstern	9264
Gemeinsames Communiqué vom 15. November 1956 über die Konferenz der arabischen Staatsoberhäupter in Beirut	9451	Jahreskonferenz des Rates der Liberalen Weltunion in Stresa. Von Wolfgang Morgenstern	9264
Rede Präsident Titos am 11. November 1956 in Pula zu den Ereignissen in Ungarn und im Mittleren Osten	9391	Der Parteitag der CDU-Ost in Weimar. Von Günter Hindrichs	9265
		Der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Chinesischen Volksrepublik. Von Dr. Curt Gasteyger	9266
		Zweite Deutsch-Französische Konferenz in Bad Neuenahr	9297
		Die Jahreskonferenzen der britischen Parteien. Von Dr. J. W. Brügel	9299
		Der Vierte Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg. Von Günter Hindrichs	9301
		Die Lehren des 20. Juli. Bericht über eine Tagung der Evangelischen Akademie Loccum	9302
		<i>Zeittafeln</i>	
		1. bis 15. Juni 1956	9015
		16. bis 30. Juni 1956	9045
		1. bis 15. Juli 1956	9079
		16. bis 31. Juli 1956	9119
		1. bis 15. August 1956	9159
		16. bis 31. August 1956	9195
		1. bis 15. September 1956	9233
		16. bis 30. September 1956	9267
		1. bis 15. Oktober 1956	9303
		16. bis 31. Oktober 1956	9401
		1. bis 15. November 1956	9405
		16. bis 30. November 1956	9453

Aus dem Zeitgeschehen
Informationen und Berichte

Die 21. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (W. B.)	9041
--	------

Mitteilungen des Europarats

8. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung,	
2. Teil	9459
Die Tätigkeit des Europarats im Juni 1956	9085
Die Tätigkeit des Europarats im Juli 1956	9125
Die Tätigkeit des Europarats im August 1956	9199
Die Tätigkeit des Europarats im September 1956	9271
Die Tätigkeit des Europarats im Oktober 1956	9459

Verzeichnis der Karten und Diagramme

Gesamterzeugung elektrischer Energie in der Sowjetunion im Vergleich mit einigen anderen Ländern	9101
--	------

Gesamte installierte Leistung der sowjetischen Kraftwerke im Vergleich mit einigen anderen Ländern	9101
Hauptkraftwerke und Hochspannungsverbindungsleitungen im europäischen Teil der Sowjetunion	9104
Hauptkraftwerke und Hochspannungsverbindungsleitungen im asiatischen Teil der Sowjetunion	9105
Uebersichtskarte der Länder um den Persischen Golf	9242
Die ostarabischen Territorien	9244
Territoriale Fragen zwischen Japan und der Sowjetunion (Südsachalin und Kurilen)	9282
Ungarn	9341

Sachverzeichnis**Abkommen**

Arabische Liga s. diese	
Briand-Kellogg-Pakt v. 27. 8. 28: 9206	
Bagdad-Pakt s. diesen	
Deutschlandvertrag vgl. Deutschland (Bundesrepublik)	
Bundesrepublik Deutschland—Belgien, Grenzregelung, v. 24. 9. 56: 9259, 9263	
Frankreich—Tunesien, diplomatische Konvention, v. 15. 6. 56: *9018	
Großbritannien —	
Ägypten, Bündnis, v. 26. 8. 36: 9418, 9420f	
Ägypten, Stützpunkt am Suezkanal, v. 19. 10. 54: 9190, 9192, 9410, 9421	
Jordanien, Bündnis, v. 15. 3. 48: *9304, 9422, 9427, 9443, *9456	
Libyen, Bündnis, v. 29. 7. 53: *9455	
Japan — alliierte Mächte, Friedensvertrag v. San Francisco, v. 1. 9. 51: 9277, 9280, 9282, 9284, 9286	
von Konstantinopel, Konvention üb. d. Freiheit d. Schifffahrt im Suezkanal, v. 29. 10. 1888: *9160f, 9181ff (Wortl.), 9185ff, 9193, 9223, 9225, 9231, 9410f, 9413, 9420f, 9423, 9426, 9431, 9452, 9463	
Konvention z. Abschaffung d. Sklaverei, v. 25. 9. 26: 9027	
Konvention üb. Zivilprozeßrecht, v. 1. 3. 54: 9271	
Nordatlantikpakt s. diesen	
Pariser Verträge s. diese	
von Potsdam, v. 2. 8. 45: 9203ff	
Saarvertrag vgl. Saar	
Südostasienpakt s. diesen	
Vereinigte Staaten —	
Island, Verteidigungshilfe, v. 5. 5. 51: 9225ff	
Japan, Sicherheitsvertrag, v. 8. 9. 51: 9285f	
Warschauer Vertrag s. diesen	

Abrüstung

vgl. auch Vereinte Nationen	
9007ff (Wortl.), *9015, 9062, 9066, 9075f, 9078, *9080f, *9119ff, 9150ff,	

9153, *9196, 9215, 9219, 9227, *9235, 9260ff (Wortl.), 9264, 9298, 9303, 9386, 9451, *9454f, 9460, 9464	
---	--

Atomkontrolle 9151

Einstellung der Atomwaffenversuche *9120f, 9260, 9262, *9403, 9460, 9464	
Verbot d. Atomwaffe 9007, 9010ff, *9015, 9062, 9066, *9081, *9235, 9260ff, *9268, 9365, 9386, 9464	

Ägypten

Atomenergie	
Abkommen m. d. Sowjetunion *9082	
Außenpolitik	
*9047	

Beziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland *9233	
Frankreich 9410, 9429f (Besuch Pineau) 9430	
Großbritannien 9410, 9420, 9422ff	
Indien (Besuch Menon) *9197, 9230, *9403	
(Besuch Nehru) *9122	
Indonesien (Besuch Abdulgani) *9197	
Irak 9414	
Israel 9416	
Jugoslawien (Nasser in Brioni) *9120f	
Sowjetunion (Besuch Schepilow) *9047	
Syrien *9082, 9414	

Noten:

an Vereinte Nationen (Mittelost-Konflikt) v. 5. 11. 56: 9445	
Schreiben Nassers an Eisenhower, Bulganin, Nehru u. Tito (Mittelost-Konflikt) v. 30. 10. 56: *9404	

Innenpolitik

Regierung *9048	
Staatspräsident *9048	
Staatshaushalt *9082, 9425	

Suezkanal**vgl. auch Mittlerer Osten**

9175ff (Wortl.), *9197f, 9223ff (Wortl.), 9229ff, *9233f, 9264f,	
--	--

*9268ff, 9273, 9297, 9299ff, *9304ff, 9385, *9402f, 9409ff, 9417ff, 9429ff, 9441ff (Wortl.), *9455, 9461ff	
Abgaben 9175, 9177f, 9191f, 9418, 9442	
Ablehnung d. britisch-französischen Ultimatums *9403f, 9413f, 9423	
Durchfahrtsgebühren 9175, 9177f, 9191, 9225, 9229ff, *9268, *9402f, 9410, 9423, 9425ff, 9431f, 9442	
Durchfahrtsvolumen 9191f	
Freiheit d. Durchfahrt 9177, 9181ff, 9194, *9197, 9229f, 9265, *9304, *9306, 9409ff, 9415, 9420, 9423, 9426, 9431f, 9442ff, 9461ff	
Freilegung des Kanals 9443f, 9446f, *9456	
Konvention von Konstantinopel vgl. Abkommen	
Konzession 9175ff (Wortl.), 9178f, 9181, 9183ff, 9411, 9418, 9463	
Lahmlegung des Kanals 9443, 9446	
Lotsen 9229f, *9305, 9412, 9419, 9425f	
Räumung d. britische Truppen *9017, *9047, 9410, 9421, 9422	
Suezkanal-Behörde (ägyptische) 9184, 9189, 9194, 9223f, 9229, *9305, *9403, 9412, 9418, 9425f, 9432	
Suezkanal-Behörde (internationale) 9191f, 9193f, *9195, *9197, 9223, 9230, *9306, 9412f, 9414, 9424, 9431f, 9461ff	
Suezkanal-Gesellschaft 9175ff, 9185f (Wortl.), 9186, 9193, 9229, 9410ff, 9418ff, 9442	
Suezkanal-Konferenzen vgl. Konferenzen	
Ablehnung d. Vorschläge d. I. Londoner Suezkanal-Konferenz 9194, *9196, 9425, 9431	
Vereinigung der Suezkanal-Benutzer (SCUA) 9224, 9225 (Wortl.), 9229ff, *9268, *9304, *9306, *9402f, 9425ff, 9431f, 9441f (Wortl.)	
Verstaatlichung *9120, *9122, *9159ff, 9184 (Wortl.), 9185ff, 9193, *9197, 9229, 9231, *9304, 9399, 9409ff, 9418, 9423ff, 9430f, 9462f	
Verteidigung d. Kanals 9420f	

Verfassung und Verwaltung

*9048

Ausweisung v. Ausländern *9455

Verteidigung

9182, 9229f

Bündnis m. Syrien u. Jordanien 9414f, 9427f, 9442

Rüstungsausgaben *9081

Streitkräfte 9452

Waffenlieferungen aus Ostblockstaaten 9410, 9414ff, 9417, 9424

Wirtschaft

9410, 9417f

Anleihe des Internationalen Währungsfonds 9427

Assuan-Damm *9120ff, 9410, 9417

Auslandsguthaben 9190, 9426

Hilfe f. d. Opfer d. Krieges 9450

Investitionen 9419

Kriegswirtschaftsplan *9235

sowjetische Wirtschaftshilfe 9417

Afghanistan

Beziehungen zu:

Sowjetunion (Mohammed Daud in Moskau) *9403

Türkei (Besuch Menderes) *9122

Puschunistan-Streitfall *9122

Waffenlieferungen aus Ostblockstaaten *9236

sowjetische Wirtschaftshilfe *9198

Afrika

asiatisch-afrikanische Wirtschaftsorganisation (Projekt) *9305

Unabhängigkeitsbestrebungen 9438ff

wirtschaftl. Entwicklung 9297

Albanien

Beziehungen zu Jugoslawien *9453

Partei der Arbeit *9015

Regierung *9015

zum ungarischen Volksaufstand 9310, 9453

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT)

9172f

Freihandelszonen 9173

4. Zollverhandlungsrunde, Genf, 18. 1.—13. 5. 56: 9069ff

Arabische Liga

arabische Föderation *9082

Gründung 9421

Konferenz d. arabischen Regierungschefs, Beirut, 14.—15. 11. 56: *9408, 9451f (Wortl.)

zum Mittelost-Konflikt (Freiwillige) *9405

zur Suez-Frage *9161f, 9230, 9427

Verteidigungsvertrag der Arabischen Liga v. 17. 6. 50: 9422, 9452

Militärkonferenz d. Mitglieder des Vertrags, Riad, 7.—9. 9. 56: *9236

Argentinien

Aufstandsversuch 10. 6. 56: *9018

Verfassung *9082

Arktis 9029ff**Asien**

Bevölkerung 8991, 9001f

Wirtschaft 9001f

asiatisch-afrikanische Wirtschafts-

organisation (Projekt) *9305

Colombo-Plan vgl. **Commonwealth**

Handel 8991f, 9001

Industrialisierung 8991, 8993ff

Investitionen 8993f

Landwirtschaft 8991

Atomenergie (friedliche Ausnutzung)

9062, 9067f, 9097f, 9154

Internationale Atomenergiebehörde

9115, *9404, 9475

Konferenz z. Errichtung d. Internationalen Behörde, New York, 20. 9.—16. 10. 56: *9270, *9404

Vereinigtes Institut f. Kernforschungen (Ostblockstaaten) vgl. **Ostblock****Australischer Bund**

Außenhandel 9433

Bevölkerung 9252, 9256ff, 9290, 9294, 9433f

Einwanderung 9434

Beziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland (Menzies in Bonn) *9119

Großbritannien 9433

Sozialprodukt 9293

Verfassung 9433

Wirtschaftshilfe an Colomboplan-Länder 8993

Bagdad-Pakt

9155, 9239, 9410, 9422, 9429, *9455f

Konferenz der mohammedanischen Staaten d. Bagdad-Paktes, Bagdad, 19.—22. 11. 56: *9456

Bahrein

9245, 9248

Erdöl 9245, 9248

Geschichte 9240f, 9243, 9245

Protektoratsverfassung 9242, 9245

Wirtschaft 9245

Balkanpakt 9462**Belgien****Arbeits- und Sozialpolitik**

Arbeitsmarkt 9167

Löhne 9167

Außenpolitik

Beziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland

(Besuch Adenauer) 9259 (Wortl.), 9263f

Sowjetunion (van Acker und Spaak in Moskau) *9406

Bevölkerung 9251, 9253f, 9256ff, 9290f, 9294

Finanz- und Währungspolitik

Diskontsatz 9167

Steuern 9167

Kolonialpolitik

Kongo 9265

Kulturpolitik

Kulturabkommen m. Bundesrepublik Deutschland 9259, 9263

Wirtschaft

Investitionen 9167

Konjunktur 9167

Preise 9167

Sozialprodukt 9294

Benelux-Union

9174

Außenhandel 9070

Zölle 9070

Bolivien

Regierung *9162

Staatspräsident *9162

Brasilien

Bevölkerung 9252

Britisch-Borneo

wirtschaftliche Entwicklung 8996f

Britisch-Westindien 9440**Bulgarien**

Innenpolitik 9489

Kommunistische Partei *9267, *9304f

Regierung *9159, *9195, *9453

Rehabilitierung Kostoffs *9267

zum ungarischen Volksaufstand 9343, 9348

Burma

Austritt aus d. Commonwealth 9435

Grenzen *9236

Grenzzwischenfälle *9236

Note an Volksrepublik China (Grenzzwischenfälle) v. 31. 7. 56: *9122

Regierung *9018

wirtschaftl. Entwicklung 8994

Ceylon

Außenhandel 9436

Beziehungen zu:

Volksrepublik China *9236

Großbritannien 9154

Sowjetunion *9234f

militärische Hilfe 9154

Mitgliedschaft im Commonwealth 9154

Stützpunkte 9154

Unabhängigkeit 9435

Verfassung 9154

wirtschaftl. Entwicklung 8994f

Auslandhilfe *9235

China

Formosa-Frage *9048, 9061, 9154, 9266, *9456

Spratley-Inseln (Besetzung durch Nationalchina) *9082

China (Formosa)

Beziehungen zu d. Vereinigten Staaten (Besuch Nixon) *9082

China (Volksrepublik)**Außenpolitik**

Beziehungen zu:

Ceylon *9236

Indonesien (Besuch Soekarno) *9270

Kambodscha (Tschu En-lai in Pnompenh) *9456

Laos (Besuch Souvanna Phouma)
*9198
Nepal (Besuch Acharya) *9270,
*9306
Syrien *9082
Vereinigte Staaten 9266, *9456
Vietnam/Nord (Tschu En-lai in
Hanoi) *9456
Grenzen *9236
zur Korea-Frage *9018
zum Mittelost-Konflikt (Freiwillige)
*9407

zur polnischen Umwälzung 9334
zum ungarischen Volksaufstand 9348

Innenpolitik

Kommunistische Partei 9148
VIII. Parteitag *9236, 9266
Regierung *9456
Tibet *9270

Aufstand *9122, *9162
Volkskongreß *9048

Staatshaushalt *9048

Verteidigung

Rüstungsausgaben *9048

Wirtschaft

9266
Außenhandel *9306
Fünfjahrpläne 9266
Industrie 9266
Landwirtschaft 9266
Produktion 9266

Commonwealth

9433ff
Atomenergie 9154
Colombo-Plan **8989ff**, 9153, 9155
Außenministerkonferenz in Co-
lombo, Jan. 50: 8989f
Technische Hilfe 8992, 9001
Freizügigkeit 9434
Handel 9295, 9436ff
Freihandelszone Commonwealth/
Westeuropa **9295f** (Wortl.), 9301,
9465, 9470ff
Präferenzzölle 9295f, 9301, 9470f
Konferenz d. Premierminister, Lon-
don 27. 6.—6. 7. 56: **9153f** (Wortl.)
Statut v. Westminster 9435
Sterling-Block 9436ff
Zahlungsbilanz des — 9072
Wirtschaft 9154
Verbindungslinien 9437, 9440

Costa Rica

Beziehungen zur Bundesrepublik
Deutschland (Figueres in Bonn)
*9401

Cypern

*9016, *9080, 9086, 9153, *9198,
9202, *9234, *9267f, 9461ff
Generalstreik *9270, 9274
Stationierung französischer Truppen
*9196

Dänemark

Arbeitsmarkt 9169
Bevölkerung 9251ff, 9290, 9294
Finanz- und Währungspolitik:
Diskontsatz 9169

Staatshaushalt 9169
Steuern 9169
zur Grönland-Frage 9035ff
Verfassung 9040
Wirtschaft:
Außenhandel 9070, 9169
Investitionen 9169
Konjunktur 9169
Kreditpolitik 9169
Sozialprodukt 9193

Deutschland

Außenpolitik

Grenzen nach:

Belgien 9259, 9263
Polen 9075, 9077f, *9079, *9303
Oder/Neiße-Linie *9119ff, 9298,
9385ff, 9398

Vertretung in internationalen Ange-
legenheiten *9233

Berlin

*9453
Rundfunkhaus *9079
Viermächtestatus *9453
Vorschlag freier Wahlen 9077

Geschichte

9433
Emigration 9263
Weimarer Verfassung 9207

Kirche

Evangelische:
a. o. Synode, Berlin 27.—29. 6. 56:
*9045f
Evangelische Akademie Loccum
9302
7. Evangelischer Kirchentag,
Frankfurt 8.—12. 8. 56: *9159
Katholische:
77. Katholikentag, Köln 29. 8. bis
2. 9. 56
Verhältnis Kirche — Staat *9045,
*9159

Weltkrieg, Zweiter

Besatzung 9204f, 9207ff
Kontrollrat 9209
Erklärung in Anbetracht der Nieder-
lage Deutschlands, v. 5. 6. 45:
9203, 9205, 9208f
Kriegsverurteilte *9303
Nürnberger Prozesse 9207
Widerstandsbewegung 9302
Wiedergutmachung 9263

Wiedervereinigung

9009, 9011, 9013, *9015ff, *9045,
*9047, 9058, 9062, 9066, 9075ff,
*9079, *9081, *9119, *9121, 9150ff,
9153, 9157, *9195, **9203ff**, **9217ff**,
*9233, 9262, 9264, 9297f, 9300,
*9303, *9305, 9386, *9401, *9403,
*9453, 9460, 9462, 9464
Beziehungen zwischen d. Bundes-
republik u. d. DDR *9015f, *9045,
9062, 9066, 9075ff, *9079f, *9121,
9157, *9195, 9221, *9233, 9265,
*9303, *9401, *9405

Deutscher Rat z. Vorbereitung der
Wiedervereinigung *9401
Entscheidungsfreiheit 9076, *9120,
9212, 9219, 9222
Friedensvertrag 9205, 9208, 9218

Gesamtdeutscher Rat 9077
Gesellschaftsordnung *9119, 9157,
9221f, 9298
Hauptstadt *9453
Nationalversammlung 9222
Neutralisierung *9015, *9017, 9075,
9077, 9265
Rüstungsbeschränkung *9045f, 9066,
*9081, *9195, 9220, 9265
Status Gesamtdeutschlands 9076,
*9120, 9219f
Verfassung (gesamtdeutsche) 9210ff
Verringerung ausländischer Truppen
in Deutschland 9007ff, *9016, 9066,
9075, 9150ff, *9195, 9300, 9386
Wahlen 9013, *9016, 9212, 9220ff,
9265

Wirtschaft

Auslandsvermögen 9014, *9159, 9263

Deutschland (Bundesrepublik)

Arbeits- und Sozialpolitik

9157
Arbeitsmarkt 9166
Arbeitszeit 9301
ausländ. Flüchtlinge *9267
Gewerkschaften:
CGD *9045
DGB 9301f

IG Druck und Papier *9233
Heimatvertriebene *9079
Mitbestimmung *9015, 9301
Sowjetzonen-Flüchtlinge 9221

Atomenergie

9157
Abkommen m. Großbritannien *9120

Außenpolitik

9074ff, 9152, 9157, 9298, *9401,
*9405

Beziehungen zu:

asiatisch-afrikanischen Ländern
9074
Australien (Besuch Menzies) *9119
Belgien (Adenauer in Brüssel)
9259 (Wortl.), **9263f**
Costa Rica (Besuch Figueres) *9401
Frankreich *9017, 9044, 9058, 9074,
9297f
(Adenauer in Paris) *9405
(Besuch Mollet) **9259f** (Wortl.)
Guatemala *9159
Indien (Besuch Nehru) *9119
Indonesien (Besuch Soekarno)
*9045
Italien (Adenauer in Rom) *9080f
Liberia (Besuch Tubman) *9303
Oesterreich (Besuch Raab) *9401
Ostblockstaaten 9075ff, 9078, *9303
Polen *9401
Sowjetunion *9015f, 9075ff, 9217,
9220, *9267
(Adenauer in Moskau) 9008,
*9015f, 9152, 9217
Vatikan (Adenauer in Rom) *9081
Vereinigte Staaten 9074
(Adenauer in Washington) **9013f**
(Wortl.), *9018
(Besuch Murphy) *9303
Besatzungsstatut 9208f
Deutschlandvertrag v. 26. 5. 52: 9209

- Mitgliedschaft in NATO und WEU 9220, 9262, 9265, 9297, *9405
- Noten:
an Sowjetunion (Internierte) v. 21. 8. 56: *9196
- Memorandum und Noten an die vier Großmächte (Wiedervereinigung) v. 2. 9. 56: 9203ff, 9217ff (Wortl.)
- Schreiben Adenauers an Bulganin (Abrüstung) v. 18. 7. 56: *9119, 9152 (Wortl.)
- zur Saarfrage 9050f, 9053, 9055, 9058 zum ungarischen Volksaufstand *9401, *9405
- Bevölkerung 9251ff, 9290, 9294
- Finanz- und Währungspolitik Bundeshaushalt 1956: *9406
- Diskontsatz 9166, *9233
- Steuern *9079, *9268
- Wechselkurse 9116, 9166
- Zahlungsbilanz 9166
- Zölle *9015, *9045, 9069
- Handel vgl. Wirtschaft
- Innenpolitik 9157
- Bundesrat (Präsident) *9119
- Bundestag:
außenpolitische Debatte 28./29. 6. 56: 9074ff
desgl. 8. 11. 56: *9405
Fraktionsgemeinschaft DP/FVP *9267
Vizepräsidenten *9079
- Parteien 9157
CDU *9119, *9233
Deutsch-Soziale Union (Strasser-Partei) *9045
DP *9267
Deutsches Zentrum *9119
FDP *9045, *9233, *9303, *9405
FVP *9233, *9267
(a. o. Bundesparteitag) *9303
(Gründungsparteitag) 9078
GB/BHE (Bundesparteitag 1956) 9078
KPD (Verbot) *9195f, 9203ff
SPD *9079, *9405
(Bundesparteitag 1956) 9157f
- Propaganda 9157
- Regierung 9077, *9401, *9405
- Verlegung v. Regierungsbehörden nach Berlin *9453
- Kulturpolitik
Förderung v. Forschung u. Wissenschaft *9267
- Kulturrabkommen m. Belgien 9259, 9263
- Presse *9453
- Länder
Baden/Württemberg (Volksbegehren z. Wiederherstellung Badens) *9267
- Hamburg (Vertrauensabstimmung) *9045
- Währung vgl. Finanz- u. Währungspolitik
- Verfassung und Verwaltung 9078
- Bundesgrenzschutz *9074
- Bundesverfassungsgericht 9204f, 9207, 9211f
- Grundgesetz 9203ff
Parlamentarischer Rat (1948/49) 9210f
- Paßwesen 9088
- Widerstandsrecht 9302
- Verkehr
Moselkanalisierung *9017, *9021, 9259, *9402, *9453
- Währung vgl. Finanz- und Sozialpolitik
- Wehrpolitik
*9119, 9152, 9157, *9159
allgemeine Wehrpflicht *9046, 9066, 9077, *9079, *9119, 9157, *9195, 9218, 9262, *9267, 9301f
- Atomwaffen 9298
- Rüstungsbegrenzung *9016, 9152
- Stationierung ausländ. Truppen *9159, 9385
- Stationierungskosten *9015, *9046
- Streitkräfte 9076f, *9079, *9159, *9267, 9302
- Wiederbewaffnung 9218f, 9262, 9302, 9385, 9387
- Wirtschaft
9157, 9301f
Auslandsschulden *9406
Außenhandel 9069, *9235, 9436
Liberalisierung 9014, *9406
Osthandel *9045, 9298
Automatisierung 9157
Elektrizitätswirtschaft 9101, 9107
Erdöl *9453
Konjunktur *9015, *9045, 9166, *9233
Preise 9166
Sozialisierung 9301
Sozialprodukt 9293
Wirtschaftsbeziehungen zu:
Italien *9081
Jugoslawien *9267
Wirtschaftshilfe an unterentwickelte Länder 9075
- Deutschland (DDR)
Arbeits- und Sozialpolitik 9221, *9235
Gewerkschaften *9267
Sozialversicherung *9453
- Atomenergie 9066
- Außenpolitik
Anerkennung *9303
Beziehungen zu:
Jemen (Besuch el-Badr) *9045
Korea/Nord (Besuch Kim Ir Sen) *9015
Sowjetunion (Grotewohl in Moskau) 9065ff (Wortl.), *9119
Tschechoslowakei (Grotewohl in Prag) *9235
zur Saarfrage *9303
zur Suez-Frage *9160, 9193, *9195
zum ungarischen Volksaufstand 9310, 9341, 9348, 9354, *9405
- Handel vgl. Wirtschaft
- Innenpolitik 9265, *9405, *9453
- Aufstand 17. 6. 53: 9221, 9310
- Kirche und Staat *9045, 9265
- Nationale Front *9401
- Parteien:
CDU (Parteitag 1956) *9233, 9265f
LDPD *9045, *9303
SED 9265
(Beziehungen zur SPD) *9046, *9079, 9157
(3. Parteikonferenz) 9158
(28. Tagung ZK) *9120, 9158
(29. Tagung ZK) *9453
Regierung *9401
Volkskammer *9401
Regierungserklärung 2. 11. 56: *9405
Wahlen *9159
- Kulturpolitik
Jugendweihe *9159, 9265
kulturelle Beziehungen zu:
Sowjetunion 9066
Tschechoslowakei *9235
- Sozialpolitik vgl. Arbeits- und Sozialpolitik
- Verfassung und Verwaltung *9195
- Rechtshilfeabkommen m. Tschechoslowakei *9235
- Staatsordnung 9222
- Wehrpolitik
Aufrüstung 9152
Rüstungsbegrenzung *9016
Stationierung sowjetischer Truppen *9016, 9056f, 9385, 9387
Stationierungskosten 9065
- Streitkräfte *9045, 9066
- Wirtschaft
Außenhandel *9235
Elektrizitätswirtschaft 9101
Fünfjahrplan 9158
Genossenschaften 9265
Handwerk 9265
Landwirtschaft 9158
Lebensstandard *9119
Wirtschaftsbeziehungen zu:
Ägypten *9195
Jugoslawien *9161
Sowjetunion 9065, *9161
Tschechoslowakei *9235
Wirtschaftshilfe der Sowjetunion 9065f, 9158
- Europa
vgl. auch Europäische Bewegung,
Europäische Gemeinschaft f. Kohle u. Stahl, Europäischer Wirtschafts-
rat, Europarat, Westeuropäische
Union
- Atomenergie
Euratom 9014, *9015, 9044, *9045f, 9075, 9080f, 9097f, 9109f, 9114f, 9118, 9125ff, *9234, 9259f, *9268, 9273, 9298, *9401, *9405, 9461f, 9465f, 9475ff
- europ. Atomgemeinschaft (sowjetischer Vorschlag) *9081
- Europ. Rat f. Kernforschung 9097
- gemeinsame Ausnutzung 9098, 9111, 9260

- Bevölkerung**
9250ff, 9289ff, 9488
Auswanderung 9488f
Geschichte 9312
Integration
Aktionskomitee f. d. Vereinigten Staaten v. Europa *9120, *9268
Ausschuß d. Regierungsvertreter f. d. Weiterführung d. europ. Integration (Brüsseler Ausschuß) 9109, 9111, 9115f, 9118, 9259f, 9470, 9472, 9475, 9481
Außenministerkonferenzen vgl. **Europäische Gemeinschaft f. Kohle und Stahl**
europ. politische Gemeinschaft 9049
Internationale Bürgermeister-Union f. deutsch-französische Zusammenarbeit *9268, 9276
politische Integration 9014, 9075, *9081, 9089ff, 9109, 9118, 9259, 9263ff, *9267f, 9271f, 9297ff, *9306, 9314ff, *9405, 9459ff
Regierungskonferenz f. d. gemeinsamen Markt u. Euratom, Brüssel *9045, *9401
wirtschaftliche Integration *9015, 9089f, 9092f, 9109, 9111, 9113ff, 9153, 9156, *9233, 9264f, *9268, *9304
europ. gemeinsamer Markt 9014, *9015, 9044, *9045, 9075, 9109, 9112, 9115ff, 9126ff, *9234, 9259f, 9264, *9268, 9272f, 9295, 9298f, *9401, *9405, 9461, 9465f, 9469ff
- Kulturpolitik**
Vereinigung Europ. Studieninstitute (AIEE) 9200
Sicherheit
9008f, 9013, 9044, 9062, 9066, *9120, 9150ff, 9217ff, 9262f, 9311ff, 9386, 9464
Blockbildung 9312f, 9315
Gleichgewicht 9098
Kollektiver Sicherheitspakt (sowjet. Vorschlag) 9220
Neutralität 9098
Nichtangriffspakt NATO/Warschauer Vertrag (sowjet. Vorschlag) 9264
Rüstungsbeschränkungen (Zone) 9220
Sicherheitssystem *9015, 9075f, 9217, 9220, 9264, 9297f, 9300
Zusicherungsvertrag (Vorschlag der Westmächte) 9220
Sozialpolitik
9254
Arbeitskräfte 9117f
Freizügigkeit 9118, 9170
Verkehr
Europ. Gesellschaft f. d. Finanzierung v. Eisenbahnmateriale (EUROFIMA) *9454, 9480
Europ. Kommission f. Zivilluftfahrt 9480f
Europ. Konferenz d. Verkehrsminister (CEMT) 9273, *9401, 9479f
Verteidigung
*9121, 9493
Europ. Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 9049, 9058, 9109, 9213f, 9263
- Währungsfragen**
9165ff, 9470
Konvertibilität 9170
Zahlungsbilanzen 9165
Wirtschaft
gesamteurop. wirtschaftl. Zusammenarbeit (sowjet. Vorschlag) *9082
Energiewirtschaft 9111
Erdöl *9160, 9229, 9421, *9453
Handel 9118, 9295f
Freihandelszone Europa/Commonwealth 9295f (Wortl.), 9301, 9465, 9470ff
Liberalisierung 9091, 9118, 9170, 9295f, 9470, 9472
Lebensstandard 9118
Sozialprodukt 9292f
- Europäische Bewegung**
9094
Aktionszentrum Europäischer Föderalisten (AEF) *9121
Deutscher Rat der — — *9015
2. Deutsch-Französische Konferenz, Bad Neuenahr 5.—7. 10. 56: 9297f
Europ. Kulturzentrum 9200
Europ. Liga f. wirtschaftl. Zusammenarbeit (ELEC): 3. Internationale Konferenz, Brüssel 20.—22. 6. 56: 9117
Französischer Rat der — — 9297
Parlamentarischer Rat der — — (2. Konferenz, Wien 5.—8. 9. 56) 9264
Union Europäischer Föderalisten (UEF) 9315
Europa-Union Schweiz 9089, 9094
- Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)**
9466
Organe
Assoziationsrat 9111, 9476
Besonderer Ministerrat *9017, *9121
Zuständigkeit 9113
Hohe Behörde:
4. Gesamtbericht üb. d. Tätigkeit d. Gemeinschaft 9110
Versammlung:
Beziehungen zur Beratenden Versammlung d. Europarats 9127
Sitzungen:
Ord. Sitzungsperiode 10.—11. 5. u. 18.—22. 6. 56: 9109ff
a. o. Sitzungsperiode 27.—30. 11. 56: *9454
gemeinsame Sitzung m. Beratender Versammlung d. Europarats 20. 10. 56: 9476ff
Wahlmodus 9477, 9479
Arbeits- und Sozialpolitik
*9017, 9111ff, 9264
Freizügigkeit 9111
Wohnungsbau 9111
Außenbeziehungen
9111, 9476ff
Beratender Status von Organisationen 9477, 9479
Beziehungen zu:
Europarat 9478
- GATT 9069, 9476
Österreich 9476
Schweiz (Konsultationsabkommen) 9476
(Tarifabkommen) *9121, 9476
Außenministerkonferenz Paris, 20.—21. 10. 56: *9401
Beziehungen zwischen d. Organen d. EGKS 9113
Energiewirtschaft 9476
Kohle
9110, 9112
Grubensicherheit *9234
Stahl
9110
Schrott 9110
Verkehrswesen
9110, 9112
Frachttarife *9017, 9095ff, 9112, *9121, 9476
Wirtschaft
gemeinsamer Markt 9095f, 9110ff, 9476, 9478
Investitionen 9110, 9112
Kartelle 9110, 9112
Preise 9095f, 9110, 9112f
Zuständigkeit 9095, 9098, 9109, 9477
- Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)**
9260
Organe
Energie-Ausschuß 9473
Europ. Produktivitäts-Zentrale *9047, 9474
Europ. Zahlungsunion *9046, 9092, 9116, *9160, 9295, *9406
Exekutivkomitee *9160
Handelsdirektorium *9160
Lenkungsausschuß f. Atomenergie 9114f, 9473
Ministerausschuß f. d. Landwirtschaft 9113f, 9473
Ministerausschuß f. d. Untersuchung d. wirtschaftl. Lage d. Mitgliedstaaten 9165, *9405f, 9473, 9475
Ministerrat *9160
Tagung Paris 17.—19. 7. 56: 9113ff, 9165
Sonderausschuß f. Atomenergie 9114f
Beziehungen zu:
Ausschuß der Regierungsvertreter f. d. Weiterführung d. europ. Integration (Brüsseler Ausschuß) 9116, *9234, Europarat 9472ff
Energiewirtschaft
9114ff
Atomenergie 9109, 9114ff, 9126f, 9473, 9475
Elektrizität 9101
Erdöl *9406
Handel
9114ff, *9304, 9473
Exportsubventionen 9473
Liberalisierung 9115f, 9295
Zölle 9116, 9473f
Landwirtschaft 9113f, 9474

Währungsfragen

9165
Kreditpolitik 9474
Wechselkurse 9116
Zahlungssystem 9473

Wirtschaft

9116, 9472ff
Arbeitskräfte (Freizügigkeit) 9473
Beschäftigung 9474
gemeinsamer Markt 9295, 9472
Konjunkturpolitik 9165, *9405f
Preise 9473
Produktivität 9114, 9474

Europarat*Organe*

Ausschuß der Kultursachverständigen
9200, 9486f

Beratende Versammlung:

Arbeitsgruppe f. d. Verbindung m.
d. nationalen Parlamenten 9468
Ausschüsse 9459, 9469, 9482, 9491
Beziehungen zu:
Gemeinsamer Versammlung der
EGKS 9127
Kongreß der Vereinigten Staaten
9465
Parlament Kanadas 9465
Versammlung der WEU 9469

Direktor 9459

Fraktionen 9085, 9125
Präsidium 9459

Tagungen:

Gemeinsame Sitzung mit Ver-
sammlung d. EGKS, 20. 10. 56:
9476ff
8. Sitzungsperiode, 2. Teil,
15.—26. 10. 56: 9459ff

Gemischter Ausschuß 9085, 9125, 9484

Gemischter Kulturausschuß 9200
Menschenrechtskommission 9086,
9126, 9274

Ministerkomitee:

Jahresberichte an Beratende Ver-
sammlung 9459f
40. Tagung d. Stellvertr., 8.—16. 6.
56: 9085, 9199, 9201

41. Tagung d. Stellvertr., 20.—28. 9.
56: 9271

Sekretariat 9271f, 9484, 9487

Verbindungsausschüsse Europarat/
OEEC 9126

*Flüchtlinge und Bevölkerungs-
überschüsse*

Beziehungen zum ICM 9488f, 9489
(Wortl.)

Europadorf f. verschleppte Personen
9275

Reiseerleichterungen 9088, 9459, 9484
Sonderbeauftragter d. Europarats
9087, 9487f

Wiederansiedlungsfonds 9087, 9127,
9488

Wiedereingliederung 9085f

Kommunalangelegenheiten

9201, 9491f
Europapreis d. Gemeinden 9201,
9491f

Konferenz d. örtlichen Behörden 9491

Kulturelle Fragen

Ausbreitung d. europ. Idee 9126f,
9487

Beziehungen zur UNESCO 9200, 9275

Erziehungswesen 9487

europ. Ausstellungen 9487

europ. Briefmarke 9275, 9481, 9492

Europ. Jahrbuch 9202

Europ. Konvention üb. d. Gleichwer-
tigkeit d. Reifezeugnisse 9201, 9487

Europ. Kulturkommission 9487

Europ. Kulturkonvention 9199

Europ. Preis für hervorragende Lei-
stung im Sinne d. europ. Einigung
(FVS) 9201, 9275, 9487

Europ. Schultag 9127, 9492

europ. Studieninstitute 9200, 9275

Europ. Studententagung 9275, 9486

Film 9492

Geschichtsbücher 9275

Hochschulwesen 9087, 9274f

Informationswesen 9200f, 9271, 9274,
9487, 9492

Kulturfonds 9087, 9200

Kulturprogramm d. Europarats 9199f

Runder Tisch Europas 9200

Stipendien 9087

Weltausstellung Brüssel (Beteiligung
Europarat) 9487

Nicht im Europarat vertretene

europäische Nationen

9087f, 9201, 9272, 9489f

politische Häftlinge 9273f, 9490f
(Wortl.)

Organisation und Geschäftsordnung

9125, 9127, 9491 (Wortl.)

Beziehungen zwischen Organen des

Europarats 9466, 9466f (Wortl.)

Kompetenzen 9094

Konsultativstatus 9085, 9200

Mitgliedschaft 9093, 9201

Ständige Vertreter d. Mitgliedstaaten
9492

*Politische Fragen**Beziehungen zu:*

anderen europäischen Organisatio-
nen 9484

nationalen Parlamenten 9467 ff,

9468f (Wortl.)

NATO 9459f

WEU 9200, 9486, 9493

Cypermfrage 9126, 9273f, 9461ff

Integration europ. parlamentarischer

Organe 9465f, 9466 (Wortl.), 9493f

Politik d. Europarats im Lichte d. in-
ternationalen Lage 9273, 9460ff,
9463ff (Wortl.)

Rolle d. Europarats b. d. europ. Inte-
gration 9125, 9260, 9264, 9459

Suezfrage 9273, 9459, 9461f

Rechts- und Verwaltungsfragen

Auslieferung 9459, 9484

Europ. Konvention üb. d. friedl. Bei-
legung v. Streitigkeiten (Entwurf)
9271f

Europ. Konvention d. Menschenrechte

u. Grundfreiheiten 9274, 9485

Beschwerde Griechenlands gegen
Großbritannien 9086, 9274

Recht d. Individualbeschwerde
9086, 9271, 9459

europ. Beamtenkorps 9086, 9126

Europ. Niederlassungsordnung

9042ff, 9201f

europ. Patent 9086

Grenzformalitäten 9272, 9274f, 9459,
9484

Haftung d. Hotelbesitzer 9484

nationale Minderheiten 9484

Paßwesen 9088, 9484

Pflichtversicherung für Kraftfahrzeug-
halter 9273, 9483f (Wortl.)

Staatenlosigkeit 9199, 9460

Soziale Fragen

Beziehungen zur ILO 9485f

Europ. Konvention üb. d. Austausch
von Kriegsversehrten z. Zwecke d.

Heilbehandlung 9126, 9274

Europ. Konvention über soziale und
medizinische Hilfe 9126, 9199

Europ. Sozialcharta (Entwurf) 9088,
9126, 9272, 9274, 9484f, 9485

(Wortl.), 9493

Freizügigkeit d. Arbeitskräfte 9485

Interimsabkommen üb. Soziale Sicher-
heit 9199

*Wirtschaftsfragen**Beziehungen zu:*

CEMT 9273, 9479f, 9480 (Wortl.)

EGKS 9272f, 9476ff, 9478 (Wortl.)

OEEC 9459, 9472ff, 9475 (Wortl.)

Euratom 9475f

einschränkende Geschäftspraktiken
9085

europ. gemeinsamer Markt 9469ff,
9471f (Wortl.)

Forstwirtschaft 9086

Landwirtschaft 9085f, 9470ff

Post- und Fernmeldewesen 9273,
9481, 9481f (Wortl.)

Verkehrswesen 9479ff

Zivilluftfahrt 9480f

wirtschaftl. Entwicklung Südeuropas

9273 (Wortl.), 9461, 9465 9472ff

Europ. Entwicklungsfonds 9474f

Wirtschaftslage Europas 9273

Ferner Osten 9153f**Finnland***Arbeits- und Sozialpolitik*

Löhne 9169f

Außenpolitik

Beitritt z. Nordischen Rat 9173

Beziehungen zur Sowjetunion (Be-
such Woroschilow) *9116

*Bevölkerung 9257f**Finanz- und Währungspolitik*

Diskontsatz 9169

Steuern 9170

Wechselkurs 9169f

Wirtschaft

Außenhandel 9169

Investitionen 9169

Konjunktur 9169f

Kreditpolitik 9169

Preise 9169

Frankreich*Algerien*

Bevölkerung, europäische *9270
 Bürgerkrieg *9269f, 9314, *9406, 9410,
 9427, 9449ff, 9455
 Aufforderung z. Feuereinstellung
 *9016f
 Verhaftung v. Aufstandsführern
 *9402, *9404, 9427, 9450f
 Waffenschmuggel *9401f, *9404,
 9427, 9429
 verfassungsmäßiger Status *9016ff,
 *9080, *9122, *9233, 9297, *9305,
 *9404
 Wahlen *9016, *9018, *9404

Arbeits- und Sozialpolitik

Arbeitsmarkt 9167

Löhne 9167

Atomenergie *9048, 9118

Außenpolitik

9298, 9316

zum Bagdadpakt 9429

Beziehungen zu:

Aegypten 9187, *9401f, 9410, 9429f

(Pineau in Kairo) 9430

Bundesrepublik Deutschland *9017,

9044, 9058, 9297f

(Besuch Adenauer) *9405

(Mollet in Bonn) 9259f (Wortl.)

Griechenland (Besuch König Paul)

*9016

Großbritannien (Besuch Eden)

*9268, *9401, 9428

(Mollet in London) 9224 (Wortl.),

9428, 9443

(Pineau in London) *9402

Indien (Besuch Nehru) *9120

Marokko (Besuch Si Bekkai) *9402

Ostblockstaaten 9342

Sowjetunion (Mollet in Moskau)

*9017, *9045, *9047

Tunesien *9018, *9080

Vereinigte Staaten *9303f

(Pineau in Washington) *9048

Vereinte Nationen 9430ff

Centre d'Etudes de politique étran-

gère 9297

Mittelost-Konflikt vgl. **Mittlerer Osten**

und **Aegypten**

Noten:

an Aegypten (Suezkanal)

v. 27. 7. 56: *9120

an Bundesrepublik Deutschland

(Wiedervereinigung Deutsch-

lands) v. 10. 10. 56: *9303

an Sowjetunion (Wiedervereini-

gung Deutschlands) v. 10. 10. 56:

*9305

an Teilnehmer d. 1. Londoner

Suez-Konferenz (Vorschläge)

v. 10. 8. 56: *9160

an Vereinte Nationen (Mittelost-

Konflikt) v. 6. 11. 56: 9445f

Schreiben Mollets an Bulganin

(Abrüstung) v. 17. 7. 56: *9120,

9150

(Mittelost-Konflikt) v. 6. 11. 56:

*9405, 9447

(Mittelost-Konflikt) v. 24. 11. 56:

*9454

Ultimatum an Israel und Aegyp-
 ten v. 30. 10. 56: *9402ff, 9409,
 9413f, 9417, 9423, 9428, 9429,
 9432, 9442f

zum Potsdamer Abkommen 9206

zur Saarfrage 9049f, 9053, 9058

Bevölkerung 9251ff, 9292, 9294

Finanz- und Währungspolitik

Staatshaushalt 9167

Staatshaushalt 1956: *9046

Steuern 9167

Innenpolitik

Nationalversammlung *9303

Vertrauensabstimmungen *9016,

*9046

Parteien:

Kommunisten *9046, *9120, 9128,

9148, 9394, *9454

Radikalsozialisten *9304, *9401

dissidente Radikalsozialisten

*9401

Sozialisten *9080

Unabhängige Rechte *9454

Volksrepublikaner *9080

Rat der Republik *9303

Regierung *9046, 9049, 9058, 9427

Versammlung der Französischen

Union *9303

Volksfront *9120

Kolonialpolitik

Algerien *9016, *9080, *9233, *9270,

9399f, *9404, *9406, 9429ff

Nordafrika 9297, *9305, 9429ff

Verfassung *9454

Verkehr

Rhein-Seitenkanal *9017, 9259, *9402,

*9453

Wehrpolitik

Atomwaffen 9298

Wirtschaft

*9454

Außenhandel 9070

Investitionen 9167

Konjunktur 9166f

Kreditpolitik 9167

Preise 9166f

Sozialprodukt 9293

Treibstoffrationierung *9453f

Goldküste

Außenhandel 9438f

Unabhängigkeit *9269, 9438f

Verwaltung 9439

Griechenland

Außenpolitik

Beziehungen zu:

Frankreich (König Paul in Paris)

*9016

Großbritannien *9267

Jugoslawien (Besuch Tito) *9120

Rumänien *9196

Sowjetunion (Besuch Schepilow)

*9046

Türkei 9462

zur Cypern-Frage *9234, *9267

Memorandum an Mitgliedstaaten

der UN (Cypern-Frage) vom

13. 6. 56: *9016

zur Suez-Frage *9160, 9193

Bevölkerung 9253

Innenpolitik

Kriegsgefangene des Bürgerkriegs

*9195

Rechtsstellung von Staatenlosen 9199

Wirtschaft

Sozialprodukt 9293

Grönland

9035ff

Geschichte 9035ff

Verteidigung 9029f

Großbritannien

Arbeits- und Sozialpolitik

Arbeitsmarkt 9072

Gewerkschaften *9234, 9299

Löhne 9165

Wohnungsbau 9300

Atomenergie

Abkommen m. Bundesrepublik

Deutschland *9120

Außenpolitik

9316

Beziehungen zu:

Aegypten 9187, *9234, 9410, 9417,

9420, 9422ff

arabischen Staaten 9421f

Australien 9433f

Ceylon 9154

EGKS 9127

Frankreich (Eden in Paris) *9268,

*9401, 9428

(Besuch Mollet) 9224 (Wortl.),

9428, 9443

(Besuch Pineau) *9402

Griechenland *9016, *9267

Indien 9435f

(Besuch Menon) 9231

Irak 9239

Israel *9304

Jordanien *9304

Kanada 9434f, 9438

Libyen *9455

Neuseeland 9433f

Pakistan 9435f

Persien 9248

Saudi-Arabien 9239, 9246f

Suezkanal-Gesellschaft 9419f

Vereinigte Staaten *9455

zur europ. Integration 9159, 9264f,

9297, 9299, 9465, 9471

Mittelost-Konflikt vgl. **Mittlerer Osten**

und **Aegypten**

Noten:

an Aegypten (Suezkanal)

v. 27. 7. 56: *9120, 9423

an Bundesrepublik Deutschland

(Wiedervereinigung Deutsch-

lands) v. 10. 10. 56: *9303

an Sowjetunion (Wiedervereinigung

Deutschlands) v. 10. 10. 56:

*9305

an Teilnehmer d. 1. Londoner

Suez-Konferenz (Einladung)

v. 3. 8. 56: 9185ff

(Vorschläge) v. 10. 8. 56: *9160

an Vereinte Nationen (Mittelost-

Konflikt) v. 6. 11. 56: 9445,

9446 (Wortl.), 9447

- Schreiben Edens an Bulganin (Abrüstung) v. 9. 7. 56: *9080, 9150
(Mittelost-Konflikt) v. 6. 11. 56: *9406, **9447f** (Wortl.)
(Mittelost-Konflikt) v. 20. 11. 56: *9454
- Ultimatum an Israel und Ägypten v. 30. 10. 56: 9423, 9428, 9429, 9432, *9402ff, 9409, 9413f, 9417, 9442f
- Bevölkerung**
9251ff, 9290f, 9294, 9433f
- Auswanderung** 9434
- Finanz- und Währungspolitik**
Diskontsatz 9072f, 9165f
Staatshaushalt 9071, 9073f
Staatshaushalt 1956: 9073f
Steuern 9166
Währung 9295
Währungsreserven 9073
Wechselkurs 9116
Zahlungsbilanz 9073f, 9165
- Handel** vgl. **Wirtschaft**
- Innenpolitik**
9300
- Parteien:**
Labour 9299f
Liberales 9299
Konservative 9299f
Regierung *9402, *9406, *9454
Unterhaus (Vertrauensabstimmungen) *9120, 9229
- Kolonialpolitik**
9300, 9438ff
Cypern *9016, *9120, 9153
Karibische Föderation 9440
Kolonialgeschichte 9241, 9243
Malta *9234
Ostafrika 9440
ostarabische Protektorate 9242
- Sozialpolitik** vgl. **Arbeits- und Sozialpolitik**
- Verfassung**
9433
Grundrechte 9299f
Wahlrecht 9299
- Währung** vgl. **Finanz- und Währungspolitik**
- Wehrpolitik**
Streitkräfte *9080, 9424
Wehrdienstzeit *9234
- Wirtschaft**
9071ff, 9301
Außenwirtschaft 9072
Auslandsinvestitionen 9417
Außenhandel 9070ff, 9295f, 9301, 9421, 9433, 9436ff
zum europ. gemeinsamen Markt 9295, 9298f, 9301
Erdöl *9160, 9248f, 9421
Investitionen 9072ff, 9166
Konjunktur 9073f, 9165f
Landwirtschaft 9296
Preise 9072, 9074, 9165
Produktion 9072, 9074
Produktivität 9072
Sozialprodukt 9165, 9293
Verstaatlichung 9412
- Volkseinkommen 9071, 9074
Wirtschaftshilfe an Länder des Colombo-Plans 8993
- Indien**
Außenhandel 9436
Bevölkerung 9252
Beziehungen zu:
Ägypten (Menon in Kairo) *9197, 9230, *9403
(Nehru in Kairo) *9122
Bundesrepublik Deutschland (Nehru in Bonn) *9119
Frankreich (Nehru in Paris) *9120
Großbritannien 9435f
(Menon in London) 9231
Jugoslawien (Nehru in Brioni) *9121
Libanon (Nehru in Beirut) *9122
Saudi-Arabien (Nehru in Riad) *9270
Südafrikanische Union 9022
Indische Nationalarmee (2. Weltkrieg) *9236
Regierung *9122, *9198
zur Suez-Frage 9229
Unabhängigkeit 9435f
Verfassung und Verwaltung 9435f
wirtschaftl. Entwicklung 8995f
Fünfjahrpläne 8995f
- Indochina**
Waffenstillstand 9154
- Indonesien**
Atomenergie *9236
Beziehungen zu:
Ägypten (Abdulgani in Kairo) *9197
Volksrepublik China (Soekarno in Peking) *9270
Bundesrepublik Deutschland (Soekarno in Bonn) *9045
Italien (Soekarno in Rom) *9016f
Jugoslawien (Soekarno in Belgrad) *9234, *9268
Mongolische Volksrepublik (Soekarno in Ulan Bator) *9270
Sowjetunion *9236
(Soekarno in Moskau) *9196, *9235
(Treffen Soekarno-Bulganin in Sotschi) *9269
Tschechoslowakei (Soekarno in Prag) *9269
Neuguinea-Frage *9268
wirtschaftl. Entwicklung 8996
sowjetische Wirtschaftshilfe *9236
- Internationale Beziehungen**
9007ff, 9029f, *9045, *9048, 9061ff, 9066, 9076, *9082, 9118, *9119ff, 9142, 9150ff, 9153f, 9156, 9189, 9219, 9227, 9259f, 9262, 9263ff, *9268f, 9287, **9309ff**, **9311ff**, 9385ff, *9401, *9405f, 9450f, *9455, 9460ff
Entspannung 9007ff, *9047, 9061f, 9066, 9074, 9076f, *9119, *9121, 9149, 9153, 9188, *9196, 9222, *9235, 9260, 9265, 9386, *9405
„Kalter Krieg“ 9009, 9061f, 9149, *9235, 9262
- Koexistenz 9009, 9013, *9015, *9018, 9062ff, 9075f, *9121, 9142, 9193, *9198, *9233, *9235, 9264, 9266, 9280, 9285, 9315, 9388, 9449
„Fünf Prinzipien d. friedlichen Koexistenz“ *9236, *9268, *9306, 9451, *9456
Ost-West-Kontakte 9262
Sicherheit (kollektive)
vgl. auch **Abrüstung, Europa und Vereinte Nationen**
9219, 9227, **9311ff**, 9391f, 9451
Blockbildung 9009, 9141, 9261, 9315f, 9354, 9451
Interventionsverbot 9207, 9451
Neutralität *9018, 9089, 9094f
- Internationale Journalistenvereinigung** 9492
- Internationaler Bund Christlicher Gewerkschaften (IBCG)** 9117
- Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)** 9361f, 9364ff
- Irak**
Beziehungen zu:
Ägypten 9414
Großbritannien *9408
Jordanien 9427f
(Besuch König Hussein) *9236
Erdöl 9248
Geschichte 9240f
Grenzen 9246
zur Suez-Frage *9198
- Irland**
Bevölkerung 9251ff, 9290f, 9294
Sozialprodukt 9293
- Island**
Außenpolitik 9226
Beziehungen zu:
NATO *9016, *9120, *9306
Vereinigte Staaten 9226, 9228, *9305f, *9455
Noten an:
NATO (Stützpunkte) v. 22. 6. 56: **9225f** (Wortl.)
Vereinigte Staaten (Stützpunkte) v. 11. 6. 56: *9016
Bevölkerung 9253, 9256ff
Geschichte 9035ff
Regierung *9120
Verteidigung 9225ff
Stützpunkte *9016, *9120, *9160, 9225ff, *9305, *9455
Wahlen 24. 6. 56: *9046
Wirtschaftshilfe (amerikanische) *9455
- Israel**
Annahme des britisch-französischen Ultimatums *9404
Bevölkerung 9252
Beziehungen zu:
Ägypten 9416
arabischen Staaten 9399
Mittelost-Konflikt vgl. **Mittlerer Osten**
Mobilmachung 9428, 9442
Noten:
an Vereinte Nationen (Mittelost-Konflikt) v. 5. 11. 56: 9445

an Vereinte Nationen (Mittelost-Konflikt) v. 8. 11. 56: *9408
 Schreiben Ben Gurions an Bulganin (Mittelost-Konflikt) v. 6. 11. 56: 9416, 9447
 (Mittelost-Konflikt) v. 18. 11. 56: *9456
 Schreiben Ben Gurions an Eisenhower (Mittelost-Konflikt) v. 5. 11. 56: 9416
 Palästina-Konflikt vgl. **Palästina**
 Regierung *9048

Italien

Außenpolitik

Beziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland (Besuch Adenauer) *9080f
 Indonesien (Besuch Soekarno) *9016f
 Libyen *9304
 Oesterreich *9268, *9304
 Schreiben Segnis an Bulganin (Ab-rüstung) v. 13. 7. 56: *9081, 9150
 Südtiroler Frage *9268f, *9304
 zur Suez-Frage *9304
 Bevölkerung 9251, 9257f, 9290f, 9294
 Finanz- und Währungspolitik
 Diskontsatz 9168
 Zahlungsbilanz 9168
 Handel vgl. **Wirtschaft**

Innenpolitik

Parteien:

Christliche Demokraten *9402
 Kommunistische Partei *9046, *9304
 Sozialistische und Sozialdemokratische Partei (Vereinigungsbestrebungen) *9016, *9196, *9234, *9402

Wirtschaft

Außenhandel 9069f
 Konjunktur 9167f
 Kreditpolitik 9168
 Preise 9167f
 Sozialprodukt 9167, 9293
 Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland *9081

Japan

Außenpolitik

9277ff

Aufnahme in UN *9235, 9281, 9287

Beziehungen zu:

Volksrepublik China 9277, 9280, 9285
 Ostblockstaaten 9277
 Sowjetunion *9235, 9277, 9279ff, 9288
 (Hatoyama in Moskau) 9287f (Wortl.)
 (Schigemitsu in Moskau) *9121, *9161, 9283
 Vereinigte Staaten 9280, 9284ff (Schigemitsu in Washington) 9280
 Westmächte 9277
 diplomatische Vertretungen 9285, 9287
 Friedensvertrag v. San Francisco vgl. **Abkommen**

Grenzen *9235, 9280ff, 9288

Neutralität 9277, 9280

Schreiben Hatoyamas an Bulganin (Beendigung d. Kriegszustandes) v. 12. 9. 56: *9235

Bevölkerung 9252, 9257f

Innenpolitik

9277ff

Gewerkschaften 9279, 9285

Parteien:

Demokratische Partei 9277f, 9280
 Kommunistische Partei 9278f, 9284f
 Liberal-Demokratische Partei 9278f
 Liberale Partei 9277f, 9280
 Ryokufu-Vereinigung 9278
 Sozialistische Partei 9277ff

Wahlen 8. 7. 56: 9278

Verfassung 9278f

Wehrpolitik

9279, 9286

Sicherheitsvertrag m. d. Vereinigten Staaten v. 8. 9. 51: 9285f

amerikanische Stützpunkte 9285ff

Streitkräfte 9285

Wiederbewaffnung 9279

Weltkrieg, Zweiter

Beendigung d. Besatzung 9280

Kriegserklärung d. Sowjetunion 9283

Kriegsgefangene *9235, 9280f, 9283ff, 9287

Reparationsverzicht d. Sowjetunion 9287f

Wirtschaft

Außenhandel 9288

Fischerei 9280f, 9283ff, 9288

Fischereikonvention m. d. Sowjetunion 9283, 9288

Jemen

Beziehungen zur DDR (el-Badr in Berlin) *9045

Jordanien

Außenpolitik

zum Bagdadpakt 9422

Beziehungen zu:

Aegypten 9410, 9414
 Volksrepublik China *9456
 Irak 9427f
 (König Hussein in Habbaniyah) *9236
 Saudi-Arabien 9410
 Sowjetunion *9456
 Syrien 9410
 (König Hussein in Damaskus) *9198

Innenpolitik

Regierung *9082, *9404

Wahlen 22. 10. 56: *9404, 9414, 9427

Verteidigung

Bündnis m. Aegypten u. Syrien 9414f, 9427f, 9442

Bündnis m. Großbritannien *9404, 9422, 9427, 9443, *9456

Entlassung Clubb Paschas 9410

Streitkräfte *9236

Wirtschaft

Wirtschaftsunion m. Syrien *9162

Jugoslawien

Außenpolitik

*9047, 9309f, 9391ff

Beziehungen zu:

Albanien *9453
 Aegypten (Besuch Nasser) *9120f (Tito in Kairo) 9398
 DDR *9120
 Frankreich (Tito in Paris) 9399f
 Griechenland (Tito in Korfu) *9120
 Indien (Besuch Nehru) *9121
 Indonesien (Besuch Soekarno) *9234, *9268
 Ostblockstaaten 9392
 Polen 9392f, 9398
 Rumänien *9402
 (Tito in Bukarest) *9047
 Sowjetunion 9354, 9392f, *9454f (Tito in Moskau) *9017, *9047, 9061ff (Wortl.), *9120, 9393f (Treffen Tito-Chruschtschow, Belgrad, Brioni, Krim) *9269, *9305, 9310, 9339, 9393f
 Ungarn 9339, 9394, 9398, *9402
 Vereinte Nationen 9400
 zum Mittelost-Konflikt 9391ff (Wortl.)
 Note an Ungarn (Entführung Nagys) *9454
 zur Suez-Frage *9160f
 zum ungarischen Volksaufstand 9345, 9354, 9391ff (Wortl.), *9453ff

Innenpolitik

9397f

Bund der Kommunisten *9047, 9063ff, *9304f, 9397, *9402

politische Prozesse *9454

kulturelle Beziehungen zur Sowjetunion 9063

Wirtschaft

9397f

Außenhandel *9304, 9397f

Investitionen 9397

Wirtschaftsbeziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland *9267
 DDR *9161
 Sowjetunion 9063, *9161

Kambodscha

Beziehungen zu:

Volksrepublik China (Besuch Tschu En-lai) *9456
 Sowjetunion (Prinz Norodom in Moskau) *9081
 Tschechoslowakei (Prinz Norodom in Prag) *9081
 Neutralität *9081
 Regierung *9236, *9306
 wirtschaftl. Entwicklung 8999f
 sowjetische Wirtschaftshilfe *9081

Kanada

Außenhandel 9434, 9438

Bevölkerung 9252, 9256ff, 9290f, 9294, 9434

Einwanderung 9434

Beziehungen zu:

Großbritannien 9434f, 9438
 Vereinigte Staaten 9435
 Sozialprodukt 9293
 Verfassung 9434

Wirtschaftshilfe an Colomboplan-Länder 8993

Kaschmir

Anschluß an Indien *9456
Verfassung *9456

Kolonialfragen *9046, 9148f, 9187, 9190, *9235, 9265, *9268, *9306, 9399, 9450f

Kommunismus

9064f, 9129ff, 9142ff, 9206, *9233, 9266, *9304ff, 9317ff, 9338, 9345, 9354, 9379ff, 9392ff, *9407, *9453, 9460

Kominform 9149, 9321

Komintern 9318f

Taktik gegenüber Sozialisten 9157

Konferenzen

Atlantik-Konferenz u. -Charta, 12.—14. 8. 41: 9221

Bandung, Asiatisch-Afrikanische Konferenz, 18.—24. 4. 55: *9120, 9221, *9305, 9309, *9403, *9406, 9450f

Beirut, Staatsoberhäupter d. arabischen Staaten, 14.—15. 11. 56: *9408, 9451f (Wortl.), *9456

Berlin, Außenminister d. vier Großmächte, 25. 1.—18. 2. 54: 9219f

Delhi, Ministerpräsidenten Indiens, Indonesiens, Burmas, Ceylons, 12. bis 14. 11. 56: *9407f, **9449ff** (Wortl.)

Genf, Regierungschefs d. vier Großmächte, 18.—23. 7. 55: 9007, 9013, 9061, 9151f, 9218, 9220f, 9262, 9264

Genf, Außenminister d. vier Großmächte, 27. 10.—16. 11. 55: 9011, 9219f

Jalta, Regierungschefs Großbritanniens, d. UdSSR, d. USA, 3.—11. 2. 45: 9205, 9286, 9312f

London, Neunmächtekonferenz, 28. 9. bis 3. 10. 54: 9213

London, 1. Suezkanal-Konferenz, 16. bis 23. 8. 56: *9159ff, 9185ff, **9191f** (Wortl.), **9193f**, *9195ff, 9221, **9223f** (Wortl.), 9229, *9306, 9423, 9425, 9431, 9442, 9463

London, 2. Suezkanal-Konferenz, 19. bis 21. 9. 56: **9224f** (Wortl.), *9268, *9304, 9425f, 9431

London, 3. Suezkanal-Konferenz, 1. bis 5. 10. 56: 9231, *9304, 9441

New York, friedl. Ausnutzung d. Atomenergie, vgl. **Atomenergie**

Panama, amerikanische Staatsoberhäupter, vgl. **Organisation Amerikanischer Staaten**

Paris, Friedenskonferenz, 29. 7. bis 15. 10. 46: 9312

Paris, Marshallplan-Konferenz, 12. 7. bis 22. 9. 47: 9090

Potsdam, Regierungschefs Großbritanniens, d. UdSSR, d. USA, 17. 7. bis 2. 8. 45: 9312f

Riad, Staatsoberhäupter Aegyptens, Saudi-Arabiens, Syriens, 23. 9. 56: 9321

Tanger, Internationale Tanger-Konferenz, 8.—29. 10. 56: *9404

Teheran, Regierungschefs Großbritanniens, d. UdSSR, d. USA, 28. 11. bis 1. 12. 43: 9312

Tunis, Konferenz d. drei Länder d. Maghreb, 23. 10. 56: *9404

Korea (Nord)

Beziehungen zu:

DDR (Kim Ir Sen in Berlin) *9015
Sowjetunion (Kim Ir Sen in Moskau) *9081

Kuweit

9245f

Erdöl 9246, 9248f

Geschichte 9241, 9245f

Grenzen 9246

Protektoratsverfassung 9242, 9245

Wirtschaft 9245f

Laos

Beziehungen zu:

Volksrepublik China (Souvanna Phouma in Peking) *9198
SEATO *9198

Vietnam/Nord (Souvanna Phouma in Hanoi) *9198

Friedensschluß m. Pathet-Lao-

Bewegung *9162

Neutralität *9198, *9236

wirtschaftl. Entwicklung 9000

ausl. Wirtschaftshilfe *9198, *9236

Libanon

Beziehungen zu:

Indien (Besuch Nehru) *9122
Sowjetunion (Besuch Schepilow) *9048

Regierung *9456

Liberale Weltunion

Jahreskonferenz d. Rates, Stresa, 12. bis 15. 4. 56: **9264f**

Liberia

Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland (Tubman in Bonn) *9303

Libyen

Beziehungen zu:

Großbritannien *9455

Italien *9304

Türkei *9455

(König Idris in Ankara) *9161

französische Stützpunkte im Fessan *9455

Liechtenstein

Beziehungen zur Schweiz *9234

Luxemburg

Bevölkerung 9253

Malaya

Außenhandel 9438

Unabhängigkeitsbestrebungen 9154
wirtschaftl. Entwicklung 8996f

Malta

Haushalt (Finanzhilfe) *9234

Marokko

Außenpolitik

zum Algerien-Problem *9197, *9402, 9404

Aufnahme in UN *9082, *9122

Beziehungen zu Frankreich *9404

(Si Bekkai in Paris) *9402

Innenpolitik

Beratende Versammlung *9162

Demokratische Unabhängigkeitspartei *9197

Istiqlal-Partei *9197, *9235

Regierung *9197, *9235, *9404

Stationierung französischer Truppen *9080

Unabhängigkeit

*9305

spanische Zone *9017

Tanger *9305

Mascat und Oman

9243f

Erdöl 9249

Geschichte 9240f, 9243

Grenzen 9243, 9246

Protektoratsverfassung 9242ff

Wirtschaft 9243

Mittlerer Osten

Arabische Liga s. diese

arabischer Nationalismus 9410, 9429, 9452

Erdöl, 9239, 9248f, 9421f

Geschichte 9240ff

1. Weltkrieg 9239

2. Weltkrieg 9239

kommunistische Unterwanderung *9456

Mittelost-Konflikt, Oktober/November 1956: 9310f, 9313f, 9316, 9346, 9347f, 9352, 9354, 9385, 9391, 9395, 9398f, *9402ff, *9405ff, **9409ff**, **9414ff**, **9417ff**, **9429ff**, **9441ff**

(Wortl.), *9454f

Abzug d. Truppen *9408, 9443ff, *9456

Feuereinstellung *9405ff, 9443f, **9445f** (Wortl.), 9446, 9448ff

Persischer Golf (Lage) **9239ff**

politische Entwicklung 9153, 9187, *9401, 9410, 9421f, 9427

Sicherheit 9187, *9196, 9415, 9422, 9424, 9463

Mittelost-Verteidigungsorganisation (Projekt) 9422

Stützpunkte 9422

Wirtschaftshilfe *9455

Mongolische Volksrepublik

Beziehungen zu Indonesien (Besuch Soekarno) *9270

Nepal

Außenhandel *9306

Beziehungen zur Volksrepublik China (Acharya in Peking) *9270, *9306

wirtschaftl. Entwicklung 8997

Wirtschaftshilfe *9306

Neuseeland

Außenhandel 9433

Bevölkerung 9252, 9257f, 9433f
Beziehungen zu Großbritannien 9433
Wirtschaftshilfe an Colomboplan-
Länder 8993

Nicaragua

Präsident (Ermordung) *9270

Niederlande

Bevölkerung 9251ff, 9290f, 9294

Finanz- und Währungspolitik

Diskontsatz 9167

Staatshaushalt 9167

Steuern 9167

Innenpolitik

Regierung *9305, 9459

Wahlen 13. 6. 56: *9017

Wirtschaft

Investitionen 9167

Konjunktur 9167

Sozialprodukt 9293

Nigeria

Außenhandel 9439

Unabhängigkeit 9438f

Verwaltung 9439

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

9011, 9013f, *9016, *9018, 9153,
9215, *9268, *9405, 9461, 9464

Atomwaffen 9011

Dreierausschuß f. d. Erweiterung d.
Zusammenarbeit auf nichtmilitäri-
schem Gebiet („Drei Weise“)
*9046, *9234, *9268, 9460

Oberbefehlshaber Europa *9162

Oberbefehlshaber Mitteleuropa
*9046, *9160

Stützpunkte in Island *9160, 9225ff,
9226ff (Wortl.), *9305f

Tagungen:

Nordatlantikat (Minister), Paris
3.—5. 5. 56: 9155, 9227

2. Parlamentarier-Konferenz, Paris
19.—23. 11. 56: *9453

zum ungarischen Volksaufstand 9343,
*9453

wirtschaftliche Zusammenarbeit 9155,
9264

Nordischer Rat

9171ff

Beziehungen zum Europarat 9274

4. Sitzungsperiode, 27. 1.—3. 2. 56:
9172f

Norwegen

Arbeits- und Sozialpolitik

Löhne 9169

Außenpolitik

Beziehungen zur Sowjetunion 9033f

zur Grönland-Frage 9035, 9038

zur Spitzbergen-Frage 9033ff

Bevölkerung 9251f, 9254, 9256ff,
9290f, 9294

Finanz- und Wirtschaftspolitik

Diskontsatz 9169

Steuern 9169

Wirtschaft

Außenhandel 9070, 9169

Fischerei 9030f

Kredite 9169

Sozialprodukt 9293

Oesterreich

Außenpolitik

*9081, 9093

Beziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland

(Raab in Bonn) *9401

Europarat 9093

Italien *9268f, *9304

Schweiz (Raab in Bern) *9269

Sowjetunion *9081, 9345

Vereinigte Staaten *9081

Neutralität *9081, 9093, *9269, *9401

zum ungarischen Volksaufstand 9345,
9350f, *9402

Bevölkerung 9251, 9254, 9257f, 9290,
9294

Finanz- und Währungspolitik

Diskontsatz 9168

Staatshaushalt 9168f

Zölle 9069

Innenpolitik

Nationalrat (Vertrauensabstimmung)
*9081

Regierung *9047, *9269

Wirtschaft

Außenhandel 9069

deutsches Vermögen *9121

Kreditpolitik 9168

Preise 9169

Sozialprodukt 9293

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Konferenz d. amerikanischen Staats-
oberhäupter, Panama 21.—22. 7. 56:
*9122

Ostblock

Elektrizitätserzeugung 9101

Selbstständigkeitsbestrebungen 9309f,

9315, 9338, 9342, 9460, 9464

Vereinigtes Institut f. Kernforschung

9067f (Wortl.)

Versammlung der Unterdrückten Na-
tionen Europas, New York 9490

Warschauer Vertrag s. diesen

Pakistan

Außenhandel 9436

Beziehungen zu:

Großbritannien 9435f

Südafrikanische Union 9022

Ostpakistan *9198

Regierung *9236

Unabhängigkeit 9435

Verfassung und Verwaltung 9435f

wirtschaftl. Entwicklung 8997ff

Palästina

*9018, *9122, 9153, *9236, 9399,
9414, 9414ff, 9431f, 9442f, 9446f,
*9455, 9463

Dreimächte-Erklärung v. 25. 5. 50
(Garantie) 9422

Guerrillatätigkeit 9415f, 9442

israelischer Angriff, 30. 10. 56: 9310,
9399, *9402ff, *9405f, 9413f, 9415f,
9417, 9423, 9428, 9432, 9443, 9449

Waffenstillstand 9443

Waffenstillstands-Kommission

*9018, 9153, 9448

Wirtschaftsblockade 9415f

Zwischenfälle 9427

Pariser Verträge

9049f, 9052, 9078, 9204, 9209, 9213,

9220, 9260, 9262, 9298

Saarabkommen vgl. Saar

Persien

Beziehungen zu Großbritannien 9248

Erdöl 9248f

britisch-persischer Oel-Konflikt
9242, 9248f

Geschichte 9240f, 9243, 9245

Zweiter Weltkrieg (Besetzung) 9239

Philippinen

Beziehungen zu den Vereinigten

Staaten (Besuch Nixon) *9082

Stützpunkte (amerikanische) *9082

wirtschaftl. Entwicklung 8999

Piratenküste

britische Protektorate 9242, 9244f

Erdöl 9246f, 9249

Geschichte 9241

Grenzen 9246ff

Polen

Arbeits- und Sozialpolitik

Gewerkschaften 9328, *9454

Löhne 9328, 9374, 9384

Selbstverwaltung d. Arbeiter 9328,

9332, 9374f, 9379, 9384

Wohnungsbau 9371f

Atomenergie *9196

Außenpolitik

Beziehungen zu:

Volksrepublik China 9332

Bundesrepublik Deutschland *9081

Jugoslawien 9323, 9329, 9398

Sowjetunion 9298, 9317, 9327ff,

9379ff, 9393, 9398

(Besuch Bulganin) *9121

(Gomulka in Moskau) 9334,

9385ff (Wortl.)

Tschechoslowakei (Besuch Široky)

*9081

Oder/Neiße-Gebiete 9323, 9330, 9334,

9336 Anm. 82

zum ungarischen Volksaufstand 9310,

9333, 9346, 9348, 9354, 9386, *9406

Handel vgl. Wirtschaft

Innenpolitik

9309f, 9317ff, 9339, 9369ff, 9392ff,

*9405, 9450, 9454, 9489

Amnestie 9325

Aufstand in Posen, 28.—30. 6. 56:

*9047, 9150, 9272, 9310, 9326f,

9329, 9338, 9372f, 9393, 9459

Kirche und Staat 9333, *9403

Nationale Front 9383

Parteien:

Demokratische Partei 9324, 9328,
9333

Sozialistische Partei 9321, 9328

Vereinigte Arbeiterpartei *9161, *9305, 9309, **9317ff**, 9339, 9369ff, *9406
 Beziehungen zur KPdSU (Besuch Chruschtschow) 9330f, 9385
 Parteigeschichte 9317ff
 VII. Plenum des ZK, 18. bis 28. 6. 56: 9327f, 9369ff
 VIII. Plenum des ZK, 19. bis 21. 10. 56: 9327, 9330ff, 9369ff (Wortl.), 9393, *9403
 Vereinigte Bauernpartei 9324, 9328, 9333
 politische Verfolgung 9336 Anm. 88, 9381
 Rehabilitierungen 9324ff, 9335 Anm. 52, 9381
 Regierung *9305, 9322, 9326f, 9329, 9333, 9382f, *9406
 Sejm 9324f, 9328f, 9334, 9382f
 Staatsjugendverband 9328f, 9333f
 Staatsrat 9324, 9334, 9383
 Widerstandsbewegungen 9323, 9326, 9372
 Wahlen *9454
Kulturpolitik
 Hochschulen *9234
 kulturelle Beziehungen zur Sowjetunion 9387
Verfassung und Verwaltung
 *9234, 9325f, 9328, 9333, 9375, 9382ff
 Meinungsfreiheit 9323ff, 9335 Anm. 59
 „sozialistische Legalität“ 9322f, 9325, 9381
 Staatssicherheitsdienst 9322ff, 9336 Anm. 88
 Strafrecht 9323, 9325
 Wahlrecht 9383
Wehrpolitik
 Arbeitermilizen 9330f, 9334
 Stationierung sowjetischer Truppen 9327, 9330f, 9333f, 9385, 9387, 9388f, *9402
 Streitkräfte *9196, 9333, 9385
Weltkrieg, Zweiter
 9319f
 Kriegs- u. Zivilinternierte in der Sowjetunion 9387
Wirtschaft
 9322, 9324ff, 9369ff
 Außenhandel 9383, 9386f
 Zahlungsbilanz 9370
 Bergbau 9369f, 9374f
 Fünfjahrplan *9161, 9370, 9372
 Handwerk 9376
 Industrie *9161, 9369f, 9374ff
 Investitionen 9332, 9370f
 Landwirtschaft *9161, 9322f, 9328, 9332f, 9370f, 9376ff, *9402
 Lebensstandard 9322, 9325f, 9329, 9373, 9375, 9384
 Markt 9374
 Preise 9376
 Produktivität 9369, 9375
 Sechsjahrplan *9161, 9369ff
 Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion 9386f
 Wirtschaftshilfe *9406

Portugal

Bevölkerung 9251, 9253f, 9257f, 9290f
 Beziehungen zur Südafrikanischen Union (Lopes in Pretoria) *9235
 Kolonialgeschichte 9240, 9245
 Sozialprodukt 9293
 Verteidigung *9121

Qatar

9245
 Erdöl 9245, 9248f
 Geschichte 9241
 Grenzen 9245, 9248
 Protektoratsverfassung 9242, 9245
 Wirtschaft 9245

Recht, internationales

International Law Association 9365
 internationale Schiedsgerichtsbarkeit 9004, 9006
 internationales Privatrecht 9271
 internationales Strafrecht 9004f, 9313f
 Verbrechen gegen den Frieden 9313f
 Völkerrecht 9003ff, 9185f, 9206f, 9311, 9313, 9355ff, 9365
 Definition d. Aggression 9004f, 9355ff, **9359f** (Wortl.)
 Hoheitsgewalt der offenen See 9004, 9006
 Kodifizierung 9003ff
 Kriege 9361ff
 Haager Landkriegsordnung 9361
 Haager u. Genfer Abkommen 9361ff
 Schutz d. Zivilbevölkerung **9361ff** (mit Wortl.)
 Selbstbestimmungsrecht d. Völker 9207, 9212, 9221f, *9269, 9464
 Territorialgewässer 9004, 9006

Rumänien

Arbeiterpartei *9047, *9402, *9455
 Beziehungen zu:
 Griechenland *9196
 Jugoslawien *9402
 (Besuch Tito) *9047
 Ungarn (Gheorghiu-Dej in Budapest) *9455
 Regierung *9454
 Stationierung sowjetischer Truppen 9388f
 zum ungarischen Volksaufstand 9354

Saar

Beziehungen zur DDR *9303

Innenpolitik

Gewerkschaften 9060 Anm. 61
 Deutscher Heimatbund 9052, 9056ff
 Europa-Union 9052
 Landtagswahl 18. 12. 55: 9057f
 Parteien:
 CDU 9051f, 9054f, 9057, *9119
 Christlich-Soziale Union 9059 Anm. 26
 Christliche Volkspartei 9050ff, *9119
 Demokratische Partei Saar 9051f, 9054

Deutsche Demokratische Union 9052, 9059 Anm. 26
 Deutsche Sozialdemokratische Partei 9051f, 9054
 Freie Deutsche Partei 9059 Anm. 26
 Gruppe Neues Europa 9052
 KPD 9052, *9303
 Saarländ. Arbeiter- und Bauern-Partei 9059 Anm. 26
 Sozialdemokratische Partei Saar 9051f, 9054
 Unabhängige Arbeiterpartei 9059 Anm. 26

Regierung 9057f

Volksabstimmung 23. 10. 55: **9049ff**

Kommission der WEU an der Saar 9050ff

Kulturpolitik

Presse 9052f
 Rundfunk 9053

Saarfrage (allgem.)

9014, *9015, *9017, 9049ff, *9234, 9259, *9303
 deutsch-französischer Vertrag z. Regelung d. Saarfrage v. 27. 10. 56: *9402, *9453

Verfassung und Verwaltung

Eingliederung in die Bundesrepublik 9058, *9159
 Flagge *9079
 Grundrechte 9050f, 9053f, 9056f
 Saarstatut v. 23. 10. 54: **9049ff**

Verteidigung

Stationierung von NATO-Truppen *9303

Wehrpflicht *9303

Währung 9259

Wirtschaft

Investitionen *9234
 Lebensstandard *9303
 Röchling-Werke 9059 Anm. 19 u. 32
 Sequesterverwaltung 9053
 Warndt-Frage *9234

Saudi-Arabien

Beziehungen zu:
 Großbritannien 9242
 Indien (Besuch Nehru) *9270
 Vereinigte Staaten 9242
 Buraimi-Streitfall 9247f
 Erdöl 9242, 9246ff
 Geschichte 9241, 9246
 Grenzen 9243ff
 Militärhilfe 9242
 Stützpunkte (amerikanische) 9242

Schweden

Arbeits- und Sozialpolitik

Arbeitsmarkt 9168
 Löhne 9168

Bevölkerung 9251ff, 9290f, 9294

Finanz- und Währungspolitik

Diskontsatz 9168
 Staatshaushalt 9168
 Steuern 9168
 Zölle 9070

Innenpolitik

Wahlen 16. 9. 56: *9269

Wirtschaft

Außenhandel 9070
 Elektrizitätswirtschaft 9103, 9108
 Investitionen 9168
 Konjunktur 9168
 Kreditpolitik 9168
 Preise 9168
 Sozialprodukt 9293

Schweiz

Arbeitsmarkt 9168

Atomenergie

9097f
 Abkommen m. Vereinigten Staaten 9097f

Außenpolitik**Beziehungen zu:**

ECE 9097
 ECKS 9094ff
 Europ. Zahlungsunion 9091f
 Europarat 9092ff
 GATT 9071
 OEEC 9090ff
 Oesterreich (Besuch Raab) *9269
 Vereinigte Staaten 9091
 zur europ. Integration **9089ff**
 Neutralität 9089ff, *9269
 Telegramm Feldmanns an Eisenhower, Bulganin, Eden, Mollet, Nehru (Mittelost-Konflikt) v. 6. 11. 56: *9406

Bevölkerung 9251, 9253, 9257f

Verkehr

Eisenbahnen 9087
 Fremdenverkehr 9092
 Verteidigung 9098

Wirtschaft

Außenhandel 9089ff
 Konjunktur 9168
 Preise 9168
 Sozialprodukt 9293

Singapur

Unabhängigkeitsbestrebungen 9154
 wirtschaftl. Entwicklung 8996f

Skandinavien

Atomenergie 9173
 Außenministerkonferenzen:
 Stockholm 16. 9. 56: 9230
 Reykjavik 8. 10. 56: *9304
 gemeinsamer nordischer Markt 9070, **9171ff**
 gemeinsamer skandinavischer Arbeitsmarkt 9172
 Nordische Konvention üb. Soziale Sicherheit v. 15. 9. 55: 9171
 Nordischer Rat s. diesen

Sowjetunion**Atomenergie**

9067f, 9099, 9108
 Abkommen m. Aegypten *9082

Außenpolitik

9012f, *9018, 9075f, *9082, 9142, 9147, 9152f, 9263, 9265, 9284, 9309ff, 9312, 9401

Beziehungen zu:

Aegypten (Schepilow in Kairo) *9047

Afghanistan (Besuch Mohammed Daud) *9403

Belgien (Besuch van Acker und Spaak) *9406

Ceylon *9234f

Bundesrepublik Deutschland
 *9015f, 9152, 9217, *9267, 9283
 (Besuch Adenauer) 9008, *9015f, 9217

DDR (Besuch Grotewohl) **9065ff**
 (Wortl.), *9119

Finnland (Woroschilow in Helsinki) *9196

Frankreich (Besuch Mollet) *9017, *9045, *9047

Griechenland (Schepilow in Athen) *9046

Indonesien *9236
 (Besuch Soekarno) *9196, *9235
 (Treffen Bulganin-Soekarno in Sotschi) *9269

Japan *9235, 9277, 9279ff
 (Besuch Hatoyama) **9287f**
 (Wortl.)

(Besuch Schigemitsu) *9121, *9161, 9283

Jugoslawien 9354, *9454f
 (Besuch Tito) *9017, *9047, **9061ff** (Wortl.), *9120
 (Treffen Chruschtschow—Tito, Belgrad, Brioni, Krim) *9269, *9305, 9310, 9339

Kambodscha (Besuch Prinz Norodom) *9081

Korea/Nord (Besuch Kim Ir Sen) *9081

Libanon (Schepilow in Beirut) *9048

Norwegen 9033f

Oesterreich 9283

Ostblockstaaten 9310, 9334, 9338, 9346, 9355, 9386, **9388f** (Wortl.), 9391, 9393, 9450

Polen 9379, 9398
 (Bulganin in Warschau) *9121
 (Besuch Gomulka) 9334, **9385ff** (Wortl.)

Syrien (Besuch Kuwatly) *9406
 (Schepilow in Damaskus) *9048

Türkei 9008

Vereinigte Staaten 9262

zur Deutschlandfrage 9075ff, 9217ff
 diplomatische Vertretungen *9080,

9284f, 9287, *9303

zum Mittelost-Konflikt 9314, 9400, *9403, *9406, **9448f** (Wortl.)

Freiwillige f. Mittleren Osten *9407, 9448f

Noten:

an Aegypten (Suez-Frage) v. 28. 8. 56: *9197

an Bundesrepublik Deutschland (Wiedervereinigung Deutschlands) v. 22. 10. 56: *9403

an europäische Länder und Vereinigte Staaten (europ. Atomgemeinschaft) v. 13. 7. 56: *9081
 an Frankreich u. Großbritannien (Mittelost-Konflikt) v. 4. 11. 56: *9406

an Großbritannien (Wiedervereinigung Vietnams) v. 21. 7. 56: *9121

an Westmächte (Deutschlandfrage) v. 10. 3. 52: 9218

(Deutschlandfrage) v. 9. 4. 52: 9218

(Deutschlandfrage) v. 15. 8. 53: 9217, 9222

(Wiedervereinigung Deutschlands) v. 26. 10. 56: *9403

Schreiben Bulganins an Adenauer (Abrüstung) v. 6. 6. 56: 9008f (Wortl.), 9013

Schreiben Bulganins an Eden, Mollet, St. Laurent, Segni und Menderes (Abrüstung) v. 6. 6. 56: 9008, 9013

Schreiben Bulganins an Eden, Mollet u. Ben Gurion (Mittelost-Konflikt) v. 5. 11. 56: *9406, 9416, **9446f** (Wortl.), 9449
 (Mittelost-Konflikt) v. 15. 11. 56: *9407

Schreiben Bulganins an Eisenhower (Abrüstung) v. 6. 6. 56: **9007f** (Wortl.), 9013

(Abrüstung) v. 11. 9. 56: *9235, **9260ff** (Wortl.)

(Atomwaffenversuche)

v. 19. 10. 56: *9403
 (Mittelost-Konflikt) v. 5. 11. 56: *9406, **9444** (Wortl.), 9445, 9449

(Intervention in Ungarn)

v. 8. 11. 56: 9391

Schreiben Bulganins an Eisenhower, Tschu, Eden, Mollet u. Nehru (Abrüstung) v. 17. 11. 56: *9454

zur polnischen Umwälzung 9330f, 9334

zur Spitzbergen-Frage 9033f

zur Suez-Frage *9161, **9186ff** (Wortl.), 9230f

zum ungarischen Volksaufstand 9310f, 9340ff, 9355ff, 9386, 9389, 9395f, *9407

Handel vgl. **Wirtschaft**

Innenpolitik

9144, 9147, 9309f, 9338

baltische Länder 9489

Karelo-Finnische Republik (Auflösung) *9121

Kommunistische Partei 9099, **9142ff** (Wortl.), *9195f, *9305, 9338, 9379ff

Beziehungen zum Bund d. Kommunisten Jugoslawiens *9047, **9063ff** (Wortl.)

Beziehungen zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Chruschtschow in Warschau) 9330f, 9385

XIII. Parteitag 9145

XX. Parteitag *9018, *9046, 9129ff, 9142ff, 9158, 9266, 9373, 9381, 9388, 9392, 9398

Regierung *9017, *9121, *9455

Kulturelle Beziehungen zu:

DDR 9066

Jugoslawien 9063

Polen 9387

Verfassung und Verwaltung

9147, 9149
 Gesellschaftsordnung 9146f
 Rechtsordnung 9146, 9149
 Staatssicherheitsorgane 9145f
Verkehr
 Eisenbahnen 9102
Wehrpolitik
 9144, *9161
 Rüstungsausgaben 9007, 9012f
 Streitkräfte 9007f, **9009ff** (Wortl.),
 9013, 9062, *9121, 9150ff, 9153,
 9227, 9260

Wirtschaft

9013, 9099, 9108, 9145
 Außenhandel *9235, 9288
 Elektrizitätswirtschaft **9099ff**
 Wasserkraft 9099f, 9102
 Erdöl 9099
 Fischerei 9030f, 9288
 Fischereikonvention m. Japan 9283,
 9288
 Fünfjahrpläne 9100
 6. Fünfjahrplan (1956—60) 9100,
 9107f, 9149
 Industrialisierung 9099, 9102, 9106
 Kohle 9099
 Landwirtschaft 9106
 Torf 9099
 Wirtschaftsbeziehungen zu:
 DDR 9063, *9161
 Jugoslawien 9065, *9161
 Polen 9386f

Sozialistische Internationale

Beziehungen zw. europ. u. asiat.
 sozialistischen Parteien *9046

Soziologie 9251f, 9255f, 9289, 9291f

Spanien

Bevölkerung 9251, 9253, 9256ff, 9290
 Beziehungen zur Türkei (Artajo in
 Ankara) *9403
 Sozialprodukt 9293
 Spanisch-Marokko *9017
 zur Suez-Frage **9223f** (Wortl.), 9229
 Verteidigung *9121

Spitzbergen

9029ff
 Entmilitarisierung 9032ff
 Fischerei u. Walfang 9030f, 9034
 Geschichte 9030ff
 Kohle 9031ff

Südafrikanische Union**Arbeits- und Sozialpolitik**

9027
 Gewerkschaftsfreiheit 9027

Außenhandel 9439**Außenpolitik**

Beziehungen zu:
 Großbritannien 9439
 Indien 9022
 Pakistan 9022
 Portugal (Besuch Lopes) *9235
 Vereinte Nationen **9021ff**
 High Commission Territories 9439
 Bevölkerung 9028 Anm. 32, 9252,
 9257f

Verfassung und Verwaltung

9439
 Menschenrechte **9021ff**
 Rassenfrage **9021ff**, 9439
 indische Bevölkerung 9021f
 Wahlrecht 9021f, 9026

Südostasienpakt-Organisation

(SEATO) 9155, *9198

Südwestafrika

Rassenfrage 9023
 verfassungsmäßiger Status 9023f

Syrien

Beziehungen zu:
 Ägypten *9082, 9414
 Volksrepublik China *9082
 Frankreich 9230
 Großbritannien 9230
 Jordanien (Besuch König Hussein)
 *9198
 Sowjetunion (Kuwatly in Moskau)
 *9406
 (Besuch Schepilow) *9048
 Türkei *9196
 Bündnis m. Ägypten u. Jordanien
 9414f, 9427f, 9442
 Waffenlieferungen aus Ostblockstaa-
 ten 9414
 Wirtschaftsunion m. Jordanien *9162
 Zerstörung d. Oelleitung *9408

Tanganjika

verfassungsmäßiger Status 9440

Tanger

Eingliederung in Marokko *9404
 Internationale Tanger-Konferenz,
 8.—29. 10. 56: *9404

Thailand

wirtschaftl. Entwicklung 8999

Togo (unter britischer Verwaltung)

Vereinigung m. Goldküste *9269

Togo (unter französischer Verwaltung)

Regierung *9235
 Statut *9196
 Volksabstimmung *9162

Tschechoslowakei**Arbeits- und Sozialpolitik**

*9235
 Umsiedlung von Deutschen *9159

Außenpolitik

Beziehungen zu:
 Bundesrepublik Deutschland *9081,
 *9121
 DDR (Besuch Grotewohl) *9235
 Indonesien (Besuch Soekarno)
 *9269
 Jugoslawien 9133
 Kambodscha (Besuch Prinz Noro-
 dom) *9081
 Polen (Široky in Warschau) *9081
 Ungarn (Široky in Budapest) *9455
 zum ungarischen Volksaufstand 9310,
 9354

Handel vgl. Wirtschaft

Innenpolitik

9129ff, 9309, 9489
 Kommunistische Partei *9017, **9129ff**
 Nationale Front 9130, 9139
 politische Prozesse *9017, 9132f
 Regierung 9131f, 9139

Kulturpolitik

Hochschulen 9134f, 9137f, 9140
 kulturelle Beziehungen zur DDR
 *9235
 2. Schriftstellerkongreß, Prag 22. bis
 29. 4. 56: 9135f

Verfassung und Verwaltung

9133, 9139f, 9141 Anm. 4
 Autonomie d. Slowakei *9017, 9133f,
 9139f, *9161
 slowakische Gebietskörperschaften
 9133, 9139f

Dezentralisierung d. Verwaltung 9140
 Meinungsfreiheit 9137, 9140
 Rechtshilfeabkommen m. DDR *9235
 Rechtsordnung 9132
 Sicherheitspolizei 9132

Verteidigung

Streitkräfte 9131

Weltkrieg, Zweiter

Austreibung der Sudetendeutschen
 9158

Kriegsverurteilte *9159

Wirtschaft

Außenhandel *9235
 2. Fünfjahrplan 9139
 Wirtschaftsbeziehungen zur DDR
 *9235

Türkei

Bevölkerung 9251, 9256ff, 9290
 Beziehungen zu:
 Afghanistan (Menderes in Kabul)
 *9122
 Griechenland 9462
 Libyen (Besuch König Idris) *9161
 Sowjetunion 9008
 Spanien (Besuch Artajo) *9403
 Syrien *9196
 Dardanellen 9414
 Geschichte 9240f, 9245f
 Regierung *9047, *9197
 Sozialprodukt 9293

Tunesien

zum Algerien-Problem *9404
 Aufnahme in UN *9122
 Beziehungen zu:
 Frankreich *9017, *9080, *9305,
 *9404
 Vereinigte Staaten (Bourguiba in
 Washington) *9455
 Konferenz der drei Länder der
 Maghreb, Tunis 23. 10. 56: *9404
 Stationierung französischer Truppen
 *9080

Ungarn**Arbeits- und Sozialpolitik**

Arbeiter-Selbstverwaltung 9352, 9390
 Arbeiterräte 9353f, *9407, *9455
 Gewerkschaften 9342, 9347

Außenpolitik

Beziehungen zu:

- Bundesrepublik Deutschland *9122
- Jugoslawien *9197, 9338f, 9394, 9398, *9402
- Ostblockstaaten 9390
- Polen 9339
- Rumänien (Besuch Gheorghiu-Dej) *9455
- Sowjetunion 9339, 9341ff, 9355ff, 9390
- Tschechoslowakei (Besuch Široky) *9455
- Vereinte Nationen 9344, 9347f, 9350f, 9353, 9356
- Warschauer Pakt (Austrittserklärung) 9310, 9346ff, 9356, 9396
- Neutralitätserklärung 9347f, 9351, 9356, 9448
- Note an Sowjetunion (sowjetische Intervention in Volksaufstand) vom 2. 11. 56: 9348

Innenpolitik

- 9309, 9337ff, 9489
- Generalstreik u. passiver Widerstand 9353, *9407, 9455
- Kommunistischer Jugendverband 9339
- Parteien:
 - Katholische Volkspartei 9347
 - Nationale Bauernpartei 9346f
 - Partei der kleinen Landwirte 9343, 9346
 - Partei der Werktätigen *9047, *9121, *9304, 9337ff, 9394, *9402
 - Treffen Gerö—Tito—Chruschtschow, Krim 30. 9. 56: *9269, 9394
 - Sozialdemokratische Partei 9346f
 - politische Prozesse *9305, 9394
 - Rehabilitierungen *9305, 9310, 9337f
- Regierung *9122, 9310, 9338, 9340, 9343, 9346, 9349ff, 9356f, 9389, 9395, *9455
- Aufruf der Revolutionären Arbeiter- u. Bauern-Regierung v. 4. 11. 56: 9389ff (Wortl.)
- Volksaufstand Oktober/November 1956: 9309ff, 9313ff, 9333, 9337ff, 9355ff, 9386, 9389ff, 9391f, 9394ff, *9402f, *9405ff, 9444f, 9447f, 9450, *9453f
- Flüchtlinge 9354, *9456
- Hilfe f. d. Opfer des Aufstands *9408, 9450
- Verfolgung von Freiheitskämpfern 9354

Deportationen 9354, *9456

Widerstandsbewegungen 9395

Kulturpolitik

Petőfi-Kreis 9338f

sowjetische Truppen 9310, 9340ff, 9355ff, 9388ff, 9395f, *9408, 9445, 9448, 9450, *9455

Verfassung und Verwaltung

- 9337, 9352, 9359 Anm. 42, 9390
- Meinungsfreiheit 9339, *9407f, *9455
- Rechtsreform *9081
- Sicherheitspolizei (AVH) 9340, 9344
- „sozialistische Legalität“ 9337, 9390

Wirtschaft

- 9339, 9342, 9344, 9352, 9390
- Erdöl *9197
- Fünfjahrplan 9338
- Industrialisierung 9337
- Landwirtschaft 9344, 9390
- Lebensstandard 9337f, 9340, 9352, 9390
- Wirtschaftshilfe *9455

Unterentwickelte Gebiete

- 9041, 9044, 9062, 9071, 9075, *9121, 9153, 9155f, 9157, 9265, *9268, 9297, *9305, 9451, 9461, 9465
- Colombo-Plan vgl. **Commonwealth**
- Industrialisierung 9264
- Technische Hilfe 9156

Vatikan

Besuch Adenauer *9081

Vereinigte Staaten**Atomenergie**

- *9048
- Abkommen m. d. Schweiz 9097f

Außenpolitik

- *9048, *9235
- Auslandhilfe *9270
- Beteiligung am Colombo-Plan 8990, 8993
- Programm 1956/57: *9018, *9048, *9122
- Waffenhilfe *9407
- zum Bagdadpakt *9456
- Beziehungen zu:
 - Aegypten 9410, 9417
 - Volksrepublik China 9266, *9456
 - Bundesrepublik Deutschland (Besuch Adenauer) 9013f (Wortl.), *9018
 - (Murphy in Bonn) *9303
 - Formosa (Nixon in Taipeh) *9082
 - Frankreich (Besuch Pineau) *9048
 - Großbritannien *9455
 - Island 9226, 9228, *9305f, *9455
 - Japan *9236, 9280, 9284ff
 - (Besuch Schigemitsu) 9280
 - Ostblockstaaten 9343, *9404
 - Philippinen (Nixon in Manila) *9082
 - Saudi-Arabien 9242
 - Schweiz 9091
 - Sowjetunion 9262
 - Tunesien (Besuch Bourguiba) *9455

Noten:

- an Bundesrepublik Deutschland (Wiedervereinigung Deutschlands) v. 10. 10. 56: *9303
- an Sowjetunion (Wiedervereinigung Deutschlands) v. 10. 10. 56: *9305
- an Teilnehmer der 1. Londoner Suezkanal-Konferenz (Vorschläge) v. 10. 8. 56: *9160
- Schreiben Eisenhowers an Ben Gurion (Mittelost-Konflikt) v. 28. 10. 56: *9404, 9416, 9428
- Schreiben Eisenhowers an Bulganin (Abrüstung) v. 7. 8. 56: 9151f (Wortl.)

(Atomwaffenversuche) v. 21. 10. 56: *9403

(sowjetische Intervention in Ungarn) v. 4. 11. 56: 9353f, 9391 (Wortl.), 9445

Schreiben Eisenhowers an Eden u. Mollet (Mittelost-Konflikt) v. 30. 10. 56: *9404

zum Mittelost-Konflikt *9404, *9407, 9415, 9444f (Wortl.)

zur Suez-Frage 9229, 9413, 9425

Bevölkerung 9252, 9256ff, 9290f, 9294

Finanz- und Währungspolitik

Zölle 9070

Innenpolitik

- Kommunistische Partei 9148
- Republikanische Partei *9197
- Wahlen 6. 11. 56: *9197, *9235, 9311, *9407

Panama-Kanal 9414

Verfassung und Verwaltung

Rassenfrage *9236

Wehrpolitik

- *9122
- Streitkräfte 9151, *9267, *9407
- Umrüstung *9267, *9303, *9407

Wirtschaft

- Elektrizitätswirtschaft 9101, 9103, 9106
- Erdöl 9248f, *9456
- Sozialprodukt 9293

Vereinte Nationen**Organe**

Abrüstungskommission *9082, *9122, 9260f

Unterausschuß 9007, 9011f, 9151, 9261

Amt des Hohen Kommissars f. d. Flüchtlingswesen *9018, *9082, 9232, 9488

Generalsekretariat (Osteuropareise d. Generalsekretärs) *9082

Internationaler Gerichtshof 9003, 9005, 9411

Sicherheitsrat *9304

Treuhandschaftratsrat *9162

Vollversammlung:

Außerordentliche Tagung, 1. bis 9. 11. 56: 9348, 9350, 9352ff, *9404, *9408, 9443ff

11. Tagung, ab 13. 11. 56: *9408

Kommission f. Südwestafrika 9023f

Völkerrechtskommission 9003ff, 9313

Wirtschaftskommission f. Asien u. d. Fernen Osten (ECAFE) 9232

zum Colombo-Plan 8990

Wirtschaftskommission f. Europa (ECE):

Bevölkerungsstatistik 9250, 9292

gesamteurop. wirtschaftl. Zusammenarbeit (sowjet. Vorschlag) *9082

Wirtschaftskommission f. Lateinamerika (ECLA) 9232

Wirtschafts- und Sozialrat:

21. Tagung 9041f

22. Tagung 9231f

Mitglieder *9304

- Kommission f. Menschenrechte 9485
 Sonderausschuß f. d. Untersuchung d. Zwangsarbeit 9026
- Sonderorganisationen**
 Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO):
 Generaldirektor *9270
 25. Sitzung d. Verwaltungsrates *9236
- Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 9027, 9041, 9230
 39. Internationale Arbeitskonferenz, Genf 6.—28. 6. 56: *9048
- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) *9305
 11. Jahresversammlung, Washington 9295
 zum Colombo-Plan 8990
 Internationale Finanz-Corporation (IFC) *9122, 9156
 Quoten *9406
- Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) 9230, 9480
 Internationaler Fernmeldeverein (ITU) 9481f
- Internationaler Währungsfonds (IMF) 9041
 11. Jahrestagung, Washington 9295
- Organisation der Vereinten Nationen f. Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) *9162
- Weltpostverein (UPU) 9481f
- Flüchtlingsfragen**
 Hilfsfonds für Flüchtlinge (UNREF) *9018
- nicht selbständige Gebiete**
 Grönland 9035, 9039f
- Rechtsfragen**
 internationale Schiedsgerichtsbarkeit 9004, 9006, 9041
 internationales Strafrecht 9004f
 Menschenrechte **9021ff**, 9041f, 9232
 Allgemeine Erklärung d. Menschenrechte v. 10. 12. 48: 9314, 9485, 9490
 Recht auf freie Verfügung üb. Hilfsquellen 9199
 Sklaverei 9041, *9162, *9236
 Zwangsarbeit 9041, *9048
- Rechtsstellung der Frau 9230
 Staatenlosigkeit 9004ff
 Konvention üb. d. Rechtsstellung d. Staatenlosen v. 28. 12. 54: 9199
- Staatsangehörigkeitsrecht 9004f
 Völkerrecht s. **Recht, internationales**
- Sicherheit**
 Abrüstung 9007f, 9010f, *9080, 9150ff, 9260f, vgl. auch „Abrüstungskommission“
 Verbot d. Atomwaffe 9010
 Atomenergie 9041, 9061
 Konferenz z. Bildung einer Internationalen Behörde f. d. friedliche Verwendung d. Atomenergie, New York *9270, *9404
- Internationale Streitmacht 9314, 9399f, *9407f, 9416, 9432, 9446f, **9448** (Wortl.), *9454ff
- Streitfälle:**
 Algerien *9048, *9305f, 9430
 China 9061, *9121, 9266, *9268, 9386
 Cypern *9016
 Korea *9015, *9018
 Neutrale Waffenstillstands-Kommission *9018
 Marokko 9430
 Mittelost-Konflikt s. u. „Suez“
 Palästina s. dieses
 Suez und Mittelost-Konflikt 9225, 9229ff, *9270, 9299, 9301, *9306, 9348, 9350, 9352, 9398, *9404, *9407f, 9415f, 9426f, 9432, **9442** (Wortl.), **9443** (Wortl.), 9444f, **9445f** (Wortl.), *9454, 9462f
- Tunesien 9430
 Ungarn 9344, 9348, 9350ff, 9386, 9391, *9408, 9445, 9448, 9450, *9454, *9456
- Soziale Fragen**
 Bevölkerungsstatistik 9250, 9290
 Rassendiskriminierung 9021ff
 Rauschgiftbekämpfung 9232
- Treuhandschaft**
 Südwestafrika 9023f
 Tanganjika 9440
 Togo *9162
- Verfassung und Organisation**
 Aufnahme neuer Mitglieder 9061, *9082, *9121f, 9154
 Charta 9021, 9024f, 9207, 9221, 9313
 Vetorecht 9313f
- Wirtschaft**
 Energiewirtschaft 9041
 Kartographie 9041
 unterentwickelte Gebiete 9041, 9062, 9156, 9231f
 Amt f. Weltwirtschaftsentwicklung (französischer Vorschlag) 9156
 Sonderfonds f. wirtschaftl. Entwicklung (SUNFED) 9232
 Technische Hilfe 9232
 Wasserwirtschaft 9041
- Vietnam**
 Beziehungen zwischen Nord- u. Süd-Vietnam *9082
 Waffenstillstand *9082
 Wahlen *9121
 Wiedervereinigung *9082
- Vietnam (Nord)**
 Beziehungen zu:
 Volksrepublik China (Besuch Tschu En-lai) *9456
 Laos (Besuch Souvanna Phouma) *9198
 Note an Großbritannien und Sowjetunion (Wiedervereinigung Vietnams), Juli 56: *9082
 Streitkräfte *9048
- Vietnam (Süd)**
 Note an Großbritannien und Sowjetunion (Wiedervereinigung Vietnams), Juli 56: *9082
 Spratley-Inseln (Anspruch) *9198
 Verfassung *9082
 wirtschaftl. Entwicklung 9000f
- Warschauer Vertrag**
 9340f, 9346ff, 9355ff, 9388
 Truppenstationierung 9310, 9388f
- Weltfriedensrat** *9303
- Weltgewerkschaftsbund** *9303
- Welthandel**
 9012, 9069, *9121, *9232, 9296, *9305, 9470, 9486
 Ost-West-Handel 9062, *9081
 Embargo 9266
- Weltwirtschaft** 9041
- Westeuropäische Union (WEU)**
 9044, 9213, 9260, 9263f, 9298
- Organe**
 Amt für Rüstungskontrolle **9213ff**
 Ausschüsse der Kultursachverständigen 9486
 Rat der WEU 9213ff
 Tagung Paris, 15. 9. 56: *9234
 Ständiger Rüstungsausschuß **9213ff**
 Versammlung 9216
 Beziehungen z. Beratenden Versammlung d. Europarats 9085, 9272
 Sitzung 11.—13. 10. 56: *9304, 9493f
- Kulturelle Fragen** 9493
- Militärische Fragen**
 9493
 Atomkontrolle 9494
 Atomwaffen 9494
 Beziehungen zur NATO 9215
 Rüstung 9213ff, *9234, 9260
 Rüstungskontrolle *9119, 9152, 9213ff, 9494
- Organisation**
 Amtssprachen 9316
 Beziehungen zwischen d. Organen der WEU 9493
- Saarfrage**
 9050f, 9053, 9057f
 Kommission d. WEU an der Saar 9050ff
- Soziale Fragen** 9493
- Zentralafrikanische Föderation**
 Beziehungen zu Großbritannien 9440
 Mitgliedschaft im Commonwealth 9154, 9440
 Unabhängigkeit 9440
- Zwischenstaatlicher Ausschuß für Europäische Wanderung (ICEM)**
 9488f

Personenverzeichnis

- Abbas, Ferhat 9017
 Abdon, Djalal 9306
 Abdulgani, Ruslan 9193f, 9197
 Abs, Hermann 9117
 Abu Nawar 9414
 Acharya, Tonka Prasad 9306
 van Acker, Achille 9263, 9406
 Adenauer, Konrad 9013, 9015, 9017f, 9045, 9047, 9050, 9052, 9055, 9058, 9076, 9080f, 9119, 9152, 9215, 9218, 9233, 9259, 9263f, 9267f, 9301, 9303, 9401, 9405
 Amery, Julian 9264
 Apro, Antal 9305
 Aramburu, Pedro 9082
 Ardalan, Ali Gholi 9230, 9456
 Artajo, Alberto Martin 9230, 9403
 Artymowska, Zofia 9331
 Asali, Sabri 9048
 Aschida, Hitoschi 9280
 Averoff, Evangelos 9016, 9046
- Bachmann, Hans 9090
 el-Badr, Mohammed 9045, 9452
 Balafrej, Ahmed 9402
 Baluku, Bekir 9453
 Bandaranaike, Solomon 9407
 Barák, Rudolf 9132, 9135
 Baranowski, Feliks 9328
 Bayar, Celal 9403
 Bech, Josef 9121, 9402
 Beddington-Behrens, E. 9117
 Behrens, Leonard 9299
 Bekkai, M'Barek 9235, 9402, 9404
 Ben Gurion, David 9416, 9428, 9447 Anm., 9456
 Benvenuti, Lodovico 9273, 9460
 Berman, Jacob 9321, 9326f, 9332, 9336 Anm. 88
 Bevan, Aneurin 9299
 Bieñkowski, Wladyslaw 9325, 9333f
 Bierut, Boleslaw 9321, 9323f
 Birkelbach Willi 9112
 Blücher, Franz 9078, 9159
 Bolz, Lothar 9065, 9195
 Bourguiba, Habib 9305, 9404, 9455
 Boyle, Sir Edward 9128
 Brandt, Leo 9157
 Brenner, Otto 9301
 von Brentano, Heinrich 9045, 9053, 9058, 9074ff, 9079f, 9193, 9195, 9215, 9259, 9263, 9402, 9453
 Bretscher, Willy 9265
 Bulganin, Nikolaj A. 9007f, 9017, 9061, 9063, 9065, 9121, 9150, 9161, 9217, 9220, 9230, 9235, 9260, 9269, 9287f, 9309f, 9338, 9353f, 9385, 9391, 9403, 9406, 9416, 9444ff
 Burckhardt, Carl 9090
 Butler, Richard A. 9116
- de Carmoy, Guy 9044
 Cassimatis, Grégoire 9462
 Ćepićka, Alexej 9131f
 Chaban-Delmas, Jacques 9492
 Chamoun, Camille 9408, 9452
- Charpentier, René 9471
 Chaudhri Mohammed Ali 9236
 Chruschtschow, Nikita S. 9015, 9017f, 9045ff, 9061, 9063, 9065, 9121, 9161, 9196, 9269, 9287, 9309f, 9330, 9338, 9385, 9393f
 Corniglion-Molinier, Edouard 9479f
 Coudenhove-Kalergi, Richard Graf 9264
 Crosbie, James 9459
 Curtis, Dunstan 9272
 Cyrankiewicz, Josef 9234, 9272, 9325ff, 9385
 Czernetz, Karl 9273, 9481
- Dahlgard, Bertil 9173
 David, Václav 9130
 Davies, Clement 9299
 Dehler, Thomas 9015, 9045, 9077, 9233, 9405
 Dehousse, Fernand 9050, 9052, 9054, 9056f, 9125, 9272, 9459, 9467f
 Dennis, Eugene 9148
 Dieckmann, Johannes 9159
 Dieterlen, Pierre 9118
 Digheni 9198
 Djilas, Milovan 9454
 Dulles, John Foster 9013, 9048, 9082, 9122, 9160, 9193f, 9197, 9229ff, 9280, 9305f, 9343, 9348, 9410, 9413, 9417, 9423, 9425ff, 9456
 Duriš, Julius 9132, 9138
- von Eckardt, Felix 9159
 Eden, Sir Anthony 9016, 9080, 9120, 9150, 9160, 9193, 9208, 9220, 9229, 9247, 9268, 9299ff, 9346, 9399, 9401f, 9405f, 9410, 9423, 9426, 9428, 9442, 9447, 9454
 Eisenhower, Dwight D. 9018, 9122, 9150f, 9162, 9197, 9229, 9235, 9270, 9305, 9311, 9353f, 9391, 9403f, 9406, 9416, 9428, 9442, 9444f, 9455
 Erdei, Ferenc 9350, 9356
 Erhard, Ludwig 9015, 9045, 9116, 9165, 9233, 9406, 9453
- Faisal, König des Irak 9236, 9408, 9452, 9456
 Farkas, Mihaly 9305
 Fattah, Abdel 9451
 Faure, Maurice 9121, 9234, 9259
 Fawzi, Mahmud 9198, 9306
 Feldmann, Markus 9406
 Feller, Erwin 9077f
 Figl, Leopold 9472f
 Figueres, José 9401
 de Freitas, Geoffrey 9264
 Furler, Hans 9298
- Gaitskell, Hugh 9229, 9299f, 9402, 9453
 de Geer, Gérard 9273, 9475
 Gerlach, Manfred 9303
 Gerö, Ernő 9121, 9305, 9310, 9338ff, 9355, 9394f, 9397, 9402
- Gerstenmaier, Eugen 9267
 Ghaleb, Abdel Hamid 9452
 Gheorghiu-Dej, Gheorghe 9334, 9402, 9455
 Gierek, Edward 9334
 Ginhold, Willi 9301
 Giscard d'Estaing, Edmond 9117
 Giscard d'Estaing, Valéry 9044
 Goedhart, F. J. 9489f
 van der Goes van Naters, Marinus 9109, 9465f
 Götting, Gerald 9265
 Gomulka, Wladyslaw 9305, 9320ff, 9369, 9384f, 9393, 9406, 9454
 Gottwald, Klement 9130f, 9138
 Gozard, Gilles 9109
 Gretscho, A. A. 9016
 Grimond, Joseph 9299
 Gromyko, Andrej A. 9082, 9287
 Gronchi, Giovanni 9081
 Grotewohl, Otto 9045, 9065, 9119, 9235, 9401, 9405
 Gruenther, Alfred M. 9046, 9162, 9405
 Gschnitzer, Franz 9269
 Guggenheim, Paul 9090f
- Haas, Wilhelm 9217 Anm., 9235
 Hakim Amer 9414
 Hallstein, Walter 9121, 9230, 9234, 9259
 Hammarskjöld, Dag 9048, 9082, 9231, 9306, 9407f, 9445
 Hansen, Hans C. 9230
 Harding, Sir John 9198
 Harrod, Roy 9118
 Hatoyama, Ichiro 9235, 9277, 9279f, 9283, 9287f
 Hegedüs, Andras 9122, 9197, 9310, 9346, 9355
 Hellwig, Fritz 9273, 9469
 Hendrych, Jiří 9129
 Heuss, Theodor 9159, 9210, 9212 Anm. 2, 9301
 van Heuven Goedhart, Gerrit J. 9018
 Heymann, Henri 9485
 Ho Tschí Minh 9456
 Hodscha, Enver 9334, 9392, 9394
 Hoffmann, Johannes 9054ff, 9119
 Hope, Lord John 9128, 9471
 von Horthy, Nikolaus 9395
 Horvath, Imre 9338, 9353
 Hussein, König von Jordanien 9198, 9236, 9408, 9451
 Hutchison, Sir James 9490
- Ibn Saud, König von Saudi-Arabien 9241, 9246f
 Idris I., König von Libyen 9161
 Ishkow, A. A. 9281, 9283
 Ismail Pascha 9178
 Ismay, Lord 9343, 9453
- Jacobsen, Pierre 9488f
 Jaquet, Gérard 9462
 Jaksch, Wenzel 9158
 Janza, Károly 9343

- Jaworska, Helena 9330, 9332
 Jaworski, Marjan 9402
 Jedrychowski, Stefan 9331
 Jenkins, Roy 9273, 9470
 Jonasson, Hermann 9120
 Jonsson, Emil 9305
 Juin, Alphonse 9046
- Kabanow, Iwan G. 9235
 Kadar, Janos 9310, 9340f, 9346, 9351ff, 9356, 9358, 9389, 9395, 9407, 9455
 Kaganowitsch, Lazar M. 9330
 Kaiser, Jakob 9079f, 9405
 Karamanlis, Konstantin 9016, 9234
 Kardelj, Edvard 9061, 9063
 Kather, Linus 9077
 von Kessel, Friedrich 9078
 Kethly, Anna 9347f
 Kiesinger, Kurt-Georg 9264, 9469, 9486
 Kim Ir Sen 9015, 9081
 Klompé, Margarethe 9112, 9233, 9459
 Klosiewicz, Wiktor 9334
 Kluthe, Hans 9265
 Köhler, Bruno 9138
 Kohnstamm, Max 9118
 Kono, Ichiro 9280, 9283, 9287f
 Kopecky, Václav 9129, 9135, 9137ff
 Kopf, Hermann 9460
 Kostoff, Traitscho 9267
 Koszutska-Kostrzewa, Wera 9318
 Kovacs, Istvan 9350
 Kreyssig, Gerhard 9044, 9113, 9264
 Kulczynski, Stanislaw 9329
 al-Kuwatly, Schukri 9198, 9231, 9406, 9408, 9452
- Lacoste, Robert 9404
 Lange, Halvard 9230, 9234, 9268
 Lannung, Hermod 9039, 9271, 9459
 Lapot, Stanislaw 9327
 Layton, Lord 9484
 Le Troquer, André 9303
 Lemmer, Ernst 9077
 Lenin, Wladimir I. 9099, 9143f, 9148, 9317f
 Lennox-Boyd, Alan 9234, 9269
 de Lesseps, Ferdinand 9175f, 9178, 9418f
 Lie, Trygve 9033
 de Lipkowski, Jean 9297
 Liu Ke-ping 9162
 Liu Schao-tshi 9266
 Lloyd, Selwyn 9080, 9120, 9194, 9230f, 9233, 9305, 9401f, 9423, 9427f, 9455
 Loch, Hans 9065
 Longo, Luigi 9304
 Lopes, Francisco 9235
- MacBride, Séan 9273, 9473
 MacCallum Scott, John 9265
 Macdonald, Ramsay 9420
 Macdonald, Thomas L. 9194
 McFadyean, Sir Andrew 9265
 Maclay, John Scott 9216, 9264
 Macmillan, Harold 9113, 9116, 9128, 9165, 9234, 9295, 9301, 9471
- Magsaysay, Ramón 9082
 Malagodi, Giovanni 9265
 Malenkow, Georgij M. 9065
 Maleter, Pal 9348, 9350, 9356
 Malik, Jakob A. 9281
 Malinin, M. S. 9350, 9356
 Mao Tse-tung 9270
 Marchal, Léon 9271
 Marosan, György 9338
 Martino, Gaetano 9081, 9234, 9268, 9304, 9459ff
 Matsumoto, Suinitsi 9281, 9287f
 Matteotti, Matteo 9016, 9234
 Mayer, René 9109ff, 9265, 9476
 Mazur, Franciszek 9328
 Meimberg, Rudolf 9044, 9117, 9297
 Mellies, Wilhelm 9405
 Mende, Erich 9303
 Mendès-France, Pierre 9049
 Menderes, Adnan 9122, 9403, 9456
 Menon, Krischna 9194, 9197, 9230f, 9403
 Menzies, Robert G. 9119, 9194, 9196, 9224, 9229, 9425
 von Merkat, Hans-Joachim 9267, 9298
 Meyer, Golda 9408
 Middelhaue, Friedrich 9265
 Mikojan, Anastas I. 9061, 9063, 9287, 9305, 9310, 9330, 9346f
 Mine, Hilary 9305, 9321, 9329, 9332
 Mindszenty, Jozef 9346, 9351
 Mintoff, Dom 9234
 Mirza, Iskander 9198, 9456
 Mitterand, François 9298
 Moczar, Mieczyslaw 9327
 Mohammed V., Sultan von Marokko 9269, 9305, 9404
 Mohammed Daud 9236, 9403
 Mohammed Said Pascha 9176
 Mollet, Guy 9015ff, 9080, 9120, 9127, 9150, 9233f, 9259, 9268, 9314, 9401f, 9404f, 9413, 9428, 9447 Anm., 9454
 Molotow, Wjatscheslaw M. 9017, 9033f, 9061, 9063, 9065, 9220ff, 9309, 9318, 9330, 9338, 9455
 Mommer, Karl 9264, 9467f
 Morawski, Jerzy 9324
 Motz, Roger 9265
 Murphy, Robert 9120, 9303, 9423
 Mustafa ben Halim 9161, 9304, 9408, 9452, 9455
- Nabulsi, Suliman 9404
 Nagy, Imre 9305, 9310, 9337ff, 9355f, 9389f, 9395, 9403, 9407, 9453ff
 Nasser, Gamal Abdel 9047f, 9120ff, 9160f, 9184, 9189, 9193f, 9196f, 9224, 9229ff, 9305, 9398f, 9403f, 9409f, 9412ff, 9414ff, 9417ff, 9430f, 9452
 Naszkowski, Marian 9346
 Nederhorst, G. M. 9112f
 Nehru, Jawaharlal 9119ff, 9162, 9229, 9236, 9270, 9306, 9406f
 Nenni, Pietro 9016, 9196, 9234
 Nicolson, Nigel 9271, 9486
 Nixon, Richard 9082
 Nizam al Din 9414
 Noon, Malik Firoz Khan 9230
- Norodom Sihanuk, Prinz von Kam-bodscha 9081, 9236, 9306
 Nosseir, Mohammed Abu 9235
 Novotin, Antonin 9017, 9130, 9132ff
 Nuschke, Otto 9065, 9159, 9195, 9265
 Nutting, Anthony 9300
- Ochab, Edward 9324, 9328, 9330f, 9332, 9335 Anm. 59, 9336 Anm. 84
 Ohlin, Bertil 9174
 Ollenauer, Erich 9076f, 9119, 9157f
- Paris, Jean-Camille 9492f
 Paul, König von Griechenland 9267
 Pearson, Lester B. 9234, 9268
 Pella, Giuseppe 9264
 Perwuchin, Michail G. 9065
 Petitpierre, Max 9090f, 9094, 9096, 9098
 Pflimlin, Pierre 9080
 Pham Van Dong 9456
 Pijade, Mosche 9304
 Pinay, Antoine 9058, 9430
 Pineau, Christian 9015f, 9048, 9080, 9120, 9155, 9193, 9230f, 9259, 9268, 9306, 9342, 9401f, 9405, 9423, 9428, 9430
 Pius XII., Papst 9081, 9233
 Popovic, Koca 9061, 9063, 9306
 Preusker, Victor Emanuel 9078, 9267
 Putrament, Jerzy 9331
- Raab, Julius 9081, 9269, 9350, 9401
 Radius, René 9485
 Radkiewicz, Stanislaw 9322
 Rajk, Laszlo 9305, 9310, 9337f
 Rakosi, Matyas 9121, 9337ff, 9389, 9394f, 9397
 Rankowitsch, Aleksander 9304
 Rappard, William E. 9089
 Rau, Heinrich 9233
 Reuter, Georg 9301
 Robens, Alfred 9231
 Robertson, Walter S. 9279
 Rokossowski, Konstantin 9331ff, 9455
 Rolin, Henri 9271
 Rosenberg, Ludwig 9301
- Sabri, Ali 9193 Anm., 9455
 es-Said, Nuri 9456
 Saillant, Louis 9303
 Saragat, Giuseppe 9196
 Sastroamidjojo, Ali 9407
 Saud, König von Saudi-Arabien 9231, 9270, 9408, 9451
 Schäfer, Hermann 9265
 Scheel, Walter 9303
 Schepilow, Dmitri T. 9017, 9046ff, 9061, 9063, 9065, 9121, 9193f, 9221, 9269, 9283, 9288, 9306, 9342, 9346, 9406
 Shigemitsu, Mamoru 9121, 9161, 9280, 9283f
 Schiwkoff, Todor 9304, 9453
 Schmid, Carlo 9157, 9210, 9264, 9297f, 9301, 9303
 Schneider, Heinrich 9054
 Schneiter, Pierre 9488
 Scholz, Paul 9065
 Schröder, Gerhard 9195

Schütz, Hans 9489
Schuman, Robert 9118, 9264
Segni, Antonio 9081, 9304
Selbmann, Fritz 9065
Seiboth, Frank 9078
Semjonow, Wladimir S. 9015
Sergent, René 9115
Sermon, Lucien 9117
Shukow, Grigorij K. 9065, 9161, 9346
Sinowjew, Grigorij J. 9318
Široky, Viliam 9081, 9121, 9132ff, 9235, 9455
Slanský, Rudolf 9132f
Smirnow, Andrej 9303
Sobolew, Arkadij A. 9344, 9350
Soekarno, Achmed 9016, 9045, 9196, 9234f, 9268ff
Songgram, Pibul 9236
Sorin, Valerian 9080
Souphannouvong, Prinz von Laos 9162
Souvanna Phouma, Prinz von Laos 9162, 9198, 9236
Spaak, Paul Henri 9109, 9234, 9259f, 9263, 9401, 9406
Sponder, Sir Percy 9230
Spychalski, Marjan 9319, 9321f, 9324, 9328, 9333
Stalin, Josef W. 9046, 9143ff, 9318, 9379f, 9392

Stevenson, Adlai E. 9197, 9407
Stoica, Chivu 9047
Stoph, Willi 9065
Strasser, Otto 9045
Struye, Paul 9463, 9477
Subrawardy, Hussein 9456
Süsterhenn, Adolf 9211
Suslow, Michail A. 9309f, 9338, 9346, 9354, 9407
Szigethy, Attila 9351

Teitgen, Pierre Henri 9118
Thorez, Maurice 9120, 9128
Tildy, Zoltan 9346f
Tito (Josip Broz) 9017, 9047, 9061, 9063, 9120f, 9133, 9160, 9268f, 9305, 9309f, 9338f, 9345, 9354, 9391, 9402, 9453ff
Togliatti, Palmiro 9046, 9148
Tončić-Sorinj, Lujo 9274, 9485
Tramboni, Fernando 9268f
Trotzkij, Lew 9318
Tschiang Kai-schek 9082, 9456
Tschu En-lai 9048, 9198, 9266, 9270, 9306, 9456
Tubman, William V. S. 9303
U Ba Swe 9018, 9236, 9407
U Nu 9018

Ürgüplü, Suad Hayri 9462
Ulbricht, Walter 9065, 9079, 9120, 9158, 9195
Undén, Oesten 9230

Valluy, Jean Etienne 9160
Vanistendael, August 9117
Verdier, Robert 9298

Warszawski-Warski, Adolf 9318
Wazyk, Adam 9322
Wehner, Herbert 9016
Welsch, Heinrich 9057
Wilgress, L. Dana 9070
Wigny, Pierre 9109
Woroschilow, Kliment J. 9061, 9063, 9196, 9217 Anm., 9234, 9385
Woroszyński, Wiktor 9325
Wyszyński, Stefan 9333, 9403

Yates, William 9300
Yoschida, Schigeru 9277, 9280, 9284

Zápotocký, Antonin 9129, 9136, 9140, 9269
Zawadzki, Aleksander 9321, 9330f, 9334, 9336 Anm. 69, 9385
Zimmer, Peter 9054

Der Colombo-Plan

Von Michael Heywood, London

„Colomboplan ist der Name der gesamten Bemühungen der süd- und südostasiatischen Länder, unter Mithilfe von Ländern außerhalb dieses Gebietes ihre Wirtschaft zu entwickeln und den Lebensstandard ihrer Völker zu heben.“

Der Begriff

Das Verwirrendste am Colomboplan ist wahrscheinlich sein Name, den man fast als falsche Benennung bezeichnen kann. Denn erstens gibt es keinen Haupt- und Gesamtplan in diesem Sinne, und zweitens wählte man die Bezeichnung „Colombo“ nur deshalb, weil die Sache im Jahre 1950 von Colombo ihren Ausgang nahm. Der Plan erstreckt sich aber jetzt auf ganz Süd- und Südostasien, von Pakistan bis zu den Philippinen. Viele glauben immer noch, daß der Co-

lomboplan eine Organisation mit einem Hauptquartier und einem Stab ständiger Mitarbeiter ist, die alle eifrig bemüht sind, einen Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung der Mitgliedstaaten durchzuführen. Es gibt aber in Wirklichkeit weder ein Hauptquartier noch einen ständigen Stab, und wir müssen einige Jahre zurückblicken, um zu verstehen, wie dieses bemerkenswerte Experiment internationaler Zusammenarbeit entstanden ist.

Das Entstehen der Idee

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fand in vielen der süd- und südostasiatischen Länder ein gewaltiger Umschwung statt. Indien, Pakistan, Ceylon, Burma und Indonesien wurden unabhängig und souverän. Die ersten drei Ländern beschlossen in völlig freier Entscheidung, im britischen Commonwealth zu bleiben. Burma jedoch zog es vor, aus dem Commonwealth auszuscheiden. Es blieb aber im Sterlingblock.

Der Rückzug der Westmächte aus Süd- und Südostasien war ein bedeutendes Ereignis der Weltgeschichte. Der Nationalismus hatte triumphiert, die große Zukunftsfrage war aber, ob es den neuen Nationalstaaten gelingen würde, die Stabilität aufrechtzuerhalten und ihr soziales und wirtschaftliches System so zu modernisieren und umzugestalten, daß es der neuen Situation gerecht würde. Diese Frage stellt Forderungen an die neuen Staaten selbst und auch an die Länder und internationalen Organisationen, die in der Lage sind, ihnen von außerhalb Hilfe zu bringen.

Es war ein glücklicher Umstand, daß die Entstehung des neuen nationalen Asien in einer überaus freundschaftlichen Atmosphäre zwischen Großbritannien und den Ländern vor sich ging, die vorher von ihm ab-

hängig waren. Aus diesem Grunde kam nicht nur damals kein Gefühl der Bitterkeit auf, sondern es haben im Gegenteil seit der Emanzipation Großbritanniens und andere nichtasiatische Länder mit den Ländern dieses Weltteils zusammengearbeitet, um die großen wirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit in Angriff zu nehmen.

Diese weitreichenden Entwicklungen machten eine Revision der Beziehungen zwischen den südostasiatischen und den westlichen Ländern notwendig. Großbritannien ergriff die Initiative, indem es ein Außenministertreffen der Länder des Commonwealth — das erste dieser Art — für Januar 1950 nach Colombo einberief. Die Außenminister tauschten ihre Ansichten über Weltprobleme aus, insbesondere über die Bedürfnisse der süd- und südostasiatischen Länder, von denen viele während des Krieges beträchtliche Verluste erlitten hatten.

Bei diesem Treffen der Außenminister des Commonwealth in Colombo entstand der Gedanke des Colomboplans. Es wurde beschlossen, einen Beratern Ausschuß zu bilden, der die Erfordernisse und die verfügbaren Hilfsquellen zur Verbesserung des Lebensstandards dieser Länder prüfen sollte. Die

ursprünglichen Mitglieder dieses Ausschusses waren alle Mitgliedstaaten des Commonwealth — Australien, Kanada, Ceylon, Indien, Neuseeland, Pakistan und das Vereinigte Königreich, dazu Malaya und Britisch-Borneo. Auf der ersten, im Mai 1950¹ in Sydney abgehaltenen Tagung des Ausschusses wurde vereinbart, daß die Länder des Commonwealth in diesem Gebiet Entwicklungsprogramme für eine Zeit von sechs Jahren vom 1. Juli 1951 an entwerfen sollten und daß andere Länder eingeladen werden sollten, das gleiche zu tun. Obwohl der Plan ursprünglich nur auf das Commonwealth bezogen war, sollten von Anfang an alle Länder dieses Gebietes eingeladen werden, falls sie es wünschten, unter gleichen Bedingungen an dem Plan teilzunehmen.

Zu betonen ist, daß nie beabsichtigt war, im Colomboplan einen Gesamtplan aufzustellen oder einen detaillierten Entwurf, der sich über das ganze Gebiet erstreckt. Es wurde im Gegenteil von jedem Land erwartet, daß es selbst ein Programm für seine wirtschaftliche Entwicklung aufstellte, und der Plan ist lediglich eine Zusammenfassung dieser einzelnen Programme. Die Mitgliedstaaten entscheiden selbst über ihr Vorgehen und bemühen sich um die finanzielle und die technische Hilfe, die sie dafür benötigen. Der Plan ist eine Art Clearingstelle, bei der die Bedürfnisse und Mittel der verschiedenen Länder miteinander verglichen und ausgetauscht werden. Ein Land hilft dem anderen, es gibt jedoch keine zentrale Behörde, die entscheidet, wer was zu bekommen hat, noch gibt es einen zentralen Fonds, und viele Länder, die Hilfe empfangen, geben auch Hilfe in verschiedenen Formen an andere Länder.

Die als Ergebnis der Entscheidung der ersten Tagung des Beratenden Ausschusses ausgearbeiteten Programme wurden vier Monate später auf einer zweiten Tagung im September 1950 in London erörtert und in einem Bericht mit dem Titel „Der Colomboplan für gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung in Süd- und Südostasien“ zusammengefaßt.

Damals begannen die Länder außerhalb des Commonwealth, nämlich Burma, Kambodscha, Vietnam, Laos, Indonesien und Thailand, sich für den Plan zu interessieren, und sandten Beobachter zu dieser zweiten Tagung des Beratenden Ausschusses. Die drei Länder Indochinas, Kambodscha, Vietnam und Laos, wurden kurz darauf Mitglieder des Colomboplans. Burma und Nepal nahmen an der Tagung in Karatschi im März 1952 als Mitglieder teil, und Indonesien wurde Mitglied bei der Tagung im Oktober des folgenden Jahres in Neu-Delhi. Thailand, Japan und die

Philippinen wurden bei der Tagung des Beratenden Ausschusses in Ottawa im Oktober 1954 als Mitglieder des Colomboplans aufgenommen. Mit ihrer Aufnahme hatten sich alle freien Länder des ganzen großen Gebiets mit einem Viertel der Bevölkerung der Welt dem Plan angeschlossen. Alle sind freiwillig Mitglied dieser neuen Art gemeinnütziger Unternehmung geworden, um mit den anderen Ländern gemeinsam am wirtschaftlichen Ausbau des gesamten Raumes zu arbeiten. Das beweist nicht nur die Notwendigkeit eines solchen Plans, sondern auch das Vertrauen, das seine Entwicklung erweckt hatte.

Die Vereinigten Staaten, die im Jahre 1950 in Südostasien Hilfsprogramme laufen und noch bedeutendere in Vorbereitung hatten, assoziierten sich mit dem Plan und sind seit der Tagung in Colombo im Februar 1951 Vollmitglied².

Alle Mitgliedstaaten des Colomboplans entsenden Vertreter zu den jährlichen Tagungen des Beratenden Ausschusses, um festzustellen, was erreicht wurde, und die bevorstehenden Aufgaben und Probleme zu erörtern. An diesen Tagungen nehmen auch Vertreter der Weltbank und der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten teil. Die Grundlage der Beratungen bildet der Bericht eines jeden Landes über die Fortschritte in seiner Entwicklung und seine wirtschaftlichen Probleme und Bedürfnisse im allgemeinen. Dann werden die Probleme des ganzen Gebietes gemeinsam zusammengestellt. Auf diese Weise wird jedes Jahr ein wirtschaftlicher Ueberblick des Gebietes ausgearbeitet und als Jahresbericht veröffentlicht. Dieser gibt dem Ausschuß ein Bild von der Lücke zwischen den Bedürfnissen und den vorhandenen Hilfsquellen, auf Grund dessen zukünftige Pläne ausgearbeitet werden können, um diese Lücke mit auswärtiger finanzieller Hilfe zu schließen. Vielleicht ist es erwähnenswert, daß es bei den sieben Tagungen des Beratenden Ausschusses, die in den vier Jahren des Bestehens des Colomboplans stattfanden, nie notwendig wurde, eine Abstimmung herbeizuführen. Die verschiedenen Länder erörtern ihre Probleme voller Anteilnahme und Offenheit, da ja alle durch das gleiche gemeinsame Ziel vereint sind. Wissen und Mittel werden untereinander ausgetauscht und engste Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten hergestellt.

Der Colomboplan besteht nun im fünften Jahr. Ursprünglich war beschlossen worden, daß der Plan sechs Jahre lang, bis Juni 1957, laufen sollte. Als die Zeit näher rückte, wurde es klar, daß niemand den

¹ Weitere Tagungen des Beratenden Ausschusses wurden in London (September 1950), Colombo (Februar 1951), Karatschi (März 1952), Neu Delhi (Oktober 1953), Ottawa (Oktober 1954) und Singapur (Oktober 1955) abgehalten.

² Folgende Länder sind gegenwärtig Mitglieder des Colomboplans: In Asien: Indien, Pakistan, Ceylon, Malaya,

Singapur, Britisch-Borneo (Nordborneo, Sarawak und Brunei), Burma, Nepal, Indonesien, Laos, Kambodscha, Vietnam, Thailand, Japan und die Philippinen, Mitgliedsländer außerhalb Asiens sind: Australien, Kanada, Neuseeland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Die Stellung Japans wird wahrscheinlich mehr die eines Hilfe gewährenden als eines Hilfe empfangenden Landes sein.

Plan zu diesem Datum enden lassen will. Die Diskussionen in Singapur im Oktober 1955 bestätigten diesen Wunsch, und es wurde demgemäß vereinbart, den Plan bis Juni 1961 auszudehnen. Die Zukunft des Plans über dieses Datum hinaus soll bei der Tagung des Beratenden Ausschusses im Jahre 1959 erörtert werden. Das ist an sich schon ein Beweis für das feste Vertrauen der asiatischen Mitglieder zu dem Plan und für die allgemeine Zufriedenheit mit ihm,

obwohl alle diese Länder natürlich mit Recht dem Tag entgegensehen, an dem sie ihre Pläne zur wirtschaftlichen Entwicklung unabhängig von jeder auswärtigen Hilfe verwirklichen können.

Auf der Tagung in Singapur kündigte Großbritannien außerdem an, daß sein Beitrag zum Programm für technische Zusammenarbeit innerhalb des Colomboplans in den nächsten sieben Jahren wesentlich erweitert werden soll.

Der Raum

Süd- und Südostasien erstreckt sich nur über wenig mehr als ein Sechzehntel der Erdoberfläche, beherbergt aber ein Viertel der Weltbevölkerung. Die Einwohner des ganzen Gebietes vermehren sich schätzungsweise um 1 vH oder 10 Millionen im Jahr; in manchen Ländern beträgt die jährliche Bevölkerungszunahme über 2 vH.

Bevölkerung Süd- und Südasiens

	Bevölkerung* (in 1000)	Gebiet (in qkm)	Bevölkerungs- dichte (je qkm)
Indien	372 000	3 288 251	113
Pakistan	75 842	943 699	80
Ceylon	8 155	65 607	124
Malaya	5 706	131 282	413
Singapur	1 123	755	1 487
Nordborneo	355	76 112	5
Brunei	54	5 765	9
Sarawak	592	121 909	5
Burma	19 045	677 924	28
Kambodscha	3 860	139 000	28
Laos	1 260	236 800	5
Vietnam**	25 880	329 600	79
Nepal	7 000	140 000	50
Indonesien	78 163	1 491 564	52
Thailand	19 556	514 000	38
Philippinen	21 039	299 404	70
Insgesamt	639 630	8 461 672	75
Welt insgesamt	2 547 000	135 168 000	19
Prozentualer Anteil Süd- u. Südasiens	25	6	

*) Schätzungen Mitte 1953; außer Pakistan: Volkszählung von 1951.

**) Auf Grund des im Juli 1954 in Genf unterzeichneten Waffenstillstandsabkommens steht gegenwärtig nur der südlich der am siebzehnten Breitengrad verlaufenden Demarkationslinie liegende Teil Vietnams unter der Verwaltung der vietnamesischen Regierung in Saigon. Es sind keine genauen Zahlen für die Bevölkerung dieses Gebietes vorhanden, aber sie beträgt sicherlich weniger als die Hälfte der Gesamtbevölkerung Vietnams.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Vereinten Nationen, 1954.

Ernährungsgrundlage

In den meisten Ländern des Gebiets erbringt die Landwirtschaft 50 bis 75 vH des Volkseinkommens und beschäftigt 60 bis 75 vH der erwerbstätigen Bevölkerung. Obwohl die landwirtschaftliche Produktion in den Jahren 1953/54 und 1954/55 einen Höchststand erreicht hatte, stellt die Nahrungsmittelversorgung weiterhin ein Hauptproblem dar, weil die Zunahme

der Nahrungsmittelproduktion gegenüber der Vorkriegszeit (9 vH) geringer ist als die Zunahme der Bevölkerung (27 vH).

Indexziffern der landwirtschaftlichen Produktion*

(Vorkriegsdurchschnitt = 100)

	1946/47	1950/51	1954/55
Nahrungsmittel	91	100	109
pro Kopf	80	83	86
Gesamte landw. Produktion	88	100	109
pro Kopf	77	83	86

*) Gebiet des Colomboplans, einschließlich Japan und Formosa.

Quelle: FAO, „The State of Food and Agriculture 1955“.

Industrie

Der erhöhte Energieverbrauch ist ein Gradmesser der erhöhten wirtschaftlichen Aktivität des Gebiets seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, obwohl der Energieverbrauch pro Kopf (auf Kohlebasis) im Jahre 1953 immer noch nur 0,09 Tonnen betrug im Vergleich zu einem Weltdurchschnitt von 1,2 Tonnen (ausgenommen die Sowjetunion, China und Korea).

Nach Japan ist Indien das am weitesten industrialisierte Land in Asien. Seine Industrie besteht schon lange; beispielsweise wurde seine Jute- und Baumwolltextilindustrie im neunzehnten Jahrhundert errichtet, und seine Stahlindustrie — die jetzt jährlich über eine Million Tonnen Fertigstahl produziert — stammt aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Außerdem besteht in Singapur eine wachsende Industrie für Verbrauchsgüter zur Ausfuhr sowohl als zum Verbrauch im Inland. Aber die meisten anderen Länder des Gebiets befinden sich noch in den Anfangsstadien der Industrialisierung, obwohl seit Ende des Zweiten Weltkriegs beträchtliche Fortschritte gemacht worden sind, vor allem in Pakistan.

Die Rolle im Welthandel

Süd- und Südostasien ist eine Hauptquelle für die in der industrialisierten Welt verbrauchten Nahrungsmittel und Rohstoffe; es liefert nahezu den gesamten Weltbedarf an Jute (Pakistan) und Gummi (Malaya, Indonesien, Ceylon, Thailand und Burma); über drei Viertel des Tees (Ceylon, Indien, Pakistan und Indonesien); über die Hälfte des Zinns (Malaya, Burma, Indonesien und Thailand); sowie beträchtliche Mengen von Zucker (Indonesien und die Philippinen) und

Reis (Burma und Thailand). Der Handel in Reis und Petroleum (Indonesien und Britisch-Borneo) vollzieht sich fast ausschließlich innerhalb des Gebietes. Sein Anteil an der Weltausfuhr von Oelen und Fetten ist seit der Vorkriegszeit beträchtlich gefallen; damals betrug er ungefähr ein Drittel. Das Gebiet ist auch ein bedeutender Lieferant von Rohbaumwolle (Pakistan) und Baumwollwaren (Indien).

Ausfuhr der wichtigsten Artikel
(in tausend Tonnen)

	1938	1948	1950	1953	1954
Gummi	871	1435	1752	1584	1589
Zinnkonzentrate	30	42	43	45	43
Zinn	62	48	83	63	73
Rohjute	—	413	612	980	848
Oelsamen und Oele . . .	1412	931	1154	1049	1110
Rohbaumwolle	463	259	239	329	184
Tee	356	319	361	432	394
Reis	5358	2198	2801	2650	2926
Zucker	1890	281	1050	1663	1730

Quelle: ECAFE: „Economic Survey of Asia and Far East 1954“.

Diese Artikel bringen den Hauptteil der Einnahmen des Gebiets an ausländischer Währung, mit der

Außenhandel*
(in Millionen US-Dollar)

Handel mit	1948		1951		1953		1954	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
allen Ländern	4049	4808	6641	5654	4218	4279	4442	4189
ECAFE-Gebiet	1326	1458	1848	2224	1249	1408	1247	1450
Nordamerika	886	1120	1359	1135	928	787	849	697
Westeuropa	1968	1290	2394	1553	1440	1356	1534	1409

*) Burma, Ceylon, Indien, Indonesien, Malaya, Pakistan, Philippinen.

Technische Hilfe

Einen wichtigen Teil der Wirtschaftshilfe an Asien bildet die Bereitstellung von Technikern. Dieses Problem war schon zur Zeit der ersten Tagung des Beratenden Ausschusses im Mai 1950 in Sydney erkannt worden. Bei dieser Tagung wurde auch Uebereinstimmung über die Aufstellung des Programms der technischen Zusammenarbeit erzielt, das jetzt ein wesentlicher Bestandteil des Colomboplans ist. Das Programm bildet einen Rahmen für den Austausch technischer Hilfe zwischen den teilnehmenden Ländern. Ein Rat, in dem die teilnehmenden Regierungen vertreten sind, und das Büro für technische Zusammenarbeit, eine kleine Behörde in Colombo, die dem Rat Bericht erstattet, sorgen für die Koordinierung.

Mit der fortschreitenden Entwicklung des Colomboplans wurde es immer klarer, daß die Kapitalknappheit nur ein fortschritthemmer Faktor ist. Der Mangel an ausgebildetem Personal war nicht weniger groß. In Großbritannien ist man heute der Meinung, daß einer der besten Dienste, den die westlichen Länder Asien leisten können, derjenige ist, Techniker hinauszuschicken; nicht nur, um einfach Arbeitsaufträge

es wesentliche Einfuhren bezahlen kann. Die heftigen Preisschwankungen, denen sie auf dem Weltmarkt unterworfen sind, stören die Einkünfte und das Volkseinkommen der Ausfuhrländer.

Süd- und Südostasien haben im multilateralen Welt-handel immer eine Schlüsselstellung eingenommen. Diese und andere Rohstoffproduzenten hatten von jeher einen Ueberschuß gegenüber den Dollarländern und ein Defizit gegenüber Großbritannien und Westeuropa, wobei die letzteren ihren Ueberschuß gegenüber dem Gebiet für Reinvestitionen und für den Ausgleich ihres Dollardefizits verwendeten. Der Kraft- quell, der das Gebiet in die Lage versetzte, seine Dollarüberschüsse zu erzielen, war der Zufluß von Kapital aus Westeuropa und insbesondere aus Groß- britannien. Der Krieg und seine Nachwirkungen unterbrachen die Produktion und Ausfuhr des Gebiets mit dem Ergebnis, daß das Kapital nicht mehr so frei ins Land floß wie vorher. Ein Hauptziel des Colomboplans ist es, die Wirtschaft des Gebiets zu stärken und so eine Erweiterung des Handels inner- halb des Gebiets und mit der übrigen Welt zu fördern.

zu erledigen, sondern auch, um das technische Personal in den betreffenden Ländern auszubilden. Zu dieser Hilfe gehört auch die Bereitstellung von Ausbildungs- stätten in dem Gebiet und von Ausbildungsstätten in westlichen Ländern für asiatische Studenten.

Ausländische Hilfe

Der Hauptteil der für die Entwicklungspläne der asiatischen Mitglieder des Colomboplans erforder- lichen Gelder kommt aus einheimischen Quellen, und die asiatischen Länder helfen einander in steigendem Maße. Es ist aber bezeichnend, daß in den ersten drei Jahren des Plans von den westlichen Mitglied- staaten Kapital für etwa ein Drittel der Kosten des Entwicklungsprogramms zur Verfügung gestellt wurde, und ein noch größerer Anteil wurde im letzten Jahre zugesagt; um wieviel größer, läßt sich noch nicht absehen. Von besonderer Bedeutung sind die Bemühungen, die angestellt wurden, um die wirt- schaftlichen Hilfsprogramme des Colomboplans mit der Hilfe verschiedener anderer Regierungen und internationaler Organe zu koordinieren.

Es folgt eine Uebersicht über Beiträge von Ländern außerhalb des Gebiets.

Australien

Von Australiens für die wirtschaftliche Entwicklung versprochenen 31,25 Millionen australischen Pfund (1 austral. Pfund = 1,25 Pfund Sterling) war eine Gesamtsumme von 28,6 Millionen bis zum Ende des Finanzjahres 1954/55 ausgegeben oder festgelegt.

Kanada

Der Beitrag der kanadischen Regierung für 1955/56 wird sich auf 26,4 Millionen Dollar belaufen und somit die Gesamtsumme der seit 1951 aufgebrachten Gelder auf 133,4 Millionen Dollar erhöhen. Darin ist ein Sonderzuschuß von Weizen im Werte von 5 Millionen Dollar an Pakistan in den Jahren 1953/54 eingeschlossen.

Neuseeland

Während der vier Jahre bis Juni 1955 hat die Regierung von Neuseeland 1 Million Pfund jährlich für finanzielle Hilfe im Rahmen des Colomboplans zur Verfügung gestellt; davon wurden 3,42 Millionen für besondere Projekte festgelegt und 2,35 Millionen in Anspruch genommen.

Großbritannien

Die großen Summen britischer Hilfe für die wirtschaftliche Entwicklung von Süd- und Südostasien haben meist die Form von privaten Investitionen und von Abhebungen Indiens, Pakistans und Ceylons von ihren Sterling-Guthaben; die Regierung des Vereinigten Königreichs hat diese von Anfang an als ihren Hauptbeitrag zum Colomboplan betrachtet.

Die seit langem bestehenden wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Großbritannien und vielen Ländern in Süd- und Südostasien und ihre gemeinsame Zugehörigkeit zum Sterlingblock haben gewährleistet, daß ein großer Teil der traditionellen privaten Auslandsinvestitionen Großbritanniens in diese Länder ging und weiter dorthin geht. Anleihen bilden nur einen kleinen Teil der privaten Investitionen, und es werden nur die großen Transaktionen erfaßt. Das Gros besteht aus dem Transfer von Reserven und anderen Guthaben britischer Firmen oder aus dem Zurückfließen von Gewinnen britischer Firmen in das Gebiet, und diese Summen können nicht genau ermittelt werden. Man weiß jedoch, daß sie sehr wesentlich sind, und man hofft, daß dieser wertvolle Zufluß von Privatinvestitionen erhalten bleiben wird.

Indien, Pakistan und Ceylon können auch Sterling-Guthaben, die sie in London haben, für ihre wirtschaftliche Entwicklung benutzen. Nach ihren bestehenden Abkommen mit dem Vereinigten Königreich stehen ihnen von diesen Guthaben 42 Millionen Pfund jährlich zur Verfügung.

Darüber hinaus hat die britische Regierung seit 1951 ungefähr 80 Millionen Pfund in Zuschüssen, Darlehen, Krediten und technischer Hilfe an Länder des Gebiets zur Verfügung gestellt.

Vereinigte Staaten

Die wirtschaftliche Hilfe der Vereinigten Staaten an die Länder des Colomboplans belief sich zwischen Juli 1950 und Juni 1955 auf ungefähr 841 Millionen Dollar.

Pläne und Fortschritte

Die Länder des Colomboplans werden bei der Aufstellung von Entwicklungsprogrammen an Hand realistischer Einschätzung der vorhandenen Hilfsquellen unterstützt. In manchen der Länder muß diese Aufgabe noch erfüllt werden; andere — beispielsweise Malaya, Laos, Vietnam und Kambodscha — haben nicht nur Entwicklungsprobleme zu lösen, sondern auch eine Wirtschaft wieder aufzubauen, die durch den Zweiten Weltkrieg sowie durch darauf folgende innere politische Schwierigkeiten und Kriege schwer geschädigt und zerrüttet ist.

Investitionen im öffentlichen Sektor

Die folgende Tabelle zeigt die öffentlichen Ausgaben für die wirtschaftliche Entwicklung in zehn der Mitgliedstaaten. Diese Zahlen sind der einzige vorhandene Maßstab für die unternommenen Anstrengungen, bei ihrer Auslegung ist jedoch äußerste Vorsicht geboten. Erstens könnten beim Versuch, sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, die Kosten- und Preisunterschiede nicht genügend berücksichtigt werden. Zweitens wurden die Zahlen in verschiedenen Ländern auf ungleichen Grundlagen zusammen-

gestellt. Beispielsweise beziehen sich die Zahlen für Indonesien nur auf die Entwicklungsausgaben der Zentralregierung und lassen diejenigen anderer öffentlicher Behörden weg, während die Zahlen für Thailand (für 1955 bis 1956) und Nepal keine Ausgaben aus ausländischer Hilfe enthalten. Endlich sind es beinahe alles mehr oder weniger stark revidierte Schätzungen, und obwohl die Erfahrung gezeigt hat, daß die tatsächlichen Ausgaben meist unter den ursprünglichen Voranschlägen liegen und manchmal sogar unter den revidierten Schätzungen, so ist doch die Differenz in den einzelnen Ländern sehr verschieden, und in Ausnahmefällen sind auch über den Haushaltsvoranschlag hinausgehende Bewilligungen im Laufe des Finanzjahres möglich.

Aus diesen Gründen bildet die Tabelle keine Grundlage für einen Vergleich des Ausmaßes der öffentlich finanzierten Entwicklung in den verschiedenen Ländern, und sie ist nur von sehr beschränktem Nutzen für den Vergleich der Ausgaben in den verschiedenen Jahren in einem Lande und noch weniger in der ganzen Gruppe. Trotz dieser Einschränkungen ist sie hier angeführt, weil sie das einzige vorhandene Mittel ist,

in einigermaßen kurzer Form die Informationen über die einzelnen Länder zusammenzufassen.

*Entwicklungsausgaben der öffentlichen Hand
(in Millionen Pfund zu einem festen Wechselkurs*)*

	1953/54	1954/55	1955/56 (Voranschlag)
Burma	51,4	62,7	41,2
Ceylon	18,3	30,1	31,8
Indien	287,2	406,6	533,1
Indonesien	68,0	76,3	40,7
Malaya	17,4	16,7	21,5
Nepal	0,7	0,4	0,4
Pakistan	64,4	88,0	120,2
Singapur	11,4	15,7	15,4
Thailand	23,1	28,1	22,7
Vietnam	—	31,6	37,2
Summe (aus- genommen Vietnam) .	541,9	724,6	827,0

*) Amtlicher Kurs für Indonesien, Briefkurs für Thailand und Parikurs für andere Länder.

Die gesamten Entwicklungsausgaben in acht Ländern des Gebiets (Burma, Ceylon, Indien, Indonesien, Malaya, Pakistan, Singapur und Thailand) in den hauptsächlichsten Wirtschaftssektoren sind in der folgenden Tabelle angegeben. Dafür gelten dieselben Einschränkungen wie für die vorstehende Tabelle.

*Entwicklungsausgaben nach Wirtschaftssektoren
(in Millionen Pfund)*

	1953	1954	1955
Landwirtschaft, Entwicklung der Gemeinwesen und Siedlung	71	89	107
Bewässerung, Mehrzweckprojekte und Stromversorgung	137	192	233
Verkehr und Nachrichtenwesen . . .	131	188	214
Industrie und Bergbau	43	60	62
Soziale Wohlfahrt und anderes . . .	126	159	189

Burma

Das Ziel des Entwicklungsprogramms Burmas ist, das Brutto-Volkseinkommen von 3,71 Milliarden Kyats im Jahre 1951 auf 7,0 Milliarden Kyats 1959/60 (13,3 Kyats = 1 Pfund Sterling) zu erhöhen. Das wird schätzungsweise eine Investition von 7,5 Milliarden Kyats erfordern, darunter 2,4 Milliarden durch die Privatwirtschaft.

Das Brutto-sozialprodukt wird zu den jeweiligen Preisen für die Zeit von Oktober 1954 bis September 1955 auf 4,836 Milliarden Kyats geschätzt, das sind ungefähr 6 vH mehr als für 1953/54. Auf konstante Preise umgerechnet, betrug das Brutto-Sozialprodukt von 1954/55 nur ungefähr 88 vH dessen von 1938/39, es war jedoch das höchste in den Nachkriegsjahren.

Pläne für drei große Wasserkraftwerke, die über 95 000 kW und später 185 000 kW erzeugen sollen, liegen vor. Durchgeführte oder vorbereitete Industrieprojekte sind u. a. ein Stahlwalzwerk, eine Jutefabrik, zwei Zuckerfabriken, eine Druckerei, eine pharmazeutische Fabrik, Textilfabriken, eine Zementfabrik und eine Zinnraffinerie. Ein gemeinsames Unternehmen der Regierung von Burma und der Burma Oil Company bezweckt die tägliche Produktion von 10 000 Faß Oel.

Auf landwirtschaftlichem Gebiet läuft ein Fünfjahrplan (1952—1957), der eine Vermehrung der Anbauflächen für

Reis (um 1,2 Millionen Hektar) sowie für Erdnüsse, Baumwolle, Jute und Kokosnüsse bezweckt. Im Jahre 1954/55 betrug der Ertrag an Reis 5,7 Millionen Tonnen, verglichen mit 5,5 Millionen Tonnen 1953/54; das waren aber immer noch nur 77 vH der Vorkriegsproduktion. Der Index der gesamten landwirtschaftlichen Produktion von 1954/55 war 85 vH des Vorkriegsstandes.

Finanzquellen

Burmas Devisenschwierigkeiten hemmen das Fortschreiten der Entwicklungsprojekte. In Erkenntnis dieses Umstandes bemüht sich die Regierung auf jede Weise, die Deviseneinkünfte des Landes zu erhöhen; es wird aber immer noch wesentlich für Burma sein, für seine wirtschaftliche Entwicklung erhebliche ausländische Mittel zu bekommen.

Ausländische Unterstützung

Eines der Hauptprobleme für die wirtschaftliche Entwicklung in Burma ist die Knappheit an Facharbeitern und Technikern. Die Regierung hat deshalb technische Hilfe von den Vereinten Nationen, von ihren Partnern im Colomboplan und von anderen Institutionen, wie der Ford Foundation, angefordert. Vier Spezialisten wurden gemäß dem Programm für technische Zusammenarbeit des Colomboplane zur Verfügung gestellt, und 115 Burmanen wurden zur Ausbildung ins Ausland geschickt. Von den Spezialisten kamen zwei aus Großbritannien und je einer aus Neuseeland und Kanada, und von den Burmanen wurden über die Hälfte nach Australien geschickt, 24 nach Großbritannien und die anderen nach Neuseeland, Indien, Ceylon und Kanada.

Ceylon

Zwischen 1947 und 1953 gab Ceylon nach einem Sechsjahre-Entwicklungsprogramm 1,3 Milliarden Rupien aus (13,3 Rupien = 1 Pfund Sterling). Im Juli 1955 veröffentlichte die Regierung ihr zweites Sechsjahrprogramm, das sich über die Zeit von 1954 bis 1960 erstreckt. Das Programm sieht für diese Zeit eine Ausgabe von 2,5 Milliarden Rupien vor und beruht im allgemeinen auf den Empfehlungen der Wirtschaftsmission der Weltbank.

Das Programm ist ein Investitionsprogramm und kann als solches beschleunigt oder verzögert werden, je nach der Verfügbarkeit der Mittel. Sowohl die Budgetpolitik als auch das Programm für wirtschaftliche Entwicklung müssen Ceylons starke Abhängigkeit vom Außenhandel berücksichtigen. Das Programm selbst ist nicht so großzügig, wie es die Regierung gewünscht hätte. Wenn man die gegenwärtige Bevölkerungszunahme in Rechnung stellt, so ist zu erwarten, daß die durch das Investitionsprogramm hervorgerufene Erhöhung des Volkseinkommens die gegenwärtige wirtschaftliche Position aufrechterhalten wird. Wenn jedoch auf Grund günstiger Bedingungen für die Exportindustrien oder in Form auswärtiger Unterstützung mehr Finanzquellen verfügbar werden, wird das Programm nicht nur beschleunigt, sondern auch erweitert werden können.

Das allgemeine Ziel des Programms ist, die Gesamtleistung der Wirtschaft anzuregen, indem die Produktivität auf dem Exportsektor erhöht, die landwirtschaftliche Anbaufläche vergrößert, die Bodenerträge gesteigert, die Entwicklung der Industrie gefördert und die Ertragslage auf einer Reihe von anderen Gebieten, wie der Fischerei und dem Fremdenverkehr, verbessert wer-

den. Die wirtschaftlichen Projekte (Landwirtschaft, Bewässerung, öffentliche Dienste, Industrie, Fischerei usw.) nehmen etwa 76 vH der geplanten Investitionen in Anspruch. Ungefähr 37 vH der geplanten Ausgaben werden für die landwirtschaftliche Entwicklung und 16 vH für soziale Dienste einschließlich Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungswesen ausgegeben werden. Investitionen in Verwaltungseinrichtungen und Verteidigungsanlagen werden je 4 vH in Anspruch nehmen.

Von den Hauptprojekten ist jetzt eine Anzahl von Bewässerungsanlagen im Bau, die während der Periode des zweiten Programms beendet werden, und andere, wie beispielsweise das Mehrzweckprojekt am Gal-Oya-Fluß, nähern sich ebenfalls dem Endstadium. Die Anlagen auf diesem Gebiet sollen über 48 000 Hektar Land bewässern und die Ansiedlung von über 14 000 Familien ermöglichen. Weitere Hauptprojekte sind der Ausbau und die Verbesserung der Häfen von Colombo, Galle, Kanke-santurai und Trincomalee. Auf industriellem Gebiet fördert die Regierung von Ceylon die Entwicklung von Privatunternehmen. Bestehende staatliche Unternehmen wurden oder werden reorganisiert oder vervollständigt und in öffentliche Gesellschaften unter Beteiligung privaten Kapitals umgewandelt. Das Programm sieht auch die Beteiligung der Regierung zusammen mit inländischem wie ausländischem Privatkapital in der Großindustrie vor.

Ausländische Unterstützung

Die finanzielle Hilfe von außerhalb belief sich seit 1951 auf 17,5 Millionen Rupien aus Australien, 41,6 Millionen aus Kanada und 7,9 Millionen aus Neuseeland.

Technische Zusammenarbeit

Auf dem Gebiet der technischen Hilfe hat Ceylon nach dem Programm für Technische Zusammenarbeit des Colomboplans beträchtliche Unterstützung empfangen. Bis September 1955 war 512 Ceylonesen eine Ausbildung im Ausland ermöglicht worden und waren 142 Spezialisten ins Land gekommen. Ceylon hat ebenso zum Programm für Technische Zusammenarbeit beigetragen und 12 Angehörigen anderer Länder eine Ausbildung ermöglicht.

Indien

Indiens erster Fünfjahrplan (1951—1956) soll der erste Schritt in einem kumulativen Prozeß von Kapitalinvestitionen sein. Er umfaßt einen Kapitalaufwand von 23,31 Milliarden Rupien seitens der öffentlichen Hand und von 18 Milliarden im privaten Sektor der Wirtschaft (13,3 Rupien = 1 Pfund Sterling). Der erste Fünfjahrplan ist Ende März 1956 abgelaufen; es ist gelungen, eine Steigerung der Produktion und der Produktionskapazität des Landes zu erreichen. Die Produktion hat im allgemeinen über die im Plan vorgesehenen Ziele hinaus zugenommen, und die Kapitalbildung in der Wirtschaft wurde gesteigert. Die Atmosphäre des Mangels ist verschwunden und die Rationierung praktisch aufgehoben. Der erste Fünfjahrplan war besonders der Entwicklung der Wasser- und Energiequellen des Landes gewidmet und der Fortschritt dieser Bewässerungs- und Energieprogramme ist soweit nahezu planmäßig vorstatten gegangen. Die wichtigsten Programme sollen 3,4 Millionen Hektar Land bewässern und eine Stromkapazität von 1,2 Millionen kW schaffen.

Die Entwicklung der letzten vier oder fünf Jahre hat aber zugleich die Unzulänglichkeit der angestellten Bemühungen und der bisher erzielten Fortschritte ans Licht gebracht. Die Investitionen genügen nicht, um einen entscheidenden Einfluß auf die Beschäftigungslage auszuüben, und die Ausweitung der Grundindustrien, wie Eisen und Stahl, hat nicht das im Plan vorgesehene Ausmaß erreicht. In finanzieller Beziehung ist zu erwarten, daß der Aufwand für den Plan hinter den revidierten Zahlen zurückbleiben wird, und wenn auch die Durchführung des Plans bisher noch keinen Inflationsdruck oder keine Zahlungsschwierigkeiten zur Folge gehabt hat, sind doch die Mittel der öffentlichen Hand nicht merklich angewachsen. Deshalb scheint Selbstzufriedenheit hinsichtlich der Zukunft noch nicht angebracht zu sein.

Volkseinkommen und Produktion

Der erste Fünfjahrplan sah eine elfprozentige Steigerung des indischen Sozialprodukts vor, aber in den Jahren 1953/54 war das Sozialprodukt bereits um 12 vH über den Stand vor Inkrafttreten des Planes hinaus angewachsen, und man erwartet, daß das Sozialprodukt als Ganzes während der letzten zwei Jahre des Planes um mindestens 3 vH weiter anwachsen wird. Es kann mit gutem Grund angenommen werden, daß das Sozialprodukt Indiens (zu gleichbleibenden Preisen gerechnet) zu Ende des ersten Fünfjahrplanes um 15 vH angewachsen sein wird.

Der Ertrag der meisten wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wie Futtermittel, Baumwolle und Oelsamen, hat das gesteckte Ziel übertroffen, und die meisten Industriezweige, mit der bemerkenswerten Ausnahme von Stahl und Aluminium, haben ebenfalls ihr Planziel erreicht.

Ausländische Hilfe

Die während der Zeit von März 1951 bis Juli 1955 geleistete Hilfe belief sich auf 2,68 Milliarden Rupien, und nach den letzten Schätzungen wurden 1,446 Milliarden davon in den ersten vier Jahren des Planes aufgebraucht. Im laufenden Jahre wird der Verbrauch auf 708 Millionen Rupien geschätzt, und die übrigen 526 Millionen werden in der Periode des zweiten Fünfjahrplanes verwandt werden.

Der zweite Fünfjahrplan

Der zweite Fünfjahrplan wird nach den Erfahrungen des ersten Plans aufgestellt. Ein Entwurf des zweiten Planes mit Vorschlägen für die Grundziele sowie die Größe und Form der Investitionen ist ausgearbeitet worden.

Das Ziel des neuen Plans ist eine jährliche Zunahme des Volkseinkommens um 5 vH und die Schaffung von 10 Millionen neuen Arbeitsplätzen. Um diese Ergebnisse sicherzustellen, ist eine Nettoinvestition von 71 Milliarden Rupien empfohlen worden, davon 48 Milliarden von der öffentlichen Hand und 23 Milliarden im privaten Sektor.

Die Zunahme des Volkseinkommens und der Beschäftigung wird von der Form der Investition ebenso abhängen wie von ihrem Ausmaß. Es ist geplant, mehr Wert auf Industrialisierung zu legen, insbesondere auf die Entwicklung von Grundindustrien, wie Eisen, Stahl, Kohle, Zement und Schwerchemikalien. Die Bedingungen

in Indien sind für die Entwicklung dieser Industrien besonders günstig. Landwirtschaft und soziale Dienste mögen dementsprechend einen verhältnismäßig kleineren Anteil der vorgeschlagenen Gesamtinvestition erhalten, absolut genommen werden sie jedoch besser versorgt sein als im ersten Plan.

Indonesien

Das staatliche Planungsamt ist mit der Ausarbeitung eines Fünfjahrplans für wirtschaftliche und soziale Entwicklung beschäftigt, inzwischen aber wird eine Reihe wichtiger Entwicklungsprojekte bereits in Angriff genommen.

Die gegenwärtige Entwicklungstätigkeit soll diejenigen produktiven Elemente der Wirtschaft konsolidieren und erweitern, die dazu beitragen können, den Inflationsdruck und die Anspannung der Zahlungsbilanz zu erleichtern. Gleichzeitig wird der Volksgesundheit, dem Bildungswesen und anderen sozialen Diensten große Aufmerksamkeit geschenkt. Durch die Einrichtung technischer Berufsschulen wird die Ausbildung der zur Durchführung des Entwicklungsprogramms erforderlichen Facharbeiter ermöglicht.

Die Kosten der Entwicklung auf dem öffentlichen Sektor werden vor allem durch Anleihen bei der Zentralbank finanziert und durch ausländische Zuschüsse, hauptsächlich durch die Vereinigten Staaten und das Darlehen der Export-Import-Bank, ergänzt.

Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Produktionskapazität des Landes eine Tendenz zur Erweiterung hat. Jedoch kann bei der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage keine sensationelle Steigerung des Entwicklungstempos versucht werden. Die Hauptaufgaben sind, ein ausgeglichenes Budget aufzustellen und die Besserung der Zahlungsbilanz aufrechtzuerhalten.

Fortschritte auf den einzelnen Sektoren

Im Jahre 1954 wurde ein landwirtschaftlicher Fünfjahrplan begonnen. Sein Hauptziel ist, die Reisproduktion so zu erweitern, daß sie bis 1959 einen Stand von 8,6 Millionen Tonnen erreicht. Das Erreichen dieses Ziels wird bedeuten, daß pro Kopf mehr Reis vorhanden ist und der Ernährungsstandard für die Bevölkerung gehoben wird. Im Jahre 1954 betrug die Reisproduktion 7,6 Millionen Tonnen, 9 vH mehr als 1953. Durch diese Steigerung ist das Land bei den gegenwärtigen Verbrauchsverhältnissen bereits nahezu selbstversorgend geworden.

Die Arbeiten am Djatiluhurprojekt, einem Mehrzweckprojekt, das 120 000 Hektar Land bewässern und 150 000 kW Elektrizität für die Industrie erzeugen wird, haben begonnen. Auf industriellem Gebiet schreitet die Arbeit an einer Reihe von Projekten gut fort. Die Gesamtlänge der in Betrieb befindlichen Eisenbahnlinien betrug 1953 ungefähr 5300 km, und während auf diesem Gebiet seither keine wesentliche Erweiterung stattgefunden hat, wurden aber jetzt neue Diesellokomotiven und Wagen eingestellt. Die Regierung legt auch mehr Wert auf die Verbesserung und Erweiterung von Landstraßen, weil sich zwischen 1951 und 1954 die Anzahl der Automobile verdoppelt hat.

Malaya und Britisch-Borneo

Von Januar bis Mai 1954 besuchte eine Mission der Weltbank die Malaiische Föderation und Singapur. Ihr Bericht empfiehlt einen öffentlichen Kapitalaufwand in der Höhe von 776,6 Millionen Malaya-Dollar in der Föderation und 610,4 Millionen in Singapur für die Zeit von 1955 bis 1959 (8,5 Malaya-Dollar = 1 Pfund Sterling). Das bedeutet kein wesentliches Abgehen von dem bisherigen Ausmaß öffentlicher Investitionen in diesen Gebieten, weder nach der Summe noch nach der Art.

In Sarawak wurde als Ergebnis einer durch den Entwicklungsausschuß im Jahre 1954 ausgeführten vollständigen Ueberprüfung ein neuer Entwicklungsplan für die Zeit von 1955 bis 1960 ausgearbeitet. Die Hauptziele des Plans haben sich wenig geändert, aber die Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklungsprojekte wurde bekräftigt.

Die Gesamtsumme der öffentlichen Ausgaben für die Entwicklung in Malaya und Britisch-Borneo ist trotz Rückgangs auf einzelnen Gebieten, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist, ständig gestiegen.

Gesamtausgaben für öffentliche Entwicklung
(in Millionen Malaya-Dollar)

	1952	1953	1954	1955 (Schätzgn.)
Föderation . . .	127,1	149,4	145,1	186,7
Singapur . . .	65,0	97,8	134,5*	132,4
Nordborneo . . .	19,3	13,0	24,5*	21,4
Sarawak . . .	9,1	13,6	21,5	29,6
	220,5	273,8	325,2	370,1

*) Schätzungen.

Fortschritt der Entwicklung

Malaya

Gummi und Zinn sind die Wirtschaftsgrundlage der Föderation. Die Gummipflanzungen nehmen etwa 65 vH der gesamten Anbaufläche ein, stellen etwa 25 vH aller Arbeitsplätze und erbringen etwa 60 vH der Exporteinnahmen. Obwohl Schritte unternommen werden, um die Einnahmen aus anderen Quellen zu steigern, berichtete die Weltbankmission, daß eine Steigerung der Einnahmen aus anderen Quellen, die ausreichen würde, um einen wesentlichen Rückgang der Gummiproduktion zu kompensieren, unmöglich ist. Wegen der Unterbrechung der Anpflanzung neuer Bäume durch den Krieg und danach durch den Ausnahmezustand sind zur Zeit nahezu zwei Drittel des gesamten Großgrundbesitzes von ungefähr 800 000 Hektar und ungefähr 90 vH der kleinen Besitzungen (600 000 Hektar) mit alten Bäumen bepflanzt, die geringe und weiter abnehmende Erträge bringen. Auf die Dauer wird die Fähigkeit, mit synthetischen Erzeugnissen zu konkurrieren, von intensiver Neupflanzung, vom Ersatz alter Bäume durch junge und von der Einführung ertragreicherer Arten abhängen.

Die Erzeugung von Zinnkonzentraten erreichte 1954 in Malaya ihren Höchststand seit dem Kriege; man erwartet, daß dieser Stand 1955 beibehalten werden konnte.

Beträchtliche Aufmerksamkeit wurde der Erschließung neuer Grundstoffe und ihrer Erzeugung gewidmet. Die Erzeugung von Reis wurde auf etwa 25 vH über den Vorkriegsstand gesteigert; das geschah durch Vergröße-

zung der Anbaufläche, landwirtschaftliche Forschung, Drainage und Bewässerung, wofür in den letzten Jahren jährlich mehr als 8 Millionen Malaya-Dollar ausgegeben wurden.

Auf dem industriellen Sektor wurden seit dem Kriege wesentliche Fortschritte erzielt, jedoch ist die durchschnittliche industrielle Einheit sehr klein: Statistiken sind allerdings nicht vorhanden. Der hauptsächliche Beitrag, den die Regierung zum Wachstum der Industrie leistet, ist die Verbesserung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens und der Energieversorgung.

Die öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen, die 1947 nur 6 Millionen Malaya-Dollar betrugen, sollen im Jahre 1955 auf mehr als 100 Millionen und bis 1959 auf 134 Millionen anwachsen. Die öffentlichen Ausgaben für den Gesundheitsdienst stiegen in derselben Zeit ebenfalls beträchtlich, nämlich von 18 Millionen Malaya-Dollar im Jahre 1947 auf 55 Millionen im Jahre 1954, während die Sterblichkeit von 19 auf 12 pro Tausend und die Säuglingssterblichkeit von 102 auf 83 pro Tausend Lebendgeburten sank.

Obwohl eine merkliche Erleichterung des Notstands eingetreten ist, bedeutet doch die augenblickliche Belastung der Finanzen des Landes durch den Notstand eine ernstere Angelegenheit als die tatsächliche territoriale Begrenzung durch die Aktivität der kommunistischen Terroristen. Trotz Sparmaßnahmen rechnet man damit, daß die durch den Notstand bedingten Ausgaben im Jahre 1955 mehr als 40 vH der Staatseinnahmen, die auf 607 Millionen Malaya-Dollar geschätzt werden, in Anspruch genommen haben.

Singapur

Die öffentlichen Ausgaben für die wirtschaftliche Entwicklung in Singapur konzentrieren sich auf Soziallasten, Wohnungsbau, öffentliche Dienste, Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Der private Sektor hat ebenfalls stetige Fortschritte in der Industrialisierung gemacht, obwohl deren Bedeutung in der Wirtschaft immer noch viel geringer ist als die des Handels. Man hofft, den größten Teil der zukünftigen Darlehen für die Finanzierung der Entwicklung aus eigenen Quellen aufzubringen.

Sarawak

Eines der Hauptziele des Entwicklungsprogramms von Sarawak ist, die Abhängigkeit des Landes von der Gummiausfuhr zu verringern. Im Jahre 1953 wurde Gummi zum ersten Male im Ausfuhrwert durch andere landwirtschaftliche Produkte übertroffen, vor allem dank der Entwicklung der Pfeffer- und Nutzholzerzeugung. Vor dem Kriege erbrachte Gummi etwa 90 vH des Wertes der Ausfuhr Sarawaks, ausgenommen Petroleum.

Wenn auch keine genauen Zahlen für die Anbauflächen von Reis oder für den Ertrag pro Hektar angegeben werden können, so geben die Ziffern der jährlichen Reimporte doch einen brauchbaren Hinweis auf die eigene Produktion. Diese Ziffern deuten an, daß die Eigenproduktion in den letzten drei Jahren beträchtlich gestiegen ist.

Ungefähr die Hälfte des öffentlichen Kapitalaufwands dient der Verbesserung des Verkehrswesens. Pläne für den Bau einer etwa 150 km langen Hauptstraße von Serian nach Simangang wurden ausgearbeitet; ebenso

wurde die Arbeit begonnen an der Instandsetzung nahezu aller größeren Straßen, die wetterfeste Straßendecken und bessere Zufahrtswege erhalten sollen.

Nordborneo

Die Entwicklung in Nordborneo in den letzten fünf Jahren war in großem Maße untrennbar vom Nachkriegswiederaufbau, aber im allgemeinen war das Ziel der Wirtschaft des Gebietes, die übermäßige Abhängigkeit vom Gummi zu beheben, es in Grundnahrungsmitteln selbstversorgend zu machen, den Stand der Gesundheit und Bildung zu heben und den Umfang und Wert der Bodenschätze zu erforschen. Der Mangel an einheimischen Technikern und an Ausrüstung hemmte die Durchführung der Pläne.

Nepal

Die Haupteinnahmequellen Nepals sind die Zölle und die Grund- und Waldsteuern, die zusammen ungefähr 60 vH der Gesamteinnahmen ausmachen. Nach den Budgetvoranschlägen werden die Gesamtausgaben für das Jahr 1954/55 annähernd 60 Millionen Rupien betragen, und man erwartet ein Defizit von etwa 16 Millionen Rupien. Bei den unsicheren Verhältnissen im Lande ist es unwahrscheinlich, daß in naher Zukunft die Ausgaben für Verteidigung und Verwaltung verringert werden können. Mit Beginn des Entwicklungsprogramms wird im Gegenteil mehr Personal benötigt, und somit werden die Verwaltungsausgaben steigen.

Die Regierung ist sich bewußt, daß eine Verbesserung der Verwaltung und zusätzliche Steuermaßnahmen zwei bedeutende Möglichkeiten zur Schaffung eines Einnahmeüberschusses sind, wodurch Gelder für das Entwicklungsprogramm freigemacht werden könnten. Nepal verwendet gegenwärtig nur etwa 9 vH seiner Haushaltsmittel für die wirtschaftliche Entwicklung.

Trotz dieser Beschränkungen und der fortgesetzt unbefriedigenden Wirtschaftslage in Nepal war es mit ausländischer Hilfe möglich, einige wesentliche Entwicklungsprojekte durchzuführen, die voraussichtlich einen Teil des jetzt in Vorbereitung befindlichen Entwicklungsplans bilden werden. Die Entwicklung schreitet vor allem auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens sowie der Energie- und Wasserversorgung fort. Die Beteiligung der Regierung an den mit ausländischer Hilfe unternommenen Projekten wird teils aus Staatseinkünften und teils aus Bargeldreserven bestritten. Die ausländische Hilfe, die Nepal seit seinem Beitritt zum Colomboplan gewährt wurde, kam von den Regierungen Indiens, Neuseelands und der Vereinigten Staaten.

Pakistan

Pakistans sechsjähriges Entwicklungsprogramm, das im Jahre 1950 ausgearbeitet wurde, mußte von Zeit zu Zeit modifiziert werden, um wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen zu entsprechen; im vierten Jahre des Plans hatte sich sein Ausmaß praktisch verdoppelt. Wenn man neue Programme in Höhe von 1,055 Milliarden Rupien³, die durch die Planungskommission und den Wirtschaftsrat in den Jahren 1954/55 gebilligt wurden, in Rechnung

³) 13,3 Rupien = 1 Pfund Sterling, nach dem Kurs vom 1. August 1955; früherer Kurs: 9,2 Rupien = 1 Pfund Sterling.

stellt, verhält sich der jetzige Sechsjahrplan zu dem ursprünglichen folgendermaßen:

*Kostenvoranschläge nach dem Sechsjahrplan
(in Millionen Rupien)*

	Anzahl der Programme	Revidierter Sechsjahrplan Kostenvor- anschläge*	ursprüngl. Sechs- jahrplan Kostenvor- anschläge*
Landwirtschaft und Bewässerung . .	164	1566	820
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	30	1073	530
Brennstoff und Energie .	30	1772	470
Industrie und Bergbau .	38	653	490
Sozialwesen	27	445	290
Insgesamt	289	5509	2600

*) Siehe Anmerkung auf Seite 8997.

Oeffentliche Investitionen

Die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand für die Entwicklung sind in der folgenden Tabelle angeführt. Diese Ausgaben betreffen Projekte, die durch die Zentralregierung und die Provinzregierungen aus Darlehen der Zentralregierung und aus eigenen Mitteln finanziert wurden. Ausgenommen sind Ausgaben der Staaten und kommunalen Behörden.

*Ausgaben der öffentlichen Hand für die wirtschaftliche
Entwicklung*

	(in Millionen Rupien)			
1951/52	1952/53	1953/54	1954/55 Revidierte Voranschläge	1955/56* Haushaltsvor- anschläge
411	752	596	815	1114

*) Zum Wechselkurs vor der Abwertung.

Private Investitionen

Zur Zeit ist es nicht möglich, genaue Zahlen von Privatinvestitionen in Pakistan anzugeben. Nach rohen Schätzungen sollen die privaten Investitionen in den vier Jahren von 1951/52 bis 1954/55 mindestens 1,11 Milliarden Rupien betragen haben, vor allem in der Textilindustrie und im städtischen Wohnungsbau. Für das Jahr 1955/56 werden die Privatinvestitionen auf 300 Millionen Rupien geschätzt. Also ergeben die Privatinvestitionen zusammen mit den Ausgaben der öffentlichen Hand (einschließlich der Staaten und kommunalen Behörden) eine Gesamtinvestition in der Wirtschaft von etwa 4,2 Milliarden Rupien in vier Jahren und 5,7 Milliarden Rupien in fünf Jahren. Abschreibungen und Erneuerungen einerseits und Sachinvestitionen der Landwirtschaft andererseits nicht eingerechnet, kann die Kapitalbildung auf dem öffentlichen und privaten Sektor während der vier Jahre bis 1954/55 mit durchschnittlich 5 vH des Volkseinkommens jährlich und für 1955/56 mit 7 vH veranschlagt werden. Das Ausmaß der Investitionen stellt eine eindrucksvolle Steigerung der Bemühungen um die Entwicklung gegenüber dem ursprünglichen Sechsjahrplan dar. Trotzdem hat bisher noch keine merkliche Zunahme des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung stattgefunden.

Ausländische Hilfe

Während der ersten vier Jahre des Colomboplane hat Pakistan wesentliche Hilfe für die Durchführung seines

Entwicklungsprogramms in Form von finanziellen Zuschüssen sowie von Anleihen und technischer Hilfe erhalten. Diese Hilfe wurde von Pakistan hauptsächlich für die Entwicklung seiner Landwirtschaft, Bewässerung und Energieversorgung angefordert und nur in begrenztem Umfang für die industrielle Entwicklung. Die Bedeutung der ausländischen Hilfe ist viel größer als ihr rein finanzieller Wert, denn sie bringt nicht nur technische Erfahrung mit sich, sondern trägt auch dazu bei, größere Summen einheimischen Kapitals zu mobilisieren.

Die bis Juni 1955 empfangene Hilfe kann in folgende Hauptkategorien eingeteilt werden:

- a) Finanzielle Beihilfen, einschließlich Waren, im Werte von 583 Millionen Rupien;
- b) Anleihen und Kredite der Weltbank, der Export-Import-Bank der Vereinigten Staaten und der Regierung des Vereinigten Königreichs mit einem Gesamtwert von 386 Millionen Rupien;
- c) Technische Hilfe aus verschiedenen Quellen (in Form von Ausbildungsstätten, Forschungs- und Vorführungsstätten, Beratungsdiensten und Einrichtungen für die Ausbildung im Ausland) im Werte von 73 Millionen Rupien.

Darüber hinaus wurden Notstandsbeihilfen im Werte von 233 Millionen Rupien gewährt (Weizen und Hilfe bei Ueberschwemmungskatastrophen).

Der Gesamtwert der ausländischen Hilfe und Anleihen an Pakistan während der vergangenen vier Jahre (einschließlich Notstandsbeihilfen) betrug 1,275 Milliarden Rupien und stieg von 180 Millionen im Jahre 1951/52 auf 469 Millionen im Jahre 1954/55. Tatsächlich verbraucht wurden wesentlich geringere Summen. Bei einer Summe von 4,2 Milliarden Rupien als Gesamtaufwand für die Entwicklung während der letzten vier Jahre wird der Anteil ausländischer Zuschüsse und Anleihen auf ungefähr 10 vH geschätzt.

Fortschritte auf den einzelnen Gebieten

Eine ins einzelne gehende Uebersicht über die in den letzten fünf Jahren erzielten Fortschritte würde zu weit führen; doch ein kurzer Ueberblick über die wichtigsten Bewässerungs- und Energieprojekte vermittelt eine Vorstellung von den bisher erzielten Fortschritten:

Zur Zeit bestehen sieben große Bewässerungsprojekte, die entweder in Ausführung begriffen oder beschlossen sind. Bei einem dieser Projekte, dem Thal-Projekt, wurden bereits 182 800 Hektar Land kultiviert und besiedelt. Der Bau des Ghulam Mohammed-Staudamms, der 1,13 Millionen Hektar bewässern wird, ist vollendet, und das ganze Projekt soll 1960 fertiggestellt sein. Es wird etwa 240 Millionen Rupien kosten.

Zur Zeit der Erlangung der Unabhängigkeit betrug die gesamte Kraftwerks-Kapazität 72 000 kW. Sie ist nun auf 260 000 kW angestiegen. Bisher wurden elf Wasserkraftwerks-Projekte mit einer Kapazität von 718 400 kW bewilligt, und drei davon sind bereits fertiggestellt. Die Gesamtkosten werden sich auf etwa 1,086 Milliarden Rupien belaufen.

Die Entdeckung von Erdgas in Sui im Jahre 1953 war ein Ereignis von weitreichender Bedeutung für die Wirtschaft Pakistans. Die Gasmenge wird auf über 63 Milliarden Kubikmeter geschätzt; diese Menge reicht aus, um 60 Jahre lang jeden Tag 2,8 Millionen Kubikmeter zu

liefern und hat einen Heizwert von annähernd 1,6 Millionen Tonnen eingeführter Kohle pro Jahr. Die Erdgasleitung von Sui nach Karatschi ist jetzt fertiggestellt. Das Gas wird für Karatschi und die Gebiete längs der ganzen Leitung billigen Brennstoff liefern und dadurch die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung beschleunigen und die Brennstoffeinfuhr herabsetzen. Die erzielte Devisenersparnis wird auf etwa 12,5 Millionen Rupien jährlich während der ersten vier Jahre geschätzt, sie wird aber auf 44 Millionen Rupien jährlich anwachsen, wenn die volle Kapazität erreicht ist. Eine Erdgasleitung von Sui nach Multan, wo ein Elektrizitätswerk mit einer Anfangskapazität von etwa 127 000 kW gebaut werden soll, ist geplant.

Philippinen

Die Regierung der Philippinen hat seit dem Kriege ernsthafte Anstrengungen zum Ausbau der Wirtschaft unternommen, indem sie eine Reihe von Wiederaufbau- und Entwicklungsprogrammen begann. Von 1945 bis 1950 hat sie ungefähr 225 Millionen Pesos (5,60 Pesos = 1 Pfund Sterling) für öffentliche Arbeitsprojekte und für Hilfe an Privatunternehmen ausgegeben; dadurch war die landwirtschaftliche Produktion im Jahre 1950 um etwa 5 vH größer als vor dem Kriege, und die Leistungen der Industrie übertrafen den Vorkriegsstand um 14 vH.

Das Entwicklungsprogramm von 1948

Im Jahre 1948 arbeitete die Regierung einen Fünfjahrplan für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aus, in dem eine Gesamtinvestition von 1,8 Milliarden Pesos vorgesehen war. Auf Grund begrenzter Hilfsquellen mußte das Programm auf Projekte beschränkt werden, die schnell Erträge abwerfen; es war dazu bestimmt, die Nachkriegsabhängigkeit des Landes von der Hilfe der Vereinigten Staaten und von wenigen Ausfuhrgütern, die erheblichen Preisschwankungen im Ausland unterliegen, zu mindern.

Das Entwicklungsprogramm von 1950

Auf Grund ernster finanzieller Schwierigkeiten wurde das Programm von 1948 im Jahre 1950 durch die Regierung revidiert. Das neue Programm erstreckte sich über die Zeit von 1950 bis 1954 und setzte die Investitionsanforderungen auf etwa 976 Millionen Pesos herab.

Bei der Bestimmung von Prioritäten in dem revidierten Programm wurde beschlossen, daß die Grundindustrien, von denen die wirtschaftliche Entwicklung abhängt (Energie, Grundchemikalien und Stahl), unverzüglich entwickelt werden sollten. Die Erzeugung bestimmter Verbrauchsgüter und der Ausbau des Verkehrs- und Nachrichtenwesens wurden ebenfalls als wesentlich betrachtet. Der Vorrang wurde denjenigen Industrien eingeräumt,

- a) die Devisen sparen oder einbringen,
- b) deren Produktion schnell anlaufen kann,
- c) die andere Industriezweige stimulieren,
- d) die eine geringe Investition im Verhältnis zum Ertrag brauchen und
- e) die sich stärker auf einheimische als auf importierte Rohstoffe stützen können.

Das Entwicklungsprogramm von 1954

Im Januar 1954 kündigte der Präsident einen neuen wirtschaftlichen Entwicklungsplan an. Der neue Plan ent-

hält die Projekte, die bereits in der Ausführung sind, versucht aber, auf der Grundlage eines ausgeglichenen Haushalts und der verfügbaren Hilfsquellen weitergesteckte Ziele zu erreichen.

Ausländische Hilfe

Ausländische finanzielle Hilfe, die nahezu ausschließlich aus den Vereinigten Staaten kommt, hat in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes in den Nachkriegsjahren eine sehr wichtige Rolle gespielt. Private Investitionen amerikanischer Gelder waren für die Entwicklung der philippinischen Hilfsquellen in den Vorkriegs- wie in den Nachkriegsjahren von großer Bedeutung. Darüber hinaus hat die Regierung der Vereinigten Staaten seit 1950 durch Anleihen und Beihilfen sowie durch technische Ausbildung bei der Durchführung wesentlicher Entwicklungsprojekte geholfen.

Thailand

In den Nachkriegsjahren ist Thailands landwirtschaftliche und sonstige Produktion stetig gestiegen. Die große Nachfrage auf dem Weltmarkt nach Thailands wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten, wie Reis und Gummi, und die große Nachfrage nach Bodenschätzen, wie Zinn und Wolfram, in der Zeit vor 1952 verursachten in erster Linie die Ausdehnung der Produktion dieser Erzeugnisse.

Zwischen 1949 und 1951 hatte Thailand einen Ueber-schuß im Außenhandel. Der Anstieg sowohl der Menge als auch des Wertes der Ausfuhr in dieser Zeit zusammen mit Ausgaben der Regierung für Entwicklungsprojekte, wie Landstraßen, Eisenbahnen, Bewässerung und Energie, hatten eine Zunahme des individuellen Einkommens zur Folge, was wiederum eine Zunahme der Ausgaben für individuellen Verbrauch mit sich brachte. Andererseits führten der große Kapital- und Materialbedarf des Landes sowie die steigende Nachfrage nach importierten Verbrauchsgütern, wie Kleidung, Halbfertig- und Fertigwaren, zu einer Ausdehnung der Einfuhr, die durch das Jahr 1954 fort dauerte. Im Jahre 1952 jedoch ließ die Nachfrage nach Thailands Haupt-Exportwaren auf dem Weltmarkt nach und verursachte in den Jahren 1953 und 1954 ein Defizit in der Handelsbilanz. Die fort-dauernden staatlichen Ausgaben für die Wirtschafts-entwicklung verhiiteten jedoch in diesen beiden Jahren weitgehend ein starkes Absinken des Einkommens- und Beschäftigungsstandes.

Die Planung von Entwicklungsprojekten

Die Regierung hat seit 1950 solchen Entwicklungsprojekten wie Bewässerung, Landstraßen, Verkehr, Energieversorgung und der Verbesserung von landwirtschaftlichen Produktionsmethoden den Vorrang gegeben. Man erwartet, daß diese Projekte den Ertrag an landwirtschaftlichen Erzeugnissen steigern und die landwirtschaftliche Produktion stärker aufgliedern werden.

Kambodscha

Infolge seiner unsicheren inneren Lage und des Fehlens grundlegender Wirtschaftsdaten mußte Kambodscha seine wirtschaftliche Entwicklung auf einzelne Entwicklungsprojekte, vornehmlich zur Be- und Entwässerung und zum Hochwasserschutz, konzentrieren.

Die wirtschaftliche Lage im Jahre 1954

Das Ende des Krieges in Indochina brachte der Wirtschaft von Kambodscha Erleichterung und ermöglichte neben der Wiederaufbau- und Entwicklungsarbeit ein normales Alltagsleben. Die durch die wirtschaftliche Trennung zwischen Kambodscha, Laos und Vietnam entstandenen Probleme scheinen keine schädliche Wirkung auf Kambodschas Wirtschaft zu haben. Die Erzeugung der Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft und Viehzucht, von der die Bevölkerung lebt, wurde aufrechterhalten. Aus- und Einfuhr hielten sich ungefähr das Gleichgewicht, und es gab keine spürbare Arbeitslosigkeit. Der Mangel an Geld, Facharbeitern, Technikern, Verwaltungspersonal und Unternehmern war weiterhin ein ernstes Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, und man baute sehr auf ausländische Hilfe in finanzieller wie technischer Hinsicht. Kambodscha prüft zur Zeit einen Plan, ausländische Investitionen ins Land zu bringen.

Laos

Laos ist ein isoliertes Land, seit kurzem unabhängig, fern von den Hauptverbindungsweegen und Industriezentren der Welt, und immer noch unter den Nachwirkungen des Krieges leidend. Die Bevölkerung dieses verhältnismäßig unzugänglichen Landes ist immer selbstversorgend und genügsam gewesen, unter den gegenwärtigen Bedingungen jedoch reichen ihre einheimischen Hilfsquellen nicht aus, um es ihr zu ermöglichen, sich von den Verwüstungen des Krieges zu erholen und ihren Platz in der modernen Welt einzunehmen.

Ende 1954 wurde die Zoll- und Währungsunion, die alle drei indochinesischen Staaten umfaßte, aufgelöst. Laos genießt nun vollständige finanzielle und währungspolitische Selbständigkeit. Es wurde eine Zentralbank errichtet und eine neue laotische Währung, der Kip, eingeführt (12,50 Kip = 1 Pfund Sterling). Diese Veränderungen schufen für ein Land, das unter großem Mangel an geschultem Verwaltungs- und technischem Personal leidet, schwierige Probleme. Zugleich vergrößerten sie die Schwierigkeit, neueste statistische Informationen über die innere wirtschaftliche und finanzielle Lage von Laos zu erhalten.

Die Wirtschaft von Laos

Die meisten Laotier leben auf dem Lande, bauen Reis an und züchten Vieh (Rinder, Büffel und Schweine). Außerhalb der Städte besteht mehr Tausch- als Geldwirtschaft. Der Zustand der Verbindungswege sowohl im Inneren als auch nach den Nachbarländern bildet ein Haupthindernis für die Entwicklung. Die Einfuhr von schweren Maschinen und sperrigen Gütern, die entweder in Saigon gelöscht und auf dem Land- und Wasserwege transportiert oder in Bangkok gelöscht und mit der Eisenbahn zum neuen Endpunkt am westlichen Ufer des Mekong transportiert werden müssen, ist schwierig und kostspielig. Im Inneren von Laos gibt es keine Eisenbahnen.

Der schlechten Verbindungswege wegen kann örtliche Reisknappheit entstehen, obwohl anderswo im Lande gute Ernten sein mögen. Im vorigen Jahre hatte Trockenheit, zusammen mit den Nachwirkungen des Krieges, eine recht beträchtliche Reisknappheit zur Folge, die durch Einfuhren aus Thailand behoben werden mußte. Es ist

wahrscheinlich, daß Laos auch in diesem Jahr Reis einführen wird.

Die jüngste Zahlungsbilanz von Laos zeigt ein beachtliches Defizit, das durch außergewöhnliche unsichtbare Einkünfte kompensiert wurde, vor allem aus Zahlungen der Militärhilfe. Die Ausfuhr hatte einen Jahreswert von etwa 2 Millionen Dollar und die Einfuhr einen Wert von etwa 15 Millionen Dollar. Die dringendsten Bedürfnisse des Landes können wie folgt zusammengefaßt werden:

- a) Verbesserung der Verbindungswege im Inneren und nach den Nachbarländern;
- b) Schulung von Personal aller Grade, vom Mechaniker und Handwerker bis zum Verwaltungschef; dies macht zwei weitere Faktoren erforderlich: Unterricht in der englischen Sprache, so daß die Laotier sich der Ausbildungseinrichtungen im Ausland besser bedienen können, und angemessene Unterkünfte für den Besuch ausländischer Experten;
- c) Verbesserung landwirtschaftlicher Methoden;
- d) bessere Versorgung mit elektrischer Energie als Grundlage für wirtschaftliche Verbesserungen auf allen anderen Gebieten.

Vietnam

Die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Vietnams sind von denen anderer Colomboplan-Länder verschieden, und in vieler Hinsicht sind sie ernster. Vietnam wurde durch das Genfer Abkommen vom 20. Juli 1954, das den Krieg in Indochina beendete, am 17. Breitengrad geteilt. Infolgedessen gibt es wenige Statistiken für Südvietnam, da alle Unterlagen vor dem 1. Januar 1955 entweder für die drei Staaten von Indochina als Ganzes oder für ganz Vietnam ausgearbeitet worden waren. Es war notwendig, öffentliche Dienste zu schaffen und an die wirtschaftlichen Probleme auf einer völlig neuen Grundlage heranzugehen. Zwei bedeutende Komplikationen waren das Hereinströmen von annähernd 800 000 Flüchtlingen bis Ende Juni 1955 sowie die Tatsache, daß die Teilung des Landes Südvietnam ohne die Bodenschätze (Kohle, Zinn und Zink) und die Industrien (Textilien, Zement usw.) ließ, die nördlich des 17. Breitengrades liegen. Südvietnam war und bleibt ein Land mit vorwiegend landwirtschaftlicher Struktur.

Vietnams Devisen- und Budgeteinnahmen sind zusammen gänzlich ungenügend für die Ausgaben für Streitkräfte, die Flüchtlingshilfe, die Behebung der Schäden des Zweiten Weltkrieges und des Indochina-Krieges und für die notwendigen wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme. Beispielsweise beträgt die Zahl der Flußschiffe gegenwärtig nur ein Fünftel der Vorkriegszeit. Ebenso umfaßt die landwirtschaftliche Anbaufläche Südvietnams gegenwärtig nur ungefähr die Hälfte der Nutzfläche vor dem Kriege.

Ein weiteres internationales Abkommen, das die Wirtschaft stark beeinflusst, war das am 30. Dezember 1954 in Paris abgeschlossene, das die früheren Abkommen zwischen Kambodscha, Laos, Vietnam und Frankreich ablöste. Das neue Abkommen erstreckt sich auf vier Gebiete: Zölle, Außenhandel, Zahlungsverkehr und Währungseinrichtungen. Das Abkommen von Paris sieht eine größere Umorganisation der bestehenden finanziellen und geschäftlichen Struktur der vietnamesischen Wirtschaft vor. Gesonderte bilaterale Wirtschaftsabkommen wurden mit

Frankreich am 19. März 1955 und mit Kambodscha am 30. August 1955 unterzeichnet. Mit der Regierung von Laos sind Verhandlungen über eine ähnliche wirtschaftliche Zusammenarbeit im Gange. Trotz der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten versucht die Regierung von Vietnam, mit den Entwicklungsplänen so schnell wie möglich vorwärtszukommen. Die Verbesserung des Verkehrswesens und der Nachrichtenverbindungen und die Entwicklung des Außenhandels werden besonders gefördert. Es sind aber sowohl innere als auch äußere Sicherheitsprobleme aufgetreten, die weiterhin die beschleunigte Ausführung des Entwicklungsprogramms ernstlich behindern werden.

Die künftigen Aufgaben

In den Kapiteln über die einzelnen Länder wurde versucht, einen Ueberblick über die wirtschaftliche Entwicklung und den Fortschritt in diesen Ländern seit Beginn des Colomboplans zu geben und einige Aussichten für die Zukunft darzulegen.

Die Mitgliedstaaten können nicht nur aus ihrer eigenen, ständig wachsenden Erfahrung lernen, sondern auch aus derjenigen der übrigen Mitglieder. Auf dieser Grundlage ist es möglich, einige allgemeine Gesichtspunkte aufzuzeigen — wenn auch notwendigerweise nur skizzenhaft —, die durch die Vielfalt der gegenwärtigen Probleme verwischt zu werden drohen. Man kann sie wie folgt zusammenfassen:

- a) Die wirtschaftliche Lage ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben dies neuerlich gezeigt, als nicht alle Länder des Gebiets von den weltwirtschaftlichen Bedingungen profitierten, die allgemein günstig auf die wirtschaftliche Expansion des Gebietes als Ganzes wirkten.
- b) Es sind beachtliche Fortschritte erzielt worden, und manche der früheren Pläne tragen bereits Früchte; es muß aber noch viel mehr getan werden, und manche der bevorstehenden Aufgaben werden noch schwerer sein.
- c) Der Bedarf an auswärtigem Kapital bleibt bestehen, jedoch ist das Problem, innere Quellen zu erschließen, von allergrößter Wichtigkeit. Das gilt sowohl für öffentliches als auch für privates Kapital und für die Entwicklung sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor.
- d) Die vielen gemeinsamen wirtschaftlichen Probleme, welche die Zusammenarbeit aller Länder des Gebiets fordern, wurden stärker in den Vordergrund gerückt.

Die vorliegende Uebersicht hat von den vielen Unterschieden in der Lage der einzelnen Länder zwei besonders deutlich gemacht:

Erstens bestehen von Land zu Land große Unterschiede in der Fähigkeit, die Einfuhren für ihre Entwicklungsprojekte, von denen alle Länder des Gebiets in hohem Grade abhängen, zu bezahlen. Das gilt vor allem für jene Länder, die weitgehend von Einfuhren

Es gibt jedoch auch eine Reihe ermutigender Faktoren in der Wirtschaft. Erstens kann viel im Augenblick unbebautes Land schnell wieder in Gebrauch genommen werden, da es nur relativ kurze Zeit brach gelegen hat. Es sind auch reichlich Arbeitskräfte für die Entwicklung der Forst- und Viehwirtschaft und der Fischerei vorhanden. Für den Bau von Wasserkraftwerken und für den Aufbau neuer Siedlungen auf bisher ungenutztem Boden bestehen gute Möglichkeiten. Demnach sind auf lange Sicht die Aussichten für eine günstige wirtschaftliche Entwicklung Vietnams doch gut, obwohl es für eine sofortige Besserung in seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage nicht hoffnungsvoll aussieht.

wichtiger Güter abhängen und gleichzeitig den größten Teil ihrer ausländischen Währung durch die Ausfuhr von ein oder zwei Ausfuhrsgütern verdienen, deren Weltmarktpreise stark schwanken können. Für jene weniger begünstigten Länder war es schwieriger, ein auf feste Ziele gerichtetes Entwicklungsprogramm aufzustellen.

Zweitens konnten die einzelnen Länder nur in sehr verschiedenem Maße ihre Entwicklung organisieren. Nur in wenigen von ihnen läuft die planmäßige wirtschaftliche Entwicklung schon seit nennenswerter Zeit. Andere konzentrieren sich in der Hauptsache auf Einzelprojekte, die als die dringendsten ausgewählt wurden, während wieder andere noch im vorbereitenden Stadium stehen: Sichtung der Hilfsquellen, Beschlußfassung über Projekte, Aufstellung von Programmen. Alle Länder, selbst die am weitesten fortgeschrittenen, haben enorme Schwierigkeiten zu überwinden bei der Sammlung statistischer und anderer Informationen, die sie für komplexe technische, wirtschaftliche und finanzielle Entscheidungen benötigen, auf denen die Pläne aufgebaut werden müssen. Es sind zum großen Teil Personalprobleme, zu deren Lösung das Programm für technische Zusammenarbeit viel beitragen kann.

In vielen Fällen wurden jedoch die Produktionsziele erreicht oder überschritten, und eine Reihe von Ländern erklärte, daß nun ihre eigene Nahrungsmittelerzeugung zur Deckung des Bedarfs der Bevölkerung zum gegenwärtigen Verbrauchsstandard ausreicht. Der Stand des Nahrungsmittelverbrauchs pro Kopf ist aber zur Zeit zwar wesentlich höher als in den ersten Nachkriegsjahren, jedoch immer noch niedriger als vor dem Krieg und unter dem normalen Ernährungstand.

Gleichzeitig wächst die Bevölkerung des ganzen Gebiets um schätzungsweise 10 Millionen Menschen im Jahr. Diese rapide Zunahme, die auf steigende Geburtenzahlen und fallende Sterblichkeit zurückzuführen ist, ist von einmaliger Bedeutung für die zukünftige Entwicklung des Gebiets. Bei dieser Bevölkerungszunahme ist Arbeitslosigkeit ein jedem Lande des Gebiets geläufiges Problem, und solange

das Hauptgewicht der Entwicklung auf den Aufbau grundlegender Dienste gelegt werden muß, wird es noch einige Zeit dauern, bevor ein höherer Standard der allgemeinen wirtschaftlichen Aktivität erreicht werden kann, der in der Lage ist, mit der gegenwärtigen jährlichen Zunahme an Arbeitskräften nicht nur Schritt zu halten, sondern sie zu überholen.

Eine Anzahl der Länder hat bei der Ausweitung ihrer inneren finanziellen Hilfsquellen Schwierigkeiten. Intern ist dies zum Teil die Folge der Zeitspanne zwischen der Investition für groß angelegte Projekte für grundlegende Dienste und ihrem Ertrag in Form gesteigerter Produktion und Einkommen. Unter diesen Umständen erhöhten manche Regierungen ihre Steuern und griffen zu vorsichtiger Kreditschöpfung. Viele Länder hängen von ihrem Außenhandel ab, nicht nur hinsichtlich der Devisen, sondern auch weitgehend, durch die Ein- und Ausfuhrzölle, hinsichtlich ihrer Haushaltseinnahmen. Dies bedeutete, daß das Fallen der Exporteinnahmen mancher Länder und die Einfuhrbeschränkungen, die manche eingeführt haben, einen Rückgang der Staatseinnahmen mit sich brachten. Das kann zu einem Teufelskreis führen: die wirtschaftliche Entwicklung wird durch den Mangel an finanziellen Mitteln beeinträchtigt, diese Mittel aber bleiben gering aus Mangel an wirtschaftlicher Entwicklung. Unter diesen Umständen kann eine stärkere Entwicklung im privaten Sektor sehr wichtig werden. Während die Versorgung gemeinnütziger Einrichtungen und Dienste für gewöhnlich die Aufgabe des öffentlichen Sektors ist, ist die Erzeugung von Gütern und die Bereitstellung von Diensten hauptsächlich Aufgabe privater Unternehmen, und ein kräftiger und wachsender privatwirtschaftlicher Sektor ist deshalb eine wesentliche Ergänzung zu den Unternehmungen der öffentlichen Hand. Der Geldbedarf für Privatunter-

nehmen wird in gewissem Maße durch die Einrichtung örtlicher Geldinstitute gedeckt, welche die Regierung unterstützt, um privaten Unternehmen zu helfen, die mit dem geplanten Entwicklungsprogramm in Einklang stehen.

Der Bedarf an ausländischem Kapital bleibt bestehen als Ergänzung zu den Bemühungen der Länder des Gebiets um eine Steigerung ihrer eigenen Einkünfte aus dem Ausland und als Mittel, den oben erwähnten Teufelskreis zu durchbrechen. In Anbetracht des normalen Verhältnisses der Erfordernisse an Devisen zu den örtlichen Entwicklungskosten kann erwartet werden, daß eine bestimmte Summe ausländischen Kapitals das Drei- bis Fünffache ihres monetären Wertes an Investitionswirkung erzielen kann; um dies aber zu gewährleisten, sind rastlose Bemühungen seitens der Länder des Gebiets erforderlich, ihre inneren Finanzquellen zu mobilisieren.

Gegenseitige Hilfe in diesem gesamten Raum ist von hervorragender Bedeutung, und die Colombo-planländer müssen viel voneinander lernen. Einen Ausblick auf die Zukunft mag der Schlußabsatz des letzten Jahresberichts geben, der durch die Minister bei der Tagung des Beratenden Ausschusses in Singapur im Oktober 1955 gebilligt wurde; er lautet wie folgt:

„Der Gedanke gemeinsamer Bemühung und Zusammenarbeit innerhalb eines jeden Landes und zwischen den Ländern breitet sich immer weiter und tiefer aus. Die Idee internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit, die im Colomboplan enthalten ist, ist von besonderer Bedeutung in der Weltgeschichte; und zu Beginn des fünften Jahres können die Mitglieder des Planes aus allem, was bisher geleistet wurde, Mut schöpfen und sich auf die bevorstehenden Aufgaben vorbereiten.“

Die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen

Von Dr. H. M. Pollard, London

Wenn von den Ausschüssen, Räten und Organen der Vereinten Nationen die Rede ist, wird in der Regel die Völkerrechtskommission an letzter Stelle erwähnt. Ob die Geschichtsforscher der Zukunft die Aufzählung mit der VRK beginnen werden, hängt zum Teil wohl von der Kommission selbst, in höherem Maße aber von der politischen Entwicklung ab. Die Völkerrechtskommission setzt sich nicht aus Politikern zusammen; ihre fünfzehn Mitglieder vertreten nicht die Staaten, denen sie angehören und von denen sie zur Wahl vorgeschlagen wurden; sie sind Juristen und nur ihrem Gewissen verantwortlich — theoretisch zumindest —; sie machen nicht Geschichte, sie versuchen, aus der Geschichte Lehren zu ziehen. Das mag nicht allen Politikern wichtig genug erscheinen.

Seit 1949 hat die VRK jedes Jahr einige Wochen getagt. Während diese Zeilen geschrieben werden, ist sie in Permanenz und sitzt im Genfer Palais des Nations. Mit Ausnahme einer Tagung in Lake Success¹ und einer in Paris² tritt die VRK immer in Genf zusammen und hält in etwa zehn Wochen zwischen April und Juli 40 bis 50 Sitzungen ab. Die Mitglieder sind jeweils für drei Jahre gewählt, doch soll die Funktionsdauer jetzt³ auf fünf Jahre erhöht werden. Mitgliedschaft der VRK ist mit dem Richteramt am Internationalen Gerichtshof unvereinbar; als vor einiger Zeit Mitglieder⁴ der VRK zu Richtern am IGH ernannt worden waren, kam es zu Ergänzungswahlen.

Es wäre verfehlt, den Eindruck erwecken zu wollen, als wäre die VRK ein Kollegium von Rechtsgelehrten, das in idealer Harmonie und ungestört vom Wettstreit der Nationen am Grundriß des künftigen Weltgebäudes arbeitet. Die Spaltung in Ost und West geht auch durch die VRK, erschwert ihr Wirken und hat dazu geführt, daß einzelne, von kommunistischen Regierungen vorgeschlagene Mitglieder die Beratungen durch grundsätzliche Vor-

behalte behinderten oder sich von ihnen fernhielten⁵. Das hat sich in den letzten Jahren etwas gebessert, aber in den meisten Abstimmungen der Kommission ist auch heute noch die Scheidung in zwei Lager erkennbar. Nun gehen aber die Beschlüsse der VRK über den „Sechsten Ausschuß“,⁶ die Vollversammlung und den Generalsekretär als Vorschläge an die Regierungen der Mitgliedstaaten zur Äußerung, und dort bleiben sie entweder liegen oder rufen langwierigen Meinungsaustausch hervor; die Öffentlichkeit erfährt daher nur selten, was die VRK tut, und im Gesamtbild der Vereinten Nationen spielt die Kommission eine geringere Rolle, als ihrer Bedeutung entspräche.

Im Jahre 1947, als die VRK ins Leben gerufen wurde, stellte ihr die Vollversammlung die Aufgabe, „die Fortbildung des Völkerrechts und seine Kodifizierung“ zu betreiben⁷.

Der erste Schritt zur Kodifizierung des Völkerrechts ist die Sammlung von Völkerrechtsquellen. Seit Hugo Grotius gesagt hatte „Probatur autem hoc ius gentium . . . usu continuo ac testimonio peritorum“⁸ war die Rechtsgewohnheit als die wichtigste, ja häufig als die einzige Quelle des internationalen Rechts angesehen worden. Erst in unserem Jahrhundert trat eine Änderung ein, als der Völkerbund und danach die Organisation der Vereinten Nationen an die Sammlung von Staatsverträgen und diplomatischen Korrespondenzen gingen und seit der Internationale Gerichtshof im Haag seine Entscheidungen zu veröffentlichen begann. Insbesondere aber ist es die Satzung der Vereinten Nationen und deren Auslegung, die Praxis des Sicherheitsrats und der übrigen Organe der Vereinten Nationen, wovon heute Anstöße zur Weiterbildung des Völkerrechts ausgehen. Die VRK hat das Augenmerk des Sekretariats und der Vollversammlung auf die Herausgabe solcher Quellensammlungen und eines Rechts-handbuches gelenkt⁹. Daneben, und ohne systema-

¹) 1949.

²) 1954.

³) Ab 1. Januar 1957 — Vorschläge der VRK 1955, Art. 10 ihrer Satzung abzuändern.

⁴) Mai 1955 — H. Lauterpacht und R. Córdova.

⁵) Obstruktion durch Mitglied aus der Sowjetunion 1950 und darauffolgende Absenz bis 1952; Absenz des tschechoslowakischen Mitglieds 1949, 1950, 1951.

⁶) Der „sechste Hauptausschuß“, zuständig für Rechtsfragen.

⁷) Beschluß der Vollversammlung vom 21. November 1947, A/504.

⁸) Hugonis Grotij de iure belli ac pacis libri tres, liber I., caput 1., para. XIV., 2.

⁹) 2. Teil des „Report of the I(nternational) L(aw) C(ommission), 2nd Session 1950“, G(eneral) A(ssembly) Off(icial) Rec(ords), Supp(lement) No. 12 (A/1316).

tische Vorarbeit, mußte die Kommission einzelne Kodifikationsakte selbst in Angriff nehmen; hierbei steht an erster Stelle die Formulierung der Nürnberger Grundsätze¹⁰.

Es ist, als wolle man einen Maler nach der Verkäuflichkeit seiner Bilder bewerten, wenn man der VRK vorwirft, daß noch keiner ihrer Vorschläge Ausdruck in einem allgemein angenommenen Vertragswerk gefunden hat. Das ist wohl wahr — die Gruppenmordkonvention von 1948¹¹ war bereits beschlossen, ehe die VRK in Erscheinung trat —, aber es hat sich häufig gezeigt, daß dort, wo sich die Juristen geeinigt hatten, dies den Politikern nicht gelingen wollte. Selbst wenn wir von explosiven Stoffen, wie etwa vom Strafgesetzbuch für völkerrechtliche Verbrechen („Kodex der Vergehen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit“), absehen und uns damit begnügen, allgemeine Themen zu betrachten, stellen wir beispielsweise bei der „Internationalen Schiedsgerichtsbarkeit“ fest, daß die VRK bereits zwei Entwürfe¹² ausgearbeitet hat, daß aber die Vollversammlung von 1955 auf Anraten des 6. Ausschusses die Sache wieder an die Kommission zurückverwiesen und ihr auferlegt hat, einen weiteren — dritten — Bericht für die 13. Tagung der Vollversammlung vorzubereiten. Die 13. Tagung der Vollversammlung wird Ende 1958 stattfinden.

Daß es der VRK weder an gutem Willen noch an Arbeitseifer mangelt, wird die nachfolgende Uebersicht zeigen, in die nur solche Entschließungen der VRK aufgenommen worden sind, die sich auf Gebiete von allgemein-juristischer Bedeutung erstrecken; interne und Organisationsfragen bleiben dabei außer Betracht. Die Reihenfolge der nachstehend angeführten Beratungsgegenstände ist teils chronologisch, teils stofflich geordnet, jedoch unabhängig von der Liste¹³, in welcher die VRK bei ihrer ersten Tagung vierzehn Programmpunkte für ihre kodifikatorische Tätigkeit niedergelegt hatte.

- A. Rechte und Pflichten der Staaten.
- B. Nürnberger Grundsätze.
- C. Vergehen gegen Frieden und Sicherheit der Menschheit.
- D. Definition des Angreifers.
- E. Internationale Strafgerichtsbarkeit.
- F. Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit.
- G. Schiedsrichterliches Verfahren.
- H. Veröffentlichung von Völkerrechtsquellen.
- I. Vorbehalte bei mehrseitigen Abkommen.

¹⁰) Vgl. unten zu B.

¹¹) Wortlaut vgl. „Yearbook on Human Rights for 1948“, United Nations Publ. 1950, XIV, 4. Deutscher Text in BGBl. II, 1954, Nr. 15, S. 730 ff. Vgl. auch J. W. Brügel, „Die Konvention zur Verhütung und Bekämpfung des Gruppenmords“ in Europa-Archiv 14/1949, S. 2307 ff.

¹²) Einen im Jahre 1952, den anderen 1953; vgl. unten, 3. und 4. Tagung der VRK.

¹³) Kap. II., Abs. 16, des „Report of the ILC, 1st Session 1949“, GA Off. Rec. Suppl. No. 10 (A/925).

J. Vertragsrecht.

K. Hoheitsgewalt der offenen Meere.

L. Hoheitsgewalt der Territorialgewässer.

Die Besprechung der zwölf erwähnten Gegenstände war auf die bisherigen sieben Tagungen der Völkerrechtskommission — bis 1955 einschließlich — wie folgt aufgeteilt (Buchstaben gemäß obiger Aufstellung):

1. Tagung 1949: A (abgeschlossen), B, C, E, H.
2. „ 1950: B (abgeschlossen), C, E, G, H, J, K.
3. „ 1951: C (abgeschlossen, doch siehe 1954), D, I, J, K.
4. „ 1952: G (abgeschlossen, doch siehe 1953), F, J, K, L.
5. „ 1953: G (von neuem abgeschlossen, doch siehe 1958), F, J, K.
6. „ 1954: C (zweiter Entwurf), F (zwei Entwürfe), L.
7. „ 1955: L (abgeschlossen), K.

Zu A: Der „Entwurf einer Erklärung über die Rechte und Pflichten von Staaten“ besteht aus Präambel und vierzehn Artikeln, enthaltend die vier sogenannten Grundrechte (Unabhängigkeit, Hoheitsgewalt, Rechtsgleichheit, Notwehr) und die zehn Pflichten der Staaten (Anerkennung des Völkerrechtsprimats; Beachtung von Völkerrechtsregeln; friedliche Beilegung von Streitigkeiten; Achtung der Menschenrechte und der persönlichen Freiheit; Sorge für Zustände im eigenen Staatsgebiet, die Weltfrieden und -ordnung nicht bedrohen; Unterlassung von: Krieg und Kriegsdrohung, Intervention, Entfesselung von Bürgerkrieg in anderen Staaten, Unterstützung illegaler Kriegshandlungen, Anerkennung illegalen Gebietserwerbs). Der Entwurf ist immer noch Gegenstand von Studien und Beratungen seitens der Regierungen.

Zu B: „In der Satzung und im Urteil des Nürnberger Gerichtshofs anerkannte Völkerrechtsgrundsätze“. Diese sieben Nürnberger Prinzipien sind im Folgenden stark abgekürzt wiedergegeben, nur zu Punkt 6 ist der volle Wortlaut aus dem Englischen übersetzt. 1) Gewisse Verbrechen sind nach Völkerrecht strafbar. 2) Sie sind es auch dann, wenn sie nach staatlichem Recht straffrei sind. 3) Staatsoberhäupter sind prozeßfähig. 4) Höherer Befehl ist kein Entschuldigungsgrund. 5) Angeklagte haben Anspruch auf verfahrensrechtliche Garantien. 6) „Die im Folgenden angeführten Verbrechen sind als Verbrechen auf Grund des Völkerrechts strafbar: a) Verbrechen gegen den Frieden: I. die Planung, Vorbereitung, Entfesselung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung von internationalen Verträgen, Vereinbarungen oder Zusagen; II. Teilnahme an einer Verabredung oder Verschwörung zum Zwecke einer der unter I. angeführten Handlungen; b) Kriegsverbrechen: Verletzungen von Kriegsrecht oder -brauch, die Mord, Mißhandlung oder Verschleppung von Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete zu Sklavenarbeit oder zu anderen Zwecken, Mord oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf See, die Tötung von Geiseln, die Plünderung von öffentlichem oder privatem Eigentum, die mutwillige Vernichtung

von Städten und Dörfern oder durch Kriegsnotwendigkeit nicht begründete Zerstörung umfaßt, jedoch auf die obigen Tatbestände nicht beschränkt ist; c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Mord, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung und andere an Zivilbevölkerung begangene unmenschliche Handlungen oder Verfolgungen aus Gründen der politischen Ueberzeugung, der Rasse oder des Glaubens, wenn solche Handlungen oder Verfolgungen bei Begehung eines Verbrechens gegen den Frieden oder eines Kriegsverbrechens oder aber im Zusammenhange mit solchen Verbrechen stattfinden.“ 7) Die Mitschuld an den unter 6) aufgezählten Verbrechen ist ein eigenes Vergehen gegen das Völkerrecht.

Strafsätze sind nicht beantragt. Eine Neuerung gegenüber dem Statut des Nürnberger Gerichtshofs besteht im Ausfall der Bestimmung, wonach höherer Befehl als Milderungsgrund anerkannt werden kann¹⁴.

Der Entwurf ist seit 1950 Gegenstand des Studiums der Mitgliedstaaten.

Zu C: „Kodex-Entwurf über Vergehen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit“: ein Verzeichnis von Tatbeständen, für die Einzelpersonen nach Völkerrecht strafbar gemacht werden sollen, schließt also systematisch an B an und nicht an A, wonach die Haftbarkeit von Staaten festgestellt wird. Der Entwurf von 1950 wurde während der 3. Tagung (1951) bedeutend eingeschränkt, nach staatlichem Recht strafbare Delikte, wie Seeräubertum, Sklavenhandel usw., wurden ausgeschlossen und im wesentlichen nur die unter B aufgezählten Verbrechen aufgenommen. Auch hier sind keine Strafsätze vorgesehen. Auf allgemeine Annahme des Kodex in Form einer Konvention wurde verzichtet: er soll der Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichts (siehe zu E) zugrunde gelegt werden.

Zu D: Geringer Fortschritt konnte in den Bestrebungen verzeichnet werden, auf Antrag der Sowjetunion eine „Definition des Angreifers“ auszuarbeiten. Im Kodex-Entwurf (siehe oben zu C) hatte Art. 2 Aggression zum Verbrechen erklärt und mit der „Verwendung bewaffneter Macht“ illustriert, jedoch nicht erschöpfend umschrieben. Die Vollversammlung gab sich damit nicht zufrieden¹⁵ und betraute mit der Definitionsaufgabe ein fünfzehngliedriges Sonderkomitee, das seinen Bericht der Vollversammlung zur Beschlußfassung vorlegen sollte, jedoch noch nicht vorgelegt hat.

Zu E: „Internationale Strafgerichtsbarkeit“. Dies ist ein Problem, an dem die VRK überhaupt keine normative Arbeit geleistet und dem sie seit 1950 ihr Augenmerk nicht mehr zugewendet hat. Doch gehört es hierher nicht nur aus Gründen der Systematik — da ja Grup-

penmord und andere Verbrechen nach Völkerrecht (siehe oben zu B und C) vor dieses Gericht kommen sollen —, sondern auch deshalb, weil es eine der Aufgaben war, die der Kommission noch vor ihrer Entstehung von der Vollversammlung gestellt worden waren. In den letzten fünf Jahren war es nicht mehr die VRK, sondern ein besonderer siebzehngliedriger Ausschuß¹⁶, den die Vollversammlung mit dem Studium der internationalen Strafgerichtsbarkeit betraut hat. Ein Entwurf¹⁷ liegt bereits vor: das Gericht soll durch eine Konvention ins Leben gerufen werden; es soll aus 15 Richtern bestehen und nur im Bedarfsfalle zusammentreten; seine Gerichtsbarkeit soll sich auf Verbrechen nach Völkerrecht beschränken, gemäß staatlichem Recht strafbare Tatbestände sollen ausgeschlossen sein (siehe oben zu C).

Um Begriffsverwirrung zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, daß das vorgesehene Internationale Strafgericht mit dem (Haager) Internationalen Gerichtshof nichts zu tun hat. Das Haager Tribunal entscheidet Rechtsstreitigkeiten, in denen die Parteien oder wenigstens die Beklagten Staaten sind; das Internationale Strafgericht soll Individuen wegen völkerrechtlicher Straftaten richten. Der Vorschlag, das Internationale Strafgericht als Strafkammer des (Haager) Internationalen Gerichtshofs zu schaffen, war von der VRK schon im Jahre 1950 verworfen worden¹⁸.

Zu F: „Staatsangehörigkeit einschließlich Staatenlosigkeit“. Der Anstoß zu diesen Kodifikationsversuchen ging vom Wirtschafts- und Sozialrat aus, der Richtlinien dafür haben wollte, wie die Staatenlosigkeit verheirateter Frauen zu vermeiden sei. Die VRK entschied¹⁹, daß diese Frage nur im Rahmen einer allgemeinen Regelung der Bestimmungen über Staatsbürgerschaft und Staatenlosigkeit ihre Antwort finden könnte; allerdings sind indessen die Staatsangehörigkeitsprobleme der verheirateten Frauen gesondert im 3. Ausschuß²⁰ besprochen worden. Ebenso ist die Frage der gegenwärtigen Staatenlosigkeit außerhalb der VRK behandelt worden und hat zu der im Jahre 1954 in New York abgeschlossenen „Konvention über die Rechtsstellung von Staatenlosen“²¹ geführt.

Die VRK hat im Jahre 1953 und, nach Einholung verschiedener Meinungen, abermals im Jahre 1954 zwei Konventionsentwürfe ausgearbeitet, einen zur „Abschaffung künftiger Staatenlosigkeit“, den anderen, weniger weitgehenden, zur „Einschränkung künftiger Staatenlosigkeit“. Das Schicksal beider Entwürfe ist noch in der Schwebe. Im Jahre 1954 neigte die Vollversammlung der Ansicht zu, daß auch für das Staatenlosigkeitsproblem der Zukunft eine Konferenz von Bevollmächtigten²² einberufen werden sollte — eine solche Kon-

¹⁴) Vgl. „Charter and Judgment of the Nürnberg Tribunal“, A/CN.4/5, und 3. Teil, Abs. 106, des „Report of the ILC 1950 etc.“ (zitiert in Anmerkung 9).

¹⁵) 8. Tagung, 1953.

¹⁶) 5. Tagung, 1950, 12. Dezember 1950, 489 (V).

¹⁷) „Report of the 1953 Committee on International Criminal Jurisdiction“, GA Off. Rec. 9th Session, 1954, Suppl. No. 12 (A/2645).

¹⁸) 4. Teil, Abs. 145, des „Report of the ILC, 2nd Session 1950“, GA Off. Rec., Suppl. No. 12 (A/1316).

¹⁹) Kap. III., Abs. 30, des „Report of the ILC, 4th Session 1952“, GA Off. Rec., Suppl. No. 9 (A/2163).

²⁰) „Dritter Hauptausschuß“, mit sozialen, Wohlfahrts- und Kulturfragen befaßt.

²¹) United Nations Conference on the Status of Stateless Persons: Final Act and Convention Relating to the Status of Stateless Persons. United Nations E/CONF. 17/5/Rev. 1, 1956.

²²) „United Nations Conference of Plenipotentiaries on the Status of Refugees and Stateless Persons“.

ferenz hat die Konvention von 1954 über die gegenwärtige Staatenlosigkeit beschlossen —, um die Vorschläge der VRK zu besprechen und womöglich in ein Vertragswerk aufzunehmen.

Zu G: „Schiedsverfahren“: ein Entwurf darüber, aus 32 Artikeln bestehend, wurde nach jahrelangen Auseinandersetzungen in der VRK während der Tagung von 1952 angenommen und an den Generalsekretär weitergeleitet. In der Endfassung kam die Meinung zum Durchbruch, daß noch niemand damit gedient sei, daß die Parteien ihrer Vertragsverpflichtung nachkommen und den Streit der schiedsrichterlichen Schlichtung übertragen; wesentlich sei es, daß die ungestörte Durchführung des Schiedsverfahrens und die Vollstreckung der ergangenen Entscheidung gewährleistet würden. In dieser Hinsicht war die Tätigkeit der VRK nicht nur kodifikatorisch, sondern auch normbildend (wobei jedoch festgehalten werden sollte, daß wirkliche normative Befugnis nur der Vollversammlung und anderen Vollzugsorganen der Vereinten Nationen zusteht).

Zu H: „Mittel und Wege zur Erleichterung des Beweises des Völkergewohnheitsrechts“. Was dazu zu sagen ist, ist in der Einleitung gesagt worden.

Zu I: Zur Frage der „Vorbehalte bei mehrseitigen Abkommen“ gab die Völkerrechtskommission ein Rechtsgutachten²³ ab, das im Widerspruch stand mit der etwa gleichzeitig vom Internationalen Gerichtshof zu einem verwandten Thema (Vorbehalte bei Unterzeichnung der Konvention über Gruppenmord) geäußerten Meinung. Der IGH ging vom Umfang des Vorbehalts aus und kam zur Ansicht, daß er dann zulässig sei, wenn er dem Zwecke des Abkommens nicht widerstrebe; anderenfalls sei der Signatar mit Vorbehalt nicht als Vertragspartner anzusehen. Die VRK erblickte den Schwerpunkt der Frage darin, daß das Einverständnis der übrigen Vertragspartner maßgebend sei und daß Vorbehalte bei der Zeichnung, Ratifizierung oder Beitritts-erklärung zulässig seien, wenn und soweit sie von den übrigen am Abkommen beteiligten Staaten für annehmbar gehalten werden. Im Wesen entspricht das der gegenwärtigen Praxis der Vereinten Nationen.

Zu J: „Vertragsrecht“. Eine Totgeburt.

Zu K: „Hoheitsgewalt der offenen Meere“. Das ist eines der interessantesten Kapitel, mit denen sich die VRK bisher befaßt hat. Seit 1951 tauchte es alle zwei Jahre in den Beratungen der Kommission auf und ist auch in diesem Jahre Hauptgegenstand der Genfer Tagung. In ihrer 3. Tagung (1951) begann sich die Kommission mit der Frage des Festlandssockels zu beschäftigen. „Festlandssockel“ (Continental Shelf) ist ein geologischer Ausdruck, verwendet zur Bezeichnung jenes Teils des Meeresbodens, der im Anschluß an eine Landmasse, jedoch außerhalb der Territorialgewässer, verhältnismäßig untief in beträchtlicher horizontaler Ausdehnung verläuft, ehe er steil abstürzt. Seit die technische Entwicklung es erlaubt, Bodenschätze von solchen Meeres-

revieren zu fördern (insbesondere Oel und Kohle), hat sich dem Festlandssockel rege völkerrechtliche Aufmerksamkeit zugewandt, da ja der Küstenstaat, der sich in die industrielle Ausbeutung des Meeresbodens einläßt, gegen den im Völkerrecht seit jeher anerkannten Grundsatz der Freiheit des offenen Meeres verstößt. Hier ist der VRK wieder Gelegenheit gegeben, rechtsschaffend zu wirken: Schiffsfahrtsrechte, freie Ausübung der Fischerei, Untersee-Kabel und eine Reihe von widerstrebenden Interessen müssen berücksichtigt werden, der Meeresspiegel und der darübergelagerte Luftraum müssen frei bleiben, selbst wenn dem Küstenstaat gewisse Förderungsrechte eingeräumt werden sollen.

Im Jahre 1951 führte der Meinungsaustausch innerhalb der VRK dazu, daß allgemeine Richtlinien für die Behandlung von vier Problemen, nämlich 1) „Festlandssockel“, 2) „Tierwelt der Meere“, 3) „Ständige Fischereiplätze“, 4) „Berührungszonen“²⁴ aufgestellt wurden.

Der Festlandssockel wurde im Jahre 1953 in acht Artikeln behandelt, die übrigen drei Fragengruppen waren damals noch nicht reif zur Formulierung. In der 1955 stattgefundenen Tagung wurden sieben Artikel beschlossen, die dem zweiten Punkt Rechnung tragen und auf die „Erhaltung der Meeresfauna“ abzielen.

Daneben geht die Kodifikationstätigkeit der VRK weiter, sofern es sich um allgemeine Regeln des Seerechts handelt. Im Jahre 1955 sind die Gruppen Schiffsfahrt, Fischerei, Untersee-Kabel und -Röhrenleitungen in Angriff genommen worden, doch ist die Arbeit daran bei weitem noch nicht abgeschlossen.

Zu L: „Hoheitsgewalt der Territorialgewässer“. Der erste Entwurf (1954) enthält in seinen 27 Artikeln nichts über die Breite des territorialen Wasserstreifens, weil gerade diese Frage damals besonders strittig war und keine Einigung darüber erzielt werden konnte, ob „drei Meilen“ oder „zwölf Meilen“ oder eine Kompromißziffer eingesetzt werden sollte. Im umgearbeiteten Entwurf des Jahres 1955 werden sowohl die Dreimeilen-Zone als auch die Zwölfmeilen-Zone angeführt. Von der ersten wird gesagt, daß sie wohl nicht unbestritten ist, daß aber trotzdem kein Staat verpflichtet sein soll, mehr als drei Meilen Territorialsee anzuerkennen, und von der Zwölfmeilen-Grenze, daß sie das nach Völkerrecht zulässige Maximum darstellt. Im übrigen stellt der Entwurf der Artikel eine Kompilation von teils positiven, teils gewohnheitsrechtlichen Regeln über die Abgrenzung der Territorialgewässer und die Ausübung der Hoheitsrechte darin, darüber und darunter sowie über das Durchfahrtsrecht von Schiffen dar. Der Entwurf ist noch nicht in allen Punkten verhandlungsreif, einzelne Artikel sind offengelassen²⁵, und der Abschnitt über Kriegsschiffe ist noch nicht formuliert worden.

Die Ergebnisse der diesjährigen Tagung der Völkerrechtskommission in Genf müssen einem eigenen Bericht vorbehalten bleiben.

²³) Vgl. „Reservations to Multilateral Conventions“, Abs. 34 des „Report of the ILC, 3rd Session 1951“, GA Off. Rec., Suppt. 9 (A/1858).

²⁴) „Contiguous Zones“. Damals wurde noch allgemein an-

genommen, daß Territorialgewässer drei Meilen breit sind; ein anstoßendes Band von weiteren neun Meilen sollte als Zone beschränkter Hoheitsrechte erwogen werden.

²⁵) Beispielsweise Art. 3, Abs. 3, Art. 24 usw.

Sowjetische Vorschläge zur Abrüstungsfrage

Schreiben Ministerpräsident Bulganins an Präsident Eisenhower vom 6. Juni 1956

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich denke, Sie werden mir beipflichten, daß das Problem der Abrüstung gegenwärtig weiterhin eines der wichtigsten und vordringlichsten internationalen Probleme ist.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, der der Menschheit ungezählte Opfer und gewaltige materielle Verluste brachte, müssen wir fest entschlossen sein, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um den Ausbruch eines dritten Weltkrieges nicht zuzulassen. Eben mit diesem Ziel haben die Staaten nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges Verhandlungen über die Einschränkung der Rüstungen und das Verbot der Atomwaffe aufgenommen. Bedauerlicherweise haben diese Verhandlungen bis jetzt keine positiven Ergebnisse gezeitigt.

Ich nehme an, Sie teilen ebenfalls die Meinung, daß das Erscheinen neuer Massenvernichtungswaffen, wie die Atom- und die Wasserstoffwaffe, die Notwendigkeit der Lösung des Abrüstungsproblems besonders dringlich macht. Mit Ihnen, einem hervorragenden Militär, der Sie den Ereignissen des vergangenen Krieges so nahe waren, brauche ich jetzt nicht ausführlicher darüber zu sprechen.

Sie werden sich entsinnen, Herr Präsident, daß auf der Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte in Genf, an die wir die herzlichste Erinnerung bewahrt haben, alle Teilnehmer, darunter auch Sie, im Namen der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten, den gemeinsamen Wunsch geäußert haben, die Kriegsgefahr zu beseitigen und die Last der Rüstungen zu verringern.

Die Sowjetregierung widmete besondere Aufmerksamkeit der Erörterung der Frage, auf welche Weise man aus der Sackgasse gelangen könnte, in der sich die Abrüstungsverhandlungen jetzt befinden. Tatsachen beweisen, daß die Abrüstungsverhandlungen im Unterausschuß der UN keine positiven Ergebnisse gezeitigt haben. In der letzten Zeit haben sich diese Verhandlungen in höchstem Grade kompliziert. Faktisch bremsst die Tätigkeit des Abrüstungs-Unterausschusses das Vorankommen in dieser Angelegenheit. Unter diesen Umständen kann man schwerlich damit rechnen, daß Verhandlungen in den UN in der nächsten Zeit zu konkreten Ergebnissen auf dem Gebiet der Abrüstung führen könnten.

Gerade im Hinblick auf diesen Umstand hat die Sowjetregierung denn auch beschlossen, auf neue Art an die Lösung des Abrüstungsproblems heranzugehen. Wir möchten, daß dieses Bestreben der Sowjetregierung richtig verstanden wird.

Wir sind zu der festen Ueberzeugung gekommen, daß jetzt, da eine gewisse Minderung der internationalen Spannung erfolgt ist und der „Kalte Krieg“ in die Vergangenheit rückt, sich günstigere Bedingungen für die

Einstellung des Wettrüstens und für die Durchführung von Abrüstungsmaßnahmen ergeben haben. Unter diesen Bedingungen sind wir der Ansicht, daß bis zum Abschluß eines internationalen Abkommens über das Problem der Abrüstung die Bemühungen der Staaten darauf gerichtet sein müssen, konkrete Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen zu verwirklichen, die durchgeführt werden könnten, ohne den Abschluß eines internationalen Abkommens über die Abrüstung abzuwarten. Die Durchführung solcher Maßnahmen würde die weitere Minderung der internationalen Spannung und die Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten fördern, was wiederum zur Schaffung günstigerer Voraussetzungen für die Durchführung eines umfassenden Abrüstungsprogramms führen würde.

Ich hoffe, Herr Präsident, Sie werden beipflichten, daß in dieser Hinsicht die Initiative der Großmächte, darunter der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika, die über die größten Streitkräfte und materiellen Hilfsquellen verfügen, entscheidende Bedeutung haben würde.

Geleitet von den hohen Zielen der Festigung des Friedens zwischen den Völkern, hat die Sowjetregierung beschlossen, die Initiative zu ergreifen und, ohne ein Abkommen über Abrüstung abzuwarten, die bedeutende Verringerung der Streitkräfte der Sowjetunion um 1,2 Millionen Mann über die im Jahre 1955 vorgenommene Verringerung der Streitkräfte um 640 000 Mann hinaus durchzuführen. Dementsprechend werden die Rüstungen und das Kriegsmaterial der Streitkräfte der UdSSR sowie die im Staatshaushaltsplan der UdSSR vorgesehenen Rüstungsausgaben verringert.

In Uebereinstimmung mit diesem Beschluß werden 63 Divisionen und einzelne Brigaden, darunter die auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik befindlichen drei Luftwaffendivisionen und andere Einheiten mit mehr als 30 000 Mann, aufgelöst. Wir verstehen natürlich, daß der Abzug von sowjetischen Truppen in der oben genannten Stärke aus Deutschland die Frage nicht völlig löst. Diese Maßnahme der Sowjetregierung stellt nur einen ersten Schritt dar. Wir gehen jedoch davon aus, daß, wenn die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die Truppen auf deutschem Territorium besitzen, ihrerseits ebenfalls Maßnahmen zur Verringerung ihrer Streitkräfte in Deutschland ergreifen, dies zweifellos den Boden zu noch entschiedeneren Schritten in dieser Frage bereiten würde. Wir haben dabei im Auge, daß solche Maßnahmen seitens der Regierungen der vier Mächte später zu einem Abkommen über eine bedeutende Verringerung der ausländischen Streitkräfte in Deutschland oder über den

Abzug der ausländischen Streitkräfte aus Deutschland führen könnten.

Meine Kollegen und ich hoffen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und Sie, Herr Präsident, persönlich die beigefügte Erklärung der Sowjetregierung vom 14. Mai über die Frage der Abrüstung mit aller Aufmerksamkeit erörtern und Ihrerseits einen würdigen Beitrag zur Einstellung des Wettrüstens, zur

weiteren Minderung der internationalen Spannung und zur Festigung des allgemeinen Friedens leisten werden.

Entsprechende Schritte unserer Staaten würden zweifellos auch von anderen Ländern unterstützt werden, womit der Anfang der praktischen Verwirklichung des erwähnten umfassenden Abrüstungsprogramms gemacht werden würde.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 138 vom 10. Juni 1956.

★

Aehnliche Schreiben richtete Ministerpräsident Bulganin an den Premierminister Großbritanniens, Sir Anthony Eden, an den französischen Ministerpräsidenten, Guy Mollet, an den Premierminister Kanadas, Louis St. Laurent, an den italienischen Ministerpräsidenten, Antonio Segni, an den türkischen Ministerpräsidenten, Adnan Menderes, und an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer.

Die Regierungschefs Frankreichs und Großbritanniens hat er ebenfalls aufgefordert, ihre in Deutschland stationierten Streitkräfte zu verringern und eine dem sowjetischen Abrüstungsbeschluß entsprechende Maßnahme für ihre eigenen Streitkräfte zu treffen. Gegenüber den Re-

gierungschefs Kanadas, Italiens und der Türkei gab er der Erwartung Ausdruck, daß ihre Länder ihren Beitrag zur Lösung des Abrüstungsproblems und zur internationalen Entspannung leisten würden. Von Italien erwartet er besonders, daß es nun nach seiner Aufnahme in die Vereinten Nationen dort einen „positiven Einfluß“ in der Abrüstungsfrage ausüben werde, während er von der Türkei die Herstellung eines gutnachbarlichen Verhältnisses zur Sowjetunion erhofft. Das Schreiben an Bundeskanzler Adenauer wird nachstehend im Wortlaut wiedergegeben.

Sämtlichen Schreiben wurde als Anlage die sowjetische Erklärung vom 14. Mai beigefügt, deren Wortlaut im Anhang wiedergegeben ist.

Schreiben Ministerpräsident Bulganins an Bundeskanzler Adenauer vom 6. Juni 1956

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Sie werden sich zweifellos daran erinnern, daß während unserer Verhandlungen in Moskau im September vorigen Jahres die Regierungsdelegationen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland der Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit unserer Länder im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa große Bedeutung beigemessen haben. Dies ist auch im Text unseres gemeinsamen Communiqués über die Verhandlungen zum Ausdruck gekommen.

In voller Erkenntnis der Bedeutung, die Kontakte zwischen unseren Ländern und praktische Handlungen unserer Staaten in Fragen der Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker haben, möchte ich in diesem Brief an Sie eine Frage berühren, die heute die Völker aller Länder wohl am meisten bewegt und eine unverzügliche praktische Lösung erfordert. Es geht um das Problem, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, das mit Recht die Besorgnisse der Völker um das Schicksal des Friedens, um den morgigen Tag hervorruft. Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß das sowjetische und das deutsche Volk, die in den Jahren des Zweiten Weltkrieges so schwere Prüfungen zu erleiden hatten, an der Verhütung eines neuen Krieges und an der Sicherung der Voraussetzungen für eine ruhige, friedliche Entwicklung besonders interessiert sind.

Man darf auch nicht vergessen, daß die in den letzten Jahren aufgekommenen neuen Arten von Massenvernichtungswaffen, wie die Atom- und Wasserstoffwaffen, die Lösung des Abrüstungsproblems noch dringender machen. Das Unglück, das ein neuer Krieg mit dem Einsatz dieser Waffenarten besonders in Ländern mit hochentwickelter

Industrie und großer Bevölkerungsdichte bringen würde, kann man sich nur schwer vorstellen. Wie Ihnen, Herr Bundeskanzler, bekannt ist, ist das Abrüstungsproblem Gegenstand langdauernder Verhandlungen zwischen den interessierten Regierungen gewesen. Im Verlauf dieser Verhandlungen war die Sowjetregierung systematisch und beharrlich bemüht, ein Abkommen über die Abrüstung zwischen den Mächten herbeizuführen. Jedoch ist bedauerlicherweise das notwendige Uebereinkommen zwischen den Mächten noch nicht erreicht worden. In letzter Zeit hat die Sowjetregierung der Frage, auf welche Weise man einen Ausweg aus der Sackgasse in der Abrüstungsfrage finden könne, besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß gegenwärtig, wo angesichts der Anstrengungen der friedliebenden Länder schon bestimmte positive Resultate in Richtung auf eine Minderung der Spannungen erzielt worden sind, die fruchtbaren internationalen Kontakte erweitert worden sind und das Vertrauen zwischen den Völkern wächst, die Voraussetzungen für praktische Maßnahmen gegeben sind, um dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten und die Rüstungslasten herabzusetzen. Solche Maßnahmen können nach unserer Ueberzeugung von jedem Staat ergriffen werden, der wirklich den Frieden wünscht, ohne zu warten, bis in den Vereinten Nationen ein internationales Abrüstungsabkommen erzielt sein wird.

Getreu dem unwandelbaren Kurs ihrer Außenpolitik, die auf die Festigung des Friedens und auf eine verlässliche Sicherheit der Völker gerichtet ist, hat die sowjetische Regierung den Beschluß gefaßt, eine neue starke Reduzierung der Streitkräfte der UdSSR um 1,2

Millionen Mann über die schon im Vorjahr erfolgte Kürzung um 640 000 Mann hinaus vorzunehmen. Im Einklang damit wurde insbesondere beschlossen, drei in der Deutschen Demokratischen Republik stationierte Fliegerdivisionen und andere Kampftruppen in Stärke von über 30 000 Mann aufzulösen. Gleichzeitig wird eine entsprechende Herabsetzung der Rüstung und der militärischen Ausgaben der Sowjetunion durchgeführt. In Verbindung damit hat die Regierung der UdSSR am 14. Mai d. J. eine Erklärung zur Abrüstungsfrage veröffentlicht.

Zweifelloos würde es in vieler Hinsicht auch der Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands förderlich sein, wenn andere Mächte ähnliche Maßnahmen zur Herabsetzung ihrer Streitkräfte ergreifen würden.

Mit der Uebersendung des Textes der erwähnten Erklärung der Sowjetregierung an Sie verbinde ich die Hoffnung, daß diese Erklärung von Ihnen mit aller Aufmerksamkeit studiert werden und Verständnis und Unterstützung bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland finden wird. Meine Kollegen und ich möchten hoffen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland einen praktischen Beitrag zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa beisteuern kann und in Westdeutschland keine Entwicklung zulassen wird, die den Interessen der europäischen Sicherheit zuwiderlaufen und zur Verstärkung des Wettrüstens beitragen würde.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 106 vom 13. Juni 1956.

Anhang: Erklärung der Sowjetregierung zur Abrüstungsfrage vom 14. Mai 1956

Es wird allgemein anerkannt, daß in letzter Zeit eine Minderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen erreicht worden ist. Die Kriegsherde, die noch vor kurzem zu einem großen Weltkonflikt zu werden drohten, sind gelöscht. Es sind bestimmte Ergebnisse bei der Regelung einiger nicht gelöster politischer Probleme in Asien und Europa erzielt worden. Dies wurde durch Verhandlungen zwischen den interessierten Staaten erreicht.

In letzter Zeit haben sich die Beziehungen zwischen den Staaten bedeutend erweitert, es wurden Begegnungen und Kontakte zwischen den Staatsmännern der Großmächte wieder aufgenommen. Bei diesen Begegnungen kamen wichtige internationale Fragen zur Sprache, darunter auch Fragen, in denen Meinungsverschiedenheiten bestehen; es wurden in verstärktem Maße Wege gesucht, um die Auffassungen und Standpunkte der Staaten mit verschiedenen sozialen Ordnungen zu koordinieren.

In allen Ländern festigen sich die Positionen der Anhänger der internationalen Zusammenarbeit. Es hat sich eine weite Zone des Friedens gebildet, die große und kleine Staaten einschließt und die Mehrheit der Bevölkerung der Erde umfaßt.

All das trug zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Festigung des Friedens bei. Das ist nicht nur das Ergebnis der Arbeit der Regierungen. Es haben hierbei das Wachsen der Kräfte der Völker und ihr Streben nach Frieden und friedlicher Koexistenz der Staaten ihren gewaltigen Einfluß ausgeübt. Darin liegt das wichtige Ergebnis vieler Anstrengungen der Völker, den Frieden zu festigen und die internationale Zusammenarbeit im Interesse des friedlichen Aufbaus und der Hebung des Wohlstandes der Völker zu entwickeln.

Man darf sich jedoch nicht mit dem Erreichten zufriedengeben. Die Spannung in den internationalen Beziehungen ist noch immer nicht beseitigt, noch ist das notwendige Vertrauen in den Beziehungen zwischen den Staaten nicht geschaffen, und noch versuchen die aggressiven Kräfte gewisser Staaten, ihren alten, den Interessen des Friedens feindlichen Kurs zu verfolgen.

Das Haupthindernis auf dem Wege zur weiteren Minderung der internationalen Spannung ist das anhaltende Wettrüsten. Trotz der unbestreitbaren Verbesserung der

internationalen Lage, die in letzter Zeit erreicht wurde, unterhalten die Staaten noch immer überaus umfangreiche Streitkräfte. Es werden weiterhin Vorräte an Atom- und Wasserstoffbomben angehäuft. Millionen junger Menschen werden zu den Waffen gerufen und aus der friedlichen Aufbauarbeit gerissen.

An der Fortsetzung des Wettrüstens und am Anwachsen des Militarismus sind jene Kreise und vor allem die Großmonopole interessiert, die Waffen produzieren und gewaltige Rüstungsprofite erzielen. Gerade diese aggressiven Kreise, die in manchen Ländern großen Einfluß haben, sind jetzt bestrebt, die weitere Entspannung in den internationalen Beziehungen zu behindern und die künstlich hochgeschraubte Rüstungskonjunktur aufrechtzuerhalten.

Mit der Tätigkeit dieser Kreise ist die Fortsetzung solcher Maßnahmen des „Kalten Krieges“ verbunden wie die Schaffung und Erweiterung aggressiver Militärgruppierungen in verschiedenen Gebieten der Welt, die Schaffung von Militärstützpunkten auf fremden Territorien und die Aufblähung der Rüstungsbudgets.

Eine solche Lage sichert natürlich den großen Monopolen unerhörte Profite, sie ist jedoch mit den Lebensinteressen der Volksmassen unvereinbar. Die jetzigen unmäßig aufgeblähten Rüstungsbudgets der kapitalistischen Staaten bedeuten hohe Steuern auf Löhne und Einkünfte der Werktätigen, weitere Preiserhöhungen für Massenbedarfsgüter und eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Volksmassen. Je mehr Mittel für die Vergrößerung der Rüstungen verwendet werden, desto weniger Mittel bleiben für den friedlichen Aufbau, für die Entwicklung der Wirtschaft, für die Bedürfnisse des Bildungs- und Gesundheitswesens und für die Hilfe an die schwach entwickelten Länder und Gebiete übrig.

Die Völker können sich mit einer solchen Lage nicht abfinden, die dadurch entstanden ist, daß der ungeheuerlich aufgeblasene Militarismus ihnen immer neue Lasten auferlegt.

Wenn aber nicht die friedlichen Bedürfnisse, sondern das Wettrüsten die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung wird, wenn immer größere materielle Werte durch die übermäßigen Streitkräfte der Staaten verschlungen werden und in die Milliarden gehende Summen jährlich nur dafür ausgegeben werden, um die gestern erzeugten, doch heute bereits veralteten Waffen

durch neue zu ersetzen, so ruht diese Wirtschaft auf einem morschen, unsicheren Fundament. Sie birgt eine gefährliche Unstabilität, eine wirtschaftliche Katastrophe in sich.

In der Vergangenheit führte bekanntlich das Wett-rüsten letzten Endes zum Krieg. Davon zeugen die Erfahrungen sowohl des Ersten als auch des Zweiten Weltkrieges. Die Völker verspürten am eigenen Leibe die ganze Last dieser Kriege. Diese Kriege brachten viele Millionen Menschen ins Grab, fügten den Völkern gewaltiges Elend zu und zerstörten Tausende Städte und Zehntausende Dörfer in Europa, Asien und Afrika, vernichteten die Reichtümer, die durch die Arbeit mehrerer Generationen geschaffen worden waren. Der Ausbruch eines dritten Weltkrieges würde unter den jetzigen Bedingungen, da es Atom- und Wasserstoffbomben sowie Mittel zu ihrem Transport wie Fernbomber und fern-gelenkte Raketen gibt, die die erwähnten Waffen an jeden Punkt der Erde bringen können, zu bedeutend größeren Menschenopfern, zu unvergleichlich größeren materiellen Verlusten, zur Vernichtung der größten Städte und Industriezentren, zur Zerstörung ganzer Bezirke und Gebiete, besonders in den Ländern, die industriell weit entwickelt und dicht besiedelt sind, führen.

Die entstandene Lage fordert von den Völkern und von den Regierungen, die die Verantwortung für das Schicksal ihrer Staaten tragen, wirksame Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und zur Verhinderung der Möglichkeit des Ausbruchs eines neuen Krieges. Die weitere Verbesserung der internationalen Lage kann und muß vor allem durch die Einschränkung der Rüstungen und die Durchführung wirksamer Maßnahmen, die auf die Abrüstung gerichtet sind, erreicht werden. Was die Sowjetunion betrifft, so führte sie unmittelbar nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges eine Reihe von Maßnahmen zur entschiedenen Verringerung der Streitkräfte durch, über die sie in der Kriegszeit verfügte, indem sie 33 Aushebungskontingente demobilisierte.

Außerdem bemühte sich die Sowjetunion in den ganzen Nachkriegsjahren in der Organisation der Vereinten Nationen beharrlich um die Herbeiführung eines internationalen Abrüstungsabkommens und unterbreitete zu diesem Zweck entsprechende Vorschläge.

Auf Vorschlag der Sowjetunion faßte die Vollversammlung der UN bereits im Jahre 1946 einen Beschluß über die allgemeine Rüstungseinschränkung und das Verbot der Atomwaffe. Dieser Beschluß wurde jedoch bisher nicht praktisch verwirklicht. Als es an die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen zur Ausführung dieses Beschlusses ging, begannen die Westmächte Einwände jeder Art dagegen zu erheben.

Die Sowjetregierung war und ist der Ansicht, daß die Lösung des Abrüstungsproblems das Verbot der Atom- und der Wasserstoffwaffe und die entschiedene Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen und der Stärke der Streitkräfte gewährleisten muß. Sie strebt stets danach, daß alle diese Maßnahmen von den Staaten unter entsprechender internationaler Kontrolle durchgeführt werden. Die Sowjetunion schlug vor, eine internationale Kontrolle auf allen großen Flugplätzen, an Eisenbahnknotenpunkten, in Häfen und an wichtigen Knotenpunkten des Straßenverkehrs zu erreichen, um die Möglichkeit zu haben, dem plötzlichen Ueberfall eines Aggressors vorzubeugen.

In Erkenntnis dessen, daß ein Atomkrieg unter den jetzigen Bedingungen eine besondere Gefahr für die Völker ist, mißt die Sowjetunion dem Verbot der Atom- und der Wasserstoffwaffe die größte Bedeutung bei. Gerade deshalb schlugen und schlagen wir vor, unverzüglich einen Beschluß über das völlige Verbot der Atom- und der Wasserstoffwaffe, über die Einstellung ihrer Produktion und über die Vernichtung der vorhandenen Vorräte an diesen Waffen zu fassen, damit die große Entdeckung der Menschheit — die Atomenergie — ausschließlich friedlichen Zwecken diene. Dieser sowjetische Vorschlag stieß auf Einwände der USA und der anderen Westmächte. Diese Einwände werden immer wieder unter dem Vorwand vorgebracht, es gelinge nicht, sich über die Errichtung einer internationalen Kontrolle zu einigen, obwohl die Sowjetunion gegen eine internationale Kontrolle keine Einwände erhob, sondern im Gegenteil auf der Notwendigkeit bestand, eine solche Kontrolle zu errichten. Man weigert sich auch, den Vorschlag der Sowjetunion über das Verbot und die Erprobung der Atom- und Wasserstoffwaffen anzunehmen.

Bekanntlich hat sich die Sowjetunion nicht darauf beschränkt, den Vorschlag über das völlige und vorbehaltlose Verbot der Atomwaffe und deren Herausnahme aus der Bewaffnung der Staaten vorzubringen. Als sie sah, daß die USA und die anderen Westmächte nicht den Wunsch haben, diesen Weg zu beschreiten, schlug die Regierung der UdSSR vor, wenigstens den ersten Schritt in dieser Richtung zu tun. Die Sowjetregierung machte den Vorschlag, die Großmächte sollten feierlich erklären, daß sie die Atomwaffe nicht anwenden werden und auf deren Anwendung verzichten. Die Uebernahme einer solchen Verpflichtung durch die Großmächte hätte die moralisch-politische Verurteilung der Atomwaffe bedeutet. Diese Verpflichtung hätte ohne jede Verzögerung angenommen werden können und hätte gewiß eine große Rolle bei der Beseitigung der Gefahr eines Atomkrieges gespielt.

Diese Vorschläge der Sowjetunion, die die völlige Unterstützung Chinas, Polens, der Tschechoslowakei und anderer Länder der Volksdemokratie sowie mehrerer anderer Staaten fanden, entsprachen dem bekannten, nach dem Ersten Weltkrieg von vielen Staaten angenommenen internationalen Abkommen über den Verzicht auf chemische und bakteriologische Waffen, das bekanntlich eine positive Rolle spielte und einen hemmenden Einfluß auf die Anwendung dieser Waffenarten ausübte. Zweifellos entspricht der Verzicht auf die Anwendung von Atomwaffen den Interessen aller Völker, wobei die Uebernahme einer solchen Verpflichtung durch die Staaten und vor allem durch die Großmächte zu einer Besserung der internationalen Situation führen würde. Die Westmächte gingen jedoch auch auf diesen Vorschlag nicht ein, obwohl sie sich in diesem Falle nicht auf die Schwierigkeit der Errichtung einer internationalen Kontrolle berufen konnten, da es nur um eine moralisch-politische Verpflichtung und darum ging, ohne weiteren Verzug ein gegen den Atomkrieg gerichtetes Abkommen aller Großmächte zu erzielen.

Das alles beweist, daß die Sowjetunion nach wie vor die unverzügliche Lösung der Frage des Verbots der Atom- und Wasserstoffwaffe anstrebt und bereits jetzt die ersten Schritte in dieser Richtung tun will.

Bis jetzt ist es infolge der ablehnenden Haltung der USA und ihrer westlichen Partner nicht gelungen, ein solches Abkommen herbeizuführen.

Als die Westmächte ablehnten, den Weg des Verbots der Atom- und Wasserstoffwaffe zu gehen, beriefen sie sich darauf, daß die Sowjetunion gegenüber den Westmächten einen Vorsprung in bezug auf die herkömmlichen Waffen habe und daß die Westmächte erst nach einer bedeutenden Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen dem Verbot der Atomwaffen zustimmen können. Zu diesem Zweck machten sie den Vorschlag, einen Höchststand der Streitkräfte für die fünf Großmächte festzulegen, und zwar für die UdSSR, die USA und China von 1 Million bis 1,5 Millionen Mann und für Großbritannien und Frankreich je 650 000 Mann. Um die Lösung der Abrüstungsfrage nicht zu verzögern und gewisse wichtige Erfolge bei der Einstellung des Wettrüstens zu erzielen, erklärte sich die Sowjetunion mit diesem Vorschlag der Westmächte einverstanden. Es schien, daß man jetzt ein bestimmtes Uebereinkommen erreichen könnte.

Es kam jedoch anders. Nachdem sich die Sowjetunion mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt hatte, begannen die Westmächte, von ihm abzurücken, wobei sie Vorwände aller Art suchten, um ihren eigenen Vorschlag zu Grabe zu tragen.

Im Herbst vorigen Jahres wurde auf der Außenministerkonferenz der vier Mächte in Genf von den Westmächten vorgeschlagen, die Lösung der Abrüstungsfrage mit der Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen zu beginnen, ohne dies mit dem Verbot der Atomwaffe zu verbinden. So lautete der Vorschlag Großbritanniens. Den gleichen Vorschlag machte der britische Außenminister im Februar dieses Jahres im Unterhaus. Die Sowjetunion erklärte sich ebenfalls mit diesem Vorschlag einverstanden.

Als der Unterausschuß für Abrüstung der UN vor zwei Monaten in London zusammenkam, unterbreitete die Sowjetregierung ihm einen Plan für die Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen und der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte, den man hätte verwirklichen können, ohne die Herbeiführung eines Abkommens über die Frage der Atomwaffe abzuwarten, da die Meinungsverschiedenheiten in den Auffassungen der Sowjetunion und der Westmächte in der Frage des Verbots der Atomwaffe das Haupthindernis auf dem Wege zu einem Uebereinkommen geworden waren. Aber auch dieser Vorschlag der Sowjetunion stieß auf den Widerstand der Westmächte. Es stellte sich heraus, daß die Westmächte von der Vorrangigkeit der Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen so lange sprachen, wie sie dachten, daß die UdSSR einen solchen Vorschlag ablehnen werde. Sobald wir einen konkreten Plan zur Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen unterbreiteten, zogen sich die Westmächte, einschließlich Großbritanniens, das diesen Vorschlag früher gemacht hatte, zurück und verzichteten auf die Annahme der Vorschläge, die auf die Verwirklichung dieser Maßnahmen gerichtet waren. Diesmal erklärten sie, daß die Frage der Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen ohne die Lösung der Frage der Atomwaffe nicht erörtert werden könne. Sie gerieten in Widerspruch zu dem, was sie noch gestern gesagt hatten. Damit geriet die Frage der Abrüstung erneut in einen magischen Kreis, in dem weder

die Lösung der Frage des Verbots der Atomwaffe noch die Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen und der Streitkräfte einen Schritt vorwärts macht.

Nach alledem braucht man sich nicht über die Fruchtlosigkeit der ganzen Arbeit des UN-Abrüstungsunterausschusses zu wundern. Der Unterausschuß wurde unter dem laut tönenden Namen Unterausschuß für Abrüstung gebildet. In Wirklichkeit ist er jedoch nur ein Deckmantel zur Tarnung des Wettrüstens. Und es ist auch klar, wer die Verantwortung für eine solche Lage trägt.

Jetzt werden immer neue Vorwände erfunden, damit sich der Unterausschuß für Abrüstung mit allem Möglichen beschäftigt, nur nicht mit der Einstellung des Wettrüstens und mit der Einschränkung der Rüstung. Häufig wird zum Beispiel behauptet, die Einschränkung des Wettrüstens sei nicht zeitgemäß, da eine ganze Reihe politischer Probleme nicht geregelt ist. Dabei sagt man unverblümt, die Einstellung des Wettrüstens sei nicht ohne vorherige Regelung der Deutschlandfrage sowie der Probleme des Nahen und des Mittleren Ostens und der Fernostprobleme möglich. Selbstverständlich ist die Sowjetunion bereit, auch weiterhin aktiv zur Regelung dieser und anderer politischer Probleme beizutragen. Und es ist nicht die Schuld der Sowjetunion, daß die Deutschlandfrage wie auch eine Reihe anderer internationaler Probleme noch nicht gelöst sind. Wenn in einer solchen Lage die Westmächte die Lösung des Abrüstungsproblems von der Regelung der Deutschlandfrage abhängig machen und dabei schon mit der Wiederherstellung des Militarismus in Westdeutschland begonnen haben, so beweist dies, daß sie die Deutschlandfrage künstlich zum Handelsobjekt machen, um sich die Hände für die Verwirklichung der Pläne zur Wiederherstellung des deutschen Militarismus und zum Anschluß des vereinigten Deutschlands an die militärischen Gruppierungen der Westmächte frei zu machen.

Es ist klar, daß eine solche Einstellung weder die Lösung der Deutschlandfrage noch die Beendigung des Wettrüstens fördern kann.

Man spricht viel von sogenannten Luftaufnahmen, an denen bekanntlich einige Geheimdienste interessiert sind. Aber es ist doch klar, daß alle diese Luftaufnahmen in keiner Beziehung zur Einschränkung der Rüstungen und zur Errichtung einer Kontrolle über die Einschränkung der Rüstungen stehen. Sie können im Gegenteil die Befürchtungen der Völker gegenüber den Plänen der aggressiven Kreise nur vergrößern und zur weiteren Verstärkung des Wettrüstens führen.

Die Fruchtlosigkeit der Arbeit des UN-Unterausschusses für Abrüstung hängt nicht zuletzt mit der Tatsache zusammen, daß alle Mitglieder des Unterausschusses außer der UdSSR aktive Mitglieder des Atlantikblocks sind. Wie die in letzter Zeit durchgeführten Tagungen des Rates des Atlantikpaktes in Paris zeigten, treffen die Hauptmitglieder dieses Blocks unter sich Vereinbarungen, eine Einschränkung der Rüstungen nicht zuzulassen, um die Atomwaffe in die Rüstung der Armeen dieses Blocks einzubeziehen und Maßnahmen zur weiteren Vergrößerung der Rüstungen zu ergreifen. Es ist offensichtlich, daß die Mächte des Atlantikblocks, die in Wirklichkeit eine solche Politik betreiben, ihre Aufgabe im Unterausschuß für Abrüstung darin sehen, diese Politik zu tarnen und gleichzeitig ein Abkommen

zwischen den Staaten über die Fragen der Abrüstung zu verhindern. Deshalb läuft im Unterausschuß alles im Leerlauf, und die Fragen der Abrüstung bleiben auf dem toten Punkt.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, es sei an der Zeit, daß die UN-Kommission für Abrüstung die Ergebnisse der Arbeit des erwähnten Unterausschusses in aller Öffentlichkeit erörtert, damit allen klar wird, wer die Einstellung des Wettrüstens fördert und wer sie behindert. Sie muß Wege zur praktischen Verwirklichung der Beschlüsse der Vollversammlung über die Abrüstung, die schon vor zehn Jahren gefaßt wurden, festlegen. Die bestehende Sachlage auf dem Gebiet der Abrüstung entspricht weder dem jetzigen Zustand der internationalen Beziehungen noch den Forderungen der Völker, die an der weiteren Minderung der internationalen Spannung zutiefst interessiert sind. Es ist ferner offensichtlich, daß die Versuche einiger Mächte, anderen Staaten, darunter den kleinen und schwach entwickelten Ländern, einen hohen Stand der Rüstungsausgaben aufzuzwingen, den Interessen der Völker, den Interessen der Festigung des Weltfriedens zuwiderlaufen.

Die Sowjetregierung wird auch in Zukunft beharrlich die Herbeiführung eines allseitig annehmbaren internationalen Abkommens über die Einschränkung der Streitkräfte der Staaten und eines Abkommens über das Verbot der Atom- und der Wasserstoffwaffe (der thermodynamischen Waffe) anstreben. Zugleich ist die Sowjetregierung der Meinung, daß unter den jetzt obwaltenden Bedingungen vor allem praktische Aktionen nötig sind, die die Lösung der Aufgabe einer wesentlichen Einschränkung der Rüstungen der Staaten und der Einstellung des Wettrüstens fördern könnten.

Solche praktischen Aktionen der Staaten, die die Frage der Einschränkung der Rüstungen von der Ebene der allgemeinen und fruchtlosen Gespräche auf die Ebene konkreter Taten zur Einschränkung der Streitkräfte führen würden, sind unter den gegebenen Bedingungen das beste Mittel zur weiteren Minderung der internationalen Spannung und zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Staaten.

Die Völker der Sowjetunion sind mit friedlicher, schöpferischer Arbeit beschäftigt. Sie wollen, daß ein Maximum ihrer Energie, Bemühungen und materiellen Mittel für den Aufbau neuer Fabriken, Werke, Kraftwerke, Gruben, Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen und Universitäten verwendet wird. Immer mehr und weitgehender nutzen die Sowjetmenschen die Reichtümer ihres unermesslichen Landes und sind bestrebt, in Frieden und Freundschaft mit ihren Nachbarn, mit allen Völkern der Welt zu leben. Sie sind davon überzeugt, daß alle Völker durch eine allseitige Entfaltung des friedlichen Aufbaus gewinnen.

Die Sowjetunion, die die Sache der friedlichen Zusammenarbeit der Staaten verteidigt, tritt für eine Erweiterung der wirtschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen ein. Sie setzt sich für die Beseitigung jeglicher Art künstlicher Schranken ein, die von einigen Mächten errichtet wurden und die ein Hemmnis auf dem Wege der Entwicklung des Handels zwischen den Staaten sind. Wir sind davon überzeugt, daß dies nicht nur den Interessen der Sowjetunion, sondern auch den Interessen aller anderen Länder und Völker entspricht, da die Einstellung des Wettrüstens sowie Ausweitung des internatio-

nal Handels und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern große Möglichkeiten für die Hebung des Wohlstandes der Völker eröffnet und zur Herstellung einer freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen Völkern, den großen und den kleinen, beiträgt.

Die Sowjetunion ist ihrerseits zu einer allseitigen Erweiterung der Handelsbeziehungen mit anderen Staaten auf der Grundlage des beiderseitigen Nutzens und der Beseitigung der bestehenden Beschränkungen bereit.

In dem Wunsch, einen neuen Beitrag zur Abrüstung und zur Gewährleistung des Friedens zu leisten, und im Bestreben, noch günstigere Voraussetzungen für den friedlichen und kulturellen Aufbau in der Sowjetunion zu schaffen, hat die Regierung der UdSSR folgenden Beschluß gefaßt:

1. im Laufe eines Jahres bis zum 1. Mai 1957 eine neue, noch bedeutendere Einschränkung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte der Sowjetunion, und zwar um 1 200 000 Mann, über die im Jahre 1955 durchgeführte Einschränkung der Streitkräfte der UdSSR um 640 000 Mann hinaus, vorzunehmen;

2. in Übereinstimmung damit 63 Divisionen und einzelne Brigaden, darunter drei auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationierte Luftwaffendivisionen und andere militärische Einheiten mit einer Stärke von über 30 000 Mann, aufzulösen;

ferner einen Teil der Kriegsschulen der Sowjetarmee aufzulösen;

375 Kriegsschiffe der Kriegsmarine außer Dienst zu stellen;

3. entsprechend dem oben Gesagten die Rüstungen und die Kriegstechnik der Streitkräfte der UdSSR sowie die Ausgaben der Sowjetunion für militärische Zwecke auf Grund des Staatshaushaltes der UdSSR einzuschränken;

4. den aus den Streitkräften entlassenen Militärangehörigen die Möglichkeit zu geben, Arbeit in der Industrie oder der Landwirtschaft aufzunehmen.

Indem die Sowjetregierung diese neue, sehr große Einschränkung der zahlenmäßigen Stärke der sowjetischen Streitkräfte und der Rüstungen vornimmt, ist sie bestrebt, zur praktischen Verwirklichung des Abrüstungsprogramms beizutragen, das bei den UN zur Erörterung vorliegt. Die neue Einschränkung der Stärke der Sowjettruppen und der Rüstungen zeigt besser als alle Worte, daß die Sowjetunion ein aufrichtiger und treuer Verfechter des Friedens, ein aufrichtiger und treuer Verfechter einer Minderung der internationalen Spannung ist.

Die Sowjetregierung berücksichtigt mit diesem Beschluß die Tatsache, daß, soweit es Europa betrifft, die Völker Frankreichs und Großbritanniens sowie die Völker der Sowjetunion und der anderen friedliebenden europäischen Staaten keinen Krieg wollen, dessen schwere Folgen sie noch jetzt tragen, und daß sie nach einer Besserung der Beziehungen zwischen den Staaten, nach einer allseitigen Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit streben.

Andere Regierungen, darunter die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs, soweit sie aufrichtig zur Festigung des Friedens beitragen wollen, werden nicht umhin können, diesem Beispiel zu folgen.

Die Sowjetregierung ist bereit, die Frage einer weiteren Einschränkung der Streitkräfte der UdSSR zu er-

örtern, wenn die Westmächte — die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich — ihrerseits ihre Streitkräfte und Rüstungen entsprechend einschränken.

Die Verwirklichung solcher Maßnahmen wäre eine wichtige Etappe auf dem Wege der Durchführung eines allumfassenden Abrüstungsprogramms und würde reale Voraussetzungen für eine Beschleunigung der Lösung der Frage des Verbots der Atom- und Wasserstoffwaffe schaffen.

Bei der Annahme des erwähnten Beschlusses geht die Sowjetregierung davon aus, daß die Demobilisierung und die Rückführung zur friedlichen, gesellschaftlich nützlichen Arbeit von 1 200 000 sowjetischen Bürgern ein neuer gewaltiger Beitrag zur weiteren Hebung aller Zweige der Volkswirtschaft der UdSSR sein wird und daß dadurch bedeutend mehr an materiellen und kulturellen Werten zum Wohle unserer sozialistischen Gesellschaft geschaffen werden wird.

Zugleich wird es die weitere Einschränkung der militärischen Ausgaben auf Grund des Staatshaushalts der

UdSSR ermöglichen, die freiwerdenden Mittel dem friedlichen Aufbau zuzuleiten, um die grandiosen Pläne der sozialistischen Entwicklung unseres Landes und der Hebung des Wohlstandes des Sowjetvolkes noch erfolgreicher zu verwirklichen.

Bei der Verwirklichung der neuen großen Einschränkung der sowjetischen Streitkräfte und der Rüstungen geht die Sowjetregierung davon aus, daß gegenwärtig die Kräfte des Friedens bedeutend erstarkt sind, daß sie besser organisiert sind und über viele Mittel verfügen, um jegliche Versuche einer Verletzung des Friedens zu vereiteln. Gleichzeitig äußert die Sowjetregierung ihre Ueberzeugung, daß die Streitkräfte der Sowjetunion die friedliche Arbeit unseres Volkes zuverlässig schützen werden und daß die Sowjetmenschen und die friedliebenden Völker anderer Länder in ihrer Wachsamkeit nicht nachlassen und in bezug auf die Machenschaften der Kräfte, die der Sache des Friedens und der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern feindlich gesinnt sind, auf der Hut sein werden.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 117 vom 16. Mai 1956.

Kommuniqué vom 13. Juni 1956 über die Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Außenminister Dulles in Washington

Der Besuch von Bundeskanzler Adenauer in Washington hat die Möglichkeit für einen umfassenden Meinungsaustausch zwischen ihm und Außenminister Dulles geboten. Er erlaubte dem Bundeskanzler und dem Außenminister, sich einen allgemeinen Ueberblick über die Weltlage und die ihre Regierungen beschäftigenden Probleme auf internationalem Gebiet zu verschaffen. Der Bundeskanzler wurde von Staatssekretär Hallstein begleitet.

An erster Stelle der erörterten Probleme standen die Frage der deutschen Wiedervereinigung, die jüngsten Entwicklungen in der Sowjetunion sowie das Problem des weiteren Ausbaus und der weiteren Stärkung der atlantischen Gemeinschaft.

Außenminister Dulles und Bundeskanzler Adenauer hoben die deutsche Wiedervereinigung als ein Hauptziel des Westens hervor und brachten nachdrücklich die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Einstellung des Westens gegenüber der Sowjetunion von den Bemühungen getragen werden müsse, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu fördern.

Im Zusammenhang mit den Entwicklungen innerhalb der Sowjetunion führten sie einen Meinungsaustausch über die kürzlich von Ministerpräsident Bulganin an ihre jeweiligen Regierungen übermittelten Schreiben, in denen die Erklärung der sowjetischen Regierung vom 14. Mai bezüglich ihrer Streitkräfte enthalten ist. Sie stellten fest, daß andere NATO-Regierungen ähnliche Schreiben erhielten, und kamen überein, daß eine Beratung mit ihren NATO-Partnern bezüglich dieser Entwicklung wünschenswert sei. Sie stellten fest, daß die sowjetische Regierung den Wunsch geäußert hat, die Grundlage für eine friedliche Koexistenz mit den Nationen der freien Welt zu finden. Sie stimmten darin überein, daß einer der Be-

weise für die Ernsthaftigkeit dieser Äußerungen in der Bereitschaft der sowjetischen Regierung zu finden sein wird, ihre internationalen Verpflichtungen zu respektieren und von Bemühungen Abstand zu nehmen, ihr System anderen Völkern aufzuerlegen. Sie erinnerten daran, daß vor fast einem Jahr in Genf die Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der Vereinigten Staaten ihre gemeinsame Verpflichtung für die Lösung der Deutschlandfrage und die Wiedervereinigung Deutschlands anerkannten und übereinkamen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen und in Uebereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit zustande kommen sollte. Der Bundeskanzler und der Außenminister kamen zu der Auffassung, daß es schwierig sei, den Versprechungen und feierlichen Verpflichtungen der sowjetischen Regierung Glauben zu schenken, solange die sowjetische Regierung nicht Schritte unternommen hat, dieser Verpflichtung nachzukommen und die Deutschland von ihr aufgezwungene brutale und unnatürliche Teilung zu beenden. Der Bundeskanzler und der Außenminister bekräftigten erneut den Wunsch ihrer Regierungen, mit der Sowjetunion und den Nationen des nordatlantischen Raumes Uebereinkommen auszuarbeiten, die die europäische Sicherheit in Verbindung mit der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit gewährleisten würden.

Der Bundeskanzler und der Außenminister waren sich über die Bedeutung der Nordatlantikpaktorganisation einig, die einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit der freien Welt darstellt. Sie waren sich ferner über die Notwendigkeit einig, die Beziehungen der NATO-Mitglieder zu stärken und weiterzuentwickeln und deren Politik und Maßnahmen hinsichtlich der die Ziele des

Nordatlantikpaktes betreffenden Hauptprobleme aufeinander abzustimmen. Sie versprachen die Unterstützung ihrer Regierungen, gemäß den auf der jüngsten Konferenz des NATO-Rates in Paris getroffenen Entscheidungen, die in Angriff genommene Arbeit fortzusetzen.

Der Außenminister unterrichtete den Bundeskanzler über die Genugtuung, mit der die Regierung der Vereinigten Staaten von dem jüngsten französisch-deutschen Abkommen über die Saar vernommen habe. Er brachte außerdem das Interesse der Vereinigten Staaten an den Resultaten der Konferenz in Venedig bezüglich der neuen Schritte zum Ausdruck, die in Richtung auf eine europäische Integration unternommen wurden, und insbesondere an den Aussichten für einen baldigen Verhandlungsabschluß und die Errichtung einer europäischen Organisation mit gemeinsamer Autorität und Verantwortlichkeit auf dem Gebiet der Kernenergie. Der Außenminister wies darauf hin, daß die Schaffung einer derartigen gemeinsamen Organisation eine besonders enge Verbindung mit den Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet ermöglichen würde. Der Außenminister brachte ferner das Interesse der Vereinigten Staaten an der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes zum Ausdruck und wies auf die vielversprechende Aussicht

hin, die ein solcher Markt für die künftige wirtschaftliche Entwicklung Europas bieten würde.

Der Bundeskanzler und der Außenminister stellten mit Befriedigung die Weiterentwicklung enger Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten fest. Der Bundeskanzler schnitt die Frage der im Kriege beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten an. Der Außenminister gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß in Bälde eine amerikanische gesetzgeberische Maßnahme zu diesem Problem erfolgen werde.

Der Außenminister drückte die Befriedigung der amerikanischen Regierung über die jetzt von der Bundesrepublik Deutschland in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) getroffenen Maßnahmen aus, Quotenbeschränkungen für Importe aus dem Dollargebiet zu beseitigen. Der Bundeskanzler und der Außenminister waren sich über die Bedeutung einig, daß die freie Welt weiterhin in Maßnahmen zur Ausweitung des Handels auf einer gegenseitig vorteilhaften Basis zusammenarbeitet.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 108 vom 15. Juni 1956.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Juni 1956

Die Ereignisse in Europa*

Albanien

3. Der Parteitag der Partei der Arbeit (vgl. Zeittafel in EA 12/1956) findet mit der Billigung eines neuen Parteistatuts, der Bestätigung des zweiten Fünfjahresplanes und der Wahl des Zentralkomitees, zu dessen Erstem Sekretär Enver *Hodscha* wiedergewählt wird, seinen Abschluß. Am 5. Juni wird bekanntgegeben, daß der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Hysni *Kapo* seines Amtes enthoben wurde; zu neuen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten werden ernannt: Gogo *Nushi*, Manush *Muftiu* und Spiro *Koleka*.

Deutschland

4. Deutsch-französische Einigung über die Saarfrage und die Moselkanalisierung (vgl. Luxemburg). Bundeswirtschaftsminister *Erhard* erklärt in einer Rede vor der Industrie- und Handelskammer Augsburg, er werde von seiner Forderung nach einer Zollsenkung um 30 vH nicht abgehen; darin müßten auch die landwirtschaftlichen Zölle einbezogen werden. Als Ziele der Zollsenkung nennt Prof. *Erhard* den besseren Ausgleich der Zahlungsbilanz, die Stabilisierung des Preisniveaus und eine bessere Versorgung des Marktes. Er verteidigt die kreditrestriktiven Maßnahmen der Bank deutscher Länder und warnt davor, mit der „Ausgebung von kleinen Geschenken nach allen Seiten“ Wahlpropaganda zu machen.
5. Auf Grund der von Ministerpräsident *Mollet* in Luxemburg wiedergegebenen Äußerung *Chruschtschows* zur deutschen Frage (vgl. Luxemburg) erklärt Bundeskanzler *Adenauer* auf einer Pressekonferenz, diese anmaßende und brutale Erklärung beweise, daß mit gutem Zureden bei der Sowjetunion nichts zu erreichen sei. Wegen dieser Äußerung wird der Bundeskanzler am 7. Juni in einer Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS scharf kritisiert und der „Hetze gegen die Sowjetunion“ bezichtigt. Am gleichen Tage erklärt der französische Außenminister, *Christian Pineau*, in Paris, die Äußerung *Chruschtschows* sei nicht ganz richtig ausgelegt worden: *Chruschtschow* sei nicht gegen ein neutralisiertes Deutschland an sich, sondern gegen ein neutralisiertes Deutschland, das gegen die Sowjetunion ist. Die Bundesregierung weist am 9. Juni im *Bulletin des Presse- und Informationsamtes* darauf hin, daß *Chruschtschows* Äußerung von der Sowjetunion nicht dementiert worden sei. Die saarländische Regierung erklärt in einem Communiqué ihr Einverständnis mit den zwischen Bundeskanzler *Adenauer* und Ministerpräsident *Mollet* in Luxemburg vereinbarten Direktiven zur Lösung der Saarfrage.
6. Die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über die Weiterzahlung von Stationierungskosten durch die Bundesrepublik werden mit einem Uebereinkommen abgeschlossen, wonach die Bundesrepublik im Finanzjahr 1956/57 650 Millionen Mark an die Vereinigten Staaten zahlen wird. Die Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich werden noch fortgesetzt.
7. Der Deutsche Bundestag verabschiedet gegen die Stimmen der FDP, der Demokratischen Arbeitsgemeinschaft und der DP und bei Stimmenthaltung eines Teils der CDU/CSU-Fraktion das Gesetz über die Mitbestimmung in den Holdinggesellschaften der Montan-Industrie.
- 7.—13. Besuch einer Regierungsdelegation von Nordkorea unter Leitung von Ministerpräsident *Kim Ir Sen* in der DDR. Nach Besprechungen mit der Regierung der DDR werden eine gemeinsame Erklärung und ein Abkommen über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet. In der gemeinsamen Erklärung bekennen sich die beiden Regierungen zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, sie fordern ein bedingungsloses Verbot der Atomwaffen und bezeichnen ein Uebereinkommen über die Abrüstung als einen Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands und Koreas. Sie fordern für die Lösung der deutschen Frage die Schaffung eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems, für die Lösung der koreanischen Frage Gewaltverzichtserklärungen der beiden koreanischen Regierungen, Abrüstung der beiderseitigen Streitkräfte und Abzug aller ausländischen Truppen.
8. Der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung fordert nach einer Tagung in Bonn, auf der Probleme der wirtschaftlichen Integration Europas erörtert wurden, in einer Entschließung die baldige Fertigstellung, Unterzeichnung und Ratifizierung der Verträge über den gemeinsamen europäischen Markt und die Euratom-Gemeinschaft.
11. Der Vorsitzende der FDP, *Thomas Dehler*, erklärt auf einer Pressekonferenz in Berlin, er werde Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR über die Wiedervereinigung Deutschlands befürworten, falls die Sowjetunion die Regierung der DDR ausdrücklich zu solchen Verhandlungen legitimiere und bereit sei, das Ergebnis zu akzeptieren.
In der *Süddeutschen Zeitung* berichtet das Redaktionsmitglied H. U. *Kempski* über das Ergebnis von Gesprächen mit Persönlichkeiten der Sowjetregierung, die er während eines zweiwöchigen Aufenthaltes in Moskau geführt hat. Er berichtet, der stellvertretende Außenminister *Semjonow* habe die Bundesregierung dafür verantwortlich gemacht, daß die Sowjetregierung keine Anstrengungen mehr zu neuen Verhandlungen über das Deutschlandproblem mache: die beim Besuch des Bundeskanzlers in Moskau im September 1955 getroffenen Abmachun-

*) Vgl. hierzu auch die in der nächsten Folge erscheinenden Mitteilungen des Europarats für Juni.

gen über die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen seien von der Bundesrepublik nicht erfüllt worden. Ferner sei auf unfreundliche Erklärungen des Bundeskanzlers gegenüber der Sowjetunion hingewiesen worden. Kempksi berichtet, die Sowjetregierung betrachte eine politische Kontaktaufnahme zwischen der Bundesregierung und der DDR als die durch keinen anderen Preis abzulösende erste Voraussetzung für die Wiedervereinigung; alle Informationen sprächen jedoch dafür, daß die Sowjetunion praktischen Maßnahmen für die Wiedervereinigung erst näherzutreten gedenkt, wenn die DDR politisch und wirtschaftlich so weit gefestigt sei, daß von einer einfachen Angliederung an die Bundesrepublik nicht mehr die Rede sein kann. Zur Frage gesamtdeutscher Wahlen habe man erklärt, man werde sie erst dann vorschlagen, wenn es den Menschen in der DDR besser gehe als denen in der Bundesrepublik; dann würden die Nachfolger Adenauers Angst vor freien Wahlen haben.

13. Der Bundestagsabgeordnete der SPD Herbert Wehner erklärt in einem Interview mit dem Bonner Korrespondenten der Moskauer *Prawda*, die Verringerung der Stärke der sowjetischen Truppen in der sowjetischen Zone Deutschlands könne von großer Wichtigkeit für die friedliche Lösung der deutschen Frage sein. Wehner befürwortet die Verringerung der Stärke aller ausländischen Truppen in Deutschland und die Festsetzung einer Höchstgrenze für die Stärke der Streitkräfte der beiden Teile Deutschlands.
14. Der Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Marschall A. A. *Gretschko*, gibt in einem Interview mit der Nachrichtenagentur der DDR, *ADN*, bekannt, daß Luftwaffendivisionen, Panzer- und Artillerieeinheiten in Stärke von 33 500 Mann aus der sowjetischen Zone Deutschlands abgezogen werden sollen. Er betont, daß die Sowjetunion zu einer weiteren Verringerung ihrer Streitkräfte in Deutschland bereit sei, falls die Westmächte die gleiche Bereitschaft zeigten.

Frankreich

5. Nach einer vom 31. Mai bis zum 2. Juni abgehaltenen Debatte über die allgemeine Politik der Regierung, bei der das Algerienproblem im Vordergrund stand, spricht die Nationalversammlung der Regierung mit 271 gegen 59 Stimmen bei 200 Stimmenthaltungen das Vertrauen aus. Gegen die Regierung stimmen die Poujadisten und Teile der Unabhängigen Rechten und der Bauernpartei, der Stimme enthalten sich die Kommunisten, Teile der Radikalsozialisten und der Unabhängigen Rechten. In der Debatte erklärte Ministerpräsident *Mollet*, das künftige Statut Algeriens müsse sich aus freien Erörterungen mit gewählten Vertretern der algerischen Bevölkerung ergeben. Die Regierung halte ihren Appell für die Feuereinstellung aufrecht und sei bereit, die notwendigen Garantien für die Niederlegung der Waffen zu geben und Verhandlungen mit den Aufständischen aufzunehmen. Drei Monate nach der Wiederherstellung der Ruhe würden freie Wahlen stattfinden.
- 6.—8. Anlässlich des Staatsbesuchs des griechischen Königs-

paars in Paris werden Besprechungen zwischen den Außenministern *Christian Pineau* und *Evangelos Averoff* geführt, in denen nach einem anschließend veröffentlichten Kommuniqué insbesondere Fragen des Mittelmeerraumes erörtert wurden. Der französische Außenminister habe dabei dem Wunsche seiner Regierung nach einer baldigen friedlichen Lösung der Cypernfrage im Geiste des nordatlantischen Bündnisses Ausdruck gegeben.

Griechenland

2. Ministerpräsident *Karamanlis* erwidert auf die Rede des britischen Premierministers vom 1. Juni (vgl. Großbritannien), Sir *Anthony Eden* habe nun zugegeben, daß die britischen Oelinteressen im Mittleren Osten der wahre Grund für die Verweigerung der Selbstbestimmung an Cypern seien. Die freie Welt dürfe nicht zulassen, daß materielle Interessen den Vorrang vor den Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit erhalten.
13. In einem Memorandum an die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verlangt die Regierung erneut, daß die Cypernfrage auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung gesetzt werde.

Großbritannien

1. Premierminister Sir *Anthony Eden* wendet sich in einer Rede auf einer Versammlung der Konservativen Partei in Norwich scharf gegen die griechische Cypern-Propaganda: es widerspreche dem Geiste der NATO, wenn eines ihrer Mitglieder durch „Rundfunkpropaganda schmutzigster Art“ die Tätigkeit von Terroristen auf dem Gebiet eines anderen NATO-Mitglieds aufstachele. Großbritannien werde bei der Verteidigung seiner lebenswichtigen Interessen niemals nachgeben. Cypern sei ein Teil der Verteidigung der Oelquellen des Mittleren Ostens, und ohne Oel würden Arbeitslosigkeit und Hunger in Großbritannien herrschen.

Island

11. In einer Note an die Vereinigten Staaten schlägt die Regierung eine Revision des isländisch-amerikanischen Verteidigungsabkommens vor, durch die der Abzug der amerikanischen Truppen von dem Stützpunkt Keflavik erreicht werden soll. In der Note wird jedoch betont, daß Island auch weiterhin bereit sei, die NATO zu unterstützen.

Italien

6. In Rom findet eine Besprechung zwischen den Generalsekretären der Sozialdemokratischen Partei, *Matteo Matteotti*, und der Sozialistischen Partei, *Pietro Nenni*, statt. Teilnehmer der Besprechung erklären beiderseits, es habe sich um eine erste Kontaktaufnahme gehandelt, die eine Uebereinstimmung in einigen Ansichten ergeben habe, doch seien noch beträchtliche Schwierigkeiten zu überwinden.
- 10.—13. Staatsbesuch des indonesischen Staatspräsidenten, *Achmed Soekarno*. In einem Kommuniqué wird erklärt, die Regierungen Indonesiens und Italiens seien von einer gemeinsamen Entschlossenheit zur Verteidigung des Wunsches der Völker nach Frieden und Unabhängigkeit beseelt. Es sei beschlossen worden, die Zusammenarbeit der beiden Länder zu ver-

tiefen, insbesondere im Handelsverkehr und hinsichtlich des italienischen Beitrags zum Wirtschaftsaufbau Indonesiens.

Luxemburg

4. In Luxemburg finden Besprechungen zwischen Bundeskanzler *Adenauer* und Ministerpräsident *Mollet* sowie den beiderseitigen Außenministern und Staatssekretären über die Saarfrage und andere Fragen der deutsch-französischen Beziehungen statt. (Vgl. den Wortlaut des am 5. Juni veröffentlichten Communiqués in EA 12/1956, S. 8971.) Die von den beiden Regierungschefs für die Lösung der Saarfrage gegebenen Direktiven beinhalten u. a.: die politische Rückgliederung des Saargebiets an die Bundesrepublik am 1. Januar 1957; eine allmähliche wirtschaftliche Ueberleitung einschließlich Währungsumstellung bis Ende 1959; Frankreich wird der Abbau bzw. die Lieferung von 90 Millionen Tonnen Warndkohle während der nächsten 20 Jahre zugestanden. Die Bundesregierung erklärt sich mit der Kanalisierung der Mosel einverstanden; von den Kosten wird die deutsche Seite 300 Millionen Mark übernehmen, die französische 250 Millionen Mark. In der Frage des Rhein-Seitenkanals wird eine Kompromißlösung vorgesehen, durch welche die Ableitung des Rheinwassers vermieden wird. — Von der französischen Delegation wird während der Verhandlungen mitgeteilt, Ministerpräsident *Mollet* habe Bundeskanzler *Adenauer* über ein Gespräch mit dem sowjetischen Parteisekretär *Chruschtschow* anlässlich seines Besuchs in Moskau orientiert: *Chruschtschow* habe gesagt, die Sowjetunion ziehe 17 Millionen Deutsche unter ihrem Einfluß 70 Millionen Deutschen vor, die gegen sie stehen, auch wenn sie neutralisiert seien (vgl. hierzu auch Deutschland).
- 4.—5. Auf einer Tagung in Luxemburg beschließt der Besondere Ministerrat der EGKS die Einsetzung eines Ausschusses, der sich mit dem Problem der Vereinheitlichung der Frachttarife in der Binnenschifffahrt befassen wird. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik wird der Entwurf eines Vertrages erörtert, der wandernden Arbeitern in allen Mitgliedstaaten die gleichen Sozialleistungen zusichern soll.

Niederlande

13. Die Wahlen zur Zweiten Kammer haben folgendes Ergebnis:

	Stimmen	Sitze ¹
Partei der Arbeit	1 871 990	34 (30)
Katholische Volkspartei . . .	1 815 990	33 (30)
Antirevolutionäre Partei . . .	567 517	10 (12)
Volkspartei für Freiheit und Demokratie	502 325	9 (9)

Christlich-historische Union	482 848	8 (9)
Kommunistische Partei . . .	272 167	4 (6)
Reformistische Staatspartei .	129 512	2 (2)

¹) In Klammern die Zahl der Sitze nach den Wahlen von 1952.

Sowjetunion

1. Außenminister *Wjatscheslaw M. Molotow* erklärt seinen Rücktritt. Zu seinem Nachfolger wird der Chefredakteur der *Prawda*, *Dmitri T. Schepilow*, ernannt.
- Der Präsident der Volksrepublik Jugoslawien, *Marschall Tito*, trifft an der Spitze einer Regierungsdelegation zu einem mehrwöchigen Besuch in der Sowjetunion ein. Am 5. Juni werden die offiziellen Besprechungen mit der Sowjetregierung aufgenommen.
6. Ministerpräsident *Bulganin* richtet Schreiben zur Abrüstungsfrage an die Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens, der Türkei und Kanadas (vgl. S. 9007 ff. dieser Folge).

Spanien

13. Nach spanisch-marokkanischen Verhandlungen in Madrid wird in einem Communiqué bekanntgegeben, daß binnen 14 Tagen die Exekutivgewalt in der spanischen Zone Marokkos an die marokkanische Regierung übertragen werden wird.

Tschechoslowakei

- 11.—15. In Prag findet eine Parteikonferenz der Kommunistischen Partei statt, auf welcher der Erste Sekretär des ZK, *Antonin Novotny*, einen Bericht über die Lage und die Aufgaben der Partei gibt. Darin erklärt er, die Grundlinie der Partei sei zwar richtig, doch hätten sich in ihrer Durchführung Fehler und Mängel gezeigt. Die Partei habe Schlußfolgerungen zur Korrektur der Fehler gezogen, die sich aus der Anwendung der falschen Stalinschen These von der Verschärfung des Klassenkampfes ergeben hätten. Auch eine Reihe politischer Prozesse sei revidiert worden, doch bestehe keine Ursache zur Rehabilitation des früheren Generalsekretärs *Slansky*. Unter Anführung gewisser, kürzlich aufgetretener liberaler Tendenzen warnt *Novotny* davor, sich „reformistischen Illusionen“ hinzugeben. In ihren Entschlüssen billigt die Konferenz die Politik des ZK und die Richtlinien für den zweiten Fünfjahrplan, sie beschließt ferner eine Erweiterung der Kompetenzen der slowakischen Regionalorgane, eine Vereinfachung der Verwaltung und Maßnahmen zur Festigung der „sozialistischen Gesetzlichkeit“.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

13. Die letzten britischen Truppen räumen die Suezkanal-Zone.

Algerien

13. Der Vorsitzende des algerischen Befreiungsrates, *Ferhat Abbas*, erklärt in einem Interview mit der

schwedischen Zeitung *Expressen*, der Befreiungsrat sei zu Verhandlungen mit Frankreich über die Einstellung der Kampfhandlungen und über den zukünftigen Status Algeriens bereit. Er stellt dafür folgende Forderungen: Anerkennung der Souveränität des algerischen Volkes, Bildung einer provisorischen Regierung in Zusammenarbeit mit dem Befreiungsrat, internationale Garantie der Gleichberechtigung.

gung aller Bürger Algeriens, allgemeine Wahlen unter internationaler Kontrolle.

Tunesien

15. In Tunis wird eine diplomatische Konvention zwischen Tunesien und Frankreich unterzeichnet, die den Austausch von Botschaftern zwischen beiden Ländern vorsieht. Frankreich erklärt sich bereit, auf Wunsch die tunesischen Interessen in den Ländern wahrzunehmen, in die Tunesien keine diplomatischen Vertreter entsendet, und die Kandidatur Tunesiens zu internationalen Organisationen zu unterstützen. Bis zum Abschluß eines Vertrages über die außenpolitische Zusammenarbeit sollen beide Regierungen einander über außenpolitische Fragen von gemeinsamem Interesse konsultieren.

AMERIKA

Argentinien

10. Ein Aufstandsversuch von Teilen des Heeres wird von der Regierung niedergeschlagen.

Vereinigte Staaten

4. Das Außenministerium veröffentlicht eine englische Version der Rede über die Fehler *Stalins*, die der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, N. S. *Chruschtschow*, in einer Geheimsitzung des XX. Parteitages im Februar gehalten haben soll (vgl. Zeittafel in EA 8/1956, Sowjetunion). Später wird in Washington bekannt, daß bei dem veröffentlichten Wortlaut vermutlich noch ein Abschnitt über außenpolitische Fragen fehlt, der bisher nicht bekannt geworden ist. Von sowjetischer Seite wird die Authentizität der veröffentlichten Version weder anerkannt noch bestritten. (Der vom Außenministerium veröffentlichte Text wird in Band 13 der Reihe Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, „Das Ende des Stalin-Mythos“, abgedruckt.)
6. Präsident *Eisenhower* richtet in seiner Pressekonferenz einen erneuten Appell an den Kongreß, das vorgeschlagene Auslandhilfeprogramm ungekürzt zu billigen. Der Präsident tritt auch dafür ein, der neutralen Haltung einer Reihe von Staaten Verständnis entgegenzubringen: militärische Neutralität dürfe nicht mit Gleichgültigkeit gegenüber Recht und Unrecht gleichgesetzt werden.
7. Das Repräsentantenhaus kürzt das von Präsident

Eisenhower vorgeschlagene Auslandhilfeprogramm um rund 1,1 Milliarden Dollar.

8. Präsident *Eisenhower* begibt sich zur Durchführung einer Operation in ein Krankenhaus.
- 11.—15. Besuch des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Konrad *Adenauer*. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 9013 dieser Folge.) Anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Yale-Universität hält der Bundeskanzler eine Rede, in der er zur internationalen Lage Stellung nimmt und feststellt, es seien keine Anzeichen dafür vorhanden, daß das Abrücken der sowjetischen Führung vom Stalinismus auch eine Anerkennung der geistigen Prinzipien der freien Welt bedeute. Für die Sowjetunion sei die „friedliche Koexistenz“ nur eine taktische Phase, während der sie versuche, die Wachsamkeit der freien Welt einzuschläfern und vor allem die NATO zu zerschlagen. Dagegen seien höchste Wachsamkeit und berechtigtes Mißtrauen am Platz, was jedoch nicht ausschließe, darauf zu achten, ob Anzeichen eines echten Gesinnungswandels sichtbar werden. Die Bundesrepublik werde dabei ein zuverlässiger Partner des Westens bleiben.

ASIEN

Burma

5. Ministerpräsident *U Nu* tritt für ein Jahr von seinem Amt zurück, um sich Aufgaben der Reorganisation seiner Partei widmen zu können. Sein Amt wird von Verteidigungsminister *U Ba Swe* übernommen.

Volksrepublik China

1. Zu der Ablehnung ihres Vorschlags einer Korea-Konferenz (vgl. Zeittafel in EA 12/1956) veröffentlicht die Volksregierung eine Erklärung, in der sie die Vereinigten Staaten und die anderen am UN-Oberkommando in Korea beteiligten Regierungen beschuldigt, den Abzug der fremden Truppen aus Korea, die friedliche Wiedervereinigung dieses Landes und die Entspannung der Lage im Fernen Osten zu hintertreiben.

Korea

7. Auf Grund der Untersagung der Tätigkeit der Neutralen Waffenstillstandskommission in Südkorea (vgl. Zeittafel in EA 12/1956) zieht diese Kommission ihre Mitglieder aus beiden Teilen Koreas in die Neutrale Zone zurück.

Die Organisation der Vereinten Nationen

- 1.—3. In Genf findet die 3. Tagung des Exekutivkomitees des Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen (UNREF) statt. U. a. wird beschlossen, den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen um die Einleitung von Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland, Oesterreich, Griechenland und Italien über die endgültige Auflösung der Flüchtlingslager zu ersuchen. In seinem Bericht an das Komitee kritisiert der Hohe Kommissar, Gerrit J. *van Heuven Goedhart*, die mangelnde Unterstützung des Fonds durch die Vereinten Nationen und die einzelnen Regierungen.
4. Der Sicherheitsrat faßt einstimmig eine Entschlie-ßung, in welcher der Bericht des Generalsekretärs über seine Mission im Mittleren Osten (vgl. Zeittafel in EA 11/1956) zur Kenntnis genommen und der Generalsekretär beauftragt wird, seine guten Dienste weiterhin für die Lösung der Palästina-Frage zur Verfügung zu stellen. Die beiden Parteien des Konflikts werden aufgefordert, die durch Vermittlung des Generalsekretärs zustande gekommenen Abkommen strikt durchzuführen und weiterhin mit der Waffenstillstandskommission zusammen-zuarbeiten.

Veröffentlichungen des Instituts für Besatzungsfragen, Tübingen

Das Tübinger Institut für Besatzungsfragen befaßt sich seit etwa drei Jahren außer mit den Fragen der Nachkriegsbesetzung Deutschlands durch die westlichen Alliierten auch mit umfangreichen Untersuchungen über die deutschen Besetzungen während des Zweiten Weltkrieges. Sieben Arbeitsergebnisse hat das Institut bisher in vielfältigster Form in einer Reihe von „Studien zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg“ veröffentlicht. Wie das Institut im Vorwort zu den einzelnen Arbeiten hervorhebt, handelt es sich um „vorläufige Arbeitsergebnisse“, die weiterer Vertiefung bedürfen. Da in den Studien alles greifbare Material bearbeitet ist, soll die Vertiefung vor allem durch kritische Äußerungen und Stellungnahmen der an den Besetzungen auf deutscher Seite und auf seiten der besetzten Länder beteiligten Personen und sonstiger Kenner ermöglicht werden. Das Institut sieht eine wesentliche Aufgabe der Studien darin, den genannten Personenkreis zu Äußerungen zu veranlassen. So sehr auf deutscher Seite bei der Behandlung eines so heiklen Untersuchungstoffes größte Zurückhaltung geboten ist, so kann doch gesagt werden, daß die Studien des Instituts zum Teil über das hinausgehen, was das Institut im Vorwort ankündigt. Da auf deutscher Seite bisher jede systematische Behandlung der deutschen Besetzungen im Zweiten Weltkrieg fehlt, verdient die Arbeit des Instituts auf diesem Spezialgebiet besondere Beachtung. Die bisher erschienenen Studien befassen sich mit folgenden Themen:

Studie Nr. 1: Herdeg, Walter: Grundzüge der deutschen Besatzungsverwaltung in den west- und nordeuropäischen Ländern während des 2. Weltkrieges. XXII, 140 Seiten. 1953.

Die Arbeit gibt einleitend einen Ueberblick über die völkerrechtlichen Grundsätze, die für die Verwaltung besetzter Gebiete gelten. Anschließend folgt die systematische Darstellung des Aufbaues der deutschen Besatzungsverwaltung in Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich und den britischen Kanalsinseln. Hierbei wird zwischen der besatzungeigenen Verwaltung und der Lenkung der landeseigenen Verwaltung unterschieden. In einem weiteren Abschnitt werden die Methoden und Mittel der Besatzungsverwaltung behandelt. Anschließend befaßt sich die Arbeit mit den Interventions- und Annexionstendenzen der deutschen Besatzungsverwaltung. Im letzten Teil wird das Problem der Nachbesetzungsregelung (Postliminium) in den genannten Ländern behandelt. Die Arbeit stützt sich auf einen außerordentlich umfangreichen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat, der mit großer Vollständigkeit und Zuverlässigkeit zusammengestellt ist.

Studie Nr. 2: Moritz Günther: Die deutsche Besatzungsgerichtsbarkeit während des 2. Weltkrieges. XI, 188 Seiten. 1954.

Diese Arbeit befaßt sich, in methodisch ähnlicher Weise wie die Studie Nr. 1, mit der deutschen Besatzungsgerichtsbarkeit in sämtlichen von Deutschland während des Krieges besetzten Ländern. In einem umfangreichen ersten Teil werden die völkerrechtlichen Grundsätze behandelt. In einem weiteren Abschnitt stellt der Verfasser die gemeinsamen Probleme der deutschen Besatzungsgerichtsbarkeit dar. Anschließend wird die Besatzungsgerichtsbarkeit in den einzelnen besetzten Ländern behandelt. Die Arbeit schließt mit der Erörterung der Nachbesetzungsregelung und dem Versuch einer völkerrechtlichen Würdigung der deutschen Maßnahmen. Die Arbeit dürfte hinsichtlich des verarbeiteten

ten Gesetzesmaterials vollständig sein; dagegen fehlt vielfach noch die Einbeziehung der Praxis der Besatzungsgerichte. Auf Grund der Arbeit ist dem Institut erhebliches neues, unveröffentlichtes Material zugeflossen, das inzwischen zu der Studie Nr. 7 verarbeitet wurde.

Studie Nr. 3: Bräutigam, Otto: Ueberblick über die besetzten Ostgebiete während des 2. Weltkrieges. VI, 97 Seiten. 1954.

Bei dieser Arbeit handelt es sich um einen geschlossenen Länderbericht, der nach dem Arbeitsprogramm des Instituts als Ergänzung der Sachthemen für jedes besetzte Land gebracht werden soll. Die Arbeit bringt viele neue Hinweise. Sie deutet alle wesentlichen Probleme an, muß aber die Vertiefung vielfach den Spezialuntersuchungen überlassen. Die Darstellung der Hauptlinien läßt eine rasche Orientierung über die Problematik der deutschen Besetzungen in den sowjetischen Gebieten zu.

Studie Nr. 4: Herzog, Robert: Grundzüge der deutschen Besatzungsverwaltung in den ost- und südosteuropäischen Ländern während des 2. Weltkrieges. XXII, 200 Seiten. 1955.

Diese Arbeit bildet das Gegenstück zur Studie Nr. 1 über die deutsche Besatzungsverwaltung in den west- und nord-europäischen Gebieten.

In einem ersten Abschnitt werden die historischen und staatsrechtlichen Grundlagen der ost- und südosteuropäischen Gebiete sowie die Grundzüge der deutschen Besatzungspolitik kurz behandelt, danach die rechtlichen Grundlagen der Besatzungsverwaltung, im besonderen die Anwendbarkeit der HLKO und die Zulässigkeit der deutschen Annexionsmaßnahmen.

Das Schwergewicht der Arbeit liegt auf dem 3. Abschnitt, in dem die Struktur der Besatzungsverwaltung im Wandel der militärischen und politischen Ereignisse geschildert wird. Die Gliederung erfolgte nicht nach Ländern, sondern nach den verschiedenen Organisationsformen des Besatzungsregimes — Militärverwaltung und Zivilverwaltung — unter Berücksichtigung der wechselnden Formen in den verschiedenen Verwaltungsbereichen. Die unmittelbaren Vollmachten und Eingriffsbefugnisse oberster deutscher Reichsbehörden und Sonderbevollmächtigter auf den verschiedensten Verwaltungssektoren runden das Bild ab und veranschaulichen das Maß der Verantwortlichkeiten und den Konkurrenzkampf der zahlreichen Reichs- und Besatzungsorgane. Ein ergänzender Abschnitt bringt einen Ueberblick über die Mitwirkung der landeseigenen Verwaltungen. Der letzte Abschnitt der Arbeit enthält besonders wichtige, zum Teil noch nicht veröffentlichte Dokumente sowie Karten und graphische Darstellungen. Die Arbeit stützt sich auf die Dokumentensammlung der Nürnberger Prozesse; aber auch das wichtigste in- und ausländische Schrifttum wurde in großem Umfange verarbeitet.

Studie Nr. 5: Herzog, Robert: Die Volksdeutschen in der Waffen-SS. II, 17 Seiten. 1955.

Die Arbeit behandelt die Frage, in welchen Ländern, in welchem Umfang und mit welchen Methoden Volksdeutsche zwangsrekrutiert wurden. Die maßgebenden Erlasse, die vielfach geheim waren, wurden herangezogen, und es wurde versucht, die Handhabung der einschlägigen Bestimmungen zu ermitteln. Die Frage der völkerrechtlichen Zulässigkeit der von deutscher Seite getroffenen Maßnahmen wird in der Arbeit nicht behandelt.

Studie Nr. 6: von Streng, Heinz: Die Landwirtschaft im Generalgouvernement. IV, 97 Seiten. 1955.

Diese Arbeit ist ein erster Versuch der Darstellung des Themas. Auf die einleitenden Betrachtungen zur allgemeinen Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement folgt eine ausführliche Darstellung des organisatorischen Aufbaues der Landwirtschaftsverwaltung. Sodann befaßt sich der Verfasser mit einzelnen Maßnahmen, wie beispielsweise Erzeugungssteigerung, Flurbereinigung, Bodenverbesserung, Deckung des Bedarfs an landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln, Saatgut, Zuchtvieh usw., Ablieferungssystem

und Preispolitik. Die Arbeit schließt mit einer Uebersicht über die Entnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Besatzungsbehörden.

Studie Nr. 7: Moritz, Günther: Gerichtsbarkeit in den von Deutschland besetzten Gebieten 1939—1945. XIX, 241 Seiten, 1955.

Diese Studie behandelt Fragen, die schon in der Studie Nr. 2 untersucht wurden. Sie hat aber insofern eine andere Thematik, als sie die völkerrechtliche Situation nicht erörtert und von einer völkerrechtlichen Beurteilung der deutschen Maßnahmen absieht. Dafür hat sie die Kritiken und Ergänzungen zur Studie Nr. 2 nach kritischer Durchsicht und Abstimmung abweichender Auffassungen eingearbeitet.

Bücher und Broschüren

Biörklund, Elis: International Atomic Policy during a Decade. An historical-political investigation into the problem of atomic weapons during the period 1945-55. London: George Allen & Unwin Ltd. 1956. 148 S. 15s.

Hier hat es ein schwedischer Militärexperte unternommen, das Problem der Atomrüstung in der Periode von 1945 bis 1955 einer historisch-politischen Untersuchung zu unterziehen, wobei er diese Untersuchung in zwei Abschnitte unterteilt: von 1945 bis 1950, die hauptsächlich der Entwicklung der Atombomben galten, und von 1951 bis 1955, während denen die Entwicklung der Wasserstoffbombe in den Vordergrund rückte. Der Verfasser, der — wie er versichert — nicht für die Fachleute, sondern für den „allgemein interessierten Leser“ schreibt, ist mit großer Sorgfalt an diese schwierige Aufgabe herangegangen. Dabei hat es sich als vorteilhaft erwiesen, daß der Verfasser nicht nur Angehöriger einer neutralen Macht ist, sondern daß er dreißig Jahre seines Lebens dem Studium der Sowjetunion gewidmet hat und auch die russische Sprache so vollkommen beherrscht, daß er bei der Prüfung und Untersuchung der Haltung des Ostens auf Originaldokumente zurückgreifen konnte. Das Werk, das in Zusammenarbeit mit dem Verfasser von Albert Read in Stockholm ins Englische übersetzt wurde, gibt nicht nur einen Einblick in die wissenschaftliche, technische und politische Entwicklung, die zur Konstruktion der ersten Atombomben führte, sondern er untersucht auch mit großer Präzision die in den verschiedenen Abschnitten der Nachkriegsentwicklung von den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und den anderen „Atommächten“ eingenommene Haltung zur Frage und Bedeutung der Atomrüstungen. Dabei gelangt der Admiral zu der Ueberzeugung, daß der Versuch eines totalen Verbotes der Atomwaffen wirklichkeitsfremd und unrealistisch sei. Er befürwortet und begründet die Tolerierung kleinerer taktischer Atomwaffen bei einer strengen internationalen Kontrolle der schweren Bomben. Er ist davon überzeugt, daß eine derartige Lösung zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch politisch möglich sei. Das Buch, das die Entwicklung bis kurz vor der Genfer Konferenz der „Großen Vier“ im Sommer 1955 berücksichtigt, darf in aller Welt auf eine interessierte Leserschaft hoffen. E. W.

Deutsch-französische Konferenz Bad Neuenahr, 14. bis 16. Oktober 1955. Bonn: Schimmelbusch & Co. 1956.

79 S. (Schriftenreihe des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung).

The European Housing Situation. Prepared by the Secretariat of the Economic Commission for Europe. Geneva: United Nations 1956. 56 S. (Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden). Sfrs. 2,25.

Diese Studie gibt ein gutes Bild von der gegenwärtigen quantitativen und qualitativen Wohnungslage in den Ländern West- und Osteuropas. Sie vergleicht gleichzeitig das gegenwärtige Niveau des Wohnungsbaus mit den Erfordernissen der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Ländern. Neben einer allgemeinen Betrachtung enthält die Studie Detail-Analysen der Wohnungsbausituation folgender 23 europäischen Staaten: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Jugoslawien, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Polen, Portugal, Sowjetunion, Spanien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Türkei und Ungarn.

Die ECE vertritt die Ansicht, daß es angesichts der allgemeinen Wohnungssituation in Europa und der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung für keines der europäischen Länder zu viel wäre, wenn es für die Dauer der nächsten zehn Jahre im Wohnungsbau das Niveau des Jahres 1954 beibehalten würde. Die einzige Ausnahme bildeten eventuell Norwegen, mit der relativ besten Wohnungssituation Europas und der höchsten Wohnbauzuwachsrate des Kontinents, und die Schweiz, jedoch nur dann, wenn die Zahl der Zuwanderer nicht größer wird.

Von der Bundesrepublik Deutschland ermittelte die ECE die zweithöchste Wohnbauzuwachsrate nach Norwegen. Angesichts der noch herrschenden Wohnungsnot werde es jedoch noch mindestens ein Jahrzehnt dauern, ehe in Westdeutschland die quantitative Wohnungssituation das gegenwärtige Niveau der Länder mit einer besseren Wohnungslage erreicht.

Nach den Erhebungen der ECE, die sich auf 94 Prozent der Bevölkerung Gesamteuropas erstrecken, kommen durchschnittlich 237 Wohnungen auf 1000 Einwohner. In West- und Mitteleuropa sind es 270, in Südeuropa 224, in Osteuropa (ohne Sowjetunion) 250, in der Sowjetunion 219. Die tatsächlichen Unterschiede zwischen den einzelnen europäischen Gebieten sind jedoch weit größer, als diese Zahlen erkennen lassen, da in West- und Mitteleuropa die durchschnittliche Wohnung erheblich größer ist als in Süd- und Osteuropa. E. W.

Gaitonde, Pundlik und A. D. Mani: The Goa Problem. New Delhi: Indian Council of World Affairs 1956. 30 S. Rs 1/8.—

Wiskemann, Elizabeth: Germany's Eastern Neighbours. Problems relating to the Oder-Neisse Line and the Czech Frontier Regions. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1956. X, 309 S. £ 1/10.—

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighelmer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Uebersetzung: Der Beitrag „Der Colombo-Plan“ wurde aus dem englischen Originalmanuskript übersetzt von Maria von Handel, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Der Konflikt zwischen Völkerrecht und Rassenpolitik

Südafrika und die Vereinten Nationen

Von Dr. J. W. Brügel, London

Vorbemerkung

Die Charta der Vereinten Nationen (UN) nennt in Artikel 1, Absatz 3, unter den Zielsetzungen der Organisation die „Erzielung internationaler Zusammenarbeit . . . zwecks Förderung und Ermutigung der Achtung vor Menschenrechten und Grundfreiheiten Aller ohne Unterschied in bezug auf Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion“. Im Artikel 2 verpflichten sich die Mitglieder, „in Verfolg der im Artikel 1 niedergelegten Ziele“ im Einklang mit bestimmten Grundsätzen vorzugehen, deren einer lautet: „Alle Mitglieder werden, um Allen die aus der Mitgliedschaft erfließenden Rechte und Vorteile zu sichern, im guten Glauben die von ihnen übernommenen Verpflichtungen in Uebereinstimmung mit der Charta erfüllen.“ Artikel 55 der Charta erwähnt wiederum als Ziel der Vereinten Nationen die Förderung der „allgemeinen Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für Alle ohne Unterschied in bezug auf Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion“. Im Artikel 56 verpflichten sich die Mitglieder, „gemeinsame sowie eigene Schritte in Zusammenarbeit mit der Organisation zur Verwirklichung der im Artikel 55 niedergelegten Ziele zu ergreifen“. Das Mitglied, das eine Gruppe seiner Bürger wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse diskriminiert, handelt also im Widerspruch zu der Charta, die es mitunterzeichnet hat und durch die es gebunden ist.

Es wäre natürlich lebensfremd, in einer auch sonst höchst unvollkommenen Welt auf der vollen und ungesäumten Verwirklichung des Idealzustandes zu beharren, in dem es keinerlei „von oben“ angeordnete oder geduldete Benachteiligung irgendeiner Menschenkategorie gibt. Die Beseitigung von noch bestehenden Vorrechten, die Angehörige einer Gruppe von Bürgern vor anderen voraushaben, stößt heute in den meisten Fällen, wie die Erfahrungen mit der Behandlung der Neger in den Vereinigten Staaten lehren, weniger auf den Widerstand des Gesetzgebers als auf tiefstehende Vorurteile jener, welche die zahlenmäßige Macht haben, ihnen zu frönen. Sie zu überwinden, ist vor allem eine Frage der demokratischen Erziehung.

Anders als dort, wo der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis sich langsam, aber doch stetig verringert, liegen die Dinge in jenen Fällen, in denen der Gesetzgeber einen, noch dazu sehr lebhaften Eifer daransetzt, den heutigen Zustand, der in unleugbarem Widerspruch zu den in der Charta enthaltenen Verpflichtungen steht, zu festigen und zu verewigen. Das gilt vor allem für die Südafrikanische Union. Die Politik der „Apartheid“¹ oder Rassentrennung, auf die sich die Regierung Südafrikas festgelegt hat, hat zu wiederholten Zusammenstößen mit den UN geführt, deren Wurzel aber in die Zeit vor der Regierungsübernahme durch das nationalistische Regime *Malan-Strijdom* im Jahre 1948 zurückreicht. Im folgenden soll versucht werden, einen objektiven Ueberblick über die einzelnen Streitpunkte zu geben. Ursprünglich hat sich der Konflikt zwischen Rassenpolitik und Völkerrecht nur an der Behandlung der in Südafrika lebenden Inder sowie an der Rechtsstellung Südwestafrikas (der ehemaligen deutschen Kolonie) entzündet. Später haben die UN das Problem der Rassenpolitik in Südafrika in seiner ganzen Breite behandelt. Dazu kommen noch die vor internationalen Instanzen verhandelten Beschwerden über Zwangsarbeit und Verweigerung von Gewerkschaftsrechten an Arbeiter nicht-europäischer Abstammung in Südafrika.

Die Inder in Südafrika

Von den heute etwa 14 Millionen Einwohnern der Südafrikanischen Union dürften ungefähr 400 000 Inder sein, und zwar sowohl Hindus als auch Mohammedaner. Die Vorfahren dieser Inder, die meist in den Küstengegenden leben, sind als Leibeigene in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts nach Südafrika gebracht worden. Ihre Behandlung durch die Unionsregierung hat seit der Jahrhundertwende zu ständigen Auseinandersetzungen geführt, an denen sich auch Mahatma *Gandhi* aktiv beteiligte, der durch viele Jahre als Rechtsanwalt in Kapstadt tätig war. Obwohl die Inder Bürger Südafrikas sind, können sie weder ins Parlament wählen noch auch gewählt werden: Mitgliedschaft im Parlament (Abgeordnetenhaus und Senat) ist Europäern vorbehalten. Für die Pro-

vinzialräte der Kap-Provinz und Natal haben die Inder zwar ein aktives Wahlrecht, doch ist es an mehr Voraussetzungen gebunden als das der Weißen. In Transvaal und im Oranje-Freistaat ist auch davon keine Rede; in letzterem darf sich überhaupt kein Inder dauernd aufhalten. Die Inder dürfen sich nicht frei von einer Provinz in die andere begeben, sie dürfen nicht in den gleichen Abteilen der Züge reisen wie die Europäer, sie müssen gesonderte Schalter der Postämter benutzen und werden zu vielen Büchereien überhaupt nicht zugelassen. Das war die Lage, als die seinerzeitige Regierung Smuts 1946 daranging, im Wege des *Asiatic Land Tenure and Indian Representation Act, No. 46, 1946*, die Möglichkeiten des Landerwerbs durch Inder weiter einzuschränken. Damals griff Indien zu dem Mittel einer Beschwerde an die UN², die sich vor allem auf die Behauptung stützte, daß die neuen diskriminatorischen Maßnahmen eine Verletzung eines zwischen Südafrika und Indien 1927 abgeschlossenen und 1932 erneuerten Abkommens darstellen. Die Regierung Südafrikas stellte in Abrede, daß es sich hier um einen rechtsverbindlichen Vertrag handle, und wollte in dem Abkommen nicht mehr als eine Prinzipienerklärung sehen. Die Behandlung der Inder in Südafrika sei ein inneres Problem der Südafrikanischen Union, das sich gemäß Artikel 2, Absatz 7, der Charta³ jeder Einflußnahme der UN entziehe. In der Sache selbst lehnte die Regierung Smuts jede Aenderung ihrer Haltung mit den Worten ab⁴: „Die Regierung ist entschlossen, ihre christliche zivilisatorische Mission in Südafrika weiterzuführen, und wird es nicht zulassen, daß das Werk von Jahrhunderten zerstört wird.“

Die Rechtsnatur des Abkommens von 1927 wurde zwar nie geprüft, aber die Vollversammlung der UN des Jahres 1946 erklärte sich für die Behandlung der Angelegenheit als zuständig und sprach die Ansicht aus, „daß die Behandlung der Inder in der Union im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen, die in den zwischen den beiden Regierungen abgeschlossenen Übereinkommen niedergelegt sind, sowie mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta sein sollte“.⁵ Seither ist das Problem der Inder in Südafrika von der Tagesordnung der UN nicht verschwunden, ohne daß ein ins Gewicht fallender Fortschritt erzielt werden konnte⁶. Später hatte sich Pakistan der indischen Beschwerde angeschlossen, worauf die UN die drei unmittelbar beteiligten Regierungen zur Abhaltung einer Dreierkonferenz aufforderten, die eine Lösung im Geiste der Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte anstreben sollte. Der einzige positive Vorschlag, den die Vertreter Südafrikas in diesen Verhandlungen machten, zielte auf die Rücksendung der südafrikanischen Inder nach Indien oder Pakistan, wo sie nie gelebt hatten. Indien brach die Verhandlungen ab, als die südafrikanische Regierung durch das *Group Areas Act, No. 41*,

1950⁷, vollendete Tatsachen schaffen wollte. Dieses Gesetz, das in der zweiten Kammer nur mit einer Mehrheit von einer Stimme angenommen wurde, ermächtigt die Regierung zur Ghettoisierung der einzelnen Bevölkerungsgruppen der Union. Weißen, Neger, Mischlingen und Indern würden abgesonderte Wohngebiete zugewiesen werden, und nur innerhalb ihrer Bannmeile dürften sie ihrem Beruf nachgehen. Die Vollversammlung der UN reagierte darauf 1950 mit der Feststellung, daß eine Politik der Rassentrennung (Apartheid) „notwendigerweise auf einer Doktrin der rassischen Diskriminierung aufgebaut“ sei. Dem folgte ein neuerlicher Ruf an die Streitparteien zur Einleitung direkter Verhandlungen. Gleichzeitig wurde der Regierung Südafrikas empfohlen, bis zum Abschluß dieser Verhandlungen die Bestimmungen des *Group Areas Act* nicht in Kraft zu setzen — zweifellos ein ungewöhnlicher Schritt⁸.

Die folgenden drei Vollversammlungen (1951/52, 1952, 1953) wiederholten die Aufforderung an Südafrika, von der Durchführung des genannten Gesetzes vorläufig abzusehen, Aufforderungen, die sowohl der Form als auch dem Inhalt nach ignoriert wurden: das Gesetz ist schon am 30. März 1951 teilweise in Kraft gesetzt worden. Seiner vollen Durchführung stehen objektive Schwierigkeiten im Wege, nicht aber die Rücksichtnahme auf Beschlüsse der UN. Die Vollversammlung des Jahres 1953 bekräftigte die Ansicht von der Rechtsverbindlichkeit des zwischen Südafrika und Indien 1927 abgeschlossenen Abkommens und gab der Meinung Ausdruck, daß das 1953 in Kraft getretene Verbot der Einreise von Frauen und Kindern südafrikanischer Inder nach Südafrika im Widerspruch zur Charta und zur Erklärung der Menschenrechte stehe und daß „diese Aktionen der Regierung... nicht im Einklang mit ihren sich aus der Charta der UN ergebenden Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten sind“. Da der Versuch zur Anbahnung direkter Verhandlungen wieder gescheitert war, sah man zunächst die Einsetzung einer aus den Streitparteien und einem unabhängigen bestehenden Kommission, und da Südafrika diese nicht beschickte, die Einsetzung eines dreigliedrigen Vermittlungsausschusses (*Good Offices Commission*) vor, der nur aus Unbeteiligten (Kuba, Syrien und Jugoslawien) bestand. Dieser Ausschuss mußte sein Mandat zurückgeben, da Südafrika jede Zusammenarbeit verweigerte. 1954 wurde beschlossen, falls eine neuerliche Aufforderung an die Streitparteien, durch direkte Verhandlungen zu einer Einigung zu gelangen, fruchtlos bleiben sollte, eine unabhängige Persönlichkeit vom Generalsekretär als Schlichter bestellen zu lassen. Zu diesem Amt wurde der brasilianische Diplomat Luis de Faro berufen, der sich aber bald gezwungen sah, es angesichts der Weigerung der südafrikanischen Regierung, mit ihm zusammenzuarbeiten, niederzulegen⁹. Die Vollversammlung des Jahres 1955 konnte sich unter diesen

Umständen nur zu einem neuerlichen Appell an die Streitparteien aufzufordern, die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts weiterzuführen.

Die Rechtsstellung Südwestafrikas

Gleich den Auseinandersetzungen über die Behandlung, die Südafrika seinen Bürgern indischer Abstammung angedeihen läßt, beschäftigt der Streit um die Rechtsstellung Südwestafrikas die UN seit Anbeginn ihrer Existenz¹⁰. Der Streitgegenstand ist im Europa-Archiv schon ausführlich geschildert worden¹¹, so daß es in diesem Falle genügt, die alte Darstellung zeitlich zu ergänzen. Es wäre noch in Erinnerung zu rufen, daß der Internationale Gerichtshof in seinem Gutachten vom 11. Juli 1950¹² der von der Regierung *Malan* vertretenen Auffassung entgegengetreten war, daß das Verschwinden des Völkerbundes auch das Erlöschen des Völkerbundmandats über Südwestafrika gebracht habe, so daß Südafrika in bezug auf dieses Gebiet aller internationalen Verpflichtungen ledig sei. Der Gerichtshof hat festgestellt, daß Südafrika den Status dieses Gebietes nicht einseitig und ohne Zustimmung der UN abändern dürfe, denen gegenüber Südafrika zur Berichterstattung und Vorlage von Petitionen verpflichtet sei. Mit nur 8 gegen 6 Stimmen gab der Internationale Gerichtshof der Ansicht Ausdruck, daß die Charta Südafrika keine bindende Verpflichtung auferlegt, Südwestafrika in das das Mandatssystem ersetzende Treuhandschaftssystem einzugliedern. Sechs Richter hatten die bezügliche Bestimmung der Charta als zwingende Verpflichtung bezeichnet. Während die Vollversammlung der UN sich das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes zu eigen machte, lehnte die Regierung Südafrikas das Gutachten und dessen Schlußfolgerungen ab und erklärte sich nach langwierigen Verhandlungen nur bereit, den drei übriggebliebenen Signatarmächten des seinerzeitigen Mandatsvertrags — Großbritannien, Frankreich, Vereinigte Staaten — über die Verwaltung Südwestafrikas Bericht zu erstatten. Da das eine Umgehung der UN bedeutete und darum der Rechtsansicht des Internationalen Gerichtshofes zuwiderlief, konnte auf dieser Grundlage eine Einigung nicht erzielt werden. Im Mai 1955 informierte die Unionsregierung den siebengliedrigen Sonderausschuß der UN für Südwestafrika, daß sie auch dieses Angebot nicht mehr aufrechterhalte.

Der Sonderausschuß mußte sowohl seinen ersten als auch seinen zweiten Bericht an die Vollversammlung¹³ ohne jede Hilfe seitens Südafrikas und nur auf Grund gedruckter vorliegenden Materials erstatten. Sein Urteil hat der Ausschuß im zweiten Bericht in den folgenden Betrachtungen zusammengefaßt:

„Der Ausschuß wiederholt, daß nach fast vier Jahrzehnten Mandatsverwaltung die eingeborene Bevölkerung an der politischen Entwicklung des Gebietes immer noch keinen Anteil hat. Ihre Teilhaberschaft an der wirtschaftlichen Entwicklung beschränkt sich auf die Rolle von

Tagelöhnern. Die zu ihren Gunsten bestehenden sozialen und Erziehungs-Einrichtungen sind weit davon entfernt, zufriedenstellend zu sein. Rassische Diskriminierung ist in dem Gebiet vorherrschend. Nach Prüfung der Verhältnisse in dem Gebiet im zweiten Jahr (der Amtszeit des Ausschusses) hat der Ausschuß keine ins Gewicht fallende Verbesserung in der moralischen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Bevölkerung gefunden. Offenkundigerweise sind die Hauptbemühungen der Verwaltung nahezu ausschließlich auf das Wohl der europäischen Bewohner des Gebietes gerichtet, oft auf Kosten der eingeborenen Bevölkerung.“

Der Bericht enthält auch die folgenden bemerkenswerten Angaben über den Aufwand für das Schulwesen:

„Der Ausschuß hat schon früher seine ernsten Besorgnisse bezüglich der Disparität zwischen den Ausgaben für die Erziehung europäischer, Mischlings- und eingeborener Kinder während des Zeitraums 1946/47 bis 1952/53 geäußert. Diese Disparität wurde in den Jahren 1953/54 aufrechterhalten... Von der Gesamtsumme für Erziehungszwecke gingen etwa £ 607 400 oder 67 vH für die Erziehung europäischer Kinder und die Erhaltung von Internaten, £ 159 862 oder 17 vH für die Erziehung von Mischlings- oder eingeborenen Kindern¹⁴... Die Durchschnittskosten der Erziehung je Kind im Schuljahr 1951/52 waren: £ 32/8/11 für europäische Kinder, abgesehen von den Internatskosten, £ 18/16/6, für Mischlingskinder in der Polizeizone, £ 9/17/1 für eingeborene Kinder in der Polizeizone und £ 0/14/8 für eingeborene Kinder außerhalb der Polizeizone.“

Die durch das *South West Africa Native Affairs Administration Act, No. 56, 1954*, vorgenommene Übertragung der Aufsicht über die Angelegenheiten der Eingeborenen Südwestafrikas vom Verwalter des Gebietes auf den südafrikanischen Minister für Eingeborenenangelegenheiten wird von der südafrikanischen Regierung nicht als ein Schritt zur vollen Eingliederung des Gebietes in die Union (die faktisch längst erfolgt ist), sondern als eine Maßnahme rein administrativer Natur bezeichnet. Der Ausschuß behält sich hier sein Urteil vor, da die Aenderung erst am 1. April 1955 in Kraft getreten ist.

Aus der Annahme des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes über Südwestafrika durch die Vollversammlung der UN und dessen Ablehnung durch die südafrikanische Regierung haben sich neue völkerrechtliche Schwierigkeiten ergeben, derer die Vollversammlung durch die Einholung zweier weiterer Gutachten des Internationalen Gerichtshofes Herr zu werden versucht. Die UN haben die Aufsichtsfunktionen des Völkerbundes über Südwestafrika übernommen, das weiterhin als Mandatsgebiet betrachtet wird, und sie üben diese Aufsichtsfunktionen mit Hilfe des bereits erwähnten Sonderausschusses aus, soweit das trotz Verweigerung der Mitarbeit durch Südafrika möglich ist. Der Umfang der Aufsicht soll nach der Meinung des Gerichtshofes den des Mandatssystems nicht überschreiten. Die südafri-

kanische Regierung hat nun argumentiert, daß die Zweidrittelmehrheit, mit der die UN über Berichte des Sonderausschusses und Petitionen befinden, eine Verschärfung des Aufsichtssystems gegenüber dem Völkerbundregime darstellt; der Völkerbundrat hat in solchen Fragen mit Einstimmigkeit entschieden, was der mitstimmenden Mandatsmacht praktisch ein Vetorecht einräumte. Die Vollversammlung des Jahres 1954 hatte beschlossen¹⁵, darüber ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes zu verlangen, der sich einstimmig dahin aussprach¹⁶, daß der von den UN geübte Abstimmungsvorgang keine Verschärfung der Aufsichtsbefugnisse gegenüber dem Mandatssystem darstelle. Die Vollversammlung des Jahres 1955 entschied sich¹⁷ für die Einholung eines Rechtsgutachtens darüber, ob Personen, die Beschwerden über die Verhältnisse in Südwestafrika bei dem die Mandatskommission ersetzenden Sonderausschuß der UN eingebracht haben, von diesem Ausschuß ein persönliches Gehör gewährt werden könne. Mit 8 gegen 5 Stimmen hat der Internationale Gerichtshof die Frage bejaht¹⁸.

Der zuständige (vierte) Ausschuß der Vollversammlung hat wiederholt, auch im letzten Jahre — gegen den Protest der südafrikanischen Regierung —, den Reverend Michael Scott als Sprecher des südwestafrikanischen Hererostamms als Zeugen gehört. Die Mandatskommission des Völkerbunds hat zwar Petitionen entgegengenommen und verhandelt, deren Verfasser aber nie vorgeladen. Der Sonderausschuß der UN für Südwestafrika hat zwar bereits eine Reihe von Petitionen verhandelt, die aber in keinem einzigen Falle im Sinne des Mandatssystems auf dem Wege über die südafrikanische Regierung an ihn gelangt waren. Er wird von nun an die Beschwerdeführer, soweit sie außerhalb des Machtbereiches der Unionsregierung leben, auch persönlich vernehmen können. Die Vollversammlung des Jahres 1955 hat zum ersten Male Beschlüsse über fünf der eingelaufenen Petitionen gefaßt¹⁹. In drei Fällen mußte sie sich darauf beschränken, die Beschwerdeführer vom Standpunkt der UN in dieser Sache in Kenntnis zu setzen. Im Falle der Verweigerung der Ausreisewilligung an einen Studenten aus Südwestafrika, dem die Universität Oxford ein Stipendium verliehen hatte, forderte sie den Generalsekretär zu einer Intervention bei der Regierung Südafrikas auf. In einer anderen Resolution erklärte die Vollversammlung, daß die gegenwärtige Rechtslage der südwestafrikanischen Rehoboth-Gemeinschaft im Widerspruch zum Mandatsvertrag stehe und daß die südafrikanische Regierung die notwendigen Schritte treffen sollte, um hier Wandel zu schaffen. Unter den gegebenen Umständen hat das wohl kaum mehr als platonische Bedeutung. Im übrigen blieb den Vollversammlungen der Jahre 1954 und 1955 nichts anderes übrig, als den Berichten des Ausschusses

für Südwestafrika zuzustimmen²⁰ und an die südafrikanische Regierung neuerliche Aufforderungen ergehen zu lassen, Südwestafrika in ein Treuhandschaftsgebiet zu verwandeln, über dessen Verwaltung sie dann natürlich Rechenschaft ablegen müßte²¹.

Die Rassenpolitik vor dem Forum der Vereinten Nationen

Die immer energischere Durchführung der Apartheid-Politik durch die südafrikanische Regierung ungeachtet der in den Resolutionen der UN enthaltenen Mahnungen hat begreiflicherweise zu einer Prüfung der Möglichkeiten geführt, das Problem der Rassenpolitik in Südafrika in seinem ganzen Umfang und nicht nur in bezug auf die Inder vor dem zuständigen internationalen Forum zu behandeln. Das Ergebnis war der erste sich nicht auf irgendwelche anderen Abkommen stützende, sondern nur auf den Bestimmungen der Charta über die Menschenrechte basierte Vorschlag zur internationalen Behandlung eines Problems, dessen Auswirkungen von Anfang an über die einer landläufigen innerstaatlichen Gesetzgebung weit hinausgingen.

Die Initiative kam von zwölf asiatischen Staaten (Afghanistan, Burma, Indien, Indonesien, Irak, Jemen, Libanon, Pakistan, Persien, Philippinen, Saudi-Arabien und Syrien), die zusammen mit Ägypten im September 1952 verlangten, daß der sich aus der Apartheid-Politik in Südafrika ergebende Rassenkonflikt von der Vollversammlung der UN behandelt werde²². Die Rassenpolitik schaffe, so wurde ausgeführt, eine gefährliche und explosive Situation, die sowohl eine Bedrohung des internationalen Friedens als auch eine flagrante Verletzung der in der Charta verankerten Menschenrechte und Grundfreiheiten darstelle. Die lang andauernden Auseinandersetzungen in den verschiedenen UN-Organen über diesen Antrag drehten sich fast ausschließlich um die Frage der Zuständigkeit der internationalen Organisation, sich mit vorgeblich rein innerstaatlichen Problemen zu befassen. Die Regierung Südafrikas berief sich immer wieder auf die Bestimmung des Artikels 2, Absatz 7, der Charta und lehnte jedes Eingehen auf den Fragenkomplex sowie eine Teilnahme an dessen Beratung ab. Das steigerte sich bis zur zeitweisen Abberufung der gesamten südafrikanischen Delegation von der Vollversammlung des Jahres 1955 nach Annahme eines die Apartheid-Politik verurteilenden Antrags im zuständigen Ausschuß²³. Der gegenteilige Standpunkt, zu dem sich eine zahlenmäßig variierende Mehrheit in den Jahren 1952 bis 1955 bekannte, ist am prägnantesten im ersten Bericht des von der Vollversammlung 1952 zur Verhandlung der Frage gebildeten Dreiausschusses ausgedrückt:

„Die Charta ermöglicht es der Vollversammlung, mit Hilfe der Ausschüsse, die sie einrichtet und bevollmächtigt, Studien jeder Art zu beginnen und Empfehlungen jeder Art an Mitgliedstaaten auszugeben, die sie in Ver-

bindung mit der Anwendung und Durchführung von Grundsätzen für notwendig hält, auf die sich die Mitglieder verpflichteten, indem sie die Charta unterschrieben. Dieses universelle Recht, Studien zu unternehmen und Empfehlungen zu erteilen, ist in bezug auf die allgemeinen Probleme der Menschenrechte und besonders auf jene, die den Schutz gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse, des Geschlechts, der Sprache und der Religion zum Ziele haben, unbestreitbar. Die Ausübung dieser der Vollversammlung und ihren Hilfsorganen von der Charta eingeräumten Funktionen und Rechte stellt keine vom Artikel 2, Absatz 7, der Charta untersagte Intervention dar.“

1952 nahm die Vollversammlung in dieser Sache zwei Resolutionen an²⁴, die, da sie zum erstenmal einen Fragenkomplex als eine Angelegenheit der Menschenrechte *pure et simple* behandeln, weitgehend präjudizielle Bedeutung haben, auch wenn die damals eingeleitete Aktion inzwischen versandet ist. Die erste Resolution schuf den schon erwähnten Dreierausschuß²⁵, der die Frage im Lichte der Charta und der bisherigen Beschlüsse der Organisation über rassische Verfolgung und Diskriminierung studieren und der nächsten Vollversammlung berichten sollte. Die südafrikanische Regierung wurde eingeladen, „dem Ausschuß ihre volle Mitarbeit angedeihen zu lassen“. Die zweite Resolution²⁶ betonte, daß „in einer aus vielen Rassen bestehenden Gemeinschaft Harmonie, Achtung für Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die friedliche Entwicklung einer einheitlichen Gemeinschaft am besten gesichert werden, wenn Gesetzgebung und Praxis auf die Sicherung der Gleichheit Aller ohne Unterschied von Rasse, Glauben oder Farbe gerichtet sind und wenn die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Teilhaberschaft aller rassischen Gruppen auf der Grundlage der Gleichberechtigung steht“. Ein nicht diesen Zielen zustrebendes Vorgehen eines Mitgliedstaates, „das im Gegenteil darauf gerichtet ist, die Diskriminierung zu einer dauernden Einrichtung zu machen oder zu verschärfen, ist mit den Verpflichtungen eines Mitglieds gemäß Artikel 56 der Charta unvereinbar“.

Wie erwartet werden konnte, lehnte die südafrikanische Regierung jede Zusammenarbeit ab und verweigerte sogar den Ausschußmitgliedern, die sich vom Stand der Dinge mit eigenen Augen überzeugen wollten, die Möglichkeit zur Einreise nach Südafrika. Die Kommission, die in Genf tagte, mußte sich darum mit dem Studium gedruckter vorliegender Materials und mit der Einvernahme von Zeugen begnügen. Nach Vorlage ihres ersten Berichtes wurde ihr Mandat 1953 zum ersten Male²⁷, nach Vorlage des zweiten Berichtes 1954 nochmals verlängert²⁸. Nach Vorlage ihres dritten Berichtes (1955) ergab sich eine groteske Situation: eine die Rassenpolitik Südafrikas verurteilende Resolution²⁹ fand zwar die Zweidrittelmehrheit der Vollversammlung, die zur Gültigkeit

eines wichtigen Beschlusses notwendig ist; bei der abatzweisen Abstimmung erhielt aber der Absatz über die Fortsetzung der Arbeit des Dreierausschusses keine Zweidrittelmehrheit (33 Stimmen gegen 17, bei 9 Enthaltungen). Damit gilt die Resolution als Ganzes angenommen, nicht aber die in ihr ursprünglich enthaltene Klausel, die den Weiterbestand der Kommission zum Studium der südafrikanischen Rassenpolitik vorsah. Das bedeutet, daß mindestens bis zu einem neuen Beschluß der Vollversammlung des Jahres 1956 die Arbeiten der Organisation auf diesem Gebiet zum Stillstand gekommen sind und der Dreierausschuß aufgelöst wurde. Allerdings wird eine neue Initiative in dieser Sache kaum lange auf sich warten lassen.

Jedenfalls enthalten die drei umfangreichen Berichte, die der Dreierausschuß ausgearbeitet hat³⁰, reichhaltiges Material von bleibendem Wert: daß in einer verhältnismäßig so kurzen Zeit ungezählte Bände von Gesetzessammlungen, parlamentarischen Protokollen, Büchern aller Art, Zeitungen usw. nicht nur durchstudiert, sondern auch verarbeitet und mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta und Beschlüssen der UN konfrontiert werden konnten, ist ein höchst eindrucksvolles Denkmal einer auf Förderung von Frieden, Fortschritt und Humanität hinzielenden menschlichen Schaffensfreude. Neben einer eingehenden Darstellung der völkerrechtlichen Problematik eines Eingreifens der UN bieten die Berichte erschöpfende Angaben über alle Aspekte des Lebens in Südafrika und eine Uebersicht über die Auffassungen, welche die einzelnen Parteien und Organisationen des Landes vertreten. Das wichtigste ist aber die Analyse sowohl der seit Inkrafttreten der Charta erfolgten Gesetzgebung als auch der tatsächlichen Verhältnisse in bezug auf politische und persönliche Rechte der einzelnen Bevölkerungsschichten, Diskriminierung in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung, Bestrafung dessen, was die Phrasologie des Dritten Reiches „Rassenschande“ nannte, usw. In jedem einzelnen Fall werden die einschlägigen Bestimmungen der Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte den Verhältnissen in Südafrika gegenübergestellt. Aus der Fülle der vom Ausschuß zutage geförderten Informationen seien nur die folgenden Gegenüberstellungen hier wiedergegeben:

Staatliche Ausgaben für Erziehung in den Jahren 1951/52
Insgesamt:

für europäische Kinder	£ 22 Millionen
für Kinder von Mischlingen und Indern	£ 5 Millionen
für Negerkinder	£ 5,9 Millionen

Staatsausgaben:

für ein europäisches Kind	£ 44
für ein indisches oder Mischlingskind	£ 18/8
für ein Negerkind	£ 7/6

Industriearbeiterlöhne (Männer)

Zahl der Arbeiter		Durchschnittslohn in £
Europäer	150 360	557
Eingeborene (Neger)	320 102	111
Inder	19 907	195
Mischlinge	50 569	207

Bergarbeiterlöhne

Europäer	53 766	851
Andere	441 864	55

In ihren Schlußfolgerungen betont die Kommission, daß die Fortführung der Politik der „Apartheid“ eine ernste Bedrohung sowohl des inneren Friedens in Südafrika als auch der internationalen Beziehungen darstelle. Das mindeste, was man von ihr sagen könne, sei, daß sie „die allgemeine Wohlfahrt oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern zu beeinträchtigen geeignet ist“, eine Situation, die nach den Worten des Artikels 14 der Charta die Vollversammlung zur Erstattung von Empfehlungen berechtigt. In Südafrika handle es sich um eine historisch und soziologisch einmalige Entwicklung, nämlich um die einer Kolonie ohne Mutterland, so daß den weißen Siedlern der Rückhalt fehle, der sonst in einer Kolonie vom Mutterland geboten werde. Das erkläre manche der Reaktionen der südafrikanischen Regierungsfunktionäre. Der Bericht fährt dann fort:

„Die Kommission ist der Ansicht, daß diese Isolierung . . . die Union beeinflussen sollte, nach der Solidarität Ausschau zu halten, die die Vereinten Nationen unter ihren Mitgliedern zu entwickeln bemüht sind. Was hier gemeint ist, ist natürlich nicht rassische, sondern jene menschliche Solidarität, die die Bindungen durchschneidet, welche Geschichte, Geographie, Tradition und biologische Erscheinung zwischen Menschen aufgerichtet haben. Wir meinen eine Solidarität, die auf einem gemeinsamen Streben nach Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt im Einklang mit gemeinsamen und allgemein anerkannten Grundsätzen aufgebaut ist, eine Solidarität, die täglich inniger, dringlicher und wirkungsvoller werden sollte.“

Aus dieser Solidarität könnte die beste Garantie für die Zukunft der weißen Minderheit Südafrikas erwachsen.

Die Kommission hat es vermieden, in die verwickelte Problematik einzugehen, die sich um die jahrelangen Bemühungen der südafrikanischen Regierung rankt, die Mischlinge der Kap-Provinz aus der gemeinsamen Wählerliste zu entfernen³¹. Sie war der Meinung, daß es sich hier um einen Schritt handle, der in seiner verfassungsrechtlichen Tragweite über das Gebiet der Rassenpolitik hinausreicht. Hingegen hat sie den Hinweis nicht unterlassen, daß die Verwirklichung eines radikalen und auf die dauernde Niederhaltung der Bevölkerungsmehrheit hinarbeitenden Programms der Rassentrennung von einer Regierung betrieben wird, die selbst nur eine Minderheit derjenigen Bevölkerungsminderheit³² vertritt,

die sich der vollen Bürgerrechte erfreut. Bei den Wahlen im April 1953 hat die Regierung *Malan-Strijdom* ihre parlamentarische Mehrheit mit 630 000 Stimmen (etwa 45 vH der Wahlberechtigten) erhalten, während auf die Oppositionsparteien insgesamt 760 000 Stimmen (fast 55 vH) entfielen. Nun sind die Oppositionsparteien, hauptsächlich die früher von *Smuts* und jetzt von *Strauss* geführte „United Party“, sicherlich keine grundsätzlichen Gegner einer Rassenpolitik und verfechten keineswegs einen Standpunkt, der sich den Idealvorstellungen der UN über den Ausschluß jeder rassischen Diskriminierung auch nur nähert. Nichtsdestoweniger hat sich in den letzten Jahren in Südafrika außerhalb des Rahmens der Oppositionsparteien eine kräftige Abwehrbewegung gegen die als selbstmörderisch empfundene Apartheid-Politik geltend gemacht, eine Abwehrbewegung, die sich bei Wahlen naturgemäß in einer Abstimmung für oppositionelle Parteien auswirkt. Diese Tatsachen besagen deutlich, daß die Argumentation der nationalistischen Regierung, die extremistische Rassenpolitik sei zur Erhaltung der „westlichen christlichen Zivilisation“ notwendig, nicht den Anschauungen der Mehrheit jener entspricht, zu deren Gunsten sie durchgeführt wird.

Zwangsarbeit in Südafrika?

Der auf Grund der Beschwerden wegen Zwangsarbeit vorzüglich in den kommunistisch regierten Ländern eingesetzte gemeinsame Sonderausschuß der UN und der Internationalen Arbeitsorganisation hatte sich auch mit einer Reihe von Behauptungen über Zwangsarbeit in Südafrika (und Südwestafrika) zu beschäftigen, die in dem 1953 veröffentlichten Schlußbericht des Ausschusses ausführlich gewürdigt werden³³. Die Beschuldigungen hängen eng mit der südafrikanischen Rassengesetzgebung, so beispielsweise mit der Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bantu-Neger, durch die Verpflichtung, Pässe zu besitzen, zusammen. Die Schlußfolgerungen des Sonderausschusses für Südafrika und Südwestafrika lauten:

„Der Ausschuß ist überzeugt, daß . . . ein nur auf die eingeborene Bevölkerung anwendbares und auf die Erhaltung einer unübersteigbaren Schranke zwischen diesen Menschen und den Einwohnern europäischer Abstammung gerichtetes Gesetzsystem besteht. Die indirekten Auswirkungen dieser Gesetzgebung beruhen auf der Lenkung der großen Masse der eingeborenen Bevölkerung zu landwirtschaftlicher und Tagelöhner-Arbeit und dadurch auf der Schaffung einer dauernden und zahlenmäßig starken Reserve an billigen Arbeitskräften . . . Die letzten Konsequenzen dieses Systems sind die Verpflichtung der eingeborenen Bevölkerung, durch ihre Arbeit zu der Durchführung der Wirtschaftspolitik des Landes beizutragen, aber die zwangsmäßige und unfreiwillige Natur ihres Beitrags ist mehr das Ergebnis ihres besonderen Status und der durch die nur auf die eingeborene Bevölkerung anwendbare Gesetzgebung geschaffenen Lage als das Ergebnis direkter, sie zur Arbeit zwingender

Maßnahmen, obwohl solche Maßnahmen, welche die un-
ausweichliche Folge dieses Status sind, auch festgestellt
werden konnten. Nach der Ansicht des Ausschusses scheint
ein vom Standpunkt der Volkswirtschaft bedeutsames
System der Zwangsarbeit in diesem indirekten Sinne zu
bestehen.“

Die südafrikanische Regierung ist diesen Schluß-
folgerungen energisch entgegengetreten³⁴ und hat
darauf verwiesen, daß es unmöglich sei, einen unge-
ordneten Zustrom Eingeborener in die Städte zuzu-
lassen. Das führte zu einer Replik der englischen Anti-
Slavery Society, die im Bericht des Generalsekretärs
der UN und des Generaldirektors des Internationalen
Arbeitsamtes über die Zwangsarbeit vom 15. Dezem-
ber 1955 enthalten ist³⁵ und die südafrikanische Re-
gierung der Verletzung des Abkommens gegen die
Sklaverei aus dem Jahre 1926 beschuldigt, eine Be-
schuldigung, die diese Regierung zurückgewiesen hat³⁶.

Verletzung der Gewerkschaftsfreiheit

Die vom Weltgewerkschaftsbund gegen die Re-
gierung Südafrikas bei der Internationalen Arbeits-
organisation erhobenen Beschwerden über Verlet-
zung der Gewerkschaftsfreiheit unter dem Deck-
mantel der Bekämpfung des Kommunismus³⁷ stehen
mit der Rassengesetzgebung nur in ganz losem Zu-
sammenhang und brauchen daher hier nicht be-
handelt zu werden. Hingegen hat der Internationale
Bund Freier Gewerkschaften in einer 1954 der
Internationalen Arbeitsorganisation vorgelegten Be-
schwerde auf die Schlechterstellung der eingeborenen
(farbigen) Arbeiter auf dem Gebiet des Arbeits-
rechtes aufmerksam gemacht. In der Beschwerde
wurde ausgeführt, daß die eingeborenen Arbeiter im
Widerspruch zu der Satzung der ILO und der „De-
klaration von Philadelphia“ (1944)³⁸ von den Be-
stimmungen des *Industrial Conciliation Act, No 36,*
*1937*³⁹ ausgenommen sind und daß für sie eine
diskriminierende Sondergesetzgebung⁴⁰ eingeführt
wurde, die in vollem Umfang den Bestimmungen
der von der Internationalen Arbeitskonferenz 1948
angenommenen Konvention Nr. 87 über die Verei-
nigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungs-
rechtes sowie der Konvention Nr. 97 (1949) über das
Recht der Organisierung und der Führung kollektiver
Verhandlungen widerspreche. In ihrer Verteidigungs-
schrift vom 17. Dezember 1954 führte die Regierung
Südafrikas aus:

„Die Gesetzgebung der Union verbietet nicht die Bil-
dung von Gewerkschaften durch eingeborene Arbeiter,

und eingeborenen Arbeitern ist es auch nicht verboten,
mit ihren Arbeitgebern Abmachungen zu treffen. Die Er-
fahrung hat aber gezeigt, daß die Gewerkschaften der
eingeborenen Arbeiter nicht zufriedenstellend arbeiten. Es
mußten daher andere Mittel gefunden werden, um den
eingeborenen Arbeitern anständige Löhne und Arbeits-
bedingungen zu sichern...“

Die Beschwerde darüber, daß das Streikrecht den
eingeborenen Arbeitern im vollsten Umfang ver-
weigert wird, konnte die südafrikanische Regierung
nur mit dem Hinweis beantworten, daß die europä-
ischen Arbeiter es auch nicht in vollem Maße ge-
nießen. Im Februar 1955 gelangte der Ausschuß für
Vereinigungsfreiheit der ILO zu Schlußfolgerungen,
die eine eindeutige Verurteilung der arbeitsrecht-
lichen Verhältnisse in Südafrika beinhalten. Sie seien
unvereinbar mit dem Grundsatz, „daß Arbeiter ohne
jeglichen Unterschied das Recht haben sollen, Ge-
werkschaften zu errichten und Gewerkschaften ihrer
Wahl einzig und allein nach Maßgabe der Satzung
dieser Gewerkschaft ohne vorherige (behördliche) Be-
willigung beizutreten, und daß alle Arbeiterorgani-
sationen das Recht zur Führung von kollektiven
Verhandlungen haben sollen“. Es wird dann darauf
verwiesen, daß die eingeborenen Arbeiter überhaupt
kein Recht haben, einen Streik zu führen. Der Ver-
waltungsrat der ILO hat sich im März 1955 (128.
Tagung) diese Schlußfolgerungen zu eigen gemacht
und der Hoffnung Ausdruck gegeben, die südafrika-
nische Regierung werde ihre Politik überprüfen,
„damit die afrikanischen Arbeiter so bald wie mög-
lich das Recht erhalten, sich zu organisieren, sowie
das Recht, in voller Freiheit kollektive Verhandlungen
zu führen“. ⁴¹ Die südafrikanische Regierung hat
diese Mahnung nicht nur unbeantwortet gelassen,
sondern den bestehenden Zustand 1956 durch Her-
ausgabe eines neuen Gesetzes über Schlichtung in der
Industrie noch verschärft⁴². Dieses Gesetz will jede
Zusammenarbeit der Rassen in der Gewerkschafts-
bewegung unterbinden und bevollmächtigt den Ar-
beitsminister, gewisse Beschäftigungen ausschließlich
Arbeitern einer oder gewisser Rassen vorzubehalten.
Das Gesetz fördert weiter die Aufspaltung bestehen-
der gemischt-rassischer Gewerkschaften und verbietet
die Neubildung von Gewerkschaften, in denen An-
gehörige verschiedener Rassen vereinigt sind. Auf
Grund einer neuerlichen Beschwerde des IBFG⁴³
wird sich der Verwaltungsrat der ILO mit der durch
das neue südafrikanische Schlichtungsgesetz geschaf-
fenen Lage zu beschäftigen haben.

Anmerkungen

¹) Ein Kommentator definiert Apartheid folgendermaßen:
„Abgesonderte Schulen, abgesonderte Beförderung, abgeson-
derte Restaurants, abgesonderte Wohndistrikte auch innerhalb
der gleichen Städte, abgesonderte Wohngebiete, abgesonderte
Sphäre der Arbeit, abgesonderte Gerichte und abgesonderte
politische Vertretung“ (Henry John May, „The South Africa
Constitution“, Kapstadt 1949).

²) Von den UN veröffentlicht unter der Zahl A/68 (enthält
auch den Wortlaut der Abmachungen von 1927 und 1932).

³) „Keine Bestimmung dieser Charta ermächtigt die Verei-
nigten Nationen zu einem Eingreifen in Angelegenheiten, die
im Grunde (englisch: essentially) zu den Befugnissen eines
einzelnen Staates (englisch: domestic jurisdiction, französisch:
compétence nationale) gehören... Dieser Grundsatz steht

aber der Anwendung von Zwangsmaßnahmen im Sinne von Kapitel VII nicht im Wege.“

4) A/167.

5) Resolution der Vollversammlung 44 (I). Weitere von den Tagungen der Jahre 1948/49 bis 1955 in dieser Sache beschlossene Resolutionen: 245 (III), 395 (V), 511 (VI), 615 (VII), 719 (VIII), 816 (IX) und 919 (X). Die einschlägigen Diskussionen sind zusammengefaßt in: „Yearbook of the United Nations“ (im folgenden: „Yearbook“), 1946/47, S. 144—147; 1947/48, S. 52—59; 1948/49, S. 304—310; 1950, S. 397—407; 1951, S. 349—354; 1952, S. 291—297; 1953, S. 180—186; und 1954, S. 86—88. Für 1955 im Ausschlußbericht A/3026.

6) Die ausführliche Darstellung von Heinrich Stuebel „Das Indeproblem in Südafrika“, *Zeitschrift für Politik*, Oktober 1955, S. 248—258, stützt sich leider einseitig auf südafrikanische Quellen und unterläßt sogar die bloße Feststellung, daß die Haltung Südafrikas von der Vollversammlung der UN verurteilt wurde.

7) Inzwischen abgeändert und ergänzt durch den *Group Areas Amendment Act, No. 6, 1955*, den *Group Areas Further Amendment Act, No. 68, 1955*, und den *Group Areas Development Act, No. 69, 1955*.

8) Interessanterweise übte der Sowjetblock hier Stimmenthaltung, offenbar in der Befürchtung, durch ein anderes Verhalten ein Präjudiz zugunsten der Überprüfung von in seinem Bereich erlassenen Gesetzen zu erleichtern. Nichtsdestoweniger verlangt der Sowjetblock seinerseits gelegentlich selbst die internationale Überprüfung einer innerstaatlichen Gesetzgebung. Der siebenten Tagung der Vollversammlung lag ein — von ihr nicht angenommener — tschechoslowakischer Antrag vor, der Regierung der Vereinigten Staaten den Widerruf jener Bestimmungen des *Mutual Security Act 1951* zu empfehlen, in denen nach der Meinung der Antragsteller „Gelder für Wühlarbeit und Spionage im Ausland bereitgestellt werden“. (Vgl. dazu den Bericht des Ersten Ausschusses der Vollversammlung, A/2377).

9) Bericht des Generalsekretärs, A/3001.

10) Beschlüsse der Vollversammlungen von 1946 bis 1953: 65 (I), 141 (II), 227 (III), 338 (IV), 449 A und B (V), 570 A und B (VI), 651 (VII) und 749 A und B (VIII). Zusammenfassung der Diskussionen in „Yearbook“, 1946/47, S. 205—208; 1947/48, S. 142—147; 1948/49, S. 863—875; 1950, S. 806—822; 1951, S. 630—645; 1952, S. 583—586, und 1953, S. 540—547.

11) Heinrich Stuebel, „Zum völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Stand Südwesafrikas“, *Europa-Archiv* 10/1955, S. 7541—7552. Siehe auch den Aufsatz des gleichen Verfassers „Die Entwicklung des Nationalsozialismus in Südwesafrika“, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, April 1953, S. 170—176.

12) C. I. J. Recueil 1950, S. 128.

13) A/2666 und A/2913. Der Ausschuß setzt sich aus Vertretern folgender Staaten zusammen: Brasilien, Mexiko, Pakistan, Syrien, Thailand, Uruguay und Vereinigte Staaten.

14) Nach Schätzungen der südafrikanischen Regierung war Südwesafrika Mitte 1954 von 393 700 Personen nicht-europäischen Ursprungs und 53 600 Personen europäischen Ursprungs bewohnt.

15) Resolution 852 (IX).

16) Gutachten vom 7. Juni 1955, C. I. J. Recueil 1955, S. 67.

17) Resolution 942 (X).

18) Gutachten vom 1. Juni 1956, *The Times*, 2. Juni 1956.

19) Resolutionen 935—939 (X).

20) Resolutionen 851 (IX) und 941 (X).

21) Resolutionen 852 (IX) und 940 (X). Zusammenfassung der Diskussionen des Jahres 1954 in „Yearbook“, 1954, S. 324—337; der des Jahres 1955 im Ausschlußbericht A/3043 und in *United Nations Review*, Januar 1956, S. 58/59.

22) A/2183. Einzelheiten in dem Aufsatz von J. W. Brügel, „The Right to Petition an International Authority“, *The International and Comparative Law Quarterly*, London, Oktober 1953, S. 550 ff.

23) Zusammenfassung der Diskussionen der siebenten, achten und neunten Tagung der Vollversammlung in „Yearbook“, 1952, S. 297—306; 1953, 187—198; und 1954, S. 89—93. Die Diskussionen der zehnten Vollversammlung sind im Ausschlußbericht A/3026 sowie in *United Nations Review*, Januar 1956, S. 51—57, wiedergegeben.

24) Resolutionen 616 A und B (VII).

25) Er bestand aus Hernán Santa Cruz (Chile, Vorsitzender), Dantès Bellegarde (Haiti) und Henri Laugier (Frankreich, früher Generalsekretär-Stellvertreter der UN).

26) Der Sowjetblock stimmte für die erste und gegen die zweite Resolution.

27) Resolution 721 (VIII).

28) Resolution 820 (IX).

29) Resolution 917 (X). Bericht über die Sitzung der Vollversammlung vom 6. Dezember 1955, A/PV 551.

30) A/2505, A/2719 und A/2953.

31) Die Gerichte haben diese Maßnahme wiederholt als verfassungswidrig aufgehoben, weil sie nur im Wege eines von beiden Kammern in gemeinsamer Sitzung mit Zweidrittelmehrheit angenommenen Verfassungsgesetzes erfolgen könnte. Um diese Zweidrittelmehrheit zu schaffen, hat die Regierung die zweite Kammer — den Senat — um eine Reihe von von ihr zu ernennenden Mitgliedern verstärkt (*Senate Act, No. 53, 1955*). Zwar hat eine gemeinsame Sitzung des so reformierten Parlaments am 27. Februar 1956 die Gesetzesvorlage über das Wahlrecht der Mischlinge der Kap-Provinz angenommen, doch wird noch der Oberste Gerichtshof über die Verfassungsmäßigkeit der Reform des Senats zu entscheiden haben.

32) Von den 14 Millionen Einwohnern der Südafrikanischen Union sind 20,9 vH Europäer, 66,9 vH Eingeborene, 9,2 vH Mischlinge, der Rest Inder, Chinesen usw.

33) „Report of the Ad Hoc Committee on Forced Labour“, E/2431, Genf 1953, S. 71—82 und 373—425.

34) E/2431/Add. 5.

35) E/2815.

36) E/2815/Add. 6.

37) „Eighth Report of the International Labour Organisation to the United Nations“, Genf 1954, S. 244—252. Ferner: ILO, *Official Bulletin*, Vol. XXXVIII, 1955, Nr. 1, S. 15—17, S. 59—61.

38) Deutscher Wortlaut in: Boris Meissner, „Die Internationale Arbeitsorganisation“, Frankfurt 1951.

39) ILO, *Legislative Series*, 1937 (S. A. 3).

40) *Native Labour (Settlement of Disputes) Act, No. 48, 1953*.

41) ILO, *Official Bulletin*, Vol. XXXVIII, 1955, Nr. 1, S. 15—41.

42) „Das neue südafrikanische Gewerkschaftsgesetz“, *Neue Zürcher Zeitung*, 7. Juni 1956.

43) *Mitteilungsblatt des IBFG*, 15. Juni 1956.

Der Svalbard-Archipel und die wachsende Bedeutung der Arktis

Von Dr. Trygve M. S. Mathisen, Oslo

Die internationale Bedeutung der Arktis

Heute ist es üblich geworden, von globaler Politik zu sprechen, oft ohne gründlich darüber nachzudenken, was darunter im einzelnen zu verstehen ist. Es ist immer schwierig, die Entwicklungszüge unserer eigenen Zeit zu erkennen, doch heben einige Hauptzüge sich klar heraus. Im Laufe des 19. Jahrhunderts dehnten die europäischen Großmächte ihren Einfluß bis in die fernsten Gebiete Afrikas und Asiens aus; den Spuren des europäischen Kaufmanns und Soldaten folgte eine große Ausdehnung des Handels und damit der Ausbau von Transportmitteln. So nahm die technische und wirtschaftliche Integration der Welt einen immer größeren Umfang an, so daß man von einer Vereinigung der Welt auf Grund technischer Mittel sprechen konnte. Nur die Polargebiete blieben lange außerhalb des Wirbelsturms der europäischen Politik. Allmählich wurden jedoch auch diese erforscht. Während des Zweiten Weltkrieges erlangten die Polargebiete eine strategisch-politische Bedeutung. Ein Blick auf den Atlas genügt, um zu verstehen, warum die Arktis das weitaus wichtigste der Polargebiete ist, liegt doch der größte Teil der Landmassen der Erdkugel in der nördlichen gemäßigten Zone, sozusagen in gebührender Entfernung um den Nordpol. Schon daraus folgt, daß die nördliche Polarkalotte die wichtigste ist, mag auch die Antarktis neuerdings wachsende Bedeutung erhalten.

Geschichtsschreiber benutzen bisweilen den Ausdruck „diplomatische Revolution“, wenn sie eine große Veränderung in der Stärke und Gruppierung der Mächte bezeichnen wollen. Die Veränderungen, die während der letzten zwanzig Jahre stattgefunden haben, sind eine wirkliche diplomatische Revolution, die im höchsten Maße auch die Arktis berührt. Noch vor nur wenigen Jahrzehnten war die Arktis ein zum größten Teile unerforschtes Land, das zu bereisen eine Tat bedeutete. Vor zehn Jahren aber erklärte ein Sachkundiger, strategisch gesehen sei der Nordpol eine der wichtigsten Stellen der Erde geworden. Eine solche Umwertung der gewohnten politisch-geographischen Vorstellungen erfordert natürlich eine gewisse Anstrengung. Wir stehen hier vor einem sehr interessanten Beispiel für die Regel, daß die Bedeutung geographischer Faktoren so durch die technische Entwicklung beeinflußt wird, daß eine Veränderung der politischen Verhältnisse die Folge ist. Bemerkenswert ist, daß sich die Bedeutungsverschiebung in diesem Fall

vielleicht mehr auf den Luftraum als auf die Land- oder Seegebiete bezieht. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sind zu Riesenstaaten geworden, während die Bedeutung Europas relativ und absolut zurückgegangen ist. Der kürzeste Weg von dem einen zum anderen der sogenannten Superstaaten ist der Luftbogen über die Arktis — daraus folgt die große strategische Bedeutung dieses Gebietes. Sehr bedeutungsvoll in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht ist natürlich auch die Entwicklung des Seeweges nördlich von Sibirien, der durch ein Kanalsystem mit der Ostsee und den Binnengewässern Rußlands verknüpft ist. Die beiden Riesenstaaten versuchen, ihre Basen so weit wie möglich vorzuschieben, und Radarlinien werden über ungeheure Strecken gebaut, um feindliche Flugzeuge und Raketen so früh wie möglich feststellen zu können.

Auch wirtschaftlich hat die Arktis während der letzten zwei Jahrzehnte eine erhöhte Bedeutung erhalten. Der Mensch hat in steigendem Maße gelernt, die Naturkräfte zu bezwingen, und kann weitgehend auch die klimatischen Schwierigkeiten überwinden. Damit ist die Möglichkeit gegeben, die Rohstoffquellen dieses großen Gebietes besser auszunutzen. Es ist bemerkenswert, daß große Mengen strategisch wichtiger Stoffe hier vorkommen, wie beispielsweise Eisen- und Uran im hohen Norden der westlichen Halbkugel, Oel und Kohle in den arktischen Gebieten der Sowjetunion. Damit erhält die Entwicklung der Transportmittel eine neue Bedeutung, denn diese spielen in jenen weiten und menschenarmen Gebieten eine besonders große Rolle. Die Ausnutzung der Rohstoffe der Arktis ist zu einer Notwendigkeit geworden im Hinblick auf die Tatsachen, daß die Bevölkerung der Welt wächst, daß der Verbrauch pro Individuum steigt und demgemäß die Nachfrage dringender wird, während viele günstiger gelegene Rohstoffquellen erschöpft sind.

Zwischen den beiden Riesenstaaten besitzen zwei kleine Mächte, nämlich Dänemark und Norwegen, und ein Staat mittlerer Bedeutung, Kanada, Territorien, deren Probleme durch die neue Entwicklung natürlich stark beeinflußt werden. Die Verteidigung von Alaska erfordert gemeinsame Maßnahmen seitens der Vereinigten Staaten und Kanadas, deren enge Zusammenarbeit während des Zweiten Weltkrieges eingeleitet und später fortgesetzt und erweitert wurde. Die Befestigung Grönlands wurde schon 1941 von den

Amerikanern begonnen. Die Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit Dänemark zum Zwecke der Verteidigung dieser großen arktischen Insel ist jetzt im Rahmen der NATO organisiert.

Seit langer Zeit haben norwegische und russische Fischer und Fänger im Eismeer einen Wettbewerb betrieben, ohne daß es zu nennenswerten diplomatischen Zwischenfällen gekommen ist; die Beziehungen sind im allgemeinen freundlich gewesen. Während der letzten Jahrzehnte sind die Norweger jedoch etwas mehr nach Westen geschoben worden. Sie dürfen den Robbenfang nicht mehr im Weißen Meer ausüben, und auch der Fang im Osteis, d. h. am Eisrand von Kanin Nos nordwärts an der Insel Kolgudew vorbei bis Nowaja Semlja, ist etwas schwieriger geworden, denn die Russen überwachern ihre Zwölfmeilen-Territorialgrenze strenger als früher. Neuerdings haben russische Robbenfänger den Wettbewerb mit den Norwegern sogar in den Gewässern zwischen Jan Mayen und Grönland aufgenommen. Die große Vermehrung der russischen Fischerei in der Barents-See ist auch merkbar geworden. Am schwierigsten ist jedoch die Svalbard-Frage, und um diese zu erklären, ist eine Rückschau auf die Geschichte der Inselgruppe notwendig.

Die geschichtliche Entwicklung um Svalbard

Svalbard¹ ist von norwegischen Seeleuten im 12. Jahrhundert entdeckt worden, aber die Ueberlieferungen aus dieser Zeit sind sehr mangelhaft; jedenfalls wußte man lange danach von diesen in Nebel gehüllten Inseln nichts. Im Jahre 1596 wurde Spitzbergen von Holländern unter Leitung von Willem Barents wiederentdeckt. Elf Jahre später besuchte der Engländer Hudson die Gewässer und meldete nach seiner Rückkehr nach London von ungeheuren Mengen von Seetieren, die er in den Fjorden und Meerengen gesehen habe, und damit begann ein höchst interessanter Abschnitt der Geschichte des Landes.

Kurz nach der Heimkehr Hudsons schickte die „Moskowitzische Kompagnie“ in London einige Schiffe nordwärts, um Walfang zu versuchen. Die Engländer waren in diesem Betriebe unbewandert und brachten daher Biskayer als Lehrmeister mit, denn diese hatten schon lange den Walfang im Meerbusen von Biskaya betrieben. Bald beteiligten sich am Walfang auch Dänen, Deutsche, Franzosen, Niederländer, Norweger und Schweden. Ihre Schiffe waren oft mit vielen Kanonen armiert, oder die Flotten wurden von Kriegs-

schiffen begleitet, und manchmal kam es zu heftigen Kämpfen um die Buchten, die am häufigsten von Walen besucht wurden. Der erlegte Wal wurde an Land geschleppt und am Ufer gefleht. Der Speck wurde in großen Specköfen gekocht. Die größte Anlage dieser Art war die Hauptstation der Niederländer, Smeerenburg auf der Amsterdam-Insel, wo im Sommer bis zu 1500 Mann arbeiteten. Wenn im Herbst das Packeis südwärts vorstieß, wurde der Fang eingestellt, die Unterkünfte wurden geschlossen, denn den arktischen Winter zu meistern, hatte man noch nicht gelernt². Von dem Umfang dieser ganzen Betätigung fehlen uns genaue Angaben. Ihre Bedeutung dürfte vielleicht für die europäische Wirtschaft mit der des heutigen Walfanges in der Antarktis vergleichbar sein.

Diese umfangreiche wirtschaftliche Betätigung brachte natürlich schwierige Rechtsprobleme mit sich, selbst wenn man damals die Dinge nicht so genau nahm wie jetzt. Anfangs bestand kein Zweifel, wem die Inselgruppe gehörte. Man glaubte noch, daß sich eine Landmasse von der Südwestküste Grönlands nordwärts bis Sibirien erstreckte und daß West-Spitzbergen eine südliche Halbinsel dieses Landes wäre. Weil Grönland zu der Krone Norwegens gehörte, war selbstverständlich auch diese Halbinsel norwegisch. Auf Anregung der Moskowitzischen Kompagnie versuchte König Jakob I. von England, das neue Land von Christian IV. von Dänemark-Norwegen zu kaufen, aber das Anerbieten wurde abgelehnt³. Nun behauptete König Jakob I., Spitzbergen sei schon im Jahre 1553 von dem Engländer Sir Hugh Willoughby entdeckt worden, die Engländer hätten ja auch den Walfang begonnen, folglich sei das Land englisch. Danach unternahmen englische Seeleute eine formelle Okkupation der Westküste Spitzbergens. Die Okkupation wurde aber von keinem einzigen Staate anerkannt, und niederländische Geographen legten dar, daß Willoughby das Land gar nicht gefunden habe, da sonst hiervon irgendwelche Ueberlieferungen bestünden.

Die Niederländer bestritten den norwegischen Anspruch auf die Inselgruppe nicht, sie verlangten aber das Recht, ungehindert Walfang betreiben zu können. Sie hatten lange mit den Engländern Streitigkeiten um den Heringsfang in der Nordsee gehabt, und in Ostindien versuchten die Portugiesen, ihren Handel mit den Eingeborenen zu hindern. Zu jener Zeit waren die Holländer mehr daran interessiert, ungehindert mit jeder Nation handeln und Schifffahrt

¹) Der Name Svalbard bezeichnet alle Inseln zwischen 10° und 35° östlicher Länge und 74° und 81° nördlicher Breite. Das heißt die Spitzbergengruppe, Björnøya, Hopen, Kong Karls Land und Kvitøya. Auf neuen Karten ist üblich geworden, norwegische Namen zu schreiben. Siehe Norges Svalbard-og Ishavsundersøkelser, Skrifter om Svalbard og Ishavet Nr. 80, „The Place Names of Svalbard“; Oslo 1942.

²) Martin Conway, „No Man's Land; a History of Spits-

bergen from its Discovery in 1596 to the Beginning of the Scientific Exploration of the Country“; Cambridge 1907.

S. Muller, „Geschiedenis der Noordsche Compagnie“; Utrecht 1874.

M. Lindeman, „Die Arktische Fischerei der deutschen Seestädte 1620—1868“; Gotha 1869.

³) Arnold Raestad, „Le Spitsberg dans l'histoire diplomatique“, La Géographie, Band XXV und XXVI (1912).

und Fischfang auf jedem Meere treiben zu können als neues Land in der Arktis zu erwerben. Unter diesen Verhältnissen geschah es, daß Hugo Grotius seinen berühmten Aufsatz über die Freiheit des Meeres schrieb. Bei Svalbard fand der Walfang zwar in den Fjorden statt, also nicht auf freiem Meer im völkerrechtlichen Sinne, aber damals hatte man noch keine klare und rechtlich anerkannte Vorstellung von der Ausdehnung der Territorialgewässer.

Der dänisch-norwegische König Christian IV. versuchte, die norwegischen Hoheitsrechte über das Territorium so gut wie möglich zu behaupten, und verlangte, daß die Walfänger einen Erlaubnisschein von ihm haben. Er schickte Kriegsschiffe in die Gewässer, um den Befehl zu vollziehen und um ihm Nachdruck zu verleihen, aber die Uebermacht der anderen war zu groß. So kam es dazu, daß man die norwegischen Hoheitsrechte über die Inselgruppe im allgemeinen anerkannte, jedoch volle Freiheit zur Ausnutzung der Reichtümer des Meeres verlangte. Nach etwa zwanzigjährigem rücksichtslosem Fang kam der Wal nur noch selten in die Fjorde. Darum mußten die Schiffe weit ins Meer hinausfahren, Specköfen wurden an Bord eingerichtet, oder der Speck wurde ins Heimatland verfrachtet. Als die Landstationen ihre Bedeutung verloren, kümmerte man sich nicht mehr um die Frage der Souveränität. Für lange Zeit blieb Svalbard außerhalb der internationalen Politik, und die Geographen hatten nur unklare Vorstellungen von der Inselgruppe.

Die Russen hatten am Walfang nicht teilgenommen, aber in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts fingen Leute aus der Gegend des Weißen Meeres an, auf Svalbard zu überwintern⁴. Sie kamen aus Dörfern wie Archangelsk und Onega, und insbesondere das Kloster Solowjetsk rüstete viele Fangmannschaften aus. Die Russen fingen Pelztiere und erlegten Walrosse, Eisbären und Rentiere, auch sammelten sie große Mengen von Eiderdaunen. Es handelte sich nur um verhältnismäßig wenige Mannschaften, die überwinternten, höchstens 8—10 Expeditionen, jede von 10 bis 20 Mann; doch diese Tätigkeit dauerte über hundert Jahre lang, und wenn das Wild stark reduziert war, schlugen die Fänger ihre Hütten an neuen Fangplätzen auf. So kommt es, daß Trümmer alter Hütten noch an vielen Stellen zu finden sind.

Wie manche andere Nationen hatten im 18. Jahrhundert auch die Norweger im Eismeer Robben- und Walfang betrieben. Gegen Ende des Jahrhunderts trieben sie den Fang ebenso wie die Russen und fingen an zu überwintern. Es dauerte jedoch nicht lange, da fanden die Norweger, daß Sommerexpedi-

tionen am günstigsten wären, und um die Mitte des Jahrhunderts hatten sie die Russen verdrängt. Nach beträchtlicher Reduzierung der Walrosse verlegten sie ihre Tätigkeit nach Osten bis Nowaja Semlja und später in das Weiße Meer.

Der Wettbewerb um die Fangplätze auf Svalbard führte niemals zu diplomatischen Verwicklungen. Die Norweger hatten ihre Traditionen und Ansprüche auf die Arktis nicht aufrechterhalten, so daß Svalbard allmählich als Niemandsland betrachtet wurde. Im Jahre 1871 wurde ein Versuch unternommen, das Land wieder unter norwegische Hoheit zu bringen, denn im 19. Jahrhundert hatte eine umfassende Erforschung der Inselgruppe eingesetzt, an der besonders die Schweden teilnahmen, und der Gedanke, Svalbard zu erwerben, entstand bei schwedischen Forschern. Zu bedenken ist, daß ja damals Schweden und Norwegen vereinigt waren. Der Plan scheiterte aber am Widerstand Rußlands⁵.

Im Jahre 1899 kam es zu einem Intermezzo auf der Bäreninsel⁶. Zwei deutsche Expeditionen besuchten in diesem Jahre die Insel, um Stationen für Walfang und Fischerei zu errichten. Man hatte auch an eine Ausnutzung der dortigen Kohlenlager gedacht. Als die russische Regierung hiervon hörte, wurde sofort ein Kriegsschiff entsandt, um gegen eine etwaige deutsche Okkupation Protest einzulegen. Danach erfolgte ein Notenwechsel, in dem die deutsche wie die russische Regierung bestätigten, daß sie nicht die Absicht hätten, die herrenlose Insel zu erwerben.

Um die Jahrhundertwende begann eine neue Epoche in der Geschichte Svalbards. Geologen bestätigten, was schon die Robbenfänger erzählt hatten: daß es auf der Insel Westspitzbergen große Kohlenlager gab. Norweger fingen an mehreren Stellen mit dem Abbau an, aber sie hatten zur Durchführung weder das nötige Kapital noch die Erfahrung. Schon gerieten die besten Lager in amerikanische und englische Hände. Doch die unsichere politische Stellung des Gebietes erschwerte jegliche Wirksamkeit.

Im Jahre 1907 kam es zu einer merkwürdigen Lage, denn sowohl die englische wie auch die russische Regierung regten einen norwegischen Anspruch auf Svalbard an. Aber die norwegische Regierung zögerte, denn sie wollte — zwei Jahre nach der Auflösung der Union mit Schweden — ihre Beziehungen zu Schweden nicht noch mehr belasten. Man glaubte auch, ein solcher Schritt könnte die Möglichkeit beeinträchtigen, eine streng neutrale Politik zu führen⁷. Die Ausnutzung der Kohlenlager erforderte jedoch geordnete Zustände. Die norwegische Regierung schlug daher vor, Norwegen könne das Land als Mandat im Namen

⁴) A. Charitonow, „Die russischen Promyschleniks auf Grumant, ihre Sagen und Ueberlieferungen“, *Ermans Archiv für wissenschaftliche Kunde von Rußland*, Band IX; Berlin 1951.

⁵) Trygve Mathisen, „Svalbard in International Politics 1871 bis 1925“, Norsk Polarinstitut, Skrifter 101, Oslo 1954.

⁶) W. Herwig, „Die Expedition des Deutschen Seefischerei-Vereins in das nördliche Eismeer vom Jahre 1899“, *Mitteilungen des Deutschen Seefischerei-Vereins*, 1900, Hannover.

⁷) Trygve Mathisen, „Svalbard in International Politics“, S. 44 ff.

der interessierten Staaten verwalten, oder sämtliche interessierten Mächte könnten die Verwaltung gemeinsam ausüben. Nach einigen Ueberlegungen einigte man sich dahin, daß eine Ordnung vorzuziehen wäre, bei der Norwegen, Rußland und Schweden gemeinsam die Verwaltung ausübten, ohne daß die Inselgruppe den Status eines Niemandlandes verlöre. Indessen ließ sich diese Lösung nicht verwirklichen. Es folgte ein langwieriger Notenwechsel, zwei Dreimächte-Konferenzen wurden abgehalten, und im Jahre 1914 wurde eine große Konferenz nach Oslo einberufen, an der Dänemark, Deutschland, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die Niederlande, Norwegen, Rußland und Schweden teilnahmen, aber zu einer Einigung kam man nicht⁸. Besonders schwierig war es, die deutschen und russischen Gesichtspunkte zu vereinigen. Die deutsche Regierung konnte zwar den kleinen Staaten Norwegen und Schweden eine Sonderstellung in der Verwaltung des Landes einräumen, aber nicht einer Großmacht wie Rußland; erst im Friedensvertrag von Brest-Litowsk wurde die Gleichstellung Deutschlands und Rußlands in der Behandlung der Svalbardfrage festgesetzt⁹. Obgleich alle diese Bemühungen zuletzt ergebnislos waren, muß man diese Hauptlinien der Geschichte Svalbards kennen, um die heutigen Zustände zu verstehen.

Die Anerkennung der norwegischen Oberhoheit

Die langwierigen, aber ergebnislosen Verhandlungen in den Jahren vor dem Ersten Weltkriege hatten deutlich gezeigt, daß man eine neue Methode anwenden mußte, um zu einer brauchbaren Lösung zu kommen. Auch hatte sich während des Krieges die Lage auf der Inselgruppe entscheidend verändert. Die Kohlengruben im Adventfjord, wo der Amerikaner John M. Longyear die Kohleförderung bedeutend entwickelt hatte, waren von Norwegern übernommen worden. In jenen Jahren hatten norwegische Expeditionen auch umfangreiche wissenschaftliche Forschungen und Kartenaufnahmen unternommen. Die norwegische Betätigung im hohen Norden sowie die norwegischen Ansprüche waren fleißig studiert worden, so daß sich allmählich die Meinung verbreitete, Norwegen dürfe auf der Friedenskonferenz Svalbard für sich in Anspruch nehmen. Namentlich der norwegische Gesandte in Paris, Baron Wedel *Jarlsberg*, hatte sich hierfür erfolgreich eingesetzt, doch das norwegische Auswärtige Amt zögerte zu lange, so daß es Norwegen nie gelang, in der Svalbardsache die Initiative zu ergreifen. Mehrere Staaten, insbesondere Großbritannien, wünschten, daß die Inselgruppe als Mandatsgebiet im Namen des Völkerbundes verwaltet würde, aber die Vereinigten Staaten lehnten diesen Plan ab. Die deutsche Regierung konnte unter den damals vorliegenden Umständen an den Beratun-

gen nicht teilnehmen, sie wurde aber von der norwegischen Regierung über den Gang der Angelegenheit auf dem laufenden gehalten und gab ihre Zustimmung zu der beabsichtigten Lösung¹⁰. Etwas schwieriger gestalteten sich die Beziehungen zu Rußland, wo Norwegen damals keine diplomatische Vertretung besaß.

Das Abkommen vom 9. Februar 1920¹¹, das die Staatshoheit Norwegens über Svalbard festsetzt, ist ein sehr interessantes Dokument. Es gibt mehrere Arten von Kolonialverwaltung, und in manchen Fällen hat man auch ein Kondominium zustande gebracht, wobei zwei oder mehrere Staaten die Verwaltung gemeinschaftlich ausübten — daß aber ein Vertrag einem Staate die Staatsoberhoheit über ein Territorium einräumt, dann aber in den folgenden Paragraphen die Hoheitsrechte so entscheidend wie in diesem Falle einschränkt, das ist ein ungewöhnliches und sehr interessantes Phänomen internationaler Praxis. In Artikel 1 heißt es, daß die hohen vertragsschließenden Teile miteinander darüber einig sind, Norwegens volle und uneingeschränkte Staatshoheit über die Spitzbergengruppe unter den im vorliegenden Verträge festgesetzten Bedingungen anzuerkennen. Aber worin bestehen die im vorliegenden Verträge festgesetzten Bedingungen? Das ersieht man aus Artikel 2 und 3. Zusammen besagen diese beiden Artikel: Angehörige jedes der vertragsschließenden Staaten können sich auf Svalbard aufhalten und jede wirtschaftliche Tätigkeit in völliger Gleichberechtigung mit den Norwegern dort betreiben. Sehr wichtig ist Artikel 9, der die Demilitarisierung des Landes festsetzt. Unter Vorbehalt der Rechte und Pflichten, die sich etwa aus Norwegens Beitritt zum Völkerbund ergeben, verpflichtet sich Norwegen, in der Inselgruppe weder eine Flottenbasis zu errichten noch ihre Errichtung zuzulassen, auch keine Befestigungen in den genannten Gebieten anzulegen, die niemals zu Kriegszwecken benutzt werden dürfen. Als diese Bestimmung formuliert wurde, dachte man insbesondere an deutsche U-Boot-Basen. In Artikel 10 wird festgesetzt, daß Rußland dieselben Rechte wie die vertragsschließenden Teile haben sollte, sobald es eine anerkannte Regierung bekäme, die selbst zu dem Verträge Stellung nehmen könnte. Das geschah im Februar 1924, als Norwegen die Sowjetregierung de jure anerkannte und die Sowjetunion ihrerseits die Staatsoberhoheit Norwegens über Svalbard, einschließlich Björnöya (Bäreninsel) anerkannte. Um diesen eigenartigen Vertrag zu verstehen, muß man sich an die Geschichte der Inselgruppe erinnern. Lange Zeit hindurch hatten mehrere Staaten in den Gebieten wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt, ohne daß die norwegische Staatshoheit formell bestritten wurde. Auch

⁸) Ebenda, S. 75 ff.

⁹) Deutsch-Russischer Zusatzvertrag, Artikel 33.

¹⁰) „Svalbard in International Politics“, S. 151 ff.

¹¹) Europa-Archiv, 3. Jahr, 1. Folge (1948), S. 1109.

muß man die Gruppierung und relative Stärke der interessierten Staaten in Betracht ziehen. Einer Großmacht hätte man das Gebiet wahrscheinlich niemals freiwillig übertragen, ebenso wahrscheinlich hätte aber eine Großmacht auch derartige einschränkende Bedingungen abgelehnt.

Svalbard im Zweiten Weltkrieg

Unter vorsichtiger Handhabung ließ sich die Ordnung von 1920 anwenden. Anfangs ging alles gut, aber während des Zweiten Weltkrieges entstanden große Schwierigkeiten. Nach dem Kriegsausbruch 1940 wurde norwegischerseits die Kohleförderung auf Svalbard fortgesetzt. Das lag sowohl im deutschen wie im norwegischen Interesse, und die Engländer verfügten damals nicht über die für eine Operation im Eismeer nötigen Seestreitkräfte. Nachdem sich der Krieg auch auf die Sowjetunion ausgedehnt hatte, wurde die Lage schwieriger. Es befanden sich im Sommer 1941 auf Svalbard etwa 1200 Norweger und 1800 Russen, meist Kohlengrubenarbeiter. Russischerseits fürchtete man, Wladiwostok könnte von den Japanern blockiert werden, und in diesem Falle mußte der westliche Seeweg nach Amerika und Großbritannien unbedingt verteidigt werden. Die sowjetische Regierung schlug nun vor, daß russische und britische Streitkräfte den Archipel gemeinsam okkupieren sollten, um zu verhindern, daß die Deutschen sich der Gebiete bedienten. Nach diesem russischen Plan sollten die Engländer die Marineeinheiten zur Verfügung stellen, während russische Landstreitkräfte die Garnisonen bemannen wollten. Auch sollten die russischen Grubenarbeiter bewaffnet werden. Vorgesehen war eine Garantieerklärung beider Staaten, daß die russischen Soldaten nach dem Kriege das Territorium verließen, und der russische Gesandte in London, *Maiski*, versicherte der norwegischen Regierung, die Sowjetunion habe keinerlei territorialen Ambitionen oder Ansprüche auf den Svalbard-Archipel. Aber die norwegische Regierung in London protestierte gegen diesen russischen Plan. Auch die Engländer zögerten, und um die Okkupation allein auszuführen, besaßen die Russen nicht die erforderlichen Seestreitkräfte. Damit mußte der Plan aufgegeben werden¹². Die norwegische Bevölkerung wurde nun von britischen Marineeinheiten nach Großbritannien evakuiert, und die Russen wurden nach Murmansk gebracht. Die Anlagen wurden teilweise zerstört; was übrigblieb, wurde später von deutschen Seestreitkräften vernichtet. Im Sommer 1942 wurden etwa 100 Mann norwegischer Wachmannschaften von Großbritannien nach West-Spitzbergen gesandt, außerdem hatten auch die Deutschen an mehreren Stellen meteorologische Stationen. Aber die Inselgruppe spielte militärisch keine große Rolle.

Svalbard im Spannungsfeld zwischen Ost und West

Die Svalbard-Frage, insbesondere die Anlage von Befestigungen, war in den Jahren, als die Geleitzüge nach Nord-Rußland schwere Verluste erlitten, nicht erörtert worden. Daher glaubte die norwegische Regierung, sie sei endgültig erledigt. Doch die Russen dachten darüber anders. Im November 1944 besuchten Außenminister Trygve *Lie* und Justizminister Terje *Vold* im Auftrage der Londoner norwegischen Regierung Moskau, um verschiedene Fragen zu erörtern, die in Verbindung mit den Operationen in Finnmark entstanden waren. Zum Erstaunen der norwegischen Minister schlug Außenminister *Molotow* während dieser Unterredungen eine Aenderung des Svalbard-Vertrages vor unter der Begründung, der Vertrag sei für die Sowjetunion ungünstig. In Anbetracht der veränderten politischen Lage und der relativen Stärke der Mächte sowie der hervorragenden Rolle, die Rußland im Kriege gespielt habe, und der Stimmung, mit der man in der Sowjetunion die Frage betrachte, sei die Aufhebung des Vertrages notwendig. Nach der Meinung der sowjetischen Regierung sei Björnøya (die Bäreninsel) vor dem Abschluß des Svalbard-Vertrages russisches Territorium gewesen, während Spitzbergen als terra nullius, als Niemandsland, betrachtet worden sei. Da die Sowjetunion an der Angelegenheit ein wirtschaftliches und strategisches Interesse habe, schlage sie vor, Björnøya der Sowjetunion abzutreten und Spitzbergen als russisch-norwegisches Kondominium zu verwalten. Außenminister *Molotow* sagte weiter, die Sowjetunion beabsichtige, die Frage mit sämtlichen vertragsschließenden Teilen zu besprechen, wünschte aber zuerst sich mit Norwegen zu einigen. Zu diesen überraschenden Ansprüchen konnte Außenminister *Lie* nur erklären, daß er zu Verhandlungen über diese Fragen nicht bevollmächtigt sei¹³.

Die norwegische Regierung in London wurde durch diesen Moskauer Vorstoß in große Verlegenheit versetzt. In Finnmark waren russische Truppen eingedrungen, das übrige Land war von deutschen Truppen besetzt. Nach sorgfältigen Ueberlegungen entschloß man sich, doch Verhandlungen mit den Russen aufzunehmen. Indessen unterstrich man, daß die Regierung keine verfassungsmäßige Vollmacht besaß, entscheidende Maßnahmen zu treffen. Eine Entscheidung könne erst nach der Befreiung Norwegens getroffen werden.

Während des Winters 1944/45 wurde über die Frage zwischen Außenminister *Molotow* und dem norwegischen Gesandten in Moskau, *Andvord*, verhandelt. Die russische Regierung ließ ihren Anspruch auf Björnøya fallen, das niemals russisch gewesen war, aber sie verlangte unbedingt eine russisch-norwegische Befestigung Svalbards. Hierüber wurde im April 1945 eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Kurz

¹² T. *Mathisen*, „Svalbard in the Changing Arctic“, Oslo 1954; S. 33 ff.

¹³ Ebenda, S. 46 ff.

danach war der Krieg beendet, und man ließ die Sache zunächst auf sich beruhen.

Die norwegische Regierung wünschte natürlich, daß man in Moskau nun, nachdem der Krieg beendet war, die Frage endgültig fallenließ. Aber die Russen dachten anders. Die von ihnen gewünschten militärischen Maßnahmen waren im Hinblick auf zukünftige politische Eventualitäten geplant, nicht auf einen bereits beendeten Krieg. Auf der Außenministerkonferenz in Paris im August 1946 brachte Außenminister *Molotow* die Befestigung Svalbards wieder zur Sprache, und drei Monate später fragte er in New York den norwegischen Außenminister, *Lange*, wie die Sache stehe. Im Januar 1947 behandelte das norwegische Storting die Frage. Das Storting erklärte, die internationale Lage habe sich seit der norwegisch-russischen Vereinbarung vom April 1945 über die gemeinsame Befestigung Svalbards entscheidend geändert. Der Krieg sei zu Ende, die Vereinten Nationen hätten ihre Arbeit für Sicherheit und Frieden begonnen und auf die Initiative der Sowjetunion sich zugunsten einer allgemeinen Abrüstung entschieden. Die Voraussetzungen, die damals zu der gemeinsamen Erklärung geführt hätten, bestünden daher nicht mehr. Auch sei es mit der Außenpolitik Norwegens nicht vereinbar, solche Verhandlungen über die militärische Verteidigung norwegischen Territoriums zu führen. Daraufhin wurde russischerseits in dieser Sache kein weiterer Druck ausgeübt.

Nach dem Kriege wurde der Bergbau in Svalbard wieder aufgenommen. Die norwegische Kohlenförderung betrug in den letzten zehn Jahren etwa 500 000 Tonnen jährlich. Zwar hat manches Grubenunglück große Schäden verursacht, aber nach Durchführung aller erdenklichen Sicherheitsmaßnahmen steht eine bedeutende Produktionssteigerung zu erwarten. Sehr wichtig ist es, daß das neu errichtete staatliche Eisenwerk *Mo i Rana* in Nord-Norwegen mit Koks aus Svalbardkohle versorgt wird.

Die Russen begannen den Wiederaufbau ihrer Bergwerksbetriebe auf Svalbard erst, nachdem die Verhandlungen über die Befestigungen fehlgeschlagen waren. Sie haben jetzt drei Anlagen in Isfjorden, die Produktion beträgt jährlich 200 000—300 000 Tonnen Kohle. Nachdem die Kohlenfelder im Petschora-Becken durch eine Eisenbahn mit dem nord-russischen Transportsystem verbunden sind, ist die geringe Produktion auf Svalbard nur von bescheidenem wirtschaftlichen Interesse; aber die Inselgruppe zu verlassen, beabsichtigen die Russen augenscheinlich nicht, denn sie haben vor kurzem ihre Häfen und Anlagen verbessert. Keine anderen Nationen als Norweger und Russen haben jetzt wirtschaftliche Interessen auf der Inselgruppe. In den Bergwerksanlagen auf West-Spitzbergen leben jetzt etwa 1500 Norweger und 2000 Russen¹⁴.

Die Norweger betreiben noch etwas Robben- und Walfang in jenen Gewässern, und die Fischgründe bei Björnöya werden von mehreren Nationen besucht. Die Jagd auf Pelztiere ist jetzt dort nur unbedeutend. Wichtig sind die seit langem bestehenden meteorologischen Stationen auf der Inselgruppe; im Hinblick auf die zivilen polaren Flugstrecken sind sie neuerdings weiter ausgebaut worden. Die polaren Flugrouten erklären auch die militärische Bedeutung der Inselgruppe. Auch liegen die Inseln dem neuen Seeweg nördlich von Sibirien verhältnismäßig nah.

Als 1951 das nordatlantische Kommando der NATO errichtet wurde, beschloß die norwegische Regierung, Svalbard diesem Kommando zu unterstellen. Hiergegen protestierte die sowjetische Regierung mit sehr starken Worten und behauptete, Norwegen halte sich nicht an seine Vertragspflichten. Die norwegische Regierung erwiderte, Svalbard sei ein neutrales Land, die NATO habe nur dann die Pflicht zum Eingreifen, wenn die Demilitarisierungsbestimmungen übertreten würden. Daß die Alliierten Norwegens eine solche Uebertretung begehen würden, sei nach Ansicht der norwegischen Regierung nicht zu erwarten, man hoffe, daß auch keine anderen Mächte einen solchen Schritt unternehmen wollten¹⁵.

Von Zeit zu Zeit haben Zeitungen gemeldet, es scheine, daß die Russen Festungsanlagen auf Svalbard bauen. Diese Gerüchte haben aber nie eine Bestätigung erfahren. Im allgemeinen haben sich die Beziehungen zwischen Norwegern und Russen in den letzten Jahren verbessert; trotz der großen sprachlichen Schwierigkeiten kommen Mannschaften beider Nationen häufig zu Skiwettläufen und Fußballkämpfen zusammen. Hier im hohen Norden hat sich zur Zeit eine ganz hoffnungsvolle Koexistenz entwickelt.

Die technische Entwicklung hat zur Folge, daß die kleinen Staaten nur unter größter Anstrengung an dem militärischen und wirtschaftlichen Wettlauf um die Arktis teilnehmen können. Zwar ist Svalbard demilitarisiert, aber die Verhältnisse der Inselgruppe können nur im Zusammenhang der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung in dem Gesamtgebiet verstanden werden. Die militärische Bedeutung der Arktis dürfte in absehbarer Zukunft kaum abnehmen; auch die wirtschaftliche Expansion der Russen werden die Norweger bestimmt zu fühlen bekommen. Nur auf Grund einer klug vorschauenden und vorbauenden Politik werden sie sich im wirtschaftlichen Wettbewerb geltend machen und gleichzeitig einen Kurs einhalten können, der dem Frieden und der Verträglichkeit dient.

¹⁴) Jährliche Angaben über Kohleproduktion und Bevölkerung sind in *Norges Bergverksdrift* gegeben.

¹⁵) Der Notenwechsel ist in englischer Uebersetzung in der Zeitschrift *Polar Record* wiedergegeben. Siehe auch „Svalbard in the Changing Arctic“, S. 94 ff.

Materialien zur jüngsten Gestaltung der Grönlandfrage

Von Dr. Jón Dúason, Reykjavík

Es ist ein weit verbreitetes Mißverständnis, daß der Haager Ständige Internationale Gerichtshof am 5. April 1933 Dänemark die Souveränität über ganz Grönland zuerkannt habe. Diese Ansicht kommt auch in dem sonst von großer Sachkenntnis zeugenden und sehr weitgespannten Artikel „Der Hohe Norden im politischen Weltbild der Gegenwart“, Europa-Archiv Januar 1948, Seite 1087-1108, vor allem auf Seite 1091, zum Ausdruck. Dänemark machte damals vor dem Haager Gericht auch gar keine Ansprüche auf Zuerkennung des Souveränitätsrechts über Grönland geltend, sondern seine Forderungen gingen lediglich dahin, daß das Urteil des Haager Gerichtshofes die Besitzergreifung und Siedlung der Norweger in Ostgrönland für „une infraction à l'état juridique existant et, par conséquent, sont illégales et non valables“¹ erkläre. Auf Grund der Ihlen-Deklaration vom 22. Juli 1919, in der Norwegen erklärt hatte, daß es nichts gegen Dänemarks Souveränität in Grönland einzuwenden habe², fällte der Haager Gerichtshof das Urteil, das Dänemarks Rechtsanspruch genau entsprach³. Ueber das Souveränitätsrecht fällte das Gericht kein Urteil⁴. Zur Frage der Rechtsstellung Grönlands von den ältesten Zeiten bis 1952 verweise ich auf meine Abhandlung „Die koloniale Stellung Grönlands“, die von dem Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen im Verlag Musterschmidt, Göttingen - Frankfurt - Berlin 1955, herausgebracht worden ist.

Bis 1830 und länger bezweifelte niemand, daß Grönland eine isländische Kolonie sei. In seinem lateinischen Vorwort der „Graugans“-Ausgabe — es handelt sich dabei um die älteste isländische Gesetzsammlung — von 1829 vertrat der dänische Verfassungs- und Rechtshistoriker Prof. J. F. W. Schlegel diese Ansicht auf Grund der „Graugans“ selbst, und 1832 wiederholte er sie auf Dänisch in der Zeitschrift *Nordisk Tidsskrift for Oldkyndighed*, I, S. 109-150. Aus diesem Grunde ging Grönland 1814 auch nicht mit Norwegen an Schweden.

Im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts stellte man in Dänemark die Lehre auf, daß Grönland im Mittelalter ein souveräner Freistaat gewesen sei, der sich 1261 dem norwegischen König unterworfen habe. Und diese neue Lehre arbeitete man in das dreibändige Monumentalwerk über Grönland, „Grönlands historiske Mindesmærker“, in Kopenhagen 1838-45 als „dänisches Nationalwerk“ herausgegeben, hinein. Die Dänen haben selbst nie versucht, diese ihre Lehre zu begründen — die sich

auch auf nichts stützen kann —, sie haben sich aber um so eifriger bemüht, sie zu verbreiten. Als Dr. Vilhjálmur Finsen, Richter am dänischen Höchsten Gerichtshof, in seiner sehr sorgfältigen Ausgabe der „Graugans“, Kopenhagen 1852-83, darauf hinwies, daß Grönland eine isländische Kolonie gewesen sei, gingen die Worte dieses angesehenen Mannes in der dänischen Agitation unter. Die Lehre von diesem souveränen grönländischen Freistaat vertraten die Dänen unter anderem auch in der Grönlandaffäre mit Norwegen 1931-1933.

Jetzt aber hat die dänische Regierung ganz von sich aus einen neuen Ton angeschlagen und auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen (4. Ausschuß) im Jahre 1954 erklärt, daß Grönland niemals ein selbständiger Freistaat gewesen sei, und in verschiedenen Formulierungen zum Ausdruck gebracht, daß Grönland seit der Wikingerzeit zum isländischen Souveränitätsbereich gehört habe. Mancher wird jedoch vielleicht finden, daß Dänemark sich allzu viel Mühe macht, die Namen Island und Isländer in diesem Zusammenhang zu vermeiden, wenn es sich um nichts anderes als diese handeln kann. Man ziehe seine Schlüsse daraus selbst.

Bei dieser Vollversammlung im November 1954 brachte die dänische Regierung zwei Bücher zur Grönlandfrage zur Verteilung. Das eine hieß „Greenland“ und war vom dänischen Außenministerium herausgegeben worden, das andere „Report on Greenland 1954“ (published by the Prime Minister's Second Department, the Greenland Department). Es ist der letzte Bericht der dänischen Regierung an die Vereinten Nationen laut Art. 73e der Charta.

I

Grönland gehörte als Kolonie mit altgermanischer Verfassung zum Bereich „unserer Gesetze“ (vár lög).

Das Buch „Greenland“ enthält einen Aufsatz von Herrn cand. iur. Eske Brun, dem Leiter des Grönlanddepartments (jetzt Grönlandministeriums), mit dem Titel „The Greenland Administration“. Dort sagt dieser höchste Grönland-Beamte (S. 29-31):

„Greenland's associations with Scandinavia go back a thousand years before our time. Eric the Red was an Ice-lander, and the people who went with him to Greenland at the end of the tenth century and there established the settlement which flourished for 500 years before it finally languished and died out were always regarded as belonging to a unified Scandinavian community. The Dano-Norwegian kings

¹) Cour permanente de justice internationale, Série C, No 62, Leyden 1933; S. 11 und 114.

²) „... at den norske regj. ikke vilde gjøre vanskeligheter ved denne saks ordning (... daß die norwegische Regierung der Ordnung dieser Angelegenheit keine Schwierigkeiten entgegenstellen wolle)“; Haagdommen, Kopenhagen 1933, S. 99.

³) Publication de la cour permanente de justice internationale, Série A/B — No 53, S. 73 und 75: „... decides that the declaration of occupation... and any steps taken in this

respect by that Government, constitute a violation of the existing legal situation and are accordingly unlawful and invalid.“

⁴) In der Urteilsbegründung vertrat das Gericht die Ansicht, daß die norwegischen, norwegisch-dänischen und dänischen Könige (die alle auch Könige von Island waren) das durch die Entdeckung und Besiedlung Grönlands von seiten Islands entstandene Souveränitätsrecht die ganze Zeit über ohne Unterbrechung gewahrt hätten. Die logische Folge daraus sollte aber die isländische Souveränität über Grönland sein.

who also reigned over the Faroe Islands and Iceland never forgot that they were the rulers of Greenland as well, and after the cessation of regular connections with Denmark in the Middle Ages Frederik II and Christian IV sent out expeditions to re-establish them...

In 1814, when Denmark and Norway were separated as a result of the Napoleonic Wars, Greenland remained with Denmark. Danish sovereignty over the whole of Greenland is a fact now universally recognized and respected...

The Scandinavians who accompanied Eric the Red to Greenland took with them their traditional social arrangements without modification. They settled in two large peasant communities: Østerbygd, corresponding to the present district of Julianehåb; and Vesterbygd, in the great fjord region where Godthåb, Greenland's modern capital, now stands. The peasants met in local assemblies (the *ting*), where they sat in judgment and legislated exactly as in Iceland and throughout Scandinavia. This social order of course vanished as the Scandinavian settlements became extinct.

The Scandinavians found Greenland an unpopulated country when they arrived there in the tenth century, though they also found remains of Eskimo settlements.

Hierzu wäre zunächst zu bemerken, daß es im 10. Jahrhundert in Grönland gar keine Eskimos gab. Was die Isländer fanden, waren Spuren der sogenannten *Skrælingar*, eines ganz anderen Volkes.

Dieser Grönland-Bericht ist sehr bemerkenswert, besonders auch im Vergleich zu anderen Berichten der Dänen und sowohl im Hinblick auf das, was gesagt wird, wie auch auf das, was ungesagt bleibt. Die Lehre von dem grönländischen Freistaat, der sich 1261 freiwillig dem norwegischen König *Hakon Hakonarson* unterworfen habe, ist hier völlig aufgegeben.

Tatsache ist, daß die Grönländer in den Jahren 1257-61 König Hakon lediglich Steuern versprochen, d. h. eine einmalige oder mehrmalige privatrechtliche Steuerzahlung im Anschluß an das Steuerversprechen der Nordisländer vom Jahre 1256. Alle diese Versprechen mußten also mit dem Tode des Königs im Jahre 1263 hinfällig werden. 1257-61 fand in Grönland keine Unterwerfung unter den norwegischen König statt; die Grönländer schwuren weder König Hakon noch irgendeinem andern König Treue oder Land und Untertanen zu. Daß kein König vor 1262 sich um Grönlands Unterwerfung bemüht oder sich dort nach 1262 hat huldigen lassen, zeigt uns unter anderem, daß Grönland keine politische Selbständigkeit besaß, sondern nur eine isländische Kolonie war, für welche die Unterwerfung der Isländer in den Jahren 1262 bis 1264 und die späteren Königshuldigungen in Island bindend waren.

Brun sagt ganz deutlich, daß die Bauern in Grönland sich auf den Bezirksthing versammelt und dort ganz dieselbe Tätigkeit ausgeübt hätten wie die Bauern in Island auf ihren entsprechenden Thingversammlungen. In Grönland bestand somit eine altgermanische Staatsform, bei der die Mitglieder des Staates — wie in Island — die Staatsgewalt innehatten. In Island saßen die Bauern auf den Bezirksthingen zu Gericht. Sie gaben sich dort auch Gesetze oder erließen ergänzende Bestimmungen zu den Gesetzen des Allthings, die diesen jedoch nie widersprachen. Einige dieser ergänzenden Bestimmungen sind uns erhalten. Nach der gesetzlichen Annahme des „Jonsbuches“ (*Jónsbók*) im Jahre 1281 bürgerte es sich ein, daß man auf den Bezirksthingversammlungen Gesetzentwürfe verfaßte und dann dem Allthing zur Annahme oder Ablehnung für das gesamte isländische

Rechtsgebiet zuleitete. Darüber hinaus gingen die Befugnisse der Bezirksthinge in ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit weder in Island noch anderswo in den nordischen Ländern. Es ist auch unmöglich, in einem Rechtsbereich mehr als ein gesetzgebendes Thing zu haben.

Eske *Brun* und die dänische Regierung kennen kein gesetzgebendes Thing in Grönland, keinen Ausschuß für Fragen der Gesetzgebung (*lögrétta*), keinen Gesetzesfelsen (*lögberg*), keine gesamtgrönländische Gesetzgebung in Grönland, keine grönländischen außenpolitischen Angelegenheiten und keine grönländische Souveränität. Die Bauern in Grönland suchten keine für das ganze Land verbindliche allgemeine Volksversammlung auf und hatten nicht Grönlands Souveränität oder seine außenpolitischen Angelegenheiten in Händen, ebensowenig wie die für das ganze Land verbindliche Gesetzgebung. Damit ist nun die ganze alte, schöne dänische Lehre über Bord geworfen. An anderer Stelle erklärt die dänische Regierung, daß Grönland seit der Wikingerzeit eine Kolonie, „ein Nordisches Dominion“, gewesen sei, d. h. keine politische Selbständigkeit gehabt und politisch zu Island gehört habe. Ich komme später noch darauf zurück.

Erich der Rote ist der einzige Landnehmer in Grönland, dessen vollgültige Zugehörigkeit zum isländischen Staate man jemals in Zweifel gezogen hat, obwohl er 982 außer Landes ging, gerade um diese Staatszugehörigkeit zu wahren. Ari inn fródi (der Gelehrte) sagt, daß *Erich* in Island geboren sei (*Isl. bók*, Kap. 5). Und selbst wenn einer der Landnehmer in Grönland nicht Isländer gewesen wäre, würde das der Landnahme als isländischer Tat keinen Abbruch getan oder die Tatsache, daß die Kolonie nach altgermanischen Rechtsregeln ein Teil des isländischen Staates werden mußte, geändert haben. Aber nun erklären E. *Brun* und die dänische Regierung, daß *Erich* Isländer gewesen sei, und sie erklären weiter, daß die isländischen Landnehmer ihre traditionellen sozialen Einrichtungen ohne Abwandlung („their traditional social arrangements without modification“) mit sich nach Grönland genommen hätten, d. h. ihre Gesetze, ihre Staatsform und alle anderen Einrichtungen, ausnahmslos und ohne Einschränkung. Es läßt sich also nicht bezweifeln, daß Grönland eine isländische Kolonie wurde. Daß dem so war und Grönland bis auf den heutigen Tag eine isländische Kolonie geblieben ist, wird auch aus der „*Graugans*“, den isländischen Gesetzbüchern späterer Zeiten, dem Christenrecht des Bischofs *Arni*, einer Menge von Verträgen und anderen, nicht von der Hand zu weisenden historischen Quellen deutlich.

Das oben Gesagte erhärten *Brun* und die dänische Regierung mit der Behauptung, daß die isländische Kolonie in Grönland seit ihrer Gründung am Ende des 10. Jahrhunderts „were always regarded as belonging to a unified Scandinavian community“. Nicht alle Rechtsgemeinschaften des Altertums waren Staaten. Aber *Brun* schildert die grönländische Verfassung und kann deshalb mit community nichts anderes als Staat meinen. Hiermit verneinen *Brun* und die dänische Regierung noch einmal ausdrücklich, daß Grönland jemals politische Selbständigkeit gehabt hat. Aber zu welchem nordischen Staat hat es dann seit der Wikingerzeit gehört?

Das hat *Brun* bereits beantwortet, indem er sagt, daß Grönland ausschließlich von Isländern, die ihre Staatsform dorthin mitgenommen hatten, besiedelt und in Besitz

genommen worden sei, was auch sonst aus seiner Schilderung Grönlands als isländischer Kolonie hervorgeht.

Niemals hat ein ausländischer Staat oder Herrscher als solcher die Souveränität über Grönland erlangt. Niemals hat die norwegische Souveränität oder irgendein Teil der norwegischen Staatsgewalt sich westwärts über die Mitte des Meeres nach Island hin erstreckt⁵. Laut „Graugans“, „Járnsida“, „Jonsbuch“ und Christenrecht des Bischofs Árni liegt alles Ausland im Osten von Island, nichts im Westen. Diese isländischen Gesetzbücher wie auch die Verträge der Isländer mit dem norwegischen König und die isländische Souveränitätsakte vom Jahre 1662 kennen keine ausländischen Gesetze und kein Ausland im Westen von Island, kennen keine Grenzen des isländischen Rechts- und Souveränitätsbereiches im Westen, wohl aber Grönland als isländische Kolonie. Da es also keine skandinavische Souveränität westlich von Island gab außer der isländischen: da keine skandinavischen Gesetze westlich von Island Gültigkeit besaßen außer den isländischen; und da weder Island noch irgendein anderes Land im Westen von Island östlichen Gesetzen oder östlicher Souveränität unterstellt war, kann diese „unified Scandinavian community“, der Brun und die dänische Regierung Grönland angehören lassen, nichts anderes als der isländische Staat sein, der in der „Graugans“ als „vár lög“, der Bereich unserer Gesetze, bezeichnet wird und Grönland einschließt.

Weiter erinnern Brun und die dänische Regierung daran, daß Islands Könige (die norwegischen Könige) allezeit ihre Souveränität über Grönland gewahrt, sie also nie aufgegeben haben. Sie besteht also nach seinem Urteil und dem der dänischen Regierung noch immer auf ihrer alten Grundlage.

Mit dem „Gamli sáttmáli“ (Alter Vertrag)⁶ ging Grönland 1262-64 mit seinem Mutterland Island eine kündbare Realunion mit Norwegen und im Jahre 1380 eine durch den Zufall bedingte Personalunion mit Dänemark ein. Die Tatsache, daß Grönland mit Island in den Jahren 1814-21 von der norwegischen Krone unter die dänische kam, gab Dänemark kein Souveränitätsrecht über Grönland an die Hand. Selbst wenn die Isländer in Grönland ausgestorben gewesen wären, was nicht der Fall war, hätte das Island oder seinem König nicht das Souveränitätsrecht über Grönland genommen. Wenn auch die altgermanisch-isländische Landesverfassung in Grönland zum größten Teil mit dem Untergang der Landwirtschaft und der Aufgabe der isländischen Sprache verschwand — was jedoch nicht vor dem 17. oder 18. Jahrhundert stattgefunden haben kann —, benahm das Island oder seinem König keineswegs die Souveränität über Grönland. Es hat sich dort auch niemals eine andere, neue Souveränität herausgebildet: weder durch Hans Egedes Mission noch durch die Abschaffung der dänischen Monarchie im Jahre 1848 (ohne ihre gleichzeitige Abschaffung in Island) oder durch das dänische Grundgesetz vom 5. Juni 1953, das Südwestgrönland veranlaßte, zwei Vertreter zum dänischen Reichstag zu entsenden.

Die Anerkennung der dänischen Souveränität über Grönland würde heute nicht zur Debatte stehen, wenn Dänemark dieses Recht seit der Wikingerzeit oder überhaupt jemals besessen hätte! Und es ist durchaus falsch zu behaupten, daß die dänische Souveränität über Grön-

land allgemein anerkannt sei, wenn auch einige Länder sie vorbehaltlos anerkannt haben. Die Bemühungen der letzten Zeit um diese Anerkennung sind auch kein gutes Zeichen dafür, daß Dänemark seine Souveränität über Grönland für gesichert hält.

II

Kolonie ohne Ausbeutung oder Unterdrückung — seit der Wikingerzeit nordischer (d. i. isländischer) Souveränitätsbereich („a Nordic dominion“)

Diese Rechtsstellung Grönlands als isländische Kolonie vertrat die dänische Regierung in dem erwähnten Buch „Report on Greenland 1954“. Da heißt es auf Seite 3:

... in 982 a Norseman, Erik Thorvaldsson, called Erik the Red, left Iceland to search for the country. He sighted the coast of Eastern Greenland but natural obstacles prevented him from landing on this coast which through the greater part of the year is blocked by ice. He then shaped course to the south, rounded Kap Farvel and landed in what is now the Julianehåb district. For the next three years he stayed in the country, which he named Greenland, and made extensive journeys for the purpose of investigating the possibilities it might afford to Norsemen. In the summer of 986—the year following his return to Iceland—he again went to Greenland, this time to establish a permanent settlement there. He was accompanied by a fleet of emigrants of 25 ships with 600-700 people⁷ on board. 14 ships reached Greenland where their crews settled along the fjords in the southwestern part of the country.“

Hier sind zwei Punkte der alten dänischen Irrlehre fallengelassen: *Erich der Rote* wird nicht mehr ein isländischer Geächteter genannt und auch nicht mehr als Norweger bezeichnet. (Erich war nur zu dreijähriger Landesverweisung [fjörbaugssekt] verurteilt worden.) Es wird hier nicht erwähnt, daß *Snæbjörn galti* und *Hrólfr raudsendski* Grönland gegen 980 entdeckt haben.

Welchem Volk gehörten nun diese „Nordleute“, die nach Grönland zogen, an?

Die dänische Regierung hat sich selbst bei den verschiedensten Gelegenheiten eindeutig zu dieser Frage geäußert, folgendermaßen beispielsweise in ihrer ersten Klageschrift in der Grönlandsache vor dem Haager Gericht:

... à la fin du X^{me} siècle, le pays [Grönland] fut découvert et sa partie sud-ouest occupée par des colons islandais sous la direction d'Erik-le-Rouge⁸.

Und in der zweiten Klageschrift sagt die dänische Regierung:

„Le Mémoire danois a déjà mentionné que la colonisation qui, à la fin du X^{me} siècle, a eu lieu au Groënland méridional, a été dirigée par Erik-le-Rouge. Ces colons, ainsi qu'il ressort des listes que l'on possède encore de leurs noms et de leurs lieux d'origine, ne venaient pas de la Norvège, mais de l'Islande qui, à cette époque, était une république souveraine sans relations de droit public avec aucune autre Puissance...“⁹

In dem Buch „Report on Greenland 1954“ sagt die dänische Regierung auf S. 4—5 wörtlich:

⁵) Vgl. „Gulathingsslóð“, NGL. I, 50 und „Frostathingsslóð“, NGL. I, 208, 210, vgl. II, 510.

⁶) Abgedruckt in „Diplomatarium Islandicum“ I, IX u. X.

⁷) Das Landnahmebuch berichtet, daß sie aus den Distrikten Breidifjörðr und Borgarfjörðr kamen.

⁸) Cour permanente de justice internationale, Série C, No 62, S. 17.

⁹) a. a. O., Série C, No 63, S. 621.

„The fact that Greenland became part of the Nordic countries must in the first instance be attributed to geographical conditions, i. e. the location of Greenland on the North Atlantic. The Nordic countries consisted of a number of islands and peninsulas joined together by the sea, and when Greenland became connected with Denmark, this must be viewed on the background of the fact that the renewed settlement of the country did not commence until a time when shipping was so highly developed that distances were not so important a factor as they had been in medieval times.

Greenland has never been a colony in the same sense as the overseas possessions of other European powers, which were rooted in the period of discovery and the commercial policy of the subsequent industrial period, but the country has as far back as the days of the Vikings been considered a Nordic dominion.“

Im Hinblick auf den ersten Teil dieses dänischen Berichtes vergleiche man die oft von isländischer Seite gemachten Feststellungen¹⁰: daß Grönlands Nähe zu Island, seine Lage innerhalb der isländischen Meeresalmende und des isländischen Souveränitätsbereichs auf dem Meere, wie auch innerhalb des Rechtsgebiets, für das die sogenannten „Ülfhjótslög“ — die ältesten isländischen Gesetze — gleich bei der Gründung des isländischen Staates im Jahre 930 galten; daß all dies und die Entdeckung und Erkundung des Landes mit dem Ziel, dort eine isländische Siedlung zu gründen, Grönland bereits vor 986 zur isländischen Almende und zum isländischen Souveränitätsbereich gemacht habe, so daß die danach stattgefundene Landnahme nur eine innerisländische Landnahme gewesen sei.

Mit der Feststellung, daß Grönland seit der Wikingerzeit ein Nordisches Dominion gewesen ist, schließt die dänische Regierung noch einmal die Möglichkeit aus, daß es jemals ein selbständiger Staat gewesen sei, und ebenfalls, daß es sich König *Hakon* in den Jahren 1257–61 habe unterwerfen können.

Nach 1262 (doch niemals vorher) unterstand Grönland wie Island der norwegischen Krone. Das läßt sich nur so erklären, daß Grönland bei der Abschließung des Alten Vertrags in den Jahren 1262–64 als isländische Kolonie in die kündbare Realunion zwischen Norwegen und Island aufgenommen worden ist. Das bezeugen auch der älteste erhaltene Text dieses Vertrags, der sogenannte „Gizurarsáttmáli“¹¹ von 1262, und seine Eidesformel wie auch spätere Eidesformeln zum Alten Vertrag und sogar die isländische Souveränitätsakte von Kópavogur 1662¹². Und nicht zuletzt legt die aus dem Vertrag der Isländer mit dem norwegischen König *Olaf dem Dicken* (etwa 1016–23) in den Alten Vertrag eingeschobene Partie mit den Worten „... ein ebensolches Recht...“ dasselbe Zeugnis ab¹³. Allein diese politische Abhängigkeit Grönlands von Island erklärt die sonst unverständliche Tatsache, daß kein norwegischer König jemals einen Versuch zur Unterwerfung Grönlands gemacht hat, obwohl man alles daran setzte, Islands Unterwerfung zu erreichen. Das erklärt auch, wieso die norwegischen Könige einer nach dem andern nicht nur Könige, sondern sogar erbbered-

tigte Könige und später Monarchen von Grönland werden konnten, ohne dort jemals Königshuldigungen empfangen zu haben.

Dänemark erkennt an, daß Grönland seit der Wikingerzeit eine Kolonie gewesen ist, doch nicht von der Art wie die von verschiedenen europäischen Völkern im 16. Jahrhundert und später gegründeten überseeischen Kolonien: denn diese isländische Kolonie wurde von ihrem Mutterland weder unterjocht noch ausgebeutet. Die Unterdrückung des Landes durch vom König geschützte norwegische Kaufleute vom Jahre 1350 und durch von derselben Macht geschützte dänische vom Jahre 1721 nennt Dänemark nicht! Was Dänemark zu verstehen geben will, ist die Tatsache, daß Grönland seit der Wikingerzeit eine nordische (isländische) Kolonie mit altgermanischer Verfassung gewesen ist, bei der die Kolonisten den Angehörigen des Mutterlandes rechtlich völlig gleichgestellt waren, wo Ausbeutung und Unterdrückung von seiten des Mutterlandes nicht in Frage kamen, wo aber die Kolonisten das notwendige Vorrecht genossen, von der Pflicht, die gesetzgebende Thingversammlung des Mutterlandes aufzusuchen, befreit zu sein. Dänemarks Verfahren mit Grönland macht es erklärlich, warum Dänemark diese Dinge nicht mit den üblichen Worten der Rechtsgeschichte sagt, sondern diese grönländische Rechtsstellung mit den Worten „a Nordic dominion“ ausdrückt.

Zu welchem nordischen Staat gehörte nun dieses „Nordische Dominion“ Grönland?

Zur Wikingerzeit und noch Jahrhunderte später waren Islander und Norweger die einzigen Völker, die über das Weltmeer nach Grönland zu fahren imstande waren. Die norwegischen Volksstaaten (fylki) kommen in Verbindung mit Grönland aber nicht in Frage, da sich ihre Souveränität und ihr Recht niemals weiter westwärts als bis zur Mitte des Meeres zwischen Norwegen und Island erstreckt hat. Für den vereinigten Staat Norwegen und den norwegischen König als König von Norwegen gilt dasselbe. Niemals hat der norwegische König als König von Norwegen die Souveränität über Grönland erlangt. Da alles Ausland für Island im Osten von ihm lag, nichts im Westen; da die ganze bekannte Welt westlich von Island laut „Gragans“ und der späteren isländischen Gesetzbücher Inland war; da es außer der isländischen Souveränität im Westen von Island keine Souveränität gab; da im Westen von Island keine anderen nordischen Gesetze als die isländischen galten; und da wir genau wissen, daß alle isländischen Gesetze in Grönland Gültigkeit hatten, ist es ausgeschlossen, daß dieses Nordische Dominion einem andern Staat als Island angehört haben kann.

Ich bin in der günstigen Lage, dies mit den eigenen Worten der dänischen Regierung beweisen zu können. Sie sagt, daß dieses Nordische Dominion eine Kolonie gewesen sei, doch eine Kolonie ohne die Fehler, die man an der Verwaltung von Kolonien späterer Zeiten bean-

¹⁰) Vgl. folgende Schriften von mir: „Grönlands statsretslige Stilling i Midelalderen“, Oslo 1928; „Landskönnun og landnám Íslendinga í Vesturheimi“ I–II, Reykjavík 1941–45; „Réttarstada Graenlands, nýlendu Íslands“ I–II, Reykjavík 1947; „Íslendingar eiga Graenland“, Reykjavík 1948; „Á Ísland ekkert réttartíkal til Graenlands?“, Reyjavík 1953; „Die

koloniale Stellung Grönlands“, Göttingen — Berlin — Frankfurt 1955, S. 23–26.

¹¹) Abgedruckt in „Diplomatarium Islandicum“ IX.

¹²) Abgedruckt in Jón Þorkelsson und Einar Arnórsson: „Ríkisréttindi Íslands“, Reykjavík 1908.

¹³) Abgedruckt in der „Gragans“-Ausgabe von 1852–83, Ib, 195–197 u. III, 463–466.

standet hat. Die dänische Regierung sagt weiter, daß diese Kolonie von Island aus gegründet und von den Mitgliedern des altgermanischen Staates, der im 10. Jahrhundert in Island bestand, besiedelt worden sei. Es bedarf also keiner weiteren Zeugnisse dafür, daß diese Kolonie, dieses Dominion isländisch war.

Aber wäre es nun nicht denkbar, daß Dänemark mit der Bezeichnung „a Nordic dominion“ sagen will, Grönland sei seit der Wikingerzeit eine dänische Kolonie gewesen?

Daß Dänemark dies damit nicht meint, sehen wir aus folgenderem:

1. Die dänische Regierung gebraucht überall da, wo Dänemark nur irgend etwas mit den Ereignissen zu tun hat, regelmäßig das Wort dänisch. Aber alles, was die Isländer in Grönland getan haben, wird nordisch oder skandinavisch genannt, und die Isländer heißen fast immer Skandinavier oder Nordleute. Doch muß bemerkt werden, daß es vor 1700 in Grönland keine anderen Skandinavier oder Nordleute außer den Isländern gab.
2. Die dänische Regierung sagt auf S. 4 deutlich, daß Dänemarks Verbindung mit Grönland viel jünger ist.

III

Der Vorsitzende der dänischen Delegation bei den Vereinten Nationen erklärt, daß Grönland niemals eine staatliche Selbständigkeit besessen hat, daß es seit der Wikingerzeit ein Nordisches Dominion gewesen ist und zum isländischen Staat gehört hat, weiter, daß die Isländer Grönland keinem andern Volk weggenommen haben.

Am Mittwoch, dem 10. November 1954, hielt der Vorsitzende der dänischen Delegation bei den Vereinten Nationen, Landrettssagfører Hermod Lannung, vor dem 4. Ausschuß der Vollversammlung seine erste Rede in der Grönlandsache. Diese Rede wurde auf Tonband aufgenommen. Aus meinem, mir von dem isländischen Gesandten in Washington zugestellten maschinengeschriebenen Exemplar der Rede (PM/2903, folio) möchte ich folgende Worte von Lannung anführen:

(4) „Greenland was discovered by the Vikings more than a thousand years ago, and shortly thereafter it was settled by Scandinavian immigrants.

They found the country uninhabited, although there were sparse traces of former settlement...“

(5) „Politically Greenland was with Iceland, which in turn was associated with Norway during the first centuries of its settlement, and in 1380 it came under the Danish-Norwegian Crown.

In 1814 when Denmark and Norway were separated Greenland remained with Denmark...“

Greenland has never been a colony in the classical sense of this word, but as far back as the days of the Vikings has been considered a Nordic dominion.“

Hier stellt der dänische Bevollmächtigte in klaren Worten fest, daß Grönland politisch als Kolonie oder Dominion zu Island gehört habe. Andererseits hat man kaum je einen solchen Unsinn gehört wie die Behauptung, daß Island, das als Staat etwa 100 Jahre älter ist als Norwegen, von diesem Lande während seiner Landnahmezeit abhängig gewesen sei. Die isländische Landnahme erstreckte sich auch nicht über Jahrhunderte, sondern lediglich über ein reichliches halbes Jahrhundert, von 874—927. Nach Order der isländischen Regierung war kein Isländer bei der Verhandlung der Sache anwesend.

IV

Oeffentliche Erklärung des dänischen Außenministeriums vom 27. November 1954 — Grönland gehörte zum isländischen Staat.

Die Aarhuser Zeitung *Jyllandsposten* griff dann am 23. November 1954 das dänische Außenministerium und die dänische Delegation bei den Vereinten Nationen scharf an und warf ihnen Geschichtsfälschung zuungunsten Norwegens bei der Verhandlung der Grönlandsache vor den Vereinten Nationen vor.

Darauf antwortete die dänische Regierung am 27. November 1954 mit einer Erklärung, in der sie zu allem stand, was Dänemark vor den Vereinten Nationen geäußert hatte, und besonders Lannungs Worte zu ihren eigenen machte sowie darauf hinwies, daß er gesagt habe:

„In politischer Hinsicht gehörte Grönland zu Island, das seinerseits in den ersten Jahrhunderten seiner Kolonisation mit Norwegen verbunden war, und 1380 kam es unter die dänisch-norwegische Krone.

Als sich Dänemark und Norwegen 1814 trennten, blieb Grönland bei Dänemark.“

Das dänische Außenministerium schloß dann seine Erklärung mit folgenden eigenen Worten ab:

„Es dürfte aus dem oben Gesagten erhellen, daß die Beschuldigung der Geschichtsfälschung der Grundlage ermangelt.“

In dieser Erklärung, in den vorher zitierten Texten und in der Rede des Vorsitzenden der dänischen Delegation bei den Vereinten Nationen (MP/2903), welche die dänische Regierung nachträglich zu ihren eigenen Worten gemacht hat, gibt Dänemark sein altes Dogma von Grönland als souveränem Freistaat, der sich 1261 dem norwegischen König unterworfen habe, restlos auf.

Dänemark hat niemals darüber Rechenschaft abgelegt, wie diese isländische Kolonie Grönland dänisch geworden ist. Wenn Grönland auch mit seinem Mutterland Island unter dem Szepter *Friedrichs VI.* verblieb, als Norwegen 1814—21 ausschied, konnte diese Tatsache Dänemark doch keine Souveränität über Grönland verleihen. Es ist bekannt, daß Island sein Souveränitätsrecht über Grönland nach allen Regeln des Völkerrechts niemals verloren hat, vgl. den oben erwähnten Entscheid des Haager Gerichtshofes vom 5. April 1953.

Bei jener Verhandlung der Grönlandsache fragten die Norweger die Dänen, wo, wann und auf welche Weise Dänemark eine Souveränität über Grönland erlangt habe. Die dänische Regierung konnte darauf nichts anderes erwidern, als daß sie schon lange die Regierungstätigkeit in Grönland in Händen habe. Das hätte ein Recht zur Souveränität geben können, wenn es sich um ein souveränitätsloses Land gehandelt hätte. Doch Grönland ist seit seiner Entdeckung und Besiedlung von isländischer Seite niemals ohne Souveränität gewesen. Wenn Dänemark irgendwelches Eigentumsrecht in Grönland besäße, hätte man das nicht im verborgenen belassen. Doch ein solches dänisches Eigentumsrecht hat niemals bestanden.

Wie hat Dänemark dann aber die Herrschaft über Grönland erlangt?

Um das zu verstehen, muß man sich drei völlig voneinander verschiedene Begriffe klarmachen: 1) die praktisch ausgeübte Landesregierung; 2) die Regierungsgewalt (Imperium), mit der regiert wird; und 3) die Souveränität, die sozusagen die Quelle der Regierungsgewalt,

¹⁴ *Jyllandsposten*, 28. November 1954, S. 15.

aber nicht sie selbst ist. Es ist nun eine Eigentümlichkeit der Souveränität, daß sie ohne irgendwelche praktisch ausgeübte Regierungstätigkeit als nudum ius bestehen kann. Und seit 1721 hat die Souveränität über Grönland lange in anderen Händen als die Regierungsgewalt und die praktisch ausgeübte Landesregierung gelegen, wie es bei Kolonien allgemein üblich war.

Als die regelmäßigen Handelsschiffahrten zwischen den nordischen Ländern und Grönland in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts aufhörten, behagte den Isländern das ganz und gar nicht. Den Winter 1567—68 verbrachte der Lögmann *Ormur Sturluson* in Kopenhagen und stand bei seinem Jugendfreund *Friedrich II.* sehr in Gunst. Ormur zeigte dem König „sáttmáli“ und „skildagi“, wie es heißt. Es kann sich hier um keine anderen Urkunden als „Gizurarsáttmáli“ (oder eine jüngere Fassung des Alten Vertrags) und das Abkommen von 1263 handeln. Ormur verlangte nun, daß der König sein dort gegebenes Versprechen über Schiffsfahrten nach Grönland erfülle¹⁵. Das ist der Beginn zu *Friedrichs II.* Bemühungen, die Verbindung mit Grönland wiederherzustellen, was jedoch erst seinem Sohn, *Christian IV.*, im Jahre 1605 gelang.

Später im 16. Jahrhundert begannen die Isländer in Wort und Schrift ihren Kampf um die Wiederaufnahme der Verbindung mit ihren Landsleuten in der sogenannten Ostsiedlung und die Erhaltung der königlichen und isländischen Souveränität über Grönland und die isländischen Kolonien in Amerika.

Am 5. Februar 1723 übergab König *Friedrich IV.* der Grönlandgesellschaft in Bergen die Regierungstätigkeit für „das ganze Land Grönland mit allen seinen ihm untertanen Ländern...“, soweit es sich in seiner Länge und Breite, in Ost und West, Süd und Nord erstreckt, so daß Wir und Unsere erblichen Nachfolger in der besagten Zeit von diesem Lande Uns und Unseren Königlichen Nachfolgern nichts anderes vorbehalten wollen als Unsere Souveränität, Unser absolutes Dominium und Unser Erbrecht“¹⁶.

Hier wird die Souveränität ganz klar von der Regierungsgewalt und der Regierungstätigkeit geschieden, die beide in die Hände einer norwegischen Kaufmannsgesellschaft gelegt werden. Aber die Souveränität, das königliche Erbrecht (laut Altem Vertrag und „Jonsbuch“) und die Alleinherrschaft über Grönland (laut der isländischen Souveränitätsakte von Kópavogur 1662) bleiben in der Hand des Königs von Island, der seinen Sitz in Kopenhagen hat.

Die Grönlandgesellschaft in Bergen gab die Sache bald auf. Im Jahre 1727 übernahm der König deshalb selbst die Regierungstätigkeit. In den Jahren 1727—34 lagen also die Souveränität, die Regierungstätigkeit und die ihr folgende Regierungsgewalt, das Erbrecht und die Alleinherrschaft über Grönland alle zusammen in der Hand des isländischen Königs in Kopenhagen.

Im Jahre 1734 übergab der König die Regierungstätigkeit und die Regierungsgewalt in Grönland dem dänischen Kaufmann *Jakob Severin* und 1750 der Allgemeinen Handelsgesellschaft in Kopenhagen, behielt aber selbst die Souveränität, das Erbrecht und die Alleinherrschaft über Grönland in seiner Hand.

Im Jahre 1774 übernahm der König selbst die Regierungstätigkeit in Grönland, so daß er jetzt Souveränität, Regierungsgewalt, Regierungstätigkeit, Erbrecht und Alleinherrschaft über Grönland in seiner Hand vereinte.

Im Jahre 1848 setzte sich in Dänemark eine parlamentarische Regierung durch, ohne daß die absolute Herrschaft gleichzeitig im isländischen Staat aufgehoben wurde. Dänische „Grundgesetzminister“ kamen in die königlichen Regierungsbehörden in Kopenhagen, und der König übertrug ihnen die Regierungstätigkeit in Island und Grönland, was jedoch nur eine kündbare Arbeitsübertragung bedeutete. Der isländische König hob die absolute Herrschaft über Island erst in den Jahren 1874—1918 in Etappen auf, hat sie aber noch immer über Grönland und verschiedene andere Angelegenheiten inne. 1904 wurden die Regierungsbehörden Islands von Kopenhagen nach Reykjavík verlegt, ohne daß die Grönlandabteilung, die man vor langer Zeit an eine andere Stelle in der Königlichen Regierung verlegt hatte, nach dort mitkam. Mehr war damals nicht zu erreichen. Im Jahre darauf (1905) erließ der dänische Reichstag seine ersten Gesetze für Grönland. Damit hat Dänemark offenbar dem absoluten König von Island gegenüber dieselbe Stellung eingenommen wie früher der Kaufmann *Severin* und die Grönlandgesellschaft in Bergen. Die Souveränität über Grönland besitzt Dänemark damit aber ebensowenig wie jene. 1944 wurde die Isländische Republik gegründet. Dabei wurden die während des Krieges von dem durch das Allthing gewählten Regenten verwalteten Angelegenheiten in die Hände des nun vom isländischen Volk gewählten Staatspräsidenten gelegt. Dem König über Island sagte man damit weder Treue und Gehorsam auf, noch setzte man ihn ab. König *Christian X.* sandte dem isländischen Volk und seinem Allthing seine Glückwünsche. Das Königtum war somit nicht durch die Gründung der Republik abgeschafft worden. Ueber Grönland und verschiedene andere isländische Angelegenheiten ist der König noch heute Alleinherrscher. Und Dänemark-Islands gemeinsamer Besitz ist bisher weder abgerechnet noch aufgeteilt worden.

Was hat sich nun aber im Hinblick auf Grönland in den Jahren 1953/54 ereignet?

Die Bestimmung des dänischen Grundgesetzes vom 5. Juni 1953 des Inhalts, daß die Bewohner der grönländischen Südwestküste zwei Abgeordnete in den dänischen Reichstag entsenden sollen, scheint nur eine administrative Maßnahme zu sein, welche die frühere Rechtsgrundlage unberührt läßt. Dänemark hat Grönland damit weder teilweise noch ganz annektiert. Nord- und Ostgrönland werden weiterhin ganz wie eine Kolonie regiert, was auch für Südwestgrönland, abgesehen von der Entsendung der beiden Repräsentanten in den Reichstag, gilt.

Aber auf Grund der oben von Dänemark geschilderten, in der Wikingerzeit erworbenen und seitdem stets erhaltenen Rechtsstellung Grönlands als isländischer Kolonie wurde Dänemark durch die Vollversammlung von der Berichterstattung gemäß Art. 73e der Charta der Vereinten Nationen befreit. Mehr hatte Dänemark nicht angestrebt, und mehr enthielt der Beschluß der Vereinten Nationen auch nicht. In gewisser Hinsicht bedeutet diese Maßnahme eine Wiederholung der Geschehnisse von 1814, als die Regierung in Kopenhagen Grönland sich auf Grund seiner rechtlichen Zugehörigkeit zu Island mit Island von Norwegen trennen ließ.

¹⁵ Vgl. meine Schriften „Grönlands statsretslige Stilling i Middelalderen“, Oslo 1928, S. 179—186, und „Réttarst. Graenl., nylendu Islands“, Reykjavík 1947.

¹⁶ „Diplomatium Groenlandicum“, S. 91.

Informationen und Berichte

Die 21. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen hielt vom 17. April bis zum 4. Mai 1956 unter dem Vorsitz des Norwegers Hans Engen in Genf seine 21. Tagung ab¹. Im Vordergrund seiner Arbeiten standen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung.

Wirtschaftliche Fragen

Zum Problem der Beschleunigung der Industrialisierung und der Erhöhung der Produktivität in den unterentwickelten Ländern erörterte der Rat zwei Berichte des Generalsekretärs, die dieser gemäß dem von der 19. Tagung des Rates (Resolution 560 [XIX])² erteilten Auftrag vorgelegt hatte³. Darin hatte der Generalsekretär ein Arbeitsprogramm für die künftige Tätigkeit der Vereinten Nationen auf diesen Gebieten vorgeschlagen. Dieses Programm wurde vom Rat in einer Resolution (597 [XXI] A) grundsätzlich gebilligt; der Generalsekretär wurde ersucht, in Verbindung mit den zuständigen Sonderorganisationen praktische Vorschläge zur Durchführung des Programms auszuarbeiten und der 22. Tagung im Juli 1956 vorzulegen. Der Vollversammlung wurde vorgeschlagen, den Punkt „Industrialisierung unterentwickelter Gebiete“ in die Tagesordnung ihrer 11. Sitzungsperiode aufzunehmen.

Die Förderung der Entwicklung unterentwickelter Gebiete ist auch der Zweck der Resolution 597 (XXI) B, in welcher der Rat den Generalsekretär ersuchte, der 24. Tagung des Rates einen Bericht über die Verwendbarkeit der Atomenergie in der Industrie, der Energiewirtschaft und der Landwirtschaft vorzulegen und Vorschläge zu unterbreiten, wie ein Teil der Arbeit der geplanten zweiten Internationalen Konferenz über die friedliche Verwendung der Atomenergie der Förderung der Wirtschaft unterentwickelter Gebiete gewidmet werden könnte; möglicherweise soll darüber eine separate Konferenz abgehalten werden.

Ebenfalls bis zur 24. Tagung soll der Generalsekretär einen Bericht über die Möglichkeiten der Nutzung anderer neuer Energiequellen (Sonne, Wind, Gezeiten, Thermik) vorlegen; auch hierfür ist eine internationale Konferenz in Aussicht genommen (Resolution 598 [XXI]).

Auf der Grundlage eines Berichts des Generalsekretärs (E/2827) erörterte der Rat Probleme der Wasserwirtschaft. Er lenkte in einer Resolution (599 [XXI]) die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die lebenswichtige Bedeutung dieser Fragen und empfahl insbesondere das Studium der Entmineralisierung von Salzwasser und der Nutzung des Grundwassers. Der Generalsekretär wurde ersucht, einen Ausschuß internationaler Fachleute für die Ausführung von Talsperren- und Bewässerungs-Projekten einzuberufen und spätestens zur 25. Tagung des Rates wieder einen Bericht vorzulegen.

Die Berichte der Weltbank (E/2802) und des Internationalen Währungsfonds (E/2801) wurden vom Rat erörtert und gebilligt. Im Bericht des Internationalen Währungsfonds wurde auf den Anstieg der Gold- und Dollarreserven in der ganzen Welt hingewiesen, der gute Aussicht auf einen internationalen Zahlungsausgleich und die Abschaffung von Devisenbeschränkungen eröffne.

In einer Resolution zu Fragen der Kartographie (600 [XXI]) empfahl der Rat u. a. die Aufstellung eines Programms für die einheitliche Schreibweise geographischer Namen. Den Erörterungen lag ein Bericht des Generalsekretärs über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kartographie zugrunde (E/2823).

Soziale und juristische Fragen

Der Rat beschloß, eine internationale Konferenz zum Herbst dieses Jahres einzuberufen, um eine Zusatzkonvention über die Abschaffung der Sklaverei und des Sklavenhandels auszuarbeiten (Resolution 608 [XXI]). Ein Entwurf für diese Zusatzkonvention, welche die in Kraft befindliche Konvention von 1926 ergänzen soll, ist von einem ad hoc-Ausschuß des Rates vorgelegt worden.

Auf Grund eines gemeinsam vom Generalsekretär und dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes vorgelegten Berichtes (E/2815) befaßte sich der Rat erneut mit der Frage der Zwangsarbeit. In einer Resolution (607 [XXI]) verurteilte der Rat alle Formen der Zwangsarbeit, „insbesondere alle Systeme von Zwangsarbeit, die als Mittel politischen Zwanges oder der Bestrafung für politische Auffassungen angewandt werden, und dies in einem solchen Ausmaß, daß sie ein bedeutendes Element in der Wirtschaft des betreffenden Landes darstellen“. Die Staaten wurden aufgerufen, solche Zwangsarbeit abzuschaffen, und die ILO wurde ersucht, ihre Bemühungen auf diesem Gebiet fortzusetzen und dem Rat jährlich darüber zu berichten. Die Sowjetunion und die Tschechoslowakei stimmten gegen diese Resolution, weil ein von ihnen verlangter besonderer Hinweis auf Zwangsarbeit in Kolonien abgelehnt wurde.

In einer weiteren Resolution (604 [XXI]) beschloß der Rat die Einberufung einer internationalen Konferenz für die Ausarbeitung einer Konvention für die Anerkennung und den Vollzug ausländischer Schiedsgerichtsentscheidungen auf privatrechtlichem Gebiet; die Konferenz soll sich außerdem mit dem Studium weiterer Möglichkeiten zur Verbesserung des Schiedswesens im internationalen Privatrecht befassen.

Der Rat befaßte sich auch mit dem von der 10. Vollversammlung gegründeten Programm „Beratungsdienste auf dem Gebiet der Menschenrechte“⁴, das inzwischen auch Gegenstand von Beratungen der Menschenrechtskommission und der Kommission für die Rechtsstellung der Frau gewesen ist. Er ersuchte den Generalsekretär, dieses Programm weiterzuentwickeln und einen Katalog der Tätig-

¹) Die gegenwärtigen Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates vgl. EA 4/1956, S. 8632.

²) Vgl. den Bericht über die 19. und 20. Tagung in EA 19/1955, S. 8280.

³) „Survey of Current Works on Industrialisation and Productivity“, Dok. E/2816; „Proposals for a Programme of Work on Industrialisation and Productivity“, Dok. E/2832.

⁴) Vgl. EA 5/1956, S. 8666.

keitsgebiete und Dienste aufzustellen, für die von den Vereinten Nationen Hilfe gewährt werden kann (Resolution 605 [XXI]).

Weitere Resolutionen betrafen die Internationale Konvention über den Straßenverkehr von 1949 (Empfehlung der baldigen Ratifizierung und der Verlängerung von Uebergangsregelungen aus den früheren Konventionen von 1926 und 1943, Resolution 603 [XXI] und den Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen (Aenderung der Zusammensetzung des Exekutivausschusses, Resolution 610 [XXI] B).

W. B.

Die Europäische Konvention über Niederlassung

Am 13. Dezember 1955 wurde die Europäische Konvention über Niederlassung von beinahe allen Mitgliedstaaten des Europarats in Paris unterzeichnet; Großbritannien und die Republik Irland waren die einzigen, die nicht unterschrieben¹. Viele Jahre hindurch, während deren das Abkommen Gegenstand von Beratungen und Studium gewesen war, bis kurz vor seiner Unterzeichnung², war es als „Europäische Konvention über die gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen“ bekannt³. Wenn wir es weiter zurückverfolgen, begegnen wir ihm in den Vorschlägen zur „schrittweisen Rechtsangleichung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Rechtslage der Ausländer und mit dem Endziele der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Staatsbürgerschaft und eines europäischen Reisepasses“⁴ wieder. Dieser Plan verdankte seine Entstehung den Bemühungen des italienischen Vertreters im Ministerkomitee, der bald nach der Gründung des Europarats darlegte, daß der öffentlichen Meinung die politische Bedeutung des Europarats verborgen bleiben müsse, „wenn sie nicht im Alltagsleben dadurch fühlbar wird, daß sie eine gewisse Verminderung der Unterschiede zwischen Fremden und Einheimischen zugunsten der Angehörigen von Mitgliedstaaten mit sich bringt“⁵. Zu dem Endziele ist es zwar noch recht weit, aber daß es im Auge behalten, daß der erste Schritt dahin gemacht worden ist, beweist das Zustandekommen der Konvention.

In den sechs Jahren, von denen eben die Rede war, hat eine bemerkenswerte terminologische Verschiebung stattgefunden; solange der Entwurf noch nicht die „Niederlassung“ im Titel führte, sondern nach der „gegenseitigen Behandlung von Staatsangehörigen“ benannt war, kam der Ausdruck „niederlassen, niedergelassen, Niederlassung“ nicht weniger als vierzehnmal im Wortlaute vor. Die endgültige Fassung verwendet das Wort „Niederlassung“ („establishment“ im englischen, „établissement“ im französischen Originaltext) in der Überschrift, und danach nicht mehr. Das Unterzeichnungsprotokoll gibt auch keinen Aufschluß, obwohl es, wie weiterhin zu sehen sein wird, verschiedene Begriffe umschreibt.

Was ist also „Niederlassung“? Der im Jahre 1951 genehmigte Entwurf definierte sie als „die Begründung eines ständigen Aufenthaltes oder Domizils durch den Angehörigen eines Vertragspartners auf dem Staatsge-

biete eines anderen Vertragspartners“⁶. Daß der Sachverständigenausschuß, den das Ministerkomitee mit der Umarbeitung des ursprünglichen Entwurfs betraut hatte⁷ und dem in der Hauptsache die endgültige Fassung zuzuschreiben ist, jene Definition nicht beibehielt, kann nicht verwundern. Nicht nur bewirkt die Wendung „ständiger Aufenthalt oder Domizil“ Unklarheit; nicht nur sind die beiden Begriffe („permanent residence or domicile“) bei weitem nicht gleichbedeutend, da beispielsweise im englischen Recht das Domizil im Orte des vorwiegenden Aufenthaltes begründet ist; das Wort „Domizil“ selbst hat auch in den verschiedenen, hier in Frage kommenden Rechtsordnungen weit auseinanderstrebende Bedeutungen, und das ist eine weitere Schwäche des Definitionsversuchs — es sei nur erwähnt, daß im französischen öffentlichen Recht „domicile“ als Vorstufe der Naturalisierung geläufig ist. Nun ist hier lediglich ein Titel zu erklären, es sind nicht materielle Rechtsbegriffe abzugrenzen, und so mag es für diesen Zweck hinreichen, die verschiedenen Zusammenhänge anzuführen, in denen die Konvention vom Verhältnis einer Person (des Angehörigen eines Mitgliedstaates) zu einem Orte (auf dem Gebiete eines anderen Mitgliedstaates) spricht: dauernder Wohnsitz (Art. 2), Wohnsitz von mehr als zweijähriger Dauer (Art. 3 Abs. 2), zehnjähriger Wohnsitz (Art. 12 Abs. 1b), ständiger Wohnsitz (Art. 2, Art. 12 Abs. 1c) und schließlich eine Bindung, die in der besprochenen Definition überhaupt keine Erwähnung gefunden hatte: Erwerbstätigkeit von mindestens fünfjähriger Dauer (Art. 12 Abs. 1a und Art. 18). Somit spielt das Domizil keine Rolle mehr, obwohl es implicite in mehreren oben angeführten Sachverhalten vorhanden sein mag. Kurzum, „Niederlassung“ ist in dem nicht sehr präzisen Sinn des französischen „établissement“ verwendet und bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß jemand irgendwo ansässig ist.

Kap. I bis VI der Konvention enthalten materielle Vorschriften, Kap. VII und X sind verfahrensrechtlichen Fragen gewidmet, Kap. VIII, IX und XI allgemeinen Fragen. Hier wird nur die erste Gruppe behandelt werden, aber ehe auf die Einzelheiten eingegangen werden kann, muß auf die ungeheueren Schwierigkeiten hingewiesen werden, die einer internationalen Kodifizierung im Wege stehen. Obwohl die Konvention, wie gesagt, das Endziel der Rechtsvereinheitlichung nicht außer acht läßt⁸, sieht sie sich doch gezwungen, die Auslegung der einschlägigen Begriffe der Rechtsauffassung eines jeden Mitgliedstaates zu überlassen⁹; davon ist nur der terminus „ordre public“ (öffentliche Ordnung) ausgenommen¹⁰, der in dem kontinentalen, weiteren Sinne auszulegen ist. Nun genießt die extensive Auslegung von Einschränkungen in der Rechtswissenschaft keinen guten Ruf, und ein solches Vorgehen ist in diesem Falle um so bedauerlicher, als sich in anderer Hinsicht die Tendenz zur Vereinheitlichung gegen den Grundsatz der unabhängigen Interpretation nicht durchsetzen konnte.

Zu den einzelnen Bestimmungen ist folgendes zu bemerken:

¹) Großbritannien hat inzwischen mit Vorbehalt unterschrieben.

²) 7. Ordentliche Sitzungsperiode, 13. 10. 1955, Dok. 415.
³) 5. 5. 1951, AS/3/28, angenommen 12. 5. 1951, 3. Ordentliche Sitzungsperiode.

⁴) 1. Ordentliche Sitzungsperiode, Entschliebung Ber. Vers. 8. 9. 1949, Dok. 111.

⁵) Vgl. Inform. P/549, 21. 10. 1952.

⁶) Entwurf 1951, AS/3/28, Art. 1 Abs. 4.

⁷) 4. Ordentl. Sitzungsperiode, 26. 9. 1952, Dok. 87.

⁸) Präambel Abs. 4.

⁹) Unterzeichnungsprotokoll v. 13. 12. 1955, Abschn. Ia.

¹⁰) Art. 1, 2, 3.

Für den Genuß der Vorteile, die Angehörige von Mitgliedstaaten aus Kap. II („Ausübung der bürgerlichen Rechte“) und Kap. III („Rechts- und Verwaltungsschutz“) ableiten können, ist weder eine Mindestzeit vorgeschrieben noch überhaupt ein Wohnsitz erforderlich. Hinsichtlich ihrer Vermögens- und anderer Privatrechte sind solche bevorzugten Ausländer grundsätzlich Inländern gleichgestellt, und nur Rücksichten auf Sicherheit und Verteidigung des Landes können hier eine Ausnahme begründen. Falls zur Zeit in diesem oder jenem Mitgliedslande Maßnahmen in Geltung sind, die noch andere Unterschiede zwischen Einheimischen und Fremden festlegen, muß davon dem Generalsekretär des Europarats Mitteilung zum Zwecke der Veröffentlichung gemacht werden; in Zukunft werden solche Unterschiede ausschließlich mit besonders schwerwiegenden („imperative“) wirtschaftlichen oder sozialen Rücksichten begründbar sein, u. a. auch mit Vorkehrungen gegen das Entstehen von Monopolen.

Zugang zu den Gerichten, den Verwaltungsbehörden, zu öffentlichen Urkundensammlungen, zur Rechtswahrung und, wo die Voraussetzungen zutreffen, zur unentgeltlichen Rechtswahrung, ist im gleichen Ausmaße, in welchem die eigenen Staatsbürger hierzu berechtigt sind, auch den Angehörigen von anderen Mitgliedstaaten des Europarats gewährleistet, ob sie nun im betreffenden Lande ansässig sind oder nicht. Diese Garantien haben beträchtlichen praktischen Wert und unterliegen keinen Einschränkungen.

Kap. I („Einreise, Aufenthalt und Ausweisung“) ist weniger zufriedenstellend. Es unterwirft das Recht zur Einreise und zum Aufenthalt von Mitgliedstaatsbürgern wesentlichen Beschränkungen: „ordre public“, Sicherheit, öffentliche Gesundheit und Moral sind Rücksichten, aus denen die Einreise selbst zu kurzem Besuch verweigert werden kann¹¹, und nebst diesen vier werden sowohl wirtschaftliche als auch soziale Bedingungen als Gründe zum Ablehnen der Aufenthaltserlaubnis anerkannt¹². Wenn ein Staatsangehöriger eines Mitglieds des Europarats zur Einreise und zum Aufenthalt zugelassen worden ist, kann er als „niedergelassen“ angesehen werden. Während der ersten zwei Jahre seines Aufenthaltes kann er noch kurzerhand ausgewiesen werden, aber die ursprünglichen sechs Hindernisse sind nun auf drei zusammengeschrumpft, nämlich staatliche Sicherheit, „ordre public“, und öffentliche Moral; allerdings ist „ordre public“ ein sehr weiter Begriff und umfaßt sogar politische Bedenken¹³. Nach zweijährigem Aufenthalt wird es nur dann zur Ausweisung kommen können, wenn ein besonderes Verwaltungsverfahren, das mit Garantien der freien Verteidigung, der Rechtsvertretung und des Instanzenzuges ausgestattet ist, eine solche Ausweisung für gerechtfertigt erklärt. Unter einer einzigen Bedingung können diese formellen Erfordernisse außer acht bleiben, dann nämlich, wenn es aus Sicherheitsgründen geboten erscheint, aber auch nur dann, wenn die Sicherheitsgründe besonders gewichtig („imperative“) sind. Art. 3 Abs. 3 sieht vor, daß ein „Niedergelassener“ nach zehnjährigem Aufenthalt nur aus Gründen der Staatssicherheit oder beim Vorliegen anderer besonders schwerwiegender Gründe ausgewiesen werden darf. Man könnte sich fragen, ob diese Bestimmung die

verfahrensrechtlichen Sicherungen des vorhergehenden Absatzes aufhebt, da sie nicht ausdrücklich aufrechterhalten werden. Das ist aber wohl kaum der Sinn des Vertrages, der dem Betroffenen einen verstärkten Schutz gegen Ausweisung gewähren will, je länger er sich im Lande aufhält. In der Praxis dürfte diese Frage keine große Bedeutung besitzen, da in der Regel Ausländer nach zehnjährigem Wohnsitz sich als ständig angesiedelt ansehen und um Einbürgerung ansuchen werden, in manchen der in Betracht kommenden Länder wohl schon nach fünf Jahren.

Zeitliche Abgrenzungen (fünf Jahre und zehn Jahre) finden sich wieder im Kap. IV („Ausübung einer Erwerbstätigkeit“). Auch hier spielt gewiß eine Rolle, was oben mit Rücksicht auf die Einbürgerung gesagt wurde. Art. 10 verbietet Unterschiede zwischen Angehörigen von Mitgliedstaaten, wo es um den Antritt einer bezahlten Anstellung oder einer selbständigen Erwerbstätigkeit geht, und anerkennt lediglich Einschränkungen, die sich auf Sicherheits-, Verteidigungs- und dringliche wirtschaftliche Rücksichten stützen. Wie eingangs erwähnt, sind diese Ausnahmegründe vom Gesichtspunkte des Mitgliedsstaates zu betrachten, auf dessen Gebiet die betreffende Tätigkeit ausgeübt werden soll¹⁴. Gewisse Betätigungsarten können den eigenen Staatsbürgern vorbehalten bleiben, aber diese müssen durch den Generalsekretär des Europarats in der gleichen Weise bekanntgemacht werden, wie sie für die Einschränkung anderer Privatrechte¹⁵ vorgeschrieben ist. In diesem Kapitel tritt das Bestreben nach weitestgehender Gleichstellung besonders in Erscheinung: nach fünf Jahren „Niederlassung“ in der betreffenden Erwerbstätigkeit darf keiner der erwähnten Ausschließungsgründe gegen den Ausländer herangezogen werden; das gleiche gilt, wenn er sich auf dem Staatsgebiete länger als zehn Jahre aufgehalten hat oder im Besitze einer zeitlich unbeschränkten Aufenthaltserlaubnis ist.

Fünf Jahre „Niederlassung“ im Erwerb — und das leitet zu Kap. V („Besondere Berechtigungen“) über — geben dem Staatsbürger des Mitgliedsstaates die Befugnis zur Wahl in Berufsvereinigungen wie etwa Handelskammern, Landwirtschafts-, Anwaltskammern usw. Ohne Rücksicht auf „Niederlassung“ ist er amtsfähig als Schiedsrichter in Schiedsverfahren¹⁶, und seine Kinder genießen Zutritt zu Lehranstalten aller Grade unter den gleichen Bedingungen wie einheimische Schüler¹⁷.

Die Konvention erstreckt sich also auf „niedergelassene“ und nicht „niedergelassene“ Beschäftigte; sie geht aber weiter und bezieht eine Berufsgruppe ein, deren Arbeitsweise sie begrifflich zum Gegenteil von „niedergelassen“ stempelt: die Geschäftsreisenden¹⁸. Vorausgesetzt, daß sie sich in einem und demselben Staatsgebiet nicht länger als zwei Monate im halben Jahre aufhalten, werden sie ihrem Berufe wo auch immer nachgehen können.

Diese Bemerkungen können mit Kap. VI („Steuerrechtliche Regelung, obligatorische Zivildienstleistungen, Entsendung, Verstaatlichung“) abgeschlossen werden, da die restlichen sechs Kapitel — mit einer zu besprechenden Ausnahme — keine Normen für die Rechtsstellung des

¹¹) Art. 1.¹³) Protokoll, Abschn. IIIa.¹⁵) Vgl. oben zu Kap. II Art. 6.¹⁷) Art. 20.¹²) Art. 2.¹⁴) Protokoll, Abschn. Ia, 2.¹⁶) Art. 19.¹⁸) Art. 16.

Individuums enthalten, sondern das Verfahren und die zwischenstaatlichen Beziehungen regeln. Wie aus der Überschrift des Kap. VI hervorgeht, ist es seine Aufgabe, Angehörige von Mitgliedstaaten vor Benachteiligung gegenüber Einheimischen zu schützen, soweit es sich um öffentliche Abgaben wie Steuern, Zölle usw. handelt, und ihnen die gleichen Befreiungen und Abzüge zu gewährleisten. Falls sich die Einkommensteuerabzüge für Familienangehörige¹⁹ auch auf Familienmitglieder erstrecken, die nicht den Wohnsitz des Steuersubjektes teilen, sondern sich in seinem Heimatlande aufhalten, wäre die Annahme zulässig, daß der befreundete Ausländer besser daran wäre als der eigene Staatsbürger. Eine solche Bevorzugung widerspräche durchaus nicht dem Geiste des Abkommens, da Art. 23 festlegt, daß Angehörige von anderen Mitgliedstaaten im Falle der Enteignung oder Verstaatlichung ihres Eigentums mindestens so glimpflich behandelt werden müssen wie die Bürger des Mitgliedstaates, der die betreffende Maßnahme ergriffen hat.

Der Konventionsentwurf von 1951 sah sogar die Möglichkeit vor, daß Staatsangehörige eines Vertragspartners auf dem Gebiete eines anderen Vertragspartners zur Militärdienstleistung herangezogen würden. In der endgültigen Fassung spricht die Konvention nicht mehr vom Militärdienst, sondern beschränkt sich darauf, grundsätzliche Gleichstellung von Einheimischen und „Niederelassenen“ zu verbürgen, sollten — etwa im Falle von Naturkatastrophen — Leistungen von Zivildiensten gefordert werden müssen.

Schließlich ist von Kap. IX („Geltungsbereich der Konvention“) anzuführen, daß sich das Abkommen in erster Linie auf die europäischen Gebiete der Vertragspartner²⁰ erstreckt, wiewohl die Ausdehnung auf überseeische Territorien vorgesehen ist. Da die Konvention nicht ohne weiteres in den überseeischen Gebieten der Vertragsstaaten gilt, erschien es gerechtfertigt, die Einwohner dieser Gebiete ebenfalls von der Anwendung der Konvention auszunehmen. Art. 30 Abs. 2 bestimmt daher, daß kein Vertragsstaat verpflichtet ist, die Vorteile der Konvention anderen Vertragsstaaten zu gewähren, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem überseeischen Gebiet haben, auf das die Konvention keine Anwendung findet. Der Begriff „gewöhnlicher Aufenthalt“ hat hier etwa die gleiche Bedeutung wie im Art. 29 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, wo er im Hinblick auf die Rechtsverhältnisse der Staatenlosen gebraucht ist. Jedenfalls wird dieser Begriff gemäß dem Rechte des bezüglichen Mitgliedstaates abgegrenzt werden müssen, in diesem Falle allerdings nicht gemäß dem Rechte des Gebietes, in dem der Betreffende sich aufhält, sondern des Staates, dessen Bürger er ist²¹.

Der Vergleich zwischen Entwurf und endgültiger Fassung zeigt, daß viele ursprüngliche Zielsetzungen zurückgestellt worden sind — wohl um die Unterzeichnung der Konvention nicht weiter zu verzögern. Auch wenn man das bedauert, muß doch anerkannt werden, daß die Bemühungen des Europarats um eine schrittweise Rechtsangleichung der Mitgliedstaaten nicht aufgegeben sind; die Beratende Versammlung hat das jedenfalls unmißverständlich zum Ausdruck gebracht.

Dr. Herbert M. Pollard

¹⁹ Art. 21 (1).

²⁰ Art. 29 (1).

²¹ Protokoll, Abschn. VIII, letzter Absatz.

Deutsch-französisches Gespräch in Paris

Das „Centre d'Etudes de Politique Etrangère“ veranstaltete in Verbindung mit dem Deutschen Rat der Europäischen Bewegung am 1. und 2. Juni 1956 in Paris eine deutsch-französische Konferenz in Fortführung des Treffens von Bad Neuenahr vom Oktober 1955. Aus der Bundesrepublik kamen etwa 40 Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens, darunter zwölf Parlamentarier. Die französische Gruppe war gleichartig zusammengesetzt. Die Eröffnungssitzung leitete Robert Schuman, die Schlußsitzung Carlo Schmid.

Das politische Thema der Tagung, die Westeuropäische Union und das Problem der europäischen Sicherheit, wurde von dem Bundestagsabgeordneten Hermann Kopf und von dem französischen Abgeordneten Jean de Lipkowski in einleitenden Berichten behandelt. Die zukünftige Rolle der WEU und ihre Aufgaben standen im Mittelpunkt der Debatten, in denen auf deutscher Seite vor allem Kurt-Georg Kiesinger und Carlo Schmid Stellung nahmen.

Am ergiebigsten waren die wirtschaftlichen Themen, wie die Pläne für Euratom und den gemeinsamen Markt. Der junge französische Abgeordnete Valéry Giscard d'Estaing verteidigte die seiner Ueberzeugung nach berechtigten Sonderinteressen der Landwirtschaft, empfahl eine starke Verketzung der Produzenten, die zwangsläufig die Grundlage des gemeinsamen Marktes bilden, und bedauerte die mangelnde Behandlung der Preispolitik, die nicht mehr nach rein nationalen Grundsätzen ausgerichtet werden sollte, im Brüsseler Sachverständigen-Bericht. Besonders der Grundsatz der Harmonisierung der Sozialgesetzgebung sollte vertraglich verankert werden. Ungenügend behandelt erschienen dem französischen Parlamentarier die Finanzprobleme; mit den vorgesehenen Mitteln würde man dem zusätzlichen europäischen Investitionsbedarf nicht gerecht werden. Dagegen bestritt der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Gerhard Kreyssig den Anspruch der Landwirtschaft auf eine Sonderstellung innerhalb des gemeinsamen Marktes. Er beanstandete die zu geringe Berücksichtigung der sozialen Fragen im Brüsseler Bericht.

Ueber Investitionen in den unterentwickelten Gebieten sprachen Prof. Rudolf Meimberg und der französische Wirtschaftssachverständige Guy de Carmoy, der für die wirtschaftliche Entwicklung Nordafrikas, und besonders deren Landwirtschaft, mit europäischer Kapitalhilfe plädierte. Prof. Meimberg suchte eine weitgehend gebilligte Mittellinie zwischen Privatinvestitionen und öffentlichen Krediten, wobei letztere nur dann gegeben werden sollten, wenn die Privatmittel nicht zur Durchführung eines größeren Projektes ausreichen. Von französischer Seite wurde der Wunsch bekundet, die überseeischen Gebiete in den gemeinsamen Markt einzubeziehen.

In der deutsch-französischen Diskussion, die in einer Atmosphäre der offenen und herzlichen Aussprache geführt wurde, zeigten sich folgende Tendenzen: ständiges Bestreben zum Abbau der gegenseitigen Mißverständnisse, unbedingte Bereitschaft zur Fortsetzung einer europäischen Politik, wenn auch über verschiedene, nicht unwichtige Einzelheiten, besonders hinsichtlich der Aufgaben der WEU, Meinungsverschiedenheiten bestehen, sowie schließlich der deutliche französische Wunsch nach europäischer Solidarität für Nordafrika und zunehmendes deutsches Verständnis dafür.

Walter Schütze

Zeittafel vom 16. bis zum 30. Juni 1956

Die Ereignisse in Europa

Belgien

16. Entsprechend den Beschlüssen der Außenministerkonferenz in Venedig beginnt in Brüssel die Regierungskonferenz der Mitgliedstaaten der EGKS zur Ausarbeitung der Verträge über den Gemeinsamen Markt und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom).

Deutschland

16. Bundesaußenminister von Brentano warnt in einer Rede vor dem Wirtschaftsbeirat der CSU in Augsburg vor einer allzu starken Forcierung des Osthandels der Bundesrepublik: dies könne nur auf Kosten anderer Märkte geschehen und gebe so dem Osten die Möglichkeit, durch ein plötzliches Abstoppen eine Wirtschaftskrise herbeizuführen.
17. Die Christliche Gewerkschaftsbewegung (CGD) hält in Essen ihren ersten Bundeskongress ab, auf dem Satzung und Programm der Bewegung sowie tarifpolitische Leitsätze verabschiedet werden. Zum Ersten Vorsitzenden wird der Bundestagsabgeordnete Johannes Even, zum Generalsekretär Erich König (Essen) gewählt.
In Miltenberg gründet Otto Strasser eine Partei, die er „Deutsch-Soziale Union (Strasserpartei)“ nennt.
- 18.—26. Der indonesische Staatspräsident, Achmed Soekarno, stattet der Bundesrepublik und West-Berlin einen Staatsbesuch ab. In einer Rede an der Heidelberger Universität am 22. Juni erklärt er, künstlich geteilte Staaten seien eine der wesentlichsten Ursachen der bestehenden Spannungen, die Wiedervereinigung Deutschlands würde daher einen entscheidenden Beitrag zu ihrer Beseitigung darstellen; sie sei außerdem ein Problem der Humanität, das nicht von der Entwicklung dieser Spannungen abhängig gemacht werden dürfe. In dem am 26. Juni veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué wird erklärt, daß zwischen beiden Regierungen Einverständnis über diese Äußerungen des Präsidenten bestehe. In den Besprechungen sei ferner ein weiterer Ausbau der zwischen beiden Ländern bestehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit vereinbart worden.
19. Der Vorsitzende der FDP, Thomas Dehler, richtet ein Schreiben an die Liberal-Demokratische Partei der DDR, indem er gleichzeitige Schritte der Fraktionen beider Parteien in ihren Parlamenten zugunsten einer beiderseitigen Amnestie für politische Vergehen vorschlägt. Die LDPD antwortet am 26. Juni mit einem Schreiben, in dem sie Verhandlungen der beiden Justizminister empfiehlt.
Der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, erklärt in einem Interview mit der italienischen Zeitung *Avanti*, eine beide Teile Deutschlands einbeziehende Abrüstungsregelung würde die Wiedervereinigung Deutschlands erleichtern. Die Regierung der DDR sei bereit, mit Vertretern der Bundesrepublik alle strittigen Fragen zu prüfen.
23. In einer Stellungnahme zu der Erklärung der TASS vom 21. Juni (vgl. Sowjetunion) hält die Bundes-

regierung ihre Version der angeblichen Äußerungen Chruschtschows gegenüber dem französischen Ministerpräsidenten aufrecht. Die TASS-Erklärung bestätige nur die Feststellung der Bundesregierung, daß die Sowjetunion entgegen ihren moralischen und völkerrechtlichen Verpflichtungen die Wiedervereinigung Deutschlands absichtlich verhindere.

Im Bundestag findet eine konjunkturpolitische Debatte statt, in deren Verlauf Bundeswirtschaftsminister Erhard in einer Regierungserklärung ein zweites Konjunkturprogramm der Bundesregierung vorlegt. In der am 26. Juni fortgesetzten Debatte wird das Konjunkturprogramm von dem Sprecher der SPD als unzureichend bezeichnet. Die von der Bundesregierung vorgelegten Zollsenkungsvorschläge werden gebilligt.

- 23.—24. Bundesparteitag des GB/BHE in Fulda. (Ein Bericht wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)
- 23.—24. Gründungsparteitag der Freien Volkspartei in Bochum. (Ein Bericht wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)
- 25.—30. Besuch des Kronprinzen und Außenministers des Jemen, Mohammed el-Badr, in der DDR. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, der Besuch habe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem jemenitischen Volk bekräftigt und den Wunsch beider Völker unterstrichen, „zu gegebener Zeit normale Beziehungen zwischen ihnen herzustellen“.
26. Bundeskanzler Adenauer erklärt in einem Interview mit der amerikanischen Nachrichtenagentur INS, er werde über die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mit der Sowjetunion allein verhandeln, sondern nur mit allen vier Mächten zusammen. Man müsse dieses Problem nicht nur vom deutschen Standpunkt, sondern auch von dem der ganzen freien Welt sehen.
27. Die Hamburger Bürgerschaft lehnt einen von der SPD-Fraktion eingebrachten Mißtrauensantrag gegen den Senat ab.
- 27.—29. In Ost-Berlin findet eine außerordentliche Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland statt. In einer einstimmig angenommenen Grundsatzerklärung nimmt die Synode zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat Stellung und erklärt, die kirchliche Geltung wisse sich unabhängig vom Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt, sie lehne jedoch im Glauben jeden Totalitätsanspruch menschlicher Macht ab. Im Hinblick auf das Verhältnis zur Regierung der DDR war in der Diskussion sowohl von ostdeutschen als auch von westdeutschen Synodalen erklärt worden, eine Regierung müsse unabhängig von der Art ihres Zustandekommens von der Kirche als Obrigkeit anerkannt werden. In einer Resolution über die Einheit des deutschen Volkes erklärt die Synode, daß die gegenwärtige politische Ordnung im geteilten Deutschland nur als Provisorium anzusehen sei. Die Synode beauftragt eine Kommission, der Bundesregierung die Bedenken der Syno-

dalen gegenüber den Auswirkungen der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik zu übermitteln und gleichzeitig bei der Regierung der DDR vorstellig zu werden, damit kein Zwang zum Eintritt in die „Volksarmee“ der DDR ausgeübt werde.

28. Der Deutsche Bundestag verabschiedet in dritter Lesung den Haushalt für das Haushaltsjahr 1956/57.
- 28.—29. Außenpolitische Debatte im Deutschen Bundestag. (Ein Bericht wird in einer künftigen Folge des Europa-Archivs erscheinen.)
29. In den Verhandlungen über die Weiterzahlung von Stationierungskosten für die in der Bundesrepublik stationierten alliierten Truppen (vgl. Zeittafel in EA 13/1956) wird mit Großbritannien die Zahlung von 400 Millionen, mit Frankreich die von 278 Millionen Mark vereinbart.
30. Der Ministerrat der DDR beschließt eine Reduzierung der Truppenstärke der „Nationalen Volksarmee“ um 30 000 auf 90 000 Mann. Der Beschluß bestimmt ferner, daß die Auffüllung der Armee durch Werbung von Freiwilligen zu erfolgen hat. Das Zentralkomitee der SED fordert die SPD in einem Schreiben zu gemeinsamen Beratungen über die Abrüstung und die Verhinderung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik auf.

Frankreich

- 18.—22. Ordentliche Tagung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS in Straßburg. (Ein Bericht wird in einer künftigen Folge des Europa-Archivs erscheinen.)
19. In der *L'Humanité* veröffentlicht das Politbüro der Kommunistischen Partei Frankreichs eine Erklärung, in der es heißt, der ohne vorherige Fühlungnahme mit den französischen Kommunisten veröffentlichte Bericht *Chruschtschows* über Stalin sei geeignet, eine normale Diskussion innerhalb der Partei zu erschweren und Spekulationen und Manöver der Feinde des Kommunismus zu fördern. Das Politbüro fordert „eine tiefgreifende marxistische Analyse, um die Gesamtheit der Umstände zu bestimmen, unter welchen sich die persönliche Macht Stalins auswirken konnte“.
- 20.—22. In Paris tritt die vom Nordatlantikat eingesetzte, aus den Außenministern Lester B. Pearson (Kanada), Gaetano Martino (Italien) und Halvard Lange (Norwegen) bestehende Kommission zum Studium der Möglichkeiten einer Erweiterung der Zusammenarbeit der Mitglieder des Nordatlantikpakts auf nicht-militärischem Gebiet zusammen. Sie beschließt die Versendung von Fragebogen an die Mitgliedstaaten und die Bildung von Arbeitsgruppen für politische und wirtschaftliche Fragen.
21. Der Ministerrat der OEEC beschließt, die Tätigkeit der Europäischen Produktivitätszentrale bis zum Juni 1960 zu verlängern.
23. Zum Nachfolger des zurückgetretenen Staatsministers Pierre Mendès-France wird unter Beibehaltung seiner bisherigen Funktionen der Erziehungsminister René Billères ernannt.
26. Mit großer Mehrheit nimmt die Nationalversammlung das Gesamtbudget und das Gesetz über die Verkehrs-koordination an und spricht damit der Regierung Mollet zweimal das Vertrauen aus.
29. Der Ministerrat der OEEC beschließt die Verlänge-

rung der Europäischen Zahlungsunion um ein weiteres Jahr.

30. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Gruenther, gibt bekannt, daß Marschal Alphonse Juin seinen Rücktritt als Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa erklärt hat.

Griechenland

- 28.—30. Besuch des sowjetischen Außenministers, Dimitri T. Schepilow. Vor seiner Abreise erklärt er in einer Pressekonferenz, die Sowjetunion sei bereit, den Handelsaustausch mit Griechenland auszudehnen und technische und wissenschaftliche Hilfe zu leisten, ohne politische Bedingungen zu stellen. Der griechische Außenminister, Evangelos Averoff, bezeichnet in einem Kommuniqué einen vorgeschlagenen Besuch des Ministerpräsidenten Konstantin Karamanlis in Moskau als „gegenwärtig nicht konstruktiv“.

Großbritannien

17. In London wird ein dreitägiger Meinungsaustausch zwischen der britischen Regierung und dem Staatssekretär im französischen Außenministerium, Maurice Faure, über die Europäische Atomgemeinschaft beendet.
22. Das Büro der Sozialistischen Internationale in London erörtert in einer Sitzung das Verhältnis der europäischen zu den asiatischen sozialistischen Parteien. Es wird eine Erklärung zu den kolonialen Freiheitsbestrebungen ausgearbeitet, die der Asiatischen Sozialistischen Konferenz zur gemeinsamen Redaktion zugeleitet werden soll.

Island

24. Die Parlamentswahlen in Island haben folgendes Ergebnis:

	Sitze ¹
Konservative Unabhängigkeitspartei	19 (21)
Fortschrittliche Agrarier	17 (16)
Sozialdemokraten	8 (6)
Volksfront	8 (—) ²
Partei für die Volksverteidigung	0 (2)

¹) In Klammern die bisherige Sitzverteilung.

²) Die Volksfront existierte bei den letzten Parlamentswahlen noch nicht; die in ihr aufgegangene Kommunistische Partei hatte im letzten Althing 7 Sitze.

Italien

17. Das Organ der Kommunistischen Partei Italiens, *L'Unità*, gibt ein Interview des Generalsekretärs, Palmiro Togliatti, wieder, das in der Zeitschrift *Nuovi Argumenti* gewährt hat. Zu den Erklärungen *Chruschtschows* über Stalin stellt Togliatti fest: „Einst war alles, was gut ist, den übermenschlichen positiven Eigenschaften eines einzigen Mannes zu verdanken — jetzt wird alles, was schlecht ist, den gleicherweise außergewöhnlichen Mängeln des gleichen Mannes zugeschrieben.“ Die Kommunisten könnten sich mit der Haltung des 20. Kongresses der KPdSU nicht befriedigt erklären. Das sowjetische Modell dürfe und könne für die kommunistisch regierten Länder nicht verpflichtend sein. Die künftige Selbständigkeit der kommunistischen Parteien unterstreichend, erklärt Togliatti, es werde der Kommunistischen Partei Italiens selbst obliegen, ihre Methode und ihr Leben zu gestalten.

Oesterreich

22. Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen zwischen der Oesterreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Oesterreichs wird bekanntgegeben. In der neuen Koalitionsregierung hat die ÖVP eine stärkere Stellung. Das von einem Sozialisten geleitete Ministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe wird in ein Ministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft umgewandelt. Die Aufsicht über die verstaatlichten Betriebe, die Erdölindustrie und den Rundfunk geht auf die Bundesregierung als Ganzes über. Das Ressort des Verteidigungsministers wird neu geschaffen.
29. Vereidigung der neuen Regierung, die sich wie folgt zusammensetzt: Bundeskanzler: Julius Raab (ÖVP); Vizekanzler: Adolf Schärf (SPÖ); Innenminister: Oscar Helmer (SPÖ); Justizminister: Otto Tschadek (SPÖ); Unterrichtsminister: Heinrich Drimmel (ÖVP); Sozialminister: Anton Proksch (SPÖ); Finanzminister: Reinhard Kamitz (parteilos); Land- und Forstwirtschaftsminister: Franz Thoma (ÖVP); Handels- und Wiederaufbauminister: Dr. Udo Illig (ÖVP); Minister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft: Karl Waldbrunner (SPÖ); Außenminister: Leopold Figl (ÖVP); Verteidigungsminister: Ferdinand Graf (ÖVP).

Polen

23. In Posen entwickelt sich ein Streik- und Protestmarsch von Stahlarbeitern gegen die Normen und hohen Lebenshaltungskosten zu einem offenen Aufbruch weiter Teile der Bevölkerung. Unter Einsatz von Armee-Einheiten mit Panzern wird der sich bis in die Nacht vom 29. zum 30. Juni vereinzelt hinziehende Widerstand gebrochen. Die Zahl der Toten wird von Radio Warschau mit 48 angegeben.

Rumänien

- 24.—26. Auf der Rückreise aus der Sowjetunion trifft der jugoslawische Präsident, Marschall Tito, zu einem Besuch in Bukarest ein. Nach Abschluß der Verhandlungen veröffentlicht er mit Ministerpräsident Chivu Stoica eine Erklärung, welche die Erweiterung der wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zwischen den beiden Ländern vorsieht. Ein weiteres Kommuniqué behandelt den Meinungsaustausch zwischen den kommunistischen Parteien der beiden Länder.

Sowjetunion

19. Auf einer Kundgebung im Moskauer Dynamo-Stadion erklärt der zu einem Staatsbesuch in der Sowjetunion

weilende jugoslawische Präsident, Marschall Tito, der 1948 ausgelöste Bruch zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion sei das Ergebnis der falschen Einstellung eines einzelnen gewesen. Zur deutschen Frage sagt er, zu ihrer Lösung sei in erster Linie die Mitwirkung des deutschen Volkes erforderlich. Es gebe heute zwei Staaten, West- und Ostdeutschland, und es wäre falsch, diese Tatsache nicht zu sehen. Die sowjetische Haltung sei in dieser Hinsicht der jugoslawischen ähnlich. Präsident Tito betont, wenn Jugoslawien mit der Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus zusammengehe, so bedeute das keinesfalls, daß es seine Beziehungen zu anderen Staaten verderben wolle. Am 20. Juni werden die Besprechungen mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung der beiden Regierungen und einer Erklärung über die Beziehungen zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beendet. (Der Wortlaut wird in einer der nächsten Folgen des EA erscheinen.)

21. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS nimmt zu der von Bundeskanzler Adenauer am 5. Juni bekanntgegebenen Wiedergabe von Äußerungen des Parteisekretärs Chruschtschow (vgl. Zeittafel in EA 13/1956, Deutschland und Luxemburg) Stellung. Die Behauptungen Adenauers seien völlig haltlos und die Tatsachen entstellend. In Wirklichkeit habe Parteisekretär Chruschtschow hervorgehoben, daß die Sowjetunion sich nicht mit der Einbeziehung des vereinigten Deutschland in militärische Gruppierungen einverstanden erklären könne, die sich gegen die Sowjetunion und ihre Freunde richten.
30. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei faßt einen „Beschuß über die Ueberwindung des Personenkults und seiner Folgen“. (Den Wortlaut wird das Europa-Archiv in einer künftigen Folge veröffentlichen.)

Türkei

20. Außenminister Fuat Köprülü tritt zurück. Mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte wird Innenminister Ethem Menderes betraut.

Ungarn

30. Das Zentralkomitee der Partei der Werktätigen läßt durch die ungarische Nachrichtenagentur einen Appell verbreiten, der vor der Gefahr warnt, daß die Feinde der Ungarischen Volksrepublik Unruhen provozieren könnten. Die Herausforderung von Posen bewiese allen ungarischen Arbeitern, daß sie sich dem entschlossen widersetzen müßten.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt**AFRIKA****Aegypten**

- 16.—22. Der sowjetische Außenminister, Dimitri T. Schepilow, hält sich als Gast der ägyptischen Regierung in Kairo auf. Ueber die Verhandlungen wird eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, nach der die beiden Regierungen die Zusammenarbeit fortsetzen wollen in der Hoffnung, daß sie zur weiteren Minderung der internationalen Spannung beitragen werde. Radio Kairo meldet, daß bei den Verhand-

lungen auch die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen und die Mitwirkung der Sowjetunion bei der Schaffung neuer Industrien erörtert worden sei.

18. Beginn der mehrtägigen Befreiungsfeiern aus Anlaß des Abzugs der letzten britischen Truppen aus der Suezkanal-Zone, an denen auch der sowjetische Außenminister, Schepilow, teilnimmt. Ministerpräsident Gamal Abdel Nasser gibt der Absicht Ausdruck, daß sich Aegypten an Freunde im Westen und im Osten wenden wolle, damit sie beim Aufbau des Landes behilflich seien.

19. Ministerpräsident *Nasser* verkündet die Aufhebung des Kriegsrechts und der Pressezensur.
23. Bei der Wahl des Staatspräsidenten erhält Ministerpräsident Gamal Abdel *Nasser* als einziger Kandidat 99,84 vH aller Stimmen. Am 30. Juni bildet *Nasser* die neue Regierung, behält gleichzeitig den Posten des Ministerpräsidenten und ersetzt drei Militärs durch Zivilisten.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

- 15.—20. Besuch des französischen Außenministers, Christian *Pineau*. Das über die Besprechungen mit Außenminister *Dulles* herausgegebene Communiqué spricht von einem allgemeinen Meinungsaustausch über die internationale Lage und spezielle Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse. Es wird ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie abgeschlossen. Die Außenminister bekräftigen die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung des Nordatlantikpakts.
21. In einer außenpolitischen Rede in San Francisco erklärt Außenminister *Dulles*, die Kräfte des Despotismus in der Welt seien heute besser organisiert als je zuvor. Wenn die sowjetischen Staatsmänner auf Gewalt verzichten wollten, so begrüße er das; es sei jedoch unsinnig zu glauben, die Gefahr sei vorüber und man könne von der Politik gegenseitiger Sicherheit, welche die alten sowjetischen Taktiken vereitelt habe, Abstand nehmen.
29. Der Senat verabschiedet das Gesetz über die Auslandshilfe in Höhe von 4,5 Milliarden Dollar. Das Gesetz geht jetzt an einen Vermittlungsausschuß, der eine Kompromißlösung mit dem Repräsentantenhaus erarbeiten soll, das nur 3,8 Milliarden Dollar genehmigt hatte (vgl. Zeittafel in EA 13/1956).

Die Organisation der Vereinten Nationen

26. Der Sicherheitsrat lehnt einen Antrag von 13 arabischen und afrikanischen Staaten ab, die Algerienfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wird nur von der Sowjetunion und Persien befürwortet, während sich Jugoslawien und Formosa der Stimme enthalten.
27. Generalsekretär Dag *Hammarhjöld* begibt sich auf eine mehrwöchige Reise zur Fühlungnahme mit Regierungen Osteuropas.

ASIEN

Volksrepublik China

15. Der Volkskongreß tritt zu einer mehrwöchigen Sitzung zusammen, auf der u. a. das Budget erörtert wird. Es sieht eine Senkung der Militärausgaben um 5 vH vor; von den Gesamtausgaben von ca. 30,74 Milliarden Yuan sind noch annähernd 20 vH für Verteidigungszwecke vorgesehen. Am 28. Juni erklärt Ministerpräsident *Tschu En-lai*, die Möglichkeiten einer friedlichen Befreiung Formosas hätten sich vergrößert. Wenn den Chinesen auf Formosa die nationalen Interessen genügend teuer seien, könne man sich einigen und die Waffen zusammenlegen.

Israel

18. Außenminister Mosche *Sharett* erklärt seinen Rücktritt. Zum Nachfolger wird der bisherige Arbeitsminister, Frau Golda *Meyerson*, berufen.

Libanon

26. Der sowjetische Außenminister, Dimitri T. *Schepilow*, weilt zu einem zweitägigen Besuch in Beirut. Es wird auf beiden Seiten der Wunsch nach weiterer Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit ausgedrückt.

Syrien

- 22.—25. Besuch des sowjetischen Außenministers, Dimitri T. *Schepilow*. Nach Verhandlungen mit Ministerpräsident Sayed Sabri *Asali* wird in einer gemeinsamen Erklärung der Wunsch nach engeren wirtschaftlichen Beziehungen und dem Abschluß eines Kulturabkommens ausgedrückt.

Vietnam (Nord)

20. Der Ministerrat der Demokratischen Republik Vietnam beschließt eine Verringerung der Armee um 30 000 Mann.

EUROPA - ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Die Volksbefragung an der Saar vom 23. Oktober 1955

Entscheidung über das deutsch-französische Abkommen vom 23. Oktober 1954

Von Klaus Altmeyer

Einleitung

Schon mehrere Jahre vor dem Abschluß der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 hatten maßgebende Kräfte der französischen Politik die Forderung aufgestellt, daß eine Gesamtregelung des Verhältnisses der westlichen Besatzungsmächte zur Bundesrepublik, die deren Souveränität wiederherstellen würde, auch eine Regelung der Saarfrage in sich schließen müsse. Es ist hier nicht der Ort, die einzelnen Phasen dieser Entwicklung noch einmal darzustellen. Wesentlich ist, daran zu erinnern, daß der Rücktritt des Kabinetts Antoine Pinay am 23. Dezember 1952 wichtig war, da nach diesem Ereignis die neue französische Regierung, die sich auch auf die Gaullisten stützte, die Regelung der Saarfrage gewissermaßen zur Vorbedingung (préalable) jeder weiteren Entwicklung erhob. All dies spielte sich in der Phase ab, in der die Verwirklichung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft noch möglich erschien. Es lag nahe, daß die Konzeption, die der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zugrunde lag und in der Montanunion ihren ersten Ausdruck gefunden hatte, auch die Richtung bestimmte, in der man sich um eine Lösung des Saarproblems bemühte. Ausdruck dieser Konzeption war der Gedanke, daß man das Saargebiet europäisieren könne und solle, weil im Rahmen des Verschmelzungsprozesses zur Politischen Gemeinschaft,

der in vorhersehbaren Fristen ablaufen sollte, die nationalen Grenzen ohnehin unerheblich werden würden. Auf diesem Grundgedanken beruhte die wenn auch mit gewissen Vorbehalten versehene Zustimmung der Bundesrepublik zu den Hauptlinien des sogenannten Naters-Plans.

Der 30. August 1954 bedeutete einen kaum schwer genug einzuschätzenden Schlag gegen die Konzeption der europäischen Politischen Gemeinschaft. Er brachte gleichzeitig eine Entscheidung, welche die bisherigen Vorstellungen einer Saarlösung erschüttern mußte. Als nun erneut der Versuch unternommen wurde, das Verhältnis der Bundesrepublik zu den westlichen Besatzungsmächten zu regeln und die Periode der Besatzungshoheit zu beenden, bestand der französische Ministerpräsident, Pierre Mendès-France, und mit ihm die Mehrheit des französischen Parlaments weiterhin auf der Forderung, daß eine Regelung der Saarfrage integrierender Bestandteil einer Gesamtregelung sein müsse¹. Die Verhandlungen in Paris und ihr Abschluß am 23. Oktober 1954 waren die Geburtsstunde des deutsch-französischen Abkommens über das Statut für die Saar, das eine von den ursprünglichen Erwartungen stark veränderte „europäische“ Lösung der Saarfrage zum Inhalt hatte.

I. Das deutsch-französische Abkommen über die Saar vom 23. Oktober 1954

Erste Reaktionen

Das Abkommen, das in dramatischer Weise „in letzter Minute“ unterzeichnet worden war, trägt in vielen Punkten die Zeichen des zähen Ringens, das sich bei seiner Formulierung abspielte. Es enthielt eine ungewöhnlich große Zahl von Begriffen, die im Rahmen der politischen Auseinandersetzung verschieden ausgelegt werden konnten. Immerhin konnte an dem provisorischen Charakter des vertraglichen Abkommens nicht gerüttelt werden. Einer der problematischen Aspekte freilich war, daß von einem „Europäischen Statut“ gesprochen wurde, obgleich ein europäisches Statut im ursprünglichen Sinne als endgültig

gedacht werden mußte. Das Wort „europäisch“ hatte primär einen geographischen und danach einen politischen Sinn bekommen, so weit nämlich, wie den Instanzen der Westeuropäischen Union eine Kontrolle zugewiesen war. Die Bestimmungen des Abkommens spiegelten im übrigen die Tatsache wider, daß nach der Zerschlagung der EVG-Konzeption die nationalen Grenzen wieder erheblich werden mußten. Insofern war die Entscheidung des französischen Parlaments gegen die EVG auch der Ausgangspunkt für die Entwicklung an der Saar, die das nationale Element in den Vordergrund drängte.

Das Saar-Statut ist nach der Ablehnung und nach den neuen Lösungen, die sich abgezeichnet haben, heute ein Stück Geschichte. Trotz dieser Tatsache muß ihm eine nüchterne und vorurteilsfreie Analyse gewidmet werden². Zwar gaben die wirtschaftlichen Bestimmungen dem ursprünglichen Anliegen Frankreichs weitestgehende Genugtuung³, jedoch eröffnete das Statut den Weg zur Freiheit, zur Zulassung der vorher verbotenen politischen Parteien. Die Einschaltung der Westeuropäischen Union bot die Gewähr für die Wiederherstellung der Grundrechte mit der Folge, daß selbst im Falle der Annahme, ja, wie damals erscheinen mußte, gerade im Falle der Annahme, der Weg für eine vollständige Umgestaltung der innenpolitischen Verhältnisse sich öffnete.

Blicken wir auf die damaligen ersten Reaktionen zurück, so stellen wir fest, daß die herrschenden Kreise im Saargebiet das Abkommen — jedenfalls nach außen hin — begrüßten. Diese Haltung gründete sich in erster Linie auf die Auffassung, daß auch nach Annahme des Statuts die Kräfte am Ruder bleiben würden, die es bis dahin gewesen waren⁴.

Variationsreicher waren die Kommentare in beiden Vertragsstaaten, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Die Regierungen beider Länder waren naturgemäß darauf bedacht, die parlamentarische Verabschiedung des Abkommens zu erwirken⁵, und gingen deshalb in der Analyse des Abkommens jeweils

auf die Punkte ein, welche die Bejahung des Abkommens fördern konnten. Daß sich dabei gewisse Verschiedenheiten der Auslegung in Frankreich und in der Bundesrepublik ergaben, ist angesichts der Umstände natürlich. Während in Frankreich der Regierungschef die quasi-Endgültigkeit hervorhob, indem er erklärte, man werde einen Friedensvertrag ohne die Uebernahme dieser Saarregelung nicht akzeptieren, wies die deutsche Regierung mit Fug und Recht auf die Tatsache des Provisoriums hin und auf die Aussicht auf eine totale Umschichtung der innenpolitischen Verhältnisse an der Saar. Diesem Gedanken verlieh Bundeskanzler *Adenauer* sehr starken Ausdruck in der Plenardebatte des Bundestages vom 25. Februar 1955, indem er ausdrücklich erklärte, daß es geradezu der Sinn des Abkommens sei, das Regime *Grandval—Hoffmann* zu stürzen⁶. In dieser Situation faßte die Christliche Volkspartei (CVP) des Ministerpräsidenten Hoffmann am 14. März 1955 eine Resolution, in der sie sich gegen die schroffe Ablehnung ihres Parteichefs durch den Bundeskanzler wandte und sich bis zur Beendigung der Auslegungsschwierigkeiten ihre Entscheidung für oder gegen die Annahme des Saar-Abkommens vorbehielt⁷.

Für die Haltung der Bundesregierung war außerdem wichtig, daß mit der Annahme des Abkommens die ursprünglichen Erklärungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens über die Saarfrage gegenüber Frankreich als erledigt angesehen werden durften.

II. Die Vorbereitungen für die Abstimmung

Die Kommission der Westeuropäischen Union

Am 5. Mai 1955 trat das Pariser Vertragswerk in Kraft, und damit begann die Periode, in der an die Verwirklichung des im Saar-Abkommen vorgesehenen Verfahrens gedacht werden mußte. Ursprünglich bestanden verschiedene Tendenzen hinsichtlich der Reihenfolge der einzelnen Maßnahmen beziehungsweise der Zeitabstände zwischen ihnen (Referendum, Landtagswahl) oder der Dauer der Fristen und deren Anlaufen. Ueber diese Ereignisse darf hinweggegangen werden. Festgehalten bleibe, daß der Rat der Westeuropäischen Union am 11. Mai 1955 grundsätzliche Richtlinien darüber verabschiedete, in welcher Weise die ihm zugewiesenen Pflichten und Befugnisse verwirklicht werden sollten. In einem der beiden Beschlüsse⁸ werden die Aufgaben und Befugnisse des Kommissars bei Inkrafttreten des Statuts umschrieben; in dem anderen befaßt sich der Rat mit den Voraussetzungen und Formen der Durchführung der Volksbefragung. Wesentlich war, daß eine Ueberwachungskommission eingesetzt und allgemeingültige Grundsätze für die Abstimmung festgelegt wurden, die rechtsstaatlichen Erfordernissen entsprachen.

Am 16. Juni 1955 designierte der Ständige Rat der Westeuropäischen Union die Mitglieder der Euro-

päischen Kommission für das Saar-Referendum. Im folgenden ihre Namen:

Baron Adolphe *Bentinck*, Niederlande,
Senator Fernand *Dehousse*, Belgien,
Sir George *Rendell*, Großbritannien⁹,
Pietro *de Paolis*, Italien,
Adolphe *Kunnen*, Luxemburg.

Jedes dieser Mitglieder konnte sich durch einen Beauftragten vertreten lassen. Damit waren alle Mitgliedstaaten der WEU in der Kommission vertreten, mit Ausnahme der beiden unmittelbar Beteiligten, Frankreich und Deutschland.

Auf ihrer 1. Sitzung wählte die Kommission den Vertreter Belgiens, Professor F. *Dehousse*, zum Vorsitzenden und gab sich eine Verfahrensordnung¹⁰. Außerdem wurde die Errichtung eines ständigen Sekretariats in Saarbrücken beschlossen, das unter der verantwortlichen Leitung des stellvertretenden Generalsekretärs der Westeuropäischen Union, P. B. *Fraser* (Großbritannien), stand. Die Kommission verfügte demnach über einen ständigen Mitarbeiterstab, den sie nach Bedarf vergrößern konnte. Dies geschah durch die Ernennung von Delegierten zur Ueberwachung der Versammlungen¹¹ und des Abstimmungsvorganges¹².

Die Hauptaufgabe der Kommission bestand in der Ueberwachung der dreimonatigen Vorbereitungszeit zur Volksbefragung und der Volksbefragung selbst im Hinblick auf die Einhaltung der im Saarabkommen und in den WEU-Beschlüssen festgelegten Grundsätze, insbesondere Freiheit und Gleichheit der Abstimmung, freie politische Betätigung, gleiche Rechte und Einwirkungsmöglichkeiten der Parteien, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, Nichteinmischung von außen. Die Befugnisse der Kommission gegenüber der Regierung in Saarbrücken waren jedoch eng bemessen, sie bestanden darin, „Ersuchen“ (recommandations) an die Regierung zu richten, und in der Möglichkeit, von ihr Auskünfte bezüglich der Volksbefragung anzufordern. Eine direkte Einwirkung auf die Saarbrücker Behörden wurde ihr nicht eingeräumt.

Im Falle einer Einmischung von außen hatte die Kommission die Möglichkeit, „die Aufmerksamkeit der Bundesregierung oder der französischen Regierung“ auf diese Tatsache zu lenken und bei einer unbefriedigenden Antwort den Rat der WEU damit zu befassen. Die Kommission hatte weiterhin zur Sicherung ihrer Autorität eine Waffe in der Hand: den Schlußbericht an den Rat der WEU über die Einhaltung oder Verletzung der Abstimmungsgrundsätze¹³.

Die Gesetze der Saarregierung zur Durchführung der Volksbefragung

Am 1. Juli traf die Kommission in Saarbrücken ein, wo sie die ihr am 28. Juni von der Saarregierung zugeleiteten Gesetzentwürfe für die Durchführung der Volksbefragung zusammen mit den Referenten der Regierung und den „berufenen Vertretern aller

politischen Parteien der Saar unter Einschluß der noch nicht anerkannten Parteien“¹⁴ einer genauen Prüfung unterzog.

Anschließend wurden die Gesetzentwürfe dem Landtag zur Beratung und Beschlußfassung zugeleitet. Am 8. Juli nahm der Landtag in 3. Lesung folgende Gesetze an:

Gesetz Nr. 457 betreffend die Durchführung der Volksbefragung über die Billigung des Europäischen Statuts für das Saarland (Abl. S. 1024);
Gesetz Nr. 458 über das Vereinswesen (Abl. S. 1030);

Gesetz Nr. 459 über das Versammlungswesen (Abl. S. 1032);

Gesetz Nr. 460 über das Pressewesen (Abl. S. 1034).

Infolge der Intervention der Saarkommission verpflichtete sich die Saarregierung dazu, schwerwiegende Maßnahmen nur nach Anhören der Kommission zu treffen (Einholen des „avis préalable“).

Nach der Verabschiedung der Gesetze durch den Landtag und nach der Berichterstattung durch die Kommission über die Uebereinstimmung der Gesetze mit den Grundsätzen und Bestimmungen des Saarabkommens und des WEU-Beschlusses erachtete der Rat der WEU in der Sitzung vom 15. Juli 1955 in Paris die Vorbereitungen für beendet und überließ es der Kommission¹⁵, den Zeitpunkt festzulegen, an dem die Gesetze verkündet werden sollten. Am 23. Juli 1955 erteilte die Kommission der Regierung die Auskunft, daß die Gesetze noch am gleichen Tage im Amtsblatt veröffentlicht werden könnten. Die Saarregierung setzte daraufhin die Volksbefragung auf den 23. Oktober 1955 fest, genau auf den Jahrestag der Unterzeichnung des Saarabkommens.

III. Stellungnahmen der Parteien zum Statut

1. Die sogenannten pro-deutschen Parteien

Die sogenannten pro-deutschen Parteien hatten begonnen, ein Begriff für die Öffentlichkeit zu werden, als sie bei den Landtagswahlen im November 1952 erstmals eine organisierte Opposition zum bestehenden Regime bildeten. Es handelte sich um drei politische Gruppen: die Demokratische Partei Saar (DPS), die Christlich-Demokratische Union Saar (CDU-Saar) und die Deutsche Sozialdemokratische Partei (DSP, die heutige SPD). Während die DPS seit dem 21. Mai 1951 auf Grund ihrer „verfassungsfeindlichen Haltung“ verboten war, bestanden die CDU Saar und die DSP nur als Gründungsausschüsse. Den beiden letztgenannten Parteien war eine legale Existenz vor dem Beginn der Vorbereitungszeit auf das Referendum nie zugestanden worden. Die Mitglieder des Gründungsausschusses der CDU kamen teils aus den Reihen des Zentrums, teils auch aus den Reihen der CVP, während die Führer der DSP durchweg aus Protest gegen die Politik der SPS aus dieser ausgeschieden waren. Bis zur Zulassung auf Grund

des Referendums war die Tätigkeit dieser Gruppen beschränkt auf geheime Zusammenkünfte und den Austausch von Informationsmaterial. Dessenungeachtet gelang schon in der Zeit des Verbots der Aufbau eines Organisationsgerippes.

Hinsichtlich der großen politischen Entscheidung, der diese Parteien sofort bei Beginn ihrer legalen Existenz gegenüberstanden, war die Lage für die DPS und die DSP leichter, da diejenigen politischen Gruppen in der Bundesrepublik, die für sie als Schwesterparteien galten, sich mehr oder minder geschlossen gegen das Abkommen ausgesprochen hatten, das den Weg zum Statut öffnete. Schwierig war die Lage für die CDU-Saar. Die Christlich-Demokratische Union der Bundesrepublik hatte nicht nur dem Saarabkommen zugestimmt, sondern war auch überzeugt, daß die Bejahung des Statuts am sichersten dazu führen werde, der Saar zunächst ihre interne, schließlich auch ihre äußere Freiheit zu geben. Der Vorstand der CDU-Saar enthielt sich zunächst einer Stellungnahme, er war auf die Entscheidung der Gründungs-

versammlung angewiesen, die erst nach der Konstituierung von rund 300 Ortsverbänden am 7. August stattfand. Hier wurde das Statut abgelehnt¹⁶. Bald nach Beginn des Abstimmungskampfes erfolgten regelmäßige Kontakte zwischen den drei Parteien und eine gewisse Abstimmung hinsichtlich Aktion und Argumentation. Erst nach dem 2. September 1955 wurden diese Kontakte nach außen hin sichtbar durch die Bildung einer Aktionsgemeinschaft „Deutscher Heimatbund“.¹⁷ Ausgelöst wurde diese Entwicklung in erster Linie durch eine Rede des Bundeskanzlers in Bochum. Die Frage eines Journalisten an den Präsidenten der Kommission, ob die Erklärung des Bundeskanzlers eine Einmischung bedeute, verneinte Prof. *Dehousse* mit dem Hinweis, daß es den Autoren des grundsätzlichen Vertragswerkes nicht versagt sein könne, die Beweggründe ihres Handelns kund zu tun¹⁸.

Das Nein der Parteien des Heimatbundes stützte sich im wesentlichen auf die Auffassung, daß mit der Annahme des Statuts die Gefahr bestünde, daß das alte Regime sich als bestätigt erachten würde und daß die Hoffnung auf politische Freiheit doch unbegründet bliebe, daß die Unabsehbarkeit des Termins des Friedensvertrages die Einwilligung zur Separation bedeute und daß schließlich das Frankreich eingeräumte wirtschaftliche Übergewicht selbst theoretisch gewährte politische Freiheitsrechte illusorisch mache.

2. Die Regierungsparteien als Bejaher des Statuts

Zu den Befürwortern des Statuts zählten in erster Linie die beiden Parteien des bestehenden Regimes, die Christliche Volkspartei (CVP) und die Sozialdemokratische Partei Saar (SPS), die in den Landtagswahlen von 1947 und 1952 zusammen 75,7 bzw. 65,7 vH der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hatten. Die beiden Parteien trugen bis zum 8. Juli 1954 als Koalitionspartner gemeinsam die Regierungsverantwortung. Seither war die SPS eine „Oppositionspartei“, und die CVP wurde zu den entscheidenden deutsch-französischen Saarverhandlungen als einzige Partei hinzugezogen. Sie versäumte es dabei aber nicht, die Opposition über den Gang der Verhandlungen zu informieren, um sich deren Einwilligung zu sichern¹⁹.

Im Hinblick auf den Abstimmungskampf erweiterten die beiden Parteien ihre Aktionsbasis durch das Einschalten der ihnen parteipolitisch nahestehenden

„Europäischen Organisationen“: „Nouvelles Equipes Internationales“ oder „Gruppe Neues Europa“²⁰ und „Europa Union“.²¹ Die beiden Europa-Bewegungen wurden im Hinblick auf den Plakatanschlag als politische Parteien betrachtet²² und waren außerdem in der Lage, Versammlungen und Kundgebungen durchzuführen.

Den beiden Parteien und ihren Europa-Bewegungen standen zur Bestreitung des Abstimmungskampfes erhebliche Mittel zur Verfügung²³. Zwei Parteizeitungen mit modernen Druckereien konnten für die Propagierung des Ja eingesetzt werden, zu denen sich noch die überparteiliche *Saarbrücker Zeitung* (Auflage über 100 000) gesellte. Wenn auch der Mitgliederstand der Parteien sich ständig verringerte, so konnte doch der Bestand der Parteiorganisation im ganzen Lande nur geringfügig in Mitleidenschaft gezogen werden, da in den Stadt- und Gemeinderäten die CVP- und SPS-Fraktionen seit der letzten Gemeindewahl von 1949 die entscheidende Rolle spielten.

Die Begründung für die Haltung der „alten Parteien“ läßt sich etwa folgendermaßen umschreiben: Die Annahme des Statuts verwirkliche und bestätige die bisherige Politik²⁴, weil das Statut im Rahmen der fortschreitenden europäischen Zusammenarbeit der Saar die langerstrebte internationale Anerkennung verschaffe und weil gleichzeitig ein Streitfall im deutsch-französischen Verhältnis beseitigt werde. Das Ganze bedeutete nach ihrer Auffassung einen entscheidenden Beitrag zu der europäischen Sache. Unter das Leitwort „Europa“ wurde daher auch die ganze Agitation gestellt²⁵.

3. Die übrigen Parteien

Neben den Hauptbefürwortern tauchten im Verlaufe der Abstimmungszeit neue Parteien auf, bei denen es sich durchweg um Zweckgründungen handelte. Sie dienten vornehmlich dazu, für das Statut in den Bevölkerungskreisen zu werben, die mit dem bestehenden Regime unzufrieden waren. Eine größere Bedeutung haben diese Neugründungen nicht erreicht²⁶.

Zur Abrundung müssen noch die Kommunistische Partei, Landesverband Saar (KP), und die Deutsche Demokratische Union (DDU)²⁷ erwähnt werden. Beide Parteien lehnten das Saarstatut ab, um dadurch die gesamten Pariser Verträge zu Fall zu bringen.

IV. Stellungnahme der anderen beteiligten Instanzen

1. Die WEU-Kommission

Während des Abstimmungskampfes stand über den Parteien und neben der Regierung die neutrale WEU-Kommission, mit der wichtigen Aufgabe betraut, die Einhaltung der demokratischen Freiheiten zu überwachen. Die Kommission gab sogleich zu verstehen, daß sie sich weder als aktives noch als

passives Element in der Auseinandersetzung betrachte und daß sie sich entschieden dagegen verwahre, ein Streitobjekt zwischen den Parteien zu werden. Aus diesem Grunde legte sie für die Behandlung von Beschwerden und Eingaben eine Ordnung fest, deren Vorschriften von jedem Antragsteller eingehalten werden mußten.

Im Rahmen ihres Mandates entwickelte die Kommission eine rege diplomatische Tätigkeit, unterrichtete sie doch über das ständige WEU-Sekretariat in London die Mitglieder des WEU-Rates über die Lage an der Saar²⁸. Auf diesem Wege wurden nicht nur die beiden unmittelbar interessierten Unterzeichnerstaaten des Saarabkommens, sondern auch eine Anzahl anderer europäischer Staaten über die Entwicklung auf dem laufenden gehalten²⁹.

Schon bald nach Beginn ihrer Tätigkeit hatte im übrigen die Kommission auf Grund ihrer Erfahrungen den Wunsch ausgesprochen, daß auch die unmittelbar interessierten Staaten, Frankreich und die Bundesrepublik, ihrem Kontrollverfahren wenigstens als Beobachter assoziiert würden. Auch bedurfte es eines Kanals, um Anliegen der Kommission im Rahmen ihrer Aufgaben an die betreffenden Regierungen heranzutragen. Frankreich benannte seinen Botschaften in Saarbrücken, Eric de Carbonnel, als Verbindungsmann bei der WEU-Saarkommission. Die Bundesrepublik bestellte am 9. August 1955 als Verbindungsmann zur Kommission Dr. Schwarz-Liebermann von Wahlendorf.

2. Die Unterzeichnerstaaten

Die beiden Unterzeichnerstaaten des Saarabkommens, Frankreich und Deutschland, waren aufrichtig bemüht, die im Abkommen eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Die französische Regierung veranlaßte, um den Anschein einer ausländischen Einflußnahme auf die Meinungsbildung an der Saar zu vermeiden, zwei ihrer Staatsangehörigen, ihre führenden Stellungen beim Rundfunk und bei der *Saarbrücker Zeitung* aufzugeben³⁰. Außerdem kam die französische Regierung ihrer im Briefwechsel vom 23. Oktober 1954 eingegangenen Verpflichtung nach, die Sequesterverwaltung noch vor der Abstimmung aufzuheben³¹. Ausgenommen von dieser Maßnahme blieb die Sequesterverwaltung der Röchlingwerke in Völklingen³².

Die Bundesregierung wurde von der WEU-Kommission nach dem Besuch einiger SPD-Abgeordneter auf der Gründungsversammlung der DSP gebeten,

den Besuch bundesdeutscher Politiker für die Dauer der Abstimmungszeit zu verhindern. Außenminister von Brentano kam dieser Bitte bereitwillig nach, ohne jedoch eine Stellung zur Rechtslage zu nehmen.

Beide Regierungen wurden außerdem von der Kommission darauf aufmerksam gemacht, daß Erklärungen und Stellungnahmen zur Saarfrage von Regierungssprechern oder Regierungsmitgliedern³³ — zu Recht oder zu Unrecht — als eine Einmischung von außen ausgelegt werden könnten.

3. Die deutsche und die ausländische Presse

Die Ereignisse an der Saar fanden auch außerhalb der Saar großes Interesse. Deutsche und ausländische Zeitungen räumten den Nachrichten und Kommentaren über die Abstimmungskampagne neben den Berichten aus Marokko und von der Moskaureise des Bundeskanzlers einen bevorzugten Platz ein. Zahlreiche deutsche und namhafte ausländische Blätter waren zeitweilig durch Sonderkorrespondenten an der Saar vertreten.

Die deutschen Zeitungen standen mehrheitlich auf der Seite der deutschen Parteien. Dies veranlaßte die Saarregierung zu einer Beschwerde bei der WEU-Kommission wegen angeblicher Einmischung deutscher Zeitungen³⁴. Die Presse der Befürworter des Statuts versäumte es ihrerseits nicht, die weniger zahlreichen in Deutschland erscheinenden Berichte, die für die Annahme des Statuts plädierten oder das Auftreten der deutschen Parteien tadelten, ausführlich zu bringen³⁵.

Die Berichterstattung der französischen Presse ließ fast ausnahmslos eine bejahende Haltung zum Statut erkennen. Einige Blätter bereiteten ihre Leser auf ein knappes Ergebnis vor. Mit Aufmerksamkeit wurden das Auftreten und die Tätigkeit der deutschen Parteien beobachtet, und insbesondere einige britische und amerikanische Journalisten sprachen von „nationalistischen Auswüchsen“.³⁶ Eine wichtige Informationsquelle für die Journalisten war die Kommission, deren Mitglieder durch ihre Auskünfte sicherlich zur Sachlichkeit in der Berichterstattung beigetragen haben.

V. Der Verlauf der Abstimmungszeit (25. Juli — 22. Oktober 1955)

Die deutschen Parteien treten in Aktion

Der Tag X — der 25. Juli 1955 — bedeutete für die Bevölkerung an der Saar den Zeitpunkt, an dem erstmals nach 20 Jahren eine freiheitliche demokratische Betätigung möglich war. Dieser Tag wurde schon lange erwartet, da eigenartigerweise die Regierung Hoffmann selbst nach der Unterzeichnung des Saarabkommens oder nach seinem Inkrafttreten nicht zu der geringsten Konzession auf dem Gebiet der politischen Betätigung — Bildung von Parteien, Abhalten von Versammlungen — bereit gewesen war. Ein gestauter Drang nach Freiheit entlud sich

nun mit einem Male. „Die Freiheit bricht aus“; „Das Hoffmannregime erstmalig frei zur Diskussion gestellt“, das waren die Kernsätze in den Stellungnahmen der deutschen Parteien³⁷. Das Straßenbild änderte sich. An den Anschlagtafeln waren Plakate und Aufrufe der deutschen Parteien zu sehen, die sich allein schon durch die Bundesfarben von den blau-weiß-rot gefärbten Plakaten der autonomistischen Parteien abhoben. Deutsche Zeitungen wurden wieder an der Saar gedruckt und viel gekauft³⁸.

Die Parteien konnten ohne vorherige Genehmigung ihre Tätigkeit aufnehmen und Versammlungen

abhalten. Die DPS und die DSP veranstalteten so gleich eine Anzahl von großen Versammlungen in den bedeutendsten Orten des Landes. Die CDU-Saar führte gleichzeitig in allen Städten und Ortschaften die Gründungsversammlungen ihrer Ortsverbände durch. Ueberall waren die Versammlungen gut besucht, und die Sprecher der deutschen Parteien fanden oft starken Beifall bei ihren Zuhörern. Am Schluß der Versammlung bestanden die Teilnehmer vielfach darauf, die beiden von der Regierung Hoffmann verbotenen Lieder, das Deutschlandlied (3. Strophe) und das Saarländlied, zu singen.

Die deutschen Parteien hatten durch die erste Versammlungswelle innerhalb kürzester Zeit im ganzen Lande ihre Existenz in eindrucksvoller Weise bekundet. Eine repräsentative Meinungsumfrage des Bielefelder EMNID-Instituts erhielt zu diesem Zeitpunkt (8.—13. August) von 968 Personen (davon 57 vH Männer und 43 vH Frauen) auf die Frage: „Haben Sie die Absicht, dem Saarstatut zuzustimmen, oder wollen Sie ihm nicht zustimmen?“ folgende Antworten:

Zustimmung	14 vH,
Ablehnung	52 vH,
ohne Angaben	24 vH,

10 vH wollten nicht zur Abstimmung gehen.

Der Gegenzug der Befürworter des Statuts

Zu Beginn des Abstimmungskampfes begnügten sich die beiden Parteien CVP und SPS, die Bevölkerung zum Ja aufzufordern³⁹, eine politische Betätigung war nicht geplant, man wollte vorerst den neuen Parteien das Feld überlassen. Die Grundlagen ihres Regimes schienen der CVP und der SPS sicher genug, und sie glaubten, daß für die neuen Parteien die eigentlichen Schwierigkeiten erst beginnen würden. Als sich aber der durchschlagende Erfolg der deutschen Parteien herausstellte, sahen sich die Befürworter gezwungen, ihre Gegenoffensive, eher als ursprünglich beabsichtigt, zu starten.

Am 13. August organisierten die beiden „Europa-Bewegungen“ unter dem Motto „Europa oder Chaos“ in der Wartburg in Saarbrücken eine Großkundgebung, auf der Ministerpräsident Hoffmann und der Landtagspräsident Zimmer (SPS) das Wort ergriffen. Etwa 10 000 Personen waren erschienen — die Straßenbahnfahrt war kostenlos; außerdem hatten Autobusse aus dem ganzen Land Mitglieder der CVP und SPS nach Saarbrücken gebracht. Während Hoffmann seine These entwickelte, beim Nein werde es nicht zu neuen Verhandlungen kommen, forderten Tausende draußen seinen Rücktritt und sangen die deutschen Lieder. Eine große Zahl von Polizisten war als Saalschutz aufgeboten und sicherte auch die Abfahrt Hoffmanns. Am 17. und 18. August fanden in Neunkirchen und in St. Ingbert ähnliche Kundgebungen statt, auf denen es aber zu Zwischenfällen kam, die durch einige Heißsporne und teilweise wohl

auch durch Kommunisten hervorgerufen wurden. Die Polizei mußte energisch mit Tränengas und Wasserwerfern eingreifen. Hier und auf allen übrigen Kundgebungen Hoffmanns bekundeten vor den Versammlungslokalen Hunderte oder Tausende ihre offene Ablehnung.

Von diesem Zeitpunkt an war die Sachlage klar, denn für die meisten war die Entscheidung im Abstimmungskampf schon gefallen. Den Sprechern der deutschen Parteien wurde unbesonnen Beifall gespendet, um sie in ihrem Wirken zu unterstützen, ja sie aufzumuntern. Eine entschieden andere Situation fanden die Referenten der Ja-Parteien vor; mochten ihre Ausführungen noch so gut durchdacht sein, noch so brillant ihre Redewendungen: abgesehen von den überzeugten Parteigängern, fanden sie keine günstige Aufnahme bei der Zuhörerschaft, weil sie die Sprache des zu Ende gehenden Regimes führten.

Um die Fragestellung

Nach den Zwischenfällen in Neunkirchen (17. August) rief der Präsident der WEU-Kommission die Vorsitzenden der Parteien und der Europa-Organisationen zu einer „round table“-Besprechung zusammen⁴⁰. Die beiden gegenüberstehenden Lager fanden sich aber nicht zu einer gemeinsamen Sitzung bereit. So mußte Präsident Dehousse getrennt mit den Verfechtern des Ja und des Nein verhandeln. Zur Entspannung der Lage schlug er eine Versammlungspause und daran anschließend die Einführung von kontradiktorischen Versammlungen vor. Unterbrechung und Aenderung der Versammlungstätigkeit wurden aber abgelehnt. Kontradiktorische Versammlungen unter Beteiligung aller Parteien waren an der Saar unbekannt. Zudem hätte die Bevölkerung nicht verstanden, wenn die Verfechter der beiden Standpunkte Seite an Seite aufgetreten wären; denn die Auseinandersetzung um das Statut war mehr als eine bloße Meinungsauseinandersetzung. Es ging dabei um grundsätzliche Auffassungen⁴¹, die sich in einer sonst nur bei ideologischen Konflikten bekannten Schärfe gegenüberstanden. Wenn aber Dehousse auch keinen direkten Erfolg mit seinen Vorschlägen hatte, so hatte doch sein Eingreifen eine Entspannung der Lage zur Folge⁴².

In seinem Antwortschreiben an Dehousse vom 20. August machte der Vorsitzende der DPS, Heinrich Schneider, mit der Begründung, die Regierung Hoffmann habe jede Autorität verloren, den Vorschlag, kurzfristig Neuwahlen des Landtags durchzuführen und die Volksbefragung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben⁴³. Hoffmann erwiderte noch am gleichen Tage, daß eine Aenderung der Reihenfolge Volksbefragung — Landtagswahlen nicht in Frage komme und daß nur bei Annahme des Statuts vor Beendigung der laufenden Legislaturperiode die vorzeitige Erneuerung des Landtags erfolgen könne; der hierfür vorgesehene Termin sei der 4. Dezember 1955.

Die ersten Wochen des Abstimmungskampfes machten offenkundig, daß die Ablehnung des Statuts eng verknüpft war mit der Ablehnung des bestehenden Regimes. Diese Entwicklung war nicht zuletzt auf die Erklärungen des Bundeskanzlers zurückzuführen, der aus seiner Mißbilligung Hoffmann gegenüber kein Hehl machte. Gleichzeitig bezeichnete er es aber als sicherstes Verfahren zur Beseitigung des Hoffmann-Regimes, das Statut anzunehmen und bei der Landtagswahl Hoffmann und der SPS die Mehrheit wegzunehmen. Der parteiamtliche Pressedienst der CDU/CSU, der *Deutschland Union Dienst*, hatte wiederholt in diesem Sinne Stellung genommen⁴⁴, und die Presse der „Ja-Sager“ hatte die ihr günstigen Textstellen weidlich ausgewertet. Hierauf erwiderten die deutschen Parteien gemeinsam, die Unterschrift des Bundeskanzlers und die Verabschiedung des Vertrages durch den Bundestag hätten das „Ja“ ebenso ermöglicht wie das „Nein“, und es sei ein Täuschungsmanöver, wenn die Befürworter des Statuts sich auf den Kanzler beriefen und behaupteten, er und mit ihm die Mehrheit des deutschen Volkes hätten das Statut gebilligt. Das Saarabkommen habe ja schließlich der Saar die demokratischen Freiheiten gebracht und damit eine freie Entscheidung für oder gegen das Statut⁴⁵.

Hoffmann in der Enge

Auch Hoffmann hatte die schwierige Lage erkannt, in welche die Annahme des Statuts gerückt war. Auf einer CVP-Kundgebung in Bous gab er zu verstehen, daß die Durchführung der Abstimmung für seine Partei von zwei Faktoren abhängen: Beendigung des „Gesinnungsterrors“ und Sicherung der „absoluten Freiheit des Gewissens“.⁴⁶ In der Frage der Gewissensfreiheit forderte er von den „berufenen kirchlichen Stellen“ eine klare Entscheidung. In den Versammlungen der CDU-Saar wurde nämlich auszugsweise der Hirtenbrief des verstorbenen Trierer Erzbischofs Bornewasser vom 15. März 1947 vorgelesen, in dem es u. a. heißt: „Vaterlandsliebe ist keine Nützlichkeitserwägung, sondern eine religiöse Pflicht... Vaterlandsliebe bedeutet ferner Treue. Wer die Treue bricht, ist ein Verräter.“ Durch die Erwähnung dieses erzbischöflichen Urteils fühlten sich die Anhänger Hoffmanns in einen Gewissenskonflikt verstrickt. Die Kirche, und dies trifft für beide Konfessionen zu, hatte sich aus Prinzip nicht in den Abstimmungskampf eingemischt⁴⁷. Außerdem war ein gemeinsamer Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz, der wenige Wochen vor der Reise des Bundeskanzlers nach Moskau die Gläubigen zum Gebet für den Frieden der Völker und die Beendigung der zehnjährigen Zerreißung Deutschlands aufforderte, dazu angetan, die Ausführungen des Trierer Bischofs von 1947 zu bestätigen. Hoffmann fürchtete daher die Wirkung um so mehr und ersuchte die Bischöfe von Trier und

Speyer, gegen die weitere Verlesung des Hirtenbriefes einzuschreiten. Das einzige, was er erreichen konnte, war eine knappe Erklärung des päpstlichen Visitators in Saarbrücken, der sich gegen die Einbeziehung der Religion in den Dienst politischer Parteien und für eine freie Gewissensentscheidung der Wähler aussprach⁴⁸.

Wenngleich die Erklärungen Hoffmanns stark vom parteiichen Interesse mitbestimmt erschienen, so konnte andererseits nicht verkannt werden, daß die starke Hervorhebung, mit der die das Statut ablehnenden Parteien das Ja zum Statut als Verrat am Vaterland hinstellten, für viele Abstimmungsberechtigte eine Belastung erzeugte, welche die Freiheit ihrer politischen Entscheidung beeinträchtigte. Es muß festgehalten bleiben, daß es eine große Anzahl von Personen gab, nicht zuletzt auf Grund des Ratschlages des Bundeskanzlers, für die ein Ja zum Statut alles andere als eine Untreue gegenüber Deutschland bedeutete.

Letzte Stellungnahmen der Parteien

Am 2. Oktober hielt die CVP einen außerordentlichen Parteitag ab, um nach eingehender Beurteilung der Lage endgültig Stellung zu beziehen. Von 803 Delegierten stimmten 798 für ein Ja zum Statut, nachdem die Kreisvorsitzenden über eine günstige Stimmung für das Statut im Lande berichtet hatten.

Auch die CDU-Saar fand wiederholt Anlaß, sich nochmals mit der grundsätzlichen Frage des Ja oder Nein zum Statut zu befassen. Das Nein auf der Gründungsversammlung vom 7. August hatte bei der CDU der Bundesrepublik keine günstige Aufnahme gefunden. Die CDU-Saar richtete am 6. September 1955 an die Abgeordneten des Bundestages eine Denkschrift, in der sie eine verbindliche Interpretation des Statuts forderte⁴⁹.

Auf der 2. Delegiertentagung vom 18. September wurden die völkerrechtlichen und die wirtschaftlichen Folgen des Saarstatuts erneut erörtert und diskutiert. Uebereinstimmend wurde die Auffassung vertreten, daß keine wesentlichen Gesichtspunkte eingetreten seien, die eine Aenderung des ablehnenden Standpunktes der Partei herbeiführen könnten. Wenige Tage später wurden in Zehn Punkten die Gründe des Nein bekanntgegeben. Dabei wurden von der CDU-Saar die Lücken und notwendigen Ergänzungen gezeigt, deren Berücksichtigung eine Prüfung der bisher eingenommenen Haltung veranlassen könnte. Wenn das Statut noch zu retten war, dann konnte es nur durch ein Ja der CDU-Saar ermöglicht werden. Die Zehn Punkte bildeten daher die Diskussionsgrundlage für fast unablässig geführte Verhandlungen. Zum gleichen Zeitpunkt hatte aber eine zweite EMNID-Umfrage (19. 9.—24. 9. 1955) als Meinungsbild — nach der großen, mit allen verfügbaren Mitteln vortragenen Gegenoffensive der Befürworter — keine

grundlegende Verschiebung des Augustergebnisses erbracht⁵⁰. Als meist angegebene Gründe für die Annahme bzw. die Ablehnung des Statuts fanden sich folgende Aussagen der Befragten: Annahme des Statuts: „Weil es die beste Lösung ist“; Ablehnung des Statuts: „Weil es die Wiedervereinigung verhindert“.

Eine besondere Rolle bei den Versuchen, eine Klärung und Einigung herbeizuführen, kommt der Luxemburger Konferenz der Regierungschefs Frankreichs und der Bundesrepublik vom 5. Oktober 1955 zu. Hier wurde im Wege aufklärender Interpretation⁵¹ festgestellt, daß die materiellen und ideellen Interessen, „Charakter und Affinität“ der Saarbevölkerung in vollem Umfange gewahrt und daß auch nach Annahme des Statuts die Grundfreiheiten gewährleistet würden⁵². Indes, auch diese bedeutsame Erklärung konnte den Gang der Ereignisse nicht aufhalten.

Die letzten Vorbereitungen

Nach der Luxemburger Konferenz begann die Schlußphase der dreimonatigen Kampagne⁵³, deren Intensität um die Septemtermitte etwas nachgelassen hatte. Nunmehr waren die Fronten klar abgesteckt, und mit einer Verschiebung war nicht mehr zu rechnen. Für die Vertreter der beiden Lager galt es, noch einmal mit Nachdruck ihre Argumente vorzutragen, um vor allem die Unentschlossenen auf ihre Seite zu ziehen. Der Ausgang der Volksbefragung war trotz der Umfragen für alle Betroffenen völlig offen; eines war jedoch gewiß: die Hoffnung auf eine eindeutige und überzeugende Mehrheit zugunsten des Statuts war schon lange aufgegeben.

Auf einer großen Wirtschaftskonferenz am 12. Oktober in Saarbrücken wandten sich die Parteien des Heimatbundes an die Kreise der Industrie und des Handels⁵⁴. Zu wichtigen Sozial- und Wirtschaftsfragen, wie beispielsweise den Renten und dem Kohleabbau im Warndt, wurde in gemeinsamen Erklärungen Stellung genommen. Denn vor allem in der Frage der Renten und Sozialleistungen versuchten die Befürworter geltend zu machen, die Ablehnung des Statuts würde den Verlust oder zumindest eine beträchtliche Kürzung der Sozialleistungen zur Folge haben.

Die Befürworter des Statuts setzten in den letzten Wochen noch einmal alle Mittel zur Propagierung des Ja ein. Ministerpräsident Hoffmann hielt täglich 4 bis 6 Versammlungen ab. Eigenartigerweise hielten sich seine Parteifreunde und Ministerkollegen sehr zurück. Hoffmann versuchte mit seinen Haupt-

argumenten, beim Nein gebe es keine neuen Verhandlungen und vor 1957 keine Neuwahl des Landtages, das Abfallen seiner Anhänger und Parteimitglieder zu verhindern. (Die Fälle von Mitglieder Austritten aus der CVP hatten sich während der Abstimmungszeit zu einer stattlichen Zahl angesammelt; als einen politisch bedeutsamen Höhepunkt dieser Entwicklung kann man den gleichzeitigen Austritt von 3 Landräten und dem Direktor des Amtes für Europäische Fragen vier Tage vor der Abstimmung betrachten.)

Gleichzeitig forderten 184 parteipolitisch weniger hervorgetretene Persönlichkeiten, unter ihnen Ärzte, Lehrer, Beamte, Rechtsanwälte, Kaufleute und Gewerkschaftler aus allen Teilen des Landes, ihre Landsleute zu einem entscheidenden Nein auf. Am Vortage der Abstimmung waren es 34 evangelische Geistliche, die offen gegen das Statut Stellung bezogen. Hoffmann veröffentlichte zwar am selben Tage eine Dankadresse katholischer Geistlicher an ihn; allerdings hatten nur drei Pfarrer namentlich unterschrieben.

Die WEU-Kommission hatte zur reibungslosen Durchführung der Abstimmungshandlungen eine Anzahl von Vorkehrungen getroffen. Ein Sondersekretariat unter der Leitung des inzwischen verstorbenen luxemburgischen Mitgliedes A. Kunnen beschäftigte sich schon seit Wochen mit der Frage der Abstimmungsberechtigten⁵⁵. Die Tätigkeit der 1005 Überwachungsdelegierten dirigierte das niederländische Mitglied Baron Bentinck. Eine Grenzsperrung für die Dauer der Wahlhandlung und der Stimmenauszählung wurde von der Kommission in Zusammenarbeit mit den angrenzenden Ländern angeordnet, um jegliche von außen kommende Störung zu vermeiden. An alles war gedacht worden; da ergriff zur Überraschung der Nein-Parteien der Präsident der Überwachungskommission das Wort, „um in der öffentlichen Meinung die wahrhafte Natur des Statuts wiederherzustellen, die die Wahlkampagne etwas entstellt hatte“⁵⁶. Präsident Dehousse erläuterte vor allen Dingen, daß im Falle der Annahme des Statuts gewisse Folgen nachweislich nicht eintreten würden, deren Eintritt von den Vertretern der Nein-Parteien behauptet worden war und die teilweise sogar eine nicht unerhebliche Bedeutung in der Auseinandersetzung gewonnen hatten. Herausgegriffen sei die Frage der militärischen Verwendung der Saarländer. Andererseits war verständlich, daß der Nachdruck, mit dem er das Wort „Annahme“ gebrauchte, bei den Nein-Parteien Überraschung und Befremden über die einseitige Stellungnahme auslöste⁵⁷.

VI. Der 23. Oktober 1955

Der Abstimmungstag verlief ruhig. Ein französischer Chronist beschrieb ihn wie folgt: „Die Saar-

länder geben mit der größten Ruhe ihre Stimme ab. Eintausend neutrale Beobachter wachen in den Wahl-

lokalen über die Rechtmäßigkeit der Wahlhandlung. Die Wahlbeteiligung erreicht annähernd 97 vH. Kein besonderer Vorfall.“

Das Resultat⁵⁸

Von 663 970 Stimmberechtigten hatten 641 299 von ihrem Recht Gebrauch gemacht. Das bedeutete eine Beteiligung von 96,6 vH. 15 746 (2,5 vH) Stimmen waren ungültig. Von den 625 553 gültigen Stimmen lehnten 423 655 (67,7 vH) das Statut ab. Für das Statut wurden 201 898 (32,3 vH) Stimmen gezählt.

Die regionale Verteilung der Nein-Stimmen zeigte im nordöstlichen und östlichen Teil des Landes einen breiten Gebietsstreifen, in dem das Statut mit besonders starker Mehrheit abgelehnt worden war⁵⁹. Ähnlich verhielt es sich in der Umgebung von Völklingen, im Haustadter Tal und in der Umgebung von Perl. Im zentralen Industrie- und Bergbauggebiet war eine überwiegende Mehrheit des Nein zwischen 60 und 70 vH feststellbar. In 17 von 341 Gemeinden, die zusammen nur 1,8 vH der gültigen Stimmen ausmachten, überwog der Anteil der Ja-Stimmen⁶⁰. Diese Gemeinden, abgesehen von vereinzelt Orten an der deutsch-französischen Grenze, lagen in der näheren Umgebung von Mettlach, dem Sitz der Firma Villeroy und Boch, und im unteren Bliesgau. Dort sind die verwandtschaftlichen Beziehungen nach dem benachbarten Lothringen sehr zahlreich; zudem hatte die CVP dort einen beträchtlichen Einfluß.

Unter Berücksichtigung dieser Gegebenheiten kann eine Reihe von Feststellungen gemacht werden. Das Land hat massiv für das Nein gestimmt, ebenso die großen Ortschaften und Städte mit überwiegender Arbeiterbevölkerung⁶¹. Die Arbeiter, die Handwerker und die Landwirte haben in der Mehrzahl mit Nein gestimmt; hinzu kommen große Teile der Beamten- und Lehrerschaft. Die freien Berufe waren in ihrer Haltung eher gespalten. Stimmen für das Statut sind zu suchen in den Städten⁶², in den Reihen der Mittelklassen und derjenigen Kreise, die von der Wirtschaftsunion mit Frankreich einen direkten Vorteil hatten⁶³. Diese Feststellungen können vielleicht das Zustandekommen des Ergebnisses erklären. Seine unmittelbare Wirkung auf die politischen Ereignisse in der Nacht nach dem 23. Oktober hatte es aber dadurch, daß — ungeachtet aller materiellen und taktischen Überlegungen — zwei von drei Saarländern das Statut ablehnten. Aus dieser unmißverständlichen Entscheidung mußten sich Folgerungen ergeben.

Die Folgen der Ablehnung

Die Möglichkeit, über die sich das Saar-Abkommen ausgesprochen hatte, trat nun ein. Da die Mehrheit der Bevölkerung dem deutsch-französischen Abkommen die Billigung versagt hatte, konnte das Statut nicht in Kraft treten. Was war nun zu tun? Um diese Lücke im Abkommen zu schließen, hatte die CDU-

Saar am 20. Oktober der WEU in London ein Memorandum mit „einer Reihe von Anregungen und Wünschen“ unterbreitet:

- a) Der Saarlandtag entzieht der Regierung das Vertrauen;
- b) Bildung eines Übergangskabinetts mit unparteiischen Persönlichkeiten;
- c) Verabschiedung eines neuen Landtags-Wahlgesetzes;
- d) Auflösung des Landtags.

Der Ministerrat der WEU wurde darin weiter gebeten, das Mandat der Überwachungskommission zu verlängern, zur Sicherstellung der demokratischen Freiheiten und zur Hilfeleistung bei der Erstellung der Interimslösung. Diese Anregungen und Wünsche waren vom 24. Oktober an die Richtschnur für die weitere politische Entwicklung an der Saar.

Bei den ersten Anzeichen einer klaren Ablehnung besprach sich Ministerpräsident Hoffmann mit den Mitgliedern seines Kabinetts. Außerdem empfing er wiederholt den französischen Botschafter, *de Carbonnel*⁶⁴. Als Ergebnis dieser Verhandlungen kam die letzte Erklärung der Regierung Hoffmann mit folgendem Inhalt zustande: Die Regierung achtet den Mehrheitsbeschluß der Bevölkerung und tritt zurück. Bis zur Bildung einer Übergangsregierung führt sie die Geschäfte. Die Neuwahl des Landtags erfolgt so bald wie möglich.

Etwa gleichzeitig hielten die Sieger des Tages, die Vorsitzenden der drei deutschen Parteien, im Landtag vor der Presse des In- und Auslandes eine Pressekonferenz ab. In Ergänzung der gemeinsamen Erklärung⁶⁵ kommentierten die Parteiführer in gesonderten Erklärungen die Bedeutung des Abstimmungsergebnisses. Im wesentlichen kamen dabei folgende Gedanken zum Ausdruck: In freier Selbstbestimmung hat die Saarbevölkerung ihre Verbundenheit mit Deutschland bekundet und eine einseitige wirtschaftliche Orientierung abgelehnt; daraus resultiert eine unmißverständliche Absage an das bestehende Regime. Eine Entscheidung gegen Frankreich kann darin nicht gesehen werden, da erst jetzt die Grundlagen für eine aufrechte Freundschaft gegeben sind.

Die WEU-Kommission, und hier vor allem Präsident *Dehousse*, schaltete sich sogleich in den Gang der Dinge ein, indem sie durch Verhandlungen mit den Parteiführern beider Lager noch in der Nacht zum Montag eine Einigung über die Person des Nachfolgers von Hoffmann in Gestalt von Heinrich Welsch erzielen konnte. Die deutschen Parteien waren gegen die Weiterführung der laufenden Regierungsgeschäfte durch Hoffmann und bestanden auf der sofortigen Einsetzung des Übergangskabinetts der Fachminister, die nach einer dramatisch verlaufenen Nacht in den Morgenstunden des 29. Oktober erfolgte.

Die Reaktionen auf den Volksentscheid

Die Erklärung für die — bis auf einige Ausnahmen — besonnene Reaktion auf die eindeutige Ablehnung des Statuts ist einmal in der Anwesenheit und Tätigkeit der neutralen Überwachungskommission und zum anderen in der von den ernsthaften Beobachtern geteilten Erwartung eines knappen Ergebnisses zu suchen. Die Bundesregierung und der Bundeskanzler gaben Frankreich gegenüber zum Ausdruck, daß unter Beachtung des Volkswillens nach einer neuen Lösung an der Saar gesucht werden müsse, und zwar im Sinne gegenseitiger Verständigung⁶⁶. Unter Hinweis auf die formale Rechtslage an der Saar erklärten sich die zuständigen französischen Regierungsstellen dennoch gleichzeitig bereit, im europäischen Geiste die Zusammenarbeit der beiden Länder weiter zu entwickeln⁶⁷. Demnach waren sich beide Regierungen darin einig, den Volksentscheid vom 23. Oktober anzuerkennen und in der Zukunft die Folgerungen daraus zu ziehen.

Die Presse in der Bundesrepublik spiegelte die Genugtuung über den Sieg der deutschen Parteien an der Saar wider. In den Kommentaren wurde die Notwendigkeit neuer Verhandlungen unterstrichen und die Auswirkung der Volksbefragung auf die Wiedervereinigung Deutschlands untersucht. Die französische Presse hatte es dagegen nicht leicht, ihren Standpunkt zu vertreten. Scharfe deutschfeindliche Stellungnahmen unterblieben; eine durchaus objektive Haltung wurde an den Tag gelegt, und es wurden insbesondere die Gründe gesucht, die zur „Enttäuschung an der Saar“ geführt hatten. Neben der späten Kritik an der Politik *Grandvals* tauchte dabei am häufigsten der Hinweis auf die Ablehnung der EVG durch die Nationalversammlung am 30. August 1954 auf. In diesem Zusammenhang fanden die 200 000 „pro-europäischen“ Ja-Stimmen gebührende Anerkennung. So viel Zurückhaltung ließen etliche englische und amerikanische Journalisten nicht obwalten; sie sahen sich veranlaßt, die Weltöffentlichkeit auf das unheilvolle Erwachen eines leidenschaftlichen und verantwortungslosen deutschen Nationalismus an der Saar aufmerksam zu machen⁶⁸. Eindrucksvoll dagegen war die ruhige und besonnene Haltung der Bevölkerung in den Tagen nach der Abstimmung. Es gab keine Siegeskundgebungen, keine Fackelzüge oder sonstige Demonstrationen.

Das endgültige Ergebnis und die weitere Entwicklung

Die Feststellung des endgültigen Abstimmungsergebnisses war Sache des Rates der WEU. Dieser hatte sich am 19. Oktober dafür entschieden, die relative Mehrheit (der abgegebenen gültigen Stim-

men) für die Beantwortung der Frage nach Annahme oder Ablehnung des Statuts maßgebend sein zu lassen. Die Klarheit des endgültigen Ergebnisses erhob nachträglich von der Problematik, die diese Frage des Anerkennungsmaßstabes bei den Beratungen gehabt hatte.

In einer längeren Sitzungsperiode faßte schließlich die Kommission der Westeuropäischen Union einen abschließenden Bericht ab, auf dessen Grundlage der Rat zur Entscheidung berufen war. Die endgültige Feststellung der Ablehnung des Statuts erfolgte am 14. November 1955. Gleichzeitig wurde nach der damit erfolgten Beendigung des Mandats für das Saarreferendum das Mandat der Kommission verlängert und abgewandelt bis zur Bildung einer Regierung, die aus den neuen Landtagswahlen hervorgehen würde⁶⁹.

Inzwischen erfolgten auch die ersten offiziellen deutsch-französischen Kontakte. Bundeskanzler *Adenauer* und der französische Außenminister, *Antoine Pinay*, kamen überein, in Konsultationen mit der kommenden Saarregierung eine Lösung des Saarproblems zu suchen. Zwischen den beiden Außenministern, *Pinay* und *von Brentano*, wurde dann am 15. Dezember 1955 in Paris verabredet, Verhandlungen alsbald nach den für den 2. Januar 1956 angesetzten Wahlen zur französischen Nationalversammlung beginnen zu lassen.

Während am 18. Dezember 1955 die Landtagswahlen eine Bestätigung des Erfolges der Heimatbundparteien brachte, wahrte andererseits die CVP ein beträchtliches Maß an Zusammenhalt. Die Dreiviertelmehrheit zur Verfassungsänderung blieb den Heimatbundparteien versagt. Gleichzeitig entschlossen sich alle drei im Kampf um das Statut verbunden gewesenen Parteien, auch die neue Landesregierung gemeinsam zu bilden. Diese wurde am 11. Januar 1956 in ihr Amt eingeführt. Regierungschef wurde der erste Vorsitzende der CDU-Saar, Dr. Hubert *Ney*⁷⁰. Kurz darauf kam es auch in Frankreich zur ersten Regierungsbildung der neuen Legislaturperiode. Nachdem so die Ausgangselemente geschaffen waren, begannen ohne weitere Verzögerung die offiziellen Verhandlungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik im Hinblick auf die Erarbeitung einer neuen Lösung für die Saarfrage. Als Ergebnis dieser Bemühungen ist die grundsätzliche Einigung über die politische und wirtschaftliche Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik vom 4. Juni 1956 zu betrachten.

Damit beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Saar, aber auch in den deutsch-französischen Beziehungen.

Anmerkungen

¹⁾ Lediglich die Sozialisten hatten schon seit geraumer Zeit eine gewisse Abneigung davor gezeigt, die Saarfrage in dieser Weise als Bedingung zu behandeln.

²⁾ Eine eingehende völkerrechtliche Beurteilung des Abkommens liefert Marcel Merle: „L'accord franco-allemand du 23 octobre 1954 sur le statut de la Sarre“ in *Annuaire français de Droit international*, 1955 (Centre National de la Recherche Scientifique, Paris), S. 128—133. Der Autor kommt u. a. zu der Erkenntnis, daß der Streitfall Saar selbst nach dem unter schwierigen Umständen erreichten Kompromiß noch nicht ganz beigelegt sei.

³⁾ Vgl. Gotthard Lorscheider im Novemberheft von *Saarland* (Bulletin d'Information, Service de presse et d'information de la Légation de la Sarre, Paris), Nr. 6/1954, S. 2.

⁴⁾ Vgl. Interview mit Ministerpräsident Johannes Hoffmann in *Le Monde* vom 30. Oktober 1954 (deutsche Übersetzung in *Saarländische Volkszeitung* vom 30. Oktober 1954).

⁵⁾ Ratifizierung des Saarabkommens:

	Dafür	Dagegen	Enthaltung
24. 12. 54 Assemblée Nationale	361	147	102
27. 2. 55 Bundestag	264	201	9
18. 3. 55 Bundesrat	21	17	—
27. 3. 55 Conseil de la République	217	92	—

⁶⁾ Bundestagssitzung Nr. 70 (2. Wahlperiode) vom 25. Februar 1955, Stenographische Berichte, S. 3691 D.

⁷⁾ Beschluß von CVP-Landesparlamentvorstand und Fraktion vom 14. März 1955: „... Die CVP kann einem Saarstatut nicht zustimmen, über dessen Deutung die Vertragspartner gegensätzlicher Meinung sind.“ *Saarländische Volkszeitung* vom 15. März 1955.

⁸⁾ Beschlüsse des Rats der WEU über das deutsch-französische Abkommen über das Statut der Saar vom 11. Mai 1955, Europa-Archiv 11—12/1955, S. 7924—26.

⁹⁾ Sir George wurde nach seiner Erkrankung am 14. September durch Sir John Troutbeck als Vertreter Großbritanniens abgelöst.

¹⁰⁾ Die Verfahrensordnung der Kommission wurde nicht bekanntgegeben bis auf die Mitteilung, nach der die Beschlüsse mehrheitlich gefaßt werden.

¹¹⁾ Die Kommissionsmitglieder hatten die Möglichkeit, Versammlungen als Beobachter zu besuchen. Nach den Zwischenfällen in Neunkirchen und St. Ingbert bestellte die Kommission eine Anzahl von Delegierten, die unter Leitung des britischen Obersten Urton die wichtigsten Versammlungen überwachten und entsprechende Berichte über deren Verlauf und Besuch abfaßten.

¹²⁾ Zur Ueberwachung der Wahlhandlung in den einzelnen Abstimmungslokalen wurden am 30. September von der Kommission auf Grund des Art. 1 Abs. 4 des WEU-Beschlusses 1005 Beobachter angefordert, und zwar 355 aus Luxemburg, 325 aus den Niederlanden, 155 aus Belgien, 120 aus Italien und 50 aus Großbritannien.

¹³⁾ Außerdem konnte die Kommission mit einer vorzeitigen Beendigung ihres Mandates drohen, wenn sie die Unzulänglichkeit ihrer Vollmachten feststellen sollte.

¹⁴⁾ Vgl. Presse-Kommuniqué der Kommission Nr. 2 vom 2. Juli 1955.

¹⁵⁾ Vgl. WEU-Kommuniqué vom 15. Juli 1955, Europa-Archiv 15/1955, S. 8065.

¹⁶⁾ Zum 1. Vorsitzenden der CDU-Saar wurde Dr. Hubert Ney gewählt. Auf der Gründungsversammlung wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: „Die CDU-Saar vermag aus dem vollen Verantwortungsbewußtsein vor ihrer vaterländischen und europäischen Verpflichtung einem Statut nicht ihre Zustimmung zu geben, dessen Geltung zeitlich nicht abzusehen ist, das aber die tatsächliche politische und wirtschaftliche Abtrennung von Deutschland herbeiführt, die kirchliche Loslösung von Trier, Speyer und Düsseldorf sowie die kulturelle Entfremdung befürchten läßt.“ Wortlaut in „Die CDU-Saar im Abstimmungskampf“, Stellungnahmen und Referate zur Volksbefragung am 23. Oktober 1955, S. 41.

¹⁷⁾ „Die drei deutschen Parteien an der Saar: Christlich-Demokratische Union Saar (CDU), Deutsche Sozialdemokratische Partei (DSP), Demokratische Partei (DPS) schließen

sich mit dem heutigen Tage zu der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Heimatbund zusammen. Der Deutsche Heimatbund gelobt den Deutschen an der Saar: entgegen allen inneren und äußeren Einflüssen am deutschen Vaterland festzuhalten, die deutsche Kultur an der Saar gegen alle Bestrebungen der Entfremdung zu verteidigen, gegen jede Verfälschung des wahren Volkswillens einzutreten, die deutsch-französische Verständigung im Geiste der Wahrhaftigkeit durch eine gerechte Lösung der Saarfrage zu fördern und als Deutsche mitzuarbeiten an der Vereinigung Europas auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller europäischen Völker.“ In: „Die CDU-Saar im Abstimmungskampf“, a. a. O., S. 50. Vgl. Kurt Conrad, Minister für Arbeit und Wohlfahrt: „Der Heimatbund gestern und heute“ in: Sondernummer *Christ und Welt*, „Die Saar 1956, ein Land auf dem Heimweg“, vom 7. Juni 1956, Nr. 23, S. 3.

¹⁸⁾ Vgl. *Saarpresse* vom 11. September 1955.

¹⁹⁾ Der einzige Punkt, der im Hinblick auf die Volksbefragung Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten mit der CVP gab, war die Röchling-Frage. Die SPS forderte die Verstaatlichung der Werke und kam dadurch gewissen französischen Ueberlegungen sehr weit entgegen.

²⁰⁾ Vorsitzender: Justizminister Erwin Müller (CVP).

²¹⁾ Vorsitzender: Minister a. D. Heinz Braun (SPS).

²²⁾ „Durchführungsbestimmungen Nr. 3 zum Gesetz Nr. 457 betreffend die Durchführung der Volksbefragung über die Billigung des Europäischen Statuts für das Saarland vom 8. Juli 1955“ vom 25. Juli 1955, Amtsblatt, S. 1053.

²³⁾ Die Europa-Bewegungen erhielten für das Haushaltsjahr 1955 allein 46 Millionen Franken, ihr Mitgliederstand dürfte jedoch kaum 1000 überschritten haben.

²⁴⁾ Am sinnfälligsten hat Hoffmann diese Ansicht formuliert: „Selbständiges Land mit europäischer Bindung“. Vgl. „Referat“ des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann auf dem a. o. Landesdelegiertentag der CVP am 22. Mai 1955“, S. 3.

²⁵⁾ Dies ging sogar so weit, daß als Antithese zu „Europa“ „Chaos“ gestellt wurde.

²⁶⁾ Name der Partei	Gegründet am	Stellung zum Statut	Stimmauf-forderung
Unabhängige Arbeiter-Partei Saar	13. 8.	Billigung	Ja
Freie Deutsche Partei 3.	9.	Ja zum Statut, Nein zum Regime	Ja
Christliche Soziale Union Saar	21. 9.	Ja zum Statut im Kampf um die Einheit Deutschlands	Ja
Deutsche Demokratische Union	28. 9.	Nein gegen jedes Statut	Nein
Saarländische Arbeiter- und Bauernpartei	29. 9.	Gegen das Maulkorb-Regime, bedingtes Ja zum Statut	Ja

²⁷⁾ Der Vorsitzende der Partei, Dr. E. Gieseke, war bevollmächtigter Prozeßvertreter der KP in Karlsruhe.

²⁸⁾ Daneben wurde der Präsident des WEU-Ministerrates, P. H. Spaak, durch die Kommissionsmitglieder direkt informiert, wie dies z. B. beim Besuch von Präsident Dehousse und Sir George Rendel in Brüssel am 29. August der Fall war.

²⁹⁾ Die Mitgliedstaaten der WEU konnten daher durch das Resultat nicht überrascht werden.

³⁰⁾ Dies waren Generaldirektor F. Billmann und Verlagsdirektor Dr. Knaf. Beide Institutionen behielten aber den gleichen politischen Kurs auch nach Abgang der Herren bei.

³¹⁾ Am 29. September wurde die Sequesterverwaltung der Neunkircher Hütte (Otto Wolf und von Stumm) aufgehoben. Eine weitergehende Aufzählung der Sequesteraufhebungen bei Ludwig Dischler, „Das Saarland 1945—1956; eine Darstellung der historischen Entwicklung mit den wichtigsten Dokumenten“, Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, 1956.

³²⁾ Im Anschluß an die deutsch-französischen Besprechungen vom 30. April 1955 in Bonn verlautete im Pressekommuniqué: „Die beiden Minister erzielten im Einvernehmen mit den gegenwärtigen Eigentümern Einverständnis über eine Lösung

der mit der Aufhebung des Sequesters der Stahlwerke in Völklingen verbundenen Probleme.“

³³⁾ Die Kommission nahm insbesondere Bezug auf die Erklärung eines Sprechers des Quai d'Orsay, der für den Fall der Ablehnung des Statuts ankündigte, daß seine Regierung zu neuen Verhandlungen nicht mehr bereit sei.

³⁴⁾ Am 23. August verlangte die Saarregierung von der Kommission die Erlaubnis, die Einfuhr gewisser Zeitungen zu verbieten. Es soll sich dabei um die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Kölnische Rundschau* und den *Industriekurier* gehandelt haben.

³⁵⁾ Dies trifft zu für *Michael*, *Rheinischer Merkur*, *Frankfurter Rundschau* u. a.

³⁶⁾ Die britische Presse mußte in ihren Saarberichten die eventuellen Rückwirkungen auf die Entwicklung der Cypernfrage in Betracht ziehen.

³⁷⁾ Auszug aus einem Plakataufwurf der CDU-Saar: „Die Macht der herrschenden Parteidiktatur geht zu Ende. Die Zeit der freien Meinungsäußerung hat begonnen. Der Weg nach Europa ist nunmehr offen. Er führt nicht über die Verleugnung des Vaterlandes, sondern nur über den Zusammenschluß freier Völker.“

³⁸⁾ Folgende Zeitungen konnten auf Grund der Pressefreiheit erscheinen:

Neueste Nachrichten, Die deutsche Heimat-Zeitung an der Saar, Nr. 1 vom 26. Juli 1955, Druckerei in Saarlouis (CDU nahestehend).

Deutsche Saar, Stimmen der Demokratischen Partei Saar. Zweimal wöchentlich, Nr. 1 vom 28. Juli 1955, Druckerei in Merzig.

Saarbrücker Allgemeine Zeitung, Unabhängige deutsche Zeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport, Nr. 1 vom 13. August 1955, Druckerei in Dudweiler (DSP nahestehend).

Diese Zeitungen der deutschen Parteien wurden im Lohndruck außerhalb von Saarbrücken unter schwierigen technischen Verhältnissen gedruckt, so mußten sie gegen die modern ausgerüstete Presse der gegnerischen Parteien konkurrieren. Der Zustrom von Bestellungen war ein Gradmesser für die Stimmung in der Bevölkerung. Die *Neuesten Nachrichten* mußten in den ersten Wochen weit über 25 000 Bestellungen bewältigen.

³⁹⁾ Vgl. Erklärungen der CVP und der SPS vom 23. Juli 1955.

⁴⁰⁾ Am 18. August veröffentlichten die *Neuesten Nachrichten* einen Aufruf der CDU-Saar, „Mahnung zur Ruhe“, dem sich die beiden anderen Parteien sogleich anschlossen.

⁴¹⁾ Vgl. Egon Reinert, „Saar-Statut und Völkerrecht“; Referat vom 28. September in: „CDU Saar im Abstimmungskampf“, a. a. O., S. 57: „... Unser Nein ist eine Frage der nationalen Existenz und damit eine Antwort unseres Gewissens. Jede noch so feine Unterscheidung zwischen dem Ja und Nein führt immer wieder zu der Entscheidungsfrage: Für oder gegen Separation.“

⁴²⁾ Die Kommission drohte mit der vorzeitigen Beendigung ihres Mandates, falls sie bei den beschränkten Vollmachten eine Beruhigung nicht erreichen konnte. Eine derartige Entscheidung hätte die Volksbefragung auf unbestimmte Zeit verschoben.

⁴³⁾ Memorandum der DPS an die Internationale Kommission vom 20. August 1955, in *Deutsche Saar* vom 24. August 1955, S. 3.

⁴⁴⁾ Vgl. DUD-Meldungen vom 5. und 25. August.

⁴⁵⁾ Vgl. Egon Reinert, „CDU Saar und Saar-Statut“; Referat vom 7. August in: „Die CDU Saar im Abstimmungskampf“, a. a. O., S. 39: „Dem Kanzler ist aber auch weiterhin zu danken, daß er uns überhaupt ermöglicht hat, das Statut zu billigen oder abzulehnen.“

⁴⁶⁾ Vgl. „CVP erwägt neue Entscheidung“, *Saarbrücker Zeitung* vom 6. September 1955, S. 2.

⁴⁷⁾ Ausnahmen in dem einen oder anderen Sinne waren verschiedentlich zu verzeichnen.

⁴⁸⁾ Erklärung des Apostolischen Visitors zur Wahlpropaganda (Auszug): „Wir machen darauf aufmerksam, daß es, vom kirchlichen Standpunkt aus gesehen, den politischen Parteien nicht erlaubt ist, die Religion in den Dienst ihrer wahlpolitischen Ziele einzuspannen. ... Gleichfalls weisen wir darauf hin, daß nach kirchlicher Auffassung alle Wähler frei sind, so abzustimmen, wie sie es nach bestem Gewissen für richtig halten. Dabei mögen sie nicht vergessen, daß es für sie eine religiöse Pflicht ist, die Rechte der Kirche zu

schützen, und daß sie für das Wohl ihrer Heimat mitverantwortlich sind.“ *Neueste Nachrichten* vom 27. September 1955, S. 1.

⁴⁹⁾ Es handelte sich dabei um so wichtige Fragen wie Abtrennung der Saar von Deutschland, Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, Schaffung eines Neustaates, Anerkennung der Verfassung mit ihren separatistischen Bestimmungen, Inkraftsetzung des Wirtschaftsvertrages vom 3. Mai 1955.

⁵⁰⁾ Aug. Sept. Aenderung

Beteiligung an der Abstimmung	90 vH	91 vH	+ 1 vH
Billigung des Statuts	14 vH	19 vH	+ 5 vH
Ablehnung des Statuts	52 vH	49 vH	— 3 vH
Ohne Angaben	24 vH	23 vH	— 1 vH

⁵¹⁾ Vgl. *Le Monde*, Nr. 3329 vom 7. Oktober 1955.

⁵²⁾ Communiqué der deutsch-französischen Besprechungen über die Saarfrage in Luxemburg am 5. Oktober 1955, *Europa-Archiv* 22/1955, S. 8361.

⁵³⁾ In der Zeit vom 3. September bis zum 22. Oktober 1955 wurden folgende Versammlungen gezählt: Parteien des Heimatbundes: 929; CVP und SPS: 640; Kommunistische Partei: 368; Europa Union: 14.

⁵⁴⁾ Es wurden folgende Referate gehalten: Dr. A. Heitschmidt: „Kernprobleme der Saarindustrie“; Dr. H. Wildt: „Bezugs- und Absatzfragen der Saarwirtschaft“; Dr. H. P. Will: „Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze“.

⁵⁵⁾ Folgende Anzahl von Anträgen auf Eintragung in die Abstimmungsliste wurden von der Kommission bearbeitet: 334 von der Saar kommende Anträge, davon wurden abgelehnt 2; 536 von außerhalb kommende Anträge, abgelehnt wurden 487.

⁵⁶⁾ Fernand Dehousse, „Die Stunde der Diplomatie an der Saar“; Übersetzung einer Zusammenfassung des Vortrages vor der Internationalen Diplomatischen Akademie, die in *Le Monde Diplomatique*, Februar 1956, veröffentlicht worden ist. *Saarländische Volkszeitung* vom 9. Februar 1956, S. 2.

⁵⁷⁾ Vgl. das Memorandum der CDU-Saar an den Rat der WEU vom 20. Oktober 1955, in *Neueste Nachrichten* vom 21. Oktober 1955, S. 1 und 2.

⁵⁸⁾ Vgl. „Das Ergebnis der Volksbefragung über das Europäische Statut für das Saarland am 23. Oktober 1955“; Kurzbericht des Statistischen Amtes des Saarlandes, Nr. II/10 vom 8. November 1955.

⁵⁹⁾ Kreis St. Wendel und Kreis Homburg mit 75,4 vH bzw. 73 vH.

⁶⁰⁾ Nur in zwei Gemeinden war der Anteil des Ja größer als 60 vH, und zwar in Habkirchen (63,1 vH) und in Reinheim (67,5 vH).

⁶¹⁾ Diese Haltung der arbeitenden Bevölkerung wurde maßgeblich von den Gewerkschaften beeinflusst. Während der Abstimmungszeit gründeten sich eine ganze Reihe von Verbänden des DGB-Saar, die einen großen Zustrom von Mitgliedern zu verzeichnen hatten, die sich von den autonomistisch orientierten Funktionären der Einheitsgewerkschaft (EG) abwandten. Die Christlichen Gewerkschaftsverbände wurden schon als Gegenorganisation zur EG und deren außenpolitischen Kurs gegründet. Von einigen Spitzenfunktionären und deren Anhang abgesehen, stand die überwiegende Mehrzahl der christlichen Gewerkschaftler auf der Seite der deutschen Parteien.

⁶²⁾ Anteil der Nein-Stimmen in Saarbrücken 60,9, in Saarlouis 61,1 und in St. Ingbert 61,2 vH.

⁶³⁾ Vgl. Fernand Dehousse, a. a. O.

⁶⁴⁾ Vgl. den Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 25. Oktober aus Saarbrücken.

⁶⁵⁾ Vgl. „Dokumente zur Volksabstimmung an der Saar am 23. Oktober 1955“, *Europa-Archiv* 22/1955, S. 8391—92.

⁶⁶⁾ Ebenda.

⁶⁷⁾ Ebenda.

⁶⁸⁾ Vgl. Erich Dombrowski, „Das Konzert der Ruhestörer“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. Oktober 1955, S. 1; Paul Medina, „Wirklich eine beachtliche Reaktion“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. November 1955, S. 2.

⁶⁹⁾ Die Aufgaben und Befugnisse der neuen Kommission wurden bestimmt im Beschluß des Rates der Westeuropäischen Union vom 3. November 1955.

⁷⁰⁾ Vgl. die Zusammensetzung der neuen Regierung in *Europa-Archiv* 3/1956, S. 8599.

Die Ergebnisse des Staatsbesuchs von Präsident Tito in der Sowjetunion

Gemeinsame Erklärung vom 20. Juni 1956 über die sowjetisch-jugoslawischen Besprechungen in Moskau

Auf Einladung des Präsidiums des Obersten Sowjets und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat der Präsident der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, Josip Broz-Tito, vom 1. bis zum 23. Juni 1956 zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion geweiht.

Während des Besuchs des Präsidenten Tito fanden zwischen den Vertretern der beiden Regierungen eine Reihe von Unterredungen statt. Von jugoslawischer Seite nahmen außer dem Präsidenten Tito daran teil: der Stellvertretende Vorsitzende des Bundesexekutivrats Edward Kardelj, der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Koca Popovic, das Mitglied des Bundesexekutivrats Mijalko Todorovic, der Vorsitzende des Exekutivrats der Volksrepublik Kroatien, das Mitglied des Bundesexekutivrats Jakov Bazevic und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien in Moskau, Velko Micunovic. Von sowjetischer Seite nahmen an den Unterredungen teil: Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, K. J. Woroschilow, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, N. A. Bulganin, das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR N. S. Chruschtschow, die Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR A. I. Mikojan und W. M. Molotow, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, D. T. Schepilow, der Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten W. W. Kusnezow und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in Belgrad, N. T. Firjubin.

Außerdem nahmen an den Unterredungen teil: Von jugoslawischer Seite der Generalsekretär des Präsidenten der Republik, Joza Vilfan und der Chef des Kabinetts des stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesexekutivrates Anton Vratasa; von sowjetischer Seite das Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR L. F. Iljitschow und der amtierende Leiter der Europaabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, K. D. Lewytschkin.

Die Unterredungen, die in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre, im Geiste der Offenheit und des völligen gegenseitigen Verständnisses verliefen, ermöglichten einen umfassenden Meinungsaustausch über die Entwicklung der internationalen Lage im vergangenen Jahr sowie über Fragen der weiteren Entwicklung der Beziehungen und der allseitigen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Der Meinungsaustausch zeigte weitgehende Übereinstimmung der Ansichten beider Regierungen in der Einschätzung der Entwicklung der internationalen Lage und der gegenwärtigen internationalen Probleme sowie den gemeinsamen Wunsch, auch in Zukunft das gegenseitige Verständnis und die Freundschaft zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien zu vertiefen.

I.

Die Regierung der Sowjetunion und die Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien haben mit Befriedigung festgestellt, daß im Laufe des vergangenen Jahres eine weitere Minderung der internationalen Spannung eingetreten ist. Die beiden Regierungen begrüßen als Anzeichen einer solchen Milderung die Festigung der internationalen Verbindungen und die sich immer mehr verstärkende Tendenz zur Lösung der unregelmäßigen internationalen Fragen auf dem Verhandlungswege. Es wurde einmütig festgestellt, daß in dieser Hinsicht die Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte in Genf im Juli 1955 eine bedeutende Rolle gespielt hat. Obgleich die Entwicklung der Ereignisse im vergangenen Jahr gezeigt hat, daß eine rasche Lösung der Probleme, die sich während des „kalten Krieges“ angehäuft haben, nicht zu erwarten ist, hat nach Ansicht der beiden Regierungen die Tatsache entscheidende Bedeutung, daß die Bemühungen intensiviert wurden, die internationale Zusammenarbeit, die zur Verstärkung des Vertrauens zwischen den Völkern beiträgt, zu erweitern.

In dieser neuen Atmosphäre wuchs die Stärke und die Fähigkeit der Organisation der Vereinten Nationen, die Aufgaben durch organisierte und gleichberechtigte Teilnahme aller Länder zu behandeln und erfolgreich zu lösen. Der Erfolg der Konferenz zur friedlichen Anwendung der Atomenergie, die von der Organisation der Vereinten Nationen im August 1955 nach Genf einberufen wurde, und der vielversprechende Beginn der Arbeiten zur Schaffung einer internationalen Agentur für Atomenergie hängen eng mit dieser Atmosphäre zusammen. Die verstärkte Rolle und Fähigkeit der Organisation der Vereinten Nationen fanden ihren Ausdruck auch in den Erfolgen, die auf dem Wege zu ihrer Umwandlung in eine universelle Organisation durch Aufnahme neuer Mitglieder erzielt wurden. Beide Regierungen begrüßen die Tatsache, daß die Organisation der Vereinten Nationen durch neue Mitglieder aus der Zahl der europäischen Länder sowie der Länder Asiens und Afrikas vervollständigt wurde, deren wachsende Beteiligung am internationalen Leben bereits auf der Bandung-Konferenz zum Ausdruck kam. Dies trägt dazu bei, die gleichberechtigte Rolle der Völker dieser Kontinente in der Welt zu verstärken.

Beide Regierungen haben jedoch mit Bedauern festgestellt, daß der Volksrepublik China bisher noch nicht das Recht auf eine Vertretung in der Organisation der Vereinten Nationen zuerkannt wurde, und werden beharrlich danach streben, daß diese Großmacht dieses Recht erhält.

Beide Regierungen sind nach wie vor davon überzeugt, daß die Frage Taiwans und der anderen Inseln entsprechend den legitimen Ansprüchen Chinas auf diese Gebiete gelöst werden muß.

Nach Meinung der Regierungen der beiden Länder haben sich im Verlauf des „kalten Krieges“ so viele ent-

gegengesetzte Standpunkte herausgebildet und hat sich so viel Mißtrauen angesammelt, daß es unlogisch und unzweckmäßig wäre, zu erwarten, daß alle Hindernisse bei der Lösung der strittigen internationalen Fragen leicht beseitigt und ein baldiges Uebereinkommen in allen Problemen erzielt werden können.

Daher sind beide Regierungen davon überzeugt, daß es erforderlich ist, zu versuchen, Abkommen über die Fragen, die bereits jetzt gelöst werden können, herbeizuführen, und sind übereingekommen, daß das Bestehen auf einer bestimmten Priorität oder Reihenfolge bei der Behandlung der strittigen Fragen und auf einem bestimmten Tempo bei ihrer Lösung nicht zu nützlichen Ergebnissen führen kann. In diesem Lichte haben sie die Frage der Abrüstung und der kollektiven Sicherheit sowie andere Fragen erörtert, die die Welt und insbesondere Europa spalten.

Angesichts der großen Bedeutung des Abrüstungsproblems für die Zukunft der Menschheit sind beide Regierungen übereingekommen, daß die Voraussetzungen für die unverzügliche Lösung dieser Frage herangereift sind. Zugleich unterstrichen sie die Bedeutung eines, wenn auch nur teilweisen, Abrüstungsabkommens und geben der einmütigen Hoffnung Ausdruck, daß ein solches Abkommen durch einseitige Verringerung der Streitkräfte beschleunigt und erleichtert werden kann. Die Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien begrüßte in diesem Sinne den kürzlichen Beschluß der Regierung der UdSSR über die Reduzierung der Rüstungen und der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte, da sie der Ansicht ist, daß dies in starkem Maße dazu beiträgt, die Lösung der Frage der allgemeinen Abrüstung zu erleichtern.

Beide Regierungen sind der Ansicht, daß die Anwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken epochale Bedeutung für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit hat, und sind übereingekommen, daß alle Formen der gleichberechtigten und demokratischen Zusammenarbeit zwischen den Völkern auf diesem Gebiet gefördert und unterstützt werden müssen. Deshalb stimmen sie auch darin überein, daß das allgemeine Ziel das Verbot der Atomrüstung überhaupt sein muß, damit die Atomenergie nur friedlichen Zielen der Menschheit dient.

Sie sind der Meinung, daß die gegenwärtige internationale Lage es gestattet, entschiedenere Schritte zur weiteren Beseitigung jener negativen Elemente zu unternehmen, die in der Periode des „kalten Krieges“ die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Völkern hemmten. Sie sind ferner der Ansicht, daß umfassendere Abkommen über die gesamteuropäische kollektive Sicherheit, über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und über die Verstärkung der kulturellen Beziehungen dazu beitragen würden, die Spaltung Europas in Militärblocks zu beseitigen, und die Lösung der hauptsächlich strittigen Fragen erleichtern würden, die der Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Völkern im Wege stehen.

Was die Deutschlandfrage betrifft, so sind beide Regierungen der Meinung, daß heute, da sich auf dem Territorium des Nachkriegsdeutschland zwei souveräne Staaten gebildet haben, Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik notwendig sind, um seine Vereinigung herbeizuführen. Sie sind ferner der Meinung, daß die übrigen

Staaten und in erster Linie die Großmächte in der gleichen Richtung handeln müssen, sowohl im Interesse des deutschen Volkes als auch im allgemeinen Interesse.

In der Perspektive, die sich durch die bereits verwirklichte Minderung der allgemeinen internationalen Spannung eröffnet, haben beide Regierungen die Gefahr berücksichtigt, die infolge örtlicher Konflikte und Reibungen zwischen den Staaten entstehen kann. Sie äußerten die feste Absicht, zur Beseitigung einer solchen Gefahr sowohl durch die Organisation der Vereinten Nationen als auch in ihren unmittelbaren Beziehungen zu den Staaten beizutragen. Dabei werden sie auch in Zukunft von der Anerkennung des berechtigten Anspruchs aller Völker auf eine selbständige nationale Entwicklung und ihrer Interessen ausgehen.

Beide Regierungen bringen die feste Ueberzeugung zum Ausdruck, daß eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Verbesserung der internationalen Lage der wachsende wirtschaftliche Verkehr zwischen den Staaten ist, die immer intensivere Beteiligung aller Völker am Austausch materieller und geistiger Güter und die immer stärkere Einbeziehung der Volksmassen in die internationale Zusammenarbeit sowie die Annäherung zugunsten des allgemeinen Wohlstandes, des Friedens und des Fortschritts in der ganzen Welt.

Beide Regierungen sind übereingekommen, daß es zur Herbeiführung dieses Ziels erforderlich ist, ein Maximum an Bemühungen zu entfalten, um den internationalen Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit so stark wie möglich zu entwickeln, in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen alle Arten der Diskriminierung, einschließlich des Embargos, sowie die Hemmung der freien wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Nationen zu beseitigen. Beide Regierungen sind der Ansicht, daß die Verstärkung der Kontakte und der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des kulturellen und des wissenschaftlichen Austauschs ebenfalls ein großer Faktor ist, der den gleichen Zielen dient. In diesem Sinne werden sie auch weiterhin den Prozeß der Emanzipation der abhängigen Gebiete unterstützen, wobei die Organisation der Vereinten Nationen die erste Rolle spielen muß.

Beide Regierungen waren sich einig darüber, daß die tiefe Kluft zwischen den entwickelten und den unentwickelten Ländern eines der größten aktuellen Probleme ist und daß zur Lösung dieser Frage entsprechende Aktionen der Staaten zur Hilfe für die schwach entwickelten Länder, vor allem durch eine große kollektive internationale Aktion, notwendig sind.

In diesem Sinne werden sie auch in Zukunft danach streben, daß im Rahmen der Vereinten Nationen immer umfangreichere und wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um den schwach entwickelten Gebieten wirtschaftliche und technische Hilfe zu gewähren. Beide Regierungen sind der Ansicht, daß eine solche Hilfe für die schwach entwickelten Länder und die Zusammenarbeit beim Aufschwung ihrer Wirtschaft ohne militärische und politische Bedingungen jeder Art verwirklicht werden muß.

Die Regierungen der beiden Länder haben erneut ihre Treue zur Politik der friedlichen und aktiven Koexistenz bestätigt, die sich auf die Prinzipien der Souveränität, der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität, des Nichtangriffs, der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten stützt. Diese Politik ist das Ergebnis der

durch die internationale Entwicklung der letzten Jahre geschaffenen Erfordernisse und das wirksamste Mittel für die weitere Festigung und Verstärkung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen den Ländern, unabhängig von den Unterschieden in ihren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Systemen.

II.

Im Laufe der Gespräche wurde der Erörterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern besondere Aufmerksamkeit geschenkt und mit großer Befriedigung festgestellt, daß die in der Erklärung der Regierungen der UdSSR und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien vom 2. Juni 1955 zum Ausdruck gebrachten Prinzipien, auf denen ihre gegenseitigen Beziehungen beruhen, das Fundament für eine allseitige freundschaftliche Zusammenarbeit geschaffen haben und in nützlicher Weise den Interessen des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit dienen.

Dank den Bemühungen der beiden Seiten wurden bedeutende Ergebnisse bei der Regelung der in der Erklärung vorgesehenen vertragsmäßigen Lage erzielt.

Beide Regierungen verweisen befriedigt auf die erfolgreiche Lösung der Frage der gegenseitigen Ansprüche, was die Wiederherstellung der früher unterbrochenen wirtschaftlichen Beziehungen und die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf für beide Seiten vorteilhafter Grundlage erleichtert hat. In diesem Sinne wurde ein regelmäßiger Warenaustausch aufgenommen, wurden langfristige Kredit- und Investitionsabkommen geschlossen, ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Anwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken und so weiter erzielt.

Es wurde eine Kulturkonvention unterzeichnet, die eine breite Basis für eine fruchtbringende Zusammenarbeit und den Austausch auf kulturellem Gebiet schafft.

Es wurde ein Abkommen über den Informationsdienst erzielt.

Die völlige Normalisierung der politischen und anderen sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen und die erzielten Ergebnisse haben gezeigt, daß die Zusammenarbeit zweier Länder, die sich von den Interessen des Friedens und des Sozialismus leiten lassen, eine Zusammenarbeit, die auf der gegenseitigen Achtung der in der Praxis einer immer größeren Zahl von Regierungen und Ländern der Welt immer stärker angewandten Prinzipien der Belgrader Erklärung über Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Nichteinmischung beruht, die breitesten Möglichkeiten

für eine allseitige und fruchtbringende Entwicklung ihrer freundschaftlichen Beziehungen bietet.

Die Unterredungen haben beiden Regierungen eine sehr nützliche Gelegenheit geboten, die weiteren Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zu erörtern. Beide Regierungen bringen ihren Wunsch und ihre Absicht zum Ausdruck, auch in Zukunft die persönlichen Beziehungen und den regelmäßigen Meinungsaustausch ihrer Vertreter über politische und andere Fragen, die von beiderseitigem Interesse sind, fortzusetzen. Es wurde die Möglichkeit festgestellt und eine Übereinstimmung in der Frage des weiteren Ausbaus der wirtschaftlichen Beziehungen und des Standes des Warenumsatzes erzielt, wobei die Nützlichkeit langfristiger Wirtschaftsabkommen hervorgehoben wurde.

Es wurde beschlossen, die wissenschaftliche Zusammenarbeit und den Austausch von Wissenschaftlern, Fachleuten, Studenten und wissenschaftlicher Literatur zu erweitern. Auf Grund der geschlossenen Kulturkonvention werden die erforderlichen Arbeitspläne für eine kulturelle Zusammenarbeit ausgearbeitet.

Beide Regierungen messen der unlängst unterzeichneten Konvention über die doppelte Staatsbürgerschaft als einem bedeutenden Beitrag zur Regelung ihrer gegenseitigen Beziehungen eine große Bedeutung bei. Sie werden alles tun, um die Einhaltung dieser Konvention zu erleichtern.

Unter Berücksichtigung dessen, daß sich die bis jetzt hergestellten Verbindungen politischer, gesellschaftlicher und Berufsorganisationen zum Austausch der sozialistischen Erfahrungen und zum Meinungsaustausch erfolgreich entwickelt und nützliche Ergebnisse gezeitigt haben, sind sich beide Regierungen darin einig, diese Art von Beziehungen auf Arbeitsgrundlage und im Interesse beider Länder auch in Zukunft zu erleichtern und ihre Entwicklung zu beschleunigen.

Die Regierung der UdSSR und die Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien sind der Ansicht, daß der fruchtbare Meinungsaustausch in allen im Verlauf der Verhandlungen erörterten Fragen beweist, daß die Reise der vom Präsidenten der Republik, Josip Broz-Tito, geführten Regierungsdelegation der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien in die Sowjetunion eine neue wichtige Etappe in der Entwicklung der Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den Völkern der UdSSR und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien zum Wohle der Völker beider Länder, zum Wohle der Festigung des Friedens und des Sozialismus sein wird.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 147 vom 21. Juni 1956.

Erklärung über die Beziehungen zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Während des offiziellen Besuchs einer Delegation der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien in der Sowjetunion vom 1. bis zum 23. Juni 1956 haben Josip Broz-Tito, Generalsekretär des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Edward Kardelj, der Sekretär des Exekutivkomitees des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, und die Mitglieder des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens Jakov Bazevic, Velko Micunovic, Koca Popovic und Mijalko Todorovic als Vertreter des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und des Sozialistischen Bundes des werktätigen Volkes Jugo-

slawiens und N. S. Chruschtschow, Erster Sekretär des ZK der KPdSU, die Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU N. A. Bulganin, A. I. Mikojan, W. M. Molotow, K. J. Woroschilow und der Kandidat des Präsidiums des ZK der KPdSU D. T. Schepilow als Vertreter der KPdSU im Geiste kameradschaftlicher Aufrichtigkeit und Offenheit ihre Ansichten über die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ausgetauscht. Während dieser Unterredungen kamen sie in folgenden Punkten überein:

1. Durch die Belgrader Erklärung vom 2. Juni 1955 wurden die Beziehungen zwischen den beiden sozialistischen Ländern auf eine gesunde Grundlage gestellt; die in dieser Erklärung verkündeten Prinzipien finden in ihrer gegenseitigen Zusammenarbeit immer breitere Anwendung.

2. Die Zusammenarbeit und die allgemeine Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern nach der Belgrader Erklärung sowie der Kontakt zwischen den politischen und anderen gesellschaftlichen Organisationen ihrer Völker haben auch für die Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens günstige politische Voraussetzungen geschaffen.

Ausgehend von den oben erwähnten Leitsätzen und unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen, in denen sich die sozialistischen Bewegungen der Gegenwart entwickelten, und geleitet von den internationalistischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus, sind die Delegationen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und der KPdSU darin übereingekommen, daß es nützlich und notwendig ist, auch weiterhin den zwischen den beiden Parteien bestehenden Kontakt aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, um im Interesse der weiteren Festigung und des Gedeihens unserer sozialistischen Länder, um in der internationalen Arbeiterbewegung in zahlreichen Fragen der gegenwärtigen Entwicklung des Sozialismus zusammenzuarbeiten, sowie ferner die friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit zwischen den Völkern der ganzen Welt zu entwickeln, ungeachtet der Unterschiede in ihren gesellschaftlichen und politischen Systemen und im Interesse des Friedens, der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker.

Dabei gehen die Vertreter der Parteien davon aus, daß die weitere Entwicklung der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens als der führenden Parteien von Ländern, in denen die Arbeiterklasse an der Macht ist und die sich ein gemeinsames Ziel setzen — Aufbau einer vollendeten sozialistischen Gesellschaft in ihren Ländern, Sicherung des Fortschritts der Menschheit und eines dauerhaften Friedens —, zweifellos zu der Entwicklung der weiteren Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Volksrepublik Jugoslawien sowie zur Stärkung der festen Freundschaft zwischen den Völkern Jugoslawiens und der Sowjetunion beitragen wird.

3. Beide Seiten stehen auf dem Standpunkt, daß die Wege der sozialistischen Entwicklung in den verschiedenen Ländern und Verhältnissen verschieden sind — daß der Reichtum der Formen der Entwicklung des Sozialismus zu seiner Stärkung beiträgt; sie gehen von der Tatsache aus, daß sowohl der einen als auch der anderen Seite alle Tendenzen zum Aufzwingen ihrer Meinung bei der Bestimmung der Wege und Formen der sozialistischen Entwicklung fremd sind; sie sind darin einig, daß die erwähnte Zusammenarbeit auf völliger Freiwilligkeit und Gleichberechtigung, auf freundschaftlicher Kritik und auf kameradschaftlichem Charakter des Meinungsaustausches in den strittigen Fragen zwischen unseren Parteien beruhen muß.

4. Gestützt auf diese Grundlagen wird sich die Zusammenarbeit zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der KPdSU in erster Linie dadurch entwickeln, daß man auf breitester Basis gegenseitig die Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus beider

Länder kennenlernt, frei und kameradschaftlich Erfahrungen und Meinungen in den Fragen austauscht, die von allgemeinem Interesse für die Entwicklung der sozialistischen Praxis und für das Voranschreiten des sozialistischen Gedankens sind, sowie in Fragen, die den Frieden, die Annäherung und den Verkehr zwischen den Völkern und den Fortschritt der Menschheit überhaupt betreffen.

5. Die gegenwärtige materielle und geistige Umgestaltung der Welt, die ihren Ausdruck in dem gewaltigen Wachstum der Kräfte des Sozialismus, im Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und im Anwachsen der Rolle der Arbeiterklasse bei der Lösung konkreter Fragen der gegenwärtigen internationalen Entwicklung findet, stellt die internationale Arbeiterbewegung vor eine Reihe großer Aufgaben. Diese Tatsache weist auch auf die Notwendigkeit hin, die Erscheinungen und die wichtigsten materiellen und gesellschaftlichen Faktoren und Entwicklungstendenzen in der heutigen Welt wissenschaftlich zu analysieren. Aus diesen Gründen sind sie übereingekommen, daß sie, geleitet von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, sowohl in den gegenseitigen Beziehungen als auch in der internationalen Arbeiterbewegung überhaupt die gegenseitige Zusammenarbeit und den Meinungsaustausch auf dem Gebiet des sozialistischen wissenschaftlichen Gedankens mit allen Mitteln fördern werden.

6. In bezug auf die konkreten Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der KPdSU sind die Delegationen übereingekommen, daß diese Zusammenarbeit durch persönliche Kontakte, schriftliche und mündliche Aussprachen, durch Meinungsaustausch, Austausch von Delegationen, Materialien und Literatur durchgeführt wird, sowie dadurch, daß nach Maßgabe der Notwendigkeit Treffen von Parteifunktionären stattfinden werden, um aktuelle Fragen von gemeinsamem Interesse und überhaupt mittels aller Formen einer konstruktiven, kameradschaftlichen Diskussion zu erörtern.

7. Die Vertreter der KPdSU und des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens sehen eine solche Zusammenarbeit als Bestandteil ihres Kontaktes mit den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien sowie auch mit den sozialistischen und übrigen fortschrittlichen Bewegungen in der Welt an.

8. Die KPdSU und der Bund der Kommunisten Jugoslawiens sind der Ansicht, daß im Interesse des Kampfes für einen dauerhaften Frieden und die Sicherheit der Völker und für den sozialen Fortschritt eine breitere Zusammenarbeit aller fortschrittlichen friedliebenden Kräfte erforderlich ist, was sich immer stärker in den verschiedenartigsten Formen und im Weltmaßstab äußert. Diese Zusammenarbeit ist eines der notwendigen Erfordernisse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung. Solche Beziehungen müssen gleichberechtigt, aufrichtig, demokratisch und der öffentlichen Meinung der Welt verständlich sein. Sie müssen dazu dienen, sich gegenseitig über verschiedene Probleme von gemeinsamem Interesse zu unterrichten und zu konsultieren, müssen zum gegenseitigen Verstehen auf der Grundlage einer geduldischen Erläuterung der Standpunkte und der Ansichten der verschiedenen Seiten beitragen. Dabei wird die Handlungsfreiheit jedes einzelnen Teilnehmers an dieser Zusammenarbeit entsprechend den Bedingungen seiner Entwicklung und in Übereinstimmung mit den allgemeinen

fortschrittlichen Zielen, nach denen sie streben, vorausgesetzt.

Die Vertreter des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und der KPdSU sind davon überzeugt, daß die Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterbewegungen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Sowjetunion auf der Grundlage der erwähnten Prinzipien und Formen den Interessen ihrer Völker und den Interessen

des sozialistischen Aufbaus in ihren Ländern dienen wird. Sie sind überzeugt, daß sie dadurch ihren Beitrag zur allgemeinen Annäherung zwischen den sozialistischen und den anderen fortschrittlichen Bewegungen in der Welt leisten und daß das gleichermaßen den Interessen des Weltfriedens, den Interessen des allgemeinen Fortschritts der Menschheit dienen wird.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 147 vom 21. Juni 1956.

Erklärung vom 17. Juli 1956 über die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der DDR und der Sowjetunion in Moskau

Vom 16. bis 17. Juli 1956 fanden in Moskau Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion statt. Von seiten der Deutschen Demokratischen Republik nahmen an den Verhandlungen teil: der Ministerpräsident der DDR, O. Grotewohl, der Erste Sekretär des ZK der SED und Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, W. Ulbricht, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Nationale Verteidigung, W. Stoph, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr, F. Selbmann, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats Dr. O. Nuschke, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats Dr. H. Loch, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Leiter der Kommission für Fragen der Landwirtschaft, P. Scholz, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. L. Bolz, und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der DDR in der UdSSR, J. König.

Von sowjetischer Seite nahmen an den Verhandlungen teil: der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, N. A. Bulganin, der Erste Sekretär des ZK der KPdSU und Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. S. Chruschtschow, die Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR W. M. Molotow und M. G. Perwuchin, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR G. M. Malenkow, der Minister für Verteidigung der UdSSR, G. K. Shukow, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, D. T. Schepilow, der Sekretär des ZK der KPdSU L. J. Breshnew und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin.

Im Verlauf der Verhandlungen, die auf diplomatischem Wege und durch die Arbeit der entsprechenden Experten vorbereitet wurden, sind Fragen der weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen und der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erörtert worden. Die Verhandlungen verliefen in einer Atmosphäre des vollen gegenseitigen Einverständnisses und der Herzlichkeit, wobei in allen erörterten Fragen Übereinstimmung erzielt wurde. Es wurde einmütig festgestellt, daß sich auf der Grundlage des „Vertrages über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ vom 20. September 1955, in vollem Einklang mit den Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und

der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zwischen beiden Staaten allseitige freundschaftliche Beziehungen erfolgreich entwickeln.

Von dem Bestreben geleitet, die weitere Entwicklung der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und die Hebung des materiellen Wohlstandes ihrer Bevölkerung zu fördern, sind die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Sowjetunion übereingekommen, ab 1. Januar 1957 den laut dem erwähnten Vertrag von der Deutschen Demokratischen Republik für den Aufenthalt der sowjetischen Truppen in Deutschland bereitzustellenden Betrag von 1600 Millionen auf 800 Millionen DM jährlich herabzusetzen.

Die Herabsetzung des Anteils der Deutschen Demokratischen Republik zur Deckung der Ausgaben für den Aufenthalt der in Deutschland stationierten sowjetischen Truppen um die Hälfte steht auch im Zusammenhang mit der bedeutenden Reduzierung der Streitkräfte der Sowjetunion einschließlich der Reduzierung der Stärke der sowjetischen Truppen in Deutschland sowie mit der sich daraus ergebenden Herabsetzung der gesamten Ausgaben für militärische Zwecke.

Von beiden Seiten wurde ebenfalls die Übereinstimmung über eine bedeutende Erhöhung der gegenseitigen Lieferungen im Jahre 1956 über das gültige Abkommen hinaus, einschließlich der Bereitstellung frei konvertierbarer Währung für die Deutsche Demokratische Republik seitens der Sowjetunion für den Einkauf der von der DDR benötigten Waren auf dem Weltmarkt sowie die Übereinkunft über die Gewährung eines langfristigen Kredits zu vorteilhaften Bedingungen für die DDR bestätigt.

Es wurden ebenfalls einige andere wichtige Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu für beide Seiten vorteilhaften Bedingungen erörtert. Beide Seiten kamen überein, eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, um eine möglichst vollständige und rationelle Auslastung der Produktionskapazität der Industrie der DDR zu gewährleisten und die gegenseitigen Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen, die dem Niveau der modernen Technik entsprechen, sowie von anderen Erzeugnissen und Materialien zu erhöhen.

Durch die Verwirklichung aller im Laufe der Verhandlungen vereinbarten Maßnahmen wirtschaftlichen Charakters wird die Deutsche Demokratische Republik in den Jahren 1957 bis 1960 große zusätzliche Ressourcen für die Entwicklung ihrer Volkswirtschaft erhalten.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik erklärte während der Verhandlungen, daß die von der DDR bei der Entwicklung ihrer Volks-

wirtschaft erzielten Erfolge und die brüderliche Unterstützung der Republik seitens der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie den Werktätigen der DDR die Möglichkeit geben, einen neuen großen Schritt vorwärts auf dem Wege des Aufbaus des Sozialismus, des wirtschaftlichen Aufstiegs des Landes und der weiteren Erhöhung des Wohlstandes der Bevölkerung zu machen.

Beide Seiten brachten ihre Genugtuung über die Entwicklung der wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion zum Ausdruck. Das im April 1956 abgeschlossene Abkommen über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ermöglicht eine umfassendere gegenseitige Ausnutzung der Errungenschaften der Kultur, der Wissenschaft und der Technik. Es wurde als wünschenswert erachtet, eine allseitige Erweiterung der Kontakte zwischen den wissenschaftlichen Institutionen, Wissenschaftlern und Technikern der DDR und der UdSSR, den ständigen Austausch von wissenschaftlich-technischen Informationen, den Austausch von Studenten und die Durchführung anderer Maßnahmen zu fördern, die zu einer fruchtbaren Entwicklung der Wissenschaft und zum technischen Fortschritt beider Staaten beitragen.

Zwischen beiden Regierungen wurde über Fragen Uebereinstimmung erzielt, die mit dem Bau eines Atomkraftwerkes in der Deutschen Demokratischen Republik mit einer Kapazität bis zu 100 000 kW im Zusammenhang stehen. Entsprechend dieser Uebereinstimmung wird die Sowjetunion bei der Projektierung des Atomkraftwerkes Hilfe leisten und der Deutschen Demokratischen Republik die notwendigen Ausrüstungen und Materialien liefern. Ein Abkommen zu dieser Frage wurde von Regierungsvertretern beider Staaten gleichzeitig mit der Unterzeichnung der vorliegenden Erklärung unterzeichnet.

Im Verlauf der Verhandlungen fand ein allseitiger Meinungsaustausch über internationale Fragen statt, die für beide Seiten von Interesse sind. Dabei wurde völlige Uebereinstimmung der Ansichten über die wichtigsten internationalen Fragen festgestellt.

Beide Seiten sind der einmütigen Auffassung, daß die in der letzten Zeit erreichte Minderung der internationalen Spannung eine günstige Situation für die Verständigung zwischen den Staaten, und vor allem zwischen den Großmächten, über die Abrüstung und über wirksame Maßnahmen zur Gewährleistung der gesamteuropäischen Sicherheit schafft. Die Reduzierung der Streitkräfte der Großmächte, das unbedingte Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und die Errichtung einer wirksamen Kontrolle über die Durchführung dieser Maßnahmen würden zweifellos zu einer weiteren Verbesserung der internationalen Lage, zu einer Zunahme des Vertrauens und der Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten beitragen. Beide Regierungen sind der Meinung, daß die Versuche einiger Mächte, die Lösung des Problems der Abrüstung von irgendwelchen Vorbedingungen abhängig zu machen, lediglich die Lösung des Problems der Abrüstung sowie die Regelung anderer politischer Probleme behindern können.

Die kürzlich von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ergriffene Initiative, die Stärke der Nationalen Volksarmee der DDR zu reduzieren, der Vorschlag der Regierung der DDR über die Beschränkung der Streitkräfte sowohl in Ost- als auch in Westdeutsch-

land und über das Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf dem Territorium Deutschlands sowie die anderen Maßnahmen der Regierung der DDR, die im Interesse der Minderung der Spannung in Deutschland durchgeführt werden, schaffen reale Möglichkeiten für die Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik über für das deutsche Volk lebenswichtige Fragen.

Von den Regierungen der DDR und der UdSSR wurde ferner festgestellt, daß die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Westdeutschland entgegen dem Willen des deutschen Volkes die Lösung der nationalen Probleme des deutschen Volkes wesentlich erschwert und die Entspannung der politischen Lage in Deutschland und in ganz Europa behindert. Die Verantwortung dafür trägt die gegenwärtige Regierung der Deutschen Bundesrepublik.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Sowjetunion in der letzten Zeit die sowjetischen Truppen in Deutschland um mehr als 50 000 Mann reduziert hat, richten die Regierung der DDR und die Regierung der UdSSR den Appell an die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs, die Stärke ihrer auf dem Territorium der Deutschen Bundesrepublik stationierten Truppen ebenfalls zu reduzieren, um im weiteren die ausländischen Truppen vom Territorium Deutschlands vollständig abzuziehen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Sowjetunion sind überzeugt, daß gegenwärtig, elf Jahre nach Beendigung des Krieges, unter der Bedingung des Bestehens zweier souveräner deutscher Staaten, die eine breite internationale Anerkennung gefunden haben, das Verbleiben ausländischer Truppen auf dem Territorium Deutschlands nicht als normal anerkannt werden kann.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat erklärt, daß sie, geleitet von den Interessen des ganzen deutschen Volkes, in ihrer gesamten Tätigkeit die Wiederstellung der nationalen Einheit Deutschlands als freier, friedliebender und demokratischer Staat anstrebt.

Die Sowjetregierung hat erklärt, daß sie den die berechtigten nationalen Forderungen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringenden Bestrebungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik volles Verständnis und volle Sympathie entgegenbringt und, indem sie sich unentwegt in ihrer Politik an das Leninsche Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen hält, der Auffassung ist, daß die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates die Sache des deutschen Volkes selbst ist.

Beide Seiten bringen ihre volle Einmütigkeit darüber zum Ausdruck, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands gibt, als den Weg der direkten Verhandlungen und der Verständigung zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten — der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die von ihnen im Verlaufe der Verhandlungen gefaßten gemeinsamen Beschlüsse die weitere Festigung der Freundschaft und der brüderlichen Zusammenarbeit zwi-

schen der Deutschen Demokratischen Republik, die entschlossen den Weg der sozialistischen Entwicklung beschritten hat, und der Sowjetunion fördern werden und

einen wichtigen Beitrag zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa sind.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 170 vom 18. Juli 1956.

Abkommen über die Errichtung des „Vereinigten Instituts für Kernforschung“

zwischen Albanien, Bulgarien, der Chinesischen Volksrepublik, der DDR, Nordkorea, der Mongolischen Volksrepublik, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn und der Sowjetunion vom 26. März 1956

Die Regierungen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Chinesischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Mongolischen Volksrepublik, der Polnischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

messen der friedlichen Nutzung der Atomenergie zum Wohl der ganzen Menschheit große Bedeutung bei,

erkennen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Wissenschaftler der verschiedenen Länder für theoretische und experimentelle Forschungen auf dem Gebiet der Kernphysik zwecks Erweiterung der Möglichkeiten der friedlichen Nutzung der Atomenergie an

und haben das folgende Abkommen getroffen und zu ihren Bevollmächtigten bestimmt:

die Regierung der Volksrepublik Albanien — den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission, Spiro Koleka;

die Regierung der Volksrepublik Bulgarien — den Minister für Kultur, Ruben Abramoff;

die Regierung der Chinesischen Volksrepublik — den Stellvertretenden Minister für Geologie, Liu Tse;

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik — den Staatssekretär Ernst Wolf;

die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik — den Minister für chemische Industrie, Ten Djun Thjak;

die Regierung der Polnischen Volksrepublik — den Stellvertreter des Ministerpräsidenten Sodnomyń Awasid;

die Regierung der Polnischen Volksrepublik — den Stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Wirtschaftsplanung, Mieczysław Leszy;

die Regierung der Rumänischen Volksrepublik — den Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission und Vorsitzenden des beim Ministerrat bestehenden Komitees für Kernenergie, Gaston G. Marin;

die Regierung der Tschechoslowakischen Republik — den Minister für Kraftwirtschaft, František Vlasek;

die Regierung der Ungarischen Volksrepublik — den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, Istvan Hidas;

die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — den wissenschaftlichen Hauptsekretär des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Alexandr W. Toptschiew;

die ihre in gebührender Form und in voller Ordnung befundenen Vollmachten vorlegten und über folgendes übereingekommen sind:

Artikel I

Zur Gewährleistung gemeinsamer theoretischer und experimenteller Untersuchungen im Bereiche der Kernphysik wird von den Wissenschaftlern der Signatarstaaten

dieses Abkommens eine internationale wissenschaftliche Forschungsorganisation unter der Bezeichnung „Vereinigtes Institut für Kernforschung“ gegründet.

Artikel II

Das Vereinigte Institut für Kernforschung wird seine ganze Arbeit auf der Grundlage des Statuts vornehmen, dessen Entwurf von der Direktion des Instituts abgefaßt und von den Regierungen der Mitgliedstaaten des Instituts bestätigt werden wird.

Das Vereinigte Institut für Kernforschung wird die Rechte einer juristischen Person genießen. Das Vereinigte Institut für Kernforschung kann in seiner Tätigkeit mit entsprechenden Instituten und Laboratorien zusammenarbeiten, die sich auf den Territorien der Mitgliedstaaten des Instituts befinden.

Der Sitz des Instituts ist das Gebiet Kalinin in der UdSSR.

Artikel III

Mitglieder des Vereinigten Instituts für Kernforschung sind die Staaten, die das vorliegende Abkommen unterzeichnet haben.

Andere Staaten, die im weiteren an der Tätigkeit des Vereinigten Instituts für Kernforschung teilnehmen wollen, bringen ihr Einverständnis mit den Bestimmungen dieses Abkommens zum Ausdruck und werden durch Mehrheitsbeschluß der Mitgliedstaaten des Instituts zu seinen Mitgliedern.

Artikel IV

Dem Vereinigten Institut für Kernforschung sind die folgenden wissenschaftlichen Forschungsorganisationen angeschlossen:

a) das Laboratorium für Kernprobleme samt dem Synchrozyklotron mit einer Protonenenergie von sechshundertachtzig Megaelektronenvolt (ehemaliges Institut für Kernprobleme bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR);

b) das Laboratorium für Physik hoher Energien samt dem Synchrophasotron mit einer projektierten Protonenenergie von zehntausend Megaelektronenvolt (ehemaliges elektrophysikalisches Laboratorium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR).

Das genannte Institut für Kernprobleme und das genannte elektrophysikalische Laboratorium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR werden mit dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens von der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken dem Vereinigten Institut für Kernforschung mit der gesamten Ausrüstung, den Haupt-, Neben- und administrativen Einrichtungen und Gebäuden übergeben.

Zur weiteren Entwicklung der Untersuchungen im Bereich der Kernphysik wird vorgesehen, in dem Vereinigten Institut einzurichten:

- a) ein Laboratorium für theoretische Physik mit einer Errechnungsabteilung und mit Elektronenrechenmaschinen;
- b) ein Laboratorium für Neutronenphysik samt einem Versuchskernreaktor und einem Neutronenstrom von starker Dichte;
- c) ein Zyklotron, das für die Beschleunigung mehrgeladener Ionen verschiedener Elemente und für experimentelle Arbeiten mit ihnen bestimmt ist und beim Laboratorium für Kernprobleme geschaffen werden soll;
- d) andere experimentelle Anlagen und Laboratorien.

Artikel V

Das Vereinigte Institut für Kernforschung wird von einem Institutsdirektor und zwei stellvertretenden Direktoren geleitet, die aus den Wissenschaftlern der Mitgliedstaaten des Instituts von einer Mehrheit dieser Mitgliedstaaten gewählt werden. Der Direktor wird für drei Jahre gewählt, seine Stellvertreter für zwei Jahre.

Der Direktor des Instituts ist die bevollmächtigte Person, die die Beziehungen zu den entsprechenden Institutionen der Mitgliedstaaten des Instituts in allen Fragen unterhält, welche die Tätigkeit des Instituts betreffen.

Die Direktion des Vereinigten Instituts für Kernforschung ist den Regierungen der Mitgliedstaaten des Instituts für seine Tätigkeit verantwortlich und hat diesen Regierungen periodisch Rechenschaft abzulegen.

Zur Erörterung und Bestätigung der Pläne über die wissenschaftliche Forschungsarbeit, der Ergebnisse dieser Arbeit sowie anderer Fragen, die mit der wissenschaftlichen Tätigkeit des Instituts zusammenhängen, wird ein aus je drei von den Mitgliedstaaten des Instituts ernannten Personen bestehender „Wissenschaftlicher Rat“ des Instituts konstituiert.

Als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rats fungiert der Direktor des Vereinigten Instituts.

Der Direktor des Instituts ernannt einen Stellvertreter für Fragen der Bautätigkeit und für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Instituts.

Artikel VI

Jeder Mitgliedstaat des Vereinigten Instituts für Kernforschung zahlt alljährlich einen finanziellen Beitrag für den Unterhalt des Instituts und den Bau neuer wissenschaftlicher Forschungsobjekte des Instituts und beteiligt sich an der materiellen Versorgung des Instituts.

Die Höhe der Beteiligung der Staaten, die das Institut gründen, an den Ausgaben für den Bau und den Unterhalt des Instituts wird durch folgende Skala festgelegt:

Volksrepublik Albanien	0,05%
Volksrepublik Bulgarien	3,6 %
Chinesische Volksrepublik	20 %
Deutsche Demokratische Republik	6,75%
Koreanische Volksdemokratische Republik	0,05%
Mongolische Volksrepublik	0,05%
Polnische Volksrepublik	6,75%
Rumänische Volksrepublik	5,75%
Tschechoslowakische Republik	5,75%
Ungarische Volksrepublik	4 %
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	47,25%

Beim Eintritt neuer Staaten zum Institut und beim Ausscheiden eines Staates aus der Mitgliedschaft des Instituts wird die Skala der Beteiligung an den Ausgaben für den Bau und den Unterhalt des Instituts revidiert

und die neue Skala den Regierungen der Mitgliedstaaten des Instituts zur Bestätigung vorgelegt.

Die Größe der finanziellen Beteiligung der Mitgliedstaaten des Instituts kann kein Faktor sein, auf den Grad der Teilnahme des einen oder anderen Mitgliedstaates des Instituts, an seiner wissenschaftlichen Tätigkeit oder seiner Verwaltung Einfluß auszuüben.

Artikel VII

Zur Bestätigung des Haushalts und der Kontrolle der Finanzgebarung des Instituts wird ein Finanzausschuß aus je einem Vertreter aller Mitgliedstaaten des Instituts eingesetzt. Die Mitglieder des Ausschusses werden von den Regierungen der entsprechenden Staaten ernannt. Den Vorsitz in den Sitzungen des Finanzausschusses führen die Ausschußmitglieder von allen Staaten der Reihe nach.

Artikel VIII

Jeder Mitgliedstaat des Vereinigten Instituts für Kernforschung kann aus dem Institut austreten.

Eine schriftliche Benachrichtigung über den Austritt aus dem Institut wird durch den bevollmächtigten Vertreter der Regierung des Mitgliedstaates, welcher das Institut verlassen will, an den Direktor des Instituts gerichtet, was aber spätestens drei Monate vor Schluß des laufenden Rechnungsjahres zu erfolgen hat.

Artikel IX

Das Vereinigte Institut für Kernforschung kann nach Vereinbarung zwischen den Regierungen aller Mitgliedstaaten des Instituts aufgelöst werden.

Bei der Auflösung des Instituts gehen seine ganze Einrichtung, seine Haupt-, Neben- und Verwaltungsgebäude in das Eigentum der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über, in deren Gebiet sich das Institut befindet. Die anderen Mitgliedstaaten werden entsprechend der Teilnehmer jedes einzelnen Staates an den Investitionen für das Institut entschädigt.

Bei der Auflösung des Instituts werden die flüssigen Geldmittel, mit Ausnahme des Teils, der zur Begleichung der Verpflichtungen des Instituts notwendig ist, zwischen den Staaten verteilt, die im Augenblick seiner Liquidierung Mitglieder des Instituts sind, und zwar proportional zu der Höhe der Beiträge, die diese Staaten während der Zeit ihrer Teilnahme an der Arbeit des Instituts eingezahlt haben.

Artikel X

Vorliegendes Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung durch alle Mitgliedstaaten in Kraft. Für jeden Staat, der sich diesem Abkommen später anschließt, tritt es zu dem Zeitpunkt in Kraft, da seine Aufnahme in die Mitgliedschaft des Instituts nach dem Verfahren erfolgt, das durch Artikel III des Abkommens vorgesehen ist.

Vorliegendes Abkommen ist am 26. März 1956 in Moskau unterzeichnet worden, wo es in einem Exemplar in russischer Sprache ausgefertigt wurde. Beglaubigte Kopien des Abkommens werden den Signatarstaaten dieses Abkommens durch die Regierung der UdSSR zugestellt.

Zwecks Bescheinigung des Vereinbarten haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Quelle: *Neuer Weg*, Organ der Volksräte der Rumänischen Volksrepublik, Nr. 2251 vom 13. Juli 1956.

Informationen und Berichte

Die vierte Zollkonferenz des GATT in Genf

Am 18. Januar 1956 trafen sich in Genf die Vertreter von 26 Signatarstaaten des GATT zur vierten Zollsenkungsrunde. Neun Vertragspartner hatten sich auf der letzten Tagung an Zollverhandlungen uninteressiert gezeigt und auf die Entsendung von Delegierten verzichtet.

Wie nicht anders zu erwarten, hat diese Konferenz das Gesetz des abnehmenden Ertrages bestätigt. Doch konnte man bis zum Abschluß der Verhandlungen am 13. Mai 1956 insgesamt 2700 Konzessionen aushandeln. Es gilt allerdings zu berücksichtigen, daß sich der größte Teil der Positionen durch notwendige Revisionsverhandlungen des bisher geltenden Tarifes ergab. Dennoch hat die Zahl der durch das GATT erfaßten Positionen 60 000 überschritten; die nun infolge der veränderten Verhältnisse im Weltmarkt seit Annecy und Torquay¹ wesentlich mehr Gewicht haben als damals.

Die 22 verhandelnden Länder, zu denen erstmalig Vertreter der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hinzukamen, konnten in 60 bilateralen Abkommen, die im 6. Ergänzungsprotokoll des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens zusammengefaßt und den Listen gemäß Art. II des Abkommens beigegefügt werden², ein Außenhandelsvolumen von rund 2,5 Milliarden Dollar erfassen. Berücksichtigt man die Ergebnisse der früheren Zollrunden, so dürfte durch das GATT mehr als die Hälfte des gesamten Welthandels, d. h. der betreffenden Zollpositionen, zumeist gebunden, zum anderen, nicht unbedeutenden Teil gesenkt worden sein.

Verhandlungsergebnisse einzelner Staaten

Die Bundesrepublik Deutschland hat auf dieser Runde mit vierzehn Ländern verhandelt³ und dabei insgesamt 577 Zugeständnisse mit einem bilateralen Wert von rund 680 Millionen DM gewährt, umgekehrt gelang es ihr, 640 Zugeständnisse mit einem bilateralen Wert von 480 Millionen DM auszuhandeln. Diese Beträge werden sich auf multilateraler Ebene jeweils ungefähr verdoppeln⁴. Im Gegensatz zum verlängerten Reciprocal Trade Agreements Act ist die Bundesrepublik über das Maß der amerikanischen Zollsenkungen hinausgegangen; sie erreichten zum großen Teil ein Drittel des Gesamtzollsatzes. Dabei überwogen die Zugeständnisse auf dem gewerblichen Sektor bei weitem die anderen Wirtschaftszweige. Mit den Vereinigten Staaten konnten 150 Konzessionen⁵ in beiden Richtungen vereinbart werden. Sie betrafen von seiten der Vereinigten Staaten die eisenverarbeitende Industrie, insbesondere den Maschinenbau. Umgekehrt gewährte die Bundesrepublik den Vereinigten Staaten vor allem in bezug auf Maschinen, Kraftfahrzeuge, Chemikalien und Fruchtsäfte entsprechende Zugeständnisse.

Gegenüber Großbritannien gelang es der Bundesrepublik, 57 Zugeständnisse zu erreichen, wobei der größte Anteil in beiden Richtungen wiederum Maschinenbau und Kraftfahrzeuge betraf. An Großbritannien wurden außerdem noch Konzessionen im Bereich der Textilindustrie gewährt, umgekehrt von Großbritannien Ermäßigungen für die lederverarbeitende Industrie. Gleich groß ist die Zahl der Konzessionen, die die Beneluxstaaten Deutschland machten, die meisten jedoch betrafen lediglich Zollbindungen in der Ernährungsindustrie und auf dem gewerblichen Sektor. Die Anzahl der deutschen Konzessionen überwiegt diese bei weitem mit 118. Bestimmend war jedoch hierfür die Verpflichtung der Bundesrepublik, durch die Revision des Stärkezolls, die man schon auf früheren Tagungen angekündigt hatte, einen entsprechenden Punkteausgleich zu schaffen. Auch Italien hat der Bundesrepublik eine Reihe von Zollzugeständnissen eingeräumt, die alle Bereiche des deutschen Ausfuhrinteresses geringfügig betreffen. Umgekehrt betreffen die deutschen Konzessionen, 51 an der Zahl, Obst und Gemüse und den gewerblichen Sektor sowie Chemikalien und Holzmöbel.

Der deutsche Tarif war durch ausländische Zollwünsche insgesamt etwa 800mal angegriffen worden; da eines teils die erwünschten Konzessionen nicht zu erreichen waren, andererseits von deutscher Seite ausländische Zollforderungen mit dem Hinweis auf die konjunkturpolitische Zollsenkung beantwortet werden konnten, unterblieb eine Reihe von Verhandlungen.

Die Republik Österreich konnte mit neun Ländern Zollkonzessionen vereinbaren⁶, vor allem mit den Vereinigten Staaten und der Hohen Behörde der EGKS; sie werden eine Erleichterung des österreichischen Exportes auf zahlreichen Sektoren, vor allem dem der gewerblichen Industrie, nach sich ziehen. Von besonderer Bedeutung sind die erreichten Konzessionen gegenüber der EGKS, insbesondere auf dem Gebiet der Edeltahlerzeugung, das sich auf Italien, Deutschland und Frankreich auswirken dürfte. In Torquay verhandelte Österreich mit gerade vorher valorisierten Zollsätzen. Der Abschluß der jetzigen Vereinbarungen stellt Österreich vor die notwendig gewordene Aufgabe, den Entwurf des neuen österreichischen Zollarifs, der in Anlehnung an das Brüsseler Zollarifschema von 1951 ausgearbeitet wurde, in naher Zukunft zu ratifizieren, da dieser in Genf für Österreich als Verhandlungsgrundlage diente. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt abzuwarten, ob die zugestandenen Konzessionen überhaupt in Kraft treten und für die österreichische Wirtschaft nutzbar werden.

Einzelne europäische Länder konnten von Genf mit recht guten Ergebnissen abreisen, vor allem Italien, das

¹ Vgl. die Beiträge in Europa-Archiv, Mai, August und September 1948, 4 und 5/1950, 20/1951 und 11/1952.

² Die Verhandlungsergebnisse bedürfen in den meisten Staaten der Ratifizierung durch die Parlamente.

³ Australien, Benelux-Staaten, Chile, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Italien, Kanada, Norwegen, Österreich, Schweden, Vereinigte Staaten von Amerika.

⁴ Die 577 Zugeständnisse dürften nach statistischen Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums sich auf rund 1,4 Milliarden DM erhöhen. Die erzielten Zugeständnisse der Bundesrepublik werden sich multilateral auf etwa 980 Millionen DM erweitern.

⁵ 154 Konzessionen von deutscher Seite standen 150 von USA-Seite gegenüber, die jeweils 4–6 Punkte betrafen.

⁶ Australien, Deutschland, Dänemark, Schweden, Italien, Kanada, Norwegen, Vereinigte Staaten, EGKS.

Zollsenkungen für einen Gesamtumsatz von 200 Millionen Dollar abgeschlossen hat. Einen sehr breiten Raum nahmen die Verhandlungen mit Deutschland ein, die jedoch in der Mehrzahl aller Fälle der Konsolidierung des Gebrauchtstarifes dienten. Nur zu einem geringen Umfang ergaben sich echte Zugeständnisse, die sich über den ganzen gewerblichen Sektor verteilen.

Maßgebliche Kreise Frankreichs sind von den Genfer Ergebnissen recht befriedigt, sie zeigten sich im Grunde aber wenig interessiert. Befriedigt deshalb, weil es gelungen ist, mit den Vereinigten Staaten für Stahlzeugnisse eine wesentliche Ermäßigung auszuhandeln, die nahezu ein Drittel des Gesamtzollsatzes erreicht. Da sich die Ermäßigung lediglich auf wenige Positionen bezieht, dürfte der Nutzen jedoch auf 15 Millionen Dollar beschränkt bleiben. Im ganzen wird Frankreich dank der Meistbegünstigung nicht unerhebliche Konzessionen haben, und man rechnet dabei mit etwa 80 bis 100 Millionen Dollar Exportvolumen, die hiervon erfaßt werden.

Für die Benelux-Länder ergab sich eine Reihe von Verhandlungen mit Deutschland, Großbritannien und den skandinavischen Staaten. Abwechselnd stellten die Länder der Zollunion den gemeinsamen Verhandlungsführer, doch haben ihre Verhandlungen lediglich dazu beigetragen, in weitgehendem Maße die Positionen des Tarifes zu konsolidieren. Wie erinnerlich, haben gerade diese Staaten in Annecy und Torquay sehr weitgehende Konzessionen gemacht und sind in der Folge zu greifbaren Resultaten wegen der Disparität der anderen Zolltarife nicht mehr gelangt.

Die auf bilateraler Ebene erzielten Zugeständnisse der Delegation Schwedens betreffen einen Ausfuhrwert von ca. 300 Millionen sKr., während die direkt gewährten Zugeständnisse Schwedens etwas geringer sind. Der Gesamtimportwert der Waren, den die schwedischen Zollkonzessionen berühren, lag bei etwa 850 Millionen sKr. Eine entsprechend exakte Abschätzung des Totalexportes ist nicht möglich, da eine Reihe von indirekten Zugeständnissen, vor allem gegenüber anderen OEEC-Ländern und der Bundesrepublik, nach schwedischen Angaben nicht genau übersehbar ist. Das Schwergewicht der schwedischen Zollwünsche lag vor allem auf dem Sektor der Papierindustrie, wo Schweden als Hauptlieferant die Verhandlungen auf sich konzentrieren konnte. Für die schwedische Maschinenindustrie ergab sich eine Reihe von nicht unwesentlichen indirekten Zugeständnissen, hinzu kommt noch eine Reihe von Konzessionen vor allem für kaltgewalzten Qualitätsstahl, für Röhren sowie für Chemikalien und Büromaschinen. Die 60 schwedischen Zugeständnisse beziehen sich auf eine Reihe von Zollbindungen sowie die Senkung alternativer Wertzölle, auf die Schweden entsprechend den früheren GATT-Abmachungen übergehen kann und die zum Teil über den zur Zeit gültigen spezifischen Zollsätzen liegen.

Für Dänemark sind die Ergebnisse von geringerer Bedeutung und nur auf dem Gebiet der Fischveredlung von gewissem Interesse. Umgekehrt macht sich die Lockerung auf dem Papiersektor für Dänemark recht bemerkbar.

Norwegen konnte in weit stärkerem Maße als Dänemark Konzessionen für die Fischveredlung erzielen. Diese Zugeständnisse für Norwegen berühren unter anderem den Handel mit den Vereinigten Staaten relativ umfangreich, da hier ein norwegischer Export von 50 Millionen nKr. gedeckt wird; einige deutsche Zollzugeständnisse kommen noch hinzu.

Die Verhandlungen der skandinavischen Länder in Genf ließen durchblicken, daß es zu einer nordischen Freihandelszone, denn als solche würden die skandinavischen Bestrebungen nach der Definition des GATT anzusehen sein, in absehbarer Zeit nicht kommen wird. Da man innerhalb des gewerblichen Sektors nur etwa 30 vH des skandinavischen Warenaustauschs zusammenfassen könnte, dürfte sicher sein, daß die Signatarstaaten von der Nichtdiskriminierungsklausel kaum befreit werden, was gemäß Art. XXIV des GATT notwendig wäre.

Für Großbritannien erwiesen sich Schweden und die Bundesrepublik als von besonderem Interesse. Beide Länder führten mit ihm die Hauptverhandlungen. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß sich die britische Situation seit Torquay nicht wesentlich verändert hat.

Die Konzessionen der Vereinigten Staaten von Amerika haben den guten Willen der amerikanischen Exekutive bewiesen und gestatten, wenigstens in gewissem Maße der Kritik des Auslandes zu begegnen, vor allem angesichts einer ständig wachsenden Opposition in den Vereinigten Staaten, die sich gegen das GATT, besonders in seiner revidierten Form der Internationalen Handelsorganisation (OTC), richtet⁷.

Zusammenfassung

Die Zollkonferenz gliederte sich in einen öffentlichen Teil, der durch eine Adresse des Vorsitzenden der Vertragsparteien, L. Dana Wilgress, eröffnet wurde, der dann die Erklärungen der einzelnen Delegationsführer folgten, und die anschließenden vertraulichen Zollverhandlungen, die sich über fünfzehn Wochen hinzogen. Den Abschluß der Konferenz bildeten die Erklärungen der Delegationsführer in einer öffentlichen Sitzung am 23. Mai 1956 und die Unterzeichnung des Ergänzungsprotokolls mit den Tarifierungen⁸.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der größtmögliche Erfolg der bisher durch das GATT gehandhabten Methode, in bilateralen Verhandlungen auf multilateraler Ebene Zollsenkungen zu erzielen, damit erreicht sein dürfte. Auch die vom Tariff Negotiation Committee des GATT auf dieser Konferenz erstmals gehandhabten multilateralen Dreiecksverhandlungen haben einen größeren Erfolg nicht erzielen können⁹. Länder, die einem Zollabbau aus dem Wege gehen wollen, haben dabei wieder zahlreiche Ausweichmöglichkeiten gefunden. Ein neues Verfahren zu erwägen wird nach dieser Runde notwendig sein, und es erscheint möglich, daß man wiederum den Versuch einer prozentualen Zollsenkung des gesamten Tarifs aufgreift, wie dies der Pflimlin-Plan und der daraus hervorgegangene GATT-Plan vorsahen. Die Disparität

⁷ Vgl. Vernon, „Die Vereinigten Staaten und die OTC“ in EA 2/1956, S. 8541 ff.

⁸ Die Schlußzusammenstellung mit den Endlisten wird den Tarifierungen, die das Kernstück des Abkommens bilden, angefügt. Das Änderungsprotokoll betrifft Australien, Oesterreich, die Benelux-Union, Kanada, Chile, Kuba, Dänemark,

die Dominikanische Republik, Finnland, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Haiti, Italien, Japan, Norwegen, Peru, Schweden, die Türkei, Großbritannien und die Vereinigten Staaten.

⁹ Vgl. Gerhard Schiffler, „Die X. GATT-Tagung“ in EA 3/1956, insb. S. 8596.

zwischen Hochschutzzolltarifen und Niedrigzolltarifen wird durch diese Projekte allein abgebaut werden können, wobei man allerdings auf den fast unüberwindlichen Widerspruch der Entwicklungsländer gefaßt sein muß.

Eine Senkung der Zölle wird zumeist nicht dort, wo es am notwendigsten ist, erzielt, d. h. da, wo die Durchschnittsbelastung am höchsten ist, sondern auf den nebensächlichen Gebieten. Die Möglichkeiten, die sich innerhalb ungefähr gleich entwickelter Volkswirtschaften ergeben, werden dem GATT leider versagt bleiben müssen.

Mit Interesse mag indes vermerkt werden, daß in maßgeblichen Schweizer Kreisen, vor allem der schweizerischen Handelskammer als Dachorganisation von Handel und

Industrie, jetzt der Beitritt der Schweiz zum GATT angeregt wurde. Die Zurückhaltung der Schweiz lag bisher in der für ein liberales Land nahezu unannehmbaren Ausnahmebestimmung zugunsten der Zahlungsbilanz gemäß Artikel XII des GATT begründet. Die Ausnahmebestimmungen, die den Agrarwirtschaften der einzelnen Signatarstaaten zugebilligt wurden, haben andererseits das Abkommen für die Schweiz, die an dem Schutz der eigenen Landwirtschaft nicht uninteressiert ist, erheblich attraktiver gemacht. Als Voraussetzung für den Eintritt in das GATT sieht man von Schweizer Seite allerdings die Beendigung der Revision des seit 1924 in Gebrauch befindlichen Zolltarifes an, um einen Verhandlungstarif zu erhalten, der gewisse Gegenleistungen gestattet.

Dr. Hans Gantzer

Zur Lage der britischen Wirtschaft im Jahre 1956

Die Wirtschaftsübersicht des britischen Schatzamtes

Der vom britischen Schatzamt Ende März 1956 herausgegebene „Economic Survey 1956“ ist die zehnte Publikation dieser Art. Er wurde im Jahre 1947 von der damaligen Labour-Regierung eingeführt. Bisher sind je fünf dieser Berichte von der Labour- und von der konservativen Regierung ausgearbeitet worden. Während sie unter der Labour-Regierung mehr den Sinn eines Wirtschaftsbudgets hatten — d. h. sie suchten die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Regierung herauszuarbeiten und für die verschiedenen volkswirtschaftlichen Sektoren im voraus Programme festzulegen —, besteht nach Auffassung der konservativen Regierung ihr Zweck im wesentlichen darin, die wirtschaftlichen Tatsachen zu erklären, um auf diese Weise der Öffentlichkeit die Grundlage für eine Beurteilung der Wirtschaftspolitik der Regierung zu liefern. Der gegenwärtig vorliegende Bericht gibt ebenso wie in den vergangenen Jahren eine umfassende Analyse der britischen Wirtschafts- und Finanzentwicklung mit einer Beurteilung der Aussichten für das laufende Jahr.

Binnenwirtschaft

Das britische Nationaleinkommen ist 1955 stärker gestiegen als die Produktion. Hieraus ergab sich eine zunehmende Anspannung der Wirtschaftslage sowie eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz. Von der Steigerung des Wertes des Bruttosozialproduktes von 1954 auf 1955 um 850 Millionen £ oder 5,5 vH entfiel nahezu die Hälfte auf Preissteigerungen. Besonders stark war die Steigerung der Bruttoanlageinvestitionen (d. h. ohne Lagerzuwachs) im vergangenen Jahr. Sie betrug — zu Faktorkosten 1954 — 185 Millionen £ oder 7,5 vH gegenüber 1954. Am stärksten war die Steigerung — mit 14 vH von 1954 auf 1955 — bei Fabrikanlagen, Maschinen und Fahrzeugen. Zwei Drittel der Steigerung der Bruttoanlageinvestitionen entfielen auf die verarbeitenden Industrien. In der Automobilindustrie beispielsweise waren die Bruttoanlageinvestitionen 1955 etwa doppelt so hoch wie 1954. Der Lagerzuwachs war 1955 schätzungsweise um 210 Millionen £ größer als 1954. Bei den verarbeitenden Industrien entfiel etwas mehr als die Hälfte des Lagerzuwachses auf die Metallverarbeitung.

Die öffentlichen Ausgaben sind von 1954 auf 1955 leicht, und zwar von 3137 auf 3198 Millionen £ gestiegen, realiter, d. h. unter Ausschaltung der Preissteigerungen,

jedoch leicht zurückgegangen. Hierbei wurde die Zunahme bei den zivilen Ausgaben etwas mehr als ausgeglichen durch den Rückgang bei den militärischen Ausgaben. Die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter stieg von 9265 Millionen £ 1954 auf 10 040 Millionen £ 1955, d. h. um etwa 8,5 vH. Nur ein geringer Teil davon beruhte auf der Zunahme der Beschäftigung und der Zahl der Arbeitsstunden, der weitaus größere Teil jedoch auf höheren Löhnen. Das gesamte persönliche Einkommen (brutto) erhöhte sich um 7,5 vH, während die Zunahme 1954 gegenüber 1953 nur 6 vH betrug. Da Steuerzahlungen und Versicherungsbeiträge gestiegen sind, war das verfügbare Einkommen 1955 nur um 7 vH (= 860 Millionen £) höher als 1954. Die Konsumausgaben haben sich 1955 schätzungsweise um 800 Millionen £ erhöht. Hieraus ergibt sich, daß das persönliche Sparen — das als Restbetrag errechnet ist und daher keine sehr zuverlässige Größenordnung darstellt — 1955 etwa 7—8 vH des verfügbaren persönlichen Einkommens betrug, d. h. der gleiche Anteil wie in jedem Jahr seit 1952. Von der sechseinhalbprozentigen Steigerung der Verbrauchsausgaben von 1954 auf 1955 wurde über die Hälfte durch eine dreieinhalbprozentige Preissteigerung bei den Konsumgütern absorbiert. Die reale Steigerung der Verbrauchsausgaben waren mit 3 vH geringer als in den beiden Vorjahren. 1954 betrug sie 4,3 vH und 1953 etwa 4 vH. Bemerkenswert ist die starke Zunahme der Käufe von privaten Kraftwagen. Auf sie entfällt etwa ein Drittel der realen Zunahme der gesamten Verbrauchsausgaben. Die Zunahme war noch größer als die von 1953 auf 1954.

Die industrielle Produktion nahm 1955 um 5 vH zu, verglichen mit einer Steigerung um 7 vH im Jahre 1954. Zwei Drittel der Zunahme entfielen auf die Metall- und metallverarbeitenden Industrien, während 1954 auf sie nur die Hälfte der Zunahme entfiel. Am stärksten hat sich die Produktion in der Automobilindustrie erhöht. Die Kohlenförderung ist 1955 zurückgegangen. Die Zunahme der industriellen Produktion im Jahre 1955 ist zu je einem Drittel auf die Exporte und die Bruttoanlageinvestitionen, zu knapp einem Viertel auf die Verbrauchsausgaben zurückzuführen. Ein besonders auffallendes Merkmal der Entwicklung im vergangenen Jahre war, daß die Zunahme der Einfuhr weit stärker war als die heimische Produktion. Während das Bruttosozialprodukt

realiter um 3,5 vH stieg, betrug die Zunahme der Einfuhr 11,5 vH. 1954 dagegen stieg das Bruttosozialprodukt realiter um 4,5 vH, die Einfuhr um 1 vH. Diese starke Zunahme der Einfuhr im Jahre 1955 ist wiederum in der Hauptsache auf die zunehmende Aktivität der metallverarbeitenden Industrien zurückzuführen; ein Drittel der Einfuhrsteigerung entfällt auf Metalle und deren Vorzeugnisse, davon allein die Hälfte auf Stahl, dessen Einfuhr erforderlich war, um den wachsenden Fehlbedarf zu decken.

Die Steigerung der industriellen Produktion im vergangenen Jahre ist zum Teil auf die Zunahme der Beschäftigung, zum Teil auf erhöhte Produktivität zurückzuführen. Die Produktivität, d. h. die Erzeugung pro Arbeiter, ist jedoch bemerkenswerterweise 1955 weniger gestiegen als in den beiden vorangegangenen Jahren. Der Index der Produktivität (1948 = 100) zeigte in den letzten Jahren folgende Entwicklung:

1949	105
1950	110
1951	111
1952	109
1953	114
1954	120
1955	123

Die Zunahme der Beschäftigung war mit 277 000 im Jahre 1955 etwas geringer als 1954. Zurückgegangen ist die Beschäftigung in der Landwirtschaft, im Kohlenbergbau und im Regierungsdienst. Die Arbeitslosigkeit war 1955 geringer als in irgendeinem Jahre seit Kriegsende. Der durchschnittliche Stand von 232 000 war um 53 000 geringer als 1954 und betrug nur 1 vH der für zivile Zwecke zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Geringfügig zugenommen hat die Arbeitslosigkeit nur in der Baumwollindustrie. Kurzarbeit war etwas höher als 1954, betraf aber nicht mehr als 1 vH der Beschäftigten zu irgendeiner Zeit des Jahres; auch sie fand sich hauptsächlich in der Baumwollindustrie. Nach dem Stand von Ende November 1955 leisteten 30 vH aller Arbeiter der verarbeitenden Industrien Ueberstunden, verglichen mit 28,5 vH ein Jahr zuvor. Trotz der Zunahme der Beschäftigung um reichlich eine Viertelmillion hat die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter zugenommen. Im Juli 1955 betrug die Zahl der unbesetzten Stellen 473 000, das sind 90 000 oder 23 vH mehr als ein Jahr zuvor. Ende 1955 war die Zahl der unbesetzten Stellen um 13 vH höher als Anfang 1955.

Das Jahr 1955 stand im Zeichen starker Preissteigerungen. Die Einfuhrpreise stiegen um 3 vH, die Ausfuhrpreise um 2 vH und die Preise der auf dem Binnenmarkt verkauften Waren und Dienste um 3,5 vH. Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich um 4,5 vH; hieran hatten die Nahrungsmittelpreise einen starken Anteil; sie waren 1955 durchschnittlich um 7,5 vH höher als 1954, obwohl die Nahrungsmittel-Einfuhrpreise nur geringfügig gestiegen sind. Als Hauptgrund für die starke Steigerung der Preise im vergangenen Jahre wird im Economic Survey die Tatsache bezeichnet, daß die Einkommen im Durchschnitt etwa doppelt so stark gestiegen sind wie das Bruttosozialprodukt realiter. Ein Faktor von wesentlicher Bedeutung ist die im vergangenen Jahre eingetretene Verschiebung zwischen der Erhöhung der Produktivität und der Erhöhung der Arbeitslöhne in der verarbeitenden Industrie (ohne Nahrungsmittel, Getränke

und Tabak). Während sich 1953 und 1954 die Erzeugung pro Arbeiter etwa im gleichen Verhältnis erhöht hat wie die Arbeitslöhne, ist 1955 die Erzeugung pro Arbeiter nur um 4 vH gestiegen, während sich die Arbeitslöhne um 8 vH erhöht haben. Dies hat zu einer beträchtlichen Zunahme der Arbeitskosten pro Produkteinheit geführt. Auf der anderen Seite sind auch die Rohstoffpreise gestiegen, während die Preise der erzeugten Produkte 1955 nur um 3 vH höher waren als 1954, woraus geschlossen werden kann, daß die Gewinne der verarbeitenden Industrie 1955 gegenüber 1954 etwas abgesunken sind.

Die Bruttogewinne der Gesellschaften (außer Banken, Versicherungen und anderen Finanzierungsinstituten) haben sich von 1954 auf 1955 von 2657 auf 2953 Millionen £, d. h. um 11 vH, die zur Verteilung oder Investierung verfügbaren Einnahmen von 2020 auf 2241 Millionen £, d. h. um ebenfalls 11 vH, erhöht. Die Investitionen der Gesellschaften haben 1955 stark zugenommen. Zum ersten Male seit 1951 waren sie, d. h. Bruttoanlageninvestitionen plus Lagerzuwachs, mit 1534 Millionen £ größer als die unverteilter Gewinne (1496 Millionen £). Hieraus ergab sich die Notwendigkeit einer erhöhten Inanspruchnahme von Kredit. Die ständige Zunahme des Bruttosozialprodukts schlug sich in einer Erhöhung der Steuereinnahmen um 300 Millionen £ nieder. Diese Erhöhung erfolgte trotz der Senkung der Einkommensteuersätze im April 1955.

Das auf Grund der zweimaligen Diskontheraufsetzung — von 3 auf 3,5 vH im Januar und von 3,5 auf 4,5 vH im Februar — erhöhte Zinsniveau hatte im Verein mit dem „credit squeeze“ eine Verminderung des Volumens der ausstehenden Bankkredite zur Folge. Es ging von 1897 Millionen £ Ende 1954 auf 1851 Millionen £ Ende 1955 zurück.

Außenwirtschaft

Die im vorangegangenen Abschnitt dargelegte Anspannung der binnenwirtschaftlichen Lage, insbesondere der Uebernachfrage nach Waren, hat außenwirtschaftlich ihren Niederschlag vor allem in einer Steigerung der Einfuhr gefunden. Von 1954 auf 1955 haben sich die Einfuhren mengenmäßig um 11,5 vH und wertmäßig um 15 vH erhöht. Der Einfuhrwert war 1955 um 512 Millionen £ höher als 1954. Die heimische Uebernachfrage hat sich andererseits auch auf der Ausfuhrseite ausgewirkt, wenn auch nicht in so starkem Maße wie auf der Einfuhrseite. Die Ausfuhren waren 1955 um 231 Millionen £ oder 8,5 vH höher als 1954. Ein Teil dieser Zunahme beruht auf höheren Exportpreisen; im Durchschnitt waren die Exportpreise 2 vH höher als 1954. Mengenmäßig lagen die Ausfuhren 1955 um etwa 7 vH höher. Aber da die Einfuhren um weit mehr als die Ausfuhren zunahmen und überdies die Absatzmöglichkeiten angesichts der günstigen konjunkturellen Situation in den meisten Teilen der Welt als günstig anzusehen waren, müssen die britischen Ausfuhrergebnisse des Jahres 1955 nach der im Economic Survey vertretenen Auffassung als unbefriedigend bezeichnet werden. Vor allem haben sie nicht Schritt gehalten mit der Entwicklung der Ausfuhr in den wichtigsten Konkurrenzländern. In den ersten neun Monaten 1955 waren die britischen Fertigwarenausfuhren etwa 7 vH höher als in der vergleichbaren Vorjahrszeit. Die entsprechenden Zunahmesätze betrugen in den Vereinigten Staaten 9 vH, in Westdeutschland 18 vH

und in Japan 27 vH. Auch ist der britische Anteil an den Welt-Fertigwaren-Exporten weiter, wenn auch nur leicht, zurückgegangen. Er betrug 1955 20 vH gegenüber 20,5 vH im Jahre 1954. Nennenswerte Veränderungen in den „terms of trade“ sind im Verlauf des Jahres 1955 nicht eingetreten.

Die britische Waren- und Dienstleistungsbilanz einschließlich amerikanische Auslandhilfe (1954: 50 Millionen £, 1955: 44 Millionen £) hat sich von 1954 auf 1955 um 308 Millionen £ verschlechtert. Die Bilanzsalden zeigten in den letzten Jahren folgende Entwicklung:

1951	— 403 Millionen £
1952	+ 247 Millionen £
1953	+ 177 Millionen £
1954	+ 205 Millionen £
1955	— 103 Millionen £

Während im 1. Halbjahr 1955 noch ein Ueberschuß von 15 Millionen £ erzielt wurde, wies die Bilanz im 2. Halbjahr 1955 ein Defizit in Höhe von 118 Millionen £ auf. Das Defizit der Warenbilanz hat sich von 192 Millionen £ im Jahre 1954 auf 352 Millionen £ im Jahre 1955 erhöht. Die Bilanz der Invisibles (einschließlich amerikanische Auslandhilfe) wies eine Verschlechterung um 148 Millionen £ auf. Der Ueberschuß verminderte sich von 397 Millionen £ im Jahre 1954 auf 249 Millionen £ im Jahre 1955. Auf Grund der starken Zunahme der britischen Einfuhren gingen vor allem die Deviseneinnahmen aus der Frachtschiffahrt zurück. Auch der Dockarbeiterstreik vom Mai/Juni 1955 hat zu der Verminderung dieser Einnahmen beigetragen. Ein wesentlicher Faktor war ferner der Rückgang der Deviseneinnahmen (netto) der britischen Oelgesellschaften; dieser beruhte zum Teil auf erhöhten Ausgaben infolge Wiederaufnahme der Arbeit in den Raffinerien in Abadan (Iran), zum Teil auf erhöhten Zahlungen an Royalties und Steuern in den Mittelost-Ländern. Schließlich haben sich auch die Zinszahlungen auf die Sterling-Guthaben des Auslands infolge der Heraufsetzung der Londoner Zinssätze erhöht.

Die Zahlungsbilanz des gesamten Sterlingblocks mit den Nicht-Sterling-Ländern wies 1955 gleichfalls eine wesentliche Verschlechterung auf. Den Hauptanteil an dieser Verschlechterung hatte allerdings Großbritannien, wie aus nachstehender Tabelle zu ersehen ist.

*Zahlungsbilanz des gesamten Sterlingblocks
mit den Nicht-Sterling-Ländern
in Mill. £*

	1953	1954	1955
Großbritannien	+ 21	— 67	— 318
Uebrige Sterling-Länder	+ 290	+ 164	+ 137
Insgesamt	+ 311	+ 97	— 181

Die Gold- und Dollarreserven des Sterlingblocks sind entsprechend im Jahre 1955 um 229 Millionen £ auf 757 Millionen £ zurückgegangen, während sie im Jahre 1954 eine Zunahme um 87 Millionen £ aufwiesen.

Gesamtbeurteilung

Obwohl die weltwirtschaftliche Gesamtsituation im Jahr 1955 für Großbritannien günstig war, wies die Waren- und Dienstleistungsbilanz ein Defizit von über 100 Millionen £ auf, und die Gold- und Dollarreserven sind um mehr als ein Fünftel zurückgegangen. Diese außenwirtschaftliche Schwäche war das Ergebnis davon, daß die

heimische Nachfrage so stark anstieg, daß die Produktionskapazitäten überbeansprucht wurden und die Einfuhren stärker als die Ausfuhren zunahmen. Die heimische Uebernachfrage führte auch zu Preissteigerungen. Da die Expansionskräfte zu stark wurden, war die Politik in zunehmendem Maße darauf gerichtet, den Boom zu dämpfen. Die Bankrate wurde Ende Januar von 3 auf 3,5 vH und Ende Februar weiter auf 4,5 vH heraufgesetzt. Gleichfalls wurden Maßnahmen zur Einschränkung des Teilzahlungsgeschäfts getroffen. Da es sich herausstellte, daß diese Maßnahmen nicht ausreichten, um die Nachfrage zu beschränken, erging Ende Juli an die Banken die Aufforderung, ihre Kundenkredite bis Ende 1955 um 10 vH abzubauen. Ferner erfolgte eine weitere Verschärfung der Bedingungen für Teilzahlungsgeschäfte. Auch wurde eine Beschneidung der Investitionsprogramme der lokalen Behörden wie der nationalisierten Industrien angekündigt. Die neuen Maßnahmen zeigten gleichfalls nicht die gewünschten Auswirkungen. Die Uebernachfrage am Binnenmarkt hielt weiter an. Die Zahl der unbesetzten Stellen erreichte ihren höchsten Stand seit 1951. Die Zahl der begonnenen industriellen Neubauten stieg schnell an, und es zeigte sich, daß ein industrieller Investitions-Boom, begleitet von einer verstärkten Lagerhaltung, zu dem starken Auftrieb der Konsumentenausgaben hinzutrat. Eine Zunahme der industriellen Investitionstätigkeit ist an sich wünschenswert, aber es erwies sich, daß der Umfang der Expansion auf diesem Gebiet größer war, als die zur Verfügung stehenden Hilfsquellen zuließen, und sowohl die Stabilität der Binnenwirtschaft wie die notwendige Steigerung der Ausfuhr gefährdete. Eine Dämpfung des Investitions-Booms war erforderlich, aber es mußten gleichzeitig auch die Konsumentenausgaben beschränkt werden, um die Voraussetzungen für eine gesunde Steigerung der Investitionen und die Erzielung eines Zahlungsbilanz-Ueberschusses zu schaffen.

Die Regierung legte daher dem Parlament ein Ergänzungsbudget vor, dessen Hauptmerkmale die Erhöhung der Sätze der Umsatzsteuer sowie der Steuer auf verteilte Geschäftsgewinne waren. Die Erhöhung der Umsatzsteuersätze bezweckte eine Beschränkung der Konsumentenausgaben und damit gleichzeitig ein Freimachen von Waren für den Export. Die private Industrie wurde aufgefordert, sich Mäßigung bei ihren Investitionen aufzuerlegen, und ferner wurde bekanntgegeben, daß die restriktive Linie der Kreditpolitik beibehalten werde. Die lokalen Behörden wurden aufgefordert, ihre Investitionsprogramme im Finanzjahr 1956/57 auf das Niveau des Finanzjahres 1954/55 zu reduzieren und ihren Kapitalbedarf in Zukunft weitestgehend am offenen Kapitalmarkt und nicht, wie bisher, im wesentlichen beim Public Works Loan Board, d. h. praktisch beim Schatzamt, zu decken. Soweit die lokalen Behörden weiterhin den Public Works Loan Board in Anspruch nehmen, müssen sie höhere Zinsen als bisher zahlen. Schließlich wurden die Investitionsprogramme der nationalisierten Industrien wie die der Regierung beschränkt und die Subsidien der Regierung für den kommunalen Wohnungsbau reduziert. Das neue Budget 1956/57 sieht vor allem Maßnahmen zur Förderung der Spartätigkeit, eine weitere Erhöhung der Steuer auf verteilte Geschäftsgewinne sowie eine Erhöhung der Steuer auf unverteilte Geschäftsgewinne vor. Allerdings handelt es sich hier um verhält-

nismäßig belanglose Steuererhöhungen. Die Brotsubventionen sollen ab September 1956 ganz wegfallen.

Die Erfahrungen des Jahres 1955 haben gezeigt, daß in Zeiten großer Prosperität, wenn die wirtschaftlichen Aussichten optimistisch beurteilt werden und eine große Zahl von Expansionsprojekten in Durchführung begriffen ist, die Wirtschaft einer restriktiven Kreditpolitik starken Widerstand entgegensetzt.

Ein wesentliches Merkmal der heimischen Ueberrundfrage war, daß sie sich in der Hauptsache auf die metallverarbeitenden Industrien konzentriert, was zu einer besonders angespannten Lage in diesen Industrien führte.

Die Uebersteigerung der heimischen Nachfrage ging Hand in Hand mit steigenden Kosten und Preisen. Die Einfuhrpreise waren 1955 im Durchschnitt 3 vH höher als 1954, und die Geldeinkommen in der Binnenwirtschaft stiegen etwa zweimal soviel wie das Brutto-Inlandsprodukt realiter. Löhne und Gehälter erhöhten sich um 8,5 vH, die Bruttogewinne der Gesellschaften und der öffentlichen Korporationen etwa um den gleichen Prozentsatz und das gesamte Nationaleinkommen um 5,5 vH. Folglich lagen die Preise aller Waren und Dienste 1955 im Durchschnitt um 3 vH höher als 1954. Der Index der Einzelhandelspreise war durchschnittlich um 4,5 vH höher. Die starke Steigerung der Preise war eines der am meisten beunruhigenden Merkmale der britischen Wirtschaft im Jahre 1955.

Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung im laufenden Jahre wird davon abhängen, wie schnell die desinflationistischen Maßnahmen der Regierung die gegenwärtige Ueberhitzung der Konjunktur überwinden. Die Regierung rechnet damit, daß die Auswirkungen dieser Maßnahmen im Laufe des Jahres immer stärker fühlbar werden. Es ist schwer, den genauen Zeitpunkt der erwarteten Aenderung des wirtschaftlichen Klimas vorzusagen; aber wenn die bisher ergriffenen Maßnahmen nicht schnell genug zum Ziele führen, werden sie verschärft werden.

Obwohl die Konsumentenausgaben den bei weitem größten Teil der Gesamtnachfrage darstellen, ist die Haupttriebkraft der wirtschaftlichen Expansion die Zunahme der Anlageinvestitionen in der Industrie. Gerade sie haben im Jahre 1955 beschleunigt zugenommen. In

den meisten Industriezweigen, privaten wie öffentlichen, sind große Modernisierungs- und Entwicklungsprogramme in der Durchführung begriffen, die später die Produktionskapazität der britischen Wirtschaft wesentlich erweitern und verbessern werden. Aber im gegenwärtigen Zeitpunkt stellt der Investitions-Boom eine schwere Belastung für die Wirtschaft dar, und ein zu großer Teil gerade der Industriewaren, die auf den Auslandsmärkten am meisten gefragt sind, wird dadurch in Anspruch genommen. Höhere Zinsen, die Verknappung des Kredits und die Reduzierung der Investitionsprogramme der öffentlichen Hand und der nationalisierten Industrien werden eine Aenderung der Dispositionen der Wirtschaft und eine Revision ihrer Pläne herbeiführen. Dennoch ist der Umfang der bereits in Angriff genommenen Arbeiten so groß, daß die Aufwendungen für Anlage-Investitionen im Jahr 1956 vermutlich noch erheblich höher sein werden als 1955. Eine hohe Quote produktiver Investitionen ist nach wie vor ein wichtiges Anliegen der britischen Wirtschaftspolitik. Andere Anforderungen an das Wirtschaftspotential müssen eingedämmt werden, um für höhere Investitionen im Inland und für eine Verbesserung der Zahlungsbilanz Platz zu schaffen. Im Jahre 1956 ist ein gewisser Rückgang der laufenden Ausgaben des Staates und der lokalen Behörden für Waren und Dienstleistungen (zu konstanten Preisen berechnet) zu erwarten. Auch das weitere Anwachsen der persönlichen Verbrauchsausgaben muß verhindert werden; dies war der Zweck der verschärften Bestimmungen für das Teilzahlungsgeschäft, der Kürzung der Lebensmittelsubventionen und der Erhöhung der Umsatzsteuersätze. Das Ziel der britischen Wirtschaftspolitik im laufenden Jahre wird sein, die Warennachfrage im Inland zu beschneiden, damit ein größerer Teil der Produktion ausgeführt und die Zunahme der Einfuhr abgeschwächt werden kann. Eine Milderung des Nachfrage-Ueberdrucks wird außerdem zu stärkerer Stabilität der Produktionskosten und der Preise beitragen. Dieses Programm der Desinflation ist unangenehm, aber notwendig. Wenn es landesweit durchgeführt wird und das Verständnis des Landes findet, wird die britische Wirtschaft stärker und gesicherter daraus hervorgehen, und das britische Volk kann danach mit einer stetigen Steigerung seines Lebensstandards rechnen.

Karl Schlosser

Außenpolitische Debatte im Deutschen Bundestag

Die Regierungserklärung

In einer ausführlichen Regierungserklärung, die Bundesaußenminister von Brentano vortrug, gab die Bundesregierung am 28. Juni 1956 dem Deutschen Bundestag Rechenschaft über ihre Außenpolitik. Der Außenminister, der die Regierungserklärung einleitend als „eine Art Zwischenbilanz“ bezeichnete, setzte sich zunächst mit der Kritik an der Außenpolitik auseinander, indem er darauf hinwies, daß gewisse Wandlungen der sowjetischen Politik, die vielleicht eine Chance für die Entspannung böten, nicht unabhängig von der Politik der freien Welt eingetreten seien. Wenn die klare und feste Haltung der freien Welt, für die auch die Bundesregierung zum Teil mitverantwortlich sei, zu einer Minderung der akuten Kriegsgefahr und zu gewissen ersten Anzeichen der Bereitschaft zu Gesprächen geführt habe, dann könne sie nicht falsch gewesen sein.

Im Rahmen eines allgemeinen Ueberblicks über die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik berichtete der Bundesaußenminister kurz über seine Besuche in den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Griechenland und wies darauf hin, daß die Bundesregierung in den letzten Monaten ihr Interesse in vermehrtem Maße auch den Ländern Asiens und Afrikas zugewandt habe, wozu eine Reihe von Besuchen und Gegenbesuchen beigetragen habe. Er verwies auf die günstige Entwicklung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die bei der letzten Amerika-Reise des Bundeskanzlers erneut zum Ausdruck gekommen sei. Unter Hinweis auf die deutsch-französische Einigung über die Saar, den Moselkanal und den Rhein-Seitenkanal betonte der Außenminister, daß es nach dem Abschluß der vorgesehenen Abkommen keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten mehr zwischen Deutschland und Frankreich geben

werde. Hinsichtlich der Beurteilung der weltpolitischen Lage hätten die in den letzten Monaten geführten Gespräche mit den verbündeten und befreundeten Regierungen zu einer völligen Übereinstimmung geführt.

Kurz ging der Bundesaußenminister dann auf die Bemühungen zur Weiterführung der europäischen Integration ein und erklärte die Entschlossenheit der Bundesregierung, die Pläne für den gemeinsamen europäischen Markt und die Euratom-Gemeinschaft zu fördern und in allen bestehenden europäischen Organisationen weiterhin intensiv mitzuarbeiten.

Unter Hinweis auf die sowjetische Wirtschaftsoffensive in den sogenannten „Entwicklungsländern“ — den Ausdruck „unterentwickelte Länder“ bezeichnete er als „unangebrachten Hochmut“ — trat der Außenminister dafür ein, die Aktivität der NATO über den militärischen Bereich hinaus auszudehnen und mit Nachdruck die Zusammenarbeit der Vertragspartner auf nichtmilitärischem Gebiet zu fördern. In diesem Zusammenhang empfahl er eine Verstärkung der Aktivität der Bundesrepublik auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Hilfe für die Entwicklungsländer.

Zur Frage der Abrüstung übergehend, gab der Außenminister der Genugtuung der Bundesregierung darüber Ausdruck, daß im Verlaufe der letzten internationalen Verhandlungen von den Westmächten „eindeutig und formell ein Junktim zwischen der Durchführung einer Abrüstungsvereinbarung und der gleichzeitigen Einleitung von Maßnahmen für die deutsche Wiedervereinigung“ hergestellt worden sei. Er betonte, daß die Bundesregierung nicht so weit gehe, die Wiedervereinigung als Vorbedingung jeder Abrüstungsvereinbarungen zu postulieren, doch strebe sie an, daß die einzelnen Phasen der Abrüstung auch entsprechende Maßnahmen für die Wiedervereinigung enthalten würden.

Zu dem Verhältnis der Bundesregierung zur Sowjetunion erklärte der Außenminister:

„Die Bundesregierung ist an einer Verbesserung ihres Verhältnisses zur Sowjetregierung um des Friedens und der Sicherheit in Europa willen aufrichtig interessiert. Sie weiß, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht gegen die Sowjetunion ertrotzt werden kann. Die Bundesregierung ist auch weit davon entfernt, jede Aenderung der sowjetischen Politik oder Wandlungen der inneren Verhältnisse in der Sowjetunion zu ignorieren. Sie kann aber für die deutsche Beurteilung der sowjetischen Politik kein anderes Kriterium als die sowjetische Deutschlandpolitik akzeptieren. Diese Politik fand leider zuletzt ihren Ausdruck in der TASS-Erklärung vom 21. Juni 1956, die eine klare Absage an die Verpflichtung der Sowjetunion enthält, die Wiedervereinigung Deutschlands zusammen mit den drei westlichen Mächten herbeizuführen.“

Auf Grund einer Darlegung der Entwicklung der sowjetischen Deutschlandpolitik kam Außenminister von Brentano zu der Folgerung:

„Die Abkehr vom Stalinismus hat sich bisher zumindest im Verhältnis zu Deutschland leider nur als die Ersetzung einer diktatorischen Alleinherrschaft durch die Diktatur einer Führungsgruppe erwiesen... Das Programm einer friedlichen Koexistenz muß für uns so lange unglaublich bleiben, als die sowjetrussischen Staatsmänner an der Unterdrückungspolitik aus der Herrschaftszeit Stalins in Deutschland festhalten.“

Die von der Sowjetunion geforderte Anerkennung der DDR wurde in der Regierungserklärung scharf abgelehnt: Die Bundesregierung würde mit einer solchen Anerkennung selbst dazu beitragen, daß Europa und die Welt sich mit der Spaltung Deutschlands abfinden; sie würde außerdem die vier Mächte aus ihrer Verantwortung für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands entlassen. Der Außenminister wiederholte hier ausdrücklich die schon früher abgegebene Erklärung, daß die Bundesregierung jede Anerkennung der DDR durch dritte Staaten, mit denen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhält, als einen unfreundlichen Akt ansehen werde. In diesem Zusammenhang erklärte er, die Bundesregierung sei der Ansicht, daß ein europäisches Sicherheitssystem ein handlungsfähiges Gesamtdeutschland voraussetze und auf der These der „Realität“ zweier deutscher Staaten nicht errichtet werden könne. Auch eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten — mit Ausnahme der Sowjetunion als einer der vier Mächte — könne nicht erfolgen, solange diese Staaten auf der Anerkennung der Teilung Deutschlands in zwei Staaten bestehen.

Unter Hinweis auf die Kritik, die an einer seiner Äußerungen während seines Besuchs in London geübt wurde, legte der Außenminister Wert auf die Feststellung, daß die Bundesregierung ihren Standpunkt in der Frage der deutschen Ostgrenze unverändert aufrechterhalte: eine Regelung dieser Frage müsse einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben.

Zum eigentlichen Problem der Wiedervereinigung übergehend, warnte der Außenminister vor unrealistischen Plänen. Er wies im einzelnen Vorschläge für Verhandlungen mit der Regierung der DDR — auch unter gewissen Vorbedingungen —, für einen vorzeitigen Abzug der ausländischen Truppen und für eine Festlegung Gesamtdeutschlands auf die Bündnislosigkeit zurück. Eine deutsche Initiative für die Wiedervereinigung müsse nach Ansicht der Bundesregierung als Kernpunkt die Forderung nach Freiheit enthalten, sie dürfe sich weder von einer auch noch so begreiflichen Ungeduld leiten lassen, noch dürfe sie Schritte enthalten, die als der Beginn einer Unterwerfung ausgelegt werden oder die Bundesrepublik mit ihren Verbündeten entzweien könnten. Darüber hinaus gebe es in der Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung keine starren Methoden, die nicht im Lichte jeder neuen Entwicklung überprüft werden könnten.

Der Außenminister gab bekannt, daß eine Note der Bundesregierung an die vier Mächte über die Wiedervereinigungsfrage vorbereitet werde, und erklärte dann:

„Tatsächlich gibt es nur ein einziges Argument, das die Sowjetunion der Forderung nach Wiedervereinigung entgegenhalten dürfte: die Sorge, daß eine Machtverschiebung eintreten könnte, die geeignet wäre, die eigene Sicherheit zu gefährden; ... alle anderen dürfen wir nicht gelten lassen, gleichgültig, in welcher Form sie vorgetragen werden. Diesem einzigen echten Argument der Sowjetunion Rechnung zu tragen, war und ist die Bundesregierung zu jeder Zeit bereit.“

Wenn diese Sorge wirklich echt sei, erklärte der Außenminister, dann müsse sich eine Lösung finden lassen. Der Schlüssel liege in der Abrüstung, auf welche die Bundesregierung ihre Anstrengungen ganz besonders konzentrieren werde. Darüber hinaus erkläre sie erneut, daß die Gewährung echter Sicherheitsgarantien an die Sowjet-

union niemals am Widerspruch einer deutschen Regierung scheitern werde. Die einzige Grenze, die dabei nicht überschritten werden dürfe, sei die eigene Sicherheit des deutschen Volkes.

Die Konzeption einer deutschen Wiedervereinigungspolitik gegenüber der Sowjetunion umriß der Außenminister schließlich mit folgenden Worten:

„Wenn wir die Hoffnung haben, daß die Entwicklung in der Sowjetunion vielleicht zu einer Aenderung der politischen Ziele in diesem Lande führen könnte, dann ist es unsere Aufgabe, eine solche Entwicklung zu fördern. Wir können es auf zweierlei Weise tun:

Wir müssen einmal der Sowjetunion durch unser Verhalten die letzte Hoffnung nehmen, daß ihre bisherige Deutschlandpolitik sich verwirklichen lasse. Wir müssen aber außerdem versuchen, der Sowjetunion und ihrer Regierung klarzumachen, daß ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit in ihrem eigenen nationalen Interesse liegt. Die Sowjetunion muß davon überzeugt werden, daß den Lebensinteressen des sowjetrussischen Volkes besser gedient ist durch die Herstellung normaler und aufrichtiger Beziehungen zu einem in Freiheit wiedervereinigten Deutschland als durch eine sowjetische Politik, die durch willkürliche Vorenthaltung von Einheit und Freiheit sich die Gegnerschaft eines ganzen Volkes zuzieht. Und die Sowjetunion sollte auch wissen, daß das deutsche Volk zu echten Opfern bereit ist, um sein Ziel der Wiedervereinigung zu verwirklichen, zu Opfern allerdings, die die freie Gestaltung der inneren Ordnung und die Sicherheit der Zukunft des deutschen Volkes nicht gefährden dürfen.“

Die Debatte

In der Debatte, die am folgenden Tage stattfand, war die Frage der Wiedervereinigung der zentrale Punkt, an dem die Kritik der Sprecher der Opposition an der Außenpolitik der Bundesregierung ansetzte.

Der Erste Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, setzte die Regierungserklärung in Beziehung zu dem Interview, das Bundeskanzler Adenauer zwei Tage vorher der amerikanischen Nachrichtenagentur INS gegeben hatte und in dem er unter Vorwegnahme der Debatte „mit aller Eindeutigkeit und Schärfe die uneingeschränkte Fortsetzung seiner bisherigen Außenpolitik für notwendig erklärt“ habe. Er nahm dies zum Anlaß, das ständige persönliche Eingreifen des Bundeskanzlers in die Außenpolitik scharf zu kritisieren.

Das starre Festhalten der Bundesregierung an ihrer bisherigen Außenpolitik, erklärte Ollenhauer, bedeute in der heutigen Situation praktisch den Verzicht auf die Wiedervereinigung und gerate überdies immer mehr in Widerspruch zu den Realitäten der internationalen Politik. Er verwies dabei auf Strömungen in der amerikanischen öffentlichen Meinung zugunsten einer Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik und auf das Bestreben der Sowjetunion, zu einer friedlichen Regelung ihrer Beziehungen zur westlichen Welt zu kommen; daraus ergebe sich, daß die Möglichkeiten für Verhandlungen über eine Entspannung und für eine Politik des friedlichen Nebeneinanderlebens der Völker ohne Rücksicht auf ihr inneres System heute größer seien als vor einigen Jahren. In dieser Situation könne das Beharren der Bundesregierung auf ihrer bisherigen Politik zu einer Isolierung der Bundesrepublik führen, außerdem bestehe die

Gefahr, daß die Lösung des deutschen Problems aus der internationalen Entspannung ausgeklammert werde.

Ollenhauer entwickelte anschließend ausführlich folgende Konzeption für eine neue Außenpolitik der Bundesrepublik, die von den jetzt gegebenen Tatbeständen ausgehen müsse:

Vorlage eines Vorschlags für den internationalen militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland: Die Bundesregierung müsse einen Vorschlag für ein europäisches Sicherheitssystem ausarbeiten, das sowohl vom Westen wie vom Osten akzeptiert werden kann, und ihn zur Diskussion stellen, um die Vorstellungen aller Beteiligten von dem Status Deutschlands in einem solchen System kennenzulernen. Dabei müßten die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO und der DDR im Warschauer Pakt mit zur Diskussion gestellt werden.

Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion: Ollenhauer kritisierte scharf, daß seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion nicht das geringste seitens der Bundesregierung geschehen sei, um die gegebenen Möglichkeiten zur Klärung der beiderseitigen Standpunkte auszunutzen; eine entsprechende Initiative des Außenministers sei am Widerstand des Bundeskanzlers gescheitert. Es sei töricht, die Beziehungen zur Sowjetunion durch feindselige Äußerungen und durch ein betont kühles Verhalten gegenüber dem sowjetischen Botschafter weiter zu komplizieren und dabei die Tatsache zu ignorieren, daß es ohne ein korrektes Verhältnis zur Sowjetunion keine Wiedervereinigung geben werde.

Neuregelung des Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten: Ollenhauer räumte ein, daß sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu diesen Staaten besondere Probleme aus der Spaltung Deutschlands und aus den Grenzfragen ergeben, äußerte aber die Ansicht, daß diese Probleme in ähnlicher Weise überwunden werden könnten, wie sie bei der Aufnahme von Beziehungen zur Sowjetunion überwunden wurden. Insbesondere zu Polen und der Tschechoslowakei sollte die Normalisierung der Beziehungen zunächst in Angriff genommen werden.

Intensivierung der Beziehungen zur Bevölkerung der Sowjetzone: Das Bemühen um das möglichst enge Zusammenleben der beiden Teile Deutschlands auf dem Gebiete der wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Beziehungen bezeichnete Ollenhauer als einen wesentlichen Bestandteil jeder ernsthaften Anstrengung der deutschen Politik im Hinblick auf die Wiedervereinigung. Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR über das zentrale Problem der Wiedervereinigung lehnte er dagegen ebenso kategorisch ab wie der Außenminister. Er wies aber darauf hin, daß die gegenwärtige Inaktivität der Bundesregierung in der Wiedervereinigungsfrage nur geeignet sei, den Verhandlungswert der Ost-Berliner Machthaber zu erhöhen.

Deutscher Beitrag zur Reduzierung der Rüstungen: Ollenhauer wies darauf hin, daß der Bundeskanzler die letzten sowjetischen Abrüstungsvorschläge sofort mit einem negativen Urteil abgetan habe, während diese bei den Westmächten sehr ernsthaft geprüft würden. Diese Haltung offenbare, daß der Bundeskanzler keinesfalls eine internationale Abrüstung wolle, solange die deutschen Streitkräfte nicht voll aufgebaut sind; dafür zeuge auch die Hast bei der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes. Ollenhauer empfahl der Bundesregierung die

Abgabe einer Erklärung, daß sie bereit sei, mit den westlichen Partnern und mit der Sowjetunion über eine Reduzierung der für die Bundesrepublik in Aussicht genommenen Streitkräfte unter Verzicht auf die Wehrpflicht zu verhandeln.

Zusammenfassend stellte Ollenhauer fest:

„Die Politik der Stärke als Mittel einer Politik der Wiedervereinigung ist gescheitert.“

Der Vorsitzende der FDP, Thomas *Dehler*, war in seinem Urteil über die Regierungserklärung noch wesentlich negativer als Ollenhauer. Er vermisse in ihr Glauben, Vertrauen, innere Sicherheit und Kraft und den leidenschaftlichen Willen, die Dinge in Bewegung zu bringen. Er habe in der Regierungserklärung wenig von Politik gespürt und „nicht das geringste an diplomatischem Vermögen“. Deutschland sei der Wiedervereinigung durch die Politik, die getrieben worden sei, ferner denn je. In der Regierungserklärung lebe die Vorstellung, als ob die Welt nur aus der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten bestünde.

Unter Hinweis auf eine gewisse Verselbständigung, die er bei den Staaten des Ostblocks beobachten zu können glaubt, bezeichnete *Dehler* es als möglich, daß ein Staat mit den beiden großen Mächtegruppen verbunden sein könne; man könne neutral und trotzdem gebunden sein. Er sprach von der Möglichkeit der „Neuorientierung einer Politik im Rahmen einer bestehenden Allianz“. In diesem Zusammenhang erklärte er:

„Es beginnt nach meiner Meinung eine starke Bewegung der Neutralen. An uns ist es nicht, am Ufer des Stromes dieser Zeit liegenzubleiben, sondern mitzuschwimmen. Das ist die Aufgabe einer deutschen Politik, und von dem Bewußtsein dieser Verpflichtung habe ich aus der Regierungserklärung nichts entnommen.“

Andererseits betonte *Dehler*, daß die FDP nach wie vor zu den Pariser Verträgen stehe. Abschließend erklärte er, die FDP habe die Regierungskoalition verlassen, weil ihr der Glaube an den klaren Willen der Regierung in der Frage der Wiedervereinigung verlorengegangen sei.

Der Fraktionsvorsitzende des Gesamtdeutschen Blocks/BHE, *Erwin Feller*, vertrat ebenfalls die Ansicht, daß die Politik der Bundesregierung Deutschland der Wiedervereinigung nicht nähergebracht habe und daß die Ueberlegung am Platze sei, ob dies nicht Anlaß zu einer Aenderung der Außenpolitik sei. Er versicherte jedoch, daß der Gesamtdeutsche Block alle Maßnahmen der Bundesregierung unterstützen werde, die zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen notwendig sind.

Feller warnte vor der Gefahr, daß man außerhalb Deutschlands an eine weltpolitische Entspannungsmöglichkeit ohne die Lösung der deutschen Frage denke. Angesichts dieser Gefahr genüge es nicht, darauf hinzuweisen, daß sich die Haltung der Sowjetunion gegenüber einer Lösung der deutschen Frage zusehends versteift habe; man müsse auch die Ursachen dafür untersuchen. Aufgabe der Bundesregierung sei es, das Deutschlandgespräch wieder in Fluß zu bringen und dafür zu sorgen, daß in jeder Phase der Entspannung auch die deutsche Frage wieder zur Sprache kommt. Ueber den Weg dazu aber habe die Regierungserklärung keine Auskunft gegeben.

Auch *Feller* trat für eine bessere Ausnutzung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion zwecks Klärung des sowjetischen Standpunktes zur Wiedervereinigung ein, distanzierte sich aber ebenfalls von einer Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik. In der Frage eines Gesprächs mit den Machthabern der DDR ging er jedoch — den Beschlüssen des Fuldaer Parteitags des GB/BHE folgend — weiter als sein Vorredner: Er erklärte, daß man um eine Auseinandersetzung mit den Vertretern des Systems in der Sowjetzone nicht herumkomme. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an einen früher vom GB/BHE gemachten Vorschlag, einen aus getrennt in beiden Teilen Deutschlands durchgeführten Wahlen hervorgehenden gesamtdeutschen Rat zu bilden.

Abschließend betonte *Feller*, daß der Gesamtdeutsche Block keine Umkehr der Außenpolitik fordere, sondern lediglich die Revision einer Haltung, „die befürchten läßt, daß in der Frage der Wiedervereinigung auf absehbare Zeit nichts mehr geschieht“.

Für die Koalitionsparteien sprachen in der Debatte *Kurt-Georg Kiesinger* (CDU/CSU), *Hans-Joachim von Merkatz* (DP) und *August Martin Euler* (FVP). Sie brachten das Einverständnis ihrer Fraktionen mit der Regierungserklärung und der darin vertretenen Politik zum Ausdruck.

Mit der außenpolitischen Debatte verbunden war die Diskussion über einen Antrag der Fraktion des GB/BHE, durch den die Bundesregierung ersucht werden sollte, sicherzustellen, daß der Rechtsanspruch auf die deutschen Vertreibungsgebiete von Mitgliedern der Bundesregierung nicht in Zweifel gezogen wird; ferner sollte die Bundesregierung alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, die Durchsetzung dieses Anspruchs voranzutreiben, und schließlich wurde die Einrichtung einer Abteilung für deutsche Ostfragen beim Auswärtigen Amt verlangt. Der Antrag wurde von dem Abgeordneten *Linus Kather* begründet, der dabei den Bundesaußenminister wegen seiner Londoner Äußerungen zur Frage der deutschen Ostgebiete scharf angriff und den Verdacht äußerte, daß es sich dabei um den Ausdruck einer auf amerikanischen Druck hin zustande gekommenen neuen Tendenz der Bundesregierung handelt. Diese Angriffe wurden vom Bundesaußenminister nachdrücklich zurückgewiesen. In der Abstimmung wurde die Ziffer des Antrags, die sich auf Äußerungen von Mitgliedern der Regierung bezog, abgelehnt; der Rest des Antrags wurde dem Außenpolitischen Ausschuß überwiesen.

In der Schlußrede der Debatte regte der Berliner CDU-Abgeordnete *Ernst Lemmer* an, der Sowjetunion die Durchführung freier Wahlen in allen Sektoren Berlins vorzuschlagen. Er wies darauf hin, daß für Berlin, das aus der NATO ausgeklammert sei, alle Argumente der Sowjetunion hinsichtlich der Bedrohung ihrer Sicherheit entfallen müßten, so daß hier ein guter Testfall für die Verständigungsbereitschaft der Sowjetunion gegeben sei.

Mit 220 Stimmen der CDU/CSU, der DP und der FVP gegen 135 Stimmen der SPD, der FDP und des GB/BHE nahm der Bundestag eine Entschließung an, in der die Regierungserklärung gebilligt wurde. Einige Abgeordnete der FDP und der DP enthielten sich dabei der Stimme.

W. B.

Der Bundesparteitag des GB/BHE in Fulda

Wiedervereinigung, Ostpolitik und Wehrfragen waren die Hauptthemen, mit denen sich Referate und Diskussionen auf dem 4. Bundesparteitag der Gesamtdeutschen Blocks/BHE am 23. und 24. Juni 1956 in Fulda befaßten. Die am Vortage in einer geheimen Sitzung des Bundesausschusses der Partei festgelegte politische Linie wurde vom Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Erwin Feller, und dem 2. Bundesvorsitzenden, Frank Seiboth, vorgetragen. Zur Beschleunigung der Wiedervereinigung wurden Gespräche mit der Regierung der Sowjetunion und die Aufnahme engerer Kontakte mit der Deutschen Demokratischen Republik angeregt. Nur 4 von 110 Delegierten wandten sich in der Abstimmung gegen eine Entschliebung, in der den Amtsträgern und Abgeordneten der Partei empfohlen wird, sich im Benehmen mit dem Bundesvorstand „zur Diskussion in Versammlungen im anderen Teil Deutschlands zur Verfügung zu stellen, sobald Ulbricht und Hilde Benjamin als ein deutlich sichtbares Zeichen einer Abkehr vom Stalinismus ihres politischen Einflusses enthoben sind“.

Der Parteivorsitzende, Friedrich von Kessel, stellte die Frage, ob die Bundesregierung überhaupt schon Erkundigungen in Moskau über den Kaufpreis für die Wiedervereinigung angestellt habe. Er warf der Bundesregierung vor, in der Außenpolitik die gleiche Praxis anzuwenden, wie im Verkehr mit der Opposition im Bundestag. Der Redner deutete vergebliche Versuche der CDU an, den BHE zur Rückkehr in die Koalition zu bewegen.

Erwin Feller setzte sich für aktive diplomatische Fühlungen in Moskau ein. Direkte Verhandlungen mit Moskau dürften jedoch nur im Einverständnis mit den Westmächten geführt werden. Die Revisionsklausel der Pariser Verträge solle im Sinne einer „Aufweichung“ der deutschen NATO-Politik benutzt werden.

Detaillierte und weitgehende Forderungen an die deutsche Ostpolitik stellte Frank Seiboth. Er befürwortete die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen und der Tschechoslowakei, wenn die dortigen Regierungen bereit seien, die Erklärung zur Kenntnis zu nehmen, daß nach deutscher Ansicht die Grenzen Deutschlands erst im Friedensvertrag frei vereinbart und die Austreibungen deutscher Volksgruppen aus ihrer Heimat rückgängig gemacht werden müssen. Minderheiten, die nach einem Friedensvertrag in Gesamtdeutschland verbleiben würden, müßte eine Autonomie gewährt werden. Die Zusammenarbeit mit Osteuropa müsse ebenso eng gestaltet werden wie die mit Westeuropa.

Neben den großen außenpolitischen Themen fand ein „zweites sozialpolitisches Aktionsprogramm“, das u. a. auch die innerbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmerschaft vorsieht, nur geringes Interesse bei den Delegierten: es wurde ohne Diskussion gebilligt.

Bei den Wahlen für den Bundesvorstand zeigte sich eine gewisse Unsicherheit, die noch verstärkt wurde durch Argwohn gegenüber Kontakten des Bundesvorsitzenden mit der CDU und eine gewisse Besorgnis gegenüber den weitgehenden Vorschlägen Seiboths zur Ostpolitik. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister, Friedrich von Kessel, wurde mit 84 von 111 Stimmen als Bundesvorsitzender wiedergewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden die Bundestagsabgeordneten Frank Seiboth und Alfred Gille sowie der bayerische Staatssekretär Willi Guthsmuths.

Der Gründungsparteitag der FVP in Bochum

Die am 23. Februar 1956 aus der Bundestagsfraktion der FDP und am 21. April anlässlich des Würzburger Parteitags auch aus der Partei selbst ausgetretene Gruppe ehemaliger FDP-Bundestagsabgeordneter berief für den 23. und 24. Juni einen Kongreß zur Gründung einer neuen Partei nach Bochum ein. In Anwesenheit von 350 Personen wurde dort die Freie Volkspartei (FVP) gegründet. Der Parteitag brachte die erste grundlegende Darstellung der Ziele und der Stellung der neuen Partei.

Die Redner distanzieren sich in scharfen Angriffen von der FDP. Das geschah mit Nachdruck in den wichtigen Fragen der Außenpolitik. Bundesminister Hermann Schäfer sprach von „offenen Anbiederungsversuchen an den Osten“ seitens der FDP und nannte „jede Annäherung an die Tyrannei“ einen Verrat an der Freiheit. In der Diskussion fand August Martin Euler großen Beifall, als er seinen Vorrednern hinzufügte, daß die Sowjets jetzt ihre Hoffnung auf Thomas Dehler gesetzt hätten und mit der deutschen Ungeduld spekulieren würden. Vizekanzler Franz Blücher stellte eine Spaltung des deutschen Liberalismus in Abrede und bezeichnete die FVP als die einzige liberale Partei in Deutschland.

Außenpolitisch will sich die FVP für eine konsequente und zügige Durchführung der Verträge mit dem Westen einsetzen. In Gemeinschaft mit den Westmächten müßten Verhandlungen mit Moskau vorbereitet und dann „in rollender Initiative“ geführt werden. Bundesminister Viktor Emmanuel Preusker schlug dabei als Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion eine besondere Stellung des wiedervereinigten Deutschland in der NATO insoweit vor, als Deutschland nur dann an militärischen Auseinandersetzungen teilnehmen dürfe, wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder ein ähnliches Gremium festgestellt habe, daß ein Angriff seitens der NATO-Länder nicht vorliegt. Erst wenn auf solche Weise die Zustimmung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung Deutschlands erreicht sei, könne eine Abrüstung ins Auge gefaßt werden.

Innenpolitisch distanzierte sich die FVP deutlich von der CDU in der Forderung nach einer Ablösung des „Postkutschenföderalismus“ (Preusker) durch eine zentralistische Reform des Aufbaus der Bundesrepublik. Der Bundesrat müsse durch einen Senat ersetzt und die Länder in große Selbstverwaltungskörperschaften umgewandelt werden. Schließlich wandte sich Preusker gegen den Gebrauch des Konfessionsschlüssels bei der politischen Aemterverteilung.

Der Sozialdemokratie warf Preusker vor, die Schaffung politischer Machtpositionen „in der Hand einer sozialistischen Parteihierarchie“ anzustreben. Er wandte sich auch gegen politisch orientierte gewerkschaftliche Forderungen auf Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit, durch welche die Kaufkraft der Währung gefährdet werde.

Mit großen Mehrheiten wurde die Wahl des Bundesvorstandes der FVP vollzogen. Bundesminister Viktor Emmanuel Preusker wurde Erster Vorsitzender, ihm wurden als Stellvertreter Bundesminister Hermann Schäfer und der Bremer Rechtsanwalt Dr. Entholt beigegeben. Vizekanzler Franz Blücher übernahm die Leitung eines Grundsatz-Ausschusses, dem die Ausarbeitung des Parteiprogramms obliegt.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Juli 1956

Die Ereignisse in Europa*

Deutschland

1. 9572 Angehörige des Bundesgrenzschutzes (57,6 vH der Gesamtstärke) werden in die Bundeswehr übernommen. Die übrigen Angehörigen des Bundesgrenzschutzes hatten die Uebernahme in die Bundeswehr abgelehnt.
Bundesaußenminister *von Brentano* unterstreicht in einer Rede auf dem Bundestreffen der Oberschlesier in Bochum den Rechtsanspruch des deutschen Volkes auf die Gebiete östlich der Oder/Neiße-Linie. Er betont jedoch, daß die Voraussetzungen für eine friedliche Lösung dieses Problems eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung und ein freies Polen seien; darum sei das vordringliche Problem die Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland. Zum gleichen Thema nimmt am 8. Juli Bundesminister Jakob *Kaiser* auf dem Bundestreffen der Westpreußen in Hannover Stellung. Er bezeichnet ebenfalls eine gesamtdeutsche Regierung als Voraussetzung für die Lösung der Grenzfragen im Osten, erklärt aber, man könne dem deutschen Volke nicht zumuten, daß es den Weg zu einer gesamtdeutschen Regierung mit dem Verzicht auf die Ostgebiete erkaufe. Die Abgeordnetenversammlung der Pommerischen Landmannschaft fordert in einer am 9. Juli in Kiel gefaßten Entschliebung die Bundesregierung auf, weitere Versuche, die Ostgebiete zu einem politischen Tauschobjekt zu machen, eindeutig zurückzuweisen.
4. Der Deutsche Bundestag wählt den FDP-Abgeordneten Max *Becker* zum Vizepräsidenten. Damit ist die FDP nach dem Fraktionsaustritt des Vizepräsidenten Ludwig *Schneider* nun wieder im Präsidium vertreten.
In Abwesenheit des Bundeskanzlers hält der Bundestag die zweite Lesung des Wehrpflichtgesetzes ab. Ein Antrag der Opposition, die Lesung zu vertagen, wird abgelehnt. Nachdem in der Einzelberatung sämtliche Abänderungsanträge aus Termingründen von der Mehrheit des Hauses abgelehnt worden sind, verlassen die Fraktionen der SPD und des GB/BHE aus Protest den Sitzungssaal.
5. Der Deutsche Bundestag verabschiedet in dritter Lesung das von den Koalitionsparteien vorgeschlagene Steuersenkungsprogramm.
Die Kommandantur des sowjetischen Sektors von Berlin übergibt dem West-Berliner Senat das im westlichen Sektor gelegene Funkhaus des Berliner Rundfunks, das auf Grund eines Viermächteabkommens bisher von der sowjetischen Besatzungsmacht beschlagnahmt war.
6. Der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht*, fordert auf einer Kundgebung in Rostock die westdeutschen Jugendlichen auf, sich der allgemeinen

Wehrpflicht durch die Flucht in die DDR zu entziehen. Den gleichen Aufruf erläßt am 9. Juli der Zentralrat der FDJ; er verbindet damit die Anforderung, die Durchführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik zu verhindern. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes der DDR appelliert am 9. Juli an den DGB, gemeinsame Beratungen über den Kampf gegen die Wehrpflicht aufzunehmen.

7. Der Deutsche Bundestag beschließt nach achtzehnstündiger Debatte mit 269 gegen 166 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen das Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik. Die einzelnen Fraktionen stimmen wie folgt: CDU/CSU: 242 Ja, 1 Enth.; SPD: 141 Nein; FDP: 10 Nein, 19 Enth.; GB/BHE: 1 Ja, 13 Nein; DP: 15 Ja; FVP: 11 Ja; Fraktionslose: 2 Nein. Das Wehrpflichtgesetz bestimmt, daß Männer zwischen dem 18. und 45. Lebensjahr, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und Staatsangehörige der Bundesrepublik sind, der Wehrpflicht unterliegen. Die Dauer der aktiven Dienstpflicht ist im Gesetz nicht geregelt. Es enthält Bestimmungen über die Befreiung und Zurückstellung vom Wehrdienst, das Wehersatzwesen und die Regelung der Kriegsdienstverweigerung.
In einem von Walter *Ulbricht* unterzeichneten Brief an den Vorstand und den Parteitag der SPD fordert die SED die SPD zur Aufnahme von gemeinsamen Beratungen über Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, zur Abrüstung, zur Entspannung in Deutschland und zum Studium der wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse in beiden Teilen Deutschlands auf. Ferner werden der Austausch von Delegationen und die Durchführung gemeinsamer Parteiversammlungen vorgeschlagen.
8. Die Zeitung *Neues Deutschland* veröffentlicht eine Erklärung des Politbüros der SED, in der die Parteimitglieder zu einer Intensivierung der Diskussion über die Beschlüsse des 20. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion aufgefordert werden: jeder solle ohne Furcht seine Meinung dazu darlegen. Die Partei müsse die „Leninschen Normen des Parteilebens“ voll zur Geltung bringen und den Werktätigen offen „die Ursachen bestimmter Schwierigkeiten und Widersprüche beim Aufbau des Sozialismus“ erklären.
9. Der Landtag des Saarlandes verabschiedet ein Flaggen gesetz, das die Einführung der deutschen Bundesflagge im Saarland mit Wirkung vom 1. Januar 1957 vorsieht.
- 10.–15. Bundesparteitag der SPD in München. (Ein Bericht wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)
11. Die Regierung der DDR und der Nationalrat der Nationalen Front veröffentlichen eine Erklärung zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik. Darin wird erklärt, die Wehrpflicht belaste die friedliche Wiedervereinigung Deutsch-

*) Vgl. hierzu auch die in einer kommenden Folge erscheinenden Mitteilungen des Europarats für Juli. Auf S. 9085 bis 9088 dieser Folge sind die Mitteilungen des Europarats für Juni abgedruckt.

lands aufs schwerste. Die Jugend Westdeutschlands wird aufgefordert, sich dem Wehrdienst zu entziehen und in die DDR zu fliehen; ebenso werden die aus der DDR in die Bundesrepublik geflohenen Jugendlichen zur Rückkehr aufgefordert.

15. Der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, Valerian Sorin, teilt dem Auswärtigen Amt mit, daß er von seiner Regierung abberufen worden sei. Bundesminister Jakob Kaiser erklärt in einer Rundfunkansprache, die Bundesregierung werde in ihrer Weigerung, mit der gegenwärtigen Regierung der DDR zu verhandeln, fest bleiben. Verhandlungen zwischen beiden Teilen Deutschlands seien notwendig und wünschenswert, doch bedürfe es dazu eines Verhandlungspartners, der durch die Bevölkerung der sowjetischen Zone legitimiert sei. Die Sowjetunion könne ihre Abkehr vom Stalinismus nur dann glaubhaft machen, wenn sie Mitteldeutschland nicht in der Hand der Stalinisten unter Ulbricht lasse.

Frankreich

1. In Lille wird der am 28. Juni begonnene 48. Parteitag der französischen Sozialisten mit der Wiederwahl von Guy Mollet als Generalsekretär und von Pierre Commin als stellvertretendem, interimistisch geschäftsführendem Generalsekretär beendet. In mit großer Mehrheit gebilligten Entschlüssen sprechen sich die Delegierten für das Euratom-Projekt und die Algerienpolitik der Regierung aus. Die Versammlung fordert eine Wiederherstellung des Friedens in Algerien und die Ermittlung legitimer und geeigneter Verhandlungspartner durch freie Wahlen. Die Eigenständigkeit Algeriens solle durch ein Statut anerkannt werden. Es werden Verhandlungen mit den Aufständischen über eine Einstellung des Kampfes und Maßnahmen gegen die Kolonialisten empfohlen.
- 5.—11. Debatte der Nationalversammlung über die geplante Europäische Atomgemeinschaft. Nach eingehenden Diskussionen, bei denen auch Sachverständige gehört werden, unterstreicht Ministerpräsident Guy Mollet in einer abschließenden Rede die Bedeutung des Euratom-Projekts für die französische Deutschlandpolitik. Mit 342 gegen 183 Stimmen bei 80 Enthaltungen wird die Regierung aufgefordert, die Verhandlungen über den Euratom-Vertrag zum erfolgreichen Abschluß zu bringen.
8. Der Parteitag der Volksrepublikanischen Bewegung (MRP) in Paris befaßt sich eingehend mit dem Algerienproblem. Der Parteivorsitzende, Pierre Pflimlin, fordert die Aufstellung eines Statuts für Algerien schon vor den allgemeinen Wahlen und vor Beendigung der Befriedungsaktion. Darin solle dem Territorium eine den örtlichen Gegebenheiten angepaßte Selbstverwaltung innerhalb einer „dezentralisierten französischen Republik“ zugesichert werden. Die muselmanische Bevölkerung müsse weitgehend gleichberechtigt an der Selbstverwaltung teilhaben. Pflimlin spricht von der Notwendigkeit eines Kampfes gegen zwei Fronten: gegen die Terroristen und die Kolonialisten. Die wesentlichen Thesen der Ausführungen Pflimlins werden in einer Entschlußung gebilligt.
12. Vor der Nationalversammlung erklärt Außenminister

Christian Pineau, daß die französischen Truppen so lange nicht auf ihre Bewegungsfreiheit in Marokko und Tunesien verzichten könnten, wie Algerien noch nicht befriedet und die Sicherheit der französischen Siedler in Nordafrika nicht garantiert sei. Außerdem werde die gemeinsame Verteidigung des Mittelmeerraumes ständige Stützpunkte auch für die weitere Zukunft in Nordafrika erforderlich machen.

13. Als Protest gegen „die unfreundliche Stellungnahme“ des Rates der Republik und gegen Äußerungen des französischen Außenministers, Christian Pineau, in der Nationalversammlung bricht die tunesische Delegation unter dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Bahi Ladgham die Besprechungen mit der französischen Regierung über die Neuregelung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern ab.

Großbritannien

6. Die seit dem 27. Juni in London tagende Konferenz der Premierminister des Commonwealth wird beendet. (Der Wortlaut des Communiqués wird in der nächsten Folge des Europa-Archivs veröffentlicht.)
8. Außenminister Selwyn Lloyd unterstreicht in einer Versammlung der Konservativen Partei in Dinas Pavis bei Cardiff die große strategische Bedeutung Cyprns für Großbritannien und die NATO. Auch die Position der Türkei müsse berücksichtigt werden. Das industrielle Leben Großbritanniens und Westeuropas werde noch während vieler Jahre von einer Erdölversorgung aus dem Mittleren Osten abhängen, und zu deren Schutz sei die Aufrechterhaltung der militärischen Anlagen auf Cypern unbedingt notwendig.
9. Das Außenministerium veröffentlicht die Antwort von Premierminister Sir Anthony Eden auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Bulganin, vom 6. Juni (vgl. EA 13/1956, S. 9008). Darin wird erklärt, auch das Vereinigte Königreich habe seine Truppenbestände bereits herabgesetzt. Solche Maßnahmen seien zwar förderlich, aber an sich nicht genügend. Zur Herbeiführung eines Vertrauens sei vor allem wichtig, daß die Abrüstung im Rahmen einer internationalen Vereinbarung erfolge, die eine wirksame Kontrolle und Inspektion gewährleiste. Sir Anthony versichert, die britische Regierung werde auch in Zukunft alles unternehmen, um im Rahmen der Vereinten Nationen zu einer Lösung zu kommen.
12. Im Unterhaus erklärt Premierminister Sir Anthony Eden, die Verständigungsbemühungen in der Cypernfrage seien gescheitert. Er gibt bekannt, daß der Staatsrechtler Lord Radcliffe nach Cypern entsandt werde, um den Rahmen einer liberalen Verfassung mit Schutzbestimmungen für Minderheiten auszuarbeiten.

Irland

7. Der indische Ministerpräsident, Jawaharlal Nehru, wird von Ministerpräsident John Costello zu einem fünftägigen Staatsbesuch in Dublin empfangen.

Italien

- 1.—4. Besuch des deutschen Bundeskanzlers, Konrad Adenauer, und des Bundesministers des Auswärtigen, Heinrich von Brentano. Die Gäste werden von Staats-

präsident Giovanni Gronchi empfangen und führen Gespräche mit Ministerpräsident Antonio Segni und Außenminister Gaetano Martino. Die Partner stellen Einmütigkeit in der Förderung der europäischen Integration und der Verstärkung der Zusammenarbeit auf nichtmilitärischem Gebiet innerhalb des Nordatlantikpaktes fest. Die Anwendung konkreter Abrüstungsmaßnahmen müsse, so wird im gemeinsamen Kommuniqué erklärt, mit der Lösung der schwebenden politischen Probleme, insbesondere der deutschen Wiedervereinigung, Schritt halten. Es wird beschlossen, die Möglichkeiten der Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern durch einen gemeinsamen Ausschuß prüfen zu lassen. Die Bundesrepublik erklärt sich bereit, das Zehnjahrprogramm zur wirtschaftlichen Entwicklung Italiens zu fördern.

13. Dem sowjetischen Geschäftsträger wird die Antwort des Ministerpräsidenten Antonio Segni auf das Schreiben von Ministerpräsident Bulganin (vgl. EA 13/1956, S. 9008) überreicht. Die italienische Regierung lehnt darin die Annahme der Einladung zu direkten Abrüstungsgesprächen ab und verweist auf die Vereinten Nationen als geeignetes Forum.

Oesterreich

4. Bundeskanzler Raab unterstreicht in seiner Regierungserklärung vor dem Nationalrat den Willen der neuen Bundesregierung, die Unabhängigkeit und Neutralität des Landes zu wahren. Die Neutralität bedeute jedoch keine ideologische Bindung des einzelnen. In den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten bleibe Oesterreich an einem „Ausbau der Kontakte“, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, interessiert. Es habe auch den Wunsch nach einer Besserung der Beziehungen zur Sowjetunion und den südosteuropäischen Nachbarn. Am 6. Juli spricht der Nationalrat mit 156 gegen 9 Stimmen dem neuen Kabinett Raab das Vertrauen aus.

Polen

- 6.—12. Besuch des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, Viliam Široky, und weiterer Kabinettsmitglieder. In einem gemeinsamen Kommuniqué sprechen sich die polnische und die tschechische Regierung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aus. Die beiden Verhandlungspartner sind sich einig in ihrem Wunsche nach kontrollierter Abrüstung, dem Verbot der Atomwaffen, nach einer Koordinierung der industriellen Produktion der beiden Länder sowie nach einem Abbau der Diskriminierungen im Ost-West-Handel.

Sowjetunion

8. Zum Abschluß der Besprechungen zwischen dem zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion weilenden

den Ministerpräsidenten von Kambodscha, Prinz Norodom Sihanuk, und der sowjetischen Regierung wird eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Darin kündigen die Verhandlungspartner den Austausch von Botschaftern, den Ausbau der kulturellen Beziehungen und die Gewährung sowjetischer Wirtschaftshilfe ohne politische Bedingungen für Kambodscha an. Die Neutralität Kambodschas findet in dem Kommuniqué ausdrückliche Erwähnung.

12. Nach einem zweiwöchigen Staatsbesuch verläßt das persische Kaiserpaar die Sowjetunion.
13. In gleichlautenden Noten an die europäischen Staaten und die Vereinigten Staaten schlägt die sowjetische Regierung die Schaffung einer friedlichen Atomgemeinschaft Europas vor und fordert zu diesem Zweck die Einberufung einer Konferenz. Das Euratom-Projekt wird verurteilt, weil es den militärischen und strategischen Blocks untergeordnet sei, weil die weniger entwickelten Länder benachteiligt, die Spaltung Deutschlands vertieft und alle Rüstungsbeschränkungen Deutschlands aufgehoben würden.

Abschluß des Besuchs einer nordkoreanischen Regierungsdelegation unter Ministerpräsident Kim Ir Sen. In einer gemeinsamen Erklärung wird der Wille zu einer weiteren Verstärkung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten zum Ausdruck gebracht.

Tschechoslowakei

14. Der Ministerpräsident von Kambodscha, Prinz Norodom Sihanuk, und Ministerpräsident Viliam Široky unterzeichnen anläßlich eines Staatsbesuchs eine gemeinsame Erklärung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und den baldigen Abschluß eines Handelsvertrages und eines Abkommens über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, in dem von tschechoslowakischer Seite Unterstützung ohne politische Bedingungen versprochen wird.

Ungarn

15. Radio Budapest gibt die Bildung einer Kommission bekannt, die die Aufgabe hat, die Rechtsordnung im Sinne der „sozialistischen Gesetzmäßigkeit“ zu reformieren. U. a. ist eine Einschränkung der Machtbefugnisse der Staatsanwaltschaft und eine Stärkung der örtlichen Selbstverwaltung vorgesehen.

Vatikan

5. Papst Pius XII. empfängt den deutschen Bundeskanzler, Konrad Adenauer, in Privataudienz und ermahnt in einer Ansprache das deutsche Volk, mit Zähigkeit, Weitblick und Geduld an die brennenden Fragen heranzugehen. Die östlich der Bundesrepublik offenen Fragen sollten Schritt für Schritt einer Gesamtlösung zugeführt werden, die alle beteiligten Staaten als tragbar empfinden.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

4. Im Anschluß an eine Kabinettsitzung wird bekanntgegeben, daß der neue Haushaltsplan eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 23 Millionen ägypti-

sche Pfund vorsieht, die z. T. durch Einnahmen aus einer Wehr-Sondersteuer gedeckt werden sollen. Die Gesamtausgaben sind mit 280,5 Millionen Pfund veranschlagt, von denen rund 25 vH für Verteidigungszwecke vorgesehen sind.

12. In Kairo wird ein Abkommen zwischen Aegypten und der Sowjetunion über die Zusammenarbeit beider Länder in der friedlichen Verwendung der Atomenergie unterzeichnet.

AMERIKA

Argentinien

6. Präsident Pedro Aramburu kündigt ein Statut für die Bildung politischer Parteien, ein Wahlgesetz, die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für Herbst 1957 und die Einberufung eines Konvents zur Reform der am 1. Mai wieder in Kraft getretenen Verfassung aus dem Jahre 1853 an.

Vereinigte Staaten

11. Auf einer Pressekonferenz erklärt Außenminister Dulles, daß er hoffnungsvoll auf den Tag warte, an dem die Entwicklung in den kommunistischen Ländern und Parteien vertrauenerweckende Änderungen in der inneren und äußeren Politik der Sowjetunion und fruchtbare Veränderungen der Weltlage herbeigeführt haben werde.

ASIEN

Formosa

7. Auf seiner Ostasienreise stattet der amerikanische Vizepräsident, Richard Nixon, dem nationalchinesischen Präsidenten, Marshall Tschiang Kai-shek, einen Besuch ab und überreicht eine Botschaft des amerikanischen Präsidenten, in der dieser die Fortdauer der amerikanischen Unterstützung zusichert.
11. Nationalchinesische Truppen besetzen die Spratley- oder Sturm-Inseln, auf die auch die Volksrepublik China, Vietnam und Frankreich bereits Anspruch erhoben haben.

Jordanien

1. Nach der Auflösung des Parlaments am 26. und dem Rücktritt des Kabinetts Said *el Mufti* am 30. Juni bildet Ibrahim Haschem eine Uebergangsregierung, die bis zur Neuwahl des Parlaments amtieren soll.

Philippinen

3. In einer gemeinsamen Erklärung des amerikanischen Vizepräsidenten, Richard Nixon, und des philippinischen Staatspräsidenten, Ramón Magsaysay, wird der Verzicht der Vereinigten Staaten auf alle Souveränitäts- und Eigentumsrechte über die amerikanischen Stützpunkte auf den Philippinen bekanntgegeben.

Syrien

2. Syrien und die Volksrepublik China vereinbaren die gegenseitige Anerkennung.
5. Das syrische Kabinett beschließt die Bildung eines Minister-Ausschusses für Verhandlungen mit Aegypten über die Gründung einer Föderation, die auch allen anderen arabischen Staaten offenstehen soll.

Vietnam (Nord)

15. In London wird die Antwort Nordvietnams auf die gemeinsame britisch-sowjetische Note vom 8. Mai (vgl. Zeittafel in EA 11/1956, Großbritannien) bekanntgegeben. Darin hat die Regierung sich zur Aufnahme von Verhandlungen mit Südvietnam über die Wiedervereinigung Vietnams durch allgemeine Wahlen bereit erklärt. Sie hat angekündigt, daß sie bei Fortdauer der „negativen Haltung“ Südvietnams die Einberufung einer neuen Indochinakonferenz fordern werde.

Vietnam (Süd)

2. Die Nationalversammlung nimmt eine neue Verfassung an, welche die Rede-, Presse- und Glaubensfreiheit zusichert.
15. In London wird die Antwort Südvietnams auf die gemeinsame britisch-sowjetische Note vom 8. Mai (vgl. Zeittafel in EA 11/1956, Großbritannien) bekanntgegeben. Darin hat die Regierung zugesagt, nicht zur Gewalt zu greifen und die Demarkationslinie zu respektieren, die Aufnahme von Verhandlungen mit Nordvietnam über allgemeine Wahlen jedoch unter Hinweis auf „das Fehlen aller Freiheiten“ in Nordvietnam abgelehnt.

Die Organisation der Vereinten Nationen

4. Die Völkerrechtskommission beendet ihre am 23. April begonnene 18. Tagung. (Ein Bericht wird in einer kommenden Folge des Europa-Archivs erscheinen.)
Die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen beginnt eine neue Sitzungsperiode. Am 12. Juni unterbreitet der sowjetische Delegierte A. A. Gromyko der Kommission neue Vorschläge. Sie fordern eine feierliche Verpflichtung, die Atom- und Wasserstoffwaffen nicht einzusetzen. In der ersten Abrüstungsetappe solle den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und China eine Armee von je 2,5 Millionen Mann, Großbritannien und Frankreich je 750 000 Mann und den übrigen Ländern 150 000 bis 200 000 Mann zugestanden werden. In der zweiten Etappe sollen diese Heeresstärken auf 1 oder 1,5 Millionen bzw. 650 000 herabgesetzt werden. Gromyko lehnt den Plan des Präsidenten Eisenhower für eine Luftinspektion mit der Begründung ab, daß er nicht der Abrüstung, sondern nur der Spionage dienen würde.
8. Dr. G. J. van Heuven-Goedhart, der Hochkommissar der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen, erliegt in Genf einem Herzschlag.
12. Nach Beendigung einer Informationsreise durch Osteuropa trifft Generalsekretär Dag Hammarskjöld in Genf ein. In den vorhergehenden zwei Wochen hatte der Generalsekretär Warschau, Helsinki, Moskau, Prag, Wien und Belgrad besucht.
13. Die marokkanische Regierung überreicht dem Generalsekretär den Antrag auf Aufnahme des Landes in die Organisation der Vereinten Nationen.
15. Die Sowjetunion legt der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen in Genf den Entwurf eines gesamteuropäischen Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit vor. Darin ist u. a. die Beseitigung der Handelsschranken, eine europäische Handelsorganisation, die Zusammenarbeit der Notenbanken und eine europäische Körperschaft für Devisen- und Kreditfragen vorgesehen.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

1. JAHR

5. AUGUST 1956

15. FOLGE

Bücher und Broschüren

gricultural Policies in Europe and North America. First Report of the Ministerial Committee for Agriculture and Food, May 1956. Paris: OEEC 1956. 371 S. Ffrs. 900. (CSA[56]9).

armee gegen die Freiheit. Ideologie und Aufrüstung in der Sowjetzone. Dokumente und Materialien. Eingeleitet und zusammengestellt von Helmut Bohn. Köln: Markus Verlag GmbH 1956. 241 S.

Im Streit der Meinungen über Wert oder Unwert der deutschen Wiederaufrüstung ist es notwendig, sich ständig zu vergegenwärtigen, unter welchen Vorzeichen und mit welchen Zielen in der Sowjetzone die „Kasernierte Volkspolizei“ (seit 1948) und nun die „Nationalen Streitkräfte“ aufgestellt und ausgebildet wurden. Bei der vorliegenden Veröffentlichung handelt es sich um eine Materialsammlung (Auszüge aus sowjetzonalen Zeitschriften und Tageszeitungen — u. a. „Neuer Weg“, „Die Nation“, „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, „Neues Deutschland“ aus der Zeit 1952 bis Anfang 1956), die zur Auseinandersetzung mit der Wehrideologie der Sowjetzone anregen will. Der Herausgeber hat die Dokumentation unter verschiedenen Gesichtspunkten zusammengestellt und diese jeweils mit einer kurzen Einführung versehen.

Dem Anhang ist die „Gesetzliche Grundlage für die Nationale Volksarmee“ vom 18. Januar 1956 im Wortlaut beigefügt. Biographische Notizen sowie ein Sach- und Personenregister erhöhen den Wert dieser Dokumentensammlung, die uns kritischer und nachdenklicher stimmen sollte.

Dr. Hans-Adolf Jacobsen

ne Coal Industry in Europe. A Study by the Coal Committee. Paris: OEEC 1956. 84 S. (Trends in Economic Sectors 1955). Ffrs. 300.

ermany. Allied Control Council. Agreement between the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the Union of Soviet Socialist Republics, signed at London November 14, 1944; and Amending Agreement between the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Union of Soviet Socialist Republics, and the Provisional Government of the French Republic, signed at London May 1, 1945. Washington: U.S. Government Printing Office. 15 S. (Treaties and Other International Acts Series 3070; Department of State Publication 5714).

Es handelt sich um die erste Veröffentlichung der authentischen englischen, russischen und französischen Texte des in deutscher Übersetzung bereits im Europa-Archiv 5/1955, S. 7376 ff., veröffentlichten Londoner Abkommens über die Kontrollorgane in Deutschland vom 14. November 1944, nebst dem Aenderungsprotokoll vom 1. Mai 1945, durch das Frankreich unter die Kontrollmächte aufgenommen wurde. (Der im Europa-Archiv veröffentlichte, aus französischer Quelle stammende Text ist der unter Berücksichtigung des Aenderungsprotokolls berichtigte Abkommenstext.) W. B.

ermany. Zones of Occupation and Administration of „Greater Berlin“ Area. Protocol between the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the Union of Soviet Socialist Republics, signed at London September 12, 1944; with Amending Agreement, signed at London November 14, 1944; and Amending Agreement between the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Union of Soviet Socialist Republics, and the Provisional Government of the French Republic, signed at London

July 26, 1945. Washington: U.S. Government Printing Office. 31 S., 4 Kt. (Treaties and Other International Acts Series 3071; Department of State Publication 5729).

Boundary Changes Between United States and Soviet Zones of Occupation. Agreement between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics, signed at Wanfried, Saxony, Germany, September 17, 1945. Washington: U.S. Government Printing Office. 4 S., 1 Kt. (Treaties and Other International Acts Series 3081; Department of State Publication 5792).

Anfang 1956 hat die amerikanische Regierung erstmals die bisher unveröffentlichten, in der „European Advisory Commission“ in London unterzeichneten Texte über die Einteilung der Besatzungszonen in Deutschland mit den zugehörigen Karten publiziert. (Vgl. den Beitrag „Die Dokumente vom 5. Juni 1945 und die politische Einheit Deutschlands“ in Europa-Archiv 5/1955, S. 7365 ff., insbes. S. 7367 bis 7369.) Bei dem Londoner „Abkommen über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung des Gebietes von Groß-Berlin“ vom 12. September 1944 handelt es sich um die erste Dreimächte-Vereinbarung, durch die Deutschland in eine östliche (sowjetische) Zone und je eine nordwestliche und südwestliche Zone, deren Besatzungsmächte damals noch nicht bestimmt wurden, eingeteilt wurde.

Durch das erste Aenderungsprotokoll vom 14. November 1944 fand ein Gebietsaustausch zwischen der vorgesehenen nordwestlichen und der südwestlichen Zone statt, bei dem die bisher zur nordwestlichen Zone gehörigen Gebiete Hessen-Nassau und Oberhessen der südwestlichen Zone zugeschlagen wurden, die dafür die Rheinpfalz, das Saargebiet und den linksrheinischen Teil von Hessen-Darmstadt an die nordwestliche Zone abgab. (Hieraus ergibt sich, daß die Angaben in dem genannten Beitrag auf S. 7368, rechte Spalte, und in den beiden Karten auf S. 7367 und 7369 zu berichtigen sind: das rheinhessische Gebiet wurde schon damals, und nicht erst bei der Bildung der französischen Zone, aus der südwestlichen [amerikanischen] Zone ausgeschieden.) Ferner wurde in diesem Protokoll die endgültige Zuteilung der Nordwest-Zone an Großbritannien und der Südwest-Zone an die Vereinigten Staaten bestimmt.

Durch das zweite Aenderungsprotokoll vom 26. Juli 1945 wurde dann die französische Zone durch die Abtretung etwa gleichwertiger Teile der britischen und amerikanischen Zone geschaffen, wobei zur Abrundung noch die vier westlichen Kreise von Hessen-Nassau (späterer Regierungsbezirk Montabaur) der französischen Zone zugeschlagen wurden.

Das Abkommen über die Aenderung der amerikanisch-sowjetischen Zonengrenze vom 17. September 1945 betrifft einen geringfügigen Gebietsaustausch im Gebiet von Witzenhausen—Allendorf (Werra), durch den erreicht wurde, daß die Bahnlinie Würzburg—Bebra—Göttingen—Hannover, die bei Werleshausen auf eine kurze Strecke durch sowjetisch besetztes Gebiet lief, in ihrem ganzen Verlauf innerhalb der amerikanischen Zone verblieb (diese Bahnlinie war eine der beiden Haupt-Nachschublinien der amerikanischen Besatzungstruppen von Bremen zur amerikanischen Zone).

W. B.

Goodwill-Reise nach Ostasien. Bericht über die Ostasien-Reise der Goodwill-Delegation des BDI. Herausgegeben vom Bundesverband der Deutschen Industrie. Bergisch-Gladbach: Heider-Verlag (1956). 32 S. (Drucksache Nr. 41).

Meissner, Boris: Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft 1956. XI, 377 S. DM 25,—.

Dieses neueste Buch von Boris Meissner stellt eine gründliche, weit über den allgemein üblichen Rahmen einer Dissertation (als welche sie der Universität Hamburg vorgelegt wurde) hinausgehende Untersuchung des politischen

Verhältnisse der baltischen Staaten zur Sowjetunion und seiner völkerrechtlichen Bewertung dar. Die Arbeit läßt das Bemühen des Verfassers spüren, die vielschichtigen, auch heute noch zum Teil in ihrer Bedeutung umstrittenen Phasen in der jüngsten Geschichte dieser Staaten darzustellen und — in einem zweiten, völkerrechtlichen Teil — auf ihre rechtliche Qualifikation zu untersuchen. Nicht ohne innere Anteilnahme folgt man dem Verfasser bei seiner ausführlichen und gut belegten Nachzeichnung des historischen Ablaufs der Bedrohung der baltischen Staaten, ihrer Besetzung und Eingliederung als Sowjetrepubliken und schließlich, als unmittelbar der Gegenwart entnommenem Geschehen, ihrer fortschreitenden Sowjetisierung. Diese in Litauen, Estland und Lettland parallel verlaufende Entwicklung wird von Meissner vor allem am Beispiel Estlands aufgezeigt, bei dem die Diskrepanz zwischen dem autoritativen Vorgehen der Besatzungsmacht und der liberaldemokratisch ausgerichteten Regierungsweise besonders deutlich hervortritt. Zweifellos bleiben, solange die sowjetischen Archive noch nicht zugänglich sind, auch hier manche Fragen (z. B. diejenige über den Inhalt des französisch-englisch-russischen Dreimächteabkommens vom 24. Juli 1939) nicht restlos geklärt; die feststellbaren Tatsachen durch ein umfassendes Quellenstudium zusammengetragen und in diesem Buche einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben, ist aber ein wertvolles Verdienst des Verfassers.

Auf diesem historischen Hintergrunde versucht Meissner das Vorgehen der Sowjetunion in den baltischen Staaten tatbestandsmäßig festzulegen und nach völkerrechtlichen Maßstäben zu beurteilen, wobei man sich hierbei allerdings fragen kann, ob sich dieses jedem Rechtsempfinden widersprechende Verhalten überhaupt rechtlich noch erfassen läßt. Meissner kommt nach einer allgemeinen, das sowjetische Völkerrechtsdenken wiedergebenden Einleitung (im zweiten Teil des Buches) zur Überprüfung der Völkerrechtsmäßigkeit bzw. -widrigkeit der einzelnen Abschnitte des Vorgehens der Sowjetunion. Eine solche Beurteilung enthält bei aller Sachlichkeit infolge des stark politischen Charakters des behandelten Themas gleichzeitig immer auch eine persönliche Wertung (der Einfluß des Hamburger Rechtsgelehrten Prof. Laun ist hierbei nicht zu übersehen). Entscheidend ist aber auch dabei, durch eine möglichst nüchterne Analyse die zahlreichen Völkerrechtsverletzungen aufzudecken und damit erst den Weg für deren Beseitigung oder Wiedergutmachung frei zu machen. Das Buch von Meissner leistet dazu einen wesentlichen Beitrag.

Dr. Curt Gasteyer

Monaco, Riccardo: Le Istituzioni Internazionali di Cooperazione Europea. Mailand: Dott. A. Giuffrè 1956. 98 S. (Quaderni della Rivista di Diritto Internazionale, Bd. 2). Lire 600.

Polk, Judd: Sterling, Its Meaning in World Finance. Published for the Council on Foreign Relations. New York: Harper & Brothers 1956. XVIII, 286 S. \$ 3,75.

La Querelle de la C.E.D. Essais d'analyse sociologique. Sous la direction de Raymond Aron et Daniel Lerner. Paris: Librairie Armand Colin 1956. XVI, 216 S. (Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, Bd. 80).

Red Peasant International. A minor item in the forgotten byways of recent History. New York: International Peasant Union 1956. 57 Bl. (International Peasant Union Documents, No. 19). (Hektographiert).

Roberts, Henry L.: Russia and America. Dangers and Prospects. Foreword by John J. McCloy. Published for the Council on Foreign Relations. New York: Harper & Brothers 1956. XXXVI, 251 S. \$ 3,50.

Shirer, William L.: The Challenge of Scandinavia. Norway, Sweden, Denmark and Finland in our Time. London: Robert Hale Ltd. 1956. 437 S. 21 s.

In einem sehr flüssigen Stil wird in diesem Buch von einem Europa liebenden amerikanischen Journalisten ein Bild des heutigen Skandinavien entworfen, das mit großer Deutlichkeit Schwächen und Stärken der wirtschaftlichen und politischen Position Norwegens, Schwedens, Dänemarks und Finnlands erkennen läßt. Shirer scheut sich nicht, die Entwicklung der Jahre unmittelbar vor und zu Beginn des Zweiten Weltkrieges sehr nüchtern und ungeschminkt darzustellen und dabei die vielfach in Erscheinung getretenen Ernüchterung der Skandinavier sowohl gegenüber den Deutschen als auch gegenüber den alliierten Mächten rückhaltlos aufzuzeigen. Obwohl dieses Werk in Aufbau und Schreibweise unkonventionell geschaffen wurde, kann es — nicht zuletzt dank gut fundierter Quellen und eines ausgezeichneten Registers — als ein gutes Informationswerk über Skandinavien angesprochen werden, in dem sowohl in einem Gesamtüberblick als auch in den Länderteilen der kulturellen und sozialen Aspekte ein beinahe ebenso großer Raum zugestanden wurde wie den politischen und wirtschaftspolitischen Betrachtungen.

E. W.

Wolff, Robert Lee: The Balkans in our Time. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press 1956. 618 S. (The American Foreign Policy Library, Russian Research Center Studies).

Dieses Buch darf wohl als das modernste und aktuellste Informationswerk über die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Balkanstaaten angesprochen werden. Eine sorgfältigen Darlegung der geographischen, ethnographischen und politischen Gegebenheiten und einem gedrängten geschichtlichen Überblick folgt eine detaillierte Darstellung der Periode zwischen den beiden Weltkriegen und der politischen Konsequenzen des weltpolitischen Geschehens der letzten 15 Jahre. Den Kriegsjahren 1939/45 und der Periode der „Machtübernahme“ der Kommunisten sind große, von einem deutlichen Bemühen um Objektivität getragene Abschnitte des Buches gewidmet, das daneben auch dem Bruch Jugoslawiens mit dem Kominform und mit Moskau sowie den sich daraus ergebenden Konsequenzen nahezu einhundert Seiten einräumte. Beinahe möchte man bedauern, daß das Werk um ein Jahr zu früh erschien, um in seinen abschließenden Betrachtungen über das Geschehen auf der Balkan seit 1948, die neben der politischen Entwicklung auch die wirtschaftlichen und psychologischen Faktoren berücksichtigen, gleichzeitig auch die Konsequenzen des 20. Parteitag der KPdSU und der Abwendung vom stalinistischen Persönlichkeitskult darlegen zu können.

E. W.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bädighofer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Höfer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wl.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—, Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—, bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONSABTEILUNG DES EUROPARATS

Juli 1956

6. Jahrgang — Nr. 7

Die Tätigkeit des Europarats im Juni 1956

I. TAGUNGEN DES RATES

Stellvertreter der Minister

Die 40. Tagung der Stellvertreter der Außenminister hat unter Vorsitz des Ständigen Vertreters Italiens, Herrn Giangaspere *Cittadini-Cesi*, vom 8. bis zum 16. Juni in Straßburg stattgefunden.

Der Präsident begrüßte zur Eröffnung der Sitzung die Stellvertreterin des Ständigen Vertreters Österreichs, Fräulein *Rabl*, die zum ersten Male an einer Tagung der Stellvertreter teilnahm und Herrn M. P. *Reuter*, den neuen Ständigen Vertreter des Großherzogtums Luxemburg.

Die Stellvertreter prüften insbesondere verschiedene Empfehlungen der Beratenden Versammlung an das Ministerkomitee (vgl. dazu „Rechts- und Verwaltungsfragen“, „Wirtschaftsfragen“ und „Kommunale und Regionale Angelegenheiten“).

Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, um eine erste Prüfung einiger Empfehlungen, Entschlüsse und Stellungnahmen vorzunehmen, die im vergangenen April durch die Beratende Versammlung angenommen worden sind. Diese Arbeitsgruppe wird am 5. Juli in Paris zusammentreten.

Der beratende Status beim Europarat wurde folgenden nicht-staatlichen Organisationen bewilligt:

- Internationaler Verband der nationalen Ingenieur-Vereinigungen (Kategorie A);
- Internationale Vereinigung für berufliche Ausrichtung (Kategorie B);
- Europäisches Büro für Jugend- und Kindheitsfragen (Kategorie B);
- Internationale Union der Familien-Organisationen (Kategorie B)

Gemischter Ausschuß

Der Gemischte Ausschuß hat am 4. Juni unter Vorsitz von Herrn Fernand *Dehousse* in Paris getagt. Zum ersten Male war hierbei das Ministerkomitee im Gemischten Ausschuß durch seine Stellvertreter vertreten, gemäß einem kürzlich durch die Minister und die Versammlung gebilligten Verfahren, das dem Gemischten Ausschuß erlauben wird, häufiger als in der Vergangenheit zusammenzutreten.

Präsidium, Ständiger Ausschuß

Das Präsidium der Beratenden Versammlung und der Ständige Ausschuß des Europarats haben unter Vorsitz von Herrn Fernand *Dehousse* am 1. und 2. Juni in Paris getagt.

Die Tagesordnung und der Zeitplan für die Sitzung der Versammlung wurden dabei aufgestellt. Die Versammlung wird vom 15. bis zum 26. Oktober in Straßburg tagen, und eine gemeinsame Sitzung mit der Gemeinsamen Versammlung der EGKS wird am 20. Oktober stattfinden.

Unter den Punkten auf der Tagesordnung sind besonders zu nennen: Fortsetzung und Abschluß der all-

gemeinen politischen Debatte und der Debatte über die europäische Integration auf dem Gebiet der Atomenergie und des gemeinsamen Marktes. Die Versammlung wird außerdem die Prüfung des Problems der europäischen Sozialcharta und der Bildung eines Wirtschafts- und Sozialrates wieder aufnehmen und auch kulturellen, Rechts- und Verwaltungsfragen einige Sitzungen widmen. Herr Kurt-Georg *Kiesinger* (Deutscher) wird eine Debatte über die Beziehungen zwischen der Beratenden Versammlung und der Versammlung der Westeuropäischen Union einleiten.

Der Präsident der Versammlung, Herr Fernand *Dehousse*, wird eine Debatte über die Beziehungen des Europarats zu den nationalen Parlamenten eröffnen, deren Zweck es ist, sich der Durchführung der Beschlüsse der Beratenden Versammlung zu vergewissern. Herr Pierre-Henri *Teilgten* (Franzose) ist beauftragt worden, vor der Versammlung die Frage der Mitteilung etwaiger Verstöße gegen die europäische Konvention der Menschenrechte zu eräutern, in Zusammenhang mit dem diesbezüglichen Fall, der in der Angelegenheit von Cypern vorliegt (vgl. „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrgang, Nr. 5, II).

Das Präsidium hat Maßnahmen getroffen, die eine Verbesserung der Arbeitsweise der politischen Gruppen im Rahmen der Versammlung ermöglichen.

Es wurde beschlossen, daß der dritte Teil der Achten Sitzungsperiode der Versammlung Anfang Januar 1957 stattfinden und etwa eine Woche dauern soll. Das genaue Datum dafür wird später festgelegt werden.

Präsidien der Beratenden Versammlung und der Versammlung der WEU

Eine gemeinsame Tagung der Präsidien der Beratenden Versammlung und der Versammlung der WEU hat unter Vorsitz von Herrn Fernand *Dehousse* und Herrn John *MacLay* am 5. Juni in Paris stattgefunden. Während dieser Tagung hatten die Mitglieder der beiden Präsidien einen Meinungsaustausch über die Beziehungen der beiden Versammlungen.

II. WIRTSCHAFTSFRAGEN

Einschränkende Handelspraktiken

Während ihrer 40. Tagung vom 8. bis zum 16. Juni in Straßburg (siehe oben) beschlossen die Stellvertreter der Minister, einen Sachverständigen-Ausschuß für den Schutz gegen die einschränkenden Handelspraktiken einzuberufen, eine Angelegenheit, die schon seit langem die Beratende Versammlung beschäftigt hat.

Landwirtschaft

Der Sonderausschuß des Europarats für Landwirtschaft hat in Rom unter dem Vorsitz von Herrn Roberto *Lucifero* (Italiener) vom 26. bis zum 29. Juni eine Reihe von Sitzungen abgehalten.

Am 26. Juni vormittags hat der gemischte Unterausschuß für die Wiedereingliederung der bäuerlichen

Flüchtlinge, der sich aus Mitgliedern des Sonderausschusses für Landwirtschaft und des Ausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen zusammensetzt, unter dem Vorsitz von Herrn Roger de Kinder (Belgier) getagt. Der Unterausschuß der Griechenland, Italien, Deutschland und die Türkei besucht hatte um dort die Probleme der arbeitslosen Landarbeiter zu studieren, nahm den Bericht und die Empfehlungen an, die der Berichterstatter Herr René Charpentier (Franzose) ausgearbeitet hatte. Der Bericht wird der Beratenden Versammlung bei ihrer Oktobersitzung vorgelegt werden.

Am Nachmittag des 26. Juni hat der Sonderausschuß eine Sitzung abgehalten, bei der Vertreter der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen zugegen waren.

Am 27. Juni begann der Sonderausschuß unter Vorsitz von Lord Chesham (Engländer) mit der Prüfung eines Berichts über die forstwirtschaftliche Lage in Europa, der von Herrn Lucifero vorgelegt worden war. Der Ausschuß untersuchte ebenfalls die Frage des gemeinsamen Marktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse, mit der sich ein Kapitel des Berichts befaßt, der von den Außenministern der EGKS auf der Konferenz von Venedig im vergangenen Mai geprüft wurde.

Am 28. Juni hat der Ausschuß gemeinsam mit gewissen nationalen Landwirtschafts-Organisationen der Mitgliedsländer des Europarats und mit Vertretern des europäischen Landwirtschafts-Verbandes und des Internationalen Verbandes der landwirtschaftlichen Erzeuger getagt, um über die gesamte Frage der Organisation von landwirtschaftlichen Märkten in Europa zu beraten.

III. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

Griechisches Gesuch an die Kommission der Menschenrechte

Die Kommission der Menschenrechte eröffnete am 28. Mai in Straßburg unter Vorsitz von Herrn C. H. M. Waddock ihre 5. Sitzung (vgl. „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrgang, Nr. 6, I).

Am 1. Juni trat die Kommission unter Vorsitz ihres Alterspräsidenten, Herrn Paal Berg, zusammen, um das Gesuch zu prüfen, das am 7. Mai durch die griechische Regierung betreffend „die Verletzung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten auf Cypern“ an sie gerichtet worden war.

In diesem Stadium des Verfahrens hatte sich die Kommission nach den Bestimmungen der Konvention der Menschenrechte nicht etwa zur Sache selbst, sondern über die Zulässigkeit des Gesuchs zu äußern. Nachdem sie die Beauftragten und die juristischen Berater der Parteien gehört hatte, erklärte die Kommission das Gesuch der griechischen Regierung für zulässig.

Herr N. Cambalouris, Herr H. Rolin und Herr Ch. Christidis ergriffen das Wort für die griechische Regierung und Herr F. A. Vallat für die Regierung des Vereinigten Königreichs.

Der durch die Konvention vorgesehene nächste Abschnitt des Verfahrens besteht in der Bildung eines Unterausschusses von 7 Mitgliedern, die den Auftrag haben, zusammen mit den Vertretern der Parteien eine kontradiktorische Prüfung des Gesuchs und, nachdem das geschehen ist, eine Untersuchung vorzunehmen.

Der Unterausschuß wird im Laufe des Juli gebildet werden. Er umfaßt obligatorisch zwei durch die in der Sache auftretenden Parteien benannte Mitglieder und fünf Mitglieder, die durch das Los bestimmt werden. Der Unterausschuß wird sich dann den Beteiligten zur Verfügung stellen mit dem Ziel, eine freundschaftliche Beilegung der Angelegenheit zu erreichen.

Falls ihm dies gelingt, faßt er einen Bericht ab, in dem er sich auf eine kurze Darlegung der Tatsachen und der angenommenen Lösung beschränkt. Dieser Bericht wird veröffentlicht.

Wenn, im gegenteiligen Fall, eine gütliche Einigung nicht zu erzielen ist, gibt die Gesamtkommission einen Bericht heraus, in dem sie die Tatsachen feststellt und zu der Frage Stellung nimmt, ob die gegebenen Tatsachen eine Verletzung der Konvention seitens des in die Sache verwickelten Staates offenkundig machen. Dieser Bericht wird darauf dem Ministerkomitee des Europarats übermittelt, der mit Zweidrittelmehrheit eine endgültige Entscheidung fällt.

Die Kommission wird ihre nächste Vollsitzung im Laufe der zweiten Hälfte des September abhalten.

Individualbeschwerden

Während ihrer 40. Tagung (siehe oben) haben die Stellvertreter der Minister die Empfehlung Nr. 83 der Versammlung geprüft, die sich auf Individualbeschwerden bei der Kommission der Menschenrechte hinsichtlich der Länder bezieht, die diese fakultative Bestimmung nicht angenommen haben. Die Stellvertreter haben den Vorsitzenden und den Berichterstatter des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen der Versammlung aufgefordert, im Laufe einer nächsten Sitzung ihre Ansichten über diese Frage darzulegen.

Verhinderung von Verbrechen und Behandlung von Straffälligen

Das Ministerkomitee hat die Einladung an den Europarat angenommen, sich bei den Tagungen der europäischen Konsultativgruppe der Vereinten Nationen in der Frage der Verhinderung von Verbrechen und Behandlung von Straffälligen vertreten zu lassen.

Patente

Es wurde beschlossen, Jugoslawien und das Fürstentum Monaco einzuladen, Beobachter zu den Tagungen des Sachverständigenausschusses für Patentfragen zu entsenden.

Europäische Beamtenschaft

Eine Arbeitsgruppe, die damit beauftragt ist, die Probleme zu untersuchen, die sich mit der Einrichtung einer europäischen Beamtenschaft ergeben würden, hat zum ersten Male am 19. und 20. Juni unter Vorsitz von Herrn Grégoire (OEEC) in Straßburg getagt. An dieser Arbeitsgruppe sind beteiligt: Vertreter der OEEC, der WEU, des Rates für Zusammenarbeit in Zollfragen, der NATO der EGKS der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, der europäischen Organisation für Kernforschung und des Europarats. Verschiedene Regierungen werden sich außerdem durch Sachverständige vertreten lassen.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sich einen allgemeinen Überblick verschafft und einen Arbeitsplan für die nächsten Tagungen aufgestellt. Ein Unterausschuß wird am 18. Juli in Paris zusammentreten.

IV. KULTURELLE FRAGEN

Europäische Universitäten

Der Unterausschuß für europäische Universitäten des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen der Beratenden Versammlung des Europarats hat vom 11. bis zum 13. Juni in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Fritz Erler (Deutscher) eine Sondersitzung abgehalten. Zweck dieser Tagung war es, gemeinsam mit den zuständigen internationalen Organisationen für Universitätsfragen zu klären, welche Rolle der Europarat dabei spielen könnte, die Bemühungen der europäischen Universitäten um die Entwicklung des Gefühls der europäischen Solidarität zu unterstützen.

An dieser Tagung nahmen teil: die Vertreter des Ausschusses der Kultursachverständigen des Europarats, der europäischen Hochschulausschüsse (WEU), der internationalen Hochschulvereinigung, der Vereinigung der europäischen Forschungsinstitute, der Vereinigung der Universitätslehrer Europas und der internationalen Vereinigung der Universitätslehrer und -Professoren.

Von der EGKS, dem Europäischen Kulturzentrum, dem Europa-Kolleg in Brügge und dem Kolleg für französische und europäische Studien waren Beobachter entsandt worden.

Die Teilnehmer anerkannten die Notwendigkeit, bei der Verwirklichung eines gemeinsamen Aktionsprogramms eng zusammenzuarbeiten, das vor allem folgende Punkte umfaßt:

- Unterricht an den Universitäten über die Struktur und Arbeitsweise der internationalen europäischen Organisationen;
- Schaffung von besonderen Dokumentationsstellen für die Probleme der europäischen Organisationen an den Universitäten;
- Freihaltung von Lehrstühlen für Gastvorlesungen von Professoren anderer Universitäten;
- Anerkennung von Studienzeiten, die auf Universitäten eines anderen europäischen Landes verbracht wurden.

Außer den Empfehlungen, welche die Beratende Versammlung an die Regierungen richten kann, soll von nun an das Generalsekretariat des Europarats die Verbindung zwischen den Universitäten, den Hochschulorganisationen und den nationalen und internationalen Instanzen sicherstellen um die Bemühungen der verschiedenen Organisationen um die Durchführung des gemeinsamen Aktionsprogramms zu koordinieren.

Der von der Beratenden Versammlung empfohlene Kulturfonds des Europarats wird dazu berufen sein, bei der Verwirklichung der verschiedenen Pläne eine bedeutende Rolle zu spielen.

Das Hauptergebnis der Sondertagung ist die Verwirklichung der notwendigen Koordination zwischen dem Europarat und den verschiedenen Organisationen die sich mit Universitätsangelegenheiten befassen.

Forschungsstipendien

Das Auswahlkomitee für die Verteilung der Forschungsstipendien des Europarats und der EGKS hat am 29. Juni unter Vorsitz des holländischen Staatsministers Herrn Eelco van Kleffens in Straßburg getagt.

Der Rat hat 12 Stipendien im Namen des Europarats und 5 Stipendien im Namen der EGKS zur Verfügung gestellt; von jeder Gruppe ist ein Stipendium für einen

Flüchtling bestimmt. Die Höhe jedes Stipendiums beträgt 300 000 französische Franken.

V. BEVÖLKERUNG UND FLÜCHTLINGE

Wiederansiedlungsfonds

Das Direktionskomitee des Wiederansiedlungsfonds des Europarats für nationale Flüchtlinge und Überbevölkerung hat zum ersten Male am 13. und 14. Juni 1956 unter dem Vorsitz des Sonderbeauftragten des Europarats, Herrn Pierre Schneider, in Paris getagt.

Das Komitee setzt sich aus Vertretern der belgischen, französischen, deutschen, griechischen, isländischen, italienischen, luxemburgischen und türkischen Regierung zusammen. Der Fonds, dessen Anfangskapital 10 Millionen Dollar betrug, wurde auf Beschluß des Ministerkomitees im vergangenen April geschaffen.

Die Operationen des Fonds werden mit Hilfe der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich durchgeführt werden. Er wird in Form von Anleihen oder Garantien für Anleihen Programme finanzieren, die durch Spezial-Institutionen vorgeschlagen werden und sich auf Eingliederung, Ansiedlung oder Einwanderung innerhalb oder außerhalb von Europa beziehen. Diese Programme sollen in Verbindung mit den interessierten Regierungen und den zuständigen internationalen Organisationen, vor allem der OEEC, dem Internationalen Arbeitsamt und dem Zwischenstaatlichen Ausschuß für europäische Wanderung (ICEM) geprüft werden.

Im Laufe seiner ersten Sitzung hat sich das Direktionskomitee mit der Abfassung allgemeiner Richtlinien für die Organisation und Verwaltung des Fonds befaßt.

Es hat außerdem folgende Wahlen vorgenommen:

Vizepräsident des Direktionskomitees: Herr Pierre-Pasquale Spinelli, stellvertretender Abteilungsleiter im Außenministerium der Republik Italien;

Präsident des Verwaltungsrates: Herr Werner Middelman, Abteilungsleiter im Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte der Bundesrepublik Deutschland;

Direktor des Fonds: Herr René Plas, Personalverwalter im Wirtschafts- und Finanzministerium der Französischen Republik.

Beratender Ausschuß des Sonderbeauftragten

Der beratende Ausschuß des Sonderbeauftragten hat am 11. und 12. Juni unter dem Vorsitz von Herrn Pierre Schneider in Paris getagt. Der Ausschuß hat die Probleme geprüft, die mit der zukünftigen Tätigkeit des Sonderbeauftragten zusammenhängen.

Alle Mitgliedstaaten des Europarats sind in diesem Ausschuß vertreten. Außerdem sind Beobachter der NATO, der OEEC, des ICEM und des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen an dem Ausschuß beteiligt.

VI. NICHT VERTRETENE NATIONEN

Der Sonderausschuß der Beratenden Versammlung zur Wahrung der Interessen der beim Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen hat vom 15. bis zum 18. Juni unter Vorsitz von Herrn Karl Wistrand (Schwede) in Berlin-Schöneberg getagt.

Hohe Beamte des Außenministeriums der Bundesregierung sprachen vor dem Ausschuß über verschie-

dene Gesichtspunkte der gegenwärtigen Lage in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Der Ausschuß nahm eine vorläufige Prüfung der Fragen vor, über die er bei der Herbstsitzung Berichte vorlegen soll: Lage und Zukunft der Satellitenstaaten Aktion zum Zwecke der Befreiung der nicht-kommunistischen politischen Häftlinge, die jenseits des Eisernen Vorhangs festgehalten werden

Der Ausschuß trat in Berlin zusammen, um einerseits die Bedeutung dieser Stadt im Kampfe für die Freiheit und andererseits die Tatsache, daß die Wiedervereinigung Deutschlands sowie die Wiederherstellung der Freiheit in allen Ländern Mittel- und Osteuropas ein dringendes europäisches Problem ist, zu unterstreichen

VII. NATIONALE PARLAMENTE

Reiseerleichterungen für Flüchtlinge

Der Staatssekretär des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Herr *Hallstein*, hat folgende Erklärung abgegeben:

„Die Bundesregierung beabsichtigt, einseitig und weitgehend die für die Inhaber von Flüchtlings-Reiseausweisen vorgeschriebenen Sichtvermerke abzuschaffen. Zu diesem Zweck wird der Innenminister in einigen Tagen dem Bundestag den Entwurf einer Verfügung übermitteln, die eine Abänderung der Verordnung über die Reisepässe enthält. Nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung wird es möglich sein Personen, denen in einem der Mitgliedstaaten des Europarats der Flüchtlingsstatus zuerkannt ist, die Einreise in das Bundesgebiet ohne Sichtvermerk zu gestatten.

Die deutschen Vertretungen im Ausland sind angewiesen worden ausländischen Flüchtlingen, die ihren ständigen Wohnsitz in einem der Mitgliedstaaten des Europarats haben, unentgeltlich Sichtvermerke zu gewähren.“

Abschaffung der Reisepässe

Zum Abschluß einer Debatte im Rat der Französischen Republik am 31. Mai 1956 wurde folgender Entschließungsentwurf angenommen:

„Einzigster Artikel: — Der Rat der Republik fordert die Regierung auf, alle notwendigen Vorkehrungen sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene zu treffen um die Abschaffung der Reisepässe im internationalen Verkehr zu erreichen, entweder auf dem Wege zwei- oder mehrseitiger Verhandlungen oder auf dem Wege eines Abkommens im Rahmen der OEEC oder der Wirtschaftskommission der UN für Europa, insbesondere durch die Einführung eines einheitlichen nationalen Personalausweises durch alle OEEC-Staaten, der von allen Staaten anstelle des Reisepasses für alle Touristenreisen von kurzer Dauer, im Höchstfall von einem Monat, zugelassen würde.

Bis zur endgültigen Annahme dieser neuen Bestimmung fordert der Rat der Republik die Regierung auf, die vorläufige Annahme eines dem „laissez-passer“ entsprechenden Ausweises zum Gebrauch beim Grenzübergang vorzuschlagen, der für einen Monat Gültigkeit hätte und an den Inhaber eines nationalen Personalausweises unentgeltlich ausgegeben und als gleichberechtigt mit dem Reisepaß für den Grenzübergang anerkannt würde.“

VERSCHIEDENES

Generalversammlung des Weltverbandes ehemaliger Frontkämpfer

Die sechste Generalversammlung des Weltverbandes der ehemaligen Frontkämpfer hat vom 28. Mai bis zum

1. Juni in Brüssel stattgefunden. In seiner Begrüßungsansprache unterstrich der Ehrenpräsident, Herr Vincent *Auriol*, die Bedeutung der Europäischen Konvention über den Austausch von Kriegsversehrten zum Zwecke der Heilbehandlung und machte darauf aufmerksam, daß die europäische Zusammenarbeit, für die dieses Abkommen ein konkretes Beispiel ist, keineswegs nur auf sich selbst bedacht und begrenzt ist, sondern im Gegenteil auf bestimmten Gebieten auf andere Teile der Welt ausgedehnt werden kann

In einer das Abkommen betreffenden Entschließung empfiehlt die Generalversammlung den Organisationen der Länder, die es schon ratifiziert haben, dringend, ihre Regierungen zu bitten, die notwendigen Maßnahmen für seine wirksame Anwendung sowie seine Ausdehnung auf alle Kategorien von Kriegsoptionen zu ergreifen, für die es unmöglich ist, in ihrem Heimatland die erforderliche Behandlung zu erhalten.

In einer anderen Entschließung fordert die Generalversammlung, daß die europäischen Länder eine Europäische Sozialcharta annehmen sollten, deren Bestimmungen auch den unbedingten Schutz der sozialen und religiösen Minderheiten sowie die Anerkennung der Rechte der ehemaligen Frontkämpfer und Kriegsoptionen einbegreifen würden.

VORLAUFIGER TERMINKALENDER

- | | |
|-----------------------|---|
| 31. August: | Ausschuß für Kulturelle Fragen
— Unterausschuß für Information (Oslo) |
| 1.—3. September: | Ausschuß für Kulturelle Fragen (Oslo) |
| 2.—9. September: | 4. Konferenz über die Revision der Geschichtslehrbücher (Royaumont) |
| 7. September: | Präsidium und Ständiger Ausschuß (Paris) |
| 10. u. 11. September: | Ausschuß für Wirtschaftsfragen |
| 13.—15. September: | Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten (Wien) |
| 26. September: | Gemischter Kulturausschuß (Rom) |
| 26. u. 27. September: | Ausschuß für Soziale Fragen (Paris) |
| 27. September: | Unterausschuß Grenzformalitäten (Paris) |
| 27. u. 28. September: | Präsidium des Ausschusses der Kultursachverständigen (Rom) |
| 28. u. 29. September: | Ausschuß für Rechtsfragen (Paris) |
| 1. u. 2. Oktober: | Tagung der Fachleute für Mikro-Photokopie von unveröffentlichten oder vergriffenen Katalogen und Verzeichnissen von Manuskripten und Dokumenten, die sich in den Bibliotheken und Archiven der Mitgliedstaaten befinden (Rom) |
| 4.—7. Oktober | Sonderausschuß für kommunale und regionale Angelegenheiten (Frankfurt) |
| 13. Oktober: | Ständiger Ausschuß (Straßburg) |
| 15.—24. Oktober: | 6. europäischer Studienlehrgang (Straßburg) |
| 15.—26. Oktober: | 2. Teil der Achten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg) |

Die Schweiz und Europa

Von Dipl.-Volkswirt Günter Hindrichs

Die grundsätzliche Haltung der schweizerischen Öffentlichkeit zur europäischen Einigung

Die schweizerische Außenpolitik und mit ihr das Verhalten der Schweiz zu den europäischen Einigungsbestrebungen werden nicht nur bestimmt durch den Status der immerwährenden Neutralität, sondern in entscheidendem Maße auch durch die wirtschaftliche Stellung der Eidgenossenschaft und die spezifisch schweizerische Meinung, die sich über die Gestaltung des zukünftigen Europa gebildet hat. Die Schweizer Neutralität war bereits Gegenstand eingehender Darstellungen von Bundesrat Max *Petitpierre* (Europa-Archiv 11—12/1955, S. 7907—7912) und Nationalrat W. *Bretscher* (Europa-Archiv 20/1951, S. 4429—4436). Diese historisch gewachsene und mit nachweisbarem Erfolg praktizierte außenpolitische Maxime ist im Volksbewußtsein der Schweiz so tief verwurzelt, daß man vergeblich nach öffentlichen Stimmen suchen wird, die für eine vorbehaltlose Teilnahme an der europäischen Integration unter Aufgabe der Neutralität plädieren. Ein Land, das bereits in seinem inneren Gefüge so starken Wert auf seine föderalistische Ausgestaltung legt, wird die gleiche Haltung erst recht gegenüber internationalen Einigungsbestrebungen an den Tag legen. Hinzu kommt das im Nationalcharakter ausgeprägte Gefühl für Solidität und sehr vorsichtiges Abwägen politischer Veränderungen, das die Schweizer zu aufmerksamer Reserve veranlaßt. Auf der anderen Seite ist die Eidgenossenschaft von jeher wie kaum ein anderes Land auf Grund ihrer nationalen Zusammensetzung, ihrer Geschichte, ihrer geographischen Lage und nicht zuletzt der wirtschaftlichen Bindungen mit ihren europäischen Nachbarn eng verbunden. Sie wickelt ungefähr die Hälfte ihres Außenhandels mit Europa ab, und 75 vH aller Einfuhren an Rohmaterialien der Montanindustrie stammen vom gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. In der Mitte des Kontinents gelegen, kann sich die Schweiz kein Desinteresse an der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas erlauben.

Zwischen gemäßigter Reserve und einer absoluten Ablehnung des Integrationsgedankens ist jedoch ein

weites Feld, auf dem sich in der Schweizer Öffentlichkeit die Meinungen begegnen.

Im Jahre 1952 erregte der Zürcher Historiker W. *Beck* Aufsehen, als er die Neutralität des Landes auch nur zur Diskussion stellte. Im folgenden Streitgespräch¹ erklärte er, die Neutralitätsidee solle im Laufe der zukünftigen Entwicklung in einer höheren europäischen Ordnung weiter ausgreifen, ein Gedanke, der gegenwärtig aber noch nicht aktuell sei. Solche Anregungen, schweizerische Erfahrungen und Einrichtungen in Europa zu verwenden, finden sich des öfteren, wenn es darum geht, die weltpolitische Stellung und die innere und wirtschaftliche Struktur des zukünftigen Europa zu umreißen. Die führenden Köpfe der europäischen Bewegung in der Schweiz, unter ihnen der Präsident der schweizerischen Europa-Union, Hans *Bauer*, der Genfer Advokat und Nationalrat Alfred *Borel*, der Leiter des Europäischen Kulturzentrums in Genf, Denis *de Rougemont*, und ein kürzlich zusammengetretener Ausschuß politischer, konfessioneller und kultureller Jugendverbände fordern die Regierung und die Öffentlichkeit zu Stellungnahmen und einer aktiven Europapolitik auf.

Unter den Nationalökonomern finden sich jedoch maßgebliche Stimmen, die sich gegen wirtschaftliche Integrationsbestrebungen wenden. Die für die Schweiz besonders interessanten europäischen Organisationen sind vornehmlich wirtschaftlicher Art und fordern daher von den politisch interessierten Wirtschaftswissenschaftlern eine präzisierte Stellungnahme. Es ist somit nicht verwunderlich, wenn sich auf dieser Ebene die gegensätzlichen Meinungen besonders stark herausgebildet haben. Es ist William E. *Rappard*, dem seine Schüler das Wort in den Mund legen: „L'intégration de l'Europe sera la mort de la Suisse!“ *Rappard* befürchtet, daß ein sich auf weitere Sachgebiete ausdehnender „Luxemburger Superstaat“ die Schweiz erdrücken und im Laufe der

¹) „Prof. W. Beck steht Rede und Antwort“ in *Die Tat*, Zürich, Nr. 222 vom 16. August 1952.

Zeit auflösen würde². Nach heftiger und eingehender Kritik der Integrationspolitik fordert er den Abbau aller seit 1914 errichteten Handelsschranken mit dem Endziel einer ohne große staatliche Intervention erreichten „Integration der Welt“.³

Demgegenüber wünscht der Nationalökonom Hans Bachmann⁴ nicht eine Abstinenz des Staates wie vor 1914, sondern seine Verantwortlichkeit für den Konjunkturablauf und die allgemeine Entwicklung der Wirtschaft. Aus diesem Grunde sei eine internationale Koordination erforderlich, deren Notwendigkeit mit der räumlichen Entfernung abnehme. Wie seine Kollegen E. Küng, A. Bosshardt und E. Böhler ist er der Ansicht, daß sich wirtschaftstheoretisch eine Union nicht ablehnen läßt und daß dabei gesamtwirtschaftlich auf die Dauer auch für die Schweiz

Vorteile erzielt werden könnten. Aber in bemerkenswerter Selbstbeschränkung folgern sie weiter, daß über den sekundären wirtschaftlichen Interessen die primären staatspolitischen Interessen nicht vergessen werden dürften. Aus diesem Grunde gibt man einer freiwilligen internationalen Zusammenarbeit, wie in der OEEC, gegenüber einer supranationalen Lösung den Vorzug.

Der Genfer Völkerrechtler Paul Guggenheim⁵ warnt vor einer zu starr und doktrinär aufgelegenen Integration. Dem Kontinentalismus stellt er den Universalismus gegenüber und führt zahlreiche Schweizer Interessen an, die bei einer etwaigen Teilnahme an Einigungsbestrebungen in Europa gewahrt werden müßten.

Die Mitgliedschaft in der OEEC

Am 27. Juni 1947 trafen sich die Vertreter der Sowjetunion, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Paris zu einer ersten Erörterung des von Außenminister Marshall vorgeschlagenen europäischen Wiederaufbauprogramms. Am gleichen Tage erklärte der Schweizer Bundesrat seine Bereitschaft zur Teilnahme „an der Ausarbeitung eines solchen Planes, der es Europa ermöglichen würde, auf wirtschaftlichem Gebiet die durch den letzten Krieg in die Brüche gegangene Solidarität neu zu bestärken“.⁶ Daß die Haltung des Bundesrates das Mißfallen der Sowjetunion erregte, wurde offensichtlich, als der sowjetische Gesandte wenige Tage später, am 6. Juli 1947, im Politischen Departement vorstellig wurde. Bundesrat Petitpierre konnte ihm jedoch in freundschaftlicher Form erwidern, daß die Eidgenossenschaft weder beabsichtige, von ihrer traditionellen Politik abzuweichen, noch ihre Unabhängigkeit aufzugeben, indem sie sich einem politischen Block anschließe⁷.

Daß diese Feststellung sehr ernst gemeint war, gab Bern in seiner Antwort auf die offizielle Einladung zu erkennen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen legte die Note ausdrücklich folgende Punkte klar:

1. Es verstehe sich von selbst, daß die Schweiz keine Verpflichtungen eingehen werde, die mit ihrer traditionellen Neutralität unvereinbar wären.
2. Die Beschlüsse der Konferenz, welche die schwei-

zerische Wirtschaft betreffen, könnten gegenüber der Eidgenossenschaft nur mit ihrem Einverständnis verbindlich werden.

3. Die Schweiz behalte sich die Freiheit vor, Handelsabkommen aufrechtzuerhalten, die sie mit europäischen Staaten, die nicht an den Arbeiten der Konferenz teilnehmen werden, abgeschlossen hat, und neue Handelsverträge mit diesen Staaten abzuschließen⁸.

Damit hatte die Schweiz von Anfang an ihren besonderen Standpunkt am Konferenztisch präzisiert, eine Position, der durch die Tatsache besonderer Rückhalt gegeben wurde, daß die Schweiz für sich keinerlei Hilfe beanspruchte, sondern wie die Vereinigten Staaten, wenn auch nur als kleines Land, Hilfe zu gewähren bereit war. Bei den anschließend begonnenen Verhandlungen wurde die Schweiz durch den Gesandten Carl Burckhardt vertreten, dessen Person im Kollegium der Außenminister, auch ohne Regierungsmitglied zu sein, auf Gehör und Achtung rechnen durfte. Die damals schon in französischen Kreisen zeitweilig kursierende Idee einer supranationalen Organisation war für die Schweiz und andere Länder völlig unannehmbar. Der Bundesrat vertrat mit Nachdruck die Auffassung, daß der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft durch freie Zusammenarbeit der beteiligten Staaten erreicht werden müsse. Bei der Unterzeichnung der Schlußakte konnte Burckhardt schließlich zufrieden

² W. E. Rappard, „La Suisse dans la Communauté Internationale“ in *Die Schweiz*, 1954, S. 3 ff.

³ W. E. Rappard, „L'Intégration Economique de l'Europe et la Suisse; Le problème envisagé du point de vue politique“ in *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, Jahrgang 88 (1952), S. 307.

⁴ H. Bachmann, Verhandlungsbericht vom 23. und 24. Mai 1952, *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, Jahrgang 88 (1952), S. 325.

⁵ Paul Guggenheim, „Universalismus und Kontinentalismus im Völkerrecht“ in *Universitas*, 3. Jahrgang, Heft 6, S. 659 ff.

⁶ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betr. den Beitritt der Schweiz zu dem am 16. April 1948 in Paris unterzeichneten Abkommen über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit; *Bundesblatt*, 100. Jahrgang, Bd. II, Bern, den 25. August 1948, S. 1180.

⁷ Botschaft des Bundesrates, a. a. O. S. 1181/1182.

⁸ Botschaft des Bundesrates, a. a. O. S. 1182/1183.

erklären, daß die Schweiz gemäß Artikel 14 des Vertrages in jedem Falle die Entscheidungsfreiheit behalte⁹.

Wenn man sich im Berner Bundeshaus trotz diplomatischen Drucks und erbitterter Presse-Kampagnen des sich bildenden Ostblocks zur Mitgliedschaft in der OEEC entschloß, dann unterstrich man damit bewußt, und von der Schweizer Öffentlichkeit unterstützt, die Solidarität mit den europäischen Nachbarn. *Guggenheim* schrieb damals¹⁰:

„Der permanent neutrale Staat kann daher niemals die Grenze seiner Kooperation in der internationalen Welt in der Weise ziehen, daß er bei Versuchen nicht mitwirkt, welche die zwischenstaatlichen Beziehungen im Sinne der unserer eigenen öffentlichen Ordnung inhärenten Grundsätze fortbilden wollen. Dies gilt selbst, wenn ein tragisches Schicksal es will, daß die gegenwärtigen politischen Fronten sich gerade in dieser Frage grundsätzlich scheiden und die jeweilige Stellungnahme zu ihr das Kriterium für die Zugehörigkeit zum einen oder zum anderen Block bildet.“

Der Schweiz mußte an der Wiedergesundung seiner Nachbarn und wichtigsten Handelspartner sehr viel liegen. Nunmehr konnte sie berechnete Aussichten haben, daß die Diskriminierungen verschwanden, denen sie infolge der Härte ihrer Währung ausgesetzt war. Abbau der Einfuhrbeschränkungen und fortschreitende Liberalisierung des Außenhandels waren seit jeher von der schweizerischen Wirtschaft gefordert worden. Wäre die Schweiz nicht schon gleich bei Beginn mit am Konferenztisch gewesen, hätte sie sicher später nur unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen beitreten können. Nicht zuletzt mußte auch die Schweiz ein großes Interesse daran haben, daß ihrem nicht nur für den Außenhandel so außerordentlich wichtigen Nachbarn Deutschland eine Wiedereingliederung in die europäische Wirtschaft ermöglicht wurde. Das konnte eine Organisation erleichtern, in der zunächst die technischen Fragen vor allen Diskussionen über die politische Zukunft Deutschlands behandelt wurden.

Bekanntlich schlossen die Vereinigten Staaten in der Folgezeit mit den Mitgliedern der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit bilaterale Verträge, welche die Hilfeleistung im einzelnen regelten und unter anderen Bedingungen den

Vereinigten Staaten gewisse Kontrollrechte einräumten. Die Schweiz beanspruchte keine amerikanische Hilfe und sah sich daher auch nicht veranlaßt, Washington irgendwelche Zugeständnisse zu machen und überhaupt ein besonderes Abkommen abzuschließen. Diese Haltung war im hohen Maße geeignet, den Willen zur unabhängigen Neutralitätspolitik zu demonstrieren. Die zähen und schwierigen Verhandlungen führten schließlich zum Verzicht der Vereinigten Staaten auf das bilaterale Abkommen und damit zu einem bemerkenswerten diplomatischen Erfolg der Schweiz.

Inzwischen hat sich die Mitarbeit der Schweiz in der OEEC in korrekter und günstiger Form entwickelt. Wenn man den Schweizern gelegentlich bei den technischen Arbeiten eine gewisse Zurückhaltung nachsagt und geneigt ist, diese Tatsache abfällig zu kritisieren, dann kann das im wesentlichen nur mit einem ungenügenden Verständnis der Sonderstellung der Eidgenossenschaft erklärt werden. Besondere Aufmerksamkeit schenkte Bern immer wieder den sich bemerkbar machenden Tendenzen einer Annäherung der OEEC an den Europarat oder gar an die Nordatlantikpakt-Organisation. Eine auch nur indirekte Verbindung mit einem Militärbündnis wie der NATO war, vom schweizerischen Neutralitätsstandpunkt aus gesehen, unter allen Umständen zu vermeiden. Bundesrat *Petitpierre* wurde im Nationalrat sehr deutlich und erklärte¹¹: „Sollte jemals die Unabhängigkeit der OEEC bedroht sein, dürften wir nicht zögern, unsere Haltung ihr gegenüber in Wiedererwägung zu ziehen.“ Bisher stießen jedoch die gefürchteten Tendenzen auf einen genügend starken Widerstand, in dem die Schweiz sich mit verschiedenen anderen Ländern einig wußte¹².

Rückschauend kann die Schweiz mit den Erfolgen der Mitarbeit in der OEEC zufrieden sein. Die Wiedergesundung der Mitgliedstaaten, vor allem auch der Bundesrepublik, war für die Schweiz von großem Nutzen, wie aus der Außenhandelsstatistik der letzten Jahre ersichtlich ist. Die trotz mancher Rückschläge in einzelnen Ländern grundsätzlich fortschreitende Liberalisierung brachte die von der schweizerischen Wirtschaft so sehr gewünschten Erleichterungen im Warenaustausch und im sogenannten unsichtbaren Außenhandel.

Die Europäische Zahlungsunion

Mit den am 16. Oktober 1948 und 7. September 1949 geschlossenen Abkommen über den Zahlungs- und Kompensationsverkehr der OEEC-Länder war

die Schweiz nicht recht zufrieden. Sie nahm nur als „membre occasionel“ teil und fühlte sich diskriminiert, da ein großer Teil ihres Exports unter die stark

⁹) Botschaft des Bundesrates, a. a. O. S. 1189. Vgl. auch Europa-Archiv, Mai 1948, S. 1314.

¹⁰) Paul *Guggenheim*, „Neutralität und westöstlicher Block“ in *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 177 vom 29. Juni 1948.

¹¹) Rede des Bundesrates Max *Petitpierre*, im Auszug wie-

dergegeben in *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. Juni 1951.

¹²) Vgl. Botschaft des Bundesrates betr. die Verlängerung der Mitgliedschaft in der EZU, 20. 5. 1952, S. 36/37. Vgl. auch *Bindschedler*, „Rechtsfragen der europäischen Einigung“, Basel 1954, S. 389.

behinderten „non essentials“ fiel. Dies besserte sich mit der Gründung der EZU. Die eidgenössischen Stände konnten den Beitritt gutheißen, weil die Organisation den drei Schweizer Forderungen entsprach:

- a) keine mit dem Neutralitätsstatus unvereinbare Verpflichtungen,
- b) Wirksamkeit aller Beschlüsse für die Schweiz nur mit ihrem ausdrücklichen Einverständnis,
- c) Freiheit der Handelsbeziehungen mit allen nicht teilnehmenden Staaten.

Die Schweiz hatte durch die Förderung eines gemeinsamen Unternehmens, das die Wiedergesundung des europäischen Zahlungsverkehrs zum Ziele hatte, eine willkommene Gelegenheit, ihre Solidarität mit Europa zu unterstreichen, zumal die Ziele des Abkommens wie kaum ein anderes einem Geiste entsprechen, der auch der schweizerischen Grundüberzeugung von der Gestaltung des Wirtschaftsverkehrs innewohnt. Aus diesem Grunde war der Plan der EZU auch von der schweizerischen Wirtschaft begrüßt worden, enthielt er doch im verstärkten Maße multilaterale Elemente und war zur Vertiefung der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Sinne einer Selbsthilfe gedacht. Gerade das Fortschreiten in Richtung auf die Liberalisierung entsprach dem schweizerischen Interesse um so mehr, als der Grundsatz der Nichtdiskriminierung zum ersten Male in erfreulicher Weise im Vertrag verankert wurde. Zur Teilnahme an diesen Fortschritten hätte eine Mitgliedschaft in der OEEC allein nicht genügt. Im Gegenteil hätte ein Fernbleiben die Diskriminierung der Schweiz durch die EZU-Mitglieder verschärfen können. Die in Aussicht genommenen Liberalisierungslisten waren geeignet, dem schweizerischen Außenhandel vorteilhafte Möglichkeiten zu eröffnen.

Die günstigen Voraussagen, die seinerzeit einen Beitritt der Schweiz zur EZU befürworteten, sind in den inzwischen verflossenen Jahren weitgehend Wirklichkeit geworden. Die ersten Früchte einer fortschreitenden Liberalisierung machten sich bald für den schweizerischen Außenhandel bemerkbar. Die Er-

gebnisse der schweizerischen Mitgliedschaft lassen sich am besten durch einige statistische Zahlen deutlich machen¹³.

Ausfuhren in Millionen sfrs

	in EZU-Länder	in sonstige Länder	Insgesamt
1950 . . .	2 092,9	1 818,0	3 910,9
1951 . . .	2 769,5	1 920,4	4 690,9
1952 . . .	2 855,1	1 893,8	4 748,9
1953 . . .	3 118,8	2 045,8	5 164,6
1954 . . .	3 342,1	1 929,4	5 271,5
1955 . . .	3 505,4	2 116,8	5 622,2

Nach dem Wirksamwerden der EZU gegen Ende 1950 ist also ein beachtliches Ansteigen der Exporte in die Länder der Union festzustellen.

Die Zahlungsunion sollte sich auch auf den unsichtbaren Außenhandel vorteilhaft auswirken. Die laufend vermehrte Zuteilung von Reisedevisen führte zu einer Belebung des für die Schweiz so wichtigen Fremdenverkehrs¹³.

Gesamtübernachtungen in 1000

Besucher aus:	EZU-Ländern	übrigem Ausland	Insgesamt
1950 . . .	5 497,2	1 481,2	6 978,4
1951 . . .	7 100,1	1 419,2	8 519,3
1952 . . .	7 903,6	1 721,3	9 624,9
1953 . . .	8 917,8	1 738,6	10 656,4
1954 . . .	9 478,7	1 865,1	11 343,8

Auch hier ist das starke Ansteigen im Verhältnis zum Reiseverkehr aus nicht der EZU angehörenden Ländern zu erkennen. Aehnliche steigende Tendenzen sind im Versicherungsgeschäft sowie bei den Ueberweisungen von Regiespesen, Lizenzen und Urheberrechtsentschädigungen wahrnehmbar. Trotz mancher Bedenken konnte der Nationalrat die Vorteile und die Notwendigkeit einer weiteren Teilnahme der Schweiz an der EZU nicht leugnen. Zusammen mit dem Ständerat hat er jeweils fast einstimmig die Verlängerungen der Mitgliedschaft der Schweiz gutgeheißen. In der Frühjahrssession des Nationalrates im Jahre 1955 wurde der Bundesrat ermächtigt, gegebenenfalls auch den Beitritt der Schweiz zu dem vorgesehenen Europäischen Währungsfonds zu erklären, und der Bundesrat hat das Abkommen inzwischen auch unterzeichnet.

Die Diskussion um den Europarat

Seit Bestehen des Europarates hat die schweizerische Öffentlichkeit eine Form der Mitwirkung in Straßburg diskutiert. Ein permanent neutraler Staat darf keine militärischen Verpflichtungen wie Bündnis- und Garantieverträge eingehen, die ihn in einen Krieg verwickeln könnten. Da der Europarat nun aber nur eine Plattform für nicht verpflichtende Diskussionen vor der europäischen Öffentlichkeit darstellt und irgendwelche die Neutralität in Frage stellenden Verpflichtungen nicht von ihm übernommen werden, dürf-

ten vom völkerrechtlichen Standpunkt keinerlei Hindernisse zur Teilnahme der Schweiz gesehen werden. Dies um so mehr, als der Absatz d des Art. 1 des Statuts des Europarates ausdrücklich bestimmt, daß der Europarat für alle mit der Landesverteidigung zusammenhängenden Fragen nicht zuständig ist.

¹³) Berechnungsunterlagen aus den Botschaften des Bundesrates an die Bundesversammlung betr. die Verlängerung der Mitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Zahlungsunion in den Jahren 1953, 1954, 1955 und 1956 sowie aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz der genannten Jahre.

Nicht selten wird bei der Diskussion der Schweizer Europapolitik das Beispiel Irlands, Schwedens und neuerdings Oesterreichs herangezogen, Länder, die trotz ihrer besonderen Lage kein Hindernis für eine Mitarbeit in Straßburg sehen. Bisher konnte der Hinweis auf Irland und Schweden sehr schnell abgetan werden mit der Feststellung, daß es „drei Stufen der Neutralität“ gebe¹⁴: Von der aus politischen Erwägungen gewählten, vielleicht nur vorübergehenden Enthaltung (Irland), über eine Tradition werdende, von Fall zu Fall immer wieder gewählte Allianzfreiheit (Schweden) bis zur im Völkerrecht fest verankerten „immerwährenden Neutralität“ sei ein weiter Weg. Eine vergleichende Betrachtung sei im Gegenteil eher geeignet, die besondere Situation der Eidgenossenschaft im Vergleich zu den beiden anderen Ländern hervorzukehren.

Nun hat seit dem Frühjahr 1955 Oesterreich ebenfalls den Status der immerwährenden Neutralität und sieht darin kein Hindernis, als vollberechtigtes Mitglied nach Straßburg zu gehen. Diese neueste Entwicklung ist zweifellos eines der stärksten Argumente der „Europäer“ in der Schweiz. Nach einem Jahr österreichischer Neutralitätspolitik kann bereits gesagt werden, daß in Wien offensichtlich auch politisch eine andere Atmosphäre herrscht als in Bern. Wien hat sich einer aktiven Außenpolitik verschrieben, die alle Möglichkeiten ausschöpfen will, die ihm trotz der völkerrechtlichen Bindung noch gegeben sind. Die Unterschiede liegen in der Tradition, der Mentalität, der geographischen und politischen Lage und in der Entstehung der Neutralität. Deshalb wird bereits heute in politischen Kreisen der Schweiz eine oberflächliche Gleichstellung des Landes mit Oesterreich nicht gern gesehen. Die besondere Lage der neutralen Schweiz resultiert nicht nur aus einem völkerrechtlichen Status, sondern auch aus einer seit langem Tradition gewordenen Politik der Reserve, der Enthaltung, des sehr umsichtigen Abwägens, der Vermittlung und des Dienstes an der Humanität.

Die politischen Gründe, die für eine Mitarbeit in Straßburg sprechen, sind zahlreich. Ein Erscheinen der Schweizer in Straßburg würde einmal mehr dartun, daß das Wort von der Solidarität nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. Der Europarat umfaßt eine den augenblicklichen Verhältnissen entsprechend denkbar große Zahl von Mitgliedern. In diesem Kreis könnte die Schweiz an den auch für sie so wichtigen Diskussionen über europäische Fragen teilhaben. Obwohl die Schweiz nur ein kleiner Staat ist, besitzt ihre Stimme ein außerordentliches Gewicht, dessen politische Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Sie hätte damit Gelegenheit, ihre Ansicht von der zukünftigen Gestalt Europas mit ihrer besonderen föderativen Betonung zur Geltung zu bringen. Die Front der klei-

neren Länder gegen eine etwaige Benachteiligung und der Widerstand gegen zentralistische Bestrebungen würden eine wesentliche Verstärkung erfahren, was zweifellos im Interesse der Berner Politik läge. Nicht zuletzt könnte die Schweiz einen wohlthuenden ausgleichenden Einfluß im Interesse Gesamteuropas ausüben, eines Gesamteuropas, das auch die osteuropäischen Länder umfaßt.

Da der Europarat ein so weites Arbeitsgebiet hat, kommen in seinen Diskussionen auch die anderen europäischen Organisationen und „Pläne“ zur Sprache, für die Schweiz eine gute Gelegenheit zur Einflußnahme. Diese würde sich bei der regelmäßigen Berichterstattung der OEEC und der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl besonders gut ergeben. Bei allen zukünftigen Vorschlägen irgendeiner speziellen Form europäischer Zusammenarbeit ist damit zu rechnen, daß sie auch in Straßburg erörtert werden. Zudem würde der in seinem Wert nicht zu unterschätzende persönliche Kontakt Schweizer Parlamentarier mit ihren europäischen Kollegen zweifellos von Nutzen sein.

Die Mitgliedstaaten des Europarates haben sicherlich ein Interesse an einer Mitwirkung der Schweiz. Es bestehen berechtigte Hoffnungen, daß das Ministerkomitee auch bereit wäre, der Schweiz eine gewisse Sonderstellung einzuräumen. Dies könnte in einer ausdrücklichen Feststellung geschehen, daß die Schweiz an keiner politischen und militärpolitischen Diskussion teilzunehmen braucht, und — auch das ist nicht unbedingt ausgeschlossen — in einer nochmaligen Bestätigung des Neutralitätsstatus der Schweiz im Interesse Europas.

Die Argumente, die für eine schweizerische Mitarbeit sprechen, lassen sich indes zum Teil widerlegen. Zudem können noch manche Gründe ins Feld geführt werden, die gegen einen Eintritt in den Europarat sprechen.

Der Europarat ist in den letzten Jahren ohne Zweifel in die Auseinandersetzungen zwischen Ost und West hineingezogen worden. Eine Teilnahme würde die Schweiz mehr als bisher in einen Gegensatz zu den nicht am Europarat teilnehmenden europäischen Staaten bringen. Gerade durch ihre gewisse Reserve hat die schweizerische Stimme in Europa ein besonderes Gewicht gewonnen, die vielleicht besser außerhalb eines zu einem Machtblock tendierenden Gremiums wirksam werden kann. Ein außenpolitischer Einfluß auf Entwicklungen ist besser auf diplomatischem Wege und in entscheidenden Konferenzen auszuüben als in öffentlichen, nicht verpflichtenden Deklarationen. Die günstigen, in bezug auf Auseinandersetzungen ausgleichenden Wirkungen der neutralen Stellung der Schweiz lassen sich ebensogut, wenn nicht noch besser außerhalb des Rates erzielen, da man so diejenigen Staaten besser ansprechen kann, die nicht zum Teilnehmerkreis zählen. In der OEEC

¹⁴) Vgl. J. F. Kővér, „Drei Stufen der Neutralität in Europa“ in *Außenpolitik* 5/1954, S. 309 ff.

ist die Schweiz ohnehin Mitglied, und bei der Hohen Behörde der Montanunion verschafft sie durch ihre dort akkreditierte Diplomatische Mission und den nunmehr errichteten Gemeinsamen Konsultativ-Ausschuß den Schweizer Interessen wirksames Gehör. Bei den Gründungsvorgängen zahlreicher technischer europäischer Sonderorganisationen ist die Schweiz gleichfalls vertreten.

Wie in der gesamten europäischen Öffentlichkeit ist auch in der Schweiz eine starke Ermüdung des Interesses für die Arbeiten des Europarates zu erkennen. Offensichtlich hatte man die Wirkungsmöglichkeiten des Rates überschätzt. Die mangelnde Kompetenz des Europarats hat somit, wie in ganz Europa, auch in der Schweiz der europäischen Idee geschadet. Es verbreitet sich die Meinung, die dem Europarat keine besondere Chance als Instrument der europäischen Einigung mehr gibt. Daraus resultiert der Wunsch, zunächst einmal eine abwartende Haltung einzunehmen. Zudem ist der Schweizer geneigt, Akte der Regierung und Verwaltung mit einem fast kaufmännisch nüchternen Auge der unbedingten Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu beurteilen und als Staatsbürger zu kontrollieren. Eine unbedingte Notwendigkeit oder auch nur besondere Nützlichkeit wird in weiten Kreisen der Schweizer Öffentlichkeit aber nicht gesehen.

Die letzte außenpolitische Entscheidung großen Ausmaßes, die das Schweizer Volk in den letzten hundert Jahren zu fällen hatte, war die über den Beitritt zum Völkerbund. Die Erinnerung an diese Entscheidung und die damit gemachten Erfahrungen sind tief im Bewußtsein des Volkes verwurzelt und geeignet, die Reserve gegenüber Straßburg zu verstärken. Daß der Europarat eine in wesentlichen Dingen vom Völkerbund verschiedene Einrichtung ist, wird dabei nicht so sehr gewertet. Die Tatsache, daß sich der Europarat mit der Europa-Armee befaßte und sich in zwei Resolutionen für die EVG aussprach, hat in der Schweiz besondere Aufmerksamkeit und Bedenken erregt. Obwohl dies in Wirklichkeit nicht verpflichtende und unverbindliche Erörterungen waren, rückten sie die Straßburger Organisation doch stark in das Licht der Blockpolitik und gaben den Schweizern einen Grund mehr zur Reserve.

In der Frühjahrssession 1955 des Nationalrates antwortete Bundesrat *Petitpierre* auf eine Interpellation des Genfer Advokaten Alfred Borel, in der die Ent-

sendung von parlamentarischen Beobachtern in die Beratende Versammlung gefordert worden war¹⁵. In seiner Antwort (abgedruckt in Europa-Archiv 11—12/1955, S. 7907—7912) stellt der Bundesrat unter anderem fest, daß die parlamentarischen Beobachter der Schweiz in der Beratenden Versammlung wie Regierungsvertreter der Eidgenossenschaft wirken würden, da die Regierung im Ministerkomitee nicht zu Worte komme. Eine Teilnahme an den im hohen Maße politischen Diskussionen des Europarates (EVG, Pariser Verträge, Wiederbewaffnung Deutschlands und die Grundlagen einer europäischen Außenpolitik) sei nicht ohne Schaden für die Neutralität der Schweiz denkbar. Der Zeitpunkt für eine Entsendung von Beobachtern sei daher verfrüht. Der Bundesrat begrüße aufrichtig die europäischen Einigungsversuche. Ob die Schweiz in Straßburg mitwirke oder nicht, sei für den Erfolg der Europäischen Bewegung irrelevant. Durch ihre Enthaltung und Erfüllung der mit der Neutralität zusammenhängenden Aufgaben könne die Schweiz am besten den Interessen des Friedens und Europas dienen.

Viele aktive Angehörige der Europäischen Bewegung in der Schweiz haben sich mit dieser Feststellung des Bundesrates nicht zufriedengegeben. Verschiedene Jugendverbände der Schweiz haben sich Ende 1955 in einem Ausschuß zusammengeschlossen, der in einer Petition die Mitarbeit der Schweiz im Europarat fordert. Sie soll in Form einer „freien Mitgliedschaft“ nur auf die Teilnahme an kulturellen, wissenschaftlichen, rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Arbeiten beschränkt sein. Die Europa-Union, die schweizerische Bewegung für die Vereinigung Europas, ging auf ihrer Delegierten-Tagung am 6. November 1955 in Lugano weiter und forderte die volle Mitgliedschaft ohne Einschränkungen. Sie stellte gleichfalls die Mitgliedschaft in der Montanunion zur Diskussion.

Die Zahl der Befürworter dieser Bemühungen mag im letzten Jahre durch das Beispiel Oesterreichs und die Entschärfung der Ost-West-Beziehungen zugenommen haben. Gegenwärtig ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß der Bundesrat und eine Mehrheit der eidgenössischen Räte eine Aenderung der Politik gegenüber dem Europarat wünschen. Es wird vorläufig bei einer Mitarbeit durch Beobachter in den Experten-Ausschüssen für Patentfragen, für das Gesundheitswesen und in Zukunft vielleicht auch für weitere Sachgebiete bleiben.

Das Verhältnis zur Montanunion

Das Neutralitätsrecht verbietet dem permanent neutralen Staat schon in Friedenszeiten Maßnahmen, die seine Neutralität im Kriege ernsthaft in Frage stellen oder gar unmöglich machen. Es ist ihm somit auch untersagt, staatliche Kompetenzen der Außenpolitik

und Landesverteidigung, die für die Führung einer erfolgreichen Neutralitätspolitik erforderlich sind, anderen Staaten oder internationalen Organen zu über-

¹⁵ Alfred Borel, Interpellation concernant le Conseil de l'Europe, 1955.

lassen. Man kann nicht grundsätzlich von einem Verbot der Kompetenzübertragung überhaupt sprechen. Sie darf jedoch nur im beschränkten Maße erfolgen. Die Teilnahme an den früher bekannten supranationalen Einrichtungen, wie beispielsweise der auf Grund der Mannheimer Akte geschaffenen Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, bildete daher kein Hindernis für die Neutralität. Es ist von Fall zu Fall zu prüfen, welche Kompetenzen dem übernationalen Organ anvertraut werden und in welchem Umfang das geschieht. Dabei dürfen auf keinen Fall die immer stärker werdende Bedeutung der Wirtschaft und ihre Rolle in Außenpolitik und Kriegführung außer acht gelassen werden. Der „totale Krieg“ der Nachbarn — und mit einem solchen Krieg muß nach dem Stande der Entwicklung heute jeder Staat rechnen — fordert von dem neutralen Land ein solches Maß an Unabhängigkeit, daß es ihm nicht erlaubt und möglich sein wird, wichtige staatliche Funktionen mit einem anderen, möglicherweise kriegführenden Staat zu verbinden. Darunter fällt zweifellos auch die Führung der Wirtschaftspolitik.

Die Organe der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben wirksame Entscheidungsbefugnisse über wesentliche Fragen der für eine Kriegführung entscheidenden Industrien. Es war ja eines der vornehmsten Ziele bei der Errichtung der Gemeinschaft, es einem Mitglied unmöglich zu machen, über seine militärisch so wichtige Industrie allein zu verfügen.

Die den Organen der Gemeinschaft eingeräumten Befugnisse sind so weitgehend, daß die Schweiz nicht mehr in der Lage wäre, die für eine Neutralitätspolitik unbedingt notwendige Unabhängigkeit in der Führung ihrer Wirtschaft zu wahren. Sie würde von vornherein zugunsten eines Kriegführenden eine ungleiche Behandlung und Präferenzen gewähren, die einer direkten Unterstützung gleichkämen. Die nächstliegende Möglichkeit einer kriegserischen Entwicklung, deren Gefahr von niemand geleugnet wird, ist die einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Staaten. An einer solchen Auseinandersetzung wären dann mit großer Wahrscheinlichkeit alle sechs „Montanländer“ mit ihren anderen Verbündeten beteiligt. Die Hohe Behörde würde sich notwendigerweise zu einem wichtigen Organ der gemeinsamen Rüstungen entwickeln. Eine Teilnahme an ihren Arbeiten käme einer offenen Option für eine kriegführende Partei gleich. Da die Montanunion als ein erster Schritt zu einer umfassenderen europäischen Integration gedacht ist, muß mindestens mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß ihr im Laufe der Zeit noch weitere staatliche Kompetenzen übertragen werden, was die Hindernisse, die einer schweizerischen Teilnahme im Wege stehen, noch vergrößern müßte. Eine Teilnahme an der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl würde also voraussetzen, daß die Schweiz bereit wäre, ihr

staatliches Schicksal mit dem der anderen Unionsländer weitgehend zu verbinden und ihren traditionellen völkerrechtlichen Status der immerwährenden Neutralität zu verlassen.

Der von der Montanunion geschaffene gemeinsame Markt umschließt mit Ausnahme der österreichischen Grenze das gesamte Schweizer Territorium. Der gemeinsame Markt umfaßt Länder, die wichtigste Handelspartner der Schweiz sind. So kamen 73 vH der Kohlenimporte des Jahres 1950 aus den Ländern der Gemeinschaft. Im Jahre 1951 machten die Stahleinfuhren aus diesen Ländern 80,1 vH aus und die Koksimporte sogar 93,7 vH. Es ist offensichtlich, daß eine solche Situation die größte Aufmerksamkeit der Schweiz erfordert.

Wenn in der Schweiz über die Montanunion gesprochen wird, dann wird zunächst und vor allem auf die Bedenken hingewiesen und auf die nachteiligen Wirkungen, die man befürchtet. Schon aus dieser Tatsache muß der außenstehende Beobachter eine Abneigung gegenüber der in Luxemburg gefundenen Lösung herauslesen. Natürlich gebot der Grundsatz der Solidarität dem Bundesrat in der Debatte über den Schumanplan, das Unternehmen als einen Versuch auf dem Wege zur Einigung des Kontinents höflich zu begrüßen und seine möglichen Vorteile zu erwähnen¹⁶:

„La création de la Communauté du Charbon et de L'Acier peut être un événement heureux pour l'Europe, si elle institue une collaboration confiante entre les six Etats européens qui la forment, parmi lesquels la France et l'Allemagne.“

Die Befürworter der Montanunion sind aber in der Öffentlichkeit und Wirtschaft in der Minderheit, und sie werden zurückgedrängt von Stimmen, die für Reserve oder gar Ablehnung plädieren.

Die Montanunion muß als eine Realität hingenommen werden, und es sind drei besonders wichtige Probleme zu lösen:

- a) Die Versorgung mit den Produkten des gemeinsamen Marktes, namentlich in Zeiten des Mangels, muß sichergestellt werden. Bekanntlich hat die Hohe Behörde gemäß Art. 58 und 59 des Vertrages über die Errichtung der EGKS gerade für Zeiten des Mangels das Recht, Lenkungsmaßnahmen zu ergreifen.
- b) Die Erzeugnisse des gemeinsamen Marktes sollen der Schweiz möglichst zu den gleichen Preisen zugänglich sein, wie sie auch innerhalb des Gebietes der Montanunion gelten. Die Hohe Behörde hat aber ausdrücklich die Befugnis zur Festsetzung von doppelten Mindest- und Höchstpreisen, innerhalb des Marktes und für Exporte, erhalten.
- c) Da auf dem Gebiet des gemeinsamen Marktes durchgehende degressive Frachttarife auf den

¹⁶) Conseil National, Réponse à l'Interpellation Schaller du 3 octobre 1951, hektographierte Niederschrift, S. 12 ff.

Eisenbahnen eingeführt werden sollen, besteht die Gefahr, daß der für die Schweizer Bahnen lebenswichtige Transit von Deutschland nach Italien über den Mont Cenis umgeleitet wird. Dies gilt es unter allen Umständen zu verhindern. Außerdem darf die Schweizer Rheinschiffahrt nicht benachteiligt werden.

Die Verhandlungsposition gegenüber der Hohen Behörde ist wesentlich ungünstiger als gegenüber den einzelnen Ländern. Als kleiner Staat sieht man sich einer Konzentration wirtschaftlicher Faktoren gegenüber, der man im politischen Spiel des Gebens und Nehmens nicht recht gewachsen ist. Gewiß spielt der stabile Schweizer Markt mit seiner wertvollen Währung und seiner zuverlässigen Kundschaft eine gewisse Rolle. Aber diese Käufersituation muß sich in Zeiten des Mangels empfindlich verschlechtern. Dem gemeinsamen Markt hat man wenig an Gegenlieferungen zu bieten, außer ganz beschränkten Mengen von Erzen und Ausrüstungen und Maschinen für die Industrien der Gemeinschaft. Durch ein Uebereinkommen der Hohen Behörde mit den Mitgliedern des GATT haben diese auf Rechte aus den Meistbegünstigungsklauseln verzichtet, soweit sie sich auf die Präferenzen innerhalb der Montanunion beziehen. Die Schweiz gehört aber nicht dem GATT an. Den auch von ihr geforderten Verzicht auf die Meistbegünstigung will Bern natürlich möglichst teuer verkaufen. Aber dieser Trumpf hat trotz aller Betonung schweizerischerseits auch nur eine beschränkte Funktion.

Die wirtschaftliche Position der Schweiz kommt jedenfalls in Verhandlungen mit den einzelnen Ländern wesentlich wirksamer zum Tragen. Es ist daher natürlich, wenn man in Bern immer wieder darauf gedrängt hat, die angestrebten Lösungen an denjenigen Verhandlungstischen zu erreichen, an denen man sich stärker fühlte. Das geschah in bilateralen Verhandlungen und vor allem in anderen internationalen Gremien, die einen gewissen Einfluß auf die Montanunion ausüben, wie beispielsweise die OEEC. Nichtsdestoweniger hat der Bundesrat im Frühjahr 1953 die Herren Gérard Bauer und Hermann Hauswirth als ständige Delegierte bei der Hohen Behörde akkreditieren lassen.

Inzwischen sind einige Jahre vergangen, seitdem der gemeinsame Markt wirksam geworden ist. Manche beim ersten Besehen des Vertrages ausgesprochene Befürchtung erwies sich inzwischen als gegenstandslos oder nicht so bedeutend. In einer ersten grundsätzlichen Stellungnahme zum Schumanplan im Jahre 1952 sprach Bundesrat *Petitpierre* von der Möglichkeit, „de régler toutes ces questions par un accord général à conclure avec la Haute Autorité“.¹⁷ Optimisten wollten damals eine Möglichkeit herauslesen, daß

die Schweiz gegebenenfalls zu einer Assoziierung bereit wäre. Für die Schweiz besteht allerdings auch kein rechtlicher Hinderungsgrund, in einem regelmäßig zusammentretenden Gremium mit der Hohen Behörde beiderseitige Anliegen zu erörtern und gemeinsame Maßnahmen zu treffen. Daß eine ausdrückliche Assoziierung aber, vom Standpunkt der Neutralitätspolitik aus gesehen, Schwierigkeiten bringen würde, ist möglich und sehr wahrscheinlich. Politisch wäre auch eine solche Lösung abzulehnen; sie würde den neutralen Staat durch eine solche Demonstration belasten, ohne für ihn besonderen Nutzen zu erbringen.

Der Schweizer Diplomat Gérard Bauer hat in Verhandlungen mit der Hohen Behörde eine Lösung gefunden, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen und der außenpolitischen Maxime der Schweiz in befriedigender Weise Rechnung trägt.

Nach dem am 7. Mai 1956 in Luxemburg unterzeichneten Abkommen verpflichtet sich die Hohe Behörde, die Regierung der Schweiz zu konsultieren, bevor sie:

- 1) auf Grund ihrer Befugnisse zur Ergreifung von Maßnahmen bei einer ernsten Mangellage (Art. 59 des Vertrages) ein Zuteilungssystem für das Aufkommen der Gemeinschaft an Kohle, Stahl, Eisen- oder Schrott einführt,
- 2) auf Grund der gleichen Befugnisse Einfuhrbeschränkungen vornimmt, oder
- 3) Mindest- oder Höchstpreise für die Ausfuhr von Kohle oder Stahl der Gemeinschaft festsetzt, für welche die Schweiz ein herkömmlicher Abnehmer ist.

Die Schweiz verpflichtet sich ihrerseits, die Hohe Behörde zu konsultieren, bevor sie irgendwelche Maßnahmen ergreift, von denen der Handel zwischen der Schweiz und der Gemeinschaft betroffen wird. Einem regelmäßig in Bern und Luxemburg zusammentretenden Gemeinsamen Ausschuß, dem zu gleichen Teilen Vertreter des Schweizer Bundesrates und der Hohen Behörde angehören, ist die Durchführung des Abkommens übertragen worden.

Der Vertrag bedeutet mehr als lediglich eine Verpflichtung zur gegenseitigen Konsultation; denn damit hat die Hohe Behörde gleichzeitig anerkannt, daß die Schweiz ein berechtigtes Interesse am gemeinsamen Markt und an einem freien und nicht diskriminierten Warenaustausch hat.

Es bleibt das Transportproblem. Zunächst gilt es, eine Umleitung der wichtigen Transporte zu verhindern. Es ist bekannt, daß die SNCF eine solche Entwicklung vielleicht gern sehen würde, während die Deutsche Bundesbahn dem schweizerischen Anliegen mit größerem Verständnis entgegenkommt. Der Deutschen Bundesbahn wurde 1953 von Schweizer Seite ein Kredit eingeräumt mit der Auflage, davon 140 Millionen sfrs für die Elektrifizierung der Strecke

¹⁷⁾ Ebenda, S. 8.

Karlsruhe—Basel zu verwenden. Ebenso erhielt die SNCF 50 Millionen sfrs und versprach, die für den Transit durch die Schweiz wichtigen Strecken Lothringen—Straßburg—Basel und Dijon—Vallorbe zu elektrifizieren. Ähnliche Zusagen wurden seitens der italienischen Staatsbahnen gemacht, als ihnen im Jahre 1955 ein Kredit über 200 Millionen sfrs von den Schweizer Bundesbahnen bereitgestellt wurde. Eine Ausführung der genannten Projekte dürfte zweifellos dazu beitragen, die „Umfahrung der Schweiz“ weniger interessant zu machen. Gleichzeitig mit den Verhandlungen über ein Konsultativ-Abkommen haben Transportsachverständige der Gemeinschaft und der Schweiz die Einzelheiten von direkten Eisenbahn-

frachten für die Durchfuhr von Kohle und Stahl aus einem Land der Gemeinschaft in ein anderes durch Schweizer Staatsgebiet ausgearbeitet. Das am 28. Juli 1956 in Luxemburg unterzeichnete Tarifabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und der Eidgenossenschaft und den Schweizer Eisenbahnen andererseits brachte die völlige Eingliederung der schweizerischen Eisenbahnstrecken in das System der im Gebiet der Montanunion eingeführten direkten Tarife ohne Frachtenbruch an der Grenze. Insbesondere hat die Schweiz nunmehr Anspruch auf vorherige Konsultation bei etwaigen Tarifänderungen, die nicht im Rahmen einer allgemeinen Tarifrevision erfolgen.

Gegenwärtige und zukünftige Probleme

Außerhalb der Diskussion um die schweizerische Neutralitätspolitik stand die Mitwirkung in den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und damit auch in der Europäischen Wirtschaftskommission mit ihrem Sitz in Genf. Der Bundesrat hat anscheinend gerade in einer Mitarbeit in diesem Gremium eine willkommene Gelegenheit gesehen, auf dem Gebiet der europäischen wirtschaftlichen Beziehungen auch mit den Staaten zusammenzuarbeiten, die nicht an den europäischen Einigungsbestrebungen teilnehmen. Die von der ECE veranstalteten Ost-West-Handelskonferenzen und die anderen Projekte haben immer aufmerksames Interesse in der Schweiz gefunden, wie es auch der Bundesrat bei der Diskussion der Mitwirkung der Eidgenossenschaft in internationalen europäischen Organisationen nie versäumt, die Teilnahme an den Arbeiten in Genf besonders hervorzuheben.

Von besonderer Wichtigkeit für Gegenwart und Zukunft ist für die Schweiz die internationale Zusammenarbeit in der friedlichen Verwendung der Atomenergie. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß mit ausdrücklicher Zustimmung schweizerischerseits die Einrichtung des Europäischen Zentrums für Atomforschung in Genf erfolgte. Die Schweiz wird jedem Plan, im Rahmen der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet weiterzugehen, gern ihre unterstützende Mitwirkung zu sichern.

Nun gilt es aber, zu den europäischen Vorhaben auf diesem Sektor Stellung zu beziehen. Es liegt auf der Hand, daß die Schweiz auch hier eine freie Zusammenarbeit lieber sieht als die Subordination unter eine supranationale Behörde.

So konnte der Bundesrat kürzlich in der Sitzung des Ministerrates der OEEC den Wunsch der Schweiz unterstreichen, lieber im Rahmen dieser Organisation eine Lösung zu finden als in der Euratom-Gemeinschaft. Die Zusammenarbeit durch einen gegensei-

tigen Erfahrungsaustausch, die Förderung des Ausbildungswesens, die Koordination der notwendigen nationalen Gesetzgebungen, die Feststellung von Standard-Normen und die grundsätzliche Liberalisierung des Handels mit Rohmaterialien und Ausrüstungsgegenständen für die Atomindustrie würde der Schweiz großen Nutzen bringen. Das gleiche gilt für die Schaffung gemeinsamer Anlagen, welche die finanziellen und technischen Möglichkeiten eines einzelnen Staates übersteigen. Dies würde auch die Neutralität des Landes nicht besonders tangieren.

Anders steht es mit den Euratom-Plänen. Hier müßte eine schweizerische Teilnahme wohl überlegt und vielleicht in Form einer Sonderregelung gesucht werden, die zu finden erst nach der endgültigen Fertigstellung des Vertragswerkes möglich erscheint. Von entscheidender Bedeutung sind dabei folgende beiden Punkte:

1. Die schweizerische Industrie muß auch in Zukunft konkurrenzfähig gegenüber den anderen europäischen Industrien bleiben, insbesondere der Länder, die Mitglieder der Montanunion und der zukünftigen Euratom-Gemeinschaft sind.
2. Die Belieferung der Schweiz mit Rohstoffen und Ausrüstungen für die Atomindustrie muß gesichert werden.

Bekanntlich wollen die Vereinigten Staaten den Mitgliedern des Euratom durch Lieferungen für den Aufbau und Betrieb der Atomindustrien Unterstützung gewähren. Zunächst dürfte die Schweiz versuchen, in einem bilateralen Abkommen mit Washington Lieferungen in ausreichendem Umfang auch für sich selbst zu erwirken. Die Anfang Juni 1956 geäußerte Erklärung des Präsidenten *Eisenhower*, daß auch neutrale Staaten wohlwollende Unterstützung erhalten sollten, hat sich auch auf diese Verhandlungen ausgewirkt. So kam es am 21. Juni 1956 zur Unterzeichnung eines Atomabkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten. Es sieht neben

dem Austausch von vertraulichen Informationen über die friedliche Verwendung der Atomenergie die Lieferung beachtlicher Mengen von Uranium und Plutonium sowie von Maschinen und Einrichtungen seitens der Vereinigten Staaten vor. Im Interesse der schweizerischen Neutralität verpflichtet sich jedoch die amerikanische Regierung ausdrücklich, schweizerische Informationen und Forschungsergebnisse nicht für militärische Zwecke zu verwenden. Der Vertrag enthält im Gegensatz zu dem kurze Zeit später abgeschlossenen amerikanisch-niederländischen Abkommen keinen Hinweis auf die Euratom-Gemeinschaft, eben weil der Bundesrat offensichtlich eine Verwirklichung der europäischen Zusammenarbeit in der friedlichen Verwendung der Atomenergie im Rahmen der OEEC bevorzugt. Eine „interdepartmentale Verwaltungskommission“ und eine wissenschaftliche Studienkommission sind in Bern mit der ständigen Erörterung aller Atomfragen betraut.

Da für die Schweiz das Transportwesen und die Energieversorgung mit ihrer europäischen Verflechtung eine lebenswichtige Bedeutung haben, wirft eine mögliche Ausdehnung der Befugnisse der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf diese beiden Gebiete für die Schweiz neue und wichtige Fragen auf, für die man mit den europäischen Verhandlungspartnern eine Lösung finden muß, die den wirtschaftlichen und außenpolitischen Notwendigkeiten der Eidgenossenschaft Rechnung trägt.

Ueberhaupt wird die Art und Weise, in der sich die europäischen Staaten gegenüber der Schweiz verhalten werden, geeignet sein darzutun, ob man gewillt ist, die verschiedenen Eigenarten der Länder, der großen wie der kleinen, zu berücksichtigen. Die schweizerische Neutralität ist jedenfalls weder für die Verteidigung noch für die Einigungsbestrebungen des Kontinents ein Hindernis. Das militärische Potential wird am wirksamsten innerhalb der Grenzen des Landes zur Geltung kommen. Ob die Neutralität vom Angreifer beachtet werden wird oder nicht, die Schweizer Armee wird jedenfalls tatkräftig dazu bei-

tragen, daß mit dem „réduit national“ auch ein „réduit européen“ einer Ueberflutung Trotz bietet. Der europäischen Einigung wird es andererseits nicht schaden, wenn sie angesichts der Vielfalt des Kontinents nicht allzu dogmatisch in Angriff genommen und schließlich erreicht wird.

Gewiß, die Neutralität der Schweiz ist mit dem klassischen Spiel des europäischen Gleichgewichts gewachsen, und von der Existenz eines solchen Gleichgewichts kann heute keine Rede mehr sein. Ob es jemals wiederhergestellt, in der Form des Mächtespiels unabhängiger Staaten wiedererstanden wird, ist sehr zweifelhaft. Dies hier festzustellen, heißt gleichzeitig fragen, ob ein Festhalten an der permanenten Neutralität, vom Standpunkt der europäischen Völkergemeinschaft aus betrachtet, überhaupt noch eine Berechtigung hat.

Für das Schweizer Volk ist diese Frage in der Gegenwart indessen völlig undiskutabel. Sein ausgeprägtes Staatsbewußtsein sieht in der Neutralität die historische politische Aufgabe des Landes und eine politische Maxime, deren konsequente Befolgung wie nur selten in der Geschichte eines Volkes dauernde beachtliche Erfolge erzielt hat. Solange die europäische Einigung nicht wesentlich weiter fortschreitet, sollte auch außerhalb der Schweiz die besondere Situation dieses Landes respektiert werden. Sie liegt einmal in seinem Status der immerwährenden Neutralität und zum anderen in der im Laufe der Geschichte gewonnenen Erfahrung sowie in der in dieser Zeit gewachsenen inneren Struktur der Eidgenossenschaft, die sie immer zu einem entschiedenen Verfechter des Kampfes gegen nivellierenden Zentralismus machen wird. Dabei wird für das Schweizer Volk nichtsdestoweniger das Wort seines Außenministers Max Petitpierre gelten¹⁸:

„Die Schweiz ist ein Teil Europas. Darum ist die Zukunft Europas auch diejenige der Schweiz.“

¹⁸) Antwort des Bundesrates auf die Interpellation Borel in der Frühjahrsession des Nationalrates, 1955 abgedruckt in Europa-Archiv 11—12/1955, S. 7911.

Die sowjetische Elektrizitätsversorgung

Von Dipl.-Ing. Leonhard Müller

Im Laufe der letzten Jahrzehnte ist die Sowjetunion zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt emporgestiegen. An diesem Aufschwung der sowjetischen Volkswirtschaft hatte die Elektrizitätswirtschaft einen entscheidenden Anteil. Ihre Erzeugungsziffern an elektrischer Energie haben sich seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verdreifacht. Es war damit möglich, für die fortschreitende Industrialisierung und Mechanisierung eine genügende Menge an Kraftstrom bereitzustellen.

Schon frühzeitig maß man der elektrischen Energiewirtschaft eine große Bedeutung für die Industrialisierung des bis zur kommunistischen Revolution fast rein landwirtschaftlich orientierten Rußland bei. *Lenin* war es, der den Bau von Kraftwerken energisch voranzutreiben wußte, ihm sogar eine dogmatische Bedeutung zukommen ließ. Auf dem 8. Allrussischen Sowjetkongreß im Dezember 1920 sagte er: „Kommunismus, das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes¹.“ Erläuternd fügte er hinzu: „Erst dann, wenn das Land elektrifiziert sein wird . . ., erst dann wird der Sieg endgültig unser sein.“ Er stellte die Elektrifizierung auf einen besonders wichtigen Platz, indem er den damals aufgestellten Plan der Elektrifizierung des Landes, den GOELRO-Plan (Gossudarstwennaja Elektrifikacija Rossij = Staatliche Elektrifizierung Rußlands), das „zweite Parteiprogramm“ nannte.

Vielleicht wird man diesen Äußerungen, wenn man sie hier liest, keine große Bedeutung beimessen wollen. Für kommunistische Planer sind sie aber ebenso wichtig wie wirtschaftliche und technische Erwägungen. Immer wieder findet man in Aufsätzen, die über Neubauten und Planungen berichten, diese Worte als Richtschnur des Handelns.

Im folgenden wird ein Ueberblick über die elektrische Energie-Erzeugung und -Verteilung und über die damit zusammenhängenden Probleme gegeben. Als Vergleich dazu werden die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten und Westeuropa angeführt.

Die Elektrizitätserzeugung

Die für die Erzeugung elektrischer Energie notwendigen Rohstoffe sind in der Sowjetunion in sehr reichem Maße vorhanden. Es handelt sich dabei in erster Linie um Kohle, Erdöl, Torf und Wasserkraft

und in zweiter Linie um Erdgas, Holz, Oelschiefer und Windkraft. In naher Zukunft soll auch die Kernenergie zur Stromerzeugung herangezogen werden.

Nach sowjetischen Angaben auf dem Internationalen Geologen-Kongreß 1937 in Moskau betragen die gesamten Kohlenvorräte der Sowjetunion 1650 Milliarden Tonnen, hiervon 1450 Milliarden Tonnen Steinkohle und 200 Milliarden Tonnen Braunkohle. Sie umfassen damit rund 20 vH der Weltvorräte. Neueste Schätzungen rechnen mit abbauwürdigen Kohlen von etwa 450 Milliarden Tonnen. Sie verteilen sich hauptsächlich auf die Gebiete am Donez, an der Petschora, bei Kusnezsk, Karaganda, Irkutsk und im Moskauer Braunkohlenrevier. Die Torfvorräte werden auf etwa 145 Milliarden Tonnen, das sind über 50 vH der Weltvorkommen, beziffert. Die entsprechenden Vorratzsiffern für Erdöl und Erdgas liegen bei 1,4 Milliarden Tonnen beziehungsweise 985 Milliarden Kubikmeter. Die Schätzungen der Wasserkraftreserven der Sowjetunion schwanken; der Anteil, dessen Ausnutzung lohnend erscheint, dürfte auf rund 280 Millionen kW zu veranschlagen sein. Diese Zahl entspricht 36 vH der Weltreserven. Im Vergleich dazu beträgt das Wasserkraftpotential der Vereinigten Staaten rund 82 Millionen kW. Die Verteilung dieser Rohstoffe ist in der Sowjetunion jedoch zum Teil recht ungünstig. Meist finden sie sich in bisher wirtschaftlich unentwickelten und abseits gelegenen Gebieten. Neun Zehntel der Wasserkraftreserven entfallen beispielsweise auf den asiatischen Teil der Union. Dies hat zur Folge, daß die Energierohstoffe erst zu einem kleinen Teil nutzbar gemacht worden sind.

Die für eine Kernenergiegewinnung notwendigen Rohstofflagerstätten an Uran und Thorium finden sich im Fergana-Becken in Zentralasien, in Turkmenistan, am Baikalsee, im Donezgebiet und in der Karelo-Finnischen SSR. Ihre Ergiebigkeit wird im Vergleich zu den Lagern in Kanada und Belgisch-Kongo als gering angesehen. Die sowjetische Uranproduktion wird jedoch verstärkt durch die gleichzeitige Ausbeutung der Pechblendelager beiderseits des Erzgebirges.

Diese Rohstoffreserven bilden eine sichere Grundlage für den weiteren Ausbau der sowjetischen Elektrizitätswirtschaft.

Die Erzeugung elektrischer Energie ist seit der kommunistischen Revolution in sehr starkem Maße angestiegen. Damals stand die Sowjetunion unter den Elektrizitätserzeugern der Welt an 15. Stelle; heute nimmt sie den zweiten Platz hinter den Vereinigten Staaten ein. Einen Ueberblick vermittelt Abbildung 1.

Während der Zarenzeit spielte die Elektrizität eine untergeordnete Rolle. Der Ausbau von Kraftwerken war vor allem privater Initiative überlassen. Lediglich St. Petersburg, Moskau und Baku besaßen eine öffentliche Versorgung. Industrie-eigene Kraftwerke fanden sich vereinzelt im Donezbecken. Die Grundlage für einen staatlich gelenkten und subventionierten Kraftwerksbau legte 1920 der schon erwähnte GOELRO-Plan, der den Bau von 30 Großkraftwerken mit zusammen 1750 MW² forderte. Dieser Plan, der im Jahre 1931 erfüllt war, wurde abgelöst von den sowjetischen Fünfjahrplänen, deren erster bereits am 1. Oktober 1928 begonnen hatte. Ihr wichtigster Programmpunkt war, in Anlehnung an die Devise Lenins, jeweils der energische weitere Ausbau der Elektrizitätswirtschaft. Ein Blick auf Abbildung 1 zeigt, daß bis zum Ausbruch des Krieges die Erzeugungsziffern sehr stark anstiegen. In einem Zeitraum von drei bis vier Jahren verdoppelte sich die Produktion elektrischer Energie. Die führenden Industrieländer, abgesehen von den Vereinigten Staaten und Deutschland, wurden in der Mitte der dreißiger Jahre überflügelt.

Nach dem Kriege konnte diese Entwicklung erst fortgesetzt werden, nachdem die beträchtlichen Schäden behoben waren: rund die Hälfte der Kraftwerksleistung war ausgefallen. Der weitere stetige Anstieg führte zu einer Verdoppelung der Erzeugung innerhalb von sechs Jahren. Wie Abbildung 1 zeigt, entspricht der Anstieg etwa dem der Elektrizitätserzeugung Deutschlands. (Verlaufen die Kurven in Abbildung 1 geradlinig, so bedeutet das in der logarithmischen Darstellung, daß die jährliche prozentuale Erweiterung der Elektrizitätsproduktion gleichbleibt.) Die nur kurz angedeuteten Erzeugungsziffern der Ostblockstaaten einschließlich Sowjetunion und Sowjetzone Deutschlands sowie der OEEC-Staaten dienen zum Vergleich der Wirtschaftsmacht der beiden europäischen Blöcke.

Die in den Kraftwerken der Sowjetunion installierten elektrischen Leistungen³ sind in Abbildung 2 wiedergegeben. Es zeigt sich deutlich ein starker Anstieg um die Wende der dreißiger Jahre, als der bereits erwähnte GOELRO-Plan in der Endphase seiner Verwirklichung stand und u. a. das Wasserkraftwerk Dnjeprstroj⁴ bei Saporoschje, das bis heute größte Wasserkraftwerk Europas mit einer installierten Leistung von 550 MW (heute 648 MW), in Betrieb genommen wurde. Die Entwicklung nach dem Kriege war neben der Instandsetzung zerstörter

Anlagen gekennzeichnet von einem Kraftwerksbau auf breitester Basis, um der sich ausweitenden Industrie eine mengenmäßig genügende, technisch einwandfreie und sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Neben dem Bau kleiner und mittlerer Wasserkraftwerke und der Erweiterung bestehender thermischer Großkraftanlagen ging man insbesondere daran, große Wasserkraftwerke an Wolga, Don, Swir, Kura und anderen Strömen in Angriff zu nehmen. Der erste Nachkriegsfünfjahrplan (1946—1950) wurde nach sowjetischen Meldungen auf dem Elektroenergiesektor voll erfüllt⁵. Demontagen und laufende Reparationen aus Deutschland haben gewiß ihren Teil zur Einhaltung des Planes beitragen müssen.

Im Laufe des folgenden Fünfjahrplanes (1951 bis 1955) sollte die installierte Leistung der Kraftwerke von 25 Millionen kW im Jahre 1951 verdoppelt werden, bei den Wasserkraftwerken vor allem durch Neubauten und bei den Dampfkraftwerken vorwiegend durch Ausbau der vorhandenen Anlagen. Es entstanden unter anderen die Wasserkraftwerke Zimljanskaja am unteren Don mit einer Kapazität von 164 MW, Gjumusch-GES⁶ am oberen Sanga in Transkaukasien mit 224 MW, Werchne-Swirskaia am Swir mit 160 MW, Mingetschaur an der Kura mit 357 MW und die erste Baufolge des Molotowskaja-GES an der Kama mit 126 MW (Endausbau 500 MW). Im gleichen Zeitraum wurden auch große Wasserkraftwerke in Betrieb genommen, so unter anderen das Dampfkraftwerk in Mironowskaja mit einer Leistungsfähigkeit von 400 MW, in Slawjansk (Donez) mit 200 MW, im Süd-Kusbass mit 400 MW und die erste Baufolge des Kraftwerkes in Tscherepetj mit 300 MW (Endausbau 600 MW)^{7,8}.

Darüber hinaus sollten bis Ende 1955 einige Großprojekte verwirklicht werden. Die Fertigstellung der Werke von Kuibyschew an der Wolga, Gorodez bei Gorkij und Kachowka am Dnjepr hat sich jedoch verzögert, so daß erst im Laufe dieses Jahres mit der Inbetriebnahme zu rechnen ist. Es ist demnach unwahrscheinlich, daß der Plan, Ende 1955 eine Gesamtinstallation von 50 Millionen kW zu erreichen, erfüllt wurde. Aus Planzahlen für den neuen Fünfjahrplan⁹ errechnet sich für 1955 eine gesamtinstallierte Leistung von rund 35 bis 40 Millionen kW, wobei die Belastungsspitze³ auf rund 30 Millionen kW¹⁰ veranschlagt werden kann.

Der 6. Fünfjahrplan (1956—1960) sieht eine Steigerung der Produktion auf 320 Milliarden kWh im Jahre 1960 vor. Die Gesamtleistung der Kraftwerke soll auf rund das 2,3fache von 1955 gebracht werden, bei den Dampfkraftwerken auf das 2,2fache und bei den Wasserkraftwerken auf das 2,7fache. Dazu ist eine Reihe großer Wasserkraftanlagen an Wolga, Kama, Dnjepr, Angara und Ob fertigzustellen und in Betrieb zu nehmen.

Abbildung 1: Die Gesamterzeugung elektrischer Energie in der Sowjetunion
im Vergleich mit einigen anderen Ländern und der Welt (in Milliarden kWh)

Die Erzeugungsziffern nach 1945 für Deutschland in den Grenzen von 1937 sind für einige Gebiete (West-Berlin, Saar-
gebiet, deutsche Ostgebiete unter polnischer und sowjetischer Verwaltung) zum Teil geschätzt.

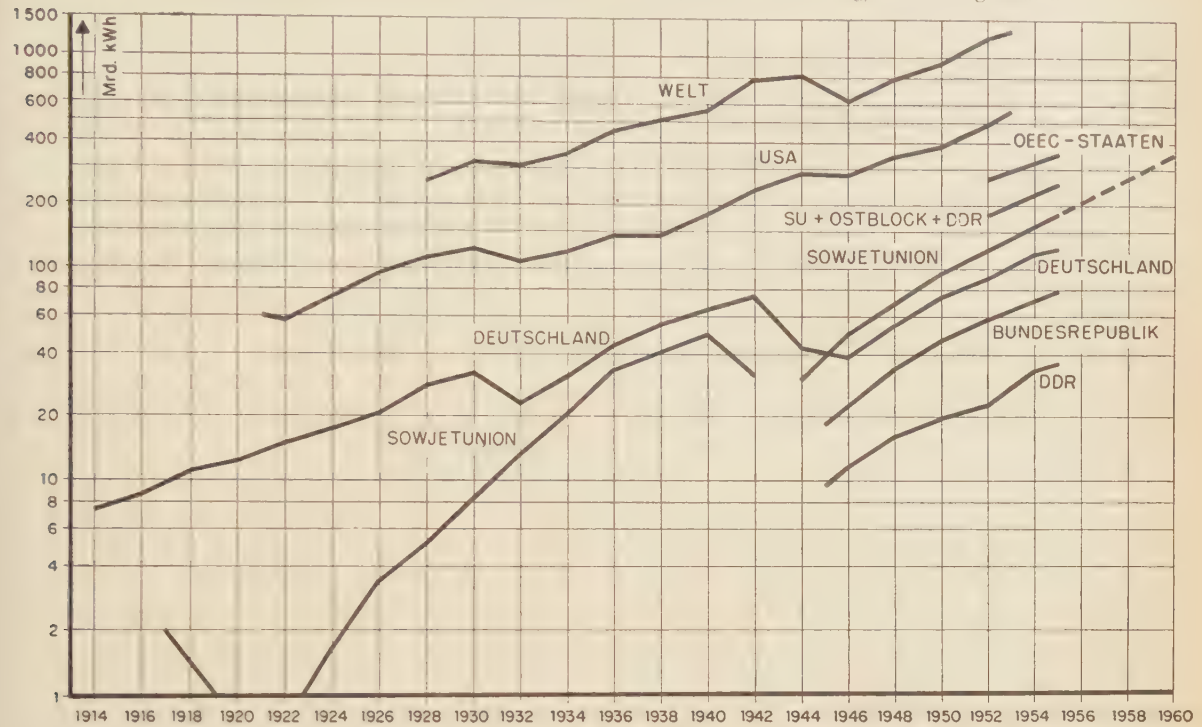
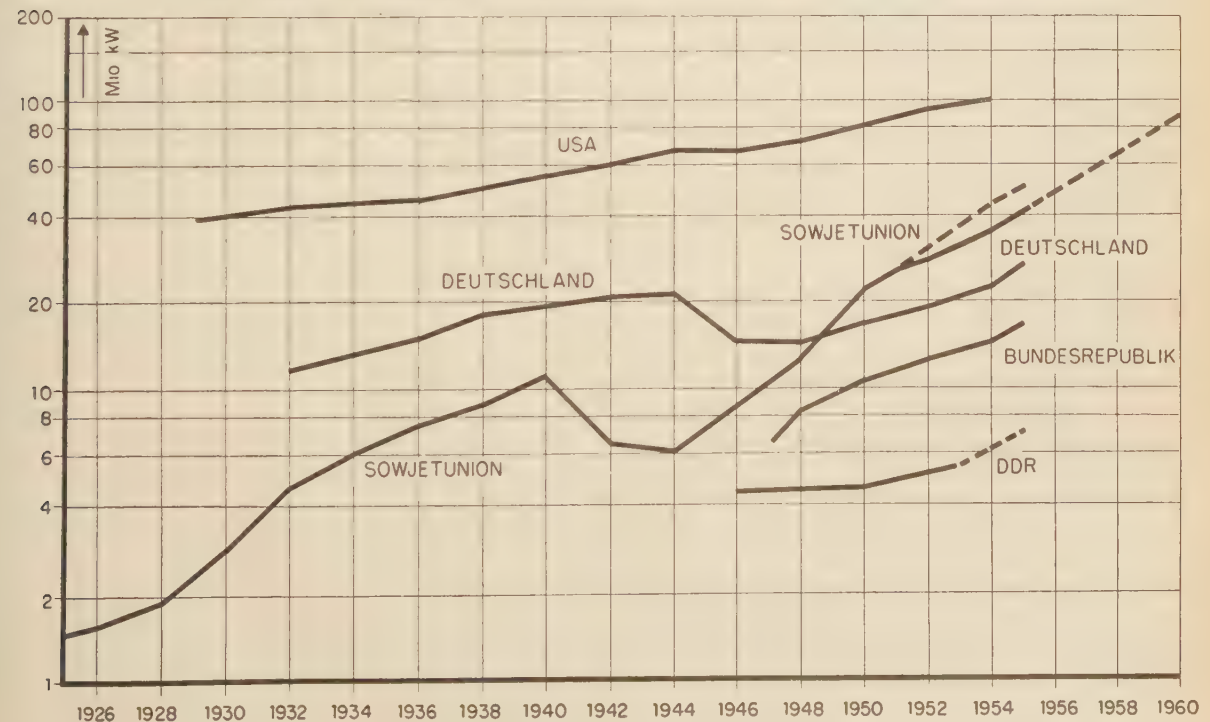


Abbildung 2: Die gesamte installierte Leistung der sowjetischen Kraftwerke

Im Vergleich mit Deutschland, den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik u. der Sowjetzone (in Millionen kW)

Die Ziffern für Deutschland nach 1945 sind wie in Abbildung 1 zum Teil geschätzt.



Der Einsatz der verschiedenen Energierohstoffe in der Elektrizitätswirtschaft¹¹ hat sich im Laufe der Zeit grundlegend verändert. Vor 1914 wurden nur hochwertige Brennstoffe, nämlich Erdöl, Donezkohle und englische Importkohle (in St. Petersburg) verwendet. Rund 60 vH der Energie wurden durch Erdöl erzeugt. Jetzt werden vielfach Brennstoffe minderer Qualität verwendet, nachdem man deren Verwertung gelernt hat. Sehr stark in den Vordergrund getreten ist dabei der Torf, der in sehr ergiebigen Lagern im europäischen und asiatischen Teil der Sowjetunion ansteht. Besonders erwähnenswert sind hierbei die Torflager um Kalinin—Jaroslawl—Iwanowo—Gorkij und bei Leningrad, die zwar nur 11,5 vH der Gesamtvorräte umfassen, aber den größten Teil der russischen Torfgewinnung, nämlich rund 80 vH, liefern (1939 rund 20 Millionen Tonnen). Dort sind an Großkraftwerken unter anderen zu nennen: Balachna bei Gorkij (204 MW, damit das größte Torfkraftwerk der Welt), Schatura bei Moskau (180 MW) und im Leningrader Bezirk Dubrowka (200 MW) sowie das Utkin-Werk (200 MW)¹². Rund 7 vH (1937; 18,5 vH) der gesamten Elektrizitätserzeugung der Sowjetunion beruht auf Torfbasis. Aber auch die Nutzung der Wasserkraft ist in beachtlichem Maße in die Energiewirtschaft eingeschaltet. Ueber 15 vH der gesamten Erzeugung entfällt auf hydraulische Werke. Sie lieferten 1950 mehr als 15 Milliarden kWh, d. h. rund das Doppelte der Wasserkrafterzeugung der Bundesrepublik. Im Jahre 1960 sollen 59 Milliarden kWh erreicht werden, d. h. ungefähr die Hälfte der augenblicklichen Wasserkrafterzeugung der Vereinigten Staaten.

Die erzeugte elektrische Energie steht hauptsächlich der Industrie zur Verfügung. Im Jahre 1950 entfielen 71,7 vH auf die Industrie, 15,2 vH auf privaten und kommunalen Verbrauch und 13,1 vH auf Eigenverbrauch der Kraftwerke und Verluste. Etwa 20 vH der gesamten Energie verbrauchten allein die stromintensiven metallurgischen Betriebe zur Aluminium-, Kupfer- und Magnesium-Elektrolyse und -Schmelze. Als Großverbraucher sind in letzter Zeit auch die elektrischen Bahnen stark in den Vordergrund gerückt. Ihr Energieverbrauch wurde für das Jahr 1950 auf 6 bis 7 Milliarden kWh veranschlagt. Daran haben die Strecken Kusnezsk—Tscheljabinsk—Ufa und Karaganda—Kartaly (Ural) einen besonderen Anteil. Diese beiden Strecken stellen die einzige Transportverbindung zwischen den Kohlenrevieren des Kusnezker und Karaganda-Beckens mit den Eisenerzgruben um Magnitogorsk im südlichen Ural dar. Die Entwicklung dieses Schwerindustriekomplexes wird durch den teuren Eisenbahntransport stark belastet. Die Verhältnisse liegen bei weitem nicht so günstig wie an der Ruhr oder an den amerikanischen Binnenseen.

Die Verteilung der Elektroenergie

In der Sowjetunion gibt es kein zusammenhängendes Verbundsystem, das mit einem dichten Netz elektrischer Uebertragungsleitungen alle Gebiete des Landes gleichmäßig mit elektrischer Energie versorgen könnte. Insgesamt existieren ungefähr 50 unabhängige Verbundsysteme neben einer Vielzahl von kleinen Erzeugungsanlagen zur Versorgung der Landwirtschaft. Nur die Netze der großen Industriegebiete sind zusammengefaßt. Die bedeutendsten sind die Energiebezirke von Moskau—Gorkij, Dnjepr—Donez, Leningrad, Ural, Kaukasus und Kusbass (vgl. Abbildungen 3 und 4). Diese sechs großen Netze führten vor dem Kriege rund 80 vH der gesamten elektrischen Energie.

Der bisher größte und leistungsfähigste Energiebezirk der Sowjetunion ist das zentrale Industriegebiet um Moskau—Gorkij. Er ist gleichzeitig der Bezirk mit dem am besten ausgebildeten Verbundnetz. Sein Anteil an der gesamten installierten Leistung betrug 1939 28 vH und dürfte jetzt zwischen 20 und 25 vH liegen. Daraus ist zu ersehen, daß auch heute noch ein beträchtlicher Teil der Industrie in diesem Gebiet zusammengefaßt ist. Die Erzeugung beruht hauptsächlich auf Torf und Moskau-Kohle. Daneben finden in neuester Zeit in zunehmendem Maße Wasserkraft und zur Ergänzung der einheimischen Rohstoffe Donezkohle und Oel — besonders in städtischen Kraftzentralen von Moskau und Gorkij — Verwendung. Gerade in letzter Zeit mußte die Zufuhr der genannten hochwertigen Rohstoffe erhöht werden, da die Gewinnung von Torf aus den Lagern Jaroslawl—Iwanowo—Gorkij und von Karbon-Braunkohle südlich Moskau mit dem steigenden Bedarf nicht mehr Schritt halten konnte. Erst nach der Inbetriebnahme der im Bau befindlichen Wasserkraftwerke an der Wolga ist mit einer fühlbaren Entlastung der Rohstoffzufuhren aus Südrußland und damit einer Behebung des Energiemangels im Moskau-Gorkij-Gebiet, besonders um Iwanowo und Jaroslawl, zu rechnen.

Seit der Mitte der dreißiger Jahre wird ein Plan verwirklicht, der den bisher größten Eingriff in die Natur darstellt, nämlich die Regulierung der Wolga¹³. Dieser Plan sieht die Errichtung von Staustufen vor, welche die Wolga zu riesigen Seen aufstauen und damit in die „Wolga-Meere“ umwandeln sollen. Die drei obersten Staustufen wurden bereits vor dem Kriege begonnen und zum großen Teil fertiggestellt. Es sind dies die Anlagen von Iwankowo (30 MW), Uglitsch (110 MW) und Rybinsk (330 MW). Die Fläche des Stausees von Rybinsk erreicht mit 4750 Quadratkilometern die neunfache Größe des Bodensees. Die erzeugte elektrische Energie wird dem Verbundsystem von Moskau—Gorkij zugeleitet. Am Mittellauf ober- und unterhalb von Gorkij entstehen die Anlagen von Gorodez (400 MW) und Tscheboksary

(800 MW), die mit Hochspannungsleitungen nach Gorkij einspeisen und der dortigen Industrie einen weiteren Aufschwung geben werden. In Tscheboksary soll nach Fertigstellung des Kraftwerkes die Fabrik für Traktorenersatzteile erweitert und mit einer Spezialgießerei versehen werden⁹.

Am Unterlauf der Wolga sind zwei weitere Großkraftwerke bei Kuibyschew und Stalingrad im Bau, deren Ausbauleistungen 2100 MW beziehungsweise 2310 MW betragen werden. Die Anlage von Kuibyschew sollte bereits im letzten Jahre fertiggestellt sein; es ist jedoch erst im Laufe dieses Jahres mit einer Inbetriebnahme zu rechnen. Die Stauanlage von Stalingrad soll 1958 ihren Betrieb aufnehmen. Diese beiden Kraftwerke werden über zwei Höchstspannungsdoppelleitungen mit einer Betriebsspannung von 400 kV¹⁴ und einer Uebertragungsleistung von je 1200 MW die Hälfte ihrer Erzeugung, nämlich zusammen rund 10 Milliarden kWh im Jahr, in das Moskauer Gebiet liefern. Diese Zahl von 10 Milliarden kWh im Jahr entspricht etwa der Jahreserzeugung von Österreich bzw. der Niederlande. Südöstlich von Moskau und bei Noginsk sind zwei Umspannwerke im Bau, in welche die beiden je rund 900 km langen Fernleitungen einmünden werden.

Vor einem ähnlichen Problem der Fernübertragung großer Leistungen aus wasserreichen, aber industrie-armen Gebieten in die wirtschaftlichen Hauptzentren stand Schweden. Im Jahre 1952 wurde zu diesem Zweck eine Hochspannungsleitung mit einer Betriebsspannung von 380 kV von den Wasserkraftwerken am Luleälv (Harsprånget, Porjus u. a.) nach Mittelschweden (Hallsberg) mit einer Länge von 954 km in Betrieb genommen¹⁵. Weitere Verbindungsleitungen mit 380 kV sind in der Folge errichtet worden beziehungsweise noch im Bau, so daß Schweden bald von einem Netz derartiger Uebertragungsleitungen überzogen sein wird, das sich bis nach Helsingborg im Süden erstreckt.

Die Aufgaben der Energieübertragung in den Vereinigten Staaten liegen anders; darum sind dort keine Leitungen mit höchsten Spannungen zu finden. Die Energierohstoffe sind in den Vereinigten Staaten über das ganze Land verteilt — Kohlevorkommen befinden sich in der Hälfte aller Staaten —, so daß für den größten Teil der Dampfkraftenergie keine Uebertragungen über größere Entfernungen nötig sind. Nur in Fällen, wo Wasserkraftenergie in großen Mengen anfällt, werden die Uebertragungsentfernungen größer und damit die Uebertragungsspannungen höher¹⁶. Oft geht man hier aber den umgekehrten Weg: man zieht stromintensive Industrien an den Ort der Wasserkraft zusammen¹⁷, so daß kaum größere Leitungslängen als 400 km notwendig sind. Die höchsten in den Vereinigten Staaten verwendeten Spannungen betragen bei der Uebertragung vom Boulder Dam nach Los Angeles

287 kV und bei der American Gas and Electric Co. 300/330 kV.

Das Dnjepr-Donetz-Verbundsystem zur Versorgung der wichtigsten Kohlen- und Hüttenbasis der Sowjetunion umfaßt schätzungsweise 20 bis 25 vH der gesamten installierten Leistung. In der Erzeugung, die 1940 rund ein Drittel der Gesamterzeugung ausmachte, steht es auch heute noch an erster Stelle. Es umfaßt neben dem Wasserkraftwerk Dnjeprostroj bei Saporoschje (648 MW) die meist auf Steinkohlen- bzw. Steinkohlenabfallbasis stehenden Dampfkraftwerke von Kriwoj Rog bis Nowo-Schachtinsk. Seit einigen Jahren arbeitet auch das Wasserkraftwerk Zimljanskaja am Don (164 MW) im Verbund mit dem Dnjepr-Donetz-Netz. Im Laufe dieses Jahres wird auch das Wasserkraftwerk Kachowka am unteren Dnjepr (312 MW) seinen Betrieb aufnehmen. Am mittleren Dnjepr sollen weitere Wasserkraftanlagen bei Kanew, Kremenschug und Dnjeprodshinsk folgen. Eine zusätzliche Verstärkung wird das Donezsystem durch den für die nächsten Jahre geplanten Anschluß des Wasserkraftwerkes Stalingrad mit Hochspannungsgleichstrom (vergl. weiter unten) erfahren.

Die im Ural zu einem gemeinsamen Netz vereinigten Kraftwerke erreichen schätzungsweise zusammen rund 15 vH der sowjetischen Gesamtkapazität. Der Energiebezirk, der mit einer Ausdehnung von über 1200 km den ganzen industrialisierten Ural von Solikamsk bis Orsk umfaßt, ist nicht nur der ausgedehnteste, sondern auch der energetisch am schwächsten ausgebaute. In der Hauptsache arbeiten hier mittelgroße Kohlenkraftwerke, oft mehrere an einem Ort. Der Brennstoffbedarf wird hauptsächlich durch die Steinkohlengruben von Kisel und Jegorschino bei Swerdlowsk und die Braunkohlengruben von Tscheljabinsk gedeckt. Alle diese Lager reichen jedoch für das Ural-Verbundsystem nicht aus, so daß aus Kuraganda Kohlen nach Magnitogorsk importiert werden müssen. Torf wird bisher nur wenig benutzt, obwohl im mittleren Teil des Ural einige Lagerstätten vorhanden sind. Das Netz verfügt ebenfalls über keine nennenswerten Wasserkraftwerke. An der Kama sind im Augenblick bei Molotow und Wotkinsk zwei Wasserkraftanlagen im Bau, deren Ausbauleistungen je rund 500 MW betragen werden. Die ersten sechs Generatoren im Werk Molotow mit zusammen 126 MW sind bereits in Betrieb.

Das Verbundnetz von Leningrad ist einfacher aufgebaut, da es sich nur auf die Stadt selbst und die nähere Umgebung konzentriert. Schätzungsweise 5 vH der Gesamtleistung der Sowjetunion sind hier zusammengefaßt. In und um Leningrad arbeitet eine Reihe von Kraftwerken auf Torf- und Kohlenbasis. Die verwendeten Kohlen, die vor 1914 aus England geliefert wurden, werden heute auf einem sehr umständlichen Wege aus dem Donezgebiet herantrans-

Abbildung 3: Hauptkraftwerke und Hochspannungsverbindungsleitungen im europäischen Teil der Sowjetunion

Der geschätzte Prozentsatz der installierten Leistung der Energiebezirke im Vergleich zur gesamten installierten Leistung der sowjetischen Kraftwerke ist durch Kreissegmente dargestellt.

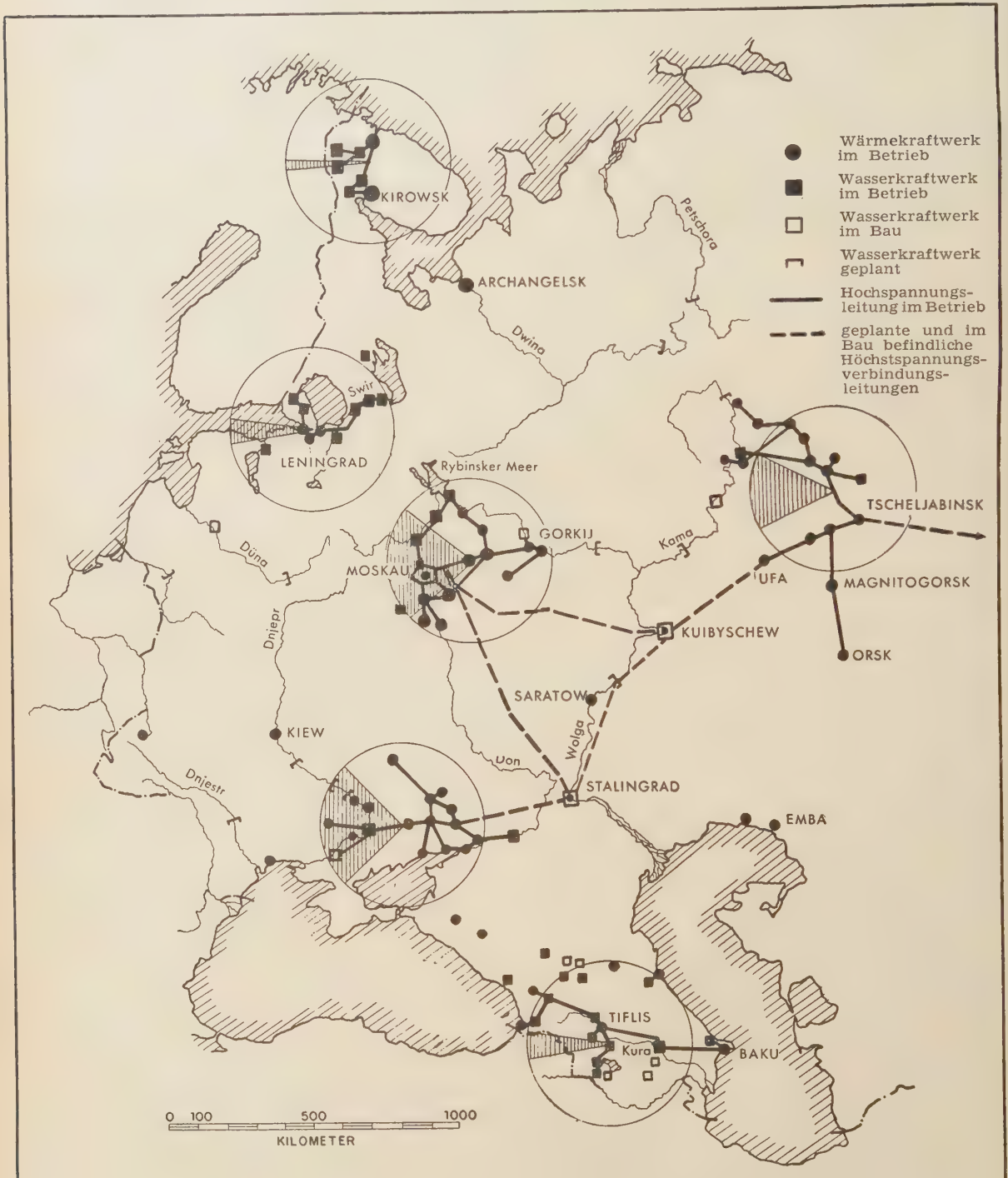
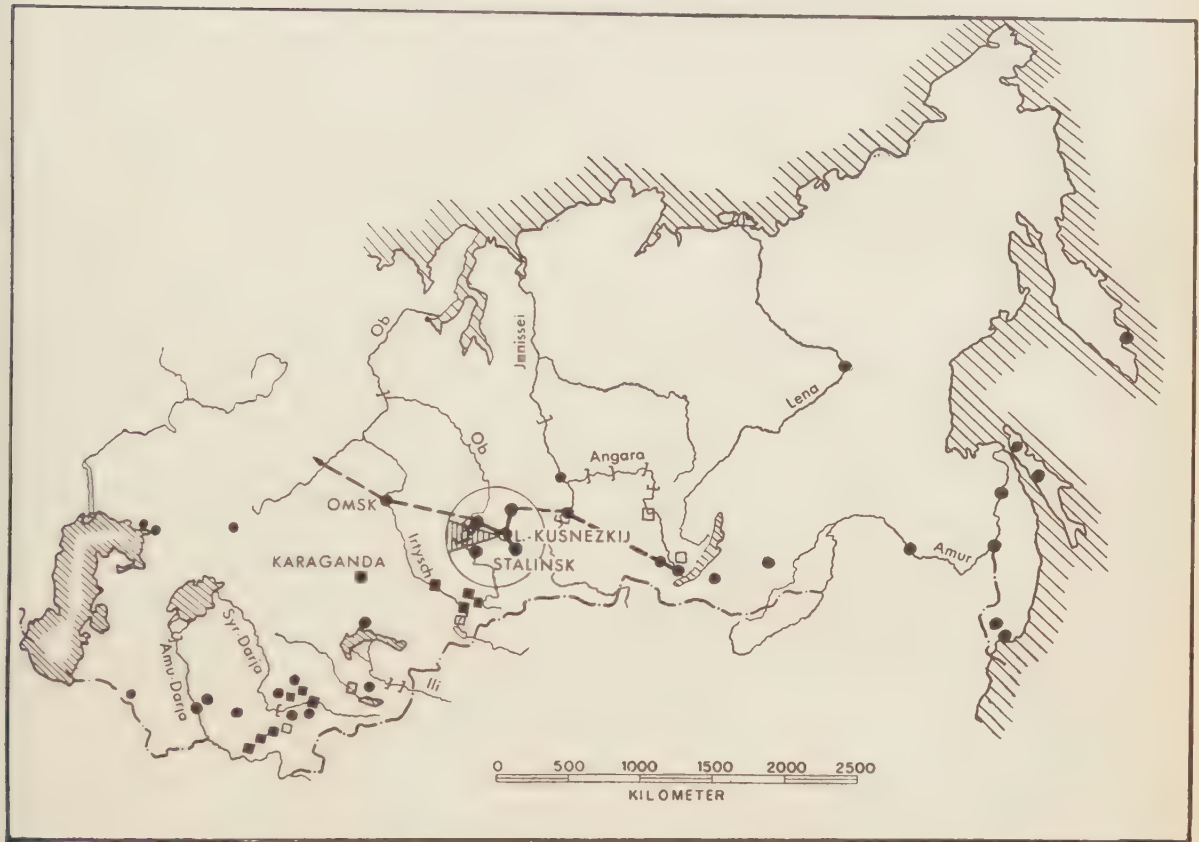


Abbildung 4: Hauptkraftwerke und Hochspannungsverbindungsleitungen im asiatischen Teil der Sowjetunion

Zeichenerklärungen wie in Abbildung 3.



portiert. Eine Beschränkung dieser Zufuhren soll in Zukunft dadurch erfolgen, daß die Braunkohlenlager von Selisharowo bei Kalinin aufgeschlossen und zur Nutzung herangezogen werden. In der weiteren Umgebung von Leningrad finden sich in Karelien, am Wolchow und Swir einige große Wasserkraftwerke mit zusammen rund 700 MW Leistung.

Das Kaukasus-Energiesystem mit insgesamt ebenfalls rund 5 vH der gesamten installierten Leistung besteht hauptsächlich aus Wasserkraftwerken; nur einige Städte (Batum, Tiflis, Baku u. a.) besitzen Dampfkraftwerke mit Oel- und Kohlenfeuerung. Dieses Verbundsystem ist relativ gut elektrifiziert. Seit der Fertigstellung seines größten Wasserkraftwerkes bei Mingetschaur an der Kura (357 MW) wird das ganze Gebiet von Batum bis Baku durch Hochvoltleitungen verbunden. In dem kohlenarmen Armenien ist eine leistungsfähige Wasserkraftwerkskaskade an dem wasserreichen Sanga, dem mit starkem Ge-

fälle ausgestatteten Abfluß des Sewansees, im Bau. Diese Kraftwerke sollen zusammen eine Kapazität von 500 MW erhalten. Bisher fertiggestellt sind die Gjumsch-GES (224 MW) und das kleine Kanakerwerk bei Eriwan.

Der kleine Energiebezirk der Halbinsel Kola stützt sich auf eine Reihe von Wasserkraftwerken bei Murmansk und an der Niwa und auf das Dampfkraftwerk in Kirowsk. Er besitzt insgesamt etwa 500 MW Leistung und versorgt die Kupfer-Nickel-Gruben von Montschegorsk, die Industrien in Murmansk und Kirowsk sowie zahlreiche Papier- und Zellulosefabriken. Die elektrifizierte Murmanbahn (Murmansk—Kem) bezieht ebenfalls ihren Strom aus diesem Netz.

Im asiatischen Teil der Union sind nur im Schwerindustriekombinat Kusnezsk die Kraftzentralen in Kemerowo, Nowo-Sibirsk, Leninsk-Kusnezki und Stalinsk miteinander verbunden. In den ausschließ-

lich mit Steinkohle betriebenen Kraftanlagen sind schätzungsweise etwa 10 vH der gesamten sowjetischen Kapazität installiert.

Neben eigenständigen Städtetzen in den Industrieorten Karaganda, Omsk, Alma-Ata und anderen findet sich im südlichen Turkestan eine Häufung mittelgroßer Elektrizitätswerke, meist auf Wasserkraftbasis, deren Zusammenschluß im Laufe der Zeit erfolgen wird. Besonders zu nennen ist hier das Farchadkraftwerk am oberen Syr-Darja, das mit einer Endausbauleistung von mindestens 750 MW eines der größten Werke der Union werden wird. Seit 1948 ist es teilweise in Betrieb; es versorgt die Industrie des Taschkentgebietes und dient der Bewässerung.

An der Angara hat man seit einiger Zeit mit dem Bau von zwei Wasserkraftanlagen begonnen, die den Grundstein zu einem großangelegten Plan der Nutzbarmachung der wasserreichen und durch den Baikalsee gut regulierten Angara legen. Insgesamt sind zwölf Staufufen mit einer Gesamtleistung von 12 Millionen kW und einer jährlichen Gesamterzeugung von 61 Milliarden kWh vorgesehen. Die im Bau befindlichen Anlagen von Irkutsk und Bratsk werden eine installierte Leistung von 660 MW beziehungsweise 3200 MW erhalten können. Es ist geplant, diese Gegend in ein Industriekombinat großen Ausmaßes zu verwandeln, da hier viele und reichhaltige Bodenschätze vorhanden sind, deren Abbaubedingungen als günstig geschildert werden¹⁸.

Versorgung der Landwirtschaft

Seit der Revolution zählt die Elektromechanisierung der Landwirtschaft zu den Hauptprogrammpunkten des sowjetischen Systems. Da sich infolge der Weite des Landes eine baldige Versorgung durch die Großkraftwerke mit einem Netz von Mittelspannungsleitungen nicht verwirklichen läßt, ist man seit 1945 in verstärktem Maße dazu übergegangen, dorfeigene Klein- und Kleinstkraftwerke zu bauen. Als Energiebasis dienen in erster Linie Wasserkraft und Brennstoffe aus örtlichen Quellen (Torf, Kohle), aber auch Windkraft. Im Jahre 1940 bestanden über 10 000 ländliche Kleinkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 275 MW¹⁹, die damals u. a. 9500 Kolchosen und rund 2500 Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) versorgten. Der Stromverbrauch der Landwirtschaft lag 1940 bei 450 Millionen kWh. Die Zahl der Kleinkraftwerke ist bis heute beträchtlich erhöht worden. Im Jahre 1945 wurden 601 kleine Wasserkraftwerke und 901 kleine Dampfkraftwerke errichtet, an die 3313 Kolchosen und MTS angeschlossen wurden. 1947 erfolgte der Bau von 6200 Kleinkraftanlagen mit einer Leistung von 160 MW. Ende 1948 war eine Gesamtzahl von 23 351 elektrifizierten Kolchosen und 5522 MTS¹⁹ erreicht. Im 4. Fünfjahrplan (1946—1950) war vorgesehen, 18 000 kleine und kleinste Wasserkraftwerke und 8000 thermische Kraftwerke zu errichten, um damit 1950 eine Gesamtleistung der ländlichen

Kraftstationen von 2269,7 MW zu erreichen²⁰. Alle vorhandenen Maschinen-Traktoren-Stationen, von denen es 7970 gab, sowie alle Sowchosen (Staatsgüter), deren Zahl inzwischen 5134 erreicht hat, sollten dann mit elektrischem Strom versorgt sein. Daß dieses Ziel nicht erreicht worden ist, zeigt die Tatsache, daß nach den Direktiven des neuen Fünfjahrplanes⁹ erst für 1960 eine vollständige Elektrifizierung aller Sowchosen und MTS gefordert wird. Außerdem wird angegeben¹⁹, daß die installierte Leistung der ländlichen Kraftwerke 1950 den 2,8fachen Wert von 1940, d. h. etwa 770 MW, erreichte.

Anfang 1949 waren also von den insgesamt etwa 100 000 staatlichen und kollektiven ländlichen Einrichtungen (die Zahl der Kolchosen wird heute mit 85 700 angegeben) rund 33 vH elektrifiziert. Als Vergleich sei angeführt, daß in den Vereinigten Staaten zur gleichen Zeit von den rund 5 Millionen Farmen ca. 85 vH einen elektrischen Anschluß, meist über ein Einphasenüberlandnetz, hatten.

Wie intensiv die Elektrifizierung der landwirtschaftlichen Arbeiten in der Sowjetunion betrieben wird, zeigt die Tatsache, daß jetzt auch elektrisch betriebene Traktoren verwendet werden. Diese haben eine Leistung von 45 kW (60 PS) und sind mit Kabeltrommeln ausgerüstet. Ueber bewegliche Kabel wird eine Verbindung zu fahrbaren Transformatorstationen hergestellt, die aus einem Mittelspannungsverteilungsnetz, das sich im Abstand von etwa 1,5 km über die Felder zieht, versorgt werden.

Die Lastverteilung

Die Lenkung der Elektrizitätswirtschaft der Sowjetunion erfolgt zentral vom Staatslastverteiler im Ministerium für Kraftwerke. Ihm untergeordnet sind die Energiedirektionen, welche die verschiedenen Energiedistrikte verwalten. Die Geschäftsführung dieser Direktionen ist zwar technisch und kaufmännisch selbständig, jedoch unterliegen sie der Kontrolle und den Anordnungen der Zentralstelle in Moskau. Die Planung von Neubauten wird zentral vom Kraftwerksministerium durchgeführt, das auch die mit der Durchführung der Aufgaben betrauten Baugruppen zusammenstellt und in die entsprechenden Energiedistrikte entsendet. Für die Betriebsführung und den Einsatz der Kraftwerke sorgt in jedem Energiedistrikt ein Lastverteiler. Wie allgemein üblich, dienen die kalorischen Werke vor allem zur Deckung der Grundlast, wobei sie nach dem Grad ihrer Wirtschaftlichkeit eingesetzt werden. Es gibt Dampfkraftwerke, die eine jährliche Benutzungsdauer bis zu 7500 Stunden aufweisen¹⁰. Die Wasserkraftwerke, meist Flußkraftwerke, die im allgemeinen im Schwellbetrieb gefahren werden, dienen zur Ergänzung der Grundlastwerke beziehungsweise — infolge ihrer Speicherefähigkeit — zur Spitzendeckung.

Besonders im Wasserkraftwerksbau besteht die Bestrebung, kleinere Werke voll zu automatisieren und

bei größeren Werken einzelne Aggregate mit einer Fernsteuerung auszurüsten. Dies gestattet dem Lastverteiler im Bedarfsfalle einen schnellen Einsatz von Maschinen zur Spitzenlastdeckung. Diese Fernsteuerung erfolgt nach ähnlichen Grundsätzen wie in der Bundesrepublik.

Schaffung eines Verbundsystems

Es wurde bereits ausgeführt, daß die Sowjetunion über kein zusammenhängendes Verbundnetz verfügt. Bestrebungen dazu sind jedoch im Gange. Eine Kopplung von Kraftwerken und Kraftwerksgruppen bietet den Vorteil, die Spitzenlasten besser ausgleichen zu können und einen wirtschaftlicheren Einsatz der Kraftwerke zur Deckung der Grundlast und Spitzenlast herbeizuführen. Sie erlaubt auch, die Kraftwerke auf der Grundlage minderwertiger und nicht transportwürdiger Brennstoffe (Braunkohle, Ballastkohle, Torf) an Ort und Stelle zu errichten, um dann die Energie mit Fernleitungen an die Energiebedarfschwerpunkte zu transportieren. Bei Störungen und Wasserknappheit besteht außerdem die Möglichkeit eines Energieausgleichs. Durch diese Möglichkeit wurde beispielsweise schon einige Male ein empfindlicher Strommangel in Süddeutschland in wasserarmen Jahreszeiten durch eine vermehrte Belieferung mit Braunkohlenenergie aus dem Rheinland vermieden. Der Energietransport erfolgte über die Hauptader des westdeutschen Verbundsystems Brauweiler (Köln)—Bludenz (Vorarlberg) mit einer Betriebsspannung von 300 kV bzw. 220 kV.

In der Sowjetunion besteht außerdem noch die Aufgabe, die riesigen Energiemengen, die in naher Zukunft in den großen Wolgaskraftwerken gewonnen werden, in die Hauptverbrauchscentren zu leiten, um sie dort wirtschaftlich einsetzen zu können. Die Wasserkraft benutzt man wegen ihrer Speicherefähigkeit und der schnellen Regelmöglichkeit der Wasserturbinen gern zur Deckung der Spitzenlast. Als weiterer Vorteil wird sich durch eine Kupplung weit entfernt liegender Energiesysteme in der Sowjetunion die Tatsache erweisen, daß infolge der geographischen Zeitverschiebung die Spitzenlasten der einzelnen Bezirke sich nicht überdecken, sondern zu verschiedenen Zeiten auftreten.

Im Augenblick sind, wie schon erwähnt, in der Sowjetunion zwei 400-kV-Drehstromhochspannungsleitungen von Kuibyschew beziehungsweise Stalingrad nach Moskau im Bau, die der Uebertragung einer Leistung von maximal je 1200 MW in das zentrale Industriegebiet dienen werden. Der neue Fünfjahrplan sieht bis zum Jahre 1960 ferner den Bau von 400-kV-Verbindungsleitungen dieser Kraftwerke zu den Energiesystemen Ural und Dnjepr—Donez vor. Wie aus Abbildung 3 ersichtlich, wird dadurch über das Kraftwerk Kuibyschew als netzstabilisierende Stütze das Energiesystem Mitte (Moskau) in Noginsk mit dem Energiesystem Ural in Ufa verbunden. Des-

gleichen soll der Energiebezirk Mitte über das Werk Stalingrad mit dem Donezbezirk gekuppelt werden. Eine weitere Verbindung ist über das in Planung befindliche Wolgaskraftwerk Balakowo bei Saratow vorgesehen.

Dadurch werden in einigen Jahren die drei größten sowjetischen Energiebezirke mit einer augenblicklichen installierten Leistung von etwa 20 Millionen kW zusammengefaßt werden. In bezug auf Störungs- und Kurzschlußsicherheit stellt dies ein beachtliches Problem dar. In Westeuropa arbeiten die Bundesrepublik Deutschland (ohne Hamburg und Schleswig-Holstein), die Niederlande, Belgien, Frankreich, die Schweiz, Norditalien und Oesterreich meist im Verbund mit gleicher Frequenz. Am 16. November 1955 betrug hier die eingesetzte gekuppelte Leistung 26,221 Millionen kW²¹.

In Asien ist vorgesehen, das Verbundsystem des Kusnezker Eisenhüttenkombinates mit dem im Bau befindlichen Kraftwerkssystem an der Angara über eine Höchstspannungsfernleitung zu verbinden (siehe Abbildung 4). Später soll dann auch eine Verbindung von Nowo-Sibirsk (Kusbass) nach Tscheljabinsk (Ural) geschaffen werden.

Soll die elektrische Energie über größere Entfernungen als 500 km übertragen werden, so sind wegen Stabilitätsschwierigkeiten des Netzbetriebes²² besondere Zusatzeinrichtungen, wie Kondensatoren, Drosselspulen und Phasenschieber, notwendig. Diese Zusatzeinrichtungen werden um so umfangreicher, je größer die Leitungslängen ohne Zwischenstützpunkte in Form von Großkraftwerken sind. Aus diesen Gründen wird erwogen, eine Leistungsübertragung mit hochgespanntem Gleichstrom vorzunehmen, da hierbei kein Stabilitätsproblem vorhanden ist, theoretisch also beliebig große Entfernungen überbrückt werden können. Die Übertragungsleitungen werden billiger²³, so daß bei gleicher effektiver Spannung, gleichem Materialaufwand und gleichen prozentualen Uebertragungsverlusten mit Gleichspannung die dreifache Leistung wie bei Wechselspannung übertragen werden kann. Allerdings erfordert das Gleichstromsystem einen erhöhten Aufwand, um den üblichen Drehstrom in Gleichstrom und am Ende der Leitung wieder in den für den Verbraucher wirtschaftlichen Drehstrom umzuwandeln.

Aufbauend auf der demontierten Hochspannungsgleichstrom-Versuchsübertragung Kraftwerk Elbe-Berlin (± 200 kV), haben die Russen jahrelang intensiv an diesem Problem gearbeitet. Sie errichteten dazu eine Versuchsanlage bei Moskau, die nach dem gleichen Prinzip wie die ehemalige deutsche Uebertragung arbeitet²⁴. Die Forschungsarbeiten sind nach sowjetischen Meldungen so weit gediehen, daß ein Einsatz in der Praxis erfolgen kann. Der neue Fünfjahrplan sieht vor, die erwähnte Verbindung zwischen dem Kraftwerk Stalingrad und dem Donezgebiet

mit Hochspannungsgleichstrom herzustellen. Es sei erwähnt, daß in Schweden bereits seit geraumer Zeit eine Gleichstromübertragung nach der Insel Gotland mittels Seekabel (100 kV) in Betrieb ist.

Zusammenfassung

Einleitend wurde die besondere Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft für den Ausbau der sowjetischen Volkswirtschaft geschildert. Ein kurzer Blick auf die Rohstofflage der Sowjetunion zeigt, daß die reichen vorhandenen Vorräte eine sichere Grundlage für eine weitere Vergrößerung der Elektroenergieproduktion darstellen. In der Schilderung der Entwicklung im Vergleich zu einigen anderen Ländern zeigt sich ein schneller Anstieg in der Erzeugung und in der Kapazität der Kraftwerke; mengenmäßig ist jedoch ein bedeutendes Übergewicht der westlichen Welt vorhanden. Da die Sowjetunion noch über kein zusammenhängendes Verbundsystem verfügt, wurden Struktur und Verbrauch der hauptsächlichsten

Energiedistrikte behandelt. Die Probleme und Pläne zu einem Zusammenschluß verschiedener regionaler Verbundnetze wurden abschließend erläutert.

Wie aus den sowjetischen Berichten zu entnehmen ist, sollen der Bau weiterer großer Kraftanlagen und die Ausweitung der Elektrizitätsproduktion in verstärktem Maße erfolgen. Zu den bekannten Kraft-erzeugungsstätten werden in Zukunft Anlagen zur Nutzung der Kernenergie hinzutreten. Gegenwärtig sind Atomkraftwerke mit einer Leistung von 50 und 100 MW im Bau. Bis zum Jahre 1960 sind, nach den Richtlinien für den neuen Fünfjahrplan, Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 2 bis 2,5 Millionen kW geplant. Diese Kraftwerke werden in rohstoffarmen Gebieten angelegt, da die Anlieferung des Uranbrennstoffs keine Schwierigkeiten bereitet und die Transportkosten kaum ins Gewicht fallen. Die Anlagekosten der bisher bekannten Kernenergiekraftwerkstypen sind jedoch sehr erheblich²⁵.

Anmerkungen

¹) Vgl. *Lenin*, Sämtliche Werke, Bd. 26, S. 58.

²) 1 MW = 1000 kW = 1 000 000 Watt.

³) Unter „installierter Leistung“ versteht man die in den elektrischen Stromerzeugern, den Generatoren, installierte Leistung. Daneben gibt es die „Engpaßleistung“ als die durch den schwächsten Teil der Gesamtanlage, z. B. Kesselanlagen, Turbinen, Wasserdarbietung usw., bestimmte Leistung und die „verfügbare Leistung“ als die letztlich interessierende, wirklich einsatzfähige Leistung abzüglich der in Reparatur befindlichen Anlagen. „Belastungsspitze“ ist die wirklich „gefahrte“ maximale Leistung während eines Jahres, die durch den Leistungsbedarf der Verbraucher bestimmt ist.

⁴) stroj.: Abkürzung für stroitelstwo = Bauwerk.

⁵) Vgl. u. a. A. Sieger, „Stand und Entwicklung der Grundstoffindustrie und die Energiebilanz der Sowjetunion in der Nachkriegszeit“, Europa-Archiv 22—23/1952, S. 5296—5303.

⁶) GES: Abkürzung für gidroelektrostanija = Wasserkraftwerk.

⁷) Bericht *Bulganins* zur Industrieproduktion vor dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU am 4. Juli 1955; *Prawda*, Moskau, 17. 7. 1955; Übersetzung in *Ostprobleme*, 1955, Nr. 33, S. 1274—1288.

⁸) Zum Vergleich dazu seien folgende westdeutschen Großkraftwerke genannt:

Goldenbergwerk bei Köln (Braunkohle): 936 MW
Salzgitter-Hallendorf (Steinkohle): 245 MW
Schluchseewerke (Speicherwasserkraftwerke): 450 MW
Walchenseewerk (Speicherwasserkraftwerk): 97 MW

⁹) 6. sowjetischer Fünfjahrplan, vgl. *Prawda*, Moskau, 15. 1. 1956 (Entwurf) und 26. 2. 1956 (Beschluß des 20. Parteitag); Übersetzung in *Ostprobleme*, 1956, Nr. 8, S. 277—287, Nr. 9, S. 312—323, Nr. 10, S. 353—359, Nr. 12, S. 430—431.

¹⁰) H. Kahlig, „Reise in die Sowjetunion“, *Kontakt* (österreich.), 1955, H. 12, S. 3.

¹¹) L. Müller, „Die Elektrizitätswirtschaft der Sowjetunion“, *Elektrotechn. Zeitschrift*, Ausg. A, 1956, H. 11, S. 335—339.

¹²) In der Bundesrepublik gibt es zwei Torfkraftwerke: Wiesmoor Ostfriesland (15 MW) und Rühle bei Meppen/Emsland (10,8 MW).

¹³) Vgl. E. Thiel, „Das Projekt der Großen Wolga“, *Zeitschrift für Raumforschung*, 1950, Heft 8/12, S. 362—371; V. Petrow, „Großkraftwerke in der Sowjetunion“, *Osteuropa*, 1955, H. 6, S. 438—446, und 1956, H. 2, S. 110—115.

¹⁴) 1 kV = 1000 Volt. Hausnetze werden im allgemeinen mit 220 Volt betrieben.

¹⁵) Daß es sich bei der Hochspannungsleitung Kuibyschew—Moskau nicht um eine Anlage handelt, „wie sie die Welt nicht kennt“ (*Saburow*), bescheinigte einige Jahre später *Bulganin* in seiner Kritik an der Elektroindustrie: „Die von ihr herge-

stellten Maschinen und Apparate haben zu großes Gewicht und zu große Maße. Der vom Moskauer Transformatorenwerk hergestellte Transformator mit einer Kapazität von 123,5 MVA und einer Spannung von 400 kV ist z. B. anderthalbmal so schwer wie ein entsprechender schwedischer Transformator.“ *Prawda*, Moskau, 17. 7. 1955; Übersetzung in *Ostprobleme*, 1955, H. 33, S. 1276. Vgl. auch B. Rathsmann, „Sowjetische Kraftwerkstechnik — Reiseeindrücke“ (Sovjetisk elkraftteknik — reseinttryck), *Teknisk Tidskrift*, 1955, H. 40, S. 893—899.

¹⁶) Die Übertragungsspannung hängt allein von der Wirtschaftlichkeit ab: je höher die Betriebsspannung, desto höher die Anlagekosten, desto niedriger jedoch die Übertragungsverluste. Diese nehmen linear mit der Länge der Übertragungsleitung und quadratisch mit der Übertragungsleistung zu bzw. etwa quadratisch mit der Übertragungsspannung ab. Durch Kostenvergleich errechnet sich die „wirtschaftliche Spannung“.

¹⁷) Vgl. das kanadische Bauprojekt Kemano—Kitimat. Hier ist gleichzeitig mit der Kraftstation Kemano für eine Leistung von 1700 MW ein Aluminiumwerk in Kitimat im Bau (Übertragungsspannung der Verbindungsleitung 300 kV).

¹⁸) „Atomenergieprojekt Angara-Zone“, *Ostprobleme*, 1954, H. 47, S. 1912—1913.

¹⁹) A. W. Winter, „Die sowjetrussische Energiewirtschaft“, Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur 1953.

²⁰) E. Thiel, „Die Elektrifizierung der Sowjetunion“, *Zeitschrift für Raumforschung*, 1950, Heft 3/5, S. 176—184.

²¹) Nach Quartalbericht I/1956 der Union pour la coordination de la production et du transport de l'électricité (UCPTE), Mailand.

²²) Ein Stabilitätsproblem tritt auf, wenn leistungsstarke Kraftwerke bzw. Kraftwerksgruppen über eine sehr lange Freileitung miteinander verbunden sind. Bei Störungen (Kurzschlüssen, Abschaltung großer Verbrauchergruppen usw.) werden die Generatoren ausfallen, da infolge der großen Entfernungen keine einheitliche Frequenz bzw. kein Frequenzgleichlauf mehr gehalten werden kann. Die Folge ist ein Auseinanderfallen und ein Abschalten des gesamten Netzes.

²³) Die Freileitungskosten liegen bei Gleichstrom etwas niedriger als bei Drehstrom (2 statt 3 Leiterseile usw.), die Kabelpreise für Gleichstrom betragen rund ein Drittel derer für Drehstrom, u. a. infolge geringerer notwendiger Isolation.

²⁴) A. M. Nekrasow und V. P. Pimenow, „Development Work in the USSR on D. C. Power Transmission“, *Direct Current*, 1956, Nr. 8, S. 199—207.

²⁵) Die Anlagekosten für Atomkraftwerke liegen etwa zweibis sechsmal höher als die Kosten für ein Kohlenkraftwerk gleicher Leistung.

Informationen und Berichte

Die ordentliche Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung der EGKS im Mai und Juni 1956

Um die jährliche (ordentliche) Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung, ihres parlamentarischen Kontrollorgans, gruppiert sich der offizielle Zeitplan der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl: die Sitzungsperiode beginnt am zweiten Dienstag des Monats Mai — „ohne daß es einer Einberufung bedarf“ — und endet spätestens am 30. Juni mit dem Haushaltsjahr der Gemeinschaft¹. Einen Monat vor Beginn der ordentlichen Sitzungsperiode, also Anfang April, veröffentlicht die Hohe Behörde ihren Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft²; auf Grund dieses Berichts, der in öffentlicher Sitzung erörtert werden muß, kann die Versammlung durch einen mit qualifizierter Mehrheit angenommenen Mißtrauensantrag die Hohe Behörde zum Rücktritt zwingen³. Der Gesamtbericht wird auch dem Europarat übermittelt⁴. Zum Gesamtbericht gehören der allgemeine Haushaltsvoranschlag, der die Verwaltungsausgaben aller Organe umfaßt, und der Bericht des Rechnungsprüfers über das letzte abgeschlossene Haushaltsjahr⁵. Dementsprechend lagen der Gemeinsamen Versammlung zu Beginn der Ordentlichen Sitzungsperiode des Haushaltsjahres 1955/56 am Dienstag, dem 8. Mai 1956, in Straßburg die vier Dokumente vor, in denen die gesamte Tätigkeit der Gemeinschaft vertragsgemäß ihren offiziellen Niederschlag findet⁶.

Der Uebung entsprechend⁷ wurde die Sitzungsperiode mit einem mündlichen Bericht des Präsidenten der Hohen Behörde eröffnet, der die Ereignisse des letzten Monats nachträgt, vor allem aber den rein sachlichen Bericht durch allgemeine politische Ausführungen ergänzt⁸. Nach nur zweitägiger Dauer wurde die Erörterung des Gesamtberichts auf den 18. Juni vertagt. Der erste Teil der Sitzungsperiode schloß mit einer Aussprache über den gemeinsamen Markt und Euratom in Anwesenheit des Vorsitzenden des Brüsseler Sachverständigen-Ausschusses, des belgischen Außenministers, Paul Henri Spaak. Diese Aussprache sei hier vorweg behandelt, weil sie unmittelbar an die außerordentliche Tagung im März⁹ anschließt.

Aussprache über den Brüsseler Bericht

Am 11. Mai erörterte die Gemeinsame Versammlung den Brüsseler Sachverständigenbericht vom 21. April 1956¹⁰, zu dem die Berichterstatter der Arbeitsgruppe einen Entschließungsantrag vorgelegt hatten¹¹. Der niederländische sozialistische Abgeordnete *van der Goes van Naters*, Berichterstatter über den allgemeinen gemein-

samen Markt, erläuterte den Entschließungsentwurf der Arbeitsgruppe dahin, daß die Versammlung ihre „Mitverantwortung“ für die Verträge, deren Grundlage der Brüsseler Bericht bilde, anerkennen müsse. Die Erfahrung mit der EVG habe gelehrt, daß man überzeugen müsse, und das heiße nachgeben. Darin liege die Bedeutung des Brüsseler Berichts, der, wie sonst nur ein fertiger Vertragsentwurf, ein geschlossenes Ganzes bilde. Der belgische christlich-demokratische Abgeordnete *Wigny*, Berichterstatter über Euratom, unterstrich die Vereinbarkeit der Brüsseler Vorschläge mit der von der OEEC vorgeschlagenen Zusammenarbeit, die ausdrücklich offengehalten werden müsse, und wies auf die Notwendigkeit der Einbeziehung der überseeischen (afrikanischen) Gebiete hin, für die in der Entschließung eine angemessene Entschädigung ihres Beitrages vorgeschlagen werde. Für den Unterausschuß, der die institutionellen Fragen behandelt, sprach der französische sozialistische Abgeordnete *Gozard*. Er schlug vor, die Einschaltung der Organe der EGKS beim weiteren Aufbau dadurch zu sichern, daß ihnen durch Konventionen der Regierungen zusätzliche Aufgaben übertragen würden, ohne den Vertrag zu ändern, etwa nach dem Beispiel des Auftrages an die ad hoc-Versammlung. Bei der Aufzählung der Zuständigkeiten forderte er ein stärkeres Initiativrecht der Versammlung vor allem auf sozialem Gebiet.

In der weiteren Aussprache, an der sich von deutscher Seite die Abgeordneten *Furler* (CDU) und *Kreyssig* (SPD) beteiligten, traten als Sprecher der französischen Rechten der Abgeordnete *Crouzier* und der gaullistische Senator *Debré* auf. Ihnen gegenüber wies Außenminister *Spaak* darauf hin, daß schon einmal ein Beschluß des französischen Parlaments eine überwiegende parlamentarische Mehrheit der Sechs-Länder-Gemeinschaft gezwungen habe, einen entscheidenden Schritt zur europäischen Integration zurückzustellen. Die Beschlüsse, die jetzt zu fassen seien, lägen allerdings auf ganz anderer Ebene als seinerzeit die EVG. Man habe sich bewußt der wirtschaftlichen Integration zugewandt und sei darin durch die außenpolitische Entwicklung bestätigt worden. Die Auseinandersetzung zwischen West und Ost werde in Zukunft wirtschaftlich, nicht militärisch geführt werden müssen. Abschließend erklärte der Präsident der Hohen Behörde, René Mayer, das einzige Mittel gegen die von Senator Debré befürchtete Suprematie eines einzelnen

¹) Artikel 22 des Vertrages vom 18. April 1951 über die Gründung der EGKS. Europa-Archiv 10/1951, S. 3987—4114.

²) Artikel 17 des Vertrages.

³) Artikel 24 des Vertrages.

⁴) Artikel 3 des Protokolls über die Beziehungen zum Europarat (Anlage zum Vertrag).

⁵) Artikel 78 des Vertrages.

⁶) Dokumente der Gemeinsamen Versammlung 1955/56:

Nr. 10: Vierter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft;

Nr. 11: Vierter Gesamtbericht (Verwaltungsausgaben der Gemeinschaft im dritten Haushaltsjahr, bis zum 30. Juni 1955);

Nr. 12: Haushaltsvoranschlag der Verwaltungsausgaben der Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 1956/57;

Nr. 13: Bericht des Rechnungsprüfers über das dritte Haushaltsjahr (1. Juli 1954 — 30. Juni 1955).

⁷) Vgl. zu den bisherigen Tagungen (bis Ende 1955) die chronologische Uebersicht im „Jahrbuch der Gemeinsamen Versammlung“, Luxemburg 1956, S. 115 f., 127 f., 239 ff.

⁸) Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, vorläufige Ausgabe, Nr. 10 vom 9. Mai 1956, S. 331—347; auch als Sonderdruck erschienen.

⁹) Vgl. Europa-Archiv 8/1956, S. 8779 ff.

¹⁰) Vgl. Europa-Archiv 10/1956, S. 8887 ff.

¹¹) Dokument Nr. 14.

Landes sei die Existenz einer von den Staaten unabhängigen europäischen Autorität. Im übrigen sei es ein Widerspruch, dem gemeinsamen Markt mit „Minderwertigkeitskomplexen“ gegenüberzutreten, auf dem Gebiet der Atomenergie jedoch so zu tun, als könne man alles allein tun¹².

Bei der Abstimmung sprach sich Senator *Debré* als einziger gegen den Entschließungsentwurf der Arbeitsgruppe aus, der mit allen übrigen Stimmen angenommen wurde.

Stellungnahme zum Bericht der Hohen Behörde

Die Aussprache der Gemeinsamen Versammlung über den Bericht der Hohen Behörde und die ihn ergänzenden Ausführungen des Präsidenten *René Mayer* stützte sich, soweit es sich nicht um die Darlegung allgemeiner wirtschaftspolitischer Standpunkte handelte, auf die Berichte ihrer Ausschüsse, die im wesentlichen in der Verhandlungspause zwischen dem 11. Mai und dem 18. Juni, z. T. auch noch während des zweiten Teils der Sitzungsperiode, vom 18. bis zum 22. Juni, fertiggestellt worden waren¹³. Diese ungewöhnlich reiche Dokumentierung hat in den insgesamt sieben Sitzungstagen, davon fünf mit durchschnittlich sechsständiger Verhandlungsdauer im zweiten Teil der Sitzungsperiode, nicht entfernt erschöpft werden können. Sie ist andererseits ein Zeichen zunehmender parlamentarischer Aktivität: Im Berichtszeitraum des Vierten Gesamtberichts, von Mai 1955 bis April 1956, fanden rund hundert Ausschußsitzungen statt, davon rund zwanzig unter Teilnahme der Hohen Behörde.

Eine vorsichtige Analyse der Aussprache läßt die großen Themenkreise hervortreten, auf die sich das Interesse der Parlamentarier — und der öffentlichen Meinung — zu konzentrieren scheint.

Es ist nicht zu verkennen, daß die wesentlichen Aspekte für die Aussprache der Gemeinsamen Versammlung durch den einführenden Bericht des Präsidenten der Hohen Behörde gegeben worden sind, wogegen der Vierte Gesamtbericht zu etwa neun Zehnteln seines Umfangs eine beschreibende Darstellung des gemeinsamen Marktes, seiner allgemeinen Entwicklung, seines Funktionierens und seiner Weiterentwicklung enthält.

Die Ausführungen des Präsidenten gingen von der Feststellung aus, daß die Ausweitung in den Industrien der Gemeinschaft anhält, und in diesem Zusammenhang stellte er die Probleme der Kohleversorgung, des regel-

mäßig steigenden Stahlbedarfs und der strukturellen Schwierigkeiten der Schrottversorgung heraus. Auf dem Gebiet der Preise stellte er eine durch die Regeln des gemeinsamen Marktes erreichte Stabilität beim Stahl der durch die Abschaffung der Höchstpreise eingeleiteten, noch nicht übersehbaren Entwicklung bei der Kohle gegenüber und betonte die Notwendigkeit verstärkter Abstimmung der Politik der Hohen Behörde mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. In diesem Zusammenhang forderte er erneut eine aufeinander abgestimmte, gemeinsame Politik der Mitgliedstaaten im Sinne der Angleichung innerhalb des gemeinsamen Marktes, welche die Beibehaltung niedrigster Preise für Kohle gestatten würde. Damit wäre ein großer Schritt zur Ueberwindung der aus der wirtschaftlichen Teilintegration erwachsenen Schwierigkeiten getan und ein Verfahren entwickelt, das in den europäischen Organen eines allgemeinen gemeinsamen Marktes zur Anwendung gebracht werden könnte. Der Präsident der Hohen Behörde wies auf die wirtschaftlichen Fortschritte hin, die seit der Gründung der Gemeinschaft erzielt worden sind, insbesondere durch die Einbeziehung aller Mitgliedstaaten in den allgemeinen Wirtschaftsaufschwung, durch Zunahme des Austauschs im gemeinsamen Markt und eine allmähliche Angleichung im Fortschritt, die sich besonders deutlich in der Hebung des Verbrauchs in Italien und in der bereits erheblichen Annäherung des Lohnniveaus erwiesen habe¹⁴.

Nach einem Hinweis auf die Fortschritte in der Integration des Transportwesens, deren nächster Schritt eine gewisse Harmonisierung im Lastkraftwagenverkehr sei, behandelte der Präsident die Entscheidungen über Kartelle und Zusammenschlüsse sowie das Problem der aufeinander abgestimmten Entwicklung der Investitionen im Zusammenhang mit der Bestimmung der allgemeinen Ziele. Er betonte dabei die Schwierigkeiten der Durchführung des Artikels 54 des Vertrages, den er als Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Vertretern der Staaten mit einem Modernisierungs- und Ausrüstungsprogramm und den Staaten ohne ein solches Programm bezeichnete. Wenn der Vertrag von Investitionsprogrammen spreche, handele es sich immer um Einzelprogramme der Unternehmen, zu denen die Hohe Behörde Stellung nehmen und die sie durch finanzielle Maßnahmen fördern könne. Die finanzpolitischen Maßnahmen der

¹² Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, vorläufige Ausgabe, Nr. 12 vom 12. Mai 1956, S. 421—501. Vgl. den VWD-Bericht vom 14. Mai 1956: „Die Europäer werden über Frankreich ungeduldig“.

¹³ Dokumente der Gemeinsamen Versammlung 1955/56 (in der Klammer der Name des Berichterstatters):
Nr. 15: Bericht über die Verkehrsprobleme der Gemeinschaft (*Kapteyn*);

Nr. 16: Bericht über die Anwendung der Uebergangsbestimmungen (*Martin Blank*);

Nr. 17: Einführender Bericht über die allgemeinen Ziele und die Kohlenwirtschaftspolitik (*de Menthon*);

Nr. 18: Bericht über die allgemeine Entwicklung und das Funktionieren des gemeinsamen Marktes und die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen (*Pohle*);

Nr. 19: Bericht über die Möglichkeiten einer Finanzierungshilfe durch die Hohe Behörde für den Arbeiterwohnungsbau (*Birkelbach*);

Nr. 20: Bericht über die Zusammenarbeit der Hohen Behörde mit den Regierungen der Mitgliedstaaten (*Sabass*);

Nr. 21: Bericht über die Finanz- und Investitionspolitik der Gemeinschaft (*de Menthon*);

Nr. 22: Bericht über den Rechnungsabschluß der vier Institutionen der Gemeinschaft (*Martin Blank*);

Nr. 23: Bericht über den dritten Bericht des Rechnungsprüfers (*Kreyssig*);

Nr. 24: Bericht über den Allgemeinen Haushaltsvoranschlag der Verwaltungsausgaben der Gemeinschaft für das fünfte Rechnungsjahr (*Charlot*);

Nr. 25: Bericht des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik (*Vanrullen*);

Nr. 26: Bericht über die Probleme der Anpassung der Arbeitskräfte (*Bertrand*);

Nr. 27: Bericht über die Außenbeziehungen der Gemeinschaft (*Struye*);

Nr. 28: Zwischenbericht über einige institutionelle Aspekte der Entwicklung der europäischen Integration (*Gozard*).

¹⁴ Eine erweiterte Darstellung dieser wirtschaftlichen Fortschritte ist inzwischen auf Grund von Arbeiten der Abteilung Statistik der Hohen Behörde als Broschüre herausgegeben worden: „Auf dem Wege der Europäischen Integration; Erste Ergebnisse für Kohle und Stahl“, Luxemburg, Juni 1956, Informationsdienst der Hohen Behörde.

Hohen Behörde drängten auf eine grundsätzliche Freiheit des Kapitalverkehrs, die eine logische Folge des Vertrages sei und zugleich auf der Linie der vom Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) und der Europäischen Zahlungsunion eingeleiteten Bemühungen liege.

Mit der Mitteilung, daß die Hohe Behörde die Durchführung eines zweiten Finanzierungsprogramms für den Arbeiterwohnungsbau vorbereite, ging der Präsident zur Aufgabe der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen über. Auch hier stellte er fest, daß die sozialen Fragen sowohl für die Regierungen als auch für die Produzenten und die Arbeitnehmer der Gemeinschaft immer mehr gemeinsame Aspekte annehmen. Die Hohe Behörde habe sich nicht darauf beschränkt, den Vertrag strikt anzuwenden, sondern Maßnahmen eingeleitet, die zu einer Verbesserung des Standards der Arbeiter beitragen werden. Auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik gewinne die Freizügigkeit in Anwendung des Artikels 69 eine unmittelbare wirtschaftliche Bedeutung, andererseits könne die echte Lösung der durch den gemeinsamen Markt aufgeworfenen Anpassungsprobleme nur in einer Erweiterung der Möglichkeiten für eine Wiederbeschäftigung der frei gewordenen Arbeitskräfte an Ort und Stelle liegen. Auf dem Gebiet der Löhne und Arbeitsbedingungen habe die Hohe Behörde Untersuchungen und Erhebungen durchgeführt, die durch eine genauere Kenntnis der Lohn- und Arbeitsbedingungen die beiden Sozialpartner in die Lage versetzen werde, die Lebensbedingungen der Arbeitskräfte so weitgehend zu verbessern, wie dies durch die Steigerung der Produktivität in der Gemeinschaft gerechtfertigt sei. Die Hohe Behörde habe in Durchführung einer Entschließung des Beratenden Ausschusses die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einberufen, um die Mittel und Wege zu erarbeiten, die zur besseren Angleichung bestimmter Arbeitsbedingungen in Aussicht genommen werden müßten.

Zu den Beziehungen der Gemeinschaft zu dritten Ländern und den internationalen Organisationen wies René Mayer auf die erfolgreiche Tätigkeit des Assoziierungsrates mit Großbritannien hin, in dem sich der Wille beider Seiten gezeigt habe, eine Isolierung des europäischen gemeinsamen Marktes von Großbritannien und dem Commonwealth zu verhindern. Eine Zollvereinbarung für Stahl würde ein erstes Beispiel und eine erste Etappe der Zusammenarbeit Großbritanniens mit einem allgemeineren europäischen gemeinsamen Markt darstellen. Die internationale Stellung der Gemeinschaft habe sich verstärkt, und die Hohe Behörde sei überzeugt, durch ihre anerkannte Objektivität im Sinne eines Europa gearbeitet zu haben, das größer ist als das Europa der Sechs, und zur Vorbereitung der nächsten Etappen auf dem Weg zu einer stärkeren oder umfassenderen wirtschaftlichen Integration des Kontinents beigetragen zu haben. Bei der Behandlung dieser nächsten Etappen bezeichnete der Präsident der Hohen Behörde als das Ziel der wirtschaftlichen Integration eine Aenderung der Wirtschaftsstrukturen auf Grund der Zusammen-

menlegung der Hilfsquellen und der uneingeschränkten Oeffnung der Märkte. Die Bemühungen um eine europäische Solidarität könnten nur dadurch Gestalt gewinnen, daß mit Befugnissen und Machtmitteln ausgestattete Institutionen eingesetzt werden. Mit Genugtuung könne festgestellt werden, daß der Bericht der in Brüssel tagenden Sachverständigen sich dieser Ansicht weitgehend angeschlossen hat. Es sei zu begrüßen, daß in dem gleichen Bericht eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der herkömmlichen Energieformen in Aussicht genommen und daß vorgeschlagen wird, die Hohe Behörde zusammen mit dem Ministerrat der Gemeinschaft zum Instrument dieser Politik zu machen. Die Nutzbarmachung der Atomenergie mache eine enge, rückhaltlose Zusammenarbeit notwendig. Die Tätigkeit der Hohen Behörde, die Maßnahmen der Politik auf dem Gebiet der herkömmlichen Energie und die Aufgaben der europäischen Atombehörde müßten durch die Herstellung organischer Bindungen zwischen den verschiedenen Instanzen koordiniert werden. Die Rechtfertigung einer den Rahmen der nationalen Volkswirtschaften überschreitenden Politik des europäischen Aufbaus liege nicht nur im Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika mit den Vorteilen der rasch fortschreitenden Technik, sondern auch im Blick auf „die andere Seite unserer Welt“, auf der eine Erklärung von *Chruschtschow* auf dem 20. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die Vorteile eines gemeinsamen Marktes eindringlich geschildert habe.

Diese „zusammenfassende Darstellung der Lage auf einer anderen Ebene als der rein fachlichen, beschreibenden des Tätigkeitsberichts“ wurde an den ersten beiden Tagen der Sitzungsperiode, die den eigenen Angelegenheiten der Gemeinschaft gewidmet waren, zum Gegenstand einer Art Generaldebatte gemacht, in der sich die wesentlichen Punkte der Stellungnahme der Versammlung bereits abzeichneten. Dabei war eine zugespitzt kritische Haltung der sozialistischen Fraktion, für die der deutsche Abgeordnete *Schöne* sprach, deutlich sichtbar. Aber auch der Vorsitzende der christlich-demokratischen Fraktion, der niederländische Abgeordnete *Sassen*, kündigte kritische Bemerkungen an. Die Sprecher beider Fraktionen waren sich einig in der Forderung, daß die Hohe Behörde sich in ihrem Bericht an die Versammlung nicht auf eine beschreibende Darstellung des Ablaufs ihrer Tätigkeit beschränken solle, sondern die Problematik und den politischen Aspekt der in Zukunft zu treffenden Entscheidungen herausarbeiten müsse. Als Mitglied des Minister-rats nahm der belgische Wirtschaftsminister, *Jean Rey*, in diesem Teil der Aussprache das Wort, um die besondere Betrachtungsweise der Regierungen zu erläutern, für die im Augenblick die Preis- und Lohnprobleme des gemeinsamen Marktes im Vordergrund stünden.

In dem auf die Berichte der Ausschüsse gestützten zweiten Teil der Aussprache standen neben den Haushaltsfragen, zu denen drei Entschlüsse angenommen wurden¹⁵, und einer Initiative zur Vertiefung der Assoziierung mit Großbritannien¹⁶ drei große wirtschaftspolitische Problemkreise im Vordergrund, zu denen die Ver-

¹⁵) Entschlüsse über den Nachtragshaushalt, über den dritten Bericht des Rechnungsprüfers und über die Verwaltungsausgaben der Gemeinschaft, angenommen in der Sitzung vom 20. Juni 1956. Protokoll Nr. 6, Dokument AC 2346.

¹⁶) Entschluß über die Bildung eines parlamentarischen

Ausschusses im Rahmen des Assoziierungsrates, angenommen in der Sitzung vom 21. Juni 1956. Protokoll Nr. 7, Dokument AC 2360. — Anlaß der Sitzung des Assoziierungsrates am 10. Juli 1956 in Luxemburg ist mitgeteilt worden, daß mit der Bildung eines gemeinsamen parlamentarischen Ausschusses nicht zu rechnen sei.

sammlung nach ausführlicher Diskussion in den von den zuständigen Ausschüssen ausgearbeiteten einzelnen Entschlüssen Stellung nahm: die Probleme des gemeinsamen Marktes, die Finanz- und Investitionspolitik im Zusammenhang mit den allgemeinen Zielen und der langfristigen Politik der Gemeinschaft sowie schließlich die Sozialpolitik.

Die Aussprache über den *gemeinsamen Markt*¹⁷ bestätigte die in den Schlußbemerkungen des Ausschlußberichts¹⁸ ausgesprochene Beurteilung der Entwicklung hinsichtlich der Schaffung eines erweiterten Marktes, die bis auf einige Punkte zunehmend verwirklicht werde, sowie hinsichtlich der Aufstellung einer gemeinsamen Wirtschaftsordnung, bei der zweifellos Fortschritte zu erkennen seien. Im ersten Falle handelt es sich vor allem um die Mitarbeit der Regierungen, von denen erwartet wird, daß sie zum Funktionieren des gemeinsamen Marktes beitragen, im zweiten u. a. um das Kartellproblem im Kohle-Ein- und -Verkauf, dessen Neuregelung in Deutschland (Ablösung der GEORG durch drei Verkaufsgesellschaften) von mancher Seite mit großer Skepsis, z. T. mit Mißtrauen betrachtet wird. Der vom Ausschluß vorgelegte Entschlußentwurf wurde unter Streichung eines gegen die GEORG-Lösung gerichteten Satzes angenommen¹⁹. Dabei wird ausdrücklich auch auf die Schlußfolgerungen des Berichts über die Anwendung der Uebergangsbestimmungen²⁰ Bezug genommen, in denen die Hohe Behörde aufgefordert wird, zu prüfen, inwieweit die Schutz- und Hilfsmaßnahmen für bestimmte Reviere in Einzelfällen noch angemessen sind, ob die Maßnahmen zum Abbau der französischen Subventionen und zur Eingliederung des belgischen und italienischen Bergbaus ausreichen, um die gewünschte Wettbewerbsgleichheit bis zum Ablauf der Uebergangszeit herzustellen, und schließlich, welche Maßnahmen möglich sind, um die mit der deutschen Schichtprämie aufgeworfenen Probleme im Interesse aller Mitgliedstaaten zu lösen.

Sehr eingehende Debatten wurden über die *Finanz- und Investitionspolitik*²¹ und die damit zusammenhängenden Fragen geführt²². Die Forderungen der Versammlung, wie sie in der mit Mehrheit angenommenen Entschluß²³ deutlich ausgesprochen sind, zeigen die Tendenz, die Hohe Behörde zu schnellerem Handeln und zu verstärkten Eingriffen zu veranlassen — eine Tendenz, die ein lebhaftes Echo in der öffentlichen Diskussion gefunden hat²⁴. Der bereits in der einführenden Erklärung des Präsidenten der Hohen Behörde hervorgehobene Artikel 54 des EGKS-Vertrages ist nach Ansicht zahlreicher Parlamentarier ein Instrument, von dem die Hohe Behörde

bisher einen nicht ausreichenden Gebrauch gemacht habe. Als Voraussetzungen einer aktiveren Betätigung auf diesem Gebiet wurde einerseits die ausführliche Mitteilung der Ergebnisse der Investitions-Enqueten bezeichnet, die von der Hohen Behörde zugesagt wurde²⁵, andererseits die Ausarbeitung und Veröffentlichung der „allgemeinen Ziele“²⁶; die Entschluß²⁷ „besteht darauf, daß die Hohe Behörde bis spätestens Oktober 1956 diese Arbeiten abschließt“.

Die schärfsten Angriffe gegen die Hohe Behörde brachte die zeitlich sehr ausgedehnte Aussprache über die *Sozialpolitik*²⁷, die an Hand von drei Ausschlußberichten²⁸ sehr grundsätzlich geführt wurde. Bereits die erste Rednerin, die niederländische Abgeordnete *Klompé*, warf die Frage auf, ob nicht eine Vertragsänderung im Sinne einer Verstärkung ihrer Vollmachten von der Hohen Behörde selbst vorbereitet werden müsse. Der deutsche Abgeordnete *Birkelbach* (SPD) verlangte stärkere Ausnutzung der im Vertrag gegebenen Möglichkeiten, auf die Regierungen einzuwirken, um die Vorteile aus der Errichtung des gemeinsamen Marktes auch den Arbeitnehmern zugute kommen zu lassen. Die Hohe Behörde solle Unterlagen bereitstellen, die den Zusammenhang der sozialen mit den allgemeinen wirtschaftlichen Problemen sichtbar machen. Bei der „scheinbaren Freigabe“ der Kohlenpreise habe sie diesen Zusammenhang nicht genügend gewürdigt und damit eine Verantwortung, die ihr selbst zukomme, auf die Regierungen übertragen. Bei der Anpassung müsse die Hohe Behörde eine unmittelbare Kontrolle übernehmen; auf jeden Fall sei die volle Einschaltung der Gewerkschaften zu sichern. Zu fordern sei auch die strikte Anwendung der Bestimmungen über die Mitwirkung der Arbeitnehmer bei den von der Hohen Behörde eingeschalteten Erzeugerverbänden²⁹. Sehr scharf äußerte sich der niederländische sozialistische Abgeordnete *Nederhorst*, der u. a. erklärte, die Hohe Behörde müsse es gegebenenfalls zum Konflikt mit den Regierungen kommen lassen und sich die Unterstützung der Gemeinsamen Versammlung für die Durchführung des Vertrages sichern. Seitens der Hohen Behörde antworteten die Mitglieder *Finet* und *Potthoff* sehr ausführlich auf die in der Aussprache erhobenen Vorwürfe.

Die Versammlung nahm die vom Ausschluß vorgelegte sozialpolitische Entschluß³⁰ an, die in 16 Punkten die Forderungen auf bessere Berichterstattung, Förderung der Bergarbeiter, Freizügigkeit, Harmonisierung der Arbeitsbedingungen, Arbeiterwohnungsbau, Anpassung und Wiederbeschäftigung sowie auf Vorbereitung einer Ver-

¹⁷ Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, vorläufige Ausgabe, Nr. 14, S. 579—610; Nr. 17, S. 763—770.

¹⁸ Dokument Nr. 18, Ziffer 74.

¹⁹ Entschluß über die Probleme des gemeinsamen Marktes, Protokoll Nr. 8, Dokument AC 2381, S. 4 f.

²⁰ Dokument Nr. 16, Ziffer 20.

²¹ Vgl. auch als Ergänzung des Gesamtberichts den von der Direktion der Finanzabteilung der Hohen Behörde herausgegebenen „Finanziellen Bericht für die Jahre 1953, 1954, 1955“.

²² Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, vorläufige Ausgabe, Nr. 13, S. 517—539; Nr. 14, S. 559—579; Nr. 17, S. 770—774.

²³ Entschluß über die Finanz- und Investitionspolitik der Gemeinschaft, Protokoll Nr. 8, Dokument AC 2381, S. 7 ff.

²⁴ Vgl. *Thom*, „Rätselhafte Einstimmigkeit in Straßburg“

in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 147 vom 27. Juni 1956, S. 11.

²⁵ Inzwischen erschienen: „Die Investitionen in den Kohle- und Stahlindustrien der Gemeinschaft; Bericht über die Erhebung 1956 (Stichtag 1. Januar 1956)“, Luxemburg, Juli 1956.

²⁶ Artikel 46, Absatz 3 Ziffer 3, des Vertrages.

²⁷ Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, vorläufige Ausgabe, Nr. 15, S. 666—686; Nr. 16, S. 689—729; Nr. 17, S. 774—776.

²⁸ Dokumente Nr. 25, 26, 19.

²⁹ Artikel 48, Absatz 3, des Vertrages.

³⁰ Entschluß über die sozialen Fragen, Protokoll Nr. 8, Dokument AC 2381, S. 9 ff. — Ebenda, S. 13 f., die von dem Abg. *Schiavi* vorgelegte Entschluß über die soziale Tätigkeit zugunsten der Arbeitnehmer der Gemeinschaft, in der die Ausarbeitung eines „sozialen Aktionsprogramms“ auf kulturellem Gebiet vorgeschlagen wird.

tragsänderung zugunsten der Fortsetzung der Anpassungsmaßnahmen nach Ablauf der Uebergangszeit aufzählt.

Die Versammlung nahm eine EntschlieÙung über die Verkehrsprobleme³¹ an, in der die Einführung direkter Tarife für Stahl und Schrott sowie der Abschluß eines Abkommens mit der Schweiz begrüÙt werden. Die Mitglieder der Versammlung werden aufgefordert, sich in ihren Heimatsparlamenten für eine Lösung der noch offenen Fragen einzusetzen; dazu gehörten u. a. die Einführung direkter Schifffahrts- und Straßenverkehrstarife und die Erstellung einer einheitlichen Verkehrsstatistik.

Von den Verhandlungsgegenständen, die nicht zu EntschlieÙungen geführt haben, sind die *institutionellen Fragen* zu erwähnen, die in Berichten über die Zusammenarbeit der Hohen Behörde mit den Mitgliedstaaten³² und über institutionelle Aspekte der Integration³³ behandelt sind. Die Aussprache über den zuerst genannten Bericht führte zu einer Erörterung über die Rolle des Ministerrats der Gemeinschaft, in die auch dessen amtierender Präsident, der italienische Minister für Industrie und Handel, Guido Cortese, eingreifen konnte. Der Berichterstatter Sabass erkannte dem Ministerrat eine dreifache Position zu: der Konsultation bzw. Zustimmung, der Koordinierung (Artikel 26, Abs. 1, des Vertrages) und der „Integration“ durch Aufträge an die Hohe Behörde (Artikel 26, Abs. 3).

Die Sitzungsperiode 1955/56 der Gemeinsamen Versammlung endete mit einem politischen Zwischenfall. Nachdem bereits am 9. Mai der niederländische sozialistische Abgeordnete Nederhorst die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums gegen die Hohe Behörde³⁴ erörtert hatte, gab der SPD-Abgeordnete Kreyssig am letzten Sitzungstage, dem 22. Juni, namens der sozialistischen Fraktion der Versammlung eine Erklärung ab, in der sie „mit Bedauern feststellt“, daß 1) die Hohe Behörde gegenüber dem Zurückbleiben des sozialen Fortschritts

ihre inaktive Haltung bewahrt habe; 2) durch Nichtanwendung bestimmter Befugnisse es nationalen Regierungen und Produzentengruppen ermöglicht wurde, Funktionen der Hohen Behörde auszuüben; 3) die Kohlepreispolitik zu einer Schmälerung der Kontrollfunktionen der Hohen Behörde geführt habe; 4) die Hohe Behörde darauf verzichtet habe, die Durchführung von Vertragsbestimmungen, insbesondere über die Wiederanpassung und über die Anwendung des Artikels 48, zu kontrollieren; 5) die Hohe Behörde die Ausübung der parlamentarischen Kontrollfunktion nicht in allen Fällen erleichtert habe; und deshalb „nachdrücklichst ihre Besorgnis über diese Entwicklung der Politik der Hohen Behörde zum Ausdruck“ bringt³⁵. Auf Intervention des Präsidenten der Hohen Behörde wurde die Sitzung unterbrochen, anschließend gaben die christlich-demokratische und die liberale Fraktion kurze formelle Erklärungen ab, in denen sie feststellten, daß es keine anderen Ergebnisse dieser Verhandlungen gebe als die, über die regelrecht abgestimmt worden sei. Die liberale Fraktion fügte dieser Erklärung eine ausdrückliche Vertrauenserklärung für die Hohe Behörde hinzu.

Die nächste Tagung der Gemeinsamen Versammlung ist die erste Außerordentliche Sitzungsperiode des Haushaltsjahres 1956/57, deren erster Teil vom 27. bis zum 30. November 1956 im wesentlichen den konstitutionellen Beschlüssen, u. a. der Präsidentenwahl, gewidmet sein wird. Der zweite Teil, voraussichtlich im Januar 1957, soll einer Aussprache über die allgemeinen Ziele gewidmet sein. Diese erste Außerordentliche Sitzungsperiode wird in Straßburg abgehalten werden. Es ist ferner von der Versammlung beschlossen worden, eine weitere Außerordentliche Sitzungsperiode im März 1957 in Rom abzuhalten. — Am 20. Oktober 1956 findet in Straßburg eine gemeinsame Sitzung der Gemeinsamen Versammlung mit der Beratenden Versammlung des Europarats statt.

G. St.

Ausdehnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas im Rahmen der OEEC

In der Zeit vom 17. bis zum 19. Juli 1956 fand in Paris unter dem Vorsitz des britischen Schatzkanzlers, Harold Macmillan, eine Sitzung des Ministerrats der OEEC statt, auf der wichtige Beschlüsse für die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas im Rahmen der OEEC gefaÙt wurden. Auf der Tagesordnung der Ministerratssitzung, an der auch die Landwirtschaftsminister der OEEC-Mitgliedstaaten teilnahmen, standen u. a. folgende Punkte:

europäische Agrarpolitik;

Probleme der europäischen Energieversorgung und der Verwendung von Atomenergie;
europäische Handelspolitik;
die gegenwärtige Wirtschaftslage der Mitgliedstaaten der OEEC.

Agrarpolitik

Den Beratungen des Ministerrats über die Agrarpolitik lag der Bericht des im Februar 1956 eingesetzten Ministerausschusses für Landwirtschaft und Ernährung über die „Agrarpolitik in Europa und Nordamerika“

³¹) EntschlieÙung über die Verkehrsprobleme der Gemeinschaft, Protokoll Nr. 8, Dokument AC 2381, S. 15 f.

³²) Dokument Nr. 20.

³³) Dokument Nr. 28.

³⁴) Nach Artikel 24 des Vertrages kann die Gemeinsame Versammlung auf Grund des von der Hohen Behörde vorgelegten Gesamtberichts die Mitglieder der Hohen Behörde durch ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt zwingen.

³⁵) Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, vorläufige Ausgabe, Nr. 17, S. 789 f. Vgl. dazu den Kommentar in der Zeitschrift *Gauche européenne*, Paris, Nr. 33, Juli/August 1956, S. 9: „Diese Erklärung faÙt so ziemlich die Benurruhigung der europäischen Arbeitnehmer, insbesondere soweit sie in den Unternehmen der Gemeinschaft beschäftigt

sind, gegenüber dem Zögern und der Schwäche einer Hohen Behörde zusammen, die den Pressionen der großen wirtschaftlichen Interessen gegenüber allzu empfindlich ist ... Die Arbeitnehmer der EGKS haben endlich ihren richtigen Weg gefunden. Schwere Auseinandersetzungen bereiten sich vor. Sie werden vielleicht den Konformismus der bürokratischen Einrichtungen und diese Art wohlmeinender Väterlichkeit durchbrechen können, welche die gegenwärtigen europäischen Aktionen kennzeichnen. Aber dabei ist nichts zu befürchten. An dem Tage, an dem die Arbeiter auf die Straße gehen, an dem sie sich im Rahmen Europas für die Besserung ihrer Kollektivsituation schlagen werden, an diesem Tage wird der europäische Romantismus verschwunden, aber das wirkliche Europa endgültig gerettet sein.“

zugrunde¹. Die Ergebnisse dieses Berichtes waren vom OEEC-Generalsekretariat in einer Note an den Ministerrat² zusammengefaßt worden. Der Ministerrat billigte in einer Entschließung³ die vom Ministerausschuß für Landwirtschaft und Ernährung in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Lösung der europäischen Agrarprobleme. Gleichzeitig wurde dem Ministerausschuß für Landwirtschaft und Ernährung empfohlen, bei seinen weiteren Arbeiten folgende Ziele anzustreben:

1. eine fortschreitende Verbesserung der Agrarstruktur;
2. die Förderung der Produktivität auf dem Gebiet der Erzeugung und der Verteilung von Agrarprodukten;
3. eine schrittweise Koordinierung der Agrarpolitik der OEEC-Mitgliedstaaten;
4. die Steigerung des innereuropäischen Handels mit Agrarprodukten durch gemeinsame Maßnahmen zur Lockerung der Einfuhrbestimmungen für Agrarerzeugnisse und durch den Abbau der den Wettbewerb auf dem Agrarsektor verfälschenden Maßnahmen.

Der Ministerrat gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß, soweit es die Umstände erlauben, Vorschläge im Sinne dieser Anregungen vom Ministerausschuß für Landwirtschaft und Ernährung bis zum 31. März 1957 vorgelegt werden.

Damit versucht der OEEC-Ministerrat zum ersten Male in seiner Geschichte, die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas auch auf den Agrarsektor auszudehnen. Er handelte dabei in der Erkenntnis, daß es unmöglich ist, den Agrarsektor aus der übrigen Wirtschaft auszuklammern und allein der autonomen Politik der Mitgliedstaaten zu überlassen⁴.

Probleme der europäischen Energieversorgung und der Verwendung von Atomenergie

Im vergangenen Jahre hatte die OEEC als erste internationale Organisation den Versuch unternommen, eine europäische Energiebilanz⁵ aufzustellen. Diese Bilanz war zu dem Ergebnis gekommen, daß sich der Gesamtenergiebedarf der Mitgliedstaaten infolge der expansiven Tendenzen der Weltwirtschaft und des zunehmenden Lebensstandards ständig erhöhen wird. Um dadurch möglicherweise entstehende Versorgungsschwierigkeiten zu eliminieren, war vorgeschlagen worden, im Rahmen der OEEC eine besondere Institution zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, Maßnahmen anzuregen, die Nachfrage und Erzeugung von Energie im Gleichgewicht halten sollen.

Der Ministerrat hat nunmehr in einer Resolution⁶ von diesen Vorschlägen Kenntnis genommen und sie im Prinzip gebilligt. Er beschloß die Einsetzung einer Arbeitsgruppe (Nr. 14), die im September 1956 ihre Arbeit aufnehmen und bis zum Ende des Jahres dem Ministerrat Vorschläge zu folgenden Fragen unterbreiten soll:

1. die auf Grund des Energieberichtes einzuleitenden Maßnahmen, um die im Bericht befürchteten Versorgungslücken zu schließen;
2. die besonderen Aspekte des Berichtes festzustellen, die für die Arbeit der OEEC-Organe von Wichtigkeit sind;
3. die Form und die Bedingungen für eine europäische Energiekommission festzulegen, die im Rahmen der OEEC gebildet werden soll.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten wurden eingeladen, sich an der Arbeitsgruppe Nr. 14 durch hohe Ministerialbeamte zu beteiligen. Gleichzeitig wurde vom Ministerrat beschlossen, die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und von Kanada sowie die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Vorsitzenden der OEEC-Ausschüsse für Kohle, Oel, Elektrizität und Gas einzuladen, ebenfalls an den Arbeiten der erwähnten Arbeitsgruppe teilzunehmen.

Von besonderer Wichtigkeit dürften die Entscheidungen des Ministerrats auf dem Gebiet der gemeinsamen Verwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken sein. Während die sechs Mitgliedstaaten der Montanunion noch über den Euratom-Vertrag in Brüssel verhandeln, sind durch die Entscheidungen des OEEC-Ministerrats die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß eine europäische Zusammenarbeit hinsichtlich der friedlichen Verwendung der Atomenergie im Rahmen der Mitgliedstaaten der OEEC beginnen kann. Allerdings wurde hierbei von den an der Brüsseler Regierungskonferenz beteiligten Staaten der Vorbehalt gemacht, daß die Zusammenarbeit auf dem Atomsektor im Rahmen der OEEC nicht im Widerspruch zu einer konkreteren und weiterreichenden Aktion auf Grund des angestrebten Euratom-Vertrages stehen sollte.

Den Beratungen des Ministerrates lag ein Bericht⁷ des am 29. Februar 1956 gegründeten OEEC-Sonderausschusses für Atomenergie zugrunde. Der Ministerrat billigte den Inhalt dieses Berichtes und seiner Anlagen und sieht in ihm die Grundlage für die weitere Arbeit der OEEC auf dem Atomsektor.

Der Ministerrat beschloß die Einsetzung eines Lenkungsausschusses für Atomenergie, der sich aus Vertretern aller Mitgliedstaaten sowie der beiden assoziierten Mitglieder (Vereinigte Staaten und Kanada) zusammensetzen soll. Dem neu geschaffenen Lenkungsausschuß wurde eine Reihe wichtiger Aufgaben übertragen:

1. Die Vorbereitung der Gründung der von der OEEC in Aussicht genommenen drei Gemeinschaftsunternehmen:
 - a) ein Werk für Isotopentrennung, also für die Produktion von angereichertem Uran;
 - b) ein Werk für die chemische Behandlung des Urans zum Zwecke der Plutoniumgewinnung;
 - c) eine Anlage für die Herstellung Schweren Wassers.

¹) „Agricultural Policies in Europe and North America“, First Report of the Ministerial Committee for Agriculture and Food, OEEC, Paris, Mai 1956.

²) „European Agricultural Problems“, Note by the Secretary-General to the Council, Paris 17th July 1956, Press/A(56)27.

³) „Resolution Concerning European Agricultural Problems and the Work of the Ministerial Committee for Agriculture and Food“, Paris 19th July 1956, Press/A(56)36.

⁴) Harold Macmillan: „We cannot separate what happens in agriculture from what happens in the rest of the economy.“ Pressekonferenz am 19. Juli 1956, OEEC Press D(56)28.

⁵) Deutsche Ausgabe: „Europas Energiebedarf, sein Anwachsen und seine Deckung“, Bonn: Bundesverlag 1956.

⁶) Resolution of the Council Concerning the Report of the Commission for Energy and the Action of the Organisation Relating thereto (adopted by the council at its 334th meeting on 18th July 1956), Paris 18th July 1956, Press/A(56)28.

⁷) Report of the Special Committee for Nuclear Energy to the Council, Paris, 17th July 1956, Press/A(56)26, and Annexes: annex I „Joint Undertakings“, annex II „Security Control“, annex III „Intra-European Trade“, annex IV „Legislation — Training — Standardisation“, annex V „Steering Committee for Nuclear Energy“.

Zur Vorbereitung dieser Gründungen wurden Studiengruppen ins Leben gerufen, an denen sich die Mitgliedstaaten, sofern sie es wünschen, beteiligen können. Die Studiengruppen sollen ihre Arbeit spätestens am 15. September 1956 aufnehmen und dem Lenkungsausschuß innerhalb von sechs Monaten über die Ergebnisse ihrer Arbeiten berichten.

2. Die Organisation einer internationalen Sicherheitskontrolle. Die vorgesehene Kontrolle soll sicherstellen, daß:
 - „a) der Betrieb der Gemeinschaftsunternehmen,
 - b) die Durchführung multilateraler oder bilateraler Abmachungen betreffs der Ausübung dieser Kontrolle,
 - c) der Gebrauch jedweden Materials, das die Mitgliedstaaten der Kontrolle unterwerfen,

keinerlei militärischen Zwecken dienen“.⁸

Der Lenkungsausschuß wurde ferner beauftragt, den Entwurf eines Statuts für die vorgesehene Kontrollorganisation auf der Basis der Vorschläge des Anhangs 2 des Berichtes des Sonderausschusses für Atomenergie vorzulegen. Darüber hinaus soll der Lenkungsausschuß dem Rat konkrete Vorschläge über die Ausdehnung der Kontrolle auf bilaterale Abkommen vorlegen und unverzüglich in Verhandlungen eintreten, um mit der geplanten Internationalen Atomenergie-Behörde zu einer Abgrenzung der beiderseitigen Tätigkeitsgebiete hinsichtlich der Sicherheitskontrolle zu kommen. Außerdem soll der Lenkungsausschuß die Vereinbarungen prüfen, die mit der Euratom-Gemeinschaft im Falle ihres Zustandekommens getroffen werden müßten, um das von der OEEC vorgesehene Sicherheitssystem mit dem im Euratom-Projekt vorgesehenen Sicherheitssystem zu koordinieren und, wenn möglich, zu vereinigen.

3. Die Ausarbeitung von Vorschlägen in Zusammenarbeit mit dem Handelsdirektorium der OEEC, um die größtmögliche Freiheit im innereuropäischen Handel mit Produkten sicherzustellen, die für die Erzeugung und den Gebrauch von Atomenergie für friedliche Zwecke von besonderem Interesse sind. Zu diesem Zweck wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe des Handelsdirektoriums und des Lenkungsausschusses für Atomenergie gegründet, die dem Ministerrat ebenfalls innerhalb von sechs Monaten über die zu ergreifenden Maßnahmen berichten soll. Der Ministerrat selbst beschloß, vorerst die gegenwärtigen Handelsbedingungen (Zölle, Kontingente usw.) für den Austausch von Waren, die ausschließlich oder auch für die Kernenergiewirtschaft verwendet werden, nicht zu verschärfen⁹.
4. Die Durchführung einer eingehenden Untersuchung über die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen in den Mitgliedstaaten, insbesondere zum Schutz der Bevölkerung. Desgleichen sollen die Fragen einer Atom-Risikoversicherung geprüft werden. Schließlich soll der Lenkungsausschuß Vorschläge für eine enge

Zusammenarbeit der OEEC-Mitgliedstaaten bei der Ausbildung von Fachkräften, dem Erfahrungsaustausch und der Normung auf dem Gebiet der Atomenergie unterbreiten.

5. Die Vorbereitung des Entwurfs eines Statuts für eine zukünftige europäische Atomenergie-Agentur. Zu diesem Zweck wurde eine besondere Arbeitsgruppe eingesetzt, deren Aufgabe es ist, die Arbeiten der OEEC mit den Arbeiten der Brüsseler Regierungskonferenz abzustimmen¹⁰.

Handelspolitik

Die Probleme der Handelspolitik der OEEC-Mitgliedstaaten waren ein weiterer wichtiger Beratungspunkt des Ministerrats. Das Handelsdirektorium des OEEC-Generalsekretariats hatte dem Ministerrat vorgeschlagen, die ursprünglich bis zum 30. September 1956 befristete neunzigprozentige Liberalisierung durch eine unbefristete Verlängerung zu konsolidieren. Darüber hinaus war dem Ministerrat empfohlen worden, Maßnahmen für eine fortschreitende Befreiung des europäischen Handels von den noch bestehenden Beschränkungen zu ergreifen. Dieses sollte vor allem durch einen weiteren Abbau der Einfuhrkontingentierungen sowie durch die grundsätzliche Billigung eines Zollsenkungsplanes geschehen. Der Ministerrat konnte sich jedoch nach eingehenden Diskussionen nur zu einer bis zum 31. Dezember 1957 befristeten Verlängerung der bestehenden Liberalisierungsverpflichtungen entschließen¹¹.

Gleichzeitig wurde das Handelsdirektorium der OEEC beauftragt, bis zum 1. April 1957 einen Bericht über die Möglichkeiten zu erstatten, den staatlichen Handel mit in die Berechnung der Liberalisierungssätze einzubeziehen, was bisher nicht der Fall ist. Außerdem wurde das Handelsdirektorium beauftragt, bis zum 31. Oktober 1956 über die allgemeine Situation auf dem Gebiet der Handelsliberalisierung und des Abbaus von Handelsbeschränkungen zu berichten.

Während der Ratssitzung wurde von dem OEEC-Generalsekretär, René *Sergent*, eine weitgehende Zusammenarbeit zwischen den sechs Mitgliedstaaten der Montanunion und den übrigen Mitgliedstaaten der OEEC auf dem Gebiet der Schaffung eines gemeinsamen Marktes angeregt. Der Vorschlag des OEEC-Generalsekretärs zielt auf die Schaffung einer europäischen „Freihandelszone“ im Sinne des GATT ab. Dabei ist unter Freihandelszone ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu verstehen, das sich aus mehreren Ländern zusammensetzt, wobei im internen Handelsverkehr dieser Länder keine Zölle erhoben werden. Dagegen werden die nationalen Zollsätze der einzelnen Mitglieder dieser Freihandelszone gegenüber Drittländern aufrechterhalten. Hierin besteht der wesentliche Unterschied zu der bei den Brüsseler Regierungsverhandlungen angestrebten Zollunion. Bei der Zollunion herrscht nicht nur Zollfreiheit im Handelsverkehr zwischen den Teilnehmerstaaten, sondern es besteht ein einheitlicher Außentarif für alle Mit-

⁸) „(i) the operation of the joint undertakings; (ii) the implementation of multilateral or bilateral arrangements involving the application of such control; and (iii) the use of any materials that the Member countries may submit to the control shall not further any military purpose“; Paris, 18th July 1956, Press/A(56)30.

⁹) Decision of the Council Concerning Standstill Measures

in Respect of Intra-European Trade in the Field of Nuclear Energy, Paris, 18th July 1956, Press/A(56)31.

¹⁰) Resolution of the Council Concerning the Liaison to be Established with the Inter-Governmental Committee Working in Brussels, Paris, 19th July 1956, Press/A(56)37.

¹¹) Decision of the Council Concerning the Extension of 90% Liberalisation and the Tariff Problem, Paris, 19th July 1956, Press/A(56)33.

gliedstaaten der Zollunion gegenüber Drittländern. Es wäre also durchaus denkbar, daß neben dem Projekt einer europäischen Zollunion, zu der sich die sechs Mitgliedstaaten der Montanunion zusammenschließen, auch noch die Konstruktion einer europäischen Freihandelszone tritt, die alle Mitgliedstaaten der OEEC umfaßt.

Der Vorschlag des OEEC-Generalsekretärs fand beim Ministerrat ein lebhaftes Echo. Es wurde beschlossen, eine Sonderarbeitsgruppe einzusetzen, deren Aufgabe es sein soll, die Möglichkeit einer Assoziation zwischen dem auf einer Zollunion beruhenden gemeinsamen Markt der sechs Montanunion-Staaten und den übrigen OEEC-Staaten im einzelnen zu untersuchen¹². In diesem Sinne wird in der Resolution des Ministerrats ausdrücklich die vom OEEC-Generalsekretär vorgeschlagene europäische Freihandelszone als Möglichkeit für die Realisierung einer solchen Assoziation erwähnt. An der neugeschaffenen Arbeitsgruppe, die dem Ministerrat bis zum Ende dieses Jahres über die Ergebnisse ihrer Untersuchungen berichten soll, können alle Mitgliedstaaten der OEEC teilnehmen, die ihre Mitarbeit an diesem Projekt dem Generalsekretariat bis zum 31. August 1956 anzeigen.

Die Idee, eine europäische Freihandelszone zu schaffen, durch welche die Mitgliedstaaten der OEEC mit der Zollunion der Montanunion-Staaten assoziiert würden, hat bei den sechs Unionsländern, die gegenwärtig in Brüssel über die Gründung der Zollunion verhandeln, lebhaftes Zustimmung gefunden. Da auch die britische Delegation ihr Interesse an einem solchen Plan bekundet hat, scheint die Realisation dieses Vorschlags durchaus im Bereich der politischen Möglichkeiten zu liegen. Wie wichtig dieser neue Vorschlag vom Ministerrat genommen wurde, läßt sich auch daran erkennen, daß der Vorsitzende des Ministerrats, der britische Schatzkanzler Harold Macmillan, einstimmig beauftragt wurde, unverzüglich mit Paul-Henri Spaak, dem Vorsitzenden der Brüsseler Regierungskonferenz, in Kontakt zu treten, um die beste und erfolgversprechendste Methode für die Prüfung dieser Probleme festzulegen¹³.

Gleichzeitig wurde vom Ministerrat beschlossen, innerhalb des OEEC-Handelsdirektoriums die Arbeiten zur Aufstellung eines Zollsensungsplanes weiterzuführen.

Der Ministerrat wird zu Beginn des Jahres 1957 erneut zusammentreten, um den Bericht der erwähnten Sonderarbeitsgruppe über die Möglichkeit einer Assoziation aller OEEC-Staaten mit dem gemeinsamen Markt entgegenzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt will der Ministerrat feststellen, ob wesentliche Fortschritte in der Richtung einer europäischen Freihandelszone bis Ende 1957 erwartet werden können. Bejahendenfalls will der Rat die Arbeitsgruppe beauftragen, ihr begonnenes Werk so schnell wie möglich weiterzuführen. Falls jedoch der Bericht der Arbeitsgruppe keine wesentlichen Fortschritte bis Ende 1957 erwarten läßt, will der Ministerrat das OEEC-Handelsdirektorium beauftragen, den Zollsensungsplan mit dem Ziel fertigzustellen, daß dieser Plan am 1. Juli 1958 in Kraft treten könnte.

Die OEEC hat damit eine bemerkenswerte Alternative aufgestellt: Assoziation mit dem gemeinsamen Markt der Montanunion-Staaten oder Zollsensungsprogramm. Welcher dieser beiden Wege letztlich beschritten wird, dürfte nicht zuletzt von dem Ergebnis der Brüsseler Regierungsverhandlungen über die Bildung einer Zollunion abhängen.

Die wirtschaftliche Lage der Mitgliedstaaten

Der Ministerrat mußte feststellen¹⁴, daß in den vergangenen Monaten weiterhin inflationistische Tendenzen zu beobachten waren und daß sich die Preiserhöhungen in zahlreichen Ländern verstärkt haben. Gleichzeitig hat sich das wirtschaftliche Wachstum in einigen Ländern verlangsamt, und die Tendenz zu extremen Gläubiger- und Schuldnerpositionen innerhalb der Europäischen Zahlungsunion hat angehalten. In Anbetracht dieser Situation, welche die Gefahr eines Ungleichgewichts im innereuropäischen Handels- und Zahlungsverkehr und im Verkehr zwischen Europa und der übrigen Welt in sich birgt, hat der Ministerrat eine eingehende Untersuchung über die Wirtschaftslage der Mitgliedstaaten beschlossen. Zu diesem Zwecke wurde ein Ministerausschuß ins Leben gerufen, der im Oktober 1956 zusammentreten wird, um dem Ministerrat auf seiner nächsten Sitzung Bericht zu erstatten. Die Vereinigten Staaten und Kanada wurden eingeladen, auch in diesem Ministerausschuß mitzuarbeiten.

Harold Macmillan gab im Anschluß an die Ministerratssitzung auf einer Pressekonferenz bekannt¹⁵, daß die Frage der europäischen Wechselkurse kein Bestandteil der Untersuchung sein soll, die von dem eingesetzten Ministerausschuß im Oktober durchgeführt wird. Auf der gleichen Pressekonferenz wies Macmillan darauf hin, daß er in seiner Eigenschaft als Präsident des OEEC-Ministerrats von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard die Zusicherung erhalten habe, daß die Bundesrepublik entschlossen sei, an der gegenwärtigen Parität der Deutschen Mark festzuhalten. Macmillan fügte in seiner Eigenschaft als britischer Schatzkanzler hinzu, daß Großbritannien an der Erklärung, die der damalige Schatzkanzler Butler in Istanbul im vergangenen Jahre auf der Tagung des Internationalen Währungsfonds über die Aufrechterhaltung der Sterlingparität abgegeben hat¹⁶, in allen Punkten festhalte.

Diese Erklärungen dürften das Ziel verfolgen, den während der letzten Wochen und Monate in zunehmendem Maße aufgetretenen Vermutungen über eine Aenderung der europäischen Währungsparitäten entgegenzutreten.

Mit diesen Beschlüssen des Ministerrats haben die Mitgliedsländer der OEEC zum Ausdruck gebracht, daß sie gewillt sind, ihre Zusammenarbeit im Rahmen der OEEC zu verstärken und diese Organisation weiterhin als eine entscheidende Basis für die Bemühungen um die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Europas anzusehen.

Wi.

¹²) Resolution of the Council Concerning the Study of the Relationship between the proposed European Customs Union and Member Countries not taking part therein, Paris, 19th July 1956, Press/A(56)32.

¹³) Pressekonferenz Macmillans, a. a. O.

¹⁴) Resolution of the Council Concerning an Examination of the Current Economic Situation in Member Countries, Paris, 18th July 1956, Press/A(56)29.

¹⁵) Pressekonferenz Macmillans, a. a. O.

¹⁶) Vgl. EA 21/1955, S. 8364.

Die Dritte Internationale Konferenz der ELEC in Brüssel

Vom 20. bis zum 22. Juni 1956 veranstaltete in Brüssel die von dem belgischen Baron *Boël* geleitete „Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (ELEC) ihre dritte internationale Konferenz, die unter dem Thema „Der gemeinsame Markt, Träger der sozialen Prosperität“ stand. Etwa 110 Teilnehmer aus zehn europäischen Ländern nahmen an dieser Konferenz teil. In der Eröffnungssitzung sprachen *E. Giscard d'Estaing*, *E. Beddington-Behrens*, *M. A. Vanistendael* und *Hermann J. Abs*.

Giscard d'Estaing, Präsident der französischen Sektion der ELEC, vertrat die Auffassung, daß der wirtschaftliche Fortschritt dem sozialen vorangehe und daß der technische Fortschritt auch dem Arbeiter zugute kommen müsse. Vom technischen Fortschritt hänge die Steigerung der menschlichen Produktivität ab und damit das Volumen der verfügbaren Produkte und die Höhe der Lebenshaltung. Der technische Fortschritt sei von der herrschenden Enge der Märkte in Europa gehemmt; um ihn ausnutzen zu können, bedürfe es des gemeinsamen Marktes.

Der Industrielle und Wirtschaftswissenschaftler *Beddington-Behrens*, Präsident der britischen Sektion der ELEC, vertrat in seinem Referat die britische Einstellung zum Plan des gemeinsamen Marktes. Die Sowjetunion könne bald schon ein ernst zu nehmender Konkurrent auf allen Weltmärkten sein, während sich die europäischen Staaten auf ihren traditionellen Export-Märkten erbittert bekämpften. Eine Vereinigung der ganzen EZU-Gruppe würde dagegen die konzentrierte industrielle Macht der freien europäischen Länder mit der ungeheuren effektiven und potentiellen Rohstoffproduktion der ihnen angeschlossenen Uebersee-Länder verbinden. Aus diesem Grund sei es notwendig, daß eine Erweiterung der Planungen des Spaak-Ausschusses ermöglicht werde, indem sie genügend elastisch gehalten werden. Großbritannien und wohl auch Skandinavien seien der Auffassung, daß die losere Struktur der EZU besser an die zukünftige Entwicklung angepaßt werden könne als die mehr „legalistische“ Form der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft. Größte Bedeutung messe Großbritannien der Beibehaltung des Präferenzsystems innerhalb des Commonwealth bei. Es sei jedoch trotzdem zu hoffen, daß es möglich sein werde, die Sonderstellung des Commonwealth mit dem einheitlichen europäischen Markt in Einklang zu bringen.

Vanistendael, Generalsekretär der Internationalen Konföderation Christlicher Gewerkschaften, sagte, seine Konföderation habe ständig die Aufgabe, den Vorrang des Sozialen vor dem Oekonomischen zu verteidigen, und der soziale Fortschritt sei nicht als das „automatische“ Resultat einer wirtschaftlichen Integration anzusehen. Die Konföderation trete für die Bildung eines europäischen Arbeitsamtes innerhalb des Internationalen Arbeitsamtes ein. Die Schaffung des gemeinsamen Marktes der Sechs werde von ihr deshalb mit aller Kraft unterstützt, weil er leichter zu verwirklichen sei als ein größerer Markt, dabei aber den Beitritt anderer Länder nicht ausschließe. Die Gewerkschaften beanspruchten einen angemessenen Platz in den bestehenden oder noch zu gründenden europäischen Organisationen; man könne nicht von den Arbeitnehmervertretungen verlangen, daß sie sich zu Propagandisten für Europa machten, ohne ihnen die aktive Teilnahme an der Konstruktion Europas zu gestatten.

Die Konföderation und die ihr angeschlossenen Verbände seien unter diesen Umständen ihrerseits bereit, konkrete und konstruktive Vorschläge auszuarbeiten.

Bankier *Abs*, der Präsident der deutschen Sektion der ELEC, sprach die Hoffnung aus, daß sich ein gemeinsamer Markt der Sechs als Anfang bewähren möge, man bevorzuge jedoch in Deutschland gegenüber dieser Lösung einen Markt unter Einschluß Großbritanniens. Der gemeinsame Markt dürfe nicht zu neuen Mauern gegenüber der Außenwelt führen. Auf Grund der westdeutschen Erfahrungen mit der sozialen Marktwirtschaft könnten die Fragen, ob der gemeinsame Markt zur besseren Beschäftigung führe und den allgemeinen Wohlstand fördere, nur bejaht werden. Das Problem sei, wie sich die Vorteile des gemeinsamen Marktes auch in wirtschaftlich schwächeren Gebieten zur Geltung bringen ließen.

Der Schwerpunkt des Kongresses lag nicht in Resolutionen oder der Aufstellung eines politischen Programms, sondern in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion. Den Teilnehmern lag eine fast hundertseitige Broschüre vor, die als Diskussionsgrundlage diene. In dieser Schrift, zu der der Generalsekretär der ELEC, *Lucien L. Sermon*, das Vorwort schrieb, untersuchten *Rudolf Meimberg*, *Pierre Dieterlen*, *Roy Harrod* und *G. A. Kohnstamm* die Konsequenzen des gemeinsamen Marktes. Die vier Berichte wurden in je einer Kommission erörtert und das Ergebnis am Schluß der Konferenz einer Plenarsitzung unterbreitet, von der die Berichte gebilligt wurden.

In seiner Einführung zu der erwähnten Unterlage untersuchte *Sermon* auf Grund von Statistiken die Möglichkeiten, innerhalb von zwanzig Jahren die europäische Produktivität von gegenwärtig einem Drittel der amerikanischen auf zwei Drittel zu erhöhen. *Sermon* hält dazu eine Wachstumsrate der europäischen Produktivität von 9 vH im Jahr für notwendig. Diese sei in einem gemeinsamen Markt erreichbar: im Europa der Sechs habe zwischen 1952 und 1955 eine Wachstumsrate von 9,5 vH bestanden. Auch vereinigt werde Europa nicht die gleichen Möglichkeiten haben wie die Vereinigten Staaten, und es könne sich dann auf keinen Fall den Luxus des Protektionismus leisten.

Zur Frage „Wird der gemeinsame Markt zur Arbeitslosigkeit oder im Gegenteil zu einer besseren Beschäftigung führen?“ stellte *Meimberg* fest, daß trotz der zu erwartenden Freisetzung von Arbeitskräften infolge der Rationalisierung die Aussichten für die Beschäftigung bei allmählicher planvoller Einrichtung des gemeinsamen Marktes gemäß den Projekten des Spaak-Planes günstig zu beurteilen seien, denn von der Errichtung des gemeinsamen Marktes sei eine Nachfrageexpansion zu erwarten, die eine Erweiterung der Kapazitäten zur Folge habe. Die Nachfrageexpansion sei durch die zu erwartenden Kosten- und Preisminderungen und durch die Eroberung neuer Absatzmärkte gegeben. Bei der Errichtung des gemeinsamen Marktes könne man auf die Erfahrungen mit der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft und mit Benelux zurückgreifen, beide Experimente seien derart, daß sie zur Errichtung des gemeinsamen Marktes ermutigten. Für Notstandsgebiete seien gewisse öffentliche Hilfen, vor allem zur Entwicklung ihrer „wirtschaftlichen Infrastruktur“, notwendig, aber auf lange Sicht sei auch hier der Einsatz kommerzieller Investitionen zu empfehlen. Dabei seien

jedoch gewisse Garantien hinsichtlich der Sicherheit des ausländischen Privateigentums unerläßlich. Die Mehrheit der Kommission, die sich mit Meimbergs Bericht befaßte, betonte ihre Auffassung, daß die Bildung einer supranationalen Behörde unerläßlich für die Verwirklichung und die kontinuierliche Entwicklung des gemeinsamen Marktes und für die Reglementation der Beschäftigung sei.

Gegenstand des zweiten Arbeitsbereiches, der auf den Ausführungen von Dieterlen basierte, war es, die Mittel für die Bekämpfung der „Umstellungsarbeitslosigkeit“ zu beschreiben. Dieterlen legte seinen Ausführungen die Auffassungen zugrunde, das beste Mittel, die Umstellungsarbeitslosigkeit zu verhüten, sei die Beschleunigung der Umstellung selbst. Zu den präventiven Maßnahmen gehöre vor allem die wirtschaftliche Entwicklung der bedrohten Gebiete. Die kurativen Maßnahmen umfassen Wiedereingliederungsmaßnahmen (Umsiedlungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) und das umfangreiche Problem der Entschädigung. Bezüglich der Umsiedlung diskutierten Dieterlen und seine Kommission die Frage einer europäischen Sozialcharta; dabei vertrat Dieterlen die Auffassung, eine gemeinsame Sozialcharta dürfe nicht den Anfang, sondern müsse die Krönung des gemeinsamen Marktes darstellen. Die Errichtung einer Stelle, an der sich Arbeitskräfte-Angebot und -Nachfrage treffen könnten, sei sehr zu begrüßen. Die Umstellungsarbeitslosen sollen hinsichtlich der Entschädigung keine Sonderbedingungen genießen, sondern es seien auch hier die bisher für die Entschädigung von Arbeitslosen üblichen Regelungen anzuwenden. Zur Förderung der Wanderung seien Maßnahmen zur Herstellung wirklicher Freizügigkeit durchzuführen.

Roy Harrod und seine Kommission wurden vor allem von dem Problem bewegt, wie eine liberale Handelspolitik auch im Falle einer Depression gewährleistet werden könne. Er vertrat die Auffassung, eine Import-Drosselung zwecks Zahlungsbilanzausgleiches lasse jedes Land in eine eigene „Depressions-Spirale“ geraten. Der „Weg der guten Nachbarschaft“ jedoch, bei dem die Länder in der Depression nicht zum Mittel der Import-Restriktionen greifen, führe über eine gegenseitige Konsultation der Länder hinsichtlich ihrer antizyklischen Politik und durch gegenseitige Rücksichtnahme aus der Depression heraus. Als Mittel für diese internationale Zusammenarbeit nannte Harrod den Internationalen Währungsfonds in einer verbesserten Form, die Weltbank, vor allem aber den Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC). Die sechs Länder des gemeinsamen Marktes sollten sich zur Sicherung und Fortführung der Liberalisierung, wie sie mittels der OEEC durchgeführt worden sei, auch im Falle der Depression verpflichten. Harrods Kommission ergänzte seine Ausführungen durch einige Empfehlungen zur „fiscal policy“, in denen es heißt, daß in Depressionen öffentliche Arbeiten durch Defizitpolitik finanziert und die Steuern nicht erhöht werden sollen. Zur Förderung der Pläne Harrods zur internationalen Zusammenarbeit wurde empfohlen, den Zustand der Depression von einem Amt des gemeinsamen Marktes feststellen zu lassen, damit Streitigkeiten über diesen Punkt verhindert würden. Ferner empfahl die Kommission die Einrichtung einer Verbindungsstelle für mannigfaltige Aufgaben zwischen der Behörde des gemeinsamen Marktes und der OEEC.

Kohnstamm und seine Kommission hatten die Wirkung der Realeinkommens-Steigerung eine Erhöhung des Wohlstandes zu untersuchen. Dabei ergab sich, daß der gemeinsame Markt in der Lage sei, auf dem Wege über die Realeinkommens-Steigerung eine Erhöhung des Wohlstandes herbeizuführen. Wenn aber der erhöhte Wohlstand nicht nur einzelnen Schichten oder einzelnen Gebieten zugute kommen solle, so müsse das Verteilungsproblem gelöst werden. Dies sei vornehmlich eine nationale Aufgabe, bei der den Gewerkschaften besondere Bedeutung zukomme. Der notwendige internationale Wohlstands-Ausgleich werde sich durch die Herstellung einer tatsächlichen Freizügigkeit der Arbeiter ergeben. Der gemeinsame Markt sei die Voraussetzung für die Ausnutzung der neuen Wohlstandsquellen: Automatisierung und Atomenergie. Hierfür seien jedoch beachtliche Investitionen erforderlich, wobei Einschränkungen des Konsums in Kauf genommen werden müßten. Eventuell eintretende Arbeitslosigkeit könne auf jeden Fall durch Arbeitszeitverkürzungen aufgefangen werden; in diesem Falle werde die Technik zur Förderung der Humanität.

Wolfgang Morgenstern

Jahreskongreß der „Nouvelles Equipes Internationales“

Vom 25. bis zum 27. Mai 1956 veranstaltete die Internationale Union Christlicher Demokraten (NEI) in Luxemburg ihren 10. internationalen Kongreß, an dem Delegierte aus 19 Ländern teilnahmen, unter ihnen auch Delegierte der christlich-demokratischen Exilparteien der osteuropäischen Länder. Zu den Rednern des Kongresses gehörten Pierre Henri Teitgen, Alfred Coste-Floret (beide Frankreich), Paul van Zeeland (Belgien) und Hugo Geiger (Bundesrepublik Deutschland).

Pierre Henri Teitgen begründete die Notwendigkeit des Euratom-Vertrages und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Ratifizierung dieses Vertrages beschleunigt vortragen gehen möge. Dieser Auffassung schloß sich der Kongreß in einer Entschließung an. Teitgen sprach die Vermutung aus, daß Frankreich den Euratom-Vertrag nicht werde ratifizieren können, falls damit der Verzicht auf eine militärische Nutzung der Atomenergie durch Frankreich verbunden sei; es gelte, in dieser Frage einen Kompromiß zu finden. Die Delegierten billigten auch die wichtigsten anderen Vorschläge des Brüsseler Sachverständigen-Komitees hinsichtlich des gemeinsamen Marktes und des europäischen Investitionsfonds. Ueber die Vorschläge des Brüsseler Berichts hinausgehend, forderten die Delegierten die Einrichtung eines europäischen Wirtschafts- und Sozialrates im Rahmen des gemeinsamen Marktes.

Eine der wichtigen Entschließungen faßte der Kongreß zu den Beziehungen zwischen Ost und West: er forderte eine gemeinsame politische Linie des Westens gegenüber der Sowjetunion und kritisierte die Methode der separaten Verhandlungen einzelner Länder mit dem Sowjetblock. Für die Länder Osteuropas werden freie Wahlen unter internationaler Kontrolle, die Freilassung aller politischen Gefangenen und Deportierten und die Betätigungsfreiheit für alle demokratischen Parteien gefordert.

Der ehemalige französische Ministerpräsident und Außenminister Robert Schuman nahm diesen Kongreß zum Anlaß, in einem Rundfunkinterview seinem Optimismus hinsichtlich der Lebenskraft der europäischen Idee Ausdruck zu geben.

Wolfgang Morgenstern

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Juli 1956

Die Ereignisse in Europa*

Deutschland

16. Mit der Veröffentlichung eines gemeinsamen Kommuniqués wird der am 13. Juli begonnene Staatsbesuch des indischen Premierministers, Jawaharlal *Nehru*, bei der Bundesregierung beendet. *Nehru* besucht am folgenden Tage noch Hamburg. In dem Kommuniqué wird das Einverständnis beider Regierungen festgestellt, „daß Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, territoriale Integrität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten die Grundlage für eine freundschaftliche und friedliche Zusammenarbeit aller Länder bilden“. Als Themen der Besprechungen erwähnt das Kommuniqué die allgemeine internationale Lage, die deutsche Frage im Zusammenhang mit der Weltlage und die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.
- 18.—20. Besuch des australischen Premierministers, Robert G. *Menzies*, in der Bundesrepublik. In einem am 17. Juli veröffentlichten Kommuniqué wird bekanntgegeben, daß die Besprechungen des Gastes mit der Bundesregierung volle Übereinstimmung in der außenpolitischen Zielsetzung beider Länder ergeben hätten: Beide Länder betrachteten die Sicherung des Friedens und die Verteidigung der freien Nationen als ihre wichtigste Aufgabe. Die Wiedervereinigung Deutschlands wird als wichtigstes europäisches Problem bezeichnet, ohne dessen Lösung eine dauernde Entspannung nicht möglich sei.
18. Bundeskanzler *Adenauer* antwortet auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, *Bulganin*, vom 6. Juni (vgl. dessen Wortlaut in EA 13/1956, S 9008). In seinem Antwortschreiben verweist der Bundeskanzler darauf, daß die Bundesrepublik durch ihren Beitritt zur Westeuropäischen Union sich einer effektiven internationalen Kontrolle ihrer Rüstung und einem totalen Verzicht auf die Produktion von Massenvernichtungswaffen unterzogen habe. Um zu einer wirksamen Abrüstung zu gelangen, müßten die Ursachen der internationalen Spannung beseitigt werden, wozu vor allem die Beseitigung der Spaltung Deutschlands gehöre.
19. Bundeskanzler *Adenauer* äußert vor Pressevertretern in Bonn Bedenken gegen die bei den Westmächten im Gange befindlichen Erwägungen einer Verminderung der Truppenstärken und der herkömmlichen Rüstungen zugunsten des Ausbaus der Atomrüstung. Er verweist darauf, daß eine Konzentration der Rüstung auf die Atomwaffen die Gefahr mit sich bringe, daß ein kommender Konflikt mit Atomwaffen ausgetragen wird. Am folgenden Tage gibt ein Regierungssprecher bekannt, daß der Vertreter der Bundesrepublik im Ständigen Rat der NATO beauftragt wurde, in diesem Sinne zu intervenieren. Die Botschafter der Bundesrepublik in Washington, London,

Paris und Rom treffen am 21. Juli zu Besprechungen mit der Bundesregierung in Bonn ein. Sie werden angewiesen, den Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, die Bedenken der Bundesregierung gegen die Umrüstungspläne vorzutragen. Am 26. Juli wird in Bonn bekanntgegeben, daß die Bundesregierung den Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union in einer Note ihren Standpunkt in dieser Frage mitgeteilt habe.

20. Der Bundesrat billigt gegen die Stimmen der Länder Bayern, Bremen, Hessen und Nordrhein/Westfalen das Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik. Nach seiner Unterzeichnung durch Bundespräsident *Heuss* tritt das Gesetz am 25. Juli in Kraft.

Zum Präsidenten des Bundesrats für 1956/57 wird der Erste Bürgermeister von Hamburg, Kurt *Sieveling*, gewählt.

Der Ministerpräsident der DDR, Otto *Grotewohl*, berichtet dem Ministerrat über die Ergebnisse der Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung in Moskau (vgl. Sowjetunion, vgl. den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung in EA 15/1956, S. 9065). *Grotewohl* erklärt, die Moskauer Abmachungen ermöglichten eine derartige Steigerung des Lebensstandards der DDR, daß in Zukunft die Frage der Wiedervereinigung „auf einem viel höheren Niveau und von einer stärkeren Position der DDR aus“ behandelt werden könne. Bei der Wiedervereinigung gehe es nicht nur um die „Erhaltung und Unantastbarkeit“ der „gesellschaftlichen Errungenschaften“ der DDR, sondern die Auffassung der DDR bestehe darin, „daß die Realisierung dieser Prinzipien für ganz Deutschland die einzige Plattform bietet, um Deutschland auf einem friedlichen Wege zu einer gesellschaftlichen Ordnung zu führen“.

22. Die Christliche Volkspartei des Saargebiets beschließt auf einem außerordentlichen Parteitag ihren Zusammenschluß mit der Deutschen Zentrums- und Christlichen Volkspartei. Die neue Partei wird den Namen „Christliche Volkspartei — Deutsches Zentrum“ tragen. Der ehemalige saarländische Ministerpräsident Johannes *Hoffmann* legt den Vorsitz der CVP nieder.
23. In Saarbrücken wird die Vereinigung der CDU des Saargebiets mit der CDU der Bundesrepublik vollzogen.

Der 1. Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer*, übt in Bonn scharfe Kritik an der Haltung der Bundesregierung in der Frage der Verminderung der konventionellen Streitkräfte. Er bezeichnet das Festhalten des Bundeskanzlers an der Aufstellung einer deutschen 500 000-Mann-Armee als „die letzte Ueberstülpung seiner Politik“.

28. Bundeskanzler *Adenauer* gibt zu den Äußerungen des sowjetischen Ministerpräsidenten, *Bulganin*, über Schlesien in Kattowitz (vgl. Polen) eine Erklärung ab, in der er darauf hinweist, daß Schlesien nur der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt sei und

*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für Juli auf S. 9125 bis 9128 dieser Folge.

daß eine endgültige Regelung dem Friedensvertrag vorbehalten bleibe.

31. Das Zentralkomitee der SED nimmt auf seiner 28. Tagung einen Rechenschaftsbericht des Ersten Sekretärs, Walter *Ulbricht*, „über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU und über die bisherige Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz“ entgegen. Das ZK faßt eine Entschlie-ßung über „die nächsten ideologischen Aufgaben der Partei“ und einen Beschluß über Parteiaufnahmen, in dem die Arbeiterklasse aufgefordert wird, „die Besten und Bewährtesten aus ihren Reihen“ in die SED zu entsenden. Durch einen weiteren Beschluß des ZK werden die Parteistrafen gegen Franz *Dahlem*, Anton *Ackermann*, Hans *Jendretzky* und Elli *Schmidt* aufgehoben. Ueber Paul *Merker* wird fest-gestellt, daß die ihm zur Last gelegten Anschuld-igungen in der Hauptsache politischer Natur sind und eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigen.

Frankreich

17. Der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, trifft zu einem eintägigen Besuch in Paris ein und führt Besprechungen mit Ministerpräsident Guy *Mollet* und Außenminister Christian *Pineau*. *Nehru* erklärt bei seiner Abreise, in gewissen Punkten gebe es zwar verschiedene Meinungen, aber auf weiten Gebieten sei man gleicher Ansicht gewesen. Der Ministerrat der OEEC tritt in Paris zu einer dreitägigen Sitzung zusammen. (Vgl. den Bericht auf S. 9113 dieser Folge.) In einer Note an die Sowjetregierung weist die fran-zösische Regierung den Vorschlag des Ministerpräsi-denten *Bulganin* über die Herabsetzung der Trup-penstärke (vgl. EA 13/1956, S. 9008) zurück, weil er nicht geeignet sei, zu einer Entspannung bei-zutragen.
- 18.—21. Kongreß der Kommunistischen Partei Frank-reichs in Le Havre. Generalsekretär Maurice *Thorez* setzt sich in seinem politischen Bericht für die Ak-tionseinheit der Sozialistischen und Kommunistischen Partei ein und erklärt, die Diskussion um die Ab-schaffung des Personenkults in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion habe das Vertrauen der fran-zösischen Werktätigen in den ersten sozialistischen Staat nicht erschüttert.

- 19.—20. In Paris hält das von Jean *Monnet* ins Leben gerufene Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa seine zweite Tagung ab.
27. Außenminister Christian *Pineau* übermittelt dem ägyptischen Botschafter eine Protestnote gegen die Nationalisierung der Suezkanal-Gesellschaft.

Griechenland

24. Der jugoslawische Präsident, Marschall *Tito*, trifft als Gast des griechischen Königs in Korfu ein. Am 27. Juli führt er in Anwesenheit von König *Paul* Besprechun-gen mit Ministerpräsident Konstantin *Karamanlis* über internationale Probleme und kehrt am folgen-den Tage nach Jugoslawien zurück.

Großbritannien

19. Das Unterhaus lehnt einen Mißtrauensantrag der Opposition gegen die Cypernpolitik der Regierung mit 319 gegen 256 Stimmen ab.

20. Das britische Außenministerium teilt mit, daß sich die britische Regierung unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu einer Unterstützung des Assuan-Bauprogramms entschließen könne.

23. In der Europa-Debatte des britischen Unterhauses erklärt Premierminister *Eden*, daß ein europäisches Sicherheitssystem nicht an die Bedingung geknüpft werden müsse, daß Deutschland der NATO angehört. Vielmehr müsse Deutschland die volle Entscheidungsfreiheit erhalten. *Eden* erklärt sich auch bereit, außer-halb der Abrüstungsdebatte die Angelegenheit der Kernwaffenexperimente zu erörtern. Zu den Erörte-rungen über eine Umstellung der strategischen Pla-nung erklärt er, eine solche müsse im Einvernehmen mit den anderen Alliierten erfolgen.

27. Eine Protestnote der britischen Regierung an Ägypten bezeichnet die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft als „eine ernsthafte Bedrohung der Frei-heit der Schifffahrt auf einem Wasserweg von lebens-wichtiger internationaler Bedeutung“.

29. In London beginnen zwischen dem britischen Außen-minister, Selwyn *Lloyd*, dem französischen Außen-minister, Christian *Pineau*, und dem amerikanischen stellvertretenden Unterstaatssekretär, Robert *Murphy*, Besprechungen über die durch die Nationalisierung der Suezkanal-Gesellschaft entstandene Lage.

31. Die britische Admiralität teilt mit, daß sie Schiffs-bewegungen zur Verstärkung der Verteidigung im östlichen Mittelmeer angeordnet habe. In London wird ein deutsch-britisches Abkommen über die Zusammenarbeit in der friedlichen Verwen-dung der Atomenergie unterzeichnet.

Island

21. Auf Grund der Parlamentswahlen vom 24. Juni 1956 (vgl. Zeittafel in EA 14/1956) wird unter Mitwirkung aller Linksparteien eine neue Regierung unter dem Ministerpräsidenten und Justizminister Hermann *Jonasson* (Progressivist) gebildet. Das Außenministe-rium übernimmt der Sozialdemokrat Gudmundur I. *Gudmundsson*.
24. Ministerpräsident Hermann *Jonasson* erklärt in einer Rundfunkansprache, Island werde den mit den Ver-einigten Staaten im Jahre 1951 geschlossenen Ver-teidigungsvertrag kündigen, wenn die amerikanischen Truppen nicht zurückgezogen würden. Die Regierung halte jedoch an einer Mitgliedschaft in der Nord-atlantikpakt-Organisation fest.

Jugoslawien

16. Das deutsche Auswärtige Amt gibt bekannt, daß Präsident *Tito* dem deutschen Botschafter in Belgrad versichert habe, daß die Haltung der jugoslawischen Regierung bezüglich einer Anerkennung der Deut-schen Demokratischen Republik durch den Besuch des Präsidenten in der Sowjetunion keinerlei Ver-änderung erfahren habe.
19. Zum Abschluß des am 12. Juli begonnenen Staats-besuches des ägyptischen Präsidenten, Gamal Abdel *Nasser*, unterzeichnet dieser mit Präsident *Tito* eine gemeinsame Erklärung, in der die Einheitlichkeit in der Beurteilung der weltpolitischen Probleme und ein Bekenntnis zu den Prinzipien der Konferenz von Bandung zum Ausdruck kommt.

Abschluß einer zweitägigen Zusammenkunft des indischen Premierministers, Jawaharlal *Nehru*, und des ägyptischen Präsidenten, Gamal Abdel *Nasser*, mit Präsident *Tito* auf der Insel Brioni. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekennen sich die Gesprächspartner zur aktiven Politik der Koexistenz und einer Minderung der Gegensätze zwischen den großen Machtblöcken. Sie befürworten eine Intensivierung der Abrüstung und die Einstellung von Kernwaffenversuchen, eine Förderung der Unterstützung unterentwickelter Gebiete und die Aufhebung der Hindernisse des internationalen Handels. Die Staatsmänner sind der Ansicht, daß alle Staaten, die den Forderungen der Charta der Vereinten Nationen entsprechen, in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen werden müssen, insbesondere die Volksrepublik China. Das Deutschlandproblem sei in Übereinstimmung mit den Wünschen des deutschen Volkes zu lösen.

Luxemburg

23. In Luxemburg werden Besprechungen zwischen dem deutschen Staatssekretär Walter *Hallstein*, dem französischen Staatssekretär Maurice *Faure* und dem luxemburgischen Ministerpräsidenten, Joseph *Bech*, über die Probleme der Moselkanalisierung aufgenommen.
24. Der Ministerrat der EGKS tritt zu seiner 35. Sitzung zusammen. Er billigt u. a. das mit der Schweiz und den schweizerischen Eisenbahnen geschlossene Abkommen über die Einbeziehung der Schweiz in das Tarifsystern des gemeinsamen Marktes, das am 28. Juli in Luxemburg von Vertretern der Schweiz, der Mitgliedstaaten der Montanunion und der Hohen Behörde unterzeichnet wird.

Niederlande

21. Die leitenden Vorstandsmitglieder der „Beweging van Europese Federalisten“ (Niederlande), des „Mouvement Fédéraliste Français“ (Frankreich) und der „Europa-Union“ (Deutschland) beschließen in Den Haag die Gründung eines Aktionszentrums Europäischer Föderalisten (AEF) zum Erfahrungsaustausch und zur Koordination der Aktionen der angeschlossenen Organisationen.

Oesterreich

25. Der Nationalrat verabschiedet das Staatsvertrags-Durchführungsgesetz, das die Ueberführung deutscher Vermögenswerte in das Eigentum der Republik Oesterreich gemäß Artikel 22 des Staatsvertrages regelt.

Polen

- 21.—28. Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, *Bulganin*, in Warschau und anderen polnischen Städten. In einer Grußbotschaft an die Bevölkerung Schlesiens betont *Bulganin*, daß Schlesien zur polnischen Heimat zurückgekehrt und für immer polnisch sei.

Sowjetunion

16. Der ehemalige sowjetische Botschafter in Bonn, Valerian *Sorin*, sowie A. W. *Sacharow* und M. S. *Potolitschew* werden zu stellvertretenden Außenministern ernannt.

Der Oberste Sowjet billigt den Beschluß der Sowjetregierung auf Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen und fordert in einem Appell die Parlamente aller Staaten der Welt auf, diese Initiative der Sowjetregierung zu erörtern und zu unterstützen. Gleichzeitig wird ein Gesetz über die Umwandlung der Karelo-Finnischen Sowjetrepublik in eine Autonome Republik innerhalb der Russischen Föderativen Sowjetrepublik verabschiedet. In der gleichen Sitzung fordert der sowjetische Außenminister, Dimitri T. *Schepilow*, die Einstellung aller Kernwaffenexperimente.

17. Die am Vortage begonnenen Verhandlungen zwischen einer Delegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Ministerpräsident Otto *Grotewohl* und Walter *Ulbricht* einerseits und Ministerpräsident *Bulganin* und dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, *Chruschtschow*, werden mit einer gemeinsamen Erklärung beendet. (Vgl. den Wortlaut in EA 15/1956, S. 9065.) Auf einem Empfang erklärt Parteisekretär Chruschtschow, der Westen wünsche die Wiedervereinigung auf kapitalistischer Grundlage, dagegen erstrebe die Deutsche Demokratische Republik die Wiedervereinigung auf sozialistischer Grundlage. Da dies zur Zeit noch nicht möglich sei, müsse man mit viel Geduld warten, bis beide Teile Deutschlands eine gemeinsame Sprache gefunden haben.
21. Die Sowjetregierung übermittelt der britischen Regierung eine Note, in der diese aufgefordert wird, gemeinsam mit der Sowjetunion einen Appell an die Regierung von Südvietnam zu richten, daß sie mit Nordvietnam Verhandlungen über die Abhaltung von Wahlen in ganz Vietnam aufnehme.
22. Auf einem Empfang in der belgischen Botschaft erklärt Außenminister Dimitri T. *Schepilow* gegenüber Journalisten, daß sich in der Sowjetregierung niemand mit der Frage der Finanzierung des Baus des Assuan-Dammes befasse und daß man dem Projekt keine lebenswichtige und akute Bedeutung zumesse.
30. Der japanische Außenminister, Mamoru *Shigemitsu*, trifft in Moskau ein und nimmt mit Außenminister Dimitri T. *Schepilow* Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages auf.

Spanien

19. In Madrid werden Besprechungen amerikanischer, spanischer und portugiesischer Militärexperten beendet, die sich, wie es in dem gemeinsamen Kommuniqué heißt, mit der Erörterung von iberischen Defensivplänen und ihrem Zusammenhang mit der Verteidigung Westeuropas befaßten.

Tschechoslowakei

30. Ministerpräsident Viliam *Siroky* befürwortet vor dem Parlament die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und schlägt den Abschluß eines Nichtangriffs-Paktes vor.

Ungarn

18. Matyas *Rakosi* tritt als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen und als Mitglied des Politbüros zurück. Das Zentralkomitee wählt zu seinem Nachfolger den bisherigen Wirtschaftsminister Ernő *Gerő*.

30. Ministerpräsident Andras *Hegedüs* setzt sich vor dem Parlament für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland ein. Das Parlament genehmigt eine Regierungsumbildung, bei

der Istvan *Hidas* zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten, György *Marosan* zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Imre *Horvath* zum Außenminister ernannt werden.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

20. Der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, hält sich zu eintägigen Besprechungen mit ägyptischen Politikern in Kairo auf.
26. Auf einer Großkundgebung in Alexandrien proklamiert Präsident Gamal Abdel *Nasser* die Verstaatlichung der Allgemeinen Suezkanal-Gesellschaft, deren Erträge für den Bau des Assuan-Dammes verwendet werden sollen. Die Gebäude und Anlagen der Gesellschaft werden militärisch besetzt. Das am gleichen Tage veröffentlichte Verstaatlichungsdekret sieht die Bildung eines Verwaltungsorgans vor, das ab sofort allein berechtigt ist, die Gesellschaft nach innen und außen zu vertreten. Die Aktionäre sollen, sobald alle Guthaben in ägyptische Hände übergegangen sind, gemäß dem Stande der Börsenkurse vom 25. Juli 1956 entschädigt werden.

AMERIKA

Panama

- 21.—22. Die Staatspräsidenten des amerikanischen Kontinents treffen sich in Panama zu einer Konferenz und bekennen sich in einer gemeinsamen Erklärung zur panamerikanischen Solidarität. In einer Rede erklärt Präsident *Eisenhower*, daß sich die amerikanischen Staaten nach und neben den Bemühungen um die gemeinsame Sicherheit nunmehr verstärkt dem Wohle des einzelnen widmen sollten. Er empfiehlt den Präsidenten die Ernennung von Vertretern, die praktische Vorschläge zur Verstärkung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, finanziellem, sozialem und technischem Gebiet ausarbeiten sollen.

Vereinigte Staaten

18. Auf einer Pressekonferenz erklärt Außenminister *Dulles* zu Presseberichten über Pläne einer Veränderung der strategischen Planung zugunsten des Einsatzes von Kernwaffen unter starker Einschränkung des Truppenbestandes, daß er einer Verminderung der Truppen keine politischen Bedenken entgegenzusetzen habe, wenn sie von der militärischen Führung empfohlen werde.
19. Das amerikanische Außenministerium gibt bekannt, daß die Entwicklung in Aegypten in den letzten Monaten für den Erfolg des Projektes des Assuan-

Dammes nicht günstig gewesen sei und es fraglich sei, ob Aegypten seine wirtschaftlichen Hilfsquellen auf dieses Vorhaben konzentrieren könne. Die amerikanische Regierung ziehe daher ihr Angebot finanzieller Hilfe zurück.

24. Der Senat billigt endgültig das Auslandhilfegesetz 1956 in Höhe von 4,1 Milliarden Dollar und spricht ein Verbot weiterer Rüstungskredite an Jugoslawien aus.

ASIEN

Afghanistan

25. Der türkische Ministerpräsident, Adnan *Menderes*, wird zu einem mehrtägigen Besuch in Kabul empfangen, um mit der afghanischen Regierung Besprechungen über eine Verbesserung der Beziehungen der beiden Länder und über die Grenzstreitigkeiten zwischen Afghanistan und Pakistan zu führen.

Burma

31. Die Regierung gibt bekannt, daß sie der chinesischen Regierung einen Protest wegen einer Invasion chinesischer Truppen in burmesische Grenzgebiete übermittelt und die sofortige Zurückziehung der Truppen gefordert habe.

Volksrepublik China

29. Der Abt und Mitregent des Gebiets von Gyantse in Südtibet, *Thupten Nyenjah*, teilt in einem in der Zeitung *The Statesman* in Delhi veröffentlichten Brief mit, daß im östlichen und nordöstlichen Tibet ein Unabhängigkeitskrieg im Gange sei und die chinesischen Truppen in Richtung Lhasa zurückgedrängt würden.

Indien

24. Aus Protest gegen die Finanzpolitik des Premierministers tritt der Finanzminister, Sir Chintaman *Deshmukh*, zurück. Das Ressort wird von Premierminister *Nehru* selbst übernommen.

Libanon

21. Der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, trifft zu einem zweitägigen Besuch in Beirut ein und führt mit Ministerpräsident Abdullah *Yafi* und Außenminister Selim *Lahoud* Besprechungen, insbesondere über das Palästina- und das Algerien-Problem.

Die Organisation der Vereinten Nationen

16. Die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen beendet ihre Sitzungsperiode und betraut ihren Unterausschuß mit der weiteren Behandlung der eingebrachten Vorschläge.
20. Der Sicherheitsrat empfiehlt der Vollversammlung einstimmig die Aufnahme Marokkos in die Vereinten Nationen.
20. Die Weltbank zieht als Folge der ähnlichen Beschlüsse der amerikanischen und britischen Regierung

ihr Angebot auf Finanzierung des Staudammprojektes bei Assuan in Höhe von 200 Millionen Dollar zurück.

25. Der Präsident der Weltbank gibt das Inkrafttreten des Statuts der Internationalen Finanzierungs-Gesellschaft bekannt.
26. Der Sicherheitsrat empfiehlt der Vollversammlung einstimmig die Aufnahme Tunesiens in die Vereinten Nationen.

Bücher und Broschüren

Achminow, Herman: Warum ändern die Sowjets ihren Kurs? Die Sowjetunion, Europa und das Deutschlandproblem. Köln: Verlag Rote Weißbücher 1953. 42 S. DM 0,50.

Braubach, Max: Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein/Westfalen. Köln — Opladen: Westdeutscher Verlag 1956. 40 S. (Geisteswissenschaften, Heft 54). DM 2,40.

Brill, Hermann L.: Das Sowjetische Herrschafts-System. Der Weg in die Staatssklaverei. Köln: Verlag Rote Weißbücher 1951. 182 S. DM 4,20.

Chambelland, Colette: Le syndicalisme ouvrier français. Paris: Les Editions Ouvrières 1956. 98 S. (Collection „Vous connaîtrez“). Ffrs. 285.

Demographic Trends in Western Europe, 1951—1971. A Report by the Manpower Committee. Paris: OEEC 1956. 155 S. Ffrs. 450. (C[55]322; MO[53]32).

The Engineering Industries in Europe. A Study by the Machinery Committee. Paris: OEEC 1956. 207 S. (Trends in Economic Sectors). Ffrs. 500 (EQ[56]1).

Code de la Libération / Code of Liberalisation. Nouvelle édition mise à jour au 1er Avril 1956. Paris: OEEC 1956. 126 S. (Zweisprachig). Ffrs. 220.

Documents on German Foreign Policy 1918—1945. Washington: U.S. Government Printing Office 1956. 729 S. (Department of State Publication 6312). \$ 3,25.

von Harpe, Werner: Die Sowjetunion, Finnland und Skandinavien 1945—1955. Zwei Berichte zu den internationalen Beziehungen der Nachkriegszeit. Tübingen: Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung 1956. 67 S. (Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte, Nr. 12). (Auslieferung durch Böhlau-Verlag, Köln). DM 8,—.

In zwei aufschlußreichen Studien gibt der Verfasser, ohne Wertung der politischen Ereignisse, einen Ueberblick über das Verhältnis der skandinavischen Staaten zur Sowjetunion seit 1945. Im ersten Teil veranschaulicht er, unter welchen Bedingungen Finnland eine Politik der strikten Neutralität in der Ost-West-Auseinandersetzung zu führen versucht hat, ohne daß es ihm jedoch gelungen wäre — nicht zuletzt als ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und als ein Zeichen wirtschaftlicher Abhängigkeit —, sich einer gewissen außenpolitischen Bindung an die Sowjetunion zu entziehen. Im zweiten Teil zeigt der Verfasser, wie andererseits Dänemark, Norwegen und Schweden ihre Unabhängigkeit und Optionsfreiheit gewahrt haben. Das Scheitern einer skandinavischen Verteidigungs-Union (1949) führte zwar zu einem „gespaltenen Skandinavien“, da sowohl Dänemark als auch Norwegen sich der NATO anschlossen und Schweden weiterhin eine Politik der bewaffneten Bündnislosigkeit verfolgte, ermöglichte es aber der Sowjetunion noch nicht, das westliche Bündnisystem im Ostseeraum und an der nördlichen Eismeerfront wesentlich zu schwächen.

Dem Anhang ist ein Verzeichnis der Dokumente zu den internationalen Beziehungen der Sowjetregierung in Nordeuropa von 1944—1955 (mit Quellennachweis) beigelegt (zusammengestellt von D. Geyer).

Dr. Hans-Adolf Jacobsen

Hofmann, Werner: Wohin steuert die Sowjetwirtschaft? Zur Deutung der Sowjetgesellschaft von heute. Berlin:

Dunker & Humblot 1955. 141 S. (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 15).

Dieses Buch, das aus den Arbeiten des Osteuropa-Instituts in München hervorgegangen ist, soll eine Lücke in der deutschen Forschung über die Sowjetunion schließen. Es ist bestrebt, die Wirtschaftsentwicklung der Sowjetunion zu beleuchten, wie sie sich seit dem Tode Stalins vollzog. Ohne ihr erklärtes gesellschaftliches Ziel im mindesten zu verändern und ohne den Charakter einer Zentralverwaltungs-wirtschaft abzustreifen, habe die Sowjetwirtschaft zunächst eine Wandlungsfähigkeit in ihren Formen und praktischen Prinzipien an den Tag gelegt, die man bis dahin nicht für möglich gehalten hatte. Die erneute Wendung mit den Beschlüssen des Zentralkomitees der KPdSU vom Januar und des Obersten Sowjets vom Februar 1955 hätten das Rätselraten in aller Welt verstärkt. Dem Verfasser erscheint daher eine Reihe von Fragen der Sowjetwirtschaft neu gestellt. Auf der Suche nach den Antworten unternimmt er zunächst eine sorgsame Bestandsaufnahme und Prüfung der Veränderungen in der Sowjetunion, die als geglückt angesprochen werden muß. Nach der Suche von Antworten nach dem Sinn der neuen Wirtschaftspolitik der Sowjetunion gelangt der Autor zur Ueberzeugung, daß die Notwendigkeit einer späteren Rückkehr zu einer alleseitigen Entwicklung der sowjetischen Volkswirtschaft vorgezeichnet bleibe. Früher oder später müßten sich die alten Aufgaben aufs neue und dringlicher stellen. Der Zwang, dem industriellen Fundament der Gesellschaft den zivilisatorischen „Ueberbau“ hinzuzufügen, bleibe bestehen. Auf die Sowjetwirtschaft bezogen, heiße die Tendenz: vom schwerindustriellen über den schwerindustriell-agrarischen zum alleseitig entwickelten Industrie- und Agrarstaat. Diese Tendenz bleibe latent am Werk, unabhängig von den jeweils Mächtigen des Tages. (Die Arbeit ist im April 1955 abgeschlossen.) E. W.

The Iron and Steel Industry in Europe. A Study by the Iron and Steel Committee. Paris: OEEC 1956. 120 S. (Trends in Economic Sectors). Ffrs. 450. (IS[56]3).

Laugharne, Grace: Canada Looks Ahead. London — New York: Royal Institute of International Affairs 1956. 158 S. 11s.

Laws concerning the Nationality of Ships. New York: United Nations 1955. X, 203 S. (United Nations Legislative Series). (Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden). \$ 1,50.

Maritime Transport. A Study by the Maritime Transport Committee. Paris: OEEC 1956. 75 S. (Trends in Economic Sectors). Ffrs. 450.

Meissner, Boris: Sowjetrußland zwischen Revolution und Restauration. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft 1956. 232 S. DM 12,80.

Meissners Forschungen sind zum größten Teil den Wandlungen in der Herrschaftsordnung und in der sozialen Struktur der Sowjetunion gewidmet. Auch die vorliegende Sammlung von Essays und Porträts (die der Verfasser von 1949 bis 1956 in den Zeitschriften *Osteuropa*, *Gewerkschaftliche Monatshefte* und *Sonntagsblatt* veröffentlicht hat) stellt einen bedeutsamen Beitrag zur Erhellung dieser Problemkreise dar. Biographische Skizzen führender Politiker und der mehr und mehr in den Vordergrund drängenden Marschälle der Sowjetunion verdeutlichen den personellen sowie institutionellen Aufbau des Regierungssystems und dessen Uebergangscharakter seit dem Tode Stalins.

Ein Mitgliederverzeichnis der Partei- und Staatsexekutive (Stand vom 1. 5. 1956), eine ausführliche, dem neuesten Forschungsstand entsprechende Bibliographie und die Uebersicht „Wer ist wer in der Sowjetführung?“ (einschließlich Personenregister) sind dem Anhang beigelegt.

Dr. H.-A. Jacobsen

The Problem of Cost in the Inland Transport Industry. A Conspectus of the Work of the Costing Experts. Compiled by André Brunet. o. O. u. J. United Nations.

Vol. I: II, 270 S.; Vol. II (Annexes), 250 S. (Hektographiert). (ME/533/55). (Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden).

Sauer, Ernst: Grundlehre des Völkerrechts. 3. Neubearb. Auflage. Köln — Berlin: Carl Heymanns Verlag KG. 1955. XVI, 504 S.

Die dritte, neubearbeitete Auflage der „Grundlehre des Völkerrechts“ von Ernst Sauer bringt noch mehr als bisher das Hauptanliegen des Verfassers zum Ausdruck: das Völkerrecht, seine Beachtung und Durchsetzung auf den Solidaritätsgedanken innerhalb der Völkergemeinschaft zu gründen. Es geht Sauer, wie er dies in seiner ein Jahr zuvor (1954) veröffentlichten Abhandlung „Souveränität und Solidarität“ ausführlich darlegt, darum, den Gedanken der Solidarität unter den Staaten und bei den internationalen Organisationen bewußt dem „egoistischen Prinzip“ der Souveränität gegenüberzustellen und (wie es im Vorwort heißt) „ihn als ein völkerrechtliches Institut zu begreifen, das für die Weiterentwicklung des Völkerrechts entscheidend sein kann“. Dieser Versuch, dem man seine Sympathie nicht versagen kann, bestimmt die Grundhaltung und Theorien des in seiner Systematik und Zusammenstellung eigenwilligen Lehrbuches. Hier wird ein wünschbares Völkerrecht dargestellt, dessen Realisierbarkeit sich leider immer noch an der politischen Wirklichkeit stößt und das sich zwangsläufig von seiner jetzigen, tatsächlichen Funktion lösen muß und zum Postulat erhoben wird. Maßgebend sind für den Verfasser allgemeingültige, naturrechtlich beeinflusste Prinzipien, die für eine Bewertung des aus ihnen abgeleiteten Rechtsinhaltes eine Trennung von der Moral nicht möglich machen. Recht ist nach Sauer „verbindliche Sozialnorm“; von dieser Definition ausgehend, bestimmen sich auch Charakter und Bedeutung des Völkerrechts, wobei offenbleibt, inwieweit das Recht totalitärer Staaten noch Recht im Sinne des Verfassers genannt werden kann.

Das Buch ist eine zum Teil durch verhältnismäßig ausführliche geschichtliche Ueberblicke ergänzte, in ihrer Gedankenführung anregende Zusammenfassung der wichtigsten Völkerrechtsgebiete, der in einem Anhang eine nützliche Sammlung wichtiger Urkunden und Vertragstexte (die leider manchmal nur auszugsweise wiedergegeben werden) beigelegt ist.

Dr. Curt Gasteyer

SBZ von 1945 bis 1954. Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945—1954. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1956. 361 S., 10 Beil. (Auslieferung für den Buchhandel: Deutscher Bundes-Verlag, Bonn).

Statistical Yearbook / Annuaire Statistique 1955. Seventh issue. Prepared by the Statistical Office of the United Nations, Department of Economic and Social Affairs. New York: United Nations 1955. 644 S., zweisprachig (1955—XVII—10). (Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden).

Auf 183 umfangreichen und sehr detaillierten Tabellen bietet dieses zum siebenten Male herausgegebene Jahrbuch einen bis einschließlich 1954 (teilweise 1955) reichenden

lückenlosen statistischen Ueberblick, der über die Bevölkerungsbewegung, die Entwicklung der Produktion der einzelnen Konsum- und Kapitalgüter, die Preisgestaltung, die Energieversorgung, das Transportwesen und den Außenhandel bis zur Darlegung der Lohnentwicklung, des Lebenskostenindex und der Entwicklung der öffentlichen Finanzen sowie zu den verschiedenen Aspekten der Entwicklung auf dem kulturellen Sektor, wie Erziehungswesen, Rundfunk, Fernsehen und Pressewesen, reicht.

Das Jahrbuch, das wieder zweisprachig angelegt ist — in englischer und französischer Sprache —, dürfte in der vorliegenden Form das detaillierteste und umfangreichste statistische Handbuch der Welt sein. E. W.

Thieme, Werner: Reichskonkordat und Länder. Zur Frage der Vertragspartnerschaft von Bund und Ländern hinsichtlich der Schulartikel des Reichskonkordates. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. 1956. 29 S. DM 2,20.

Der Streit um die Gültigkeit des Reichskonkordates, mit dem das Bundesverfassungsgericht befaßt worden ist, ist nicht nur ein Streit um staatskirchenrechtliche und schulrechtliche Fragen. Bei ihm geht es auch um das grundsätzliche Verhältnis von Bund und Ländern. Aus diesem Fragenkomplex greift der Verfasser das bisher nur am Rande behandelte Problem heraus, wer heute — Bund oder Länder — Vertragspartner des Heiligen Stuhles ist. Der Verfasser weist nach, daß die Lehre von der Funktionsnachfolge, die im innerstaatlichen Bereich allgemeine Anerkennung gefunden hat, auch im Verhältnis von Staat und Kirche die strittigen Fragen befriedigend zu lösen vermag.

Waldo, Dwight: Political Science in the United States of America. A Trend Report. Paris: UNESCO 1956. 84 S. (Documentation in the Social Sciences). (UNESCO Publication No. 338). Ffrs. 250.

Weis, Eberhard: Geschichtsschreibung und Staatsauffassung in der französischen Enzyklopädie. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GmbH. 1956. VIII, 285 S. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 14, Abteilung Universalgeschichte).

Bibliographien

Commerce International. Théorie de l'échange international, Politique commerciale internationale, Libération des échanges. / International Trade. Theory of International Trade, International Trade Policy, Trade Liberalisation. 1950—1955. Paris: OEEC o. J. 85 S. (Zweisprachig). (Bibliographies de l'OECE / OEEC Bibliographies, No. 2). Ffrs. 250.

Zeitschriften

Europäischer Markt. Sonderheft der Zeitschrift „Der Polygraph“, 9. Jahrgang, Heft 11 vom 5. Juni 1956. Frankfurt am Main: Polygraph Verlag GmbH. 108 S. (deutsch, französisch und englisch). Einzelheft DM 1,50.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

August 1956

6. Jahrgang — Nr. 8

Die Tätigkeit des Europarats im Juli 1956

DIE HERBSTSITZUNG DER BERATENDEN VERSAMMLUNG UND DIE AUSSICHTEN DES EUROPARATS FÜR DAS KOMMENDE JAHR.

Der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr *Fernand Dehousse*, hielt am 19. Juli in Straßburg eine Pressekonferenz ab, auf der er den Arbeitsplan und die Tagesordnung der Beratenden Versammlung für die zweite Hälfte ihrer 8. Sitzungsperiode darlegte und über die Zukunftspläne des Europarats sprach.

Das Präsidium und der Ständige Ausschuß der Beratenden Versammlung werden Anfang September das Arbeitsprogramm der Versammlung endgültig festlegen, es wird etwa wie folgt aussehen:

- 15. Oktober Eröffnungssitzung, Zusammentritt der Ausschüsse und politischen Gruppen.
- 17. Oktober Aussprache über die Beziehungen zwischen der Beratenden Versammlung und den nationalen Parlamenten, eingeführt durch einen Bericht von Präsident *Dehousse*.
- 18./19. Oktober Allgemeine politische Aussprache, Berichterstatter Abgeordneter *Lodovico Benvenuti* (Italiener). — Der französische Ministerpräsident und ehemalige Präsident der Beratenden Versammlung, Herr *Guy Mollet*, sowie der französische Außenminister, Herr *Christian Pineau*, wurden zur Teilnahme an dieser Aussprache eingeladen.
- 20. Oktober Gemeinsame Sitzung der Abgeordneten der EGKS und der Beratenden Versammlung des Europarats.
- 21. Oktober Feierliche Einweihung des Fensters im Straßburger Münster, das durch eine europäische Spende gestiftet wurde. Es werden zahlreiche führende Persönlichkeiten aus ganz Europa an dieser Feier teilnehmen.
- 22./23. Oktober Aussprache über den Gemeinsamen Markt und Euratom mit Beteiligung von Herrn *Paul-Henri Spaak*, belgischer Außenminister und Vorsitzender des Brüsseler Ausschusses.
- 24. Oktober Aussprache über den Entwurf einer Europäischen Sozialcharta und über den Wirtschafts- und Sozialrat. Die Abendsitzung wird direkt im Fernsehen übertragen werden.
- 25. Oktober Aussprache über die Beziehungen der Versammlung der Westeuropäischen Union und der Beratenden Versammlung.
- 26. Oktober Abstimmung über die vom Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten vorgelegten Entschlüsse.

Präsident *Dehousse* erklärte, daß nach seiner Auffassung dieses und das kommende Jahr von allergrößter Bedeutung für Europa sein werden, und wies die Journalisten besonders auf folgende Arbeiten des Europarats hin: die kurz vor ihrem Abschluß stehende Konvention über die Regelung von Streitigkeiten, die Konferenz der kommunalen Spitzenorgane, die im Sitzungssaal des Europarats eine große Zahl von europäischen Bürgermeistern vereinigen werde, und die Europäische Sozialcharta sowie der Wirtschafts- und Sozialrat.

Präsident *Dehousse* gab seiner Befriedigung über das zustimmende Votum der französischen Nationalversammlung zur Euratom-Gemeinschaft Ausdruck und erklärte, er sei persönlich der Auffassung, daß das parlamentarische Organ von Euratom aus der Beratenden Versammlung des Europarats hervorgehen solle, um eine weitere Vermehrung internationaler Organisationen zu vermeiden. Schließlich erklärte der Präsident, daß das Präsidium der Versammlung beschlossen habe, die Organisation und Arbeit der politischen Gruppen zu erleichtern und die jährliche Sitzungsperiode in drei Abschnitte, im April, Oktober und Januar aufzuteilen.

I. TAGUNGEN DES RATES

Stellvertreter der Minister

Eine Arbeitsgruppe der Stellvertreter tagte am 5. Juli in Paris unter dem Vorsitz von Herrn *Cittadini-Cesi*, Ständigem Vertreter Italiens beim Europarat. Die Arbeitsgruppe prüfte eine Anzahl von Empfehlungen, Entschlüsse und Stellungnahmen der Versammlung und wird einen Bericht ausarbeiten, welcher der Vollsitzung des Ausschusses der Stellvertreter am 20. September in Straßburg vorgelegt werden wird.

Gemischter Ausschuß

Dieser Ausschuß, bestehend aus Vertretern des Ministerkomitees und der Beratenden Versammlung, tagte am 6. Juli unter dem Vorsitz des Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn *Fernand Dehousse*, in Paris. Der Ausschuß hatte einen Meinungsaustausch über die Rolle des Europarats und seine Arbeitsmethoden.

II. POLITISCHE FRAGEN

Allgemeiner Ausschuß

Der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten der Beratenden Versammlung tagte vom 19. bis zum 21. Juli unter dem Vorsitz von Herrn *François de Menthon* (Franzose) in Paris.

Die wichtigste Aufgabe der Tagung war die Vorbereitung der politischen Debatte auf der Oktobersitzung der Beratenden Versammlung. Die Themen für diese Debatte sind: „Die Politik des Europarats im Lichte der jüngsten Entwicklung der internationalen Lage“ und „Eine europäische Politik gegenüber dem Osten“. Herr *Benvenuti* (Italiener) wurde zum Bericht-

erstatte bestellt und beauftragt, einen Vorbericht auf der nächsten Tagung des Ausschusses am 13. September in Wien vorzulegen. Der Ausschuß befaßte sich auch mit der politischen Bedeutung der Lage auf der Insel Cypern.

Der Ausschuß prüfte den Bericht von Herrn Lujó Tončić (Österreicher) über den Entwurf der Europäischen Sozialcharta und die institutionellen Probleme dieses Projekts. Es wurde beschlossen, eine Stellungnahme der Ausschüsse für soziale und für wirtschaftliche Fragen einzuholen und erst nach deren Kenntnisnahme eine Beschlußfassung über das Projekt herbeizuführen.

Die europäische Organisation für die Atomenergie und die Schaffung eines gemeinsamen Marktes waren ebenfalls der Gegenstand von Erörterungen; der Ausschuß wird Berichte über diese beiden Themen für die Versammlung vorbereiten.

Am 21. Juli hielt der Ausschuß eine gemeinsame Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuß und den Verbindungsausschüssen Europarat/OEEC ab; den Vorsitz führte Herr *Cosmelli*, Ständiger Vertreter Italiens bei der OEEC. Die Vertreter dieser Organisation gaben Erläuterungen über die Arbeiten der OEEC auf dem Gebiete der Kernenergie.

Der Allgemeine Ausschuß wird am 12. September in Wien eine weitere gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß für Wirtschaftsfragen abhalten.

III. WIRTSCHAFTSFRAGEN

Ausschuß für Wirtschaftsfragen

Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen der Beratenden Versammlung tagte am 20. und 21. Juli in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Per *Federspiel* (Däne). Der Ausschuß hatte die Berichte zu prüfen, die der Versammlung im Oktober vorgelegt werden sollen. Die endgültige Fertigstellung der Berichte wird auf der nächsten Tagung in Wien am 11. September erfolgen.

Folgende Themen wurden behandelt:

Einführung eines gemeinsamen Marktes; die Berichtserstatte, Fritz *Hellwig* (Deutscher) und Roy *Jenkins* (Engländer), bereiten einen Bericht und einen Entschließungs-Entwurf vor.

Europäische Organisation der Atomenergie; der Berichtserstatte Gérard *de Geer* (Schwede), bereitet den endgültigen Bericht vor, der noch vom Ausschuß für Allgemeine Fragen geprüft werden muß

Bericht der europäischen Verkehrsminister-Konferenz und Bericht der europäischen Zivil-Luftfahrt-Konferenz; der Berichtserstatte, Edouard *Corniglion-Molinier* (Franzose), wird zu diesen beiden Themen Berichte und Entschließungsentwürfe ausarbeiten.

Vierter Jahresbericht der Hohen Behörde, ein Unterausschuß wird am 12. Oktober mit der Hohen Behörde zusammentreffen, Herr *de Geer* wurde zum Berichtserstatte bestellt.

Vereinfachung der Grenzformalitäten; der Ausschuß beauftragte seinen Vorsitzenden, die schriftliche Anfrage von Herrn Hermod *Lannung* (Däne) zu beantworten, Herr *Lannung* ist Vorsitzender des Unterausschusses für die Vereinfachung der Grenzformalitäten.

Wirtschaftsprobleme; der Abgeordnete Sean *MacBride* (Ire) wurde beauftragt, einen Bericht über den

Zahlungsausgleich, den Arbeitsmarkt, den Inflationsdruck, die Preissteigerungen und das mangelnde Gleichgewicht zwischen den Wirtschaften der Mitgliedstaaten auszuarbeiten.

IV. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

Europäische Beamtenschaft

Die Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Fragen eines europäischen Dienstrechtes hielt am 18. Juli in Paris zwei Sitzungen ab.

Der Ausschuß zur Prüfung der Frage der Struktur des Personals, der Einstellung, der Besoldung und der Pensionen, tagte unter dem Vorsitz von Herrn Armand *Daussin*, Verwaltungsdirektor des Europarats. Der Unterausschuß für die Pensionsfragen tagte unter dem Vorsitz von Herrn *Bernier*, Verwaltungsdirektor der OEEC.

Die Cypernfrage vor der Menschenrechtskommission

Die europäische Menschenrechtskommission hat jetzt den Unterausschuß eingesetzt, der nach den Bestimmungen der Konvention Ermittlungen über die griechische Beschwerde betreffend die Lage auf Cypern anstellen wird.

Statutengemäß besteht der Unterausschuß aus fünf durch das Los gewählte Mitglieder sowie je einem Mitglied, welches von den Parteien (Großbritannien und Griechenland) bestellt wird. Zunächst muß der Unterausschuß die Vertreter der Parteien befragen und sodann ein Ermittlungsverfahren durchführen, wobei die Parteien alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen haben. Anschließend muß der Unterausschuß versuchen, in Zusammenarbeit mit den Parteien eine friedliche Regelung im Sinne der Wahrung der Menschenrechte zu erreichen. Dieses Verfahren ist ausschließlich nach juristischen Gesichtspunkten zu führen, und etwaige Entscheidungen tragen keinerlei politischen Charakter.

V. SOZIALE FRAGEN

Abkommen über den Austausch von Kriegsversehrten

Die britische Regierung hat am 16. Juli die Ratifikationsurkunde für das Abkommen über den Austausch von Kriegsversehrten zwischen den Mitgliedern des Europarats zum Zwecke der Heilbehandlung hinterlegt. Dieses Abkommen wurde in Paris am 13. Dezember 1955 unterzeichnet und ist in Frankreich, Deutschland, Irland und Schweden bereits in Kraft getreten.

Europäische Konvention über soziale und medizinische Hilfe

Der Ständige Vertreter Belgiens beim Europarat, Herr Jean-Charles *Salmon*, hat am 24. Juli die Ratifikationsurkunde seiner Regierung für diese Konvention sowie für das Zusatzprotokoll, das den Anwendungsbereich auf Flüchtlinge ausdehnt hinterlegt. Diese Konvention wurde am 11. Dezember 1953 unterzeichnet und wird am 1. August 1956 in Belgien in Kraft treten. Sie ist bereits in Dänemark, Irland, Holland, Norwegen, dem Saargebiet, Schweden und Großbritannien in Kraft.

VI. KULTURELLE FRAGEN

Darstellung der europäischen Idee

Vom 10. bis zum 19. Juli hat die britische Regierung in Zusammenarbeit mit dem Europarat im Maria-Grey-

College in Twickenham eine Studientagung über die Darstellung der europäischen Idee durchgeführt. Diese Tagung stand unter dem Motto: „Die europäische Idee in Vergangenheit und Gegenwart.“ Die Teilnehmer waren Lehrer an höheren Schulen, Technischen Hochschulen, Hochschulen und pädagogischen Instituten europäischer Universitäten; 27 Lehrer aus verschiedenen Ländern des Rates nahmen teil.

Die Organisation der Tagung lag in den Händen des britischen Unterrichtsministeriums in Zusammenarbeit mit dem British Council und den schottischen Erziehungsbehörden, unter der Leitung von Herrn D. C. Riddy vom Unterrichtsministerium. Die Eröffnungsansprache hielt Lord Layton, Vizepräsident der Beratenden Versammlung, in Anwesenheit von Sir David Eccles, dem britischen Unterrichtsminister.

Folgende Vorträge wurden gehalten: „Das europäische Denken in Philosophie und Literatur“ von Professor Pierre Joulia, Paris — „Die europäische Einheit im Mittelalter“ und „Die europäische Einheit in der heutigen Welt“ von Professor Barraclough, Liverpool — „Errungenschaften und Probleme der Benelux-Länder“ von Herrn Paul van Zeeland — „Die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa“ von Professor Moeller vom Europakolleg in Brügge — „Der Europarat, seine Beziehungen und Probleme“ von Herrn John MacLay, Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union.

Drei Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit den Problemen der Zusammenarbeit auf kulturellem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Die Schlußansprache wurde ebenfalls von Lord Layton gehalten.

VII. BEVÖLKERUNG UND FLUCHTLINGE

Der Verwaltungsrat des Wiederansiedlungsfonds des Europarats für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse hielt seine erste Sitzung in Paris am 17. Juli unter dem Vorsitz von Herrn Werner Middelman (Deutschland) ab. Es wurden alle Maßnahmen zur Aufnahme der praktischen Arbeit dieses Organes in die Wege geleitet. (Vgl. Mitteilungen des Europarats, 6. Jahrg., Nr. 7.)

VIII. GESCHAFTSORDNUNG

Der Ständige Vertreter Italiens beim Europarat, Herr Cittadini-Cesi, hinterlegte am 11. Juli beim Europarat die Ratifikationsurkunde seiner Regierung für das Protokoll zum Abkommen über die Privilegien und Immunitäten des Europarats. Damit ist dieses Protokoll, das bereits am 6. November 1952 unterzeichnet wurde, in Kraft getreten. Die Ratifikationen folgender Länder liegen vor: Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Saar, Schweden und Großbritannien.

Dieses Protokoll behandelt die Stellung der Ständigen Vertreter der Mitgliedsländer sowie der Abgeordneten der Beratenden Versammlung und sichert ihnen für die Dauer ihrer Amtszeit die diplomatische Immunität zu.

IX. NATIONALE PARLAMENTE

Frankreich

Die Nationalversammlung stimmt Euratom zu.

Nach einer ausgedehnten Aussprache hat sich die französische Nationalversammlung am 11. Juli mit 342

gegen 183 Stimmen für den Antrag der Sozialisten ausgesprochen, wonach die Regierung die Verhandlungen zum Abschluß des Euratom-Vertrages fortführen soll. Am Schluß der allgemeinen Aussprache ergriff Ministerpräsident Guy Mollet das Wort, um den Standpunkt seiner Regierung noch einmal darzulegen:

„Euratom wird uns nicht zur Faulheit, sondern zu einer erhöhten Tätigkeit anregen. Die europäischen Bemühungen werden unsere nationalen Anstrengungen nicht ersetzen, sondern ergänzen. Der Euratom-Plan wird Doppelarbeit verhindern helfen und es ermöglichen, daß unsere menschlichen, technischen und finanziellen Mittel noch zweckmäßiger eingesetzt werden. Wenn wir uns vereinigen wollen, werden wir mehr erreichen, als wenn wir getrennt bleiben.“

In bezug auf die Institutionen von Euratom erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung noch keine Verpflichtung eingegangen sei, daß sie aber eine dem Europarat ähnliche Organisationsform begrüßen würde.

„Ich habe mir vorgenommen, unter allen Umständen nach folgender Regel zu verfahren: möglichst große Zusammenarbeit zwischen möglichst vielen Ländern. Frankreich will sich nicht mit dem Euratom-Plan begnügen, sondern wird jeden konkreten Plan unterstützen, der im Rahmen der OEEC die Beteiligung der hauptsächlichlichen Mitgliedsländer vorsieht.“

Herr Guy Mollet betonte nachdrücklich, daß Frankreichs Beteiligung an Euratom seine Verteidigungskapazität in keiner Weise beeinträchtigen werde, weder heute noch in Zukunft; er forderte, daß das Abstimmungsergebnis eindeutig sei:

„Ein positives Abstimmungsergebnis wird bereits die Bedeutung einer Verpflichtung haben, in einigen Monaten dem endgültigen Vertragstext zuzustimmen, falls dieser mit unseren Entschlüssen übereinstimmt.“

Großbritannien

Parlamentarische Beziehungen mit der EGKS

Am 9. Juli fragte der Abgeordnete George Chetwynd, ehemaliger Labour-Abgeordneter in der Beratenden Versammlung, den britischen Unterstaatssekretär im Außenamt, Lord John Hope, nach den Vorschlägen zur Herstellung von parlamentarischen Beziehungen mit der Gemeinsamen Versammlung der EGKS und der Einstellung der britischen Regierung zu diesem Problem.

Lord John Hope erwiderte, daß eine Verbindung zwischen dem britischen Parlament und der Gemeinsamen Versammlung sichergestellt sei durch die gemeinsamen Sitzungen der Mitglieder dieser Versammlung und der Beratenden Versammlung des Europarats. Dieses Verfahren arbeite zur Zufriedenheit, und eine Änderung sei daher zurzeit nicht erforderlich.

Auf eine weitere Frage von Herrn Chetwynd über die Notwendigkeit einer Verstärkung der britischen Zusammenarbeit mit der EGKS erwiderte Lord John Hope, daß weder die Hohe Behörde noch die Regierung Ihrer Majestät hier weitere Möglichkeiten sähen. Die derzeitige Lage sei durchaus zufriedenstellend, und Verbesserungen seien kaum denkbar.

Britische Beteiligung am Gemeinsamen Markt

Im Laufe des Juli wurden im britischen Unterhaus folgende Anträge eingereicht: Einmal wird gefordert, „daß das Unterhaus seine grundsätzliche Zustimmung für die etappenweise Einrichtung eines Gemein-

samen Marktes in Westeuropa gebe. Die Regierung Ihrer Majestät wird gebeten, die Einladung zur Teilnahme an den Verhandlungen mit den Vertretern Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und der Niederlande anzunehmen, damit im Falle eines Vertragsabschlusses die Möglichkeit einer britischen Beteiligung auf einer mit den Interessen des Commonwealth und des Empire vereinbaren Basis gegeben sei."

Im zweiten Antrag heißt es

„daß das Unterhaus sich über die Vor- und Nachteile einer Beteiligung am Gemeinsamen Markt im klaren sei und daß es für Großbritannien wie für alle anderen Teilnehmer erforderlich sein werde, Ausgleich für die Risiken und Opfer zu erhalten. Trotzdem werde die Regierung Ihrer Majestät aufgefordert, die Einladung zur Teilnahme an den Verhandlungen mit den sechs anderen Ländern anzunehmen und sich zu bemühen, Übereinkommen zu erreichen, welche die Hinwendung Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt ohne Beeinträchtigung der Interessen des Commonwealth ermöglichen."

Der Staatssekretär im Schatzamt Sir Edward Boyle, erklärte vor dem Unterhaus, daß die Regierung die Entwicklung der Verhandlungen um den Gemeinsamen Markt mit größtem Interesse und größter Aufmerksamkeit verfolge. Für die teilnehmenden Länder würden sich eine Reihe von Vorteilen ergeben: ein riesiger einheitlicher Markt, der der wirtschaftlichen Entwicklung außerordentlich förderlich sei, und eine große Leistungsfähigkeit im Wettbewerb mit den außerhalb des Marktes liegenden Gebieten. Allerdings seien die verschiedenen politischen Aspekte nicht leicht mit der Politik und den Verpflichtungen gegenüber dem Commonwealth zu vereinbaren.

Ende Juli erwiderte der britische Schatzkanzler Harold Macmillan auf die Frage des Abgeordneten Geoffrey Rippon, daß die Position der britischen Regierung durchaus offen sei. Die Studien der OEEC über die möglichen Assoziationsformen zwischen dem Gemeinsamen Markt und den anderen Mitgliedsländern seien wohlwollend aufgenommen worden. Das gleiche gelte für die Möglichkeit von Zollsenkungen, und man werde den Fortgang der Arbeiten abwarten müssen, um zu sehen, welche Methode der Zusammenarbeit am zweckmäßigsten sein werde.

X. VERSCHIEDENES

Treffen Dehousse/Mollet

Der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats, Herr Fernand Dehousse, hatte am 7. Juli eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten, Herrn Guy Mollet, den er in diesem Frühjahr in der Präsidentschaft der Beratenden Versammlung abgelöst hat.

Neuer Ständiger Vertreter Italiens

Der Gesandte Cittadini-Cest, Ständiger Vertreter Italiens beim Europarat, wurde zum Stellvertretenden Generalsekretär der OEEC ernannt. Seine Nachfolge tritt Herr Giorgio Bombassei de Vettor als Ständiger Vertreter Italiens beim Europarat an.

Einladung nach Deutschland

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung lud den Direktor der Presseabteilung des Europarats, Herrn Paul M. G. Lévy, mit einigen seiner Mit-

arbeiter zu einem offiziellen Besuch in Berlin und Bonn vom 1. bis 7. Juli ein. Herr Lévy nahm an den Berliner Festspielen teil und besuchte insbesondere den französischen Dokumentarfilm „Nacht und Nebel“ über die deutschen Konzentrationslager. Dieser Film wurde von der deutschen Regierung zur Aufführung in der Bundesrepublik erworben.

Europäischer Schultag

Herr Robert Schuman führte den Vorsitz bei der am 20. Juli in Brügge durchgeführten Preisverteilung des Europäischen Schultags. Dieser internationale Wettbewerb wurde im Jahre 1956 mit einer Beteiligung von 250 000 Schülern durchgeführt. Erster Preisträger und Gewinner der Goldmedaille des Europarats war Guido Tartara, ein 18jähriger Gymnasiast aus Florenz. Reise- und Stipendien des Europarats wurden an neun Schüler verteilt, die im Oktober an der Herbstsitzung der Beratenden Versammlung teilnehmen werden. Der Generalsekretär des Europarats war durch Herrn Soli, stellvertretender Direktor der Presseabteilung, vertreten.

Die Kommunisten und der Europarat

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Herr Maurice Thorez, erklärte auf dem Parteikongreß in Le Havre, daß die Kommunisten in Zukunft in der Beratenden Versammlung des Europarats vertreten sein wollten, damit „die Grundsätze des Friedens vertreten würden und eine echt europäische Versammlung zustande käme“. Ähnliche Forderungen sind bereits wiederholt von dem italienischen Kommunistenführer Palmiro Togliatti vorgebracht worden.

VORLAUFIGER TERMINKALENDER

- | | |
|-----------------------------|--|
| 31. August: | Unterausschuß für Information des Ausschusses für kulturelle Fragen (Oslo) |
| 31. August: | Sonderausschuß für die nicht vertretenen Nationen (Paris) |
| 1.—3. September: | Ausschuß für kulturelle Fragen (Oslo) |
| 2.—9. September: | Vierte Konferenz für die Revision der Geschichtslehrbücher (Royumont) |
| 3. September: | Haushalts-Ausschuß (Straßburg) |
| 7. September: | Präsidium und Ständiger Ausschuß (Paris) |
| 11. u. 12. September: | Ausschuß für Wirtschaftsfragen (Wien) |
| 13.—15. September: | Allgemeiner Ausschuß (Wien) |
| 20. September u. ff.: | 41. Sitzung der Stellvertreter der Minister (Straßburg) |
| 24. u. 25. September: | Unabhängige Expertengruppe für die Entwicklung Afrikas (Paris) |
| 26. September: | Gemischter Ausschuß für kulturelle Fragen (Rom) |
| 26. u. 27. September: | Ausschuß für soziale Fragen (Paris) |
| 27. September: | Unterausschuß für Grenzformalitäten des Ausschusses für juristische Fragen (Paris) |
| 27. u. 28. September: | Präsidium des Ausschusses der Kultur-Sachverständigen (Rom) |
| 27. September — 3. Oktober: | Europäische Kommission für Menschenrechte (Straßburg) |
| 28. u. 29. September: | Ausschuß für juristische Fragen (Paris) |

Das Echo des 20. Kongresses der KPdSU in der Tschechoslowakei

Der Kampf der Kommunistischen Partei um die Behauptung ihrer Position

Von Dr. Helmut Slapnicka, Linz / Donau

Die Diskussion über die Ergebnisse des Moskauer Parteikongresses und die ersten Maßnahmen der KPC^v

Als letzter unter den Satellitenstaaten Moskaus hat die Tschechoslowakei zum 20. Kongreß der KPdSU Stellung genommen. Lange nach der dramatischen Abkehr vom Persönlichkeitskult, wie sie sich in Polen, in Bulgarien, in Ungarn vollzog, lange nachdem diese Staaten mit der Ausfindigmachung von Sündenböcken für die Fehler der letzten Jahre mit der Rehabilitierung der Opfer dieser Maßnahmen vorausgegangen sind, mit reuevollen Selbstbeichtungen, mit der Betonung des kollektiven Führungsprinzips, mit der Revision des bisherigen Geschichtsbildes, folgen die Tschechen zögernd und vorsichtig, wie sie ja auch schon auf die letzten Aenderungen in Moskau mit einer bemerkenswerten Verspätung reagiert haben.

Ueber den Verlauf des 20. Kongresses der KPdSU¹ wurde die Bevölkerung der Tschechoslowakei durch ausführliche Berichterstattung in Rundfunk und Presse und durch die wörtliche Wiedergabe aller Referate und Entschlüsse laufend unterrichtet. Das gesamte Material über den Kongreßverlauf, wie es die Moskauer *Prawda* veröffentlicht hat, wurde in tschechischer Uebersetzung in einer noch im Februar erschienenen, 570 Seiten starken Sondernummer der theoretischen Monatsschrift der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ), *Nová mysl*, in einer Auflagenhöhe von 150 000 Exemplaren herausgegeben.

Knapp nach Beendigung des Kongresses, am 5. und 6. März 1956, fanden in den 19 Kreisstädten der Tschechoslowakei Parteiversammlungen statt, vor denen die tschechischen und slowakischen Teilnehmer am Kongreß — Parteisekretär Antonin *Novotný*, Staatspräsident Antonin *Zápotocký*, Ministerpräsident Viliam *Siroký*, der Vorsitzende der Nationalversammlung, Zdeněk *Fierlinger*, und Innenminister Rudolf *Barák* — und andere führende Parteifunktionäre über den Moskauer Kongreß referierten².

Am 10. März faßte das Zentralkomitee der KPČ einen Beschluß über das Studium des Materials über den 20. Parteikongreß der KPdSU, der die eingehende Information aller Parteimitglieder über dieses Ereignis

vorschreibt und genaue Weisungen über die in allen Betrieben und Dörfern abzuhaltenden Vorträge beziehungsweise die in allen Großbetrieben und Städten zu veranstaltenden Vortragszyklen gibt.

Mit den Folgerungen für die Situation in der Tschechoslowakei und den Lehren, die sich für die weitere Arbeit der KPČ aus dem Kongreß der sowjetischen Schwesterpartei ergeben, haben sich das Zentralkomitee zweimal, am 29. und 30. März und am 19. und 20. April, und das Zentralkomitee der KP der Slowakei am 10. und 11. Mai befaßt. Bemerkenswert ist die Verspätung, mit der die Resolutionen jedesmal veröffentlicht wurden: der am 30. März gefaßte Beschluß erst am 3. April, der Bericht des Parteisekretärs, *Novotný*, vom gleichen Tage gar erst am 10. April³, die Beschlüsse vom 20. April erst am 25. und 26. April.

Zwischendurch bot eine Reihe von Jubiläen und Gedenktagen Gelegenheit, Fragen zu behandeln, die der Moskauer Parteitag aufgeworfen hat: die alljährlich am Vorabend des 1. Mai stattfindende Ordensverleihung benützte Staatspräsident *Zápotocký* zur Bekämpfung der Theorie, wonach es unter der Herrschaft des Kapitalismus keinen technischen Fortschritt gebe, und der Behauptung, daß die Uebernahme von Erfahrungen und Erkenntnissen der westlichen Wissenschaft und Technik unzulässig sei. Lenins 86. Geburtstag am 22. April bot dem Sekretär des ZK, Jiří *Hendrych*, Gelegenheit, in seiner Festrede die Lenin-Chruschtschowsche Koexistenztheorie zu unterstreichen, und der 35. Jahrestag der Parteigründung, der 13. Mai, war für den stellvertretenden Ministerpräsidenten Václav *Kopecký* Anlaß, ein von allen Einflüssen des Persönlichkeitskultes gereinigtes Bild der Parteigeschichte zu liefern.

235 Parteiorganisationen (von insgesamt 47 000) haben im Verlauf der Diskussion über den Moskauer Parteitag beim ZK die Abhaltung eines außerordentlichen Parteikongresses der KPČ verlangt; die Partei hat diese Forderung jedoch für unbegründet erklärt und sie abgelehnt. Man hat sich lediglich entschlossen,

die zum Erlaß von Richtlinien für die Durchführung des Fünfjahresplanes anberaumte gesamtstaatliche Parteikonferenz dazu zu benutzen, die Folgerungen aus dem sowjetischen Parteikongreß und aus der darüber eingeleiteten Diskussion zu ziehen und als ersten Punkt ein Referat über „Die gegenwärtige Situation und die Aufgabe der Partei“ auf ihr Programm zu setzen. Die Konferenz fand zwischen dem 11. und dem 15. Juni statt.

Der „tschechoslowakische Weg zum Sozialismus“

Anknüpfend an die Formulierungen des 20. Parteikongresses über die Wege verschiedener Länder zum Sozialismus hat der Erste Parteisekretär, Novotný, in seinem Referat vor dem ZK am 30. März die Besonderheiten des tschechoslowakischen Weges aufgezeigt und erklärt, daß dieser Weg richtig gewesen sei. Er leitete seine Darstellung mit dem bemerkenswerten Eingeständnis ein, in der Tschechoslowakei hätte die Kommunistische Partei nicht die Unterstützung der Mehrheit des Volkes gefunden, wenn sie ihre Arbeit nur auf die Durchführung der sozialistischen Revolution orientiert hätte. Vielmehr habe die Partei ihre führende Rolle durch ihren opfervollen Kampf um die nationale Befreiung errungen. Die Revolution in der Tschechoslowakei sei daher in ihrer ersten Phase eine „nationale und demokratische Revolution“ gewesen, „die gegen die faschistische Unterdrückung und gegen die Verräter und Kollaborateure in den Reihen der tschechischen und slowakischen Bourgeoisie“ gerichtet war. Die Partei habe sich eine möglichst breite nationale Front unter Beteiligung eines Teils der Bourgeoisie schaffen müssen. Dadurch sei es möglich gewesen, daß sich die Revolution ohne Bürgerkrieg vollziehen konnte. Nicht gegen eine Diskussion über die Einzelheiten dieses Weges müsse man sich wenden, wohl aber gegen einen „scholastischen, schablonenhaften und schematischen Standpunkt“, wie ihn einige Parteitheoretiker eingenommen hätten, welche die entscheidende Rolle der Praxis übersehen hätten. Ebensovienig aber dürfe die Besonderheit des tschechoslowakischen Weges zum Sozialismus opportunistisch oder gar revisionistisch ausgelegt werden. Solche revisionistischen Ideen sieht Novotný

1. in der Ueberbetonung der nationalen Besonderheiten, die ein allgemein gültiges Entwicklungsgesetz für den Weg zum Sozialismus leugnet;
2. in dem Streben, die Revolution aufzuhalten, den sozialistischen Umbau des Dorfes zu verhindern und den kapitalistischen Sektor der Wirtschaft zu konservieren;
3. auf außenpolitischem Gebiet in der Unterschätzung der Rolle der Sowjetunion und in der Theorie, daß der Tschechoslowakei eine Brückenfunktion zwischen Ost und West zukomme.

Ebensovienig wie diese „Rechtsabweichungen“ müsse aber auch eine dogmatische Haltung bekämpft werden, welche die historische Entwicklung und die na-

tionalen Besonderheiten unberücksichtigt läßt. Die Entwicklung in der Tschechoslowakei habe ihre Besonderheiten und werde sie noch lange haben. Dazu gehörten die Regierung der Nationalen Front und gewisse Gewohnheiten und Traditionen des öffentlichen Lebens⁴. Diese Besonderheiten würden — so erklärte Parteisekretär Novotný — auch in Zukunft die Methode der sozialistischen Umgestaltung des Landes bestimmen, sie müßten daher theoretisch beleuchtet und von der Praxis gebührend berücksichtigt werden.

Die Beseitigung des Persönlichkeitskultes

Die erste Reaktion in der Tschechoslowakei auf den Moskauer Kongreß — die Berichterstattung in allen Kreisstädten am 5. und 6. März — hat trotz ihres rein referierenden Charakters und des grundsätzlichen Verzichts, Konsequenzen für die besondere Lage der Tschechoslowakei zu ziehen, bereits darauf hingewiesen, daß der X. Parteitag der KPČ schon vor zwei Jahren das Prinzip der kollektiven Führung in die Parteistatuten aufgenommen und den Persönlichkeitskult verurteilt habe. Außenminister Václav David konnte noch in einem Interview, das er dem Vertreter der *Süddeutschen Zeitung* gewährte, erklären: „Die Kritik am Persönlichkeitskult, die auf dem 20. Kongreß der KPdSU vorgenommen wurde, betrifft interne Angelegenheiten der Sowjetunion.“

Am 30. März gab Parteisekretär Novotný jedoch in seinem Referat vor dem ZK zu, „daß wir auch in unserer Partei alle ohne Ausnahme dem Persönlichkeitskult nicht nur unterlegen sind, sondern ihn auch gefördert haben, vor allem, seitdem unsere Partei die regierende Partei im Staate geworden ist“. Diese Formulierung ist wörtlich in die nach Anhören des Referates beschlossene Resolution des ZK übernommen worden.

Nicht übernommen wurde eine weitere Stelle aus dem Referat Novotnýs, die sich speziell mit dem *Gottwald-Kult* beschäftigt:

„Bei allen Verdiensten, die sich Genosse Gottwald im Kampf um die Niederwerfung des Kapitalismus und für den Sieg des Sozialismus erworben hat und die niemand bezweifelt, muß gesagt werden, daß trotz seiner bekannten Bescheidenheit ihm häufig Verdienste zugerechnet wurden, die das Verdienst der Partei oder der Massen waren. Das führte zur Bildung eines Milieus der Unberührbarkeit um den Genossen Gottwald, zur Verbreitung der Ansicht ‚Für uns denkt Genosse Gottwald‘, zu einer Schwächung der kollektiven Führung auch in unserer Partei. Dies äußerte sich z. B. darin, daß die Mitglieder des ZK passiv allem zustimmten, was ihnen vorgelegt wurde.“

Aber niemand getraute sich, auf die vielen und sehr naheliegenden Parallelen zwischen dem Stalin-Kult in der Sowjetunion und dem Gottwald-Kult in der Tschechoslowakei hinzuweisen: die Umbenennung zahlreicher Straßen und Plätze, Fabriken und Schächte nach Gottwald, ja die Benennung der mährischen

Kreisstadt Zlín, des Sitzes der weltbekannten Schuhindustrie, in Gottwaldov; die Herausgabe seiner gesammelten Werke in zahlreichen Bänden, in denen jede Ansprache, jeder Zeitungsartikel enthalten ist. Nur einmal findet sich in den Spalten des *Rudé právo* in einer Kritik am Stalin-Mythos aus der Feder von Vojtěch Dolejší am Rande auch der Name Gottwald im Zusammenhang mit der Ablehnung der bisher üblichen Formen des Persönlichkeitskults: „das Aufstehen in öffentlichen Kundgebungen jedesmal, wenn der Name Stalin oder Gottwald fällt, das Skandieren ihrer Namen . . .“

Alle anderen Äußerungen über den Persönlichkeitskult vermeiden die Nennung von Namen. So schreibt die *Nová mysl* im Leitartikel ihrer Aprilfolge, daß sich der Persönlichkeitskult „auch in unserer Partei als System eingenistet“ habe; er habe zur Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie, der Kritik und Selbstkritik, zu einer Beschränkung von Initiative und Selbständigkeit, zu einer Bürokratisierung der Parteiarbeit, einem Anwachsen des Staatsapparates und einem bürokratischen Zentralismus geführt. Ähnlich stellt die Preßburger *Pravda* vom 20. März fest:

„Dort, wo der Persönlichkeitskult gepflegt wird, beschränkt sich die propagandistische Arbeit auf eine ständige Wiederholung der Aussprüche einer Persönlichkeit; man hat keinen Mut, selbständige Urteile zu fällen . . . Um jeden Funktionär, der diesen Kult pflegt, bildet sich eine unkritische Atmosphäre. Dies ermöglicht Kriechern und Karrieremachern, sich hervorzutun.“

Und die *Mladá fronta*, das Organ des Jugendverbandes, stellt am 12. April fest:

„In der Atmosphäre der nicht-kollektiven Arbeit und der autoritären Wirtschaft werden auch die Charaktere der Menschen verdorben. Aus Leuten, die zum ‚Karrierismus‘ neigen, werden leicht Speichellecker, und vom Karrieremacher zum gefährlichen Feind ist oft nur mehr ein kleiner Schritt.“

Die lebhafteste Reaktion auf die Beseitigung des Stalinismus in den anderen Satellitenstaaten ließ es auf die Dauer unerläßlich erscheinen, auch in der Tschechoslowakei ein deutlich sichtbares Exempel zu statuieren. Um zu unterstreichen, daß es mit dem Kampf gegen den Persönlichkeitskult auch in der Parteiführung ernst ist, entschloß sich schließlich auch das ZK der KPC, eine markante Persönlichkeit zu opfern: das Mitglied des Politbüros, der Erste stellvertretende Ministerpräsident und Nationalverteidigungsminister, Armeegeneral Dr. Alexej Čepička, wurde seiner sämtlichen Funktionen enthoben und aus dem Politbüro ausgeschlossen. Während der Beschluß des ZK nur von den „Mängeln und Fehlern bei der Ausübung seiner staatlichen und Partei-Funktionen“ spricht, führt das *Rudé právo* ergänzend an, in der Armee sei ein Persönlichkeitskult gepflegt worden, es habe sich eine „Prachtentfaltung und Unbescheidenheit“ ausgebreitet, die Parteiarbeit in der Armee sei vom Leben

der ganzen Parteiarbeit losgelöst worden. Und ein paar Tage später schrieb das gleiche Blatt:

„Der Persönlichkeitskult in der Armee brachte die Bürokratie, den Dogmatismus und das Nachplappern in der Propaganda und Agitation mit sich, verursachte eine schablonenhafte Auffassung der Erziehungsarbeit und unterband die Initiative der Menschen . . . Daher begrüßten alle Angehörigen der Armee die entschlossenen Maßnahmen des ZK unserer Partei zur Beseitigung der Folgen des Persönlichkeitskultes auch in der Armee, und sie begrüßen daher auch die konkrete Anwendung dieses Beschlusses.“

Die *Obrana lidu*, die Zeitung für das Militär, gibt als Begründung an:

„Einige Angehörige des Kommandeurstandes waren prunksüchtig und stellten unbegründete und übertriebene Forderungen, die mit der gerechten Versorgung nichts gemein hatten. Die Offiziere wohnten in eigenen Siedlungen, verkehrten in eigenen Klubs der Armeehäuser, fuhren auf Urlaub in eigene Kurorte und isolierten sich vom Volk, dessen Leben, dessen Freuden und Schwierigkeiten sie nicht kannten. Einige Kommandeure waren gegenüber den Werktätigen überheblich und duldeten ein arrogantes Benehmen ihrer Frauen und Kinder, verwendeten Dienstwagen für Privatzwecke, wie Ausflüge und Einkäufe . . . Auch die Armeeführung beging Fehler, sie gefiel sich vor allem in unnötiger Prunksucht, war unwirtschaftlich und stellte übertriebene Forderungen. Es war bestimmt nicht nötig, daß die Armee allein in Prag zwei eigene Theater hatte . . .“

Mit keinem Wort wurde erwähnt, daß Čepička der Schwiegersohn Gottwalds ist — eine Tatsache, die natürlich im Volk bekannt ist und auch allgemein als die eigentliche Ursache seines Sturzes gedeutet wurde.

Zum Unterschied von anderen gestürzten Größen gab man jedoch Čepička Gelegenheit zu einer Rechtfertigung. Der amtliche Bericht über die Parteikonferenz besagt, daß am 14. Juni als Redner Genosse Čepička auftrat, der „über die Fehler sprach, die er sich in den ihm anvertrauten Partei- und Staatsfunktionen zuschulden kommen ließ, und die Richtigkeit der Maßnahmen unterstrich, die in diesem Zusammenhang vom ZK ergriffen wurden“. In Wirklichkeit sah dieser Diskussionsbeitrag gar nicht so unterwürfig aus, trotz der ständig wiederholten Beteuerung, wie berechtigt und begründet die an ihm geübte Kritik und die gegen ihn ergriffenen Maßnahmen seien, trotz der Versicherung, er werde nicht versuchen, seine persönliche Verantwortung abzuschwächen oder seine Fehler zu entschuldigen, ja, trotz des Eingeständnisses: „So wurde ich ein typischer Träger des Persönlichkeitskults.“ Zwischen diese unterwürfigen Beteuerungen ließ er einfließen, an der rechtzeitigen Erkenntnis seiner Fehler habe ihn die Annahme gehindert, die Beseitigung dieser geringen Mängel sei nur eine Frage der Zeit, wenn nur die Hauptaufgabe erreicht und weiterhin erfolgreich erfüllt werde. Auf anderen Sektoren habe es weit mehr und größere Fehler gegeben. Aber er sei sich dessen durchaus

bewußt, daß er noch ungleich bessere Ergebnisse hätte erzielen können, wenn auch die gerügten Fehler nicht gewesen wären.

Einer der nächsten Redner, Finanzminister Julius *Đuriš*, sah sich daraufhin zu der Bemerkung veranlaßt, *Čepička* hätte mehr darüber sprechen sollen, wie er als Justizminister und später als Verteidigungsminister die Arbeit gewählter Organe immer mehr einschränkte und administrative Methoden ins Partei-, Staats- und Wirtschaftsleben einführte. Es bleibt abzuwarten, für welche neue Verwendung *Čepička* vorgesehen ist; diese neue Verwendung wird der Gradmesser dafür sein, wie weit sein Rechtfertigungsversuch von Erfolg begleitet war.

„Sozialistische Legalität“

Die Resolution des ZK vom 30. März fordert die Festigung der „sozialistischen Legalität“ und trägt allen Organen der Partei und des Staates die sorgfältige Befolgung der Gesetze und die Verhinderung von Rechtlosigkeit und Willkür auf. Die Partei müsse die Sicherheitsorgane, die Gerichte und die Staatsanwaltschaften dazu führen, daß das Vertrauen der Bevölkerung zu diesen Institutionen wachse und das arbeitende Volk in ihnen die Hüter seiner Interessen erblicke.

Ministerpräsident *Široký* hat in einer Rede vor dem ZK der Kommunistischen Partei der Slowakei (KPS) diese Forderung näher ausgeführt: Die Nichtbeachtung der sozialistischen Gesetzlichkeit habe einige Abnormitäten der tschechoslowakischen Strafprozeßordnung, der Bestimmungen über die Staatsanwaltschaften und im Strafgesetzbuch ermöglicht. Die Strafprozeßordnung begnüge sich mit dem Geständnis des Angeklagten; statt die objektive Wahrheit auf Grund eines sorgfältig geprüften Beweismaterials festzustellen, hätten Sicherheitsorgane und Staatsanwaltschaften in der Vergangenheit ihre Aufgabe darin gesehen, unter allen Umständen ein Geständnis zu erreichen. Das Fehlen eines Untersuchungsrichters habe ferner dazu geführt, daß der Schwerpunkt der Prozeßvorbereitung auf die Sicherheitsorgane überging, die damit einen weitgehenden Einfluß auf den Prozeßverlauf ausüben konnten. (Ministerpräsident *Široký* hat die Tatsache übergangen, daß die österreichische Strafprozeßordnung, die bis 1950 in der Tschechoslowakei galt, selbstverständlich den Untersuchungsrichter kennt und daß diese jetzt wieder gewürdigte Institution erst durch die neue tschechoslowakische Strafprozeßordnung vom 12. Juli 1950 beseitigt wurde⁵.)

Schwere Vorwürfe gegen die beim Volk verhaßten Sicherheitsorgane erhob Parteisekretär *Novotný*; er behauptete, sie hätten versucht, sich der Kontrolle durch die Partei zu entziehen und sich über die Partei zu erheben. Dadurch sei eine Situation geschaffen worden, „in der sich der Sicherheitsapparat, des-

sen eigene Tätigkeit keiner Kontrolle unterliegen durfte, als oberstes Organ des Staates fühlte“. Zu Verstößen gegen die sozialistische Legalität sei es hauptsächlich — so führte *Široký* in seiner Preßburger Rede aus — in den Jahren 1949 bis 1952 gekommen. Die Methoden einer gesetzwidrigen Untersuchung habe Rudolf *Slánský*, der damalige Generalsekretär des ZK, eingeführt und sich auf eine Gruppe von Leuten gestützt, die die größten Gewaltmethoden anwendeten. Daß diese Mißstände so lange bestehen konnten, sei eine Folge des Persönlichkeitskults. Sie seien aber längst erkannt worden: schon im Januar 1952 sei Sicherheitsminister Ladislav *Kopřiva* abberufen worden, der das Eindringen dieser Methoden in sein Ministerium nicht verhindern konnte. 1954 sei die Ueberprüfung politischer Prozesse angeordnet worden, es sei aber ein schwerer Fehler des Politbüros gewesen, daß es nicht die ganze Partei über die angeordnete Revision der Prozesse, über die dabei festgestellten Mängel und über die Abberufung der zuständigen Vertreter des Innenministers informiert habe.

Ergänzend dazu berichtet *Rudé právo* am 12. April⁶, daß die Kommission zur Ueberprüfung der Gerichtsurteile aus der Amtsperiode *Slánskýs* festgestellt habe, daß „in dieser Zeit die Gesetze in einer ganzen Reihe von Fällen vom Sicherheitsapparat gröblichst verletzt wurden“. Eine Reihe von Personen, darunter ehrliche und ergebene Parteimitglieder, seien auf Grund von Verleumdungen eingekerkert und verurteilt worden. Inzwischen seien unschuldig Verurteilte von den Gerichten freigesprochen, in anderen Fällen übermäßig hohe Strafen herabgesetzt, andere Urteile bestätigt worden. Die Untersuchungen seien noch nicht abgeschlossen, und die Kommission setze ihre Arbeit noch fort.

Eine Abrundung erfährt das Bild der Untersuchungsmethoden, wie sie in der Tschechoslowakei — angeblich nur bis 1953 — angewendet wurden, durch die Ausführungen des Innenministers *Barák* vor der Parteikonferenz: Die kritiklose Uebernahme von *Stalins* Lehre, daß sich der Klassenkampf um so mehr zuspitze, je näher man der Verwirklichung des Sozialismus kommt, habe eine Atmosphäre der Verdächtigungen mit sich gebracht. Der Fehler der Sicherheitsorgane habe darin bestanden, daß sie die objektive Wahrheit nicht von den dick aufgetragenen Lügen und den erpreßten Aussagen unterscheiden konnten. Aber seit 1953 seien der Sicherheitsapparat und das Innenministerium gesäubert und die unrichtigen Untersuchungsmethoden, wie sie von *Slánský* eingeführt worden waren, schrittweise, aber konsequent ausgemerzt worden. Allein im Jahre 1953 seien 25 988 Personen auf freien Fuß gesetzt worden. Die vorbereitete Novellierung des Strafgesetzbuches und der Strafprozeßordnung werde die strenge Beachtung der sozialistischen Legalität noch weiter festigen.

Wenn Široký keinen Zweifel darüber läßt, daß Slánský⁷ selbst durchaus zu Recht verurteilt wurde, so konnte er in diesem Zusammenhang nicht der Frage Titos ausweichen, der schon vor fast einem Jahr, in seiner Rede in Karlovac am 27. Juli 1955⁸, eine Revision des Slánský-Prozesses verlangt hatte. Das ZK — so erklärte Široký — sei zu der eindeutigen Folgerung gelangt, daß die Teile des Prozesses, die mit Anschuldigungen gegen führende jugoslawische Persönlichkeiten im Zusammenhang stehen, als unrichtig zu betrachten seien, denn einerseits hätten sie sich auf Fälschungen gestützt, die mit der provokatorischen Tätigkeit Berijas in Zusammenhang stehen, andererseits entsprängen sie einer falschen Bewertung der Stellung dieser führenden jugoslawischen Funktionäre.

Genauer ging Široký am 24. Mai anläßlich einer Pressekonferenz mit ausländischen Journalisten auf diese Frage ein:

„Auf Grund gefälschter Unterlagen kam es zu falschen Anschuldigungen gegen fast alle führenden Staats- und Parteifunktionäre Jugoslawiens, was zu einer falschen Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung der jugoslawischen Staatsordnung und zu falschen Schlüssen über die Absichten der jugoslawischen Führung hinsichtlich des Charakters der Gesellschaftsordnung und des Staates führte. Auf Grund dieser unrichtigen Anschuldigungen kam es zur Formulierung der konstruierten These vom ‚Titoismus‘. Soweit im Slánský-Prozeß von ‚Titoismus‘ die Rede ist, hält diese Behauptung natürlich nicht stand. Das beeinflusst aber meiner Meinung nach in keiner Weise den Tatbestand der strafbaren Handlungen, derentwegen Slánský verurteilt wurde. Wenn wir aus der Anklage die Ausdrücke ‚Titoismus‘ und ‚die Wege Titos‘, die er angeblich einschlug, eliminieren, so beeinflusst das, wie gesagt, nicht das Wesen der Sache.“

Schließlich erfuhr man aus dem Referat Novotnýs vor der Parteikonferenz, daß, ähnlich wie bisher schon 481 Urteile aus den Jahren 1949 bis 1953, auch der Fall Slánský einer Ueberprüfung durch die hierzu bestellte Kommission unterzogen wird. Ihre Arbeit sei jedoch noch nicht abgeschlossen, da ein Aktenmaterial von 150 000 Seiten zu studieren sei. Aus dem Prozeß müsse alles, was Jugoslawien und die jugoslawischen Genossen betrifft, ausgeschieden werden. Ohne dem Schlußbericht der Kommission vorzugreifen, könne jedoch gesagt werden, daß kein Grund für eine Rehabilitierung Slánskýs gegeben sei, ja daß eine ganze Reihe weiterer strafbarer Handlungen festgestellt wurde, die in der Klageschrift gar nicht enthalten sind.

Zugeständnisse an die Slowaken

Die Resolution des ZK vom 30. März trägt dem Politbüro auf, „Maßnahmen zu einer Erweiterung der Kompetenzen der slowakischen nationalen Organe“ zu treffen.

In seiner Preßburger Rede vom 11. Mai hat Široký auch dazu Näheres ausgeführt. Die Dezentra-

lisation, die heute von allen Seiten so entschieden verlangt wird, sei kein allgemeingültiges Rezept, vielmehr sei eine straffe Zentralisation in den Jahren zwischen 1945 und 1948 eine politische Notwendigkeit gewesen. Nur mit Hilfe der Zentralisation sei die Festigung der Herrschaft der Arbeiterklasse erreicht worden. Inzwischen seien aber alle Voraussetzungen für eine weitgehende Dezentralisation des Staats- und Wirtschaftsapparates gegeben, und die übertriebene Zentralisation, vor allem auf dem Gebiet der Planung, müsse ehestens beseitigt werden.

Auch dieses Eingeständnis ist außerordentlich aufschlußreich. Die straffe Zentralisation datiert nämlich keineswegs aus dem Jahre 1945, vielmehr hatte das von Gottwald entworfene, sogenannte „Kaschauer Regierungsprogramm“ eine weitgehende Selbständigkeit der Slowakei im Rahmen der wiedererrichteten Tschechoslowakei vorgesehen, die in mancher Hinsicht noch den Zustand übertraf, wie er durch die Verfassungsänderung vom 22. November 1938 — gegen die Stimmen der Kommunisten — geschaffen worden war. Erst die Niederlage, welche die Kommunistische Partei der Slowakei bei den Wahlen am 26. Mai 1946 erlitt, führte ihre Wendung um 180 Grad herbei: Mit nur knapp 30 vH aller abgegebenen Stimmen befanden sich die Kommunisten im Slowakischen Nationalrat und im Beauftragten-Kollegium in der Minderheit, während sie in den böhmischen Ländern als weitaus stärkste Partei aus den Wahlen hervorgingen. Nur eine rasche Umstellung auf den Zentralismus konnte die Kommunisten davor bewahren, die 1945 usurpierte Gewalt zu verlieren. Zwar spricht die neue Verfassung vom 9. Mai 1948 von den beiden Brudernationen, den Tschechen und den Slowaken, und verzichtet somit auf die Fiktion von der einheitlichen „tschechoslowakischen“ Nation, auf der die Verfassung der Ersten Republik aufgebaut war. Die neue Verfassung behält auch den 1944 geschaffenen Slowakischen Nationalrat und das Beauftragten-Kollegium für die Slowakei bei, aber ihre Rechte wurden stark beschnitten: der Slowakische Nationalrat, der die gesetzgebende Gewalt in nationalen und regionalen Angelegenheiten der Slowakei ausübt, muß seine Gesetze dem Ministerpräsidenten der Prager Regierung zur Genehmigung vorlegen — eine ganz ungewöhnliche Verquickung von gesetzgebender und vollziehender Gewalt! Široký schlug nun vor, diese Bestimmungen im Wege einer Verfassungsänderung zu beseitigen, gleichzeitig die Kompetenz der Beauftragten für die Slowakei auszuweiten und die Beziehungen zwischen Slowakischem Nationalrat und den Beauftragten neu zu regeln.

Mit keinem Wort wird dabei erwähnt, daß die versprochenen Änderungen nicht viel anderes darstellen als eine Rückkehr zu dem Zustand, wie er 1945 und weitgehend noch bis 1948 bestanden hat.

Hingegen geht aus Širokýs Preßburger Rede hervor, daß die gleichen Forderungen nach Kompetenz- ausdehnung der slowakischen Organe der Grund für den seinerzeitigen Sturz von *Clementis*, *Husák* und *Novomeský* waren:

„Bei unserer Auseinandersetzung mit der bourgeois-nationalistischen Gruppe handelte es sich nicht um die Frage, wie weit die Kompetenz der slowakischen nationalen Organe grundsätzlich gezogen werden soll, sondern um die Berücksichtigung der jeweiligen Situation. Die Forderungen der bourgeoisen Nationalisten vor dem Februar 1948 zu erfüllen, hätte bedeutet, die Position der bourgeoisen reaktionären Gruppe zu stärken. Damals war eine zu straffe Zentralisation eine geringere Gefahr als eine zu starke Dezentralisierung.“

Es seien in der Slowakei Stimmen laut geworden — so erklärte Široký —, daß im Kampf gegen die bourgeois-nationalistischen Abweichler nicht die Partei, sondern die nationalistische Gruppe im Recht gewesen sei und daß man die slowakische Frage unbefriedigend geregelt habe. Diese Kritik versucht Široký mit dem Hinweis zu entkräften, daß das Nationalitätenproblem nicht losgelöst von der Frage des Klassenkampfes betrachtet werden dürfe, daß die nationale Unterdrückung nur einen Teil der kapitalistischen Klassen-Unterdrückung darstelle. Im slowakischen Aufstand von 1944 habe das slowakische Volk von seinem Selbstbestimmungsrecht, d. h. dem Recht auf freie Abtrennung oder auf freien Anschluß an ein anderes Volk Gebrauch gemacht und sich für die Bildung eines gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken entschieden. Diese Entscheidung sei richtig gewesen, denn nur die volksdemokratische Ordnung könne die Voraussetzung für eine wirkliche Gleichberechtigung der beiden Völker darstellen.

Trotzdem betonte Široký, daß die Verurteilung von *Clementis*, *Husák* und *Novomeský* nicht wegen ihrer bourgeois-nationalistischen Einstellung erfolgt sei, sondern ausschließlich wegen ihrer Handlungen, welche die Früchte des Sieges über den Hitler-Faschismus gefährdet hätten. Laco *Novomeský*, der frühere Beauftragte für die kulturellen Belange der Slowakei, befinde sich übrigens wieder auf freiem Fuß.

„Kritik von unten“

Der Erste Parteisekretär, *Novotný*, hat sich in seinem Referat vom 30. März ausführlich mit der Bedeutung der Kritik für die Parteiarbeit befaßt. Eine der Folgen des Persönlichkeitskults sei es gewesen, daß die Masse der Parteifunktionäre zur Passivität erzogen wurde und sich darauf verließ, daß schon eine Richtlinie, eine Weisung ergehen werde. Die Kommunisten hätten aufgehört, selbständig zu denken. In diesem Milieu der Kritiklosigkeit, der Selbstzufriedenheit und Anspruchslosigkeit, ja des Stagnierens, sei jede Kritik übelgenommen worden. Man habe eine offene Kritik verhindert, und die Fälle seien nicht selten gewesen, daß Arbeiter wegen ihrer Kritik

schikaniert oder auf ungünstigere Arbeitsplätze versetzt wurden. Für selbständig denkende, schöpferische Kommunisten seien diese Zustände untragbar gewesen.

Die Ansicht sei falsch, daß Kritik und Selbstkritik vom Gegner ausgenützt werde. Wer jemandem etwas Schlechtes nachsagen wolle, finde dazu immer einen Grund. Hingegen könne man durch die sichtbare Abstellung von Mängeln den Feinden ihre letzte Propagandawaffe aus der Hand schlagen.

Der wichtigste Passus aus der Rede *Novotnýs* über die Rolle der Kritik ging wieder wörtlich in die Resolution des ZK über:

„Der wirksamste Weg zur Entfaltung der Kritik ist die Selbstkritik. Man kann nicht nur ‚nach unten‘ Kritik üben und dabei kein aufrichtiges, selbstkritisches Wort über die eigene Arbeit verlieren. Solange wir nicht Selbstkritik üben, sondern uns mit dem Nimbus der Unfehlbarkeit umgeben, werden die Leute nicht glauben, daß wir es mit der Kritik aufrichtig meinen.“

Die April-Folge der *Nová mysl* unterstreicht diese Ausführungen: Das ganze schädliche System, das auf dem Persönlichkeitskult aufgebaut war, habe sich nur deshalb halten können, weil die Kritik der Kommunisten unterdrückt und jeder, der mit einer Kritik hervortrat, verfolgt worden sei. Die führenden Kommunisten hätten geglaubt, sie seien von der Kritik ausgenommen, an sie könne nicht der gleiche Maßstab angelegt werden wie an andere.

Diese eindringlichen Worte verfehlten ihre Wirkung nicht. Weite Kreise empfanden diese Äußerungen als erlösende Worte, die sie von einem schweren Alpdruck befreiten. Die Versammlungswelle zur Popularisierung der Ergebnisse des Moskauer Parteikongresses und zur Diskussion der Richtlinien für den zweiten Fünfjahrplan waren das gegebene Forum, die offenbar jetzt erwünschte „Kritik von unten“ zu äußern. Die Leserschriften in den Zeitungen lassen gleichfalls erkennen, daß die bisherige Zurückhaltung gewichen ist.

Nichts kann die durch die aufmunternden Worte aus berufenem Munde ausgelöste Stimmung besser charakterisieren als der Umstand, daß selbst die „patriotischen“, also die regimehörigen Priester die Zeit gekommen sahen, eine „aufbauende und gesunde“ Kritik zu üben, über ihre „Schwierigkeiten und Schmerzen“ Klagen zu führen und den Wunsch zu äußern, als vollwertige Staatsbürger gewertet zu werden⁹.

Vor allem aber waren es zwei Gruppen, die von der vermeintlichen Lockerung ausgiebig Gebrauch machten: die Studenten und die Schriftsteller.

Die Aktion der Studenten

Besonders stürmisch verlief die Diskussion über den Moskauer Parteitag unter den Hochschülern¹⁰. Hier hatte es in letzter Zeit Unzufriedenheit mit der Verpflegung, mit der Unterbringung in den Studen-

tenheimen, vor allem aber über die Ueberlastung mit Vorlesungen (bis zu 59 Wochenstunden!) gegeben. Am 5. Mai hatte die *Mladá fronta*, das Blatt der Jugendorganisation, über das Uebermaß von Pflichtvorlesungen, Seminarübungen und Prüfungen geklagt und berichtet, daß der Nervenspezialist unter allen Aerzten derjenige sei, der von den Studenten am häufigsten konsultiert werden muß.

Die traditionellen Mai-Umzüge („majáles“, am 13. Mai, in einigen Hochschulstädten erst am 20. Mai) boten mit ihren allegorischen Wagen, Maskengruppen und Transparenten den Studenten eine willkommene Gelegenheit, die breite Oeffentlichkeit auf die Anliegen der akademischen Jugend aufmerksam zu machen. In Preßburg wurde beispielsweise ein Sarg mit der Aufschrift „Akademische Freiheit“ durch die Straßen getragen; ein Automobil ältester Bauart, das mit Stricken zusammengehalten wurde, um nicht auseinanderzufallen, trug die Aufschrift „Uebungsfahrt des Schulministeriums“; Totengerippe, in Leintücher gehüllt, trugen ein Plakat: „Wir werden in der Mensa verköstigt.“

Die als Ulk getarnte Rebellion war aber weder Höhe- noch Schlußpunkt. Die zwischen dem 24. April und dem 10. Mai anberaumten Diskussionsabende, die sich mit dem Moskauer Kongreß zu befassen hatten, wurden zur Vorbereitung von Resolutionen und zu Unterschriftenaktionen benutzt. Ueber den Verlauf einer solchen Studentenversammlung an der mathematisch-physikalischen Fakultät der Prager Universität wird beispielsweise berichtet, daß die Tätigkeit des Schulministeriums scharf kritisiert und eine Hochschulreform verlangt wurde, über die aber nicht hinter verschlossenen Türen, sondern unter Hinzuziehung von Fachleuten und der ganzen Oeffentlichkeit beraten werden sollte. „Hitzig“ ging es in Preßburg zu, als der Direktor eines Internats eine Resolution der Studenten vom Schwarzen Brett entfernen ließ und die Studenten sich hierauf mit Zöglingen anderer Heime in Verbindung setzten, um Straßendemonstrationen zu veranstalten.

Ueber den Inhalt der von den Studenten in „ultimativer Form“ beschlossenen Resolutionen¹¹ erfuhr man, daß die Forderung nach Lehrfreiheit, nach akademischer Freiheit und nach Wiederherstellung der Hochschulautonomie, der früheren Studienordnung und des Dokortitels erhoben wurde. Darüber hinaus verlangten die Studenten die Einschränkung der Pflichtvorlesungen und Pflichtübungen, vor allem der für alle Fakultäten verbindlichen Vorlesung über Marxismus-Leninismus, ferner die Erhöhung der Stipendien, Verlängerung der Ferien, Verkürzung der militärischen Ausbildung und freie Berufswahl. Schließlich wurde daran Kritik geübt, daß die Hochschulen der Tschechoslowakei von der übrigen Welt abgeschnitten seien, daß zahlreiche wissenschaftliche Werke in den Bibliotheken unter Verschuß gehalten würden, ja daß nicht einmal inländische Publikatio-

nen aus der Zeit der Ersten Republik für die Forschung zugänglich seien. Das Schulgesetz aus dem Jahre 1953, auf Grund dessen die Studenten schon mit 17 Jahren an die Hochschule kommen, wurde abgelehnt. Neben diesen fachlichen Forderungen standen auch Wünsche innen- und außenpolitischer Art, die in dem Ruf nach Zulassung einer echten Oppositionspartei und nach Wahlen unter internationaler Aufsicht gipfelten.

In der Pressekonferenz am 24. Mai erklärte Ministerpräsident *Široký* auf Befragen eines amerikanischen Journalisten: „Wir haben keinen einzigen Studenten verhaftet, gegen niemand eine Gefängnisstrafe verhängt und haben auch nicht die Absicht, einzusperren oder zu strafen.“ Es kam aber dann doch zu Verhaftungen, und zwar von „Elementen außerhalb der Hochschulen“, die es versucht hätten, einen Keil zwischen die Studenten und die Arbeiter zu treiben. Innenminister *Barák* behauptete, die Resolutionen seien „im Namen der Studenten“ verfaßt und ins Ausland geschickt worden. Als Hersteller der Resolution der Prager Studenten wurden ein ehemaliger Oberst im Generalstab, eine Gutspächtertochter, ein ehemaliger Unternehmer und ein Schneidermeister bezeichnet und wegen Verbreitung anonymer Schriften staatsfeindlichen Inhalts verhaftet; sie sollen die Resolution auf den Straßen Prags verstreut und in Wohnungstüren und Geschäftseingänge gesteckt haben.

Die Kritik der Schriftsteller

Vom 22. bis zum 29. April tagte der zweite tschechoslowakische Schriftstellerkongreß. Er fiel — wie Minister *Kopecký* feststellte

„... zeitlich mit dem Beginn unserer innerparteilichen Diskussion über die Folgerungen aus den Beschlüssen des 20. Kongresses der KPdSU zusammen, und das fand seinen Niederschlag auch im Verlaufe des Schriftstellerkongresses. Fragen des künstlerischen Schaffens wurden plötzlich in den Hintergrund gedrängt. Der Schriftstellerkongreß nahm während seiner siebenitägigen Dauer häufig einen politischen Charakter an...“

Einige Zitate aus den Referaten und der Diskussion zeigen deutlich, wie die Schriftsteller auf das einsetzende „Tauwetter“ reagierten, wie sie die vermeintlichen Lockerungen gierig aufgriffen. (Die Zitate rühren ausschließlich von solchen Schriftstellern her, die anschließend in geheimer Wahl in den Vorstand des Schriftstellerverbandes gewählt wurden; es kann als sicher angenommen werden, daß diese Wahl in erster Linie auf ihr mutiges Auftreten vor dem Schriftstellerkongreß zurückzuführen ist.)

„Das wichtigste Gesetz der Literatur, das wahrheitsgetreue Schreiben, haben wir durch eine Vielfalt von Belehrungen, Forderungen, Dogmen, Aberglauben und Vorurteile ersetzt, die uns die Hände und vor allem den Geist fesselten, bevor wir noch zur Feder griffen... Haben wir in den Jahren 1948 bis 1956 immer ganz die Wahrheit geschrieben, oder war sie uns nur ein theore-

tisches Postulat, vor dem wir zurückwichen oder zurückgedrängt wurden? Haben wir das Leben von heute in echten Farben geschildert oder haben wir eine frisierte, die Wahrheit entstellende Legende geschaffen?" (Jan Drda)

„Es ist vorgekommen, daß Dichter zu Lobeshymnen gezwungen wurden. Eine solche aufgezwungene Liebe ist die wahre Liebe nicht.“ (František Hrubín)

„Ein Schriftsteller, der offensichtlich Unrecht sieht und vergißt, daß er zumindest verpflichtet ist, Zeugnis abzulegen, ist kein guter Schriftsteller.“ (Milan Jariš)

„Der Schriftsteller hat dem Staat gegenüber einen grundsätzlich falschen Standpunkt eingenommen, den Standpunkt eines quasi-Staatsbeamten.“ (Dominik Tatarka)

„Laden wir doch die zum Stillschweigen gezwungenen und zu Unrecht ausgeschlossenen Schriftsteller zur Mitarbeit ein... Denken wir über die eingesperrten Schriftsteller nach, über ihr menschliches Schicksal. Ich habe das Recht, als tschechischer Dichter die Meinung zu äußern, daß sie für ihre politischen Fehler und Irrtümer genug gebüßt haben.“ (Jaroslav Seifert)

Aber die Kritik beschränkte sich keineswegs auf das literarische Gebiet, sondern griff auf das ganze öffentliche Leben über:

„In den Sitzungssaal ist das Leben eingedrungen und wartet, daß sich ein Mund auftut und vom Leben spricht.“ (Milan Jariš)

„Wir können nicht die Augen davor schließen, daß neben Querulantentum und kleinbürgerlicher Unzufriedenheit auch eine sehr berechtigte Unzufriedenheit im werktätigen Volk existiert, die aus den sich ständig wiederholenden gleichen Fehlern resultiert. Man ist empört über die Fehler und Uebergriffe des Apparates, über die unnötigen Verluste in der Wirtschaft infolge der schwerfälligen Bürokratie, man ist empört aus Abneigung gegen verschiedene Fälle offensichtlicher Ungerechtigkeit, aus Widerstand gegen die Willkür, gegen Ueberheblichkeit und Arroganz... Es ist verwunderlich und klingt unwahrscheinlich, daß wir an diesen Fehlern mit verbundenen Augen und verstopften Ohren vorübergegangen sind.“ (Jan Drda)

„Ich war Zeuge, wie Organe der Staatsgewalt Kleinlandwirte in die Koldhose gezwungen haben.“ (Dominik Tatarka)

Man kann sich das Entsetzen des Staatspräsidenten Zápotočský vorstellen, der — selbst ein gefeierter Schriftsteller und Autor weitverbreiteter Romane — das Begrüßungsschreiben des ZK an den Schriftstellerverband persönlich verlas und an den meisten Vorträgen und Diskussionen teilnahm:

„Erschreckt hat mich, daß eine ganze Reihe von Schriftstellern hier das Versprechen abgegeben hat, von nun an immer nur die Wahrheit zu sagen. Das heißt also, daß sie sich dessen bewußt sind, bisher nicht immer die Wahrheit gesagt zu haben. Das begreife ich nicht, Genossen!¹²...“

Die Gesamtstaatliche Konferenz der KPC (11.-15. Juni 1956)

Die Diskussion über die Auswirkungen des 20. Parteikongresses der KPdSU fand ihren Abschluß, ihre Zusammenfassung und ihre parteiamtliche Formulierung in der „Gesamtstaatlichen Konferenz“ der KPC. Die Konferenz war schon auf der Plenarsitzung des ZK am 8. Februar, also noch vor dem Moskauer Kongreß, beschlossen worden. Der ursprünglich festgesetzte Beginn — 6. Juni — wurde durch Beschluß des ZK vom 13. Mai um eine Woche verschoben. Wichtiger war die Programmänderung: Während die Parteikonferenz nach dem ursprünglichen Beschluß lediglich die Richtlinien für die Durchführung des 2. Fünfjahrplanes beschließen sollte, entschloß sich das ZK später, auch noch ein Referat des Ersten Parteisekretärs, Novotný, über die gegenwärtige Situation und die Aufgaben der Partei auf die Tagesordnung zu setzen, und zwar als ersten Punkt, während über den Fünfjahrplan Ministerpräsident Široký referierte. Die Diskussion wurde allerdings nicht getrennt nach diesen beiden Themen durchgeführt. Die 96 Diskussionsredner, die an diesen vier Tagen auftreten durften, waren gleichmäßig aus dem ganzen Staatsgebiet ausgewählt, aus jedem der 19 Kreise zwei bis drei, die sich meist mit spezifischen Problemen ihres Kreises befaßten, mit Fragen der Industrialisierung, Fehlern in der Planung, Fragen der Parteiarbeit, mit der Situation im Bergbau, Mißständen in

der Bauwirtschaft, landwirtschaftlichen Problemen. Knapp 20 der gehaltenen Referate gingen näher auf Fragen von grundsätzlicher oder gesamtstaatlicher Bedeutung ein. Während das halbe Hundert von Referaten mit lokaler Bedeutung von „einfachen Genossen“ gehalten wurde und die Stimme des Volkes darstellen sollte, wurden die rund 20 grundsätzlichen Referate von prominenten Parteifunktionären gehalten¹³.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Arten von „Diskussionsbeiträgen“ liegt vor allem darin, daß sich die Kritik der Berichte aus der Provinz ausschließlich gegen lokale Behörden, Parteistellen oder Wirtschaftsverwaltungen richtete; von den Zentralstellen mußten sich nur das Landwirtschaftsministerium und das Ministerium für Bauwirtschaft eine außerordentlich scharfe Kritik gefallen lassen. Die große Zahl von Diskussionsrednern, die von ihnen zum Teil sehr temperamentvoll geäußerten Meinungen und die offenerherzige, auch vor drastischen Ausdrücken und beißendem Spott nicht zurückschreckenden Referate können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese „freie“ Meinungsäußerung durchaus gelenkt war, daß nur einige minder wichtige Stellen kritisiert werden durften, während die obersten Führungsstellen von Partei und Staat sorgfältig ausgespart wurden. So erklärt es sich, daß beispielsweise bei diesem Partei-

tag außerordentlich aufschlußreiche Mitteilungen über die Mißstände im dünn besiedelten, seit der Deutschen-Vertreibung, also seit einem vollen Jahrzehnt, wirtschaftlich wie kulturell völlig darniederliegenden „Grenzgebiet“ gemacht wurden, die mit dem bisher zur Schau getragenen Optimismus hinsichtlich der Wiederbesiedlung dieser Gebiete in diametralem Gegensatz stehen¹⁴.

Zugelassen war die Kritik natürlich auch auf jenen Gebieten, auf die schon in der Resolution des ZK vom 30. März hingewiesen wurde: am bisherigen zu strafen Zentralismus, am Bürokratismus, an den Mißständen im Polizeiwesen und im Strafprozeß, am Persönlichkeitskult. Schließlich konnte der neue Verteidigungsminister nicht umhin, ein paar vorsichtige Worte der Kritik an der Tätigkeit seines Vorgängers zu äußern.

Ganz anders verhielt es sich mit den eingestreuten „Diskussionsbeiträgen“ der Prominenten, die in der Regel zu Fragen Stellung nehmen mußten, die im Verlaufe der „gesamtstaatlichen“ Diskussion aufgeworfen wurden und vielfach sehr heikle Probleme betrafen: die Studentenunruhen, die Forderung nach Freiheit der Meinungsäußerung. Hier oblag es den Rednern, alle Äußerungen entschieden zurückzuweisen, die eine Kritik an der Generallinie der Partei darstellen:

Der stellvertretende Ministerpräsident *Kopecký* erklärte:

„In einigen Parteiorganisationen wurde die Diskussion falsch aufgefaßt, und hier nahm dann die Kritik häufig eine unschöne und unwürdige Form an... Die Situation wurde von Leuten ausgenützt, die offenbar schon jahrelang auf eine solche Gelegenheit gewartet haben.“

Und *Novotný*, der mit seinen früheren Referaten zu einer offenen Kritik ermutigt hatte, mußte jetzt erklären:

„Reaktionäre Kräfte haben versucht, die Kritik zu mißbrauchen, die von der Partei bewußt entfaltet worden war.“

Er nannte die im Verlaufe der „gesamtstaatlichen Diskussion“ vielfach geäußerte Kritik kleinbürgerlich, bourgeois-liberal. In keiner Weise werde sich die Partei durch voreilig geäußerte Ansichten irre machen lassen, durch Leute, welche die Dinge nicht in ihrem ganzen Zusammenhang sehen und aus kleinbürgerlichem Radikalismus oder in böser Absicht alles für falsch erklären, was die Partei bisher geleistet habe. Unter dem Deckmantel der Freiheit habe man nach der Wiederherstellung der Verhältnisse vor 1948 gerufen. Bei den Äußerungen habe es sich vielfach nicht mehr um Kritik gehandelt, sondern um Angriffe gegen die Parteilinie.

Zu der lautgewordenen Forderung nach Pressefreiheit erklärte *Novotný*, daß eine Unabhängigkeit der Presse von der Partei und ihren Ideen immer abgelehnt wurde und auch in Hinkunft mit aller Entschiedenheit abgelehnt werde.

Solche unrichtigen Ansichten seien von Leuten geäußert worden, die noch mit kleinbürgerlichen Ideologien beschwert seien und denen die nötige politische Reife fehle, vor allem aus den Reihen der Studenten, der Intelligenz und der Beamten verschiedener Zentralbehörden.

Die Zurechtweisung der Studenten und der Schriftsteller

Mit den Studenten setzte sich vor der Parteikonferenz der Preßburger Parteifunktionär *Colotka* auseinander: Die jungen Genossen hätten sich überwiegend als ideologisch unreif, wenig mit der Partei verwachsen gezeigt. Sie seien ohne selbständige kommunistische Orientierung, unterlägen allzu leicht klassenfeindlichen Einflüssen, seien überheblich gegenüber den anderen Schichten der Gesellschaft und nicht auf einer solchen ideologischen Höhe, daß sie gegenüber Einflüssen einer dem Sozialismus fremden Ideologie widerstandsfähig wären. Aus ihren Diskussionen könne ein Mißtrauen gegenüber der Partei herausgehört werden. Die Probleme des Moskauer Kongresses seien von den Studenten grundsätzlich falsch bewertet worden.

Klassenfeindliche Elemente hätten sich mit ihrem raffinierten Auftreten das Vertrauen ideologisch weniger ausgereifter, es aber mit dem Sozialismus aufrichtig meinender Studenten eingeschlichen und seien dort vielfach auf Schichten gestoßen, die mit dem Sozialismus nicht verwachsen seien. Für klassenfremde Elemente sei auf den Hochschulen in Zukunft kein Platz. Die Partei selbst habe zu wenig Ueberblick über den Verlauf der Diskussion in den Reihen der Studenten gehabt und habe daher die erforderlichen Schritte dagegen unterlassen. In Zukunft werde aber alles geschehen, um eine Wiederholung solcher Vorkommnisse zu vermeiden.

Kopecký kam mit energischeren Argumenten: Der Marxismus-Leninismus sei die Wissenschaft aller Wissenschaften, die Voraussetzung für jeden Unterricht. Die Partei lasse es nicht zu, daß jemand aus Unverstand den Marxismus-Leninismus als Lehrgegenstand gering schätze oder gar von den Hochschulen verweise. Die Forderungen der Studenten seien ein Hohn ins Gesicht der Arbeiter. Die Arbeiterklasse und das arbeitende Volk gebe aus den Früchten seiner Arbeit ungeheure Mittel für die Erhaltung der Hochschulen und für Stipendien an Studenten. Sie lehnten aber die freie Verbreitung beliebiger Ansichten ab und würden ihre Verkündung an den Hochschulen nicht zulassen. Es sei begreiflich, daß die Arbeiter erbittert gewesen seien, als sie von den provokatorischen Resolutionen der Studenten hörten. Sie schöpften Verdacht, wenn sie das Wort „Freiheit“ aus dem Munde von Leuten hören, die den einstigen Herren sehr nahe stünden. Sehr deutlich hätten die Arbeiter zu verstehen gegeben, daß sie es nicht dulden werden, daß jemand unter bourgeois-liberalen

Schlagworten den Geist der alten, begrabenen, kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu erneuern versuche; sie würden nicht zulassen, daß jemand durch provokatorische Aktionen Verwirrung stiftet und die Aufrichtung des Sozialismus erschwert. Propagandisten eines bourgeois Liberalismus hätten versucht, unerfahrene Leute und Wirrköpfe mit dem Schwindelwort „Freiheit“ zu beeinflussen. Die akademische Freiheit sei hinreichend gewahrt durch die Beibehaltung äußerer Formen, Würden und Zeremonien. Die beklagenswerten Aktionen hätten bewiesen, daß es noch nicht gelungen sei, einige Parteigenossen mit tiefer kommunistischer Ueberzeugung zu durchdringen.

Novotný erklärte kurz, es müsse öffentlich gesagt werden, daß das Volk keinen wie immer gearteten Mißbrauch der Hochschulen gestatten werde. Der von der Parteikonferenz gefaßte Beschluß unterstreicht die besondere Wichtigkeit der Hochschulvorlesungen über Marxismus-Leninismus, verlangt allerdings, daß sich diese Vorlesungen von „allen Einflüssen einer dogmatischen Auslegung und einer Loslösung von der Praxis“ frei halten müßten.

Bei den kritisierenden Schriftstellern, so sagte *Kopecký*, handele es sich um wirre Leute, die heute als Ultraradikale auftreten und morgen als Ultraliberale. Sie verwechselten anarchistische Gesinnung mit revolutionärer Haltung. Dadurch sei es zu den sehr ersten Exaltierungen im Geiste eines extremen Liberalismus gekommen. Die Partei müsse sich auch unter den Schriftstellern die Möglichkeit eines erzieherischen Einflusses vorbehalten.

Mäßiger äußerte sich *Novotný* über den Schriftstellerkongreß: Die Partei wolle die Kunst nicht reglementieren. Stellenweise sei aber ein grundsätzlicher Liberalismus in Erscheinung getreten. Einige Unrichtigkeiten müßten auf das richtige Maß zurückgeführt werden.

Besonders scharf wurde die Berichterstattung über den Schriftstellerkongreß in den *Literární noviny*, dem Organ des Schriftstellerverbandes von der Parteikonferenz kritisiert. Aber nicht einmal mit der Schreibweise des Zentralorgans der KPČ, des *Rudé právo*, war man zufrieden: es habe überrascht, daß das Parteiblatt nicht rechtzeitig zu manchen Auswüchsen auf dem Schriftstellerkongreß Stellung genommen habe. Einige Artikel und Feuilletons im *Rudé právo* hätten in letzter Zeit bei den Lesern nur Erbitterung und Mißtrauen gegen die Ministerien hervorgerufen.

Gottwald-Kult — nicht angetastet

Auch die wenigen, zaghaft vorgetragenen Worte der Kritik an Klement *Gottwald* wurden zurückgewiesen. Wieder war *Kopecký* der Wortführer, als er erklärte: „Wir wollen ehrlich den Auftrag, das Testament unseres unvergeßlichen Führers, des Genossen Klement *Gottwald*, erfüllen“ und *Gottwald* einen

„treuen Gehilfen Lenins und hervorragenden Anhänger seiner Lehre“ nannte (Rede vom 13. Mai). Lediglich Finanzminister *Đuriš* wagte auf der Parteikonferenz eine Einschränkung, als er sagte, *Gottwalds* „Einzug in die Burg“, d. h. seine Betrauung mit dem Amt des Präsidenten der Republik, habe es *Slánský* ermöglicht, ihn von den Massen zu isolieren. Aber wieder war es *Kopecký*, der bestätigte, daß die Generallinie der Partei während der ganzen Zeit der Führung *Gottwalds* richtig gewesen sei.

Doch selbst wenn der Name *Gottwald* während der Parteikonferenz mit keinem Wort erwähnt worden wäre, so hätte die Dekorierung des Konferenzsaales genügt, die Auffassung des ZK zu dokumentieren und die Teilnehmer vor der Äußerung einer abweichenden Ansicht zu bewahren: die Stirnseite war mit den Bildern von Marx, Lenin und *Gottwald* geschmückt. Und nach Beendigung der Konferenz fuhrn sämtliche Teilnehmer und alle Gäste zur nationalen Gedächtnisstätte auf dem Veitsberg und beugten sich im Mausoleum Klement *Gottwalds* der Erinnerung des „großen Sohnes der tschechoslowakischen Arbeiterklasse“.

Geheime Wahlen abgelehnt

Aus dem Bericht des ZK-Sekretärs Bruno *Köhler* erfährt man, daß auch die Forderung nach geheimen Wahlen aller Parteiorgane erhoben worden war, eine Forderung, die sich auf die analogen Bestimmungen der Statuten der KPdSU berufen kann. Auch diese Forderung wurde von der Parteileitung abgelehnt:

„Abgesehen davon, daß man dabei die Tatsache übersieht, daß in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion dieser Grundsatz erst nach der völligen Liquidierung der Ausbeuterklasse eingeführt wurde, muß gesagt werden, daß unter den bei uns herrschenden Verhältnissen und angesichts der Zusammensetzung unserer Partei die Einführung dieses Grundsatzes nicht empfohlen werden kann. Die Erfahrung lehrt, daß die Einführung geheimer Wahlen in zahlreichen Organisationen dazu mißbraucht werden könnte, Kandidaten in die Parteikomitees aufzunehmen, die keine Gewähr dafür bieten, daß sie die richtige Politik der Partei durchsetzen werden...“

Trotzdem gelangt *Rudé právo* in seinem zusammenfassenden Bericht über die Konferenz zu dem Schluß, das tschechoslowakische Regime sei „tausendmal demokratischer als ein Staat, der von der monopolistischen Bourgeoisie dirigiert wird“.¹⁵

„Die Generallinie war immer richtig“

So konnte das Résumé der Parteikonferenz in dem Satz ausklingen: Genossen, die Generallinie unserer Partei war richtig!

„Die falsche Ansicht eines kleinen Teils von Parteimitgliedern, die im Zusammenhang mit den Beschlüssen des 20. Kongresses die Linie der PKČ in Zweifel ziehen wollten, muß die Partei ablehnen.“ (*Kopecký*)

„Die Generallinie der Partei, die vor genau zwei Jahren vom X. Parteikongreß ausgearbeitet wurde, war und ist richtig, es muß nichts an ihr geändert werden.“ (*Novotný*)

Und nochmals kommt *Kopecký* auf diese Frage zurück:

„Die Linie unserer Partei war zu allen Zeiten richtig. Sie war richtig während der ganzen Zeit der Führung Gottwalds, sie ist seit dem X. Parteitag richtig, sie ist auch jetzt richtig und bleibt weiterhin in Kraft. Im Lichte

der Beschlüsse des 20. Kongresses zeigt sich ihre Richtigkeit nur noch klarer.“

So konnte die Parteikonferenz am 15. Juni in ihren einstimmig angenommenen Beschluß den Satz aufnehmen: „Die Generallinie ist richtig!“

Die Durchführung der Parteibeschlüsse

Mehr als die beschlossene Strafrechtsreform, die angekündigte Dezentralisierung der Verwaltung, die vorgesehene Verfassungsänderung haben die Bevölkerung die wirtschaftlichen Maßnahmen im Rahmen des zweiten Fünfjahrplanes interessiert: die Herabsetzung einiger Preise, die in Aussicht gestellten Lohnerhöhungen, die zugesicherte Arbeitszeitverkürzung und die Reform des Versicherungsrechts. Aber diese wirtschaftlichen Erleichterungen stellen keine Neuigkeit mehr dar, sondern waren schon im April angekündigt, zum Teil schon verwirklicht worden. Um jedoch auch mit einer Sofortmaßnahme aufwarten zu können, die in die Augen springt und den Einfluß der Partei sehr deutlich veranschaulicht, entschloß man sich wieder zu einer Regierungsumbildung, und zwar diesmal zu einer Verringerung der Ressorts — das liegt in der Linie der von der Parteikonferenz beschlossenen Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung — und zu der Abberufung einiger Minister, an denen im Verlaufe der Diskussion Kritik geübt worden war.

Am 15. Juni hatte die Parteikonferenz die Verringerung der Zahl der Ministerien beschlossen, am gleichen Tage faßte das ZK einen Beschluß über die damit zusammenhängenden personellen Veränderungen, tags darauf erging die Regierungsverordnung über die Zusammenlegung und Umbildung der Ministerien, und noch am gleichen Tag erfolgte die Abberufung beziehungsweise Ernennung der Minister durch den Präsidenten der Republik.

Aufgelöst wurden die Ministerien für Staatsgüter, für Forsten und Holzindustrie, für Ernteaufkauf und für Kultur, ferner das Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten, der Staatsausschuß für Körpererziehung und Sport, das Amt für Erfindungen, das Amt für Normierung und der Regierungsausschuß für die friedliche Auswertung der Atomenergie. Ferner wurde das bisherige Ministerium für Leichtindustrie in ein Ministerium für Konsumgüterindustrie umgewandelt. Die Regierung setzt sich nach diesen Änderungen aus 32 Mitgliedern zusammen (gegenüber 21 im Jahre 1945 und 42 im Jahre 1950)¹⁶.

Unabhängig von organisatorischen Änderungen erfolgten Umbesetzungen im Justizministerium, im Ministerium für Bauwesen und im Vorsitz des Staatsausschusses für Bauwesen; schließlich wurde dem ständigen Vertreter der Tschechoslowakei im Rat für

gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau der Minister rang entzogen, den er nach seiner Abberufung vom Posten eines Ministers für Schwermaschinenbau bisher beibehalten hatte.

Wesentlich später als die Umgestaltung der Prager Ministerien erfolgte die Anpassung der entsprechenden Behörden für die Slowakei, die Aufhebung der Dienststellen der Beauftragten für die Staatsgüter, für Forsten und Holzindustrie und für Kultur, des Slowakischen Ausschusses für Körpererziehung und Sport, des Slowakischen Amtes für Kirchenfragen und des Amtes des Bevollmächtigten für die Slowakei des Ministeriums für Ernteaufkauf¹⁷. Die dadurch bedingten Zusammenlegungen und Umbenennungen sowie die Errichtung der Dienststelle eines Beauftragten für die Brennstoffversorgung und die Naphtha-industrie, wurden erst vier Wochen nach der Prager Regelung, am 13. Juli, vom ZK der Kommunistischen Partei der Slowakei vorgeschlagen und am 24. Juli von der Prager Regierung beschlossen. In Kraft getreten ist diese Regelung erst zum gleichen Zeitpunkt wie die Verfassungsänderung für die Slowakei, so daß das neue Beauftragten-Kollegium, das nach der Demission des bisherigen am 2. August gebildet wurde, nicht nur eine neue Zusammensetzung aufweist, sondern auch über einen erweiterten Wirkungskreis verfügt.

Die von der Parteikonferenz beschlossene Kompetenzerweiterung der slowakischen Nationalorgane wurde innerhalb der für eine Verfassungsänderung ungewöhnlich kurzen Frist von sechs Wochen durchgeführt: Am 12. und 13. Juli trat in Preßburg das ZK der Kommunistischen Partei der Slowakei zusammen, um einen Bericht des Vorsitzenden des Beauftragten-Kollegiums, Rudolf *Strechaj*, über den Entwurf des Verfassungsgesetzes anzuhören. Tags darauf trat das Präsidium des ZK der slowakischen Nationalen Front zusammen und beschloß eine Propaganda-Aktion, welche die Bevölkerung der Slowakei von den Vorteilen der Neuregelung überzeugen sollte. Am 20. Juli wurde der Entwurf vom verfassungsrechtlichen Ausschuß der Nationalversammlung behandelt. Am 30. Juli fand eine Sitzung des ZK der Nationalen Front in Prag statt, das an die Abgeordneten der Nationalversammlung die Empfehlung richtete, das Verfassungsgesetz einstimmig anzunehmen. Das geschah am folgenden Tage, am 31. Juli, in der 11. Sitzung der Nationalversammlung.

Das Verfassungsgesetz (Sammlung der Gesetze Nr. 33/1956), das an die Stelle des bisherigen Kapitels V der Verfassung vom 9. Mai 1948 tritt, ist in einen Abschnitt über den Slowakischen Nationalrat und einen Abschnitt über das Beauftragten-Kollegium gegliedert. Entgegen den Ankündigungen erfährt die Kompetenz des Slowakischen Nationalrates auf dem Gebiet der Landesgesetzgebung keinerlei Erweiterung, sondern bleibt wie bisher auf „Angelegenheiten nationalen oder regionalen Charakters“ beschränkt, „soweit sie zur Sicherung der vollen wirtschaftlichen und kulturellen Entfaltung der Slowakei einer besonderen Regelung bedürfen“. Lediglich die Mitunterzeichnung dieser Gesetze durch den Ministerpräsidenten entfällt. Hingegen ist das Recht, die Beauftragten zu ernennen und abzurufen, das bisher von der Regierung ausgeübt wurde, auf den Slowakischen Nationalrat übergegangen. Die Tagungen des Slowakischen Nationalrates werden nicht mehr von der Regierung, sondern vom Präsidium des Nationalrates einberufen. Die Regierung oder einzelne Minister können nicht mehr unmittelbar in slowakische Angelegenheiten eingreifen, sondern nur mehr auf dem Weg über die fachlich zuständigen Beauftragten; allerdings werden Maßnahmen auf dem Gebiet der Außenpolitik, des Außenhandels, der Staatsverteidigung, des Eisenbahn- und Flugverkehrs sowie auf einigen Gebieten der Schwerindustrie und der Lohnpolitik von der Regierung einheitlich für das ganze Staatsgebiet durchgeführt.

Am 2. August machte der Slowakische Nationalrat erstmalig von dem ihm zuerkannten Recht Gebrauch und ernannte das neue, aus einem Vorsitzenden, drei Stellvertretern und 13 Ressort-Beauftragten bestehende Beauftragten-Kollegium.

Das Ergebnis

Der 20. Parteikongreß der KPdSU hat auch für die Tschechoslowakei — das wurde während der Parteikonferenz der KPČ immer wieder hervorgehoben — eine Reaktion ausgelöst, wie sie die bisherige Parteigeschichte noch nicht gekannt hat. Die von der Parteileitung selbst angeregte Kritik nahm auf allen Lebensgebieten einen ungeahnten Umfang an. Die seit Jahren an bloße Phrasen gewöhnte Bevölkerung scheint diesmal ernstlich geglaubt zu haben, daß die Zeit einer freien Meinungsäußerung gekommen sei. „Einige Kommunisten“ — so hat einer der Diskussionsredner auf der Parteikonferenz die Situation geschildert — „machten sich eine falsche Vorstellung von der innerparteilichen Demokratie.“ So war es die vordringlichste Aufgabe der Parteikonferenz, unter die Diskussionswelle einen energischen Schlußstrich zu ziehen.

„Ich glaube, daß keine Aenderung eintreten wird“, hatte Staatspräsident *Zápotocký* schon im März dem

Die von der Parteikonferenz darüber hinaus verlangte allgemeine Dekonzentrierung der Verwaltung, die Verlagerung der Kompetenzen von den Ministerien an die Nationalausschüsse in der Kreis-, Bezirks- oder Ortsebene wurde von der Regierung in ihrer Sitzung vom 24. Juli beschlossen; es handelt sich hierbei um eine Rahmenverordnung, die den einzelnen Fachministern weitere Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich aufträgt.

Aber auch die Studentenunruhen hatten bereits ihre Auswirkungen: Der schon vorher gefaßte Beschluß des ZK der KPČ über „die Hebung des Niveaus und die weitere Ausgestaltung der Hochschulen“ vom 16. April 1956, dessen unterbliebene Veröffentlichung von der Parteikonferenz gerügt wurde, ist nunmehr in der Hochschulzeitschrift verlautbart worden¹⁸. Im Juni fand eine zweitägige Konferenz der Mitarbeiter der Lehrstühle für Marxismus-Leninismus statt, die sich unter anderem gegen das Auswendiglernen von Daten der Parteigeschichte wandte und einen neuen Lehrplan ausarbeitete. Am 24. Juli schließlich befaßte sich die Regierung mit der Novelle des Hochschulgesetzes aus dem Jahre 1950¹⁹, die mit Beginn des Wintersemesters 1956/57 in Kraft tritt und die Kompetenz der Rektoren erweitert, ein Habilitationsverfahren einführt und die Organisation der Katheder, der wissenschaftlichen Beiräte und des Staatsausschusses für Hochschulfragen ändert. Vor allem aber wird man, wie Schulminister *Kahuda* ankündigte²⁰, bei der Zulassung zum Hochschulstudium einen weit strengeren Maßstab anlegen und künftig „Klassenfeinde“, also vor allem Söhne und Töchter der heutigen Akademiker-Generation, von vornherein fernhalten.

amerikanischen Journalisten *Sulzberger* auf seine Frage nach dem neuen Kurs geantwortet, „ich glaube nicht, daß ein Grund für eine besondere Aenderung vorliegt²¹.“ Die Parteikonferenz hat es bestätigt, daß keinerlei Aenderung eingetreten ist. Sehr klar wurde die Grenze einer zulässigen Kritik abgesteckt: Kritik darf an untergeordneten Partei-, Staats- und Wirtschaftsstellen, an örtlichen Funktionären geübt werden, niemals aber an der Parteiführung, an Zentralstellen, vor allem nicht an der Generallinie der Partei.

An grundsätzliche Fragen darf höchstens dann gerührt werden, wenn sie ihre Aktualität längst eingebüßt haben: an den Persönlichkeitskult, der schon seit dem X. Kongreß der KPČ als überwunden gilt, an die Verstöße gegen die „sozialistische Gesetzlichkeit“, die man schon seit vier Jahren zu bekämpfen behauptet. Nicht einmal den toten *Gottwald* gab man zur Kritik frei, ebensowenig wie man den toten *Slánský* zu rehabilitieren bereit war. Man will eben beweisen, daß es

einen spezifisch tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus gibt, daß man weder das Beispiel der Sowjetunion mit der Beseitigung des Stalin-Kultes nachzuziehen gezwungen ist, noch das Ungarns, das einen *Rajk* rehabilitiert hat, noch schließlich gegenüber *Tito* nachgiebig zu sein braucht. *Rudé právo* schrieb am 11. Juli:

„Wir haben die Erfahrungen der Bruderparteien in den volksdemokratischen und kapitalistischen Ländern sorgfältig verfolgt und daraus gelernt, aber wir haben alle Versuche abgelehnt, ihr Vorgehen mechanisch auf die

Situation der Tschechoslowakei zu übertragen... Wie gefährlich wäre es doch gewesen, auf die Ebene einer bloßen Sensationsgier herabzusteigen!“

In einem Punkt hat jedenfalls die Parteikonferenz völlige Klarheit geschaffen: von einem „milden Kurs“, einer Lockerung auf irgendeinem Gebiet, kann keine Rede sein. „Im Westen wird heute“, so erklärte Ministerpräsident *Široký* in der Regierungserklärung vom 30. Juli, „viel von einer Liberalisierung unseres Lebens gesprochen. Das sind vergebliche Hoffnungen...“

Anmerkungen

¹⁾ Ueber die Ergebnisse des 20. Parteikongresses der KPdSU vgl. Boris Meissner in Europa-Archiv 9/1956, S. 8803 ff., und 10/1956, S. 8845 ff., sowie vom gleichen Verfasser: „Das Ende des Stalin-Mythos“, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 13, Frankfurt a. M. 1956.

²⁾ Auszugsweise deutsche Uebersetzung des zusammenfassenden Berichts über die Referate führender ZK-Mitglieder in *Ost-Probleme*, 8. Jahrg., 1956, H. 14, S. 480—481.

³⁾ Der Bericht *Nocotny*s in gekürzter deutscher Uebersetzung in *Ost-Probleme*, 8. Jahrg., 1956, H. 18, S. 615—617.

⁴⁾ Damit ist offenbar in erster Linie das Amt des Präsidenten der Republik gemeint, das von der Verfassung vom 9. Mai 1948 übernommen wurde und sich von der Regelung in der ersten Republik, als es von T. G. *Masaryk* und später von Eduard *Beneš* bekleidet wurde, kaum unterscheidet, während die Institution des Staatsoberhauptes in den übrigen Volksdemokratien beseitigt wurde. In der Pressekonferenz vom 24. Mai hat Ministerpräsident *Siroky* auf die Frage des Korrespondenten der *New York Times* erklärt, daß man absolut nicht daran denke, dieses Amt aufzulösen, sondern es für eine außerordentlich bedeutsame Institution halte, für deren Beseitigung weder innen- noch außenpolitische Gründe vorliegen.

⁵⁾ Das tschechoslowakische Strafgesetzbuch vom 12. Juli 1950 erschien in der Sammlung außerdeutscher Strafgesetzbücher in deutscher Uebersetzung als 57. Bd., herausgegeben von E. *Schmied*, Berlin 1952; vgl. ferner *Slapnicka*, „Die Strafrechtskodifikation in der Tschechoslowakei“ in *Juristische Blätter*, Wien, 72. Jahrg., 1950, S. 575—577, und *Huber*, „Die neue tschechische Strafprozeßordnung“ in *Juristische Blätter*, Wien, 73. Jahrg., 1951, S. 104 ff. Ueber die Anklagebehörde vgl. *Brügel* in Europa-Archiv 7—8/1950, S. 2946.

⁶⁾ Auszugsweise deutsche Uebersetzung in *Ost-Probleme*, 8. Jahrg., 1956, H. 18, S. 617—618, und *Hinter dem Eisernen Vorhang* 2. Jahrg., 1956, H. 4, S. 45—46.

⁷⁾ Ueber den *Slansky*-Prozeß vgl. *Lesny* in *Osteuropa*, 3. Jahrg., 1953, S. 1—12, und *Hinter dem Eisernen Vorhang*, 2. Jahrg., 1956, H. 5, S. 6—8.

⁸⁾ *Borba* (Belgrad), 28. Juli 1955, deutsche Uebersetzung in *Hinter dem Eisernen Vorhang*, 1. Jahrg., 1955, H. 9, S. 41.

⁹⁾ Referat des „Generalvikars“ der Prager Erzdiözese, A. *Stehlik*, vor dem Friedensausschuß des katholischen Klerus am 21. Mai 1956, in *Katolicke noviny*, 8. Jahrg., 1956, F. 22, S. 3.

¹⁰⁾ Ueber die aufsehenerregende „Aktion der Studenten“ — dieser Ausdruck wurde von der Parteikonferenz verwendet — sind nur bruchstückartige Berichte ins Ausland gelangt, und zwar dank der „hermetischen Abschließung durch die Presse der Tschechoslowakei“, die in diesem Zusammenhang von den

Literární noviny vom 2. Juni 1956 kritisiert wurde. Der obige Bericht stützt sich — sofern nicht auf andere Quellen verwiesen wird — ausschließlich auf Berichte aus der Tschechoslowakei (*Rudé právo*, *Mladá fronta*, *Smena*, *Literární noviny*, *Práva*, *Pravda*).

¹¹⁾ Der Wortlaut einer dieser Resolutionen ist in der Juli-Folge der Zeitschrift *Hinter dem Eisernen Vorhang* (München), S. 46—57, veröffentlicht.

¹²⁾ *Zápotockys* Rede vor dem Schriftstellerkongreß in deutscher Uebersetzung in *Ost-Probleme*, 8. Jahrg., 1956, H. 23, S. 816—817; hier auch eine auszugsweise Uebersetzung des Hauptreferates des bisherigen Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes, Jan *Drda*, Ueber den Prager Schriftstellerkongreß vgl. Otto *Turecek* in *Wort und Wahrheit*, 11. Jahrg., 1956, H. 8, S. 621—623. — Ueber Antonin *Zápotocky* vgl. *Slapnicka* in *Osteuropa*, 5. Jahrg., 1955, H. 1, S. 36—37. Von seinen Romanen liegen in deutscher Uebersetzung vor: „Neue Kämpfer werden aufstehen“, „Das stürmische Jahr“ und „Rote Glut über Kladno“ (im Dietz-Verlag, Berlin).

¹³⁾ Ueber den Konferenzverlauf vgl. *Hinter dem Eisernen Vorhang*, 2. Jahrg., 1956, H. 6, S. 37—41.

¹⁴⁾ Vgl. hierüber den Bericht in der *Presse*, Wien, vom 1. Juli 1956.

¹⁵⁾ *Rudé právo*, 17. Juni 1956.

¹⁶⁾ Ueber die Entwicklung der Ministerien in der Tschechoslowakei in den Jahren 1945—1953 vgl. *Slapnicka* in *Osteuropa*, 4. Jahrg., 1954, H. 1, S. 54—62, und die Ergänzung a. a. O., 5. Jahrg., 1955, H. 4, S. 306—307.

¹⁷⁾ Die Beseitigung eines selbständigen Ablieferungsministeriums und seines Bevollmächtigten für die Slowakei hat unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Slowakei die Auffassung entstehen lassen, daß damit auch die Ablieferungspflicht der Bauern abgeschafft worden sei. Es bedurfte einer ausdrücklichen Klarstellung im slowakischen Parteiorgan (*Pravda*, Preßburg, 20. Juni 1956), daß es sich um eine rein organisatorische Maßnahme handle, von der die bisherigen Ablieferungsbestimmungen unberührt blieben.

¹⁸⁾ *Vysoká škola*, Nr. 6 vom Juni 1956; auszugsweise deutsche Uebersetzung in *Wissenschaftlicher Dienst für Ost-Mittel-europa*, Marburg/Lahn, 6. Jahrg., 1956, S. 241—246.

¹⁹⁾ Ueber die Hochschulen vgl. *Skala*, „Hochschulprobleme in der Tschechoslowakei“ in *Berichte und Informationen*, Salzburg, 1949, Nr. 166; *Slapnicka*, „Die Gesetzgebung der Tschechoslowakei auf kulturellem Gebiet“, Abschnitt „Hochschulen“, in *Osteuropa-Recht*, 1. Jahrg. 1955, H. 2, S. 135—136.

²⁰⁾ *Literární noviny*, 23. Juni 1956, deutscher Auszug in *Ost-Probleme*, 8. Jahrg., 1956, H. 31, S. 1055—1056.

²¹⁾ *The New York Times*, 12. März 1956.

Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 30. Juni 1956 über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen

I

Das Zentralkomitee der KPdSU stellt mit Genugtuung fest, daß die Beschlüsse des historischen XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bei unserer gesamten Partei, beim gesamten Sowjetvolke, bei den Bruderparteien — den kommunistischen und Arbeiterparteien —, bei den Werktätigen der großen Gemeinschaft der sozialistischen Länder und bei Millionen Menschen in den kapitalistischen und kolonialen Ländern volle Zustimmung und heiße Unterstützung gefunden haben. Das ist auch verständlich, hat doch der XX. Parteitag, der eine neue Etappe in der schöpferischen Entwicklung des Marxismus-Leninismus bedeutet, eine tiefe Analyse der gegenwärtigen internationalen und innenpolitischen Lage gegeben, die Kommunistische Partei und das ganze Sowjetvolk mit dem großartigen Plan des weiteren Kampfes für die Errichtung des Kommunismus gewappnet und neue Perspektiven für vereinte Aktionen aller Parteien der Arbeiterklasse zur Verhütung der Gefahr eines neuen Krieges, zur Wahrnehmung der Interessen der Werktätigen eröffnet.

Bei der Ausführung der Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU erringt das Sowjetvolk unter der Führung der Kommunistischen Partei neue hervorragende Erfolge auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens des Landes. Die Menschen der Sowjetunion haben sich noch enger um die Kommunistische Partei geschart und legen im Kampfe um die Lösung der vom XX. Parteitag gestellten Aufgaben große schöpferische Aktivität an den Tag.

Die Zeit nach dem Parteitag hat zugleich gezeigt, wie lebenswichtig seine Beschlüsse für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung, für den Kampf aller fortschrittlichen Kräfte um die Festigung des Weltfriedens sind. Die vom Parteitag aufgestellten wichtigen prinzipiellen theoretischen Leitsätze über die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung, über die Möglichkeit der Verhütung von Kriegen in der modernen Epoche und die Vielfalt der Formen des Uebergangs der Länder zum Sozialismus wirken sich wohlthuend auf die internationale Lage aus und tragen zur Entspannung bei, zur Festigung der Aktionseinheit aller Kräfte, die für Frieden und Demokratie kämpfen, zur weiteren Konsolidierung der Positionen des Weltsystems des Sozialismus.

Haben die historischen Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU unter den Menschen der Sowjetunion, unter den Werktätigen der volksdemokratischen Länder und der ganzen Welt große Begeisterung, einen neuen Zustand schöpferischer Initiative und revolutionärer Energie hervorgerufen, so haben sie im Lager der Feinde der Arbeiterklasse Alarm und Wut ausgelöst. Die reaktio-

nären Kreise der USA und einiger anderer kapitalistischer Mächte sind unverkennbar beunruhigt durch das vom XX. Parteitag der KPdSU entworfene großartige Programm des Kampfes für die Konsolidierung des Friedens. Ihre Unruhe wächst mit der fortschreitenden aktiven und konsequenten Verwirklichung dieses Programms.

Warum konzentrieren die Feinde des Kommunismus und des Sozialismus das Feuer auf die Mängel, über die sich das Zentralkomitee unserer Partei auf dem XX. Parteitag der KPdSU geäußert hat? Weil sie die Arbeiterklasse und deren Parteien von dem Wichtigsten ablenken wollen, was der XX. Parteitag gezeitigt hat und was den Weg zu neuen Erfolgen des Friedens, des Sozialismus und der Einheit der Arbeiterklasse bahnt.

Die Beschlüsse des XX. Parteitags, die Innen- und Außenpolitik der Sowjetregierung haben die imperialistischen Kreise der USA und anderer Staaten in Verwirrung gebracht.

Die kühne und konsequente Außenpolitik der UdSSR, die der Sicherung des Friedens und der Zusammenarbeit der Staaten, unabhängig von deren Gesellschaftsordnung, gilt, findet die Unterstützung breiter Volksmassen aller Länder der Welt, erweitert die Front der friedliebenden Staaten und verursacht eine tiefe Krise der Politik des Kalten Krieges, der Politik der Militärblocks und des Wettrüstens. Es ist kein Zufall, daß es die imperialistischen Kreise in den USA sind, die anlässlich des Kampfs gegen den Personenkult in der UdSSR den größten Lärm erhoben haben. Für sie waren die mit dem Personenkult verbundenen negativen Erscheinungen ein Vorteil; denn sie waren bemüht, diese Tatsachen zum Kampf gegen den Sozialismus auszunutzen. Jetzt, da unsere Partei die Folgen des Personenkults kühn überwindet, sehen die Imperialisten darin einen Faktor, der den Vormarsch unseres Landes zum Kommunismus beschleunigt und die Positionen des Kapitalismus schwächt.

Bestrebt, die große Anziehungskraft der Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU und ihren Einfluß auf die breitesten Volksmassen herabzumindern, greifen die Ideologen des Kapitalismus zu allerlei Listen und Schlichen, mit denen sie die Werktätigen von den fortschrittlichen und begeisternden Ideen ablenken wollen, die die sozialistische Welt der Menschheit bietet.

In letzter Zeit hat die bürgerliche Presse einen großangelegten sowjetfeindlichen Verleumdungsfeldzug unternommen, zu dem die reaktionären Kreise gewisse Tatsachen auszunutzen suchen, die mit dem von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion verurteilten Kult der Persönlichkeit J. W. Stalins zusammenhängen. Die Organisatoren dieses Feldzugs sind auf jede Weise bemüht, „im trüben zu fischen“ und zu verhehlen, daß es sich um eine bereits der Vergangenheit anheimgefallene Etappe

im Leben des Sowjetlandes handelt; sie suchen auch die Tatsache totzuschweigen und zu entstellen, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Sowjetregierung in den Jahren seit Stalins Tod die Folgen des Personenkults außerordentlich beharrlich und entschlossen beseitigen und im Interesse der Festigung des Friedens und der Errichtung des Kommunismus, im Interesse der breiten Volksmassen erfolgreich neue Aufgaben lösen.

Bei dem Verleumdungsfeldzug, den die Ideologen der Bourgeoisie entfalten, versuchen sie aufs neue erfolglos, auf die großen Ideen des Marxismus-Leninismus einen Schatten zu werfen, das Vertrauen der Werktätigen zum ersten Lande des Sozialismus in der Welt — zu der UdSSR — zu untergraben, in den Reihen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung Verwirrung zu stiften.

Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß die Feinde der internationalen Einheit des Proletariats schon wiederholt versuchen, ihnen geeignet erscheinende Momente auszunutzen, um die internationale Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien zu untergraben, die internationale Arbeiterbewegung zu spalten und das sozialistische Lager zu schwächen. Aber jedesmal durchschauten die kommunistischen und Arbeiterparteien die Manöver der Feinde des Sozialismus, schlossen ihre Reihen noch enger und manifestierten so ihre unerschütterliche politische Einheit und die unwandelbare Treue, die sie den Ideen des Marxismus-Leninismus wahren.

Die Bruderparteien, die kommunistischen und Arbeiterparteien, haben auch dieses Manöver der Feinde des Sozialismus rechtzeitig durchschaut und erteilen ihm die gebührende Abfuhr. Zugleich wäre es falsch, wollte man nicht sehen, daß manche unserer Freunde im Ausland sich über den Personenkult und seine Folgen nicht völlig klar sind und mitunter manches, was den Personenkult betrifft, falsch auffassen.

Bei ihrer Kritik am Personenkult geht die Partei von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus aus. Schon seit über drei Jahren kämpft unsere Partei konsequent gegen den Kult der Persönlichkeit J. W. Stalins und überwindet beharrlich seine schädlichen Folgen. Es ist natürlich, daß diese Frage auf dem XX. Parteitag der KPdSU und in dessen Beschlüssen einen wichtigen Platz eingenommen hat. Der Parteitag hat betont, daß das Zentralkomitee völlig richtig und rechtzeitig gegen den Personenkult aufgetreten ist, dessen Verbreitung die Rolle der Partei und der Volksmassen herabminderte, die Rolle der kollektiven Leitung in der Partei schmälerte und nicht selten zu ernstlichen Versäumnissen in der Arbeit, zu groben Verstößen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit führte. Der Parteitag beauftragte das Zentralkomitee, konsequent Maßnahmen auszuführen, die die volle Ueberwindung des dem Marxismus-Leninismus fremden Personenkults, die Beseitigung seiner Folgen in allen Bereichen der Partei-, der Staats- und der ideologischen Arbeit und die strenge Einhaltung der von dem großen Lenin entwickelten Normen des Parteilebens und Grundsätze der Kollektivität der Parteiführung gewährleisten.

Im Kampf gegen den Personenkult geht die Partei von den bekannten Leitsätzen des Marxismus-Leninismus über die Rolle der Volksmassen, der Partei und einzelner Persönlichkeiten in der Geschichte aus, über die Unzulässigkeit des Kults der Persönlichkeit eines politischen Füh-

rers, wie groß seine Verdienste auch sein mögen. Karl Marx, der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, erklärte unter Hervorhebung seines „Widerwillens gegen allen Personenkult“, sein und Friedrich Engels' Eintritt in die Kommunistengesellschaft „geschah nur unter der Bedingung, daß alles aus den Statuten entfernt würde, was dem Autoritätsaberglauben förderlich“ (Marx/Engels: Briefe an Bebel, Liebknecht, Kautsky u. a., Teil I, S. 170).

W. I. Lenin schuf unsere Kommunistische Partei im unversöhnlichen Kampf gegen die antimarxistische Konzeption des „Helden“ und der „Menge“, er verurteilte entschieden die Gegenüberstellung heroischer Einzeltätigkeiten — Volksmassen. „Der Geist von vielen Millionen schöpferischen Menschen“, sagte W. I. Lenin, „schafft etwas unendlich Höheres als die größte und genialste Voraussicht“ (Lenin, Werke, Bd. 26, S. 431 russ.).

Als das Zentralkomitee der KPdSU dem Kult der Persönlichkeit J. W. Stalins den Kampf ansagte, ging es davon aus, daß der Personenkult dem Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung zuwiderläuft und sich in einen Hemmschuh auf dem Entwicklungsweg der Sowjetdemokratie, auf dem Wege des Vormarschs der Sowjetgesellschaft zum Kommunismus verwandelte.

Der XX. Parteitag erachtete es auf Initiative des Zentralkomitees für notwendig, kühn und offen von den schlimmen Folgen des Personenkults und den ersten Fehlern aus der letzten Periode des Lebens Stalins zu sprechen und die ganze Partei aufzufordern, durch gemeinsame Bemühungen mit all dem aufzuräumen, was der Personenkult nach sich gezogen hat. Dabei legte sich das Zentralkomitee darüber Rechenschaft ab, daß die offene Anerkennung der begangenen Fehler gewisse Nachteile bringen und einiges kosten werde, was die Feinde sich zunutze machen können. Die kühne und schonungslose Selbstkritik in der Frage des Personenkults ist ein neuer leuchtender Beweis für die Stärke und Festigkeit unserer Partei und des sozialistischen Sowjetsystems. Man kann mit Gewißheit sagen, daß es keine der herrschenden Parteien der kapitalistischen Länder gewagt hätte, einen solchen Schritt zu tun. Im Gegenteil, sie wären bestrebt gewesen, derart unangenehme Tatsachen zu verschweigen, sie vor dem Volke zu verhehlen. Aber die Kommunistische Partei der Sowjetunion, die im Geiste der revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus erzogen ist, hat die ganze Wahrheit ausgesprochen, wie bitter sie auch sein mag. Die Partei hat diesen Schritt ausschließlich auf eigene Initiative, auf Grund von prinzipiellen Erwägungen getan. Sie ging davon aus, daß aus der Stellungnahme gegen den Kult Stalins zwar gewisse zeitweilige Schwierigkeiten erwachsen können, daß diese Stellungnahme aber auf weite Sicht, vom Standpunkt der grundlegenden Interessen und der Endziele der Arbeiterklasse, ein kolossales positives Ergebnis haben wird. Durch sie werden feste Garantien dafür geschaffen, daß in unserer Partei und im Lande nie mehr Erscheinungen wie der Personenkult aufkommen können werden, daß die Leitung über die Partei und das Land künftig kollektiv ausgeübt werden wird, auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Politik, unter den Verhältnissen einer entfalteten innerparteilichen Demokratie, bei aktiver schöpferischer Teilnahme der Millionen Werktätigen und allseitiger Entwicklung der Sowjetdemokratie.

Dadurch, daß die Partei gegen den Personenkult und seine Folgen entschlossen Stellung nahm und die durch ihn verursachten Fehler offen kritisierte, manifestierte sie noch einmal die Treue, die sie den unsterblichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus wahrte, die Ergebenheit, die sie den Interessen des Volkes entgegenbringt, ihre Sorge um die Schaffung der günstigsten Voraussetzungen für die Entwicklung der Partei- und Sowjetdemokratie im Interesse des erfolgreichen Aufbaus des Kommunismus in unserem Lande.

Das ZK der KPdSU stellt fest, daß die Erörterung der Frage des Personenkults und seiner Folgen in den Parteiorganisationen und in Versammlungen der Werktätigen bei großer Aktivität der Parteimitglieder und der Parteilosen verlief und daß der Kurs des ZK der KPdSU bei der Partei und beim Volke volle Billigung und Unterstützung gefunden hat.

Die von der Partei bekanntgegebenen Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit und andere mit dem Kult der Persönlichkeit J. W. Stalins zusammenhängende Fehler rufen natürlich Bitternis und tiefes Bedauern hervor. Die Menschen der Sowjetunion begreifen jedoch, daß die Verurteilung des Personenkults notwendig war im Interesse der Errichtung des Kommunismus, an der sie aktiv teilnehmen. Das Sowjetvolk sieht, daß die Partei in den letzten Jahren beharrlich praktische Maßnahmen durchführt, die auf die Beseitigung der Folgen des Personenkults in allen Bereichen des Partei-, Staats-, Wirtschafts- und Kulturaufbaus gerichtet sind. Dank dieser Arbeit ist die Partei, deren inneren Kräfte jetzt durch nichts mehr gehemmt werden, dem Volke noch nähergekommen und entwickelt heute eine nie dagewesene schöpferische Aktivität.

II

Wie konnte es nun kommen, daß unter der sozialistischen Sowjetordnung der Kult der Persönlichkeit Stalins mit all seinen negativen Folgen entstand und Verbreitung fand.

Bei Betrachtung dieser Frage muß man sowohl die objektiven, konkreten historischen Verhältnisse berücksichtigen, unter denen der Sozialismus in der UdSSR aufgebaut wurde, als auch einige subjektive Faktoren, die mit Stalins persönlichen Eigenschaften zusammenhängen.

Die sozialistische Oktoberrevolution ist in die Geschichte eingegangen als klassisches Beispiel der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft unter der Leitung der Arbeiterklasse. Am Beispiel des Heldenkampfes der bolschewistischen Partei und der UdSSR als des ersten sozialistischen Staates der Welt lernen die kommunistischen Parteien anderer Länder, lernen alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte die Erfahrungen kennen, die bei der Lösung jener grundlegenden sozialen Probleme gemacht werden, welche die moderne soziale Entwicklung aufwirft. In den fast vierzig Jahren des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft haben die Werktätigen unseres Landes gewaltige Erfahrungen gesammelt, die von den Werktätigen der anderen sozialistischen Länder studiert und schöpferisch ausgewertet werden, wie es ihren konkreten Verhältnissen entspricht.

Es war dies in der Geschichte der erste Versuch des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft, die sich im Prozeß ständigen Suchens und praktischen Erprobens vieler Wahrheiten herausbildete, welche den Sozialisten

bis dahin nur in allgemeinen Umrissen, nur in der Theorie bekannt gewesen waren. Mehr als ein Vierteljahrhundert war das Sowjetland das einzige, das der Menschheit den Weg zum Sozialismus bahnte. Es war wie eine belagerte Festung in der kapitalistischen Umkreisung. Als die Intervention der vierzehn Staaten 1918 bis 1920 gescheitert war, rüsteten die Feinde des Sowjetlandes in West und Ost zu neuen „Kreuzzügen“ gegen die UdSSR. Bemüht, den ersten sozialistischen Staat der Welt auf jede Weise zu untergraben, schleusten die Feinde viele Spione und Diversanten in die UdSSR ein. Die Gefahr einer neuen imperialistischen Aggression gegen die UdSSR verstärkte sich besonders, nachdem 1933 in Deutschland der Faschismus an die Macht gekommen war, der die Vernichtung des Kommunismus, die Vernichtung der Sowjetunion, des ersten Staates der Werktätigen in der Welt, zu seinem Ziel erklärt hatte. In aller Erinnerung ist noch die von den Kräften der gesamten internationalen Reaktion aktiv unterstützte Bildung des sogenannten Antikominternpakts und der „Achse Berlin—Rom—Tokio“. Angesichts der wachsenden Gefahr eines neuen Krieges und der Tatsache, daß die Westmächte die Maßnahmen ablehnten, die die Sowjetunion wiederholt vorgeschlagen hatte, um den Faschismus zu zügeln und die kollektive Sicherheit zu organisieren, war das Sowjetland genötigt, alle Kräfte anzuspannen, um die Landesverteidigung zu festigen und die Ränke der feindlichen kapitalistischen Umwelt zu durchkreuzen. Die Partei mußte das ganze Volk im Geiste ständiger Wachsamkeit und Mobilisationsbereitschaft gegenüber den äußeren Feinden erziehen.

Die Ränke der internationalen Reaktion waren um so gefährlicher, als im Lande selbst lange Zeit ein erbitterter Klassenkampf im Gange war, als die Frage „Wer wen?“ entschieden wurde. Nach Lenins Tod aktivierten sich die feindlichen Strömungen in der Partei: die Trotzkisten, die Rechtsopportunisten und die bürgerlichen Nationalisten, die die Abkehr von der Leninschen Theorie der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem einzelnen Lande verfochten, was in Wirklichkeit zur Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR geführt hätte. Die Partei entfaltete einen schonungslosen Kampf gegen diese Feinde des Leninismus.

Lenins Vermächtnis erfüllend, nahm die Kommunistische Partei Kurs auf die sozialistische Industrialisierung des Landes, die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Kulturrevolution. Auf dem Wege zur Lösung dieser großartigsten Aufgaben beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in einem einzelnen Lande hatten das Sowjetvolk und die Kommunistische Partei beispiellose Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden. Unser Land mußte in historisch kürzester Zeit, ohne jede wirtschaftliche Hilfe von außen, seiner jahrhundertealten Rückständigkeit ein Ende machen und die ganze Volkswirtschaft auf neuer, sozialistischer Grundlage umgestalten.

Diese komplizierte internationale und innere Lage verlangte eiserne Disziplin, unermüdliche Hebung der Wachsamkeit und strengste Zentralisierung der Führung, was sich auf die Entwicklung einiger demokratischer Formen zwangsläufig negativ auswirken mußte. Im erbitterten Kampfe gegen die ganze Welt des Imperialismus mußte sich unser Land zu gewissen Beschränkungen

der Demokratie entschließen, die ihre logische Rechtfertigung darin fanden, daß unser Volk seinen Kampf für den Sozialismus unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung führen mußte. Aber die Partei und das Volk betrachteten diese Beschränkungen schon damals als etwas Zeitweiliges, das nach Maßgabe der Festigung des Sowjetstaates und der Entwicklung der Kräfte der Demokratie und des Sozialismus in der ganzen Welt abzuschaffen war. Das Volk brachte diese zeitweiligen Opfer bewußt, sah es doch, wie die sowjetische Gesellschaftsordnung mit jedem Tag neue Erfolge errang.

Alle diese Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus überwand das Sowjetvolk unter der Führung der Kommunistischen Partei und ihres Zentralkomitees, das konsequent die Leninsche Generallinie verfolgte.

Der Sieg des Sozialismus in unserem Lande, das sich in der feindlichen Umzingelung befand und ständig der Gefahr eines Ueberfalls von außen ausgesetzt war, war eine welthistorische Heldentat des Sowjetvolkes. Während der ersten Planjahrhünfte machte das wirtschaftlich rückständige Land dank den angespannten, heldenhaften Bemühungen des Volkes und der Partei in seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung einen Riesensprung. Dank den Erfolgen beim sozialistischen Aufbau wurde das Lebensniveau der Werktätigen gehoben und die Arbeitslosigkeit für alle Zeiten abgeschafft. Im Lande vollzog sich die gründlichste Kulturrevolution. In kurzer Zeit bildete das Sowjetvolk zahlreiche Kader der technischen Intelligenz aus, die mit den Spitzenleistungen der Welttechnik Schritt hielt und die sowjetische Wissenschaft und Technik auf einen der ersten Plätze in der Welt brachte. Inspirator und Organisator dieser Siege war die große Partei der Kommunisten. Das Beispiel der UdSSR brachte den Werktätigen der ganzen Welt den überzeugenden Beweis, daß die Arbeiter und Bauern, haben sie die Macht genommen, ohne Kapitalisten und Gutsherren mit Erfolg ihren sozialistischen Staat aufbauen und entwickeln können, einen Staat, der die Interessen der breiten Volksmassen zum Ausdruck bringt und wahrnimmt. All dies förderte das Wachstum des Einflusses der kommunistischen und Arbeiterparteien in allen Länder der Welt und spielte in dieser Hinsicht eine gewaltige begeisterte Rolle.

Zusammen mit anderen führenden Funktionären kämpfte J. W. Stalin, der lange Zeit den Posten des Generalsekretärs des ZK der Partei bekleidete, aktiv für die Verwirklichung von Lenins Vermächtnis. Er war dem Marxismus-Leninismus ergeben und stand als Theoretiker und bedeutender Organisator an der Spitze des Kampfes der Partei gegen die Trotzlisten, die Rechtsopportunisten und die bürgerlichen Nationalisten, gegen die Ränke der kapitalistischen Umwelt. In diesem politischen und ideologischen Kampf erwarb sich Stalin große Autorität und Popularität. Aber fälschlicherweise begann man mit seinem Namen alle unsere großen Siege zu verknüpfen. Die Erfolge, die die Kommunistische Partei und das Sowjetland erzielten, die Lobpreisungen, die an Stalin gerichtet wurden, stiegen ihm zu Kopf. Unter diesen Verhältnissen entstand nach und nach der Kult der Persönlichkeit Stalins.

Zur Entwicklung des Personenkults trugen in enormem Maße einige individuelle Eigenschaften J. W. Stalins bei, auf deren negatives Wesen bereits W. I. Lenin hinge-

wiesen hatte. Ende 1922 richtete Lenin ein Schreiben an den nächsten Parteitag, worin es hieß:

„Seitdem Genosse Stalin Generalsekretär geworden ist, hat er in seiner Hand eine unermeßliche Macht konzentriert, und ich bin nicht sicher, ob er imstande sein wird, sich dieser Macht immer mit der genügenden Vorsicht zu bedienen.“ In einer Anfang Januar 1923 niedergeschriebenen Zufügung zu diesem Schreiben kommt W. I. Lenin wiederum auf einige, für einen leitenden Funktionär unzulässige persönliche Eigenschaften Stalins zurück. „Stalin“, schrieb Lenin, „ist zu grob, und dieser unter uns Kommunisten und im Verkehr zwischen uns durchaus duldbare Mangel wird unduldbar, wenn es sich um das Amt des Generalsekretärs handelt. Deswegen schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie Stalin von diesem Posten auf einen anderen versetzt und an diese Stelle ein anderer ernannt werden könnte, der sich in jeglicher anderer Hinsicht vom Genossen Stalin nur durch einen Vorzug unterscheidet, nämlich der duldsamer, loyaler, höflicher und aufmerksamer gegen die Genossen, weniger launenhaft ist usw.“

Auf dem XIII. Parteitag, der bald nach W. I. Lenins Tod stattfand, wurden seine Briefe den Delegationen zur Kenntnis gebracht. Nach Erörterung dieser Dokumente fand man es für zweckmäßig, Stalin auf dem Posten des Generalsekretärs zu belassen, doch sollte er die von W. I. Lenin geübte Kritik berücksichtigen und daraus alle nötigen Schlüsse ziehen.

Auf dem Posten des Generalsekretärs des ZK verblieben, berücksichtigte Stalin in der ersten Zeit nach Wladimir Iljitschs Tod dessen kritische Bemerkungen. Späterhin aber begann Stalin seine Verdienste maßlos zu überschätzen und an seine Unfehlbarkeit zu glauben. Einige Beschränkungen der Partei- und der Sowjetdemokratie, die unter den Verhältnissen des erbitterten Kampfes gegen den Klassenfeind und dessen Agenten und später unter den Verhältnissen des Kriegs gegen die faschistischen deutschen Landräuber notwendig gewesen waren, begann Stalin unter größlicher Mißachtung der Leninschen Führungsgrundsätze zu einer Norm des Partei- und Staatslebens zu erheben. Plenartagungen des ZK und Parteitage wurden unregelmäßig und später viele Jahre überhaupt nicht einberufen. Stalin stand nun faktisch außerhalb der Kritik.

Großen Schaden brachte dem sozialistischen Aufbau und der Entwicklung der Demokratie in der Partei und im Staate Stalins falsche Formel, wonach der Klassenkampf sich nach Maßgabe des Heranrückens der Sowjetunion an den Sozialismus immer mehr verschärfen werde. Diese Formel, die nur für bestimmte Etappen der Uebergangsperiode zutrifft, in denen die Frage „Wer wen?“ entschieden wurde, in denen ein erbitterter Klassenkampf im Gange war, der die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus betraf, wurde 1937 in den Vordergrund gerückt, zu einer Zeit, als der Sozialismus in unserem Lande schon gesiegt hatte, als die Ausbeuterklassen und ihre wirtschaftliche Basis liquidiert waren. In der Praxis diente diese falsche theoretische Formel zur Begründung von gröbsten Verstößen gegen die sozialistische Gesetzmäßigkeit und von Massenrepräsentationen.

Unter diesen Verhältnissen gerade bildete sich namentlich die Sonderstellung der Staatssicherheitsorgane her-

aus, denen enormes Vertrauen erwiesen wurde, da sie dem Volke und dem Lande gegenüber unstrittige Verdienste um den Schutz der Errungenschaften der Revolution aufzuweisen hatten. Lange Zeit hindurch rechtfertigten die Staatssicherheitsorgane dieses Vertrauen, und ihre Sonderstellung führte nicht zu irgendwelchen Gefahren. Eine Aenderung trat erst ein, als an die Stelle der Kontrolle, die die Partei und die Regierung über sie ausgeübt hatten, nach und nach die persönliche Kontrolle Stalins und an die Stelle der Rechtsprechung nach den üblichen Normen nicht selten von ihm allein getroffene Entscheidungen gesetzt wurden. Die Lage wurde noch schwieriger, als sich die Verbrecherbande Berias, dieses Agenten des internationalen Imperialismus, an der Spitze der Staatssicherheitsorgane erwies. Es wurden ernste Verstöße gegen die sowjetische Gesetzlichkeit und Massenrepressalien zugelassen. Infolge der Ränke der Feinde wurden viele ehrliche Kommunisten und parteilose Sowjetmenschen verleumdet, und sie mußten unschuldig leiden.

Der XX. Parteitag und die ganze Politik des Zentralkomitees nach Stalins Tod zeugen klar davon, daß es innerhalb des Zentralkomitees der Partei einen festen Leninschen Kern von leitenden Funktionären gab, die die herangereiften Erfordernisse der Innen- und Außenpolitik richtig verstanden. Man kann nicht sagen, daß es keinen Widerstand gegen die negativen Erscheinungen gegeben hätte, die mit dem Personenkult verbunden waren und den Vormarsch des Sozialismus hemmten. Mehr noch, es gab bestimmte Perioden, z. B. in den Kriegsjahren, als Stalins Eigenmächtigkeit stark eingeschränkt und die negativen Auswirkungen der Gesetzwidrigkeiten, der Willkür usw. wesentlich gemildert wurden.

Wie bekannt, nahmen gerade während des Krieges Mitglieder des ZK und hervorragende sowjetische Heerführer bestimmte Tätigkeitsabschnitte im Hinterland und an der Front in die Hand, trafen selbständig Entscheidungen und sicherten durch ihre organisatorische, politische, wirtschaftliche und militärische Arbeit zusammen mit den örtlichen Partei- und Sowjetorganisationen den Sieg des Sowjetvolkes im Kriege. Nach dem Sieg zeigten sich die negativen Folgen des Personenkults erneut mit großer Stärke.

Der Leninsche Kern des Zentralkomitees betrat sofort nach Stalins Tod den Weg des entschlossenen Kampfes gegen den Personenkult und seine schlimmen Folgen.

Es kann die Frage auftauchen: weshalb wandten sich diese Leute nicht offen gegen Stalin und enthoben ihn nicht der Leitung? Unter den damaligen Verhältnissen war das unmöglich. Gewiß, die Tatsachen bezeugen, daß Stalin an vielen Gesetzwidrigkeiten schuld ist, die besonders in der letzten Zeit seines Lebens begangen wurden. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die Sowjetmenschen Stalin als einen Mann kannten, der die UdSSR stets gegen die Umtriebe ihrer Feinde verteidigte, der für den Sozialismus kämpfte. Er wandte in diesem Kampf manchmal unwürdige Methoden an, verstieß gegen die Leninschen Prinzipien und Normen des Parteilebens. Darin bestand Stalins Tragödie. Aber all dies erschwerte zugleich den Kampf gegen die Gesetzwidrigkeiten, die damals begangen wurden, denn die Erfolge beim Aufbau des Sozialismus, bei der Festigung

der UdSSR wurden unter den Verhältnissen des Personenkults Stalin zugeschrieben.

Jedes Auftreten gegen ihn wäre unter diesen Umständen vom Volke nicht verstanden worden, und es handelt sich hier keineswegs um einen Mangel an persönlichem Mut. Es ist klar, daß niemand, der sich unter diesen Umständen gegen Stalin gewandt hätte, beim Volke Unterstützung gefunden hätte. Mehr noch, jede derartige Aktion wäre unter jenen Bedingungen als eine Aktion gegen den Aufbau des Sozialismus eingeschätzt worden, als eine angesichts der kapitalistischen Umkreisung äußerst gefährliche Untergrabung der Einheit der Partei und des ganzen Staates. Zudem erweckten die Erfolge, die die Werktätigen der Sowjetunion unter Führung ihrer Kommunistischen Partei errangen, berechtigten Stolz bei jedem Sowjetmenschen und schufen eine Atmosphäre, in der die einzelnen Fehler und Mängel angesichts der gewaltigen Erfolge weniger bedeutend schienen, die negativen Auswirkungen dieser Fehler aber bald aufgewogen wurden durch die kolossal wachsenden Lebenskräfte der Partei und der Sowjetgesellschaft.

Man muß auch berücksichtigen, daß viele Tatsachen und falsche Handlungen Stalins, besonders auf dem Gebiet der Verstöße gegen die sowjetische Gesetzlichkeit, erst in letzter Zeit bekanntgeworden sind, bereits nach Stalins Tod, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Entlarvung der Bande Berias und der Errichtung der Kontrolle der Partei über die Staatssicherheitsorgane.

Das sind die wichtigsten Bedingungen und Gründe, die zum Entstehen und zur Verbreitung des Kults der Persönlichkeit J. W. Stalins führten. Selbstverständlich ist all das eine Erklärung, aber keine Rechtfertigung des Kults der Persönlichkeit J. W. Stalins und seiner Folgen, die von unserer Partei so scharf und mit Recht verurteilt worden sind.

III

Der Personenkult hat die Kommunistische Partei und die Sowjetgesellschaft unbestreitbar ernstlich geschädigt. Es wäre jedoch ein grober Fehler, wollte man daraus, daß es in der Vergangenheit den Personenkult gegeben hat, auf irgendwelche Wandlungen der Gesellschaftsordnung in der UdSSR schließen oder den Ursprung dieses Kults im Wesen der sowjetischen Gesellschaftsordnung suchen. Beides wäre absolut falsch, da es der Wirklichkeit nicht entspricht, da es den Tatsachen zuwiderläuft.

Trotz all dem Uebel, das der Kult der Persönlichkeit Stalins der Partei und dem Volke gebracht hat, war er nicht in der Lage, das Wesen unserer Gesellschaftsordnung zu ändern, und hat dies nicht getan. Kein Personenkult konnte das Wesen des sozialistischen Staates ändern, der auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, auf dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und auf der Freundschaft der Völker beruht, wie ernstlich dieser Kult die Entwicklung des sozialistischen Demokratismus und den Aufschwung der schöpferischen Initiative der Millionen auch geschädigt haben mag.

Anzunehmen, eine einzelne Persönlichkeit, selbst eine so bedeutende wie Stalin, könne unsere gesellschaftliche und politische Ordnung ändern, hieße sich in einen krassen Widerspruch zu den Tatsachen, zum Marxismus, zu der Wahrheit begeben, hieße in Idealismus verfallen.

Das hieße, einer einzelnen Persönlichkeit derart maßlose, übernatürliche Kräfte zuschreiben wie die Fähigkeit, die Gesellschaftsordnung zu verändern, und noch dazu eine Gesellschaftsordnung, in der die Millionenmassen der Werktätigen der entscheidende Faktor sind.

Bekanntlich wird das Wesen einer gesellschaftlichen und politischen Ordnung davon bestimmt, welche Produktionsweise herrscht, wem in der Gesellschaft die Produktionsmittel gehören, in der Hand welcher Klasse die politische Macht liegt. Die ganze Welt weiß, daß in unserem Lande dank der Oktoberrevolution und dem Sieg des Sozialismus die sozialistische Produktionsweise festen Fuß gefaßt hat, daß die Macht nun schon fast vierzig Jahre in der Hand der Arbeiterklasse und der Bauernschaft liegt. Dank diesem Umstand festigt sich die sowjetische Gesellschaftsordnung und wachsen ihre Produktivkräfte von Jahr zu Jahr. Selbst diejenigen, die uns übelwollen, müssen das zugeben.

Folge des Personenkults waren bekanntlich gewisse ernste Mängel in der Leitung verschiedener Tätigkeitsgebiete der Partei und des Sowjetstaates, sowohl im innenpolitischen Leben des Sowjetlandes als auch in seiner Außenpolitik. Man kann namentlich auf die ersten Fehler hinweisen, die Stalin bei der Leitung der Landwirtschaft, bei der Vorbereitung des Landes auf die Abwehr der faschistischen Landräuber beging, und auf die grobe Willkür, die in der Nachkriegszeit zum Konflikt mit Jugoslawien führte. Diese Fehler haben die Entwicklung einzelner Seiten des Lebens des Sowjetstaates beeinträchtigt, sie haben, namentlich in den letzten Lebensjahren J. W. Stalins, die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft gehemmt, haben sie aber selbstverständlich nicht vom richtigen, zum Kommunismus führenden Entwicklungsweg abgedrängt.

Unsere Feinde behaupten, der Kult der Persönlichkeit Stalins sei nicht auf bestimmte, bereits der Vergangenheit anheimgefallene historische Bedingungen zurückzuführen, sondern auf das sowjetische System selbst, darauf, daß es, wie sie sagen, nicht demokratisch ist usw. Die ganze Entwicklungsgeschichte des Sowjetstaates widerlegt derartige Verleumdungen. Die Sowjets als neue demokratische Form der Staatsgewalt sind als Ergebnis des revolutionären Schaffens breiter Volksmassen entstanden, die sich zum Kampf für die Freiheit erhoben hatten. Sie waren und bleiben Organe einer wahren Volksherrschaft. Gerade die Sowjetordnung schuf die Möglichkeiten, unter denen die enorme schöpferische Energie des Volkes zur Entwicklung kommen konnte. Sie brachte die unversiegbaren Kräfte in Bewegung, die den Volksmassen innewohnen, sie bezog Millionen in die bewußte Lenkung des Staates ein, in die aktive schöpferische Teilnahme am Aufbau des Sozialismus. In historisch kurzer Zeit ging der Sowjetstaat aus den schwersten Prüfungen als Sieger hervor, bestand er die Feuerprobe des Zweiten Weltkriegs.

Als in unserem Lande die letzten Ausbeuterklassen liquidiert waren, als der Sozialismus in der ganzen Volkswirtschaft zum herrschenden System geworden war und sich die internationale Lage unseres Landes von Grund aus verändert hatte, erweiterte sich der Rahmen der Sowjetdemokratie unvergleichlich, und er fährt fort, sich zu erweitern. Anders als in jeder bürgerlichen Demokratie werden das Recht auf Arbeit, Bildung und Erholung und auf die Beteiligung an den Staatsangelegen-

heiten, die Rede- und Pressefreiheit, die Gewissensfreiheit wie auch die reale Möglichkeit der freien Entwicklung der persönlichen Fähigkeiten und alle anderen demokratischen Rechte und Freiheiten von der Sowjetdemokratie nicht nur proklamiert, sondern ausnahmslos allen Gesellschaftsmitgliedern auch materiell gewährleistet. Das Wesen der Demokratie wird nicht durch formale Merkmale bestimmt, sondern dadurch, ob die politische Macht in der Tat dem Willen und den Grundinteressen der Bevölkerungsmehrheit, den Interessen der Werktätigen dient und sie zum Ausdruck bringt. Die ganze Innen- und Außenpolitik des Sowjetstaates zeugt davon, daß unsere Ordnung eine wirklich demokratische Ordnung, eine echte Volksordnung ist. Höchstes Ziel und tagtägliche Sorge des Sowjetstaates ist die maximale Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung, die Sicherung einer friedlichen Existenz seines Volkes.

Von der weiteren Entwicklung der Sowjetdemokratie zeugen die Maßnahmen, die die Partei und die Regierung treffen, um die Rechte und Befugnisse der Unionsrepubliken zu erweitern, für strenge Gesetzlichkeit zu sorgen, das Planungssystem umzugestalten, damit die örtliche Initiative entfesselt wird, die Tätigkeit der örtlichen Sowjets zu aktivieren und die Kritik und Selbstkritik zu entwickeln.

Ungeachtet des Personenkults, trotz seiner, hat die von unserem System ins Leben gerufene mächtige Initiative der von der Kommunistischen Partei geführten Volksmassen ihr großes historisches Werk vollbracht und alle Hindernisse überwunden, die dem Aufbau des Sozialismus im Wege standen. Dies ist es gerade, worin der Demokratismus der sozialistischen Sowjetordnung seinen höchsten Ausdruck findet. Die hervorragenden Siege des Sozialismus in unserem Lande sind nicht von selbst gekommen. Sie sind erzielt worden dank der kolossalen Organisations- und Erziehungsarbeit der Partei und ihrer örtlichen Organisationen, dank dem Umstand, daß die Partei ihre Kader und alle Kommunisten stets im Geiste der Treue für den Marxismus-Leninismus, im Geiste der Hingabe an die Sache des Kommunismus erzog. Die Stärke der Sowjetgesellschaft besteht in der Bewußtheit der Massen. Das historische Geschick dieser Gesellschaft wurde und wird bestimmt durch die Aufbauarbeit unserer heroischen Arbeiterklasse, unserer zahlreichen Kolchosbauernschaft, unserer Volksintelligenz.

Dadurch, daß unsere Partei die Folgen des Personenkults beseitigt, die bolschewistischen Normen des Parteiens Lebens wiederherstellt und den sozialistischen Demokratismus entfaltet, hat sie die Verbindungen mit den breiten Massen weiterhin gefestigt und diese noch enger um das große Banner Lenins geschart.

Die Tatsache, daß die Partei die Frage der Abschaffung des Personenkults und die Frage der unzulässigen Fehler, die Stalin beging, selbst kühn und offen aufwarf, beweist überzeugend, daß sie unablässig über den Leninismus, über die Sache des Sozialismus und Kommunismus wacht, darüber, daß die sozialistische Gesetzlichkeit und die Interessen der Völker gewahrt, die Rechte der Sowjetbürger gesichert werden. Das ist der beste Beweis für die Stärke und die Lebenskraft der sozialistischen Sowjetordnung. Zugleich zeugt es von der Entschlossenheit, die Folgen des Personenkults restlos zu überwinden und nicht zuzulassen, daß sich derartige Fehler je wiederholen.

Die Verurteilung des Kults der Persönlichkeit J. W. Stalins und seiner Folgen durch unsere Partei hat die Billigung aller Bruderparteien, aller kommunistischen und Arbeiterparteien, gefunden und in ihnen ein nachhaltiges Echo ausgelöst. Die Kommunisten im Ausland betonen die enorme Bedeutung des XX. Parteitags der KPdSU für die gesamte internationale kommunistische und Arbeiterbewegung und betrachten den Kampf gegen den Personenkult und seine Folgen als einen Kampf für die Reinheit der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, für das schöpferische Herangehen an die Lösung der modernen Probleme der internationalen Arbeiterbewegung, für die Behauptung und Fortentwicklung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

In den Erklärungen einer Reihe von kommunistischen Bruderparteien werden die von unserer Partei getroffenen Maßnahmen gegen den Personenkult und seine Folgen gebilligt und unterstützt. „Schenminshipao“, das Organ des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, schrieb in dem redaktionellen Artikel „Ueber die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“, in dem es die Folgerungen darlegte, zu denen eine Sitzung des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Chinas bei der Erörterung der Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU kam: „Lenins Vermächtnis folgend, verhält sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion ernsthaft zu einigen schweren Fehlern, die Stalin bei der Leitung des sozialistischen Aufbaus begangen hat, und zu den Auswirkungen dieser Fehler. Da es sich um folgenschwere Auswirkungen handelt, sah sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion vor die Notwendigkeit gestellt, gleichzeitig mit der Anerkennung der großen Verdienste Stalins schärfstens das Wesen der von Stalin begangenen Fehler aufzudecken, die ganze Partei aufzufordern, es nicht dazu kommen zu lassen, daß sich dies wiederhole, und entschlossen, die ungesunden Erscheinungen zu beseitigen, die durch diese Fehler hervorgerufen wurden. Wir Kommunisten Chinas glauben fest, daß alle die aktiven Faktoren, die in der Vergangenheit wegen gewisser politischer Fehler stark gehemmt wurden, nach der scharfen Kritik, die sich auf dem XX. Parteitag der KPdSU entfaltete, unbedingt überall in Bewegung kommen werden, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion und das Sowjetvolk noch einiger und geschlossener sein werden im Kampf für die Errichtung der in der Menschheitsgeschichte nie dagewesenen großen kommunistischen Gesellschaft, für einen stabilen Weltfrieden.“

„Die Führer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion haben das Verdienst“, heißt es in einer Erklärung des Politbüros der Kommunistischen Partei Frankreichs, „die Korrektur der mit dem Personenkult verbundenen Fehler und Irrtümer vorzunehmen, was die Stärke und die Einheit der großen Partei Lenins und das Vertrauen bestätigt, dessen sie sich bei den Sowjetvölkern erfreut, wie es auch ihre Autorität bei der internationalen Arbeiterbewegung unterstreicht.“ Der Generalsekretär des Nationalkomitees der Kommunistischen Partei der USA, Genosse Eugene Dennis, erklärt in seinem bekannten Artikel, die gewaltige Bedeutung des XX. Parteitags der KPdSU hervorhebend: „Der XX. Parteitag hat den Weltfrieden und den sozialen Fortschritt gefestigt. Er bedeutete eine neue Etappe in der Entwicklung des Sozialismus und im Kampf für die friedliche Koexistenz, der

zu Lenins Lebzeiten begann, in den nächsten Jahren fortgesetzt wurde und immer wirksamer und erfolgreicher wird.“

Zugleich muß festgestellt werden, daß bei der Erörterung der Frage des Personenkults die Gründe, die ihn hervorgebracht haben, und seine Folgen für unsere Gesellschaftsordnung nicht immer richtig dargelegt werden. So enthält ein ausführliches und interessantes Interview, das Genosse Togliatti der Zeitschrift „Nuovi Argomenti“ gewährte, neben vielen sehr wichtigen und richtigen Schlüssen auch falsche Sätze. Namentlich kann man nicht zustimmen, wenn Genosse Togliatti die Frage so stellt, als sei die Sowjetgesellschaft „bei einigen Formen der Entartung“ angelangt. Zu einer solchen Fragestellung besteht nicht der geringste Anlaß. Sie ist um so unbegreiflicher, als Genosse Togliatti an einer anderen Stelle seines Interviews mit vollem Recht sagt: „Es muß der Schluß gezogen werden, daß das Wesen der sozialistischen Ordnung nicht eingebüßt worden ist, da keine der vorhergehenden Errungenschaften preisgegeben wurde, vor allem nicht die Unterstützung dieser Gesellschaftsordnung durch die Massen der Arbeiter, der Bauern und der Intellektuellen, die die Sowjetgesellschaft bilden. Diese Unterstützung beweist, daß diese Gesellschaft ihren eigentlichen demokratischen Charakter trotz alledem bewahrt hat.“

In der Tat, ohne die Unterstützung der Sowjetmacht und der Politik der Kommunistischen Partei durch die breitesten Volksmassen wäre unser Land nicht imstande gewesen, in beispiellos kurzer Zeit die mächtige sozialistische Industrie zu schaffen und die Landwirtschaft zu kollektivieren, hätte es nicht siegen können im Zweiten Weltkrieg, von dessen Ausgang die Zukunft der ganzen Menschheit abhing. Dank der vollen Zertrümmerung des Hitlerismus, des italienischen Faschismus und des japanischen Militarismus kamen die Kräfte der kommunistischen Bewegung zur stärksten Entfaltung, wuchsen die kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und anderer kapitalistischer Länder zu Massenparteien heran, wurde die Ordnung der Volksdemokratie in einer Reihe Länder Europas und Asiens errichtet, entstand und behauptete sich das Weltsystem des Sozialismus, erreichte die nationale Befreiungsbewegung beispiellose Erfolge und führte zum Zerfall des Kolonialsystems des Imperialismus.

IV

Die Kommunisten und alle Sowjetmenschen billigen einmütig die Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU, die den Personenkult verurteilen, und sehen in ihnen ein Zeugnis des Wachstums der Stärke unserer Partei, ihrer Leninschen Prinzipienfestigkeit, ihrer Einheit und Geschlossenheit. „Die Partei des revolutionären Proletariats“, lehrte W. I. Lenin, „ist stark genug, um offen an sich selbst Kritik zu üben, um unumwunden einen Fehler als Fehler und eine Schwäche als Schwäche zu bezeichnen“ (Lenin, Werke, Bd. 21, S. 150 russ.). Von diesem Leninschen Prinzip geleitet, wird unsere Partei auch künftighin die Fehler und Mißgriffe in ihrer Arbeit kühn aufdecken, offen kritisieren und entschieden beseitigen.

Das ZK der KPdSU erachtet, daß die Arbeit, die die Partei bis jetzt geleistet hat, um den Personenkult und seine Folgen zu überwinden, schon positive Ergebnisse gezeitigt hat.

Ausgehend von den Beschlüssen des XX. Parteitags, fordert das Zentralkomitee der KPdSU alle Parteiorganisationen auf:

in unserer gesamten Arbeit konsequent die wichtigsten Leitsätze des Marxismus-Leninismus vom Volke als dem Schöpfer der Geschichte und dem Hervorbringer aller materiellen und geistigen Werte der Menschheit, von der entscheidenden Rolle der marxistischen Partei im revolutionären Kampf für die Umgestaltung der Gesellschaft und den Sieg des Kommunismus einzuhalten;

beharrlich die vom Zentralkomitee der Partei in den letzten Jahren betriebene Arbeit fortzusetzen, die darauf abzielt, daß alle Parteiorganisationen von oben bis unten die Leninschen Prinzipien der Parteiführung und vor allem das oberste Prinzip, nämlich das der Kollektivität der Leitung, einhalten, daß sie sich an die im Statut unserer Partei niedergelegten Normen des Parteiens Lebens halten und die Kritik und Selbstkritik entfalten;

die in der Verfassung der Sowjetunion dargelegten Prinzipien des sozialistischen Sowjetdemokratismus vollkommen wiederherzustellen und die Verstöße gegen die revolutionäre sozialistische Gesetzmäßigkeit restlos auszubessern;

unsere Kader, alle Kommunisten und die breitesten Massen der Werktätigen aufzubieten zum Kampfe für die praktische Erfüllung der Aufgaben des sechsten Fünfjahrplans, zu welchem Zweck die Schaffensinitiative und die Energie der Massen, der wahren Schöpfer der Geschichte, auf jede Weise zu entwickeln ist.

Der XX. Parteitag der KPdSU wies darauf hin, daß das wichtigste Merkmal unserer Epoche die Umwandlung des Sozialismus in ein Weltsystem ist. Die schwierigste Zeit in der Entwicklung und Behauptung des Sozialismus ist überstanden. Unser sozialistisches Land ist keine einsame Insel im Ozean der kapitalistischen Staaten mehr. Heute baut über ein Drittel der Menschheit unter dem Banner des Sozialismus ein neues Leben auf. Die Ideen des Sozialismus ergreifen Millionen und aber Millionen Menschen in den kapitalistischen Ländern. Einen gewaltigen Einfluß üben die Ideen des Sozialismus auf die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aus, die gegen alle Arten des Kolonialismus auftreten.

Die Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU werden von allen Anhängern des Friedens und des Sozialismus, von allen demokratischen und fortschrittlichen Kreisen als begeistertes Programm des Kampfes für die Festigung des Weltfriedens, für die Interessen der Arbeiterklasse, für den Triumph des Sozialismus begrüßt.

Unter den jetzigen Verhältnissen eröffnen sich den kommunistischen Parteien und der gesamten internationalen Arbeiterbewegung weite, erhebende Perspektiven: zusammen mit allen friedliebenden Kräften einen neuen Weltkrieg zu verhüten, die Monopole zu zügeln und einen dauerhaften Frieden und die Sicherheit der Völker zu gewährleisten, dem Wettrüsten ein Ende zu machen und die Werktätigen von der schweren Steuerbürde zu erlösen, die es verursacht, die demokratischen Rechte und Freiheiten zu behaupten, die den Werktätigen die Möglichkeit sichern, sich ein besseres Leben und eine lichte Zukunft zu erkämpfen. Gerade daran sind Millionen einfacher Menschen in allen Ländern der Welt zutiefst interessiert. Einen gewaltigen Beitrag zur erfolgreichen Lösung dieser Probleme bedeuten die Friedenspolitik und die immer neuen Erfolge der Sowjetunion, der Volks-

republik China und aller anderen Länder, die den Weg des Sozialismus gehen.

Unter den neuen historischen Verhältnissen haben internationale Organisationen der Arbeiterklasse wie die Komintern und das Kominform ihre Tätigkeit eingestellt. Daraus darf aber keineswegs geschlossen werden, daß die internationale Solidarität und die Notwendigkeit von Kontakten der revolutionären Bruderparteien, die auf den Positionen des Marxismus-Leninismus stehen, ihre Bedeutung verloren hätten. Heute, da die Kräfte des Sozialismus und der Einfluß der Ideen des Sozialismus in der ganzen Welt unermesslich gewachsen sind, da sich die Eigenart der jeweiligen Wege zeigt, auf denen die verschiedenen Länder zum Sozialismus gelangen werden, müssen die marxistischen Parteien der Arbeiterklasse natürlich ihre ideologische Einheit und ihre brüderliche internationale Solidarität wahren und festigen im Kampf gegen die Gefahr eines neuen Kriegs, im Kampf gegen die volksfeindlichen Kräfte des Monopolkapitals, die bestrebt sind, alle revolutionären und fortschrittlichen Bewegungen zu unterdrücken. Die kommunistischen Parteien sind geeint durch das große Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitals, sie eint die Treue, die sie der wissenschaftlichen Ideologie des Marxismus-Leninismus und dem Geist des proletarischen Internationalismus wahren, ihre rückhaltlose Hingabe an die Interessen der Volksmassen.

Alle kommunistischen Parteien gehen unter den heutigen Verhältnissen in ihrem Wirken von den nationalen Besonderheiten und Bedingungen eines jeden Landes aus, wobei sie die nationalen Interessen ihrer Völker mit größtmöglicher Vollständigkeit ausdrücken. Zugleich schließen sie ihre Reihen und festigen die Verbindungen und die Zusammenarbeit miteinander, da sie wissen, daß der Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, den Frieden und die nationale Unabhängigkeit ihrer Länder auch Sache des gesamten internationalen Proletariats ist. Ideologischer Zusammenschluß und brüderliche Solidarität der marxistischen Parteien der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder sind um so notwendiger, als die kapitalistischen Monopole eigene internationale, aggressive Vereinigungen und Blocks schaffen wie die NATO, die SEATO oder den Bagdadpakt, die gegen die friedliebenden Völker, gegen die nationale Befreiungsbewegung, gegen die Arbeiterklasse und die Lebensinteressen der Werktätigen gerichtet sind.

Während die Sowjetunion viel getan hat und tut, um eine internationale Entspannung herbeizuführen — was jetzt von allen anerkannt wird —, fährt das amerikanische Monopolkapital fort, große Summen für die Verstärkung der Wühlarbeit in den sozialistischen Ländern auszuwerfen. Als der Kalte Krieg im vollen Gange war, stellte der amerikanische Kongreß bekanntlich offiziell (außer den inoffiziell bewilligten Mitteln) 100 Millionen Dollar für die Miniertätigkeit in den volksdemokratischen Ländern und in der Sowjetunion bereit. Jetzt, wo die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder alles tun, um die internationalen Spannungen zu mindern, sind die Anhänger des Kalten Krieges bemüht, den von den Völkern der ganzen Welt verdamnten Kalten Krieg zu aktivieren. Davon zeugt der Beschluß des amerikanischen Senats, weitere 25 Millionen Dollar für die Miniertätigkeit zu bewilligen, die zynisch „Förderung der Freiheit“ jenseits des „eisernen Vorhangs“ genannt wird.

Wir müssen diese Tatsache nüchtern bewerten und aus ihr die entsprechenden Schlüsse ziehen. Es ist zum Beispiel klar, daß die volksfeindlichen Aktionen in Poznań aus dieser Quelle finanziert worden sind. Aber die aus überseeischen Fonds besoldeten Provokateure und Diversanten hatten nur für ein paar Stunden Mut. Die Werktätigen Poznańs haben den feindlichen Ausfällen und Provokationen eine Abfuhr erteilt. Die Pläne der finsternen Ritter „des Mantels und des Dolchs“ sind gescheitert, ihre niederträchtige Provokation gegen die Volksmacht in Polen ist zusammengebrochen. So werden auch künftighin Minierhandlungen in den volksdemokratischen Ländern scheitern, mögen sie noch so großzügig aus den Mitteln bezahlt werden, die die amerikanischen Monopole bereitstellen. Man kann sagen, daß das hinausgeworfenes Geld ist.

All dies zeugt davon, daß man nicht sorglos sein darf gegenüber neuen Ränken der imperialistischen Agenten, die bestrebt sind, in die sozialistischen Länder einzudringen, um die Errungenschaften der Werktätigen zu schädigen und zu untergraben.

Die Kräfte der imperialistischen Reaktion sind bemüht, die Werktätigen vom richtigen Wege des Kampfes für ihre Interessen abzubringen, ihre Seele mit Unglauben an die Sache des Friedens und des Sozialismus zu vergiften. Allen Ränken der Ideologen der kapitalistischen Monopole zum Trotz wird die Arbeiterklasse, geführt von ihrer bewährten kommunistischen Vorhut, ihren Weg weitergehen, der zu den historischen Errungenschaften des Sozialismus geführt hat und zu neuen Siegen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus

führen wird. Man kann sicher sein, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder das ruhmreiche marxistische Banner des proletarischen Internationalismus noch höher tragen werden.

Die Sowjetmenschen sind mit Recht darauf stolz, daß unser Heimatland den Weg zum Sozialismus gebahnt hat. Jetzt, da der Sozialismus ein Weltsystem geworden ist, da zwischen den sozialistischen Ländern brüderliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe bestehen, sind neue günstige Möglichkeiten für das Aufblühen der sozialistischen Demokratie entstanden, für die weitere Konsolidierung der materiellen und produktionstechnischen Basis des Kommunismus, für die unentwegte Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen, für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit des neuen Menschen, des Erbauers der kommunistischen Gesellschaft. Mögen die bürgerlichen Ideologen nur von einer „Krise“ des Kommunismus und von „Verwirrung“ in den Reihen der kommunistischen Parteien faseln. Solche Beschwörungen unserer Feinde sind für uns nichts Neues. Ihre Prophezeiungen platzten immer wie Seifenblasen. Diese Jammerpropheten kamen und gingen, die kommunistische Bewegung aber, die unsterblichen, lebenspendenden Ideen des Marxismus-Leninismus siegten und siegen. So wird es auch künftig sein. Die böswilligen Verleumdungen unserer Feinde werden nicht imstande sein, der unaufhaltsamen historischen Entwicklung der Menschheit zum Kommunismus Einhalt zu gebieten.

Quelle: *Prawda* vom 2. Juli 1956. Deutscher Text: *Neue Zeit* (Beilage), Nr. 28 vom 5. Juli 1956.

Die Antworten auf die sowjetischen Abrüstungsvorschläge vom 6. Juni 1956

Am 6. Juni 1956 hatte der sowjetische Ministerpräsident, N. A. Bulganin, persönliche Botschaften an die Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas, Italiens, der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland zur Abrüstungsfrage gerichtet (vgl. *Europa-Archiv* 13/1956, S. 9007 ff). Mit Ausnahme des türkischen Ministerpräsidenten haben inzwischen sämtliche Adressaten dieser Schreiben ihre Antworten dem sowjetischen Ministerpräsidenten übermittelt. Als erster antwortete der britische Premierminister, Sir Anthony Eden, am 9. Juli, als letzter der Präsident der Vereinigten Staaten, Dwight D. Eisenhower, am 7. August.

Die westlichen Regierungschefs stellten in ihren Schreiben, deren Inhalt in Besprechungen von Vertretern der einzelnen Regierungen koordiniert wurde, übereinstimmend fest, daß einseitige, unkontrollierbare Abrüstungsmaßnahmen nicht ausreichend seien, daß vielmehr nur ein allgemeines Abrüstungsabkommen mit der Errichtung einer wirksamen Kontrolle Sicherheit und Vertrauen schaffen könne. Sie erklärten ihre Bereitschaft, die Bestrebungen zur Erzielung eines solchen Abkommens im Rahmen der Vereinten Nationen auch weiterhin zu unterstützen. Sie verwiesen auf den inneren Zusammenhang der Abrüstungsfrage mit der Lösung der schwebenden internationalen Fragen, wobei die Wiedervereinigung Deutschlands in allen Schreiben als besonders dringlich hervorgehoben wurde. In den Schreiben der Regierungs-

chefs Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland wurde darüber hinaus erklärt, daß die Frage einer Verminderung der in Deutschland stationierten Streitkräfte nicht isoliert von den Problemen der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit erörtert werden könne. Insbesondere Sir Anthony Eden und Guy Mollet wiesen darauf hin, daß ohne die Wiedervereinigung Deutschlands und ohne eine damit im Zusammenhang stehende, allgemein annehmbare europäische Sicherheitsregelung den westeuropäischen Völkern nicht zugemutet werden könne, auf die bestehenden Maßnahmen und Abkommen zum Schutze ihrer Sicherheit zu verzichten.

Die Schreiben der Regierungschefs der drei Westmächte enthielten außerdem übereinstimmend den Hinweis, daß die Sowjetunion durch die mit der Erklärung vom 14. Mai 1956 (vgl. deren Wortlaut im *Europa-Archiv* 13/1956, S. 9009 ff) bekanntgegebene Verminderung ihrer Streitkräfte lediglich den umfangreichen Abrüstungsmaßnahmen folge, welche die Westmächte schon nach dem Zweiten Weltkrieg vorgenommen haben. Gleichwohl gaben die drei Regierungschefs ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Sowjetregierung sich zu einer solchen Maßnahme entschlossen habe.

Die Schreiben Präsident Eisenhowers und Bundeskanzler Adenauers folgen im Wortlaut.

Brief Präsident Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin vom 7. August 1956

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich beziehe mich auf Ihren Brief vom 6. Juni, über den ich sehr viel nachgedacht habe.

Er bestätigte Ihre Ankündigung vom vergangenen Mai, daß Sie planen, die Mannschaftsstärke Ihrer Streitkräfte etwas zu verringern. Ich begrüße eine solche Reduzierung. Sie würde der Handlungsweise der Regierung der Vereinigten Staaten entsprechen, die schon seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, ausgenommen nur die Zeit des Koreakrieges, fortlaufend den Umfang ihrer Streitkräfte reduzierte.

Ich zweifle jedoch, daß solche Reduzierungen von dieser besonderen Art, wie sie unsere Regierungen in ihrem jeweiligen nationalen Interesse vornehmen dürften, wirklich dazu beitragen werden, die Furcht wie auch die gewaltigen, durch die nationalen Rüstungen hervorgerufenen Kosten zu beseitigen. Es besteht offensichtlich ein Bedürfnis nach internationalen Ueberwachungssystemen und Kontrollen, die zu größeren Reduzierungen ermutigen werden. Ich bedaure, daß wir in dieser Hinsicht so wenig Fortschritte gemacht haben.

Vor einiger Zeit stimmte ich Ihrem Vorschlage einer Bodeninspektion in der Annahme zu, daß Sie auch meinem vor einem Jahr in Genf gemachten Vorschlag einer Luftinspektion und des Austausches militärischer Informationen zustimmen würden. Soweit mir bekannt ist, lehnen Sie dies mit der Begründung ab, daß es sich dabei um eine Geheimdiensttätigkeit handeln würde. Dem, was ich vorschlug, sollte ein Austausch vollständiger Informationen über die Militärplanung vorausgehen, und wir sollten uns dadurch gegenseitig vergewissern, daß keiner von uns einen plötzlichen massiven Angriff auf den anderen vorbereitet und jeder die Vereinbarungen erfüllt, die wir, wie ich zuversichtlich hoffe, auf dem Gebiet der Abrüstung zu erreichen in der Lage sein werden. Diese Art von Geheimdiensttätigkeit ist doch gewiß wünschenswert und notwendig und liegt im Interesse des Friedens und des internationalen Vertrauens. Können wir hier Fortschritte erzielen?

Und weiter erinnere ich an meinen Brief vom 1. März 1956 an Sie, in dem ich vorschlug, daß von einem noch zu vereinbarenden Termin ab die Produktion von spaltbarem Material nirgendwo in der Welt mehr zur Vergrößerung der Bestände an explosiven Waffen verwandt werden solle. Ich hatte gehofft, daß dieser Vorschlag, der mir von beträchtlicher Bedeutung schien, Ihnen als ein wichtiger Schritt auf dem Wege erscheinen würde, die atomare Bedrohung unter Kontrolle zu bringen. Jedoch haben Sie auf diesen Vorschlag niemals reagiert, und Ihr Brief vom 6. Juni nimmt keinen Bezug auf die Kontrolle von Kernwaffen. Darf ich erneut darauf drängen, diese Angelegenheit sorgfältig zu erwägen, insbesondere meinen Vorschlag vom vergangenen März?

Sie sprechen in Ihrem Brief von einer möglichen Reduzierung unserer beiderseitigen Streitkräfte in Deutschland. Es ist offensichtlich, daß das Problem der Streitkräfte in Deutschland nicht als eine isolierte Angelegenheit behandelt werden kann. Ich muß hierzu gestehen, daß ich sehr von der Entwicklung beunruhigt bin, wie sie seit

unserem Genfer Treffen im vergangenen Jahr eingetreten ist. Wir waren damals einig, daß für die Wiedervereinigung Deutschlands die vier in Genf vertretenen Regierungen gemeinsam verantwortlich sind, und wir stimmten weiter darin überein, daß Deutschland durch freie Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Belangen der europäischen Sicherheit wiedervereinigt werden sollte. Dies ist nicht nur nicht eingetreten, sondern ich höre von Verlautbarungen von Ihrer Seite, die zu besagen scheinen, daß Ihre Regierung entschlossen ist, die Teilung Deutschlands für unbestimmte Zeit beizubehalten.

Ich muß gestehen, daß mir rätselhaft ist, wie wir konstruktiv zusammenarbeiten können, wenn Vereinbarungen, die auf der höchsten Ebene nach gründlichster Untersuchung ausgehandelt wurden, nicht verlässlich zu sein scheinen. Nichtsdestoweniger ist es meine ehrliche Hoffnung, daß wir Wege finden werden, um Fortschritte in Richtung auf eine gewichtige Rüstungskontrolle zu machen, eine Hoffnung, die, wie ich glaube, nicht nur von uns selbst, sondern auch von den Völkern der Welt geteilt wird.

Ich und meine Mitarbeiter haben niemals aufgehört, dieser ganzen Angelegenheit der Rüstungsbegrenzung und vor allem der Beseitigung der wachsenden Bedrohung durch Kernwaffen und durch neue Mittel ihres Einsatzes unsere intensivste Aufmerksamkeit zu widmen. Sollte dieses Studium weitere Möglichkeiten für ein internationales Vorgehen schaffen, wie ich zuversichtlich glaube, so werde ich es Ihnen mitteilen, und zwar entweder direkt oder über die zuständigen Stellen der Vereinten Nationen. In diesem Zusammenhang muß ich sagen, daß ich nicht Ihre Ansicht über die Arbeit des Abrüstungsunterausschusses der Vereinten Nationen teile. Die dortigen Diskussionen haben viel dazu beigetragen, dieses schwierige Problem zu beleuchten und, wie ich hoffe, die Kluft zwischen unseren Standpunkten etwas zu verringern.

Können wir nicht, Herr Vorsitzender, mehr tun, um die während unseres Genfer Treffens geborenen Hoffnungen zu verwirklichen? Wir gaben damals Versprechungen ab, insbesondere über Deutschland, die dringendst erfüllt werden mußten. Wir verpflichteten uns zu Anstrengungen in der Abrüstung, die fruchtbringend und heilsam für die ganze Welt sein könnten, wenn wir nur hinsichtlich der Maßnahmen zur Ueberwachung und Kontrolle einig werden könnten, die erreichbar sein sollten, wenn wir beide keinerlei feindliche Absichten voneinander zu verbergen haben. Wir suchten nach einem Weg, Kontakte zu entwickeln, die unsere Völker in die Lage versetzen würden, durch besseres gegenseitiges Kennenlernen ihre Freundschaft zu festigen, die ein wertvolles Bollwerk des Friedens sein kann.

Wir stellen fest, daß in Ihrem Lande Anstrengungen gemacht werden, einige der Uebel einer früheren Periode auszumerzen. Das begrüßen wir. Aber ich hoffe, daß Sie und Ihre Mitarbeiter diese Anstrengungen nicht auf die Uebelstände beschränken werden, wie sie sich in Ihrer Partei und Nation zeigten. Diese Uebelstände wurden auch auf das internationale Gebiet übertragen. Selbst

heute noch stellen sie ein ernstes Hemmnis dafür dar, die Dinge zu tun, die, darin waren wir beide einig, getan werden sollten. Diese Situation bedarf auch der Abhilfe

durch einen neuen Geist, zu dem ich ernsthaft aufrufe.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 147 vom 9. August 1956.

Brief Bundeskanzler Adenauers an Ministerpräsident Bulganin vom 21. Juli 1956

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 6. Juni 1956. Ich habe es ebenso wie die ihm anliegende Erklärung vom 14. Mai mit Interesse gelesen.

Den Frieden zu wahren und wirkliche Sicherheit für alle herzustellen, das ist, nach den furchtbaren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, neben der staatlichen Einheit Deutschlands das Grundziel, dem die Bundesregierung ihre ganze Politik unterordnet. Mit Recht erinnern Sie daran, daß ich dem in unseren Gesprächen in Moskau im September vorigen Jahres und in dem gemeinsamen Schlußkommuniqué Ausdruck gegeben habe.

Keine andere Ueberlegung als diese leitet mich auch bei der Prüfung der Gedanken, die Sie in Ihrem Brief entwickelt haben. Auch ich bin der Meinung, und mit mir das ganze deutsche Volk, daß eine Abrüstung ein Ziel ist, dem die verantwortlichen Politiker alle ihre Kraft widmen sollten. Damit diese Maßnahme aber wirklich dem Frieden dient, die Sicherheit nicht herabsetzt und vor allem die Gewähr der Dauerhaftigkeit bietet, ist es notwendig, an die Wurzel des Problems zu gehen. Das militärische Rüsten ist nur ein Zeichen dafür, daß Furcht und Mißtrauen in der Welt bestehen; diese rufen die bestehende Spannung hervor, aus der wiederum das Bedürfnis nach militärischem Schutz entspringt.

Natürlich ist es zu begrüßen, wenn die sowjetische Regierung Maßnahmen ankündigt, um das gegenwärtig bestehende Mißverhältnis in dem Stand der Rüstungen zu vermindern, das durch die vorausgegangenen Abrüstungsmaßnahmen der anderen Mächte bald nach dem Ende des Krieges entstanden war. Sie werden übrigens gewiß mit mir übereinstimmen in der Ueberzeugung, daß man ganz allgemein von einer Abrüstung nur dann sprechen kann, wenn es sich um mehr handelt als um eine bloße Verschiebung des militärischen Potentials auf andere Arten der Bewaffnung. Nur eine internationale Abrüstungsvereinbarung bietet diese Gewähr. Nur sie kann auch die internationalen Kontrollen einführen, die wiederum unerlässlich sind, um den Völkern die Gewißheit zu geben, daß die getroffenen Vereinbarungen unter ihren Augen durchgeführt werden.

Die Bundesregierung hat sich stets von dieser Ueberzeugung leiten lassen und danach gehandelt: Als sie um ihrer eigenen Sicherheit willen — angesichts der gewaltigen Rüstungen in Ihrem Lande und der militärischen Aufrüstung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands — genötigt wurde, selber eine militärische Anstrengung zu machen, hat sie durch Beitritt zur Westeuropäischen Union sich nicht nur Rüstungsbeschränkungen unterworfen, sondern gleichzeitig einer effektiven internationalen Kontrolle, die seit Anfang dieses Jahres funktioniert. Zu jenen Rüstungsbeschränkungen gehören auch, wie Sie wissen, der Verzicht auf die Produktion zahlreicher schwerer Waffen und der totale Verzicht auf die Produktion von Massenvernichtungswaffen. Wer sich einem solchen System unterwirft, dem kann sicherlich nicht der Vorwurf des „Wettrüstens“ gemacht werden.

Die Bundesregierung bedauert es aus den dargelegten Gründen sehr, daß die Abrüstungsverhandlungen in den

Vereinten Nationen bisher zu keinem Ergebnis geführt haben.

Ferner muß ich, da Sie im Gegensatz zu den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetregierung vom 10. Mai 1955 die politischen Fragen nunmehr in den Hintergrund rücken, doch noch einmal betonen, daß man die unglückliche internationale Lage nicht dadurch verbessert, daß man die Symptome der Spannung bekämpft — und ein solches ist die militärische Rüstung —, sondern nur, indem man ihre Ursachen beseitigt. Mit Recht ist in Ihrem Schreiben der Zusammenhang zwischen der Abrüstungsfrage und der deutschen Wiedervereinigung anerkannt. Sie wissen, wie groß die Enttäuschung in ganz Deutschland war, als der von Ihnen selbst, Herr Ministerpräsident, in der ersten Genfer Konferenz mitunterzeichneten Direktive, die die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen vorsah, die Verwirklichung versagt blieb. Diese Enttäuschung war um so größer, als nach dem von Ihnen zitierten Schlußkommuniqué über unsere Verhandlungen in Moskau auch dort beide Seiten ausdrücklich davon ausgegangen sind, „daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen und damit auch zur Lösung des nationalen Hauptproblems des gesamten deutschen Volkes — der Wiederherstellung eines deutschen demokratischen Staates — verhelfen werden“. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit ein Beitrag zur Wahrung des Friedens und zur Festigung der Sicherheit in Europa, ja in der Welt sein würde, dem keine andere Maßnahme an Wirksamkeit gleichkommen kann.

Wir haben auch immer deutlich gemacht, daß wir nicht wünschen, die Wiedervereinigung in einer Weise herbeizuführen, die die Sicherheit irgendeines Staates, also auch der Sowjetunion, vermindert. Deshalb entsprechen die eingehenden Vorschläge, die von den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Genfer Außenministerkonferenz für ein System der europäischen Sicherheit gemacht wurden, auch unserer Auffassung.

Leider ist der damalige sowjetische Außenminister nicht bereit gewesen, in eine Verhandlung über diese Vorschläge einzutreten. In diesen Zusammenhang gehört die von Ihnen aufgeworfene Frage des Abzugs der ausländischen Streitkräfte in Deutschland. Sie kann nicht isoliert behandelt und insbesondere nicht von dem Gesamtproblem der europäischen Sicherheit und der Wiedervereinigung Deutschlands getrennt werden.

Ich möchte, Herr Ministerpräsident, daß Sie aus dieser Antwort ersehen, daß die Bundesregierung zu jeder Handlung bereit und entschlossen ist, die Frieden und Sicherheit wirklich fördert, und daß sie die Bedeutung wohl erkannt hat, die hierfür einer Politik der Abrüstung und der Sicherheit in Europa zukommt.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 135 vom 24. Juli 1956.

Die Ergebnisse der Konferenz der Premierminister des Commonwealth in London vom 27. Juni bis zum 6. Juli 1956

Das Schlußkommuniqué

In den letzten zehn Tagen haben die Premierminister des Commonwealth gemeinsam die gegenwärtige weltpolitische Lage überprüft. Ihre Erörterungen haben wiederum das Gefühl der gemeinsamen Zielsetzung in ihrer Einstellung zu den großen Problemen des Tages gezeigt. Die Völker des Commonwealth haben alle das große Erbe der parlamentarischen Demokratie gemein. Sie respektieren das Streben nach Freiheit und Selbstregierung und sind stolz auf das, was sie selbst zur Verwirklichung dieses Strebens beigetragen haben.

Diese Konferenz hat an einem wichtigen Punkt in der Entwicklung der Weltpolitik stattgefunden. Ein neues Element ist in die Weltpolitik eingetreten durch die wachsende Erkenntnis der verheerenden Gewalt der thermonuklearen Waffen. Auch andere wichtige Entwicklungen haben sich vollzogen, darunter die Veränderungen in der Sowjetunion. Die übereinstimmende Auffassung, zu der die Premierminister bei ihrer Ueberprüfung gelangt sind, wird eine wertvolle Grundlage für alle Regierungen bei der Gestaltung und Verfolgung ihrer eigenen Politik sein.

Trotz der großen Hoffnungen, mit denen die Welt aus dem letzten Krieg hervorgegangen ist, haben sich neue internationale Spannungen entwickelt. Diese haben wachsende Furcht und Mißtrauen entstehen lassen. Sie haben zu einem riesigen Aufwand an Rüstungen und zu wirtschaftlichen Fehlentwicklungen geführt, die eine volle und für alle nützliche Entfaltung der natürlichen Hilfsquellen der Welt verzögert haben.

Die Regierungen und Völker des Commonwealth streben einmütig nach Frieden. Sie wünschen freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern der Welt und haben keine aggressiven Absichten oder Pläne. Ein Krieg würde Unheil über viele bringen; ein Weltkrieg könnte Vernichtung für alle bedeuten. Die Politik aller Commonwealthländer wird zu allen Zeiten der Erhaltung und Festigung des Weltfriedens gewidmet sein. Die Premierminister betonten nachdrücklich die Bedeutung, die sie dem Streben nach einem umfassenden Abrüstungsabkommen beimessen.

Die Regierungen im Commonwealth werden sich um eine fortschreitende Verbesserung des Lebensstandards ihrer eigenen Völker bemühen und die gleichen Bestrebungen in anderen Teilen der Welt unterstützen. Seit dem Ende des Krieges haben sie viel getan, um außer der Förderung ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung die Entwicklung in anderen Ländern zu unterstützen, und zwar durch die Vereinten Nationen und andere Organisationen, wie zum Beispiel den Colomboplan, die Kommission für technische Zusammenarbeit in Afrika südlich der Sahara und so weiter. Sie werden ihre Bemühungen fortsetzen, Wohlstand und Frieden für alle Völker der Welt zu sichern.

Im Lauf ihrer Konferenz haben die Premierminister die bedeutsame Entwicklung in der Sowjetunion im Zu-

sammenhang mit den internationalen Beziehungen und der weltpolitischen Lage geprüft. Bei ihrer Beurteilung wurden sie unterstützt durch die Berichte der Minister, die kürzlich die Sowjetunion besucht oder anderswo persönliche Gespräche mit den neuen sowjetischen Führern gehabt haben. Die Premierminister haben die kürzlich gefaßten Beschlüsse der Sowjetregierung besprochen, die Stärke ihrer bewaffneten Streitkräfte zu vermindern, ferner ihre Bereitschaft, mehr Kontakte zwischen der Sowjetunion und den anderen Ländern zu ermöglichen, sowie ihren ausdrücklichen Wunsch nach einer Verbesserung ihrer Beziehungen zu anderen Regierungen. Sie begrüßen diese Entwicklung.

Eine fortschreitende Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den anderen Großmächten würde dazu beitragen, die Furcht vor einem Krieg zu beseitigen. Sie würde den Interessen des Weltfriedens dienen. Sie (die Premierminister) glauben allerdings, daß die Beseitigung der Ursachen der Spannung und die Schaffung gegenseitigen Vertrauens und guten Willens unerläßlich sind, wenn der Frieden auf einer sicheren Grundlage ruhen soll.

Die Regierungen der Commonwealthländer werden ihr Bemühen um eine gerechte und dauerhafte Lösung der offenen internationalen Probleme beharrlich fortsetzen. Wenn eine solche Lösung nicht erzielt werden kann, wird das Wirtschaftspotential, das sonst das Los der Menschen verbessern könnte, weiterhin zu Rüstungszwecken verwendet werden. Die Furcht, die die Völker der Welt dazu treibt, die Lasten der Verteidigung auf sich zu nehmen, wird weiterhin die Menschheit verwirren und schwächen.

Die Premierminister haben mit Bedauern vermerkt, daß seit ihrer letzten Zusammenkunft keine Fortschritte auf dem Wege zur Einheit Deutschlands gemacht worden sind. Sie sind über die Vorschläge im Hinblick auf den politischen und wirtschaftlichen Ausbau der nordatlantischen Allianz und die Entwicklung einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa unterrichtet worden.

Die Premierminister erörterten die Lage im Nahen und Mittleren Osten. Sie bekräftigten ihr Interesse für den Frieden und die Stabilität in diesem Raum. Sie begrüßten die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen um die Einhaltung der Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens zwischen Israel und den benachbarten arabischen Staaten. Sie stimmten darin überein, daß alle praktisch durchführbaren Schritte vordringlich ergriffen werden müßten, um die so erzielten Fortschritte zu festigen und eine dauerhafte Lösung dieses Streitfalls zu erreichen.

Die Premierminister wurden über die Lage in Zypern unterrichtet und begrüßten die unermüdlichen Anstrengungen der Regierung Großbritanniens, eine Lösung zu finden, die für alle Beteiligten annehmbar ist.

Die Premierminister erörterten ferner die Lage im Fernen Osten und in Südostasien. Sie nahmen Kenntnis von

der Rolle, die einige Commonwealthregierungen bei den Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Friedens in Indochina spielen. Sie gaben der Erwartung Ausdruck, daß die Entspannung im Raum von Formosa anhalten werde, und drückten die Hoffnung aus, daß unverminderte Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles gemacht werden. Eine friedliche Regelung der in diesem Raum bestehenden Probleme ist für die Stabilität im Fernen Osten und für die Beseitigung von Konfliktsgefahren, die die Hoffnung auf Frieden zunichte machen würden, von gebietischer Notwendigkeit. Die Premierminister nahmen mit Interesse von dem Bericht des Premierministers von Neuseeland über seinen kürzlichen Besuch in Japan Kenntnis. Sie wurden über die Fortschritte auf verfassungsrechtlichem Gebiet in Malaya und über die Verhandlungen über die verfassungsrechtliche Entwicklung in Singapur unterrichtet.

Die Premierminister nahmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß Ceylon und einige andere Länder kürzlich in die Vereinten Nationen aufgenommen worden sind. Sie anerkannten die wichtige Rolle, die Mitglieder des Commonwealth bei den Bemühungen um eine Erweiterung dieser Organisation gespielt haben. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß der Kreis ihrer Mitglieder noch weiter gezogen werden könnte, so daß sie über noch weitere Anhängerschaft in der ganzen Welt verfügen könnte.

Die Premierminister waren sich darin einig, daß es für ihre Länder von größter Bedeutung ist, ihre wirtschaftliche Stärke aufrechtzuerhalten und zu erhöhen. Jedes Land könnte durch eine gesunde innere Wirtschaftspolitik sowie durch den stetigen Ausbau seines Wirtschafts- und Ausfuhrpotentials dazu beitragen, das Commonwealth und das Sterlinggebiet zu stärken, und könnte stetig vorwärtsschreiten auf dem Weg zu dem allseitig gebilligten Ziel eines möglichst umfassenden Handels- und Zahlungssystems. Die Premierminister stellten mit Befriedigung die Entschlossenheit Großbritanniens fest, seine Fähigkeit aufrechtzuerhalten und zu erhöhen, als Kapitalquelle für die Entwicklung in den Commonwealthländern zu dienen. Sie nahmen Berichte über die Aufbauprogramme einiger Mitglieder des Commonwealth entgegen.

Die Premierminister hatten einen Gedankenaustausch über die Entwicklung der Kernenergie für friedliche Zwecke. Sie waren sich einig, daß die Nutzbarmachung der Kernenergie für friedliche Zwecke ein wertvolles und neues Gebiet der Zusammenarbeit innerhalb des Commonwealth und auch mit anderen Ländern darstellt. Sie nahmen mit Befriedigung die auf diesem Gebiet bereits erzielten Fortschritte zur Kenntnis. Die Commonwealthländer sind bereits eine wichtige Quelle für die Versorgung der Welt mit Uran und Thorium, und ihre Bestände an diesen Rohstoffen erhöhen sich noch weiter. In der Mehrzahl dieser Länder sind zur Entwicklung der Kernenergie als einer Quelle der Stromversorgung Forschungsorganisationen errichtet worden.

Im Verlauf der Konferenz erklärte der Premierminister von Ceylon, daß die ceylonesische Regierung in Uebereinstimmung mit ihrer erklärten Politik die Absicht habe,

zu gegebener Zeit eine republikanische Verfassung für Ceylon einzuführen. Er erklärte ferner, sie habe den Wunsch, daß Ceylon auch in Zukunft Mitglied des Commonwealth bleibt. Die übrigen Premierminister nahmen diese Erklärung zur Kenntnis und erklärten sich damit einverstanden, daß Ceylon auch weiterhin Mitglied des Commonwealth bleibt.

Die Premierminister erörterten die besondere Stellung der Föderation von Rhodesien und Njassaland in bezug auf die Konferenzen der Commonwealthpremierminister. Mit Rücksicht auf die Tatsache der 20jährigen Teilnahme an der Konferenz — zuerst des Premierministers von Südrhodesien und jetzt des Premierministers der Föderation von Rhodesien und Njassaland — erklärten sie einstimmig, daß sie die weitere Teilnahme des Premierministers der Föderation an den Treffen der Commonwealthpremierminister begrüßen würden.

Abgesehen von der Erörterung von Fragen, die für alle Commonwealthländer von gemeinsamem Interesse sind, bieten diese Zusammenkünfte auch Gelegenheit für Gespräche außerhalb der offiziellen Sitzungen. Auch diesmal hat man sich diese Gelegenheiten zunutze gemacht.

Der ständige Gedankenaustausch über Fragen von gemeinsamem Interesse ist ein wichtiges Element in den Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern des Commonwealth. Es ist von größtem Wert, daß er in der Zeit zwischen den Konferenzen durch persönliche Kontakte der politischen Führer der Commonwealthländer ergänzt wird; in einer sich schnell wandelnden Welt haben diese direkten Beratungen neue Bedeutung gewonnen.

Besondere britisch-ceylonesishe Erklärung

1. Die Regierung von Ceylon gab ihrem Wunsch Ausdruck, den Flottenstützpunkt Trincomalee und den Luftwaffenstützpunkt Katunayake zu übernehmen. Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat, in Anerkennung des der Regierung von Ceylon gemäß dem Verteidigungsabkommen von 1947 zustehenden Rechts, ihre Bereitschaft ausgedrückt, geeigneten Vorkehrungen für diesen Zweck zuzustimmen.

2. Der Premierminister von Ceylon und die Regierung des Vereinigten Königreichs haben in London Besprechungen über diese Vorkehrungen geführt.

3. Die Besprechungen hatten zum Gegenstand:

- a) die erklärte Absicht der Regierung von Ceylon, der Regierung des Vereinigten Königreichs auf ihre Bitte zur Zeit von ihr benutzte Nachrichten-, Verkehrs- und Lagereinrichtungen in Ceylon zur Verfügung zu stellen;
- b) die erklärte Absicht der Regierung des Vereinigten Königreichs, der Regierung von Ceylon auf ihre Bitte Hilfe bei der Verstärkung, dem Ausbau und der Ausbildung der Streitkräfte Ceylons zu gewähren.

4. Vertreter der beiden Regierungen werden demnächst in London und später in Colombo zusammenkommen und die nötigen Vorbereitungen hierzu treffen.

Quelle: *The Times*, Nr. 53 577 vom 7. Juli 1956. Deutscher Text: British Information Services.

Plan für die Gründung einer Behörde für die wirtschaftliche Entwicklung der Welt

Vom französischen Außenminister, Christian Pineau, am 4. Mai 1956 dem Nordatlantikat vorgelegt

I. Der Rahmen der NATO

Die gegenwärtige Sitzung des Rates der NATO wird zum größten Teil der Diskussion wirtschaftlicher und politischer Probleme gewidmet sein, die sich innerhalb unserer Organisation ergeben. Man kann sich dazu beglückwünschen, denn eine derartige Orientierung beweist, daß sich das internationale Klima genügend gebessert hat, um den dringlichen Charakter der Sicherheitsprobleme abzuschwächen.

Unsere Solidarität kann sich also auf konkretere Weise auf Gebieten erweisen, auf denen bisher viele unserer Bemühungen zusammenhanglos erfolgten. Die französische Regierung wird ihrerseits alle Initiativen unterstützen, die im Rahmen von Artikel 2 des Vertrages die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der besonderen Situation eines jeden einzelnen ermöglichen.

Aber diese Zusammenarbeit innerhalb der NATO reicht nicht aus, um ein Problem zu lösen, das uns alle beschäftigt: das der allzu langsamen wirtschaftlichen Entwicklung in gewissen Gebieten der Welt, in denen das Elend die Gefahr von Unsicherheit und Umsturz in sich birgt. Deshalb erscheint es uns geraten, im Verlauf der gegenwärtigen Sitzung über eine gemeinsame Haltung zu beraten, welche die Mitgliedsländer der NATO annehmen und anderen Ländern empfehlen könnten, um die geeignetsten Wege zu finden, eine Lage zu verbessern, die nicht nur vom menschlichen Standpunkt aus nicht geduldet werden kann, sondern auch den Frieden gefährdet.

Die französische Regierung hat einen Plan für die Hilfeleistung an unterentwickelte Länder ausgearbeitet, der, im Namen unserer Organisation verkündet, in der ganzen Welt großes Ansehen genießen würde.

Dieser Plan, der realistisch sein will, zielt nicht darauf ab, die gegenwärtigen Formen der Hilfeleistung abzuschaffen. Er sieht vielmehr die Beibehaltung, ja sogar die Erweiterung der bestehenden Verträge und Abkommen auf wirtschaftlicher Ebene vor, ob es sich nun um Verteidigungsverträge wie die NATO, die SEATO oder den Bagdad-Pakt handelt, um regionale Verträge wie den Colombo-Plan, um bilaterale Hilfsabkommen oder um die Hilfe, die gewisse Länder Gebieten gewähren, denen gegenüber sie besondere Verpflichtungen eingegangen sind. Unser Plan will die Unzulänglichkeiten überbrücken, über deren Vorhandensein wir uns alle einig sind, und die Methoden der Hilfeleistung verbessern, die Gegenstand von zuweilen berechtigter Kritik gewesen sind.

II. Die gegenwärtige Situation der Hilfeleistung

Welche Schlüsse können wir ziehen, wenn wir das uns gestellte Problem und die bisher dafür gefundenen Lösungen objektiv prüfen?

Im ganzen erscheint die den unterentwickelten Ländern geleistete Hilfe als sehr unzureichend im Verhältnis zu ihrer Notlage, besonders wenn man das schnelle Anwachsen der Bevölkerung in verschiedenen Gebieten der Welt in Rechnung stellt. Diese Hilfe wird ungleich verteilt, und aus den verschiedensten Gründen erhalten einige Länder noch keine nennenswerte Hilfe seitens der Staaten, die sich bisher sehr freigebig gezeigt haben.

Es war auf Grund des internationalen Klimas der letzten Jahre zum großen Teil nicht zu vermeiden, daß die Hilfe oft als Folge des Beitritts der Empfängerstaaten zu einem

bestimmten politischen System, ja sogar einem Militärbündnis, geleistet wurde.

Daraus ergab sich ein gewisses Widerstreben von Ländern, die glaubten, in dieser Hilfe eine Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit sehen zu müssen. Eine derartige Stimmung wurde häufig zu umstürzlerischen Zwecken mißbraucht.

Ferner ergab sich daraus eine etwas beunruhigende Tendenz zu einem Wettbewerb zwischen den Großmächten um den größtmöglichen Nutzen aus der Hilfe oder den Hilfsversprechungen an dieses oder jenes Gebiet der Welt. Andererseits sind die Empfängerstaaten, deren berechnete Empfindlichkeit wir keineswegs übersehen sollten, sehr darauf bedacht, daß der „karitative“ Charakter der Hilfe gemildert wird, und sähen es lieber, wenn sie soweit wie möglich einen kommerziellen Charakter annähme. Dieser Fall würde eintreten, wenn damit der Ankauf ihrer überschüssigen Produkte verbunden wäre.

Unter dem gleichen Gesichtspunkt muß man die psychologischen Schwierigkeiten berücksichtigen, die sich selbst aus den berechtigtesten Forderungen der hilfeleistenden Länder nach Garantien hinsichtlich der Verwendung der Kredite ergeben. Außerdem ist manchmal der Zinsfuß zu hoch und die Rückzahlungsfrist zu kurz.

Schließlich verteilen sich oft die Hilfeleistungen auf zahlreiche kleinere Projekte, die nicht im Rahmen eines Gesamtplanes liegen, wodurch sich ihre Rentabilität verringert.

III. Die Leitgedanken des französischen Planes

Unter Berücksichtigung der obigen Feststellungen wird der französische Plan von folgenden Gedanken getragen:

a) Unter den gegenwärtigen Umständen ist es notwendig, die bestehenden Organe und Verträge beizubehalten, insbesondere diejenigen, in denen die atlantische Solidarität am wirksamsten zum Ausdruck kommt.

b) Diese Organe oder Verträge dürfen in den Augen anderer Mächte, insbesondere solcher, die eine Hilfe erhalten, nicht als Werkzeuge zur Ausübung eines politischen Druckes erscheinen. Infolgedessen können zwar die Signatarstaaten einander Hilfe leisten, aber die gemeinsamen Organe als solche könnten nicht ohne nachteilige Folgen die Rolle eines Hilfeleistenden an dritte Länder spielen. Dagegen könnte es nur von Vorteil sein, wenn Staaten, die Mitglieder einer Organisation wie der NATO sind, sich auf eine gemeinsame Haltung innerhalb derjenigen Organisationen einigen, die zur Verteilung der Hilfe ausersehen sind.

c) Es muß eine Bilanz über die zur Zeit in den verschiedensten Formen vollbrachten Leistungen gezogen werden, damit man den unerläßlichen Vergleich zwischen den vorhandenen und den befriedigten Bedürfnissen ziehen kann. Gleichzeitig ist es im Hinblick auf die internationale öffentliche Meinung angebracht, daß der genaue Umfang der Hilfeleistung jedes einzelnen Landes an andere Nationen der Welt bekannt wird.

d) Unter Berücksichtigung dieser Bilanz ist es wünschenswert, daß eine Art internationaler Ausgleich geschaffen wird, auf Grund dessen besondere Anstrengungen für diejenigen Länder unternommen werden, denen bisher keine oder nur geringe Hilfe zuteil wurde.

e) Hilfe, die unter den angeführten Bedingungen geleistet wird, kann, wenn sie in geeigneter Weise organisiert ist, unter besseren psychologischen Bedingungen zur

Auswirkung kommen, besonders wenn eine Art internationaler Kontrolle vorgesehen wird, die für alle annehmbar ist.

f) So weit wie möglich muß man den Ankauf überschüssiger Produkte aus den Empfängerstaaten ins Auge fassen, um sie dann weiter zu verkaufen, notfalls mit einem gewissen Verlust. Die Hilfe besteht in diesem Falle in der Differenz zwischen dem Einkaufs- und Verkaufspreis der Produkte. Es liegt auf der Hand, daß derartige Transaktionen durch eine Stabilisierung der Weltrohstoffpreise erleichtert würden.

g) Die Hilfe soll unter finanziellen Bedingungen erfolgen, die der normalen Rentabilität der übernommenen Arbeiten entspricht. Das bedingt eine Politik herabgesetzter Zinssätze, der Verlängerung der Rückzahlfristen und einer Milderung der Bestimmungen über die Kreditversicherung.

h) Es ist angebracht, Möglichkeiten zu Dreiecks-Operationen ins Auge zu fassen, wobei die von einem Land geleistete Hilfe einfach in den Kosten bestehen kann, die es für die Verarbeitung in seinem Land übernimmt. Das fragliche Land erhält z. B. Rohstoffe, die es verarbeitet, und liefert die Fertigprodukte an das Land, dem geholfen werden soll. In diesem Fall verbucht das Zentralorgan (siehe unten) die Verarbeitungskosten zugunsten des dritten Landes.

Dieses Verfahren erlaubt es Ländern, deren finanzielle Situation mäßig ist, deren industrielle Möglichkeiten jedoch groß sind, sich in größerem Maße an den gemeinsamen Anstrengungen zu beteiligen. Es kann sich als ausgezeichnetes Mittel erweisen, in Ländern, in denen Arbeitslosigkeit herrscht, die Vollbeschäftigung zu sichern.

i) Die technische Hilfe muß bei diesem Vorhaben eine beträchtliche Rolle spielen, denn sie erlaubt es den an ihrer Entwicklung interessierten Ländern, hierzu selbst den größtmöglichen Beitrag zu leisten.

j) Um das Gefühl voller Handlungsfreiheit zu stärken, das die Empfängerstaaten haben müssen, ist es ratsam, die Voruntersuchungen für große Projekte einer unabhängigen internationalen Organisation anzuvertrauen. Die betreffenden Länder haben dann die Möglichkeit, selbst zu wählen, wen sie mit der Durchführung betrauen wollen.

IV. Die Behörde für die Weltwirtschaftsentwicklung

Um die oben ausgeführten Ideen zu verwirklichen, wünscht die französische Regierung, daß die Mitglieder des Rates der NATO sich darauf einigen, der Organisation der Vereinten Nationen die Gründung eines Amtes für Weltwirtschaftsentwicklung (*Agence pour le développement économique mondial*, ADEM) vorzuschlagen.

Dieses Amt könnte folgende Abteilungen umfassen: a) einen den UN verantwortlichen *Lenkungsausschuß*, in dem neben den wichtigsten Hilfe gewährenden Staaten auch Vertreter der Empfängerstaaten ihren Sitz haben könnten. Die Hauptaufgabe dieses Ausschusses würde darin bestehen, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse die bestmögliche Verwendung der verfügbaren Hilfsmittel und die Koordinierung der aufgewendeten Bemühungen zu erreichen.

b) ein *Statistisches Büro*, welches das Ausmaß aller erbrachten oder geplanten Leistungen zugunsten der unterentwickelten Länder registriert. Alle Länder und Organisationen wären gehalten, diesem Büro die nötigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

c) eine *Bank* oder einen *Fonds*, denen die dem SUNFED und den verschiedenen Hilfsprogrammen der UN zuge-

teilten Kredite anvertraut werden, wobei eine enge Zusammenarbeit zwischen diesem neuen Organ, der Weltbank und der Internationalen Finanzierungsgesellschaft sicherzustellen ist. Diese Bank würde die Beiträge der Mitgliedstaaten entgegennehmen und über die direkten oder indirekten (im Dreiecksverfahren gewährten) Leistungen eines jeden Landes für die gemeinsame Sache nach den vom Statistischen Büro gelieferten Unterlagen Buch führen. Die Bank soll ihre Hilfe in der Form gewähren, die der Lenkungsausschuß für die geeignetste hält:

lang-, mittel- oder kurzfristige Anleihen mit oder ohne Zinsen,

Vergütung der Zinsen auf Anleihen, die von anderen Organisationen gewährt wurden,

Finanzierung der Transaktionen der Handelszentrale (siehe unten),

gegebenenfalls auch Schenkungen und finanzielle Zuwendungen in dringenden Fällen.

d) eine *Handelszentrale* mit dem Auftrag, die Überschüsse der Empfängerstaaten aufzukaufen und wieder zu verkaufen. Es wäre von Interesse, deren Rolle bei der Stabilisierung der Rohstoffpreise genau zu definieren.

e) ein *Technisches Institut*, bestehend aus zwei Abteilungen, einer für technische Hilfe und einer für Studien, Forschung und Planung. Die Unterhaltungskosten für dieses Organ sollen durch die Bank bestritten werden; diese entnimmt die für diesen Zweck notwendigen Summen den Beiträgen der Mitgliedstaaten.

Jedes Jahr sollte der Lenkungsausschuß dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen einen Gesamtbericht über die Tätigkeit der verschiedenen oben angeführten Organe vorlegen.

Schlußfolgerung

Die Schaffung dieser Behörde würde — dies sei nochmals hervorgehoben — die bestehenden Organismen nicht beeinträchtigen, sondern es ermöglichen, der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt und gleichzeitig der Verbesserung der internationalen Beziehungen zu dienen.

Die Empfängerstaaten würden sich in der Tat veranlaßt sehen, sowohl untereinander als auch mit den Hilfe gewährenden Staaten bei der Verteilung der über das ADEM vermittelten Hilfe zusammenzuarbeiten, da diese Verteilung auf Grund gegenseitiger Vereinbarung erfolgen soll. Man hätte es also zweifellos mit einer Form der friedlichen Zusammenarbeit zu tun, für welche die europäischen Länder, die durch den Marshallplan Hilfe erhalten haben, selbst schon ein Beispiel geliefert haben.

Ein solches System würde außerdem einen schlagenden Beweis für den Willen der Hilfe gewährenden Länder erbringen, die Bedenken der unterentwickelten Länder zu berücksichtigen. Letztere würden schließlich den uneigennütigen Charakter der Bemühungen einsehen und den Umfang der Anstrengungen gebührend bewerten können, zu denen sich die einzelnen Länder bereit erklärt haben.

Schließlich würde die Durchführung dieses Planes die Solidarität unter den Mitgliedstaaten unserer Organisation stärken, unsere friedlichen Absichten hervorheben und uns helfen, neue Fortschritte auf dem Weg zu einer Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt zu machen.

Quelle: Veröffentlicht vom Service d'Information et de Presse des französischen Außenministeriums, *La Documentation Française*, Textes du Jour, Nr. 379 vom 7. Juli 1956. Übersetzung des Europa-Archivs.

Informationen und Berichte

Der Bundesparteitag der SPD in München

Vom 10. bis zum 14. Juli hielt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Kongreßsaal des Deutschen Museums in München ihren diesjährigen Parteitag ab, zu dem auch zahlreiche führende sozialistische Politiker des Auslands als Gäste erschienen waren. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Sozialistische Einheitspartei sandten umfangreiche Grußbotschaften. Sie wurden jedoch vom Parteitag ignoriert, indem ihr Inhalt weder veröffentlicht noch diskutiert oder gar beantwortet wurde.

Die eigentlichen Arbeitssitzungen leitete der Parteivorsitzende, Erich Ollenhauer, am 11. Juli mit einer umfassenden Darstellung der außen- und innenpolitischen Gegenwartsprobleme in der Sicht der SPD ein. Ollenhauer warf der Bundesregierung vor, daß sie unbeweglich an einem in der Korea-Krise eingeschlagenen Kurs festhalte und damit, besonders seit den Wahlen von 1953, immer mehr in Widerspruch zu den tatsächlichen Gegebenheiten geraten sei. Die Tatsache der Mitschuld der Bundesregierung an der Verhärtung der Situation in der Deutschlandfrage sei leider unbestreitbar. Ollenhauer lehnte Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ab; die Weigerung der Bundesregierung, mit der Sowjetunion und den anderen Großmächten direkt über die Regelung der Deutschlandfrage zu verhandeln, bringe aber gerade die Gefahr mit sich, daß das Verlangen nach Gesprächen „zwischen Bonn und Pankow“ gefördert werde. Ollenhauer wandte sich gleichfalls gegen alle Versuche einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten und unterstrich, an die Sowjetunion gerichtet, daß die SPD bei aller ihrer Gegnerschaft zur Bundesregierung auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie stehe.

Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands, fuhr Ollenhauer fort, dürften Besitz- und Bildungsmonopole, wo sie gebrochen worden seien, nicht wiederhergestellt werden, wenn auch den Enteigneten eine angemessene Entschädigung zugesichert werden müsse. Gewisse soziale Einrichtungen der DDR könnten übernommen werden, doch dürften keinesfalls auf diesem Wege Machtpositionen der SED herübergerettet werden.

Auf die Wehrpolitik eingehend, kündigte Ollenhauer an, daß die SPD ihren Kampf um eine Revision der Militärpolitik auch nach der Verabschiedung von Verträgen und Gesetzen nicht aufgeben werde. Mit der Annahme des Wehrpflichtgesetzes seien keine unabänderlichen Tatsachen geschaffen, und als Regierungspartei könne und werde die SPD eine von Grund auf verfehlte Wehrpolitik nicht übernehmen und fortführen.

Im abschließenden innenpolitischen Abriß unterwarf der Parteivorsitzende das Ausbleiben der Sozialreform und die Steuer- und Konjunkturpolitik der Bundesregierung einer scharfen Kritik und wandte sich dagegen, „daß mächtige Interessengruppen der Wirtschaft einen Einfluß auf die Politik der Bundesregierung nehmen, der nicht mehr mit dem Geist einer gesunden Demokratie vereinbar ist“.

Nach reger Diskussion nahm der Parteitag durchweg einstimmig eine Reihe von Entschlüssen an, in der die

im Referat des Parteivorsitzenden dargelegten politischen Ansichten in eingehend formulierten Forderungen zur Außen-, Wehr- und Wiedervereinigungspolitik bekräftigt und die Verbundenheit mit der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone betont wurden.

Am 12. Juli befaßten sich Referate und Diskussionen der Delegierten mit der durch die jüngste Entwicklung der Technik eingeleiteten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Professor Leo Brandt kritisierte eingehend und scharf die Haltung der Bundesregierung gegenüber der Forschung auf den Gebieten der Atomenergie und der Automatisierung. „Mitten im deutschen Wunder“ sei die deutsche Forschung gegenüber den anderen Ländern weit zurückgeblieben, und das vor allem, weil die Bundesregierung durch ihre „dogmatische Abstinenz“ wertvolle Jahre habe unnütz verstreichen lassen. Die umfangreichen finanziellen Mittel für die Forschungsprojekte könnten nicht von der freien Wirtschaft, sondern nur noch vom Staate aufgebracht werden. Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen legte der Parteivorstand einen „Atomplan der SPD“ vor, in dem die Bildung einer unabhängigen Atomkommission, die Förderung der Wissenschaft und der Aufbau und Betrieb von Atomkraftwerken durch die öffentliche Hand gefordert werden.

Prof. Carlo Schmid widmete seine Ausführungen den sozialen Aspekten der gegenwärtigen und zukünftigen technischen Entwicklung. Die Auswertung der Kernenergie werde besonders den unentwickelten Ländern die Industrialisierung erleichtern, und da sich dort heute gleichzeitig eine sozialistische Gesellschaftsordnung von in mancher Hinsicht eigener Prägung entwickle, werde sich dort die sozialistische Transformation bereits vor der alten Welt vollziehen. Bei der jetzt einsetzenden, umfassenden technischen Entwicklung zur Automation werde auch im Abendland Planung nötig sein, und es sei nur eine Frage, ob dies durch Kartelle oder den Staat geschehen werde. Lenkung bedeute aber nicht Kommandowirtschaft wie in der Sowjetunion, denn der Staat müsse für den Menschen da sein. Bei der allgemeinen Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung werde der Mensch zukünftig danach beurteilt werden, wie er seine Freizeit gestalte, weshalb nicht nur die Ausbildung, sondern auch die Bildung des Menschen vonnöten sei.

Im Rahmen der Arbeitsberichte der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes teilte der Leiter der Organisationsabteilung, Max Kukil, mit, daß die SPD am Schluß des vergangenen Jahres 589 051 Mitglieder gehabt habe und damit den Mitgliederbestand aller übrigen deutschen Parteien zusammen übertreffe. Alfred Nau erhob schwere Vorwürfe gegen die bürgerlichen Parteien, die nur durch Interessengruppen finanziert würden; die Entscheidung des Bundestages, welche die Finanzierung von Parteien durch die Industrie und die Wirtschaft steuerlich begünstige, gehöre zum schwärzesten Kapitel der jungen deutschen Demokratie. Fritz Heine richtete scharfe Angriffe gegen das Bundespresseamt und warf ihm „Korruption, Pressionen, Einflüsse und Mißbrauch öffentlicher Steuergelder zur parteipolitischen Beeinflussung der öffentlichen Meinung“ vor.

Die Wahlen zum Parteivorstand erbrachten 368 von 379 Stimmen für die Wiederwahl von Erich *Ollenhauer* als Vorsitzendem und 306 Stimmen für Wilhelm *Mellies* als seinen Stellvertreter. Bei den besoldeten Mitgliedern des Vorstandes trat keine Veränderung ein. Unter den 23 Mitgliedern des ehrenamtlichen Vorstandes befinden sich sechs neugewählte, darunter die Bundestagsabgeordneten Adolf *Arndt* und Fritz *Erlor* und der Vorsitzende der saarländischen Sozialdemokraten, Kurt *Conrad*. Zu wenig Stimmen für seine Wiederwahl erhielt der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Willy *Brandt*, während der sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel *Jaksch* und die ehemalige Berliner Bürgermeisterin Louise *Schröder* sich nicht mehr zur Wahl stellten. Zusammen mit anderen sudetendeutschen Delegierten hatte Wenzel *Jaksch* während einer Ansprache des tschechischen Sozialdemokraten *Vanek* den Saal aus Protest verlassen, seinen Austritt aus dem Parteivorstand erklärt und auf eine Wiederwahl verzichtet. Die Sudetendeutschen warfen *Vanek* aktive Beteiligung an der Austreibungspolitik der Jahre 1945 und 1946 vor. Der Parteivorstand der SPD rechtfertigte sich mit der Feststellung, daß *Vanek* als Vertreter der „Sozialistischen Union Mittel- und Osteuropas“ das Wort ergriffen habe und die SPD den ausländischen Parteien nicht die Auswahl der Delegierten vorschreiben könne.

Günter Hindrichs

Die 28. Tagung des Zentralkomitees der SED

Mit der in Berlin vom 27. bis zum 29. September 1956 abgehaltenen Tagung des Zentralkomitees der SED schien, außer der üblichen Berichterstattung über die Tätigkeit der Partei im vergangenen halben Jahre, ein Zweifaches bezweckt. Damit, daß nämlich als einziger Punkt der Tagesordnung der Bericht des Politbüros „Ueber die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU und über die bisherige Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz“ (vgl. dazu den Bericht in EA 10/1956, S. 8889 f.) zur Beratung stand, wollte man einmal — was besonders deutlich in der Grußadresse an das ZK der KPdSU zum Ausdruck kam — die „unerschütterliche Einheit“ der kommunistischen Länder und ihrer Parteien manifestieren und damit den in den letzten Monaten sich häufenden Lockerungstendenzen innerhalb des Ostblocks entgegenzutreten. Zum zweiten aber sollte gezeigt werden, daß man auch in der DDR die Bedeutung der Beschlüsse des XX. Parteitages der sowjetischen KP durchaus anerkannt hat und entschlossen ist, die Konsequenzen daraus zu ziehen.

In diesem Sinne können die Ausführungen des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter *Ulbricht*, verstanden werden; auch der daraufhin gefaßte Beschluß des ZK über „Die nächsten ideologischen Aufgaben der Partei“ und das am Schluß der Tagung veröffentlichte Kommuniqué, in welchem die Rehabilitierung bzw. die Aufhebung der Parteistrafen von früheren Funktionären (*Dahlem*, *Ackermann*, *Jendretzky*, *Schmidt*) bekanntgegeben wurde, weisen in diese Richtung. Sowohl in dem erwähnten Beschluß des ZK wie auch — in wesentlich ausführlicherer Weise — im Referat *Ulbrichts* wurden Fehler und Mängel der Parteiarbeit, die vor allem auf zu starren Dogmatismus und den „schädlichen Personenkult“ zurückzuführen seien, aufgezeigt und als Folgerun-

gen daraus eine Verstärkung der kollektiven Führung, die Verbreiterung der ideologisch-erzieherischen Arbeit der Partei und eine vermehrte Heranziehung bisher unerfaßter Schichten der Arbeiter und Kleinbürger gefordert (so beispielsweise die Aufnahme von wenigstens 50 000 Arbeitern und parteilosen Funktionären in die Partei). Einen Hauptteil des Referates von *Ulbricht* bildete deshalb der Abschnitt über „Fragen des Parteilebens“, worin er u. a. bekannte, daß die Partei „zu Beginn der Berichterstattung über den XX. Parteitag der KPdSU manche Fragen in ihrer Wirkung nicht voll übersehen und nicht immer eine befriedigende Antwort“ gegeben habe. *Ulbricht* schwächte im Hinblick auf die lebhaften Auseinandersetzungen innerhalb der Partei auch die Bedeutung der Rede von *Chruschtschow* vor dem Parteikongreß dahingehend ab, daß er erklärte, die KPdSU hätte bereits schon einige Jahre hindurch einen konsequenten Kampf für die strikte Einhaltung der Leninschen Normen des Parteilebens geführt, die Frage des Personenkults habe auch keineswegs im Zentrum des Parteitages gestanden. Ungeachtet der bestehenden und zum Teil bereits beseitigten Mängel gehe die Partei gestärkt aus den von verschiedenen Seiten gegen sie gerichteten Angriffen hervor. Sie stehe vor neuen Aufgaben, die neue Kräfte und Methoden erforderten und die eine Neuorientierung der Arbeitsweise auf vielen Gebieten der Wissenschaft, der Verwaltung u. a. erforderten.

Der zweite Teil von *Ulbrichts* Bericht galt dem zu Beginn des Jahres 1956 angelaufenen Fünfjahrplan und, im Zusammenhang damit, dem Ergebnis der Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Sowjetunion und der DDR (die dabei gewährte wirtschaftliche Hilfe der Sowjetunion bildete Anlaß für das oben erwähnte Grußtelegramm an das ZK der KPdSU). Ausgehend von dem bereits im ersten Halbjahr 1956 entstandenen Planrückstand von 814 Millionen D-Mark, befaßte sich *Ulbricht* mit den dafür maßgebenden Gründen und deren Beseitigung auf den verschiedenen Gebieten der Technik, des Handels und der Landwirtschaft. Als konkrete Maßnahme für die Zukunft nannte *Ulbricht* in einem Abschnitt „Ueber die Verbesserung der Lebenshaltung in der DDR“ insbesondere die Aufhebung der Rationierung, die Einführung einer neuen Rentenordnung, den Bau von zusätzlich 100 000 Wohnungen und auf dem Gebiete der Landwirtschaft eine weitere Verbesserung der Lebensbedingungen im Dorf, die Entwicklung der MTS und eine größere Rücksichtnahme auf die sogenannten ständigen Arbeitsgemeinschaften der Einzelbauern. Bei diesen Ausführungen war gleichfalls zu spüren, daß man sich in den leitenden Kreisen der Partei des Rückstandes gegenüber den kapitalistischen Staaten auf vielen Gebieten wohl bewußt ist und alles zu tun versucht, um — wie mehrfach betont wurde — die DDR in ihrer Rolle als „am weitesten im Westen gelegenes Land des sozialistischen Lagers“ in jeder Beziehung zu stärken und ihre Positionen auszubauen.

Für die Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz wurde eine Reihe von Kommissionen des ZK gebildet mit der Aufgabe, die ihnen übertragenen Probleme wissenschaftlich durchzuarbeiten und entsprechende Vorschläge an „die gewählten Staatsorgane und an die Bevölkerung zum demokratischen Meinungsaustausch“ vorzulegen.

Dr. Curt Gasteyer

Zeittafel vom 1. bis zum 15. August 1956

Die Ereignisse in Europa*

Bulgarien

11. Tod des Außenministers Mintscho Nejtšew.

Deutschland

4. In einem Interview mit Radio Saarbrücken erklärt der Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Felix von Eckardt, er habe bei seinem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten nirgendwo die Ansicht gefunden, daß die Kampfeinheiten der amerikanischen Armee in Deutschland verringert werden sollten. Die Politiker, mit denen er gesprochen habe, hätten für die Bundeswehr eine Dienstzeit von zwei Jahren für richtig gehalten und die von deutscher Seite zu stellenden 12 Divisionen als ein Minimum dessen betrachtet, was von Deutschland zur Verteidigung Europas beigetragen werden müsse. In den Vereinigten Staaten vertrete man den Standpunkt, so schließt von Eckardt, daß die Verteidigung Deutschlands mit konventionellen Waffen in allererster Linie eine Angelegenheit der Bundesrepublik sei.
5. Der Leiter der aus Guatemala zurückgekehrten deutschen Wirtschaftsdelegation, Ministerialrat Dr. Panhorst, erklärt in Bonn vor Pressevertretern, die Verhandlungen mit der guatemalteckischen Regierung über die Normalisierung der Beziehungen hätten deshalb nicht erfolgreich beendet werden können, weil Guatemala auf einer uneingeschränkten Anerkennung der Beschlagnahme des deutschen Eigentums bestanden habe. Dr. Panhorst gibt jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß der Standpunkt der guatemalteckischen Regierung angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik ein wertvoller Handelspartner sein könne, im Laufe der Zeit einer Revision unterzogen werde.
- 8.—12. In Frankfurt am Main treffen sich 60 000 evangelische Christen, darunter 23 000 Besucher aus der DDR zum 7. Deutschen Evangelischen Kirchentag. Auf einem Empfang anlässlich der Eröffnung unterstreicht Bundespräsident Prof. Theodor Heuss die Bedeutung und Notwendigkeit einer inneren Beziehung zwischen Kirche und Staat und die staatspolitische Verantwortung des Christen. In der Arbeitsgruppe „Volk und Politik“ hält Generalsuperintendent D. Jacob (Cottbus), ein vielbeachtetes Referat über das Thema „Macht und Ohnmacht des Systems“. Der Geschlossenheit des totalitären atheistischen Systems stellt D. Jacob die Bruderschaft der christlichen Gemeinde gegenüber. „Es ist bezeichnend“, erklärt der Redner, „daß die Gesichter der Manager und Funktionäre heute in allen Teilen der Welt maskenhafte Züge tragen.“ Diese Feststellung veranlaßt in der anschließenden Diskussion den anwesenden stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR Otto Nuschke, das volksdemokratische System zu verteidigen. Nachdem Nuschke von Teilnehmern nach seiner Stellungnahme zur Jugendweihe und zu freien Wahlen befragt wurde, verläßt er zeitweilig die Arbeiten des Kirchentages. In einem Interview deutet der gleichfalls am Kirchentag teilnehmende Präsident der Volkskammer der DDR, Johannes Dieckmann, die Möglichkeit an, daß bei kommenden Wahlen in der DDR das Prinzip der Einheitswahlen zumindest theoretisch aufgegeben werden könne. In einer Schlußkundgebung mit über 300 000 Teilnehmern werden die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihre Verbundenheit mit den Christen der Welt zum Ausdruck gebracht.
8. Das Auswärtige Amt teilt mit, daß die Bundesregierung die Einladung zu der am 16. August in London beginnenden Suezkanal-Konferenz annehme. Die Bundesregierung gibt als Gründe für eine Teilnahme an, daß die Konferenz dem von der Bundesregierung verfolgten Grundsatz der Beilegung von Spannungen durch Verhandlungen entspreche und wichtige politische und wirtschaftliche Interessen Deutschlands berühren werde.
11. Vizekanzler Franz Blücher gibt dem Bonner Korrespondenten von Radio Saarbrücken ein Interview, in dem er erklärt, daß die Bundesregierung Maßnahmen auf dem Gebiet der Währungs-, Sozial- und Verkehrspolitik für die Uebergangszeit bis zur vollständigen Wiedereingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik vorbereite. Auf die bevorstehende Londoner Suezkanal-Konferenz eingehend, erklärt der Vizekanzler, daß der Erfolg der Konferenz davon abhängе, ob man die Sache und den Frieden höher schätze als das Prestige. Er gibt seiner Hoffnung und Ueberzeugung Ausdruck, daß auch die arabischen Staaten eine friedliche Lösung anstreben wollen.
13. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Weitz, gibt in Bonn bekannt, daß seine Verhandlungen mit dem Tschechoslowakischen Roten Kreuz über die Rückführung von Personen aus den beiden Ländern zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen seien. Mit Zustimmung der tschechoslowakischen Regierung sei die Zusage gemacht worden, daß alle Anträge von Bürgern deutscher Volkszugehörigkeit auf Umsiedlung in die Bundesrepublik, sofern nächste Angehörige oder Verwandte dort wohnen, wohlwollend behandelt und genehmigt werden sollen. Eine ähnliche Zusage machte das Deutsche Rote Kreuz für tschechoslowakische Volkszugehörige, die in der Bundesrepublik leben. Gleichzeitig soll eine Repatriierung von deutschen Kriegsverurteilten in der Tschechoslowakei und von tschechoslowakischen Gefängnisinsassen in Deutschland erleichtert werden.

*) Vgl. hierzu auch die in der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats für August.

15. Das Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR gibt bekannt, daß die britische Regierung es abgelehnt habe, einer Delegation der DDR zur Londoner Suezkanal-Konferenz Einreisevisa zu erteilen. Die Bekanntgabe spricht von einer Anmaßung der britischen Regierung, die nicht befugt sei, über Teilnahme oder Nichtteilnahme von Ländern an der Konferenz zu entscheiden. Die Bundesrepublik Deutschland sei nur einer der beiden Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches als Signatarstaat der Konvention von Konstantinopel von 1888 und könne nur für das Gebiet sprechen, das ihrer Jurisdiktion unterliege. Die Mitteilung schließt mit der Feststellung, daß die Verweigerung der Einreisevisa die DDR nicht abhalten werde, die Regierung Ägyptens in ihrer gerechten Forderung zu unterstützen und gegen alle Maßnahmen aufzutreten, welche die Souveränität Ägyptens beeinträchtigen und den Frieden gefährden können.

Frankreich

1. In Paris erfolgt die Neuwahl der Vorsitzenden der Organe der OEEC für das Jahr 1956/57 wie folgt: Präsident des Ministerrates: Schatzkanzler Harold *Macmillan* (Großbritannien); Vorsitzender des Exekutivkomitees: Gesandter *Gérard Bauer* (Schweiz); Vorsitzender des Direktoriums der EZU: Dr. Hans-Karl von *Mangoldt* (Deutschland); Vorsitzender des Handelsdirektoriums: Baron Jean Charles *Snoy* (Belgien).
3. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Alfred M. *Gruenther*, ernannt den französischen General Jean Etienne *Valluy* als Nachfolger des zurückgetretenen Marschalls Alphonse *Juin* (vgl. Zeittafel in EA 14/1956) zum Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa.

Der Nordatlantikat beantwortet eine am 24. Juni 1956 seitens der isländischen Regierung an ihn gerichtete Note, in der um Stellungnahme zum isländischen Wunsch nach Abzug der amerikanischen Streitkräfte ersucht worden war. Mit Rücksicht auf die Sicherheit Islands, das selbst keine Streitkräfte unterhalte, und mit Rücksicht auf die gemeinsame Sicherheit der Mitgliedstaaten empfiehlt der Rat dringend die weitere Stationierung amerikanischer Truppen. Die jüngste Entwicklung der Kriegstechnik setze Island der Gefahr von Ueberraschungsangriffen aus. Die Veränderungen in der Sowjetunion rechtfertigten keineswegs ein Nachlassen der Wachsamkeit der Mitglieder der NATO. Unter Einsatz von nur kleinen militärischen Einheiten könne das unbewaffnete Island in kürzester Zeit überwältigt und besetzt werden.

Griechenland

11. Die griechische Regierung gibt bekannt, daß sie „wegen der Bedingungen, unter denen die Londoner Konferenz einberufen worden ist, und wegen der besonderen Umstände, in welchen sich Griechenland befindet“ glaube, keinen konstruktiven Beitrag zur Konferenz leisten zu können, und daher die Einladung zu der am 16. August in London beginnenden Suezkanal-Konferenz nicht annehme.

Großbritannien

1. Der amerikanische Außenminister, *Dulles*, trifft in London ein, um bei den am 29. Juli in London begonnenen Dreierbesprechungen über die Suezkrise die Vertretung der Vereinigten Staaten selbst zu übernehmen. (Vgl. Zeittafel in EA 16/1956.)
2. Nach Abschluß der Besprechungen der Außenminister der drei Westmächte wird in einer gemeinsamen Erklärung die Einberufung einer internationalen Konferenz von 24 Staaten zum 16. August nach London bekanntgegeben. Eingeladen werden die Signarmächte der Konvention von Konstantinopel von 1888 und die an einer Benutzung des Suezkanals hauptsächlich interessierten Staaten. Die drei Regierungen geben ihrer Ansicht Ausdruck, daß die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft „eine willkürliche und einseitige Beschlagnahme einer internationalen Institution“ darstelle und die Freiheit und Sicherheit des Kanals bedrohe. Unter Berücksichtigung der legitimen Interessen Ägyptens müsse unter internationalem Regime eine Betriebsform geschaffen werden, die ein Funktionieren des Kanals im Sinne der Konvention von Konstantinopel dauernd gewährleiste.
8. In einer Rundfunkansprache nimmt Premierminister Sir Anthony *Eden* zur Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft Stellung und bezeichnet die Gefährdung der Verbindung zu den Oellagern des Mittleren Ostens und zu den Ländern des Commonwealth als eine Frage auf Leben und Tod für die britische und europäische Wirtschaft. Er richte seine Vorwürfe weder gegen die arabische Welt noch gegen das ägyptische Volk, sondern einzig und allein gegen Oberst *Nasser*. Man könne einem Diktator nicht allein die Entscheidung über die zukünftige Freiheit des Verkehrs auf einem für die ganze Welt so lebenswichtigen Kanal überlassen. Sir Anthony äußert ernste Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des ägyptischen Präsidenten und an der finanziellen Solidität seiner Politik. Daher sei eine internationale Verwaltung des Kanals und seiner Einnahmen erforderlich.
10. Die Regierungen der drei Westmächte übermitteln den zur Londoner Suezkanal-Konferenz eingeladenen Regierungen ein Memorandum, in dem ihre grundsätzliche Ansicht über die Regelung der Suezfrage dargelegt wird. Diese Vorschläge sehen vor: die Freiheit der Kanalschifffahrt, das Verbot jeder Blockade, die Errichtung einer internationalen Verwaltung für den Betrieb des Kanals, die Garantie gewisser Einnahmen für Ägypten und eine angemessene Entschädigung der Aktionäre.

Jugoslawien

11. Präsident *Tito* läßt eine Erklärung veröffentlichen, in der er die Unterlassung einer Einladung Jugoslawiens zur Londoner Suezkanal-Konferenz als eine Mißachtung der jugoslawischen Interessen bezeichnet. Hinsichtlich der Konvention von Konstantinopel sei Jugoslawien der legitime Nachfolger von Oesterreich-Ungarn, und als seefahrende Nation des Mittelmeeres sei es an der Kanalbenutzung unmittelbar interessiert. *Tito* kritisiert die Auswahl der Teilnehmerstaaten, die Eile, mit der man vorgeht, und die „Drohung

mit Gewalt“ gegenüber Ägypten. Die Erklärung schließt mit den Worten: „Keine Konferenz kann über das Recht Ägyptens zur Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft diskutieren. Eine internationale Konferenz kann nur Bedingungen für die Anwendung des Prinzips der freien Schifffahrt diskutieren — aber unter Mitwirkung Ägyptens mit gleichen Rechten.“

Polen

3. In einem Beschluß des VII. Plenums des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei werden der Regierung die Richtlinien für den neuen Fünfjahrplan empfohlen. Sie sehen eine Umstellung eines beträchtlichen Teiles der Rüstungsindustrie auf die Produktion von Konsumgütern zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung vor. Es wird zugegeben, daß im Laufe der Abwicklung des soeben beendigten Sechsjahrplanes die Landwirtschaft in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sei. In den nächsten fünf Jahren sollen eine Erhöhung der Löhne um 30 vH und der Bau von 1,2 Millionen Wohnräumen erreicht werden. Es ist eine Steigerung der industriellen Produktion um 53 bis 57 vH und der landwirtschaftlichen Erzeugung um 25 vH geplant.

Sowjetunion

1. Die am 30. Juli begonnenen Verhandlungen des japanischen Außenministers, Mamoru Shigemitsu, mit der sowjetischen Regierung über einen Friedensvertrag werden fortgesetzt. Nach einer Unterredung des japanischen Außenministers mit Ministerpräsident Bulganin und Parteisekretär Chruschtschow am 10. August erklärt Außenminister Shigemitsu, daß es wegen Meinungsverschiedenheiten über die Rückgabe sowjetisch besetzter Inseln noch nicht zu einer Einigung gekommen sei. Die Sowjetunion sei zur Rückgabe der beiden kleinen Inseln Schikotan und Habomais bereit, widersetze sich aber der japanischen Forderung auf die Inseln Kunaschiri und Etorofu. Am 13. August werden die Verhandlungen unterbrochen, da der japanische Außenminister zur Teilnahme an der Suezkanal-Konferenz nach London reist.
3. Bekanntgabe der Unterzeichnung eines Abkommens, in welchem sich die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik verpflichten, Jugoslawien beim Aufbau eines Aluminiumwerkes mit einer Jahreskapazität von 100 000 Tonnen durch Gewährung eines von beiden Ländern zu gleichen Teilen aufgebracht

Kredites in Höhe von 700 Millionen Rubel und durch technische Hilfeleistung bei der Durchführung der Arbeiten zu unterstützen. Für den zweiten Bauabschnitt des Werkes soll später eine ähnliche Hilfe vereinbart werden, deren Höhe und Bedingungen noch bestimmt werden sollen.

4. Verteidigungsminister Grigorij Shukow antwortet auf ein Schreiben des Redakteurs der *New York Times* Hanson W. Baldwin. Er gibt der Ansicht Ausdruck, daß Luftstreitkräfte und Atomwaffen nicht den Ausgang eines bewaffneten Kampfes entscheiden könnten, sondern daß nach wie vor in hohem Maße konventionelle Waffen zum Einsatz kommen würden.
9. Bekanntgabe der Teilnahme der Sowjetunion an der Londoner Suezkanal-Konferenz. Die Sowjetregierung unterstreicht jedoch in ihrer Erklärung, daß sie die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft für rechtmäßig halte und daß diese in keiner Beziehung zur Freiheit der Kanalschifffahrt stehe. Sie kritisiert die militärischen Vorbereitungen Frankreichs und Großbritanniens, die Zusammensetzung, den Ort und den Zeitpunkt der Konferenz und fordert, daß der Teilnahme von 22 weiteren Staaten kein Hindernis in den Weg gelegt werde. Es wird vorgeschlagen, den Beginn der Konferenz auf Ende August zu verschieben. Am 11. August überreicht der britische Botschafter eine Antwortnote, in der seine Regierung die sowjetischen Vorschläge hinsichtlich der Verschiebung der Konferenz und der Erweiterung des Teilnehmerkreises ablehnt.

Tschechoslowakei

1. Die Nationalversammlung beendet ihre Sitzungsperiode, in der u. a. durch eine Änderung der Verfassung dem slowakischen Landesteil mehr Kompetenzen zur Selbstverwaltung übertragen werden. Der slowakische Nationalrat erhält das Recht, das Beauftragten-Kollegium der Slowakei zu wählen und einen eigenen Wirtschafts- und Haushaltsplan im Rahmen des einheitlichen Planes und Staatshaushalts zu verabschieden. Der ungarischen und ukrainischen Bevölkerung werden gewisse Minderheitenrechte zuerkannt.

Türkei

11. König Idris von Libyen und der libysche Ministerpräsident, Mustafa ben Halim, beenden einen mehrtägigen Staatsbesuch.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Ägypten

12. Auf einer Pressekonferenz gibt Präsident Gamal Abdel Nasser die Ablehnung der Einladung zu der am 16. August beginnenden Londoner Suezkanal-Konferenz bekannt. Die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft entspreche dem unabdingbaren Souveränitätsrecht Ägyptens und berühre die in der Konvention von Konstantinopel aus dem Jahre 1888 garantierte Freiheit der Schifffahrt in keiner Weise. Der Vorschlag zur Bildung einer Internationalen Kanal-Kommission sei ein Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen Volkes einzu-

mischen. Abschließend schlägt Nasser die „Organisation einer anderen internationalen Konferenz“ vor, an der die Signatarstaaten der Konvention von Konstantinopel und diejenigen Staaten, deren Schiffe den Kanal benutzen, teilnehmen sollen.

Der Politische Ausschuß der Arabischen Liga in Kairo sichert Ägypten in einer einstimmig gefaßten Resolution die Unterstützung der arabischen Staaten in der Frage der Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft zu. In einer Resolution fordern die arabischen Staaten „die Aufgabe der Druckmittel und Drohungen, welchen Ägypten unterworfen wird“, und sind der Auffassung, „daß das beste Mittel zur Lösung

internationaler Zwistigkeiten die Anwendung der friedlichen Methoden ist, welche in der UN-Charta genannt werden“.

Marokko

2. Die Regierung gibt bekannt, daß der Sultan eine aus 74 Mitgliedern bestehende beratende Versammlung aus Vertretern der politischen Parteien und sozialen Stände zur Unterstützung seiner Regierung einberufen wird, die bis zur Abhaltung allgemeiner Wahlen antieren soll.

AMERIKA

Bolivien

6. Auf Grund des Ergebnisses der Wahlen vom 17. Juni wird *Hernán Siles Suazo* als Präsident in sein Amt eingeführt und bildet eine neue Regierung, in der *Manuel Barrau* das Außenministerium übernimmt.

Vereinigte Staaten

7. Bekanntgabe der Antwort des Präsidenten *Eisenhower* auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten *Bulganin* vom 6. Juni. (Vgl. den Wortlaut des Antwortschreibens auf S. 9151 dieser Folge.)
14. Im Anschluß an eine Unterredung mit Präsident *Eisenhower* erklärt der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General *Gruenther*, er werde sein Amt am 20. November an seinen Nachfolger, General *Norstad*, übergeben.

ASIEN

Volksrepublik China

8. Der Vorsitzende des Ausschusses für Nationalitäten-Angelegenheiten des Chinesischen Volkskongresses, *Liu Ke-ping*, dementiert in einem der italienischen kommunistischen Zeitung *Unità* gewährten Interview Meldungen über einen Aufstand in Tibet (vgl. Zeit-*tafel* in EA 16/1956). Gleichzeitig gibt er indessen zu, daß in der Nähe der tibetanischen Grenze im autonomen Gebiet von Kangting-Kantse (Provinz Szechuan) vom örtlichen tibetanischen Adel angezettelte Unruhen ausgebrochen seien.

Indien

8. Premierminister *Jawaharlal Nehru* gibt im indischen Unterhaus bekannt, daß sich die indische Regierung

im Gefühl schwerer Verantwortlichkeit entschlossen habe, an der Londoner Suezkanal-Konferenz teilzunehmen. Er habe von Großbritannien die Zusicherung erhalten, daß die Annahme der Einladung kein Bekenntnis zu den im Zusammenhang mit der Einladung veröffentlichten Grundsätzen der drei Westmächte beinhalte (vgl. Großbritannien). *Nehru* erklärt, die Konferenz könne zu keinem endgültigen Beschluß kommen, da dazu die Zustimmung Ägyptens erforderlich sei. Die Nationalisierung des Suezkanals könne zu einem Konflikt führen, dessen Auswirkungen unabsehbar seien. Die Regierung stehe in dieser Angelegenheit in engem Kontakt mit Indonesien, Ceylon und anderen Ländern, die im wesentlichen eine ähnliche Haltung einnehmen.

Laos

7. Der laotische Ministerpräsident, Prinz *Souvanna Phouma*, überreicht in Vientiane dem Vorsitzenden der Internationalen Kontroll-Kommission den Text eines Uebereinkommens, das er am Vortage mit dem Führer der kommunistischen Bewegung *Pathet Lao*, Prinz *Souphannouvong*, getroffen hat. Die beiden bisher von den Kommunisten beherrschten Provinzen *Sam Neua* und *Phong Saly* und die kommunistischen Streitkräfte werden dadurch der königlichen Regierung unterstellt. Die laotische Regierung bekräftigt ihren Willen zur Neutralitätspolitik und erklärt sich bereit, die Mitglieder der *Pathet Lao* entsprechend ihren Fähigkeiten in der Verwaltung und Armee zu verwenden. Zur Vervollständigung der Nationalversammlung sollen in den beiden Provinzen Wahlen abgehalten werden. Die Ausführung der Beschlüsse wird einer gemischten Kommission übertragen.

Syrien

5. In Damaskus wird ein syrisch-jordanischer Vertrag über die Bildung einer die beiden Staaten umfassenden Zoll- und Wirtschaftsunion unterzeichnet, die eine Vereinigung und Koordinierung auf den Gebieten der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und der Steuersysteme vorsieht. Zwischen beiden Ländern soll persönliche Freizügigkeit herrschen und dem Geldverkehr keinerlei Beschränkung auferlegt sein.

Die Organisation der Vereinten Nationen

2. In Paris beendet der Exekutivrat der UNESCO seine 44. Sitzung, in der er sich insbesondere mit der Vorbereitung der im November 1956 in New Delhi stattfindenden Vollversammlung der UNESCO befaßte. Der Exekutivrat empfahl der Vollversammlung die Aufnahme von Tunesien und Marokko. Die Einladung von Beobachtern aus der Deutschen Demokratischen Republik und den Volksrepubliken China, Korea und Vietnam zur Vollversammlung lehnte der Rat ab.
9. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen beendet in Genf den ersten Teil seiner 22. Sitzung. (Ein Bericht über diese Sitzung wird in einer künftigen Folge des Europa-Archivs erscheinen.)
13. Im Treuhandschaftsrat der Vereinten Nationen wird bei Stimmengleichheit der französische Antrag abge-

lehnt, Beobachter zu der Volksabstimmung im französischen Teil der ehemaligen deutschen Kolonie Togo zu entsenden. Die Gegner des Antrags hielten die für die Volksabstimmung vorgesehene Alternative, Selbstverwaltung innerhalb der Französischen Union oder Beibehaltung des Treuhandregimes, für zu eng. Der französische Vertreter erklärt nach der Sitzung, daß die Abstimmung nunmehr ohne Beobachter der Vereinten Nationen stattfinden werde.

In Genf tritt eine Konferenz diplomatischer Vertreter von Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen zusammen, um eine neue Konvention gegen die Sklaverei und den Sklavenhandel zur Unterzeichnung vorzubereiten.

Bücher und Broschüren

Dischler, Ludwig: Das Saarland 1945—1956. Eine Darstellung der historischen Entwicklung mit den wichtigsten Dokumenten. Hrsg. Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg. Hamburg 1956. Erster Teil (Darstellung) IV, 172 S.; Zweiter Teil (Dokumente) V, 404 S. (Hektographierte Veröffentlichungen, Nr. 24 und 25). Beide Teile zusammen DM 20.—.

Die Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg kann den Anspruch erheben, schon seit über sechs Jahren sich mit der Saarfrage beschäftigt zu haben. In wissenschaftlicher Hinsicht hat die Forschungsstelle unter der Leitung von Professor Dr. Eberhard Menzel und Dr. Ludwig Dischler die wechselvolle Entwicklung des Saarproblems verfolgt. Das Ergebnis dieser Bemühungen waren bis jetzt vier Einzelbände im Rotaprintdruck, die größtenteils seit Jahren vergriffen sind, und ein umfangreicher Band „Gesetzgebung und Abkommen des Saarlandes“, in dem die Fundstellen von allen einschlägigen saarländischen und französischen Gesetzestexten angegeben sind.

An diese Vorarbeit und Vorkenntnis anknüpfend, hat die Forschungsstelle nun ein zusammenfassendes Werk zur Saarfrage veröffentlicht. In der zeitlichen Umgrenzung von elf Jahren, von der amerikanischen Besetzung bis zum Luxemburger Treffen Adenauer — Mollet, versucht Dr. Dischler im ersten Teil die einzelnen Phasen des Saarproblems nach dem Zweiten Weltkrieg an Hand der bisher zugänglichen Quellen aufzuzeigen. Mit großer Sachlichkeit und mit sorgfältiger Genauigkeit ist es dem Autor gelungen, die wesentlichen Elemente des vielschichtigen Streitfalles herauszustellen. Da ist die Rede von den Schwierigkeiten Frankreichs mit seinen Alliierten in der Saarfrage, von der Verwirklichung und dem Ausbau des wirtschaftlichen Anschlusses, von den ersten innersaarländischen Schwierigkeiten und Widerständen und schließlich von den langwierigen Bemühungen um eine Lösung. Der Verfasser verleiht seinem Exposé dadurch eine klare Uebersicht, daß er bei Beachtung der Zeitfolge die Politik des wirtschaftlichen Anschlusses an Hand der hauptsächlichsten Texte untersucht. Seine kurzen Kommentare zu den einzelnen Konventionen, den saarländischen Gesetzen und den amtlichen Verlautbarungen verdienen dabei besonders erwähnt zu werden.

Im zweiten Teil sind alle wichtigen Dokumente zur Saarfrage zu finden, soweit sie noch nicht im Band „Gesetzgebung und Abkommen des Saarlandes“ (1954, 360 S.) veröffentlicht wurden. Von der Stellungnahme Frankreichs zum Potsdamer Abkommen der „Großen Drei“ vom 7. August 1954 bis zum Luxemburger Communiqué vom 4. Juni 1956 ist in über 400 Seiten eine Auswahl des dokumentarischen Materials im jeweiligen Originaltext (deutsch, französisch oder englisch) zusammengetragen. Beide Teile — Darstellung und Dokumentenband — sind für jeden, der sich als Jurist, als Wirtschaftler oder als Historiker mit den Problemen des künftigen Bundeslandes beschäftigen muß, ein vorzügliches Arbeitsinstrument.

Klaus Altmeyer

The European Steel Market in 1955. Prepared by the Secretariat of the Economic Commission for Europe. Genf: United Nations 1956. 120 S. (E/ECE/STEEL/106). (Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden). Sfrs. 3,50.

Von Frankfurt nach Bonn. Die deutschen Verfassungen 1849—1949. Eingeleitet und kommentiert von Dr. Ferdinand Siebert. Frankfurt am Main — Berlin — Bonn: Verlag Moritz Diesterweg 1956. 127 S. (Staat und Gesellschaft, Band 2). DM 4,80.

Friedrich, Otto A.: Konjunkturvorsorge unter politischem Aspekt. Vortrag, gehalten am 2. Mai 1956 vor dem Uebersee-Club in Hamburg. o. O. u. J. 27 S. (Als Manuskript gedruckt).

Jahrbuch für Amerikastudien. Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien herausgegeben von Walther Fischer. Band 1. Heidelberg: Universitätsverlag Carl Winter 1956. 213 S.

Statistisches Handbuch für das Saarland 1955. Herausgegeben vom Statistischen Amt des Saarlandes. Saarbrücken 1956. 292 S.

Walker, Richard L.: China under Communism. The first five Years. London: George Allen and Unwin Ltd. 1956. XV, 403 S. 30 s. Deutsche Ausgabe: China unter dem Kommunismus. Uebersetzung von Eugen Ott. Stuttgart: Friedrich Vorwerk Verlag 1956. 452 S. DM 9,80.

Richard L. Walker, Professor an der Yale-Universität, legt in diesem Buche die Ergebnisse mehrjähriger Studien über die Entwicklung in der Chinesischen Volksrepublik in den Jahren 1949—1954 vor. Seine Darstellung stützt sich im wesentlichen auf zwei Gruppen von dokumentarischen Unterlagen, über die ein bibliographischer Anhang unterrichtet: 1. die umfangreiche Sammlung chinesischer Originalpublikationen in der Bibliothek der Yale-Universität, die der Verfasser zum Teil selbst in Ostasien erworben hat; 2. das Material, das in englischer Sprache in vier Serien vom Generalkonsulat der Vereinigten Staaten in Hongkong veröffentlicht wird. Dazu kommen Berichte chinesischer Flüchtlinge.

Die ersten Kapitel behandeln den Aufbau von Regierung, Verwaltung und Partei und die verschiedenen Phasen der Bolschewisierung: Agrarreform, Kollektivierung der Landwirtschaft, das Industrialisierungsprogramm des ersten Fünfjahresplanes, die Arbeitsbedingungen und den Kampf gegen die kulturellen Traditionen und gegen die Religionen. Dabei zeigt sich, daß die chinesischen Machthaber sich in allen ihren Maßnahmen an das leninistisch-stalinistische Vorbild halten. Der im Westen gelegentlich geäußerten Ansicht, es könne sich ein chinesischer „Titoismus“ herausbilden, steht der Verfasser ablehnend gegenüber, zumal China für die Durchführung seiner Wirtschaftsplanung auf russische Hilfe angewiesen sei.

Die zweite Hälfte des Buches ist der chinesischen Außenpolitik gewidmet, wobei in dem Kapitel über das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten die in totalitären Staaten besonders enge Verbindung der Außenpolitik mit Innenpolitik und Propaganda eindrucksvoll sichtbar wird. Der Verfasser verteidigt die Ablehnung der Anerkennung Pekings durch die Vereinigten Staaten, aber er ist der Meinung, daß Stärke allein nicht genüge, den Einfluß Rotchinas in Asien einzudämmen. Eine umfassende Wirtschaftshilfe sei nötig, aber ebenso eine weise, von jedem Rassendünkel und jeder Ueberheblichkeit freie Politik.

Die nüchterne, mit zahlreichen Anmerkungen und einem ausführlichen Register versehene Darstellung läßt den Leser wünschen, daß der Verfasser seine Untersuchungen über das Jahr 1954 hinaus fortführen möge, zumal die jüngsten Ereignisse in der Sowjetunion schwerlich ohne Einfluß auf den chinesischen Kommunismus bleiben werden.

Friedrich Wieschke

Wallenberg, Hans: Report on Democratic Institutions in Germany. Issued by the American Council on Germany, Inc., with Grateful Acknowledgement to the Ford Foundation. New York, Mai 1956. 93 S.

Neue Zeitschriften

Der Donauraum. Zeitschrift des Forschungsinstituts für Fragen des Donauraumes, Salzburg, Kommissionsauslieferung durch Verlag Hermann Böhlau Nachf. GmbH,

Graz — Wien — Köln. Jahresabonnement (4 Hefte)
DM 16.—, Einzelheft DM 4.80. 1. Jahrg., Heft 1, 1956.

Diese neue Zeitschrift, die vierteljährlich erscheinen soll, wird vom Forschungsinstitut für Fragen des Donauraumes in Salzburg herausgegeben. Sie soll der Aussprache über Recht, Politik, Wirtschaft, Geschichte, Geographie, Ethnologie und Kultur der Donauländer dienen, Fragen des nationalen Selbstbestimmungsrechts, des Minderheitenschutzes und einer nachbarlich-regionalen Organisation der Donauvölker sollen darin erörtert werden. Außer Aufsätzen namhafter Fachleute aus Wissenschaft und Praxis bringt die neue Vierteljahresschrift Nachrichten aus den Donauländern und eine umfassende Bücher- und Zeitschriftenschau.

Das vorliegende erste Heft enthält ein Geleitwort des Vorsitzenden des Forschungsinstituts für Fragen des Donauraumes, Gesandten i. R. Theodor Hornbostel. Diesem folgt ein Aufsatz von Theodor Berger über „Das österreichische Neutralitätsproblem“. Hermann Groß, Kiel, schreibt in einem mit reichen statistischen Unterlagen versehenen Aufsatz über „Weltwirtschaftliche Perspektiven des Donauraumes“. Adolf Merkl kritisiert in einem Artikel über „Die Legende vom österreichischen Völkerkerker“ die Haltung der westlichen Presse und zahlreicher westlicher Publikationen gegenüber der Nationalitätenpolitik der österreichisch-ungarischen Regierungen. In einem Artikel über „Die Donau als Bindeglied Europas“ betont Walter Schneefuß die Wichtigkeit der historischen, politischen und wirtschaftlichen Bindungen zwischen dem Donau- und dem Rheingebiet. Anton Radvanszky, Paris, schreibt über „Geistige Voraussetzungen einer Integration des Donauraumes“. In einem Aufsatz über „Die slowenische Presse“ behandelt A. S. die slowenischen Tageszeitungen in der heutigen Republik Slowenien, in Italien und Triest, in Kärnten und in der Emigration in Nord- und Südamerika.

Sowjet-Studien. Herausgeber und Verlag: Institut zur Erforschung der UdSSR e. V., München. Nr. 1, Juli 1956.

Mit dieser Publikation möchte das im Juli 1950 gegründete Münchener Institut (unter der Redaktion von Prof. B. Iwanow) breite deutsche Kreise mit seinem Wirken vertraut machen und durch seine wissenschaftlichen Arbeiten zur Klärung der geistig-politischen Auseinandersetzung unserer Zeit beitragen.

Die hier veröffentlichten Studien gliedern sich in drei Themenkreise: Aktuelles, Geschichte und Literaturgeschichte. Im ersten Teil steht eine umfassende Analyse jener bedeutsamen politischen, wirtschaftlichen und militär-technischen Wandlungen im Vordergrund, die sich seit dem Tode Stalins in der Sowjetunion vollzogen haben. So zeigt z. B. der Ostforscher F. Borkenau in seiner Untersuchung über die Prinzipien kommunistischer Machtergreifung, wie heute die frontale Aggression lediglich der Taktik einer indirekten Machtergreifung durch Zersetzung des Gegners gewichen ist. Während A. Poplujko die „Geopolitischen Tendenzen des VI. Fünfjahresplans“ behandelt, faßt L. Dudin die Ergebnisse des XX. Parteitages der KPdSU zusammen. Er warnt vor

dem neuen Kurs der sowjetischen Außenpolitik, der nur das Ziel verfolge, durch eine „friedliche“ Offensive die Fronten der freien Welt aufzulockern, um auf diese Weise seinem Endziel näher zu kommen. N. Galay geht in seiner Abhandlung auf die „neuen Tendenzen in der sowjetischen Militärdoktrin“ ein und weist darauf hin, daß sich in der UdSSR eine evolutionäre Entwicklung auf dem Gebiet der Kriegswissenschaften angebahnt habe; die gesamte marxistische Kriegstheorie werde neuerdings mit dem „bürgerlichen“ Gedankengut der Kriegstechnik verbunden.

Im zweiten Teil dieser Neuerscheinung finden sich Beiträge von den Professoren W. Dubrowskyj (Die neueste sowjetische Konzeption der Geschichte der Ukraine), A. Jurtchenko und B. Frhr. von Richthofen (Die kommunistische Darstellung der ostdeutschen Geschichte) sowie von K. Kandelaki, E. Kirimal und J. Mienski über Fragen zur Nationalitätenpolitik der Sowjetunion. Diese Studien veranschaulichen, in welch hohem Maße in der UdSSR und in den Satellitenstaaten die Geschichte zur Dienerin der Politik degradiert wird.

Der dritte Teil schließt mit zwei Arbeiten zur Literaturgeschichte (S. Stankewitsch: Der echte und der entstellte Janka Kupala; L. Rshewsky: Das Dostojewski-Jubiläum in der UdSSR).
Dr. H.-A. Jacobsen

Bibliographien

NJW-Fundhefte. Systematischer Nachweis der deutschen Rechtsprechung, Zeitschriftenaufsätze und selbständigen Schriften. 6. Abteilung: Steuerrecht. Band III: 1. Januar bis 31. Dezember 1955. Bearbeitet von Herbert Ziemer, Heinz Kalbhenn und Dr. Günther Felix. München — Berlin: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1956. XX, 322 S. Lw. DM 28,50.

Die Fundhefte „Steuerrecht“ bringen in Kommentarförm, nach den einzelnen Gesetzen und innerhalb dieser nach Paragraphen systematisch geordnet, eine erschöpfende Uebersicht über das gesamte in den wichtigsten Zeitschriften veröffentlichte steuerrechtliche Material (einschließlich Zölle und Verbrauchssteuern). Erfast werden die Entscheidungen der Finanzgerichte, der Verfassungs-, Verwaltungs- und ordentlichen Gerichte, die Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Bundes und der Länder, die Verfügungen der Oberfinanzdirektionen und die gesamte sonstige einschlägige Literatur.

Den beiden ersten Bänden (1949—1953 und 1954) ist jetzt der III. Band gefolgt. Er bringt das Material des Jahres 1955, das teils noch umfassender, teils aber auch, bei der Fülle des Stoffes, in strafferer Form dargeboten wird. Weitere Zeitschriften, Nachschlagewerke und Loseblattsammlungen wurden herangezogen, ferner wurden die für Auslegungsfragen wichtigen Gesetzesmaterialien aufgenommen. Besonders berücksichtigt wurde neben dem ausländischen nun auch das zwischenstaatliche Steuerrecht, das wegen der zunehmenden internationalen Wirtschaftsverflechtung mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Zur Erschließung des ausländischen Steuerrechts haben einige ausländische Sachkenner Darstellungen und Hinweise für den III. Band beigezeichnet.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Voile (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighelmer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—, Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Die Inflationsbekämpfung in den europäischen Nationalwirtschaften

Von Staatssekretär a. D. Dr. Paul Binder, Stuttgart

Vorbemerkung

Der Ministerrat der OEEC beschäftigte sich auf seiner letzten Sitzung in Paris vom 17. bis zum 19. Juli 1956 unter anderem auch mit der wirtschaftlichen Lage in den Mitgliedstaaten der OEEC. Den Beratungen des Ministerrats lag eine Note des Generalsekretariats der OEEC zugrunde, in der eindringlich auf die Gefahren hingewiesen wurde, die eine ständige Steigerung der Preise für eine gesunde Entwicklung der europäischen Länder und für ihre internationalen Beziehungen darstellt.

Die in Paris versammelten Minister der 17 Mitgliedstaaten der OEEC und der beiden assoziierten Länder, Vereinigte Staaten und Kanada, stimmten den besorgten Ausführungen des Generalsekretariats zu und hoben in ihrer Stellungnahme die Bedeutung stabiler Preise und ausgeglichener Zahlungsbilanzen für das weitere kontinuierliche Wachstum der europäischen Volkswirtschaften hervor. Als deutscher Sprecher wies Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard in der Diskussion des Ministerrats auf drei sehr aktuelle wirtschaftspolitische Probleme hin, um die es vor allem gehe:

1. die Vermeidung von Preissteigerungen und die Sicherung der Kaufkraft der Währungen;
2. ein gesunder Ausgleich der Zahlungsbilanzen der europäischen Länder;
3. die Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit Europas, insbesondere gegenüber dem Dollarraum.

Erhard erklärte, daß zur erfolgreichen Bewältigung dieser Probleme eine enge Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedstaaten und den

assoziierten Staaten der OEEC von entscheidender Bedeutung sei. Vor allem der amerikanische Vertreter, Staatssekretär Burgess, der britische Staatssekretär Sir Edward Boyle und der italienische Budgetminister, Adone Zoli, sprachen sich im gleichen Sinne aus.

Der Ministerrat der OEEC beschloß, einen besonderen Ministerausschuß unter dem Vorsitz des britischen Schatzkanzlers, Harold Macmillan, mit dem Auftrag einzusetzen, die wirtschaftliche Lage der einzelnen OEEC-Staaten zu untersuchen, ihre Wirtschaftspolitik zu überprüfen und Vorschläge für eine Harmonisierung und Koordinierung auszuarbeiten.

In den nachstehenden Ausführungen wird die Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten untersucht, soweit diese für die Inflationsbekämpfung relevant ist. Der Beitrag zeigt, daß die inflationistischen Tendenzen in den einzelnen europäischen Ländern unterschiedlich stark zutage getreten sind und daß die Mittel, welche die Regierungen und Notenbanken zur Bekämpfung dieser Tendenzen eingesetzt haben, sich in Art und Wirkung unterscheiden. Die Untersuchung verdeutlicht, daß es sich bei der Anti-Inflationspolitik der europäischen Volkswirtschaften nicht um ein Problem handelt, das von einem einzelnen Staat allein gelöst werden kann, sondern daß wegen der starken Außenhandelsverpflichtung der europäischen Länder eine wirksame Bekämpfung inflationistischer Tendenzen am sichersten zum Erfolg führen würde, wenn eine Harmonisierung — und besser noch eine Koordinierung — der europäischen Wirtschaftspolitik gelänge.

Die Situation in den einzelnen Ländern

Seit 1953, also seit Beendigung des Rückschlages, der auf den Korea-Boom folgte, befinden sich die europäischen Nationalwirtschaften in einem ständigen Aufschwung. Er hat im vergangenen Jahre in vielen Ländern seine materiellen Grenzen erreicht. Die Löhne sind stärker gestiegen als das Sozialprodukt. Die Folge davon sind inflatorische Preiserhöhungen und in manchen Ländern, infolge verstärkter Einfuhren, auch eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz. Regierungen und Zentralnotenbanken haben sich daher genötigt gesehen, Maßnahmen zur Bekämpfung inflatorischer Auswüchse der Hochkonjunktur zu ergreifen.

Am klarsten wurde die Lage in Großbritannien, dem für die europäische Konjunkturentwicklung wichtigsten Lande, erkannt und dementsprechend behandelt. Die Zahl der offenen Stellen ist dort zweimal so groß wie die Zahl der Arbeitslosen. Das Sozialprodukt ist im Jahre 1955 um 5 vH gewachsen; Löhne und Gehälter sind um 8,5 vH gestiegen, die Einzelhandelspreise um 6 vH, und die Zahlungsbilanz schließt mit einem Defizit von 103 Millionen Pfund Sterling ab gegenüber einem Ueberschuß von 205 Millionen im Vorjahr.

Um die Investitionstätigkeit einzuschränken, wurde der Diskontsatz der Bank von England zunächst von

3 $\frac{1}{2}$ auf 4 vH, sodann auf 4 $\frac{1}{2}$ vH und im Jahre 1956 auf 5 $\frac{1}{2}$ vH erhöht. Die ersten Diskonterhöhungen konnten ein weiteres Anschwellen der Bankkredite nicht verhindern. Die Regierung schränkte schon 1955 und in verstärktem Maße auch 1956 ihre eigenen Investitionen ein und empfahl den lokalen Behörden, das gleiche zu tun. Die Zuschüsse der Regierung für die Finanzierung des Wohnungsbaus an die lokalen Behörden wurden eingeschränkt und die Zinsen für verbilligte Regierungskredite an lokale Behörden auf den Normalsatz heraufgesetzt. Auch wurden die Investitionen der nationalisierten Industrien eingeschränkt und im Jahre 1956 ganz über den Staatshaushalt finanziert, um sie besser unter Kontrolle zu halten. Entgegen den hohen Erwartungen haben sich die Zinserhöhungen nicht so rasch und so umfassend ausgewirkt, wie es wünschenswert gewesen wäre. Falls die Maßnahmen zur Begrenzung der Investitionstätigkeit nicht ausreichen sollten, wird an eine Kreditrestriktion gedacht, zumal erwartet wird, daß die Investitionen erst 1956 ihren Höhepunkt erreichen werden. Dagegen ist die Einführung von Mindestreserven durch die Bank von England abgelehnt worden, weil sie glaubt, mit ihren traditionellen Mitteln der Diskonterhöhung und Empfehlungen auskommen zu können.

Um den Konsum einzuschränken, wurden die Einzelhandelsumsatzsteuer (purchase tax) und die Besteuerung der Dividende erhöht und die Subventionen für Brot und Milch verringert. Weiterhin wurde in verschiedenen Etappen ein Abbau der Teilzahlungskredite vorgenommen, wodurch vor allem auch der Automobilabsatz getroffen wurde. Falls erforderlich, ist an eine weitere Einschränkung der Teilzahlungskredite gedacht. Dagegen wird der 1956 erfolgten Erhöhung der Steuer auf verteilte und nicht verteilte Gewinne keine ins Gewicht fallende deflatorische Wirkung zugeschrieben. Interessanter ist der Abbau von rund 100 Millionen Pfund Regierungsausgaben. Auch hat die Regierung eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung des Sparens vorgeschlagen: die ersten Zinsen aus Spareinlagen bleiben bis zu einem Satz von 15 Pfund steuerfrei, ebenso die Prämien aus Prämienobligationen. Dazu kommen eine Heraufsetzung des Zinsfußes für Sparzertifikate und eine Steuererleichterung für Pensionsrücklagen Selbständiger. Daneben bemüht sich die britische Regierung, den Export zu fördern. Dirigistische Maßnahmen der Investitionskontrolle und des Preis- und Dividendenstops werden abgelehnt.

In der *Bundesrepublik Deutschland* ist das Problem bisher nicht mit der gleichen Klarheit erkannt worden wie in Großbritannien. Den inflatorischen Erscheinungen ist die Bank deutscher Länder durch drei Diskonterhöhungen binnen Jahresfrist (inzwischen um 0,5 vH gesenkt) und Heraufsetzung der Mindestreserven entgegengetreten. Die inflatorische Aus-

wirkung des Außenhandelsüberschusses der letzten Jahre ist praktisch durch die Thesaurierungspolitik des Bundesfinanzministers und der Gemeinden kompensiert worden.

Die Regierungsvorschläge zur Bekämpfung einer Ueberhitzung der Konjunktur machen einen unzusammenhängenden Eindruck. Von der beschlossenen Zolssenkung ist keine fühlbare Entspannung am Inlandsmarkt zu erwarten, weil das innerdeutsche Preisniveau dank der Preisdisziplin während der Korea-Krise gegenüber dem Ausland hierfür zu tief liegt. An eine Aufwertung der Deutschen Mark ist nicht zu denken, da ihr Kurs im Verhältnis zum US-Dollar richtig liegt und eine Abwertung der überbewerteten europäischen Währungen fürs erste nicht zu erwarten ist, die Exportüberschüsse werden also anhalten. Eine Gefährdung der Zahlungsbilanz besteht infolge der hohen Devisenreserven nicht, trotz umfangreicher Wiedergutmachungszahlungen. Dagegen kann das innerdeutsche Preisniveau durch Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen, durch Steuersenkungen, durch die volle Verausgabung der Staatseinnahmen und durch Rückgriffe auf Kassenreserven im Zuge der Aufrüstung ins Wanken geraten, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Dazu kommt, daß rund 640 000 Menschen für die Bundeswehr und ihre Verwaltung dem Arbeitsmarkt bei an sich schon sinkendem Zuwachs (geburtenschwache Jahrgänge) entzogen werden und daß die deutsche Bevölkerung auf jede inflatorische Erscheinung sofort mit einem Rückgang der Spartätigkeit reagiert. Die Frage einer Neuorientierung der deutschen Konjunkturpolitik wird im Spätherbst 1956 erneut zur Entscheidung gestellt werden.

Auch in *Frankreich* ist das Problem der Inflationsbekämpfung nicht in vollem Umfange erkannt worden. Die Preise stiegen in der Zeit von 1949 bis 1952 um rund 50 vH, weil man während der Koreakrise den inflationistischen Tendenzen nicht durch Kreditrestriktionen entschlossen begegnete. Nach 1952 trat eine leichte Reduzierung der Großhandelspreise ein, und es gelang erstmalig in der Nachkriegszeit, die Lebenshaltungskosten stabil zu halten.

Nach kurzer Zeit war jedoch das Preisniveau erneut in Bewegung geraten. In dieser Situation wurde kürzlich von der französischen Regierung ein aus hohen Beamten der staatlichen Verwaltung und der Nationalbank bestehender Ausschuß unter dem Vorsitz von F. L. Closon, Generaldirektor des Statistischen Amtes, eingesetzt und mit der Ausarbeitung eines Sofortprogramms für die Inflationsbekämpfung in Frankreich betraut. Das Komitee hat seine Aufgabe in bemerkenswert kurzer Zeit gelöst und Anfang September seinen Bericht vorgelegt¹. Dieser Bericht beschränkt

¹) Vgl. hierzu *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 248 vom 8. September 1956, Bl. 9 „Die Inflationsbekämpfung in Frankreich“.

sich nicht darauf, die Ursachen der bestehenden Inflationstendenzen zu untersuchen, sondern stellt auch einen ins einzelne gehenden Aktionsplan auf, dessen Durchführung nach Ansicht seiner Verfasser geeignet wäre, das gestörte wirtschaftliche Gleichgewicht Frankreichs wiederherzustellen.

Als wichtigste Ursache für die eingetretenen Preissteigerungen ist die Tatsache anzusehen, daß seit etwa einem Jahr die Löhne stärker gestiegen sind als die Arbeitsproduktivität. Hinzu kommt ein starkes Anwachsen der öffentlichen Ausgaben sowie eine dadurch ausgelöste Vermehrung des Haushaltsdefizits. Außerdem hat die stark erhöhte Investitionstätigkeit gewisse Engpässe in der industriellen Produktion und einen Mangel an Arbeitskräften in bestimmten Industrien hervorgerufen. Die Frostschäden des vergangenen Jahres und die starke Subventionierung der Landwirtschaft haben andererseits zu einer Erhöhung des Preisniveaus für Agrarprodukte geführt.

In dieser Situation hat sich die Regierung dazu gezwungen gesehen, einen Preisstop anzustreben. Der von der Regierung eingesetzte Ausschuß hat nun darüber hinaus Vorschläge für Maßnahmen unterbreitet, die einen Druck auf die Preise ausüben sollen. Zu diesem Zweck wird eine Einflußnahme der Regierung auf die einzelnen Märkte empfohlen.

In finanzpolitischer Hinsicht fordert der Ausschuß eine Einschränkung der Staatsausgaben sowie einen Abbau des Haushaltsdefizits durch die Schaffung neuer Einnahmequellen. Zur Verminderung des Kaufkraftüberhangs wird eine Erhöhung der direkten Steuern gefordert. Eine Erhöhung der Zinssätze wird dagegen nicht für zweckmäßig erachtet, da sie voraussichtlich keinen Einfluß auf spekulative Kredite haben würde. Dagegen wird eine strenge Ueberwachung der mittelfristigen Kreditgewährung gefordert. Hierdurch soll verhindert werden, daß Bankkredite zur Finanzierung spekulativer Vorratshaltung verwendet werden, was mit Hilfe einer restriktiven Kreditpolitik und der Verknappung des Geldmarktes erreicht werden kann.

Die Forderungen des „Closion-Berichts“ regen keine tiefgreifenden Wirtschaftsreformen an, aber sie stellen ein Sofortprogramm dar, das die Regierung in die Lage versetzt, auf den verschiedensten Gebieten des französischen Wirtschaftslebens Maßnahmen für eine wirksame Bekämpfung der Inflation einzuleiten.

In den *Niederlanden* fehlt es an Arbeitskräften. Im Jahre 1954 ist eine sechzehnprozentige Lohnsteigerung eingetreten. Dann verfügte die Regierung für 1955 einen Lohnstop. Im März 1956 erfolgte eine einmalige Lohnzahlung von 3 vH der Vorjahrslohne, darüber hinaus wird eine weitere Lohnerhöhung um 6 vH erwartet. Ein teilweiser Preisstop hat sich als unwirksam erwiesen. Die Regierung hat daher einen Appell für freiwillige Preisdisziplin an die Industrie

gerichtet. Dabei wirkt sich eine Steuerermäßigung in einer Erhöhung des Verbrauchs aus. Die anti-inflationistischen Maßnahmen der Regierung zielen auf eine Beschränkung der Investitionstätigkeit ab: rascheres Eintreiben der Gewinnsteuern, Aenderung der fiskalisch zugelassenen Abschreibungssätze. Daneben haben eine Diskonterhöhung um $\frac{1}{2}$ vH und gewisse Kreditrestriktionen Platz gegriffen. Die Haushaltsvorschl ge für 1955 und 1956 sind defizitär. Die Lage verlangt ein schärferes Eingreifen der Regierung.

Belgien hat von 1953 bis zum Frühjahr 1956 seine Produktion um 11 vH vergrößern können. Die Löhne sind bis Ende 1955 nur um 6 vH gestiegen, die Preise um rund 4 vH. Der Außenhandel blieb, mit einer Unterbrechung im Jahre 1954, aktiv. Auch der Geldumlauf zeigt nur eine mäßige Erhöhung. Sie bleibt hinter dem Ausfuhr berschu  zurück. Die Lage kann somit als gesund bezeichnet werden.

Trotzdem hat die Regierung im Hinblick auf die Gefahr, daß sich die Inflation anderer Länder über einen steigenden Ausfuhr berschu  auf die belgische Wirtschaft ausdehnen könnte, rechtzeitig eine Politik der Konjunkturstabilisierung eingeschlagen. Zur Begrenzung der Investitionen wurde die Hergabe zinsverbilligter und vom Staat garantierter Kredite eingeschränkt, die Durchführung staatlicher Bauten zurückgestellt und ein Abbau gewisser investitionsf rdernder Steuererleichterungen vorgenommen. Die belgische Nationalbank hat ihren Diskontsatz im Juli 1955 von 2,75 vH auf 3 vH heraufgesetzt, doch ist das Rediskontobligo der belgischen Banken wegen der bestehenden Geldfülle rückläufig. Preiserhöhungen müssen der Commission des Prix zehn Tage vorher angezeigt werden. Es findet eine Preisüberwachung statt, aber es besteht kein staatlicher Preisstop. Zur Verbilligung des Warenangebots wurden Zölle gesenkt.

Um dem Mangel an Arbeitern zu steuern, sollen ausländische Bauarbeiter angeworben und Arbeitslose mit ungenügender Ausbildung anderweitig beschäftigt werden, vor allem im Spätjahr im Baugewerbe. Aus Arbeitszeitverkürzungen, Lohnerhöhungen und dem Abbau der Haldenbest nde werden für 1956 neue Spannungen erwartet.

Die Wirtschaft *Italiens* ist dadurch gekennzeichnet, daß neben dem hochindustrialisierten Gebiet Norditaliens eine fast koloniale Wirtschaft in Süditalien mit einer großen Arbeiterreserve vorhanden ist. Trotzdem zeigen sich auch in der italienischen Wirtschaft infolge ihres raschen Expansionstempos inflatorische Spannungen, zumal seit der Verringerung der amerikanischen Hilfe. Das Sozialprodukt hat im Jahre 1955 gegenüber dem Vorjahr nominell um 9,2 vH zugenommen, real jedoch nur um 7,2 vH. Die Großhandelspreise sind im vergangenen Jahre um 0,3 vH, die Lebenshaltungskosten einschließlich einer gesetz-

lichen Mieterhöhung um 3 vH gestiegen. Die Zahlungsbilanz konnte durch Aufnahme ausländischer Anleihen mit einem Ueberschuß von 109 Millionen Dollar abschließen. Die Gold- und Devisenreserven der Bank von Italien sind ausreichend (1 131 Millionen Dollar). Der Diskontsatz beträgt 4 vH. Eine unmittelbare Veranlassung zu einer Erhöhung des Diskontsatzes oder zu Kreditrestriktionen besteht im Augenblick nicht, doch kann die Fortsetzung der wirtschaftlichen Expansion Italiens inflatorische Gefahren in sich bergen, welche die italienische Regierung dazu veranlassen können, zeitweise das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums zu verlangsamen, zumal der Staatshaushalt auch für 1956 unausgeglichen ist; doch bleibt das Defizit erheblich hinter dem Volumen der staatlichen Investitionen zurück.

Besonders interessant ist die Lage in *Schweden*, weil dieses Land keine Kriegerstörungen zu beseitigen hatte und weil dort die Vollbeschäftigung, die schon seit Jahren anhält, als normaler Zustand betrachtet werden darf. Die schwedischen Löhne sind von 1946 bis 1956 nominell um 130 vH und real um 50 vH gestiegen. Im Jahre 1955 betrug die Lohnsteigerung 10 vH und im Frühjahr 1956 weitere 4 vH. Die Lebenshaltungskosten sind von 1954 bis 1956 um 7 vH gestiegen. Die Situation ist aber schon seit Jahren angespannt und hat sich seit 1947 fühlbar nach der inflatorischen Seite hin entwickelt. Die schwedische Regierung hat daher eine Reihe von Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung eingeleitet, die infolge ihrer wohlgedachten Art besondere Beachtung verdienen:

1. Kreditverteuerung: Heraufsetzung des Diskonts im April 1955 von $2\frac{3}{4}$ vH auf $3\frac{3}{4}$ vH.
2. Anlage von 33 vH der Bankeinlagen der großen Kreditbanken in flüssigen Mitteln und Staatsschatzanweisungen; bei kleinen Banken ist der Prozentsatz der anlagepflichtigen Reserven niedriger festgesetzt (dementsprechend ist das Kreditvolumen der Banken im Jahre 1955 um 1 vH und in den ersten Monaten des Jahres 1956 um weitere 6 vH zurückgegangen).
3. Kontrolle der Emission von Obligationen (Genehmigung nur für Elektrizitätsversorgungsunternehmen) und der Anlagen der Versicherungsgesellschaften durch die schwedische Reichsbank.
4. Haushaltsüberschuß für das Haushaltsjahr 1956/57 in Höhe von 500 Millionen Kronen.
5. Steuerliche Maßnahmen:
 - a) Herabsetzung der steuerlich zulässigen Abschreibungssätze zwecks Beschränkung der Investitionstätigkeit;
 - b) Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes von 40 vH auf 50 vH, so daß einschließlich der lokalen Gewinnsteuer eine sechzigprozentige Besteuerung stattfindet;

c) Einführung einer zwölfprozentigen Investitionssteuer auf Fabrikanlagen, Maschinen und Einrichtungen im Jahre 1955;

d) Einführung einer zehnprozentigen Umsatzsteuer auf Autos (auch auf den Handel von Gebrauchtwagen), um die Autoeinfuhr (1955: 115 000) einzuschränken; diese Steuer hatte jedoch nur eine geringe Wirkung.

6. Einschränkung der Bauerlaubnis für gewerbliche Bauten und Wohnungsbau (Preiskontrolle besteht rechtlich, wird aber nicht prohibitiv ausgeübt).

Diese Maßnahmen haben zu einer Verlangsamung des industriellen Wachstums und damit zu einer Entspannung am Arbeitsmarkt beigetragen. Bemängelt wird, daß die öffentlichen Investitionen bisher nicht eingeschränkt wurden und daß die Verlangsamung der Industrialisierung die Rationalisierung, den sozialen Fortschritt und die internationale Konkurrenzfähigkeit der Industrie hemme. In der Tat hat Schweden im Gegensatz zu Großbritannien fast nichts zur Einschränkung des privaten Konsums getan.

Die *Schweiz* hat seit Jahren Vollbeschäftigung. Der anhaltende Kräftebedarf führt zu einer Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Daß es bisher trotz der ständig steigenden Löhne seit 1953 zu keiner fühlbaren Preiserhöhung und nur zu einer geringen Verteuerung der Lebenshaltungskosten gekommen ist, beruht auf den starken Rationalisierungserfolgen der Schweizer Wirtschaft, auf der freien Einfuhrmöglichkeit und der Beschäftigung von Fremdarbeitern (271 000 im August 1955). Eine Diskonterhöhung bliebe bei der bestehenden Geldfülle wirkungslos. Mindestreserven sind in der Schweiz nicht vorgeschrieben. Dagegen haben sich Banken und Versicherungsgesellschaften freiwillig zur Unterhaltung von Mindestreserven verpflichtet. Für die private Wirtschaft besteht seit 1952 die Möglichkeit, steuerbegünstigte Konjunkturreserven anzulegen, die in Depressionszeiten für Investitionsforderungen freigegeben werden. Schweizer Wirtschaftsexperten betrachten die Lage jedoch als angespannt und rechnen mit Lohn- und Preissteigerungen, falls es nicht infolge Sättigung des Wohnungsmarktes zu einem Rückgang der Bautätigkeit kommen sollte.

In *Oesterreich* sah sich die Regierung bisher nicht gezwungen, ausgesprochen anti-inflationistische Maßnahmen zu ergreifen. Das beruht vor allem darauf, daß es 1951 gelungen ist, gewisser inflationistischer Gefahren Herr zu werden. Der Staatshaushalt wurde durch Einsparungen und einige Steuererhöhungen ausgeglichen, der Diskontsatz von 3 vH auf 5 vH erhöht (inzwischen wieder auf $3\frac{1}{2}$ vH gesenkt) und das Kreditvolumen der Banken seit Oktober 1951 auf 70 vH der Mittel erster und 50 vH der Mittel erster und zweiter Liquidität beschränkt. Die österreichische Industrie verzichtete im September 1951 auf weitere

Preiserhöhungen. Gleichzeitig erklärten sich die Gewerkschaften bereit, unter gewissen Bedingungen auf Lohnforderungen zu verzichten. Unterstützt wurde diese Stabilisierungspolitik durch die günstige Entwicklung des österreichischen Außenhandels. Inzwischen ist auch in Oesterreich eine kräftige Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit eingetreten, doch hat diese bisher zu keinen gefährlichen Spannungen geführt. Der Staatshaushalt wird zwar im Jahre 1956 voraussichtlich mit einem Defizit von 2,6 Milliarden Schilling abschließen; man befürchtet davon jedoch keine expansiven Rückwirkungen.

Die Wirtschaft *Dänemarks* ist so eng mit der des Auslandes verflochten, daß sich jede weltwirtschaftliche Veränderung zwangsläufig auf die dänische Wirtschaft überträgt. Andererseits sind einer eigenständigen Expansion enge Grenzen gesetzt. Dabei nimmt die Bautätigkeit die Schlüsselstellung ein. Im Jahre 1954 ist trotz der Ausfuhrsteigerung ein Außenhandelsdefizit in der Größenordnung von 500 Millionen Kronen eingetreten, das automatisch eine Kreditrestriktion und eine Erhöhung des Diskontsatzes um 1 vH auf $5\frac{1}{2}$ vH und des langfristigen Zinsfußes auf 7 bis 8 vH ausgelöst hat. Gleichzeitig wurden indirekte Steuern erhöht und die staatlichen Investitionen eingeschränkt. Eine zielbewußte Bekämpfung des inflatorischen Preisauftriebes geschieht jedoch erst seit 1955 mit der Wirkung, daß im 2. Halbjahr 1955 die Außenhandelsbilanz wieder aktiv wurde. Der Staatshaushalt strebt einen Ueberschuß von 500 Millionen Kronen an. Zur Einschränkung des Verbrauchs wurde eine indirekte Steuer auf Textilien, Schuhe, Kleider und Spielzeug eingeführt. Die öffentliche Bautätigkeit wurde weiter eingeschränkt, die Subventionen für den Wohnungsbau verringert und die bisher verbilligten Zinssätze auf den Normalsatz gebracht. Im Frühsommer 1956 ist eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Einen völlig anderen Weg ist *Norwegen* gegangen. Die norwegische Regierung konnte sich nach dem Krieg weder zu einer scharfen Verringerung des Geldumlaufs noch zu einer Abwertung entschließen. Die klassischen monetären Mittel der Konjunktursteuerung konnten daher nicht zum Zuge kommen, so daß mit dirigistischen Mitteln der Preiskontrolle, des Lohnstops und der Gewährung staatlicher Subventionen das Preisniveau manipuliert werden mußte. Soweit dabei auf die Wirtschaft restriktiv eingewirkt wurde, bezogen sich die Maßnahmen nur auf die Investitionstätigkeit und nicht auf den privaten Verbrauch, ähnlich wie in Schweden. Seit Februar 1955 steuern Zentralnotenbank und Regierung einen deflatorischen Kurs an. Der Diskontsatz wurde von $2\frac{1}{2}$ vH auf $3\frac{1}{2}$ vH heraufgesetzt; seitdem ist die Lage auf dem Kapitalmarkt angespannt. Die Geldfülle wurde durch umfangreiche Kreditgewährung der Banken und Versicherungsgesellschaften an den Staat abge-

saugt. Daneben wurden der Abschluß von Lebensversicherungen und die Prämien von Sparprämienanleihen steuerlich begünstigt. Für Bauten, mit Ausnahme von Wohnungsbauten, sowie für die Einfuhr von Autos und Traktoren wurde eine zehnprozentige Steuer eingeführt, ferner eine Abgabe auf Schiffsbauten. Die Subventionen für Lebensmittel usw. belaufen sich aber noch immer auf über eine halbe Milliarde Kronen. Die eingeschlagene Politik führte im I. Quartal 1956 (erstmal seit 1952), unter Einbeziehung der bedeutenden norwegischen Reedereieinnahmen, zu einem Außenhandelsüberschuß. Doch werden für 1956 neue Lohnsteigerungen im Ausmaß von 5 bis 6 vH erwartet.

Die Wirtschaft *Finnlands* stand nach Beendigung der Reparationslieferungen an die Sowjetunion unter einem gewissen Depressionsdruck. Trotz der Ueberbewertung der finnischen Mark um etwa 20 bis 30 vH gelang es, die Lebenshaltungskosten bis Ende 1955 stabil zu halten; die Großhandelspreise waren sogar rückläufig. Dabei stiegen die Löhne in den Jahren 1951 bis 1955 jährlich um etwa 3 vH; diese Steigerung entsprach etwa der Produktivitätssteigerung. Die Preiskontrolle bei Industriewaren wurde seit 1955 praktisch nicht mehr ausgeübt, wohl aber bei Agrarprodukten. Seit dem Generalstreik in diesem Frühjahr hat sich die Situation jedoch gründlich geändert. Dazu haben auch der harte Winter und der dadurch hervorgerufene Mangel an Verschiffungsmöglichkeiten beigetragen. Die Löhne sind um 9 vH bis 11 vH gestiegen, die Industriepreise um 5 vH und der Lebenshaltungskostenindex auf 112 (1955=101).

Der Diskontsatz wurde im April 1956 von 5 vH auf $6\frac{1}{2}$ vH erhöht. Langfristige Kredite kosten 8 vH. Die Versicherungen geben neuerdings Darlehen zu niedrigeren Zinsen mit der Klausel, daß bei Rückzahlung des Darlehens ein Agio in Höhe der Hälfte der Großhandelspreissteigerung bezahlt werden muß. Die Banken machen von dieser Möglichkeit nur geringen Gebrauch. Die Verpflichtung der Banken (seit Februar 1954), 40 vH ihrer Spareinlagen bei der Zentralbank anzulegen, wurde nach dem Generalstreik aufgehoben. Die Importeure müssen bei Beantragung einer Importlizenz 10 vH des Einfuhrwertes auf drei Monate hinterlegen, um die Importneigung zu dämpfen. Die Holzindustrie muß auf Grund einer freiwilligen Vereinbarung einen Teil ihrer Exporterlöse bei der finnischen Nationalbank hinterlegen, wofür gewisse Steuererleichterungen gewährt werden. Die Beträge sind mit einer Frist von sechs Monaten kündbar, sollen aber grundsätzlich erst in einer Depression freigegeben werden. Außerdem wurde ein Investitionsfonds angelegt, der Kapitalien unter Zugeständnissen von Steuererleichterungen binden soll, die erst in einer Depression zur Förderung der Investitionstätigkeit wieder freigegeben werden. Da-

bei geht die Spartätigkeit der Bevölkerung in Anbetracht der unsicheren preislichen Situation zurück.

Die Steuerpolitik der Regierung nach dem Generalstreik war nicht konsequent. Die Körperschaftsteuer wurde von 38 vH auf 32 vH ermäßigt, und die steuerlich zulässigen Abschreibungen wurden erhöht. Trotzdem erwartet man (bei niedrigeren Subventionen für die Landwirtschaft) ein ausgeglichenes Budget. Sollte sich dies nicht erreichen lassen, so ist mit

neuen Steuererhöhungen zu rechnen. Da die Lebenshaltungskosten infolge des strengen Winters stärker gestiegen sind als die Löhne, werden für den Sommer Lohnerhöhungen erwartet. Ein Plan, wie das Land mit den daraus sich ergebenden Schwierigkeiten fertig werden soll, liegt noch nicht vor. Eventuell kommt eine Abwertung der finnischen Mark in Frage, doch ist kaum anzunehmen, daß dieser Schritt von Finnland isoliert getan wird.

Schlußbetrachtungen

Die Darstellung der Anti-Inflationspolitik der europäischen Länder kann nicht abgeschlossen werden, ohne auf die notwendigen gemeinsamen Anstrengungen dieser Länder zur Konjunkturstabilisierung hinzuweisen. Selbstverständlich sollen dabei die besonderen nationalen Gegebenheiten der einzelnen europäischen Volkswirtschaften nicht übersehen werden. Aber trotz der Aufsplitterung in zahlreiche nationale Volkswirtschaften ist der intereuropäische Güter- und Dienstleistungsaustausch zwischen den europäischen Ländern besonders intensiv und trägt neben dem im großen und ganzen einheitlichen Wirtschaftssystem zu der gegenseitigen Konjunkturabhängigkeit der europäischen Länder bei. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die konjunkturpolitischen Maßnahmen Westeuropas aufeinander abzustimmen. Eine konjunkturpolitische Koordination erscheint insbesondere auch deshalb notwendig, weil das Instru-

mentarium der konjunkturpolitischen Mittel aus institutionellen Gründen in den einzelnen Ländern verschieden ist und weil selbst da, wo eine sachliche Übereinstimmung der vorhandenen Instrumente zur Beeinflussung der Konjunktur vorliegt, diese Instrumente aus traditioneller Einstellung heraus in unterschiedlicher Weise eingesetzt zu werden pflegen.

Auch sollte in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß in der Wiederherstellung der freien Konvertibilität der Währungen, in der vollen Liberalisierung des Außenhandels und in der Wiederherstellung der vollen Freizügigkeit für die Arbeitskräfte und das Kapital die geeignetsten Maßnahmen zu erblicken sind, um durch die Weiterbildung einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft die materiellen Grenzen der Wirtschaftsausweitung zu erweitern und damit die Gefahren einer Konjunkturüberhitzung zu bannen.

Index der Preise für Konsumgüter in den OEEC-Ländern

(1953=100)

Jahr	Quartal	Oesterreich	Belgien	Luxemburg	Dänemark	Frankreich	Bundesrepubl. Deutschland	Griechenland	Island	Irland	Italien	Niederlande	Norwegen	Portugal	Schweden	Schweiz	Türkei	Vereinigtes Königreich	Kanada	Vereinigte Staaten
1953	I	104	100	100	101	101	102	92	100	98	99	100	100	101	100	100	98	99	100	99
	II	97	99	99	100	101	100	96	99	101	101	100	99	99	100	100	100	100	99	100
	III	98	100	100	100	99	100	104	100	100	100	100	100	99	100	100	101	100	100	101
	IV	101	101	100	100	98	99	108	101	100	100	100	101	101	100	100	101	100	101	101
1954	I	105	100	101	100	100	100	112	101	99	101	103	101	101	101	100	107	100	100	101
	II	104	102	100	100	100	100	115	101	99	102	105	103	99	102	100	112	101	100	100
	III	102	102	101	101	99	100	116	101	101	104	104	106	98	101	101	109	103	101	101
	IV	104	101	102	101	100	101	117	101	101	104	105	105	100	101	102	109	103	101	100
1955	I	105	100	101	103	101	102	118	103	101	104	107	105	100	101	101	112	104	101	100
	II	102	100	100	105	101	101	121	103	102	106	106	105	98	102	101	113	106	101	100
	III	104	101	101	105	100	102	123	105	102	106	106	106	98	104	102	121	107	101	100
	IV	106	102	101	108	102	103	124	110	105	106	106	105	..	107	102	..	109	101	100

Quelle: 7th Report of the OEEC, Paris, Februar 1956.

Die Verhandlungen über einen gemeinsamen nordischen Markt

Von Johan Wilhjelm, Kopenhagen

Als der Versuch, eine nordische Verteidigungsunion zu schaffen, im Februar 1949 zusammenbrach, war die Enttäuschung in großen Kreisen Skandinaviens besonders tiefgreifend, weil man dies im ersten Augenblick unwillkürlich als eine Niederlage der Bestrebungen überhaupt auffaßte, die eine umfassende politisch organisierte Zusammenarbeit im Norden bezweckten. Jahrhundertalte Traditionen, eine seit langer Zeit bestehende Zusammenarbeit in kulturellen, wissenschaftlichen, technischen und diplomatischen Fragen sowie schließlich Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkriege hatten sowohl politisch als auch psychologisch eine Situation geschaffen, die vielen Menschen im Norden das Gefühl gab, daß jetzt die Zeit gekommen sei, die Gemeinschaft zu bewerkstelligen, von der frühere Generationen geträumt hatten. Deshalb war die augenblickliche Enttäuschung so groß.

Auf Initiative des verstorbenen Staatsministers Dänemarks, Hans Hedtoft, wurden sich indessen Dänemark, Norwegen und Schweden sowie Island sehr rasch darüber einig, einen neuen Versuch der Zusammenarbeit zu machen. Im Jahre 1952 wurde der Nordische Rat („Nordisk Råd“) errichtet als ein „Beratungsorgan zwischen dem Reichstage Dänemarks, dem Alting Islands, dem Storting Norwegens und dem Reichstage Schwedens sowie den Regierungen dieser Länder in Fragen, welche die gemeinsame Arbeit zwischen diesen Ländern oder einigen von ihnen betreffen“.

Der Rat ist eine Versammlung von insgesamt 69 Vertretern der Parlamente in den beteiligten Ländern*, die sich einmal im Jahre zu einer Session versammeln. Er hat keine Befugnis, Beschlüsse zu fassen, sondern kann nur Empfehlungen, „Rekommandationen“, an die beteiligten Regierungen richten. Regierungsmitglieder nehmen an den Diskussionen teil, haben aber kein Stimmrecht. Wahrscheinlich liegen die Erfahrungen vom Europarat, wo die Arbeiten wegen fehlenden Kontakts zwischen dem Ministerkomitee und der Versammlung oft gehemmt wurden, dem Beschluß zugrunde, daß Minister und Parlamentsmitglieder eine Versammlung bilden sollen.

Beim Rat ist eine Anzahl von Komitees errichtet worden, welche die Arbeit für die Sessionen des Rates vorbereiten sollen. Ebenfalls hat man beschlossen,

daß die bereits existierenden Sonderkomitees, beispielsweise diejenigen für die Rechtseinheit oder die Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung, dem Rat einen jährlichen Bericht abzugeben haben, so wie auch die Regierungen dem Rat Mitteilung über die Maßnahmen geben sollen, die sie auf Grund der Empfehlungen des Rates getroffen haben.

Der Nordische Rat ist bisher viermal zu Vollsitzungen zusammengetreten, das letzte Mal im Februar 1956 in Kopenhagen. Die Arbeit ist also schon so lange im Gange, daß eine vorläufig vorsichtige Bewertung berechtigt erscheint. Der Nordische Rat ist in diesen vier Jahren zwar nicht so weit gekommen, wie viele gehofft hatten; die Arbeit ist aber andererseits so gut angelaufen, daß man in den nordischen Ländern allen Grund hat, an die Möglichkeit zu glauben, durch die Arbeit des Rates bedeutungsvolle Resultate erzielen zu können. „Nordisk Råd hat eine aktive öffentliche Meinung hinter sich, die als vorwärtstreibende Kraft wirkt, vielleicht aber auch eine Ungeduld schafft, mit der er nicht Schritt halten kann. Der Rat ist nicht länger ein verheißungsvolles Experiment, sondern eine Institution mit fester Verankerung in der öffentlichen Meinung.“

In den vier Jahren seines Bestehens hat der Rat zunächst eine ganze Reihe von Maßnahmen erörtert, empfohlen und in gewissem Umfang die Regierungen auch dazu bewegen können, sie durchzuführen. Diese Ergebnisse sind an sich erfreulich und wertvoll, aber doch in dem großen Zusammenhang von sekundärem Charakter. Dies gilt für Verkehrserleichterungen zwischen den skandinavischen Ländern, Gegenseitigkeit in der sozialen Fürsorge, im Gesundheitswesen und auf dem Gebiet des zivilrechtlichen Status, für die Einführung gleicher Rechtsregeln auf einer langen Reihe von Gebieten und für eine umfassende kulturelle Zusammenarbeit.

Ein bedeutungsvoller Schritt zur nordischen Gemeinschaft wurde auf sozialpolitischem Gebiete unternommen, als die Sozialminister der fünf nordischen Länder am 15. September 1955 eine Nordische Konvention über Soziale Sicherheit unterzeichneten. Hiernach wollen die beteiligten Länder den Bürgern anderer skandinavischer Länder dieselben sozialen Leistungen gewähren, die sie ihren eigenen Bürgern zugestehen.

Ferner ist eine Maßnahme durchgeführt worden, von der man sagen kann, daß sie wesentliche wirt-

* Jetzt: Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden.

schaftliche Interessen in den nordischen Ländern berührt. Im Jahre 1954 wurde beschlossen, einen gemeinsamen skandinavischen Arbeitsmarkt zu errichten, d. h. zu gewährleisten, daß Bürger aus den skandinavischen Ländern ohne jede Behinderung Arbeit in jedem beliebigen anderen skandinavischen Lande übernehmen können. Daß dieser Beschluß nicht rein theoretischen Charakters ist, geht daraus hervor, daß im Augenblick rund 30 000 Dänen Aufenthalt außerhalb Dänemarks in einem der anderen skandinavischen Länder genommen haben. Wenn ein so relativ weitreichender Beschluß getroffen werden konnte, so ist dies sicher in erster Linie darauf zurückzuführen, daß alle diese Länder einen einigermaßen gleichen Lebensstandard haben und in ihrer Wirtschaftspolitik eine hohe Beschäftigung anstreben. Gleichzeitig ist dies aber ein Zeugnis dafür, daß nicht nur die Regierungen, sondern auch die Völker selbst einen wachsenden Austausch zwischen den nordischen Ländern als etwas an sich Wünschenswertes betrachteten.

Unter den Fragen der Zusammenarbeit, die vom Nordischen Rat zur Erörterung aufgenommen wurden, ist indessen die wichtigste der Plan zur Errichtung eines *gemeinsamen nordischen Marktes*.

Bei der vierten Session des Rates vom 27. Januar bis zum 3. Februar 1956 in Kopenhagen überreichte der nordische Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ein Expertenkomitee von Beamten, dem Rat einen Bericht über die Untersuchungen, die er seit seiner Errichtung (1954) vorgenommen hatte. Damals hatte der Nordische Rat in seiner zweiten Session eine Empfehlung an die Regierungen beschlossen, in der diese ersucht wurden, eine erweiterte wirtschaftliche Zusammenarbeit im Norden zu fördern und dabei die Bedingungen zur Einführung eines gemeinsamen nordischen Marktes auf so vielen Gebieten wie möglich zu prüfen.

Der Ausschuß stellte deshalb selbst in seiner Einleitung fest, daß seine Bestrebungen die Ausarbeitung eines gesamten Planes für einen gemeinsamen nordischen Markt für eine Reihe von Warengebieten im Auge haben. Diese Warengebiete, die die Beamten mit Billigung der Regierungen zur Erörterung aufgenommen haben, umfassen rund 70 vH des nordischen Handelsverkehrs. Sie umfassen natürlich in erster Linie Waren, bei denen die Voraussetzungen für eine schnelle Einführung eines gemeinsamen Marktes günstig sind infolge des geringen Umfanges der Zollsätze und der quantitativen Restriktionen für diese Waren in den einzelnen Ländern. Neben diesen sogenannten „relativ freien Warengebieten“, die rund 33 vH des nordischen Handelsverkehrs bilden, haben die Erörterungen im Ausschuß sich auch auf Eisen und Stahl, andere Metalle, Chemikalien, Medizinwaren, elektrotechnische Artikel und Maschinen erstreckt.

Der Ausschuß hat konkrete Vorschläge hinsichtlich der Errichtung eines gemeinsamen nordischen Marktes für Warengebiete gemacht, die rund 45 vH des gesamten nordischen Handelsverkehrs umfassen; die Erörterungen über die übrigen Warengebiete sind noch nicht so weit fortgeschritten, daß man konkrete Vorschläge hätte aufstellen können. Der Ausschuß betonte, daß Vorschläge, welche die einzelnen Warengebiete betreffen, im Zusammenhang gesehen werden müßten. Man ist bei den Erörterungen von der Voraussetzung ausgegangen, daß Einigkeit über einen gesamten Plan für einen gemeinsamen nordischen Markt erzielt werden soll, der zunächst rund 70 vH des nordischen Handelsverkehrs umfaßt.

Das Expertenkomitee betonte deshalb auch mit Recht, daß ein solcher Gesamtplan nicht allein konkrete Vorschläge über gemeinsame Zollsätze nach außen sowie die Entfernung von Handelsschranken zwischen den drei Ländern und Fragen quantitativer Restriktionen anderen Ländern als den skandinavischen gegenüber umfassen darf, sondern zugleich eine Harmonisierung anderer Seiten der wirtschaftlichen Politik ins Auge fassen muß, die für eine Aufrechterhaltung und stufenweise Erweiterung des gemeinsamen Marktes sowie für die Förderung einer rationalen Arbeitsteilung innerhalb des gemeinsamen Marktes von Bedeutung sind.

In Uebereinstimmung mit der Erkenntnis, daß außerordentlich viele Faktoren mitspielen, wenn eine so umfassende wirtschaftliche Gemeinschaft geschaffen werden soll, haben die Beamten außer den genannten konkreten Vorschlägen auch weitergehende Untersuchungen angestellt, die von Bedeutung sein werden. Man hat so beispielsweise

ein handelsstatistisches Kartieren des nordischen Handelsverkehrs vorgenommen, die Verhältnisse untersucht, welche die relativen Konkurrenzbedingungen zwischen den Industrien der drei Länder beeinflussen (Subventionen, Lohn-, Zinsen- und Steuerverhältnisse, hierunter Abschreibungsregeln), und ferner die handelspolitischen Verhältnisse der drei Länder zu anderen Ländern untersucht, hierunter Verpflichtungen mit Hinblick auf die Mitgliedschaft in internationalen wirtschaftlichen Organisationen.

Ferner hat der Ausschuß eine Reihe anderer Probleme von gemeinsamem Interesse erörtert, jedoch würde es zu weit führen, hier auf diese einzugehen.

Eine besondere Untersuchung ist hinsichtlich des Verhältnisses zwischen einem gemeinsamen nordischen Warenmarkt und den Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft der drei Länder im GATT ergeben, vorgenommen worden. Das GATT bestimmt in seinem Artikel I, daß jedes Mitgliedsland verpflichtet ist, allen anderen Mitgliedsländern die Meistbegünstigung zu gewähren. Unter gewissen Bedingungen läßt das GATT jedoch die Errichtung von

Zollunionen oder Freihandelsgebieten ohne Rücksicht auf das Meistbegünstigungs-Prinzip zu. In erster Linie wird verlangt, daß der gemeinsame Markt den überwiegenden Teil des Handelsverkehrs umfassen soll. Es werden auch verschiedene andere Bedingungen gestellt; dafür läßt aber das GATT gewisse Möglichkeiten offen, von diesen Bedingungen über eine kürzere oder längere Periode zu dispensieren, und generell kann man wohl sagen, daß die Rücksicht auf GATT nicht auf die Dauer die Errichtung eines gemeinsamen Marktes wird hindern können, wenn die nordischen Länder nur selbst untereinander einig werden. In diesem Zusammenhang liegt es nahe, darauf aufmerksam zu machen, daß beispielsweise die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl von den Vertragsparteien des GATT gebilligt worden ist, obschon diese nicht die Bedingungen erfüllt, die im GATT-Abkommen angegeben sind.

Der Bericht des nordischen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit kam in der 4. Session des Nordischen Rates in den Tagen vom 27. Januar bis zum 3. Februar 1956 in Kopenhagen zur Behandlung. Diese Sitzung wird in der Geschichte des Nordischen Rates in erster Linie als die erste Tagung, an der Finnland teilnahm, in Erinnerung bleiben. Die finnischen Delegierten wurden von den übrigen nordischen Ländern außerordentlich herzlich willkommen geheißen, und der finnische Staatsminister, Urho Kekkonen, überbrachte einen herzlichen Gruß der finnischen Regierung in der Hoffnung auf gute Resultate der Zusammenarbeit. Die besonderen außenpolitischen Probleme Finnlands spiegelten sich in seinen Worten wider, daß es eine Voraussetzung für Finnlands Mitgliedschaft sei, daß der Rat, wie bisher, alle Außen- und Verteidigungspolitik aus dem Spiele lasse.

Außer durch das Eintreten Finnlands in den Nordischen Rat war diese Session weiterhin bemerkenswert, weil man bei dieser Gelegenheit eine planmäßige nordische Zusammenarbeit in der zivilen Ausnutzung der Atomenergie in Angriff nahm. Der Rat richtete eine Empfehlung an die Regierungen, eine Untersuchung über die Möglichkeiten für die nordische Zusammenarbeit auf diesem Gebiete anzustellen; dabei sollen sie auch anderen Bestrebungen zur internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Ausnutzung ihre Aufmerksamkeit schenken.

Das, was aber in erster Linie der Tagung ihren Stempel aufdrückte, war jedoch die große Hauptdebatte über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, wo sich die Argumentation für und wider den gemeinsamen Markt entfaltete. Es wurde die lebhafteste Debatte in der Geschichte des Rates; es sei aber hervorgehoben, daß die Debatte ihrer Absicht und ihrem Inhalt nach an sich nur vorbereitenden Charakters war. Der Bericht des Beamten-Ausschusses, der die Grundlage der Diskussion bildete, war ja, wie gesagt,

nur ein vorläufiger Bericht, da der Ausschuß seine Arbeit an der Aufstellung eines Gesamtplanes für die Einführung eines gemeinsamen Marktes noch nicht abgeschlossen hat. Der Wert der Diskussion lag deshalb nicht in ihrem Resultat, das im voraus so gut wie gegeben war — nämlich, daß die Arbeit im Ausschuß fortgesetzt werden sollte —, sondern in den Gesichtspunkten, die geltend gemacht wurden.

Nachdem der Wirtschaftsausschuß des Nordischen Rates den Bericht des Expertenausschusses behandelt hatte, legte sein Vorsitzender, der dänische Politiker Bertel Dahlgaard, die Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses in der Plenarversammlung vor.

In dieser Stellungnahme brachte eine *Mehrheit* ihre Anerkennung mit der von den Beamten vorgenommenen Untersuchungsarbeit zum Ausdruck und empfahl, diese Arbeit nach den in dem Bericht angegebenen Richtlinien weiterzuführen. Die Mehrheit äußerte auch ihre Zufriedenheit damit, daß man ergänzende Untersuchungen über die verschiedenen Seiten der wirtschaftlichen Politik eingeleitet habe, die für einen gemeinsamen nordischen Markt von Bedeutung sein werden, so daß eine allseitige Erhellung der Fragen, die hiermit zusammenhängen, baldmöglichst der Öffentlichkeit, dem Nordischen Rat und den gesetzgebenden Versammlungen vorgelegt werden können. Im ganzen ist der Vorschlag der Mehrheit in Uebereinstimmung mit der Auffassung sowohl der Regierungsparteien als auch der bürgerlichen Oppositionsparteien in Dänemark und Schweden sowie der norwegischen Regierungspartei.

Eine *Minderheit* im Wirtschaftsausschuß des Nordischen Rates erklärte, daß sie sich einer Weiterführung und Abschließung der eingeleiteten Untersuchungen nicht widersetzen wolle, gleichzeitig aber zum Ausdruck bringen wolle, daß die Untersuchungen, die bisher durchgeführt worden seien, nach Ansicht der Minderheit die Auffassung bestärkten, daß ein gemeinsamer nordischer Markt und dessen Konsequenzen für Norwegen zu größeren Nachteilen als Vorteilen führen würden. Die Einstellung der Minderheit gibt dem Widerstand Ausdruck, der sich bei den bürgerlichen Oppositionsparteien Norwegens gegen die Pläne für einen gemeinsamen nordischen Markt geltend macht.

Der Vorschlag des Ausschusses gab Anlaß zu einer lebhaften und langwierigen Debatte im Nordischen Rat, die eine detaillierte Argumentation für und wider die geplante wirtschaftliche Gemeinschaft in sich barg. Ein erschöpfendes Referat von den zum Ausdruck gekommenen Gesichtspunkten zu geben, würde weit über den Rahmen dieses Berichts hinausgehen — aber auch eine kürzer gefaßte Darlegung der wichtigsten Argumente pro et contra wird vermutlich einen Eindruck von den Hauptlinien der Debatte geben und damit auch von der Problemstellung für die skandinavischen Bestrebungen der nächsten Jahre.

Die Argumente der norwegischen bürgerlichen Opposition gegen den gemeinsamen Markt waren teils wirtschaftlichen, teils politischen Charakters. Die Minderheit bestreitet nicht, daß der gemeinsame Markt auf längere Sicht auch für Norwegen bedeutende Vorteile mit sich bringen wird; in naher Zukunft aber befürchtet sie Nachteile, u. a. in Gestalt von Arbeitslosigkeit und anderen Uebergangsschwierigkeiten. Zunächst werde sich der norwegische Export nach Dänemark und Schweden kaum wesentlich erhöhen, da diese beiden Länder bereits niedrige Zollsätze haben, während die dänische und schwedische Industrie durch Einführung eines gemeinsamen Marktes bedeutend größere Chancen für eine Exporterweiterung nach Norwegen haben, und zwar wegen der jetzigen höheren Zölle dieses Landes.

Hinzu kommt, daß ein gemeinsamer Markt nach Auffassung der Minderheit eine ausgedehntere Koordinierung der Wirtschaftspolitik in den drei Ländern erforderlich machen wird, beispielsweise hinsichtlich der Steuerpolitik, was wiederum zu einer so engen wirtschaftlichen Gemeinschaft führen wird, daß es in letzter Instanz auch Konsequenzen für die Außen- und Verteidigungspolitik haben und zu übernationalen Organen führen muß, die nach Auffassung der Minderheit völlig unakzeptabel für Norwegen sein werden.

Diesen Betrachtungen gegenüber behauptete die Mehrheit, die sowohl die Auffassung der Regierungsparteien aller drei Länder als auch der bürgerlichen Opposition in Dänemark und Schweden zum Ausdruck brachte, daß die Vorteile eines gemeinsamen Marktes, auch für Norwegen, größer sein müßten als die Nachteile.

Der schwedische Politiker und Volkswirtschaftler Bertil Ohlin faßte die Hauptargumente der Mehrheit für einen gemeinsamen nordischen Markt wie folgt zusammen:

1. Für Skandinavien werden sich erhöhte Möglichkeiten für Großproduktion, nicht durch Riesenunternehmen, sondern durch Spezialisierung zur Serienerzeugung bei kleinen und mittelgroßen Industrien, bieten.
2. Es wird eine Erweiterung des Industrieexports erreicht werden können, weil die Industrien auf einem größeren inländischen Markt basiert werden können und dadurch konkurrenzfähiger werden.
3. Mit den vom gemeinsamen Markt ausgehenden Impulsen wird eine lebhaftere wirtschaftliche Verbindung Platz greifen, die es unmöglich macht, daß konservativer Schlendrian in der Wirtschaft fort-dauern kann.

Neben diesen generellen Argumenten, die alle mehr oder weniger Ausdruck für die Probleme sind, welche die moderne technische Entwicklung den kleinen Län-

dern auf den wirtschaftlichen Gebieten stellt, wurde eine Reihe anderer Verhältnisse herangezogen, die von besonderer Bedeutung für die nordischen Länder sind. So wurde hervorgehoben, daß sich eine Tendenz, neue Industrien in Norwegen mit dem verhältnismäßig niedrigen Arbeitslohn zu errichten, geltend machen wird, was besonders vorteilhaft sein wird, wenn diese Industrie als Markt ein Gebiet mit hohen Löhnen wie Schweden bekommen kann. Andererseits würde es die Devisensituation für Dänemark und Norwegen erleichtern, wenn die schwedische Automobilindustrie größeren Zugang zur Deckung des hohen Autobedarfs dieser beiden Länder erhalten könnte.

Die Behauptung der Minderheit, daß ein gemeinsamer Markt notwendigerweise zu einer wirtschaftlichen und vielleicht politischen Gleichrichtung mit übernationalen Organen führen müsse, wurde zurückgewiesen, indem man unter anderem auf das Beispiel der Benelux-Staaten hinwies, wo eine weitreichendere wirtschaftliche Gemeinschaft geschaffen wurde, als die nordischen Pläne sie anstreben, ohne daß auch nur eins der drei Länder seine nationale Selbständigkeit eingebüßt hätte. Von einem Mitglied der norwegischen Regierungspartei wurde im Anschluß hieran gesagt, wenn sich alle europäischen Politiker von Gesichtspunkten, wie sie von der Minderheit zum Ausdruck gebracht wurden, leiten ließen, wäre selbst die OEEC niemals verwirklicht worden.

Nachdem sowohl Finnland als auch Island erklärt hatten, daß sie sich zu den im Gange befindlichen Untersuchungen positiv stellen, und damit die Möglichkeit einer ganzen oder teilweisen Teilnahme auch dieser Länder geschaffen war, schloß die Debatte mit der Kenntnisaufnahme der verschiedenen Vorlagen.

Durch die Debatte hatte man eine vorläufige politische Bewertung der Untersuchungsarbeit erhalten, die bis jetzt von dem Expertenkomitee geleistet worden ist. Das Komitee arbeitet jetzt weiter, und die Resultate werden bei der nächsten Session des Nordischen Rates vorgelegt werden, die 1957 in Helsinki stattfindet.

Die Debatte des Jahres 1956 ist ein lehrreicher Auftakt zu der endgültigen Diskussion im Nordischen Rat gewesen, in der entschieden werden wird, ob der Plan eines gemeinsamen nordischen Marktes durchgeführt werden kann oder nicht. Ueber die Resultate wagt man heute nichts vorauszusagen, ziemlich viel wird aber wohl einesteils davon abhängig sein, ob sich die Untersuchungen des Expertenkomitees dazu eignen werden, die norwegische Minderheit zu beruhigen, zum anderen davon, ob man Mittel finden kann, die Uebergangsschwierigkeiten zu erleichtern, die sich für alle drei Länder ergeben werden, wenn der gemeinsame Markt eingeführt wird.

Dokumente zur Frage des Suezkanals

Konzessions-Dekret (Firman) des Kalifen Mohammed al-Said Pascha
vom 30. November 1854

Da Unser Freund, Herr Ferdinand de Lesseps, Uns auf die Vorteile aufmerksam gemacht hat, die sich für Aegypten aus einer Verbindung zwischen Mittelmeer und Rotem Meer durch einen Großschiffahrtsweg ergeben würden, und nachdem er Uns von der Möglichkeit der Gründung einer diesbezüglichen Gesellschaft unterrichtete, die Kapitalgeber aller Nationen umfaßt, haben Wir den Uns von ihm vorgeschlagenen Vereinbarungen zugestimmt. Wir erteilen ihm durch vorliegende Verfügung die ausschließliche Befugnis zur Gründung und Leitung einer universalen Gesellschaft für den Durchstich der Landenge von Suez und für den Bau eines Kanals, der die beiden Meere verbindet, und ermächtigen ihn, alle nötigen Arbeiten und Bauten vorzunehmen, vorausgesetzt, daß die Gesellschaft alle privaten Personen für Enteignungen, die im Zusammenhang damit im öffentlichen Interesse notwendig werden, im voraus entschädigt. Alle diese Abmachungen sind den in den folgenden Artikeln festgelegten Begrenzungen, Bedingungen und Verpflichtungen unterworfen.

Artikel I

Herr Ferdinand de Lesseps wird eine Gesellschaft gründen, deren Leitung Wir ihm anvertrauen und die den Namen „Allgemeine Suezkanal-Gesellschaft“ erhalten soll. Sie setzt sich zum Ziel, die Landenge von Suez zu durchstechen, einen geeigneten Durchgangsweg für die Seeschiffahrt zu bauen, den Bau bzw. Ausbau zweier geeigneter Einfahrten zu veranlassen, eine am Mittelmeer und eine am Roten Meer, und einen oder zwei Häfen anzulegen.

Artikel II

Der Direktor der Gesellschaft wird stets von der ägyptischen Regierung ernannt werden; er soll nach Möglichkeit unter denjenigen Aktionären ausgewählt werden, die am stärksten an dem Unternehmen beteiligt sind.

Artikel III

Die Laufzeit der Konzession umfaßt einen Zeitraum von 99 Jahren. Sie beginnt am Tage der Eröffnung des Kanals.

Artikel IV

Die Arbeiten werden ausschließlich auf Kosten der Gesellschaft ausgeführt, der alle erforderlichen Gebietsteile, welche nicht Privateigentümern gehören, unentgeltlich eingeräumt werden. Die Befestigungen, deren Anlage die Regierung etwa für ratsam halten wird, sollen nicht zu Lasten der Gesellschaft gehen.

Artikel V

Die ägyptische Regierung wird von der Gesellschaft jährlich 15 vH des in der Bilanz ausgewiesenen Reingewinns erhalten, unbeschadet der Erträge und Dividenden auf diejenigen Aktien, für welche die Regierung sich das Recht vorbehält, sie bei ihrer Emission auf eigene Rechnung zu übernehmen, und ohne jede

Garantie ihrerseits für die Durchführung der Arbeiten oder das Geschäftsgebahren der Gesellschaft; der übrige Reingewinn wird folgendermaßen aufgeteilt werden: 75 vH zugunsten der Gesellschaft; 10 vH zugunsten der bei ihrer Gründung beteiligten Mitglieder.

Artikel VI

Die Durchfahrtsgebühren für den Suezkanal, über die sich die Gesellschaft und der Vizekönig von Aegypten einigen sollen und die von der Gesellschaft erhoben werden, sollen stets für alle Nationen die gleichen sein. Niemals kann eine Vergünstigung zum ausschließlichen Nutzen irgendeines Landes festgesetzt werden.

Artikel VII

Falls die Gesellschaft es für erforderlich hält, durch einen Schiffahrtsweg den Nil an die direkte Durchfahrt der Landenge anzuschließen, sowie in dem Falle, daß der Seekanal einer indirekten Linie, gespeist vom Nilwasser, folgen sollte, würde ihr die ägyptische Regierung die zur Zeit noch unbebauten staatlichen Grundstücke überlassen. Diese müßten dann auf Kosten der Gesellschaft und auf ihre Veranlassung hin bewässert und ausgebaut werden.

Die Gesellschaft benutzt die bezeichneten Gebietsteile zehn Jahre lang, vom Tage der Eröffnung des Kanals ab, abgabefrei; für die Dauer der 89 Jahre, die dann noch bis zum Erlöschen der Konzession verbleiben, ist der ägyptischen Regierung der Zehnte zu entrichten. Anschließend kann die Gesellschaft die Nutzung der oben erwähnten Gebietsteile nicht mehr fortsetzen, es sei denn durch Entrichtung einer Abgabe, wie sie für gleichgeartete Ländereien erhoben wird.

Artikel VIII

Um alle Meinungsverschiedenheiten über der Gesellschaft überlassene Gebiete zu vermeiden, wird ein von dem durch Uns bei der Gesellschaft bestellten Ingenieur Linant-Bey angefertigter Plan die eingeräumten Gebietsteile näher bezeichnen. Hierzu gehören die Grundstücke für den Lauf und die Anlagen des Seekanals und des vom Nil abgeleiteten Speisekanals und die Grundstücke, die entsprechend den Vorschriften des Art. 7 in Anspruch genommen werden.

Es ist außerdem selbstverständlich, daß von jetzt ab jede Spekulation auf die einzuräumenden Staatsgrundstücke verboten ist. Die Eigentümer von privaten Grundstücken, die später eine Bewässerung ihrer Grundstücke aus dem von der Gesellschaft errichteten Speisekanal wünschen, zahlen einen Zins in Höhe von pro kultiviertem Feddan oder einen zwischen der ägyptischen Regierung und der Gesellschaft gütlich vereinbarten Zins.

Artikel IX

Schließlich erhält die konzessionierte Gesellschaft das Recht, aus staatlichen Bergwerken und Steinbrüchen alle für die Kanalarbeiten und die damit zusammenhängenden

Bauwerke benötigten Materialien abgabenfrei zu entnehmen und alle Maschinen und Materialien zum Zwecke der Auswertung ihrer Konzessionen aus dem Ausland zollfrei einzuführen.

Artikel X

Mit dem Erlöschen der Konzession wird die ägyptische Regierung die Stelle der Gesellschaft einnehmen und uneingeschränkt alle ihre Rechte übernehmen. Die besagte Regierung wird in den vollen Besitz des Kanals und aller mit ihm in Verbindung stehenden Einrichtungen eintreten. Die der Gesellschaft zu gewährende Entschädigung für die Uebergabe ihrer Anlagen und beweglichen Güter soll durch freundschaftliches Ueberkommen oder durch Schiedsspruch geregelt werden.

Artikel XI

Die Statuten der Gesellschaft sollen Uns außerdem durch ihren Direktor übermittelt werden und müssen Unser Einverständnis finden. Jegliche später vorgenom-

menen Aenderungen bedürfen Unserer vorherigen Zustimmung. Die erwähnten Statuten sollen die Namen der Gründer festhalten; Wir behalten uns das Recht der Zustimmung zu der Liste der Gründer vor. Diese soll alle diejenigen Personen umfassen, deren Arbeiten, Studien, Bemühungen oder Kapital bisher zur Durchführung des großen Suezkanal-Projektes beigetragen haben.

Artikel XII

Abschließend versprechen Wir Unsere treue und aufrichtige Mitarbeit, auch im Namen aller ägyptischen Beamten, um die Ausübung und Ausführung der gewährten Befugnisse zu erleichtern.

Kairo, den 30. November 1854

Quelle: Ueberarbeitete Uebersetzung aus: R. Dedreux, „Der Suezkanal im internationalen Rechte“, Abhandlungen aus dem Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht, Tübingen 1913, S. 127.

Charta der Konzession für den Bau und Betrieb des Suezkanals vom 5. Januar 1856

Wir, Mohammed Said Pascha, Vizekönig von Aegypten, unter Bezugnahme auf Unseren Firman vom 30. November 1854 . . . und in Anbetracht der Darlegung des Herrn Ferdinand de Lesseps, daß zur Gründung der oben erwähnten Gesellschaft unter den für die Gestalt und Beschaffenheit solcher Gesellschaften im allgemeinen üblichen Voraussetzungen deren Aufträge, Verpflichtungen und Leistungen einerseits sowie die Konzessionen, Vorrechte und Vorteile, auf die sie ein Anrecht haben wird, andererseits, ebenso wie die ihr für ihre Tätigkeit gewährten Erleichterungen, in einer genauer und vollständiger abgefaßten Urkunde festgelegt werden müssen, setzen die Bedingungen der Konzession wie folgt fest:

§ 1 Lasten

Artikel I

Die durch Unseren Freund Ferdinand de Lesseps gemäß unserer Konzession vom 30. November 1854 gegründete Gesellschaft ist verpflichtet, auf ihre Kosten und Gefahr alle Arbeiten und Bauten auszuführen, die erforderlich sind für die Erstellung 1. eines für die Großschifffahrt zur See geeigneten Kanals zwischen Suez am Roten Meer und dem Golf von Pelusium am Mittelmeer; (2. eines für die Flußschifffahrt des Nils geeigneten Bewässerungskanals, der den Fluß mit dem oben erwähnten Seekanal verbindet; 3. zweier vom vorgenannten Kanal abzweigter Arme, die der Bewässerung und Speisung dienen und ihr Wasser in die beiden Richtungen Suez und Pelusium tragen.)* Die Arbeiten sollen derart gefördert werden, daß sie in einem Zeitraum von sechs Jahren beendet sind, vorbehaltlich der Hindernisse und Verzögerungen durch höhere Gewalt.

Artikel II

Die Gesellschaft hat das Recht, die Arbeiten, mit welchen sie beauftragt ist, selbst und auf eigene Rechnung auszuführen oder sie durch Unternehmer im Wege der Verdingung oder des Akkords ausführen zu lassen. (Auf alle Fälle sollen zumindest $\frac{4}{5}$ der zu diesen Arbeiten benötigten Arbeiter Aegypter sein.)

*) Die durch () gekennzeichneten Stellen sind inzwischen durch neue Abkommen aufgehoben bzw. abgeändert worden.

Artikel III

Der für die Großschifffahrt zur See geeignete Kanal soll in der Tiefe und Breite ausgehoben werden, wie es durch das Programm der internationalen wissenschaftlichen Kommission festgelegt ist.

Nach diesem Programm wird er im Hafen von Suez beginnen, die Bitterseen und den Timsah-See durchqueren und dann an einem Punkte des Golfes von Pelusium in das Mittelmeer einmünden, der in den durch die Ingenieure der Gesellschaft aufzustellenden Plänen endgültig bestimmt wird.

Artikel IV

Der für die Flußschifffahrt nach Maßgabe des genannten Programms geeignete Bewässerungskanal beginnt in der Nähe der Stadt Kairo, folgt dem Wadi Toumilat und mündet beim Timsah-See in den großen Seekanal.

Artikel V

Die Ableitungen dieses Kanals sollen sich oberhalb der Einmündungen in den Timsah-See abzweigen; von diesem Punkte ab werden sie parallel zum großen Seekanal auf der einen Seite nach Suez und auf der anderen nach Pelusium geleitet.

Artikel VI

Der Timsah-See wird in einen Binnenhafen umgewandelt, der zur Aufnahme von Schiffen größter Tonnage geeignet ist.

Die Gesellschaft ist außerdem, falls notwendig, gehalten, 1. einen Schutzhafen am Eingang des Seekanals in dem Golf von Pelusium zu errichten; 2. Hafen und Reede von Suez so zu verbessern, daß die Schiffe dort ebenso geschützt sind.

Artikel VII

Die Gesellschaft erhält auf ihre Kosten den Seekanal (sowie den Verbindungskanal des Nils und den Ableitungskanal) und die damit zusammenhängenden Häfen in gutem Zustand.

Artikel VIII

(Die Anlieger, die ihre Grundstücke durch Wasserleitungen aus den Kanälen der Gesellschaft bewässern

wollen, erhalten nach Zahlung einer Entschädigung oder einer Pacht, deren Höhe nach den Bedingungen des Artikels XVII festgesetzt wird, von der Gesellschaft die erforderliche Erlaubnis.)

Artikel IX

Wir behalten Uns das Recht vor, einen Sonderbeauftragten am Sitz der Gesellschaft auf deren Kosten zu bestellen, der in der Direktion die Rechte und Interessen der ägyptischen Regierung bei der Durchführung der vorliegenden Bestimmungen vertritt.

Sollte der Sitz der Gesellschaft in irgendeinem anderen Lande als Aegypten errichtet werden, so wird die Gesellschaft in Alexandria durch einen hohen Beamten vertreten werden, der mit der nötigen Vollmacht ausgestattet ist, um die reibungslose Wahrnehmung der Interessen der Gesellschaft und ihrer Beziehungen zu Unserer Regierung zu gewährleisten.

§ 2 Rechte

Artikel X

Die ägyptische Regierung räumt der Gesellschaft alle staatlichen Grundstücke kosten- und abgabefrei ein, die für die Erbauung der Kanäle und der in den obigen Artikeln erwähnten Nebenanlagen erforderlich sind.

(Gleicherweise räumt sie alle heute noch unbebauten Liegenschaften, die nicht in Privateigentum stehen und die berieselt und durch die Gesellschaft kultiviert werden sollen, mit folgender Maßgabe ein:

1. Die im letzten Absatz genannten Gebietsteile werden von ihrer Inanspruchnahme ab zehn Jahre lang abgabefrei sein.
2. Nach Ablauf dieser Zeit unterliegen sie für die Restdauer der Konzession den Belastungen, welche unter gleichen Verhältnissen den Gebieten der anderen ägyptischen Provinzen auferlegt sind.
3. Nach Ablauf dieser Zeit hat die Gesellschaft oder ihr Rechtsnachfolger weiterhin die Nutzung dieser Gebietsteile und der zu ihrer Fruchtbarmachung erforderlichen Wasseranlagen mit der Abgabepflicht gegenüber der ägyptischen Regierung, wie sie gleichgearteten Liegenschaften auferlegt ist.)

Artikel XI

(Zur Bestimmung der Ausdehnung und der Grenzen der gemäß Absatz 1 und 2 des Artikels X der Gesellschaft eingeräumten Liegenschaften wird auf die beigefügten Pläne Bezug genommen. In diesen Plänen sind die Gebiete, die gemäß Artikel X, Absatz 1, für den Bau der Kanäle und Nebenanlagen kosten- und abgabefrei zur Verfügung gestellt werden, schwarz eingezeichnet. Die Liegenschaften, die gemäß Artikel X, Absatz 2, zur Kultivierung unter Zahlung gewisser Abgaben überlassen werden, sind blau vermerkt.)

Als nichtig wird jeder Vertrag betrachtet, der nach unserem Erlasse vom 30. November 1854 geschlossen worden ist und dem Privateigentümer gegenüber der Gesellschaft folgende Rechte einräumt: Das Recht auf Entschädigung, das damals den Ländereien nicht zustand, oder das Recht auf Entschädigung in einem größeren Umfang, wie es nunmehr geltend gemacht werden kann.

Artikel XII

(Die ägyptische Regierung räumt der Gesellschaft gegebenenfalls die Privatgrundstücke ein, deren Besitz für die Arbeiten und für die Auswertung der Konzession er-

forderlich ist. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Eigentümern eine gerechte Entschädigung zu zahlen.)

Die Entschädigung für die zeitweilige Inanspruchnahme oder die endgültige Enteignung ist baldmöglichst auf gutlichem Wege zu regeln. Kommt keine Einigung zustande, wird sie durch ein Schiedsgericht festgesetzt. Dieses Gericht verhandelt summarisch und ist besetzt mit je einem Schiedsrichter, der durch die Gesellschaft, durch die Beteiligten und durch Uns bestimmt wird.

Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind sofort und ohne Rechtsmittel vollstreckbar.

Artikel XIII

Die ägyptische Regierung räumt der konzessionierten Gesellschaft für den Zeitraum der Konzession das Recht ein, aus staatlichen Bergwerken und Steinbrüchen ohne Zahlung von Pacht, Abgaben oder Entschädigungen alle Materialien zu entnehmen, die für den Bau und zur Unterhaltung der Anlagen und der mit dem Unternehmen zusammenhängenden Einrichtungen erforderlich sind.

(Sie enthebt außerdem die Gesellschaft aller Abgabepflicht für die Einfuhr von Maschinen und Gegenständen für den Bau und den Betrieb ihrer verschiedenen Dienstzweige.)

Artikel XIV

Wir erklären feierlich für Uns und für Unsere Nachfolger, unter Vorbehalt der Zustimmung Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans, daß der große Seekanal von Suez nach Pelusium und die dazugehörigen Häfen als neutrale Wasserstraße für jedes Handelsschiff, das von einem zum anderen Meer fährt, stets offen bleiben soll, ohne Unterscheidung, Ausschluß oder Bevorzugung von Personen oder Nationalitäten unter Entrichtung der Gebühren und unter Beachtung der Vorschriften der universalen Gesellschaft, die der Konzessionsinhaber für den Kanal und seine Nebenanlagen ist.

Artikel XV

In Ausführung der im vorhergehenden Artikel festgelegten Bestimmungen darf die universale Gesellschaft keinesfalls irgendeinem Schiff, einer Gesellschaft oder Person Vorteile oder Vergünstigungen irgendwelcher Art bewilligen, die sie nicht sämtlichen anderen Schiffen, Gesellschaften oder Personen zu denselben Bedingungen zugutehört.

Artikel XVI

Die Laufzeit der Gesellschaft ist auf 99 Jahre festgelegt und beginnt mit der Fertigstellung der Arbeiten und mit der Eröffnung des Kanals für die Großschiffahrt.

Mit dem Ablauf der genannten Zeit wird die ägyptische Regierung in den Besitz des von der Gesellschaft erbauten Kanals gelangen, und zwar unter folgenden Bedingungen: Uebernahme aller für die Schifffahrt im Gebrauch befindlichen und vorgesehenen Betriebsmittel, Vorrichtungen und Lager und Entrichtung einer dafür angemessenen Summe, die entweder durch freundschaftliche Vereinbarung oder durch den Entscheid von vereidigten Schiedsmännern bestimmt wird.

Nichtsdestoweniger soll, falls die Gesellschaft die Konzession für weitere Zeiträume von je 99 Jahren behält, der gemäß Artikel XVIII an die ägyptische Regierung vorab zu entrichtende Gewinnanteil für den zweiten Zeitraum auf 20 vH erhöht werden, für den dritten Zeit-

raum auf 25 vH und so weiter, indem sich der Satz für jeden weiteren Zeitraum um 5 vH erhöht; er darf jedoch insgesamt 35 vH des Reinertrages der Gesellschaft niemals überschreiten.

Artikel XVII

Um die Gesellschaft für die Bau-, Unterhaltungs- und Betriebskosten zu entschädigen, die laut vorliegenden Bestimmungen zu ihren Lasten gehen, ermächtigen Wir sie von nun an, für die gesamte Dauer ihres Pachtvertrages (wie in Absatz 1 und 3 des vorhergehenden Artikels bestimmt) zur Erhebung und Einnahme von Einfahrt- und Durchfahrtgebühren für den Kanal und die dazugehörigen Häfen, von Lotsengebühren, Schlepplöhnen oder Hafengebühren nach Tarifen, deren Abänderung ihr jederzeit freistehen soll, unter folgenden ausdrücklichen Bedingungen:

1. Diese Abgaben müssen ohne Ausnahme oder Bevorzugung von allen Schiffen unter den gleichen Bedingungen erhoben werden;
2. die Tarife müssen drei Monate vor ihrem Inkrafttreten in den Hauptstädten und bedeutendsten Hafenstädten aller interessierten Nationen bekanntgegeben werden;
3. für das einfache Durchfahrtsrecht durch den Kanal soll der Höchstbetrag pro Fahrgast 10 Franken betragen; diese Summe darf nie überschritten werden.

(Wenn die Gesellschaft Einzelpersonen auf deren Ersuchen das Recht zur Einrichtung von Bewässerungsanlagen laut Artikel VIII gewährt, darf sie Abgaben erheben entsprechend der Menge des abgeleiteten Wassers sowie der Ausdehnung der bewässerten Ländereien und zu noch zu vereinbarenden Tarifen.)

Artikel XVIII

Wir behalten Uns für die der Gesellschaft eingeräumten Gebietskonzessionen und für die durch die vorhergehenden Artikel gewährten Vorteile einen Vorabzug von 15 vH der jährlichen Nettoerträge vor, die durch die Generalversammlung der Aktionäre festgestellt und verteilt werden.

Quelle: Uebersarbeitete Uebersetzung aus: R. Dedreux, „Der Suezkanal im internationalen Rechte“, Abhandlungen aus dem Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht, Tübingen 1913, S. 130.

Konvention vom 22. Februar 1866 zwischen der ägyptischen Regierung und der Suezkanal-Gesellschaft

Zwischen Seiner Hoheit Ismail Pascha, Vizekönig von Aegypten, einerseits, und der Allgemeinen Suezkanal-Gesellschaft andererseits, die durch ihren obersten Gründungsherrn, Herrn Ferdinand de Lesseps, vertreten ist, welcher von der Generalversammlung der Aktionäre vom 6. August 1864 und durch Sonderbeschluß des Verwaltungsrates der genannten Gesellschaft vom 13. September 1864 bevollmächtigt wurde,

sind folgende Beschlüsse festgelegt worden:

Kraft einer provisorischen Konzessionsurkunde vom 30. November 1854 wurde Herr de Lesseps zur Gründung einer Finanzierungsgesellschaft ermächtigt, die die Durchführung des Suezkanal-Projekts übernahm.

Eine zweite Konzessionsurkunde vom 5. Januar 1856 hat die allgemeinen Bedingungen amtlich festgelegt, unter denen mit der Gründung der mit der Durchführung der Kanalarbeiten betrauten Finanzierungsgesellschaft begon-

Artikel XIX

Die Liste der Gründer, die durch ihre Arbeiten, Studien und durch ihr Kapital zur Verwirklichung des Unternehmens vor der Gründung der Gesellschaft beigetragen haben, wird durch Uns festgestellt.

Nach dem zugunsten der ägyptischen Regierung gemäß Artikel XVIII festgesetzten Vorabzug wird den Gründern oder ihren Erben oder Rechtsnachfolgern ein Anteil von 10 vH aus den jährlichen Nettoerträgen des Unternehmens zugeteilt.

Artikel XX

Unabhängig von der für den Bau erforderlichen Zeit wird Unser Freund und Beauftragter Ferdinand de Lesseps die Gesellschaft als erster Gründer zehn Jahre lang leiten, und zwar von dem Tage ab, an dem gemäß Artikel XVI die 99jährige Konzession anläuft.

Artikel XXI

Genehmigt ist die Satzung der unter der Firma „Allgemeine Gesellschaft des Seekanals von Suez“ (Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez) gegründete Aktiengesellschaft — vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Bestätigung — von dem Tage ab, an dem das Gesellschaftskapital vollständig gezeichnet ist.

Artikel XXII

Zum Beweis für das Interesse, das Wir für den Erfolg des Unternehmens bezeigen, versprechen Wir der Gesellschaft die loyale Mitarbeit der ägyptischen Regierung, und Wir fordern in der vorliegenden Verfügung ausdrücklich die Beamten und Angestellten aller unserer Verwaltungszweige auf, der Gesellschaft jederzeit Hilfe und Schutz zu gewähren.

Artikel XXIII

Aufgehoben sind alle Bestimmungen Unseres Erlasses vom 30. November 1954 und andere, die sich mit den Vorbehalten und Bedingungen des allein für diese Konzession gültigen vorliegenden Lastenheftes im Widerspruch befinden.

Geschehen zu Alexandrien am 5. Januar 1956.

nen werden kann, und hat die Ermächtigung erteilt, mit den Durchsticharbeiten zu beginnen, sobald die Genehmigung der Hohen Pforte vorliegt. Diesem Protokoll waren die mit der Zustimmungserklärung des Vizekönigs versehenen Statuten der universalen Gesellschaft beigefügt.

Eine Verordnung vom 20. Juli 1856 hat die Verwendung von fellachischen Arbeitern bei den Kanalarbeiten festgelegt.

Durch ein Uebereinkommen zwischen dem Vizekönig und der Gesellschaft vom 18. März 1863 gelangte die ägyptische Regierung in den Besitz des ersten Abschnitts des zwischen Kairo und dem Wadi gelegenen Speisekanals.

Eine andere Konvention vom 20. März 1863 hat die finanzielle Beteiligung der ägyptischen Regierung an dem Unternehmen geregelt.

Schließlich wurde in einer letzten Konvention vom 30. Januar 1866 folgendes festgelegt:

- 1) die Benutzung der Gebiete, die zu Nebenanlagen des Kanals für die Gesellschaft reserviert sind;
- 2) die Freigabe des Süßwasserkanals, der Ländereien, der Kunstbauten und der dazugehörigen Bauwerke, und die erneute Uebernahme der Unterhaltungskosten dieses Kanals durch die Regierung;
- 3) der Verkauf des Wadi-Gebietes zum Preis von 10 Millionen Franken;
- 4) die Fälligkeit der festgesetzten Zahlungstermine zur Zahlung der an die Gesellschaft geschuldeten Summen.

Die Hohe Pforte, die laut Konzessionsprotokoll vom 5. Januar 1856 um die Zustimmung zu dem Kanalunternehmen ersucht wurde, hat in einer Note vom 6. April 1863 die Bedingungen formuliert, unter denen diese erteilt wird.

Um die Hohe Pforte in dieser Hinsicht voll zu befriedigen, haben der Vizekönig und die Gesellschaft ein Ubereinkommen getroffen, dessen Wortlaut in den folgenden Artikeln und Bestimmungen festgehalten ist:

Artikel I

Die Regelung vom 20. Juli 1856, die die Verwendung von Fellachen für die Kanalarbeiten vorsieht, ist und bleibt in ihrem ganzen Umfang ungültig.

Infolgedessen ist ungültig der folgende Wortlaut von Artikel 2 des Konzessionsprotokolls vom 5. Januar 1856: „In jedem Falle sind mindestens vier Fünftel der angestellten Arbeiter ägyptischer Nationalität.“

Die ägyptische Regierung wird der Gesellschaft eine Entschädigungssumme von 38 Millionen Franken für die Annullierung der Regelung vom 20. Juli 1856 und der der Gesellschaft darin zugestandenen Vergünstigungen bezahlen.

Die Gesellschaft muß sich von nun an, ohne irgendwelche Vorrechte zu genießen, die zu dem Unternehmen benötigten Arbeitskräfte unter Beobachtung der allgemeinen Rechtsgrundsätze beschaffen.

Artikel II

Die Gesellschaft verzichtet auf die ihr in den Artikeln 7 und 8 der Konzession vom 30. November 1854 und in den Artikeln 10, 11 und 12 der Konzession vom 5. Januar 1856 eingeräumten Rechte.

Der Umfang der für eine Bewässerung in Frage kommenden Gebiete, die der Gesellschaft in denselben Urkunden von 1854 und 1856 übertragen worden waren und die wieder an die Regierung übertragen wurden, wurde von beiden Teilen auf 63 000 Hektar geschätzt und festgelegt. Davon müssen 3000 Hektar abgezogen werden, die zu den für den Kanal in Betracht gezogenen Bauplätzen gehören.

Artikel III

Die Artikel 7 und 8 des Konzessionsprotokolls von 1854 und die Artikel 10, 11 und 12 desjenigen von 1856 bleiben nach Maßgabe des Artikels 2 ungültig; die Entschädigungssumme, welche die ägyptische Regierung der Gesellschaft durch die Landrücknahme schuldet, beträgt 30 Millionen Franken, da der Preis pro Hektar auf 500 Franken festgelegt war.

Artikel IV

In Anbetracht der notwendigen Abgrenzung der Landstriche, die zum Bau und Betrieb des Kanals benötigt werden und die den Erfolg des Unternehmens garantieren; und in Anbetracht der Tatsache, daß deren Ausdehnung sich nicht auf den Raum des eigentlichen Kanal-

gebietes, seiner freien Uferplätze und Schleppwege beschränken darf; sowie unter voller Rücksichtnahme auf die Erfordernisse des Kanalbetriebs und auf die Notwendigkeit, daß die Gesellschaft in Kanalnähe Depots, Magazine, Werkstätten und Häfen an den erforderlichen Stellen errichten und geeigneten Wohnraum für die Kanalwächter, Aufsichtsbeamten, für die mit den Unterhaltungsarbeiten betrauten Arbeiter und für alle zur Kanalverwaltung beauftragten Personen schaffen kann; und hinsichtlich des Erfordernisses, zusätzlich zu dem Wohnraum Gartenland zu genehmigen, von dessen Erträgen die in dieser Hinsicht benachteiligten Gebiete versorgt werden können;

sowie im Hinblick auf die unumgängliche Notwendigkeit, der Gesellschaft genügend Land zur Anlage von Anpflanzungen und zur Durchführung der zum Schutz des Kanals und seiner Instandhaltung notwendigen Arbeiten zur Verfügung zu stellen;

und schließlich im Hinblick auf die Tatsache, daß der Gesellschaft nur die zu einer ausreichenden Versorgung der oben erwähnten amtlichen Organe unbedingt erforderlichen Zugeständnisse gemacht werden dürfen;

sowie darauf, daß die Gesellschaft nicht beabsichtigt, zu spekulativen Zwecken irgendeine Landfläche zu erhalten, sei es, um diese zu kultivieren oder zu bebauen oder um sie der anwachsenden Bevölkerung zur Verfügung zu stellen,

haben sich die beiden interessierten Parteien auf diesem Wege geeinigt, in dem gesamten Suezkanal-Gebiet die Ausdehnung der Ländereien zu bestimmen, die während der Laufzeit der Konzession zur Errichtung, für den Betrieb und für die Instandhaltung des Kanals benötigt werden. Die gemeinsam getroffenen Bestimmungen sind in den Plänen, Skizzen, Beschlüssen, Bekanntmachungen und Anhängen zu diesem Zwecke den vorliegenden Bestimmungen beigelegt.

Artikel V

Die Gesellschaft überläßt der ägyptischen Regierung den zweiten Teil des zwischen dem Wadi, Ismailia und Suez gelegenen Süßwasserkanals, wie sie ihr schon den ersten, zwischen Kairo und dem Wadi-Gebiet gelegenen Teil des Kanals in der Konvention vom 8. März 1863 abgetreten hatte.

Die Rückgabe dieses zweiten Teils des Süßwasserkanals wird zu folgenden Bedingungen geschehen:

1) Die Gesellschaft ist gehalten, die Arbeiten festzulegen, die notwendig sind, um den Kanal Wadi—Ismailia—Suez in dem abgemachten Umfang zur Uebergabe fertigzustellen.

2) Die ägyptische Regierung wird den Süßwasserkanal und die zugehörigen Bauten und Ländereien in ihren Besitz nehmen, sobald sich die Gesellschaft in der Lage glaubt, den Kanal unter den oben erwähnten Bedingungen zu übergeben. Diese Uebergabe, die die Annahme der ägyptischen Regierung voraussetzt, wird kontradiktorisch zwischen den Ingenieuren der Regierung und denen der Gesellschaft vollzogen und wird in einem amtlichen Bericht bestätigt, in dem die einzelnen Punkte aufgestellt sind, in denen der Zustand des Kanals von den zu realisierenden Bedingungen abweicht.

3) Die ägyptische Regierung wird vom Zeitpunkt der Rückgabe an mit der Unterhaltung des genannten Kanals betraut bleiben, und dies zu folgenden Bedingungen:

I. in einem hierfür benötigten Zeitraum alle Anpflanzungen, Kulturen und Abwehrmaßnahmen durchzuführen, die eine Beschädigung der Dämme und die Anhäufung von Sand verhindern, und die Wasserversorgung des Kanals durch den Kanal von Zagazig aufrechtzuerhalten, bis diese Versorgung direkt durch eine Wasserzuleitung von Kairo sichergestellt ist;

II. die Arbeiten an dem ihr in der Konvention vom 18. März 1863 zurückgegebenen Teil durchzuführen und diesen ersten Abschnitt mit dem zweiten am Wadi zu vereinigen;

III. zu jeder Jahreszeit die Schifffahrt zu gewährleisten, indem sie in Zeiten des Nilhochwassers den Wasserspiegel des Kanals auf einer Höhe von 2,50 m hält, bei mittlerem Wasserstand des Nils auf einer Höhe von 2 m und bei niedrigstem Wasserstand des Nils auf einer Mindesthöhe von 1 m;

IV. der Gesellschaft außerdem täglich eine Wassermenge von 70 000 Kubikmeter zu liefern zur Versorgung der im Gebiet des maritimen Kanals angesiedelten Bevölkerung, zur Bewässerung der Gärten, zur Inanghaltung der für die Kanalunterhaltung bestimmten Maschinen und derjenigen der zu seinem Betrieb gehörigen Einrichtungen, zur Bewässerung der Sämereien und Pflanzungen auf den Dünen und auf den anderen nicht natürlich bewässerten Gebieten, die zu den Kanalanlagen gehören, und schließlich zur Versorgung der den Kanal passierenden Schiffe;

V. alle Bagger- und sonstigen Arbeiten zu übernehmen, die eine tadellose Instandhaltung des Süßwasserkanals und dazugehöriger Bauten erfordert. Die ägyptische Regierung wird in diesem Punkt an Stelle der Gesellschaft alle Kosten und Verpflichtungen übernehmen, die dieser aus einer unzulänglichen Unterhaltung entstehen werden. Hierbei wird der Zustand des Kanals bei der Uebergabe in Betracht gezogen und die Zeit berücksichtigt, die seine volle Instandsetzung braucht.

Artikel VI

Die Gesellschaft hat das Durchgangsrecht durch die Gebiete, durch welche die zur Entnahme der 70 000 Kubikmeter Wasser benötigten Wasserrinnen und Wasserläufe führen.

Artikel VII

Unmittelbar nach der Uebergabe des Süßwasserkanals wird die ägyptische Regierung diesen benützen und von dem Recht Gebrauch machen, hier Wasser zu entnehmen; die Gesellschaft wird ihrerseits während der Arbeiten am Seekanal und — sofern nötig — bis zum Ende des Jahres 1869 berechtigt sein, auf dem Süßwasserkanal Schlepp- und Bugsierdienste einzurichten; sie wird auch das Recht zur ausschließlichen Durchführung des Warentransitverkehrs von und nach Port Said haben.

Nach 1869 wird die Gesellschaft den Süßwasserkanal nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen benutzen; sie hat über den Kanal keinerlei andere Rechte mehr, als sie Aegypten auch hat, ohne daß indessen von ihren Booten und Schiffen Gebühren gefordert werden.

Die direkte Süßwasserversorgung nach Port Said wird stets durch die Maßnahmen sichergestellt werden, welche die Gesellschaft auf ihre Kosten zu ergreifen für richtig hält.

Die Gesellschaft verzichtet auf die Rechte der Wasserabgabe, Schifffahrt, Lotsendienste, Schleppdienste sowie

der Stationierung, die ihr für den Süßwasserkanal laut Artikel 8 und 17 des Konzessionsprotokolls vom 5. Januar 1856 zugestanden worden waren.

Die Gebäude, welche die Gesellschaft im Durchgangsbereich des Süßwasserkanals von Zagazig nach Suez errichtete, werden der ägyptischen Regierung zum Fertigungspreis überlassen; diejenigen dieser Bauten und Nebenanlagen, welche die Gesellschaft während des oben erwähnten Zeitabschnitts benötigt, werden ihr von der Regierung zu einem festen Mietsatz von jährlich 5 vH des Deckungswertes vermietet.

Da der Süßwasserkanal so wieder vollständig an die ägyptische Regierung abgetreten ist und diese für seine Unterhaltung verantwortlich ist, kann sie an dem erwähnten Kanal und an seinen Nebenanlagen die Bauwerke oder Mobilien errichten, die ihr angebracht erscheinen; darum ist es überflüssig, für seine Unterhaltung und Instandhaltung irgendeine Landfläche zu bestimmen, wie dies beim Seekanal der Fall war.

Artikel VIII

Wenn die Gesellschaft in demselben Jahr eine Zahlungsforderung schickt, so wird dieser die sich auf eine Summe von 84 Millionen Franken belaufende Gesamtentschädigung zusammen mit den noch zu leistenden Einlagen auf die Aktien der Regierung und zusammen mit den zehn Millionen Franken, die der Verkauf des Wadi-Gebietes abwirft, von der ägyptischen Regierung erstattet, nach Maßgabe der zu diesem Zweck den vorliegenden Artikeln beigefügten Skizzen und Bekanntmachungen.

Artikel IX

Der Seekanal und alle seine Nebenanlagen bleiben der ägyptischen Polizei unterstellt, die dort wie an jeder anderen Stelle des Territoriums freie Befugnis hat, die öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie die Durchführung der Gesetze und Bestimmungen des Landes zu sichern.

Die ägyptische Regierung genießt das Recht der Ueberquerung des Kanals an den Stellen, die sie sowohl für ihre eigenen Verbindungswege als auch für den freien Handels- und Personenverkehr für notwendig hält, ohne daß die Gesellschaft das Recht zur Erhebung von Gebühren und anderen Abgaben hat, unter welchem Vorwand dies auch immer geschehen möge.

Artikel X

Die ägyptische Regierung wird im Bereich der für Nebenanlagen des Kanals reservierten Gebiete jede Stellung und jeden strategischen Punkt besetzen, die sie zur Landesverteidigung für notwendig erachtet. Diese Besetzung darf für die Schifffahrt kein Hindernis sein. Die für das Ufergelände bestehenden Privilegien werden geschützt.

Artikel XI

Die ägyptische Regierung ist unter denselben Vorbehalten ermächtigt, für ihre Verwaltungsdienste (Post, Zoll, Kasernen usw.) jeden ihr geeignet erscheinenden, verfügbaren Raum zu benutzen, unter Berücksichtigung der für den Betrieb der Dienststellen der Gesellschaft notwendigen Erfordernisse. In diesem Falle erstattet die Regierung der Gesellschaft die Summen zurück, die diese zur Anlage oder Herrichtung der Liegenschaften ausgegeben hat, über welche die Regierung zu verfügen wünscht.

Artikel XII

Im Interesse des Handels und der Industrie und des sicheren Betriebs des Kanals wird jede Einzelperson die Möglichkeit haben, sich entweder am Kanal oder in den Städten, die an seinem Lauf liegen, anzusiedeln; sie muß vorher die Genehmigung der Regierung einholen und sich den administrativen Anordnungen der örtlichen Behörden sowie den Gesetzen, Gepflogenheiten und Steuerbestimmungen des Landes unterordnen. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind das Ufergelände, die Dammböschungen und Schleppwege; diese müssen für den freien Verkehr unter Beachtung der Benutzungsvorschriften offen bleiben.

Diese Ansiedlungen können jedoch nur auf den Bauplätzen erfolgen, welche Ingenieure der Gesellschaft für den Kanalbetrieb nicht für notwendig halten; die Nutznießer haben der Gesellschaft die Kosten zu erstatten, die diese zur Anlage oder Herrichtung der Liegenschaften ausgegeben hat.

Artikel XIII

Die Einrichtung von Zolldienststellen darf die zollfreie Durchfahrt aller Schiffe durch den Kanal ohne jeden Unterschied, Ausschluß oder Bevorzugung von Personen oder Nationalitäten nicht beeinträchtigen.

Artikel XIV

Um die getreuliche Ausführung der zwischen ihr und der Gesellschaft getroffenen Vereinbarungen zu garantieren, hat die ägyptische Regierung das Recht, auf eigene Kosten einen Sonderbevollmächtigten bei der Gesellschaft und deren Arbeitsplätzen zu unterhalten.

Artikel XV

Eine Erklärung legt fest, daß nach Ablauf der Laufzeit der Suezkanal-Konzession von 99 Jahren die Konzession ihre Rechtskraft verliert, falls kein neues Uebereinkommen zwischen der ägyptischen Regierung und der Gesellschaft getroffen wird.

Artikel XVI

Da die Allgemeine Suezkanal-Gesellschaft eine ägyptische Gesellschaft ist, ist sie den Gesetzen und Gebräuchen des Landes unterworfen; in bezug auf ihre

Verfassung als Gesellschaft jedoch und im Hinblick auf die Beziehungen der Gesellschafter untereinander, ist sie kraft besonderer Uebereinkunft den Gesetzen unterstellt, die in Frankreich für Aktiengesellschaften gelten. Es wird vereinbart, daß alle diesbezüglichen Streitigkeiten in Frankreich durch Schlichter beigelegt werden; Berufungsinstanz ist der Hohe Gerichtshof (Cour Impériale) in Paris.

Differenzen zwischen der Gesellschaft und Privateigentümern in Aegypten, welcher Nationalität diese auch immer sein mögen, werden von den lokalen Gerichten unter Berücksichtigung der Gesetze, Gebräuche und Verträge des Landes geschlichtet.

Streitigkeiten, die zwischen der ägyptischen Regierung und der Gesellschaft entstehen, unterliegen ebenfalls der örtlichen Gerichtsbarkeit und werden nach den Landesgesetzen entschieden.

Die Vorgesetzten, Arbeiter und andere Personen, die zur Verwaltung der Gesellschaft gehören, sind der lokalen Gerichtsbarkeit unterstellt und werden für alle strafbaren Handlungen oder Streitigkeiten, in die die eine oder andere Partei verwickelt ist, nach den Landesgesetzen und den Verträgen abgeurteilt.

Für den Fall, daß beide Parteien aus Ausländern bestehen, werden sie nach den bestehenden Bestimmungen behandelt.

Jede Anzeige, die irgendeine interessierte Partei in Aegypten der Gesellschaft zu erstatten hat, ist beim Verwaltungssitz in Alexandria vorzubringen.

Artikel XVII

Alle bisherigen Konzessionen, Uebereinkommen und Statuten bleiben in allen ihren Bestimmungen, die nicht mit dem vorliegenden Uebereinkommen in Widerspruch stehen, in Kraft.

In zwei Exemplaren ausgefertigt in Kairo am 22. Februar 1866.

gez.: Ferdinand de Lesseps
gez.: Ismail

Quelle: „The Suez Canal, Facts and Documents“, herausgegeben vom Informationsamt der ägyptischen Regierung, August 1956. Übersetzung des Europa-Archivs.

Konvention von Konstantinopel vom 29. Oktober 1888 über die Freiheit der Schifffahrt im Suezkanal*

Im Namen des Allmächtigen Gottes!

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn, Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, Seine Majestät der König von Spanien und in Seinem Namen die Königin-Regentin dieses Königreiches, der Präsident der Französischen Republik, Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg usw., Seine Majestät der Kaiser aller Rußen und Seine Majestät der Kaiser der Osmanen

*) Die Ratifikationen wurden am 22. Dezember 1888 in Konstantinopel niedergelegt.

Vertragsstaaten: Deutsches Reich, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Rußland, Spanien, Türkei.

Beigetreten sind: Dänemark, Griechenland, Portugal, Schweden und Norwegen, Japan, China.

haben die Absicht, durch einen vertragsmäßigen Akt eine endgültige, die freie Benützung des maritimen Suezkanals zu jeder Zeit und für alle Mächte sicherstellende Regelung herbeizuführen und auf diese Weise die für die Schifffahrt auf jenem Kanale durch den die Konzessionen Seiner Hoheit des Khedive bestätigenden Firman Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans vom 22. Februar 1866 (2. Zilkade 1282) eingeführte Ordnung zu ergänzen, zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn:

Herrn Heinrich Freiherr von Calice, Seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter;

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen:

Herrn Josef von Radowitz, Seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter;

Seine Majestät der König von Spanien und in Seinem Namen die Königin-Regentin dieses Königreiches:

Herrn Don Miguel Florez y Garcia, Seinen Geschäftsträger;

Der Präsident der Französischen Republik:

Herrn Gustav Louis Lannes, Grafen von Montebello, außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter von Frankreich;

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien:

den Sehr Ehrenwerten Sir William Arthur White, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter;

Seine Majestät der König von Italien:

Herrn Albert Baron Blanc, Seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter;

Seine Majestät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg usw.:

Herrn Gustav Kenn, Seinen Geschäftsträger;

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen:

Herrn Alexander von Nelidow, Seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter;

Seine Majestät der Kaiser von Ottomanen:

Mehemed Said Pascha, Seinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, —

welche nach gegenseitiger Mitteilung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die folgenden Artikel vereinbart haben:

Artikel I

Der maritime Suezkanal wird stets, in Kriegszeiten wie in Friedenszeiten, jedem Handels- oder Kriegsschiffe ohne Unterschied der Flagge frei und offen stehen.

Dementsprechend kommen die Hohen Vertragschließenden Teile überein, die freie Benützung des Kanals in Kriegs- wie in Friedenszeiten nicht zu beeinträchtigen.

Der Kanal wird niemals der Ausübung des Blockaderechtes unterworfen werden.

Artikel II

Die Hohen Vertragschließenden Teile erkennen an, daß der Süßwasserkanal für den maritimen Kanal unentbehrlich ist und nehmen Akt von den Verpflichtungen Seiner Hoheit des Khedive gegenüber der allgemeinen Suezkanal-Gesellschaft hinsichtlich des Süßwasserkanals, welche Verpflichtungen in einem, ein Exposé und vier Artikel enthaltenen Uebereinkommen vom 18. März 1863 festgesetzt worden sind.

Sie verpflichten sich, die Sicherheit dieses Kanals und seiner Zuflüsse, deren Funktionieren nicht zu hindern versucht werden darf, nicht zu beeinträchtigen.

Artikel III

Die Hohen Vertragschließenden Teile verpflichten sich desgleichen, das Material, die Anstalten, Bauten und Arbeiten des maritimen und des Süßwasserkanals zu respektieren.

Artikel IV

Da der maritime Kanal laut Artikel I des gegenwärtigen Vertrages in Kriegszeiten selbst den Kriegsschiffen der Kriegführenden als freie Durchfahrt offen steht, so vereinbaren die Hohen Vertragschließenden Teile, daß kein Kriebsrecht, kein Akt der Feindseligkeit, noch auch irgendein Akt zum Zwecke, die freie Schifffahrt auf dem Kanale zu hindern, im Kanale und in seinen

Einfahrtshäfen, sowie im Umkreise von drei Seemeilen von diesen Häfen ausgeübt werden darf, selbst falls das Ottomanische Reich eine der kriegführenden Mächte wäre.

Die Kriegsschiffe der Kriegführenden dürfen sich im Kanale und in dessen Einfahrtshäfen nur innerhalb der Grenzen des unbedingten Bedarfes mit Lebensmitteln oder Vorräten versehen. Die Durchfahrt dieser Schiffe durch den Kanal hat in der kürzesten Zeit gemäß den bestehenden Vorschriften und ohne anderen Aufenthalt als jenen, welcher aus den Erfordernissen des Dienstes entspringt, zu erfolgen.

Ihr Aufenthalt in Port Said und auf der Reede von Suez darf vierundzwanzig Stunden nicht übersteigen, außer im Falle zwingender Notwendigkeit. In Fällen solcher Art haben sie sobald als möglich auszulaufen. Zwischen dem Auslaufen eines kriegführenden Schiffes aus einem Einfahrtshafen und demjenigen eines Schiffes, welches der feindlichen Macht angehört, hat stets eine Zwischenzeit von vierundzwanzig Stunden zu liegen.

Artikel V

In Kriegszeiten dürfen die kriegführenden Mächte im Kanal und in dessen Einfahrtshäfen weder Truppen noch Munition noch Kriegsmaterial ausschiffen oder einschiffen. Im Falle eines zufälligen Hindernisses im Kanal dürfen jedoch Truppen, in Abteilungen von nicht über 1000 Mann geteilt, nebst dem entsprechenden Kriegsmaterial ein- oder ausgeschifft werden.

Artikel VI

Prisen werden in allen Beziehungen ebenso wie die Kriegsschiffe der Kriegführenden behandelt werden.

Artikel VII

Die Mächte werden in den Gewässern des Kanals (mit Inbegriff des Timash-Sees und der Bitterseen) kein Kriegsschiff halten. Doch können sie in den Einfahrtshäfen Port Said und Suez Kriegsschiffe stationieren, deren Anzahl zwei für jede Macht nicht übersteigen darf.

Dieses Recht darf von Kriegführenden nicht ausgeübt werden.

Artikel VIII*

Die in Aegypten bestellten Agenten der Signatarmächte des gegenwärtigen Vertrages werden über dessen Ausführung zu wachen haben. Bei jedem Anlasse, wo die Sicherheit des Kanals oder die freie Durchfahrt durch denselben bedroht sein sollte, werden dieselben auf Begehren von Dreien aus ihnen, und unter Vorsitz des Doyens zusammentreten, um die nötigen Konstatierungen vorzunehmen. Sie werden die Regierung des Khedive von der Gefahr, welche sie erkennen, in Kenntnis setzen, damit dieselbe die geeigneten Maßregeln zum Schutze des Kanals und zur Sicherung seiner freien Benützung ergreife.

*) Redaktionelle Anmerkung: In Art. VI Satz 2 der „Erklärung über Aegypten und Marokko“ vom 8. April 1904 vereinbarten Großbritannien und Frankreich unter sich, daß der letzte Satz des Absatzes 1 sowie der Absatz 2 des obigen Art. VIII in suspenso bleiben, d. h. nicht praktisch angewandt werden sollten. Dieser Vereinbarung ist Spanien in Art. I des französisch-spanischen Geheimvertrages über Marokko vom 3. Oktober 1904 beigetreten. Vgl. „Erklärung über Aegypten und Marokko“ in: *Abhandlungen aus dem Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht*, Band XIII, Heft 1, 1913: „Der Suezkanal im internationalen Rechte unter Berücksichtigung seiner Vorgeschichte“ von Dr. Rudolf Dedreux.

Jedenfalls werden sie einmal jährlich zusammentreten, um die gehörige Durchführung des Vertrages zu konstatieren. Letztere Versammlungen werden unter dem Vorsitz eines zu diesem Zwecke von der Kaiserlich Ottomanischen Regierung zu ernennenden Spezial-Kommissars stattfinden. Auch ein Kommissar des Khedive kann an der Versammlung teilnehmen und im Falle der Abwesenheit des ottomanischen Kommissars den Vorsitz bei derselben führen.

Die Agenten werden insbesondere die Einstellung jeder Arbeit, sowie die Zerstreuung jeder Ansammlung begehren, welche, möge sie auf einem oder dem anderen Ufer des Kanals stattfinden, die Beeinträchtigung der Freiheit und vollständigen Sicherheit der Schifffahrt zum Zwecke oder zur Folge haben könnte.

Artikel IX

Die ägyptische Regierung wird, innerhalb der Grenzen ihrer Befugnisse, wie dieselben aus den Firmanen hervorgehen, und unter den im gegenwärtigen Vertrage vorgesehenen Bedingungen, die erforderlichen Maßregeln ergreifen, um der Durchführung dieses Vertrages Achtung zu verschaffen.

Falls die ägyptische Regierung nicht über hinreichende Mittel hierzu verfügen sollte, wird sie sich an die Kaiserlich Ottomanische Regierung zu wenden haben, welche die erforderlichen Maßnahmen, um diesem Ansuchen zu entsprechen, treffen und die übrigen Signatarmächte der Londoner Deklaration vom 17. März 1885 benachrichtigen, sowie, wenn nötig, sich mit ihnen diesbezüglich ins Einvernehmen setzen wird.

Die Bestimmungen der Artikel IV, V, VII und VIII werden für die Maßnahmen, welche kraft des gegenwärtigen Artikels getroffen werden, kein Hindernis bilden.

Artikel X

Ebenso werden die Bestimmungen der Artikel IV, V, VII und VIII kein Hindernis für die Maßnahmen bilden, welche Seine Majestät der Sultan und Seine Hoheit der Khedive, im Namen Seiner Kaiserlichen Majestät, und innerhalb der Schranken der ihm verliehenen Firmane, zu ergreifen genötigt wären, um durch ihre eigenen Kräfte die Verteidigung Ägyptens, sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu sichern.

Falls Seine Kaiserliche Majestät der Sultan, oder Seine Hoheit der Khedive, sich in der Notwendigkeit befinden würden, von den im gegenwärtigen Artikel vorgesehenen Ausnahmen Gebrauch zu machen, werden die Signatarmächte der Londoner Deklaration von der Kaiserlich Ottomanischen Regierung hiervon benachrichtigt werden.

Desgleichen ist wohlverstanden, daß die Bestimmungen der in Rede stehenden vier Artikel in keinem Falle ein Hindernis für die Maßnahmen bilden werden, welche die Kaiserlich Ottomanische Regierung zu ergreifen für nötig erachten wird, um durch ihre eigenen Kräfte die Verteidigung ihrer sonstigen, an der Ostküste des Roten Meeres gelegenen Besitzungen zu sichern.

Britisch-ägyptischer Bündnisvertrag vom 26. August 1936

Auszüge in Europa-Archiv, Februar-März 1947, S. 422f.

Britisch-ägyptisches Abkommen über den Stützpunkt am Suezkanal vom 19. Oktober 1954

Wortlaut des Abkommens in Europa-Archiv 2/1955, S. 7252ff.

Wortlaut der vorangegangenen Vereinbarung vom 27. Juli 1954 in Europa-Archiv 18/1954, S. 6906f.

Artikel XI

Die Maßnahmen, welche in den durch Artikel IX und X des gegenwärtigen Vertrages vorgesehenen Fällen getroffen werden, dürfen die freie Benützung des Kanals nicht hindern.

In eben diesen Fällen bleibt es untersagt, entgegen den Bestimmungen des Artikels VIII, permanente Befestigungen zu errichten.

Artikel XII

Die Hohen Vertragschließenden Teile kommen in Anwendung des eine Grundlage des gegenwärtigen Vertrages bildenden Prinzips der Gleichheit hinsichtlich der freien Benützung des Kanals darüber überein, daß keiner von ihnen Gebiets- oder Handelsvorteile noch auch Vorrechte in den etwa künftig bezüglich des Kanals abzuschließenden internationalen Vereinbarungen anstreben wird. — Die Rechte der Türkei als Territorialmacht sind jedoch vorbehalten.

Artikel XIII

Außer den durch die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages ausdrücklich vorgesehenen Verbindlichkeiten erleiden die souveränen Rechte Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans, sowie die Rechte und Immunitäten Seiner Hoheit des Khedive, wie sie aus den Firmanen hervorgehen, keinerlei Eintrag.

Artikel XIV

Die Hohen Vertragschließenden Teile vereinbaren, daß die aus dem gegenwärtigen Vertrage fließenden Verbindlichkeiten durch die Geltungsdauer der Konzessionsurkunden der Allgemeinen Suezkanal-Gesellschaft nicht begrenzt sein werden.

Artikel XV

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages werden kein Hindernis für die in Ägypten in Kraft stehenden Sanitätsmaßnahmen bilden.

Artikel XVI

Die Hohen Vertragschließenden Teile machen sich verbindlich, den gegenwärtigen Vertrag den Staaten, welche denselben nicht unterzeichnet haben, unter Einladung zum Beitritt zur Kenntnis zu bringen.

Artikel XVII

Der gegenwärtige Vertrag wird ratifiziert, und die Ratifikationen werden zu Konstantinopel binnen einem Monate, oder, wenn möglich, früher ausgewechselt werden. Zu Urkund dessen haben die respektiven Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Geschehen zu Konstantinopel, den neunundzwanzigsten Oktober Eintausend Achthundert Achtundachtzig.

Quelle: Reichsgesetzblatt der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder (Oesterreich-Ungarn), XXXV. Stück, S. 5; 15. Juni 1889.

Ägyptisches Gesetz vom 26. Juli 1956 über die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft

Im Namen des Volkes

verkündet der Präsident der Republik,
im Hinblick auf die beiden Dekrete vom 30. November 1854 und 5. Januar 1856 betreffend die Konzession für die Durchfahrt durch den Suezkanal und betreffend die Gründung einer sich damit befassenden ägyptischen Aktiengesellschaft;
im Hinblick auf das Gesetz Nr. 192 von 1947 betreffend die Konzession für öffentliche Dienste;
im Hinblick auf das Gesetz Nr. 26 von 1954 betreffend Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung;
nach Anhörung des Staatsrates,
das folgende Gesetz:

Artikel 1

Die Allgemeine Suezkanal-Gesellschaft wird verstaatlicht. Das gesamte Vermögen und alle ihre Rechte und Pflichten sind auf den Staat übertragen. Alle mit ihrer Leitung beauftragten Organe und Ausschüsse sind aufgelöst. Die Aktionäre und Inhaber von Gründungsanteilen werden für ihre Aktien und Anteile entschädigt nach den Schlußkursen der Pariser Börse am Tage vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Diese Entschädigung wird ausgezahlt, wenn der Staat von allen Guthaben und dem Eigentum der Gesellschaft Besitz ergriffen hat.

Artikel 2

Die Leitung der Verkehrseinrichtungen des Suezkanals wird durch eine unabhängige, mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete Behörde wahrgenommen, die dem Handelsministerium angegliedert wird. Die Bildung dieser Behörde und die Festsetzung der Gehälter ihrer Mitglieder wird Gegenstand einer Verordnung des Präsidenten der Republik sein. Die für die Leitung der Einrichtungen geschaffene Behörde wird alle dafür notwendigen Vollmachten haben, ohne durch Erlasse und Vorschriften der Regierung eingeschränkt zu sein.

Unbeschadet einer Kontrolle des Rechnungshofes über die Abschlußrechnung wird die Behörde einen nach kaufmännischen Grundsätzen aufgestellten unabhängigen Haushaltsplan haben. Das Haushaltsjahr beginnt am 1. Juli und endet am 30. Juni eines jeden Jahres. Der Haushaltsplan und die Schlußrechnung werden durch den Präsidenten der Republik genehmigt. Der erste Haushaltszeitraum beginnt mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes und endet am 30. Juni 1957.

Die Behörde kann eines oder mehrere ihrer Mitglieder mit der Durchführung ihrer Beschlüsse oder der Wahrnehmung ihnen übertragener Pflichten beauftragen.

Sie kann ebenso aus ihren Mitgliedern oder anderen Personen technische Ausschüsse bilden, die ihr bei ihren Untersuchungen und Studien helfen.

Der Präsident der Behörde vertritt sie gegenüber den Gerichten und den Regierungs- und anderen Behörden. Er vertritt sie in ihren Handlungen nach außen.

Artikel 3

Das Vermögen und die Forderungen der verstaatlichten Gesellschaft in Ägypten und im Ausland sind eingefroren. Banken, Organisationen und Einzelpersonen ist es untersagt, in irgendeiner Weise über dieses Eigentum

zu verfügen, irgendwelche Auszahlungen zu tätigen oder irgendwelche Forderungen und Schulden zu liquidieren, es sei denn auf Anweisung der in Artikel 2 erwähnten Behörde.

Artikel 4

Die Behörde wird alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der verstaatlichten Gesellschaft im Dienst behalten. Sie haben weiter ihren Pflichten nachzukommen. Es ist niemandem von ihnen erlaubt, seine Arbeit zu verlassen oder sie auf irgendeine Weise oder aus irgendeinem Grunde ohne Erlaubnis der in Artikel 2 erwähnten Behörde niederzulegen.

Artikel 5

Jeder Verstoß gegen die Vorschriften des Artikels 3 wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe in Höhe des dreifachen Wertes des Gegenstandes des Verstoßes bestraft.

Jeder Verstoß gegen Artikel 4 wird außer dem Verlust aller Ansprüche auf Vergütung, Pension oder Entschädigung mit Gefängnis bestraft.

Artikel 6

Diese Entscheidung wird im Amtsblatt veröffentlicht; sie hat Gesetzeskraft und tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Der Handelsminister erläßt die notwendigen Ausführungsverordnungen. Diese Entscheidung erhält das Staatssiegel und wird wie ein Staatsgesetz ausgeführt.

Entscheidung:

Der Präsident der Republik entscheidet, im Hinblick auf Art. 2 des Gesetzes Nr. 285 des Jahres 1956, betreffend die Verstaatlichung der Allgemeinen Suezkanal-Gesellschaft, wie folgt:

Artikel 1

Zusammensetzung der Behörde für die Verwaltung des Suezkanals:

Dr. Mohammed Helmi Bagat Badaoui (Präsident);
Ingenieur Mahmud Younes (Vizepräsident und beauftragter Amtschef der Behörde);
Badaoui Ibrahim Hammouda;
Ingenieur Ibrahim Zaki;
Nabih Younes;
Mohammed Tewfik Soukkar;
Borhan Said;
Mohammed Ali El-Ghatit;
Ingenieur Mohammed Ahmed Sélim;
Mahmud Sami;
Dr. Mustapha El-Hefnaoui;
Dr. Mahmud Abdel Baki El-Kocheiri.

Artikel 2

Der Handelsminister ist mit der Durchführung der vorliegenden Entscheidung beauftragt, die mit ihrer Verkündung in Kraft tritt.

gez. Gamal Abdel Nasser

Quelle: *La Documentation Française*, Notes et Études Documentaires, Nr. 2205 vom 16. August 1956, S. 14; Uebersetzung des Europa-Archivs.

Dreimächte-Erklärung zum Abschluß der Außenministerkonferenz in London vom 2. August 1956

Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika geben folgende gemeinsame Erklärung ab:

1. Wir haben von der kürzlich durchgeführten Aktion der Regierung Ägyptens Kenntnis genommen, durch die Ägypten versucht, die Vermögenswerte und die Verantwortungen der Allgemeinen Suezkanal-Gesellschaft zu nationalisieren und zu übernehmen. Diese Gesellschaft wurde 1856 in Ägypten mit der Ermächtigung gegründet, den Suezkanal zu bauen und ihn bis 1968 zu betreiben. Die Allgemeine Suezkanal-Gesellschaft hatte immer einen internationalen Charakter im Hinblick auf ihre Aktionäre, Direktoren und ihr technisches Personal und im Sinne ihrer Verantwortung, das wirksame Funktionieren des Suezkanals als eines internationalen Wasserweges sicherzustellen.

1888 schlossen alle damals an den internationalen Charakter des Kanals und seiner freien, offenen und sicheren Benutzung ohne Diskriminierungen interessierten großen Mächte den Vertrag und die Konvention von Konstantinopel. Diese legte zum Nutzen der ganzen Welt fest, daß der internationale Charakter des Kanals für alle Zeiten aufrechterhalten werde ohne Rücksicht auf den Ablauf der Konzession der Allgemeinen Suezkanal-Gesellschaft. Ägypten erkannte noch im Oktober 1954 an, daß der Kanal „in wirtschaftlicher, handelspolitischer und strategischer Hinsicht ein Wasserweg von internationaler Wichtigkeit“ ist, und erneuerte seinen Entschluß, die Konvention von 1888 aufrechtzuerhalten.

2. Die Regierungen stellen das Recht Ägyptens, sich der ganzen Macht einer voll souveränen und unabhängigen Nation zu erfreuen und sie auszuüben, nicht in Frage — einschließlich des allgemein anerkannten Rechts, unter geeigneten Bedingungen Besetzungen, die ihrer politischen Autorität unterstehen und auf denen kein internationales Interesse liegt, zu nationalisieren.

Aber die jetzige Aktion schließt weit mehr ein als einen einfachen Akt der Nationalisierung. Sie bedeutet die willkürliche und einseitige nationale Besitzergreifung eines internationalen Unternehmens, das die Verantwortung hat, den Suezkanal so zu unterhalten und so zu betreiben, daß sich alle Unterzeichner und Nutznießer des Vertrages von 1888 wirklich der Benutzung eines internationalen Wasserweges, von dem die Wirtschaft, der Handel

und die Sicherheit eines großen Teiles der Welt abhängen, erfreuen können.

Diese Beschlagnahme ist in ihrer Art um so schwerwiegender, als sie erklärtermaßen zu dem Zweck vorgenommen wurde, die Regierung Ägyptens in die Lage zu versetzen, rein nationalen Zielen dieser Regierung anstatt den internationalen Zielen zu dienen, die in der Konvention von 1888 niedergelegt worden sind.

Darüber hinaus beklagen wir die Tatsache, daß die ägyptische Regierung im Verfolg ihrer Inbesitznahme zu Maßnahmen gegriffen hat, die einer Verletzung der fundamentalen Menschenrechte gleichkommen, indem sie Angestellte der Suezkanal-Gesellschaft unter Androhung von Gefängnisstrafen zwang, ihre Arbeit fortzusetzen.

3. Wir sind unter Berücksichtigung aller Begleitumstände der Ansicht, daß die von der ägyptischen Regierung vorgenommene Aktion die Freiheit und Sicherheit des Kanals, wie sie in der Konvention von 1888 garantiert werden, bedroht. Dies macht es notwendig, daß Schritte unternommen werden, um allen Vertragspartnern dieser Konvention und allen anderen Nationen, die berechtigt sind, sich dieser Nutznießung zu erfreuen, auch tatsächlich diese Nutzung zu gewährleisten.

4. Wir sind der Ansicht, daß unter Wahrung legitimer ägyptischer Interessen Schritte unternommen werden sollten, um in wirksamer Weise durch ein internationales System die Voraussetzung für die Sicherung der ständigen Möglichkeit zur Benutzung des Kanals zu schaffen, wie sie in der Konvention vom 29. Oktober 1888 garantiert wurde.

5. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, daß in Kürze eine Konferenz der Teilnehmer an der Konvention und anderer Nationen, die an der Benutzung des Kanals in beträchtlichem Ausmaß interessiert sind, abgehalten werde. Die Einladungen zu einer solchen Konferenz, die am 16. August 1956 in London stattfinden soll, werden von der Regierung des Vereinigten Königreichs den Regierungen zugeleitet, die in einem Nachtrag zu dieser Erklärung aufgeführt sind. Die Regierungen Frankreichs und der Vereinigten Staaten sind bereit, an der Konferenz teilzunehmen.

Quelle: *The New York Times*, Nr. 35 986 vom 3. August 1956. Deutscher Text nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. August 1956.

Erklärung des Verwaltungsrates der Suezkanal-Gesellschaft vom 3. August 1956

Im Laufe einer am 3. August 1956 abgehaltenen außerordentlichen Sitzung hat der Verwaltungsrat der Suezkanal-Gesellschaft die am 26. Juli 1956 von der ägyptischen Regierung geäußerte Anmaßung, die Suezkanal-Gesellschaft zu verstaatlichen, zurückgewiesen.

Die ursprüngliche Konzessionsakte setzt fest, daß die Dauer der Konzession 99 Jahre vom Datum der Eröffnung des Kanals ab betragen soll. Sie müßte also noch bis zum 17. November 1968 dauern.

Während mehr als 80 Jahren ist dieses Recht niemals in Abrede gestellt worden. Es wurde bestätigt in Artikel 23 der am 7. März 1949 in Kairo zwischen der ägyptischen Regierung und der Suezkanal-Gesellschaft abgeschlossenen Konvention, die durch das Gesetz Nr. 130 von

1949 ratifiziert wurde. Außerdem schließt der mit Ägypten geschlossene Finanzvertrag vom 30. Mai dieses Jahres — sanktioniert durch ein ägyptisches Gesetz vom 10. Juni — die Fortführung der Dauer der Konzession mit ein.

Unter diesen Bedingungen wendet sich der Rat in aller Form gegen die einseitige Aufhebung der Konzession der Gesellschaft und gegen die gewaltsame Beschlagnahme ihres Vermögens ohne vorherige Ankündigung; er betrachtet sie als einen beispiellosen Mißbrauch der Macht.

Im übrigen stellt die Dienstverpflichtung des nicht-ägyptischen Personals der Gesellschaft, welche die ägyptische Regierung angeordnet hat, um diese Aktion zuwege zu bringen, eine Verletzung des Völkerrechts und insbesondere einen Verstoß gegen das von der Allgemei-

nen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation angenommene und von Aegypten ausdrücklich ratifizierte Uebereinkommen Nr. 29 dar.

Alle diese Maßnahmen widersprechen dem Buchstaben und dem Geist des Art. 1 der Charta der Vereinten Nationen und auch dem Buchstaben und dem Geiste der Internationalen Konvention von Konstantinopel von 1888.

Während vieler Jahre hat dieser Vertrag die Politik und die Handlungen der Suezkanal-Gesellschaft inspiriert, und sie war während ihres Geschäftsbetriebs immer bestrebt, den Kanal gemäß Art. 1 dieser Konvention „in Kriegszeiten wie in Friedenszeiten jedem Handels- oder Kriegsschiffe ohne Unterschied der Flagge frei und offen“ zu halten.

Alle seefahrenden Mächte, alle Reeder und alle Kapitäne und Besatzungen der den Kanal benutzenden Schiffe

haben zu jeder Zeit anerkannt, daß die Aufgabe der Gesellschaft mit vollem Erfolg und oft unter großen Schwierigkeiten erfüllt worden ist.

Um das Vertrauen der Schifffahrt und des internationalen Handels wiederherzustellen, richtet der Rat an die Regierungen und Völker einen feierlichen Appell, alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Gesellschaft in die Lage zu versetzen, die wirksame Kontrolle des Kanals wiederaufzunehmen und weiterhin im allgemeinen Interesse den öffentlichen internationalen Dienst zu leisten, mit dem sie seit fast einem Jahrhundert betraut ist.

Quelle: *La Documentation Française*, Notes et Études Documentation, Nr. 2205 vom 16. August 1956, S. 35; Uebersetzung des Europa-Archivs.

Erklärung der Sowjetregierung vom 9. August 1956

Am 3. August 1956 hat der britische Botschafter in Moskau, G. M. Hayter, dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, D. T. Schepilow, eine Note der Regierung Großbritanniens überreicht, der der Wortlaut einer Erklärung der Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika zu Fragen der Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft durch Aegypten beilag. Unter Berufung auf diese Dreiererklärung hat die Regierung Großbritanniens der Sowjetregierung die Einladung übermittelt, an der Konferenz teilzunehmen, die am 16. August 1956 zur Erörterung von Maßnahmen über die Gewährleistung des weiteren Funktionierens des Kanals, wie dies durch die Konvention vom 29. Oktober 1888 garantiert wurde, in London einberufen werden soll.

In diesem Zusammenhang erachtet es die Regierung der Sowjetunion für notwendig, folgende Erklärung abzugeben.

Die Sowjetregierung kann sich nicht mit der Einschätzung einverstanden erklären, die in der Dreimächteerklärung zur Lage in der Suezkanalzone gegeben wird.

Die Regierungen der Westmächte, die das Recht Aegyptens anerkennen, als vollständig souveräner und unabhängiger Staat Eigentum zu verstaatlichen, das unter die Jurisdiktion Aegyptens fällt, suchen jedoch die Rechtmäßigkeit der von der ägyptischen Regierung vollzogenen Handlung der Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft in Zweifel zu stellen. In der Erklärung wird die absolut unbegründete Behauptung aufgestellt, diese Gesellschaft sei eine „internationale Einrichtung“, deren Status von der ägyptischen Regierung nicht geändert werden kann. Dabei wird die Tatsache außer acht gelassen, daß die Suezkanal-Gesellschaft seit ihrer Gründung, sogar laut dem Abkommen von 1866, in dem Aegypten nicht als gleichberechtigter Partner behandelt wurde, als ägyptische Gesellschaft betrachtet worden ist, die entsprechend den Gesetzen und den Gepflogenheiten Aegyptens verwaltet wird. Die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft steht in keinerlei Beziehung zu der Frage der Gewährleistung der Freiheit der Schifffahrt auf dem Suezkanal, welche durch die Sonderkonvention aus dem Jahre 1888 geregelt wird. Die Versuche, die Sache so hinzustellen, als ob eine Privatgesellschaft, die den ägyptischen Gesetzen untersteht, als eine internationale Körperschaft zu betrachten

sei, die das Schiffsregime auf dem Suezkanal gewährleistet, sind juristisch absolut unbegründet.

Die Verstaatlichung des Eigentums von Unternehmen auf dem Hoheitsgebiet des einen oder anderen Staates ist im Einklang mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts eine innere Angelegenheit des betreffenden Staates. In ebendiesem Sinne wurden von allen Ländern die in den letzten Jahrzehnten wiederholt gefaßten Beschlüsse souveräner Staaten über die Verstaatlichung solchen Eigentums, darunter auch von Eigentum mit Beteiligung ausländischen Kapitals, angesehen. In diesem Zusammenhang muß man ferner feststellen, daß die Vollversammlung der UN im Dezember 1952 eine besondere Resolution über das Recht der Völker angenommen hat, frei über ihre eigenen Naturschätze und Hilfsquellen zu verfügen. Die Vollversammlung appellierte an die Staaten, sich Handlungen zu enthalten, die die souveränen Rechte der Staaten in dieser Hinsicht verletzen.

In Anbetracht dessen sieht die Sowjetregierung den Beschluß der Regierung Aegyptens über die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft als völlig legitime Handlung an, die sich aus den souveränen Rechten Aegyptens ergibt.

Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, die gegen die von der ägyptischen Regierung verkündete Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft sind, begründen das damit, daß sie um die Gewährleistung der Freiheit der Schifffahrt auf dem Suezkanal besorgt seien. Doch die Ueberführung des Eigentums der ehemaligen Suezkanal-Gesellschaft in die Hand des ägyptischen Staates bringt keinerlei Veränderungen in das geltende Schiffsregime auf dem Suezkanal.

Die Regierung der Ägyptischen Republik hat am 1. August der Sowjetregierung wie auch den Regierungen aller Staaten offiziell erklärt, daß die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft sich in keiner Weise auf die entsprechenden internationalen Verpflichtungen Aegyptens auswirken werde und daß Aegypten die Freiheit der Schifffahrt auf dem Suezkanal, wie sie die Konvention von 1888 vorsieht, voll und ganz wahren werde. Die Regierung der Sowjetunion nahm die Erklärung der ägyptischen Regierung zur Kenntnis und ist der Meinung, daß keinerlei Grund für irgendwelche Beunruhigung in dieser Hinsicht vorliegt. Dies um so weniger, als Aegypten, durch dessen Gebiet der Suezkanal verläuft, in nicht ge-

ringerem Maße an einer normalen Schifffahrt auf dem Kanal interessiert ist und eine solche Schifffahrt ebenso gewährleisten kann wie irgendeine private Aktiengesellschaft. Die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft hat sich in Wirklichkeit überhaupt nicht auf die reibungslose Durchfahrt von Schiffen aller Länder durch den Suezkanal ausgewirkt, die weiter ebenso funktioniert wie vor der Verstaatlichung.

Daraus ist ersichtlich, daß die ägyptische Regierung die Wichtigkeit der Freiheit der Schifffahrt auf dem Suezkanal in vollem Umfang berücksichtigt und daß die in diesem Zusammenhang in der Dreiererklärung enthaltenen Befürchtungen unbegründet sind. Es muß festgestellt werden, daß Ägypten, als es sich verpflichtete, die Freiheit der Schifffahrt auf dem Suezkanal zu achten, auch den Beschluß faßte, die Besitzer der Aktien der Kanalgesellschaft zu entschädigen.

Somit hat Ägypten eine absolut rechtmäßige und berechtigte Handlung vollzogen, als es die Sicherung des normalen Verkehrs auf dem Kanal übernahm, der durch ägyptisches Territorium führt und von Ägyptern erbaut worden ist. Wenn sich der Suezkanal bis dahin jahrzehntelang nicht in der Hand Ägyptens, sondern in der Hand einer Gesellschaft mit Beteiligung hauptsächlich britischen und französischen Kapitals befand, die den ägyptischen Kanal ausnutzte, um sich zu bereichern und in die inneren Angelegenheiten Ägyptens einzumischen, so kann das nicht als Rechtfertigung für die Beibehaltung eines solchen anomalen Zustandes gelten.

Man muß in Betracht ziehen, daß die in der Vergangenheit durch Eroberungen und Okkupation geschaffenen Verhältnisse heutzutage überholt sind und den Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen souveränen und gleichberechtigten Staaten, den Prinzipien und Zielen der Organisation der Vereinten Nationen, nicht entsprechen. Da die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs ebenso wie die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die hohen Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen anerkennen und da sie erklären, daß sie die Wandlungen begrüßen, die in ihren Beziehungen zu den Ländern, welche sich früher in kolonialer Abhängigkeit befanden, eingetreten sind, dürften die Regierungen jener Mächte diese Länder auch nicht an der Ausübung ihrer souveränen Rechte hindern.

Die Sowjetregierung kann die Tatsache nicht außer acht lassen, daß gegenwärtig im Raum des Nahen und Mittleren Ostens eine immer gespannte Situation entsteht. Kaum waren die Gewinne der Suezkanal-Gesellschaft in Gefahr, setzten die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs Ägypten in grober und unbegründeter Weise unter Druck, wandten wirtschaftliche Repressalien gegen Ägypten an und verkündeten, daß ihre Seestreitkräfte in Kampfbereitschaft versetzt und in der Nähe des Suezkanals zusammengezogen, daß Reservisten mobilisiert sowie Landungseinheiten vorbereitet werden würden und dergleichen mehr. In der Presse Frankreichs, Großbritanniens und einiger anderer Länder des Westens wurde eine breite Kampagne eingeleitet, die eine feindselige Stimmung gegenüber dem unabhängigen Ägypten entfacht.

Mit diesen Handlungen, die unweigerlich eine Gefahr für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit heraufbeschwören, beschreiten die Regierungen Großbritanniens

und Frankreichs einen Weg, der mit den Prinzipien der Charta der Organisation der Vereinten Nationen unvereinbar ist. Denn wie kann man solche Handlungen mit den Verpflichtungen der UN-Mitglieder in Einklang bringen, in ihren internationalen Beziehungen von Gewaltandrohung und von Gewaltanwendung abzusehen und internationale Streitfragen mit friedlichen Mitteln beizulegen, damit der internationale Frieden und die Sicherheit nicht gefährdet werden?

Die Sowjetregierung hält die Maßnahmen, die jetzt von der britischen und der französischen Regierung durchgeführt werden, für völlig unzulässig und erblickt in ihnen eine Herausforderung gegenüber der Sache des Friedens.

Es ist völlig klar, daß diese Maßnahmen berechtigte Empörung hervorrufen müssen. Sie werden nicht nur von Ägypten, sondern auch von den anderen Völkern, die für ihre Souveränität und nationale Unabhängigkeit kämpfen, eine gebührende Abfuhr erhalten. Die Versuche der Gewaltanwendung gegen Ägypten, das seine souveränen Rechte wahrnimmt, können vor allem den Interessen der Westmächte selbst im Raum des Nahen und Mittleren Ostens ernstlich schaden.

Die Verstaatlichung des Suezkanals berührt nicht die Interessen der Völker Großbritanniens, Frankreichs, der USA oder anderer Länder. Nur die ehemalige Suezkanal-Gesellschaft, die aus dem Betrieb des Kanals hohe Profite zog, verliert jetzt die Möglichkeit, sich auf Kosten Ägyptens zu bereichern. Die Versuche, die eingebüßten Privilegien dieser Gesellschaft mit Gewalt zurückzugewinnen oder unter einem anderen Aushängeschild Ägypten die Herrschaft des ausländischen Kapitals aufzuzwingen, tragen offensichtlich den Charakter des Kolonialismus. Die Sowjetregierung erklärt, getreu ihrer Politik des Friedens, der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, daß die erwähnten Handlungen der herrschenden Kreise Großbritanniens und Frankreichs, für die Ägypten keinerlei Anlaß gibt, keineswegs zur Minderung der internationalen Spannung und zur Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten beitragen können.

Was hingegen die der Regierung der UdSSR überreichte Einladung der Regierung Großbritanniens betrifft, am 16. August in London an einer Konferenz über den Suezkanal teilzunehmen, so kann die Sowjetregierung nicht umhin, bei der Erörterung dieser Frage folgende Umstände in Betracht zu ziehen.

Großbritannien und Frankreich erklären, das Ziel dieser Konferenz bestehe darin, Maßnahmen zur Gewährleistung des Betriebs des Kanals gemäß der Konvention von 1888 auszuarbeiten. Eine solche Einstellung erscheint unklar, um so mehr, als — wie bereits erwähnt wurde — das Prinzip der Freiheit der Schifffahrt auf dem Suezkanal, das durch die Konvention des Jahres 1888 festgelegt wurde, unangetastet bleibt und voll und ganz gewahrt wird. Wenn die Konferenz jedoch den Zweck haben sollte, in der oder jener Form einen Versuch zu unternehmen, die von Ägypten unterschiedene Frage der Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft zu überprüfen, so wäre das eine offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ägyptens, dessen Recht als souveräner Staat, diese Gesellschaft zu nationalisieren, durch keine internationale Konferenz angefochten werden kann. Es muß ferner fest-

gestellt werden, daß die genannte Konferenz auf Initiative Großbritanniens und Frankreichs, die die Hauptaktionäre der Suezkanal-Gesellschaft sind, und von den Vereinigten Staaten, die nicht zu den Signatarmächten der Konvention von 1888 gehören, einberufen wird. Dabei wird die Konferenz ohne Rücksprache mit der Sowjetunion und den anderen Ländern, die die Konvention von 1888 unterzeichnet haben, einberufen.

Auffallend ist, daß die Zusammensetzung der zur Konferenz eingeladenen Länder vorher tendenziös bestimmt wurde, in der Hoffnung, daß die Mehrheit ihrer Teilnehmer die von Großbritannien und Frankreich vorbereiteten Vorschläge unterstützen werde. Gemäß der Dreiererklärung wurde die Zusammensetzung der Konferenz nach zwei Gesichtspunkten bestimmt:

Erstens Signatarländer der Konvention von 1888 und zweitens Länder, die „am meisten an der Benutzung des Kanals interessiert sind“. Doch diese beiden Gesichtspunkte wurden nicht gewahrt. Unter den Teilnehmern der Konvention von 1888 befanden sich Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Rechtsnachfolger Oesterreich-Ungarns sind Oesterreich, Ungarn, die Tschechoslowakei und Jugoslawien. Keiner dieser Staaten wurde zur Konferenz eingeladen. Für Deutschland wurde nur ein Teil Deutschlands — die Bundesrepublik — eingeladen. Nicht eingeladen wurde jedoch der andere Teil Deutschlands — die Deutsche Demokratische Republik. Das kann nicht gebilligt werden, um so weniger, als die genannten Staaten in nicht geringerem Maße als andere an der freien Schifffahrt auf dem Suezkanal interessiert sind.

Zur Konferenz nicht eingeladen wurden die arabischen Länder, die räumlich in unmittelbarer Nähe des Kanals liegen und an einer richtigen Regelung dieser Frage zutiefst interessiert sind: Syrien, der Libanon, Saudi-Arabien, Jordanien, der Sudan, Libyen, der Jemen, Irak, Marokko und Tunesien. Es muß festgestellt werden, daß die meisten arabischen Länder ebenfalls Rechtsnachfolger des ehemaligen Ottomanischen Reiches sind, das an der Konvention von 1888 beteiligt war.

Zur Konferenz nicht eingeladen wurden solche Seemächte, die den Kanal weitgehend benutzen, wie die Volksrepublik China, Polen, Bulgarien, Rumänien, Burma und Finnland.

Somit ist die in London geplante Konferenz eine Konferenz einer Gruppe von Ländern, die Aktienbesitzer der Suezkanal-Gesellschaft sind, mit einer anderen Gruppe von Ländern, die willkürlich von diesen Hauptaktienbesitzern der Gesellschaft ausgewählt wurden.

Die Konferenz wird unter Umgehung der Organisation der Vereinten Nationen einberufen, was man angesichts der entstandenen Situation nicht für normal ansehen kann.

Als Ort der Konferenz wurde ohne Vereinbarung mit den Teilnehmern der Konvention von 1888 London genannt, obwohl die Erörterung der mit dem Betrieb des Kanals verbundenen Fragen nach den Bestimmungen der Konvention von 1888 in Kairo stattfinden mußte.

In Anbetracht des oben Dargelegten ist die Sowjetregierung der Meinung, daß die genannte Konferenz weder ihrer Zusammensetzung noch ihrem Charakter und ihrem Ziele nach als eine internationale Konferenz angesehen werden kann, die ermächtigt wäre, irgendwelche Entscheidungen über den Suezkanal zu fällen.

Die Sowjetregierung hält es für das zweckmäßigste, die Probleme, die mit der Gewährleistung der Freiheit der Schifffahrt auf Seekanälen und Meerengen zusammenhängen, die von internationaler Bedeutung sind, im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen zu erörtern.

Bekanntlich gibt es mehrere wichtige Seekanäle und Meerengen, die internationale Bedeutung besitzen. Wenn in der Dreiererklärung das Problem der Internationalisierung des Suezkanals angeschnitten wird, entsteht natürlich die Frage, warum nur der Suezkanal aus der Zahl der nicht weniger wichtigen Meerengen und Kanäle hervorgehoben wird.

Dabei geht die Sowjetregierung davon aus, daß jegliche Lösung der Frage der Seekanäle und Meerengen von internationaler Bedeutung die Notwendigkeit berücksichtigen muß, die souveränen Rechte der entsprechenden Staaten, durch deren Territorien diese Seewege führen, zu achten.

Unter Berücksichtigung des oben Gesagten ist die Regierung der Sowjetunion als Teilnehmer der Konvention von 1888 der Ansicht, daß an der Erörterung der mit der Freiheit der Schifffahrt auf dem Suezkanal zusammenhängenden Fragen unter allen Umständen auch folgende Länder teilnehmen müssen: Oesterreich, Albanien, Burma, Bulgarien, Ungarn, die Deutsche Demokratische Republik, der Jemen, Jordanien, Irak, der Libanon, Libyen, Marokko, Polen, Rumänien, Saudi-Arabien, Syrien, der Sudan, Tunesien, Finnland, die Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, daß an dieser Konferenz eine solche Großmacht wie die Volksrepublik China teilnimmt.

Die Sowjetregierung hofft, daß die Regierung Großbritanniens der Teilnahme der genannten Staaten an der erwähnten Konferenz, falls diese es für notwendig halten, keine Hindernisse in den Weg legen wird.

Ihrerseits wird die Sowjetregierung einen Vertreter zur Konferenz entsenden, da sie für die friedliche Lösung internationaler Fragen eintritt. Sie tut das auch im Hinblick darauf, daß die bevorstehende Konferenz in London die Möglichkeit geben kann, Wege für ein Herangehen an die Regelung der mit der freien Schifffahrt auf dem Suezkanal zusammenhängenden Fragen zu finden, die unter Berücksichtigung der neuen Umstände sowohl für den ägyptischen Staat als auch für die anderen interessierten Staaten annehmbar wären. Es versteht sich von selbst, daß der Sowjetunion durch die Teilnahme an der Konferenz keineswegs irgendwelche Beschränkungen oder Verpflichtungen auferlegt werden, die sich aus den Prinzipien ergeben, welche die drei Westmächte in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 2. August deklariert haben, oder die den souveränen Rechten und der Würde Ägyptens Abbruch tun könnten.

Was den Zeitpunkt der Konferenz betrifft, wäre es nach Meinung der Sowjetregierung zur besseren Vorbereitung der Konferenz zweckmäßig, sie für Ende August anzuberaumen.

Die Regierung der Sowjetunion ist eine entschlossene Anhängerin der weiteren Minderung der internationalen Spannung, darunter auch im Raum des Nahen und Mittleren Ostens. Sie ist überzeugt, daß die Achtung der souveränen Rechte der Staaten und die Entwicklung inter-

nationaler Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit dem Geist der Zeit auf Grund der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten die wichtigste Voraussetzung für die Festigung des Vertrauens in den zwischenstaatlichen Beziehungen, für die Gewährleistung eines dauerhaften Völkerfriedens ist.

Die Sowjetregierung ist sich dessen bewußt, daß entstehende strittige Fragen in Übereinstimmung mit den

Rechten und den legitimen Interessen der Völker auf friedlichem Wege geregelt werden können und müssen. Sie hofft, daß die Regierungen der Staaten auch in der Suezkanal-Frage Vernunft und Weitblick an den Tag legen und von Handlungen, die unerwünschte Folgen haben könnten, absehen werden.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 190 vom 10. August 1956.

Erklärung des ägyptischen Staatspräsidenten, Gamal Abdel Nasser, vom 12. August 1956

Am 26. Juli gab die ägyptische Regierung die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft bekannt. Ein entsprechendes Gesetz wurde in Kraft gesetzt, das u. a. die Zahlung von Entschädigungen an die Aktionäre auf der Grundlage des Kurswertes der Aktien an der Pariser Börse am Vortage des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorsieht.

Die Verwaltung des Kanals wurde einer unabhängigen Behörde mit unabhängigem Haushaltsplan übertragen. Ihr wurden alle erforderlichen Vollmachten gegeben, welche weder durch Regierungsverordnungen noch -organe eingeschränkt werden dürfen.

Am 3. August 1956 überreichte die britische Botschaft in Kairo dem ägyptischen Außenministerium eine Note der britischen Regierung, die den Text der Erklärung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs im Zusammenhang mit der Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft durch Ägypten enthielt. Neben dieser Erklärung erhielt die ägyptische Regierung auch eine Einladung zur Teilnahme an der für den 16. August 1956 in London stattfindenden Konferenz.

Die ägyptische Regierung kann den Ausführungen des Dreimächte-Kommuniqués über die Suezkanal-Gesellschaft nicht zustimmen. In dem Kommuniqué wurde mit allen Mitteln versucht, der Suezkanal-Gesellschaft einen unwahren Status beizulegen, um dadurch einen Vorwand für eine Einmischung in Angelegenheiten der ägyptischen Souveränität zu schaffen. § 1 des Dreimächte-Kommuniqués besagt, daß die Suezkanal-Gesellschaft immer einen „internationalen Charakter“ gehabt habe. Die ägyptische Regierung muß mit Bedauern feststellen, daß diese Erklärung jeder Grundlage entbehrt. Die Suezkanal-Gesellschaft war eine ägyptische Gesellschaft, der für die Dauer von 99 Jahren die Konzession von der ägyptischen Regierung erteilt wurde. Artikel 16 des zwischen der ägyptischen Regierung und der Gesellschaft abgeschlossenen Konzessionsvertrages bestimmt, daß

„die Suezkanal-Gesellschaft eine ägyptische Gesellschaft ist, die den ägyptischen Gesetzen und dem ägyptischen Wohnheitsrecht unterworfen ist“.

Die britische Regierung erkannte dies an und verteidigte diese Ansicht sogar vor dem gemischten Gerichtshof in Ägypten. Das Memorandum, das der Vertreter der britischen Regierung im Jahre 1939 dem gemischten Berufungs- und Revisionsgericht von Alexandrien vorlegte, enthielt die folgende Erklärung:

„Die Suezkanal-Gesellschaft ist gemäß ägyptischem Recht eine juristische Person. Sie ist rein ägyptisch in Nationalität und Status und aus diesem Grunde der ägyptischen Gesetzgebung unterworfen. Zwar erhielt die Gesellschaft den Namen ‚Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez‘, diese Bezeichnung hat aber keinerlei rechtliche Bedeutung. Aus dem Namen

der Gesellschaft lassen sich keinerlei juristische Folgerungen ableiten. Diese Bezeichnung kann der Gesellschaft zweifellos ihre ägyptische Nationalität nicht nehmen. Auf Grund der allgemein festgelegten Rechtsprinzipien, insbesondere der Grundsätze des internationalen Privatrechts und der Bestimmungen des Gesellschaftsrechts, ist sie ägyptisch. Sie ist ägyptisch, weil ihr eine Konzession gewährt wurde, deren Gegenstand ägyptisches Staatsvermögen ist und weil juristischer Hauptsitz Ägypten ist. Es wäre eine rechtliche Abnormität, wenn man die Gesellschaft gleichzeitig als ‚ägyptische‘ und als ‚nicht-ägyptische internationale‘ Gesellschaft ansähe. Eine solche Definition läuft den allgemeinen Rechtsprinzipien zuwider.“

Im § 1 des Dreimächte-Kommuniqués heißt es ferner:

„Im Jahre 1888 unterzeichneten alle großen Mächte, die wesentlich an dem internationalen Charakter des Kanals und seiner freien und sicheren Benutzung ohne Diskriminierung interessiert waren, die Konvention von Konstantinopel, die zum Nutzen aller Länder bestimmte, daß der internationale Charakter des Kanals für alle Zeiten ungeachtet des Ablaufs der Konzession der Suezkanal-Gesellschaft verankert sein sollte.“

Die ägyptische Regierung stellt mit Bedauern fest, daß das Dreimächte-Kommuniqué in dem erneuten Versuch, dem Suezkanal einen internationalen Charakter beizulegen, die Tatsachen falsch darstellt. Die Konvention von 1888 garantiert die ungehinderte Benutzung des Suezkanals. Zweck der Konvention, so hieß es in der Präambel, sei die Schaffung eines festumrissenen Systems, das allen Staaten die freie Benutzung des Kanals garantieren sollte. Artikel 1 besagt:

„Der Kanal soll in Friedens- wie auch in Kriegszeiten allen Handels- und Kriegsschiffen offenstehen.“

In Artikel 13 der Konvention von 1888 heißt es, daß diese Konvention mit Ausnahme der ausdrücklich in ihren Bestimmungen festgelegten Verpflichtungen die souveränen Rechte der ägyptischen Regierung in keiner Weise beeinträchtigt. Art. 14 der Konvention weist klar auf die Tatsache hin, daß zwischen der Konvention von 1888 und der Suezkanal-Gesellschaft keine Beziehungen bestehen. Es heißt dort:

„Die sich aus der vorliegenden Konvention ergebenden Verpflichtungen werden nicht durch die Dauer der Konzession begrenzt, die der Suezkanal-Gesellschaft gewährt worden ist.“

Es ist bekannt, daß die Konzession der Gesellschaft in 12 Jahren ablaufen sollte und daß die ägyptische Regierung dann in der Verwaltung und dem Betrieb des Kanals Nachfolgerin der Suezkanal-Gesellschaft geworden wäre.

Die ägyptische Regierung bedauert weiterhin, daß das Dreimächte-Kommuniqué absichtlich diejenigen Tatsachen ignoriert, welche die Rechtmäßigkeit des ägyptischen Standpunktes beweisen. Hierin ist die Absicht zu sehen, auf innerägyptische Fragen Einfluß nehmen zu wollen. In § 1 des Kommuniqués heißt es z. B., daß Aegypten in dem 1954 mit England abgeschlossenen Abkommen in Artikel 8 anerkannt hat, daß der Suezkanal „eine Wasserstraße ist, die wirtschaftlich, kommerziell und strategisch internationale Bedeutung hat“. Das Kommuniqué strich den ersten Teil des Art. 8, in dem ausdrücklich festgestellt wird, daß der Kanal ein untrennbarer Teil Aegyptens ist. In § 2 des Kommuniqués erkennen die drei Regierungen an, daß Aegypten alle Vollmachten eines unabhängigen und souveränen Staates besitzt, und sie auch zur Verstaatlichung seiner Werte ausüben kann. Sie stellen jedoch Aegyptens Recht in Frage, die ägyptische Suezkanal-Gesellschaft zu verstaatlichen. Sie behaupten, daß dies „die willkürliche und einseitige Beschlagnahme einer internationalen Körperschaft sei, die für die Erhaltung und den Betrieb des Suezkanals verantwortlich ist, damit alle Signatarstaaten des Vertrages von 1888 und alle Staaten, die in den Genuß der Bestimmungen dieses Vertrages kommen, eine internationale Wasserstraße wirksam benutzen können“. Es ist offenkundig, daß die drei Regierungen hartnäckig zu der grundlegenden Behauptung zurückkehren, daß die Suezkanal-Gesellschaft eine „internationale“ Körperschaft sei und daß die ägyptische Regierung daher nicht deren Status ändern könne. Diese Feststellung aber ignoriert alle Konventionen, in denen es heißt, daß die Suezkanal-Gesellschaft eine ägyptische Gesellschaft ist, die im Einklang mit den ägyptischen Gesetzen arbeitet. Es wird dabei ebenso die Tatsache außer acht gelassen, daß die ägyptische Regierung die Verwaltung des Kanals nach Ablauf der Konzession der Gesellschaft übernimmt, wie auch die Tatsache, daß der Suezkanal ein untrennbarer Bestandteil Aegyptens ist. Die Konvention von 1888 hat Gültigkeit, ob der Kanal nun von einer Gesellschaft oder der ägyptischen Regierung verwaltet wird. Der Beschluß, die Suezkanal-Gesellschaft zu verstaatlichen, ist eine Entscheidung, die die ägyptische Regierung in Ausübung der souveränen Rechte Aegyptens gefaßt hat. Jeder Wunsch, der Suezkanal-Gesellschaft einen internationalen Charakter beizulegen, ist nur als eine Rechtfertigung für die Einmischung in Aegyptens innere Angelegenheiten anzusehen.

In § 3 des Kommuniqués wird behauptet, „daß die von der ägyptischen Regierung unternommenen Schritte — die nach Erwägung aller Begleitumstände unternommen wurden — die von der Konvention von 1888 garantierte Freiheit und Sicherheit des Kanals bedrohen“.

Diese Feststellung entbehrt jeder Grundlage, da, wie schon betont, zwischen der Suezkanal-Gesellschaft und der Konvention von 1888 bezüglich der freien Schifffahrt durch den Kanal keine Verbindung besteht, Artikel 14 der Konvention von 1888 stellt klar heraus, daß „die sich aus der vorliegenden Konvention ergebenden Verpflichtungen nicht durch die Dauer der der Suezkanal-Gesellschaft gewährten Konzession begrenzt sind“. Die Suezkanal-Gesellschaft ist niemals für die freie Schifffahrt durch den Kanal verantwortlich gewesen; das ist die Aufgabe der Konvention von 1888, und die ägyptische Re-

gierung wacht über diese Freiheit in ihrer Eigenschaft als Land, in dessen Hoheitsgebiet der Kanal liegt und zu dessen Hoheitsgebiet er als untrennbarer Bestandteil gehört. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Aegypten niemals eine seiner internationalen Verpflichtungen verletzt hat. Es ist ganz und gar unvorstellbar, daß irgendeine Gesellschaft für die Freiheit der Schifffahrt auf dem Suezkanal und für die Sicherheit des Kanals verantwortlich gemacht werden kann. Diese Verwirrung zwischen der Suezkanal-Gesellschaft und der freien Schifffahrt ist nur ein weiterer Beweis für den vorsätzlichen Versuch, einen Vorwand für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten und die Souveränität Aegyptens zu finden.

§ 4 des Kommuniqués besagt, daß „die drei Regierungen der Ansicht sind, daß Schritte unternommen werden sollten, um Abmachungen über den Betrieb des Kanals im Rahmen eines internationalen Systems zu treffen, das einen ununterbrochenen Betrieb des Kanals, so wie es in der Konvention vom 29. Oktober 1888 garantiert worden ist, im Einklang mit den berechtigten ägyptischen Interessen gewährleisten soll“.

Dieser Absatz weist klar auf die Gründe hin, die hinter dem Versuch der drei westlichen Regierungen stehen, der Suezkanal-Gesellschaft einen „internationalen“ Charakter beizumessen und die Bestimmungen aller Konventionen und Gesetze zu mißachten. Ziel des Kommuniqués ist die Aberkennung der festbegründeten ägyptischen Rechte sowie die Aberkennung der Souveränität über den Kanal, der ein untrennbarer Bestandteil ägyptischen Hoheitsgebietes ist. In der Konvention von 1888 selbst heißt es, daß sie während der Dauer der Konzession sowie nach deren Ablauf und der Uebernahme der Verwaltung des Kanals durch die ägyptische Regierung in Kraft bleibe. Nach Ansicht der ägyptischen Regierung ist der Vorschlag für die Schaffung einer internationalen Behörde nur eine milde Umschreibung dessen, was man als „kollektiven Kolonialismus“ bezeichnen sollte. Dieser Vorschlag, der sich auf irreführende Erklärungen, denen zufolge der ägyptischen Gesellschaft ein internationaler Charakter beigemessen wurde, stützt, läßt klar erkennen, daß die drei Westmächte Aegypten eines seiner souveränen Rechte berauben wollen.

Das Dreimächte-Kommuniqué war mit einer Absprache verbunden, die darauf abzielte, das ägyptische Volk auszuhungern und zu bedrohen. Die drei Regierungen haben in Verletzung internationaler Abkommen und der Charta der Vereinten Nationen ägyptische Guthaben bei ihren Banken blockiert. Diese Maßnahmen wurden getroffen, um wirtschaftlichen Druck auf das ägyptische Volk auszuüben. Das Land, das den Kanal baute, verlor 120 000 seiner Söhne und trug praktisch alle Ausgaben, die die Erdarbeiten des Kanals erforderten. England und Frankreich mobilisierten ihre Reserve und haben offiziell Flotten- und Truppenbewegungen bekanntgegeben. Die ägyptische Regierung verurteilt diese Maßnahme auf das schärfste. Diese Maßnahmen sind Drohungen gegen das ägyptische Volk, um es zur Uebergabe eines Teils des ägyptischen Hoheitsgebietes und der Souveränität an eine internationale Behörde zu zwingen. Mit diesen Schritten bedrohen die britische und französische Regierung Frieden und Sicherheit in der Welt und folgen einem Kurs, der mit der Charta der Vereinten Nationen nicht verein-

bar ist. Diese Maßnahmen, die eine Bedrohung aller kleinen Länder darstellen, werden nicht nur in Ägypten, sondern in allen freien Ländern und von allen Völkern verurteilt, die sich von der Kolonialherrschaft befreien und die danach streben, ihre unter Schwierigkeiten gewonnene Unabhängigkeit und Souveränität zu wahren.

Nach der Bekanntgabe der Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft bekräftigte die ägyptische Regierung ihre Entschlossenheit, die freie Schifffahrt durch den Kanal zu garantieren. Die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft hat die Freiheit der Schifffahrt im Kanal in keiner Weise beeinträchtigt, wie aus der Anzahl der Schiffe (766) hervorgeht, die in den letzten beiden Wochen den Kanal passierten.

Bei der Einladung zu der Suezkonferenz stellt die ägyptische Regierung mit Erstaunen fest, daß die britische Regierung Einladungen zu einer Konferenz verschickt, auf der Fragen erörtert werden sollen, die den Suezkanal, einen untrennbaren Teil Ägyptens, betreffen, ohne Ägypten, das in dieser Angelegenheit direkt betroffene Land, vorher zu konsultieren. England hat den Teilnehmerkreis für die Konferenz auf 24 Länder beschränkt, ungeachtet der Tatsache, daß die Zahl der Staaten, die im Jahre 1955 den Suezkanal benutzten, nicht weniger als 45 beträgt.

In Anbetracht des oben Gesagten sieht sich die ägyptische Regierung außerstande, die geplante Konferenz mit

ihren Begleitumständen als eine internationale Konferenz anzusehen, die befugt ist, Entscheidungen zu treffen. Die geplante Konferenz hat außerdem keinerlei Recht, Fragen, die in den Kompetenzbereich Ägyptens fallen oder sich auf die Souveränität in irgendeinem Teil seines Hoheitsgebietes beziehen, zu besprechen. Aus diesem Grunde kann Ägypten die Einladung nicht annehmen.

In dem Bemühen, alles zu tun, um den Weltfrieden zu erhalten, und im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen sowie den Beschlüssen der Bandung-Konferenz, die für eine friedliche Lösung internationaler Probleme eintreten, ist Ägypten bereit, zusammen mit den anderen Signatarstaaten der Konvention von Konstantinopel aus dem Jahre 1888 die Einberufung einer neuen Konferenz zu fördern, zu der die Regierungen aller Länder, deren Schiffe den Suezkanal passieren, eingeladen werden sollten. Zweck dieser Konferenz sollten eine Ueberprüfung der Konvention von Konstantinopel und Erwägungen für den Abschluß eines Abkommens zwischen all diesen Staaten sein, in dem die Freiheit der Schifffahrt im Suezkanal bekräftigt und garantiert wird. Dieses Abkommen würde im Sekretariat der Vereinten Nationen hinterlegt und dort veröffentlicht werden. Auf diese Weise wäre es möglich, daß auch andere Regierungen, falls erforderlich, Partner dieses Abkommens werden könnten.

Quelle: Pressemitteilung der ägyptischen Botschaft in Bonn.

Lösungsvorschläge für die Regelung der Suezkanal-Frage

vorgelegt auf der Londoner Suezkanal-Konferenz vom 16. bis zum 23. August 1956

Der Vorschlag der Konferenzmehrheit

Die Regierungen, die an der Londoner Konferenz teilnehmen und diese Erklärung billigen, geben in Sorge wegen der ersten Situation hinsichtlich des Suezkanals, in dem Bemühen um eine friedliche Lösung in Uebereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen, und in der Erkenntnis, daß eine angemessene Lösung auf der einen Seite den Souveränitätsrechten Ägyptens einschließlich seines Rechtes auf eine gerechte, angemessene Entschädigung für die Benutzung des Kanals Rechnung tragen und auf der anderen Seite den Suezkanal als einen internationalen Wasserweg in Uebereinstimmung mit der Suezkanal-Konvention vom 29. Oktober 1888 sicherstellen muß, gemeinsam im folgenden ihren Ansichten Ausdruck:

1. Sie sind der Meinung, daß, wie in der Präambel der Konvention von 1888 ausgeführt, „eine definitive Regelung“ geschaffen werden muß, „die allen Mächten zu allen Zeiten die freie Benutzung des Suezkanals sichern soll“.

2. Eine solche Regelung sollte sicherstellen:

a) die leistungsfähige und zuverlässige Leitung, Unterhaltung und Erweiterung des Kanals als einer freien, offenen und sicheren internationalen Wasserstraße in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Konvention von 1888;

b) die Freihaltung der Leitung des Kanals von jeder Beeinflussung durch die Politik irgendeines Landes;

c) die Achtung der Souveränität Ägyptens;

d) ein Entgelt für Ägypten für die Benutzung des Suezkanals, das gerecht und angemessen ist und sich mit der Erweiterung und stärkeren Benutzung des Kanals erhöht;

e) die Zahlung einer Summe an die Internationale Suezkanal-Gesellschaft, die als eine ihr zustehende angemessene Entschädigung erachtet wird;

f) so niedrige Kanalgebühren, wie sie sich mit den vorher angeführten Erfordernissen vereinbaren lassen, und abgesehen von d) keine Gewinne.

3. Um diese Ziele auf einer dauerhaften und zuverlässigen Grundlage zu erreichen, sollten durch eine Konvention vereinbart werden:

a) eine Einrichtung für die Zusammenarbeit von Ägypten und anderen an dem Betrieb, der Unterhaltung und dem Ausbau des Kanals interessierten Ländern sowie für den Ausgleich und die Sicherung ihrer respektiven Interessen am Kanal. Zu diesem Zweck hätte eine Suezkanalbehörde für den Betrieb, die Unterhaltung, den Ausbau und die Erweiterung des Kanals zur Erhöhung des Verkehrsvolumens im Interesse des Welthandels und Ägyptens verantwortlich zu sein. Ägypten hätte der Behörde alle Rechte und Möglichkeiten zu gewähren, deren sie zur Erfüllung hier umrissener Aufgaben bedarf.

Mitglieder der Behörde hätten neben Ägypten andere Staaten zu sein, die in einer noch zu vereinbarenden Weise aus den Unterzeichnerstaaten der Konvention ausgewählt werden, wobei Benutzung, Struktur des Handels und geographische Verteilung gebührend zu berücksichtigen wären; die Zusammensetzung der Behörde müßte sicherstellen, daß sie ihre Aufgaben allein im Hinblick auf bestmögliche Betriebsergebnisse ohne jede politisch be-

dingte Bevorzugung oder Benachteiligung irgendeines Kanalbenutzers erfüllt.

Die Behörde müßte in regelmäßigen Abständen den Vereinten Nationen berichten;

b) eine Schiedskommission zur Regelung von Streitigkeiten über das gerechte Entgelt für Ägypten, die angemessene Entschädigung der Internationalen Suezkanal-Gesellschaft oder über andere Angelegenheiten, die sich beim Betrieb des Kanals ergeben;

c) wirksame Sanktionen bei jeder Verletzung der Konvention durch einen Unterzeichnerstaat oder eine andere Nation, einschließlich von Bestimmungen, die jede Anwendung oder Androhung von Gewalt zur Störung der Benutzung oder des Betriebes des Kanals für eine Bedrohung des Friedens und eine Verletzung der Ziele und Grundsätze der UN-Charta erklären;

d) Bestimmungen über eine angemessene Assoziierung mit den Vereinten Nationen und über eine Revision, falls notwendig.

Der indische Vorschlag

Unter Anerkennung der zwingenden Notwendigkeit, eine friedliche und schnelle Lösung der den Suezkanal betreffenden Situation in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen und der Charta der Vereinten Nationen zu finden und den Weg zu unverzüglichen Verhandlungen zu öffnen auf der Grundlage

1. der Anerkennung der Souveränität Ägyptens,
2. der Anerkennung des Kanals als eines integrierenden Bestandteiles von Ägypten und als eines Wasserweges von internationaler Bedeutung,
3. der freien und uneingeschränkten Durchfahrt der Schiffe aller Nationen gemäß der Konvention von Konstantinopel,
4. gerechter und angemessener Abgaben und Gebühren und der Verfügbarkeit der Einrichtungen des Kanals für alle Nationen ohne jede Diskriminierung,
5. der Erhaltung des Kanals in ständiger guter Verfassung und entsprechend den modernen technischen Erfordernissen der Schifffahrt,

6. der angemessenen Berücksichtigung der Interessen der Benutzer des Kanals,

unter Hinweis darauf, daß die Konvention von 1888 als ihr Ziel die Schaffung einer „definitiven Regelung“ nennt, „die allen Mächten zu allen Zeiten die freie Benutzung des Suezkanals sichern soll“,

und unter Berücksichtigung dessen, daß Ägypten noch am 21. Juli 1956 erklärt hat, es sei entschlossen, alle seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und sowohl die Konvention von 1888 als auch die entsprechenden, im britisch-ägyptischen Abkommen von 1954 gegebenen Zusagen einzuhalten,

werden die folgenden Vorschläge in der Ueberzeugung unterbreitet, daß sie die Grundlage für eine friedliche Lösung legen werden:

I. daß die Konvention von Konstantinopel aus dem Jahre 1888 überprüft werde, damit ihre Grundsätze erneut bestätigt und die Aenderungen vorgenommen werden, die heute notwendig sind, insbesondere hinsichtlich Bestimmungen über gerechte und angemessene Abgaben und Gebühren sowie über die Unterhaltung des Kanals im Sinne der unter 4) und 5) genannten Grundsätze;

II. daß alle Schritte einschließlich der Einberufung einer Konferenz von Vertretern der Unterzeichnerstaaten der Konvention von 1888 und aller Nationen, die den Kanal benutzen, zur Erörterung der unter I. genannten Dinge erwogen werden;

III. daß erwogen wird, die internationalen Benutzerinteressen ohne Beeinträchtigung des ägyptischen Eigentums mit der ägyptischen Suezkanal-Gesellschaft zu verbinden;

IV. daß eine beratende Körperschaft der Kanalbenutzer auf der Grundlage der geographischen Verteilung und der Interessen gebildet wird, der Beratungs- und Verbindungsfunktionen übertragen werden;

V. daß die Regierung Ägyptens den Vereinten Nationen den Jahresbericht der ägyptischen Suezkanal-Gesellschaft übermittelt.

Quelle: *Englische Rundschau*, Nr. 34 vom 24. August 1956.

Anteile an den Schiffspassagen durch den Suezkanal

(in vH der Gesamt-Nettotonnage)

	Vereinigte Staaten	Großbritannien	Dänemark	Niederlande	Frankreich	Deutschland	Griechenland	Italien	Japan	Liberia ²	Norwegen	Panama ²	Schweden	Andere Flaggen
1938	1,1	50,4	1,4	8,8	5,1	9,1	2,3	13,4	2,0	—	4,3	0,1	0,9	1,1
1950	10,2	32,5	2,1	5,5	7,7	0,2	1,6	6,5	—	3,1	14,1	9,7	2,6	4,2
1951	9,8	33,5	3,0	4,7	8,2	0,5	1,8	6,1	. ¹	3,2	14,1	8,0	2,4	4,7
1952	7,3	33,3	2,8	4,5	9,0	0,8	1,2	5,4	0,3	3,5	15,7	7,9	3,0	5,3
1953	4,4	33,7	2,6	4,6	9,1	0,9	1,2	5,4	0,5	5,4	15,0	8,6	3,4	5,2
1954	3,0	32,1	2,3	4,5	9,2	1,8	1,2	6,8	0,6	9,3	14,0	7,4	3,5	4,3
1955	2,7	28,3	2,5	4,1	9,4	2,1	1,2	8,0	0,9	12,1	13,5	7,0	3,3	4,9

¹) Anteil unter 0,1 vH.

²) Bei Liberia und Panama handelt es sich um sogenannte „Flaggenstaaten“; der größte Teil des unter ihrer Flagge registrierten Schiffsraums gehört Eignern aus anderen Nationen.

Quelle: D. C. Watt, „Britain and the Suez Canal“, prepared on behalf of the Royal Institute of International Affairs, London, August 1956, S. 47.

Der Verlauf der Londoner Suez-Konferenz vom 16. bis zum 23. August 1956 und der anschließenden Besprechungen in Kairo

Die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft am 26. Juli 1956 beantwortete die britische und französische Regierung am folgenden Tage mit einem Protest. Am 1. August sicherte die ägyptische Regierung in einer Zirkularnote die Freiheit der Kanalschifffahrt zu. Die am 29. Juli in London aufgenommenen Konsultationen des britischen und französischen Außenministers und des amerikanischen Unterstaatssekretärs Robert Murphy führten, nachdem am 1. August Außenminister Dulles in die Verhandlungen eingriff, am 2. August zur Einberufung einer Suezkanal-Konferenz auf den 16. August nach London. Der britischen Einladung leisteten von 24 Staaten 22^o Folge. Eingeladen hatte man die Unterzeichnerstaaten der Konvention von Konstantinopel aus dem Jahre 1888 und die Länder, deren Handelsflotten zu den wichtigen Benutzern des Kanals zählen. Die griechische Regierung lehnte die Teilnahme „wegen der Bedingungen, unter denen die Londoner Konferenz einberufen worden ist, und wegen der besonderen Umstände, in welchen sich Griechenland befindet“ ab. Der ägyptische Staatspräsident, Gamal Abdel Nasser, gab die Ablehnung in einer Erklärung bekannt, deren Wortlaut auf Seite 9189 dieser Folge wiedergegeben ist.

Die sowjetische Regierung ersuchte am 9. August im Zusammenhang mit der Annahme der Einladung um eine Verschiebung der Konferenz und um eine Erweiterung des Teilnehmerkreises um 22 weitere Staaten, was jedoch zwei Tage später von der britischen Regierung abgelehnt wurde. Am Vorabend der Konferenz gab die Regierung der DDR bekannt, daß die britische Regierung es abgelehnt habe, einer Delegation der DDR zur Konferenz Einreisevisa zu erteilen, und protestierte energisch gegen „diese Anmaßung“ der britischen Regierung. Dabei drückte die Regierung der DDR ihre tiefe Sympathie für Ägypten aus.

Dem Konferenzbeginn ging ein reger diplomatischer Meinungsaustausch voraus, und die meisten Delegationsleiter nahmen die Gelegenheit wahr, bereits am Vortage der Eröffnungssitzung in London Besprechungen zu führen.

16. August 1956

Nach einer kurzen Begrüßung durch Premierminister Sir Anthony Eden, der u. a. davon sprach, daß der Anlaß der Konferenz zu den ernstesten gezählt werden müsse, die man seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt habe, wurden in der Vormittagssitzung überraschend schnell die Verfahrensfragen geregelt. Obwohl der sowjetische Außenminister, Schepilow, zunächst anregte, lieber einem Vertreter einer weniger direkt vom Suezkonflikt betroffenen Macht den Vorsitz einzuräumen, erklärten sich die Delegierten schließlich auf Antrag Schwedens mit dem Vorsitz des britischen Außenministers, Selwyn Lloyd, als Vertreter des Gastlandes einverstanden. Nach einigen Ein-

wendungen Indiens, Indonesiens und der Sowjetunion beschloß die Konferenz, sich im allgemeinen an die Verfahrensregeln der Vereinten Nationen zu halten.

Die Konferenz war damit so unerwartet schnell zur Behandlung ihres eigentlichen Themas gelangt, daß die meisten Delegationen in der Nachmittagsitzung noch nicht auf eine Diskussion vorbereitet waren. Als erster Redner entwickelte der amerikanische Außenminister, Dulles, seinen Plan zur Lösung der Krise, der die Errichtung einer internationalen Behörde für den Betrieb des Kanals durch einen neuen Vertrag, eine angemessene Entschädigung der Suezkanal-Gesellschaft und die Einrichtung einer Schiedsgerichtskommission für allfällige Meinungsverschiedenheiten vorsah. Nach zustimmenden Äußerungen des schwedischen Außenministers, Oesten Undén, und des italienischen Außenministers, Gaetano Martino, unterstrich der indonesische Außenminister, Ruslan Abdulgani, das Recht Ägyptens, die Suezkanal-Gesellschaft zu verstaatlichen, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die ägyptische Regierung alle Garantien für die notwendige Freiheit der Schifffahrt im Suezkanal geben werde.

17. August 1956

Am zweiten Konferenztag kam in der Vormittagsitzung in der Rede des sowjetischen Außenministers, Dimitri T. Schepilow, die den amerikanischen Anregungen entgegenstehende Auffassung zum Ausdruck, wie sie schon in den Ausführungen des indonesischen Außenministers am Vortage angeklungen war. Schepilow widmete einen großen Teil seiner Ausführungen einer Darstellung des Rechtes der ägyptischen Regierung auf Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft. Davon sei die Frage der Freiheit der Kanalschifffahrt scharf zu trennen. Zweifel an der Glaubwürdigkeit des ägyptischen Präsidenten seien ein Verstoß gegen das Prinzip der friedlichen Koexistenz, und der Versuch, Ägypten mit Gewalt einen Eingriff in seine Souveränitätsrechte aufzuzwingen, würde die Gefahr eines großen umfassenden Konfliktes heraufbeschwören. Schepilow machte dann den Vorschlag, die Konferenz möge nur gewisse für alle Teilnehmer annehmbare Prinzipien festlegen, dann der ägyptischen Anregung (vgl. Zeittafel in EA 16/1956) entsprechend eine umfassendere größere Konferenz einzuberufen und ihre Vorbereitung einer Kommission zu übertragen, der Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Indien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten angehören sollten.

Namens der Bundesregierung setzte sich Bundesminister von Brentano für eine institutionelle Sicherung der in der Konvention von Konstantinopel garantierten Freiheit der Kanalschifffahrt unter Wahrung der legitimen ägyptischen Interessen ein.

In der Nachmittagsitzung sprach der französische Außenminister, Christian Pineau, der ägyptischen Regierung das Recht auf Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft ab und unterstützte im wesentlichen den amerikanischen Plan hinsichtlich der Errichtung einer internationalen Behörde für den Kanal.

18. August 1956

Den sitzungsfreien Vormittag hatte der amerikanische Außenminister, Dulles, zu einem anderthalbstündigen Meinungsaustausch mit dem sowjetischen Außenminister,

*) An der Konferenz nahmen somit die folgenden Staaten teil: Äthiopien, Australien, Ceylon, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Pakistan, Persien, Portugal, Schweden, die Sowjetunion, Spanien, Türkei, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Gleichzeitig hielt sich der ägyptische Kabinettschef Ali Sabri in London auf, um seine Regierung über den Konferenzverlauf zu informieren.

Schepilow, ausgenutzt und konferierte anschließend mit dem französischen und britischen Außenminister.

In der Sitzung am Nachmittag leitete der britische Außenminister nach der ersten Klärung der Standpunkte der Konferenzteilnehmer an den Vortagen die eigentlichen Verhandlungen ein, indem er einen westlichen Lösungsvorschlag andeutete, der sich auf die Festlegung einiger Grundsätze beschränken sollte, die dann Gegenstand von Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung sein sollten.

Im Anschluß an die Sitzung arbeiteten die westlichen Delegationen eine Grundsatzerklärung aus, die noch am gleichen Abend den Konferenzteilnehmern zugeleitet wurde.

20. August 1956

Der Sonntag und der Montagvormittag, an dem keine Sitzungen stattfanden, waren ausgefüllt mit Meinungsaustauschen aller Delegationen. Die Konferenzteilnehmer stimmten sich weitgehend untereinander ab, so daß mit der Sitzung am Montagnachmittag die entscheidende Phase der Konferenz beginnen konnte.

Der indische Staatsminister *Krischna Menon* eröffnete die Erörterungen, indem er einen Lösungsvorschlag für die Garantie der Freiheit der Kanalschifffahrt vorlegte. Dem indischen Plan stellte der amerikanische Außenminister seinen Resolutionsentwurf entgegen. (Der Text des amerikanischen und des indischen Plans sind auf Seite 9191 dieser Folge im Wortlaut wiedergegeben.) Angelpunkt der Diskussionen wurde damit die Frage, ob der Kanal durch Ägypten unter Zuziehung eines internationalen beratenden und beobachtenden Gremiums (indischer Vorschlag) oder durch eine internationale Behörde selbst betrieben werden soll (amerikanischer Vorschlag). Die Notwendigkeit einer Garantie der freien Kanalschifffahrt wurde von keinem Konferenzteilnehmer in Zweifel gezogen.

21. August 1956

Die Sitzung am Dienstag brachte die mit großem Interesse erwarteten Stellungnahmen der verschiedenen Länder zu dem amerikanischen und dem indischen Vorschlag. Nachdem der amerikanische Außenminister einem Antrag Pakistans auf gewisse redaktionelle Klarstellungen und Aenderungen sofort stattgab, erklärten die Vertreter Äthiopiens, Pakistans, Persiens und der Türkei ihr Einverständnis mit dem sog. Dulles-Plan. Ihnen folgten im weiteren Verlauf der Sitzung die Delegierten von Schweden, Norwegen, Australien, Neuseeland, Italien, Deutschland, Japan, den Niederlanden, Portugal und Frankreich.

Außenminister *Schepilow* brachte eine Kritik des amerikanischen Vorschlages und verzichtete zugunsten des indischen Resolutionsentwurfes auf eigene Anregungen. Die gleiche Stellung bezogen, wenn auch mit zurückhaltenderen Formulierungen, die Außenminister Ceylons und Indonesiens.

Nur der spanische Botschafter *Marquis de Santa Cruz* ging zunächst einen eigenen Weg, indem er anregte, die im Dulles-Plan vorgesehene Behörde solle eine ägyptische Einrichtung mit einer angemessenen Vertretung der Benutzerstaaten sein. Für den Fall der Nichtannahme seines Vorschlags bat der spanische Vertreter um die Uebermittlung des spanischen Dokumentes zusammen mit den anderen Konferenzvorschlägen an die ägyptische Regierung.

22. August 1956

Da nach den Entscheidungen am Vortage eigentlich nur noch die Art und Weise, wie die Lösungsvorschläge der ägyptischen Regierung übermittelt werden sollten, zu diskutieren war, hatte man allgemein damit gerechnet, die Konferenz nunmehr zum Abschluß bringen zu können. Der Vormittag war ausgefüllt mit Einzelgesprächen, in deren Rahmen der indische Vertreter eine besondere Aktivität entwickelte.

In der Sitzung am Nachmittag ergriff Außenminister *Selwyn Lloyd* das Wort und plädierte nach einer Zusammenfassung des Konferenzergebnisses für den Dulles-Plan. Der indische Staatsminister *Krischna Menon* setzte sich noch einmal werbend für seinen Vorschlag ein. Sein Hinweis, daß er noch ohne Instruktionen aus Neu-Delhi sei und daher nicht endgültig Stellung nehmen könne, veranlaßte eine mehrmalige Unterbrechung der Konferenz und schließlich deren Vertagung auf den nächsten Tag. Spanien erklärte mit den am Vortag gemachten Vorbehalten seine Zustimmung zum amerikanischen Vorschlag. Nach einer neuseeländischen Anregung, eine Kommission mit dem Dulles-Plan zu Verhandlungen nach Kairo zu entsenden, erklärte der britische Außenminister seine Bereitschaft, der ägyptischen Regierung ein Protokoll der Konferenz zu übermitteln.

23. August 1956

Bei Beginn der Sitzung gab der neuseeländische Außenminister, *T. L. Macdonald*, im Namen von 17 den Dulles-Plan unterstützenden Nationen bekannt, daß Vertreter von Äthiopien, Australien, Persien, Schweden und den Vereinigten Staaten ersucht werden, unter dem Vorsitz von Premierminister *Robert G. Menzies* der ägyptischen Regierung den Dulles-Plan vorzulegen und festzustellen, ob Ägypten auf der Grundlage dieses Planes zu weiteren Verhandlungen bereit ist. Als 18. Land stimmte Spanien grundsätzlich zu, hielt aber seinen Vorschlag als Ersatzlösung für den Fall einer ägyptischen Ablehnung aufrecht. Ein letzter Versuch des indonesischen Außenministers, *Ruslan Abdulgani*, einer Anregung der vier in der Minderheit gebliebenen Staaten entsprechend, ein zurückhaltendes gemeinsames Kommuniqué zu formulieren, scheiterte an der Ablehnung des sowjetischen Außenministers, der das Dokument für nicht inhaltsreich genug erachtete.

24. August bis 10. September 1956

Bereits am 24. August konstituierte sich unter dem australischen Premierminister, *Robert G. Menzies*, das Fünfer-Komitee und richtete eine Anfrage an den ägyptischen Präsidenten, *Gamal Abdel Nasser*, ob er bereit sei, das Komitee zur Entgegennahme und Erläuterung des Mehrheitsplanes zu empfangen. Am 28. August 1956 erklärte Präsident *Nasser* sein Einverständnis. Als das Fünfer-Komitee am 3. September erstmalig von Präsident *Nasser* empfangen wurde, hatte bereits der indonesische Außenminister, *Ruslan Abdulghani*, der sowjetische Botschafter und der indische Staatsminister, *Krischna Menon*, die Haltung ihrer Regierungen und den indischen Lösungsvorschlag in Kairo erläutert. Nach mehrmaligen Zusammenkünften wurden die Besprechungen des Fünfer-Komitees mit Präsident *Nasser* ergebnislos beendet.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. August 1956

Die Ereignisse in Europa*

Albanien

20. Nachdem sich die albanische Regierung mit der Repatriierung ehemaliger Angehöriger der griechischen Armee, die während des Bürgerkrieges als Gefangene der Kommunisten nach Albanien verbracht worden waren, einverstanden erklärt hat, beginnt deren Heimtransport.

Bulgarien

18. Das Parlament bestätigt die Ernennung von Karlo *Lukanoff* zum neuen Außenminister und Nachfolger des am 11. August verstorbenen Außenministers, *Mintscho Nejtshew*.

Deutschland

16. Der Ministerrat der DDR beschließt in einer Sitzung mit den Vorsitzenden der Räte der Bezirke „Maßnahmen zur beschleunigten Ueberwindung der übermäßigen Zentralisierung der Arbeit des Staatsapparates und zur Stärkung der Initiative, zur Aktivierung der örtlichen Organe sowie zur Erhöhung der Rechte und der Verantwortlichkeit für ihre Tätigkeitsbereiche“.
17. Verkündung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes, in dem die Kommunistische Partei Deutschlands für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst wird. Die Bildung von Ersatzorganisationen wird verboten, und das Vermögen der Partei wird eingezogen. Mit der Durchführung des Beschlusses sind der Bundesminister des Innern und die Landesinnenminister betraut. In Vollstreckung dieses Urteils werden kurz nach der Verkündung alle Gebäude der KPD und deren Presse durch die Polizei besetzt und verschiedene Funktionäre der Partei festgenommen. Bundesminister *Schröder* erklärt in einer Pressekonferenz, es sei an keine Hexenjagd oder Menschenverfolgung gedacht. Die kleinen bisherigen Gefolgsleute der Partei hätten nichts zu befürchten. Der Bundesminister wendet sich gegen Befürchtungen, das Verbot der KPD könne die Wiedervereinigung erschweren, denn bei der Ausschreibung gesamtdeutscher Wahlen sei man nicht an das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gebunden.
18. Auf einer Großkundgebung in Berlin erklärt der stellvertretende Ministerpräsident der DDR *Otto Nuschke*, das Verbot der KPD sei ein Signal für alle freiheitlichen und demokratischen Menschen in ganz Deutschland. Mit den Kommunisten fange es an und mit der Verfolgung aller demokratischen Kräfte werde es aufhören.
23. In einer Ansprache über den Norddeutschen Rundfunk erklärt der Bundesminister des Auswärtigen, *Dr. von Brentano*, die Londoner Suezkanal-Konferenz sei ein Musterbeispiel dafür gewesen, wie man inter-

nationale Meinungsverschiedenheiten besprechen sollte.

25. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR veröffentlicht eine Erklärung zur Londoner Suezkanal-Konferenz. Darin erklärt man sich mit Ägypten solidarisch und bezeichnet den Vorschlag des indischen Delegierten als eine geeignete Grundlage für eine friedliche Regelung. Im Interesse einer solchen Regelung sei die DDR bereit, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Ägypten zu erweitern und zu vertiefen und alle Möglichkeiten der Erweiterung des gegenwärtigen Handelsabkommens mit Ägypten zu prüfen.
29. Bundesminister *Dr. von Brentano* gibt in einer Sendung des Bayrischen Rundfunks seiner Erwartung Ausdruck, daß die ägyptische Regierung ebenso wie die deutsche Regierung seinerzeit bei der Errichtung der Montanunion freiwillig gewisse Souveränitätsrechte zugunsten einer internationalen Körperschaft aufgeben werde. Der Wille, das eigene Volk lebensfähig zu erhalten, und nicht die Gegensätzlichkeit zu einem dritten Staat habe die Regierungen der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Deutschlands und anderer Staaten an einen Tisch gebracht. Vor der Volkskammer der DDR führt der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister der DDR, *Dr. Lothar Bolz*, aus, daß keine deutsche Frage ohne die DDR als einem der Nachfolgerstaaten des Deutschen Reiches behandelt werden könne. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und das Verbot der KPD habe neue Hindernisse auf dem Wege zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage geschaffen. Der stellvertretende Ministerpräsident *Walter Ulbricht* nennt folgende Bedingungen für eine Wiedervereinigung: Begrenzung der beiderseitigen Streitkräfte, Entfernung der „Hitlergenerale und Revanchisten“ in der Bundesrepublik, Nationalisierung der Rüstungsmonopole, schrittweise Zurückziehung der ausländischen Truppen, Aufhebung des Verbots der KPD, Verbot aller „militaristischen Organisationen und Verbände“ und Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Abgeordneten der Bundesrepublik und der DDR.
30. Die ägyptische Botschaft kritisiert in ihrem Bulletin die Ausführungen des Bundesministers *Dr. von Brentano* vom 29. August 1956. Es bestehe ein grundlegender Unterschied zwischen der Frage einer künftigen Kanalverwaltung und der Montanunion. Im Falle des Suezkanals verlange man den Souveränitätsverzicht nur von Ägypten, während in der Montanunion alle beteiligten Staaten gleichermaßen Verzicht geleistet hätten.
31. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung veröffentlicht eine Erklärung, in der die Bundesregierung auf den Inhalt einer Deklaration der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 28. August

*) Vgl. hierzu die Mitteilungen des Europarats für August auf S. 9199 bis 9202 dieser Folge.

1956 über das Verbot der KPD eingeht und diese „grobe Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten“ energisch zurückweist. Die Sowjetregierung würde es sicher auch für unangebracht halten, wenn an sie das Ansinnen gestellt würde, die in der Sowjetunion verbotenen demokratischen Parteien wieder zuzulassen. Die Bundesregierung empfiehlt, aus den Beschlüssen über die Abschaffung des Personenkults endlich auch Folgerungen für die immer noch stalinistische Deutschlandpolitik zu ziehen, eine stalinistische Politik, gegen die sich doch die Kommunisten Rußlands mit Abscheu gewandt hätten.

Finnland

- 21.—26. Staatsbesuch des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion, K. J. Woroschilow. Vor seiner Rückreise gibt Staatspräsident Woroschilow der amerikanischen Nachrichtenagentur *Associated Press* ein Interview, in dem er darauf hinweist, daß die Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion ein gutes Beispiel dafür seien, wie sie zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer und wirtschaftlicher Ordnung gestaltet werden müßten. Diese Beziehungen hätten eine positive Rolle bei der Minderung der internationalen Spannung, besonders im Ostseeraum, gespielt und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und allen nord-europäischen Ländern beigetragen.

Frankreich

24. Der Ministerrat nimmt unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten, René Coty, das Statut für das französische Treuhandgebiet Togo an, das Gegenstand eines Referendums der betroffenen Bevölkerung sein soll (vgl. Zeittafel in EA 17/1956, die Organisation der Vereinten Nationen). Das Statut sieht eine Selbstverwaltung Togos innerhalb der Französischen Union vor.

Griechenland

24. Die niederländische Königin trifft zu einem mehr-tägigen Besuch auf Korfu ein.
25. Das Außenministerium gibt bekannt, daß die griechische und die rumänische Regierung übereingekommen sind, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und Botschafter auszutauschen.

Großbritannien

- 16.—23. Suezkanal-Konferenz in London. (Ein Konferenzbericht wird auf Seite 9193 dieser Folge veröffentlicht.)
24. Erster Zusammentritt des aus Vertretern Australiens, Aethiopiens, Persiens, Schwedens und der Vereinigten Staaten unter dem Vorsitz des australischen Premierministers, Robert G. Menzies, gebildeten Komitees, das dem ägyptischen Präsidenten den von 18 Mächten unterstützten Dulles-Plan unterbreiten soll. Das Komitee sendet eine Anfrage an den ägyptischen Präsidenten, Gamal Abdel Nasser, ob er bereit ist, das Komitee zu empfangen. Am 28. August gibt Präsident Nasser eine positive Antwort.
29. Das Außenministerium gibt bekannt, daß die Regierung einem französischen Ersuchen stattgegeben habe, die Stationierung eines französischen Truppenkontingents auf Zypern zu gestatten, um im Notfalle in der

Lage zu sein, im östlichen Mittelmeerraum französische Staatsbürger und deren Interessen zu schützen.

Italien

27. In einem dem Korrespondenten von *France Observer* gewährten Interview gibt der Generalsekretär der Italienischen Sozialistischen Partei, Pietro Nenni, Auskunft über Gespräche, die er am 25. August in Pralognan im französischen Savoyen mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Italiens, Giuseppe Saragat, geführt hat. Nenni unterstreicht den herzlichen Ton der Unterhaltung, bei der es sich nicht darum gehandelt habe, einen dramatischen Bruch mit den Kommunisten zu vollziehen, sondern daß die italienischen Sozialisten vereint oder nicht vereint nach den Wahlen im Jahre 1958 gemeinsame Verantwortlichkeiten übernehmen könnten. Eine italienische Volksfront bezeichnete Nenni als ganz und gar unaktuell.

Polen

18. Radio Warschau gibt bekannt, daß die polnische Armee nach der Entlassungsaktion des letzten Jahres nunmehr um wiederum 50 000 Mann verringert werde, um einen Beitrag zur allgemeinen Abrüstung zu leisten und Kräfte für den wirtschaftlichen Aufbau freizumachen.
31. Die polnische Regierung gibt ihren Beschluß bekannt, aus Wissenschaftlern und Beamten der Ministerien einen Rat für die friedliche Verwendung der Atomenergie zu bilden.

Sowjetunion

21. Die Botschaft der Bundesrepublik in Moskau überreicht eine Note, in der die Sowjetregierung gebeten wird, ihren Standpunkt in der Beurteilung der Staatsangehörigkeit von in der Sowjetunion befindlichen Deutschen einer Prüfung zu unterziehen. Die sowjetische Repatriierungszusage müsse alle Personen umfassen, die nach deutschem Recht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und nach Deutschland auszureisen wünschten. Entsprechend den Regeln des Gesandtschaftsrechts müsse der Botschaft das Recht eingeräumt werden, mit allen etwa in Frage kommenden Personen in Verbindung zu treten. Abschließend macht die Note auf eine neuerliche Behinderung der Besucher der Botschaft durch die sowjetische Miliz aufmerksam.
23. Auf einem Empfang in der rumänischen Botschaft erklärt Parteisekretär Chruschtschow gegenüber westlichen Diplomaten: „Die Engländer und die Franzosen sollten vorsichtig sein. Sollte Ägypten angegriffen werden, würde das ein Krieg für alle Araber sein, und es wird Freiwillige geben.“
28. Der indonesische Staatspräsident, Achmed Soekarno, trifft zu einem Staatsbesuch in Moskau ein.

Türkei

20. Die türkische und die syrische Regierung treffen ein Uebereinkommen zur Verminderung der Spannung an der Grenze zwischen den beiden Ländern. Die Armeen sollen zurückgezogen werden und durch Gendarmerie ersetzt werden. Außerdem sind gemeinsame Maßnahmen zum Schutze der Grenzverbindungen vorgesehen.

22. Rücktritt des Finanzministers, Nedim *Okmen*, dessen Ressort vorläufig Ministerpräsident Adnan *Menderes* mit übernimmt.

Ungarn

26. In einer Rede in Nagy-Kanizsa gibt Ministerpräsident Andras *Hegedues* zu, daß man jahrelang den Präsidenten *Tito*, die Regierung und die Kommunisten Jugoslawiens „in erbärmlicher Weise verleumdete“ habe. Die ungarische Regierung habe aber ihre Ansichten revidiert und spreche „ihr tiefstes Bedauern und die aufrichtigste Entschuldigung“ aus. Es werde

alles getan, um die vergangenen Fehler wiedergutzumachen. So werde man den Angehörigen jugoslawischen Volkstums, die im Jahre 1949 die Grenzgebiete verlassen mußten, mit staatlicher Unterstützung wieder die Rückkehr an ihre Wohnorte ermöglichen. Die technischen Sperren und die Grenzstreifen seien beseitigt worden. Außerdem gibt *Hegedues* bekannt, daß die ungarische Erdölproduktion vom Grundwasser bedroht sei und es großer Opfer bedürfe, um die Produktion zu modernisieren und vor dem Ruin zu bewahren.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

16. Als Protest gegen die in London beginnende Suezkanal-Konferenz findet ein eintägiger Generalstreik statt, zu dem auch die übrigen Länder der Arabischen Liga aufgerufen werden.
24. Auf der Rückreise von London trifft der indonesische Außenminister, Ruslan *Abdulgani*, in Kairo ein und hat am folgenden Tage eine Unterredung mit dem Präsidenten Gamal Abdel *Nasser*. *Abdulgani* erklärt, daß er die Ansichten der vier Staaten vortragen werde, die auf der Londoner Suezkanal-Konferenz den indischen Lösungsvorschlag unterstützten. Gleichzeitig versichert er, daß die vier Staaten mit der Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft einverstanden seien.
28. Der sowjetische Botschafter überreicht dem Präsidenten Gamal Abdel *Nasser* eine Note, in der die sowjetische Regierung erklärt, daß jede Regelung der Suezfrage in Uebereinstimmung mit den Prinzipien und der Charta der Organisation der Vereinten Nationen auf der Achtung der souveränen Rechte Aegyptens als alleinigem Herrn, Besitzer und Verwalter des Kanals beruhen müsse. Anschließend wird der ägyptischen Regierung mitgeteilt, daß die Sowjetunion den indischen Vorschlag zur Lösung der Suezfrage unterstütze.
29. Der indische Staatsminister Krishna *Menon* trifft auf der Rückreise von der Londoner Konferenz in Kairo ein und führt mehrtägige Besprechungen mit dem ägyptischen Präsidenten, Gamal Abdel *Nasser*.
30. Die Regierung protestiert gegen die Ausführungen des amerikanischen Präsidenten, *Eisenhower*, vom 29. August und des amerikanischen Außenministers, *Dulles*, vom 26. August, in denen der Suezkanal als eine internationale bzw. internationalisierte Wasserstraße bezeichnet worden war. Aus allen Verträgen gehe eindeutig hervor, daß der Suezkanal ein integrierender Teil Aegyptens sei.

Marokko

20. Der Nationalrat der Istiqlal-Partei faßt den Beschluß, die der Partei angehörenden Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen und die Bildung einer Einparteienregierung anzustreben. Der Rat genehmigt ein politisches Sofortprogramm für den Aufbau Marokkos und fordert u. a. auch die Unterstützung des Aufstandes in Algerien. Der Landesrat der Marokkanischen Demokratischen Unabhängigkeitspartei spricht sich am folgenden Tage gegen die Bildung einer Ein-

parteienregierung aus. Am 23. August empfängt der Sultan das Exekutiv-Komitee der Istiqlal-Partei und erreicht, daß die Mitglieder dieser Partei vorläufig im Kabinett weiter mitarbeiten.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

16. Auf dem Nationalkonvent der Demokratischen Partei in Chicago wird Adlai E. *Stevenson* mit 905 Stimmen zum Präsidentschaftskandidaten gewählt. Der von dem ehemaligen Präsidenten Harry S. *Truman* unterstützte Averell *Harriman* erhielt 210 Stimmen. Am 17. August wird Senator Estes *Kefauver* im zweiten Wahlgang zum Kandidaten für die Vizepräsidentschaft bestimmt.
23. Der Konvent der Republikanischen Partei nominiert einstimmig den Präsidenten Dwight D. *Eisenhower* für seine Wiederwahl. Nachdem Harold E. *Stassen* am Vortage seine Gegnerschaft aufgegeben hat, wird Vizepräsident Richard M. *Nixon* einstimmig für die Wiederwahl zum Vizepräsidenten bestimmt. Durch Akklamation wird Leonhard W. *Hall* als Vorsitzender der Republikanischen Partei erneut in seinem Amt bestätigt.
26. Außenminister *Dulles* erklärt nach seiner Rückkehr aus London, daß man auf der Suezkanal-Konferenz versucht habe, einen Weg zu finden, daß die im Jahre 1888 auf ewig internationalisierte Wasserstraße auch weiterhin den lebenswichtigen Interessen der Nationen dienen werde.
29. Außenminister *Dulles* verliest auf einer Pressekonferenz eine Erklärung des Präsidenten Dwight D. *Eisenhower*, in der er den Suezkanal als einen internationalen Wasserweg bezeichnet. Er glaube, daß die gesamte amerikanische Nation den *Dulles*-Plan unterstützen werde, der eine friedliche Lösung des Suezproblems unter voller Respektierung der ägyptischen Souveränität gewährleiste.
31. Präsident *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz als Antwort auf den ägyptischen Protest vom Vortage, daß der Suezkanal insofern eine internationale Wasserstraße sei als zwar nicht ihr Eigentum, aber die Benutzung international sei. Der Präsident versichert weiter, daß er alle Möglichkeiten einer friedlichen Lösung ausschöpfen werde. Wenn die gegenwärtigen Vorschläge einer internationalen Verwaltung des Kanals von Aegypten nicht akzeptiert würden, werde er weiter versuchen, eine Formel für eine Lösung zu finden.

ASIEN

Afghanistan

21. Das Parlament ratifiziert einen afghanisch-sowjetischen Vertrag, durch den Afghanistan eine Anleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar erhält. Am gleichen Tage wird ein zweites Uebereinkommen unterzeichnet, in dem sich die Sowjetunion bereit erklärt, in wichtigen Städten Afghanistans Elektrizitätswerke zu bauen.

Volksrepublik China

19. Der laotische Ministerpräsident, *Prinz Souvanna Phouma*, beginnt einen Staatsbesuch. Am 23. August unterzeichnet er mit Ministerpräsident *Tschu En-lai* eine gemeinsame Erklärung. Darin wird festgestellt, daß Laos eine Politik des Friedens und der Neutralität verfolgen wolle und so lange keinem militärischen Bündnis beitreten werde, wie seine Sicherheit nicht bedroht sei. Die beiden Länder bekennen sich zum Prinzip der friedlichen Koexistenz und wollen gutnachbarliche Beziehungen unterhalten, die sie insbesondere auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet vertiefen wollen. Auf einer Pressekonferenz spricht sich der laotische Ministerpräsident gegen die Annahme militärischen Schutzes durch die Südostasienpakt-Organisation aus. Indessen sei Laos aber bereit, wie von jedem anderen Lande auch von den Vereinigten Staaten wirtschaftliche Hilfe anzunehmen.

Cypern

16. Die griechische Widerstandsbewegung EOKA verteilt Flugblätter, in der sie sich zur Einstellung ihrer Aktionen bereit erklärt, um den Weg für eine friedliche Lösung der Zypernfrage freizumachen und Erzbischof *Makarios* Gelegenheit zu Verhandlungen zu geben.
22. Der britische Gouverneur, Sir John *Harding*, antwortet auf das Waffenstillstandsangebot der EOKA vom 16. August und stellt die Angehörigen der griechischen Widerstandsbewegung vor die Wahl, innerhalb von drei Wochen zu entscheiden, ob sie nach Griechenland abgeschoben oder auf Zypern interniert und ggf. abgeurteilt werden wollen. Am folgenden Tage erklärt der Führer der EOKA, *Digheni*, daß seine Leute den Kampf wieder aufnehmen werden, wenn die „erbärmliche Uebergabe-Aufforderung“ nicht bis zum 29. August zurückgezogen werde.

Indien

30. Zum Nachfolger des am 24. Juli 1956 zurückgetretenen Finanzministers Sir Chintaman *Deshmukh* (vgl. Zeittafel in EA 16/1956) wird im Rahmen einer Umbesetzung der wirtschaftlichen Ressorts der bisherige Handels- und Industrieminister, T. T. *Krischnamachari*, ernannt,

Irak

16. Das Außenministerium gibt bekannt, daß die Regierung vom ägyptischen Außenminister, Dr. Mahmud *Fawzi*, gebeten worden sei, zwischen der ägyptischen und der britischen Regierung in der Suezkanal-Frage zu vermitteln.

Pakistan

30. Die Regierung von Ostpakistan tritt zurück, weil sie sich durch die Passivität des Parlamentes an der Durchführung der notwendigsten Maßnahmen gehindert fühlt. Am 31. August verkündet Staatspräsident Iskander *Mirza* den Staatsnotstand in Ostpakistan und suspendiert die Vollmachten des dortigen Parlamentes.

Syrien

17. Der König von Jordanien trifft zu einem mehrtägigen Besuch ein. Gegenstand der Besprechungen mit Staatspräsident *Schukri El Kuwatli* ist u. a. ein Angebot der syrischen und ägyptischen Regierung, Jordanien für den Unterhalt der Nationalgarde einen finanziellen Beitrag zu leisten. Das Angebot wird von König *Hussein* angenommen.

Vietnam (Nord)

29. Zweitägige Besprechungen zwischen dem laotischen Ministerpräsidenten *Souvanna Phouma* und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam werden mit einer gemeinsamen Erklärung beendet, nach der die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz wiederhergestellt und entwickelt werden sollen.

Vietnam (Süd)

28. Marineeinheiten landen auf den Spratley- oder Sturm-inseln und hissen als Zeichen der von der vietnamesischen Regierung beanspruchten Souveränität auf den Inseln die Flagge, nachdem am 11. Juli 1956 nationalchinesische Einheiten bereits auf den Inseln erschienen waren (vgl. Zeittafel in EA 15/1956 Formosa).

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighelmer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wl.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

September 1956

6. Jahrgang — Nr. 9

Die Tätigkeit des Europarats im August 1956

I. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

Staatenlosigkeit

Der Generalsekretär des Europarates hat dem Präsidenten der Beratenden Versammlung in einem Schreiben zur Kenntnis gebracht, daß die Stellvertreter der Minister auf ihrer 40. Sitzung im Juni 1956 die Empfehlung der Versammlung Nr. 87 (1955) über die Staatenlosigkeit geprüft haben. Nachstehend der Wortlaut:

„Die Stellvertreter der Minister haben mich beauftragt, Ihnen gemäß Ziffer 3 der Empfehlung 87 die Stellungnahme Ihrer Regierungen über die Konvention über die Rechtsstellung der Staatenlosen, welche am 28. Dezember 1954 von der Versammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, mitzuteilen. Ferner haben die Stellvertreter der Minister Stellung genommen zu der Möglichkeit einer Einberufung einer internationalen Konferenz von bevollmächtigten Vertretern der Regierungen zwecks Abschluß einer Konvention über die Herabsetzung der Fälle von Staatenlosigkeit bzw. über die Abschaffung der Staatenlosigkeit.“

Zurzeit ist die Konvention über die Rechtsstellung der Staatenlosen von folgenden Regierungen unterzeichnet worden: Belgien, Dänemark, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Großbritannien und Schweden.

Italien hat bei der Unterzeichnung folgenden Vorbehalt erklärt: „Die Bestimmungen der Art. 6 und 7 Ziffern 2, 8, 17, 18, 19, 22; Ziffern 2, 23, 25 und 32 werden nur als Empfehlungen betrachtet.“

Irland und Island haben die Prüfung der Möglichkeit einer Unterzeichnung noch nicht abgeschlossen.

Die türkische Regierung hat noch keinen endgültigen Entschluß gefaßt, nimmt jedoch die baldige Unterzeichnung der Konvention in Aussicht.

Die griechische Regierung sieht sich zur Zeit zur Unterzeichnung der Konvention nicht in der Lage. Die Gründe hierfür liegen in dem Bevölkerungsüberschuß und der Arbeitslosigkeit des Landes. Griechenland hofft jedoch, bei einer Besserung der Lage auf diesen Gebieten zu gegebener Zeit unterzeichnen zu können.

Dänemark hat die Konvention ratifiziert, das Ratifikationsverfahren ist in folgenden Ländern im Gange: Belgien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Norwegen und Niederlande.

Folgende Länder haben sich mit der Einberufung einer internationalen Konferenz der Bevollmächtigten einverstanden erklärt: Belgien, Dänemark, Frankreich, Norwegen, Niederlande, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Schweden und die Türkei. Die Großherzoglich Luxemburgische Regierung hat sich, vorbehaltlich einer Entscheidung über ihre eigene Beteiligung, für die Einberufung dieser Konferenz ausgesprochen.

Die italienische Regierung hat mitgeteilt, daß sie keine grundsätzlichen Einwände gegen die Einberufung der Konferenz zu erheben hat, daß sie jedoch ihre Lage

berücksichtigen muß, welche sich aus dem Vorbehalt betreffend die rechtliche Anwendbarkeit des Art. 32 der Konvention ergeben könnte.

Die österreichische Bundesregierung, welche erst kürzlich den Vereinten Nationen und dem Europarat beigetreten ist, hat zu den in der Empfehlung Nr. 87 enthaltenen Fragen noch keine Stellung genommen.

II. SOZIALE FRAGEN

Vorläufige Abkommen über soziale Sicherheit und Abkommen über soziale und ärztliche Unterstützung

Am 24. August hat der Gehilfe des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat, Herr Hans Bock, beim Stellvertretenden Generalsekretär des Europarates die Ratifikationsurkunde seines Landes über die Sozialabkommen und die Zusatzprotokolle zu diesen hinterlegt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat als achties Land die Abkommen ratifiziert. Die Ratifikationen von Dänemark, Irland, Niederlande, Norwegen, der Saar, Schweden und Großbritannien liegen vor. Die europäische Konvention zur sozialen und ärztlichen Unterstützung ist außer von diesen Ländern auch von Belgien ratifiziert worden.

III. KULTURELLE FRAGEN

Die Rolle des Europarates auf kulturellem Gebiet

Der Generalsekretär hat in einem Schreiben an den Präsidenten der Beratenden Versammlung die Auffassung des Ministerausschusses über die kulturelle Tätigkeit des Europarates, in Beantwortung der Stellungnahme Nr. 13 und 14 der Versammlung mitgeteilt (vgl. Mitt. des Europarats Jahrg. 5 Nr. 8):

„1. Allgemeine Politik

Der Ministerausschuß betont die große Bedeutung, die er der Behandlung kultureller Fragen durch die beiden Organe des Rates beimißt. Diese Tätigkeit stellt in der Tat eines der zweckmäßigsten Mittel zur Förderung der Ziele des Europarats dar.

Der Ministerausschuß ist der Auffassung, daß das Kulturprogramm der Sachverständigen für kulturelle Fragen einerseits von den Regierungen und andererseits vom Generalsekretariat durchgeführt werden muß. Der politische Leitgedanke der kulturellen Tätigkeit kann wie folgt zusammengefaßt werden:

- a) Förderung und bessere Verbreitung der Kenntnisse der europäischen Kultur;*
- b) die Entwicklung des europäischen Gedankens und Geistes, wo immer dies möglich ist;*
- c) die Förderung der kulturellen Beziehungen;*
- d) Verstärkung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Kultur und der Wissenschaft.*

Die europäische Kulturkonvention kann mit Recht als die Grundlage einer multilateralen europäischen Zusammenarbeit betrachtet werden und als Wegweiser für das gesamte Programm. Ständig werden neue Vorhaben dem bestehenden Programm hinzugefügt, insbesondere soll der Austausch zwischen den europäischen Universitäten erwähnt werden.

Das derzeitige Programm ist so ausgearbeitet, daß seine einzelnen Punkte von einer nichtstaatlichen europäischen Organisation kaum durchgeführt werden können. Das Generalsekretariat zieht jedoch von Zeit zu Zeit die bevollmächtigten Vertreter solcher Organisationen zur Unterstützung seiner Vorhaben zu. Zum Beispiel wurde der Direktor des europäischen Kulturzentrums, Herr de Rougemont, gebeten, die Treffen des Runden Tisches zu leiten, und Herr von Cornides von der Vereinigung europäischer Forschungsinstitute wurde mit der Leitung der jährlich stattfindenden europäischen Studienwoche beauftragt. Dieses Verfahren wird mit dem weiteren Ausbau des Programmes verstärkt zur Anwendung kommen.

2. Zusammenarbeit mit der Versammlung

Der Ministerausschuß ist sich immer des Wunsches der Versammlung bewußt gewesen, einen Gemischten Kulturausschuß ins Leben zu rufen. Dies ist jetzt geschehen. Der Ausschuß hat zwei Sitzungen abgehalten, an denen Mitglieder des Sachverständigenausschusses für kulturelle Fragen und des Kulturausschusses der Versammlung teilnahmen. Die Geschäftsordnung dieses Ausschusses wurde vom Ministerausschuß genehmigt.

3. Schaffung eines Koordinationsausschusses

Das Generalsekretariat unterhält enge und regelmäßige Beziehungen mit den internationalen staatlichen Organisationen, wie der UNESCO, und mit regionalen Organisationen, wie der Westeuropäischen Union. Der Ministerausschuß ist der Auffassung, daß es zurzeit unzweckmäßig ist, weitere Maßnahmen zur Koordination zu ergreifen. Der Gemischte Kulturausschuß erfüllt die Aufgabe eines Koordinators, indem er einen freien Meinungsaustausch zwischen den Sachverständigen der Regierungen und den Vertretern der Versammlung über die Durchführung des Kulturprogrammes ermöglicht.

4. Beziehungen zur UNESCO

Der Ministerausschuß ist damit einverstanden, daß der Jahresbericht der UNESCO auf den Sitzungen des Gemischten Kulturausschusses behandelt wird. Darüber hinaus ist der Ministerausschuß geneigt, den Regierungen zu empfehlen, daß deren Delegationen bei den Tagungen der UNESCO wenigstens ein Mitglied angehört, welches regelmäßig an den Arbeiten des Ausschusses der Kultursachverständigen oder des Kulturausschusses der Beratenden Versammlung teilnimmt.

5. Zusammenarbeit auf nichtstaatlicher Ebene

Bezüglich der Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen Organisationen wiederholt der Ministerausschuß seine Auffassung, daß der Konsultativ-Status ein zweckmäßiges Mittel der Zusammenarbeit ist und daher weitgehend auszunutzen. In diesem Zusammenhang erinnert der Ministerausschuß daran, daß der Konsultativ-Status an eine Reihe von Organisationen mit vorwiegend kulturellen Aufgaben verliehen wurde:

Vereinigung europäischer Forschungsinstitute (AIEE)

Internationaler Bund Christlicher Gewerkschaften
Internationaler Freier Gewerkschaftsbund
Weltjugendversammlung
Europäische Jugend-Campagne

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß das Generalsekretariat bereits mit den beiden genannten Gewerkschaftsbünden in Verbindung getreten ist zwecks Organisation der Studententage im Jahre 1957.

Der Ministerausschuß ist sich mit der Versammlung darin einig, daß durch Erteilung des Konsultativ-Status möglichst viele nichtstaatliche Organisationen mit dem Europarat auf kulturellem Gebiet zusammenarbeiten sollen. Der Ausschuß der Kultursachverständigen hat in diesem Sinne empfohlen, daß im Jahre 1957 eine Jugendkonferenz einberufen werden soll. Diese Konferenz soll den Jugendorganisationen des Konsultativ-Status die Möglichkeit geben, über die Formen der Zusammenarbeit mit dem Europarat zu beraten.

Als Teilnehmer an dieser Konferenz ist vorgesehen 1. zwei Vertreter jeder eingeladenen Organisation, 2. die Mitglieder des Unterausschusses für die Jugend.

6. Kultur-Fonds

Der Ministerausschuß hat die Empfehlung der Versammlung Nr. 74 dem Ausschuß der Kultursachverständigen zugeleitet, welcher die in der Empfehlung enthaltenen Vorschläge auf seiner elften Sitzung im Oktober 1955 und auf seiner zwölften Sitzung im Mai 1956 einer Vorprüfung unterzogen hat. Aus den Beratungen ergab sich, daß über die Schaffung eines Kultur-Fonds keine Einstimmigkeit zu erzielen war, jedoch eine Anzahl von Delegationen ihre grundsätzliche Zustimmung gegeben haben. Der Ausschuß hat daher beschlossen, die Empfehlung an das Präsidium der Versammlung zurückzuverweisen, damit sie derart abgeändert werden kann, um eine einstimmige Annahme auf der nächsten Sitzung des Ausschusses der Kultursachverständigen zu finden.

7. Gründung von europäischen Instituten mit speziellen kulturellen Aufgaben

Der Ministerausschuß hat von diesem Plan Kenntnis genommen und erwartet seitens der Versammlung konkrete Vorschläge.

8. Kulturkonvention

Die Tagungen des Ausschusses für Kultursachverständige dienen dazu, Informationen zur Erleichterung der Anwendung der zwischen den Regierungen geschlossenen zweiseitigen Kulturabkommen zu erleichtern. Das Generalsekretariat wird eine Liste solcher Abkommen aufstellen, aus der sich der Umfang und gegebenenfalls die Lücken dieses Abkommens ersehen lassen. Darüber hinaus steht das Generalsekretariat in enger Verbindung mit der UNESCO, deren Arbeiten auf diesem Gebiet zweifellos in dem Jahresbericht der UNESCO an die Versammlung enthalten sein werden.*

Unterausschuß für Information

Der Unterausschuß für Information des Kulturausschusses der Versammlung tagte am 31. August unter

dem Vorsitz von Herrn Nigel Nicolson in Oslo. Der Ausschuß, der in den Räumen des norwegischen Parlaments tagte, nahm einen Bericht von Paul M. G. Levy, Direktor der Presse- und Informationsabteilung des Europarates, über die Aufgaben seiner Abteilung entgegen.

Der Unterausschuß prüfte dann, welche Folge den Empfehlungen, Entschlüssen und Weisungen der Beratenden Versammlung auf dem Gebiete des Informationswesens vom Ministerausschuß und dem Generalsekretariat gegeben worden sind. Ferner wurden eine Reihe von Problemen geprüft, welche in einem Bericht der Informationsabteilung enthalten waren und sich auf die Frage der Meinungsforschung beziehen. Ferner wurde die Frage der Einladung von Journalisten zur Teilnahme an den Sitzungsperioden der Versammlung erörtert.

Europapreis der Beratenden Versammlung

Das Preisrichterkollegium zur Verteilung des Europapreises der Beratenden Versammlung tritt am 21. Dezember in Paris zusammen. Dieser Preis beträgt 10 000 sfrs. Er wurde von einer Hamburger Familie unter dem Namen F.V.S.-Stiftung geschaffen. (Vgl. Mitt. des Europarats Jahrg. VI Nr. 4.) Dieser Preis wird 1956 erstmalig vergeben und ist bestimmt für eine Leistung, welche der Einigung Europas dient auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Literatur, der Verwaltung oder der Presse. Der Präsident der Beratenden Versammlung hat entschieden, daß die feierliche Preisverteilung am Nachmittag des 24. Oktober stattfinden wird.

Der Vorsitzende des Preisrichterkollegiums ist der Rektor des Europakollegs in Brügge, Herr Henri Bruggmans. Die Mitglieder des Kollegiums sind: Die Herren Robert Schuman, Christopher Hollis, Abgeordneter der Beratenden Versammlung, Fürst Colonna, ehemaliger stellv. Generalsekretär der O.E.E.C., und Professor Predöhl von der Universität Münster.

Gleichwertigkeit der Schulabgangszeugnisse

Der neue Ständige Vertreter der Niederlande beim Europarat, Frl. M. Z. N. Witteveen, hat beim Generalsekretär des Europarats am 27. August die Ratifikationsurkunde ihres Landes über die Konvention über die gegenseitige Anerkennung von zum Hochschulstudium berechtigenden Schulabgangszeugnissen hinterlegt.

Zwölf der sechzehn Mitglieder des Europarates haben diese Konvention ratifiziert. Es fehlen die Ratifikationen von der Türkei, Italien, Österreich und Schweden.

IV. KOMMUNALE FRAGEN

Finanzierung des Europapreises der Gemeinden

Der Generalsekretär des Europarates hat dem Präsidenten der Beratenden Versammlung in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Stellvertreter der Minister betreffend Punkt 5) der Empfehlung 90 (55) die folgende Entschlüsselung getroffen haben:

„Für das laufende Haushaltsjahr haben die Stellvertreter einen zusätzlichen Kredit von 200 000 frs. zur Bestreitung der mit dem Europapreis der Gemeinden zusammenhängenden Ausgaben gebilligt. Dieser Betrag ergänzt den bereits vorgesehenen Posten in Höhe von 250 000 frs., welcher für die Beschaffung dieses Preises vorgesehen war.“

Die Stellvertreter haben darüber hinaus beschlossen, daß der für den Preis vorgesehene Betrag die Summe von 250 000 frs. nicht überschreiten soll. Zusätzliche Ausgaben sind vom Generalsekretariat zu tragen, jedoch so niedrig wie möglich zu halten.“

Einberufung einer Kommunalkonferenz

Die Stellvertreter der Minister haben auf ihrer 40. Sitzung im Juni 1956 beschlossen, die Einberufung einer Konferenz von Vertretern der nationalen Gemeindevertretungen und Verbände im Europahaus in Straßburg zu billigen. Dieser Vorschlag ist in der Entschlüsselung Nr. 76 (55) von der Beratenden Versammlung gemacht worden.

Für diesen Zweck wird eine außerordentliche Ausgabe von 3,5 Millionen Francs genehmigt. Die Stellvertreter stellen fest, daß es sich nur um die Einberufung einer einzigen Konferenz im Laufe des Jahres 1956 handeln kann und daß ein Präzedenzfall nicht geschaffen werden kann. Einige Stellvertreter, welche grundsätzlich mit der Konferenz einverstanden waren, brachten den Wunsch zum Ausdruck, daß die Tagesordnung der Konferenz sich auf Fragen kommunalen Interesses im Rahmen der europäischen Arbeit erstrecken solle.

V. NICHT VERTRETENE NATIONEN

Der Sonderausschuß der Beratenden Versammlung zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen tagte am 31. August unter dem Vorsitz von Herrn Karl Wistrand (Schwede). Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte:

1) Lage und Zukunft der Satellitenstaaten im Licht der jüngsten Entwicklung der nationalen Lage (Berichtserstatter Herr M.F.J. Goedhart (Holländer)).

2) Aktion zur Befreiung nicht kommunistischer Gefangener in den Ländern jenseits des Eisernen Vorhanges (Berichtserstatter Herr Goedhart).

3) Berufsausübung von Flüchtlingsärzten und Zahnärzten in den Mitgliedsländern des Europarats (Berichtserstatter Gräfin Finckenstein (Deutsche)).

4) Stellungnahme des Ministerausschusses zu den Empfehlungen der Kommission betreffend die Beteiligung von europäischen Nichtmitgliedsländern an gewissen Tätigkeiten des Europarats, Ost-Westhandel und geistige Angleichung junger Flüchtlinge aus Osteuropa.

VI. NATIONALE PARLAMENTE

Großbritannien — Europäisches Niederlassungsabkommen

Am 2. August hat der Innenminister Großbritanniens, Herr Lloyd-George, erklärt, daß nächstens in England lebende Ausländer das Recht erhalten würden, gegen Ausweisungsbefehle Berufung einzulegen.

Des weiteren erklärte der Minister, daß dieser Entschluß auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß Großbritannien das Europäische Niederlassungsabkommen unterzeichnet habe. Diese Konvention sieht im Artikel 3 § 2 vor, daß über diejenigen Staatsangehörigen, die seit mehr als zwei Jahren im Gebiet eines Vertragsschließenden ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, nur dann eine Ausweisungsmaßnahme verhängt werden kann, nachdem ihnen — soweit nicht zwingende Gründe

der Staatssicherheit dem entgegenstehen — Gelegenheit gegeben worden ist, die Gründe, die ihrer Ausweisung entgegenzuhalten sind, geltend zu machen, ein Rechtsmittel einzulegen und sich zu diesem Zweck vor einer zuständigen Behörde oder einer oder mehreren von der zuständigen Behörde besonders bezeichneten Personen vertreten zu lassen. Herr Lloyd-George fügte hinzu, daß das gleiche Recht auf sämtliche Ausländer irgendwelcher Nationalität ausgedehnt würde.

Griechenland

Der frühere Minister und ehemalige Abgeordnete der Beratenden Versammlung, Herr Stamatis Mercouris, hat den Auftrag seiner Regierung angenommen in Westeuropa die öffentliche Meinung über das Zypern-Problem aufzuklären. Desgleichen erklärte er sich bereit, das Amt eines politischen Beraters der griechischen Delegation bei der Beratenden Versammlung anzunehmen.

VII. VERSCHIEDENES

Ein internationaler Lehrgang über die Menschenrechte

Zum zweitenmal veranstaltete die „Weltbruderschaft“ einen Ferienlehrgang über die Menschenrechte und -Pflichten. Dieser fand dieses Jahr im Studentenheim des Malteser-Ordens in Neapel statt, wo sich nahezu dreißig amerikanische und ebensoviel europäische Studenten einfanden. Vorträge hielten die Professoren Portanova aus Mailand, Thierry aus Grenoble, Matis aus Namur, Mialaret aus Caën, Malsch aus Köln, Colombo aus Locarno und Zappa aus Bellinzona. Auch Herr Paul Levy, Direktor der Presse- und Informationsabteilung des Europarats, war eingeladen worden, zwei Vorträge über „Die europäischen Institutionen und die sozialen Rechte“ zu halten.

Neue Veröffentlichungen

Der 2. Band des Europäischen Jahrbuches, enthaltend Artikel sowie allgemeine Auskünfte über die wichtigsten europäischen Organisationen, ist beim Verleger Martinus Nijhoff, Den Haag, oder dessen Verkaufsagenten erhältlich.

Das Generalsekretariat veröffentlichte ein Jahrbuch mit Namen und Anschriften von Personen, bei welchen Gemeinderäte oder Kommunalbeamte anderer Mitgliedstaaten Unterkunft finden können. Die Auflage dieses Jahrbuches ist begrenzt.

Die Informationsabteilung hat eine neue Ausgabe der „Kulturbroschüre des Europarats“ herausgegeben. Sie ist bei der Presse- und Informationsabteilung des Europarats kostenlos erhältlich.

VORLAUFIGER TERMINKALENDER

- | | |
|-----------------------|---|
| 1. bis 3. September: | Kulturausschuß (Oslo). |
| 2. bis 9. September: | 4. Konferenz für die Revision der Geschichtslehrbücher (Royaumont, Frankreich). |
| 3. September u. ff.: | Haushalts-Ausschuß (Straßburg). |
| 5. u. 6. September: | Ausschuß für soziale Fragen (Paris). |
| 7. u. 8. September: | Präsidium der Beratenden Versammlung (Paris). |
| 11. u. 12. September: | Ausschuß für Wirtschaftsfragen (Wien). |

- | | |
|----------------------------------|---|
| 12. September: | Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten und des Ausschusses für Wirtschaftsfragen (Wien). |
| 13. bis 15. September: | Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten (Wien). |
| 20. September:
(ca. 10 Tage) | Vierte Sitzungsperiode der Stellvertreter der Minister (Straßburg). |
| 22. September: | Gemeinsame Sitzung der Präsidien der Beratenden Versammlung und der Versammlung der Westeuropäischen Union (Paris). |
| 24. bis 25. September: | Unabhängige Sachverständigengruppe für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas (Paris). |
| 24. bis 26. September: | Gruppe von drei Mitgliedern der Menschenrechtskommission (Straßburg). |
| 27. September: | Unterausschuß für Grenzformalitäten (Paris). |
| 27. u. 28. September: | Präsidium des Kultur-Sachverständigen-Ausschusses (Rom). |
| 27. September bis
3. Oktober: | Menschenrechtskommission (Straßburg). |
| 1. Oktober: | Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen (Paris). |
| 1. u. 2. Oktober: | Gemischter Ausschuß (Straßburg). |
| 1. u. 2. Oktober: | Tagung der Spezialisten für Mikrophotokopie von unveröffentlichten Katalogen und Verzeichnissen (Rom). |
| 4. bis 7. Oktober: | Ausschuß für kommunalpolitische Angelegenheiten (Frankfurt). |
| 10. Oktober: | Arbeitsgruppe für europäisches Dienstrecht (Paris). |
| 11. bis 13. Oktober: | Versammlung der W.E.U. (Straßburg). |
| 13. Oktober: | Ständiger Ausschuß (Straßburg). |
| 15. bis 25. Oktober: | Sechster europäischer Studienlehrgang (Straßburg). |
| 15. bis 26. Oktober: | Zweiter Teil der achten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg). |
| 29. Oktober bis
2. November: | Sachverständigenausschuß für Fragen der Sozialversicherung (Straßburg). |
| 30. u. 31. Oktober: | Ausschuß für die Redaktion des Buches des Runden Tisches (London). |
| 1. November: | Einweihung der dritten Europäischen Ausstellung (Rom). |
| 6. bis 9. November: | Sachverständigenausschuß für Gesundheitsfragen (Straßburg). |
| 12. bis 14. November: | Berater des Spezialbeauftragten für Flüchtlingsfragen (Paris). |
| 15. bis 17. November: | Präsidium des Wiederansiedelungs-Fonds (Paris). |
| 19. bis 21. November: | Verwaltungsrat des Wiederansiedelungs-Fonds (Paris). |
| 27. bis 30. November: | Sozialausschuß (Straßburg). |
| 27. bis 30. November: | Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Straßburg). |

Das Potsdamer Abkommen, das Grundgesetz und die Wiedervereinigung Deutschlands

im Lichte des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes im KPD-Prozeß vom 17. August 1956
und des Memorandums der Bundesregierung vom 2. September 1956

Von Dr. Achim von Winterfeld

Die Bedeutung der für die Bundesrepublik verbindlichen völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Fakten für die Wiedervereinigung Deutschlands, für die Stellung Deutschlands in Europa und für die Weltpolitik ist eines der ständigen Themen des Europa-Archivs. Die Dokumente vom 5. Juni 1945 und das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 sind sowohl im Hinblick auf ihre allgemeine völkerrechtliche und staatsrechtliche Bedeutung wie auf die besonderen völkerrechtlichen Probleme des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik behandelt worden (Vgl. Klaus Altmeyer: „Die Dokumente vom 5. Juni 1945 und die politische Einheit Deutschlands“ in Europa-Archiv 5/1955, S. 7365—7379; Wolfgang Abendroth: „Die gegenwärtige völkerrechtliche Bedeutung des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945“ in Europa-Archiv 11/1952; S. 4943—4955; Kurt Heinze: „Völkerrechtsprobleme des Verteidigungsbeitrages der deutschen Bundesrepublik“ in Europa-Archiv 4/1952 und 8—9/1952, S. 4711—4723 und S. 4851—4864). Eine weitere Untersuchung in diesem Zusammenhang galt der Präambel des Grundgesetzes (Vgl. Wolfgang Abendroth: „Deutsche Einheit und europäische Integration in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland“ in Europa-Archiv 19/1951, S. 4385—4392). Auch die Ueberlegungen zu den Verfahrensfragen der Wiedervereinigung müssen immer wieder bei den Dokumenten von 1945 einsetzen (Vgl. Helmut R. Kütz: „Probleme der Wiederherstellung einer deutschen Staatsgewalt“ in Europa-Archiv 9/1955, S. 7509—7522, und Ulrich Scheuner: „Voraussetzungen und Verfahren der Wiedervereinigung“ in Europa-Archiv 16/1955, S. 8071—8080). Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im KPD-Prozeß vom 17. August 1956 und durch das Memorandum der Bundesregierung vom 2. September 1956 zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit (Vgl. den Wortlaut auf S. 9217 dieser Folge) ist die Diskussion über die rechtlichen und politischen Grundlagen des deutschen Anspruches auf Wiedervereinigung in eine neue Phase eingetreten. Mit ihr befaßt sich der nachfolgende Beitrag. Auch er greift notwendigerweise auf die Dokumente vom 5. Juni 1945 und die Entstehungsgeschichte des Potsdamer Abkommens zurück, ehe er die Verankerung des Gebotes der Wiedervereinigung in der Präambel und im Artikel 146 des Grundgesetzes untersucht. Ein Ueberblick über die grundsätzlichen Probleme der deutschen Politik ist — wie auch der nachfolgende Beitrag wieder erweist — nur möglich, wenn man auf die Ausgangslage nach dem verlorenen Weltkrieg zurückgeht. Erst dann zeigen sich auch die aktuellen Probleme, wie das Verbot der KPD und die Feststellungen des Memorandums vom 2. September 1956, in ihrer wirklichen Bedeutung. Die kommunistische These vom Vorrang und der normativen Kraft der Prinzipien des Potsdamer Abkommens der „Großen Vier“ gegenüber dem durch Selbstbestimmung des Volkes geschöpften, wenn auch transitorischen Verfassungsrecht des Grundgesetzes entspricht der bisher vertretenen Grundhaltung der Sowjetunion. Das Karlsruher Urteil und das Memorandum vom 2. September 1956 unterstreichen die Tatsache, daß in der Beurteilung dieser Frage nach wie vor keine Brücke zwischen der sowjetischen und der westlichen Auffassung besteht.

Co.

Vorbemerkung

Das Memorandum der Bundesregierung vom 2. September 1956 zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit¹ ist für die künftige rechtliche und politische Auseinandersetzung über die Wiedervereinigung der gespaltenen Teile Deutschlands von

grundlegender Bedeutung. Die Feststellung in Ziff. 3 des Memorandums, daß Einvernehmen über die Beurteilung der Rechtslage bestehe, und die Forderung in Ziff. 15, einen Gedankenaustausch über die Wiedervereinigung einzuleiten, sind ein Appell an die

Verantwortung der Vier Mächte für alle Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen, und Ausdruck der Initiative der Bundesrepublik Deutschland, im Rahmen der Gesamtverantwortung der Vier Mächte, als legitimer, wenn auch transitorischer² Träger des Mandates des gesamten deutschen Volkes die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu fördern.

Die völker- und staatsrechtliche Bedeutung des Potsdamer Abkommens

Die These der KPD

Die Frage nach der völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Bedeutung des Potsdamer Abkommens im allgemeinen und der normativen Kraft der Potsdamer Uebereinkunft im besonderen hat während des größten Staatsprozesses, den die Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen geführt hat, des Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands, den Gegenstand monatelanger Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht gebildet. Die KPD hielt der Deutung des Begriffes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung aus dem durch Selbstbestimmung des Volkes geschöpften Verfassungsrecht des Grundgesetzes die These von dem Vorrang und der normativen Kraft der Prinzipien des Potsdamer Abkommens entgegen. Sie führte aus, das Potsdamer Abkommen stelle einen völkerrechtlichen Vertrag dar, in dem allgemeine Prinzipien des Völkerrechts niedergelegt und konkretisiert seien. Die Prinzipien des Potsdamer Abkommens seien von verpflichtender Wirkung für das deutsche Volk. Das Potsdamer Abkommen umschreibe präzise den Begriff der Demokratie. Es sei die einzige rechtliche Grundlage, auf die das deutsche Volk seinen Anspruch auf nationale Selbstbestimmung, auf Wiedervereinigung und auf eine international gleichberechtigte Stellung stützen könne. Die Preisgabe des Potsdamer Abkommens bedeute die Preisgabe der nationalen Lebensrechte des deutschen Volkes. Die Mißachtung der Potsdamer Prinzipien durch die West-Mächte sei unbeachtlich; das Potsdamer Abkommen gelte unverändert fort. Die Bundesrepublik aber habe die Verbindlichkeit der Potsdamer Uebereinkunft für Deutschland durch staatsrechtliche Akte anerkannt. Die Diskussion um das Potsdamer Abkommen ist wesentlicher Inhalt des Ersten Bandes des Dokumentar-Werkes „Der KPD-Prozeß“³ und hat das Bundesverfassungsgericht veranlaßt, in dem am 17. August 1956 verkündeten Verbotsurteil eingehend, wenn auch begrenzt auf den parteirechtlichen Zusammenhang des Art. 21 Abs. 2 GG, Stellung zu nehmen⁴.

Die Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichtes

Das Bundesverfassungsgericht untersucht zunächst die Entstehung der Potsdamer Uebereinkunft, die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, die Uebernahme der Verantwortung durch die Vier

Die rechtlichen Grundlagen der Wiedervereinigung Deutschlands sind das staatsrechtlich und politisch viel umstrittene Potsdamer Abkommen, der unzerstörbare Fortbestand der Rechtsidee des Deutschen Reiches und das verfassungsrechtliche Gebot des Grundgesetzes, die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit wiederherzustellen.

Mächte, in ihren eigenen Besatzungszonen und gemeinsam in allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten die Besatzungsgewalt auszuüben, für eine angemessene Einheitlichkeit durch Bildung des Kontrollrates Sorge zu tragen und gleichzeitig die politische Struktur Deutschlands zu dezentralisieren. Das Bundesverfassungsgericht läßt die Frage, ob die Alliierten in der Potsdamer Uebereinkunft beabsichtigten, dem Deutschen Volk und seinen zukünftigen staatlichen Organen unmittelbar verbindliche Auflagen zu machen, die Frage, welchen Einfluß etwa die Pariser Verträge auf solche Auflagen haben, dahingestellt. Das Bundesverfassungsgericht enthält sich ferner einer Aeußerung dazu, ob unter besonderen Voraussetzungen durch völkerrechtliche Abmachungen Staaten befähigt sind, einen am Vertragsabschluß nicht beteiligten Staat durch Auflagen zu binden. Es entwickelt die Bedeutung des Potsdamer Abkommens aus der damaligen weltpolitischen Situation und der totalen Niederwerfung Deutschlands und dem vorrangigen Interesse der Alliierten, den „deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören“. Das Bundesverfassungsgericht befaßt sich alsdann mit der Deutung der Begriffe „Demokratie“ und „demokratisch“ im Potsdamer Abkommen. Es vertritt die Ansicht, daß diese Begriffe damals im wesentlichen dazu dienten, das Bild des künftigen deutschen Staates mit einer Formel zu kennzeichnen, die es deutlich von dem eben beseitigten nationalsozialistischen System abhob, während es im übrigen der künftigen Entwicklung überlassen bleiben sollte, die Demokratie in Deutschland schrittweise „von unten nach oben“ zu verwirklichen. Ein Wille der Alliierten, dem Begriffe „Demokratie“ einen präzisen, positiven politisch-rechtlichen Inhalt zu verleihen, wird nachdrücklich verneint. Er wird als „Kompromißformel für ein nicht voll bewältigtes, nach Lage der Dinge auch nicht zu bewältigendes Sachproblem“ beurteilt.

In dem Mißerfolg der Alliierten, über das Potsdamer Abkommen hinaus zu einer Einigung über den positiven demokratischen Wiederaufbau des politischen Lebens in Deutschland zu gelangen, wird die Bestätigung der Richtigkeit dieser rechtlichen Bewertung erblickt. Die erwartete höchstrichterliche Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichtes zur umstrittenen Frage der normativen Kraft des Pots-

damer Abkommens ist somit ausgeblieben. Dies verdeutlicht sich in der zusammenfassenden Feststellung:

„Mangels einer Einigung der Alliierten aber galt die allgemeine Regel des Potsdamer Abkommens, wonach die höchste Regierungsgewalt in Deutschland den Oberbefehlshabern der Streitkräfte, jedem in seiner Besatzungszone, übertragen ist. Auch wenn man also der Ansicht der KPD über die rechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für das deutsche Volk folgen wollte, wären nach dieser Bestimmung für das deutsche Volk bei der Ausgestaltung seiner Staatsordnung nur etwaige Entscheidungen der zuständigen Zonenbefehlshaber dafür maßgebend gewesen, was über die Festlegung des Potsdamer Abkommens hinaus als demokratisch zu gelten habe.“

Die erste positive, materielle Bestimmung der Begriffe „Demokratie“ und „demokratisch“ bringt nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichtes die Staatsordnung des Grundgesetzes, die, nach dem Genehmigungsschreiben der Zonenbefehlshaber der drei westlichen Besatzungszonen vom 12. Mai 1949 an den Präsidenten des Parlamentarischen Rates, „sehr glücklich deutsche demokratische Ueberlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung und eine Herrschaft des Rechtes, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind“, verbinde⁵.

Die Stellungnahme des KPD-Urteiles wahrt die Grenzen der verfassungsrechtlichen Kompetenz des Bundesverfassungsgerichtes und die historische Ueberlieferung des Richters, Entscheidungen, zu denen er angerufen ist, nur insoweit zu treffen, als ihnen unmittelbare rechtliche Relevanz zukommt. Es mag ferner die Erwägung mitbestimmend gewesen sein, in Zeiten höchster außenpolitischer Aktivität der politischen Behandlung einer Rechtsfrage, die für das Verhältnis von Gesamtdeutschland zur Sowjet-Union von eminenter Bedeutung ist, nicht vorzugreifen. Die Note der Bundesregierung, die ausdrückliche Feststellung des Uebereinstimmens in der Beurteilung der Rechtslage und der Anteil des Potsdamer Abkommens an der Grundlegung des Anspruchs des deutschen Volkes auf Ueberwindung der Spaltung ermöglichen es nunmehr, die völker- und staatsrechtliche Bedeutung des Potsdamer Abkommens in einer Gesamtschau zu würdigen.

Das Potsdamer Abkommen als „typische Kriegsvereinbarung“

Nach herrschender Auffassung bilden die Alliierten Erklärungen über die Niederlage Deutschlands vom 5. Juni 1945 und die drei im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 zusammengefaßten alliierten Feststellungen über das Kontrollverfahren in Deutschland, über die Besatzungszonen und über die Beratung mit den Regierungen anderer Vereinter Nationen eine untrennbare Einheit. Hierbei kommt dem Potsdamer Abkommen die Bedeutung eines

Kommuniqués, einer Mitteilung über die Drei-Mächte-Konferenz vom 2. August 1945, zu. Die gemeinsame Rechtsgrundlage der Deklarationen vom 5. Juni 1945 und des Kommuniqués vom 2. August 1945 ist die Drei-Mächte-Erklärung von Jalta, die Krim-Deklaration vom 12. Februar 1945⁶. Im Rahmen der am 12. Februar, 5. Juni und 2. August 1945 verkündeten Zielsetzung der Sieger-Mächte regeln die Krim-Deklaration die programmatische Zielsetzung, die vier Deklarationen vom 5. Juni 1945 die Uebernahme der Gewalt durch die Alliierten und das Potsdamer Abkommen die „politischen und wirtschaftlichen Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen müsse“. Hierbei ist das Potsdamer Abkommen nach Abschnitt III Abs. 2 ausdrücklich der Durchführung der Krim-Deklaration gewidmet. Innerhalb dieses zusammenhängenden Systems alliierter Erklärungen beabsichtigten die Krim-Deklaration und die Vier-Mächte-Erklärungen vom 5. Juni 1945 die Zerstückelung und Auflösung Deutschlands in mehrere kleine Staaten, während das Potsdamer Abkommen im Abschnitt III Abs. 2 über die „Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland“ die Zielsetzung der Dokumente von Jalta und vom 5. Juni 1945 in eine Richtung umdeutet, die die Aufgabe der ursprünglichen Zerstückelungstheorie erkennen läßt.

Bereits diese Entstehungsgeschichte der Potsdamer Konferenz, die Zweckbestimmung der Potsdamer Beschlüsse, die während der Kampfhandlungen verkündete Krim-Deklaration durchzuführen, kennzeichnet die Rechtsnatur der Potsdamer Uebereinkunft. Der Erlaß von Richtlinien der Besatzungspolitik in Durchführung einer Kriegsvereinbarung, der Krim-Deklaration, teilt die Rechtsnatur des Aktes, zu dessen Durchführung der Ausführungsbeschluß bestimmt ist. Die Potsdamer Beschlüsse sind daher nach herrschender Meinung kein völkerrechtlicher Vertrag im strikten Sinne des Wortes, sondern eine „typische Kriegsvereinbarung“. Die in ihm niedergelegten Grundsätze gelten für die „Anfangsperiode der Kontrolle“ und tragen echten Uebergangscharakter. Sie erzeugten dauernde Bindungen unter den beteiligten Mächten nur insoweit, als Vereinbarungen über endgültige Regeln der Besatzungspolitik getroffen waren⁷. Zu den Grundsätzen endgültigen Charakters ist die Vorbereitung der gesamtdeutschen Friedensregelung zu rechnen, die in Abschnitt II Ziff. 3 des Potsdamer Kommuniqués auch äußerlich dem Abschnitt III „Deutschland“ und dem Unterabschnitt der politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der Anfangsperiode der Kontrolle vorangestellt und in den Vier-Mächte-Erklärungen vom 5. Juni 1945 begründet ist.

*Die Verpflichtungen der Signatarmächte
des Potsdamer Abkommens*

Soweit das Potsdamer Abkommen verpflichtende Wirkungen erzeugt hat, beschränken sich diese auf die Signatarmächte. Signatarmächte waren die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Großbritannien und die Sowjetunion. Bereits die Einbeziehung Frankreichs ist im Hinblick auf dessen erhebliche Beitrittsvorbehalte zweifelhaft. Frankreich bestreitet einen wirksamen Beitritt⁸. Keinesfalls ist eine völkerrechtliche Bindung Deutschlands begründet worden. Auch Abkommen, die die Merkmale überlieferten völkerrechtlichen Vertragsschlusses erfüllen, äußern Verbindlichkeit nur für die Vertragsparteien selbst. Für Dritte sind sie eine *res inter alios acta*. Zutreffend betont *Anzilotti*⁹, daß wenige Grundsätze des Völkerrechts so sicher und allgemein anerkannt sind wie dieser Rechtssatz. Stets bedarf die verpflichtende Erstreckung völkerrechtlicher Abkommen auf andere der Mitwirkung des Betroffenen. Das Völkerrecht ist, nach *Wolgast*¹⁰, seinem Wesen nach Konsensrecht.

*Die völkerrechtlichen Wirkungen des Potsdamer
Abkommens*

Das Potsdamer Abkommen entbehrt somit konkreter, spezieller völkerrechtlicher Wirkungen auf Deutschland, das deutsche Volk oder deutsche Verfassungsgane.

Die Frage, ob allgemeine Regeln des Völkerrechts im Potsdamer Abkommen niedergelegt sind, ist für die Frage der normativen Kraft des Potsdamer Abkommens ohne rechtliche Bedeutung. Allgemeine Völkerrechtsregeln sind nach Art. 25 GG schlechthin Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten für die Bewohner des Bundesgebietes. Sie sind Rechtsquelle nicht kraft Vereinbarung, sondern kraft unmittelbarer Geltung völkerrechtlicher Prinzipien. Ihre Niederlegung, Konkretisierung, Spezialisierung in Abkommen von Gliedern der Völkerrechtsgemeinschaft verändert nicht den allgemeingültigen, materiellen Aussageinhalt allgemeiner völkerrechtlicher Prinzipien, sondern steigert lediglich deren inter omnes wirkende Geltungskraft *inter partes* der vertragsschließenden Glieder der Völkerrechtsgemeinschaft. Die Steigerungswirkung aber beschränkt sich auf die Vertragschließenden und teilt das Schicksal der völkerrechtlichen Bindungskraft der vertraglichen Übereinkunft. Hiernach ist, für die Beurteilung der normativen Kraft des Potsdamer Abkommens gegenüber Deutschland, unerheblich, ob ohnehin nach Art. 25 GG verbindliche, allgemeine völkerrechtliche Prinzipien in der Potsdamer Übereinkunft zum Ausdruck gelangt sind. Da jedoch diese „allgemeinen völkerrechtlichen Prinzipien“ in Hoch- und Landesverrats- und Staatsgefährdungsprozessen sowie im Staatsprozeß der Bundesregierung gegen die KPD

vor dem Bundesverfassungsgericht den Gegenstand leidenschaftlicher Schutzbehauptungen gebildet haben und das völkerrechtliche Denken seit Auftreten der Phänomene der totalitären Regime und seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges in einer fortschreitenden Entwicklung, z. T. Umgestaltung völkerrechtlicher und soziologischer Anschauungen begriffen ist, erscheint ein kurzer Exkurs zur Frage der Bindungskraft völkerrechtlicher Prinzipien angezeigt, zumal auch das Memorandum der Bundesregierung vom 2. September 1956 in Ziff. 13 zur Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker eine entschiedene Stellung bezogen hat.

Allgemeine Regeln des Völkerrechtes sind nur solche, die generell für alle Mitglieder der Völkerrechtsgemeinschaft Geltung beanspruchen und allgemein als bindend anerkannt sind. Diese Definition ist Gemeingut der völkerrechtlichen Wissenschaft und von den Kommentatoren des Grundgesetzes übernommen. In allen Staatsschutz-Prozessen haben sich nun die Anhänger marxistisch-leninistischer Ideologie auf die Rechtfertigung ihrer Ziele und Handlungen durch die von ihnen in Anspruch genommenen Prinzipien des „Aggressions- und Interventionsverbotes, der Kriegsächtung und der nationalen Selbstbestimmung“ berufen. Soweit dieser Berufung die Schutzbehauptung zugrunde lag, der oberste Träger der Staatsmacht in der Bundesrepublik Deutschland treibe eine Politik der Aggression und Intervention, beruht sie auf der kommunistischen, in der marxistisch-leninistischen Ideologie verwurzelten Zweckthese und Fiktion, daß „im Zeitalter des Imperialismus und der proletarischen Revolution“ die bürgerlichen Staaten ihre Ziele durch „Intervention, Aggression und Krieg“ verfolgen. Die Zuordnung des „Aggressionsverbotes und der Kriegsächtung“ zu völkerrechtlichen Prinzipien verkennt ferner, daß diese nicht dem völkerrechtlichen, sondern dem politischen Bereich der internationalen Ordnung entstammen. Der Krieg — die äußere Intervention — ist völkerrechtlich eine Erscheinungsform der unmittelbaren Selbsthilfe; er ist die Anwendung von Gewalt gegen einen fremden Staat zur Durchsetzung eines behaupteten Anspruches oder zur Abwehr eines drohenden Unrechtes. Die Frage der völkerrechtlichen Zulässigkeit des Krieges beantwortet sich verschieden, je nachdem, ob das Völkerrecht positivistisch oder sozial-ethisch verstanden wird. In der völkerrechtlichen Entwicklung der Neuzeit hat sich der Positivismus durchgesetzt. Die Haager Friedenskonferenz, der Erste Weltkrieg und der Genfer Völkerbund standen unter der Wirkung des Positivismus. Auch der Kellogg-Pakt von 1928 verbot zwar den Angriffskrieg, gab aber kein Sicherungsmittel. Er stellte den Staaten frei, das Schwert zu ziehen, wenn sie dies zum Zwecke der Verteidigung („*légitime défense*“) für notwendig halten. Die Frage, ob ein Krieg überhaupt zulässig ist, ist zutiefst metajuristisch

und vom Sittlichen bestimmt. Sie ist nicht mit den Mitteln des Rechtes und der Rechtswissenschaft zu erfassen. Das Recht begleitet die Bahn des Krieges, um ihn zu humanisieren. Die Verbannung des Angriffskrieges im Urteil des Nürnberger Tribunals vom 1. Oktober 1946 beruhte auf der machtpolitischen Lage nach der Niederwerfung Deutschlands und entsprang dem Motiv, Deutschland strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen¹². Mögen die Ideen der Kriegsächtung und des Aggressionsverbotes in der neuesten Entwicklung des Völkerrechtes die Tendenz aufweisen, aus den Bezirken des partikulären Völkerrechtes, aus politisch-ethisch bedingten Verhaltensweisen in den universalen Völkerrechtsbereich vorzudringen: ein innerstaatliches Ordnungsprinzip wird durch sie nicht errichtet. Sie berühren insbesondere nicht den Inhalt und den Schutz der Verfassungsprinzipien des einzelnen Gliedes der Völkerrechtsgemeinschaft. Sie enthalten vor allem keine Aussage über den innerstaatlichen, verfassungsrechtlichen Begriff der Demokratie und der aus ihr abgeleiteten verfassungsrechtlichen Stellung der Träger des innerstaatlichen, öffentlichen Lebens. Der Vorrang des Völkerrechtes gem. Art. 25 GG bricht sich am Grundgesetz selbst. Hier besteht eine unleugbare Verwandtschaft zwischen dem Grundgesetz und der Weimarer Reichsverfassung. Zwar verbietet Art. 25 GG im Gegensatz zu Art. 4 der Weimarer Reichsverfassung die Abweichung einer Rechtsnorm von den allgemeinen Regeln des Völkerrechtes. Regeln des Völkerrechtes aber, die dem Grundgesetz widersprechen, treten gegenüber tragenden Prinzipien des Grundgesetzes zurück¹³. Die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes aber ist ein wertgebundenes, geschlossenes Ordnungssystem, dessen sozial- und staatsethisches und nationales Verhalten zu Fragen des äußeren Konfliktes von den Prinzipien der Kernordnung, der Würde, Freiheit und Gleichheit der Menschen bestimmt wird.

Das Verbot der Einmischung in die inneren Verhältnisse eines fremden Staates ist, in der jüngsten Entwicklung völkerrechtlicher Anschauung, zweifellos ein allgemein gültiges Prinzip des Völkerrechtes geworden. Es ist in Art. 2 Ziff. 7 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt und für alle Mitglieder der Vereinten Nationen verbindlich. Das Interventionsverbot aber begründet keine Rechtfertigung des Potsdamer Abkommens: denn das auf der Potsdamer Konferenz erklärte Ziel, die innere Struktur Deutschlands zu regeln, ist Ausfluß einer, mit dem Interventionsverbot unvereinbaren Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates. Die Alliierten waren sich dieser Verletzung eines Völkerrechtsprinzips wohl bewußt: Auf dieser Einsicht beruht die Aufnahme des Art. 107 in die Charta der Vereinten Nationen, der ausdrücklich besagt, daß „nichts“ Maßnahmen ungültig machen oder aus-

schließen solle, die gegen einen früheren Feindstaat als Folge des Krieges ergriffen werden¹⁴.

Das gleiche gilt für das völkerrechtliche Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes. Während noch unter der Geltung des Grundgesetzes bisher die Idee der nationalen Selbstbestimmung überwiegend als ethisches Postulat begriffen wurde¹⁵, hat die Entwicklung der letzten Jahre, ungewollt gefördert durch den Imperialismus der Sowjetunion, das ethische Postulat in ein völkerrechtliches Prinzip normativer Kraft umgestaltet. Auch die Bundesregierung bekennt sich nunmehr unzweideutig zu ihrer völkerrechtlichen Geltungskraft¹⁶. Nach zutreffender Auffassung ist überdies, wie unten ausgeführt wird, die Idee der nationalen Selbstbestimmung programmatisch und normativ in der Präambel und in Art. 146 des Grundgesetzes unmittelbar statuiert.

Das Recht auf nationale Selbstbestimmung aber ist nicht nur Idee und völkerrechtliches Prinzip, sondern zugleich höchstes nationales Anliegen eines jeden Volkes. Es entbehrt daher jeden rechtlichen und ethischen Zusammenhanges mit einer Kriegsvereinbarung, einer „typischen Kriegsvereinbarung“, die die Unterwerfung des Volkes zum Gegenstand hat, dessen Recht auf nationale Selbstbestimmung sich stürmisch äußert.

Das Potsdamer Abkommen und das Besatzungsrecht

Das Potsdamer Abkommen ermangelt aber auch besatzungsrechtlicher Wirkungen für Deutschland.

Das Potsdamer Abkommen hat nicht besatzungsrechtliche Rechtsnormen gesetzt, sondern programmatische Grundsätze proklamiert. Diese Grundsätze sind dem politischen Ordnungsbereich zugehörig und auf die Anfangsperiode der Kontrolle begrenzt. Sie verfolgten in überragendem Maße negative Zwecke, nämlich die Zerstörung des bisherigen politischen und militärischen Ordnungssystems in Deutschland. Die Elemente positiver Aufbauzielsetzung tragen den Charakter von Empfehlungen oder Soll-Vorschriften: Der in Unterabschnitt A Ziff. 2 statuierte Gleichheitsgrundsatz gilt vorbehaltlich der praktischen Durchführbarkeit. Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage ist lediglich vorzubereiten. Die Neuordnung des Gerichtswesens bezweckt eine Wiederherstellung früherer Zustände durch Reorganisation. Die Neuordnung der Verwaltung soll dem Abbau, der Dezentralisation der überlieferten Verwaltungsstruktur dienen. Die Errichtung einer zentralen deutschen Regierung sollte bis auf weiteres zurückgestellt werden. Der Begriff der Demokratie ist nirgends, wie das Bundesverfassungsgericht zutreffend feststellt, positiv und konkret definiert. Die Forderung, Negationen demokratischen Lebens zu zerstören, bestimmt nicht positive Werte einer demokratischen Grundordnung. Das Wesen der Demokratie liegt nach heutiger Auf-

fassung in dem historisch bestimmten Gegensatz zur Diktatur¹⁷. Es beruht in dem System freier Bildung, dem Prozeß der freien Formung und Auswirkung des Volkswillens, von der aus alle Repräsentationen des Volkes und alle staatlichen Organe ihre Legitimität erhalten. Dies ist Gemeingut überlieferter Anschauung von demokratischer Staatsordnung¹⁸. Ein Kriegaakt staatlicher Souveränitätsusurpation, ein Akt der Oktroyierung eines Status, der einer Macht-lage entspringt, schließt begrifflich die Schaffung wesentlicher Merkmale der Demokratie aus. Eine Demokratie, die aus Ausrottung und Zerstörung erwachsen soll, wird nicht originär in freier Selbstbestimmung des Volkes geschöpft. Der Begriff der Demokratie wird auch nicht durch die Uebereinkunft der Signatarmächte in Abschnitt II Ziffer 3 des Potsdamer Abkommens geprägt, eine gesamtdeutsche Friedensregelung vorzubereiten. Denn nicht ein Friedensvertrag, sondern eine auferlegte Friedensregelung war nach dem britischen Urtext des Potsdamer Abkommens beabsichtigt. Zutreffend betont daher Ministerpräsident *Eden*¹⁹ namens der Westmächte, daß ein gesamtdeutsches Friedensdiktat für das deutsche Volk unannehmbar und für die Alliierten unbefriedigend sei, da das wesentliche Element der Zustimmung fehle.

Eine normative Kraft erlangten die Grundsätze des Potsdamer Abkommens erst durch die unmittelbare Normensetzung der Zonenbefehlshaber und des Kontrollrates. Hierbei oblag die Anwendung und Auslegung der Grundsätze der Vier-Mächte-Deklarationen vom 5. Juni 1945 und der Potsdamer Uebereinkunft der konkurrierenden Kompetenz der Vier Regierungen und des Kontrollrats. Die Vier Mächte besaßen die Kompetenz der Gesetzgebung nicht subsidiär gegenüber dem Kontrollrat, sondern neben dem Kontrollrat und unabhängig von diesem. Dies ist in verschiedenen Vorschriften der Vier-Mächte-Erklärungen zum Ausdruck gelangt. In Artikel 13a der Vier-Mächte-Grunderklärung vom 5. Juni 1945 ist bestimmt, daß die Vier Alliierten Regierungen in Ausübung der obersten Regierungsgewalt in Deutschland diejenigen Maßnahmen treffen, die sie zum künftigen Frieden und zur künftigen Sicherung für erforderlich halten.

In Artikel 13b der gleichen Deklaration ist erklärt, daß die alliierten Vertreter bzw. die ordnungsmäßig dazu ermächtigten Personen oder Dienststellen Proklamationen, Befehle, Verordnungen und Anweisungen ergehen lassen. Alle deutschen Behörden und das deutsche Volk haben diesen Forderungen der Alliierten bedingungslos nachzukommen und alle solche Proklamationen, Befehle, Anordnungen und Anweisungen uneingeschränkt zu befolgen. In Ziffer 1 der Deklaration betreffend die Einsetzung des Kontrollrates ist bestimmt, daß in Deutschland die oberste Gewalt von den Oberbefehlshabern der Vier Mächte auf Anweisung ihrer Regierungen von jedem

in seiner eigenen Besatzungszone und auch gemeinsam („also jointly“) in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrats in allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten ausgeübt werde. Hierbei erstreckte sich die Kompetenz der Zonenbefehlshaber nicht nur auf die Setzung konkreter, sondern auch prinzipieller Normen, wie aus Artikel 13a und b der Vier-Mächte-Grunderklärung vom 5. Juni 1945 hervorgeht. Die konkurrierende, gemeinsame Kompetenz des Kontrollrats in allen Deutschland als Ganzes betreffenden wesentlichen Fragen war überdies nach Ziffer 2 der Kontrollrats-Deklaration vom 5. Juni 1945 von der Herstellung gegenseitigen Einvernehmens abhängig.

Mit anderen Worten: Es verblieb — mit Ausnahme der dem Kontrollrat vorbehaltenen Regelung der Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen — bei der alleinigen Kompetenz der einzelnen Mächte, wenn und soweit in Zukunft ein Einvernehmen nicht erreicht werden konnte.

Die faktische Beendigung der Funktionen des Kontrollrates durch die Sowjetunion am 20. März 1948²⁰ und die Ablehnung der Sowjetunion, in der Folgezeit den Kontrollrat wiederherzustellen²¹, entzogen somit der konkurrierenden Kompetenz des Kontrollrates nicht nur die tatsächliche, sondern auch die rechtliche Grundlage. Denn die Herstellung des Einvernehmens bildete nicht nur die tatsächliche Bedingung für ein Tätigwerden des Kontrollrates, sondern auch die rechtliche Bedingung für die gemeinsame Normensetzung des Kontrollrates.

Hiernach kann unerörtert bleiben, ob die Vier Mächte nach Verkündung des Potsdamer Communiqués inter partes etwaige vertragliche Bindungen verletzt haben. Da ihre Uebereinkunft außerhalb der gesamtdeutschen Frage völkerrechtliche Wirkungen für Deutschland oder deutsche Organe nicht äußerte, ist allein entscheidend, welche besatzungsrechtlichen Normen gesetzt wurden. Für die Beurteilung der besatzungsrechtlichen Wirkungen aber ist nur die Rechtsetzung verbindlich, die bis zum 20. März 1948, der Beendigung der Tätigkeit des Kontrollrates, jedem Zonenbefehlshaber konkurrierend mit Gesetzen des Kontrollrates von diesem Tage an tatsächlich und rechtlich ausschließlich vorbehalten war.

Das heutige Gebiet der Bundesrepublik unterstand der gesetzgebenden Kompetenz der drei westlichen Zonenbefehlshaber. Diese haben, nach Beendigung der Tätigkeit des Kontrollrates, durch zwei konstitutive Akte und eine interpretierende Erklärung den besatzungsrechtlichen Status Westdeutschlands im Zusammenhange mit der Genehmigung des aus der Selbstbestimmung des Volkes geschöpften Grundgesetzes auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt. Die konstitutiven Rechtsakte der drei Westmächte sind das Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 und Ziffer 1 des Be-

satzungsstatuts. Durch Schreiben der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949 wurde das Grundgesetz unter Vorbehalt der Vorschriften des Besatzungsstatuts genehmigt. Der Vorbehalt in Ziffer VI des Genehmigungsschreibens, der sich auf Berlin bezieht, ruht nicht im Potsdamer Abkommen, sondern in der Vier-Mächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 betreffend die Errichtung der Besatzungszonen. In Ziffer 1 des Besatzungsstatuts haben die Westmächte dem Bund und den beteiligten Ländern volle gesetzgeberische, vollziehende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz und den Länderverfassungen übertragen und Bund und Länder lediglich den Beschränkungen des Besatzungsstatuts unterworfen. Der in Ziffer 1 Satz 1 des Besatzungsstatuts festgestellte Zweck der Besatzung, die Notwendigkeit des Fortdauerns der Besatzung, geht auf die Krim-Deklaration und die Vier-Mächte-Gründerklärung vom 5. Juni 1945 zurück. Die Auslegung dieses Zwecks unterstand der Kompetenz der einzelnen Mächte; der Rechtsvorbehalt in Ziffer 3 des Besatzungsstatuts, die volle Gewalt ganz oder teilweise wieder zu übernehmen, ruhte in der besatzungsrechtlichen Souveränität der Mächte. Der Hinweis auf „internationale Verpflichtungen“ in Ziffer 3 des Besatzungsstatuts betrifft, inter partes wirkend, Beziehungen der Besatzungsmächte im Außenverhältnis.

Die Erneuerung des Rechtsstatus im Gebiet der Bundesrepublik haben die Drei Westmächte ferner gegenüber der Sowjetunion durch authentische Interpretation ihrer konstitutiven Akte zum Ausdruck gebracht. Als die Sowjetunion durch ihre Note vom 24. Mai 1949 die bis dahin bestehenden westzonalen Wirtschaftsorgane anerkannte und Vorschläge über die Errichtung eines gesamtdeutschen Staatsrates unterbreitete, haben die Westmächte durch gemeinsame Erklärungen vom 28. Mai 1949 erwidert, daß die Vereinheitlichung Deutschlands entsprechend dem Grundgesetz auf Grund geeigneter Vereinbarungen, die den Staaten der Ostzone den Beitritt gestatten würden, ins Werk gesetzt werden solle²².

Abweichende, rechtsgestaltende Erklärungen der Bundesregierung sind nie abgegeben worden. Etwaige abweichende Erklärungen einzelner politischer Persönlichkeiten, auf die sich Anhänger kommunistischer Ideologie in Staatsschutzprozessen fortdauernd berufen haben, sind für die deutschen Verfassungsorgane nicht verbindlich. Die Bundesregierung hat überdies den im Mai 1949 geschaffenen besatzungsrechtlichen Status nicht anerkannt, sondern hingenommen.

Mit Ratifikation der Pariser Verträge hat die Bundesrepublik die Vollmacht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten erlangt.

Die Fragen der gesamtdeutschen Friedensregelung

Die einzige, allerdings entscheidende Ausnahme ist Abschnitt II Ziffer 3 des Potsdamer Abkommens. Die Signatarmächte haben dort aus den Deklarationen vom 5. Juni 1945 die endgültige und bindende Uebereinkunft übernommen, alle Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen, gemeinsam zu entscheiden und eine gesamtdeutsche Friedensregelung vorzubereiten. Dem entspricht der in Teil A des Deutschland betreffenden dritten Abschnittes „Politische Grundsätze“ dem Kontrollrat erteilte Auftrag, daß die Vier Mächte gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen die höchste Regierungsgewalt in Deutschland ausüben. Auf dem gesamtdeutschen Vorbehalt in Abschnitt II Ziffer 3 des Potsdamer Abkommens ruhen ferner die Gebietsvorbehalte der Westmächte im Besatzungsstatut, dem Begleitschreiben zum Besatzungsstatut vom 10. April 1949 und dem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949. Der Vorbehalt der Rechte und Verantwortlichkeiten der Drei Westmächte in bezug auf Deutschland als Ganzes mit Einschluß der Wiedervereinigung Deutschlands und der Regelung des Friedensvertrages setzt sich in Artikel 2 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Pariser Vertragswerk) fort. Er erstreckt sich ferner auf Berlin, unmittelbar begründet durch die Vier-Mächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 betreffend die Errichtung der Besatzungszonen und übernommen aus Ziffer 4 des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949. Der dritte, „Deutschland“ betreffende Abschnitt des Potsdamer Abkommens ist als „typische Kriegsvereinbarung“ obsolet geworden, überholt durch die normative Kraft staatlicher, politischer und faktischer Entwicklung. Die im zweiten Abschnitt Ziffer III verankerte Kompetenz und Verantwortung der Vier Mächte für alle Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen, ist hingegen lebendige rechtliche Wirklichkeit. Er enthält positive, materielle Wertinhalte und Verpflichtungen der Siegermächte, deren Fortbestand ersichtlich stillschweigend von allen vier Mächten anerkannt wird. Auch diese Uebereinkunft ist eine res inter alios gesta. Sie ist aber eine bedeutsame Rechtsquelle des nationalen und rechtlichen Appells des deutschen Volkes an die Sieger-Mächte, die inter partes übernommene Verpflichtung im Interesse des Weltfriedens und zum Wohle des deutschen Volkes zu realisieren.

Die Rechtsidee des Fortbestandes des Deutschen Reiches

Der Anspruch des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung entspringt ferner der vorrangigen Rechtsquelle der Rechtsidee des Fortbestandes des Deut-

schen Reiches. Nach herrschender Lehre²³ besteht das Deutsche Reich ungeachtet der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 fort. Die historisch begründete Rechtsidee des Fortbestandes des Reiches erzeugt — unzerstörbar durch Besatzungsrecht — die Verpflichtung aller Deutschen zur Wiedervereinigung. Sie ist echte Entsprechung des Rechtes des deutschen Volkes auf nationale Selbstbestimmung. Sie ist die präkonstitutionelle, legitime

Rechtfertigung des Anspruches des Grundgesetzgebers, für Gesamtdeutschland zu handeln, und Sinn und Grund dafür, daß das Grundgesetz, bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit, lediglich ein Transitorium geschaffen hat.

Sie ist zugleich der staatsrechtliche Ausdruck für Zusammenhalt und Zusammengehörigkeit aller Deutschen in Ost und West.

Das Gebot der Wiedervereinigung in der Präambel und in Art. 146 des Grundgesetzes

Bisherige Auffassungen im Schrifttum

Der letzte Satz der Präambel des Grundgesetzes bestimmt:

„Das gesamtdeutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Artikel 146 GG lautet:

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im Feststellungsverfahren gegen die KPD vom 17. August 1956 war im Schrifttum bestritten, ob der Gedanke der Wiedervereinigung lediglich eine programmatische Aussage oder eine echte, verfassungsrechtliche Rechtsnorm darstelle. *Giese*²⁴ behauptete die normative Natur der Präambel, betonte aber zugleich ihren begrenzten rechtlichen Gehalt. Er erblickte in der Präambel den Bericht über einen abgeschlossenen staatsrechtlichen Vorgang, der dessen staatspolitische Bedeutung umreißt, nicht imperative, sondern nur aussagende Rechtsnormen enthalte und kaum „dispositiven“, sondern hauptsächlich „deklamatorischen“ Charakter trage. „Immerhin“ mißt *Giese* seinem Inhalt „beachtliche Auslegungsregeln für die bestehende Ordnung und maßgebliche Richtlinien für die künftige staatsrechtliche Regelung“ zu. *Abendroth*²⁵ sieht in der Präambel ein politisches Bekenntnis, keine Rechtssätze, „andererseits den leitenden Gesichtspunkt für die Auslegung der Normen des Grundgesetzes und als dessen Bestandteil das verpflichtende Programm der Gesamtpolitik“. In der Eingliederung des Bekenntnisses der Präambel durch Artikel 146 in das Grundgesetz sieht er die Existenz dieses Bekenntnisses „zur Disposition der freien Entscheidung des deutschen Gesamtvolkes über eine echte, nicht nur provisorisch gemeinte Verfassung gestellt“. Nach *von Mangoldt*²⁶ enthält die Präambel nur Bekenntnisse und Aussagen allgemeinen Charakters, aber keine Rechtssätze. Die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes verdeutlicht, daß der Grundgesetzgeber in der Präambel und Artikel 146 GG den verfassungsrechtlichen Auftrag erteilte, das im Grundgesetz begonnene Werk

der staatlichen Wiedergeburt Deutschlands zu vollenden.

Die Beratungen im Parlamentarischen Rat

Die vorliegende Fassung der Präambel beruht ihrem wesentlichen Inhalt nach, insbesondere in der Ausgestaltung ihres letzten Satzes, auf den Vorschlägen von Theodor Heuss. Heuss führte bei den Beratungen des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat wörtlich aus:

„Wir müssen in dieses Grundgesetz oder in diese verfassungsmäßige Rechtsordnung eine Präambel hineinbringen, schon um den exzeptionellen Charakter, der diesem Grundgesetz anhaftet, irgendwie sichtbar und deutlich werden zu lassen...“

Heuss schlug vor, folgende, von ihm ausdrücklich als Eigenentwurf gekennzeichnete Fassung anzunehmen:

„Das Volk in den anderen deutschen Ländern bleibt aufgefordert, den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland zu vollziehen und in gemeinsamer Entscheidung und Verantwortung die nationale Einheit in Freiheit neu zu gründen.“

In unmittelbarem Anschluß an diesen Vortrag ersetzte Heuss den Ausdruck „neu zu gründen“ durch die von ihm gebilligten Worte „zu vollenden“. In Fortentwicklung der Grundsätze des Berichtes über den Verfassungskonvent auf Herren-Chiemsee²⁸

„es soll aber weiter ein Provisorium auch insoweit geschaffen werden, als nach dem Willen aller das Grundgesetz nicht endgültig auf das Gebiet der elf Länder der drei Westzonen beschränkt bleiben soll. Grundsätzlich soll jeder Teil Deutschlands auf seinen Wunsch (in das Grundgesetz) aufgenommen werden können“,

legte Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates vom 20. Oktober 1948 dar, daß „das, was der Parlamentarische Rat schaffe, eine gesamtdeutsche Angelegenheit sei und seiner Legitimität nach auf Grund eines gesamtdeutschen Mandates geschehe, eines Mandates des deutschen Volkes, das sich in Länder gliedere, aber nicht auf Grund eines Mandates der deutschen Länder selbst“. Schmid bezeichnete hierbei den Parlamentarischen Rat als den Treuhänder der Rechte jener Deutschen, denen nicht erlaubt sei, Abgeordnete zu wählen, und als Träger auch ihres Willens. Die Ausführungen Schmidts fanden den akklamatorischen Beifall der Abgeordneten

und die Unterstützung durch die Erklärung *Süsterhenns*:

„Wir sind uns weiter darüber einig und im klaren, daß wir hier als Sachwalter des deutschen Volkes und nicht als Länder-Beauftragte stehen. Ich bin der Meinung, daß wir uns als Sachwalter des deutschen Volkes, als Treuhänder des gesamten deutschen Volkes auch über den Rahmen der elf Länder hinaus fühlen sollten.“

Demgemäß lautet der zweitletzte Satz der Präambel:

„Es (das deutsche Volk) hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.“

Somit gelangt in der Präambel das programmatische Bekenntnis zum Ausdruck, daß das Grundgesetz in legitimer Repräsentation des gesamten deutschen Volkes geschaffen sei, „in der Absicht, diesem Gesamtwillen der Nation in dem Grundgesetz Ausdruck“ zu verleihen²⁹. Die Inanspruchnahme der legitimen Vollmacht, für das ganze deutsche Volk zu handeln, ist der Kern der Aussage der Präambel und birgt, qualifiziert durch den Legitimitätsanspruch des Grundgesetzgebers, normativen Rechtsgehalt. Die Aufforderung des letzten Satzes der Präambel, gerichtet an das gesamte deutsche Volk, das im Grundgesetz im Rahmen beschränkter Staatlichkeit begonnene Werk der Einheit und Freiheit in freier Selbstbestimmung zu vollenden, korrespondiert mit der in Artikel 146 ausgesprochenen Erwartung, daß das deutsche Volk in freier EntschlieÙung eine (endgültige) Verfassung beschließen möge. Die Vollendung des Verfassungswerkes bedingt eine höhere Stufe der Staatlichkeit: die Existenz einer im historischen Wortsinn souveränen staatlichen Organisation, die das Volk befähigt, sich in freier Selbstbestimmung des eigenen nationalen Lebens und originär, ohne Einengung durch besatzungsrechtliche Grenzen der freien Entscheidung, die endgültige Verfassung durch eine gewählte Nationalversammlung zu geben. In dieser Unterscheidung der dem Grundgesetz zugrunde liegenden beschränkten Staatlichkeit und der souveränen Staatlichkeit, die in der Präambel mit dem Wort „Vollendung“ und in Artikel 146 mit den Worten „Beschließung der — endgültigen — Verfassung in freier Entscheidung des deutschen Volkes“ ausgesprochen ist, liegt der Kerngehalt des letzten Satzes der Präambel und des Artikels 146: die Vollendung des Verfassungswerkes nach Erreichung einer Staatlichkeitsstufe höherer Ordnung. Das Gebot der Wiedervereinigung erscheint hiernach nicht unmittelbar als Inhalt des Vollendungsauftrages, sondern als Ausfluß des Legitimitätsprinzips, des gesamtdeutschen Mandates des Grundgesetzgebers. Als Inhalt des Wiedervereinigungsgebotes erscheint, in der ersten, grundgesetzlichen Phase staatlicher Ordnung, die tatsächliche Vereinigung der getrennten Volksteile, in der zweiten Phase höherer staatlicher Ordnung die freie Bestim-

mung der endgültigen Verfassung durch das ganze deutsche Volk.

Die Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichtes

Das Bundesverfassungsgericht ist jedoch im Urteil vom 17. August 1956, in schöpferischer Fortentwicklung der hier rechtspositivistisch gedeuteten verfassungsrechtlichen Inhalte des Wiedervereinigungsgebotes, um ein Erhebliches weitergegangen. Das Bundesverfassungsgericht hat sich entschieden zum unmittelbaren, nicht lediglich abgeleiteten verfassungsrechtlichen Gebot der Wiedervereinigung bekannt und diesem Gebot höchste normative Kraft zuerkannt. In den Ausführungen des Urteils zur Wiedervereinigungsfrage spiegelt sich das Bemühen der elf Richter, allein das Recht anzuwenden und politische, nicht justitiable Tatsachen und Deutungen auszuschneiden. Sie offenbaren aber zugleich die unverrückbare Tatsache, daß in den letzten Lebensfragen der Nation rechtliche, politische und nationale Begriffe unteilbar und untrennbar sind, eine Rechtsentscheidung zutiefst auch eine politische Entscheidung, eine nationale Entscheidung ist.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im KPD-Prozeß³⁰ weist ausdrücklich auf den Vorspruch des Grundgesetzes hin, der die Aufforderung an das gesamte deutsche Volk enthält, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, während Artikel 146 GG die Geltung des Grundgesetzes auf die Zeit bis zum Inkrafttreten einer Verfassung beschränke, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist, also klar zum Ausdruck bringe, daß erst diese Verfassung als die endgültige Entscheidung des deutschen Volkes über seine staatliche Zukunft angesehen werde. Das Bundesverfassungsgericht fährt wörtlich fort:

„Er (der Vorspruch des Grundgesetzes) ist daher politisches Bekenntnis, feierlicher Aufruf des Volkes zu einem Programm der Gesamtpolitik, das als wesentlichsten Punkt die Vollendung der deutschen Einheit in freier Selbstbestimmung enthält. Darüber hinaus hat aber der Vorspruch auch rechtlichen Gehalt. Er beschränkt sich nicht auf gewisse rechtlich erhebliche Feststellungen und Rechtsverwahrungen, die bei der Auslegung des Grundgesetzes beachtet werden müssen. Vielmehr ist aus dem Vorspruch für alle politischen Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland die Rechtspflicht abzuleiten, die Einheit Deutschlands mit allen Kräften anzustreben, ihre Maßnahmen auf dieses Ziel auszurichten und die Tauglichkeit für dieses Ziel jeweils als einen Maßstab ihrer politischen Handlungen gelten zu lassen. Dabei ist offensichtlich, daß auf dieses Gebot nicht das Verlangen gestützt werden kann, die Organe der Bundesrepublik müßten bestimmte Handlungen zum Zwecke der Wiedervereinigung Deutschlands vornehmen. Denn den zu politischem Handeln berufenen Organen der Bundesrepublik muß es überlassen bleiben, zu entscheiden, welche Wege sie zur Herbeiführung der Wiedervereinigung als politisch richtig und zweckmäßig ansehen. Nach der negativen

Seite bedeutet das Wiedervereinigungsgebot, daß die staatlichen Organe alle Maßnahmen zu unterlassen haben, die die Wiedervereinigung rechtlich hindern oder faktisch unmöglich machen. Das führt aber zu der Folgerung, daß die Maßnahmen der politischen Organe verfassungsgerichtlich auch darauf geprüft werden können, ob sie mit dem Wiedervereinigungsgebot vereinbar sind. Die politische Ermessensfreiheit dieser Organe beschränkt sich damit insoweit praktisch auf den allerdings immer noch weiten Bereich der hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Wiedervereinigung zweifelhaften Maßnahmen. Denn der Richter könnte eine Maßnahme der politischen Organe nur dann als verfassungswidrig beanstanden, wenn die Verletzung des Verfassungsgebotes der Wiedervereinigung durch sie evident und die Maßnahme unter keinem Gesichtspunkt zu rechtfertigen wäre.“

„... Die Wiedervereinigung Deutschlands ist nicht nur ein innerstaatlicher, nationaler Akt, der durch Aufrichtung einer gesamtdeutschen Ordnung zu vollziehen wäre, sondern zugleich eine internationale Frage. Nach dem derzeitigen Stand der politischen Entwicklung ist nicht damit zu rechnen, daß die Wiedervereinigung ohne eine völkerrechtliche Vereinbarung zwischen den bisherigen Besatzungsmächten erreicht werden kann.“

„... Die gesamtdeutschen Wahlen aber dienen der Vorbereitung eines Aktes des *pouvoir constituant* des ganzen deutschen Volkes, der die Beschlußfassung über eine gesamtdeutsche Verfassung zum Gegenstand hat, also gerade darüber entscheiden soll, ob die Ordnung des Grundgesetzes auch für Gesamtdeutschland fortbestehen oder durch eine andere Verfassungsordnung abgelöst werden soll. Die Legitimität der gesamtdeutschen Verfassung kann nicht daran gemessen werden, ob sie in einem Verfahren zustande gekommen ist, das seine Legalität aus der Ordnung des Grundgesetzes herleitet, vielmehr ist nach der in die Zukunft gerichteten Ueberleitungsnorm des Art. 146 GG die künftige gesamtdeutsche Verfassung schon dann ordnungsgemäß zustande gekommen, wenn sie „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“. Dies bedeutet, daß die Entscheidung des deutschen Volkes über eine gesamtdeutsche Verfassung frei von äußerem und innerem Zwang gefällt werden muß, und das heißt allerdings, daß ein gewisser Mindeststandard freiheitlicher demokratischer Garantien auch beim Zustandekommen der neuen gesamtdeutschen Verfassung zu wahren ist.“

Die Bedeutung des Karlsruher Urteils

In diesen Ausführungen des Bundesverfassungsgerichtes liegt eine fünffache Aussage von höchster rechtlicher und politischer Tragweite:

1. Das Wiedervereinigungsgebot ist feierlicher Auf-
ruf des Volkes zu gesamtdeutscher Politik.

2. Das Wiedervereinigungsgebot ist mit höchster
normativer Kraft ausgestattet.
3. Das Wiedervereinigungsgebot verbietet alle
Maßnahmen, die die Wiedervereinigung recht-
lich hindern oder politisch oder tatsächlich un-
möglich machen.
4. Die Wiedervereinigung ist auch eine internatio-
nale Frage.
5. Die Wiedervereinigung bedarf der f r e i e n Ent-
scheidung des deutschen Volkes, der Freiheit
nach innen und außen.

Die Freiheit nach innen, die Freiheit der rechts-
staatlichen Herrschaftsordnung, ist ureigene Sache des
deutschen Volkes. Die rechtsstaatliche Freiheit ist
nicht nur unverzichtbares Element der freiheitlichen
demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes,
sondern jeder freiheitlichen demokratischen Ver-
fassung schlechthin. Die Vollendung der Freiheit nach
außen, die Aufhebung der letzten Beschränkungen
staatlicher Souveränität, des Selbstbestimmungs-
rechtes der Nation, ist Vorbehaltsrecht und -pflicht
der früheren Besatzungsmächte. Beide Freiheits-
elemente sind in Artikel 146 vereinigt. Artikel 146 ist
— mit den Worten *Abendroths* — der Appell an das
Urbild der Demokratie, die verfassungsgebende Ge-
walt des gesamten Volkes, das sich frei zu entscheiden
vermöge, ein Appell, der sich nur durch Einberufung
einer verfassungsgebenden und souveränen National-
versammlung verwirkliche, einer Nationalversamm-
lung, die vom gesamten deutschen Volk *uno actu*
unter gleichen Bedingungen frei gewählt werde. Nur
eine Verfassung, die das ganze deutsche Volk sou-
verän und auf Grund freier demokratischer Wahlen
beschließt, äußert die Wirkungen des Artikels 146 GG.
Gesamtdeutsche Wahlen, die den Freiheits- und
Gleichheitsgrundsatz verletzen, sind unvereinbar mit
der Vorstellung vom Urbild der Demokratie, der
Schöpfung einer Verfassung aus dem freien Selbst-
bestimmungsrecht des Volkes und der Herstellung
nationaler Einheit. Beide Elemente der Freiheit, die
staatliche Souveränität und die in rechtsstaatlicher
Herrschaftsordnung frei betätigte Volkssouveränität,
sind gleichwertig. Sie ruhen in der Kernordnung
jeder freiheitlichen demokratischen Verfassung, der
Würde, Freiheit und Gleichheit des Menschen und
dem Selbstbestimmungsrecht der Nation.

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. den Wortlaut des Memorandums auf S. 9217 dieser
²⁾ Mit Recht verwahrte sich Bundespräsident Prof. Dr.
Theodor Heuss bei seiner Begrüßungsansprache auf dem
Juristentag 1955 in Berlin gegen die mißbräuchliche Bezeich-
nung der staatsrechtlichen Ordnung der Bundesrepublik als
„provisorisch“ und forderte die Ersetzung des Wortes „provi-
sorisch“ durch „transitorisch“.

³⁾ KPD-Prozeß. Dokumentarwerk zu dem Verfahren über
den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Ver-

fassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands
vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts. Hrsg.
von Dr. Gerd Pfeiffer (und) Hans Georg Strickert. Karlsruhe:
C. F. Müller. 1955 Band 1, 975 S., 1956 Band 2, 946 S.,
aus Band 3, der die Schlußplädoyer der Bundesregierung und
der KPD und das vollständige Urteil enthält, ist bisher nur
der Sonderdruck (S. 581—746) des Urteils erschienen (C. F.
Müller 1956).

(Fortsetzung der Anmerkungen auf S. 9228)

Die Tätigkeit des Ständigen Rüstungsausschusses und des Rüstungskontrollamtes der Westeuropäischen Union

Von Dr. Hans Joachim Heiser

Die gemeinsame Entstehung

Die Bemühungen, nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine Ersatzlösung zu finden, haben am 23. Oktober 1954 in Paris zu der Unterzeichnung des Vertragswerkes über die Westeuropäische Union geführt. Wenn man einen Vergleich anstellt zwischen dieser neuen Lösung und der bis dahin im Zuge der europäischen Integration verfolgten Linie¹, so drängt sich als einer der hauptsächlichsten Unterschiede die Erkenntnis auf, daß das institutionelle System der Westeuropäischen Union gegenüber den bis dahin konzipierten überstaatlichen Gemeinschaften gering entwickelt ist.

Dies beruht darauf, daß die WEU als eine Gemeinschaft internationalen Rechts geschaffen worden ist, also keinen supranationalen Charakter aufweist. Abgesehen von dieser mehr rechtstheoretischen Ueberlegung hat bei dem Entwurf des WEU-Vertragswerkes die politische Erkenntnis, daß gerade der recht weitgehende Ausbau der institutionellen Seite in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft möglicherweise einer der Hauptgründe für deren Scheitern war, eine bedeutende Rolle gespielt.

Eigene Gemeinschaftsorgane, wie sie etwa in der Montangemeinschaft vorhanden und in der Verteidigungsgemeinschaft sowie in der Politischen Gemeinschaft geplant waren, wurden der WEU nicht beigegeben. Zwar ist der für die Ausführung des Vertrags zuständige Ministerrat zu einem Organ gestaltet worden, dessen Befugnisse über das sonst für Organe internationaler Organisationen übliche Maß hinausgehen, indem eine Reihe von Entschlüssen des Rates nicht der sonst üblichen Einstimmigkeit bedürfen und indem dem Rat die Befugnis verliehen worden ist, nachgeordnete Stellen zu schaffen. Hier- von hat der Rat jedoch bis heute — wenn man vom Ständigen Rüstungsausschuß und Rüstungskontrollamt absieht, die ja bereits bei Inkrafttreten der Verträge beschlossen waren — noch keinen Gebrauch gemacht. Wenngleich also — oder vielmehr gerade weil — der Rat diese seine allgemeine Kompetenz noch nicht benützt hat, so bieten sich die beiden anderen bereits bei der Gründung der Westeuropäischen Union konzipierten Organe dieser Gemeinschaft in besonderem Maße als Objekte für eine Untersuchung der Tätigkeit der WEU an: das Rüstungskontrollamt und der Ständige Rüstungsausschuß.

So sehr sich diese beiden Institutionen der Materie nach, mit der sie sich befassen, unterscheiden, so gemeinsam ist ihre Genesis.

Als die Außenminister der EVG-Länder sowie der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Kanadas zur schnellen Beendigung der mit der Verwerfung des EVG-Vertrags eingetretenen allgemeinen politischen Krise auf britische Einladung zur Londoner Konferenz vom 28. September bis zum 3. Oktober 1954 zusammentraten, fanden die französischen Vorstellungen über die Möglichkeiten einer neuen Lösung der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungen ihren Niederschlag in einer „Note der französischen Delegation vom 29. September 1954 über das Problem der Rüstungsproduktion“.² Diese in der Plenarsitzung am 30. September 1954 vorgelegte und diskutierte Note enthielt einen umfassenden Plan über die Zusammenfassung der Rüstungsaktivität der sieben Teilnehmerstaaten, insbesondere auf dem Gebiet der Rüstungsstandardisierung und der Großserien-Produktion. Eine zu errichtende Rüstungsagentur sollte — mit der Begründung, daß damit eine größere Durchschlagskraft erreicht werde — für die Aufstellung und Ausführung der gemeinsamen Rüstungsprogramme sowie die Verteilung der aus dritten Ländern kommenden Rüstungslieferungen (der sogenannten „Außenhilfe“) zuständig sein. Zusammen mit ebenfalls vorgesehenen weitgehenden Kontrollbefugnissen und der Einführung eines Lizenzierungssystems für neu zu errichtende Rüstungsbetriebe handelte es sich um eine außerordentlich weitgehende Konzeption einer Rüstungsgemeinschaft.

In London kam es dann lediglich zu einer Vereinbarung über die Rüstungskontrolle, während im übrigen (Abschnitt II Ziff. 14 der Londoner Schlußakte vom 3. Oktober 1954)³ die Errichtung einer Arbeitsgruppe beschlossen wurde, „um den von der französischen Regierung vorgelegten Entwurf und sonstige Dokumente zu prüfen, die gegebenenfalls zur Frage der Rüstungsproduktion und -normung vorgelegt werden“.

Die Ausführung der in der Londoner Schlußakte enthaltenen Beschlüsse erfolgte, nach zwischenzeitlicher Tätigkeit mehrerer Sachverständigenausschüsse, in der Pariser Außenministerkonferenz vom 20. bis 23. Oktober 1954. Im Rahmen der Ausgestaltung des aus den fünf Staaten Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg bestehenden Brüsseler Pakts zur auch Italien und die Bundesrepublik Deutschland umfassenden Westeuropäischen Union wurde das Gebiet der Rüstungs-

kontrolle abschließend geregelt, während zur Frage der Produktion und Standardisierung der Rüstung eine gesonderte EntschlieÙung getroffen wurde, welche die Vereinbarung enthielt, eine Arbeitsgruppe mit den von der französischen Delegation vorgelegten Entwürfen zur Frage der Produktion und Standardisierung der Rüstung zu befassen.

Die beiden Materien „Rüstungskontrolle“ einerseits und „Standardisierung und Produktion“ andererseits wurden also von vornherein mit Vorbedacht voneinander getrennt. Die dieser Trennung ursprünglich entgegenstehende französische Konzeption war von der Tatsache ausgegangen, daß der wirtschaftliche Teil des EVG-Vertrags, welcher Bestimmungen so-

wohl über die Rüstungsproduktion als auch über die Rüstungskontrolle umfaßte, im französischen Parlament und in der französischen Öffentlichkeit keinen oder nur unwesentlichen Widerspruch gefunden hatte. Man übersah jedoch dabei, daß die EVG-Konzeption der gemeinsamen Rüstung in das große Vertragswerk einer übernationalen Gemeinschaft eingebettet war, mit deren Ablehnung im ganzen auch dem einzelnen Teil die Lebensfähigkeit genommen war.

Das Anlaufen und die Gestaltung der Tätigkeit des Rüstungskontrollamtes und des Ständigen Rüstungsausschusses fanden infolgedessen ebenfalls voneinander getrennt und unterschiedlich statt.

Das Rüstungskontrollamt

Während die Errichtung des Ständigen Rüstungsausschusses erst nach längeren Verhandlungen am 7. Mai 1955 zustande kam⁴, war die Errichtung des Rüstungskontrollamtes bereits konkret in den am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Verträgen vorgesehen. Innerhalb dieser Verträge ist das Rüstungskontrollamt Gegenstand zweier besonderer Protokolle geworden. In einem Protokoll (Nr. III)⁵ wurden Bestimmungen getroffen über unzulässige Rüstungsproduktion und über kontrollierte Rüstung, unter Beifügung (in vier Anlagen) von Listen der verbotenen und der kontrollierten Waffen. Durch das andere Protokoll (Nr. IV)⁶ wurde das Amt für Rüstungskontrolle errichtet, welches dem Rat der Westeuropäischen Union verantwortlich ist. Das Protokoll regelt Satzung, Verfahren und Zuständigkeiten des Amtes und sieht für den Schutz von Privatinteressen die Schaffung eines besonderen Gerichtsverfahrens vor.

Bevor nach Inkrafttreten der Verträge am 5. Mai 1955 der vertraglichen Regelung die tatsächliche Errichtung des Rüstungskontrollamtes folgen konnte, bedurfte es der Ernennung des Direktors des Amtes sowie der Besetzung der Stellen des stellvertretenden Direktors und der Abteilungsleiter. Während der Direktor nach den Vorschriften des Protokolls Nr. IV durch einstimmigen Ratsbeschluß zu ernennen war, hatte die Ernennung der Abteilungsleiter durch den Direktor, jedoch nach vorheriger Einholung der Zustimmung des Rates, zu erfolgen. Nachdem der Rat schon am 7. Mai 1955, also in seiner ersten Sitzung, den italienischen Admiral Emilio Ferreri zum Direktor ernannt hatte, fanden die übrigen Besetzungen nach Beschlußfassung des Rates später wie folgt statt:

Stellvertretender Direktor: Generalleutnant *Backer* (Niederlande);

Leiter der Informationsabteilung: Herr *Coignard* (Frankreich);

Leiter der Abteilung Verwaltung und Recht: Ministerialrat Dr. *Thieme* (Bundesrepublik Deutschland).

Als Leiter der Kontrollabteilung wurde später Luftvizemarschall *Pidcock* (Großbritannien) bestellt.

Nachdem diese personellen Vorbereitungen getroffen waren, konnte es an die Schaffung des Amtes selbst gehen, d. h. an die häusliche Einrichtung des Amtes und an die Einstellung des ersten Mitarbeiterstabes. Beides erfolgte in ständiger Zusammenarbeit zwischen dem Rüstungskontrollamt und dem in London tagenden Rat der Westeuropäischen Union, der die haushaltsmäßigen Bewilligungen vorzunehmen hatte.

Nach dem Abschluß dieser technischen Vorbereitungsarbeiten und der Installierung des Amtes in der „Aile droite“, dem rechten Flügel des zwischen dem Palais de Chaillot und der Seine gegenüber dem Eiffelturm hingestellten Barackenbaus, beschloß der Ministerrat der Westeuropäischen Union in seiner Pariser Sitzung der Außenminister am 14. Dezember 1955, daß das Rüstungskontrollamt am 1. Januar 1956 mit seiner Tätigkeit beginnen sollte.

Darauf erfolgte im Verlaufe des Monats Januar 1956 der erste Akt der eigentlichen Kontrolltätigkeit: die Versendung von Fragebogen an die sieben Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union.⁷ Und schon am 18. Januar konnten die ständigen Vertreter der sieben Mitgliedstaaten im WEU-Rat auf der an diesem Tage in London stattfindenden Routinesitzung des Rates die Vollziehung dieses ersten Aktes feststellen.

Wenngleich diese Feststellung auf den ersten Blick hin nicht den Eindruck besonderer Tragweite erweckt — sieht es doch so aus, als ob damit die Arbeit überhaupt erst begonnen hätte —, so stellt dieser Akt jedoch keineswegs den ersten Anfang der Tätigkeit des Amtes, sondern vielmehr bereits den ersten Abschluß eines guten Stücks Arbeit dar. Denn bis zu diesem Zeitpunkt mußte die schwierige Ausarbeitung des Fragebogens, dessen Komplexität schon bei einem flüchtigen Blick in die umfassenden Listen der Rüstungsbeschränkungen des Protokolls Nr. III ersichtlich wird und von dessen Systematik der Erfolg

der Kontrollen weitgehend abhängig ist, beendet sein. Außerdem mußte zugleich die Errichtung eines Apparates vorbereitet werden, der für die Erfassung und Verarbeitung der von den Mitgliedstaaten zu unterbreitenden Dokumente, d. h. für die *contrôle sur pièces*, bereit und fähig ist. Bei dieser *contrôle sur pièces* handelt es sich darum, daß das Kontrollamt die im Vertrag vorgesehene⁸, durch jene Fragebogen in eine einheitliche Form gebrachte Berichterstattung der Mitgliedstaaten einer Prüfung unterzieht, die doppelgleisig vor sich geht:

Hinsichtlich der der NATO unterstehenden Streitkräfte prüft das Amt im Benehmen mit den zuständigen NATO-Stellen, ob die angegebenen Gesamtmengen mit den Mengen übereinstimmen, die auf Grund des Bedarfs der der NATO unterstehenden Einheiten der betreffenden Mitglieder anerkannt werden, und ob sie mit den Beschlüssen und Angaben übereinstimmen, die in den vom Nordatlantikrat in Zusammenhang mit der NATO-Jahreserhebung genehmigten Dokumenten enthalten sind⁹.

Hinsichtlich der Streitkräfte für die bodenständige Verteidigung und der Polizeikräfte müssen die von dem Amt als angemessen anzuerkennenden Gesamtrüstungsmengen den von den Mitgliedern angegebenen Gesamtmengen entsprechen; dabei wird vorausgesetzt, daß sie sich im Rahmen der weiteren Abkommen halten, die zwischen den Mitgliedern der Westeuropäischen Union über Stärke und Bewaffnung der Streitkräfte für die bodenständige Verteidigung und der Polizeikräfte auf dem europäischen Festland abzuschließen sind¹⁰.

Da die erwähnten Abkommen über die bodenständigen Streitkräfte und die Polizei noch nicht vorliegen, beschränkt sich die Tätigkeit des Kontrollamts zunächst noch auf die der NATO unterstehenden Truppen. Jene Abkommen befinden sich im Stadium der Verhandlungen; zugleich wird an der Ausarbeitung der juristischen und verwaltungsmäßigen Grund-

lagen gearbeitet, die vor dem Beginn des zweiten Teils der Kontrolltätigkeit, der Durchführung von Kontrollen an Ort und Stelle (*contrôle sur place*), geschaffen werden müssen.

Es handelt sich dabei insbesondere um die im Artikel 11 des Prot. Nr. IV erwähnten Vorschriften für die Durchführung der Inspektionen, die u. a. ein angemessenes Rechtsverfahren für den Schutz privater Interessen vorsehen müssen. Diese Vorschriften sind teils von einer besonderen Expertenkonferenz der sieben Mitgliedstaaten, teils im Rat der WEU, stets jedoch in Zusammenarbeit mit dem Direktor oder mit sonstigen Vertretern des Rüstungskontrollamtes beraten worden. Die Ergebnisse dieser Tätigkeit liegen zum Teil bereits vor, zum Teil stehen die Arbeiten vor dem Abschluß. Da es sich bei diesen Arbeiten um die Grundlage für die weitere Tätigkeit des Kontrollamtes handelt, liegt es auf der Hand, daß dessen Vertreter bei dieser Arbeit eine besonders intensive Initiative entfalten.

Mit alledem ist im Rahmen der Westeuropäischen Union zum erstenmal in der Geschichte der modernen, über fünfzigjährigen Abrüstungsanstrengungen der Völker ein System wirksam kontrollierter Rüstungsbeschränkungen geschaffen worden, dessen Arbeit auch weiterhin in Zukunft mit Aufmerksamkeit verfolgt werden sollte. Die Bedeutung dieser Vorgänge liegt nicht zuletzt im Politischen. So haben sowohl der Bundesaußenminister *von Brentano* in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag am 28. Juni 1956¹¹ als auch Bundeskanzler Dr. *Adenauer* in seiner Antwort vom 21. Juli 1956 auf den Brief Ministerpräsident *Bulganin* vom 6. Juni 1956¹² diese erste Verwirklichung der internationalen Abrüstungsbestrebungen erwähnt und mit Recht darauf hingewiesen, daß dieses in der WEU errichtete Abrüstungssystem als Beispiel für weitere umfassende Abrüstungsmaßnahmen dienen könnte und sollte.

Der Ständige Rüstungsausschuß

Ebenso wie der Direktor des Rüstungskontrollamtes wurde auch der Leiter des internationalen Sekretariats des Ständigen Rüstungsausschusses bereits am 7. Mai 1956 (also am Tage der Errichtung des Ausschusses¹³) vom Rat der Westeuropäischen Union in seiner ersten Sitzung ernannt: Herr *Cristofini* (Frankreich), der damit zugleich, zufolge den Statuten des Ständigen Rüstungsausschusses, einer der (drei) Stellvertretenden Generalsekretäre der WEU wurde. Bevor der Ausschuß an die Inangriffnahme der ihm gestellten Aufgabe gehen konnte, mußte auch bei ihm die Arbeitsbasis in Gestalt der Einrichtung des internationalen Sekretariats, das sich gleichfalls in dem Passy-Flügel des Palais de Chaillot befindet, und der Benennung der nationalen Delegierten stattfinden. Erst diese Benennung konnte

zu der eigentlichen Bildung des Ausschusses führen, da der Ständige Rüstungsausschuß im Gegensatz zu dem internationalen Rüstungskontrollamt aus Regierungsvertretern besteht; der Ausschuß bedient sich lediglich des genannten internationalen Sekretariats. Nachdem die Regierungen ihre Vertreter benannt hatten, wurden sie in der Londoner Ratssitzung vom 30. Juli 1955 wie folgt bestätigt:

Für die Bundesrepublik Deutschland: Ministerialdirigent *Schmid*;

Für Belgien: Botschafter *de Staercke*;

Für Frankreich: General (Ing.) *Bron*;

Für Italien: Admiral *Capponi*;

Für die Niederlande: Herr *de Graaf*;

Für Luxemburg: Herr *Hommel*;

Für Großbritannien: Mr. *Gough*.

Nachdem diese Vorbereitungen erledigt waren, bedurfte es für den Ständigen Rüstungsausschuß — wiederum im Gegensatz zu der andersliegenden Situation im Rüstungskontrollamt — keiner besonderen weiteren Maßnahmen, um seine Arbeit aufnehmen zu können. Vielmehr begann der Rüstungsausschuß alsbald nach seiner Etablierung, die ihm gestellte Aufgabe in Angriff zu nehmen: die Zusammenarbeit der sieben Mitgliedstaaten der WEU auf dem Gebiet der Rüstung durch die Förderung von Abkommen zwischen allen oder auch nur einigen Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet wirkungsvoll zu gestalten. Es würde hier zu weit gehen, in eine Einzelbetrachtung der Tätigkeit des Ständigen Rüstungsausschusses einzutreten. Dies verbietet sich einerseits infolge des von dem Begriff „Rüstung“ umfaßten weiten Spielraums, der unter anderem die Gebiete der Entwicklung von Prototypen, der Standardisierung der Produktion und der Beschaffung umfaßt; andererseits stehen konkrete Arbeitsergebnisse einer Betrachtung noch nicht zur Verfügung. An Stelle ins einzelne gehender Darstellungen über die in dem Ausschuß entfaltenen Initiativen seien deshalb einige Bemerkungen mehr allgemeiner Art erlaubt, welche die Tätigkeit des Ständigen Rüstungsausschusses von einer anderen Seite aus beleuchten.

Für die Tätigkeit des Ständigen Rüstungsausschusses stellte sich in besonderem Maße die Notwendigkeit heraus, die Frage der Arbeitssprache zu regeln. Denn während es sich bei dem Rüstungskontrollamt, wie bereits dargelegt, um eine internationale Behörde handelt, in welcher die Mehrsprachigkeit aller Bediensteten eine Selbstverständlichkeit ist, verfügt der Ständige Rüstungsausschuß zwar über ein internationales Sekretariat, er ist selbst jedoch — obwohl Organ der WEU — aus Vertretern der einzelnen Mitgliedstaaten zusammengesetzt, die jeder seinem Herkunftsland und dessen Weisungen unterworfen sind. Bei dieser Sachlage und mit Rücksicht auf die Tatsache, daß infolge der für die Behandlung der von dem Ausschuß zu handhabenden Materie viele Spezialisten erforderlich sind, deren Sachverstand in einer Fremdsprache nicht hinreichend zur Geltung kommen kann, mußte hier von vornherein — insbesondere für die deutsche Seite — eine angemessene Lösung angestrebt werden.

Bekanntlich ist die Westeuropäische Union aus der Organisation des Brüsseler Vertrags hervorgegangen, in der Englisch und Französisch die Amtssprachen waren. Die Sprachenfrage wurde bei dem Abschluß der Verträge über die Westeuropäische Union nicht behandelt, und sie ist auch heute noch nicht endgültig geregelt. Man wird aber sagen können, daß das Beispiel des Ständigen Rüstungsausschusses, in dem im Verlaufe seiner Tätigkeit von vornherein — wie es aus den dargelegten Gründen auch kaum anders möglich war — auch deutsch gesprochen

worden ist, für die endgültige Entscheidung von Bedeutung sein wird; schon heute kann in allen Gremien der WEU auf Wunsch deutsch gesprochen werden, wenngleich die deutsche Sprache noch nicht als offizielle Amtssprache zugelassen worden ist.

Noch ein anderer Aspekt der Tätigkeit des Ständigen Rüstungsausschusses ist erwähnenswert: das Interesse, welches das parlamentarische Organ der Westeuropäischen Union, die Versammlung, an der Arbeit des Ständigen Rüstungsausschusses genommen hat. Es geschah dies in Gestalt eines Briefes, den der damalige Präsident der WEU-Versammlung, *Maclay* (Großbritannien), im Januar dieses Jahres an den Generalsekretär der WEU, *Goffin*, richtete und der sich auf die Ausführung des WEU-Vertragswerkes bezog und zum überwiegenden Teil die Arbeit des Ständigen Rüstungsausschusses zum Gegenstand hatte. Die Antwort wurde im Februar erteilt.

Dieser Vorgang hat zweifellos dazu beigetragen, die Arbeit des Ständigen Rüstungsausschusses zu intensivieren. Da sich die im Ständigen Rüstungsausschuß versammelten Mitgliedstaaten der WEU darüber klar sind, daß bei der Deckung des Rüstungsbedarfs innerhalb der WEU eine Arbeitsteilung unerläßliche Notwendigkeit ist, ergibt sich allein schon daraus die Nützlichkeit der Arbeit des Ausschusses. Für die Intensität der Arbeit des Ausschusses wird im weiteren Verlauf seiner Tätigkeit jedoch viel davon abhängen, daß die Zusammenarbeit der Staaten so gestaltet wird, daß es Ländern mit einer ausgesprochenen wettbewerblichen Wirtschaftsordnung möglich ist, mit Ländern einer zentralen Verwaltungswirtschaft zusammenzuarbeiten. Hier muß und wird sich eine Lösung finden lassen, zumal ebenfalls allseits anerkannt ist, daß eine gewisse Form der Mitwirkung der Regierungen bei der Deckung des Rüstungsbedarfs unvermeidlich ist.

Abgesehen von alledem kann angenommen werden, daß die Regierungen der in dem Ständigen Rüstungsausschuß vertretenen Staaten erkannt haben, daß der Ausschuß derzeit die einzige Gelegenheit für eine wirklich gemeinsame Arbeit auf dem Gebiet der europäischen Rüstung darstellt. Es wäre schade, wenn diese Gelegenheit nicht in größtmöglichem Ausmaß genutzt werden würde.

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. *Heiser*, „Von der EVG zur Westeuropäischen Union“, im Bundesanzeiger Nr. 241 vom 15. Dezember 1954.

²⁾ „Documents Relatifs à la Conférence des Neuf“ in *La Documentation Française, Notes et Etudes Doc.*, 6 Octobre 1954.

³⁾ Vgl. Europa-Archiv 20/1954, S. 6979.

⁴⁾ Vgl. Europa-Archiv 17/1955, S. 8134.

⁵⁾ Vgl. Europa-Archiv 23/1954, S. 7130.

⁶⁾ Vgl. Europa-Archiv 23/1954, S. 7131.

⁷⁾ Vgl. Artikel 13, Protokoll IV, a. a. O.

⁸⁾ Desgl.

⁹⁾ Vgl. Artikel 14, Protokoll IV, a. a. O.

¹⁰⁾ Vgl. Artikel 15, Protokoll IV, a. a. O.

¹¹⁾ Vgl. *Bulletin des Bundespresse- und Informationsamts* Nr. 118 vom 29. Juni 1956.

¹²⁾ Vgl. Europa-Archiv 17/1956, S. 9152.

¹³⁾ Vgl. Anmerkung 4.

Memorandum der Bundesregierung vom 2. September 1956 zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit *

(übergeben am 7. September 1956 durch die Botschafter der Bundesrepublik
in Moskau, Washington, Paris und London)

1. Im September 1955 ist zwischen den Regierungsdelegationen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion in Moskau der übereinstimmende Entschluß festgestellt worden, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Nachdem dieser Entschluß in die Tat umgesetzt worden ist und die Botschaften in Bonn und Moskau ihre Tätigkeit aufgenommen und sich eingearbeitet haben, hält es die Bundesregierung für an der Zeit, an eine weitere im Zusammenhang damit getroffene Vereinbarung zu erinnern. Sie ist in dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten Bulganin vom 13. September 1955 an die Regierungsdelegation der Bundesrepublik Deutschland in folgenden Worten zum Ausdruck gebracht worden:

„Die Regierung der Sowjetunion verleiht der Ueberzeugung Ausdruck, daß die diplomatischen Beziehungen, die nun hergestellt werden, zur Entwicklung der gegenseitigen Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa beitragen werden.

Hierbei geht die Sowjetregierung davon aus, daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zur Lösung der ungeklärten Fragen beitragen wird, die das ganze Deutschland betreffen und somit zur Lösung des nationalen Hauptproblems des gesamten deutschen Volkes — der Wiederherstellung der Einheit des deutschen demokratischen Staates — verhelfen wird.“

Die Bundesregierung hat in ihrem Antwortschreiben vom selben Tage diese Vereinbarung bestätigt und in den gleichen Worten zum Ausdruck gebracht.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß es der ernste Wille beider Seiten war und auch heute noch ist, diese Vereinbarung zu verwirklichen und ihre Politik demgemäß zu führen.

Im Geiste dieser Vereinbarung erlaubt sich die Bundesregierung, der Regierung der UdSSR ihre Gedanken darüber darzulegen, wie die Wiedervereinigung des deut-

schen Volkes am besten und raschesten in einer für die zunächst Beteiligten und gleichzeitig für alle Völker befriedigenden Weise gelöst werden kann.

2. Die Regierung der UdSSR hat neuerdings verschiedentlich die Auffassung vertreten, daß die Existenz zweier deutscher Staaten eine Realität sei, der man Rechnung tragen müsse, daß es daher diesen beiden überlassen bleiben müsse, die Wiedervereinigung herbeizuführen. Sie hat mehrfach durchblicken lassen, daß sie die Wiedervereinigung Deutschlands gegenwärtig nicht für dringlich halte. Sie hat demgemäß auch wiederholt vorgeschlagen, daß ein europäisches Sicherheitssystem geschaffen werden sollte, an dem zunächst zwei deutsche Staaten als Mitglieder zu beteiligen seien.

Demgegenüber hat die Sowjetregierung selbst noch vor wenigen Jahren die Lösung des deutschen Problems als eine unaufschiebbare Aufgabe bezeichnet (Note der Sowjetregierung an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten vom 28. September 1953). In ihrer Note vom 15. August 1953 an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten hat die Sowjetregierung als ihre Auffassung zum Ausdruck gebracht,

„daß die Frage der Wiederherstellung der nationalen Einheit eines demokratischen Deutschlands für das deutsche Volk die Hauptfrage war und bleibt, an deren Lösung die friedliebenden Völker ganz Europas interessiert sind“.

In dieser Note erklärt die Sowjetregierung weiterhin:

„Keinerlei Ausreden können eine weitere Verzögerung dieser Angelegenheit rechtfertigen, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der UdSSR für diese Lösung die Hauptverantwortung tragen. Auf keinen Fall dürfen solche Maßnahmen aufgeschoben werden, die, sei es auch nur einer allmählichen Lösung der Frage der Wiedervereinigung

der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands dienlich sein werde.

Da die Deutschlandfrage zwar in zweiseitigen Gesprächen erörtert, aber ihrer Rechtsnatur wegen nur zusammen mit den vier Mächten gelöst werden könne, so schließt das Dokument, werde das Memorandum gleichzeitig den Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs zur Kenntnis gebracht.

Dies geschah am gleichen Tage zusammen mit der Ueberreichung ähnlich lautender Noten. Sie unterschieden sich lediglich darin, daß im vorletzten Absatz jeweils auf offizielle Äußerungen der betreffenden Regierung oder einzelner ihrer Mitglieder verwiesen wurde, in denen noch in den letzten Monaten die Wiedervereinigung Deutschlands befürwortet und als im Interesse der Sicherheit Europas und der ganzen Welt erforderlich bezeichnet worden war.

*) Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, Dr. Wilhelm Haas, überreichte am 7. September 1956 zusammen mit einer vom 2. September 1956 datierten Note des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Heinrich von Brentano, an den sowjetischen Außenminister, Dimitri T. Schepilow, ein Memorandum der Bundesregierung zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. In der begleitenden Note hieß es u. a., daß eine neue Deutschland-Konferenz erst dann einberufen werden sollte, wenn auf normalem diplomatischem Wege eine begründete Aussicht geschaffen sei, daß eine solche Konferenz Erfolg habe. Zu diesen Bemühungen solle das Memorandum beitragen. Die Note erinnerte daran, daß am 12. März 1956 der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, Marschall Woroschilow, bei der Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens des Botschafters der Bundesrepublik bekräftigt habe, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Deutschlands, der Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung dienen können.“

Die Bundesregierung vermag keine Gründe zu sehen, die die Sowjetregierung veranlassen könnten, ihre Auffassung über die Dringlichkeit der Wiedervereinigungsfrage zu ändern. Sie ist ihrerseits der Auffassung, daß alle Gründe, welche die Sowjetregierung damals von der Dringlichkeit der Frage überzeugt haben, auch heute noch fortbestehen, ja sich sogar verstärkt haben. Die Sowjetregierung hat es in ihrer Note vom 10. März 1952 an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten selbst als einen anomalen Zustand bezeichnet, daß seit Beendigung des Krieges in Europa bereits sieben Jahre vergangen wären und noch immer kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wurde. Inzwischen dauert dieser anomale Zustand nun schon elf Jahre an. In ihrer Note vom 9. April 1952 an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten hat die Sowjetregierung sogar davon gesprochen, daß mit dem Fortbestehen der Teilung Deutschlands die Gefahr eines Krieges in Europa verbunden sei. Die Bundesregierung teilt die von der Sowjetregierung damals ausgesprochene Ansicht, daß die Fortdauer der Spaltung Deutschlands eine schwere internationale Gefahr darstellt. Wenn auch im Vergleich zu den schweren internationalen Spannungen, die noch im Jahre 1952 bestanden, glücklicherweise eine gewisse Besserung der Lage zu verzeichnen ist, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß eine dauerhafte Befriedung Europas eine Lösung der deutschen Wiedervereinigungsfrage und damit die Beseitigung der in der Spaltung Deutschlands beschlossenen Gefahren fordert. Wiederholt hat die Sowjetunion erklärt, daß es die aufrichtige Absicht der sowjetischen Politik sei, den Weltfrieden zu sichern und in Europa eine dauerhafte Ordnung herbeizuführen, die allen Völkern Sicherheit, Freiheit und Wohlstand bietet. Es scheint der Bundesregierung unvereinbar mit diesen Absichten zu sein, wenn die Sowjetregierung andererseits die Spaltung Deutschlands unnötigerweise verlängert, indem sie, entgegen der Auffassung der weit überwiegenden Mehrheit der Staaten der ganzen Welt, die Existenz zweier deutscher Staaten behauptet.

3. Über die Rechtslage besteht, wie die Bundesregierung mit Befriedigung feststellt, Übereinstimmung: Mit der Übernahme der Regierungsgewalt bei Beendigung der Feindseligkeiten übernahmen die Vier Mächte die Verpflichtung, Deutschland als Ganzes zu erhalten. Sie haben sich in der Folgezeit immer wieder zu dieser rechtlichen Verpflichtung und zu ihrer moralischen Verantwortlichkeit für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bekannt. In ausdrücklicher Anerkennung dieser „gemeinsamen Verantwortung für die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands“ ist daher zum Beispiel auch die Direktive der vier Regierungschefs an die Außenminister vom 23. Juli 1955 abgefaßt worden.

4. Die internationale Entwicklung der letzten Jahre vermag nach der Auffassung der Bundesregierung keinesfalls eine so tiefgreifende Meinungsänderung zu rechtfertigen, wie sie aus den neueren Äußerungen der Sowjetregierung hervorzugehen scheint. Die Bundesregierung weiß, daß die Sowjetregierung ihr jetziges Urteil in der deutschen Wiedervereinigungsfrage u. a. damit begründet, daß sich die Bundesrepublik dazu entschlossen

hat, eigene Streitkräfte aufzustellen und dem Verteidigungssystem des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union beizutreten. Die Bundesregierung glaubt indessen, daß die sowjetische Bewertung dieser Politik auf irrigen Voraussetzungen und Annahmen beruht, und sie kann nicht die Hoffnung aufgeben, die Sowjetregierung und das sowjetische Volk von der Irrigkeit dieser Annahmen und Voraussetzungen zu überzeugen.

5. Es kann nicht angenommen werden, daß die Aufstellung eigener Streitkräfte durch die Bundesrepublik ernsthafte Befürchtungen der Sowjetregierung für ihre eigene Sicherheit oder die Sicherheit der östlichen Nachbarstaaten Deutschlands hervorruft. Es ist eine unbestreitbare Befugnis jedes souveränen Staates, das Recht der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung auszuüben, das im Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen — deren Mitglied die Sowjetunion ist — allen Staaten zugestanden wird. Die Sowjetregierung hat ferner selbst in ihrem Entwurf für einen Friedensvertrag für Deutschland am 10. März 1952 vorgeschlagen, daß es dem wiedervereinigten Deutschland gestattet sein soll, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu haben, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind. Die Stärke der Streitkräfte, deren Aufstellung die Bundesrepublik plant, liegt, gemessen an der Bevölkerungszahl der Bundesrepublik, weit unter dem Rüstungsstand, den die meisten anderen Staaten in Europa, insbesondere auch in Ost-Europa, aufweisen. Die von der Bundesrepublik eingeführte allgemeine Wehrpflicht ist eine Form des Militärdienstes, die auch in der Sowjetunion üblich ist. Die Bundesrepublik hat als einziges Land der Welt förmlich auf die eigene Herstellung nicht nur aller Massenvernichtungswaffen (Atomwaffen, biologischer und chemischer Waffen), sondern darüber hinaus zahlreicher schwerer Waffen verzichtet. Schon darin kommt der defensive Charakter ihrer militärischen Maßnahmen eindeutig zum Ausdruck.

6. Zugleich zeigt sich hierin, welche Haltung die Bundesregierung in der Abrüstungsfrage einnimmt. Sie ist an einer allgemeinen Abrüstungsvereinbarung lebhaft interessiert.

Sie ist es zunächst aus dem allgemeinen Grunde der Sicherung des Friedens. Bundeskanzler Adenauer hat in Moskau am 9. September 1955 gesagt:

„Das oberste Gut, das es für alle Deutschen zu wahren gilt, ist Friede. Wir wissen nur zu gut, wie sehr insbesondere das sowjetische und deutsche Volk unter dem letzten Krieg gelitten haben, und ich glaube deshalb, daß ich Verständnis finde, wenn ich sage, daß das Grauen vor den Zerstörungen eines modernen Krieges, vor den millionenfachen Menschenopfern, vor der Vernichtung der Häuser und Arbeitsstätten, vor der Verwüstung von Städten und Landschaften sich allen tief eingepägt hat. Auch in Deutschland weiß man zudem, daß die naturwissenschaftlichen und technischen Fortschritte, die seit dem letzten Krieg auf dem Gebiet der Atomspaltung und verwandten Gebieten gemacht worden sind, den Menschen Möglichkeiten der Vernichtung in die Hand geben, an die wir nur mit Schauern denken können. Schließlich weiß jedermann in Deutschland, daß die geographische Lage unseres Landes uns im Falle eines bewaffneten Konflikts besonders gefährden würde. Sie werden deshalb niemanden in Deutschland finden, nicht nur unter den verantwort-

lichen Politikern, sondern auch in der gesamten Bevölkerung, der auch nur von ferne mit dem Gedanken spielt, irgendeines der großen politischen Probleme, die der Lösung harren, könne durch das Mittel des Krieges gelöst werden. Die Sehnsucht, die die Menschheit ergriffen hat, daß der Krieg sich durch seine eigene Furchtbarkeit überlebt haben möge, diese Sehnsucht lebt stark und tief auch in den Herzen der Deutschen.“

Das gilt unvermindert noch heute.

Es wäre auch ein Mißverständnis, anzunehmen, die Bundesregierung widerstrebe einer allgemeinen Abrüstung, indem sie sie mit der gleichzeitigen Regelung der deutschen Wiedervereinigungsfrage in Verbindung bringt und indem sie fortfährt, eigene Streitkräfte aufzustellen.

Die Verbindung der Abrüstungsfrage mit der Wiedervereinigungsfrage ist unvermeidlich. Man erweist dem Abrüstungsgedanken einen schlechten Dienst, wenn man ihn von allen politischen Voraussetzungen löst und sozusagen im luftleeren Raum diskutiert. Eine allgemeine Abrüstung kann — realistisch gesehen — nur zustande kommen, wenn die politischen Voraussetzungen dafür vorliegen. Denn die Staaten werden einfach — die Erfahrung lehrt das zur Genüge — so lange nicht ernstlich zu einer effektiven Abrüstung bereit sein, als es schwelende Konflikte gibt, die zu einem gewaltsamen Ausbruch führen können. Daher kommt es darauf an, die Ursachen der heute noch bestehenden Spannungen zu beseitigen, die zu dem gegenwärtigen hohen Stand der Rüstungen in der Welt geführt haben. Die Bundesregierung hat aber immer wieder betont, daß sie es für durchaus möglich hält, die Abrüstungsfrage Hand in Hand mit der Wiedervereinigungsfrage zu lösen. Sie ist also keineswegs der Meinung, daß man mit einem Abrüstungsabkommen warten muß, bis die Wiedervereinigung vollendet ist.

Es liegt auch auf der Hand, daß die Aufstellung eigener Streitkräfte nicht im Widerspruch zu den Abrüstungswünschen der Bundesregierung steht. Ein Abrüstungsabkommen kann nicht in der Weise geschlossen werden, daß ein Staat, der überhaupt keine Soldaten hat, auf diesem Stande stehen bleibt, während ein anderer, der über 100 Divisionen verfügt, davon 20, 40 oder auch 60 Divisionen abbaut. Es muß vielmehr von einem vergleichbaren Stande der Rüstungen ausgegangen werden — ein Grundsatz, der übrigens schon in den langwierigen, aber leider ergebnislosen Abrüstungsbemühungen Anfang der 30er Jahre Anerkennung gefunden hat. In keiner Weise schließt also die Aufstellung eigener Streitkräfte die ständige aktive Bemühung der Bundesregierung um das Zustandekommen einer allgemeinen Abrüstungsvereinbarung aus.

7. Auch die Tatsache, daß die Aufstellung der Streitkräfte in Verbindung mit der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum Nordatlantikpakt und der Westeuropäischen Union geschieht, ändert an dieser Beurteilung nichts. Wenn es diese Tatsache ist, die die Sowjetunion beunruhigt, so muß zunächst festgestellt werden, daß alle von sowjetischer Seite in bezug auf die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in diesen Organisationen geäußerten Befürchtungen von irrigen Voraussetzungen über deren Wesen ausgehen. Sowohl der Nordatlantikpakt als auch die Westeuropäische Union sind Verbindungen, die ausschließlich dem Zwecke der individuellen und kollektiven

Selbstverteidigung dienen. Zudem stellt die Westeuropäische Union zugleich ein wirksames System der Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen der Mitgliedstaaten dar. Sie ist ein Beispiel dafür, was auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und -kontrolle erreicht werden kann, wenn Völker zum Zwecke der Befriedung und Entspannung zusammenarbeiten.

Die Mitglieder der atlantischen und westeuropäischen Verteidigungsorganisation sind sich in ihrer defensiven Zielsetzung vollkommen einig. Jedes von ihnen hat das größte Interesse daran, daß kein Mitglied in der Verfolgung seiner nationalen politischen Ziele Schritte unternimmt, die zu einer kriegerischen Verwicklung führen könnten. Die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen muß daher auf die Politik jedes Mitgliedstaates eine mäßigende Wirkung ausüben. Nur dann kann ein Mitgliedstaat auf die Hilfe seiner Verbündeten rechnen, wenn ein Angriff festgestellt ist.

An dieser Stelle muß noch einmal gesagt werden, daß nach den kriegerischen Verwicklungen und Katastrophen der letzten Jahrzehnte das Verlangen aller Völker, insbesondere der von den beiden Weltkriegen schwer getroffenen Völker Deutschlands und der Sowjetunion, nach einer internationalen Ordnung, die allen Sicherheit und Frieden bietet, zutiefst verständlich ist. Die Bundesregierung ist entschlossen, auch die Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands nur mit friedlichen Mitteln zu erstreben. Sie ist jederzeit bereit, diesen den westlichen Völkern gegenüber ausgesprochenen, aber für das Verhältnis zu allen Völkern gültigen Gewaltverzicht auch gegenüber der Sowjetunion und anderen östlichen Nachbarländern in bindender Form zu wiederholen.

8. Es ist ferner ein bedauerliches Mißverständnis, wenn die Sowjetregierung annimmt, von den Westmächten werde die Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands zum Nordatlantikpakt und zur Westeuropäischen Union nach der Wiedervereinigung gefordert. Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten haben eine solche Bedingung niemals aufgestellt. Vielmehr ist schon auf der Berliner Vier-Mächte-Konferenz von 1954 deutlich ausgesprochen worden, daß es die Politik der drei Westmächte ist, einem wiedervereinigten Deutschland volle Entscheidungsfreiheit für seine Außenpolitik einzuräumen. Auch die Bundesregierung hat stets den Grundsatz vertreten, daß eine künftige gesamtdeutsche Regierung frei darüber müsse entscheiden können, ob es die Sicherheit Gesamtdeutschlands in der Verbindung mit dem Westen, mit dem Osten oder in der Bündnislosigkeit suchen wolle. Sie hat diesen Grundsatz der Entscheidungsfreiheit Gesamtdeutschlands zu einem tragenden Bestandteil ihrer Politik gemacht.

Es ist eine Bestätigung dieser Haltung, wenn die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten in ihrem Genfer Vorschlag vom 28. Oktober 1955 über „Wiedervereinigung Deutschlands und Sicherheit“ der Sowjetunion für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands eine ganze Anzahl von Sicherheitsgarantien angeboten haben, die auch dann in Kraft treten sollten, wenn die gesamtdeutsche Regierung es ablehnen würde, dem westlichen Verteidigungssystem anzugehören. Zusätzliche Sicherheitsgarantien sollten nach diesem Vorschlag für den Fall gewährt werden, daß Gesamtdeutschland sich für eine Mitgliedschaft in der NATO

entscheiden würde. Hierzu gehörte die gegenseitige Beistandleistung, die sich beide Seiten für den Fall eines bewaffneten Angriffs in Europa durch ein NATO-Mitglied auf einen nicht der NATO angehörenden Staat — und umgekehrt — vertraglich versprechen sollten.

Diese Sachlage ist völlig zutreffend von dem britischen Premierminister Eden in seiner Unterhauserklärung vom 23. Juli 1956 noch einmal klargestellt worden.

9. Wenn die Sowjetregierung weiter glauben sollte, der Wiedervereinigung Deutschlands deshalb nicht zustimmen zu können, weil im Falle einer Entscheidung Gesamtdeutschlands für seine Zugehörigkeit zur NATO die Streitkräfte und die militärischen Anlagen der NATO einige hundert Kilometer weiter nach Osten vorrücken würden, so könnte dieser Besorgnis durch geeignete Vorkehrungen begegnet werden. Nachdem der britische Premierminister Eden aus solchen Erwägungen heraus schon am 18. Juli 1955 in Genf die Schaffung einer entmilitarisierten Zone zwischen Ost und West zur Diskussion gestellt hatte, heißt es, aus den gleichen Erwägungen, in Punkt 3 des gemeinsamen Entwurfs Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten vom 28. Oktober 1955 für einen „Vertrag mit besonderen Garantien bei Wiedervereinigung Deutschlands“:

„In den der Demarkationslinie nächst gelegenen Teilen der Zone könnten besondere Maßnahmen der Verteilung militärischer Verbände und Anlagen getroffen werden.“

Die Bundesregierung bedauert es sehr, daß es bisher nicht zu einer ausführlichen Diskussion dieses bedeutenden Vorschlags gekommen ist, dem der allgemeine Gedanke zugrunde liegt, daß mit der Wiedervereinigung nicht beabsichtigt ist, die militärische Lage einer Mächtegruppe zu verbessern.

10. Ueberhaupt hat die Bundesregierung den ernststen Willen, den Sicherheitswünschen der Sowjetunion soweit wie irgend möglich Rechnung zu tragen, obwohl sie nicht zugeben kann, daß objektiv die Sicherung der Sowjetunion irgendwie durch die Politik der Bundesregierung beeinträchtigt wird. Sie hat es daher begrüßt, daß auf beiden Genfer Konferenzen des Jahres 1955 die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands eng mit den Fragen eines europäischen Sicherheitssystems verbunden worden ist. Trotz des für das deutsche Volk enttäuschenden Ergebnisses der Genfer Verhandlungen ist sie der Meinung, daß die Erörterung der Sicherheits- und Wiedervereinigungsfrage zu gewissen Fortschritten geführt hat und daß eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden sind, deren weitere Erörterung fruchtbar sein würde.

Die Bundesregierung befürwortet ein europäisches Sicherheitssystem, das von einem feierlichen Verzicht aller Mitglieder ausgeht, in ihren gegenseitigen Beziehungen Gewalt zur Lösung politischer Streitfragen anzuwenden. Im Rahmen eines solchen Sicherheitssystems sollte sich jeder Mitgliedstaat verpflichten, einem Angreifer jegliche Unterstützung zu verweigern. Die Bundesregierung steht diesen Gedanken grundsätzlich positiv gegenüber. Sie wird sich auch anderen geeigneten Vorschlägen für Elemente eines Sicherheitssystems nicht verschließen. So befürwortet sie auch eine gegenseitige Beistandsverpflichtung aller Mitglieder eines europäischen Sicherheitsvertrages für den Fall eines bewaffneten Angriffs in Europa durch ein NATO-Mitglied auf einen nicht der

NATO angehörenden Staat — und umgekehrt. Soweit es Befürchtungen für ihre eigene Sicherheit sein sollten, welche die Sowjetunion veranlassen, ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands zu verweigern, steht nichts im Wege, die bisherigen Ueberlegungen erneut auf ihre Brauchbarkeit zu überprüfen.

11. Die Sowjetregierung hat ihrerseits der Genfer Außenministerkonferenz am 28. Oktober 1955 den Entwurf eines allgemeinen Vertrages über kollektive Sicherheit vorgelegt, der eine Reihe von parallelen Vorschlägen enthielt.

Ein fundamentaler Unterschied des sowjetischen Vorschlages gegenüber dem westlichen bestand jedoch darin, daß er die Mitgliedschaft zweier deutscher Staaten in diesem Vertragssystem vorsah.

Ebenso wie die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten ist die Bundesregierung der Auffassung, daß ein europäisches Sicherheitssystem unter Beteiligung zweier deutscher Staaten ein in sich widerspruchsvoller und zum Scheitern verurteilter Gedanke ist. Dieser Gedanke steht auch im Widerspruch zu der Direktive der vier Regierungschefs vom 23. Juli 1955, in der ausdrücklich die enge Verbindung zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Problem der europäischen Sicherheit festgestellt und deshalb eine gleichzeitige Behandlung der beiden Fragen vorgesehen wurde. Die Gründe für diesen Zusammenhang sind oft ausgesprochen worden: Die Spaltung Deutschlands ist ein abnormer Zustand. Ein Sicherheitssystem auf der Grundlage dieses Zustandes würde diesen geradezu versteinern, während es doch Aufgabe des Sicherheitssystems sein soll, einen normalen Zustand herbeizuführen und gleichzeitig die angeblichen oder wirklichen Sicherheitsbedürfnisse der mittelbar und unmittelbar Beteiligten zufriedenzustellen.

Die Bundesregierung hält es daher für unerlässlich, die Lösung der beiden Fragen so miteinander zu verbinden, daß von vornherein nur ein deutscher Staat, nämlich das wiedervereinigte Gesamtdeutschland, in das europäische Sicherheitssystem eintritt.

12. Diese Forderung führt zu der Frage, auf welchem Wege die Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen werden kann.

Noch am 23. Juli 1955 hat der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Marschall Bulganin, mit den Regierungschefs von Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten eine Vereinbarung darüber getroffen, daß „die Regelung der Deutschland-Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands im Wege freier Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit erfolgen muß“. Als diese Vereinbarung am 23. Juli 1955 unterschrieben wurde, waren die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 längst in Kraft getreten, und die Bundesrepublik gehörte der NATO und der WEU an. Gleichwohl lehnte der sowjetische Außenminister Molotow am 8. November 1955 in Genf den Vorschlag der drei Westmächte, noch im Laufe des Monats September 1956 in ganz Deutschland freie und geheime Wahlen abzuhalten, mit der Begründung ab, daß sich die Lage seit der Berliner Konferenz von 1954 infolge der Pariser Abkommen ernstlich geändert habe. Im Gegensatz zu der Genfer Direktive der vier Regierun-

chefs vom 23. Juli 1955 vertrat Außenminister Molotow die Auffassung, daß die Frage der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen noch nicht reif sei und daß es zunächst einer „Annäherung und Zusammenarbeit“ zwischen den nach seiner Meinung existierenden beiden deutschen Staaten bedürfe. Der sowjetische Außenminister hat damit eine neue Bedingung für die Wiedervereinigung Deutschlands gestellt, die praktisch darauf hinausläuft, die Wiedervereinigung Deutschlands für lange Zeit unmöglich zu machen.

Die Sowjetregierung sollte nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß es dem Regime der sogenannten „DDR“ in langen Jahren nicht gelungen ist, Vertrauen und Zustimmung in der eigenen Bevölkerung zu erringen. Dieses Regime, das für sich in Anspruch nimmt, ein Staat der Werktätigen, insbesondere der Arbeiter und Bauern zu sein, wird gerade von der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter und Bauern Mitteldeutschlands abgelehnt. Die Bundesregierung zweifelt nicht daran, daß sich die Sowjetregierung nach dem Volksaufstand in der Sowjetzone am 17. Juni 1953 darüber selbst ernste Gedanken gemacht hat. Leider haben sich die Verhältnisse in Mitteldeutschland seit diesen Ereignissen in keiner Weise gebessert. Vielmehr ergießt sich weiterhin ein ununterbrochener Strom von Flüchtlingen aus dieser Zone in die Bundesrepublik, der im ersten Halbjahr 1956 auf durchschnittlich 23 712 Menschen im Monat angewachsen ist.

Im Gegensatz zu diesem Bilde, das die Realität der Zone bietet, hat der sowjetische Außenminister Molotow am 8. November 1955 in Genf behauptet, eine „mechanische Verschmelzung der beiden Teile Deutschlands durch sogenannte freie Wahlen werde zur Verletzung der ureigensten Interessen der Werktätigen der DDR“ führen. Sie würde in ganz Deutschland die Herrschaft der großen Monopole, Junker und Militaristen wiederherstellen. Die Werktätigen Deutschlands hätten aber zum ersten Male in Gestalt der DDR ihr wahres Vaterland gefunden, einen deutschen Staat, in dem nicht große Monopolherren und Junker, sondern das schaffende Volk selbst Herr seines Landes sei.

Diese Ausführungen verraten, wie wenig der sowjetische Außenminister mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in Deutschland vertraut war. Jedes Gespräch mit deutschen Arbeitern und Bauern hätte ihn darüber belehren können, daß er ein völlig unzutreffendes Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse vor Augen hatte. Alle hätten ihm freilich sagen können, daß es in der Bundesrepublik kein privater Unternehmer wagen kann, ihnen „Arbeitsnormen“ aufzuzwingen, wie sie ihnen die Funktionäre der SED und des FDGB zudiktieren.

Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn die Errichtung einer sowjetischen Botschaft in Bonn dazu führen würde, der Sowjetregierung ein wirklichkeitsstreuendes Bild von den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik zu vermitteln. Die Sowjetregierung würde dann zweifellos ihre Einwände aufgeben müssen, die sie unter Berufung auf die politischen und gesellschaftlichen Zustände in beiden Teilen Deutschlands gegen die Abhaltung freier Wahlen erhebt.

13. Seit ihrem großen Friedensdekret vom November 1917 hat sich die Sowjetregierung stets zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt. Dieses auch von der Bundesregierung als grundlegend für das friedliche

Zusammenleben der Völker angesehene Prinzip, das auch in der Charta der Vereinten Nationen, in der Atlantik-Charta und vielen anderen entscheidenden Dokumenten seinen Ausdruck gefunden hat, besagt: Jede Nation soll frei über ihre Geschicke selbst bestimmen können. Sie soll selbst entscheiden, in welchem staatlichen Verbands und unter welcher Regierungsform sie leben will; welche gesellschaftliche Ordnung sie bevorzugt; welche Außenpolitik sie führen und mit welchen Staaten sie enger zusammenarbeiten will.

Noch auf der Londoner Suezkanal-Konferenz erklärte Außenminister Schepilow:

„Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß Versuche als untauglich aufgegeben werden müssen, dem einen oder dem anderen Volk eine innere Einrichtung und solche Zustände aufzuzwingen, die zwar diesen oder jenen fremden Mächten gefallen mögen, jedoch beim Volk selbst nicht die notwendige Sympathie und Unterstützung finden.“

Er erinnert mit Recht daran,

„daß eine Einmischung in Angelegenheiten, die wesentlich in der inneren Zuständigkeit eines Staates liegen, nach der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen unzulässig ist. Die Satzung fordert, daß die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit aller Staaten geachtet wird. Die Grundsätze der gegenseitigen Achtung der territorialen Unversehrtheit und Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sind in der Entschließung der Bandung-Konferenz, an der 29 Länder Asiens und Afrikas teilnahmen, verkündet worden.“

Die Bundesregierung appelliert an die Regierung der UdSSR, diesem von ihr selbst immer wieder proklamierten Prinzip treu zu bleiben. Wenn dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben würde, selbst über sein Schicksal zu entscheiden, so würde es sich ohne jeden Zweifel in allen seinen Teilen gegen die Bildung zweier deutscher Staaten und für die sofortige Wiedervereinigung in einem deutschen Staat aussprechen. Die Tatsache, daß es dabei zwischen verschiedenen Regierungsformen und verschiedenen wirtschaftlich-sozialen Systemen wählen muß, darf kein Hindernis sein, ihm die Gelegenheit zur Wahl in freier Entscheidung einzuräumen.

Vor einem Jahr hat der sowjetische Außenminister Molotow in San Francisco erklärt:

„Was unsere Vorschläge, die Vorschläge der Sowjetunion bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands anbelangt, so stehen wir auf folgendem Standpunkt: Das Regime, das gegenwärtig in Ostdeutschland besteht, soll natürlich nicht auf ein vereinigtes Deutschland ausgedehnt werden, genau so, wie das in Westdeutschland bestehende Regime nicht ausgedehnt werden soll. Welches Regime in einem wiedervereinigten Deutschland bestehen soll und bestehen wird, das ist eine Sache, die das deutsche Volk in gesamtdeutschen freien Wahlen selbst entscheiden soll“ (TASS vom 27. Juni 1955).

Die Bundesregierung ist mit dieser Erklärung durchaus einverstanden. Sie ist sich natürlich der Tatsache bewußt, daß die seit vielen Jahren andauernde Teilung Deutschlands zu erheblichen Unterschieden innerhalb Deutschlands geführt hat. Aber es kann nur die Aufgabe einer vom ganzen deutschen Volk gewählten Volksvertretung sein, eine Ordnung zu schaffen, die beide Teile

Deutschlands wieder einander annähert und dabei die sozialen Errungenschaften sichert, die vom ganzen deutschen Volke als Fortschritt betrachtet werden. Eine andere Lösung ist schon deswegen unmöglich, weil selbstverständlich die Bevölkerung der Bundesrepublik nicht weniger beanspruchen kann, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu einer Gefährdung ihrer politischen und sozialen Errungenschaften führt.

Mit dieser Auffassung glaubte die Bundesregierung mit mehrfachen früheren Äußerungen der Sowjetregierung übereinzustimmen. In ihrer Note vom 15. August 1953 hat diese zum Beispiel davon gesprochen, daß im Ergebnis gesamtdeutscher freier Wahlen „das deutsche Volk selbst ohne Einmischung ausländischer Staaten die Frage des Gesellschafts- und Staatsaufbaues des demokratischen Deutschland lösen wird“.

Leider ist sich die Bundesregierung infolge gewisser neueren Äußerungen von sowjetischer Seite dieser Uebereinstimmung nicht mehr sicher. Auf der Genfer Konferenz der Außenminister hat der sowjetische Außenminister am 2. November erklärt, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands könne jetzt nicht auf Kosten der politischen und sozialökonomischen Errungenschaften der Werktätigen der DDR erfolgen. Die Bundesregierung glaubt, daß eine vom ganzen deutschen Volk gewählte Nationalversammlung der zuverlässigste Hüter solcher Errungenschaften sein würde, die von allen wirklich als solche angesehen werden. Außenminister Molotow hat jedoch darüber hinaus ausgeführt, daß die Erklärung der Regierung der DDR berücksichtigt werden müsse, daß die DDR ihre demokratischen und sozialen Umgestaltungen nicht antasten lasse.

Es ist allgemein bekannt, was zu den sogenannten „demokratischen Umgestaltungen“ in der „DDR“ rechnet: die Beseitigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Gleichschaltung der christlich-demokratischen und liberalen Parteien, die Verhinderung freier Wahlen zur Volkskammer, die Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit, die Beseitigung der Koalitionsfreiheit und die Abschaffung des Streikrechts der Arbeiter, die planmäßige Beseitigung des gewerblichen Mittelstandes, die Unterdrückung der religiösen Freiheit, die Praktizierung einer willkürlichen und politisch gelenkten Justiz. Soll ein künftiges gesamtdeutsches Parlament verpflichtet sein, diese Politik fortzusetzen?

Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn die Regierung der UdSSR klarstellte, daß sie nicht beabsichtigt, eine frei gewählte gesamtdeutsche Volksvertretung in ihrer Entscheidungsfreiheit über die grundlegenden Fragen der inneren Ordnung des deutschen Volkes zu beschränken.

14. Die Bundesregierung ist der Ueberzeugung, daß freie Wahlen in ganz Deutschland, wie sie auch immer ausfallen mögen, nur den Sinn haben dürfen, das deutsche Volk zu einen und nicht zu entzweien. Die Errichtung eines neuen Regierungssystems darf daher in keinem Teile Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des alten Systems führen. Aus diesem Grunde sollte nach Auffassung der Bundesregierung dafür Sorge

getragen werden, daß nach der Wiedervereinigung Deutschlands niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur weil er in Behörden oder politischen Organisationen eines Teils Deutschlands tätig gewesen ist, verfolgt wird.

15. Die Bundesregierung würde eine Antwort der Regierung der UdSSR auf die im Vorstehenden berührten Fragen begrüßen. Sie würde es für nützlich halten, wenn so ein Gedankenaustausch eingeleitet würde, der eine Einigung der Vier Mächte über die Wiedervereinigung fördern würde.

Wer die Lösung der deutschen Wiedervereinigungsfrage auf unabsehbare Zeit verschiebt, läßt eine schwere Verantwortung auf sich. Und zwar nicht nur dem deutschen Volke gegenüber, das auf die Vorenthaltung seines natürlichen und anerkannten Rechts auf Wiedervereinigung nur mit bitterer Enttäuschung reagieren kann. Vielmehr werden wahrer Friede, Entspannung und Sicherheit für ganz Europa, ja für die Welt, durch diese Frage berührt. Nicht zuletzt liegt ihre Lösung im tiefsten Interesse des russischen Volkes selbst. Es kann auch für die Sowjetunion auf die Dauer nicht erwünscht sein, daß das ganze deutsche Volk die sowjetische Politik gegenüber Deutschland als eine ständige Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse empfindet. Die Herstellung normaler, ja guter nachbarlicher Beziehungen zwischen dem deutschen Volke und dem russischen Volk ist ein Gebot des Interesses beider Nationen. Solange mehr als 70 Millionen Menschen im Herzen des europäischen Kontinents das Gefühl haben, daß die Sowjetunion ihnen willkürlich und gegen jedes Völkerrecht die Wiedervereinigung und die freiheitliche Selbstbestimmung in einer selbstgegebenen staatlichen Ordnung verweigert, so lange wird die Herstellung wirklich normaler Beziehungen zwischen den beiden Völkern unmöglich sein.

Die Bundesregierung möchte die dargelegten Gedankengänge mit einem eindringlichen Hinweis auf den immer unerträglicher werdenden menschlichen Notstand abschließen, in dem sich die 17 Millionen Bewohner der sogenannten „DDR“ seit über elf Jahren befinden. Ueber ein Jahrzehnt geht nunmehr der tiefe Graben quer durch das deutsche Volk, durch viele Tausende von Familien, die durch Gewalt oder Gewissensnot auseinandergerissen wurden, denen das primitivste menschliche Recht vorenthalten wird, zusammen zu leben, ihre Kinder nach eigenen menschlichen, religiösen und kulturellen Ueberzeugungen zu erziehen. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Gebiet der sogenannten „DDR“ geben der Bevölkerung nicht die Möglichkeit, nach ihren eigenen Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und freier Entfaltung der Persönlichkeit zu leben. Gerade diese Vorstellungen werden doch von der Regierung der Sowjetunion als ein Prinzip verkündet und verfochten, das zu den unabdingbaren Voraussetzungen wahrer Humanität gehört; den Deutschen in der sogenannten „DDR“ aber bleiben sie noch immer in der Praxis vorenthalten.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 169 vom 8. September 1956.

Dokumente zur Frage des Suezkanals

Erklärung der spanischen Delegation vom 21. August 1956 auf der Ersten Londoner Suez-Konferenz*

Die spanische Delegation hat mit größter Sorgfalt die Vorschläge geprüft, die in der gestrigen Sitzung unterbreitet worden sind, und sieht sich veranlaßt, zu denselben einige Bemerkungen zu machen:

Wenn man eine weitere Konferenz anberaumt, wie eine Delegation angeregt hat, so würde dadurch die Ueberprüfung eines Problems verzögert, dessen Lösung von aller Welt als dringend angesehen wird.

Einer der weiteren in der gestrigen Aussprache vorgebrachten Vorschläge spezifiziert die Punkte nicht, die erforderlich sind, um die Interessen der den Kanal benutzenden Länder sicherzustellen, die in dem Vertrag von 1888 geschützt worden sind. Andererseits werden diese Belange nicht mit den legitimen Rechten und Interessen Ägyptens in Einklang gebracht, wenn man die neue Sachlage berücksichtigt. Eine solche Unterlassung ist auf die Vorstellung zurückzuführen, daß es für Ägypten einen Zwang bedeuten würde, wenn man ihm eine Grundlage für die Verhandlungen einfach vorsetzte. Die Behauptung ist jedoch unbegründet, es stelle einen unzulässigen Zwang dar, wenn man Ägypten einen Vorschlag unterbreite, der als Ausgangspunkt für Verhandlungen dienen solle, denn die Prinzipien, die ein solcher Vorschlag beinhalten müßte, sind nichts weiter als Anregungen, um den Vertrag von 1888 zu revidieren und den heutigen Verhältnissen anzupassen. Das Staatsoberhaupt des Landes hat sich mit dem internationalen Regime einer freien Benutzung des Suezkanals einverstanden erklärt.

Die spanische Delegation ist der Auffassung, daß der nordamerikanische Vorschlag hinreichende Elemente für die Einleitung von Verhandlungen mit Ägypten enthält, aber sie meint, daß es zur leichteren Abwicklung zweckmäßig wäre, gewisse Abänderungen an diesem Vorschlag vorzunehmen.

Nach Ansicht der spanischen Delegation bleibt in dem nordamerikanischen Dokument das Problem im unklaren, ob der Rat, der den Kanal zu verwalten hat, ägyptisch mit ausländischer Beteiligung oder international mit ägyptischer Beteiligung sein soll. Der Gedanke eines internationalen Rates würde auf einer anfechtbaren Auslegung der kontraktmäßigen Beschränkungen der Souveränität, auf den vorliegenden Fall angewandt, basieren.

Gewiß engen die Verträge die Souveränität ein, aber gerade die Fähigkeit eines Landes, von sich aus seine eigenen internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, bildet den Prüfstein dafür, ob es einen genügenden Grad der Entwicklung erreicht hat, um sich als Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu betätigen. Und das, so scheint uns, verweigert man Ägypten, wenn zwischen seine interne Organisation und die Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen ein internationales Organ eingeschaltet wird, durch das es daran gehindert wird, seine Aufgaben selbständig zu erfüllen.

Das Vertrauensproblem, das durch die gegenwärtige Suezkrise gestellt ist, die ihrerseits ihrer Natur nach vorübergehend sein muß, wäre somit an eine Regelung geknüpft, die den Anspruch erhebt, definitiv zu sein. Das jedoch enthält ein Prinzip der Diskriminierung infolge der spezifischen Auffassung über die Art und Weise, wie Ägypten seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen hat.

Die spanische Delegation hält an ihrer Auffassung fest, daß die von ihr vorgebrachte These ein solches Risiko ausschaltet und imstande ist, hinreichende Garantien zu bieten. Ein ägyptischer Organismus mit ausländischer Beteiligung hat den Vorteil, daß sein nationaler Charakter eine Diskriminierung Ägyptens a priori umgeht, soweit es seine staatliche Fähigkeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen hinsichtlich der freien Benutzung des Kanals angeht. Andererseits gestattet die ausländische Beteiligung dabei, eine solche Erfüllung festzustellen und den notwendigen Beistand zum Zweck einer erfolgreichen Durchführung zu leisten.

Die spanische Delegation hält es nicht für erforderlich, sich an dieser Stelle darüber auszulassen, in welcher Form die gemischte Zusammensetzung dieses Organismus durchgeführt werden könnte, glaubt jedoch, daß dies keine Schwierigkeiten bietet, wenn es gelingt, Einstimmigkeit über diese grundsätzliche Frage zu erzielen.

Als Anregung und zur Erleichterung der Schifffahrt gestattet sie sich darauf hinzuweisen, daß vielleicht eine neue Formulierung des ersten Artikels oder des Absatzes A von Punkt 30 genügen würde. Da, wo die Worte stehen: „Zu diesem Zweck würde dem Rat des Suezkanals die Verantwortung obliegen, im Hinblick auf eine Ausweitung des Verkehrs im Interesse des Welthandels und Ägyptens den Kanal zu verwalten, zu erhalten, weiterzuentwickeln und auszubauen“, schlägt die spanische Delegation folgenden Text vor: „Zu diesem Zweck sollte in dem ägyptischen Organismus, der im Hinblick auf eine Ausweitung des Verkehrs im Interesse des Welthandels und Ägyptens den Kanal zu verwalten, zu erhalten, weiterzuentwickeln und auszubauen hat, die Gemeinschaft der Benutzernationen zweckentsprechend vertreten sein.“ Durch eine solche Abänderung würde der folgende Satz hinfällig, der gestrichen werden müßte, nämlich der: „Ägypten würde diesem Rat alle die Rechte und all das Entgegenkommen gewähren, die für seine Tätigkeit, so wie sie besprochen worden ist, geeignet wären.“

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß von dem Zeitpunkt an, wo man auf die Bildung eines eigentlichen internationalen Organismus verzichtet und die Beteiligung desselben sich auf die Anwesenheit einiger Vertreter sämtlicher Benutzerländer bei dem ägyptischen Organismus beschränkt, der die Kanalverwaltung übernimmt, diese Vertretung zahlenmäßig groß genug sein und über entsprechende Befugnisse verfügen muß.

Um den Erfolg der Aufgabe, die einer solchen Vertretung gestellt ist, zu gewährleisten, ist die spanische

*) Vgl. hierzu den Vorschlag der Konferenzmehrheit und den indischen Vorschlag in *Europa-Archiv* 18/1956, S. 9191—9192.

Delegation der Auffassung, daß sie nicht auf den eigentlichen Rat beschränkt bleiben sollte, sondern auch Einblick in die Leitung der wichtigsten technischen und wirtschaftlichen Abteilungen haben müßte.

Abschließend sei folgendes gesagt: Um der Konferenz eine weitere Intervention der spanischen Delegation bei der Aussprache zu ersparen, möchte diese die gebotene Gelegenheit benutzen und ihren eigenen Standpunkt in nachstehender Frage vorwegnehmen. Die Posten bei der internationalen Vertretung, die eines Tages in dem Organismus der Kanalverwaltung gebildet werden könnte, sollten nicht ausschließlich den Großmächten vorbehalten bleiben, und das, um der internationalen Vertretung im Kanal jeden politischen Charakter zu nehmen und sie

vor dem Verdacht zu schützen, irgendwie auf Grund ihres Uebergewichts einen Druck auszuüben.

In ihrem Bestreben, zu einer möglichst einstimmigen Beschlußfassung der Konferenz beizutragen und gleichzeitig in dem Wunsch, der Aegypten als Verhandlungsgrundlage vorzulegende Vorschlag möge weitgehend annehmbar sein, wäre die spanische Delegation bereit, das von dem nordamerikanischen Außenminister Foster Dulles eingereichte Dokument mit der oben vorgeschlagenen Abänderung zu unterzeichnen.

Falls diese Abänderung nicht angenommen werden sollte, bittet die Delegation, den Text derselben den Dokumenten beizufügen, die der ägyptischen Regierung als Verhandlungsgrundlage vorgelegt werden.

Quelle: Pressestelle der Spanischen Botschaft in Bonn.

Kommuniqué vom 11. September 1956 über die britisch-französischen Suezbesprechungen

Der französische Ministerpräsident und der französische Außenminister haben am Abend des 10. September und am Vormittag des 11. September mit dem britischen Premierminister und dem britischen Außenminister in der Downing Street Nr. 10 Besprechungen geführt. Der allgemeine Zweck dieser Zusammenkunft war eine Prüfung der Situation, die sich aus der Weigerung Präsident Nassers ergeben hat, Verhandlungen auf der Grundlage der Vorschläge der 18 Mächte über die künftige Regelung der Suezfrage zuzustimmen.

Sie zollten der Geschicklichkeit, Geduld und Einigkeit ihre Anerkennung, die der von dem australischen Premierminister geführte Fünfmächte-Ausschuß gezeigt hat, als er diese Vorschläge Präsident Nasser erläuterte.

Die Minister wiesen darauf hin, daß ihre Regierungen von Anfang an in voller Uebereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen gehandelt haben. Ihre unmittelbare Reaktion auf das einseitige Vorgehen Präsident Nassers war, gemeinsam mit der Regierung der Vereinigten Staaten ein Zusammenreffen der hauptsächlich am Kanal interessierten Länder, einschließlich Aegyptens, einzuberufen, um diese offensichtliche Bedrohung des Wohlergehens eines sehr großen Teiles der Weltbevölkerung zu erörtern.

Obwohl Aegypten leider seine Teilnahme ablehnte, gelang es der Konferenz, einen Plan auszuarbeiten, der die Billigung von mehr als 90 vH der die Kanalbenutzer vertretenden Staaten fand, der allen Beteiligten in hervorragender Weise gerecht wurde sowie Aegyptens Souveränität und Interessen voll berücksichtigte.

Die Minister waren sich einig, daß Präsident Nassers Weigerung, auf dieser Basis zu verhandeln, eine außerordentlich ernste Lage geschaffen habe. — Sie erörterten die weiter zu ergreifenden Maßnahmen und erzielten hierin volle Uebereinstimmung.

Die Minister stellten mit Befriedigung fest, daß die jetzigen Ereignisse die Uebereinstimmung der britischen und französischen Entschlossenheit, die Herrschaft des Rechts in internationalen Angelegenheiten aufrechtzuerhalten, deutlich bewiesen hätten. Sie gaben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, ihre Zusammenarbeit zu vertiefen und jeder willkürlichen Verletzung von auf internationalen Verträgen beruhenden Rechten sowie jeder mit „der Gerechtigkeit und der Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts“ unvereinbaren Handlung mit allen geeigneten Mitteln Widerstand zu leisten.

Quelle: British Information Services, *Presseverlautbarung*, Frankfurt a. M.

Das Schlußkommuniqué der Zweiten Londoner Suezkonferenz vom 21. September 1956

1. Vertreter der 18 Regierungen, welche sich auf die Vorschläge geeinigt hatten, die in der Folge der Fünfmächte-Ausschuß unter Vorsitz des australischen Ministerpräsidenten, Robert Menzies, der ägyptischen Regierung als Grundlage für Verhandlungen über eine Regelung der Suezkanal-Frage vorgelegt hat, traten vom 19. bis 21. September 1956 in London zusammen. Sie stellten sich die Aufgabe, unter Berücksichtigung des von diesem Ausschuß erstatteten Berichts und anderer seit der Ersten Londoner Konferenz eingetretener Entwicklungen die Lage zu prüfen.

2. Sie nahmen mit Bedauern zur Kenntnis, daß die ägyptische Regierung weder diese Vorschläge angenommen noch dem Fünfmächte-Ausschuß Gegenvorschläge gemacht hat.

3. Die Konferenz ist der Auffassung, daß diese Vorschläge bei Berücksichtigung der Interessen sowohl der Benutzerländer wie Aegyptens immer noch eine billige

Grundlage für die friedliche Lösung des Suezkanal-Problems darstellen. Die 18 Regierungen werden ihre Bemühungen fortsetzen, eine derartige Regelung zu erzielen. Der Vorschlag der ägyptischen Regierung vom 10. September wurde der Konferenz vorgelegt, jedoch als zu ungenau befunden, um eine nützliche Diskussionsgrundlage abgeben zu können.

4. Es wurde eine Erklärung verfaßt, welche die Errichtung einer Vereinigung der Suezkanal-Benutzer vorsieht. Der Wortlaut dieser Erklärung ist als Anlage beigefügt. Diese Vereinigung soll Maßnahmen erleichtern, die zu einer endgültigen oder vorläufigen Regelung des Suezkanal-Problems führen können. Sie wird die Zusammenarbeit hinsichtlich der Benutzung des Kanals zwischen den beitretenden Regierungen fördern. Zu diesem Zweck wird sie bis zur Lösung der umfassenderen Fragen die Mitarbeit der zuständigen ägyptischen Behörden anstreben. Sie wird sich auch mit den Problemen befassen,

die entstehen würden, wenn der Verkehr durch den Kanal absinken oder aufhören sollte. Die Vereinigung wird als arbeitsfähige Organisation zu einem frühen Zeitpunkt errichtet werden, nachdem die Konferenz-Delegierten Gelegenheit gehabt haben, sich diesbezüglich mit ihren Regierungen ins Benehmen zu setzen.

5. Die Konferenz nahm zur Kenntnis, daß die Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs am 12. September 1956 den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen von der Lage in Kenntnis gesetzt haben und daß in der Folge, am 17. September, die ägyptische Regierung dem Sicherheitsrat ebenfalls eine Mitteilung übersandt hat. Die Konferenz ist der Auffassung, daß die Vereinten Nationen angerufen werden sollten, sobald es scheint, daß dies eine Regelung erleichtern würde.

Die Londoner Erklärung vom 21. September 1956 über die Schaffung einer Vereinigung der Suezkanal-Benutzer

I

Mitglieder der Vereinigung der Suezkanal-Benutzer (Suez Canal Users Association — SCUA) sind die Länder, die an der Zweiten Londoner Suez-Konferenz teilgenommen haben und dieser Erklärung zustimmen, sowie alle weiteren beitretenden Länder, welche die später von der Vereinigung festzusetzenden Voraussetzungen erfüllen.

II

Die SCUA hat folgende Aufgaben:

(1) Alle Maßnahmen zu fördern, die zu einer endgültigen oder vorläufigen Lösung des Suezkanal-Problems führen können, und die Mitglieder im Einklang mit der Konvention von 1888 und unter gebührender Berücksichtigung der Rechte Ägyptens bei der Ausübung ihrer Rechte als Benutzer des Suezkanals zu unterstützen;

(2) Schiffen jedes Mitgliedslandes, welche die Dienste der SCUA in Anspruch zu nehmen wünschen, eine sichere, ordnungsmäßige, reibungslose und wirtschaftliche Fahrt durch den Kanal zu ermöglichen und zu diesem Zweck die Mitwirkung der zuständigen ägyptischen Behörden anzustreben;

(3) auch Schiffen von Nichtmitgliedsländern ihre Dienste zu gewähren, soweit diese sie in Anspruch zu nehmen wünschen;

(4) die Einnahmen aus den von Kanalbenutzern gegebenenfalls an die SCUA gezahlten Gebühren und sonstigen Beträgen bis zum Zeitpunkt einer endgültigen Regelung, unbeschadet bestehender Rechte, entgegenzunehmen, zu verwahren und auszuzahlen;

6. Die Vertreter der 18 Regierungen stellten fest, daß ihre Zusammenarbeit auf der Konferenz wertvoll und konstruktiv war. Die 18 Regierungen werden ihre Beratungen untereinander fortsetzen, um die Probleme, die künftig aus der Suezfrage entstehen können, auch weiterhin gemeinsam zu behandeln.

7. Die Konferenz ist der Ueberzeugung, daß der in dieser Verlautbarung umrissene Kurs geeignet ist, mit friedlichen Mitteln eine Lösung herbeizuführen, die mit den im Artikel I der Satzung der Vereinten Nationen erklärten Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts im Einklang steht.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* Nr. 180 vom 25. September 1956.

(5) jede die Benutzung oder Nichtbenutzung des Kanals berührende bedeutsame Entwicklung zu untersuchen und den Mitgliedern darüber zu berichten;

(6) bei der Behandlung aller praktischen Probleme behilflich zu sein, die sich daraus ergeben, daß der Suezkanal seinen herkömmlichen und beabsichtigten Zweck nicht ausreichend erfüllt, und unverzüglich zu prüfen, auf welche Weise die Abhängigkeit vom Kanal verringert werden kann;

(7) die Durchführung jeder vorläufigen Lösung des Suez-Problems zu erleichtern, die gegebenenfalls von den Vereinten Nationen angenommen wird.

III

Um die genannten Aufgaben durchzuführen,

(1) werden die Mitglieder in einem Rat, in dem jedes Mitglied vertreten ist, gemeinsame Beratungen führen;

(2) wird der Rat ein Vollzugsorgan einsetzen, dem er die ihm geeignet scheinenden Vollmachten übertragen kann;

(3) wird ein Verwalter ernannt werden, der über das Vollzugsorgan der Leitung des Rates untersteht und der unter anderem die notwendigen Abmachungen mit den Schiffsverkehrsinteressenten trifft.

IV

Die Mitgliedschaft kann jederzeit durch Kündigung mit einer Frist von 60 Tagen beendet werden.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* Nr. 180 vom 25. September 1956.

Dokumente zur Frage des amerikanisch-isländischen Verteidigungsabkommens

Isländische Note an den Nordatlantikrat vom 22. Juni 1956

I.

Am 9. April 1956 hat die isländische Delegation den Ständigen Vertretern folgende Erklärung übermittelt:

„Vor der Unterzeichnung des Nordatlantikpaktes im Jahre 1949 haben sich drei Mitglieder der isländischen Regierung nach Washington begeben, um mit der Regierung der Vereinigten Staaten die Gestalt des geplanten Ver-

trages zu besprechen. Nach einem eingehenden Meinungsaustausch mit dem amerikanischen Unterstaatssekretär kehrten sie nach Island zurück und veröffentlichten eine Erklärung, die folgende Feststellungen enthält:

„Gegen Ende der Gespräche haben die Vertreter der Vereinigten Staaten folgendes erklärt:

1. Die Mitglieder des Paktes wünschen für den Kriegsfall in Island ähnliche Einrichtungen, wie sie den

Verbündeten dieses Landes während des letzten Krieges eingeräumt wurden; es würde ausschließlich Island überlassen bleiben, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann diese Einrichtungen der NATO zur Verfügung gestellt würden.

2. Die Verhandlungspartner sind sich alle vollkommen der Sonderstellung Islands bewußt.
3. Es ist bekannt, daß Island keine Streitkräfte besitzt und daß es nicht die Absicht hegt, solche aufzustellen.
4. Es steht außer Zweifel, daß in Friedenszeiten in Island keine fremden Truppen oder militärischen Einrichtungen unterhalten werden.“

Bekanntlich war die internationale Lage während des Koreakrieges im Jahre 1951 äußerst ernst. In Anbetracht dieser Tatsache hat die isländische Regierung im Namen der NATO mit den Vereinigten Staaten ein Verteidigungsabkommen abgeschlossen, kraft dessen amerikanische Streitkräfte nach Island geschickt wurden. Um den begrenzten Charakter dieses Abkommens zu unterstreichen, ist der Artikel VII folgendermaßen abgefaßt:

„Jede der beiden Regierungen hat jederzeit die Befugnis, ein Gesuch an den Atlantikrat zu richten, in welchem dieser gebeten wird, die Lage zu untersuchen und festzustellen, ob die militärischen Einrichtungen weiterhin notwendig sind. Der Atlantikrat kann dann den beiden Regierungen die Aufrechterhaltung des Abkommens empfehlen. Sollte das Gesuch erfolglos sein und innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten — vom Datum des ersten Gesuchs an gerechnet — keine Einigung zwischen den beiden Regierungen zustande kommen, so kann von diesem Zeitpunkt an jede der beiden Regierungen jederzeit ihre Absicht bekanntgeben, das Abkommen zu beenden, und das Abkommen wird dann 12 Monate nach dem Erscheinen einer solchen Bekanntmachung ungültig. In den Fällen, die in den Artikeln V und VI des Nordatlantikpaktes vorgesehen sind, werden die gemäß vorliegendem Abkommen bereitgestellten Einrichtungen wieder verfügbar. Sollten diese nicht zu militärischen Zwecken gebraucht werden, so wird Island die nötigen Unterhaltungsarbeiten durchführen oder aber den Vereinigten Staaten hierzu die Vollmacht geben.“

Seit einiger Zeit äußert sich die öffentliche Meinung in Island zunehmend für den Abzug der Truppen. Grund hierfür ist die Ansicht der Bevölkerung, die Krise, die im Jahre 1951 den Abschluß des Abkommens notwendig machte, bestünde nicht mehr, und die Weltlage habe sich weitgehend gebessert. Am 28. März 1956 hat das isländische Parlament mit 31 gegen 18 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„Die isländische Außenpolitik muß weiterhin die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes gewährleisten. Island muß mit den anderen Ländern freundschaftliche Beziehungen unterhalten, und das isländische Volk muß seine Verteidigung der seiner Nachbarvölker anpassen, besonders durch seine Mitgliedschaft bei der NATO. Im Hinblick auf die veränderte Lage, die seit dem Abschluß des Abkommens im Jahre 1951 entstanden ist, und in Anbetracht der Erklärung, daß in Friedenszeiten keine fremden Truppen in Island stationiert sein dürfen, muß das damals eingeführte System sofort revidiert werden, damit die Isländer

selbst die Funktionen der Unterhaltung und der Sicherheit auf nichtmilitärischer Basis gewährleisten, sobald die fremden Streitkräfte abgezogen sind.

Sollte über diese beabsichtigten Veränderungen keine Einigung erzielt werden, so wird das Abkommen in Uebereinstimmung mit seinem Artikel VII gekündigt werden.“

Es bleibt noch zu erwähnen, daß in Artikel VII des Verteidigungsabkommens ein Zeitraum von 18 Monaten festgelegt ist, nach dessen Ablauf das Abkommen ungültig wird. Dieser Termin zählt vom Ausgabedatum des ersten Gesuchs an, in dem der Atlantikrat um eine Untersuchung der Lage gebeten wird. Dieses Gesuch wurde jedoch noch nicht übermittelt, und das vorliegende Schriftstück dient nur zur Information.“

II.

Am 11. Juni 1956 hat das isländische Außenministerium den amerikanischen Gesandten in Reykjavik davon unterrichtet, daß in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Althing

„... das Ministerium hiermit einen Meinungs austausch zwischen der isländischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten vorschlägt, um an Stelle des im Verteidigungsabkommens von 1951 festgelegten Systems ein neues System zu bilden. Ferner wird der Vorschlag gemacht, im Hinblick auf die kommenden Wahlen den 1. August abzuwarten und in der Zwischenzeit die notwendigen Maßnahmen zu treffen und den Ort und den Rahmen dieser Gespräche festzulegen.

Das Außenministerium beabsichtigt, den 1. August als Beginn des Termins von sechs Monaten festzulegen, welcher in Artikel VII des Abkommens von 1951 vorgesehen ist.

Der Ständige Vertreter Islands im Nordatlantikrat wird beauftragt werden, in Uebereinstimmung mit Artikel VII des Verteidigungsabkommens den Rat zu unterrichten.“

III.

Da die Gespräche zwischen den Regierungen Islands und der Vereinigten Staaten nicht vor dem 1. August stattfinden können, so kann der in Artikel VII vorgesehene Zeitraum von sechs Monaten erst von diesem Tage an beginnen. Die isländische Regierung wünscht jedoch, daß die Ansichten des Atlantikrates in dieser Frage — unter Berücksichtigung der bestehenden Weltlage und des Beschlusses der isländischen Regierung — noch vor dem Beginn der bilateralen Gespräche bekanntgegeben werden, wie dies Artikel VII des Abkommens vorsieht. Ich wurde deshalb von meiner Regierung beauftragt, gemäß Artikel VII des Verteidigungsabkommens ein offizielles Gesuch an den Atlantikrat zu richten.

Meine Regierung wünscht so bald wie möglich von der Ansicht des Atlantikrates unterrichtet zu werden.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie diese Note den Ständigen Vertretern vor dem Treffen am 25. Juni 1956 übermitteln würden.

Quelle: *The Department of State Bulletin*, Vol. XXXV, Nr. 895 vom 20. August 1956, Seite 308; Uebersetzung des Europa-Archivs.

Empfehlung des Nordatlantikrates an die Regierungen Islands und der Vereinigten Staaten vom 3. August 1956

1. Die isländische Regierung hat den Atlantikrat offiziell gebeten, zu prüfen, ob die militärischen Einrichtungen und ihre Benutzung weiterhin erforderlich sind,

und beiden Regierungen Empfehlungen zu übermitteln, die die Aufrechterhaltung des Verteidigungsabkommens zwischen der Republik Island und den Vereinigten Staa-

ten von Amerika im Rahmen des Atlantikpaktcs behandeln. Dieses Ersuchen bezog sich auf Artikel VII des betreffenden Abkommens. Bei Uebermittlung des Gesuchs an den Atlantikrat machte der isländische Gesandte auf die Zusicherungen aufmerksam, die dem Lande in bezug auf seine Sonderstellung im Jahre 1949, dem Gründungsjahre des Atlantikpaktcs, gemacht worden waren.

2. Bei Ueberprüfung der Lage hat der Atlantikrat in erster Linie erwogen, ob grundlegende Aenderungen der im Rahmen des Verteidigungsabkommens zwischen Island und den Vereinigten Staaten getroffenen Maßnahmen gerechtfertigt wären. Dieses Abkommen wurde im Jahre 1951 abgeschlossen zu einer Zeit, als sich die internationale Lage ernstlich verschlechtert hatte und die Republik Korea grundlos angegriffen worden war, als die amerikanischen Streitkräfte kurz zuvor erst abgezogen waren.

3. Der Atlantikrat überwacht regelmäßig und sorgfältig die internationale Entwicklung als Grundlage für die zu bestimmenden gemeinsamen strategischen Gesichtspunkte.

Im Mai dieses Jahres trafen sich die Außenminister der fünfzehn Mitgliedstaaten in Paris und gaben als Ergebnis ihrer gemeinsamen Erwägungen ein Communiqué heraus. In diesem betonten sie erneut, daß die Faktoren, die zur Gründung der atlantischen Allianz führten, weiterhin bestehen und daß die Frage der atlantischen Sicherheit ein Grundproblem bleibe. In der Veröffentlichung wurde zum Ausdruck gebracht, die Westmächte könnten ihre Wachsamkeit nicht vernachlässigen und der allgemeine Verteidigungsrahmen sei weiterhin notwendig.

4. Seit dem Ministertreffen im Mai hat der Ständige Rat die internationale Lage weiterhin beobachtet. Er nahm Kenntnis von gewissen Ereignissen, die sich neuerdings in der Sowjetunion zugetragen haben und die eine Entwicklung einleiten könnten, durch die eine bessere Verständigung zwischen der Sowjetunion und der freien Welt ermöglicht würde. Es ist jedoch zu beachten, daß es noch zu früh ist, diese Entwicklung näher zu bestimmen oder aus ihr den Schluß zu ziehen, daß sie ein Nachlassen der gemeinsamen Verteidigungsbestrebungen rechtfertigt. Der Atlantikrat hat die Ankündigung einer Truppenreduzierung seitens der Sowjetunion gleichfalls untersucht. Es ist jedoch klar, daß diese Aktion unter Umständen geschickt umgewandelt werden könnte und daß so die sowjetische Angriffsstärke unvermindert aufrechterhalten bliebe. Ein kontrolliertes internationales Abrüstungsabkommen würde allein für alle Beteiligten eine wirkliche Sicherheit gewährleisten. Der Atlantikrat ist deshalb der Ansicht, daß seine auf dem Maitreffen gefaßten Beschlüsse heute noch ihre volle Gültigkeit behalten. Die Verteidigungskraft des Paktcs hat zur Verbesserung der internationalen Lage als ein Hauptfaktor beigetragen, und ein Nachlassen der Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung hieße diese Tendenz in das Gegenteil umkehren. Es ist heutzutage genauso wichtig, die Gegner vor einem Angriff abzuschrecken, wenn wir keine Rückschritte machen wollen, sondern die internationale Sicherheit und eine bessere Welt zu verwirklichen gedenken.

5. Die Gefahren, die den Weltfrieden und die Sicherheit der atlantischen Verbündeten in der gegenwärtigen politischen Lage bedrohen, haben sich durch die Ent-

wicklung neuer Waffen, neuer technischer Mittel und durch die Geschwindigkeit und den Einsatz moderner Bomber und Unterseeboote noch verschärft. Der Nordatlantikrat hat deshalb innerhalb der letzten Jahre die militärischen Voraussetzungen grundlegend geprüft, auf denen die atlantische Verteidigung basieren muß. Diese Untersuchung hat gezeigt, daß im Falle eines Angriffs die Ereignisse der ersten wenigen Stunden sehr wohl entscheidend sein können. Die weitgreifenden Abänderungen, welche die Verteidigungspläne insbesondere gegen überraschende Angriffe erfordern, haben die Bedeutung von militärischen Einrichtungen im Bereitschaftszustand noch gesteigert. Dies betrifft nicht nur Island, sondern auch die anderen Mitgliedstaaten des Nordatlantikpaktcs, die der Organisation im Laufe der letzten Jahre die Einrichtungen zur Verfügung stellten, welche von den Streitkräften ihrer Vertragspartner unterhalten und bemannt worden waren. Keine dieser Regierungen vermutet, daß die gegenwärtige Lage eine Aenderung dieser Vorkehrungen rechtfertigt.

6. Diese neuen Faktoren haben besonderen Einfluß auf die eigenartige Lage Islands. Von den fünfzehn Mitgliedstaaten des Paktcs unterhält nur Island keine Streitkräfte. Sollte die isländische Regierung dem Lande den Schutz der Streitkräfte entziehen, die ihm von seinen Vertragspartnern gestellt werden, so würde es einer angreifenden Macht leicht möglich sein, das Land nur mit wenigen Waffen durch eine Landung aus der Luft oder von See unter Kontrolle zu bekommen, bevor noch wirksame Hilfeleistung möglich sein würde. In diesem Falle ginge Island das Risiko ein, besetzt zu werden und seine Freiheit zu verlieren. Man darf nicht vergessen, daß ein Angreifer, der die Allianz bedroht, unter diesen Umständen ernsthaft versuchen würde, das unbesetzte Island auf Grund seiner geographischen Lage zu besetzen, um so einen weiteren Angriff besser vorbereiten zu können. Die militärische Aktion, die dann notwendig wäre, um den Eindringling zurückzuwerfen, würde aller Wahrscheinlichkeit nach große Zerstörungen anrichten und Verluste an Menschenleben fordern.

7. Die Erhaltung der Freiheit und Sicherheit Islands bildet so eine Aufgabe ersten Ranges für die Atlantische Union. Sie sind ebenso bedeutend für die Freiheit und Sicherheit aller NATO-Mitgliedstaaten. Island in Feindeshänden würde eine große Gefahr für die Sicherheit der atlantischen Welt darstellen. Die natürliche Verbindungslinie der See- und Luftwege zwischen Nordamerika und den europäischen Mitgliedstaaten der NATO führt quer durch Island. Die Insel bildet eine Schlüsselstellung für die Verteidigung dieser Länder gegen Luftangriffe, für die Sicherheit der Versorgung durch Geleitzüge auf dem Wasserweg und für den Jagdschutz zwischen Nordamerika und Europa. Die Sicherheit der NATO-Mitgliedstaaten würde ernstlich gefährdet sein, wenn diese Einrichtungen in den kritischen Tagen und Stunden, die einem Angriff unmittelbar vorhergehen oder folgen, nicht zur Verfügung stünden. Auf Grund dieser Betrachtungen wird klar ersichtlich, wie wichtig augenblicklich die Stationierung fremder Truppen in Island ist, welche die Insel verteidigen und die militärischen Einrichtungen durch geschultes Personal unterhalten.

8. Der Atlantikrat versichert, daß er sich ohne Vorbehalt den unten weitergeführten Betrachtungen an-

schließt, welche die Meinung der höchsten militärischen Instanzen der Atlantikstaaten enthalten.

9. Im Nordatlantikpakt geben die Mitgliedstaaten ihre feste und endgültige Absicht zur gemeinsamen Sicherung ihrer Freiheit bekannt. Sie haben sich entschlossen, gemeinsame Bemühungen für ihre Verteidigung zu treffen. In ihrer Eigenschaft als Verbündete und Partner werden die Mitglieder des Atlantikpaktes aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die eine gemeinsame Verteidigung erleichtern, und alle Maßnahmen zu unterlassen, die einen Angriff gegen die anderen Mitgliedstaaten wahrscheinlicher oder gefährlicher machen. Der Atlantikrat möchte hiermit zum Ausdruck bringen, daß er die aufrichtige und beständige Teilnahme Islands an der Arbeit der Verbündeten in den vergangenen sieben Jahren dankbar anerkennt. Hierdurch wurde die Einigkeit gestärkt, die einen Hauptfaktor zur Erhaltung des Friedens während dieses Zeitabschnittes darstellte, und die immer noch die größte Hoffnung auf einen zukünftigen Frieden und Fortschritt darstellt.

10. Nach Ansicht des Atlantikrates hat sich die internationale Lage noch nicht so entspannt, daß Island keine Streitkräfte mehr benötigen würde. Unter den augenblicklichen Umständen würde nach Abzug der amerikanischen Streitkräfte, die sich zur Zeit im Auftrage und auf Kosten der atlantischen Gemeinschaft in Island befinden, das Land vollkommen unverteidigt sein. Eines der be-

deutendsten Mittel, um einen Angriff auf den atlantischen Raum abzuschrecken, wäre so beseitigt, und es würde sich eine Lücke in dem Verteidigungssystem bilden, das unsere Sicherheit gewährleistet.

11. Die tatsächliche und sichtbare Anwesenheit von militärischen Einrichtungen im Bereitschaftszustand kann einen Angreifer nachhaltig entmutigen. Wirksame Vergeltungsmittel bilden unsere größte Sicherheit gegen den Ausbruch eines Krieges.

12. Nach einer sorgfältigen Prüfung der militärischen und politischen Lage hält der Nordatlantikrat die Stationierung von Streitkräften und die Beibehaltung der bestehenden militärischen Einrichtungen im Bereitschaftszustand weiterhin für notwendig. Der Atlantikrat empfiehlt eindringlich die Aufrechterhaltung des Verteidigungsabkommens zwischen Island und den Vereinigten Staaten von Amerika, und zwar in der Form und mit den praktischen Maßnahmen, die zur Erhaltung der gemeinsamen Verteidigungskraft notwendig sind.

Der Atlantikrat hofft zuversichtlich, daß im Laufe der bilateralen Gespräche zwischen Island und den Vereinigten Staaten die Ansichten des Atlantikrates und seine in dem vorliegenden Schriftstück niedergelegten Erwägungen berücksichtigt werden.

Quelle: *The Department of State Bulletin*, Vol. XXXV, Nr. 895, vom 20. August 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Das Potsdamer Abkommen, das Grundgesetz und die Wiedervereinigung Deutschlands

(Fortsetzung der Anmerkungen von S. 9212)

⁴) KPD-Urteil, S. 598—604 a. a. O.

⁵) KPD-Urteil, S. 602 a. a. O. unter Hinweis auf Drucksachen des Parlamentarischen Rates „S“ 71 a.

⁶) Vgl. *Meissner* in *Europa-Archiv* 3/1952, S. 4683, und *Abendroth* in *Europa-Archiv* 11/1952, S. 4944. Vgl. ferner den Bericht über die Tagung des Verfassungsausschusses des Königsteiner Kreises.

⁷) *Oppenheim*, L., *International Law. A Treatise*. Vol. I — *Peace*, 7. Aufl. 1948, S. 788. Vgl. auch *Abendroth*, a. a. O.

⁸) Französische Dokumente über Deutschland (August 1945 bis Februar 1947) in *Europa-Archiv* 14/1954, S. 6743—6755.

⁹) *Anzilotti*, Lehrbuch des Völkerrechts, 1929, S. 137 und S. 322. Die entgegengesetzte These vertritt *Ballreich*, „Völkerrechtliche Verträge zu Lasten Dritter“ in *Festschrift für Bilfinger*, 1954, S. 1—27.

¹⁰) *Wolgast*, *Völkerrecht*, 1934, S. 100.

¹¹) entfällt.

¹²) Vgl. *Bonner Kommentar* zu Art. 25, S. 8 und 9.

¹³) *Ipsen* in *Deutsche Verwaltung* 2, S. 490 c; *von Mangoldt*, *Das Bonner Grundgesetz*, 1935, Art. 25 Anm. 3.

¹⁴) „KPD-Prozeß“ Bd. 1, S. 224, Plädoyer Prof. Dr. Kauffmann.

¹⁵) *Bonner Kommentar* Art. 25, S. 8.

¹⁶) Ziff. 15 des Memorandums.

¹⁷) Vgl. *Scheuner* in „*Recht, Staat und Wirtschaft*“, S. 127; *Maunz*, *Deutsches Staatsrecht*, 3. Aufl. 1953, S. 51.

¹⁸) *Schumpeter*, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 1946, S. 28; *Kay jr.* „*Politics Parties and Pressure Groups*“, 3. Neudruck 1948; *Amery* in „*Thoughts on the constitution*“, 3. Aufl. 1948, S. 16.

¹⁹) Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Reden und Dokumente, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin 1954, S. 11.

²⁰) *Huber*, *Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit*, Band 2, 1951, S. 622.

²¹) Die Viererkonferenz in Berlin, a. a. O., S. 247.

²²) *Huber*, a. a. O., S. 623/624.

²³) *Maunz*, *Deutsches Staatsrecht*, 3. Aufl., S. 15/16; BGH in *Juristenzeitung*, 1951, S. 320 und 696; Hinweis des Ersten Senates des Bundesverfassungsgerichts im Urteil vom 17. 12. 1953 — *Amtl. Sammlung* Band 3, S. 89 — auf die herrschende Lehre.

²⁴) *Giese*, *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*, 4. Aufl. 1955. Präambel II, Ziff. 1.

²⁵) *Europa-Archiv* 19/1951, S. 4387.

²⁶) *von Mangoldt* a. a. O., Präambel Anm. 1.

²⁷) Beratungsprotokolle des Parlamentarischen Rates, Plenum, 6. Sitzung vom 20. Oktober 1948, S. 75.

²⁸) Verfassungsausschuß der Ministerpräsidenten. Bericht über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August 1948, S. 17.

²⁹) *von Mangoldt*, 26. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates vom 10. 12. 1948.

³⁰) KPD-Urteil, S. 605 ff. a. a. O.

Informationen und Berichte

Die Bemühungen zur Lösung der Suez-Frage 9.—24. September 1956*

9. September 1956

In einer gemeinsamen Erklärung der ägyptischen Regierung und des von 18 Staaten der Ersten Londoner Suezkanal-Konferenz beauftragten Fünfer-Komitees wird bekanntgegeben, daß die Besprechungen beendet wurden und das Fünfer-Komitee wieder abreist. Die australische Botschaft in London veröffentlicht vier Dokumente über die mit Präsident *Nasser* geführten Verhandlungen des Fünfer-Komitees, und zwar: ein Memorandum, das am 3. September zusammen mit dem Vorschlag der Konferenzmehrheit Präsident *Nasser* übermittelt wurde, ein Brief vom 7. September von Ministerpräsident Robert G. *Menzies* an Präsident *Nasser*, in welchem die beiden Standpunkte dargestellt werden, ein Schreiben vom 7. September, in dem Ministerpräsident *Menzies* Präsident *Nasser* über den spanischen Vorschlag (vgl. den Wortlaut auf Seite 9223 dieser Folge) unterrichtet, und ein Brief von Präsident *Nasser* an Ministerpräsident *Menzies* vom 9. September mit der Ablehnung des Vorschlages der Konferenzmehrheit.

10. September 1956

Die ägyptische Regierung lädt die Benutzerstaaten des Suezkanals zu einer Erörterung über die Bildung eines Verhandlungsgremiums ein, das mit der ägyptischen Regierung die Fragen der Freiheit der Kanalschifffahrt, der Entwicklung des Kanals und der Kanalgebühren diskutieren soll.

Sprecher des französischen und des britischen Außenministeriums geben die Ablehnung des ägyptischen Verhandlungsvorschlages durch ihre Regierungen bekannt. Der französische Ministerpräsident, *Guy Mollet*, begibt sich zur Erörterung der Suezkrise mit Premierminister *Sir Anthony Eden* nach London.

11. September 1956

Die Besprechungen zwischen dem britischen Premierminister, *Sir Anthony Eden*, und dem französischen Ministerpräsidenten, *Guy Mollet*, werden mit einer gemeinsamen Erklärung beendet, in der festgestellt wird, daß über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen volles Einvernehmen herrsche. (Vgl. den Wortlaut auf Seite 9224 dieser Folge.)

In einem der griechischen Zeitung „*Kathemerini*“ gewährten Interview erklärt der ägyptische Präsident, *Gamal Abdel Nasser*, jeder Angriff auf Ägypten im Zusammenhang mit dem Suezkanal würde „die ganze Welt vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean“ erfassen.

Der Verwaltungsrat der Allgemeinen Suezkanal-Gesellschaft gibt nach einer Sitzung bekannt, daß das nicht-ägyptische Personal am 15. September seinen Dienst einstellen und in die Heimat zurückkehren könne.

Präsident *Eisenhower* wendet sich auf einer Pressekonferenz gegen eine Gewaltanwendung zur Offenhaltung des Kanals. Die Vereinigten Staaten würden im Zu-

sammenhang mit der Suezkrise keinerlei militärische Aktion unternehmen.

12. September 1956

Premierminister *Eden* gibt im britischen Unterhaus einen Plan zur Gründung einer Kanalbenutzer-Vereinigung bekannt, die eigene Lotsen anstellen und die Durchfahrtsgebühren erheben werde. In der Debatte stößt er auf starken Widerstand der Labour-Opposition, deren Sprecher, *Hugh Gaitskell*, der Regierung vorwirft, mit ihrer „Kanonenboot-Politik“ stehe sie nur noch vor der Wahl, ihr Prestige zu verlieren oder Krieg zu führen. *Gaitskell* plädiert für eine Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen.

Die ägyptische Suezkanal-Behörde versichert, daß sie einer Kündigung und Heimreise ihrer ausländischen Mitarbeiter keine Schwierigkeiten bereiten werde. Im Verstaatlichungsgesetz vom 26. Juli 1956 war die eigenmächtige Aufgabe des Dienstverhältnisses ohne Genehmigung der Suezkanal-Behörde unter Strafe gestellt worden. (Vgl. den Wortlaut des Verstaatlichungsgesetzes in EA 18/1956, S. 9184.)

In einer gemeinsamen britisch-französischen Note wird der Präsident des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen auf die durch die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft entstandene Lage aufmerksam gemacht.

13. September 1956

Fortsetzung der Suez-Debatte im britischen Unterhaus, das einen Mißtrauensantrag der Opposition ablehnt und der Regierung mit 319 gegen 248 Stimmen das Vertrauen ausspricht.

Auf einer Pressekonferenz in Washington unterstützt der amerikanische Außenminister, *John F. Dulles*, den Plan einer Kanalbenutzer-Vereinigung, wendet sich aber gegen eine Gewaltanwendung. Statt dessen spricht er von einer Benutzung des Seeweges um das Kap der Guten Hoffnung, falls den Schiffen der Benutzer-Vereinigung die Durchfahrt durch den Suezkanal nicht gestattet werde. Außerdem sei die Export-Import-Bank bereit, für die Finanzierung der Ölversorgung Europas aus dem Dollar-Raum zu sorgen.

Im indischen Parlament drückt Premierminister *Jawaharlal Nehru* seine Ueberraschung und sein Bedauern über den Plan einer Kanalbenutzer-Vereinigung aus und verurteilt die Kündigung der ausländischen Kanallotsen.

14. September 1956

Das britische Außenministerium versendet an die Staaten, die auf der Ersten Londoner Suezkanal-Konferenz den Vorschlag der Konferenzmehrheit unterstützt haben, Einladungen zu einer zweiten Konferenz in London.

Das ägyptische Informationsministerium gibt bekannt, daß folgende Staaten bisher den ägyptischen Konferenzvorschlag angenommen haben: Afghanistan, Bulgarien, die Chinesische Volksrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, Indien, Indonesien, Jordanien, Jugoslawien, Libanon, Libyen, Pakistan, Panama, Polen, Saudi-Arabien, Sowjetunion, Sudan, Syrien, Tschechoslowakei und Ungarn.

*) Vgl. Der Verlauf der Londoner Suez-Konferenz vom 16. bis zum 23. August 1956 und der anschließenden Besprechungen in Kairo, EA 18/1956, S. 9193.

15. September 1956

In einer Rede vor Kadetten der Luftwaffe lehnt Präsident *Nasser* die beabsichtigte Gründung einer Kanalbenutzer-Vereinigung entschieden ab. Er versichert, daß trotz der Kündigung zahlreicher ausländischer Kanallotsen der Verkehr ohne Störung aufrechterhalten werde. Einen Angriff werde Ägypten mit allen Mitteln und zusammen mit der übrigen arabischen Welt zurückschlagen.

Die sowjetische Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in welcher der Plan einer Kanalbenutzer-Vereinigung als eine Provokation bezeichnet wird. Ein Angriff auf den Suezkanal würde zu riesigen Zerstörungen der Kanaleinrichtungen und der Erdölfelder im Nahen Osten führen. Man könne nicht mehr nach der Manier kolonialer Eroberungen handeln.

16. September 1956

Treffen der Außenminister *Halvard Lange* (Norwegen) und *Osten Undén* (Schweden) mit Ministerpräsident *Hans C. Hansen* (Dänemark) in Stockholm. Sie kommen überein, wie es in einer amtlichen Verlautbarung heißt, ihren Regierungen die Teilnahme an der Zweiten Londoner Suez-Konferenz zu empfehlen, ohne damit ihre Zustimmung zum Plan einer Kanalbenutzer-Vereinigung zu geben. Gleichzeitig sind die Minister der Ansicht, daß die Suezfrage vor die Vereinten Nationen gebracht werden müsse. Die ägyptische Einladung zu einer Konferenz wird daher abgelehnt.

Trotz des Ausscheidens zahlreicher ausländischer Kanallotsen wird der Betrieb des Suezkanals aufrechterhalten.

17. September 1956

In einer an den Sicherheitsrat gerichteten Note protestiert die ägyptische Regierung gegen die geplante Gründung der Kanalbenutzer-Vereinigung.

Die Regierung Syriens und des Libanons protestiert beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen die Konzentration britischer und französischer Truppen auf Cypern.

Der indische Sonderbotschafter *Krishna Menon* trifft zu Besprechungen in Kairo ein.

Das britische Außenministerium gibt bekannt, daß alle zur Zweiten Londoner Suezkanal-Konferenz eingeladenen Regierungen ihre Teilnahme zugesagt haben.

18. September 1956

Die Außenminister *John F. Dulles* (Vereinigte Staaten), *Selwyn Lloyd* (Großbritannien) und *Christian Pineau* (Frankreich) führen am Vorabend der Zweiten Suezkanal-Konferenz in London vorbereitende Besprechungen.

In Kairo setzt der indische Sonderbotschafter *Krishna Menon* die Diskussionen mit Präsident *Nasser* und Außenminister *Mahmoud Fawzi* fort.

Das Politische Komitee der Arabischen Liga beendet in Kairo zweitägige Besprechungen mit einer Erklärung, daß alle arabischen Länder einen Beschluß zur Gründung einer Kanalbenutzer-Vereinigung aufs heftigste zurückweisen würden. Das Komitee wendet sich energisch gegen jeden auf Ägypten ausgeübten militärischen oder wirtschaftlichen Druck und spricht sich für den ägyptischen Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz aus.

19. September 1956

Eröffnung der Zweiten Londoner Suezkanal-Konferenz durch den Vorsitzenden, den britischen Außenminister

Selwyn Lloyd, der anschließend die Diskussion mit der Erläuterung des grundsätzlichen Standpunktes der britischen Regierung einleitet, die eine internationale Kontrolle des Kanals und eine Garantie der Freiheit der Kanalschifffahrt wünsche. Der schwedische Außenminister, *Osten Undén*, setzt sich für eine Fühlungnahme mit Präsident *Nasser* ein und plädiert für eine Diskussion im Rahmen der Vereinten Nationen. Der persische Außenminister, *Ardalan*, bietet die guten Dienste seiner Regierung für Verhandlungen mit Ägypten an. Auch der Vertreter Spaniens, Außenminister *Martin Artajo*, empfiehlt eine Prüfung der ägyptischen Gegenvorschläge. Der amerikanische Außenminister, *Dulles*, beschließt die Diskussion am Vormittag mit einer Darlegung des Plans einer Kanalbenutzer-Vereinigung, deren Verwaltungsbevollmächtigter die Aufgabe haben müsse, Lotsen anzustellen, die die Schiffe der Mitgliedstaaten durch den Kanal führen, den Schiffsverkehr durch den Kanal oder gegebenenfalls um Afrika zu koordinieren und als Agent der Schiffseigner die Durchfahrtsgebühren einzuziehen und Zahlungen an Ägypten zu leisten.

In der Nachmittagssitzung erfolgt die erste Erörterung des von Außenminister *Dulles* dargelegten Planes. Die Vertreter der skandinavischen Länder verweisen dabei auf die Möglichkeit einer Regelung im Rahmen der Vereinten Nationen. Der neue pakistanische Außenminister, *Malik Firoz Khan Noon*, versagt der Benutzer-Organisation die Zustimmung und fordert die Konferenz auf, Präsident *Nasser* zu Verhandlungen einzuladen. Der australische Delegierte, *Sir Percy Spender*, unterstützt den von *Dulles* vorgetragenen Plan und unterstreicht die Wichtigkeit eines gemeinsamen Vorgehens im Rahmen der Organisation. In ähnlichem Sinne äußern sich die Vertreter Italiens, der Niederlande, Frankreichs, der Bundesrepublik und des Vereinigten Königreichs. Als deutscher Vertreter hebt dabei Staatssekretär *Prof. Walter Hallstein* hervor, daß sich der Vorschlag auf einer strikten de facto-Basis halte und die juristische Lösung der Frage offenhalte. Zusammenfassend appelliert Außenminister *Dulles* an die Solidarität der Konferenzteilnehmer, um die Verhandlungsposition nicht zu schwächen. Der Plan könne nur bei einem Minimum ägyptischer Mitarbeit funktionieren.

In einem dem amerikanischen Journalisten *J. Kingsbury-Smith* gewährten Interview schlägt der sowjetische Ministerpräsident, *Bulganin*, eine Konferenz der Regierungschefs der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Ägyptens und Indiens in Genf vor, um das Suezproblem zu lösen.

20. September 1956

In der Vormittagssitzung der Londoner Konferenz wird auf Vorschlag der Türkei ein Arbeitsausschuß aus Fachleuten gebildet, der die Aufgabe hat, die verschiedenen vorgetragenen Ideen zu prüfen und zu koordinieren. Er nimmt sofort seine Arbeit auf. Der spanische und der portugiesische Vertreter wenden sich gegen eine Anrufung der Vereinten Nationen im augenblicklichen Stadium der Entwicklung und befürworten die sofortige Errichtung der Benutzer-Organisation.

Die Nachmittagssitzung tagt geheim und erörtert vom Arbeitsausschuß vorbereitete Vorschläge für eine „Genossenschaftliche Vereinigung der Suezkanal-Benutzer“ (*Cooperative Association of Suez Canal Users*).

21. September 1956

Schlußsitzung der Londoner Suezkonferenz. Die Vertreter der Teilnehmerstaaten nehmen in kurzen Ansprachen zum Konferenzergebnis Stellung, das in einer allgemeinen gemeinsamen Erklärung und in einer Deklaration zwecks Errichtung einer Vereinigung der Suezkanal-Benutzer (*Suez Canal Users Association*) dargelegt ist. (Vgl. den Wortlaut der beiden Dokumente auf Seite 9224 dieser Folge). Die meisten Sprecher behalten sich die Stellungnahme ihrer Regierungen und Parlamente vor. So erklärt z. B. der französische Außenminister, *Christian Pineau*, den Vorbehalt einer endgültigen Stellungnahme damit, daß der Plan der Vereinigung der Kanalbenutzer im Konferenzverlauf stark abgeändert worden sei. Als drittes Dokument wird ein Brief des amerikanischen Außenministers, *John F. Dulles*, an den britischen Außenminister, *Selwyn Lloyd*, veröffentlicht, in dem mitgeteilt wird, daß die amerikanische Regierung der Vereinigung der Kanalbenutzer beitreten werde. Nach Rückkehr von Dulles in die Vereinigten Staaten würden mit dem Schatzamt und Vertretern der Reedereien Maßnahmen getroffen werden mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zu vervollkommen.

22. September 1956

Bei seiner Rückkehr nach Paris erklärt Außenminister *Christian Pineau*, daß die Suezfrage eines Tages vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gebracht werden müsse. Die Londoner Konferenz habe sich als recht schwierig erwiesen und die Benutzer-Vereinigung schaffe für die Mitgliedstaaten nicht genügend Verpflichtungen, insbesondere in bezug auf die Zahlung der Durchfahrtsgebühren.

Das britische Außenministerium versendet an die Regierungen der 18 Teilnehmerstaaten der Zweiten Londoner Suezkanal-Konferenz eine Einladung zu einer dritten Konferenz bevollmächtigter Botschafter, die für den 1. Oktober nach London einberufen wird und die Gründung der Kanalbenutzer-Vereinigung zum Gegenstand haben soll.

Außenminister *Dulles* erklärt in Washington, daß er den ägyptischen Konferenzvorschlag für zu vage halte. Die Benutzer-Vereinigung werde nicht nur ihren Mitgliedern die Durchfahrt durch den Kanal zu erleichtern suchen, sondern auch den Vereinten Nationen bei der Vorbereitung einer Lösung helfen.

Radio Moskau erklärt zur Zweiten Londoner Suezkanal-Konferenz, daß es den Westmächten trotz Druckmaßnahmen nicht gelungen sei, ihren ursprünglichen Plan durchzusetzen. Das Ergebnis der Londoner separaten Konferenz zeige, daß die einzige realistische und fruchtbare Methode die von Besprechungen zwischen den betreffenden Staaten auf der Grundlage der Gleichheit sei.

23. September 1956

Die Delegierten Großbritanniens und Frankreichs bei der Organisation der Vereinten Nationen, *Sir Pearson Dixon* und *Bernard Cornut-Gentille*, ersuchen den Präsidenten des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, auf den 26. September eine Sondersitzung des Rates einzuberufen. Gegenstand der Beratung soll sein die „Situation, die durch die einseitige Aktion der ägyptischen Regierung geschaffen wurde, indem diese das System des

internationalen Betriebs des Suezkanals, das durch die Konvention von 1888 bestätigt und vollendet wurde, aufgehoben hat“.

Der amerikanische Außenminister, *Dulles*, erklärt in einem Fernsehinterview, daß er die Anrufung des Sicherheitsrates durch Frankreich und Großbritannien begrüße, daß eine materielle Behandlung der Suezfrage im Rahmen der Vereinten Nationen aber erst nach der Gründung der Vereinigung der Suezkanal-Benutzer möglich sei.

Der außenpolitische Experte der britischen Labour-Partei, *Alfred Robens*, erklärt, daß die Anrufung des Sicherheitsrates der Opposition zu verdanken sei, die sich im Parlament gegen Premierminister *Eden* gewandt habe.

In Riad findet eine Konferenz des saudi-arabischen Königs mit den Präsidenten *Gamal Abdel Nasser* (Ägypten) und *Schukri el Kuwatli* (Syrien) statt.

24. September 1956

Die ägyptische Regierung läßt dem Präsidenten des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eine Note überreichen, in der um Einberufung einer dringenden Sondersitzung des Rates gebeten wird. Auf der Tagesordnung soll ein Disput über die „Gefährdung des Weltfriedens und Verletzungen der Charta der Vereinten Nationen, insbesondere durch Großbritannien und Frankreich“, stehen.

Der britische Außenminister, *Selwyn Lloyd*, empfängt den indischen Sonderbotschafter *Krishna Menon*, der ihm über die in Riad abgehaltene Konferenz der Staatsoberhäupter Syriens, Ägyptens und Saudi-Arabiens berichtet.

Die 22. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen*

Die für den 9. Juli bis zum 9. August 1956 nach Genf einberufene 22. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen befaßte sich u. a. mit der Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Welt und mit Fragen der Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Stabilisierung der Grundstoffmärkte, der technischen Hilfeleistung und der Koordination der Arbeiten der verschiedenen Kommissionen und Büros des Rates. Die Tagung wurde durch die einstimmige Annahme der meisten der vorgelegten Resolutionen gekennzeichnet.

Wirtschaftliche Fragen

In der allgemeinen Debatte griff der Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Dag Hammarskjöld*, insbesondere das Problem der Stabilisierung der Grundstoffpreise auf, von der die Zukunft der Wirtschaft der unterentwickelten Länder in so hohem Maße abhängt. Vertreter dieser Länder machten darauf aufmerksam, daß die Volkswirtschaften der unterentwickelten Länder weiterhin nicht mit dem Produktionsanstieg in den Industrieländern Schritt gehalten hätten. Die Sprecher der Industriestaaten berichteten über die von ihren Regierungen getroffenen konjunktur- und währungspolitischen Maßnahmen, wobei von einzelnen Rednern Zweifel an der Möglichkeit der

*) Vgl. den Bericht über die 21. Tagung in EA 14/1956, S. 9041.

Vermeidung von unter Umständen drohenden schweren wirtschaftlichen Depressionen geäußert wurden.

In einer einstimmig angenommenen Resolution (614 [XXII]) wurde der Generalsekretär aufgefordert, so bald wie möglich dem Rat eine Analyse der Berichte der Regierungen über das Funktionieren der Zusammenarbeit im internationalen Handel vorzulegen. Dabei wiederholte der Rat seinen Wunsch, daß die Bemühungen der regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen in Richtung auf den weiteren Abbau der Handelsschranken fortgesetzt werden. In der gleichen Resolution wandte der Rat seine besondere Aufmerksamkeit den unterentwickelten Ländern zu und forderte u. a. die Regierungen dieser Länder auf, dem Generalsekretär Berichte über ihre Maßnahmen, langfristigen Wirtschaftspläne und die von ihnen benötigte Hilfe für eine Entwicklung ihrer Volkswirtschaften und eine bessere Auswertung ihrer Hilfsquellen vorzulegen. Den übrigen Staaten wurde empfohlen, bei der Gestaltung ihrer Wirtschaftspolitik deren Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der unterentwickelten Länder zu berücksichtigen.

Die Tagung prüfte die Arbeitsberichte der einzelnen regionalen Wirtschaftskommissionen (Resolution 615 [XXII]). Die Bundesrepublik wurde eingeladen, als Beobachter an den Arbeiten der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) teilzunehmen (Resolution 617 [XXII]); den gleichen Platz soll Japan in der Wirtschaftskommission für Latein-Amerika einnehmen (Resolution 616 [XXII]).

Im Rahmen der Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung ließ sich der Rat einen Zwischenbericht des ad hoc-Komitees für die Errichtung eines Sonderfonds vorlegen und erbat sich in der Resolution 819 (XXII) eine Intensivierung der Berichterstattung über die Entwicklung und das Funktionieren des internationalen Kapitalverkehrs. Dabei sollen im einzelnen die wirtschaftlichen Bedingungen, die Gesetzgebung, die internationalen Verträge, die Verwaltungspraxis, das Steuersystem und die Investitionsmöglichkeiten in den einzelnen Ländern dargestellt werden.

In einer weiteren Resolution (620 [XXII]) setzte sich der Rat für die Koordination der verschiedenen Bemühungen um die Stabilisierung der Grundstoffmärkte ein.

Nach Entgegennahme des Berichtes der Statistischen Kommission wurde in der Resolution 622 (XXII) der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgeschlagen, in den nächsten Haushaltsplänen genügende Mittel für eine Verstärkung des statistischen Dienstes bereitzustellen. Den Regierungen wird empfohlen, innerhalb der nächsten zehn Jahre, möglichst um das Jahr 1960, eine allgemeine Volkszählung durchzuführen.

Gegen die Stimmen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei und bei Enthaltung Indonesiens und Jugoslawiens nahm der Rat eine Resolution (623 [XXII]) an, in der u. a. die Regierungen gebeten werden, ihre Beiträge für das Erweiterte Programm für die Technische

Hilfeleistung weitgehend in konvertierbaren Währungen zu leisten.

Soziale und organisatorische Fragen

Nach der Annahme des Berichtes der Kommission für Menschenrechte wurden die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen aufgefordert (Resolution 624 [XXII]), in dreijährigem Turnus dem Generalsekretär über die Entwicklung auf dem Gebiet der Menschenrechte und über das Fortschreiten der Selbstverwaltung in den ihrer Jurisdiktion unterstehenden Gebieten zu berichten.

Im Rahmen der Diskussion des Berichtes der Kommission für die Rechtsstellung der Frau wurde die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ersucht (Resolution 625 [XXII]), in ihren künftigen Berichten ihre Aufmerksamkeit auf die Beschäftigung der Frau im Handwerk und in der Heimindustrie und auf die gegen den Mißbrauch der Heimarbeit entwickelten Methoden zu richten. Außerdem sollen die Arbeitsbedingungen der verheirateten Frau und die Bekämpfung der Diskriminierung der Frau in Beruf und Ausbildung dargestellt werden.

In der Resolution 626 (XXII) befaßte sich der Rat mit der internationalen Kontrolle der Rauschgifte. Dabei hob er u. a. die Tatsache hervor, daß Persien einer der wichtigen Opiumproduzenten ist, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bemühungen der persischen Regierung in Richtung auf eine Umstellung des Opiumanbaus auf andere Pflanzen von Erfolg sein mögen. Bei diesen Arbeiten soll der persischen Regierung in verstärktem Umfange technische Hilfe gewährt werden. Von Persien wird erwartet, daß es die erforderliche Hilfe näher umschreibt und anfordert.

Nach Verlesung des Jahresberichtes des Hochkommissars der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen drückten die Delegierten ihr tiefes Bedauern über den frühzeitigen Tod des Hochkommissars Dr. G. J. van Heuven-Goedhart aus (Resolution 628 [XXII]).

Die Entwicklung und Koordination der wirtschaftlichen und sozialen Programme und Maßnahmen im Rahmen aller Arbeiten der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen sowie die Konzentration auf wichtige Fragen waren Gegenstand der Resolution 630 (XXII). So wurde u. a. den Mitgliedstaaten nahegelegt, auf nationaler Ebene eine den Bemühungen der Vereinten Nationen entsprechende Koordination ihrer Regierungsmaßnahmen zu veranlassen. Ueber die von den einzelnen Regierungen in dieser Richtung unternommenen Maßnahmen und etwa aufgetretene Schwierigkeiten soll der Generalsekretär demnächst einen Bericht vorlegen. Die gleiche Resolution behandelt außerdem die Vervollständigung der Bibliographie über die Menschenrechte und Erleichterungen des grenzüberschreitenden Verkehrs im Rahmen der Arbeiten der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO).

Günter Hindrichs

Zeittafel vom 1. bis zum 15. September 1956

Die Ereignisse in Europa*

Deutschland

1. Der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich *Rau*, eröffnet die Leipziger Herbstmesse, die, wie er sagt, nicht nur ein Platz umfangreicher Geschäftsabschlüsse, sondern ein Ort sei, an dem die beteiligten Wirtschaftskreise ihren guten Willen zur Förderung des Handels zeigen. Auf die Suezkrise eingehend, verwahrte sich *Rau* dagegen, daß die Bundesregierung im Namen ganz Deutschlands spreche, zumal ihre Stellungnahme nichts mit der Meinung der großen Mehrheit des deutschen Volkes gemein habe.
2. Abschluß des 77. Deutschen Katholikentages in Köln. Unter außerordentlich starker Beteiligung von Gläubigen aus der DDR war die Veranstaltung am 29. August eröffnet worden. In den Diskussionen der Arbeitskreise kam mehrmals das Verhältnis zum Kommunismus und den totalitären Staaten zur Sprache. Die Sozialpädagogin Marga *Klompé* forderte z. B., man müsse dem Kommunismus etwas Besseres entgegensetzen. Es genüge nicht, ihn zu bekämpfen. Leider werde aber die Gesellschaftsordnung Westeuropas nicht mehr durch das Gebot der Nächstenliebe beherrscht. In einer an die Schlußkundgebung gerichteten Rundfunkbotschaft warnt Papst *Pius XII.* vor einer falschen Koexistenz und nennt als „die unabdingbare Grundlage für jede ehrliche Koexistenz“ die Freiheit der Verkündigung und der Wirkungsmöglichkeit für die Kirche. Bundeskanzler *Adenauer* wendet sich an die Besucher aus der DDR und versichert: „Das Band zwischen Euch und uns ist so stark, daß keine politische Gewalt es jemals wird zerreißen können.“ Abschließend weist er auf die Gefahren hin, die der atheistische Materialismus nicht nur für Deutschland und Europa, sondern für die ganze christliche Welt darstelle. Anlässlich der Eröffnung der Internationalen Herbstmesse in Frankfurt am Main fordert Bundeswirtschaftsminister *Erhard* von den Kreisen der Wirtschaft ein freiwilliges Eintreten für Ordnung und Maßhalten. Im Rahmen der Konjunkturlage fühlbar gespannt habe. Bundesminister *Erhard* erklärt, daß diese Entscheidung ohne Konsultation der zuständigen Bundesminister getroffen worden sei und er sie für verfrüht halte.
5. Der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder senkt den Wechseldiskontsatz von bisher 5½ auf 5 vH und den Lombardsatz von 6½ auf 6 vH, da sich nach den letzten Kreditrestriktionen die Konjunkturlage fühlbar entspannt habe. Bundesminister *Erhard* erklärt, daß diese Entscheidung ohne Konsultation der zuständigen Bundesminister getroffen worden sei und er sie für verfrüht halte.

6. Die Bundesregierung weist im *Bulletin* den am 29. August vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister der DDR, Dr. Lothar *Bolz* (vgl. Zeittafel in EA 18/1956), geäußerten Anspruch der DDR, gleichfalls Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches zu sein, mit der Feststellung zurück, daß dies die Regierung der DDR bisher sogar selbst immer verneint habe, wenn es sich darum gehandelt habe, Verbindlichkeiten des Reiches als Rechtsnachfolger zu übernehmen.
7. Die Bundesregierung richtet zusammen mit einer Mantelnote an die sowjetische Regierung ein Memorandum zur Frage der Wiedervereinigung. Das Memorandum wird den drei Westmächten mit Begleitnoten ebenfalls übermittelt. (Vgl. den Wortlaut des Memorandums auf Seite 9217 dieser Folge.)
11. Mit 103 gegen 97 Stimmen bei 3 Enthaltungen nimmt der Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier eine Entschließung zur Wiedervereinigung Deutschlands an, in der die Förderung von Kontakten zu Gewerkschaftskreisen in der DDR befürwortet wird.
12. In Weimar beginnt der Parteitag der CDU der DDR. Otto *Nuschke* wird als Vorsitzender der Partei wiedergewählt.
14. Die ägyptische Regierung läßt der Bundesregierung eine Note überreichen, in der vor dem Plan einer Organisation der Benutzer des Suezkanals gewarnt wird, da dessen Verwirklichung Krieg bedeuten würde.
15. Im Hause des Bankiers Dr. *Pferdmenges* in Köln findet eine Unterredung zwischen Bundeskanzler Dr. Konrad *Adenauer* und dem Bundesvorsitzenden der FDP, Dr. Thomas *Dehler*, statt. Laut Erklärung des Bundesvorstandes der CDU verlaufen Versuche, eine gemeinsame politische Linie zwischen CDU und FDP wiederzufinden, wegen der verschiedenen Beurteilung der FVP ergebnislos.

Frankreich

4. Auf einer Pressekonferenz erklärt Ministerpräsident Guy *Mollet*, daß Frankreich nicht aus egoistischen Gründen das Verbleiben Algeriens in der französischen Gemeinschaft wünsche, sondern weil die Hilfe des Mutterlandes für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes und seiner Bevölkerung notwendig sei und Frankreich für Algerien die Verantwortung übernommen habe. Die Zeichner der nationalen Anleihe für Algerien würden den Willen ausdrücken, daß sie ein Fortbestehen der Verbindung mit Algerien wünschen, und könnten damit gleichzeitig den Fortschritt der französischen Industrie fördern.
5. Der britische Außenminister, Selwyn *Lloyd*, berichtet dem Nordatlantikrat über den Verlauf der Suezkrise.

*) Vgl. hierzu auch die in der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats für September.

9. In einer Rede in Flers setzt sich Ministerpräsident Guy Mollet für einen beschleunigten Abschluß der Verhandlungen über die Errichtung der Europäischen Atomgemeinschaft und eines Gemeinsamen Marktes ein.
10. Das vom Nordatlantikat zur Prüfung der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auf nichtmilitärischem Gebiet eingesetzte Komitee, bestehend aus den Außenministern Lester B. Pearson (Kanada), Gaetano Martino (Italien) und Halvard Lange (Norwegen), prüft die von den 15 Mitgliedstaaten ausgefüllten Fragebogen und führt an den folgenden Tagen Besprechungen mit Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten, in denen deren Antworten erörtert werden.
12. Die Staatssekretäre Prof. Walter Hallstein (Deutschland) und Maurice Faure (Frankreich) beenden ihre am Vortage aufgenommenen Besprechungen zur Regelung der Saarfrage. Am 13. August gibt Staatssekretär Hallstein in einem Radio Saarbrücken gewährten Interview bekannt, daß die Verhandlungen mit einer vollen Einigung abgeschlossen worden seien. Insbesondere wurde der Umfang der deutschen Investitionen an der Saar für die Uebergangszeit festgelegt und über den französischen Abbau der Warndt-Felder eine Einigung erzielt.
15. Der Ministerrat der Westeuropäischen Union (WEU) erörtert auf Anregung von Bundesminister von Brentano die Frage der Umrüstung. Der Ministerrat kommt überein, noch vor der nächsten Sitzung des Nordatlantikrates die Besprechung des Themas fortzusetzen, um endgültige Beschlüsse vorlegen zu können.

Griechenland

1. Vor der Leitung der Handelsmesse von Saloniki erklärt Ministerpräsident Konstantin Karamanlis, die Cypernfrage sei das schwierigste Problem, mit dem sich Griechenland je zu befassen gehabt habe. Der Kampf um Cypern könne lange dauern, und die Griechen müßten Geduld und starke Nerven haben.

Großbritannien*

3. Als Nachfolger von Lord Cilcennin wird Lord Hailsham zum Ersten Lord der Admiralität ernannt.
- 3.—7. Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften in Brighton. Die Delegierten nehmen in mehreren Resolutionen zu den Tagesproblemen Stellung. Grundsätzlich wird die fortschreitende Automation bejaht, sofern sie in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auch der Arbeiterschaft zugute komme. Ein Lohnstop wird abgelehnt und die Rückkehr zur Planwirtschaft gefordert. Der Kongreß befürwortet Verhandlungen mit Aegypten auf der Grundlage des Dulles-Planes und wendet sich gegen jede Gewaltanwendung zur Lösung der Suezkrise, bevor nicht die Vereinten Nationen ihre Zustimmung gegeben hätten. Weitere Beschlüsse fordern die Herabsetzung der Wehrdienstzeit und die Einführung der 40-Stunden-Woche. Resolutionen, die einen Zusammenschluß mit dem Weltgewerkschaftsbund, Besuche in der Sowjetunion und die Rückkehr des cyprischen

Erzbischofs Makarios befürworten, werden mit großer Mehrheit abgelehnt.

4. Zwischen Kolonialminister Alan Lennox-Boyd und dem maltesischen Premierminister, Dom Mintoff, beginnen mehrtägige Verhandlungen über einen Finanzausgleich zugunsten Maltas. Es wird beschlossen, einen Ausschuß zu bilden, der den Haushaltsplan Maltas überprüft und der britischen Regierung die Höhe des zu leistenden Zuschusses empfiehlt. Schatzkanzler Harold Macmillan, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerrates der OEEC, und der belgische Außenminister, Paul Henry Spaak, als Vorsitzender des von der Messina-Konferenz eingesetzten Ausschusses der Mitgliedstaaten der EGKS, besprechen den Plan für die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und seine Bedeutung für die OEEC.

Italien

6. Durch Vermittlung des französischen Sozialisten Pierre Commin findet in Rom zwischen dem Generalsekretär der italienischen Sozialistischen Partei, Pietro Nenni, und dem Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Italiens, Matteo Matteotti, eine Unterredung statt, in der eine Fortsetzung der Kontakte „zwischen höheren und niederen Funktionären auf nationaler und regionaler Ebene“ verabredet wird.
- 12.—15. Tagung des Rates der Liberalen Weltunion in Stresa.

Jugoslawien

12. Der indonesische Staatspräsident, Achmed Soekarno, trifft zu einem Staatsbesuch in Belgrad ein.

Liechtenstein

8. In einer Festansprache anlässlich des 150jährigen Bestehens des Fürstentums Liechtenstein als souveräner Staat unterstreicht Fürst Franz Josef II. den Willen des Volkes, in Zusammenarbeit mit der Schweiz die Unabhängigkeit des Landes zu wahren.

Luxemburg

6. Der Ministerrat der EGKS erörtert die Vorbereitung einer Konferenz über die Arbeitssicherheit in den Bergwerken.

Oesterreich

- 5.—8. In Wien findet die zweite Europäische Parlamentarier-Konferenz statt, an der über 150 Parlamentarier aus 14 Ländern teilnehmen.

Polen

- 5.—11. Sitzung des polnischen Parlamentes. In einer Regierungserklärung unterstreicht Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz die Bedeutung des Parlamentes im Rahmen der Entwicklung eines „volksparlamentarischen Systems“ und sichert zu, daß die Regierung in Zukunft dem Parlament mehr legislative und kontrollierende Kompetenzen einräumen werde. Es werden Maßnahmen zur Dezentralisation der Verwaltung und zur Reform des Hochschulwesens im Sinne einer gewissen Autonomie der Hochschulen erörtert.

Sowjetunion

1. Mehrtägige Verhandlungen einer Regierungsdelegation von Ceylon mit der sowjetischen Regierung werden beendet. Die Verhandlungspartner kommen

* Ueber die Ereignisse im Rahmen der Suezkrise wird auf Seite 9229 gesondert berichtet.

überein, Botschafter auszutauschen und Handelsbeziehungen aufzunehmen. Die Sowjetunion erklärt sich bereit, Ceylon wirtschaftliche Hilfe zu gewähren.

5. Botschafter Dr. Haas überreicht eine Note der Bundesregierung, in der diese sich darüber beschwert, daß eine konsularische Fühlungnahme mit deutschen Forschern in der Sowjetunion unterbunden werde.
11. Ministerpräsident *Bulganin* beantwortet das Schreiben des amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower*, vom 7. August über Abrüstungsfragen. Radio Moskau erklärt, die sowjetische Regierung würde bereit sein, nach Abschluß eines Friedensvertrages oder einer sog. „Adenauer-Formel“ die diplomatischen Beziehungen mit Japan wieder aufzunehmen.
12. Der indonesische Staatspräsident, *Achmed Soekarno*, beendet seinen am 28. August begonnenen Staatsbesuch. Auf einer Rundreise hatte er verschiedene Hauptstädte der Sowjetrepubliken besucht. Vor der Belegschaft eines Leningrader Metallwerkes erklärte er in einer Rede u. a.: „Ihr erstrebt ein freies und glückliches Leben, ein Leben in Frieden mit allen Völkern. Unsere Ideale sind die gleichen: Frei sein, unabhängig sein zur Entwicklung unseres nationalen Staates.“ In einem Werk in Swerdlowsk wandte er sich gegen den Kolonialismus, der ein Produkt der ungerechten gesellschaftlichen Systeme in gewissen Ländern sei. Obwohl sich viele asiatische und afrikanische Völker befreit hätten, sei der Imperialismus noch nicht tot. Er sei glücklich, im Kampfe gegen den Kolonialismus der Sympathie der Sowjetunion sicher zu sein. Er habe grundsätzlich die gleichen Gedanken wie die sowjetischen Arbeiter, wenn sie eine gerechte und blühende Gesellschaftsordnung wünschten. Ueber die mit der sowjetischen Regierung geführten Verhandlungen wird eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Darin wird hervorgehoben, daß zwischen der indonesischen und der sowjetischen Regierung Einigkeit herrsche über die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, in der Ver-

urteilung des Kolonialismus und in der Forderung des Verbots von Atomwaffen. Militärbündnisse trügen nicht zur Milderung der internationalen Spannungen bei. Die Regierungen seien übereingekommen, auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zusammenzuarbeiten. Der Vorsitzende des Obersten Sowjets, K. J. *Woroschilow*, nimmt eine Einladung zum Staatsbesuch in Indonesien an.

Der japanische Ministerpräsident, *Ichiro Hatoyama*, läßt Ministerpräsident *Bulganin* eine persönliche Botschaft überreichen, in der er der sowjetischen Regierung vorschlägt, zunächst auf die Regelung der territorialen Streitfragen in einem Friedensvertrag zu verzichten und in einer Konferenz lediglich die Rückkehr der Kriegsgefangenen, die Aufnahme Japans in die Organisation der Vereinten Nationen und die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu erörtern.

14. Veröffentlichung eines der Tageszeitung *Die Welt* gewährten Interviews des Außenhandelsministers I. G. *Kabanow*, in dem dieser erklärt, der Warenumsatz zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik könne bedeutend erweitert werden, wenn die Bundesregierung bereit sei, einen Handelsvertrag und ein Warenaustauschabkommen mit der Sowjetunion zu schließen.

Tschechoslowakei

7. Staatsbesuch des Ministerpräsidenten der DDR, *Otto Grotewohl*, und weiterer Regierungsmitglieder. Die Verhandlungen finden am 11. August mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung, eines Protokolls über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, eines Rechtshilfevertrages und eines Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik durch die Ministerpräsidenten der beiden Länder, *Otto Grotewohl* und *Vilam Siroky*, ihren Abschluß. Außerdem wird eine Verdoppelung des Warenaustausches im Rahmen eines in Kürze zu schließenden Warenaustauschabkommens, die Vertiefung der kulturellen Beziehungen und die Rückgabe während des Krieges verlagerter Kulturgüter vereinbart.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten*

9. Handelsminister *Mohammed Abu Nosseir* kündigt einen Kriegswirtschaftsplan an, nach welchem die Einfuhr von Konsumgütern gedrosselt und auf Kapitalgüter beschränkt werden soll.

Marokko

1. Ministerpräsident *Si M'Barek Bekkai* wendet sich in einer Rundfunksprache gegen Forderungen des Istiqlal auf alleinige Uebernahme der Regierung und erklärt, daß der Aufbau des Staates alle politischen Kräfte des Volkes erfordere und daher keine politische Gruppe eine Hegemonie beanspruchen könne, solange sich die öffentliche Meinung nicht in allgemeinen Wahlen manifestiert habe.

Südafrikanische Union

3. Der portugiesische Staatspräsident, General *Francisco H. C. Lopes*, trifft zu einem zweitägigen Staatsbesuch in Pretoria ein.

Togo

12. Die Gesetzgebende Versammlung des französischen Treuhandschafts-Gebietes Togo billigt einstimmig die Ernennung von *Nicholas Grunitzki* zum ersten Ministerpräsidenten des Landes. Am 15. September stellt *Grunitzki* sein Kabinett vor, das aus je drei Vertretern von Nord- und Süd-Togo und aus zwei Europäern besteht.

AMERIKA

Vereinigte Staaten*

5. Auf einer Pressekonferenz erklärt Präsident *Eisenhower* gegenüber demokratischen Angriffen im Wahlkampf, die Vereinigten Staaten hätten den Kalten Krieg nicht verloren. Seit seinem Amtsantritt

*) Ueber die Ereignisse im Rahmen der Suezkrise wird auf Seite 9229 gesondert berichtet.

seien viele Fragen gelöst worden, die damals zur Beunruhigung Anlaß gegeben hätten. Die freie Welt sei heute stärker als vor drei Jahren. Zu den Gewaltakten gegen die Aufnahme von Negerkindern in den Schulen von Tennessee, Kentucky und Texas meint der Präsident, daß die Entscheidung des Supreme Court Gesetz sei, und mahnt die Beteiligten beider Seiten zur Mäßigung, zumal es nur in Ausnahmefällen zu Ausschreitungen gekommen sei, für die kein Anlaß zum Einschreiten der Bundesgewalt bestehe.

7. In einer dem japanischen Botschafter überreichten Denkschrift erklärt die amerikanische Regierung, die von Japan beanspruchten Inseln der Süd-Kurilen seien immer integrierender Bestandteil Japans gewesen. Auch im übrigen pflichtet die Denkschrift der Ansicht der japanischen Regierung über die mit der Sowjetunion zu regelnden Fragen bei.

ASIEN

Afghanistan

4. Ministerpräsident Sardar Mohammed Daud Khan gibt bekannt, daß Afghanistan mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakei Waffenlieferungsverträge abgeschlossen habe.

Burma

4. Ministerpräsident U Ba Swe teilt auf einer Pressekonferenz mit, daß seine Regierung von der Regierung der Volksrepublik China eine Note erhalten habe, in der China zur Regelung der Grenzstreitigkeiten einen Gebietsaustausch vorschläge. Solange aber noch chinesische Truppen auf burmesischem Gebiet seien, lehne er eine Verhandlung über die gemachten Vorschläge ab.

Volksrepublik China

14. In Peking wird bekanntgegeben, daß mit der Regierung von Ceylon die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart worden sei.
15. Eröffnung des VIII. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas in Peking.

Indien

11. Ministerpräsident Jawaharlal Nehru gibt im Parlament bekannt, daß ein von der Regierung eingesetzter Untersuchungsausschuß festgestellt habe, daß der Führer der auf der Seite Japans eingesetzten Indischen Nationalarmee, Subhas Chandra Bose, am 18. August 1945 einem Flugzeugunfall zum Opfer gefallen sei. Seine Asche werde demnächst aus Tokio in die Heimat zurückgebracht und ein ehrenvolles Begräbnis erhalten.

Indonesien

15. Unterzeichnung eines indonesisch-sowjetischen Abkommens, in dem sich die Sowjetunion bereit erklärt,

Indonesien für Maßnahmen zur Industrialisierung eine Anleihe im Werte von 100 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen und mit Indonesien auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie zusammenzuarbeiten. Außerdem will die Sowjetunion technische Berater zur Hilfeleistung entsenden.

Irak

14. König Faisal und König Hussein von Jordanien führen zusammen mit ihren Ministerpräsidenten und Generalstabschefs auf dem Flugplatz Habbannija Besprechungen über die, wie es in einer gemeinsamen Verlautbarung heißt, „durch die zionistische Gefahr und die zionistischen Provokationen geschaffene Lage“ und erörtern gemeinsame militärische Maßnahmen.

Kambodscha

9. Prinz Norodom Sihanouk wird zum Ministerpräsidenten ernannt.

Laos

4. Ministerpräsident Souvanna Phouma erklärt auf einer Pressekonferenz: „Wir sind für eine totale Neutralität, wie sie die Schweiz beobachtet, und nicht für den Neutralismus, wie ihn einige Länder praktizieren.“ Sein Land sei bereit, wirtschaftliche Hilfe anzunehmen, wenn sie nicht an politische Bedingungen geknüpft werde.

Pakistan

8. Ministerpräsident Choudri Mohammed Ali tritt zurück und verzichtet gleichzeitig auf den Vorsitz in der Moslem-Liga. Nachdem Mohammed Ali einen Auftrag zur Neubildung der Regierung ablehnt, wird der Führer der oppositionellen Awami-Liga, Hussein Suhrawardi, mit der Regierung betraut. Am 12. September wird das neue Kabinett vereidigt, dem sieben Mitglieder der alten Regierung angehören. Das Außenministerium übernimmt Firozkhan Noon.

Saudi-Arabien

9. In Riad werden dreitägige Militärbesprechungen von Delegierten aus Jordanien, Irak, Saudi-Arabien, Syrien, Libanon und Ägypten beendet und eine gemeinsame Finanzierung und Ausrüstung der jordanischen Nationalgarde beschlossen.

Siam

6. Ministerpräsident Pibul Songram nimmt in einer Presse-Erklärung zu den Verletzungen der burmesischen Grenze durch chinesische Truppen Stellung. Es handele sich um eine offene Aggression und eine Verletzung der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zu deren Einhaltung sich auch die Chinesische Volksrepublik verpflichtet habe.

Die Organisation der Vereinten Nationen*

3. Der Rat der Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation beginnt in Rom seine 25. Sitzung.
4. Die am 13. August in Genf zusammengetretene Konferenz diplomatischer Vertreter der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen wird mit der Annahme eines Entwurfes einer

Zusatzkonvention zum Völkerbundsabkommen aus dem Jahre 1926 betr. die Abschaffung der Sklaverei abgeschlossen.

* Ueber die Ereignisse im Rahmen der Suezkrise wird auf Seite 9229 gesondert berichtet.

Bücher und Broschüren

Belin, Jacqueline: *La Suisse et les Nations Unies. Sous la direction du Professor Paul Guggenheim. Préparée pour la Dotation Carnegie pour la Paix Internationale.* New York: Manhattan Publishing Company 1956. 139 S. (Etudes Nationales sur l'Organisation Internationale). \$ 3,00.

Bojko, Jurij: *Die russischen historischen Wurzeln des Bolschewismus.* Herausgegeben von der Unabhängigen Assoziation zur Erforschung der Sowjetischen Theorie und Praxis in den nationalen Fragen. o. O. (1955). 16 S.

The British Commonwealth 1956. London: Europe Publications Limited 1956. XX, 918 S. £ 5 5s.

Das vorliegende Werk gibt eine umfassende Uebersicht über das britische Commonwealth sowohl in seiner Gesamtheit als auch seiner einzelnen Mitgliedstaaten. Der Band beginnt mit einem einführenden Aufsatz von Professor Gerald S. Graham über die Entstehung des Commonwealth, gefolgt von einer Studie von Professor Nicholas Mansergh über die Tätigkeit des Commonwealth Relations Office und des Colonial Office. Ein dritter einführender Aufsatz befaßt sich mit den wirtschaftlichen Hilfsquellen des Commonwealth. Der Hauptteil des Buches liefert eine Fülle von Informationen über jeden der Mitgliedstaaten des Commonwealth, beginnend mit dem Vereinigten Königreich und endend mit den kleinen und entfernt gelegenen Inselreichen. Die historischen, geographischen und wirtschaftlichen Uebersichten eines jeden Landes werden ergänzt durch Einzelheiten über Verfassung, Regierung, Verwaltung, Recht und Religion. Der Band enthält ferner eine Uebersicht der in den einzelnen Ländern veröffentlichten Zeitungen, Zeitschriften sowie der Buchverlage und Rundfunkorganisationen, der Banken, Versicherungsgesellschaften, Handelskammern, Handelsorganisationen, Gewerkschaften, Luftfahrt-, Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften, der wissenschaftlichen Institute, Bibliotheken, Universitäten usw. Eine Reihe sehr anschaulicher Karten und eine Bibliographie vervollständigen dieses erstmalig erschienene Handbuch, das in keiner Bibliothek fehlen sollte.

Dallin, David J.: *Die Sowjetspionage. Prinzipien und Praktiken.* Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft 1956. 616 S. DM 24,80.

In der Fülle neuerer Literatur, die sich um die Klärung und Deutung der politisch-geistigen Entwicklung im osteuropäischen Raum bemüht, nimmt das Buch Dallins einen besonderen Platz ein. Die hier vorliegende, umfassende Studie, die im Streben nach sachlicher Berichterstattung geschrieben ist, füllt eine spürbare Lücke auf einem Gebiet aus, das immer zu einem gewissen Grad in Zwielfelt gehüllt sein wird und das mit solcher Gründlichkeit bisher noch nicht bearbeitet wurde. Aufbau, Umfang und Arbeitsmethoden des größten von Moskau gelenkten Spionageapparates unserer Zeit sind erstmalig auf der Grundlage einer umfangreichen, allerdings auch recht vielschichtigen Dokumentation zu einer geschlossenen Darstellung gebracht worden. Es ist begreiflich, daß der Verfasser lediglich einen Ausschnitt aus der Tätigkeit dieser Organisation behandelt hat; übersteigt es doch die Kraft eines einzelnen, deren mannigfaltigen Verflechtungen und Beziehungen in allen Ländern nachzuspüren. So bleiben zum Beispiel Großbritannien, Japan und Schweden außerhalb der Betrachtung.

Dallin bringt als gebürtiger Russe (Studium in Petersburg, Berlin und Heidelberg; 1921 aus Rußland ausgewiesen, seit 1940 in den USA) und durch seine bisherigen Publikationen über Rußland, Asien und den Fernen Osten die besten Voraussetzungen für die Bewältigung des gestellten Themas mit. Er schildert die Entwicklung der sowjetischen Spionage im engeren Sinne, d. h. als die „Sammlung geheimer Informationen über Angelegenheiten fremder Mächte durch unerlaubte Mittel“. Wiederholt läßt er hierbei durchblicken, in welchem Maße sich diese zu einem wichtigen und unerläßlichen Element kommunistischer Herrschaftsordnung

entwickelt hat; ihre Bedeutung für die bolschewistische Strategie, die den Sieg der „proletarischen Weltrevolution“ zum Ziele hat, darf nicht unterschätzt werden. Freilich zeigt sich im einzelnen, daß im Zeitalter ideologischer Kriegführung und permanenter Vertrauenslosigkeit die Grenzen zwischen eigentlicher Spionage, Verrat und Widerstand oftmals ineinanderfließen. Sind doch auch die Beweggründe für das Tun und Handeln bei einzelnen Agenten recht unterschiedlich; ganz allgemein läßt sich wohl feststellen, daß bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in erster Linie ideelle, dann aber vorwiegend materielle Motive für die Mitarbeit in dem sowjetischen Spionagenetz bestimmend gewesen sind.

Die eingehende Untersuchung, die verschiedentlich durch Straffung und Beschränkung des Stoffes an Wert gewonnen hätte, setzt mit dem Aufbau des „Apparates“ im Jahre 1921 ein und verfolgt sodann dessen Tätigkeit in Frankreich, Deutschland, Holland, Belgien, der Schweiz, Kanada und in den Vereinigten Staaten bis in die jüngste Gegenwart hinein (1954). In relativ kurzer Zeit gelang es ihm, seine Fäden über den ganzen Erdball zu spinnen und jene Informationen zu sammeln, die für die sowjetische Politik und Kriegführung von eminenter Bedeutung waren. Unterstützt wurde er dabei vor allem durch die zahlreichen kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern, die von den diplomatischen Vertretungen und den meist als Handelsorganisationen getarnten Spionagezentren der UdSSR gelenkt und gefördert wurden. Zwar traten immer wieder Rückschläge ein, aber auf die lange Sicht konnten doch große Erfolge verzeichnet werden, zumal sich stets rechtzeitig neue Agenten „zur Verfügung“ stellten (unter ihnen die berühmten-berüchtigten Cremet, Zaisser, Wollweber, die Mitglieder der „Roten Kapelle“, Trepper, Foote, Rado, Rößler und Samm Carr, um nur einige zu nennen). Ueber das wirkliche Ausmaß ihrer Arbeit kann man sich natürlich ebensowenig ein richtiges Bild machen wie von der tatsächlichen Zahl der eingesetzten V-Männer.

Ausführlich behandelt der Verfasser Taktiken und Praktiken des „Apparates“; auch geht er im einzelnen auf die verschiedenen „Spielregeln“ der Konspiration ein und darauf, wie diese nach Ort und Zeit unterschiedlich sein können. Als „Objekte“ kommen in erster Linie Industriezentren, Produktionswerkstätten für Luft- und Schiffsbau und selbstverständlich militärische Geheimnisse aller Art in Frage. Ob Dallin freilich mit seiner Schlußthese recht behalten wird, in der er auf das zunehmend sinkende Verhältnis zwischen Qualität und Quantität unter den Agenten der Sowjetunion hinweist, um damit aufzuzeigen, daß die Wirksamkeit ihrer Spionage im Schwinden begriffen sei, wird die Zukunft lehren müssen.

Gewiß ist manche Aussage des Verfassers kritisch zu beurteilen, denn Zeugenaussagen sind nun einmal nur von bedingtem historischem Quellenwert — und in diesem Fall ganz besonders —, dies haben die Nürnberger Nachkriegsprozesse mit aller Deutlichkeit gezeigt. Aber alles in allem bleibt es doch ein bedeutsames und überaus aufschlußreiches Buch, das große Beachtung verdient. Dr. H. A. Jacobsen

Goodrich, Leland M.: *Korea. A Study of U.S. Policy in the United Nations.* New York: Council on Foreign Relations 1956. XI, 235 S. \$ 3,25.

Hagemeyer, Maria: *Zum Familienrecht der Sowjetzone.* Der „Entwurf des Familiengesetzbuches“ und die „Verordnung über Eheschließung und Eheauflösung“. Mit dem Wortlaut der Texte im Anhang. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1956. 71 S. (Auslieferung: Deutscher Bundes-Verlag, Bonn).

Israel and the United Nations. Report of a Study Group set up by the Hebrew University of Jerusalem. Prepared for the Carnegie Endowment for International Peace. New York: Manhattan Publishing Company 1956. 322 S. (National Studies on International Organization). \$ 3,—.

Katz, Samuel I.: Two Approaches to the Exchange-Rate Problem: The United Kingdom and Canada. Princeton, N. J.: Princeton University, International Finance Section 1956. 19 S. (Essays in International Finance, No. 26).

Kontinuität und Tradition. Ihre Problematik in der neueren deutschen Geschichte und Gegenwart. Konferenzen der Ranke-Gesellschaft und der Historisch-Theologischen Kommission der Evangelischen Akademien. Frankfurt am Main — Berlin — Bonn: Verlag Moritz Diesterweg 1956. 110 S. DM 5,80.

Im Herbst 1955 fanden etwa gleichzeitig die Konferenz der Ranke-Gesellschaft und die Konferenz der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien statt. Der vorliegende Band enthält die auf diesen Konferenzen gehaltenen Referate. Das Problem der Kontinuität in der neueren deutschen Geschichte wurde in folgenden Beiträgen behandelt: Prof. Dr. G. A. Rein, „Zum Problem der historischen Kontinuität“; Dr. E. Hölzle, „Vom Reichsuntergang zum Deutschen Bund“; Dr. H. Gollwitzer, „Die Reichsgründung 1848—1871“; Prof. Dr. L. Zimmermann, „Die Weimarer Republik“; Prof. Dr. E. Menzel, „Deutschland nach 1945“. Der Frage der Tradition sind die Beiträge von H. Schomerus, „Der Sinn der restaurativen Tendenzen unserer Zeit“, und von Prof. Dr. E. Kinder, „Tradition und Glaube“ gewidmet.

Kraus, Otto: Inflation — Deflation. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt GmbH. 1956. 94 S. DM 5,20.

Krupnykyj, B.: Die sowjetische Theorie über die nationalstaatlichen Beziehungen zwischen der Ukraine und Moskau im Dienste der Politik des Kreml. Die wissenschaftliche Konferenz im März 1955. Herausgegeben von der Ukrainischen Unabhängigen Assoziation der Forscher der Sowjettheorie und Praxis hinsichtlich der nationalen Probleme. (Sonderdruck aus „Wissenschaftliche Berichte“ des Ukrainischen Technisch-Wirtschaftlichen Instituts München, 1954, Nr. 39—40).

Menzel, Eberhard, Franz Groh und Hellmuth Hecker: Verfassungsregister. Teil II: Europa. Frankfurt am Main — Berlin: Alfred Metzner Verlag 1956. 168 S. (Dokumente, Heft XIX).

Müller, Karl Valentin: Heimatvertriebene Jugend. Eine soziologische Studie zum Problem der Sozialtätigkeit des Nachwuchses der heimatvertriebenen Bevölkerung. Aus dem Institut für empirische Soziologie, Hannover/Bamberg. Zweite, ergänzte und erweiterte Auflage. Würzburg: Holzner Verlag 1956. 260 S. (Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr., II. Göttinger Arbeitskreis, Veröffentlichung Nr. 147).

Neumann, Rudolf: Ostpreußen unter polnischer und sowjetischer Verwaltung. Frankfurt am Main — Berlin:

Alfred Metzner Verlag 1955. XV, 112 S. (Ostdeutschland unter fremder Verwaltung, Band I). DM 7,80.

Mit diesem auf mehrere Bände berechneten Werk, dessen erster Band jetzt vorliegt, will der Herder-Forschungsrat die Aufgabe der Wissenschaft erfüllen, festzustellen, welche Veränderungen seit dem Jahre 1945 in Ostdeutschland eingetreten sind und was von polnischer und sowjetischer Seite für die Zukunft geplant und vorbereitet wird. Er ist dabei mit der gebotenen Vorsicht und der erforderlichen sorgfältigen Quellenauswahl zu Werke gegangen und sich der Bedenken bewußt geblieben, die seinem Versuch angesichts der nicht immer befriedigenden Informationsmöglichkeiten entgegenstehen. Nach Durchsicht des vorliegenden ersten Bandes dieser Sammlung, der die Veränderungen in der Provinz Ostpreußen in ihren Grenzen von 1945 behandelt (einschließlich des Soldauer Gebietes, das 1950 der „Wojewodschaft Allenstein“ angeschlossen wurde), darf man dem Herausgeber recht geben, der die Ansicht vertritt, daß es trotz aller Einschränkungen, die eine derartige Untersuchung mit sich bringt, richtig ist, das Ergebnis der bisher möglichen Untersuchungen einer größeren Öffentlichkeit zu unterbreiten. Der erste Band der Sammlung gestattet es dem Leser, sich ein gutes Bild von der Nachkriegsentwicklung Ostpreußens zu machen, das auch bei objektiver Anerkennung der von den neuen Herren vollbrachten Leistungen für uns Deutsche niederschlagend wirken muß. E. W.

Orbis Terrarum Europae. Oeconomia & Artes Culturaque. Sub Auspiciis Europae Collegii Brugis, Bruxelles: Les Editions de Visscher o. J. getr. Paginierung.

Radhakrishnan: East and West. Some Reflections. London: George Allen & Unwin Ltd. 1955. 140 S. 10s 6d.

Das vorliegende Buch gibt drei Vorlesungen wieder, die Dr. Radhakrishnan als Sir Edward Beatty Memorial Lectures an der McGill University in Montreal gehalten hat. Die erste Vorlesung ist der Entwicklung der indischen Religion und Philosophie gewidmet und betont vor allem, warum die indische Religion keinen Unterschied von Rasse, Farbe und Sprache kennt. In der zweiten Vorlesung schildert der Verfasser die historische Entwicklung des Judentums und des Christentums, wobei er insbesondere auf die Verbindungen zu Indien hinweist. In der dritten Vorlesung werden die Philosophien der westlichen Welt vor dem historischen Hintergrund der beiden vorangegangenen Vorlesungen analysiert.

Zeitschriften

Le Conseil de l'Europe 1951—1956. In: Chronique de la Politique Etrangère, Vol. IX, No. 3, Mai 1956. Bruxelles: Institut des Relations Internationales. Jährlich 6 Hefte. Einzelheft bfrs. 50.

Die Mai-Nummer der Zeitschrift des belgischen Instituts für Internationale Beziehungen ist ausschließlich der Entstehung und der Tätigkeit des Europarats in den Jahren 1951 bis 1956 gewidmet. Diese objektive und gut dokumentierte Darstellung gibt eine ausgezeichnete Uebersicht über die bisherigen Bemühungen des Europarats auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Der Kampf um den Persischen Golf

Von Dr. Lujo ^{v.}Tončić = Sorinj, Abgeordneter zum Österreichischen Nationalrat

Zwischen Europa und Indien

„Uperi, König von Dilmun, lebt wie ein Fisch, 30 Doppelstunden entfernt inmitten des Meeres der aufgehenden Sonne.“

Mit diesen Worten beginnt eine der ersten Nachrichten über den Persischen Golf in einer Stelle des assyrischen Herrschers Sargon zu Ende des 8. vorchristlichen Jahrhunderts. Seit den ältesten Zeiten wurde die Bedeutung des Persischen Golfes als ein wichtiger Handelsweg von und nach Indien erkannt. Sie stieg, als die ursprüngliche Handelsstraße von den südarabischen Weihrauchländern Dhofar und Hadramaut über das heutige Jemen und den Hedjaz verlief. Das Handelsemporium der nördlichen arabischen Wüste, Palmyra, forcierte die Verbindungen zwischen den levantinischen Städten und den Häfen um das Mündungsgebiet des Shatt-el-Arab. Seit damals stieg der Handel durch den Persischen Golf von Jahrhundert zu Jahrhundert. Die verhältnismäßig windstillen Seewege durch die Mitte des Golfes und entlang der Ostküste bedeuteten einen größeren Schutz als die Fahrt durch den Indischen Ozean. Der Weg vom Eingang in den Golf bis zu den reichen Ländern Indiens ist relativ kurz und folgt der Küste Belutschistans und dem Mündungsgebiet des Indus.

Alle großen seefahrenden und handeltreibenden Nationen, von den Arabern über Portugiesen und Holländer bis zu den Engländern, haben die Wichtigkeit dieses Golfes klar erkannt. Er ist 1111 km lang, während seine Breite zwischen 37 und 415 km schwankt. Der Küstensaum beträgt 3100 km, wobei allein das Mündungsgebiet des Shatt-el-Arab 185 km umfaßt. So ist der Persische Golf mit 236 800 qkm eine der größten Buchten der Weltmeere. Seine Küsten zeigen den scharfen Gegensatz der iranischen zur arabischen Welt: Vom Osten fällt ein gebirgiges Hochland teilweise in steilen Abstufungen zum Meer nieder. Der Westen aber ist flach, unendliche Wüsten versinken in kaum merkbarem Abfall in die stille, oft brackige und für die Schifffahrt teilweise ungeeignete See.

In den letzten 100 Jahren kam zur kommerziellen die strategische Bedeutung. Man erkannte, daß die Türkei und Persien von ihrer Südflanke zu treffen

und zeitweise zu beherrschen wären. Durch die mesopotamische Kampagne 1916—1918 haben die Engländer das Ottomanische Reich an seiner verwundbarsten Stelle getroffen. Mit der Eroberung Bagdads war das Ende der türkischen Macht im arabischen Raum ebenso besiegelt wie durch den Fall von Jerusalem. Die gleiche Wichtigkeit offenbarte sich im Zweiten Weltkrieg: Ohne die militärischen Positionen Großbritanniens im Westen des Persischen Golfes wäre Persien 1941 nicht zum Nachgeben zu bewegen gewesen. Ohne den Weg über diesen Staat hätten aber auch die Westmächte von 1941—1944 die Südflanke der sowjetischen Front nicht hinreichend unterstützen können.

So hat der Persische Golf in beiden Weltkriegen eine große Rolle gespielt. Durch den britischen Einfluß in den ostarabischen Protektoraten ist es aber Großbritannien — in geringerem Maße auch den Vereinigten Staaten — möglich, Saudi-Arabien in Schach zu halten und die Politik des Irak zu beeinflussen. Der Pakt von Bagdad und der sogenannte „northern tier“ fußen auf dem über Tausende Kilometer sich erstreckenden Dreieck, dessen südliche Stützpunkte die britischen Positionen in Kenia und Sansibar einerseits und in Mauritius und dessen Nebeninseln andererseits sind, während die nördliche Spitze durch Aden, die Stützpunkte entlang der süd-arabischen Küste und den Persischen Golf gebildet wird.

Schließlich kommt in den letzten 20 Jahren noch ein dritter Umstand dazu: das Erdöl. Ungefähr 10 vH der Weltproduktion werden hier gewonnen, und 40 vH der Weltreserven für mindestens 150 Jahre liegen noch tief unter dem Sand und unter dem Meer. Das Öl des Persischen Golfes nimmt seinen Weg über den Suezkanal hauptsächlich nach Europa, und politische Krisen in diesem Gebiet werden das freie Europa in weitaus stärkerem Maße treffen als Amerika oder selbst die Länder um den Indischen Ozean. Es ist daher sachlich nicht gerechtfertigt, wenn der Persische Golf zu den Gebieten gehört, über die wir verhältnismäßig wenig wissen. Seine Geschichte verliert sich teilweise im Dunkel der Vergangenheit.

Die Länder Sindbads des Seefahrers

Nach dem Niedergang starker mesopotamischer Mächte scheint das ostarabische Gebiet einer Art Anarchie verfallen zu sein, auch die Macht Roms griff nie auf diese abgelegenen Gebiete über. Als der junge Sassanidenkönig *Shapor II.* arabische Eindringlinge aus Südpersien vertrieb und an der arabischen Küste landete, wobei er die heutige Provinz el-Hasa und die Bahrein-Inseln annektierte, trat Persien zum ersten Male aktiv in die ostarabische Geschichte ein.

Die Anhänger *Mohammeds* fanden, als sie später in dieses Gebiet vordrangen, eine Mischung aller möglichen Religionen vor: Heiden, Christen, Juden und Parsen. Rasch wurde der ganze Raum von ihnen unterworfen, bis die Spaltung im Islam zwischen Sunniten und Shiiten den Anfang einer Reihe schwerer Konflikte bildete. Besonders die Bahrein-Inseln wurden der Schauplatz mancher Auseinandersetzungen, die bis zum heutigen Tage nachwirken.

Um 890 wurde zum ersten und einzigen Male in der Geschichte der Persische Golf zum Zentrum einer politischen Macht. Zu dieser Zeit wurde von *Hamdan ibn Ashath* die wilde ismaelitische Sekte der Karmaten gegründet. Sie entwickelte sich zuerst im Irak und dehnte sich bis Afrika, schließlich sogar bis in die Gebiete der Berber aus. Die größten Erfolge errangen die Karmaten unter ihrem Feldherrn *Abu Tahir Suleiman*, der nach der Eroberung Basras 915 und einem Vorstoß nach Bagdad 928 schließlich im Jahre 930 Mekka eroberte und den Heiligen Stein aus der Kaaba nach Lachsa, der Hauptstadt der Karmaten in Ostarabien, entführte, wo er bis 951 blieb. 951 gelang es den Karmaten, das Gebiet von Oman zu unterwerfen. Damals tritt dieser Staat, der für die spätere Geschichte des Golfes von größter Bedeutung werden sollte, zum ersten Male deutlich in das Blickfeld der Geschichte. Die Karmaten tyrannisierten durch fast das ganze 10. Jahrhundert Ostarabien, Syrien und den Irak. Sie stellen eine Revolte der unterworfenen Gebiete Arabiens gegen das religiöse Zentrum in Mekka und die weltliche Macht der Abbasiden in Bagdad dar.

In der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts beherrschte eine neue Macht, die aus der persischen Provinz Fars stammenden Bujiden, die ganze Nordküste des Golfs, und es ist möglich, daß sie als Nachfolger der Karmaten auch die Piratenküste und Oman kontrollierten. Damit wäre es ihnen zum ersten Male gelungen, beide Seiten des südlichen Persischen Golfes unter eine einheitliche Kontrolle zu bringen. Ihre Gewaltherrschaft dauert aber nur bis 1020; danach fällt Ostarabien wieder in seinen bisherigen anarchischen Zustand zurück.

Die kommenden vier Jahrhunderte stellen einen ununterbrochenen wechselvollen Ablauf lokaler

Kämpfe dar. Die Bahrein-Inseln waren teilweise mit El-Katif, dem Vorort von el-Hasa, oder mit Hormuz, einer Insel am Eingang zum Persischen Golf, verbunden.

Es war von Hormuz aus, daß die Geschichte des Golfes eine dramatische Wendung bekam. Im Jahre 1507 eroberte der große portugiesische Feldherr *Afonso de Albuquerque* mit einer mächtigen Flotte Hormuz und stieß von dort gegen Norden vor. 1514 erschien *Albuquerque* in Bahrein. Acht Jahre später waren die Inseln portugiesisch, und damit beginnt die Zeit der portugiesischen Vorherrschaft im Persischen Golf. In wechselvollen Kämpfen, die sich von 1515 bis 1550 erstreckten, eroberten die Portugiesen Mascat und hatten damit beide Seiten des Eingangs in den Golf in der Hand. Ihr Hauptziel war der Sturz der sarazenischen Macht in den indischen Gewässern. Durch die Schlacht bei Diu haben sie dieses Ziel auch tatsächlich erreicht. Sie herrschten dabei sehr klug und meistens durch das Medium einheimischer Potentaten. Ihre Herrschaft bedeutete den Beginn der europäischen maritimen Vormacht in den Gewässern des Golfes.

Ihr Ende wurde durch einen doppelten Umstand herbeigeführt: 1534 dehnte sich das Reich *Sultan Suleimans des Prächtigen* bis zum Shatt el-Arab aus, und in den folgenden Jahrzehnten versuchten die Türken einige Male, allerdings vergeblich, die Portugiesen aus Bahrein zu vertreiben. Diese Auseinandersetzungen haben aber zu der Schwächung beigetragen, die Portugal 1580 zur Vereinigung mit Spanien zwang. Die Spanier waren nicht in der Lage, die portugiesischen Besitzungen zu verteidigen. Der Schlag erfolgte von den Persern: Der Prinz von Shiras eroberte Bahrein und 1622 mit Hilfe der Engländer Benderabbas und Hormuz. Damals hatte Hormuz den Höhepunkt seiner Bedeutung erklommen, es zählte 40 000 Einwohner. In Ostarabien wurden die Portugiesen durch einheimische Kräfte vertrieben. Nach der Vernichtung einer portugiesischen Flotte 1645 durch omanische Piraten befreiten diese fünf Jahre später Mascat von der Fremdherrschaft. Mascat wurde nun die stärkste Macht am Eingang in den Persischen Golf.

Das Mittelalter, vor allem die romantische Zeit des ausgehenden Abassidentums und die großen Tage der karmatischen Sekte sind auch der Ausgangspunkt der Sagenwelt von Tausendundeiner Nacht, soweit sie den Golf betrifft. Um die Wende des 10. Jahrhunderts entstand wahrscheinlich das Märchen von Sindbad dem Seefahrer, einer Personifikation des arabischen Handelsreisenden, der von Balsora durch den Golf nach Belutschistan und Indien fuhr.

Romantik und Untergang der Piraten

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wanderte aus der irakischen Wüste der Beduinenstamm der Anizah gegen Süden in das Gebiet des Nedjd. Sein wichtigster Zweig bildete später die herrschende Familie der *Sa'udis*. Die letzteren bekannten sich zur strengen und fanatischen Sekte der Wahhabi, die den Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen und die weniger strengen Muslims lehrten. Um 1800 dringen sie zum Golf vor, durchziehen das herrenlose el-Hasa, und 1805 erringen sie die Vorherrschaft über Ostarabien mit Ausnahme von Oman. Damit beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Golfes. Die Emire von Nedjd versuchten andauernd, ihre Herrschaft auszubreiten und zu festigen. Zu diesem Zweck besetzen sie um 1800 die Oase Buraimi am Grenzgebiet zwischen Oman und der Piratenküste. Buraimi diente ihnen als Ausgangspunkt einer Aggression gegen Oman und zur Kontrolle der Piratenküste. Es wurde erst 1869 wieder freigegeben. Ihr Auftreten aber löste nicht nur den Widerstand der Türkei aus, sondern brachte eine ganz neue Macht in den Persischen Golf: Großbritannien.

Die Aufrichtung der britischen Herrschaft in Indien führte dazu, daß die „East India Company“ unter anderem sich auch für den Persischen Golf interessierte und den Kampf gegen die Piraten aufnahm. Diese, vor allem der Q'wasim-Stamm, erfreuten sich der wahhabitischen Unterstützung. Das ganze Gebiet von der Halbinsel Qatar bis einschließlich zur Musandam-Halbinsel wurde von den Scheichen der Piraten beherrscht. Ihr Zentrum war in Ras al Khaima. Die Piraten, durch ihre erbarmungslose Grausamkeit berüchtigt, waren zeitweise die eigentlichen Herren des südlichen Golfes. Damals entstanden der Name „Piratenküste“ und eine Fülle von wahren und unwahren Räubergeschichten aus dieser abenteuerreichen Weltgegend. Langsam formten sich sieben jeweils unter einem Scheich stehende Herrschaften heraus, die bis auf den heutigen Tag bestehen (von Südwesten nach Nordosten): Abu Dhabi (territorial die größte), Dubai, Sharjah und Kalba, Ajman (die kleinste), Umm al Qaiwain, Ras al Khaimah (nahe der Nordspitze der Halbinsel) und, schon an der Südostküste der Halbinsel, Fujairah.

Nach anfänglich wechselvollen Kämpfen entschied sich die „East India Company“ 1819 zu einem entscheidenden Schlag: eine mächtige Expedition wurde ausgestattet, die das stärkste Piratennest, Ras al Khaimah, zerstörte. Durch den Vertrag vom 8. Januar 1820 zwischen der indischen Regierung und den Scheichen der Piratenküste wurde diese zur Küste des Waffenstillstandes (Trucial Coast). Durch diesen Vertrag wurden feindliche Aktionen zur See gegen auswärtige Mächte (also nicht der Lokalherrschaften

untereinander) zu Akten der Piraterie im Sinne des Völkerrechtes erklärt. Der Herrscher der Bahrein-Inseln nahm an dem Verträge teil. Das war der erste offizielle Kontakt zwischen Bahrein und den Engländern.

Die getroffene Regelung erwies sich aber als nicht hinreichend. Es wurde notwendig, auch den Frieden zwischen den Scheichen herzustellen. Das wurde am 4. Mai 1853 durch einen dauernden, noch heute gültigen Friedensvertrag erzielt, dessen Durchführung von der britischen Regierung garantiert wurde. Die britische Position wurde immer fester, besonders als kurze Zeit später ein Protektorat über Bahrein und eine etwas losere Kontrolle über Oman und Mascat errichtet wurden. 1892 schlossen die Scheiche der Piratenküste Verträge mit dem Vereinten Königreich, wonach eine Zession ihres Gebietes an andere Staaten als an Großbritannien verboten wurde. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts folgten die Protektorate über Qatar und über Kuwait.

Es gelang den Engländern, alle übrigen Konkurrenten auszuschalten: Türken, Holländer und Franzosen. Persien, das seit der Seldschukenherrschaft in Vorderasien die nördliche Küste des Persischen Golfes kontinuierlich beherrschte, erhob je nach der außenpolitischen Situation Ansprüche auf Bahrein — und zwar bis in die neueste Zeit —, die jedoch stets abgewehrt wurden. Die Verantwortung für die britische Position im Persischen Golf hatte bis 1860 die „East India Company“, anschließend, bis 1947, die indische Regierung. In diese Zeit fällt auch der von Großbritannien in mannigfacher Form beeinflusste Kampf zwischen Wahhabiten und Türken um die Ostküste Arabiens. Die Jungtürkische Bewegung versuchte, die Macht des Osmanischen Reiches auch in diesem Grenzgebiet zu erhöhen. Die Herrscherfamilie der *Sa'udis* wurde zwar 1887 im Nedjd vertrieben, 1901 aber eroberte *Abdul Aziz ibn Abdur Rahman as Sa'ud* den Thron zurück und machte er-Riad im Hinterland von el-Hasa zur Hauptstadt seines Reiches, das ab nun Saudi-Arabien genannt wird. Durch den Ersten Weltkrieg brach die türkische Macht zusammen, damit aber auch Ambitionen des kaiserlichen Deutschland, durch den Bau der sogenannten Bagdad-Bahn bis nach Kuwait vorzustoßen. Gerade diese Versuche hatten knapp vor dem Krieg zur Aufrichtung des britischen Protektorates über Kuwait geführt.

Die kleinen ostarabischen Gebiete stützen sich bei der Verteidigung ihrer Eigenstaatlichkeit gegen die jeweilige arabische Vormacht, also derzeit Saudi-Arabien, oder gegen Persien auf britische Hilfe. Die Besonderheit der britischen Politik gegenüber den überseeischen Völkern führte zugleich zu dem Um-

stand, daß das britische Protektorat mit der geringstmöglichen Form an Souveränitätseinschränkungen verbunden ist. Das Vereinigte Königreich mischt sich nicht in die innere Ordnung dieser Gebiete ein, soweit nicht durch interne Maßnahmen international anerkannte Rechtsgrundsätze oder die Humanität verletzt werden.

Seit 1947, also der Umwandlung Indiens in ein selbständiges Mitglied des Commonwealth, ist das *Foreign Office* für die Positionen im Persischen Golf verantwortlich. Die Beziehungen werden durch den britischen Politischen Residenten mit dem Sitz auf den Bahrein-Inseln hergestellt. In Kuweit, Qatar und auf der Piratenküste befindet sich je ein „Political Agent“, in Mascat ein Generalkonsulat. Die „Persian Gulf Squadron“ mit ihrem Zentrum in Bahrein besitzt mehrere Stützpunkte, ebenso die Royal Air Force, besonders in Sharja, Bahrein und Kuweit. Die Schifffahrt durch den Golf wird hauptsächlich von der „British Indian Steam Navigation Company“ durchgeführt. Die Engländer unterhalten auch eine eigene, dem zivilen Verkehr zur Verfügung stehende Fluglinie, die „Gulf Aviation“.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges finden wir auch die Amerikaner im Persischen Golf: das amerikanische Kriegsministerium beschloß 1944 die Errichtung eines Luftstützpunktes in dem späteren Oelzentrum Dhahran in el-Hasa an der Küste des Golfes. Am 18. Juni 1951 wurde zwischen Saudi-Arabien und den Vereinigten Staaten ein Abkommen über den Flugplatz und ein Militärhilfsabkommen geschlossen. Vor kurzem wurde dieser Vertrag provisorisch verlängert. Die Position der Amerikaner ist eine grundsätzlich verschiedene von der der Engländer. Im Rahmen der Einrichtungen der Oelgesellschaft ARAMCO und am Flugstützpunkt besitzen sie eine gewisse Autonomie, aber ansonsten ist die saudi-arabische Souveränität völlig gewahrt. Daher steht auch das Verhältnis zwischen den Amerikanern und den saudi-arabischen Behörden, im übrigen oft sehr gespannt, auf völlig anderer Basis als das zwischen den Engländern und deren Schutzgebieten.

Der britisch-persische Konflikt um die „Anglo-Iranian Oil Company“ hat zu einem starken wirtschaftlichen Aufschwung am gesamten Westufer des

Übersichtskarte der Länder um den Persischen Golf*



*) Vgl. die Ausschnittsvergrößerung auf S. 9244.

Persischen Golfes geführt und die Beziehungen zwischen Großbritannien und seinen Schutzgebieten eher verstärkt, obwohl man auch hier einen gewissen Einfluß der arabischen Flüchtlinge aus Palästina fest-

stellen kann, die durchwegs gegen England und Amerika sind. Die Einbeziehung Persiens in den „northern tier“ hat nun die außenpolitischen Spannungen am Golf weitgehend beseitigt.

Die ostarabischen Protektorate

Der geschichtlich und politisch weitaus bedeutendste Staat am Westufer des Golfes ist das *Sultanat von Mascat und Oman*. Es umfaßt die gesamte Südostecke Arabiens, wobei die Grenze im Westen gegen die östlichen Protektorate von Hadramaut und im Norden gegen Kalba abgesteckt ist. Ebenso steht die Grenze gegen Abu Dhabi bis zur Oase Buraimi fest. Gänzlich unbestimmt sind alle Grenzen in der Rub' al Khali, wohl eine der unzugänglichsten Wüsten der Welt. Die Einwohnerschaft schwankt zwischen $\frac{1}{2}$ und 1 Million Menschen, hauptsächlich Araber, nur in den Häfen Mascat, Matrah, Sohar und Sahahats überwiegen Neger, Pakistaner, Inder und Balutschen. Zum Sultanat gehören noch, als isolierte Gebiete, die Nordspitze der Musandam-Halbinsel, das Gebiet von Ras al Jibaa, und an der Küste von Mekran die Hafenstadt Gwadar samt Umgebung. Zum Unterschied von den übrigen Gebieten Ostarabiens ist das Sultanat in seinem zentralen Teil sehr gebirgig. Auch die Nordspitze der Musandam-Halbinsel ist wild zerklüftet, im übrigen eine der heißesten Gegenden der Welt, ein wahres Inferno, das lebhaft an manche Schilderungen aus Tausendundeiner Nacht erinnert.

Das Sultanat, ein armer Staat, der vom Export von Datteln, getrockneten Fischen und Obst lebt und bis jetzt nicht an dem wirtschaftlichen Aufschwung der Oelgebiete teilnimmt, hat als Währung den Maria-Theresien-Taler, doch ist er hauptsächlich im Inneren in Verwendung, während an der Küste, wie überhaupt in den übrigen Protektoraten, die indische (nicht die pakistanische) Rupie vorherrscht. Die südliche Provinz, Dhofar, war einst das antike Weihrauchland und ist heute noch die fruchtbarste Provinz des Sultanates. Gleich den übrigen Protektoraten werden die Schiffsverbindungen, der Telegraphen- und Telephondienst und die Post von den Engländern zur Verfügung gestellt. Die Interessen der Protektormacht werden durch einen Generalkonsul vertreten. Ferner besitzen die Engländer eine Marinestation auf der südarabischen Insel Masirah.

Mit der Vertreibung der Portugiesen im Jahre 1650 begann die große Zeit der mascatanischen Geschichte. Die Seeleute von Mascat drangen handeltreibend und erobernd in drei Richtungen vor: südlich, östlich und nördlich. Sie zogen über den Indischen Ozean und eroberten um 1730 Magadiscu, Mombasa, Sansibar und Mafia von den Portugiesen. Um die Wende zum 19. Jahrhundert beherrschten sie die Suaheli-Küste ungefähr vom Äquator bis Kap Delgado mit allen Inseln. Einer kurzen persischen Herrschaft von 1739

bis 1743 — übrigens das einzige Mal, daß Persien beide Seiten des Eingangs in den Golf beherrschte — folgten Eroberungszüge der Mascataner über das Meer nach Norden. Sie besetzten die Küste der persischen Provinz Laristan mit Benderabbas und Lingeh sowie die Inseln Hormuz, Kischm und Hendjam, ebenso die ganze Küste von Mekran von Ras Tanka bis Pasani — übrigens auch das erste und einzige Mal, daß eine arabische Macht den Eingang in den Golf kontrollierte und auf das andere Ufer übergriff. Benderabbas und Hormuz wurden 1867 wieder geräumt, die Küste von Mekran 1870 und der Rest 1875 mit Ausnahme des Gebietes von Gwadar, das heute noch omanisch ist. Der Wendepunkt für die afrikanischen Besitzungen war das Jahr 1856. Sultan *Said* teilte 1856 die beiden Reichsteile: einer der Söhne erhielt Sansibar mit den afrikanischen Besitzungen. So entstand die Seyyiden-Dynastie in Sansibar, die in den darauffolgenden Jahrzehnten alle Gebiete entlang der ostafrikanischen Küste an Deutschland bzw. Großbritannien abtreten mußte und selbst unter britisches Protektorat geriet. Der größte mascatanische Sultan, *Said* (1793—1856), versuchte in das Zentrum des Golfs vorzustoßen: Nach mehreren mißlungenen Versuchen wurde 1799 eine omanische Herrschaft über die Bahrein-Inseln errichtet, die jedoch nur bis 1809 dauerte. In dieser Zeit kam es auch zur entscheidenden Begegnung mit Großbritannien. Oman stand unter dem Druck der Wahhabiten, die die Oase Buraimi besetzt hatten, während die mit ihnen verbündeten Piratenflotten der Seeräuberküste omanische Häfen und Schiffe plünderten. Aber auch die Engländer, vertreten durch die „East India Company“, hatten das größte Interesse, einen möglichen Einfluß *Napoleons* auf diesen Stützpunkt am Wege nach Indien auszuschalten. So kam es 1798 bis 1800 zu Abmachungen mit der „East India Company“. Bei den Expeditionen 1809—1819 gegen die Piratenküste nahmen omanische Schiffe teil. 1833 bis 1891 folgten Handelsverträge mit Großbritannien.

Das Sultanat blieb durch die beiden Weltkriege im wesentlichen unberührt. Knapp vor dem Zweiten Weltkrieg, 1939, schloß der Sultan einen Vertrag über Freundschaft, Handel und Schifffahrt mit Großbritannien. Ein neuer, noch gültiger Vertrag wurde am 20. Dezember 1951 geschlossen und bestimmt u. a. eine reziproke Begünstigung der Staatsbürger und Meistbegünstigung für Handel, Schifffahrt und Steuer. Das Vereinigte Königreich übt eine extraterritoriale Jurisdiktion über die Staatsbürger des Commonwealth aus. Das Foreign Office vertritt das

Sultanat nach außen, und die britischen diplomatischen und konsularischen Behörden agieren im Auftrage der mascatanischen Regierung. Es handelt sich also um ein abgeschwächtes Protektorat, nachdem die Unabhängigkeit des Sultanates anlässlich des sogenannten Mascat-Dhows Fall durch den Haager Schiedshof im Jahre 1905 anerkannt wurde. Der derzeitige Herrscher, Sultan *Seyyid bin Taimur*, ist einer der bedeutendsten Herrscher der arabischen Welt. Das Sultanat verhält sich aber, wohl in Ueberein-

stimmung mit der Protektoratsmacht, Ausländern gegenüber zurückhaltend und vorsichtig. Ohne persönliche Zustimmung des Sultans darf kein Ausländer zu touristischen Zwecken das Land besuchen. Von der einstigen Größe ist heute nicht mehr viel übriggeblieben. Auf sich selbst gestellt, wäre das Sultanat nicht in der Lage, einem Angriff Saudi-Arabiens zu widerstehen. Irgendwelche Aspirationen auf benachbarte Gebiete mußten längst aufgegeben werden.

Die ostarabischen Territorien



- Grenzlinie nach der britisch-türkischen Konvention vom 29. 7. 1913 („Blaue“ Linie bis zum 20. Breitengrad, „violette“ Linie südlich davon).
- Annähernde Grenzlinie, wie sie Ibn Saud am 3. 4. 1935 gefordert hat.
- · - · - Die Ibn Saud am 25. 11. 1935 angebotene Grenze (Riad-Linie) mit den 1937 und 1955 zugunsten Saudi-Arabiens vorgenommenen Berichtigungen.
- + + + + + Saudiarabische Forderung 1949.
- xxxxxxx Von Qatar 1952 geforderte Territorialgrenze.
- Die von der britischen Regierung vor dem Schiedsgericht geforderte Grenze zwischen Abu Dhabi und Saudi-Arabien (als „Linie von 1952“ bekannt).
- Grenzen zwischen dem Sultanat Oman und Mascat und den Scheichtümern an der Piratenküste sowie zwischen diesen untereinander.
- ~~~~~ Umstrittenes Gebiet zwischen Bahrein und Qatar.

Nordwestlich erstrecken sich die Scheichtümer der *Piratenküste* (Trucial Coast, Trucial Oman) mit einer schwankenden Einwohnerschaft zwischen 80 000 und 115 000 Menschen. Die Süd- und Westgrenze des Scheichtums von Abu Dhabi ist umstritten. Der größte und wirtschaftlich bedeutendste Ort ist Dubai mit ca. 15 000 Einwohnern. Nachdem das alte einträgliche Gewerbe aufgegeben werden mußte, beschäftigen sich die Einwohner der Piratenküste neben dem gewöhnlichen Export (Datteln usw.) mit Perlenfischerei. Das britische Protektorat ist viel vollkom-

mener als das über das Sultanat von Mascat und Oman. Die Scheichtümer haben sich verpflichtet, alle Streitigkeiten untereinander und mit auswärtigen Staaten an den britischen Residenten zu leiten. Großbritannien führt alle auswärtigen Angelegenheiten, und keine Konzession darf ohne britische Zustimmung erteilt werden. Es gelang in den letzten Jahrzehnten, den Frieden zwischen den Scheichtümern im wesentlichen aufrechtzuerhalten. Doch gewaltsame Auseinandersetzungen sind nicht ganz zu vermeiden: In einem Scheichtum wurden von 15 regierenden

Scheichen 8 ermordet und 4 gewaltsam davongejagt. Die einheimischen Herrscher sind unumschränkte Autokraten, abgesehen von den ihnen durch die Verträge auferlegten Fesseln. Die Sklaverei ist sowohl hier wie auch im Hinterland von Mascat und Oman durchaus gebräuchlich.

Etwas abseits von der übrigen ostarabischen Staatenwelt liegt das Scheichtum *Qatar* auf der gleichnamigen Halbinsel. Die Grenze gegen Saudi-Arabien bzw. Abu Dhabi ist umstritten. Bahrein stellt Ansprüche auf den kleinen Ort Zubara an der Nordküste. Einschließlich der Hauptstadt Doha zählt das Scheichtum 20 000 Einwohner. Regierender Fürst ist Scheich *Ali bin Abdullah al Thani*. 1868 hat Qatar mit dem Vereinigten Königreich einen Vertrag geschlossen, wonach es sich zum Frieden, vor allem gegenüber Bahrein, verpflichtet. Durch den Vertrag des Jahres 1916 wurde seine weitere Rechtsstellung bis zum heutigen Tage fixiert. Bei einem unprovokierten Angriff erhält es Hilfe durch das Vereinigte Königreich, das dafür einen „Political Agent“ und einen Finanzberater stellen darf. Das Scheichtum befindet sich derzeit in einem raschen Aufstieg, vor allem durch die Oelgewinnung und durch die Regsamkeit von Scheich *Adullah Derwish Faqru*, der die Funktion eines Ministerpräsidenten ausübt.

Während sich nun nordwärts am Land das Königreich Saudi-Arabien durch die Provinz el-Hasa einschiebt, stoßen wir am Meer auf die *Bahrein-Inseln*, die sich mit einer Nebengruppe bis knapp vor Qatar ausdehnen. Sie zählen ca. 125 000 Einwohner, davon 55 000 in der Hauptstadt Manamah. Die Bevölkerung ist für den ganzen Golf sehr typisch zusammengesetzt: ca. 80 vH Einheimische, 7 vH Perser, der Rest Inder, Pakistaner, Goanesen, Saudi-Araber, Mascataner, Europäer und Amerikaner. Als eine Folge vergangener Religionskämpfe leben beide mohammedanische Konfessionen, die Shiiten und Sunniten, auf den Inseln; den letzteren gehört auch die herrschende Dynastie an. In den letzten Jahren, als der Reichtum durch die Oelgewinnung und die Raffinerien mehr und mehr stieg, entwickelte sich vor allem die Hauptinsel zu einem wahren Garten. Wie auch in Kuwait gibt es keine Steuern, abgesehen von einer kleinen Gemeindeabgabe. Manamah ist einer der größten Devisenumschlagsplätze des Nahen Ostens (gleich Beirut). Der regierende Herrscher seit 1942 ist Scheich *Sulman bin Hamed al Khalifah*.

Der portugiesischen Herrschaft 1507—1602 folgte eine persische, die mit einigen größeren Unterbrechungen (1700—1720, 1730—1736) bis 1782 dauerte. Bahrein war der einzige Punkt Ostarabiens, in dem die Perser für längere Zeit Fuß fassen konnten. Anschließend kämpften Wahhabiten und Omaner um den wichtigen Stützpunkt: Bis 1799 hatten die Wahhabiten das Uebergewicht, dann durch 10 Jahre die Omaner und schließlich wieder bis 1812 die

Wahhabiten. Bahrein wurde Mitglied des Friedensvertrages von 1820, schloß aber später noch eine Reihe von anderen Verträgen mit Großbritannien, die seine Stellung fixierten. 1861 wurde das Protektorat erklärt. 1880 und 1892, ferner 1911 und 1914 wurden Abkommen geschlossen, wonach Bahrein keine ausländischen Vertreter empfangen darf und keine Zessionen oder Fischereirechte oder Oelkonzessionen ohne britische Zustimmung gewährt werden dürfen. 1920 wurden ein britischer Zolldirektor und 1926 britische Berater für administrative, finanzielle und juristische Fragen bestellt. Die Regierung wird gemeinsam durch einheimische und britische Funktionäre im Dienste des Scheichs ausgeführt. Seit 1929 hat Bahrein die Paßhoheit. Die „Eastern Bank“ dient als Nationalbank. Das Schulwesen mit ungefähr 35 Schulen ist sehr ausgebildet; dazu kommt noch eine ganze Anzahl von Privatschulen. Perlenfischerei, vor dem Oel die Haupteinnahmequelle, geht auf das Altertum zurück, als die Insel noch Dilmun oder Thylos hieß. Vor dem Zweiten Weltkrieg wurde ein Jahresreingewinn von rund 2 Millionen Pfund Sterling erzielt. Die Perlen waren auch eine der Hauptursachen für das wechselvolle politische Geschick der Inseln. Die Ertragnisse aus der Perlenfischerei gehen aber Jahr um Jahr zurück. Hingegen steigt die Bedeutung der Oelindustrie in gewaltigem Ausmaß und hat aus Bahrein unter einer klugen politischen Leitung die Perle des Persischen Golfes gemacht. Es ist auch der Sitz des britischen Politischen Residenten für das gesamte Golfgebiet.

Zu größtem Reichtum in kürzester Zeit gelangte im äußersten Norden des Golfes das Scheichtum von *Kuweit* mit einer Bevölkerung von rund 200 000 Einwohnern, davon in der Hauptstadt allein 180 000 Einwohner. Kuwait heißt „das kleine Fort“ und wurde am Anfang des 18. Jahrhunderts von Beduinen des Utup-Stammes aus Zentralarabien gegründet. Es entwickelte sich vor allem durch Perlenfischerei und Schiffbau als rivalisierender Hafen von Basra, was eine der Ursachen für die Bestrebungen der Türkei war, Kuwait zu erobern. Der türkische Druck verstärkte sich zusehends gegen Ende des 19. Jahrhunderts. 1896 ersuchte der Scheich Großbritannien um Hilfe, die aber damals aus Gründen der britischen Politik gegenüber der Türkei verweigert wurde. Als sich aber herausstellte, daß sich hinter der Türkei deutsche Ansprüche versteckten, änderte die britische Regierung ihre Haltung und schloß am 23. Januar 1899 einen Protektoratsvertrag mit dem Scheich. Das Vereinigte Königreich versprach Hilfe im Falle eines Angriffes, dafür aber darf Kuwait weder ausländische Vertreter empfangen noch Gebietszessionen ohne britische Zustimmung erteilen. In allen außenpolitischen und militärischen Belangen wird Kuwait durch Großbritannien vertreten. Dieser Vertrag ist heute noch in

Kraft. Mit der Türkei wurde in der Konvention von 1913 eine Einigung auf der Basis erzielt, daß Kuwait eine autonome Kaza (kleinere Provinz) des Osmanischen Reiches wurde mit ungefähr festgelegten Grenzen. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges erklärte sich Kuwait zu Hilfeleistungen gegen die Türkei bereit, am 3. November 1914 anerkannte Großbritannien das Scheichtum als Staat unter britischem Protektorat. Der derzeitige Herrscher ist Scheich *Abdallah al Salim as Sabah*.

Nach der Auffindung von Oel und dessen Gewinnung entwickelte sich der Staat in erstaunlicher

Weise. Die Regierung, unterstützt von Großbritannien, unternahm erfolgreich die größten Aufbau- und Modernisierungsarbeiten im ganzen Golfgebiet. Zunächst wurde eine Seewasserdestillationsanlage für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung errichtet. Dazu ein großzügiger Straßenbau, eine völlig neue Stadtplanung, 15 Schulen, davon 5 für Mädchen, eine große Zahl öffentlicher Gebäude, ein modernes Spital (übrigens derzeit auch in Doha in Qatar in Bau) und ein großer Flugplatz. Die Oelgesellschaft beschäftigt ungefähr 10 000 Personen, also ca. 5 vH der gesamten Bevölkerung.

Der Vorstoß der Wüste

Als *Abdul Aziz ibn Abdur Rahman as Sa'ud* 1901 den Thron des Nedjd zurückeroberte, begann eine neue Epoche des Ansturmes der arabischen Wüste gegen die Randgebiete. Im April 1913 wurde die türkische Garnison aus der Provinz el-Hasa vertrieben. Damit näherte sich das Emirat dem Scheichtum von Kuwait, und es hatte den Anschein, daß die Wahhabitenauch dieses kleine Gebiet einverleiben würden. Unter britischem Druck kam es zu einer Grenzkonvention zwischen den beiden Staaten am 2. Dezember 1922, durch welche die Südgrenze des Scheichtums festgelegt und ein staatenloses Gebiet am Persischen Golf zwischen den beiden Anrainern gegründet wurde. Dadurch wurde Zuflucht zu einer sehr interessanten Konstruktion genommen, die eine Parallele im Westen Kuweits zwischen Irak und Saudi-Arabien besitzt. Beide staatenlose Gebiete sind öde Wüste, ohne Ansiedlungen, doch wird in dem ersteren Oel gewonnen. Kuwait und Saudi-Arabien sind übereingekommen, Außenseiter aus dem zwischen ihnen liegenden staatenlosen Gebiet auszuschalten. Dadurch bekommt dieses immer mehr den Charakter eines Kondominiums.

Nach der Klärung der Situation in el-Hasa und im Norden und nach der Eroberung des Hedjaz im Jahre 1924 wendete sich der wahhabitische Imperialismus gegen den südlichen Persischen Golf.

Den Ausgangspunkt der kommenden Entwicklung bildeten zwei Abkommen zwischen Großbritannien und der Türkei vom Juli 1913 und März 1914, durch welche die Südostgrenze des türkischen Reiches festgelegt wurde. Die sogenannte „Blaue Linie“ lief von einem Bahrein gegenüberliegenden Punkt bis zum 20. Breitengrad genau südwärts, wo sie die sogenannte „Violette Linie“ traf, die von der Nordgrenze des Protektorates Aden nordostwärts verlief und damit den Großteil der Rub' al Khali von der türkischen Souveränität ausschloß. Die Türkei vertrat den Standpunkt, daß der Nedjd ein Teil des Osmanischen Reiches sei. Tatsächlich wurde im Mai 1914 mit *Ibn Sa'ud* ein Vertrag geschlossen, in dem sich dieser als türkischer Untertan mit dem Titel eines Wali bekannte und damit unter die Oberhoheit der

Hohen Pforte stellte. Da er nach türkischer Auffassung kein Souverän war, wurden ihm die beiden obengenannten Abkommen niemals offiziell mitgeteilt.

Am 26. Dezember 1915 erklärte sich *Ibn Sa'ud* für unabhängig und schloß an diesem Tag mit der indischen Regierung einen Vertrag, in dem er sich verpflichtete, keinerlei Aggressionen oder Einmischung gegen die unter britischem Protektorat stehenden Gebiete zu unternehmen. Dafür anerkannte Indien seine Souveränität über el-Hasa. Nach der Umwandlung des Nedjd in das Königreich Saudi-Arabien erneuerte er im Mai 1927 diese Verpflichtung. Die ganze Geschichte hatte aber einen wesentlichen Haken: im Vertrag von 1915 wurde eine Grenzregelung zwischen dem Nedjd und den Scheichtümern am Persischen Golf vereinbart. Diese fand nur zwischen Nedjd und Kuwait statt, nicht aber zwischen ersterem und Qatar bzw. den anderen Scheichtümern der Piratenküste. Nachdem *Ibn Sa'ud* die türkisch-britischen Abmachungen von 1913 und 1914, besonders da sie ihm offiziell nicht mitgeteilt wurden, nicht anerkannte, damit also auch nicht die „Blaue Linie“ und die „Violette Linie“, waren alle Voraussetzungen für Komplikationen in dem Augenblick gegeben, in dem die in Rede stehenden Grenzgebiete aus irgendeinem Grunde wichtig würden. Das trat mit dem Aufkommen ölfündiger Gebiete ein.

Die kommende Entwicklung kann man in zwei Abschnitte einteilen, mit dem 31. August 1952 als Trennungsdatum. Von Januar bis November 1935 fanden Verhandlungen zwischen Großbritannien und Saudi-Arabien statt, wobei die Engländer am 25. November bereit waren, die Ostgrenze Saudi-Arabiens bis zum 55. Längengrad nach Osten zu verlegen. Diese Grenzlinie, bekannt unter dem Namen Riad-Linie, wurde aber von Saudi-Arabien hauptsächlich deshalb abgelehnt, weil ihm dadurch kein Zugang zur Halbinsel Qatar gegeben worden wäre. Weitere Einigungsversuche in den kommenden Jahren blieben ebenso erfolglos. Maßgeblich ist nur festzuhalten, daß Großbritannien bereits damals bereit war, die sauditische Ostgrenze bis südlich des Scheichtums

Abu Dhabi vordringen zu lassen. Durch diese Konzession ist die Piratenküste in unmittelbare Gefahr geraten.

Unter Ausnutzung der allgemeinen politischen Lage machte die Regierung in er-Riad einen neuerlichen Vorstoß: Sie verlangte weitere Gebiete südlich von Abu Dhabi und Qatar. Den äußersten Punkt der sauditischen Forderungen im Osten bildete die Oase Buraimi. Um sie wurden 1951 und 1953 langwierige und erfolglose Verhandlungen geführt. Das einzige, was erreicht werden konnte, war eine Vereinbarung, daß die Oelgesellschaften ihre Tätigkeit auf Gebiete beschränken würden, die nicht umstritten sind. Auch in dieser Konfliktsphase hat die britische Regierung eine nicht unbedingt ablehnende Haltung eingenommen, was Saudi-Arabien zu dem nächsten Schritt ermutigte.

Am 31. August 1952 drang ein saudi-arabischer Funktionär, *Turki bin Ataishan*, mit 40 Soldaten in Buraimi ein, wobei er überdies von Abu Dhabi beanspruchtes Gebiet durchquerte. Die Oase besteht aus 9 bewohnten Dörfern, von denen 6 zu Abu Dhabi gehören und drei, nämlich Hamasa, Buraimi und Suara, zu Mascat und Oman. Zwischen 1869 und 1949, also durch 80 Jahre, hat Saudi-Arabien weder Forderungen auf die Oase gestellt noch gegen die Amtstätigkeit britischer, mascatanischer und abudhabischer Behörden protestiert. Der saudi-arabische Einfall erfolgte im Ort Hamasa. Jetzt beging die britische Regierung den dritten sehr bedenklichen Fehler: Eine Abteilung der Trucial Oman Levies marschierte zwar in die sechs zu Abu Dhabi gehörenden Teile der Oase ein, aber als der Sultan von Mascat mit einer stärkeren Eingeborenentruppe zur Befreiung seiner Dörfer ausrücken wollte, wurde er von der britischen Regierung gehindert. Am 15. September protestierte London, der Protest wurde aber von er-Riad zurückgewiesen.

Somit war man dort angelangt, wo man 1869 aufhörte. Dieser faktische Zustand wurde in einem Stillhalteabkommen vom 26. Oktober 1952 zwischen dem Vereinigten Königreich, dem Sultanat von Mascat und Saudi-Arabien dadurch anerkannt, daß die in der Oase befindlichen Truppen in den Stellungen bleiben sollten, die sie mit Oktober innehatten. Eine Klausel, wonach jede propagierende Tätigkeit unter den Stämmen eingestellt werden müsse, wurde in das Abkommen eingearbeitet. Aber *Turki bin Ataishan* und seine Soldaten blieben.

Die britische Regierung machte am 22. November 1952 den Vorschlag eines unparteiischen Schiedsgerichtes. Saudi-Arabien lehnte ab und verlangte eine Volksabstimmung, mit der sich wiederum London nicht einverstanden erklären konnte, da Berichte über eine ausgedehnte Propaganda- und Unterminierungstätigkeit durch Saudi-Arabien in der Oase vorlagen. Anfang 1953 stießen saudi-arabische Truppen vor-

übergehend nach Oman vor. Am 2. April 1953 erklärte sich die britische Regierung nicht mehr an das Stillhalteabkommen gebunden. Streitkräfte unter britischem Kommando schlossen *Turki bin Ataishan* in Hamasa ein. Dadurch wurde König *Ibn Sa'ud* am 22. April 1953 bewogen, ein Schiedsgericht anzunehmen, er forderte aber den Abzug der britischen Truppen. Am 30. Juli 1954 wurde endlich ein Abkommen über die Einzelheiten des Schiedsverfahrens unterzeichnet. Das Schiedsgericht sollte aus fünf Mitgliedern bestehen. Es sollte die Grenze zwischen Saudi-Arabien und Abu Dhabi festlegen und die Souveränität über die Oase Buraimi bestimmen. Die sauditischen Truppen sollten sich nach Saudi-Arabien zurückziehen, ebenso sollten die Soldaten des Sultans und des Scheichs die Oase räumen. Jeder der drei Partner sollte 15 Mann für eine gemeinsame Polizeitruppe stellen. Auch eine Teilung der etwaigen Oelschürfungsgebiete wurde vorgenommen. Dadurch ist der manchmal bestrittene Hintergrund des Konfliktes — Oelinteressen — klar bewiesen.

Das Schiedsgericht begann seine ordentliche Tagung im September 1955 in Genf. Vorsitzender war Charles de Visscher (Belgien), ehemals Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, Beisitzer waren als Neutrale *Mahmud Hassan* (Pakistan) und *Ernesto de Dhaigo* (Kuba). Sir *Reader Bullard* (Großbritannien) vertrat Mascat und Abu Dhabi und Scheich *Jussuf Jasin* Saudi-Arabien. Im Zuge der Verhandlungen stellte sich zunächst heraus, daß Saudi-Arabien seine Positionen dazu benützen wollte, den Herrscher von Abu Dhabi zu stürzen und einen geeigneten Kandidaten einzusetzen. Ferner sind angeblich enorme Bestechungssummen ausgegeben worden, um einflußreiche Persönlichkeiten der Oase für Saudi-Arabien zu gewinnen. Als Saudi-Arabien erkannte, daß dieser Versuch, an der Piratenküste festen Fuß zu fassen (was im übrigen auch Qatar und Dubai in unmittelbare Gefahr gebracht hätte) mißlungen war, wurden massive Versuche unternommen, die Unparteilichkeit des Gerichtes zu beeinträchtigen. Daraufhin demissionierte am 16. September Sir *Reader Bullard*, womit das Schiedsgericht als gescheitert anzusehen war. Es entwickelte sich eine heftige Polemik zwischen Großbritannien und Saudi-Arabien, bis am 26. Oktober 1955 Premierminister Sir *Anthony Eden* im Unterhaus bekanntgab, daß die Streitkräfte des Scheichs von Abu Dhabi und des Sultans von Mascat sowie einige Abteilungen der Trucial Oman Levies die Oase Buraimi und das Gebiet westlich davon besetzt hatten. Zugleich ging das britische Grenzangebot auf die Riad-Linie zurück, mit einigen Korrekturen, die in Vorschlägen der Jahre 1937 und 1955 an Saudi-Arabien gemacht worden waren. Die britische Regierung erklärte sich bereit, weitere kleine Korrekturen dieser Grenzlinie durchzuführen. Saudi-Arabien protestierte in London und

am 28. Oktober beim Präsidenten des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Ein saudi-arabischer Vorschlag vom 9. November zur Einsetzung einer neutralen Kommission und Wiederaufnahme des Schiedsverfahrens wurde unter Hinweis auf das frühere Verhalten Saudi-Arabiens von Großbritannien abgelehnt.

Zu weiteren Ausweitungen und Forderungen ist es nicht mehr gekommen. Mit der Rückkehr zur Riad-Linie ist die Sicherheit der Piratenküste und vor allem des Sultanates wiederhergestellt. Offen bleibt noch die Südgrenze von Qatar, denn dieser Staat hat 1952 Grenzforderungen gegenüber Saudi-Arabien gestellt. Es hängt von der allgemeinen Entwicklung

in der arabischen Welt ab, ob mit einem Wiederaufblenden der wahhabitischen Eroberungsgelüste zu rechnen ist. Vorläufig wurde dieser bisher gefährlichste Angriff abgeschlagen.

Die Versuche Persiens, auf die andere Seite des Golfes zu gelangen, scheiterten bis jetzt alle. Sie konzentrierten sich auf Bahrein. Nach dem Abzug der persischen Truppen 1780 erhob die Regierung in Teheran 1843 und 1861, zum letzten Male 1952 Ansprüche. Es folgte ein Notenaustausch zwischen dem Vereinigten Königreich und Persien am 2. April und 5. August 1952. Der Ausgang des Abadan-Konfliktes hat auch diese Forderungen zum Scheitern gebracht.

Die Quelle des Reichtums

Zum ersten Male wurde Oel im Bereiche des Golfes im Jahre 1911 in Persien entdeckt. Der Schwerpunkt der Erdölproduktion lag auch bis zum Abadan-Konflikt im Südwesten Persiens. Nachdem aber schon vor dem Zweiten Weltkrieg die Gewinnung im Irak ständig zunahm, hat sich seit 1946 das Schwergewicht mehr und mehr in die arabischen Grenzländer verlagert. Die Engländer haben dabei manche Chance übersehen, so beispielsweise in Bahrein, wo die Amerikaner das Risiko übernahmen und schließlich gewannen. Auch im reichsten Oelgebiet, in Kuwait, führte das englische Zögern zur Beteiligung der Amerikaner. Nur in den südlichen Protektoraten sind die Engländer fast alleinige Oelherren. Die drei Protektorate Kuwait, Bahrein und Qatar haben einen Ausstoß von jährlich ca. 80 Millionen Tonnen Erdöl, das sind 6 vH der Weltproduktion, und besitzen 15 vH der Weltreserve. Damit stehen diese Gebiete an der Spitze der Produktion im Persischen Golf. Knapp danach kommt die Provinz el-Hasa mit dem Oelzentrum in Katif: 50 Millionen Tonnen Jahresproduktion, das sind 4 vH der Weltproduktion. Die großen Raffinerien sind in den Händen der Engländer: Kuwait mit 1 Million Tonnen Jahreskapazität und Bahrein mit 7 Millionen Tonnen. Vier Fünftel des in Bahrein raffinierten Oeles kommt mittels einer Pipeline aus El-Katif.

Die „Arabian American Oil Company“ (ARAMCO), alleinige Herrin der Erdölgewinnung in Saudi-Arabien und Aspirant auf etwaiges Oel in der Rub' al Khali, steht zu je 30 vH im Eigentum der „Standard Oil Company of California“, der „Texas Oil Company“ und der „Standard Oil Company of New Jersey“. Die restlichen 10 vH gehören der „Standard Oil Company of New York“ (im Einfluß der „Standard Oil Company of New Jersey“). Sowohl das Territorium der Oelgesellschaft als auch der Flugplatz der Amerikaner sind fast völlig isoliert, und die Haltung der Behörden und der Bevölkerung in el-Hasa ist zurückhaltend und manchmal feindselig. Wie gering die Autorität der Amerikaner in ihren eigenen

vier Wänden ist, wird aus dem Alkoholverbot ersichtlich, das ihnen die saudi-arabischen Behörden bei Strafe auferlegt haben. Dennoch machen die Oelerträge den überwiegenden Teil der Staatseinkünften von Saudi-Arabien aus.

Ferner kontrollieren die Amerikaner die Erdölgewinnung in Bahrein. Die „Bahrein Petroleum Company“ steht, obwohl in Kanada registriert, zu gleichen Teilen im Eigentum der „Standard Oil Company of California“ und der „Texas Oil Company“.

Die gegenwärtige Konzession, die auf das Jahr 1930 zurückgeht, gilt bis 1995 und umfaßt die „gegenwärtigen und zukünftigen Territorien des Scheichs“, einschließlich der Territorialgewässer. Die derzeitige Jahresproduktion erreicht ca. 2 Millionen Tonnen.

Die Amerikaner teilen sich mit den Engländern die Oelgewinnung in Kuwait. Im Dezember 1934 gab der Scheich eine Konzession von 75 Jahren für das gesamte Territorium an die „Kuweit Oil Company“, die zu gleichen Teilen der „Anglo Iranian Oil Company“ (AIOC, britisch) und der „Gulf Exploration Company“ (amerikanisch) gehört. 1946 begann die Produktion im Burghan-Oelfeld. Ein Jahr später erreichte sie 2,2 Millionen Tonnen, nach einem weiteren Jahr 6,4 Millionen Tonnen, 1949 12,3 Millionen Tonnen, 1950 17,3 Millionen Tonnen, 1951 28,2 Millionen Tonnen und derzeit ca. 55 Millionen Tonnen jährlich. Am 1. Dezember 1951 wurde eine neuerliche Konzession auf 75 Jahre vergeben. Die Eigentümer heißen jetzt „Gulf Kuwait Company“ (eine Tochtergesellschaft der „Gulf Exploration Company“) und „D'Arcy Kuwait Company“ (Tochtergesellschaft der „D'Arcy Exploration Company“, die wieder eine Tochtergesellschaft der AIOC ist). Das Einkommen des Scheichs aus seinem 50prozentigen Oelertragsanteil beträgt derzeit jährlich rund 60 Millionen Pfund Sterling.

Im staatenlosen Gebiet zwischen Kuwait und Saudi-Arabien gewinnen seit 1950 zwei amerikanische Gesellschaften Oel: die „American Independent Oil

Company“ und die „Pacific Western Oil Corporation“, die ihre Konzessionen von den beiden Anrainerstaaten erhalten haben.

Die Engländer sind fast alleinige Herren im Bereich der „Petroleum Concession Limited“. Diese ist eine Tochtergesellschaft der „Iraq Petroleum Company“, die folgende Eigentumsverhältnisse aufweist: je $23\frac{3}{4}$ vH AIOC, Shell und Compagnie Française des Pétroles; je $11\frac{7}{8}$ vH Standard Oil Company und Socony Vacuum Oil Company (beide amerikanisch); die restlichen 5 vH gehören Mr. Gulbenkian (britisch).

Die „Iraq Petroleum Company“ arbeitet in Form der Tochtergesellschaft „Petroleum Development Qatar Limited“, in diesem Scheichtum, wo im Jahre 1935 eine Konzession für das ganze Staatsgebiet für 75 Jahre erteilt wurde. Die Produktion startete im Dukhan-Oelfeld 1949, nachdem bereits 9 Jahre vorher Oel entdeckt worden war. 1951 erzielte man 2,3 Millionen Tonnen, derzeit klettert die Produktion auf 20 Millionen Tonnen, woraus der Scheich auf Grund einer Vereinbarung vom September 1952 jährlich 20 Millionen Pfund, also den halben Ertrag, erhält.

Nachdem die Geologen feststellten, daß sich die Oelfelder auch unter das Meer erstrecken, beansprucht der Scheich das Küstenmeer. Ein Schiedsgericht hat seinem Standpunkt im Jahre 1951 Rechnung getragen. Diese Entscheidung war notwendig, weil der Scheich ebenso wie die Herrscher von Abu Dhabi und Dubai für die Oelgewinnung im Küstenmeer neue Konzessionen, und zwar an die amerikanische „Superior Oil Company“, erteilen wollten. Das Schiedsgericht stand auf dem Standpunkt, daß die bisherigen britischen Konzessionen nur für das Territorium und die Territorialgewässer gültig seien. Die amerikanische Gesellschaft hat die Konzessionen als unökonomisch bis jetzt nicht ausgenutzt.

Eine weitere Tochtergesellschaft ist die „Petroleum Development Trucial Coast Limited“, die zwischen 1937 bis 1951 von sieben Herrschern der *Piratenküste* Konzessionen für 75 Jahre erhielt. Sie erwiesen sich aber bis jetzt ebenso unergiebig wie die Konzession vom 24. Juni 1937 an die „Petroleum Development Oman Limited“ seitens des Sultans vom Mascat und Oman. Auch diese erstreckt sich auf 75 Jahre und

umfaßt das ganze Territorium, abgesehen von der Provinz Dhofar und die Exklave von Gwadar.

Persien hat sich zwar durch die schließliche Einigung mit der AIOC wieder in die Weltproduktion einschalten können, aber es hat seine ursprüngliche Bedeutung wohl für immer zugunsten der ostarabischen Gebiete verloren. Heute stehen das gewaltige Oelfeld Burghan, die Schürfgelände der ARAMCO und die Raffinerie von Bahrein an erster Stelle.

In den arabischen Ländern fragt man sich, ob die Anhäufung so gewaltiger Reichtümer in den Händen weniger Herrscher verhältnismäßig kleiner Gebiete gerechtfertigt ist. Saudi-Arabien verwendet die Gelder hauptsächlich für politische Zwecke. Es ist zwar richtig, daß in Kuwait, Bahrein und Qatar die dem Herrscher zur Verfügung gestellten Erträge weitgehend der Bevölkerung zugute kommen. Aber nur sehr wenig fällt beispielsweise für die Behebung der Not der palästinensischen Flüchtlinge ab. Ob sich daher die gegenwärtige Situation auf die Dauer wird aufrechterhalten lassen, ist fraglich. Unbestreitbar aber bleibt die Tatsache, daß im letzten Jahrzehnt eine Entwicklung eingeleitet wurde, die sich früher niemand im Golf erträumen konnte. Eine bisher vergessene Weltgegend wird reich, und zum ersten Male seit Menschengedenken verliert die Wüste ihre unumschränkte vernichtende Gewalt über alles Leben in dieser heißen und unerbittlichen Gegend. Man versucht schon da und dort, besonders auf den Bahrein-Inseln, dem ewigen Sand fruchtbares Land abzugewinnen; aber wo es nach unendlichen Mühsalen gelingt, unter ständiger Bewässerung Gräser, Sträucher und Blumen wachsen zu lassen, dort lauert wenige Meter entfernt bereits die Wüste. Solange das Oel fließt und solange der Geldstrom nicht versiegt, wird der glühende Sand nicht die Oberherrschaft über das Leben zurückgewinnen. Aber sollte sich einmal die Lage ändern, dann ist es eine Angelegenheit weniger Jahre, in einigen Gegenden weniger Monate, daß wieder alles so wird, wie es einmal war. Vielleicht wird dann der Golf wieder abseits stehen, und vielleicht wird man dann von einer großen Vergangenheit sprechen, wie wir es heute tun, wenn wir von Sindbad dem Seefahrer erzählen, seinen Fahrten und Heldentaten „im Meer der aufgehenden Sonne“.

Natürliche und soziale Strukturmerkmale europäischer Völker

Von Dr. Fritz Below, Straßburg

In Folge 3/1956 des Europa-Archivs wurden vom gleichen Verfasser die „Gegenwartstendenzen in der natürlichen Bevölkerungsbewegung europäischer Völker“ behandelt. Der damalige Beitrag befaßte sich zunächst mit den allgemeinen Problemen der Bevölkerungsdynamik und ihrer statistischen Meßbarkeit. Dann wurde auf die Einzelercheinungen, wie Sterblichkeit, Geburtenhäufigkeit und Geburtenrückgang, Heiratshäufigkeit eingegangen. Außerdem konnten verschiedene sich aus dem Tatbestand der natürlichen Bevölkerungsbewegung ergebende Fragen über Reproduktion, Geburtenüberschuß, Vergreisung usw. berührt werden.

Der vorhergehende Beitrag wollte Gemeinsamkeiten und Abweichungen der Bewegungsvorgänge innerhalb der Gruppe „westlicher“ europäischer Bevölkerung aufzeigen. Der folgende Beitrag, der sich mit den statischen Zusammenhängen in den Volksorganismen der gleichen Gruppe beschäftigt, mag als Ergänzung und Fortsetzung der früheren Arbeit angesehen werden. Beide Aufsätze behandeln — soweit das überhaupt im Rahmen einer politisch-wissenschaftlichen Zeitschrift möglich ist — Grundfragen der europäischen Demographie. Die Kenntnis der bevölkerungsmäßigen Zustände und Entwicklungen in einem internationalen Rahmen kann auch nicht Selbstzweck sein. Hier findet sich die Grundlage für das Verständnis gemeinsamer kultureller, politischer und wirtschaftlicher Interessen. Schließlich sind es ja die Menschen, die in einer im historischen Ablauf gewordenen Bevölkerung die Ideen der Zeit vertreten und sie an die kommenden Generationen weitergeben.

Möglichkeiten und Grenzen eines internationalen Vergleichs

Die Aufgaben der Bevölkerungsstatistik in der Schaffung von Grundlagen für die Bevölkerungswissenschaft sind einem laufenden Wechsel unterworfen. Der amtliche Charakter der Bevölkerungsstatistik als ein Zweig der Tätigkeit der nationalen Statistischen Ämter hatte zunächst dazu geführt, daß die erfragten Angaben über Bevölkerungszahl, Bevölkerungsgliederung, Bevölkerungsbewegung u. a. unter dem Gesichtspunkt der Verwendbarkeit für die staatliche Tätigkeit (Militärwesen, Schul- und Ausbildungseinrichtungen, steuerliche Erfassung und ähnliche) ausgewählt wurden. Den Statistischen Ämtern kam der Auftrag zu, durch Volkszählungen, Sondererhebungen, Auswertung der standesamtlichen Unterlagen und sonstige Befragungen in erster Linie die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung zu befriedigen. Die statistischen Ergebnisse dienten nach ihrer Publikation gleichzeitig wissenschaftlichen Arbeiten, vor allem in der laufenden Auseinandersetzung mit der bevölkerungstheoretischen Doktrin von Th. R. Malthus. Schon verhältnismäßig früh wurden dabei von der wissenschaftlichen und amtlichen Statistik Vergleiche mit den Verhältnissen anderer Völker angestrebt. Allerdings begnügte man sich zunächst mit den vorhandenen Daten und kümmerte

sich noch wenig um eine internationale Koordination der Definition von Erhebungsmerkmalen und Verfahren. Erst die Arbeiten des Völkerbundes zwischen den beiden Weltkriegen und die Bemühungen der Vereinten Nationen vom Ende des Zweiten Weltkrieges an bis zur Gegenwart haben nach und nach die Aufgaben der nationalen Bevölkerungsstatistik auf eine internationale Ebene verlegt. Besonders mit dem Hineinwachsen der Völker des westlichen Europa in internationale Organisationsformen ergab sich die Notwendigkeit, zahlreiche Tatbestände demographischer Art in der Definition zu vereinheitlichen, um wenigstens einen Vergleich in den Grundlagen zu erreichen. Dabei kann aber eine Koordinierung der bevölkerungsstatistischen Aufgaben nicht auf einer europäischen Basis erfolgen; der Rahmen muß, um echte Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, weltweit gespannt bleiben. Die Bestrebungen der Vereinten Nationen um einen periodischen Weltcensus mit einer Reihe von in den Merkmalen übereinstimmenden Erhebungen und die Vorarbeiten der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen in ihrer Konferenz Europäischer Statistiker haben bereits beachtliche Anregungen und Fortschritte in der Vereinheitlichung der Bevölkerungsstatistik gebracht.

Damit ist ein Ausgangspunkt gewonnen, von dem aus weitere Erfolge erwartet werden dürften.

Die Bevölkerungsstatistik ist heute im nationalen und internationalen Bereich in ihren Programmen über die Bedürfnisse der staatlichen Verwaltung hinausgewachsen. Die moderne Wirtschafts- und Sozialpraxis sowie die entsprechenden Wissenschaften stellen Forderungen und Fragen an die Statistik, die neue und veränderte Erhebungen notwendig machen. Der Makrocensus der Vergangenheit, der, weil er die gesamte Bevölkerung ansprach, immer nur einen relativ kleinen Ausschnitt in einem Frageprogramm erfassen konnte, muß nach unseren Erfahrungen durch einen Mikrocensus auf repräsentativer Grundlage laufend ergänzt werden. Aufgaben, wie sie aus dem Zusammenhang Bevölkerungsdynamik — Wirtschaftsdynamik oder aus einer soziologisch orientierten Bevölkerungstheorie hervorgehen, können nicht mehr aus den herkömmlichen Angaben beantwortet werden. Die Demographie steht gegenwärtig vielleicht vor einem Umdenken, zumindest aber vor einer Verbreiterung ihres Aufgabenkreises. Ihre Grundlagen dürften nicht mehr allein in den üblichen bevölkerungsstatistischen Daten zu suchen sein. Zahlreiche Fragen, die in unserer Zeit die Klärung der Stellung des Menschen in seiner Gesellschaft versuchen, müssen auch noch unbeantwortet bleiben, weil das quantitative Material für eine gesicherte Beurteilung unzureichend ist. Auch der internationale Vergleich bleibt für viele Tatbestände aus ähnlichen Gründen ausgeschlossen. Der Bevölkerungslehre kommt in dieser Phase bevorzugt die Aufgabe zu, von der Theorie her durch Einleitung neuer Untersuchungsverfahren und kritische Merkmalsfixierungen Voraussetzungen für eine demographisch-soziologische Bewertung des

Zustandes und der Entwicklung in einer modernen Bevölkerungsmasse zu schaffen.

Der Versuch, Merkmale der natürlichen und sozialen Struktur europäischer Völker vergleichend gegenüberzustellen, kann sich nur auf einige Charakteristika erstrecken. Das verfügbare Material bestimmt dabei den Rahmen. Die über die Bevölkerungen des im politischen Sinne als „westliches“ Europa anzusprechenden Raumes von der amtlichen nationalen Statistik vorgelegten Arbeiten behandeln die demographischen Fragen jeweils in unterschiedlicher Ausdehnung. Für den internationalen Vergleich lassen sich deshalb auch nur die Tatbestände heranziehen, deren Daten für eine Reihe von Völkern bekannt sind. Im Schrifttum werden zuweilen Zusammenhänge aus Einzelbeispielen angedeutet; ihre Verallgemeinerung muß jedoch so lange zurückgestellt werden, bis der Beweis einer übergeordneten Gültigkeit erbracht ist. Andere Kriterien wiederum, die im Rahmen einer internationalen Untersuchung vielleicht angeführt werden könnten, haben sich für die Praxis als wenig brauchbar erwiesen (u. a. der theoretische Begriff des „Optimismus“ einer Bevölkerungsmasse oder der statistische Tatbestand der „Wohndichte“). Wenn im folgenden der gegenwärtige Zustand herausgestellt wird, dann handelt es sich um eine Orientierung an den jüngsten Daten der jeweiligen statistischen Veröffentlichungen. Vor allem ist das aus den letzten großen Volkszählungen um die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts hervorgegangene Material verwendet worden. Es kann durchaus noch als aktuell und beweiskräftig angesehen werden. Ergänzungen durch neue und umfassende Erhebungen müssen in Zukunft die Veränderungen aufzeigen, die sich auch in unserer Zeit laufend in den Bevölkerungen vollziehen.

Geschlechtsproportionen in einer Bevölkerungsmasse

Das einfachste natürliche Gliederungsprinzip für eine Bevölkerung bildet die Unterscheidung nach Geschlechtern. Statistisch kann das zahlenmäßige Verhältnis der männlichen zur weiblichen Bevölkerung in Anteilen an der Gesamtbevölkerung ausgedrückt werden. Gebräuchlich ist auch die Verwendung von Beziehungszahlen, die aussagen, wieviel Frauen auf 100 oder 1000 Männer entfallen (bzw. wieviel Männer auf 100 oder 1000 Frauen kommen). Diese Geschlechtsproportion, die sich erfahrungsgemäß im Zeitablauf verschiebt und bei den einzelnen Völkern unterschiedliche Werte aufweist, wird von bestimmten Faktoren beeinflusst (abweichende Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit der Geschlechter, verschiedene Lebenserwartung von Mann und Frau, Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, Menschenverluste durch Kriege u. ä.). Auch innerhalb der Altersgliederung einer Bevölkerung stimmen die Verhältnisse in den Gruppen keineswegs überein. Die gegen-

wärtigen Daten der Geschlechtsproportion für europäische Völker heben sich deutlich von denen der relativ stabilen Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ab. Während sich damals ein gewisses regionales Gefälle des Frauenüberschusses von Norden nach Süden (oder noch besser ausgedrückt, von Nordwesten nach Südosten) erkennen ließ, besteht heute kaum noch eine solche Regelmäßigkeit. Fast alle europäischen Völker des Westens (eine Ausnahme bilden lediglich Irland und die Türkei) sind in der Gegenwart durch Frauenüberschuß ausgezeichnet¹. Er ist gering (101 bis 103 Frauen auf 100 Männer) in den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Norwegen und Belgien — und zeigt extreme Werte für Oesterreich (115) und die Bundesrepublik Deutschland (113). Eine Reihe wichtiger europäischer Völker (Italien, Schweiz, Frankreich, Spanien, Portugal, Großbritannien—England und Wales) gehört zur Mittelgruppe mit 105 bis 108 Frauen auf 100 Männer. Alle westeuropäischen Völ-

ker, deren heutige Altersgliederung nach Geschlechtern bekannt ist, lassen übereinstimmend in der Bevölkerungsgruppe von weniger als 15 Lebensjahren einen Männerüberschuß erkennen. Diese Abweichung von der durchschnittlichen Geschlechtsproportion der Gesamtbevölkerung dehnt sich teilweise auch noch auf die Jahrgänge von 15 bis unter 30 Jahren (z. B. in Dänemark und den Niederlanden) und die von 15 bis unter 45 Jahren aus (Frankreich, Norwegen und Schweden).

In der Vergangenheit wurde verschiedentlich die Vermutung ausgesprochen, der Frauenüberschuß wäre eine spezifisch europäische Erscheinung, während sonst in der Welt der Männerüberschuß die Regel bildete. Es kann nicht mehr ausgesagt werden, ob hier wirklich eine Differenzierung zwischen Europa und den übrigen Erdteilen bestanden hat (wie sie z. B. im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Ergänzungsband, 4. Auflage, zahlenmäßig angeführt wird). Wahrscheinlich dürften die früheren statistischen Zahlenangaben nicht genau gewesen sein. Ausgesprochene Einwanderungsländer (z. B. Neuseeland, Australien, Kanada, die Südafrikanische Union) kennen auch heute noch in ihrer weißen Bevölkerung einen Männerüberschuß, der jedoch nicht mehr hoch ist. Die Verhältnisse in anderen außereuropäischen Ländern sind gegenwärtig nicht ganz durchsichtig. Die jüngsten Zählungen geben beispielsweise für einige afrikanische Gebiete, dann für Israel, Indien, Burma, Portoriko, die Dominikanische Republik und Trinidad einen geringen Männerüberschuß an. Demgegenüber besteht nach den letzten Veröffentlichungen der Vereinten Nationen unter anderem ein Frauenüberschuß für Brasilien, Ekuador, Jamaika, Mexiko, Paraguay und Japan. Es ist jedoch bei den unvollkommenen Angaben in weiten Teilen der Erde unmöglich, zu schätzen, ob für die Erdbevölkerung allgemein der Ueberschuß eines Geschlechts oder die Gleichheit der Geschlechtsproportionen vorliegt. Für Europa jedenfalls kann mit Sicherheit ausgesagt werden, daß allgemein ein Frauenüberschuß gegeben ist.

Das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter in einer Bevölkerungsmasse weicht nicht nur in den Altersgruppen vom allgemeinen Durchschnitt ab; auch in den verschiedenen sozialen und regionalen Schichtungen treten Unterschiede auf. Interessant ist beispielsweise die Tatsache, daß bei modernen Völkern in der Aufgliederung nach städtischer und ländlicher Bevölkerung deutlich ein Frauenüberschuß in den Städten und ein Männerüberschuß auf dem Lande beobachtet werden kann. Die Zahlen sind jedoch ihrer absoluten Größe nach nicht vergleichbar, weil die Abgrenzung von „Stadt“ und „Land“ nach Gemeindegrößenklassen uneinheitlich erfolgt. Sieht man von der Bundesrepublik Deutschland ab, wo für beide Bevölkerungsgruppen ein Frauenüberschuß besteht (in

den Städten von 114, auf dem Lande von 112 Frauen auf 100 Männer), so wird der Frauenüberschuß in den Städten und der Männerüberschuß auf dem Lande nicht nur allein für Europa sichtbar. Trotz der Begrenzung des Materials darf dieser Erscheinung wohl eine weitere Allgemeingültigkeit für wirtschaftlich entwickelte Völker zuerkannt werden. Hier formen die sozialen Hintergründe in der Differenzierung von Bevölkerungsgruppen das Bild eines an sich natürlichen Gliederungsprinzips. Um einige Beispiele anzuführen: Es entfallen in Großbritannien (England und Wales) auf 100 Männer in den Städten 110 Frauen, auf dem Lande jedoch nur 98. Die entsprechenden Zahlen betragen gegenwärtig für Schweden 108 bzw. 93 und für Norwegen 104 bzw. 95. Auch in den Vereinigten Staaten (106 bzw. 95) und in Kanada (104 bzw. 88) läßt sich ein entsprechender Unterschied erkennen. Ob die Ursachen bevorzugt in demographischen Zusammenhängen, in wirtschaftlichen und sozialen Veranlassungen (Anziehungskraft der Stadt durch Berufsmöglichkeiten für Frauen) oder im Zusammenwirken beider Faktorengruppen zu suchen sind, kann dabei nicht eindeutig beurteilt werden².

Das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter in einer Bevölkerung, wie es sich aus verschiedenen Ursachen zum augenblicklichen Zustand entwickelt, wird wiederum zur weiteren Ursache dynamischer und statischer Vorgänge im Volksorganismus. So werden vor allem durch die Geschlechtsproportion die Heiratsaussichten von Männern und Frauen unterschiedlich beeinflusst. Damit wirkt bereits der Tatbestand der Geschlechtsverteilung auf die Regeneration einer Bevölkerung ein. Wir können heute für das westliche Europa feststellen, daß allgemein die Prozentsätze der verheirateten Männer an der männlichen Bevölkerungsgruppe von 15 und mehr Jahren über den entsprechenden Quoten der verheirateten Frauen liegen³. Eine Ausnahme bildet Irland, wo 42 vH der Männer von 15 und mehr Jahren und 45 vH der Frauen der gleichen Altersgruppe als verheiratet gelten. Es sind aber nicht nur allein die zahlenmäßigen Verhältnisse zwischen männlicher und weiblicher Bevölkerung, die die demographische Forschung interessieren. Auch das geschlechtsspezifische Verhalten der einen oder der anderen Gruppe wirkt sich im Gesamtbild aus. So liegt die Lebenserwartung in allen Altersgruppen, von den Neugeborenen an bis in das hohe Alter, für das weibliche Geschlecht höher als für das männliche. Bei den Todesursachen, den Angaben über den Gesundheitsstand einer Bevölkerung, der Beteiligung an Verkehrs- und Betriebsunfällen, den Selbstmordziffern u. a. treten ebenfalls Geschlechtseigentümlichkeiten zutage. Und schließlich spiegeln sich auch in den wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen einer Bevölkerung die spezifischen Unterschiede der Geschlechter wider.

Altersgliederung — aktive und nichtaktive Gruppen

Die allgemeine Altersgliederung einer Bevölkerung stellt sich graphisch in Form einer Pyramide dar, wobei die eine Seite den männlichen und die andere den weiblichen Bevölkerungsanteil kennzeichnet. Ausbuchtungen und Einengungen in den Jahresklassen deuten auf Bevölkerungsgewinne (Zuwanderungen, Jahre höherer Geburtenhäufigkeit) oder Verluste (durch Kriege, Seuchen, Abwanderungen usw. oder durch unterbliebene Geburten) hin. Die Normalform der regelmäßigen Pyramide wandelt sich jedoch in vielen Fällen in unregelmäßige Formen ab, die schon äußerlich die Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung erkennen lassen. Die Glockenform des Altersaufbaus mit etwa gleichgroßen Geburtenziffern über Jahre hinweg und einer verhältnismäßig dichten Besetzung der mittleren und älteren Jahrgänge zeigt eine „stationäre“ Bevölkerung an. Die Spindelform ist für eine Bevölkerung typisch, deren mittlere Jahrgänge schwächer besetzt sind als die jüngeren und älteren. Und schließlich kennzeichnet die Zwiebelform Bevölkerungen, deren mittlere Altersklassen zahlenmäßig stärker sind als die jüngeren bis zur Grundschicht hin. Andere Formen als die drei erwähnten Grundtypen ergeben sich noch zusätzlich — und vor allem dann, wenn Teilmassen aus der Gesamtbevölkerung (z. B. nach politischen Unterbezirken, Großstädten, Industriezentren, landwirtschaftlichen Regionen) herausgegriffen und dargestellt werden. Die europäischen Bevölkerungen weisen in ihrem gegenwärtigen Altersaufbau teilweise unterschiedliche Formen auf. Dabei ist die Glockenform (gelegentlich mit Uebergang zur Zwiebelform) relativ häufig vertreten. Wir finden ihre mehr oder minder ausgeprägte Andeutung beispielsweise im Bevölkerungsaufbau von Belgien, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien (England und Wales, Schottland), Luxemburg, Schweden und der Schweiz. Der Normalpyramide nähert sich die altersmäßige Gliederung Griechenlands, Irlands, Islands, der Niederlande, Portugals und Spaniens. Wer die verschiedenen Typen im europäischen Bevölkerungsaufbau vergleichend betrachtet, wird eine Reihe von Uebereinstimmungen und speziellen Abweichungen feststellen können, für deren Erklärung allgemeine Ursachen oder besondere demographische Entwicklungen anzuführen sind. So prägen sich deutlich im Bild von einigen Bevölkerungen die Kriegsverluste durch zwei Weltkriege und die während dieser Jahre unterbliebenen Geburten aus.

Die allgemeine Einordnung der drei Perioden des menschlichen Lebens — Kindheit und Jugend, Geschlechtsreife und Erwerbsalter, Greisenalter — in eine statistische Uebersicht ist nicht ganz einfach, weil gerade an den Uebergängen zahlreiche Ueber-

schneidungen nach der biologischen Eigenart der Bevölkerung oder nach ihrer Wirtschafts- und Sozialgliederung auftreten. Man hat versucht, die Schwierigkeiten dadurch zu umgehen, daß man (neben einer Aufgliederung nach Fünfjahresklassen) die Bevölkerungsmasse nach dem Lebensalter von unter 15 Jahren, von 15 bis unter 65 Jahren und von 65 Jahren und mehr einteilt. Jugend und Altersgruppe bilden dabei statistisch den nichtaktiven Teil der Bevölkerung; die im Erwerbsalter stehende Bevölkerung macht den aktiven Anteil aus. Eine solche Differenzierung nach nichtaktiver und aktiver Bevölkerung muß jedoch oberflächlich bleiben, weil sie nicht die echten wirtschaftlichen Gegebenheiten (Anzahl der Erwerbspersonen in den Altersgruppen) berücksichtigt, sondern nur nach der Altersgruppierung die Möglichkeiten aufzeigt. Der „jugendliche“ Anteil der westlichen europäischen Bevölkerungen wechselt heute zwischen 30 vH in den Niederlanden und 21 vH in Belgien. Gegenüber 1930 ist allgemein eine, wenn auch nicht erhebliche, Verminderung im Anteil der unter 15 Jahre alten Bevölkerung festzustellen. Eine Ausnahme machen lediglich Dänemark und Schweden, wo der gegenwärtige Prozentsatz dieser Gruppe den von 1930 übertrifft. Die mittlere Bevölkerung (im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) weist in der Gegenwart einen verhältnismäßig übereinstimmenden Prozentsatz von etwa 65 auf (Abweichungen nach oben bis 68 vH für Belgien und nach unten bis 62 vH für die Niederlande). Gewisse Unterschiede zwischen den einzelnen europäischen Völkern treten noch auf, wenn man die Mittelgruppe weiter aufteilt (Gruppe von 15 bis unter 30 Jahren — 30 bis unter 45 Jahren — 45 bis unter 65 Jahren) und die jeweiligen Prozentsätze vergleichend gegenüberstellt. Auch in der nach Geschlechtern vorgenommenen Altersgliederung werden Abweichungen von Volk zu Volk deutlich. Die Anteile der über 65 Jahre alten Bevölkerung, die sich seit 1930 (Prozentsätze zwischen 6 für die Niederlande und 10 für Frankreich) bis heute leicht erhöht haben, liegen jetzt zwischen 7 vH (Portugal) und 12 vH (Frankreich). Die gegenwärtige altersmäßige Zusammensetzung der europäischen Völker ist unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten nicht als ungünstig anzusehen. Die breite Schicht der mittleren Gruppe der aktiven Bevölkerung mit Anteilen zwischen 62 vH (Niederlande) und 68 vH (Belgien) stellt ein Maximum von Arbeitskräfteangebot dar, wie es in diesem Durchschnitt überhaupt nur aus der natürlichen Gliederung einer Bevölkerung erwartet werden kann. Die großen Industrieländer in Uebersee mit weißer Bevölkerung sind ebenfalls durch eine starke Besetzung der Mittelgruppe ausgezeichnet (zwischen 61 vH und 64 vH); allerdings

bleibt die Höhe der Quoten hier etwas hinter den europäischen Werten zurück^{4,5}.

Die heutige Altersstruktur der europäischen Bevölkerung und der zeitliche Vorgang der natürlichen Bevölkerungsbewegung lassen erwarten, daß allmählich die bisherige demographische Entwicklung einem Abschluß zustrebt. Was sich später ergeben wird und wie die weiteren Zukunftsaussichten zu beurteilen sind, ist noch nicht abzusehen. Jede Spekulation darüber müßte nach unserer heutigen Kenntnis der demographischen Zusammenhänge in unwissenschaftliche Prognosen ausarten. Es überrascht vielleicht auch, daß die Tendenz der Bevölkerungsstagnation sich in dem Zeitabschnitt der menschlichen Geschichte in Europa durchzusetzen beginnt, wo mit der technischen Entwicklung in Form der Nutzbarmachung der Atomenergie und der Verbreitung der Automatisierung in der Produktion die volkswirtschaftliche Bedeutung der menschlichen Arbeitskraft zurückgeht. Es scheint so, als ob die demographischen Vorgänge der Gegenwart sich bereits auf den Wirtschaftszustand moderner Völker von morgen ausrichten. Eine Beurteilung, inwieweit hier ein echter geschichtlicher Zusammenhang besteht, entzieht sich der Forschung.

Lebenserwartung und Lebensalter

Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Neugeborenen liegt heute im westlichen Europa um etwa 25 Lebensjahre höher als vor hundert Jahren. Für einen Zwanzigjährigen haben sich die Aussichten im gleichen Zeitabschnitt um 10 bis 15 Lebensjahre verbessert. In diesen Veränderungen werden vielleicht am deutlichsten die Folgen des Fortschrittes einer hundertjährigen Entwicklung veranschaulicht. Ein männlicher Säugling hat gegenwärtig nach den statistischen Unterlagen die Chance, zwischen 56 (Portugal) und 71 Lebensjahre (Niederlande) zu erreichen. Für den weiblichen Säugling liegen die Möglichkeiten zwischen 61 (Portugal) und 73 Jahren (Niederlande und Norwegen). Die Zunahme der Lebenserwartung hat sich am stärksten in unserem Jahrhundert ausgeprägt. Ein Vergleich zwischen 1930 und 1950 zeigt, daß auch in dieser verhältnismäßig kurzen Zeitspanne ein beachtlicher Fortschritt (Zunahme der Lebenserwartung um 6 bis 8 Jahre) erfolgt ist^{6,7}. Der Prozeß selbst dürfte auch noch nicht abgeschlossen sein. Die zukünftige Entwicklung wird jedoch, wenn nicht ganz neue Methoden der Medizin veränderte Grundlagen schaffen (z. B. Ersatz abgenutzter Körperorgane, künstlich beeinflusste Regeneration der Zellen und ähnliche Eingriffe), erheblich langsamer verlaufen. Man könnte aus einer oberflächlichen Bewertung der unterschiedlichen Höhe in der durchschnittlichen Lebenserwartung zur Vermutung kommen, es beständen spezifische Unter-

Die Beantwortung einer solchen Frage muß dem Empfinden des einzelnen überlassen bleiben und seiner Einstellung zum Sinn des menschlichen Lebens und des historischen Ablaufes. Der Anteil der Gruppe der „alten Leute“ wird auch in Zukunft weiter ansteigen. Befürchtungen, die bisher vorsorglich über eine zu erwartende vermehrte Belastung der im Erwerbsalter stehenden Bevölkerung ausgesprochen wurden, entbehren der Grundlage. Mit der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung steigt auch der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Wertbetrag des Volkseinkommens. Und eine gesunde, auf versicherungstechnischer Basis eingerichtete Altersversorgung der Bevölkerung im Rahmen der Sozialgesetzgebung kann die zukünftigen Schwierigkeiten bereits im Anfangszustand weitgehend ausschalten. Die wirtschaftlichen Kräfte und die demographischen Tendenzen innerhalb der hochentwickelten europäischen Völker werfen Probleme auf, die sich der Verantwortlichkeit des einzelnen mehr und mehr entziehen und deren Lösung nur noch in einer Form des „Sozialstaates“ möglich ist. Man mag eine solche Entwicklung bedauern (weil sie die persönliche Initiative einschränkt) oder als gesellschaftlichen Fortschritt ansehen, aufzuhalten ist sie jedenfalls nicht mehr.

schiede nach langlebigen und kurzlebigen europäischen Völkern. Eine solche Differenzierung dürfte jedoch nicht den biologischen Voraussetzungen entsprechen. Wo im Zahlenbild Abweichungen auftreten, erklärt sich der Unterschied vor allem aus sozialen Einwirkungen, denen ein Mensch in seiner speziellen Bevölkerung für die Dauer seines Lebens ausgesetzt ist. Das wird besonders am Vergleich der Lebenserwartung von Sechzigjährigen deutlich. Während die gegenwärtige Lebenserwartung für ein neugeborenes Kind in Europa in den extremen Fällen um über ein Jahrzehnt variiert, ist die Lebenserwartung eines Sechzigjährigen in allen europäischen Völkern nahezu gleich. Sie liegt bei Männern zwischen 15 (Belgien, Frankreich, Großbritannien, Oesterreich, Portugal) und 18 Jahren (Norwegen) nach Ueberschreiten des sechzigsten Lebensjahres. Und bei den Frauen gleichen Alters können noch weitere 17 (Belgien, Deutschland und Oesterreich) bis 19 Lebensjahre (England und Wales und Norwegen) erwartet werden. Eine ähnliche Uebereinstimmung in der Lebenserwartung deutet sich auch für die Siebzig- und Achtzigjährigen an⁸. Vergleiche mit vergangenen Zeitabschnitten weisen auch noch auf eine andere Erscheinung hin. Die obere Grenze des menschlichen Lebens ist durch den Sterblichkeitsrückgang und die mit ihm verbundene höhere Lebenserwartung nicht oder nur unwesentlich verändert worden. Die Lebenserwartung eines Siebzigjährigen ist heute in Europa nur um ein geringes

höher als vor fünfzig oder hundert Jahren. Die großen Fortschritte der Medizin in den letzten hundert Jahren trugen demnach „konservierenden“ Charakter. Die Zurückdrängung früher häufig tödlich verlaufender Krankheiten, die vorbeugenden Maßnahmen einer die Gesamtbevölkerung umschließenden Hygiene und die gesündere Lebensweise gestatten es heute einem größeren Teil der europäischen Bevölkerung, höhere Altersgruppen zu erreichen. Die revolutionisierende Aufgabe der Medizin — zugleich ein uralter Menschheitstraum —, das biologische Lebensalter auszuweiten, hat noch keine Lösung gefunden. Ob jemals ein solches Ziel erreicht werden kann oder ob das „biblische“ Alter⁹ eine feste Grenze im menschlichen Leben darstellt, bleibt für uns Heutige eine offene Frage.

Die Kennziffer „der mittleren Lebenserwartung in Jahren“ stellt eine statistische Größe dar. Sie sagt aus, welche mittlere Lebensspanne für die einzelnen Altersgruppen auf Grund der aus einer Sterbetafel entnommenen Sterbenswahrscheinlichkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erwarten ist. Die Durchschnittswerte setzen sich dabei aus mehr oder weniger ausgeprägten Abweichungen zusammen. Die Streuung der Lebenserwartung um die mittleren Werte bildet einen zusätzlichen Untersuchungsgegenstand

für die jeweilige Bevölkerungsmasse. Die Erscheinung der steigenden Lebenserwartung wird in ihrer Bedeutung als gesellschaftsformende Kraft häufig nicht ausreichend gewürdigt. Es sind nicht nur die Anzahl und die Lebensspanne der aktiven Bevölkerung verbreitert worden, auch das biologische Reproduktionsvermögen der Völker hat sich verändert. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist gelegentlich der Versuch gemacht worden, diese Entwicklung in historischer Gegenüberstellung „wertmäßig“ zu beschreiben (Gewinn von Arbeitskräften, Arbeitsjahren, Produktionswerten, Zunahme im Kopfbetrag des realen Volkseinkommens usw.). Ein derartiger materieller Hinweis berührt jedoch nur eine Seite des Komplexes. Gerade die Tatsache, daß auch heute mehr Menschen in den Altersgruppen, die früher der Zahl nach von soziologisch untergeordneter Bedeutung waren, mit ihren Ansprüchen und Beiträgen auftreten, muß das gesellschaftliche Gefüge beeinflussen. Wir besitzen nur verhältnismäßig geringe Kenntnisse über die inneren Veränderungen, die sich im Denken und Verhalten der modernen Gesellschaft aus dem Tatbestand der höheren Lebenserwartung ergeben könnten. Die europäische Situation unterscheidet sich dabei nicht von der der weißen Bevölkerung in Nordamerika oder Ozeanien.

Stadt- und Land-Wohndichte und Bevölkerungsoptimum

Demographische Tatbestände in der Aufgliederung nach städtischer und ländlicher Bevölkerung weisen häufig Abweichungen auf. Die Zusammenhänge zwischen demographischen Erscheinungen und räumlicher Bevölkerungsverteilung sind vielfach zum Gegenstand von Untersuchungen genommen worden. Man hat sich unter anderem bemüht, das Wesen der städtischen und ländlichen Bevölkerung durch bevölkerungsstatistische Daten zu charakterisieren. Geburten- und Sterbehäufigkeit, Familiengröße, durchschnittliche Kinderzahl auf 100 im gebärfähigen Alter stehende Frauen, Quoten unehelicher Kinder, Geschlechtsproportionen und sonstige statistische Angaben sind zur Kennzeichnung der jeweiligen Verhältnisse herangezogen worden. Auch die „moralische“ Haltung beider Bevölkerungsgruppen ist an Hand von Kriminalitätsziffern, Selbstmordhäufigkeiten und ähnlichen Merkmalen beurteilt worden. Die statistische Abgrenzung von Stadt und Land ist jedoch nicht so einfach, wie es vielfach den Anschein hat. Die Grundlage derartiger Bewertungen ergibt sich aus der Verteilung der Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen. In einigen europäischen Ländern rechnet die Statistik zur ländlichen Bevölkerung alle Personen, die in Gemeinden von weniger als 2000 Einwohnern leben; in anderen wird die Grenzlinie bei 1000 oder 5000 Einwohnern angenommen. Die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen unserer

Zeit haben es außerdem mit sich gebracht, daß eine echte Unterscheidung zwischen Stadt und Land nicht mehr allein nach der zahlenmäßigen Größe der Wohnplätze erfolgen kann. Allgemein ist die Bevölkerungszunahme in Europa seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts mit einem Anwachsen der in den Städten lebenden Bevölkerung verbunden gewesen. Im Zuge dieser Entwicklung erhielten auch zahlreiche ursprünglich ländliche Gemeinden städtischen Charakter, weil sie nach der Einwohnerzahl in eine höhere Gemeindegrößenklasse hineinwuchsen. In anderen Gebieten wiederum (besonders in den Industriebezirken und in der Nähe der großen Wohnzentren) ist selbst in kleineren Orten, die nach der Abgrenzung der Statistik als ländliche Gemeinden anzusprechen wären, eine Verstädterung der Lebensweise eingetreten. Ja, wir dürfen sogar feststellen, daß in einzelnen Teilen Europas, vor allem jedoch in den großen Industrieländern, sich der Unterschied zwischen Land und Stadt in den Gemeinden unter 50 000 Einwohnern fast völlig verwischt hat. Die Entwicklung der modernen Verkehrsmittel und die Neigung, eine ausgesprochene Trennung zwischen Wohnsitz und Ort der Erwerbstätigkeit vorzunehmen, ließen neben den Fortschritten der modernen Nachrichten- und Vergnügungstechnik (Zeitungswesen, Rundfunk, Fernsehen, Kino usw.) zahlreiche früher bestehende Unterschiede hinfällig werden. Mit dem

Eindringen der übrigen technischen Errungenschaften (Elektrizität, Gas, fließendes Wasser, moderne Kucheneinrichtungen usw.) in ländliche Siedlungsgebiete haben sich die Lebensverhältnisse von Stadt und Land weiterhin angeglichen. Wenn man heute unter demographischen Gesichtspunkten in Europa Unterschiede zwischen Stadt und Land untersuchen will, sollte man besonders typische Gebiete (echter städtischer oder ländlicher Charakter) heranziehen bzw. die landwirtschaftliche Bevölkerung als Prototyp der ländlichen Bevölkerung den anderen Gruppen gegenüberstellen.

In einer Anzahl von westeuropäischen Ländern ist die Großstadtbevölkerung (Bevölkerung der Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern) zwischen 1850 und der Gegenwart stärker angewachsen als die Bevölkerung der anderen Gemeindegrößenklassen. In anderen Ländern (z. B. in Frankreich, Spanien, Belgien) war im gleichen Zeitabschnitt die Zunahme in den Mittelstädten (20 000 bis unter 100 000) am stärksten ausgeprägt. Die Bevölkerungszahl der Gemeinden unter 5000 Einwohnern hat sich über das letzte Jahrhundert hinweg am wenigsten verändert (Stagnation, geringe Zu- oder Abnahme). Das Ausmaß der „Verstädterung“ in Europa — ein Begriff, mit dem die Soziologie häufig operiert — kann unter anderem an den Prozentsätzen der in Städten von 100 000 und mehr Einwohnern lebenden Wohnbevölkerung, gemessen an der Gesamtbevölkerung, abgelesen werden. Wir finden hier die höchsten Anteile in Großbritannien (in Schottland 51 vH, in England und Wales 52 vH). Ähnlich hohe Ziffern, wie sie auch die Vereinigten Staaten (44 vH) und Kanada (37 vH) nicht kennen, treten in der Welt nur noch für Australien (51 vH) auf. Die übrigen europäischen Länder, für die neuere Daten vorliegen, weisen einen Bevölkerungsanteil der Großstädte zwischen 36 vH in den Niederlanden, 17 vH in Norwegen und 8 vH in der Türkei auf¹⁰. Die statistische Tatsache, daß demographische Unterschiede zwischen Stadt und Land (Stadt und Land in der jeweiligen statistischen Definition) bestehen, sagt aber noch nichts über die Ursachenzusammenhänge aus; dazu bedarf es besonderer und regionaler Untersuchungen. Es wird beispielsweise zuweilen ausgeführt, das Land sei geburtenfreudiger als die Stadt. Dieser Tatbestand kann an Hand verschiedener Unterlagen für viele Völker in Europa und in der Welt überprüft werden. Aber die Statistik berücksichtigt hierbei, da sie nach Gemeindegrößen urteilt, nicht die soziale oder wirtschaftliche Zusammensetzung der Bevölkerung für den einzelnen Untersuchungsfall. Dominiert wirklich die Eigenart der landwirtschaftlichen Bevölkerung und des Kleingewerbes oder verändert bevorzugt die ländliche Siedlungsweise mit teilweise besseren Wohnmöglichkeiten (auch in ländlichen Arbeiterwohngemeinden) die Erscheinungen? Bei den Unterschieden demographischer Art in der Differenzierung

von Stadt und Land dürften jeweils zahlreiche Faktoren mitsprechen, die im einzelnen durchaus unterschiedliche Einflüsse ausüben können. Es ist nicht gesagt, daß übereinstimmende statistische Daten auch immer auf gleichen Verursachungen beruhen. Weiter scheint es so, als ob unter der ländlichen Bevölkerung die jeweiligen demographischen Tendenzen der Zeit epoche sich langsamer und gemilderter auswirken als unter der städtischen.

In Zusammenhang mit der Frage der räumlichen Verteilung der Bevölkerung wird auch häufig der Begriff der Wohndichte (Einwohner je qkm Bodenfläche) für das Gesamtgebiet eines Staates oder seine regionalen Untergliederungen angeführt. Die Kennziffern der Wohndichte für westeuropäische Länder unterscheiden sich wesentlich. Eine dichte Besiedlung liegt statistisch für die Niederlande (325), Belgien (288), England und Wales (292) und die Bundesrepublik Deutschland (201) vor. Niedrige Wohndichten weisen unter anderem Irland (42), Schweden (16), Norwegen (10), Island (1) auf. Eine solche Klassifizierung nach der rein rechnerischen Relation Bevölkerungszahl — Umfang des Staatsgebietes verführt leicht zu Irrtümern. Die Bodenfläche ist nach Besiedlungsmöglichkeit und wirtschaftlicher Produktionsfähigkeit von Land zu Land stark unterschiedlich. Besonders für gebirgige Länder, wo ein großer Teil des Gebietes sich weder für eine Besiedlung noch für eine wirtschaftliche Erschließung eignet, verliert die Vergleichsmöglichkeit mit Gegenden anderer geographischer Struktur ihren Sinn. In nationalen und internationalen statistischen Veröffentlichungen finden sich zuweilen Angaben über die Wohndichte von Großstädten. Wer jedoch glaubt, aus solchen Gegenüberstellungen Rückschlüsse auf unterschiedliche Wohn- und Sozialverhältnisse in den einzelnen Großstädten ableiten zu können, täuscht sich. Es darf bei der Beurteilung der Wohndichte von Gemeinden nicht übersehen werden, daß ein Teil der städtischen Bevölkerung häufig außerhalb des engeren politischen Stadtbezirks wohnt und daß die räumliche Abgrenzung der Städte recht zufällig sein kann (Eingliederung von gemeindeeigenen Liegenschaften, Eingemeindung von ländlichen Vororten, Zugehörigkeit von Parks, Wäldern und Seen zum Stadtbezirk usw.). Wenn man schon versucht, Erkenntnisse aus der Beziehung Bodenfläche — Menschenzahl abzuleiten, so kann das eigentlich nur im beschränkten Rahmen der Beschreibung einer landwirtschaftlichen Situation für ein Volk geschehen. Die Kennziffer, die dabei anzeigt, welche Menschenzahl auf 100 ha der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfällt, gibt einige, wenn auch begrenzte Hinweise auf die Selbstversorgungsmöglichkeiten in der Ernährung aus der heimischen Produktion.

Die Anwendung der rein statistisch konstruierten allgemeinen Wohndichteziffer für internationale Ver-

gleiche muß noch aus einem anderen Grunde abgelehnt werden. Der in jüngster Zeit immer wieder auftauchende und irreführende Begriff des „Bevölkerungsoptimums“ stützt sich zuweilen neben anderen Kriterien auch auf den verschwommenen Tatbestand der Wohndichte. Der Versuch einer Ermittlung des Optimums der Bevölkerung im politischen Raum dürfte dabei als Fehlleistung der theoretischen Bevölkerungslehre anzusehen sein. Es gibt in der Verbindung demographischer und wirtschaftlicher Dynamik kein Ordnungsprinzip, das ein Optimum im Zusammenwirken beider Elemente anzeigen könnte. Der Ausgangspunkt einer solchen Bewertung, die sich an zeitlichen Störungen der Gleichgewichte orientiert (Ueberbevölkerung bei unzureichender wirtschaftlicher Situation — Arbeitskräftemangel bei hoher wirtschaftlicher Produktivität), ist nach dem gegenwärtigen Stand der Möglichkeiten von Wirtschaft und Technik unsicher. Weltpolitische Ereignisse und internationale Koordinierungsmaßnahmen können jeder-

zeit die gegenwärtige Situation verändern und den berechneten Begriff des Bevölkerungsoptimums hin-
fänglich machen. Auch lassen sich mit der wachsenden internationalen Zusammenarbeit und Integration wirtschaftlicher Funktionen Mißverhältnisse zwischen Bevölkerungslage und Wirtschaftsstand im west-europäischen Raum ausgleichen. Ob es Zweck hat, in bezug auf Europa als Gesamtheit (beispielsweise die Länder des Europarates oder des Europäischen Wirtschaftsraums) für die Gegenwart oder die nächste Generation das Bevölkerungsoptimum als theoretische Größe aufzustellen, muß ebenfalls bezweifelt werden. Angesichts der weiteren technischen Entwicklungen, die das Zeitalter der Ausnutzung der Atomenergie und der automatischen Produktion mit sich bringen könnte, und unter Berücksichtigung des aufzuholenden Abstandes der europäischen Wirtschaft gegenüber den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten verliert hier die Theorie den gesicherten Boden.

(Fortsetzung und Schluß folgt.)

Anmerkungen

1) Verhältnis der männlichen zur weiblichen Bevölkerung

Es entfallen auf 100 Männer . . . Frauen (Ergebnisse der Volkszählungen um 1950) in

Belgien	103	Niederlande	101
Bundesrepublik Deutschland	113	Norwegen	102
Dänemark	101	Oesterreich	115
Frankreich	107	Portugal	108
Großbritannien (England und Wales)	108	Schweden	101
Irland	97	Schweiz	106
Italien	105	Spanien	108
		USA	101
		Kanada	98

2) Einzelheiten sind in den Vorbemerkungen zum *Demographic Yearbook 1952* der Vereinten Nationen (Kapitel I: Urban trends and characteristics) zu finden.

3) Von 100 Männern bzw. 100 Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren sind verheiratet (Ergebnisse der Volkszählungen um 1950):

Land	Männer	Frauen
Belgien	64	61
Dänemark	65	62
Bundesrepublik Deutschland	65	56
Großbritannien (England und Wales)	69	62
Irland	42	45
Niederlande	60	58
Norwegen	59	57
Oesterreich	63	53
Portugal	56	52
Schweden	61	60
Schweiz	60	53
USA	69	67
Kanada	64	65

Quelle: *Demographic Yearbook 1954* der Vereinten Nationen.

4) Bevölkerungsgliederung nach Altersgruppen — beide Geschlechter (in vH — um 1930)

Land	unter 15 Jahren	15 bis unter 65 Jahren	65 Jahre und mehr
Belgien	23	69	8
Dänemark ¹	25	67	8
Deutschland ²	23	69	8
Finnland	28	66	6
Frankreich ¹	25	65	10
Großbritannien (England und Wales)	24	69	7
Island	32	60	8
Italien ¹	31	62	7
Niederlande	31	63	6
Norwegen	29	63	8
Portugal	32	62	6
Schweden	22	69	9
Schweiz	25	68	7
Türkei	41	55	4
USA	29	65	6
Kanada	32	62	6
Südafrikanische Union (weiße Bevölkerung) ¹	31	64	5
Australien (Weiße u. Mischlinge)	28	66	6
Japan ¹	37	58	5
Neuseeland (weiße Bevölkerung)	26	67	7

¹) 1935 bzw. 1936.

²) 1939 Gebietsstand vom 31. 12. 1937.

Quelle: Entnommen aus den Internationalen Uebersichten des *Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland* von 1954.

⁵⁾ Bevölkerungsgliederung
nach Altersgruppen — beide Geschlechter
(in vH — um 1950)

Land	unter 15 Jahren	15 bis unter 65 Jahren	65 Jahre und mehr
Belgien	21	68	11
Dänemark	27	64	9
Bundesrepublik Deutschland	23	67	10
Finnland	30	63	7
Frankreich	23	65	12
Großbritannien (England und Wales)	22	67	11
Island	31	61	8
Italien	27	65	8
Niederlande	30	62	8
Norwegen	24	66	10
Portugal	29	64	7
Schweden	24	66	10
Schweiz	24	67	9
Türkei	38	58	4
USA	28	63	9
Kanada	31	61	8
Südafrikanische Union (weiße Bevölkerung)	30	63	7
Australien (Weiße u. Mischlinge)	28	64	8
Japan	35	60	5
Neuseeland (weiße Bevölkerung)	29	62	9

Quelle: Entnommen aus den Internationalen Uebersichten des Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland von 1954.

⁶⁾ Anhaltswerte der durchschnittlichen Lebenserwartung
(in Jahren) nach Geschlechtern bei der Geburt*

Land	um 1850 ml. wbl.	um 1900 ml. wbl.	um 1930 ml. wbl.	um 1950 ml. wbl.
Belgien	— —	47 50	56 60	62 67
Dänemark	43 45	51 54	61 63	68 70
Deutschland**	— —	42 46	53 60	65 69
Frankreich	39 41	45 49	54 59	64 69
Großbritannien (England und Wales)	40 42	46 50	59 63	67 72
Italien	— —	43 43	54 56	62 65
Niederlande	35 37	48 51	63 65	69 72
Norwegen	45 48	52 55	62 65	69 73
Oesterreich	— —	37 39	55 58	62 67
Schweden	41 46	52 55	62 64	69 72
Schweiz	— —	47 50	59 63	65 68
USA	— —	48 51	58 61	65 71
Australien	— —	53 57	62 66	66 71
Japan	— —	44 45	45 —	56 60

*) Teilweise Schätzungen; **) um 1950 Bundesrepublik.

Quelle: Nach Angaben im Internationalen Anhang des *Annuaire Statistique de la France*, 1954.

¹⁰⁾ Von 100 der Bevölkerung leben in Städten von 100 000 und mehr Einwohnern (um 1950):

Dänemark	34	Niederlande	36
Deutschland	27	Norwegen	17
England und Wales	52	Oesterreich	33
Irland	18	Schottland	51

Quelle: Entnommen aus dem Vorwort zum *Demographic Yearbook* 1952 der Vereinten Nationen.

⁷⁾ Anhaltswerte der durchschnittlichen Lebenserwartung
(in Jahren) nach Geschlechtern für Zwanzigjährige*

Land	um 1850 ml. wbl.	um 1900 ml. wbl.	um 1930 ml. wbl.	um 1950 ml. wbl.
Belgien	— —	43 45	46 48	48 52
Dänemark	41 42	45 47	50 50	52 54
Deutschland**	— —	42 44	47 49	50 53
Frankreich	40 42	41 44	43 48	48 53
Großbritannien (England und Wales)	39 40	42 44	47 50	50 55
Italien	— —	43 43	47 48	49 53
Niederlande	37 39	44 46	50 51	53 55
Norwegen	42 45	44 47	49 51	53 56
Oesterreich	— —	40 41	45 48	49 53
Schweden	39 42	45 47	49 50	52 54
Schweiz	— —	41 43	45 48	50 53
USA	— —	42 44	45 47	49 54
Australien	— —	44 47	48 51	50 54
Japan	— —	40 41	40 42	45 47

*) Teilweise Schätzungen; **) um 1950 Bundesrepublik.

Quelle: Nach Angaben im Internationalen Anhang des *Annuaire Statistique de la France*, 1954.

⁸⁾ Gegenwärtige durchschnittliche Lebenserwartung
(in Jahren) nach Geschlechtern im fortgeschrittenen
Lebensalter

Land	zugrunde liegender Zeitraum	40 ml. wbl.	60 ml. wbl.	70 ml. wbl.	80 ml. wbl.
Belgien	1946/49	31 34	15 17	9 11	5 6
Dänemark	1946/50	34 35	17 18	10 11	6 6
Bundesrepublik Deutschland	1949/51	32 35	16 17	10 10	5 6
Frankreich	1950/51	30 35	15 18	9 11	5 6
Großbritannien (England und Wales)	1952	31 36	15 19	9 11	5 6
Niederlande	1947/49	34 36	17 18	11 11	6 6
Norwegen	1946/50	35 37	18 19	11 12	6 7
Oesterreich	1949/51	31 34	15 17	9 10	5 6
Portugal	1949/52	30 34	15 18	9 11	5 6
Schweden	1946/50	34 35	17 18	10 11	5 6
USA	1949/51	31 35	16 18	10 12	6 7
Kanada	1950/52	32 36	16 19	10 12	6 6
Australien	1946/48	34 35	15 18	10 11	5 6
Japan	1949/50	29 32	14 16	9 10	5 6

Quelle: Abgerundete Werte nach *Demographic Yearbook* der Vereinten Nationen 1953 und 1954.

⁹⁾ 90. Psalm, Abs. 10 . . . „Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahre, und wenn's köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen; denn es fährt schnell dahin, als flögen wir davon“ (nach der Lutherübersetzung).

Die Ergebnisse des Staatsbesuchs von Bundeskanzler Dr. Adenauer in Brüssel

Deutsch-belgisches Kommuniqué vom 25. September 1956

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer stattete am 24. und 25. d. M. auf Einladung der belgischen Regierung einen Staatsbesuch in Brüssel ab. Er war begleitet vom Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Heinrich von Brentano, und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Prof. Walter Hallstein.

Der König der Belgier empfing am 25. d. M. die deutschen Gäste sowie den Botschafter der Bundesrepublik, Prof. C. F. Ophüls, in Audienz.

Am 24. d. M. um 17 Uhr unterzeichneten der belgische Außenminister Spaak und der Bundesminister des Auswärtigen von Brentano einen Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und der Bundesrepublik Deutschland über die Berichtigung der belgisch-deutschen Grenze und die Regelung verschiedener beide Länder gemeinsam betreffender Probleme. Durch diesen Vertrag werden die Abkommen vom 6. November 1922, vom 7. November 1929 und vom 10. Mai 1935 über die deutsch-belgische Grenze den heutigen Verhältnissen angepaßt und alle zwischen den beiden Staaten bestehenden Streitpunkte im Geiste der Pariser Verträge von 1954 geregelt, um die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Belgien und der Bundesrepublik Deutschland zu fördern. Bei der Unterzeichnung dieses Vertrages waren die Königlich-belgische Regierung und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland darüber einig, daß die darin vereinbarte Grenze für die hohen vertragschließenden Teile endgültig sein soll.

Gleichzeitig wurde ein Kulturabkommen zwischen den beiden Staaten unterzeichnet.

Der belgische Ministerpräsident und der deutsche Bundeskanzler gaben ihrer Freude über den Abschluß dieses Vertrages Ausdruck, den sie als glückliches Symbol der engen und fruchtbaren Beziehungen betrachten, die zwischen Belgien und der Bundesrepublik Deutschland entwickelt worden sind und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ermöglichen. Sie sind der festen Zuversicht, daß dadurch ein weiterer Beitrag zur europäischen Zusammenarbeit geleistet worden ist. Die europäische Integration bildete das Hauptthema der Gespräche zwischen den deutschen und den belgischen Staatsmännern. Die deutschen Gäste würdigten dabei die kraftvolle Initiative des belgischen Außenministers Spaak, unter dessen Vorsitz der Brüsseler Bericht zustande kam, der als Grundlage für die gegenwärtige Phase der europäischen Integration auf der Konferenz von Venedig anerkannt worden ist. Die Staatsmänner gaben ihren festen Willen kund, alle Anstrengungen zu machen, um in nahester Zukunft auf dieser Grundlage die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, die zur Zeit über die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes und einer Europäischen Atomgemeinschaft in Brüssel geführt werden.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Mitteilung an die Presse, Nr. 1083/56 vom 25. September 1956.

Die Besprechungen zwischen Ministerpräsident Mollet und Bundeskanzler Dr. Adenauer

Gemeinsames Kommuniqué vom 29. September 1956

Der französische Ministerpräsident Guy Mollet und Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer trafen heute in Bonn zusammen. An den Besprechungen, die am Vormittag im Hause des Bundeskanzlers und am Nachmittag in der Residenz des französischen Botschafters geführt wurden, nahmen auf französischer Seite Außenminister Christian Pineau und Staatssekretär Maurice Faure, auf deutscher Seite der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Heinrich von Brentano, und Staatssekretär Prof. Dr. Walter Hallstein teil.

Die Unterhaltungen, die in herzlicher Atmosphäre geführt wurden, erstreckten sich auf alle aktuellen Probleme gemeinsamen deutsch-französischen Interesses. Die beiden Regierungschefs haben die Ergebnisse ihrer Verhandlungen in Luxemburg vom 4. Juni 1956 vervollständigt und die offenen Fragen der Saar, der Schiffbarmachung der Mosel und des Rheinseitenkanals geklärt. In der Frage der Währungsumstellung an der Saar wurde eine befriedigende Lösung erzielt. Diese Ergebnisse erlauben

nunmehr die Fertigstellung der Vertragstexte, deren Unterzeichnung unmittelbar bevorsteht.

Die gründliche Analyse der internationalen Lage, die sie gemeinsam vornahmen, gab dem französischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Bundeskanzler Gelegenheit, völlige Uebereinstimmung des Urteils über die Entwicklung der Weltlage festzustellen. Sie haben insbesondere bei Betrachtung der Entwicklung der Suezkrise festgestellt, daß eine bessere Koordination der Politik der europäischen Länder mehr denn je notwendig sei.

Die beiden Regierungschefs haben ihren Willen bekräftigt, im Aufbau Europas fortzufahren. Sie unterstrichen die Bedeutung einer aktiven Teilnahme Großbritanniens an dieser Politik und begrüßten das wachsende Interesse, das die britische Regierung und die öffentliche Meinung in Großbritannien daran bekundet. Ministerpräsident Guy Mollet unterrichtete den Bundeskanzler über die Unterredungen, die er soeben über diese Fragen mit dem britischen Premierminister geführt hat.

Die beiden Regierungschefs haben sich bereit erklärt, Vorschläge zur Aktivierung von Organisationen wie Europarat, OEEC und der Westeuropäischen Union zu erarbeiten und den anderen beteiligten europäischen Regierungen zu unterbreiten. Sie kamen insbesondere überein, die Möglichkeit der Bildung einer europäischen Rüstungsgemeinschaft gemäß den Pariser Verträgen zu prüfen. Im Bewußtsein der besonderen Verantwortlichkeit, welche die an den Brüsseler Verhandlungen teilnehmenden Länder für den europäischen Aufbau haben, betrachteten sie eingehend den Stand der Verhandlungen, die auf der Grundlage des von Herrn Spaak vorgelegten Berichtes der Regierungssachverständigen, dem auf der Konferenz in Venedig zugestimmt worden war, geführt werden. Sie haben ihren Willen bekundet, in den Hauptpunkten der Verhandlungen eine gemeinsame Haltung

einzunehmen, um den alsbaldigen Abschluß der Verträge über eine europäische Atomgemeinschaft und einen europäischen Gemeinsamen Markt zu ermöglichen. Angesichts der Notwendigkeit, die Erzeugung von Atomkraft in Europa zu beschleunigen, sind sie übereingekommen, auf der nächsten Konferenz der Außenminister die Benennung von drei unabhängigen Persönlichkeiten vorzuschlagen, die in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Brüsseler Konferenz die Menge der Atomenergie, die in den sechs Ländern baldmöglichst produziert werden kann, und die hierzu dienlichen Mittel zu bestimmen.

Die beiden Regierungschefs haben den großen Nutzen ihrer Unterhaltungen festgestellt und sind deswegen dahin übereingekommen, so oft wie möglich zu neuen Besprechungen zusammenzutreffen.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* Nr. 185 vom 2. Oktober 1956.

Briefwechsel zwischen Präsident Eisenhower und Ministerpräsident Bulganin zur Abrüstungsfrage

Schreiben Ministerpräsident Bulganins an Präsident Eisenhower vom 11. September 1956*

Geehrter Herr Präsident,

Ihre Botschaft vom 4. August dieses Jahres habe ich aufmerksam erwogen.

Leider müssen meine Kollegen und ich konstatieren, daß der Vorschlag der Sowjetregierung, die Staaten sollten Maßnahmen zur Einschränkung ihrer Rüstungen und Streitkräfte treffen, bei der Regierung der USA keine Unterstützung gefunden hat. In diesem Zusammenhang muß ich bemerken, daß die Sowjetregierung nach wie vor den Standpunkt vertritt, in der jetzigen internationalen Lage wie auch weiterhin — bis zu einer Uebereinkunft über eine vereinbarte Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte der Staaten — wären Maßnahmen der Staaten zur Einschränkung ihrer Streitkräfte unabhängig von den anderen für die Festigung des internationalen Vertrauens von großer Bedeutung. Sie wären ein gewichtiger Schritt zu einer Einigung über den Abbruch des Wettrüstens und über die Behebung der Atomkriegsgefahr.

Eben von diesen Erwägungen ausgehend, hat die Sowjetunion nach Einschränkung ihrer Armee um mehr als 1 800 000 Mann die anderen Staaten aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen. Zweifellos spricht die genannte Einschränkung, die die Sowjetunion an ihren Streitkräften von sich aus vorgenommen hat, unbedingt für ihre Friedensliebe, für ihr Streben, mit den anderen Staaten in Frieden und Freundschaft zu leben. Entsprechende Schritte von Seiten anderer Mächte trügen gleichfalls zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Ländern und zur Verringerung des Mißtrauens sowie der Furcht bei, von der die Völker bis auf den heutigen Tag noch nicht frei sind.

Gerade das hatten meine Kollegen und ich im Auge, als wir beschlossen, Sie von unseren Maßnahmen zur Einschränkung unserer Streitkräfte in Kenntnis zu setzen und zugleich auf die Bedeutung aufmerksam zu machen,

die entsprechende Schritte von Seiten der Regierung der USA hätten.

Selbstverständlich sind das Wettrüsten und die Aufrechterhaltung der großen Rüstungsbestände und starken Streitkräfte seitens der Staaten in keiner Weise dazu angetan, die Vertrauensatmosphäre zu schaffen, die für eine internationale Entspannung und für eine Verständigung in den Abrüstungsfragen dringend notwendig ist.

Von den Prinzipien ihrer friedensdienlichen Außenpolitik ausgehend, vertritt die Sowjetregierung konsequent eine Abstellung des Wettrüstens, ein vollständiges und vorbehaltloses Verbot der Atomwaffen und die Einstellung der Kernwaffenversuche. Es genügt, in diesem Zusammenhang an die sowjetischen Vorschläge vom 10. Mai 1955, 27. März und 14. Mai d. J. zu erinnern. Leider haben die in diesen Vorschlägen enthaltenen praktischen Abrüstungsmaßnahmen bei den Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika keine Zustimmung gefunden und sind unter verschiedenen Vorwänden abgelehnt worden.

In Ihrer Botschaft vom 4. August, Herr Präsident, wird es nach wie vor als erstrangige Aufgabe bezeichnet, sich über Luftinspektion oder, wie man gemeinhin sagt, über Luftaufnahmen zu einigen. Zugleich enthält diese Botschaft nichts über konkrete Schritte zur Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte, ebensowenig über ein Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen einschließlich des Verbots, Versuche mit diesen Waffen vorzunehmen.

Indes, mit Rücksicht darauf, daß die Tätigkeit der UN-Abrüstungskommission und ihres Unterausschusses nichts Positives ergeben hat, müßten wir versuchen, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden und die Abrüstungsverhandlungen auf die Ebene konkreter Fragen zu verlegen, die die Einschränkung der Rüstungen, namentlich die Einschränkung der Streitkräfte der Großmächte, ferner die schon lange dringend notwendigen Schritte zur Ächtung der Atomwaffen betreffen.

*) Vgl. den Wortlaut des Schreibens von Präsident Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin vom 4. August in EA 17/1956, S. 9151.

Zu der in Ihrer Botschaft angeschnittenen Frage der Luftinspektion hatte ich bereits Gelegenheit, Ihnen unseren Standpunkt darzulegen.

Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß die Frage der Luftinspektion und der Luftaufnahmen nichts mit Abrüstung zu tun hat. Indes hat man jedwede Abrüstungsmaßregel von der Annahme des Vorschlags über Luftaufnahmen abhängig gemacht, was die Verhandlungen über das Abrüstungsproblem in eine Sackgasse gebracht hat.

Da Sie, Herr Präsident, nochmals auf die Frage der Luftinspektion zurückkommen, will ich mir gestatten, einiges Weitere zu bemerken außer dem, was meine Kollegen und ich schon früher hierzu geäußert hatten.

Luftinspektion und Luftaufnahmen bedeuten, daß Angaben über das Hoheitsgebiet der betreffenden Staaten wie auch über ihre industriellen und sonstigen Ressourcen anderen Ländern verfügbar gemacht werden. Dabei darf man nicht übersehen, daß Militärs, ja, wir wollen es uns nicht verschweigen, auch einzelne Politiker gewisser Länder mehrmals erklärt haben, wünschenswert wären vollständigere Aufklärungsangaben über die militärischen und industriellen Ressourcen der UdSSR, wobei sie kein Hehl daraus machten, wozu sie solche Angaben haben möchten, und in diesem Zusammenhang die Bedeutung der zahlreichen militärischen Auslandsstützpunkte in dem an die Sowjetunion grenzenden Gebieten besonders hervorhoben. Bedenken Sie doch selbst, ob die Sowjetregierung und die Sowjetmenschen überhaupt den Forderungen nach Luftaufklärungen und Luftaufnahmen ohne Argwohn gegenüberstehen können. Natürlich nicht. Und ich glaube, daß diese Meinung auch in den westlichen Ländern von vielen geteilt wird, da sie sich durchaus Rechenschaft darüber ablegen, daß in der heutigen Situation — beim Vorhandensein militärischer Gruppierungen, bei dem bestehenden Mißtrauen in den Beziehungen von Ländern zueinander — eine gegenseitige Aufklärungstätigkeit, noch dazu unter Benutzung der modernsten Technik, die gegenseitige Angst vor der Gefahr eines plötzlichen Ueberfalls nur steigern und eine Kriegspsychose auslösen würde, von der, wie die Tatsachen zeigen, auch jetzt nicht alle frei sind.

Was ich hier gesagt habe, bedeutet nicht etwa, daß wir die Wichtigkeit vereinbarter Maßnahmen zur Verhütung eines plötzlichen Ueberfalls des einen Staats auf einen andern leugnen. Durchaus nicht. Wir selbst haben bestimmte Maßnahmen zu diesem Zweck vorgeschlagen. Ich meine unseren Vorschlag, Kontrollposten an den wichtigsten Punkten (Eisenbahnknotenpunkten, Flugplätzen, Chausseen, Häfen usw.) einzurichten. Die Schaffung solcher Posten, die auch beim jetzigen Stande des internationalen Vertrauens durchaus möglich wäre, schlosse eine gefährvolle geheime Konzentrierung von Streitkräften des einen oder des andern Staates und damit auch die Gefahr eines plötzlichen Ueberfalls aus. Selbstverständlich hat dieser unser Vorschlag nur dann Wert, wenn er in festem Zusammenhang mit der Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte der Staaten zur Ausführung gelangt. Ohne dies wird er gegenstandslos, ebenso wie jede andere Kontrollmaßnahme.

Was die Frage der Kontrolle betrifft, deren Bedeutung Sie in Ihrer Botschaft hervorheben, so muß ich nochmals feststellen, daß die Sowjetregierung seit je die Notwendigkeit einer wirksamen Kontrolle über die Einhaltung

eines Abrüstungsabkommens vertritt. Das ist namentlich aus den Vorschlägen der UdSSR vom 10. Mai 1955 und 27. März d. J. ersichtlich, die dem Unterausschuß der UN-Abrüstungskommission zur Erörterung unterbreitet wurden. So sehen z. B. die Vorschläge der UdSSR über die konventionellen Rüstungen vor, daß das Ueberwachungsorgan weitgehende Rechte und Vollmachten erhalten soll, darunter das Recht ungehinderten Zutritts zu allen der Ueberwachung unterliegenden Objekten: Truppenteilen, Lagern mit militärischen Ausrüstungen und Munition, zu den Land-, Marine- und Luftstützpunkten sowie den Betrieben, die Rüstungen und Munition konventionellen Typs herstellen.

Wenn ich vom Abrüstungsproblem spreche, kann ich, Herr Präsident, nicht umhin zu vermerken, daß sich die Sowjetunion in Verhandlungen wiederholt um eine Einigung mit den Westmächten bemüht hat. Wie aber die Geschichte der Abrüstungsverhandlungen in den UN-Körperschaften und bei anderen internationalen Beratungen zeigt, haben die übrigen Verhandlungsteilnehmer jedesmal, wenn ihnen die Sowjetunion im Interesse einer Einigung über die Abrüstungsfrage entgegenkam und ihre Vorschläge annahm, diese eigenen Vorschläge fallen lassen und dadurch eine Uebereinkunft über die Abrüstung nicht zustande kommen lassen.

Das betrifft vor allem die Vorschläge über die Niveaus der Streitkräfte der fünf Großmächte. Wie bekannt, hat sich die Lage auch dann nicht geändert, als die Sowjetregierung den letzten Vorschlag Ihres Vertreters im Unterausschuß für Abrüstungsfragen annahm, für die Streitkräfte der UdSSR, der USA und Chinas das Niveau mit je 2,5 Millionen Mann, für diejenigen Englands und Frankreichs mit je 750 000 Mann festzusetzen. Schon diese Maßnahme wäre sehr wichtig für eine Sanierung der internationalen Gesamtlage, für die Bereinigung der anderen Abrüstungsfragen und für die Einstellung des Wettrüstens. Man hätte meinen sollen, es habe sich eine Möglichkeit ergeben, die Stärke der Streitkräfte der fünf Mächte zu vereinbaren. Leider ist es aber auch in diesem Falle nicht gelungen, eine Einigung zustande zu bringen, da nach wie vor die erwähnte Forderung nach Luftaufnahmen gestellt wird.

Offen gestanden, Herr Präsident, liegt der Fall mit dem Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen ähnlich. Kaum war die Sowjetunion auf die von den Westmächten vorgeschlagenen Termine für die Inkraftsetzung des Verbots der Atom- und Wasserstoffwaffen eingegangen, da ließen diese Mächte den eigenen Vorschlag fallen. Ganz zu schweigen davon, daß man wie bisher alle Vorschläge zum Verbot des Atomwaffeneinsatzes ablehnt, obwohl die Völker fordern, man solle die Kernwaffen verbieten und die Gefahr eines verheerenden Atomkrieges bannen.

Was nun das in Ihrer Botschaft vom 1. März d. J. erwähnte Verbot der Kernwaffenerzeugung betrifft, so würde ein solches Verbot, wie die Sowjetunion bereits festgestellt hat, die Gefahr eines Atomkrieges keineswegs bannen, falls man nicht auch den Einsatz der Kernwaffen verbietet und sie aus den Rüstungsbeständen der Staaten ausschließt. Mehr noch, jenes Verbot würde faktisch bedeuten, daß man diese Massenvernichtungswaffe, deren vorbehaltloses Verbot Millionen und aber Millionen Menschen immer dringlicher fordern, legalisiert.

Wir sind überzeugt, Herr Präsident, falls alle interessierten Partner wirklich bestrebt sind, sich über das Abrüstungsproblem zu einigen, dann ist es möglich, sich, wenn nicht über das gesamte Problem, so doch zumindest über irgendeinen seiner Teile zu verständigen: über die Einschränkung der konventionellen Rüstungen, über das Atomwaffenverbot, über die Kürzung der Militärkredite usw. Hierbei darf man die Einigung über das eine oder andere Einzelproblem, über den einen oder andern Teilvorschlag nicht von einer Einigung über das gesamte Abrüstungsproblem abhängig machen, da man sonst nicht über den toten Punkt hinwegkäme, auf dem die Abrüstungsverhandlungen angelangt sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie, Herr Präsident, auch auf eine so wichtige und aktuelle Frage — einen Teil des Atomproblems — aufmerksam machen, wie es die Einstellung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen ist. Bekanntlich bedarf die Einstellung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen an und für sich keinerlei internationaler Ueberwachungsabkommen, da der heutige Stand der Wissenschaft und Technik es gestattet, jede Explosion einer Atom- oder Wasserstoffbombe, wo immer sie auch erfolgt, festzustellen. Dieser Umstand ermöglicht es, unserem Dafürhalten nach, die Einstellung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen aus dem gesamten Abrüstungsproblem auszusondern und schon jetzt allein zu regeln, ohne daß man eine Vereinbarung hierüber mit der Einigung über die anderen Abrüstungsfragen in Zusammenhang bringt.

Unseres Erachtens wäre eine Einigung der Mächte über die Einstellung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen ein erster wichtiger Schritt zu einem vorbehaltlosen Verbot dieser Massenvernichtungswaffen, was dem Sinnen und Trachten der ganzen Menschheit durchaus entspreche.

Offen gestanden, wundern meine Kollegen und ich uns darüber, daß in letzter Zeit bei den Verhandlungen über Abrüstungsfragen eine neue Vorbedingung für eine Einigung in diesen Fragen gestellt wird, nämlich: die Entscheidung der deutschen Frage und der anderen ungelösten internationalen Probleme. Ich glaube, Sie werden mir beipflichten, wenn ich sage: eine Uebereinkunft in Abrüstungsfragen von der Regelung z. B. des deutschen Problems abhängig machen heißt, daß man es aufgibt, nach Einigungsmöglichkeiten in der Abrüstungsfrage zu suchen. Einen solchen Standpunkt beziehen heißt einer Einigung über die Abrüstung zusätzliche Schwierigkeiten in den Weg legen.

Die Sowjetregierung war und ist für eine Wiedervereinigung Deutschlands im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den europäischen Sicherheitsinteressen, eine Wiedervereinigung, deren Bedeutung auch Sie in Ihrer Botschaft hervorheben. Zugleich hat die Sowjetregierung die Regierungen der USA und der anderen Mächte schon darauf aufmerksam gemacht, daß in Westdeutschland die Positionen der militaristischen Kräfte, die an der Entfesselung des zweiten Krieges schuld waren, wiederhergestellt werden. Besonders gefährlich hat sich die Entwicklung in Westdeutschland gestaltet, seitdem die Pariser Abkommen geschlossen sind und die Bundesrepublik Deutschland dem Nordatlantikpakt beigetreten ist. Man kann nicht übersehen,

daß durch die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht in Westdeutschland Voraussetzungen für die Aufstellung der größten regulären Armee Westeuropas geschaffen werden. In der Bundesrepublik läuft die Waffenherzeugung wieder an, zugleich werden Waffen in großen Mengen im Ausland angekauft.

Es tritt klar in Erscheinung, daß die Politik zur Remilitarisierung Westdeutschlands, die von der Unterdrückung der elementaren demokratischen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung Westdeutschlands begleitet ist, dazu führt, die Schaffung eines geeinten Deutschlands als friedliebenden und demokratischen Staates unmöglich zu machen.

Bei nüchterner Erwägung der in Westdeutschland entstandenen Lage gelangt man unweigerlich zu dem Schluß, daß die Frage der Vereinigung Deutschlands heute vor allem die Frage eines politischen Kurswechsels der Bundesregierung ist, da ihr jetziger politischer Kurs Westdeutschland zu einem europäischen Kriegsgefahrenherd macht.

In Ihrer Botschaft kommen Sie, Herr Präsident, auch auf unsere Genfer Verhandlungen über die Entwicklung der Kontakte und die Festigung der Freundschaft zwischen unseren Ländern zurück. Ich muß Ihnen mit voller Verantwortung sagen, daß es keineswegs die Sowjetunion ist, die in dieser Beziehung Schwierigkeiten macht. Es genügt zu sagen, daß die Sowjetregierung der Regierung der USA einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit angetragen hat. Aber die Regierung der USA ist auf dieses Angebot nicht eingegangen.

Ausgehend von unserer Genfer Abrede, die Kontakte zwischen unseren Ländern auszubauen, hat die Sowjetregierung ferner die nötigen Voraussetzungen geschaffen, damit amerikanische Staatsbürger die Sowjetunion besuchen können, und bekanntlich kommen in letzter Zeit viele Touristen, Vertreter des Kongresses, der Geschäftskreise, öffentlicher und kultureller Organisationen usw. aus den USA nach der Sowjetunion. Hingegen sind für den Besuch von Sowjetbürgern in den Vereinigten Staaten bisher die entsprechenden Voraussetzungen nicht geschaffen worden. Wir wollen hoffen, daß Sie dieser Frage ihre Beachtung schenken werden und daß da Wandel geschaffen wird.

Am Schluß Ihrer Botschaft sprechen Sie von dem Uebel, dessen Quelle angeblich die Sowjetunion gewesen ist. Indessen zeugen die Tatsachen davon, daß ein wirkliches und ernstes Uebel die Politik derjenigen ist, die versuchen, zum Kalten Krieg zurückzukehren, und die sich in ihren Beziehungen zu anderen Staaten auf die „Politik der Stärke“ basieren.

Ich habe es für notwendig gehalten, Herr Präsident, unsere Ansicht zu der in meiner Botschaft an Sie vom 6. Juni angeschnittenen Frage mit aller Offenheit darzulegen, ebenso zu den Fragen, die Sie in Ihrer Antwortbotschaft berührt haben, und ich hoffe, der Meinungsaustausch zwischen uns beiden wird helfen, die richtigen Wege zur Lösung der ungelösten internationalen Probleme und des wichtigsten von ihnen, des Abrüstungsproblems, zu finden.

Quelle: *Prawda* vom 15. September 1956; Deutscher Text: *Neue Zeit* (Beilage) Nr. 39 vom 20. September 1956.

Informationen und Berichte

Der Staatsbesuch von Bundeskanzler Adenauer in Brüssel

Zum ersten deutschen Staatsbesuch seit 1914 traf Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer am 24. September in Brüssel ein. Der Besuch stand im Zeichen sich seit dem Zweiten Weltkrieg günstig entwickelnder freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Das kam nicht nur in den ausgetauschten Ansprachen, sondern auch in der Art und Weise zum Ausdruck, wie zwischen beiden Ländern schwebende Fragen in großzügigem Entgegenkommen beiderseits eine Regelung erfuhren.

Die Ergebnisse des Staatsbesuchs wurden in einem gemeinsamen Communiqué zusammengefaßt, das auf Seite 9259 dieser Folge im Wortlaut wiedergegeben ist.

Am Nachmittag des 24. September unterzeichneten der belgische Außenminister, Paul Henri Spaak, und der Bundesminister des Auswärtigen, Heinrich von Brentano, einen Vertrag über die Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze. Danach kehren die im Jahre 1949 unter belgische Militärverwaltung gestellten Orte Bildchen, Lichtenbusch, Leykaul, Bullange, Losheim und Hemmeres mit insgesamt 648 Einwohnern in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik zurück. Lediglich die Siedlung Losheimer Graben mit 56 Einwohnern verbleibt endgültig bei Belgien. Außerdem gelangt zur Vereinfachung der Zollgrenze im Wege des Gebietsaustausches der bisher deutsche Wald von Wahlerscheid an Belgien und ein Landstrich bei Fringshaus von Belgien an Deutschland. Die belgische Venn-Bahn von Raren nach Kalterherberg verbleibt beim Durchqueren deutschen Gebietes mit Bahnkörper und Bahnhöfen belgisches Hoheitsgebiet. Auf der gesamten, die Grenze mehrmals überschreitenden Strecke ist die Tätigkeit der deutschen Zollverwaltung erlaubt. Die gleiche Regelung wurde für die belgisches Gebiet durchquerende Straße Fringshaus—Konzen getroffen. Als Entschädigung für belgische Investitionen in den an Deutschland fallenden Gebietsstreifen zahlt die Bundesrepublik 1,3 Millionen DM. Den betroffenen Bewohnern ist das Optionsrecht eingeräumt. Die Vertragspartner waren sich einig, daß damit die strittigen Grenzfragen zwischen Belgien und Deutschland endgültig geregelt sind.

Gleichzeitig wurde ein deutsch-belgisches Kulturabkommen geschlossen, das einen regen Kulturaustausch zwischen der Bundesrepublik und Belgien vorsieht. In einem Notenwechsel sagte die Bundesregierung den in Belgien ansässigen Emigranten und Opfern des Nationalsozialismus eine wirksame Hilfe im Rahmen des Lastenausgleichs zu. Die Bundesregierung wird den Ländern eine beschleunigte Erledigung der Entschädigungsanträge nahelegen und für Härtefälle einen Soforthilfe-Fonds bereitstellen. Ein Abkommen über die Regelung von Rentenzahlungen und ein Uebereinkommen betreffend die Doppelbesteuerung wurden ebenfalls unterzeichnet. Die früheren deutschen Eigentümer von Grundstücken im Grenzgebiet, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Feindvermögen sequestriert wurden, erhalten im Rahmen der Versteigerungen das Rückkaufsrecht, wobei der Bund die Kosten tragen wird.

Schon bei den Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident van Acker und den Außenministern der beiden Länder hatte die Europäische Integration das Hauptthema dargestellt. Eine besondere europäische Note erhielt der Brüsseler Aufenthalt Dr. Adenauers gegenüber der Öffentlichkeit in einem Vortrag vor den „Grandes Conférences Catholiques“ am Abend des 25. September. Der Analyse der für die weiteren europäischen Einigungsbestrebungen wichtigen Entwicklungen setzte Adenauer die Feststellung voran:

„... daß das Ziel der ersten Periode der Europäischen Integration erreicht ist: Kriege unter europäischen Völkern gehören endgültig der Vergangenheit an.“

Der zum Teil durch den übersteigerten Perfektionismus gescheiterten Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft sei die Gründung der Westeuropäischen Union gefolgt, von der er nicht wisse, ob sie der neuen politischen Entwicklung, die sich auf der Erde abzuzeichnen beginne, genüge. Diese Entwicklung sei durch das Wirksamwerden von vier Elementen gekennzeichnet, auf die der Redner im Folgenden näher einging.

1. Dank der Uneinigkeit des Westens konsolidiere sich die Sowjetunion immer mehr als eine expansive Weltmacht.

2. Die europäischen Völker könnten nicht auf die Dauer fortfahren, ihr Heil und ihre Sicherheit lediglich durch den Schutz der Vereinigten Staaten zu finden. Der Kanzler fuhr dann fort:

„Das kann und darf kein Dauerzustand werden, weil dadurch die europäischen Kräfte mit der Zeit der Erschlaffung verfallen und weil auch die Vereinigten Staaten nicht gesonnen sind, auf die Dauer die Sorge für Europa in einem Umfange zu übernehmen, der den Amerikanern einfach nicht zugemutet werden kann. Lebensnotwendigkeiten der europäischen Staaten müssen nicht immer auch Lebensnotwendigkeiten der Vereinigten Staaten sein und umgekehrt; daraus können sich Verschiedenheiten der politischen Auffassungen ergeben, die zu selbständigem politischem Vorgehen führen können.“

3. Als weiteres Moment führte der Bundeskanzler an, daß die Entwicklung der beiden großen Weltmächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, zu einem Abhängigkeitsgefühl der kleineren Länder und einem weiteren Nachlassen ihrer Kräfte führe. Diese Tendenz werde durch die Atomwaffen noch verstärkt.

4. Schließlich seien seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Völker, wie Indien, China, und als arabische Vormacht nun auch Ägypten auf der Bühne des politischen Weltgeschehens erschienen und hätten die Position Europas beeinflusst.

Aus diesen Gründen, so folgerte Bundeskanzler Adenauer, müsse die Europäische Integration nicht mehr allein unter innereuropäischen, sondern unter weltweiten politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen werden. Wenn man die auf nationalen Vorstellungen und Traditionen beruhenden Hemmungen nicht über Bord werfe, werde die Entwicklung über die Europäer hinweggehen. Die Integration dürfe aber auch nicht durch den Perfektionismus unmöglich gemacht werden.

Der Kreis der Teilnehmerstaaten an einer zukünftigen Föderation solle nicht begrenzt werden. Besonderen Wert legte der Bundeskanzler auf die Mitarbeit Großbritanniens, wobei er im einzelnen ausführte:

„Großbritannien hat durch seinen Beitritt zur Westeuropäischen Union im Jahre 1954 gezeigt, daß auch nach seiner Ueberzeugung wesentliche britische Interessen mit den Interessen der europäischen Länder auf dem Kontinent konform sind. Die Entwicklung seit 1954, insbesondere auch die Suezkrise, hat diese Auffassung als richtig bestätigt. Die Haltung Großbritanniens ist von außerordentlich großer Bedeutung für die Zukunft Europas. Ich hoffe von Herzen, daß sie sich weiter entwickelt in der in den letzten Jahren eingeschlagenen Richtung.“

Abschließend sprach sich Bundeskanzler Adenauer mit folgenden Worten für eine baldige europäische Föderation aus:

„Ich glaube, daß die baldige Gründung einer Europäischen Föderation nicht utopisch ist. Wir haben bisher schon so viele Einzelregelungen, die man zusammenfassen kann, und es harren so manche Gebiete einer gemeinsamen Regelung, daß man, wie ich glaube, bald zu einer lebensfähigen Institution kommen kann. Die verschiedenen Zusammenschlüsse und Einzelregelungen rufen geradezu nach einer Zusammenfassung...“
Günter Hindrichs

Die zweite Konferenz des Parlamentarischen Rates der Europäischen Bewegung in Wien

Rund 150 Parlamentarier aus 14 europäischen Ländern nahmen an der vom 5. bis zum 8. September 1956 in Wien dauernden 2. Konferenz des Parlamentarischen Rates der Europäischen Bewegung teil*. Die Tagesordnung umfaßte unter anderem acht Vorträge. In seinem Bericht führte Robert Schuman, der Präsident der Europäischen Bewegung aus, daß sich bei der Errichtung des Gemeinsamen Marktes die Harmonisierung der Steuer- und Soziallasten als notwendig erwiesen habe; in der letzten Etappe der Uebergangszeit zum Gemeinsamen Markt werde auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik der europäischen Länder notwendig werden. Der Präsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, Guiseppe Pella, hob die konjunkturpolitischen Erfolge der Montanunion und die überproportionale Steigerung des Güteraustausches auf dem Montansektor hervor. Trotz aller Erfolge sei aber die für die EGKS gefundene Formel nicht ohne weiteres auf andere Wirtschaftsgebiete zu übertragen, und man müsse sich hüten, durch weitere Integrationen von wirtschaftlichen Teilgebieten zahlreiche neue „Wirtschaftsstaaten“ zwischen den politischen Staaten Europas zu schaffen. In der Diskussion kritisierte Gerhard Kreyssig (SPD) die Versäumnisse des Ministerrats der Montanunion auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Der Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats Kurt-Georg Kiesinger (CDU/CSU) wies auf die zahlreichen vom Europarat herbeigeführten Konventionen auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet als Beweise für die Bedeutung des Europarats hin. In der Diskussion empfahl Karl Mommer (SPD), daß der Europarat die Möglichkeiten der Aktivität in Richtung auf die nationalen Parlamente in stärkerem Maße ausnutzen möge. Der Präsident der Versammlung der WEU,

John Scot MacLay, vertrat die Auffassung, daß die WEU bestrebt sein müsse, die Tätigkeit der einzelnen Regierungen zu einer Harmonie zu bringen, in der sozialen und kulturellen Arbeit die Initiative zu ergreifen und sie in die Sphäre des Europarates einwirken zu lassen. Geoffrey de Freitas wies auf die in der Verfassung der NATO liegenden Möglichkeiten hin, Konflikte bei den Handelsbestrebungen der Mitgliedstaaten auszuschalten und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ihnen zu fördern, und unterstützte die Vorschläge zur Bildung eines Schiedsgerichts und eines Rates der Atlantikstaaten nach dem Muster des Europarats. Graf Richard Coudenhove-Kalergi entwickelte den Plan eines Waffenstillstands zwischen dem NATO-System und dem Ostblock. Die Satellitenstaaten Osteuropas sollen in einem neutralen Block zwischen Ost und West zusammengefaßt werden, dessen Pionier und Kernstück das neutrale Oesterreich sein solle. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß ein derartiger Vertrag der Fixierung des Status quo gleichkomme, außerdem sei es unrealistisch anzunehmen, daß Rußland osteuropäische Staaten aus den Fesseln des Satellitentums entlassen werde. Carlo Schmid vertrat die Auffassung, daß die europäische Politik auf die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit mit Einschluß der Vereinigten Staaten und Sowjetrußlands gerichtet sein müsse. Voraussetzung der Sicherheit sei eine allgemeine durchgreifende Abrüstung. Europa solle für die Industrialisierung der ehemaligen Kolonialgebiete eine Art von Marshallhilfe bereitstellen. Durch eine solche Tat würden die europäischen Länder neue Impulse für ihren Zusammenschluß gewinnen. In seiner Stellungnahme dazu bezweifelte Kiesinger, daß eine Versöhnung zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland leicht herbeizuführen sei, und warnte den Westen davor, sich vom Osten einlullen zu lassen. Die Bedeutung der Fragen Mittelasiens, des Nahen Ostens und Nordafrikas für die Länder des Westens wurde von Julian Amery hervorgerufen, der diese Fragen im Gegensatz zur deutschen Wiedervereinigung und zu der Vereinigung Europas für das unmittelbarere Problem der Ost-West-Beziehungen hielt. Man müsse sich über weitere Druckmittel gegen Nasser klarwerden, der ein wertvolles Instrument der Sowjets sei. Die Auffassungen Amerys wurden von seinen Landsleuten John Hynd und John Edward (Labour) scharf angegriffen. Die Konferenz wählte Georges Bohy (Belgien) wieder zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates der Europäischen Bewegung.

Wolfgang Morgenstern

Jahreskonferenz des Rates der Liberalen Weltunion in Stresa

Vom 12. bis zum 15. September 1956 hielt der Rat der Liberalen Weltunion in Stresa am Lago Maggiore seine diesjährige Konferenz ab*. Das Schwergewicht der Arbeit des Kongresses lag in der Erörterung des Suezkonfliktes und des Verhältnisses zwischen Ost und West. Der Kongreß zeichnete sich durch die bei vielen Teilnehmern vorhandene Ueberzeugung aus, daß ein festes Auftreten des Westens gegenüber dem Ostblock wie auch gegenüber dem wachsenden Nationalismus für die Herstellung des Rechtes und der Freiheit notwendig sei. Der

*) Vgl. den Bericht über die erste Konferenz in Paris im Europa-Archiv 10/1954, S. 6592.

*) Vgl. den Bericht über die Jahrestagung 1955 im Europa-Archiv 19/1955, S. 8283.

Präsident des Rates, Roger Motz (Belgien), wandte sich in seinen Ausführungen gegen den Kolonialismus im Gegensatz zu einer Art der Zusammenarbeit, wie sie zwischen Belgien und Belgisch-Kongo bestehe; Europas Existenz sei nicht vom Kolonialismus abhängig, aber die Liberalen würden fortfahren, für die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa zu kämpfen. Der Vizepräsident des Rates, Willy Bretscher (Schweiz), betonte die Notwendigkeit einer klaren und festen Haltung der Liberalen, besonders in einer Zeit, in der die Schlagworte Entspannung und friedliche Koexistenz in Umlauf gesetzt würden. Vizepräsident Hans Kluthe (Deutschland) sprach die Vermutung aus, daß die politische Linie der Solidarität mit dem Westen unter den deutschen Liberalen in der Bundesrepublik trotz der jüngsten Spaltung unverändert geblieben sei. Hinsichtlich der Frage, ob der Suezkonflikt durch die Vereinten Nationen beigelegt werden könnte, äußerte sich Vizepräsident Sir Andrew McFadyean (Großbritannien) skeptisch. Der Präsident der Hohen Behörde der Montanunion, René Mayer (Frankreich), zugleich Vizepräsident des Rates der Liberalen Weltunion, vertrat die Meinung, daß der Konflikt zwischen Liberalismus und Sozialismus an Schärfe verloren habe, seitdem die Sozialdemokratie im Westen die Verteidigung der individuellen Freiheiten und den Widerstand gegen den Totalstaat auf ihre Fahne geschrieben habe und die Liberalen den sozialen Konsequenzen des wirtschaftlichen Handelns mehr Beachtung schenken. Der ärgste Feind der Freiheit sei heute der Nationalismus. Wenn unentwickelte Völker die nationale Autonomie gewinnen, ohne sich selbst erhalten zu können und ohne die Freiheit im Innern gesichert zu haben, so werden sie ein Instrument in der Hand der unfreien Welt gegen die freie Welt werden. Europa, so forderte Mayer, solle sich nicht vom aufbrausenden Nationalismus in Afrika an die Wand drücken lassen, und er appellierte an Großbritannien, nicht nur im Falle der Not die Solidarität Europas zu beschwören, sondern sich grundsätzlich zu intensiveren Formen der Zusammenarbeit bereit zu finden. Vizepräsident Giovanni Malagodi (Italien) warf der Sowjetunion als angeblicher Vorkämpferin der nationalen Emanzipation vor, das größte Kolonialreich der Geschichte errichtet zu haben, während Europa und Amerika zahlreiche Gebiete aus der Domination entlassen haben. Malagodi hielt ein energisches Vorgehen gegen Nasser für gerechtfertigt. Zur Förderung der wirtschaftlichen Integration Europas empfahl er die Schaffung einer europäischen Währung. Dr. Middelhaue (FDP) warnte die Liberalen davor, die Initiative in der Europa-Frage an die Sozialisten zu verlieren, und griff erneut seinen Vorschlag auf, eine europäische liberale Partei zu gründen. In einem vom Generalsekretär des Rates, John MacCallum Scott, verfaßten Memorandum wird der Westen zu verstärkter Initiative gegenüber dem Osten aufgefordert. Hermann Schäfer (Deutschland) forderte die stärkere Förderung der Intelligenz im Westen.

In seinen Resolutionen empfahl der Kongreß die Einhaltung internationaler Abmachungen als Voraussetzung einer Ordnung des Rechts, des Friedens und der Freiheit. Mit der Gutheißung durch die britischen Delegierten schlug der Kongreß die Schaffung eines übernationalen Regimes für den Suezkanal zum Zwecke der Sicherung der Freiheit des Verkehrs für alle Nationen und zur Verhinderung der Beeinträchtigung des Lebensstandards der

betroffenen Völker vor. In klarer Form machte er auf den Widerspruch aufmerksam, der zwischen der Unabhängigkeits-Kampagne Sowjetrußlands hinsichtlich der arabischen und asiatischen Völker und der sowjetrussischen Unterdrückung der mittel- und osteuropäischen Völker besteht. Der Rat wählte Roger Motz wieder zum Präsidenten.

Wolfgang Morgenstern

Der Parteitag der CDU-Ost in Weimar

Vom 12. bis zum 15. September 1956 fand in Weimar der Parteitag der Christlich-Demokratischen Union der DDR statt. Neben den 1100 Delegierten und Gästen aus der DDR waren Vertreter christlicher Parteien der Ostblockstaaten und Besucher aus der Bundesrepublik, aus Großbritannien, Frankreich und der Schweiz erschienen. Das einleitende dreistündige Referat des Parteivorsitzenden und Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Dr. Otto Nuschke, brachte keine Bezugnahme auf sich abzeichnende Veränderungen im politischen Leben der DDR. Schon in Grußtelegrammen an Staatspräsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl hatte Nuschke zum Ausdruck gebracht, daß seine Partei unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei mit der DDR das Beispiel für ein neues Deutschland schaffen wolle. Er wandte sich gegen eine „Zersetzungsarbeit unter kirchlichem Deckmantel“, gegen die sich der Staat mit Recht zur Wehr setze. In den allgemeinbildenden Schulen sei der freiwillige Religionsunterricht gesichert. Die CDU wünsche, daß die christlichen Eltern ihre Kinder zur Konfirmation und zur Erstkommunion schicken, und über das Thema Jugendweihe fänden laufend Fühlungen zwischen der Kirche und der SED statt, um das Problem zu entschärfen. Als Vorbedingungen für gesamtdeutsche Wahlen nannte Nuschke den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, eine Vereinbarung beider Teile Deutschlands über eine gemäßigte Wiederbewaffnung und erfolgreiche Verhandlungen der DDR mit der Bundesregierung über die Grundlagen des neuen Staates. Er setzte sich für eine „unabhängige Position“ des vereinigten Deutschland ein, die der Stellung Schwedens, der Schweiz, Oesterreichs oder Jugoslawiens entsprechen könne.

Am zweiten Sitzungstag wandte sich der Generalsekretär der CDU, Gerald Götting, an die Handwerker und Unternehmer, die sich bewußt werden müßten, daß der „Sozialistische Aufbau“ auch dem Mittelstand diene. Die staatliche Beteiligung an Privatbetrieben und die Bildung von Handwerker-Genossenschaften seien die Formen, in denen der Mittelstand mitwirken könne. Viele Handwerker seien aber der falschen Ansicht, daß sie durch den Eintritt in Genossenschaften ihren hohen Wohlstand verlieren würden, den sie durch staatliche Förderungsmaßnahmen erreicht hätten. Aufgabe der CDU sei die Festigung der örtlichen Volksvertretungen als politische Grundlage der DDR und die Mitwirkung an der Ausübung der staatlichen Macht, die Verteidigung der demokratischen Errungenschaften, die Hebung der Arbeitsproduktivität und Entfaltung der schöpferischen kulturbildenden Kräfte, die Wahrung und die Festigung der demokratischen Gesetzmäßigkeit und die Mitwirkung an der Herstellung neuer Beziehungen zwischen den Menschen auf der Grundlage der demokratischen Errungenschaften.

In der Schlußsitzung am 15. September wurde Otto Nuschke in geheimer Wahl mit 738 von 743 Stimmen als Vorsitzender der Partei bestätigt. Gerald Götting wurde als Generalsekretär wiedergewählt. Otto Nuschke erhielt als erster das Ehrenzeichen der CDU, dessen Stiftung die Delegierten beschlossen hatten. In einer einstimmig angenommenen abschließenden Entschließung stellte der Parteitag u. a. fest: „Die Heranführung unserer Mittelschichten an die Aufgaben des Sozialismus ist eine Notwendigkeit, zu deren Erfüllung auch die CDU weiterhin wichtige Beiträge leisten muß.“ Günter Hindrichs

Der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Chinesischen Volksrepublik

Die Tatsache, daß seit April 1945 keine Parteikonferenz der chinesischen Kommunisten mehr stattgefunden hat, gab dem vom 15. bis zum 27. September in Peking abgehaltenen VIII. Parteitag eine besondere Bedeutung. Zudem war dies die erste Zusammenkunft der seit der 1949 erfolgten Gründung der Chinesischen Volksrepublik an der Macht befindlichen Partei. Die Annahme schien also berechtigt, daß diese Konferenz nicht nur als eine wichtige Etappe in der Entwicklung des chinesischen Kommunismus zu betrachten, sondern damit zugleich die Möglichkeit geboten sei, Stand und Gewicht der Partei innerhalb des internationalen Kommunismus, vor allem aber ihr Verhältnis zur KPdSU nach den jüngsten Entwicklungen zu beurteilen.

Der XX. Parteitag der KPdSU und die darauffolgende Politik der „Entstalinisierung“, der Abwertung des Personenkultes usw. mußten zweifellos auch ihre Auswirkungen auf die chinesische Bruderpartei haben. Dies läßt sich u. a. aus einigen Äußerungen des Ersten Sekretärs der Partei, Liu Schao-tschi (in dem von ihm verlesenen politischen Rechenschaftsbericht), und aus verschiedenen Bestimmungen der neuen Parteistatuten schließen. Die darin enthaltenen Anzeichen für ein Einschwenken der Partei auf den „neuen Kurs“ (so die Kritik an der Parteibürokratie, die Forderung nach freierer Diskussion und Zulassung von Meinungsverschiedenheiten unter der Voraussetzung, daß sie der Parteidisziplin nicht widersprechen, die Betonung des Prinzips der kollektiven Leitung, die geforderte Dezentralisation des Partei- und Staatsapparates und der Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit mit der sogenannten nationalen Bourgeoisie) traten kaum in den Vordergrund und sind mindestens zum Teil Maßnahmen, die auf Grund der (zugegebenen) parteiinternen Kritik zugestanden werden mußten. Umgekehrt war nicht zu übersehen, daß bei aller ideologischen Gemeinsamkeit mit der Sowjetunion die Chinesische Volksrepublik ihren eigenen Weg zu gehen gewillt ist. Vielleicht sollte die Tatsache, daß die KPdSU nicht, wie die meisten übrigen Länder es taten, ihren Ersten Sekretär Chruschtschow an die Konferenz delegierte, sondern den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan, manifestieren, daß die chinesische Partei selbst den Anschein, Befehlsempfängerin Moskaus zu sein, vermeiden will. Nicht zuletzt sind es jedoch die Ausführungen von Ministerpräsident Tschou En-lai, welche diesen Eindruck verstärken. In seinem Bericht über den ersten Fünfjahrplan betonte er die für China sich ergebende Notwendigkeit, ein eigenes autarkes und zusammen-

hängendes System der Industrie zu schaffen. Bei aller Berücksichtigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Ländern des kommunistischen Lagers sei für China auf Grund seiner besonderen Lage sowohl vom Standpunkt der innerstaatlichen Erfordernisse für eine möglichst rasche Beseitigung der wirtschaftlichen Rückständigkeit als auch aus außenpolitischen Rücksichten auf einen allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft der sozialistischen Länder die Schaffung eines eigenen Wirtschaftssystems unerlässlich. Eine solche Feststellung war nicht nur geeignet, den Willen zur möglichst großen Selbständigkeit gegenüber der Sowjetunion zu dokumentieren, sondern sie deutet auch darauf hin, daß China im asiatischen Raum eine eigene Wirtschaftspolitik zu betreiben gedenkt.

Bis zur vollständigen Industrialisierung des Landes werden aber, Tschou En-lais Ausführungen zufolge, der zweite und dritte Fünfjahrplan notwendig sein; immerhin sei die „sozialistische Umwandlung“ mit dem 1957 zu Ende gehenden Fünfjahrplan abgeschlossen. Die Industrieproduktion werde im Jahre 1962 im Vergleich zu den Planziffern von 1957 die doppelte Höhe erreichen, die landwirtschaftliche Produktion werde um 35 vH gesteigert werden. Als grundlegende Aufgaben für die nächsten Jahre nannte der Ministerpräsident den weiteren Ausbau der Volkswirtschaft mit der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie, eine weitere Steigerung der Produktion auf den übrigen Gebieten und eine Intensivierung des Handels und Transportwesens, den Ausbau der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und die Stärkung der nationalen Verteidigungsbereitschaft. So soll nach Tschou En-lai die gesamte Erzeugung von Getreide in einer Planperiode 1,1 Mrd. Tonnen, von Baumwolle 10,5 Mrd. Tonnen erreichen, die Stahlproduktion wird bereits Ende 1957 5,5 Mill. Tonnen, die Kohlenförderung 20 Mill. Tonnen pro Jahr betragen. 91,7 vH der Bauernbetriebe sollen bis 1962 in genossenschaftlichen Betrieben aufgehen.

Auf außenpolitischem Gebiet wurden vom Parteitag die seit langem erhobenen Forderungen auf eine Rückgliederung Formosas (auf dem Wege der „Befreiung durch friedliche Verhandlungen“, wie Liu Schao-tschi sich ausdrückte), nach Aufhebung des Handelsembargos gegen China, auf Zulassung zu den Vereinten Nationen und Verwirklichung der Prinzipien der Koexistenz erneut gestellt. Man unterließ es dabei nicht, Chinas Wunsch nach einer friedlichen Koexistenz mit den Vereinigten Staaten besonders zu unterstreichen, wohl in der Hoffnung, damit das entscheidende Land der westlichen Außenpolitik schließlich doch noch in einem für sich günstigen Sinne beeinflussen zu können.

Bei den Wahlen in das von 44 auf 97 Mitglieder vergrößerte Zentralkomitee zeigte sich die völlige Durchdringung von Partei und Staat: die sechs an der Spitze der Wahlliste aufgeführten Persönlichkeiten (in dieser Reihenfolge: Mao Tse-tung, Liu Schao-tschi, Lin Po-tschou, Teng Hsiao-ping, Tschu Teh, Tschou En-lai) sind gleichzeitig die ersten Männer im Staate. Die übrigen 91 Mitglieder werden mit der Angabe der Stimmen, mit welchen sie gewählt wurden, aufgeführt; ebenso sind 73 Ersatzmänner bezeichnet. Das Politbüro, gleichfalls um 4 Mitglieder auf 17 erweitert, wird von Mao Tse-tung präsiert.

Dr. Curt Gasteyger

Zeittafel vom 16. bis zum 30. September 1956

Die Ereignisse in Europa*

Belgien

24. Bundeskanzler Dr. Konrad *Adenauer* trifft zu einem zweitägigen Staatsbesuch in Brüssel ein. (Vgl. den Bericht auf Seite 9263 dieser Folge.)

Bulgarien

18. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens gibt bekannt, daß es einen Bericht der Kommission zur Überprüfung des Prozesses gegen den ehemaligen Stellvertretenden Ministerpräsidenten *Traitscho Kostoff* und anderer wegen „Titoismus, verräterischer Umtriebe und Spionage“ geführter Prozesse gebilligt habe. Das Zentralkomitee sei zu der Ansicht gelangt, daß die Angeklagten zu Unrecht verurteilt worden seien und daß sie „rechtlich rehabilitiert“ und, soweit sie nicht hingerichtet wurden, wieder in die Partei aufgenommen werden sollen. Die Partei schließt sich dem Kampf gegen den Personenkult an, wie es in einer weiteren Entschließung heißt, und will ihre Bemühungen um eine konsequente Wiederherstellung der „Leninschen Normen und Prinzipien“, die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie, die Festigung der „sozialistischen Legalität“ und die „Hebung der Rolle der Nationalversammlung als höchstem Organ der Volksmacht“ fortsetzen.

Deutschland

16. Beendigung der am 3. September begonnenen Unterschriftensammlung des Heimatbundes Badener Land im Rahmen eines Volksbegehrens zur Wiederherstellung des ehemaligen Landes Baden mit folgendem Ergebnis:

Landesteil	Volksbegehren 1956	Volksabstimmung 1951
Nordbaden . .	8,7 vH	42,9 vH
Südbaden . . .	22,0 vH	62,2 vH
Baden insges. .	15,0 vH	52,0 vH

Da sich mehr als 10 vH der Wähler beteiligen, ist das Volksbegehren erfolgreich.

17. König *Paul* und Königin *Friederike* von Griechenland treffen zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik ein. Bei einem Abendessen als Gast des Bundespräsidenten auf Schloß Brühl nimmt der griechische König u. a. auch zur Cypernfrage Stellung. Das Griechentum auf der Insel nehme für sich ein heiliges Recht der zivilisierten Menschheit in Anspruch, und das griechische Volk wäre seiner Geschichte unwürdig, wenn es dieses gerechte Verlangen nicht unterstütze. „Mein Volk ist daher entschlossen“, so fuhr der König fort, „sich mit allen legalen Mitteln einzusetzen, bis daß es seine Brüder auf Cypern

- frei weiß.“ Es sei natürlich, daß dieser Entschluß die Beziehungen zu Großbritannien abgekühlt habe.
19. Der Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR beschließt die Abhaltung von Wahlen der Gewerkschaftsleitungen in der Zeit vom 15. Oktober 1956 bis zum 15. März 1957.
20. Die sowjetische Botschaft überreicht dem Auswärtigen Amt eine Verbalnote, in der die Bundesregierung um die genaue Angabe und Bestätigung des augenblicklichen Aufenthaltes von Sowjetbürgern in der Bundesrepublik, die auf einer beigefügten Liste angeführt sind, gebeten wird. Die sowjetische Botschaft beabsichtige, sich mit diesen Personen zwecks Repatriierung in Verbindung zu setzen. Am 25. gibt das Auswärtige Amt in seiner Antwortnote dem Ersuchen statt, macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß es sich bei den Personen meistens um solche handeln werde, die inzwischen in andere Länder ausgewandert sind oder nicht den Wunsch haben, in ihre Heimat zurückzukehren.
23. Der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Eugen *Gerstenmaier*, spricht sich auf dem Deutschen Aerztag in Münster für einen großzügigen „grauen Plan“ zur allgemeinen Förderung der wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung aus.
25. Die Bundesminister *Viktor Emanuel Preusker* und *Joachim von Merkatz* geben auf einer Pressekonferenz bekannt, daß die Deutsche Partei und die Freie Volkspartei in Zukunft im Bundestag in einer Arbeits- und Aktionsgemeinschaft so zusammenarbeiten wollten, „als seien sie eine Fraktion“.
26. In einer Rundfunkansprache berichtet Bundeskanzler *Adenauer* über seine Verhandlungen während des Staatsbesuchs in Brüssel und kündigt weitere Einzelheiten für die zu bildende europäische Föderation an.
27. Die Bundesregierung verabschiedet eine Kabinettsvorlage, nach der die Zeit des aktiven Wehrdienstes im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht nicht 18, sondern nur 12 Monate betragen soll. Zum Ausgleich werde man den Prozentsatz der freiwillig länger dienenden Soldaten erhöhen. Dabei wird mitgeteilt, daß das Bundesverteidigungsministerium eine längere Dienstzeit für erforderlich erachte, um den Soldaten mit den modernen Waffen genügend vertraut zu machen. Jedoch sei nach den amerikanischen Pressemeldungen über die Umrüstung und Pläne zur Verminderung der amerikanischen Heeresstärke nicht mehr damit zu rechnen, daß eine Mehrheit des Bundestages einer 18monatigen Dienstzeit zustimmen werde.
- Der Bundestag tritt nach den Sommerferien erstmalig wieder zusammen. Er verabschiedet in dritter Lesung das Ratifizierungsgesetz zum Vertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Jugoslawien vom 10. März 1956 (vgl. Zeittafel in Folge 6 und 7/1956) mit 236 gegen 96 Stimmen bei 14 Enthaltungen.

*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für September auf Seite 9271 ff.

Außerdem stimmt der Bundestag in dritter Lesung dem Vorschlag über die Steuerreform in der Fassung, die auf Antrag des Bundesrats durch den Vermittlungsausschuß ausgearbeitet worden war, zu.

Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages ermächtigt den Bundestagspräsidenten einstimmig, dem Obersten Sowjet auf seine Einladung einer Parlamentarier-Delegation eine Zusage zu geben.

29. In Bonn und auf Schloß Erlich führen Bundeskanzler *Adenauer* und der französische Ministerpräsident, *Guy Mollet*, Besprechungen, über die ein gemeinsames Kommuniqué herausgegeben wird, dessen Wortlaut auf Seite 9259 dieser Folge wiedergegeben ist.

Frankreich

19. Zweitägige Sitzung des Europäischen Aktionskomitees, das von *Jean Monnet* ins Leben gerufen worden ist. Der Ausschuß leitet den Regierungen der Mitgliedstaaten der EGKS eine Entschliebung zu, in der auf eine beschleunigte Abfassung des Vertrages über die Euratom-Gemeinschaft gedrungen wird, die auch unabhängig von den Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt errichtet werden könne.
20. Das vom Nordatlantikat zur Prüfung der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auf nichtmilitärischem Gebiet eingesetzte Komitee, das aus den Außenministern *Lester B. Pearson* (Kanada), *Gaetano Martino* (Italien) und *Halvard Lange* (Norwegen) besteht, beendet seine am 10. September begonnenen Sitzungen in Paris. In Besprechungen mit den jeweiligen Außenministern werden die Antworten der Länder auf einen Fragebogen erörtert. Die Minister bereiten nunmehr ihren Bericht an den Nordatlantikat vor.
23. Unter dem Motto „Zehn Jahre deutsch-französische Annäherung“ beginnt in Straßburg der zweitägige achte Kongreß des Internationalen Verbandes der Bürgermeister.
25. Vor der Außenpolitischen Kommission der Nationalversammlung berichtet Außenminister *Christian Pineau* über die Entwicklung der Suezfrage und wirft dabei der italienischen Regierung vor, auf der Zweiten Londoner Suezkanal-Konferenz durch ihre Feststellung, sie werde weiterhin die Kanalgebühren an Ägypten zahlen, eine Wendung im Konferenzverlauf herbeigeführt, die Vereinigung der Suezkanal-Benutzer damit entwertet und den Mißerfolg der Konferenz verursacht zu haben.
26. Der britische Premierminister *Eden* trifft sich in Paris mit Ministerpräsident *Mollet* zu Besprechungen, an denen auch die Außenminister der beiden Länder teilnehmen. Das am 27. September herausgegebene Kommuniqué berichtet, daß die beiden Staatsmänner die enge Zusammenarbeit zur Lösung der Suezfrage fortsetzen wollen. Um die aufs neue bestätigte Gemeinsamkeit der Ziele und Interessen der beiden Länder zu vertiefen, sollen noch etwa bestehende Mißverständnisse aus dem Wege geräumt werden. Gegenstand der Erörterung war außerdem die politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Staaten in den verschiedenen europäischen Organisationen.

Griechenland

18. Die Zeitung *Eleftheria* veröffentlicht ein Interview, das ihr von Bundeskanzler *Adenauer* gewährt worden ist. Darin bezweifelt *Adenauer* den Wert eines Versuchs, die Cypernfrage im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen lösen zu wollen, dort Interessen verschiedener Art gegeneinander zu stellen. Dem sei eine Lösung im Rahmen der Nordatlantikpakt-Organisation vorzuziehen. Innerhalb dieser Gemeinschaft würden alle Länder ernsthaft bemüht sein, eine günstige Lösung für ein Problem zu finden, das zwei wertvolle Verbündete entzweit.

Großbritannien*

29. Auf dem Kongreß der Liberalen Partei in Folkestone erklärt der bisherige Vorsitzende der Partei, *Clement Davies*, seinen Rücktritt. Als Grund für seinen Schritt gibt *Davies* sein fortgeschrittenes Alter an. Der Nachfolger soll demnächst gewählt werden.

Italien

16. Anlässlich der Eröffnung der Bozener Messe betonte Innenminister *Fernando Tramboni*, daß es kein Problem Südtirol gebe, und Italien habe als demokratische, freie und unabhängige Nation seine den Minderheiten gegenüber übernommenen Verpflichtungen eingehalten. Er fährt dann fort: „In unserem Land gibt es weitgefaßte gültige Garantien, festgelegt durch Verfassung und Gesetze, sowie die vollkommene Freiheit. Nichts kann daher rechtfertigen, daß Südtiroler italienische Staatsbürger, auch wenn sie zu einer Minderheit gehören, an andere Staaten wenden. Ebenso wenig kann die Regierung dulden, daß man weiterhin Methoden verfolgt, die für jedes Land nationaler Souveränität verletzend sind.“ Niemand wolle die deutsche Minderheit in ihren Rechten schmälern; sie gehöre mit gleichen Rechten und Pflichten zur großen nationalen Gemeinschaft.
20. Der Botschafter Österreichs in Rom, *Dr. Max D. I. wenthal-Chlumecky* wird nach Wien zurückberufen, um über die Entwicklung der Südtiroler Frage zu berichten. Eine Großkundgebung der Südtiroler Volkspartei in Bozen wird wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten. Der Staatspräsident von Liberia, *William V. S. Tubman*, trifft zu einem Staatsbesuch in Rom ein.

Jugoslawien

18. Der indonesische Staatspräsident, *Achmed Soekarno*, beendet seinen Staatsbesuch und unterzeichnet mit dem Präsidenten *Tito* eine gemeinsame Erklärung. Darin sprechen sich die beiden Staatsmänner für ein Verbot der Verwendung nuklearer Waffen, eine friedliche Lösung der Suezfrage unter Sicherung der nationalen Würde Ägyptens und der Freiheit der Kanalschifffahrt und die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aus. Sie erachten die weitere Unterstützung unterentwickelter Länder, die Abschaffung der letzten Reste des Kolonialismus, z. B. im niederländischen West-Neuguinea, und die Aufnahme der Volksrepublik China in die Organisation der Vereinten Nationen für notwendig.

* Vgl. auch den Bericht über die Bemühungen zur Lösung der Suezfrage 9.—24. September 1956 in EA 19/1956, S. 92.

19. Der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Nikita *Chruschtschow*, trifft zu einem „privaten Erholungsaufenthalt“ ein und wird auf dem Flugplatz von Präsident *Tito* begrüßt.
27. Präsident *Tito* reist mit Parteisekretär *Chruschtschow* nach Jalta.

Oesterreich

17. Staatssekretär Dr. Franz *Gschmitzer* nimmt vor der Presse zu den Ausführungen des italienischen Innenministers, Fernando *Tramboni*, Stellung, die dieser am Vortage in Bozen zur Lage in Südtirol gemacht hat (vgl. Zeittafel Italien). Die Bundesregierung sei nicht der Ansicht, daß die Südtiroler Frage eine innere Angelegenheit Italiens sei. Schon die Tatsache, daß Italien im Jahre 1946 mit Oesterreich über Südtirol einen Vertrag geschlossen habe, lasse dies erkennen. Die Erklärung schließt mit den Worten: „Man kann europäische Probleme nicht dadurch lösen, daß man sie einfach als nichtexistent hinstellt, um so weniger in einer Zeit, in der sich die internationalen Organisationen so intensiv mit den Grundrechten der Völker, auch mit jenem der Selbstbestimmung, befassen.“
18. Der indonesische Staatspräsident, Achmed *Soekarno*, trifft zu einem mehrtägigen privaten Besuch in Wien ein und wird von Außenminister Leopold *Figl* begrüßt. Er führt Besprechungen mit verschiedenen Persönlichkeiten des politischen Lebens. Der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, Dr. Udo *Illig*, tritt zurück. Zu seinem Nachfolger wird der bisherige Staatssekretär im Finanzministerium, Dr. Fritz *Bock*, ernannt.

Schweden

16. Die Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstags bringen folgende Verteilung der Sitze:
- | | Sitze ¹ |
|--------------------------------------|--------------------|
| Konservative Partei | 42 (31) |
| Libérale Volkspartei | 58 (58) |
| Sozialdemokratische Partei | 106 (110) |
| Bauernbund | 19 (26) |
| Kommunistische Partei | 6 (5) |

¹) In Klammern die bisherige Sitzverteilung.

Schweiz

20. Mehrtägiger Staatsbesuch des österreichischen Bundeskanzlers, Julius *Raab*. Bei einem Empfang durch den versammelten Bundesrat hebt *Raab* hervor, der Entschluß zur militärischen Neutralität habe es mit sich gebracht, daß man die Schweizer Verhältnisse intensiv studiert habe. Oesterreich habe nicht die Absicht, das Schweizer Beispiel in allen Einzelheiten zu kopieren, da jeder Staat seine Außenpolitik und Verfassung seinen eigenen Bedürfnissen anpassen müsse.

Sowjetunion

27. Der jugoslawische Präsident *Tito* trifft mit Parteisekretär *Chruschtschow* zu einem Besuch in Jalta ein. Am 30. stattet er *Chruschtschow* in seinem Landhaus einen Besuch ab und macht zusammen mit Ministerpräsident *Bulganin* und dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen, Ernő *Gerő*, „eine ausgedehnte Wanderung“. Ein Sprecher des jugoslawischen Außenministeriums erklärt, daß der Aufenthalt *Titos* „natürlich auch zu einem Meinungsaustausch über die offenen Fragen staatlicher und parteilicher Natur zwischen den beiden Ländern gedient“ habe.
- Der indonesische Staatspräsident, Achmed *Soekarno*, unterbricht seine Reise von Prag nach Peking in Sotschi zu Besprechungen mit Ministerpräsident *Bulganin* und Außenminister Dimitri T. *Schepilow* zusammen.

Tschechoslowakei

- 22.—26. Staatsbesuch des indonesischen Staatspräsidenten, Achmed *Soekarno*, der mit Präsident *Zapotocky* Besprechungen über die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der beiden Länder führt. *Soekarno* erklärt in einer kurzen Ansprache vor seinem Weiterflug, daß Indonesien und die Tschechoslowakei in einer Reihe von internationalen Fragen die gleichen Auffassungen verträten. Das gemeinsame Ziel beider Länder sei Freundschaft und Frieden zwischen den Völkern.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten*

26. Das Außenministerium gibt bekannt, daß bisher 25 Staaten die Einladung zur Teilnahme an einer Konferenz über die Bildung eines Verhandlungsgremiums zur Lösung der Suezfrage angenommen haben. Die Einladung sei an 75 Länder verschickt worden, von denen bisher 18 eine Absage sandten. Von der Sowjetunion sei noch keine Antwort eingegangen.

Goldküste

18. Der Gouverneur der Goldküste, Sir Charles *Arden-Clarke*, erhält ein Schreiben des britischen Kolonialministers, Alan *Lennox-Boyd*, in dem die britische

Regierung ankündigt, sie werde entsprechend dem Antrag der neugewählten Legislativversammlung demnächst ein Gesetz einbringen, durch welches die Goldküste am 6. März 1957 die Unabhängigkeit im Rahmen des Commonwealth erhalte. Britisch-Togoland werde, falls die Vollversammlung der Vereinten Nationen ihre Zustimmung gebe, dann mit der Goldküste vereinigt werden. Der Name des Landes soll auf Wunsch der Legislativversammlung in *Ghana* umgeändert werden.

Marokko

25. In einer Rede in Oujda an der marokkanisch-algerischen Grenze richtet Sultan *Mohammed* einen dringenden Appell an „die Verantwortlichen“ der Kämpfe in Algerien, schnellstens dem Blutvergießen ein Ende zu machen, „um solide Beziehungen zwischen den beiden Völkern herzustellen und eine Lösung zu

*) Vgl. auch den Bericht über die Bemühungen zur Lösung der Suezfrage 9.—24. September 1956 in EA 19/1956, S. 9229.

finden, die sowohl den Freiheitsbestrebungen des algerischen Volkes Rechnung trägt als auch das höhere Interesse Frankreichs respektiert und die Interessen jener Franzosen garantiert, die sich in Algerien niedergelassen haben". Wie in Tunesien und Marokko werde das französische Volk, so hofft der Sultan, auch das algerische Problem mit Verständnis und Realismus lösen. Solange bleibe die Wiederherstellung des Friedens in Algerien für Marokko Gegenstand großer Sorge.

AMERIKA

Nicaragua

21. Präsident Anastasio Somoza fällt in der Provinzstadt Leon einem Attentat zum Opfer und erliegt am 29. in einem amerikanischen Militärhospital in Balboa (Panamakanal-Zone) seinen Verletzungen. Am gleichen Tage wird in einer Sondersitzung des Kongresses sein Sohn, Oberst Luis Somoza, für die Zeit bis zum Ablauf der Amtsperiode seines Vaters am 1. Mai 1957 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten beauftragt.

Vereinigte Staaten*

25. In seinem Bericht über das Gegenseitige Sicherheitsprogramm an den Kongreß gibt Präsident Dwight D. Eisenhower bekannt, daß die Vereinigten Staaten in den letzten sechs Jahren militärische Hilfe im Gesamtwert von 14,2 Milliarden Dollar gewährt hätten. Im Haushaltsjahr 1955/56 habe die militärische Auslandhilfe 2,34 Milliarden Dollar betragen.

ASIEN

Volksrepublik China

26. Der Ministerpräsident von Nepal, Tonka Prasad Acharya, trifft zu einem Staatsbesuch ein.
27. Der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei

Chinas wird beendet. (Vgl. den Bericht auf Seite 9 dieser Folge.)

30. Der indonesische Staatspräsident, Achmed Soekarno, beginnt seinen Staatsbesuch und wird bei seiner Ankunft von Präsident Mao Tse-tung und Ministerpräsident Tschu En-lai empfangen.

Cypern

20. Aus Protest gegen die Hinrichtung von drei Widerstandskämpfern führt die griechische Bevölkerung einen dreitägigen Generalstreik durch.

Nepal

20. Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Nepal und der Volksrepublik China, auf Grund dessen Nepal auf seine Rechte, in Tibet Garnisonen zu unterhalten und auf den 1856 eingeräumten Anspruch auf Tributzahlungen von Tibet verzichtet. Die Regierungen kommen überein, in Lhasa ein nepalesisches Generalkonsulat zu errichten.

Mongolische Volksrepublik

30. Der indonesische Staatspräsident, Achmed Soekarno, beendet einen kurzen Besuch in Ulan Bator. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird erklärt, daß die Freundschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu festigen.

Saudi-Arabien*

25. Staatsbesuch des indischen Premierministers, Jawaharlal Nehru, der mit König Saud Besprechungen über die Suezkanalfrage führt. In einem gemeinsamen Kommuniqué geben die beiden Staatsoberhäupter ihren Hoffnung Ausdruck, daß die Suezfrage eine friedliche Lösung finden möge, ohne daß zu politischen und wirtschaftlichen Druckmitteln Zuflucht genommen werde.

Die Organisation der Vereinten Nationen*

20. In New York beginnt eine Konferenz, zu der 87 Staaten eingeladen sind, um das Statut über die Errichtung einer Internationalen Behörde für die friedliche Verwendung der Atomenergie im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen zu erörtern.
21. Eine außerordentliche Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen wählt den bisherigen indischen Botschafter in Tokio, Binay Ranjan Sen, zum neuen Generaldirektor.
26. Auf Antrag Großbritanniens, Frankreichs und Ägyptens tritt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Erörterung der Suezfrage in New York zusammen und verlegt sich, nachdem die Behandlung der britisch-französischen und des ägyptischen Antrags auf die Tagesordnung gesetzt wurde, auf den 4. und 5. Oktober.

*) Vgl. auch den Bericht über die Bemühungen zur Lösung der Suezfrage 9.—24. September 1956 in EA 19/1956, S. 9.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighelmer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Bibliothek und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folien) DM 10.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—). Das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß bei dem Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Oktober 1956

6. Jahrgang — Nr. 10

Die Tätigkeit des Europarats im September 1956

Tod von Léon Marchal

Herr Léon Marchal, der zweite Generalsekretär des Europarates, ist am 24. September 1956 in Straßburg gestorben.

Am 28. September fand im Straßburger Münster ein von Bischof Weber geleiteter Trauergottesdienst statt. Die Beisetzung erfolgte in Raon l'Etape.

Der Verstorbene war seit dem 21. Dezember 1953 Generalsekretär des Europarates gewesen. Geboren am 8. Juni 1900 in Badonviller, studierte Léon Marchal an der Universität Straßburg und widmete sich dem Lehrberuf, der Verwaltung und der Diplomatie. Seine berufliche Tätigkeit führte ihn nach Estland, Kanada, Deutschland, Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Marokko, Pakistan und Thailand. Einen wichtigen Teil seiner Lebensarbeit verbrachte er in Marokko, wo er nach verschiedenen anderen Posten Ministerdelegierter bei der Generalresidenz in Rabat war.

Während des Ersten Weltkrieges diente Léon Marchal als Kriegsfreiwilliger, im Zweiten Weltkrieg war er einer der ersten französischen Diplomaten, die auf die Seite General de Gaulles traten. Während dieser Jahre erfüllte er eine Reihe wichtiger Missionen und war insbesondere im März 1943 dem General Catroux als Generalsekretär der Verbindungsmission zum französischen National-Comité in Algier zugeteilt.

Léon Marchal war Commandeur der Ehrenlegion und Inhaber der Auszeichnung für Widerstandskämpfer mit Rosette.

Nach dem Kriege war Léon Marchal Botschafter der französischen Republik in Karachi und in Bangkok. Er vertrat Frankreich im Schlichtungsausschuß der Vereinten Nationen für Palästina und war bis zum August 1953 Direktor für Afrika und die Levante im französischen Außenministerium.

In der Ausübung seiner schwierigen Funktionen als Generalsekretär des Europarats kamen Léon Marchal sein scharfer Verstand und seine mannigfaltigen Lebens- und Berufserfahrungen zugute. Seine besonderen Fähigkeiten als Verwaltungsfachmann festigten den inneren Zusammenhang dieser Institution. Léon Marchal führte den Europarat in einer für die Entwicklung der europäischen Idee nicht leichten Zeit, dennoch wurden unter ihm die Europäische Menschenrechts-

konvention und eine Reihe anderer europäischer Konventionen in Kraft gesetzt oder ausgearbeitet.

Er vergaß nie die überseeischen Gebiete, in denen er manche Jahre verbracht hatte, und wünschte sehnlichst eine engere Verbindung zwischen Europa und Afrika zu erreichen.

Das Wahrzeichen des Europarats, zwölf Sterne auf blauem Grund, wurde während der Amtszeit Léon Marchals eingeführt und diese Flagge wird auch seinen Sarg überdecken.

I. VERSAMMLUNGEN DES RATES

Stellvertreter der Minister

Die Stellvertreter der Außenminister tagten in Straßburg vom 20. bis 28. September unter dem Vorsitz von Herrn Giorgio Bombassei Frascani de Vettor, Ständiger Vertreter der italienischen Regierung beim Europarat.

Der größere Teil der Tagung war der Prüfung einer Reihe von Empfehlungen und Entschlüssen der Beratenden Versammlung gewidmet. Über die wirtschaftliche Entwicklung Süd-Europas wurden einige Entschlüsse verabschiedet, desgleichen über die Anwendung einer Bestimmung der Menschenrechtskonvention (vgl. unten). Die Stellvertreter beschlossen, den Regierungen der Mitgliedstaaten die Unterzeichnung oder die Ratifizierung der Konvention über das Zivilprozeßrecht, welche am 1. März 1954 unterzeichnet wurde zu empfehlen.

Herr Henri Rolin (Belgier), der Vorsitzende des Rechtsausschusses der Beratenden Versammlung, erstattete den Delegierten ein Referat über die Individualklage nach der Menschenrechtskonvention und über den Entwurf für eine Konvention zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten. Es besteht die Hoffnung, daß diese Konvention im kommenden Dezember von den Außenministern unterzeichnet wird.

Herr Nigel Nicolson (Engländer), der Vorsitzende des Unterausschusses der Beratenden Versammlung für Informationswesen, erläuterte vor den Stellvertretern die Vorschläge der Beratenden Versammlung zu einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit des Europarates. Schließlich trug Herr Hermod Lannung (Däne), Vorsitzender des Unterausschusses der Versammlung für

Grenzformalitäten, den Stellvertretern die Wünsche der Versammlung auf diesem Gebiete vor.

Die Stellvertreter stellten die Antworten auf eine Reihe von schriftlichen Anfragen der Abgeordneten fertig und legten den Text des Zusatzberichts der Minister an die Versammlung fest. Dieses Dokument faßt die Tätigkeit des Rates in den letzten sechs Monaten zusammen und wird der Versammlung im Oktober vorliegen.

Anläßlich des Ablebens des Generalsekretärs Léon Marchal am 24. September unterbrachen diese ihre Sitzungen für einen Tag. Herr Dunstan Curtis wurde zum Generalsekretär ad interim bis zur Ernennung eines neuen Generalsekretärs bestellt. Die nächste Sitzung der Delegierten beginnt am 6. November in Straßburg, eine weitere Sitzung wird im Dezember stattfinden, um den Haushaltsplan des Europarates fertigzustellen und die 19. Sitzung des Ministerausschusses vorzubereiten.

Präsidium der Beratenden Versammlung

Unter dem Vorsitz von Präsident Fernand Dehousse tagte das Präsidium der Beratenden Versammlung am 7. und 8. September in Paris. Das Sitzungsprogramm und die Tagesordnung für den zweiten Teil der 8. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung, welcher am 15. Oktober in Straßburg beginnt, wurden fertiggestellt und dem Ständigen Ausschuß vorgelegt. Das Präsidium beschloß fernerhin, dem Ständigen Ausschuß die Abhaltung des dritten Teils der Sitzungsperiode vom 7. bis 10. Januar 1957 in Straßburg vorzuschlagen.

Auf Wunsch des Sonderausschusses zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen Nationen beschloß das Präsidium einstimmig, das folgende Telegramm an den polnischen Ministerpräsidenten Herrn Josef Cyrankiewicz zu richten:

„Herr Präsident — Die öffentliche Meinung Europas verfolgt mit großem Interesse das Verfahren, welches demnächst in Ihrem Lande durchgeführt werden wird, und in welchem gegen die Angeklagten von Posen verhandelt werden wird. Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, eine kleine Abordnung von Beobachtern der Beratenden Versammlung des Europarates in Begleitung eines Dolmetschers an diesem Verfahren teilnehmen zu lassen. Diese Abordnung wird aus Persönlichkeiten von vollkommener Objektivität, welche das Präsidium der Versammlung ernennen wird, bestehen. Die vorstehende Bitte wird von diesem, zur Zeit in Paris tagenden Organ der Versammlung an Sie gerichtet.“

Präsident Dehousse wiederholte die Anfrage am 18. September, da zu diesem Zeitpunkt noch keine Antwort vorlag.

Am 21. September übersandte der Kabinetts-Chef des polnischen Ministerpräsidenten das folgende Telegramm:

„Ich bestätige den Empfang Ihres Telegramms vom 7. September an den Ministerpräsidenten, Herrn Cyrankiewicz. Leider ist es nicht möglich, eine Ab-

ordnung der Beratenden Versammlung des Europarates zum Prozeß von Posen zuzulassen. Dieser Prozeß wird, wie Herr Cyrankiewicz in seiner letzten Rede vor dem Abgeordnetenhaus festgestellt hat, als öffentliches Verfahren nach dem in Polen gültigen Prozeßrecht durchgeführt werden, er kann jedoch nicht den Charakter eines internationalen Schauspiels haben, welches der Würde unserer Gerichte abträglich ist und ihre Unparteilichkeit und Zuständigkeit in Frage stellt.“

Auf diese Antwort hin schickte der Präsident der Beratenden Versammlung am 22. September folgendes Telegramm:

„Von Ihrer Ablehnung, eine Abordnung des Europarates zum Posener Prozeß zuzulassen, kann ich nur Kenntnis nehmen. Ich weise jedoch Ihren Vergleich zwischen einem internationalen Schauspiel und der Anwesenheit unparteiischer Beobachter bei einem Prozeß, welcher die gesamte Menschheit interessiert, mit Entschiedenheit zurück.“

Präsidien der Beratenden Versammlung und der Versammlung der Westeuropäischen Union

Eine gemeinsame Sitzung dieser beiden Organe zur Besprechung gemeinsam interessierender Probleme fand am 22. September unter dem Vorsitz von Herrn Fernand Dehousse in Paris statt.

II. POLITISCHE FRAGEN

Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten

Dieser Ausschuß der Beratenden Versammlung tagte vom 12. bis 15. September 1956 unter dem Vorsitz von Herrn François de Menthon (Franzose) in Wien.

Nach einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuß für Wirtschaftsfragen wurde ein Text über die politischen und institutionellen Probleme des Gemeinsamen Marktes sowie über die Verbindung dieses Marktes mit anderen Mitgliedstaaten des Europarates ausgearbeitet. Dieser Text wird, zusammen mit einer Darstellung der wirtschaftlichen Probleme des Gemeinsamen Marktes, welche der Ausschuß für Wirtschaftsfragen ausgearbeitet hat, in Form eines Empfehlungsentwurfs der Beratenden Versammlung vorgelegt werden.

Der Ausschuß beschloß, der Beratenden Versammlung eine Empfehlung an den Ministerausschuß vorzulegen, worin dieser ersucht wird, eine europäische Konvention über Wirtschafts- und Sozialrechte vorzubereiten. Diese Konvention soll die Schaffung einer europäischen Sozialkammer und die Bestellung eines europäischen Kommissars für soziale Fragen vorsehen. Der Empfehlungsentwurf enthält die Aufforderung an den Ministerausschuß, unverzüglich einen Sonderbeauftragten für die Vorbereitung und Ratifizierung dieser Konvention einzusetzen.

Der Ausschuß stellte den Text der Antwort auf den Bericht der Gemeinsamen Versammlung der EGKS fertig.

Schließlich untersuchte der Ausschuß, auf der Grundlage eines für die Versammlung bestimmten Berichtes

von Herrn Lodovico Benvenuti (Italiener), die allgemeine politische Lage und prüfte insbesondere die aktuellen internationalen Probleme. Die Zypernfrage wurde hierbei berührt und die Versammlung wird aufgefordert werden, von den beteiligten Ländern eine baldmögliche Lösung dieser Frage zu fordern. Der Berichterstatter wurde aufgefordert, der Suezfrage einen bedeutenden Platz in seinem Bericht einzuräumen, am 15. Oktober wird der Ausschuß diese Frage noch einmal behandeln, damit ein die neueste Entwicklung einbeziehender Bericht an die Versammlung gerichtet werden kann. Der Präsident der Versammlung hat im übrigen den Ministerausschuß gebeten, ihn durch die beteiligten Regierungen selbst über die Entwicklung dieser Angelegenheit auf dem laufenden halten zu lassen.

III. WIRTSCHAFTSFRAGEN

Wirtschaftsausschuß

Der Ausschuß der Beratenden Versammlung für Wirtschaftsfragen tagte am 11. und 12. September in Wien unter dem Vorsitz von Herrn Per Federspiel (Däne). Mit einigen Abänderungen wurde ein Bericht von Herrn Karl Czernetz (Österreicher) über die Schaffung einer europäischen Postministerkonferenz angenommen. Der Bericht über die europäische Verkehrsministerkonferenz wird auf der nächsten Sitzung des Ausschusses im Oktober behandelt werden.

Der Gemeinsame Markt und die europäische Organisation der Atomenergie standen ebenfalls auf der Tagesordnung des Ausschusses. Die Abgeordneten Fritz Hellwig (Deutscher) und Roy Jenkins (Engländer) legten eine gemeinsame Studie vor. Der Aussprache wohnten der stellv. Direktor des GATT, Herr Royer, sowie der Abgeordnete René Charpentier (Franzose) als Berichterstatter des Sonderausschusses für Landwirtschaft bei. Einen Bericht über die Atomenergie legte der Abgeordnete Gérard de Geer (Schwede) vor.

Der Ausschuß prüfte den vierten Bericht der Hohen Behörde der EGKS.

Herr Sean MacBride (Ire) legte eine Studie über die wirtschaftliche Lage Europas, zu deren Ausarbeitung er von der Versammlung beauftragt worden war, vor. Es besteht die Möglichkeit, daß die Beratende Versammlung sich mit diesem Bericht, zusammen mit einem Zusatzbericht des Europäischen Wirtschaftsrates in Paris während der kommenden Oktobertagung befassen wird.

Wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas

Nachstehend der Wortlaut der Entschließung (56) 15 des Ministerausschusses:

„Der Ministerausschuß begrüßt die von der Beratenden Versammlung in der Empfehlung 91 (1955) zum Ausdruck gebrachte Absicht, wonach die Mitgliedsländer des Europarates fortfahren sollen, den Ländern Südeuropas bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu helfen.

Insbesondere werden die Pläne und erfolgreichen Bemühungen des Europäischen Wirtschaftsrats auf diesem Gebiet begrüßt.

Die Mitgliedsregierungen des Europarates werden aufgefordert, diese Aktion im Rahmen der Entschließung des Ministerrats des Europäischen Wirtschaftsrats mit Nachdruck zu verfolgen. (Diese Entschließung vom 10. Juni 1955 betrifft den italienischen Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung.) Außerdem sollen alle anderen Pläne, Vorschläge und Maßnahmen des Rates des Europäischen Wirtschaftsrats betreffend die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder Südeuropas unterstützt werden.

Der Ministerausschuß nimmt von der Empfehlung 95 der Beratenden Versammlung Kenntnis und fordert den Europäischen Wirtschaftsrat angesichts der Bedeutung der in dieser Empfehlung enthaltenen Vorschläge auf, eine eingehende Studie, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen, auszuarbeiten. Diese Studie soll die Schaffung eines europäischen Fonds für die Entwicklung der Länder Südeuropas im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsrates behandeln und baldmöglichst dem Ministerausschuß vorgelegt werden. Die Mitgliedsregierungen werden darüber hinaus aufgefordert, ihre Aufmerksamkeit auf die Pläne für eine wirtschaftliche und technische Unterstützung Griechenlands und der Türkei zu lenken.

Der Generalsekretär des Europarates ist beauftragt, den Generalsekretär des Europäischen Wirtschaftsrats zu bitten, den Europarat über alle Pläne und Maßnahmen auf diesem Gebiet, die im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsrates anfallen, zu unterrichten.“

IV. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

Ausschuß-Sitzung

Der Ausschuß der Beratenden Versammlung für Rechts- und Verwaltungsfragen tagte am 28. September unter dem Vorsitz von Herrn Henri Rolin (Belgier) in Paris. Auf der Tagesordnung stand die Prüfung eines Konventionsentwurfes über Pflicht-Haftpflichtversicherung der Kraftfahrzeughalter (Berichterstatter Herr von Merkatz [Deutscher]) und die mehrfache Staatsangehörigkeit, worüber das Generalsekretariat eine Studie vorgelegt hatte, sowie die Frage der Minderheiten (Antrag von Herrn Dickson [Schwede]).

Ferner prüfte der Ausschuß die Stellungnahme des Ministerausschusses zu den Empfehlungen, welche der Ausschuß der Versammlung vorgelegt hatte.

Es handelt sich hier insbesondere um den Entwurf einer europäischen Auslieferungsordnung und den Entwurf einer europäischen Konvention über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten. Der Ausschuß befaßte sich ferner mit den Maßnahmen der Regierungen, welche die Ratifizierung und Inkraftsetzung der internationalen Konvention über die Verschmutzung der Meere durch Mineralölrückstände betrifft. Der Ausschuß prüfte auch die Frage der politischen Gefangenen in Osteuropa, nachdem die Versammlung im April 1956

ihn hierzu beauftragt hatte und insbesondere eine Definition der Bezeichnung „politischer Gefangener“.

Vereinfachung der Grenzformalitäten

Unter dem Vorsitz von Herrn Hermod Lannung (Däne) tagte der Unterausschuß für die Vereinfachung der Grenzformalitäten am 27. September in Paris. Das von den Regierungen auf Grund der Empfehlungen 84, 85, 86 und 97, welche sämtlich dieses Problem zum Inhalt haben, Veranlaßte wurde vom Ausschuß geprüft. Ferner lag ihm ein Empfehlungsentwurf der Herren *Pisanelli* (Italiener) und *Schaus* (Luxemburger) betreffend internationale Reisepostschecks vor. Desgleichen prüfte der Ausschuß den abgeänderten Empfehlungsentwurf über die einseitige Abschaffung von Sichtvermerken für Ost-West-Reisen, welchen Herr *Mommer* (Deutscher) vorgelegt hat. Schließlich lag dem Ausschuß ein Memorandum seiner deutschen Mitglieder vor, in welchem der Ablauf der Inkraftsetzung der Empfehlungen 84 und 86 in der Bundesrepublik Deutschland dargelegt wird.

Menschenrechte, die griechische Klage

Griechenland hatte am 7. Mai 1956 beim Generalsekretär des Europarates eine Klage gegen die britische Regierung vor der Europäischen Menschenrechtskommission betr. die Lage auf Zypern eingereicht. Am 2. Juni hat die Kommission die Annehmbarkeit dieser Klage festgestellt.

Nach den Bestimmungen der Konvention wurde alsbald ein Unterausschuß zur Prüfung der Klage eingesetzt. Der Unterausschuß besteht aus zwei von den Parteien benannten Mitgliedern und fünf durch das Los gezogenen Mitgliedern. Obwohl die Mitglieder der Menschenrechtskommission im eigenen Namen sprechen und nicht ihre Länder vertreten, haben die griechische und die britische Regierung jeweils einen ihrer Staatsangehörigen benannt: die Herren *Constantin Eustathiadis* und *Humphrey Waldoock*. Durch das Los wurden die Herren *Paal Berg*, *Paul Faber*, *Adolf Süsterhenn*, *Muvaftak Akabay* und *James Crosbie* bestellt.

Am 24. Juni legte die griechische Regierung ihr Prozeßmaterial vor. Ende September tagte der Unterausschuß, um über das weitere Vorgehen in diesem Verfahren zu beschließen. Unter Berücksichtigung des der britischen Regierung zur Stellungnahme gesetzten Termins hat die Kommission als vorläufigen Termin ihrer nächsten Vollsitzung den 12. November festgesetzt. Es wird alsdann in die Verhandlung des Falles eingetreten werden.

Menschenrechte, Artikel 15 der Konvention

Nachstehend der Text der Entschließung (56) 16 des Ministerausschusses:

„Der Ministerausschuß hat von der Note des Generalsekretärs vom 16. Mai 1956 betreffend die Anwendung von Art. 15 Absatz 3 der Europäischen Menschenrechtskommission Kenntnis genommen und beschließt, daß jede von einer Signatarmacht gemäß Abs. 3 des Artikels 15 der Konvention dem Generalsekretär gemachte In-

formation von diesem unverzüglich den übrigen Signatarmächten sowie der Europäischen Menschenrechtskommission mitgeteilt werden muß.“

V. SOZIALE FRAGEN

Europäische Sozialcharta

Der Ausschuß der Beratenden Versammlung für Soziale Fragen tagte am 5. und 6. September unter dem Vorsitz von Herrn *Pierre Courant* (Franzose) anschließend Herr *Willi Birkelbach* (Deutscher) in Paris. Dem Ausschuß lag der Berichtsentwurf über die Schaffung einer europäischen Konvention der sozialen und Wirtschaftsrechte zur Stellungnahme vor. Diesen Entwurf hat Herr *Lujo Toncic* (Österreicher) als Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten ausgearbeitet und vorgelegt (siehe oben).

Abkommen über den Austausch von Kriegsversehrten

Der Ständige Vertreter der norwegischen Regierung beim Europarat, Herr *Haakon Nord*, hat am 21. September im Auftrage seiner Regierung das Abkommen über den Austausch von Kriegsversehrten zur Heilbehandlung unterzeichnet. Die Unterzeichnung erfolgte unter Vorbehalt der Ratifizierung durch das norwegische Parlament, und das Abkommen wird in Norwegen am 1. Oktober 1956 in Kraft treten.

Dieses Abkommen wurde in Paris am 13. Dezember 1955 unterzeichnet. Es ist zur Zeit in folgenden Ländern in Kraft getreten: Frankreich, Deutschland, Irland Schweden, Norwegen und Großbritannien.

VI. KULTURELLE FRAGEN

Ausschuß-Sitzung

In Oslo tagte vom 1. bis 3. September der Ausschuß der Beratenden Versammlung für kulturelle und wissenschaftliche Fragen unter dem Vorsitz von Herrn *Herman Smitt-Ingebretsen* (Norweger). Die Mitglieder des Ausschusses wohnten der feierlichen Eröffnung in der Universität in Oslo bei, und Mitglieder des Nordischen Rats berichteten dem Ausschuß über die Arbeiten dieser Organisation.

Auf der Tagesordnung stand insbesondere die Frage der Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit des Europarates sowie das Problem der Schaffung europäischer Universitäten. Es wurde beschlossen, daß der Vorsitzende des Ausschusses das Präsidium der Beratenden Versammlung um die Streichung der Punkte Esperanto und Kultureller Austausch Ost—West ersuchen soll.

Europäische Universitäten

Der Kulturausschuß der Beratenden Versammlung nahm auf seiner Sitzung in Oslo fünf Empfehlungsentwürfe über die Rolle des Europarates bei der Unterstützung der europäischen Universitäten in ihren Bemühungen zur Förderung eines europäischen Solidaritätsgefühles an. In diesem Zusammenhang sei darauf

hingewiesen, daß am 11. Juni unter dem Vorsitz von Herrn Fritz Erler (Deutscher) der Unterausschuß für europäische Universitäten getagt hatte. An dieser Tagung hatten die Vertreter der verschiedenen akademischen Organisationen sowie Beobachter der ECKS, des Europäischen Kulturzentrums, des Europakollegs in Brügge und des Instituts für französische und deutsche Fragen teilgenommen. Die Teilnehmer stellten fest, daß eine enge Zusammenarbeit bei der Verwirklichung eines gemeinsamen Aktionsprogramms erforderlich ist (vgl. Mitteilungen des Europarats Jahrgg. VI Nr. 7).

Die fünf Empfehlungsentwürfe betreffen:

- die Verwirklichung einer Reihe von konkreten Vorhaben von europäischem Interesse auf dem akademischen Sektor;
- die sofortige Schaffung eines Kultur-Fonds des Europarats;
- eine Ausweitung des Programmes der Studien-tagungen des Europarats;
- Maßnahmen zur Bestellung des Europäischen Universitätsausschusses, der von der Konferenz von Cambridge im Juli 1955 geschaffen wurde, als unabhängiges Sachverständigenorgan für alle Fragen der europäischen Universitäten;
- eine Einladung an die Regierungen zur Erleichterung der Schaffung von europäischen Studieninstituten und zur Unterstützung bereits bestehender derartiger Institute.

Revision der Geschichtslehrbücher

Die 4. Konferenz über die Revision der Geschichtslehrbücher wurde vom 2. bis 9. September im Kulturzentrum von Royaumont abgehalten. An dieser Konferenz, die vom Europarat unter Mithilfe der französischen Regierung organisiert wurde, nahmen 29 Historiker aus den 16 Mitgliedsländern des Rates teil. Das allgemeine Thema war die Prüfung der Geschichtslehrbücher für das 17. und 18. Jahrhundert bis zur Französischen Revolution. Als Diskussionsgrundlage diente ein detaillierter Fragebogen, und die Analyse der Antworten führte zu einer Reihe von Empfehlungen, welche die Regierungen den Verfassern und Herausgebern der Lehrbücher zur Beachtung übermitteln werden.

Das Ergebnis der Empfehlungen der dritten Konferenz von Rom im Jahre 1955 wurde geprüft. Insbesondere stand auf der Tagesordnung eine Empfehlung betreffend die Schaffung eines Glossars über die hauptsächlichsten Ausdrücke, welche die Lehrer an Mittelschulen beim Studium der europäischen Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart benutzen sollen. Ein siebenköpfiger Ausschuß ist mit der Durchführung dieser Aufgabe beauftragt worden.

Die nächste Konferenz wird 1957 in Holland stattfinden und sich auf den Zeitraum 1789 bis 1870 erstrecken.

Im Rahmen der Konferenz von Royaumont wurden folgende Referate gehalten: Herr Francastel (Frankreich) über die Zivilisation des Barock und der Klassi-

schen Periode, Frau Lindsay (England) über den Fortschritt im Zeitalter der Aufklärung, Herr Ekrem Ucyigit (Türkei) über die Stellung der Türken und des ottomanischen Reiches in der Geschichte.

Europapreis

Das Auswahlkomitee für die Verteilung des Europapreises der Stiftung F.V.S. (vgl. Mitteilungen VI. Jahrgg. Nr. 9) trat am 21. September in Paris zusammen. Der Preis für das Jahr 1956 wurde an Herrn Jean du Riveau gegeben. Herr du Riveau ist der Gründer und Direktor des „Bureau International de Liaison et de Documentation“ in Köln. Diese Institution wurde im Jahre 1945 gegründet, und das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit lag auf den deutsch-französischen Beziehungen.

Anläßlich der feierlichen Preisverteilung am 24. Oktober wird Herr du Riveau vor der Beratenden Versammlung einen Vortrag über seine Tätigkeit und seine Pläne halten.

VII. VERSCHIEDENES

Zweites Europadorf

Am 23. September hat Landeshauptmann Ilg in Brengenz den Grundstein für das zweite Europadorf für verschleppte Personen gelegt (vgl. Mitteilungen VI. Jahrgg. Nr. 6). Das Generalsekretariat des Europarates war durch die Direktoren von Schmieden und Levy vertreten. Die Feier wurde durch eine Rede des Paters Pire, des Gründers der Hilfe für verschleppte Personen, eröffnet. Wie auch im ersten Europadorf in Aachen wird im Brengener Dorf die Flagge des Europarates ständig wehen.

Die erste europäische Briefmarke

Am 15. September wurde eine Serie europäischer Briefmarken des gleichen Musters mit jeweils der Landeswährung gleichzeitig in sechs Mitgliedsländern der ECKS in Verkehr gebracht. Die Zeichnung, welche die europäische Idee versinnbildlicht, ist ein Werk des jungen französischen Postbeamten Daniel Gonzague.

Aus diesem Anlaß wurden in den Hauptstädten der ECKS-Länder Ausstellungen organisiert und Sonderstempel gegeben. Am 15. September wurde im Europa-haus in Straßburg eine Serie dieser Sondermarken zugunsten der Hilfe für verschleppte Personen verkauft. In Paris wurden den Teilnehmern an der Philatelie-Ausstellung im Namen des Generalsekretärs des Europarates Medaillen verliehen.

Philatelistischer Wanderpreis

Dieser vom Europarat gestiftete Preis wird zum zweitenmal anläßlich der nationalen französischen Briefmarkenausstellung im Frühjahr 1957 in Lyon vergeben werden.

Als Thema für den Wettbewerb, an dem sich junge Briefmarkensammler beteiligen können, wurde folgendes Motiv gegeben: Ein 16. Land, die Bundesrepublik Oesterreich, tritt 1956 dem Europarat bei. Oesterreich hat bedeutende Beiträge zur europäischen Zivilisation ge-

leistet. Auf dem Gebiete der Kunst und der Musik herrscht Einigkeit unter den 16 Mitgliedstaaten, wie es durch die Briefmarken bewiesen werden kann.

Kongreß der internationalen Bürgermeister

Am 23. u. 24. September hielt diese Organisation ihren 8. Kongreß im Europahaus in Straßburg ab. An-

läßlich einer Kundgebung an der Kehlerbrücke trafen sich Herr von *Brentano* und Herr *Christian Pineau*, der deutsche und der französische Außenminister.

Die Herren *Robert Schuman*, *Carlo Schmid* und *André Philip* nahmen ebenfalls an diesem Kongreß teil, der Herrn *Moritz Kämpfen*, Bürgermeister von *Brigue* (Schweiz), zum Präsidenten wiederwählte.

VORLAUFIGER TERMINKALENDER

1. Oktober:	Gemischter Ausschuß (Straßburg).	29. Oktober — 2. November:	Sachverständigenausschuß für Fragen der Sozialversicherung (Straßburg).
1. u. 2. Oktober:	Tagung der Spezialisten für Mikrophotokopie von unveröffentlichten Katalogen und Verzeichnissen (Rom).	30. u. 31. Oktober:	Ausschuß für die Redaktion des Buches des Runden Tisches (London).
4. — 7. Oktober	Ausschuß für kommunalpolitische Angelegenheiten (Frankfurt).	6. — 9. November:	Sachverständigenausschuß für Gesundheitsfragen (Straßburg)
5. Oktober:	Sonderausschuß für die im Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen (Paris).	12. — 14. November:	Berater des Sonderbeauftragten für Flüchtlingsfragen (Paris).
11. — 13. Oktober:	Versammlung der W.E.U. (Straßburg).	15. November:	Einweihung der dritten europäischen Ausstellung (Rom).
12. Oktober:	Unterausschuß des Ausschusses für Wirtschaftsfragen (Luxemburg).	15. — 17. November:	Präsidium des Wiederansiedlungs-Fonds (Paris).
13. Oktober:	Ständiger Ausschuß (Straßburg).	19. — 21. November:	Verwaltungsrat des Wiederansiedlungs-Fonds (Paris).
15. — 25. Oktober:	Sechster europäischer Studienlehrgang (Straßburg).	27. — 30. November:	Sozialausschuß (Straßburg).
15. — 26. Oktober:	Zweiter Teil der achten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg).	27. — 30. November:	Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Straßburg).

Die politische Entwicklung in Japan seit dem Friedensvertrag von 1951

unter besonderer Berücksichtigung der außenpolitischen Probleme

Von *Yoshiji Nishijima, Tokio*

Von San Francisco nach Moskau

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Japan am 1. September 1951¹ in San Francisco wurde Japan zwar von der Beherrschung durch die Besatzungsarmeen frei, aber seine Unabhängigkeit war in Wirklichkeit nicht so vollständig, wie sie zu sein schien. Nach der Gewinnung der außenpolitischen Bewegungsfreiheit hatte es sich den Westmächten angeschlossen, dagegen hatte die Regierung *Yoshida*, die von der Liberalen Partei getragen wurde, so gut wie keine ernsthaften Bemühungen zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit dem kommunistischen Machtbereich unternommen. Japan blieb politisch vom asiatischen Kontinent abgetrennt.

Die konservativen Kräfte in Japan, die in den zehn Jahren seit dem Kriegsende rund zwei Drittel der Sitze im Reichstag einnehmen konnten, hatten das größte Interesse daran, engere politische und wirtschaftliche Beziehungen zu den Westmächten zu pflegen. Dagegen betonten die anderen Parteien von der Sozialistischen Partei (SP) bis zum linken Flügel, die im Reichstag das restliche Drittel der Sitze einnahmen, stets, daß Japan nicht nur zu den liberalistischen, sondern auch zu den kommunistischen Staaten die richtigen Beziehungen schaffen müsse. Die Regierung *Yoshida* (Liberalen Partei — LP), die eine ausgesprochen antikommunistische Politik führte, wurde nach ihrem Sturz im Dezember 1954 durch das Kabinett *Hatoyama* (Demokratische Partei — DP) abgelöst. Auch dieses Kabinett war gleich der LP konservativ, obwohl die neue Regierungspartei aus Elementen bestand, die gegen *Yoshida* eingestellt

waren. Seitdem hat sich die politische Lage allmählich geändert. Ministerpräsident *Hatoyama* sah eine der wichtigsten außenpolitischen Aufgaben in der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und China. Diese Außenpolitik wurde von der Mehrheit des japanischen Volkes deshalb unterstützt, weil sie einen Ausweg aus der Sackgasse versprach, in die die bisherige Außenpolitik Japans geraten war. Diese Tendenz drückt sich auch darin aus, daß die Verhandlungen zwischen Japan und der Sowjetunion im Juni 1955 in London angefangen wurden und im Sommer 1956 in Moskau in die entscheidende Phase eintraten.

Nachdem Japan vor fünf Jahren den Friedensvertrag mit den Westmächten in San Francisco abgeschlossen hatte, wollte es nun die Verhandlungen zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit dem Ostblock aufnehmen. Wenn diese Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen würden, dann käme auch der Abschluß eines Friedensvertrages mit dem kommunistischen China in Frage. Während der verfloßenen fünf Jahre versuchte Japan, die diplomatischen Beziehungen zu den Westmächten auszubauen und Verbindungen zu den kommunistischen Ländern anzuknüpfen. Nun steht die japanische Außenpolitik vor der entscheidenden Frage, ob die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu den kommunistischen Ländern zwar die wirtschaftlichen Interessen und den kulturellen Austausch fördern, aber Japans Stellung im Lager der Westmächte unverändert lassen soll, oder ob sie den ersten Schritt zu einer neutralen Stellung Japans zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bedeutet.

Die innenpolitischen Voraussetzungen der japanischen Außenpolitik

Die Außenpolitik Japans wird natürlich von den Änderungen der internationalen Situation beeinflusst, aber diese Wandlungen wirken auch auf die

Innenpolitik und lösen wiederum Gegenwirkungen auf die Außenpolitik aus, gerade wie eine Kettenreaktion. Um einen Ueberblick über die jüngsten

¹) Vgl. den Beitrag von Eberhard Menzel in Europa-Archiv 21/1952, S. 5261—5266, und 24/1952, S. 5355—5368. Wortlaut des Friedensvertrages und zugehöriger Dokumente in Europa-

Archiv 21/1952, S. 5267—5275. Karte zur Ausdehnung des japanischen Machtbereichs in den Jahren 1941, 1943 und 1945 in Europa-Archiv 24/1952, S. 5357.

politischen Ereignisse in Japan zu erhalten, ist es angebracht, das Ergebnis der Teilwahlen für die Hälfte der Mitglieder des Oberhauses („Haus der Räte“) zu betrachten, die am 8. Juli 1956 stattfanden².

In den Präfekturwahlbezirken waren 75, im Reichswahlbezirk 52 Räte neu zu wählen. Das Endergebnis der Wahl zeigt, daß die Wahlbeteiligung rund 30 Millionen, also 62,1 vH der Wahlberechtigten, erreichte. Dieser Prozentsatz zeigt auch, obwohl er im Vergleich mit dem Ausland nicht besonders hoch ist, wie stark das politische Interesse des japanischen Volkes gewachsen ist.

Die Wahl von 1956 war die erste nach dem Zustandekommen eines Zweiparteisystems in Japan. Die SP hatte sich 1951 wegen der Meinungsverschiedenheit über die Ratifikation des Friedensvertrages in eine Links- und eine Rechtspartei gespalten, sich aber im Herbst 1955 wieder vereinigt. Im Spätherbst desselben Jahres hatten sich auch die Liberale Partei (LP) und die Demokratische Partei (DP) in der konservativen Liberal-Demokratischen Partei (LDP) vereinigt, was nicht zuletzt auf die Einigung der Sozialisten zurückzuführen war. Dadurch entstand in Japan ein Zweiparteisystem nach dem Vorbild Groß-

britanniens. Das Wahlergebnis kann als ein Barometer für die Stimmung des japanischen Volkes gegenüber dieser Neuerung gelten. Es zeigt, daß dieses System starken Anklang fand. Dies zeigt sich darin, daß die Ryokufu-Vereinigung, die sich nach dem Kriege aus den parteilosen Mitgliedern des Oberhauses gebildet hatte, nur mehr 5 von den 127 neu zu wählenden Mandaten gewann gegenüber 61 der LDP und 49 der SP. Die Kommunistische Partei hatte in den Präfekturwahlbezirken 31, im Reichsbezirk 3 Kandidaten aufgestellt, von denen aber nur je einer in den Präfekturwahlbezirken und einer im Reichswahlbezirk gewählt wurden.

Die Teilwahlen brachten der konservativen LDP 42 Sitze in den Präfekturwahlbezirken und 19 im Reichswahlbezirk. Sie behielt damit die 122 von insgesamt 250 Sitzen des Oberhauses, die sie auch vor den Neuwahlen hatte. Dagegen erreichte die Sozialistische Partei in den Präfekturwahlbezirken 28, im Reichswahlbezirk 21 Sitze und verstärkte damit ihre Position von 68 auf 80 Sitze. Dieser Zuwachs ging auf Kosten der Ryokufu-Vereinigung, die 12 Sitze an die Sozialisten verlor. Nachstehend folgen die Zahlen der gemäß dem am 10. Juli veröffentlichten Schlußbericht gewählten Mitglieder:

Partei	Vom ganzen Land gewählt	In Bezirken gewählt	Zusammen	Nicht zur Wahl stehende Sitze	Insgesamt	Stärke vor den Wahlen
Liberaldemokraten	19	42	61	61	122	(122)
Sozialisten	21	28	49	31	80	(68)
Ryokufu-Vereinigung	5	0	5	26	31	(43)
Arbeiter- und Bauernpartei	0	0	0	0	0	(2)
Kommunisten	1	1	2	0	2	(1)
Andere kleine Parteien	1	0	1	0	1	(0)
Unabhängige	5	4	9	5	14	(8)
						(6 Vakanten)
Insgesamt	52	75	127	123	250	(250)

Diese Uebersicht zeigt, daß zwar die Liberaldemokraten ihre bisherige Zahl halten konnten, daß aber durch den Verlust von 12 Sitzen der konservativen Ryokufu-Vereinigung, die bisherige Zweidrittelmehrheit des konservativen Flügels verlorenging. Den Sozialisten gelang es dagegen, zusammen mit den Sitzen der Kommunisten und der progressiven Parteilosen mehr als ein Drittel der Sitze des Oberhauses zu besetzen und damit die Sperrminorität zu erringen, die notwendig ist, um eine Aenderung der Verfassung zu verhindern. Diese kann nur durch eine Zweidrittel-

mehrheit in beiden Häusern des Reichstages und durch die Stimmenmehrheit bei einem Referendum herbeigeführt werden.

Der Machtzuwachs der Sozialisten zeigt sich nicht nur in der Vermehrung ihrer Sitze im Oberhaus, sondern auch in der Zahl der abgegebenen Stimmen. Seit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung haben bisher fünf allgemeine Wahlen zum Reichstag stattgefunden. Sie brachten der progressiven Front einen ständigen Zuwachs an Stimmen, aber erst bei der fünften Wahl im Februar 1955 gelang es ihr, 30 vH der abgegebe-

²) Anmerkung des Herausgebers zum Wahlsystem des japanischen Oberhauses („Haus der Räte“, Sangi-In):

Die Gesamtzahl der auf sechs Jahre gewählten Mitglieder beträgt 250. Die Hälfte des Hauses wird alle drei Jahre neu gewählt. Eine Besonderheit des Wahlsystems liegt darin, daß 100 der Oberhausmitglieder nach einem System gewählt werden, bei dem das gesamte japanische Staatsgebiet als ein einziger Wahlkreis gilt. Der Sinn dieser Regelung liegt in dem Bestreben, die Wahl prominenter Persönlichkeiten (deren Wohnsitze etwa in den Großstädten eher als in den Landbezirken zu finden sind) nicht durch territoriale Quoten zu

beeinträchtigen. Die übrigen 150 (der insgesamt 250) Nationalräte werden von den mit den Präfekturgrenzen identischen Wahlbezirken gewählt. Die 46 z. Z. bestehenden Präfekturen entsenden je etwa 2 bis 8 Nationalräte in das Oberhaus.

Bei der Juli-Wahl 1956 wurden somit 75 Nationalräte von den Präfekturwahlkreisen und 50 von dem gesamtstaatlichen Wahlkreis gewählt. Zu dem letzteren Kontingent kommen im Falle der Juli-Wahlen noch zwei weitere Sitze, die vermutlich durch den Tod oder andere Ausscheidungsgründe von zwei Nationalräten vakant geworden waren. Daher stimmt die vom Autor angegebene Zahl von 127 zur Neuwahl ausgeschrieben Sitzen.

nen Stimmen zu gewinnen. Bei den Teilwahlen zum Oberhaus im Juli 1956 gewannen nun die Sozialisten in den Bezirken rund 38 vH der Stimmen und damit nur 3,2 Millionen weniger als die Liberaldemokraten. Dies läßt darauf schließen, daß die sozialistischen Stimmen nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den Landgemeinden im Wachsen sind.

Aus welchen Gründen konnten nun die Sozialisten ihre Kräfte so verstärken? Der erste Grund lag darin, daß der Appell der SP, daß sie unbedingt mehr als ein Drittel der Sitze im Oberhaus gewinnen müsse, um die Aenderung der Verfassung zu verhindern, bei den Wahlberechtigten starken Widerhall fand. Das Kabinett Hatoyama, von der Koalition der Konservativen unterstützt, beabsichtigte nämlich, die Verfassung zu ändern, die noch unter der amerikanischen Besatzung zustande gekommen war und als die „MacArthur-Verfassung“ gilt. Die Aenderungswünsche des Kabinetts bezogen sich vor allem auf den Artikel 9 der Verfassung, der „die Errichtung von Streitkräften zu Land, zu Wasser und in der Luft sowie die Aufstellung jeder anderen Form von Kriegspotential“ für immer untersagt³. Die progressive Front von der SP bis zur Kommunistischen Partei ist grundsätzlich gegen die Aenderung des Artikels 9 eingestellt und betont gegenüber der Regierungspartei die Notwendigkeit, die Verfassung als Sicherung des Friedens zu schützen. Sie appellierte im Wahlkampf mit dem Argument an das Volk, die Verfassungsänderung bedeute die Erzwingung der Wiederaufrüstung, die Einführung des Wehrsystems, die Wiederherstellung des alten Familiensystems und des Kaisertums, d. h. sie führe zum Krieg. Diese Kundgebungen wurden vor allen Dingen von den Frauen und der Jugend begeistert aufgenommen. Ueberdies wurde mitten im Wahlkampf, als die Erörterungen über die Verfassungsänderung ihren Höhepunkt erreicht hatten, in den japanischen Zeitungen die sensationelle Nachricht veröffentlicht, Walter S. Robertson, der zweite Stellvertreter des amerikanischen Außenministers, habe als Zeuge vor dem Budgetausschuß des Repräsentantenhauses die Abänderung der japanischen Verfassung als Voraussetzung der Wiederaufrüstung gefordert. Diese Nachricht bestärkte in der japanischen Öffentlichkeit die

Zweifel, ob die Konservativen die Verfassungsänderung tatsächlich als Schritt zur vollen Unabhängigkeit anstrebten oder ob sie dabei vor allem dem amerikanischen Wunsch nach Wiederaufrüstung folgten.

Ein weiterer Grund war die Ungeschicklichkeit der Wahlpropaganda der Regierungspartei. Anfang Juni 1956, kurz vor dem Schluß der ordentlichen Wahlperiode, hatte ein Teil der sozialistischen Mitglieder im Oberhaus versucht, durch Gewalt das Zustandekommen der Gesetzentwürfe über das Erziehungswesen zu hemmen. Dies trug dem Parlament im In- und Ausland den schlechten Ruf einer „Versammlung der rohen Gewalt“ ein. Die LDP hatte diese Gewalttätigkeit mit heftigen Vorwürfen und der Aufführung von Wochenschau-Aufnahmen als beste Wahlpropaganda genutzt. Die SP hatte ihrerseits Selbstkritik geübt, aber auch betont, daß die Schuld an den Zwischenfällen vor allem der LDP zuzuschreiben sei. Die Regierungspartei protestierte einfach gegen die Gewaltanwendung der SP, versäumte es jedoch, im Wahlkampf die positiven Maßnahmen der Regierung — beispielsweise ihre Politik zur Sicherung des Volkslebens, ihre Verhandlungen mit der Sowjetunion — und ihre Begründung der Notwendigkeit der Verfassungsänderung bekannt zu machen. Diese Nachlässigkeit war erstens dadurch verursacht worden, daß die LP und DP auch nach ihrer Vereinigung zu keiner vollen inneren Uebereinstimmung kommen konnten. Ferner aber dadurch, daß Ministerpräsident *Hatoyama*, der an der Spitze der Koalitionspartei steht, aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage war, Regierungspolitik und Parteipolitik aufeinander abzustimmen.

Die gewaltige Organisation der Arbeitergewerkschaften in Japan ist als der dritte Grund für den Ausgang des Wahlkampfes zu erwähnen. Wie sehr die SP von den Gewerkschaften abhängig war, wurde daraus klar, daß 24 von 49 Gewählten der SP Mitglieder des Zentralrates der japanischen Allgemeinen Arbeitergewerkschaft (Sohyo), der größten gewerkschaftlichen Vereinigung Japans, waren. Diese Tatsache deutet an, daß die SP nun nicht mehr in der Lage ist, ohne Rücksicht auf die Gewerkschaften Politik zu machen. Auch konnte man aus dieser Bindung Schlüsse auf die künftige Politik der SP ziehen.

Die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion

Das Kabinett Hatoyama und die Verhandlungen zwischen Japan und der Sowjetunion

Wenn man bedenkt, daß Ministerpräsident *Hatoyama* seit Jahren die Aenderung der Verfassung und damit die Wiederaufrüstung befürwortete, erhält man den Eindruck, daß die Wiederaufrüstung, die vor allem den Amerikanern entgegenkommt, und die

Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion in Widerspruch zueinander stehen. Nachdem *Hatoyama* als Nachfolger des Ministerpräsidenten *Yoshida* Ende 1954 an die Regierung gekommen war, blieb ihm nichts anderes übrig, als die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion und mit den kommunisti-

³) Vgl. den Wortlaut der japanischen Verfassung (englisch) in „The Far East 1942—1946“ (Survey of International Affairs

1939—1946, Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs, London 1955, S. 546—556.

schen Machtbereichen zu befürworten, die nun als die wichtigste außenpolitische Aufgabe Japans angesehen wurde. Während seiner sechsjährigen Regierungszeit hatte *Yoschida* durch den Abschluß des Friedensvertrages in San Francisco Japan von der Besatzungsarmee befreit. Wenn auch der Friedensvertrag selbst noch umstritten ist, muß sein Zustandekommen doch als großes Verdienst eines Politikers gewertet werden, der eine langjährige diplomatische Laufbahn hinter sich hatte. Ministerpräsident *Hatoyama* wollte sich ähnliche Verdienste erwerben wie sein Gegner *Yoschida*. Dies konnte durch die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und dem kommunistischen China geschehen, der *Yoschida* sich widersetzt hatte. Die Mehrheit des japanischen Volkes war darüber beunruhigt, daß die Beziehungen Japans zur Sowjetunion sich nach dem Kriegsende nicht besserten und der Kriegszustand zwischen den beiden Ländern nach wie vor bestehen blieb. *Hatoyama* glaubte daher mit Recht, daß die Zeit gekommen sei, in der er als „fortschrittlicher Politiker“ seine diplomatischen Fähigkeiten beweisen könne. Den ihn unterstützenden Wirtschaftskreisen gehören u. a. einflußreiche Fischereiunternehmen an. Der Minister für Land- und Forstwirtschaft, *Kono*, der als erster Favorit *Hatoyamas* und als der tüchtigste Mann des Kabinetts gilt, unterhält als ehemaliger Präsident der Japanisch-Russischen Fischereigesellschaft enge Beziehungen zu diesen Wirtschaftskreisen. Es ist anzunehmen, daß jene Politiker, die bestrebt sind, die seit Jahren zwischen Japan und der Sowjetunion schwebenden Fischereifragen im Nordmeer zu lösen, auch die Haltung des Ministerpräsidenten zu den Verhandlungen mit der Sowjetunion beeinflussen haben. Vermutlich ist *Hatoyama* dadurch angeregt worden, sich für eine Neutralitätspolitik im Sinne der friedlichen Koexistenz der Welt einzusetzen. *Hatoyama*, einer der alten Politiker der Regierung, wird wahrscheinlich auch in Betracht gezogen haben, wie positiv sich die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen und die Befreiung der noch nach Ablauf von zehn Jahren nach Kriegsende in der Sowjetunion verbliebenen Gefangenen vor der Wahl auf die öffentliche Meinung auswirken würde.

Tatsächlich wurden die Bestrebungen *Hatoyamas* zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen von der Öffentlichkeit mit großem Beifall aufgenommen. Das zeigt die Tatsache, daß die DP bei der Allgemeinen Wahl im Februar 1955 nach der Auflösung des Reichstages im Januar desselben Jahres den Sieg über die LP davongetragen hat. Bemerkenswert ist, daß *Hatoyama* sich bereits im Januar 1955, vor der Allgemeinen Wahl, in geheim mit dem Leiter der inoffiziellen Sowjetmission in Tokio, Andrej Iwanowitsch *Domnitsky*, in Verbindung gesetzt hatte. Da diese geheimen Besprechungen ohne Konsultation

des Außenamtes geführt worden waren, mußte der Eindruck entstehen, als ob sie die üblichen diplomatischen Gepflogenheiten außer acht lassen wollten, und daraus ergaben sich innenpolitische Verwicklungen.

Außenminister *Shigemitsu* nahm begreiflicherweise als Diplomat der alten Schule eine sehr vorsichtige Haltung zu den Verhandlungen zwischen Japan und der Sowjetunion ein, da er gezwungen war, auf die freundschaftlichen Beziehungen Japans zu den Vereinigten Staaten Rücksicht zu nehmen, die seit dem Abschluß des Friedensvertrages bestehen. Daraus ergaben sich Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und *Hatoyama*. Diese Haltung von *Shigemitsu* wurde dem Kabinett *Hatoyama* nicht nur von *Kono* und der Gruppe, die möglichst bald zu einem Abschluß der Verhandlungen mit der Sowjetunion kommen will, sondern auch von der Gegenpartei als „zweideutige Diplomatie“ heftig vorgeworfen.

Bei einem Zusammentreffen mit Außenminister *Dulles* in Washington vom 29. bis zum 31. August 1955, an dem *Kono* und *Kisch*, die Hauptgeschäftsführer der LDP, teilnahmen, wurde von *Shigemitsu* betont, daß sich durch die Verhandlungen mit der Sowjetunion nichts an den freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ändern würde, während *Dulles* der Erwartung Ausdruck gab, daß Japan von jeglicher Form der „Verbrüderung“ mit der Sowjetunion Abstand nehmen werde.

Die Vereinigung der LP und DP zu einer konservativen Front im Herbst 1955 konnte die Gegensätze zwischen *Hatoyama* und *Shigemitsu* nicht überbrücken, sondern verstärkte den Eindruck einer „zweideutigen Diplomatie“. Die unter dem Einfluß von *Yoschida* stehende Gruppe der LP, darunter auch der ehemalige Präsident der LP, *Ogata*, nahm eine abwartende Haltung ein. Auch der ehemalige Ministerpräsident *Aschida*, der als Leiter der außenpolitischen Kommission der Partei nach der Vereinigung *Shigemitsu* unterstützt, trat dafür ein, bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion größte Zurückhaltung zu üben. Erst durch das Verhalten von *Kono* konnte der Gegensatz innerhalb der Partei überwunden werden. Bei den Verhandlungen mit Ministerpräsident *Bulganin* über den sowjetisch-japanischen Fischereivertrag, die in Moskau im April 1956 stattfanden, hatte *Kono* festgestellt, daß die Sowjetunion außer der Rückgabe von *Habomai* und *Schikotan* keine territorialen Zugeständnisse machen wollte. Diese Mitteilungen hatten schließlich die internen Streitigkeiten über die japanische Haltung zu den Verhandlungen, deren Wiederaufnahme bis zum Ende Juli befristet war, beigelegt und *Hatoyamas* Stellung dazu beeinflußt. Nun mußte sich *Shigemitsu* selbst nach Moskau begeben, um die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen.

Die Verhandlungen über die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland

Die bisherigen Verhandlungen über die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen Japans zur Sowjetunion sollen hier nicht im einzelnen erörtert werden. Es genügt, an dieser Stelle die wichtigsten Streitpunkte der 23 seit Juni 1955 in London geführten Gespräche zwischen *Matsumoto* und *Malik* zu erwähnen und die Hauptthemen der Verhandlungen zwischen *Kono* und *Ishkow*, dem sowjetischen Minister für Fischerei, zu skizzieren, die von Ende April bis Mai 1956 in Moskau stattfanden.

Bei den Verhandlungen in London, die am 7. Juni 1955 begannen, legte *Malik* am 14. Juni den sowjetischen Entwurf des Friedensvertrages vor. Der japanische Gegenvorschlag wurde von *Matsumoto* auf der elften Zusammenkunft am 16. August unterbreitet⁴. Der erste Abschnitt der Verhandlungen ging am 1. Oktober 1955 zu Ende, als *Matsumoto* nach Tokio zurückberufen wurde.

Ueber einige Artikel konnte ohne weiteres eine grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt werden; beispielsweise über den Eintritt Japans in die Vereinten Nationen, den Verzicht auf gegenseitige Ansprüche, die Bereitschaft, über die Fischereirechte und die Entwicklung der Fischerei-Industrie sowie über ein Handelsabkommen zu verhandeln.

⁴) Anmerkung des Herausgebers: *Japan Quarterly*, Vol. II, No. 4, Oktober—Dezember 1955, bringt in zwei Fußnoten zu dem Bericht „The Soviet-Japanese Negotiations in London“, S. 404/6, kurze Inhaltsangaben der beiden Entwürfe, die anschließend wiedergegeben sind. Ueber die sowjetische Haltung auf der Friedenskonferenz von San Francisco und die dortigen Erklärungen *Gromykos*, die als Ausgangspunkt der sowjetischen Verhandlung bedeutsam sind, vgl. *Menzel*, a. a. O., S. 5266.

Hauptpunkte des sowjetischen Entwurfs

The state of war between Japan and the Soviet Union shall cease from the day on which this treaty shall become effective. Both countries mutually recognise the absolute sovereignty of each over its own territories and territorial waters.

Japan recognises the absolute sovereignty of the Soviet Union over Southern Sakhalin, all the adjacent islands and the *Chishima chain, and resigns all rights, authority and claim to these areas.

* Here are listed the names of all the islands in the Chishima chain, including the Habomai and Shikotan islands.

Japan and the Soviet affirm that neither will interfere in the domestic affairs of the other.

Japan pledges itself not to enter into any military alliance aimed at any member of the former Allied countries participating in the war against Japan.

Japan resigns all claims against the Soviet Union arising as a result of the war.

The Soya, Nemuro, Tsugaru, Tsushima and other straits shall be open at all times for the passage of trading vessels of any nation. The said straits shall be open for the passage of warships of those countries only which have coasts bordering on the Japan Sea.

Japan and the Soviet shall commence negotiations at the earliest opportunity aimed at the conclusion of an agreement providing for regulations controlling fishing on the high seas and the preservation and development of the fishing industry.

Japan and the Soviet shall commence negotiations at the earliest opportunity aimed at the conclusion of a treaty or agreement designed to stabilise trade relations between the two countries.

Gegen die sowjetische Forderung nach gegenseitiger Zusicherung der freien und unbehinderten Schifffahrt auf den Meeresstraßen von Soya, Nemuro, Notosuke und Goyomai und — nach japanischer Zusicherung derselben — auch auf den Meeresstraßen von Tsugaru und Tsushima wurde japanischerseits protestiert, weil „die Freiheit der Meere“ ein international anerkannter Grundsatz sei. Die Sowjetunion räumte ein, daß die Schließung der genannten Meeresstraßen für Kriegsschiffe jeder dritten bewaffneten Macht nicht Gegenstand von Verhandlungen zwischen Japan und der Sowjetunion sein solle. Die sowjetische Forderung, Japan dürfe keinem Militärbündnis gegen eine der im Zweiten Weltkrieg gegen Japan verbündeten Mächte beitreten, wurde fallengelassen. Ferner erkannte die Sowjetunion an, daß Japan keinen Friedensvertrag abschließen könne, der seine Souveränität einschränken würde, wie dies durch Beschränkungen der Schifffahrt geschehen würde.

Die Hauptprobleme der Londoner Verhandlungen bildeten die territorialen Fragen und die Rückkehr der japanischen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion.

Die territorialen Forderungen der Sowjetunion erstrecken sich auf die Anerkennung der sowjetischen Souveränität über Südsachalin, die Kurilen⁵ sowie Habomai und Schikotan. Die Haltung Japans zu die-

This treaty shall become effective upon the completion of due formalities within each country and the exchange of documents of ratification.

Hauptpunkte des japanischen Entwurfs

Japan recognises the absolute sovereignty of the Soviet Union over Southern Sakhalin, all the adjacent islands and the Chishima chain, and resigns all rights, authority and claim to these areas.

The Soviet armies of occupation in Southern Sakhalin and Chishima shall be withdrawn completely at the earliest opportunity after the treaty comes into effect and in any event within 90 days of the commencement of effectiveness of this treaty.

Japan and the Soviet affirm that neither will engage in activities, either openly or in secret, such as will threaten order and stability within the other's territories, nor will any member of an agency of the government of either country engage in such activities.

The Soviet Union shall support the entry of Japan into the United Nations and shall take steps to effect this at the earliest opportunity after the commencement of effectiveness of this treaty.

The Soviet Union resigns all claims to reparations arising from the war against Japan.

Japan resigns all claims against the Soviet Union arising as a result of the war.

Japan and the Soviet shall commence negotiations at the earliest opportunity aimed at the conclusion of an agreement providing for regulations controlling fishing on the high seas and the preservation and development of the fishing industry.

Japan and the Soviet agree to commence negotiations aimed at the conclusion of a treaty or agreement designed to stabilise trade, shipping, aviation and other commercial relations between the two countries.

This treaty shall become effective upon the completion of due formalities within each country and the exchange of documents of ratification.

⁵) Anmerkung des Herausgebers: Der Verfasser verwendet hier den japanischen Namen Chishima („Tausend Inseln“), während der im Deutschen gebräuchliche Ausdruck Kurilen russischen Ursprungs ist.

sen Forderungen kann kurz wie folgt zusammengefaßt werden:

- a) Die Rechte über Südsachalin hatte Japan nach dem Russisch-Japanischen Krieg im Frieden von Portsmouth 1905 verlangt.
- b) Die Südkurilen, die Inseln Kunaschiri und Etorofu, haben immer zu Japan gehört und sind 1855 vertraglich als japanisches Territorium bestätigt worden.

- c) Die Erörterung von Habomai und Schikotan, die geographisch und verwaltungsmäßig zu Hakkaido gehören, ist als rechtswidrig anzusehen.

Die Sowjetunion betont dagegen, daß Japan diese Territorien auf Grund der Deklaration von Kairo, des Potsdamer Abkommens und der Kapitulationsurkunde abtreten müsse. Zudem fordere der Friedensvertrag von San Francisco einen Verzicht auf die Kurilen und Südsachalin.



So standen sich die Auffassungen Japans und der Sowjetunion in scharfem Gegensatz gegenüber. Im August 1955 hatte der sowjetische Bevollmächtigte

Malik nach langen Verhandlungen in London dem japanischen Bevollmächtigten Matsumoto zu verstehen gegeben, daß Habomai und Schikotan unter

Umständen wieder an Japan zurückgegeben werden könnten. Daraufhin hatte Japan vorgeschlagen, die Entscheidung über Südsachalin und die Südkurilen einer internationalen Konferenz zu übertragen. Die Wiederherstellung der japanischen Hoheitsrechte über Habomai und Schikotan sowie Etorofu und Kunaschiri sollte mit dem Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages zwischen Japan und der Sowjetunion anerkannt werden. Im Gegensatz dazu vertrat die Sowjetunion die Ansicht, daß über Südsachalin und die Kurilen schon entschieden sei. Japan habe kein Recht, diese Fragen einer internationalen Konferenz vorzulegen. Der heftige sowjetische Widerstand führte dazu, daß die Verhandlungen in London, deren zweite Phase am 17. Januar 1956 begonnen hatte, am 20. März auf Ende Juli vertagt wurden, dann wurden sie von den Außenministern *Schepilow* und *Schigemitsu* erneut aufgenommen. Infolge der Suezkrise wurden sie am 13. August erneut vertagt und am 15. Oktober von Ministerpräsident *Hatoyama* wieder aufgenommen.

Die Verhandlungen über die *Rückkehr der Kriegsgefangenen* stellte keine so schwierigen rechtstheoretischen Probleme wie die territorialen Verhandlungen. Eine japanische Aufstellung gab nach dem Stand vom 1. Mai 1955 die Zahl der als lebend bekannten Kriegsgefangenen mit 1452, die der Vermissten mit 11 190 an. Die Sowjetunion legte eine Liste von insgesamt 1375 Gefangenen vor, 1016 Kriegsgefangenen und 357 Zivilpersonen, die alle nach sowjetischem Gesetz bestraft worden seien. Alle, die ihre Strafzeit beendet hätten, seien nach Japan zurückgeschickt worden, die anderen würden mit dem Abschluß des Friedensvertrages begnadigt und entlassen.

Die Sowjetunion wollte die Entlassung der Gefangenen mit der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen verbinden. Ähnlich war sie auch bei der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Oesterreich nach dem Abschluß des Staatsvertrages im Mai 1955 und zur Bundesrepublik Deutschland nach der Proklamation der Beendigung des Kriegszustandes im September 1955 vorgefahren. Die Entlassung und Zurücksendung der österreichischen und deutschen Kriegsgefangenen fand gleich darauf statt.

Die japanische Nation zweifelt an der Rechtmäßigkeit des Abbruchs des Neutralitätsvertrages durch die sowjetische Kriegserklärung vom 8. August 1945, nach der 700 000 japanische Staatsangehörige mit Gewalt auf sowjetisches Gebiet verschleppt und dort bestraft wurden.

Im Zusammenhang mit der Vertagung der Londoner Verhandlungen im März 1956 hatte die sowjetische Regierung erklärt, sie würde die *Kontrolle der Fischerei* im Ochotskischen Meer und im Nordpazifik in der Zeit vom 15. Mai bis zum 15. September verschärfen. Die japanische Regierung protestierte sofort

gegen diese für die lebenswichtige Hochseefischerei während der Fangperiode äußerst bedrohlichen Maßnahmen und schlug vor, Verhandlungen über die Fischereifragen zu eröffnen. Die sowjetische Antwort lautete, daß die Aufhebung der Einschränkungen der Fischerei (Lachs und Lachsforellen) den Abschluß des Fischereivertrages zwischen Japan und der Sowjetunion voraussetzen. Dies führte Ende April 1956 zu der Entsendung von *Kono* als Hauptbevollmächtigtem und einer Delegation nach Moskau. Die Verhandlungen mit *Ishkow*, dem sowjetischen Minister für Fischerei, sollten die Fischerei in den nordwestlichen Gewässern des Pazifischen Ozeans und die Rettung der Schiffbrüchigen regeln. Sie führten zu dem Vertrag über die Fischerei und dem Abkommen über die Rettung von Schiffbrüchigen vom 15. Mai 1956, die festlegen, daß Japan und die Sowjetunion stets zur Erhaltung der Fischerei (Lachs- und Lachsforellen) gegenseitig günstige Maßnahmen treffen wollen. Der Vertrag und das Abkommen werden mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages zwischen Japan und der Sowjetunion oder mit der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen in Kraft treten. *Kono* vereinbarte mit *Ishkow*, daß die beiden Staaten „in allernächster Zeit, spätestens bis zum 31. Juli“ dieses Jahres die Verhandlungen über die Normalisierung der sowjetisch-japanischen Beziehungen wieder aufnehmen wollen. Die Folge davon war Japans Entschluß, Ende Juli 1956 Außenminister *Schigemitsu* als Hauptbevollmächtigten und Botschafter *Matsumoto* als Bevollmächtigten an der Spitze einer Delegation nach Moskau zu entsenden, um die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Die Meinungen für und gegen die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion

Es gibt in Japan wenige, die der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion direkt widersprechen. Auch die Ultrarechten, die einen radikalen Antikommunismus vertreten, haben offiziell nichts dagegen. Sie stellen aber strenge Bedingungen, wie die Wiederabtretung von Südsachalin und den Südkurilen, die sofortige Rücksendung der japanischen Kriegsgefangenen und das Verbot der Bolschewisierung Japans. Daher sind sie gegen eine Politik, die durch einen Austausch der Botschafter ohne Lösung des Territorialproblems die diplomatischen Beziehungen wiederherstellen würde. Diese Methode wird in Japan die „Adenauer-Methode“ genannt. Es ist anzunehmen, daß man gegen den Friedensvertrag, wenn er einfach nur mit der Rückgabe von Habomai und Schikotan abgeschlossen wird, als einen schmachvollen Vertrag protestieren würde. Die Front des Rechtsflügels würde dann das territoriale Problem zur besten Anti-Sowjetpropaganda benutzen. Gegenwärtig sind die ultranationalistischen Kräfte nicht stark genug, um die politische Lage Japans zu

ändern, obwohl sie die politischen Kreise in Japan bis zu einem gewissen Grade beeinflussen können.

Bemerkenswert ist die Haltung der Wirtschaftskreise gegenüber den Verhandlungen mit der Sowjetunion. Die sich für die Verhandlungen direkt interessierenden Fischereiunternehmer sind zahlenmäßig schwach. Maßgebende Wirtschaftskreise sind der Ansicht, daß, abgesehen von der Fischerei, die wirtschaftlichen Vorteile, die durch die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion erzielt werden könnten, nicht hoch einzuschätzen sind. Infolgedessen herrscht in diesen Kreisen eine vorsichtige Haltung. Es wird nicht für notwendig gehalten, nur wegen angeblicher wirtschaftlicher Interessen die Verhandlungen zu fördern. Der Hauptdirektor des Industrie-Klubs Japans, *Miyajima*, einer der Ältesten in den Wirtschaftskreisen, betonte die folgenden Gesichtspunkte: Die Sowjetunion sei kein sehr vertrauenswürdiger Staat. Sie habe unter Verletzung der Neutralität Geiseln genommen und die Einschränkung der Fischerei auf offener See beabsichtigt. Unter dem Druck der Anerkennung der territorialen Forderungen oder der Zurückhaltung der Gefangenen zu verhandeln, habe keinen Sinn. Es bestehe Unsicherheit über die Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens im Inland. Hierbei böten offizielle Kontakte mit einer sowjetischen Botschaft in Tokio keine Erleichterung, weil durch Geld eine Menge Elemente leicht bestochen werden können. Wichtig seien daher nicht Verhandlungen, sondern Maßnahmen gegen die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Japans zum Schutz der öffentlichen Sicherheit.

Im Gegensatz zu den Älteren in den Wirtschaftskreisen stehen Gruppen, die den eigentlichen Kern bilden und die eine positive Haltung einnehmen. Zum Beispiel ist der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer Japans, *Fujiyama*, folgender Meinung: Die Kriegsgefahr rücke immer ferner, da die sowjetische Weltpolitik sich in der letzten Zeit zu einer friedlichen Haltung wandle. Außer Japan gebe es kein Land in der Welt mehr, das noch mit der Sowjetunion im Kriegszustand steht. Ohne die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion, ohne Eintritt in die Vereinten Nationen und ohne Stimmrecht in den internationalen Angelegenheiten sei Japan kein richtiger unabhängiger Staat. Aus Sorge vor Friedensstörungen im Inland vor der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zurückzuschrecken, sei eine zu bedenkliche Einstellung für einen selbständigen Staat.

Die Auseinandersetzungen zwischen den sich gegenüberstehenden zwei Gruppen, der positiven und der negativen, hat nun endlich zum gegenseitigen Einverständnis geführt, nachdem der Außenminister und Hauptbevollmächtigte, *Schigemitsu*, bereit ist, in Moskau die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die erwähnten Meinungsverschiedenheiten werden über-

brückt durch die Bemühungen des Vorsitzenden der Vereinigung der Wirtschaftsgruppen, *Ischizaka*. Durch die Entsendung von Schigemitsu waren die widerstrebenden Kreise der Wirtschaft gezwungen worden, zu erkennen, daß die Verhandlungen zwischen Japan und der Sowjetunion zum Abschluß gebracht werden würden. Wenn der Abschluß der Verhandlungen mit der Befreiung der Gefangenen und der Lösung der Fischereifragen nur an den territorialen Fragen scheitern würde, so würde die öffentliche Meinung das nicht gut aufnehmen. Es bliebe dann nur die einzige Möglichkeit, die territorialen Fragen künftig bei internationalen Konferenzen zur Sprache zu bringen, aber keine Konzessionen zu machen. Die denkbare Beunruhigung im Inland durch den Austausch der Botschafter könnte durch entsprechende Gegenmaßnahmen beseitigt werden. Dafür gilt die Beschränkung der Mitgliedschaft der sowjetrussischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland auf höchstens 50 Personen als ein Beispiel.

Der vorsichtigen Haltung der leitenden Herren in den Wirtschaftskreisen entspricht die feste Haltung von *Yoshida* in den politischen Kreisen. Er meinte, Japans Aufgabe der Hoheitsrechte über Südsachalin und die Kurilen sei im Friedensvertrag von San Francisco nur gegenüber den ehemaligen Verbündeten proklamiert worden, die Sowjetunion habe aber diese Gebiete mit Gewalt entrissen. Die Fischereifragen müßten in einer Konferenz zwischen den am Nordpazifik liegenden Ländern, wie Amerika, Kanada und Japan, besprochen werden. Ein dringendes Ersuchen an die Sowjetunion sei von japanischer Seite nicht nötig. Rechtswidrig sei es, daß die Sowjetunion noch jetzt, 10 Jahre nach Kriegsende, japanische Staatsangehörige unter dem Namen „Kriegsverbrecher“ gefangen hält. Dies müsse vor der Weltöffentlichkeit angeprangert werden. Das Ziel der Sowjetunion liege unter anderem in der Bolschewisierung und Versklavung anderer Länder, in der Einrichtung eines Systems von Satelliten und der Störung der liberalen Front. Die japanische Regierung könne das Vertrauen der freien Länder nicht behalten, wenn sie die freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten als Grundlinie ihrer Außenpolitik betone, andererseits aber die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen der Sowjetunion betreibe. Daher sei die Außenpolitik des gegenwärtigen Kabinetts zweideutig. Die schwebenden Angelegenheiten ließen sich nicht einfach zwischen Japan und der Sowjetunion bereinigen, sondern müßten auf einer internationalen Konferenz unter Heranziehung der ehemaligen alliierten Mächte besprochen werden.

Im Gegensatz zu der Haltung der Konservativen nimmt die progressive Front von der SP bis zum linken Flügel eine positive Haltung ein und wünscht, die Verhandlungen so bald wie möglich abzuschließen. Die Außenpolitik der SP hat folgende Ziele:

- 1) Abschluß des Friedensvertrages, Beendigung des Kriegszustandes und Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen;
- 2) Wiederherstellung der Territorialhoheit Japans über Habomai, Schikotan, die Kurilen (Chishima) und Südsachalin, ebenso über die Inseln Okinawa und Ogasawara, die jetzt unter amerikanischer Verwaltung stehen;
- 3) eine provisorische Vereinbarung zwischen Japan und der Sowjetunion über den Austausch der diplomatischen Vertretungen zwecks Beendigung des Kriegszustandes und sofortiger Rücksendung der Kriegsverbrecher und Gefangenen, falls sich die Verhandlungen über den Friedensvertrag verzögern.

Die Gründe für diese Haltung der Sozialisten liegen unter anderem darin, daß das Bestehen des Kriegszustandes zwischen Japan und der Sowjetunion nach ihrer Ansicht die Verstärkung der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und Japans Isolierung von der ganzen übrigen Welt bedeutet, insbesondere die Schwächung der Verbindungen Japans mit den asiati-

schen und afrikanischen Ländern. Außerdem wünsche das japanische Volk eine friedliche Lösung der Fischeireifragen in den nördlichen Gewässern und die Eröffnung des Handelsverkehrs zwischen Japan und der Sowjetunion. Die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion würde die Aufnahme von Beziehungen zu dem kommunistischen China erleichtern. Schließlich würde die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und zu China als eine neue Entwicklung der politischen Situation im Fernen Osten angesehen. Im Rahmen der friedlichen Koexistenz müßten, so betonen die Sozialisten, auch die Vereinigten Staaten ihre Politik ändern, die bisher ausschließlich auf militärische Macht Wert gelegt habe. Die SP versteht sehr wohl, daß in der gegenwärtigen internationalen Situation die Prinzipien ihrer Außenpolitik (Rückgabe der Kurilen und Südsachalins und ebenso der Inseln Okinawa und Ogasawara) von den Sowjets nicht anerkannt werden. Sie glaubt aber, daß die Zeit kommen wird, in der das territoriale Problem nach ihren Grundsätzen gelöst werden wird.

Die amerikanischen Militärstützpunkte in Japan

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan waren in den letzten fünf Jahren seit dem Abschluß des Friedensvertrages im allgemeinen gut. Den anti-amerikanischen Kräften boten die Konflikte um die Militärbasen der Vereinigten Staaten in Japan jedoch gutes Propagandamaterial. Nach dem Verwaltungsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan vom 28. Februar 1952, das sich auf den Artikel 3 des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages vom 8. September 1951 stützt, ist die japanische Regierung verpflichtet, den amerikanischen Streitkräften in Japan bestimmte Einrichtungen sowie Grund und Boden zur Verfügung zu stellen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß sich mit der allmählichen Verringerung der amerikanischen Truppenstärke auch die Zahl der militärischen Stützpunkte verringert und deren Umfang verkleinert. So wurden die Basen von 731 (bestehend beim Inkrafttreten des Friedensvertrages) auf 588 (bestehend am 1. April 1956) vermindert und die benutzte Bodenfläche von 418 Millionen Tsubo (1 Tsubo = 3,306 qm) auf 343 Millionen Tsubo verkleinert. Von den Militärübungsplätzen, die über die Hälfte der Bodenfläche der Basen ausmachen, stehen viele nicht nur den amerikanischen Truppen, sondern auch den japanischen Selbstverteidigungstruppen zur Verfügung. Einige darunter werden ausschließlich von den japanischen Truppen benutzt.

In der letzten Zeit hat sich eine starke Bewegung gegen die Ausdehnung der Militärbasen entwickelt. Der Grund der Ausdehnung liegt darin, daß die Startbahnen der bisherigen Flughäfen für die Düsen-

maschinen, welche die Vereinigten Staaten nach dem Sicherheitsvertrag Japan zur Verfügung stellen, und für die neu entwickelten amerikanischen Flugzeugtypen zu klein geworden sind. Eine Vergrößerung der Flugplätze durch Enteignung von Grundstücken der Bauern ist dadurch notwendig geworden. Zur Vergrößerung der Startbahnen auf den fünf Flugplätzen Tachikawa, Yokota, Kisarazu, Komaki und Nigata werden rund 900 000 Tsubo Grund gebraucht. Neben denjenigen Bauern, die nach Verhandlungen bereit sind, einen Teil ihres Bodens abzutreten, gibt es viele, die sich, unterstützt von den Parteien der Linken und den Gewerkschaften, hartnäckig dagegen wehren, von ihrem ererbten Grund etwas abzugeben. Außerdem demonstrieren die Bauern, die in der Nähe der Militärbasen ansässig sind, mit Hilfe der Linksparteien und der Gewerkschaften gegen die Schießübungen der Atomkanonen „Honest John“. Der Kommunistischen Partei in Japan bieten diese Auseinandersetzungen besonders günstiges Propagandamaterial im Kampf gegen die Vereinigten Staaten.

Nun kommt es darauf an, wie lange die Vereinigten Staaten ihre Stützpunkte in Japan halten werden. Die amerikanische Regierung erklärte anläßlich der letzten Budgetverhandlungen im Repräsentantenhaus, daß die Stützpunkte in Japan ohne bestimmte Frist erhalten werden könnten, falls die beiden Regierungen sich über die Aenderung des Sicherheitsvertrages nicht einig würden. Die amerikanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß Japan den Vertrag nicht einseitig kündigen könne. Wenn die Vereinigten Staaten ein Veto einlegen würden, könnte Japan die

Räumung der amerikanischen Stützpunkte nicht erzwingen. Diese Auffassung hat aber die japanische Regierung und das Volk sehr in Erstaunen versetzt. Die japanische Regierung hatte den Sicherheitsvertrag wie folgt ausgelegt:

Da Japan ohne wirksame eigene Verteidigung einem Angriff von außen preisgegeben wäre, hat es dem amerikanischen Verlangen nach Stützpunkten mit dem Wunsch zugestimmt, daß die amerikanischen Stützpunkte allmählich durch eine wirksame japanische Selbstverteidigung abgelöst werden. Freilich ist der Vertrag auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, aber er gibt den Vereinigten Staaten nicht das Recht, auf unbestimmte Zeit Stützpunkte in Japan zu unterhalten, falls die Japaner dies nicht wünschen.

Die Frage der Militärstützpunkte ist schon heute sehr lästig und verspricht, es auch in Zukunft zu werden. Was meinen die Vereinigten Staaten damit, daß sie die Militärstützpunkte unbedingt für die Zeit der Verhandlungen zwischen Japan und der Sowjetunion behalten wollen? Aus den jüngsten amerikanischen Nachrichten geht hervor, daß die Vereinigten Staaten nichts dagegen haben, wenn Japan keinen Friedensvertrag mit der Sowjetunion abschließt, der die Kurilen und Sachalin als sowjetische Territorien anerkennt. Nach amerikanischer Auffassung entscheidet der Friedensvertrag von San Francisco nicht über die Zugehörigkeit der Kurilen und Sachalins, sondern schiebt die Entscheidung darüber auf. Daher steht die japanische Ablehnung der sowjetischen Forderungen nicht im Widerspruch zu den Abmachungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Es wäre aber für die Vereinigten Staaten schwierig, gegen die Besitznahme dieser Gebiete durch die Sowjetunion zu protestieren, weil sie ihr in Jalta von den Amerikanern zugestanden wurden. Die Vereinigten Staaten haben sich auch bisher niemals gegen die Tatsache gewandt, daß diese Gebiete nach Kriegsende unter sowjetische Herrschaft kamen. Sie wünschen zwar, daß die Verhandlungen in einem für Japan vorteilhaften Sinne beendet werden, aber die Politiker in Washington nahmen gegenüber den sowjetisch-japanischen Verhandlungen von Anfang an die Haltung eines interessierten Zuschauers ein, der vor allem ein Interesse daran hat, daß den Vereinigten Staaten auf Grund des Sicherheitsvertrages die Stützpunkte in Japan erhalten bleiben.

Die letzten Konflikte auf der Insel Okinawa hängen mit den Auseinandersetzungen über die Militärstützpunkte zusammen. Nach dem Artikel 3 des Friedensvertrages haben die Vereinigten Staaten das Recht, die gesamte Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung für dieses Gebiet auszuüben. Aber die japanische Regierung ist der Ansicht, daß sie in Okinawa potentielle Gebietsrechte besitzt und daß die Einwohner die japanische Staatsangehörigkeit behalten haben. Das Interesse des japanischen

Volkes an dieser Frage hat sich in der letzten Zeit besonders verstärkt aus dem Gefühl heraus, daß es unmöglich ist, die Verelendung der Bevölkerung der Insel, auf der in der letzten Phase des Pazifischen Krieges von 400 000 Einwohnern 70 000 ihr Leben dem Vaterland geopfert haben, mit Stillschweigen zu übergehen. Hier handelt es sich ebenfalls um die Erweiterung der Grundstücke für die amerikanische Besatzung. Die bis jetzt enteigneten Flächen umfaßten 17 000 Hektar, 12 vH der ganzen Insel. Nachdem sich der Regierungspräsident der Ryukyu-Inseln, *Hika*, bei der amerikanischen Regierung über den zu niedrigen Bodenpreis beklagt hatte, wurde im September 1955 eine Untersuchungskommission des Repräsentantenhauses nach Okinawa entsandt. Der Bericht dieser Kommission, der sogenannte Price-Bericht, wirkte in Japan sensationell. Er sah vor, daß die Vereinigten Staaten durch die Pauschalzahlung einer dem Bodenpreis entsprechenden Geldsumme an den Grundbesitzer „das ewige Pachtrecht“, d. h. langfristige Benutzungsrechte, erwerben würden. Die Vereinigten Staaten legten besonderen Wert auf eine solche Regelung, weil das Marinekorps vom Hauptland Japans nach Okinawa verlegt werden sollte, wozu weitere 4850 Hektar benötigt wurden. Die Schaffung „ewiger Pachtrechte“ bedeutet aber nicht nur den Verlust des Bodens für die Landleute in Okinawa, sondern auch eine Verletzung des potentiellen Hoheitsrechtes Japans. Daher erhoben sich sowohl in Okinawa wie auch auf dem Hauptland scharfe Proteste. Die Gesetzgebende Versammlung der Ryukyu-Inseln legte ihren Standpunkt in vier Prinzipien fest:

- 1) Es soll nicht zu einer ständigen Benutzung von Land durch direkte Käufe oder Pauschalpachtzahlungen kommen.
- 2) Es sollen angemessene Pachten und volle Entschädigungen für die gegenwärtig benutzten Ländereien gezahlt werden.
- 3) Es soll eine angemessene Entschädigung für alle von den Streitkräften der Vereinigten Staaten angerichteten Schäden gezahlt werden.
- 4) Nicht benötigte Ländereien sollen zum frühestmöglichen Zeitpunkt freigegeben und weiteres Land soll nicht beschlagnahmt werden.

Damit wurde der Kampf eröffnet. Die Insel entsandte eine aus Vertretern der Regierungspartei und der Opposition bestehende Delegation nach dem Hauptland Japans, um die japanische Regierung und die führenden Zivilstellen dringend aufzufordern, direkt mit der amerikanischen Regierung zu verhandeln. Nach dem Zusammentreffen mit Außenminister *Shigemitsu*, der die Forderung der Einwohner Okinawas weiterleitete, hatte der amerikanische Botschafter in Tokio, *Allison*, erklärt, daß die Vereinig-

ten Staaten bisher stets die potentielle Souveränität Japans auf der Insel Okinawa anerkannt hätten und auch in Zukunft nicht die Absicht hätten, die Insel auf unbestimmte Zeit zu besetzen. Er erklärte weiter, daß im Jahre 1953, als die Amami-Insel an Japan zurückgegeben wurde, der amerikanische Außenminister betont habe, die Vereinigten Staaten würden ihre Rechte und Befugnisse ausüben, solange im Fernen Osten Gefahren und Spannungen drohen. Die amerikanische Regierung sei nach reiflicher Ueber-

legung zu der Ansicht gekommen, daß diese Situation für längere Zeit gegeben sei.

Wengleich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan durch die Streitigkeiten um die Stützpunkte in Japan nicht übermäßig belastet werden, muß Washington auch darauf Rücksicht nehmen, daß es politische Kräfte in Japan gibt, die den Kampf gegen die Vereinigten Staaten führen und dazu den Konflikt um die Militärstützpunkte ausnutzen.

Dokumentarischer Anhang

Die Ergebnisse der sowjetisch-japanischen Verhandlungen in Moskau vom 13. bis zum 19. Oktober 1956

Gemeinsame sowjetisch-japanische Erklärung

In Moskau fanden in der Zeit vom 13. bis zum 19. Oktober 1956 Verhandlungen zwischen Delegationen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japan statt.

Von seiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nahmen an den Verhandlungen teil: der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, N. A. Bulganin, das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR N. S. Chruschtschow, der erste stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, A. I. Mikojan, der erste stellvertretende Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, und der stellvertretende Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, N. T. Fedorenko.

Von seiten Japans nahmen an den Verhandlungen teil: der Ministerpräsident, Ichiro Hatoyama, der Minister für Land- und Forstwirtschaft, Ichiro Kono, und das Mitglied der Abgeordnetenversammlung Suinitsi Matsumoto.

Im Laufe der Verhandlungen, die im Zeichen der Verständigung und Zusammenarbeit stattfanden, erfolgte ein umfassender und freimütiger Meinungsaustausch über die Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japan. Die Sowjetunion und Japan stimmten voll und ganz darin überein, daß die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen ihnen der Entwicklung der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten im Interesse des Friedens und der Sicherheit im Fernen Osten dienlich sein wird.

Im Laufe dieser Verhandlungen zwischen der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japans wurde ein Uebereinkommen über Nachfolgendes erzielt:

I. Der Kriegszustand zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japan wird mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Deklaration beendet, und zwischen ihnen werden Frieden und gutnachbarliche freundschaftliche Beziehungen wiederhergestellt.

II. Zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japan werden die diplomatischen und konsularischen Beziehungen wiederaufgenommen, dabei wird vorgesehen, daß die beiden Staaten diplomatische Ver-

treter im Botschafterrang austauschen werden und die Frage der Einrichtung von Konsulaten auf dem Gebiete der UdSSR beziehungsweise Japans auf diplomatischem Wege geregelt werden wird.

III. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japan bestätigen, daß sie sich in ihren Beziehungen von den Prinzipien der Charta der Organisation der Vereinten Nationen und im besonderen von den nachstehenden, in dem Artikel 2 dieser Charta dargelegten Prinzipien leiten lassen werden:

a) ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln zu regeln, so daß der internationale Friede und die Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden;

b) sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder Gewaltanwendung sowohl gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit jedes der Staaten als auch auf irgendwelche andere Weise zu enthalten, die mit den Voraussetzungen der Organisation der Vereinten Nationen unvereinbar ist.

Die UdSSR und Japan bekräftigen, daß entsprechend dem Artikel 51 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen jeder Staat das unbenehbare Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung hat.

Die UdSSR und Japan verpflichten sich gegenseitig, weder direkt noch indirekt aus irgendwelchen Motiven wirtschaftlicher, politischer oder ideologischer Art sich in die inneren Angelegenheiten des anderen einzumischen.

IV. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wird das Ersuchen Japans um seine Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.

V. Alle in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgeurteilten japanischen Bürger werden mit dem Inkrafttreten dieser gemeinsamen Deklaration in Freiheit gesetzt und nach Japan repatriiert werden. Was die Japaner betrifft, deren Schicksal unbekannt ist, so wird die Sowjetunion auf Ersuchen Japans weiterhin ihr Schicksal aufklären.

VI. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verzichtet auf alle Reparationsansprüche an Japan. Die

UdSSR und Japan verzichten gegenseitig auf alle Ansprüche ihres Staates, seiner Organisationen und Bürger gegen den anderen Staat, dessen Organisationen und Bürger, die infolge des Krieges seit dem 9. August 1945 entstanden sind.

VII. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japan verabreden, in möglichst kurzer Frist in Verhandlungen über den Abschluß von Verträgen oder Abkommen einzutreten, um ihre Beziehungen im Bereiche des Handels, der Handelsschifffahrt und anderer kommerzieller Gebiete auf eine feste und freundschaftliche Basis zu stellen.

VIII. Die Konvention zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japan über den Fischfang auf hoher See im nordwestlichen Teil des Pazifik und das Abkommen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japan über die Zusammenarbeit bei der Rettung von Menschen in Seenot, die in Moskau am 14. Mai 1956 unterzeichnet wurden, werden zugleich mit dieser gemeinsamen Deklaration in Kraft treten. In Anbetracht des Interesses sowohl der Sowjetunion als auch Japans an der Erhaltung und rationellen Nutzung der natürlichen Fischereiressourcen und anderer biologischer Meeresressourcen werden die Sowjetunion und Japan im Geiste der Zusammenarbeit Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der Fischereiressourcen sowie zur Regelung und Begrenzung des Fischfangs auf hoher See treffen.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japan sind übereingekommen, nach der Wiederaufnahme

der normalen diplomatischen Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japan die Verhandlungen zum Abschluß des Friedensvertrages fortzusetzen.

Den Wünschen Japans entgegenkommend und in Berücksichtigung der Interessen des japanischen Staates erklärt sich dabei die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einverstanden, Japan die Habomai-Inseln und die Schikotan-Insel zu übergeben, jedoch so, daß die tatsächliche Uebergabe dieser Inseln an Japan nach Abschluß des Friedensvertrages zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japan erfolgt.

Diese gemeinsame Deklaration unterliegt der Ratifikation. Sie wird am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft treten. Der Austausch der Ratifikationsurkunden ist in möglichst kurzer Frist in Tokio vorzunehmen.

Zu Urkund dessen haben die nachstehend unterzeichneten Bevollmächtigten diese gemeinsame Erklärung signiert.

Gegeben in zwei Exemplaren, jedes in russischer und japanischer Sprache, wobei die beiden Wortlaute gleichermaßen Geltung haben.

Moskau, den 19. Oktober 1956.

In Vollmacht
des Präsidiums des Obersten
Sowjets der UdSSR
N. Bulganin,
D. Schepilow.

In Vollmacht
der Regierung Japans
Ichiro Hatoyama,
Ichiro Kono,
Siunitsi Matsumoto.

Sowjetisch-japanisches Protokoll über die Entwicklung des Handels und die gegenseitige Meistbegünstigung

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Regierung Japans haben im Zusammenhang mit der Bestimmung des Paragraphen VII der in Moskau am 19. Oktober 1956 unterzeichneten gemeinsamen Deklaration der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Japans das Nachstehende vereinbart:

I. Bis zum Abschluß der in Paragraph VII der genannten gemeinsamen Deklaration vorgesehenen Verträge oder Abkommen werden die Vertragschließenden Teile alle nur möglichen Bemühungen anstellen, um den Handel zwischen beiden Staaten zu entwickeln, für den jeder der Vertragschließenden Teile dem anderen den folgenden Modus gewährt:

a) Meistbegünstigung hinsichtlich aller Arten von Zollgebühren, Einnahmen, Zollformalitäten und anderen Verfahren, die mit dem Import von Waren des anderen Vertragschließenden Teils und mit dem Export der eigenen Waren an die andere Vertragschließende Seite im Zusammenhang stehen;

b) Meistbegünstigung hinsichtlich der Schiffe des anderen Vertragschließenden Teils in den Häfen, wobei

dieser Modus beim Einlaufen, Auslaufen und Ankern der Schiffe, hinsichtlich aller Steuern und Abgaben sowie hinsichtlich des Ladens und Löschens von Frachten und der Versorgung mit Brennstoff, Wasser und Lebensmitteln angewendet wird.

II. Die Bestimmungen des obigen Paragraphen I werden das Recht keines der Vertragschließenden Teile beschränken, jede Art von Verbot oder Begrenzung vorzunehmen, die auf den Schutz dringlicher Interessen ihrer Sicherheit abzielen.

Dieses Protokoll unterliegt der Ratifikation. Es wird mit dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft treten. Der Austausch der Ratifikationsurkunden ist in möglichst kurzer Frist in Tokio vorzunehmen. Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Protokoll signiert.

Gegeben in zwei Exemplaren, jedes in russischer und in japanischer Sprache, wobei die beiden Wortlaute gleichermaßen Geltung haben.

(Unterschriften wie oben)

Quelle: Nachrichten aus der Sowjetunion (Presseabteilung der sowjetischen Botschaft, Bonn), 22. Oktober 1956.

Natürliche und soziale Strukturmerkmale europäischer Völker

Von Dr. Fritz Below, Straßburg

(Fortsetzung und Schluß)

Die wirtschaftliche Struktur der Bevölkerungen

Jeder Mensch, gleichgültig, ob er der aktiven oder der nichtaktiven Bevölkerungsgruppe angehört, ob er im Erwerbsleben steht oder nicht, ist mit einer der großen wirtschaftlichen Gruppierungen verbunden. Entweder sind von der Familie und der früheren Berufstätigkeit her Beziehungen vorhanden, oder die augenblickliche Erwerbstätigkeit bestimmt die wirtschaftliche Zugehörigkeit. Aufgabe der Statistik ist es, die Kriterien des Tatbestandes einer wirtschaftlichen Gliederung der Bevölkerung zu suchen und auf dieser Grundlage die zahlenmäßigen Verhältnisse zu bestimmen. Man könnte dabei zunächst an die wirtschaftliche Charakterisierung der Familie denken und von ihr als kleinster sozialer Gruppe ausgehen. Die Familie als tatsächliche und statistische Einheit besteht jedoch bei den meisten europäischen Völkern nur aus der zeitlich begrenzten Verbindung von Eltern und Kindern. Besonders in den wirtschaftlich entwickelten Ländern ist der Begriff der Großfamilie im Sinne sippenmäßiger Zusammenhänge in auf- und absteigender Richtung und in den Seitenlinien als Wohn- oder Wirtschaftseinheit hinfällig geworden. Die Statistik hat deshalb den Familienbegriff verlassen und richtet bei den großen Zählungen ihr Interesse auf das Haushaltungsgefüge.

Die Haushaltung umfaßt die zu einer Wohn- und hauswirtschaftlichen Gemeinschaft zusammengeschlossenen Personen. Der Haushaltungsbegriff, der Einzel- und Mehrpersonenhaushaltungen kennt (der künstliche Begriff der „Anstaltshaushaltungen“ braucht hier nicht erwähnt zu werden), gründet sich auf wirtschaftliche Bindungen in der untersten Stufe des menschlichen Gesellschaftslebens. Der Einzelhaushalt als Charakteristikum bei Volkszählungen bietet für die Erkennung der Sozialstruktur in einer Bevölkerungsmasse und deren Gruppierungen weniger Hinweise. Sein Anteil an allen Haushaltungen ist in der zeitlichen Entwicklung eng mit der jeweiligen Anzahl der ledigen, verwitweten und geschiedenen Personen innerhalb der im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerung verbunden. Dieser Zusammenhang schließt jedoch nicht aus, daß auch zahlreiche „Alleinstehende“ in einer Bevölkerung einen Mehrpersonenhaushalt einrichten, indem sie andere Personen (Eltern, Verwandte, uneheliche Kinder usw.) in ihre Wohn- und Hauswirtschaftsgemeinschaft einbeziehen. Die Mehrpersonenhaushaltung in ihrer unterschiedlichen Zusammensetzung (engere

Familie, erweiterte Familie, Aufnahme fremder Personen) stellt sich nach Einkommen und Verbrauch als ein wichtiger Faktor in der Volkswirtschaft dar. Man bemüht sich heute auch immer stärker, das Haushaltungseinkommen und nicht das Einzeleinkommen als Grundlage volkswirtschaftlicher Einkommensgliederungen heranzuziehen. Etwas Ähnliches gilt für die Erforschung der Aufteilung der Haushaltsausgaben nach Höhe und Verwendungszwecken. Die Unterscheidung der Einkommensbezieher in einer Haushaltung nach Zahl, beruflicher Stellung und Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsabteilung ist vielseitig. Die spezifische Eigenart der Haushaltung als „Wirtschaftsgemeinschaft“ innerhalb der einzelnen Bevölkerungen und die unterschiedliche statistische Definition haben bisher verhindert, daß umfangreichere internationale Vergleiche angestellt werden konnten.

Versuche, die wirtschaftliche Gliederung einer Bevölkerung nach der Zugehörigkeit des Haushaltungsvorstandes zu einem Wirtschaftszweig, einer Gruppe oder einer Wirtschaftsabteilung vorzunehmen, haben sich ebenfalls als wenig zweckmäßig erwiesen. Die verschiedenen Kombinationen, die innerhalb der Haushaltung nach beruflicher und wirtschaftlicher Zugehörigkeit der Verdienenden denkbar sind, und die Tatsache, daß der Haushaltungsvorstand häufig nach Verdiensthöhe und Niveau seiner Arbeitsleistung nicht die Haushaltung repräsentiert, müßten im statistischen Bild einer Bevölkerungsgruppierung zu Unklarheiten führen. Man verfährt deshalb richtig, wenn die wirtschaftliche Gliederung der Erwerbspersonen gleichzeitig auch als die der Bevölkerung angesehen wird¹¹. Eine Aufteilung der Bevölkerung nach wirtschaftlichen Gruppen und Merkmalen sagt auch lediglich etwas — und das sollte nicht übersehen werden — über die Bevölkerungsstruktur, nicht aber über wirtschaftliche Leistungen aus. Wir können beispielsweise nicht ohne weiteres annehmen, daß bei einem internationalen Vergleich Völker mit höheren Anteilen der Erwerbspersonen in der Industrie auch höhere Industrieleistungen hervorbringen. Dazu müssen andere Daten (unter anderem der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsabteilungen zum Volkseinkommen) herangezogen werden.

Die wirtschaftliche Struktur der westlichen europäischen Bevölkerungen kann in einer allgemeinen Uebersicht auf drei Typen zurückgeführt werden¹².

Zur ersten Gruppe gehören die Völker, bei denen der prozentuale Anteil der in der Industrie (einschließlich Bergbau, Handwerk und Bauwesen) Beschäftigten, gemessen an der Gesamtheit der Erwerbspersonen, höher ist als der für Handel und Verkehr und dieser wiederum über den Werten der Landwirtschaft (einschließlich Forstwirtschaft, Fischerei und Tierzucht) liegt. In diese Kategorie sind Belgien, Großbritannien, Schweden und die Niederlande einzuordnen; aber auch für die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Kanada und Australien treffen die gleichen Merkmale zu. Zur zweiten Gruppe (Erwerbspersonenanteil der Industrie höher als der in der Landwirtschaft, letzterer höher als der in Handel und Verkehr) rechnen die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark und Norwegen. Und die dritte Gruppe mit der Rangordnung Landwirtschaft — Industrie — Handel und Verkehr umfaßt die Völker, bei denen die landwirtschaftliche Tätigkeit besonders ausgeprägt ist: Italien, Irland, Portugal, Spanien und die Türkei. Die Charakterisierung einer Bevölkerung nach der Verteilung der Erwerbspersonen auf die Wirtschaftsgruppierungen wird im internationalen Vergleich nicht immer eindeutig sein. Bereits die Unterscheidung der Wirtschaftsabteilungen läßt nach der Abgrenzung zahlreiche Abweichungen auftreten. Auch der Begriff der Beschäftigten stimmt nicht immer überein. Einzelne Statistiken weisen die Erwerbspersonen aus, d. h. alle beschäftigten Personen (Arbeitgeber, Personen, die auf eigene Rechnung arbeiten, Lohn- und Gehaltsempfänger, mithelfende Familienangehörige) sowie die zum Zeitpunkt der Erhebung als arbeitslos Registrierten. Andere beschränken sich nur auf die tatsächlich Beschäftigten, wobei die Erfassung der mithelfenden Familienangehörigen — und das gilt besonders für die Landwirtschaft — nach unterschiedlichen Richtlinien erfolgt. Das für die westeuropäischen Völker vorliegende Material kann trotz dieser einschränkenden Voraussetzungen als ausreichend angesehen werden, um in großen Zügen die Charakteristika der wirtschaftlichen Bevölkerungsstruktur zu beschreiben. Das Bild der europäischen Verhältnisse erweist sich dabei als vielgestaltig. Die Anteile der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen schwanken beispielsweise zwischen 5 vH (Großbritannien) und 85 vH (Türkei). Die entsprechenden Quoten der industriellen und handwerklichen Tätigkeit bewegen sich von 7 vH (Türkei) über 24—26 vH (Irland, Portugal und Spanien) bis zu 49 vH (Großbritannien) und 50 vH (Belgien). Innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen vollzieht sich laufend eine Bewegung. Personen treten nach Beendigung ihrer Ausbildung in das Erwerbsleben ein; andere scheiden durch Erreichung des „Rentenalters“, vorzeitige Invalidität, Tod oder sonstige Gründe aus ihrer beruflichen Tätigkeit aus. Zugang und Abgang halten sich häufig nicht das

Gleichgewicht. Daneben finden Berufswechsel oder Wechsel in der beruflichen Stellung statt. Die Fluktuation in der Kategorie der Erwerbstätigen dürfte in den einzelnen Volkswirtschaften recht unterschiedlich sein, vor allem, was den Vorgang der beruflichen Veränderungen angeht. Statistische Beschreibungen derartiger Erscheinungen fehlen oder sind unvollständig. Auch für den internationalen Vergleich mangelt es an übereinstimmendem Zahlenmaterial. Daß ein übernationales Interesse an der Behandlung dieser Frage vorliegt, mag unter anderem auch aus der Veröffentlichung einer Untersuchung der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen („Les facteurs de variation de la population active“) gesehen werden, die der Weltbevölkerungskonferenz 1954 in Rom vorgelegt worden ist. Einzelne Bemühungen nationaler statistischer Ämter oder wissenschaftlicher Institute, in Form statistischer „Erwerbstätigkeitstafeln“ Struktur und laufende Veränderungen in der „aktiven“ Gruppe der Bevölkerung anzuzeigen, bilden ebenfalls einen brauchbaren Beginn für die zukünftige statistische Forschung auf diesem Gebiet¹³.

Ein besonderes Interesse kommt in diesem Zusammenhang auch der weiblichen Erwerbstätigkeit zu. Die Stellung, die eine Frau im wirtschaftlichen Leben der modernen Bevölkerung einnimmt, wird durch zwei Aufgabenbereiche gekennzeichnet: Hausfrauentätigkeit und Berufsausübung. Nicht selten sind die beiden Verpflichtungen miteinander verbunden, indem die Frau neben der Haushaltsführung als Selbständige, in abhängiger Stellung Tätige oder mithelfende Familienangehörige einen Beruf ausübt. Der Anteil der arbeitenden Ehefrauen ist heute verhältnismäßig hoch. In der Bundesrepublik Deutschland üben beispielsweise fast ein Viertel der mit ihrem Mann zusammenlebenden Ehefrauen eine berufliche Tätigkeit aus. Der Statistik verschließt sich außerdem vielfach die gelegentliche oder auch wiederholte Mithilfe der Ehefrau im Betrieb des Mannes, wie sie in der Landwirtschaft, dem Kleinhandel und Kleingewerbe üblich ist. Aus verschiedenen Untersuchungen geht hervor, daß der Anteil der erwerbstätigen Ehefrauen allgemein mit der Ehedauer abnimmt; auch die Kinderfolge in der Ehe beeinflusst die berufliche Tätigkeit der Ehefrauen.

In den westlichen europäischen Völkern wechselt der Frauenanteil an den Erwerbspersonen zwischen 39 vH (Oesterreich) und 16 vH (Spanien). Herkömmliche Gewohnheiten, wirtschaftliche Struktur, durchschnittlicher Wohlstand und andere Einflüsse bestimmen (von statistischen Ungenauigkeiten abgesehen, die bei der Erhebung auftreten können) das Bild der Frauenarbeit in der jeweiligen Volkswirtschaft¹⁴. Hohe Quoten im Berufsleben stehender Frauen (über 30 vH aller Erwerbspersonen) sind für Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Oesterreich zu verzeichnen. Zur mittleren Gruppe

zwischen 20 und 30 vH gehören Länder wie Portugal, Norwegen, Italien, Belgien, Schweden und Irland. Die Vereinigten Staaten (27 vH weibliche Erwerbstätige) und Kanada (22 vH) unterscheiden sich deutlich von den Verhältnissen in den großen europäischen Volkswirtschaften Großbritanniens, Frankreichs und Westdeutschlands.

Trotz der im europäischen Denken verankerten Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau kennt die Praxis bevorzugte Frauenberufe (in bestimmten Industriegruppen, in der administrativen Tätigkeit jeder Art, in der Ausübung von Dienstleistungen usw.). Die Prozentsätze der weiblichen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, wie sie aus den Ver-

öffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes für europäische Länder hervorgehen, können kaum als Anhaltswerte genommen werden, weil die mit-helfende Arbeit weiblicher Familienangehöriger in den Statistiken unterschiedlich bewertet ist. Die weibliche Beschäftigungsquote für die verarbeitenden Industrien (in Europa zwischen 31 vH in Großbritannien und 17 vH in den Niederlanden) steht häufig in Zusammenhang mit der Eigenart der Produktion in den einzelnen Ländern. Allgemein darf ausgesagt werden, daß der westeuropäische Prozentsatz weiblicher Erwerbstätiger (und das gilt auch für die großen Industrieländer in Uebersee mit weißer Bevölkerung) relativ niedrig ist, verglichen beispielsweise mit den Verhältnissen in der Sowjetunion.

Fragen der Meßbarkeit sozialer Tatbestände in der Bevölkerungsgliederung

Das Wissen um die wirtschaftliche Gliederung einer Bevölkerung genügt allein nicht, um Rückschlüsse auf die Sozialstruktur abzuleiten. Die statistische Zusammenfassung nach Wirtschaftsabteilungen und Gruppen ist dabei verhältnismäßig oberflächlich; Wirtschaftsbereiche unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Grundlagen werden häufig unter einem Oberbegriff vereinigt. In der Abteilung „Landwirtschaft“ beispielsweise findet sich die landwirtschaftliche Bevölkerung aus Betrieben verschiedener Größenklassen, Produktionszweige und Produktivität eingeordnet, obwohl der soziale Lebenszuschnitt des Kleinbauern, des Mittelbauern oder des Großgrundbesitzers kaum auf einen Nenner zu bringen sind. Auch nach den Betriebsformen sind innerhalb der gleichen Größenklasse starke soziale Unterschiede zu erkennen (viehwirtschaftlicher Betrieb im Marschland — landwirtschaftlich-forstwirtschaftlicher Mischbetrieb im Mittelgebirge). Hinzu kommt, daß in der landwirtschaftlichen Bevölkerung sich nach den historischen Grundlagen (freie Grundbesitzer — befreite Bauern) überall in Europa Eigenarten in der sozialen Selbsteinschätzung ausgebildet haben. In der Wirtschaftsabteilung Industrie und Gewerbe treten ähnliche Unterschiede und Gegensätze auf. Nicht nur die Differenzierung der Bevölkerung nach den Funktionen der Erwerbspersonen, sondern auch die Zugehörigkeit zu Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben schafft veränderte soziale Voraussetzungen. Besonders muß in diesem Rahmen das europäische Handwerk berücksichtigt werden. Seine sozialen Merkmale ähneln mehr denen der landwirtschaftlichen Bevölkerung als denen der industriellen. Entsprechende soziale Abweichungen nach Aufgaben, Betriebsformen und Betriebsgrößen können ebenfalls für die Abteilung Handel, Verkehr und Dienstleistungen festgestellt werden.

Die großen Zählungen bringen im allgemeinen für einen internationalen Vergleich und bei den derzeitigen statistischen Verfahren nur unzureichende Angaben über die Sozialstruktur der Völker. Das Wissen

um den integralen Sozialprozeß, an dem Bevölkerung und Wirtschaft in der Zeit und in der historischen Entwicklung gleichermaßen beteiligt sind, muß deshalb aus anderen Quellen geschöpft werden. Für das Eindringen in die Tiefe sozioökonomischer Beziehungen innerhalb einer Bevölkerungsmasse eignen sich besonders Regionaluntersuchungen, wie sie die Soziologie seit langem kennt. Aber auch die repräsentativen Verfahren der Statistik versprechen brauchbare Ergebnisse. Die Sozialstruktur einer Bevölkerung wird durch mehrere Merkmale bestimmt. Die drei wichtigsten sind dabei: die Zugehörigkeit der Erwerbspersonen zu einer wirtschaftlichen Gruppierung, die Zuordnung nach der beruflichen Gliederung, die Stellung im Beruf. Bei dieser Klassifizierung entzieht sich jedoch allgemein die Tätigkeit der nichterwerbstätigen Hausfrau einer Beurteilung nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten.

Die berufliche Gliederung der Bevölkerung in einer modernen Volkswirtschaft ist unter anderen Kriterien zu bewerten als die wirtschaftliche. Die Arbeitsteilung unseres technischen Zeitalters hat dazu geführt, daß eine von der Statistik aufgestellte Berufsliste ständig verändert und ausgeweitet werden muß. Die Kombination zwischen wirtschaftlicher und beruflicher Zugehörigkeit läßt zahlreiche Möglichkeiten offen. In der Landwirtschaft beispielsweise sind nicht nur Landwirte im engeren Sinn des Begriffes tätig, sondern auch Verwaltungsjuristen, Maschineningenieure und Techniker, Chemiker, Biologen und andere. Noch komplizierter wird die Angelegenheit in den Industriegruppen, wo sich bereits in einer Sparte zahlreiche Berufsarten vermischen. Aber auch in den übrigen Wirtschaftsabteilungen sind die verschiedensten Berufe vertreten.

Das Merkmal der Stellung im Beruf wird häufig zur Kennzeichnung einer engeren sozialen Bevölkerungsgliederung herangezogen. Eine solche Beurteilung dürfte aber nur dann gerechtfertigt sein, wenn die statistische Definition mit der sozialen Wirklich-

keit in Übereinstimmung wäre. Die Statistik hat bisher, in den einzelnen Ländern mehr oder minder angeglichen, die berufliche Stellung nach Selbständigen (darunter auf eigene Rechnung Tätige), Arbeitern, Angestellten, Beamten und mithelfenden Familienangehörigen unterschieden. Die weitere Gruppe der selbständigen Berufslosen (darunter Beamte im Ruhestand, Rentner, Unterstützungsempfänger — aber auch noch in der Berufsausbildung Befindliche, soweit sie außerhalb ihrer Familie leben) umfaßt in gleicher Weise nach der Alterszugehörigkeit Teile der aktiven und der nichtaktiven Bevölkerung. Dieses Schema dürfte jedoch überholt sein. Der Unterschied nach Einkommen und Funktionen ist zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten durch die gesellschaftlichen Veränderungen der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart verwischt worden. Die von der Statistik konservierten Begriffe einer ständisch gegliederten Gesellschaft treffen nicht mehr auf ein Sozialgefüge zu, in dem sich die Erwerbspersonen vorwiegend nach der Funktion (leitend, verwaltend, ausführend) und nach der Verbraucherposition (Einkommen) unterscheiden. Die Gruppe der Selbständigen stellt nach der alten Formulierung ebenfalls keine einheitliche soziale Gruppe mehr dar, weil hier der kleine Handwerker und Gewerbetreibende ohne Hilfskräfte mit dem Großunternehmer zusammengefaßt wird. Man ist sich deshalb heute in Europa allgemein darüber klargeworden, daß die Statistik neue Definitionen für die soziale Gliederung nach der Stellung im Beruf vorschlagen muß. Die bisherigen Vorarbeiten der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen in Genf in ihrer Konferenz Europäischer Statistiker lassen erwarten, daß eine gewisse Übereinstimmung bei der Abgrenzung der Tatbestände nach der sozialen Wirklichkeit und damit auch die internationale Vergleichsmöglichkeit der Daten erreicht wird. Auch in den einzelnen europäischen Ländern hat man sich in den wissenschaftlichen Instituten

und bei den zuständigen statistischen Aemtern Gedanken über eine Neuformung der überholten Begriffe gemacht. So führt beispielsweise das jüngste französische Statistische Jahrbuch (*Annuaire Statistique de la France*, 1954) folgende Gliederung nach der beruflichen Stellung an: Landwirte, auf eigene Rechnung wirtschaftend — Personen, die gegen Lohn oder Gehalt in der Landwirtschaft arbeiten — Unternehmer in Industrie und Handel — freie Berufe und leitende Funktionen — mittlere Angestellte — untere Angestellte — Arbeiter — Dienstpersonal — Sonstige. Das Prinzip, das bei einer statistischen Fixierung der Merkmale der beruflichen Stellung als soziale Merkmale herauszustellen ist, geht auf die Unterscheidung der in abhängiger Arbeit Stehenden nach Funktion und Einkommen, der selbständigen Unternehmer und der freien Berufe (darunter unter Umständen leitende Funktionäre als „Manager“) nach dem Einkommen. Für die landwirtschaftlichen Unternehmer könnte dabei an Stelle der Gliederung nach der Einkommenshöhe die nach der Betriebsgröße treten. Man muß sich allerdings darüber klar sein, daß bei einer derartigen Neufassung der Merkmale für die Bewertung der Stellung im Beruf gewisse Schwierigkeiten aus der statistischen Praxis heraus entstehen werden. Auch reicht ein solches erweitertes Programm nicht aus, um alle die Fragen zu beantworten, die von einer soziologisch begründeten Bevölkerungstheorie vorgelegt werden könnten. Die Aufstellung einheitlicher Gliederungsprinzipien im internationalen Rahmen für die zahlenmäßige Beschreibung sozialer Strukturverhältnisse wirft ebenfalls verschiedene Probleme auf. Ein Schema, das sich an den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten hochentwickelter Industrieländer orientiert, ist für weniger entwickelte Völker zu kompliziert. Umgekehrt wird ein einfacheres, auf wirtschaftlich geringer entwickelte Völker zugeschnittenes Schema nicht den statistischen Bedürfnissen der großen Volkswirtschaften genügen.

Reiche und arme Völker — Wohlstandskennziffern

Der Vergleich europäischer Völker nach der Produzenten- und Konsumenteneigenschaft eröffnet vom Wirtschaftlichen her einen weiteren Einblick in soziale Verhältnisse, Arbeits- und Lebensgewohnheiten. Ein erster Zusammenhang zwischen Bevölkerungszahl und Produktionsleistung wird durch den Betrag der auf den Einzelnen in einer Volkswirtschaft entfallenden Summe beim Aufkommen des jährlichen Sozialprodukts angedeutet. Dabei ist es für eine vergleichende Uebersicht zunächst an sich gleichgültig, welche Art der statistischen Darstellung des Sozialprodukts gewählt wird. In der Praxis findet häufig die Orientierung an den Werten des Volkseinkommens (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) eine Bevorzugung; aber auch das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen wird herangezogen. Durch die Umrechnung

auf eine Vergleichswährung (Anwendung findet hierbei allgemein die Dollarwährung der Vereinigten Staaten) bietet sich dann in der Praxis eine Vergleichsmöglichkeit. Im westlichen Europa (Mitgliederländer des Europäischen Wirtschaftsrats) machte der durchschnittliche Kopfbetrag des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen für rund 283 Millionen Menschen und unter Zugrundelegung der Preisverhältnisse von 1951 im Jahre 1954 etwa 650 Dollar aus. Er liegt über den entsprechenden Werten von 1938 (537 Dollar) und 1950 (560 Dollar). Am jährlichen Zuwachs, der bis in die Gegenwart andauert, kann die Zunahme der wirtschaftlichen Wertschöpfung in Europa abgelesen werden. Der Abstand, der jedoch noch zwischen den europäischen Kopfbeträgen und denen der Vereinigten Staaten von Amerika besteht, zeigt, welche Auf-

holmöglichkeiten der europäischen Produktion vorbehalten sind. In den Vereinigten Staaten mit gegenwärtig rund 165 Millionen Einwohnern wurde (ebenfalls auf der Preisgrundlage von 1951) im Jahre 1938 ein Kopfbetrag für das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in der Größenordnung von 1300 Dollar erreicht; 1950 waren es etwa 2010 Dollar und 1954 ungefähr 2145 Dollar.

Vom europäischen Gesamtdurchschnitt weichen die Verhältnisse in den einzelnen Volkswirtschaften teilweise erheblich ab. Die jeweiligen Werte im Sozialproduktniveau gestatten eine oberflächliche Charakterisierung der Völker nach den Merkmalen „reich“, „arm“ und Zwischenstufen. Diese Begriffe dürfen aber nicht als absolut angesehen werden; sie besagen lediglich, daß für eine bestimmte Völkergruppe eine derartige Typenbildung nach dem allgemeinen Durchschnitt angebracht ist. Sie weisen weiter darauf hin, daß auch in der westlichen europäischen Gemeinschaft nach unterentwickelten, entwickelten und hochentwickelten Volkswirtschaften unterschieden werden kann. Nur decken sich die Abgrenzungsmerkmale als Ausdruck typisch europäischer Gegebenheiten nicht mit den Kriterien, die im weltweiten Rahmen durch die Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen angewandt werden. Der Vergleich von Sozialproduktsdaten sagt auch nichts über die Ursachen der Unterschiede aus. Für die Beantwortung der Frage, woher jeweils Armut oder Reichtum in einer Volkswirtschaft stammen, muß die wirtschaftliche und soziale Gesamtstruktur durchleuchtet werden. Nach europäischen Maßstäben können beispielsweise auf Grund der Aufteilung des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung Schweden, Großbritannien, Dänemark, Belgien und Norwegen als „reich“ angesehen werden. Zur Mittelgruppe gehören Frankreich und die Bundesrepublik. Und zu den „armen“ Bevölkerungen rechnen schließlich Irland und die Völker des Mittelmeerraumes. Diese erste und oberflächliche Gliederung muß aber noch durch das Schema der Einkommensverteilung ergänzt werden. Nehmen in reichen Volkswirtschaften wirklich alle Gruppen der Erwerbspersonen im Rahmen einer „normalen“ Verteilung am Wohlstand teil, oder bestehen größere Unterschiede und Abweichungen sozialer Art?

Die Statistik bemüht sich, durch zusätzliche „Wohlstandskennziffern“ die Eigenarten der nationalen Lage für den internationalen Vergleich zu beschreiben. Diese in Umrechnung auf 100 oder 1000 Einwohner bezogenen Zahlenangaben können von der Produktionsseite, den Verbrauchsgewohnheiten und den Sozialleistungen abgeleitet werden. Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß nicht in allen Fällen nur der nationale Wohlstand, sondern oft auch die Lebensgewohnheiten das Bild bestimmen. Oft verwandte Kennziffern allgemeiner Art sind die Kraft-

wagendichte, der durchschnittliche Bestand von Rundfunkempfangsgeräten, Fernseheinrichtungen und Fernsprechern in Haushaltungen, der Verbrauch von Zeitungspapier je Einwohner, die durchschnittliche tägliche Auflagenhöhe von Zeitungen auf 1000 Personen in einer Bevölkerung und ähnliche. Zur Ergänzung der statistischen Untersuchung können die Kopfbeträge der jährlichen Investitions- und Sparsummen, die Verbrauchsmengen je Jahr und Einwohner von Grundstoffen (Energie, Stahl, Kunststoffe) und von für den persönlichen Lebenszuschnitt bestimmten Gütern herangezogen werden. Eine weitere Unterscheidung ergibt sich aus dem Konsum von Nahrungs- und Genußmitteln, obwohl hierbei die durch die geographische Lage bedingten Gewohnheiten ebenfalls mit berücksichtigt werden müssen. Beispielsweise dürften nach dem täglichen Kaloriengehalt der Nahrung in Europa heute drei Gruppen unterschieden werden: Völker mit einem Verbrauch von 3000 und mehr Kalorien (Irland, Dänemark, Großbritannien, Norwegen, die Schweiz, Schweden); Völker mit einem Verbrauch von 2700 bis 2999 Kalorien (Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande, Frankreich, Oesterreich); Völker mit einem Kalorienverbrauch von weniger als 2700 Kalorien (die Türkei, Italien, Portugal, Spanien, Griechenland)¹⁵. Die oberste Gruppe in Europa entspricht dabei den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien. Eine andere Differenzierung nach Gruppen ergibt sich zusätzlich nach den Anteilen von Produkten tierischer Herkunft an den täglich verbrauchten Kalorien¹⁶, den durchschnittlichen Mengen von Eiweiß, tierischem Eiweiß und Fett in der menschlichen Nahrung. Der zahlenmäßig ausgedrückte Tatbestand der Sozialleistungen stellt in dieser Hinsicht ebenfalls eine Wohlstandskennziffer dar. Wenn man bei der unterschiedlichen Sozialgesetzgebung in Europa sich lediglich auf die durch den Arbeitsprozeß begründeten Ansprüche (Kranken-, Invaliden-, Alters-, Arbeitslosenversicherung und ähnliche) beschränkt und als Personenkreis die aktive Bevölkerung heranzieht, so zeigt sich tatsächlich, daß reiche Völker höhere durchschnittliche Leistungen je Kopf aufwenden als arme. Das ist auch verständlich; denn die Ausdehnung der Sozialbetreuung des arbeitenden Menschen ist von dem abhängig, was er im Rahmen seiner Volkswirtschaft an Leistungen hervorbringt.

Die Charakterisierung von Völkern nach Wohlstandskriterien darf sich aber nicht allein auf einen querschnittartigen Vergleich zu bestimmten Zeitpunkten beschränken. Gerade die Beobachtung des dynamischen Geschehens im Zeitablauf erlaubt häufig, an den sich verändernden Zahlenwerten die Tendenzen in der einzelnen Volkswirtschaft und in der Gruppe festzustellen. Wir erleben es ständig, wie

Produktions- und Verhältnissen, wirtschaftliche und persönliche Gewohnheiten in der Bevölkerung wechseln, wie sich ein Uebergang der Völker von der einen zur anderen Kategorie vollzieht. Diese Veränderungen an der Grenze des demographischen und wirtschaftlich-sozialen Geschehens verdienen die

volle Aufmerksamkeit der Bevölkerungswissenschaft, weil sie, im Zusammenhang gesehen, bessere Auskünfte über die natürlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge innerhalb einer Bevölkerung vermitteln als eine einseitige und auf die jeweiligen Sektoren beschränkte Forschung.

Anmerkungen

¹¹⁾ *Gliederung der Erwerbspersonen nach Wirtschafts-
abteilungen*
(in vH — um 1950)

Land	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Bergbau, u. Industrie, Handwerk	Bauwesen und Installa- tionen	Handel	Verkehr	öffentliche, priv. Dienst- leistungen u. sonstige Beschäftig.
Belgien*	12	44	6	14	7	17
Dänemark	25	26	7	14	7	21
Bundesrepublik Deutschland	23	34	8	10	5	20
Frankreich	28	36	8	13	5	18
Großbritannien	5	41	8	14	8	24
Irland	40	16	8	12	5	19
Italien	40	35	10	10	15	15
Niederlande*	19	25	8	14	6	28
Norwegen	26	27	10	11	10	16
Oesterreich	32	28	9	9	5	17
Portugal	48	20	5	7	3	17
Schweden	20	32	9	16	8	15
Spanien	49	26	3	2	20	20
Kanada	19	28	8	16	8	21
USA	12	28	8	18	7	27
Australien*	15	27	8	15	9	26

* 1947.

Quelle: Berechnet nach Angaben im „Yearbook of Labour Statistics“, Genf 1955, und nationalen Veröffentlichungen.

¹²⁾ *Typen nach der wirtschaftlichen
Zugehörigkeit der Erwerbspersonen*
(in vH — um 1950)

Land	Bergbau, Industrie, Handwerk, Bauwesen	Handel und Verkehr	Landwirtschaft Forstwirtschaft, Fischerei
Belgien	50	21	12
Großbritannien	49	22	5
Schweden	41	24	20
Niederlande	33	20	19
USA	36	25	12
Kanada	36	24	19
Australien	35	24	15

Land	Bergbau, Industrie, Handwerk, Bauwesen	Landwirtschaft Forstwirtschaft, Fischerei	Handel und Verkehr
B. R. Deutschland	42	23	15
Norwegen	37	26	21
Dänemark	33	25	21

Land	Landwirtschaft Forstwirtschaft, Fischerei	Bergbau, Industrie, Handwerk, Bauwesen	Handel und Verkehr
Spanien	49	26	5
Portugal	48	25	10
Italien	40	35	10
Irland	40	24	17

Quelle: Nach Angaben im „Yearbook of Labour Statistics“, Genf 1955.

¹³⁾ Vgl. dazu auch „Eine Erwerbstätigkeitstafel für das männliche Geschlecht“ in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 7, Juli 1953, und K. Horstmann: „Das Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit“ in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 2, Febr. 1955.

¹⁴⁾ *Weiblicher Beschäftigungsanteil*
(in vH der Erwerbspersonen — um 1950)

Land	Gesamt- tätigkeit	Land- wirtschaft	Verarbeitende Industrien
Belgien	26	16	25
Dänemark	34	22	29
B. R. Deutschland	36	55	28
Frankreich	35	35	24
Großbritannien	31	11	31
Irland	28	13	30
Italien	25	24	20
Niederlande	25	23	17
Norwegen	24	8	23
Oesterreich	39	52	29
Portugal	22	15	28
Schweden	27	8	21
Spanien	16	8	16
USA	27	8	24
Kanada	22	4	20

Quelle: „Yearbook of Labour Statistics“, 1955, und nationale Angaben.

¹⁵⁾ *Durchschnittlicher täglicher
Kalorienverbrauch je Einwohner*
(1953/54)

<i>Ueber 3000 Kalorien</i>		Niederlande	2910
Irland	3550	B. R. Deutschland	2910
Dänemark	3240	<i>Durchschnitt</i>	
Großbritannien	3140	der OEEC-Länder	2860
Norwegen	3120	Frankreich	2800
Schweiz	3070	Oesterreich	2770
Schweden	3000	<i>Unter 2700 Kalorien</i>	
Kanada	3300	Türkei	2670
USA	3200	Italien	2600
<i>2700 bis 2999 Kalorien</i>		Griechenland	2520
Belgien-Luxemburg	2930	Portugal	2450

Quelle: „General Statistics“ (Statistische Bulletins der OEEC).

¹⁶⁾ *Prozentualer Anteil
von Nahrungsmitteln tierischer Herkunft an der
täglich verbrauchten Kalorienmenge*
(1951/53)

<i>35 vH und mehr</i>		Oesterreich	32
Schweden	42	Belgien	32
Norwegen	40	B. R. Deutschland	32
Irland	36	Niederlande	29
Dänemark	36	Frankreich	28
Großbritannien	35	<i>Unter 25 vH</i>	
Kanada	42	Italien	15
USA	40	Portugal	13
Australien	38	Griechenland	9
<i>25 bis 34 vH</i>			
Schweiz	33		

Quelle: Statist. Jahrbuch 1954 der Vereinten Nationen.

Erklärung des britischen Schatzkanzlers, Harold Macmillan, vom 3. Oktober 1956 über die Pläne für eine partielle Freihandelszone zwischen dem Commonwealth und Westeuropa

Der Handelsminister und ich hielten uns vergangene Woche wegen der Jahrestagung des Weltwährungsfonds und der Weltbank in Washington auf. Es ist zur Sitte geworden, daß die Finanzminister der Commonwealth-Länder im Rahmen dieser Tagungen private Besprechungen führen und die Lage, ihre Probleme und die Zukunftsaussichten miteinander erörtern. Die Mitglieder des Sterlingblocks bestätigten, wie das Communiqué besagt, ihre Entschlossenheit, das Pfund Sterling starkzuhalten. Kanada hat, obwohl es außerhalb des Sterlingblocks steht, daran fast das gleiche Interesse, da sein Handel mit den Ländern des Sterlingblocks davon abhängt, daß das Pfund stark ist.

Dieses Mal ergriffen wir die Gelegenheit, außer finanziellen Fragen mit unseren Kollegen aus dem Commonwealth auch ein anderes Problem zu erörtern, das sie alle gleichermaßen angeht, nämlich das Problem der Schaffung eines größeren Freihandelsgebiets in Europa, ohne daß dadurch das große Gebäude des Commonwealth-Handels Schaden nimmt. Unsere Erörterung hat großes öffentliches Interesse gefunden. Ich möchte hier gern das eine oder andere Mißverständnis beseitigen.

Dies ist ein schwieriges und verwinkeltes Thema, und ich möchte ein paar Worte über den allgemeinen Hintergrund sagen. Dann werde ich von einigen Gedanken berichten, die der Handelsminister und ich in Washington mit unseren Kollegen aus dem Commonwealth erörtert haben. Und dann werde ich die Einstellung der Regierung ganz offen darlegen.

Seit Ende des Krieges ist innerhalb Europas sehr viel getan worden, um den Handel zu intensivieren. Das Programm für die Liberalisierung des Handels — das heißt die Beseitigung von mengenmäßigen Beschränkungen der Einfuhr aus anderen europäischen Ländern — war einer der ersten großen Erfolge der OEEC. Zusammen mit der Schaffung der Europäischen Zahlungsunion hat dies den Weg für die große Intensivierung des Handels innerhalb Europas bereitet, die während der vergangenen sieben Jahre stattgefunden hat. Diese Maßnahmen haben nun im wesentlichen ihr Ziel erreicht: Es sind nur noch sehr wenige mengenmäßige Beschränkungen innerhalb Europas vorhanden; alle, bis auf einen kleinen Rest, sind beseitigt.

Gleichzeitig mit der Durchführung dieser Maßnahmen haben sechs europäische Länder — Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg — Vorschläge für eine Zollunion und für eine enge wirtschaftliche Verbindung innerhalb einer solchen Union aus-

gearbeitet. Mit diesen Gedanken beschäftigt man sich schon seit langem. Seit einem Jahr prüfen die sechs Länder die Einzelheiten dieses Projekts, und sie nähern sich dem Stadium der Ausarbeitung eines Vertrages zur Verwirklichung dieses Projekts. Sie soll stufenweise vor sich gehen. Man rechnet damit, daß es 12 bis 15 Jahre dauern wird, bis die Zollunion voll verwirklicht ist.

Die britische Regierung hat sich in den letzten Monaten überlegt, welche Haltung sie zu einer solchen Zollunion einnehmen solle, wenn sie Wirklichkeit würde. Natürlich könnte das Vereinigte Königreich ganz und gar außerhalb der Zollunion bleiben — aber dies würde zum mindesten eine Einbuße von Vorteilen für unseren Export nach den europäischen Märkten bedeuten. Das andere Extrem wäre unser Beitritt zur Zollunion — aber dies würde den Zusammenbruch unseres Empire-Präferenzsystems innerhalb des Commonwealth bedeuten. Wenn dies die einzigen Möglichkeiten wären, müßten wir natürlich das Commonwealth wählen. Gibt es aber einen anderen Ausweg? Können wir eine Möglichkeit finden, uns dieser europäischen Initiative in einer Form anzuschließen, die uns allen Nutzen bringt? Darum müssen wir uns bemühen.

Wie die Regierung dem Parlament bereits mitteilte, hat die OEEC auf ihrer Ministerratstagung Ende Juli beschlossen, einen Arbeitsausschuß einzusetzen, um die möglichen Formen einer Anlehnung der übrigen OEEC-Länder an die Zollunion der sechs Länder zu studieren. Dieser Arbeitsausschuß hat soeben seine Arbeit begonnen; und die Regierung hat den Handelsminister und mich ermächtigt, die ganze Frage unserer Haltung zu diesem Plan mit unseren Commonwealth-Kollegen zu erörtern.

Wenn sich Westeuropa einschließlich des Vereinigten Königreichs zu einem Freihandelsgebiet entwickelte, wäre dies zweifellos eine große neue Kraftquelle — es wäre ein gemeinsamer Markt von fast 250 Millionen Menschen. Er würde Großbritannien für eine geraume Zeit die gesamten Vorteile einer Produktion im großen Ausmaße sichern, wie sie in der heutigen Welt mit Großwirtschaftsräumen wie den USA und jetzt auch der Sowjetunion verbunden sind. Wenn diese Ländergruppe stark und wohlhabend würde, wäre sie außerdem von zwei Gesichtspunkten aus für das Commonwealth von Nutzen: als Absatzmarkt und als Kapitalquelle. Denn es sind nur die großen Wirtschaftsräume, die Kapital ansammeln und exportieren können.

Die Form der Anlehnung, an die wir denken, wäre ein Gebiet teilweisen Freihandels, zu dem die Zollunion der

sechs Länder, das Vereinigte Königreich und andere OEEC-Länder gehören, die sich zu beteiligen wünschen. Der Unterschied zwischen einem Freihandelsgebiet und einer Zollunion besteht natürlich darin, daß die Zollunion einen gemeinsamen Zolltarif gegenüber allen anderen Ländern hat, während in einem Freihandelsgebiet jedes Land an einem eigenen Zolltarif gegenüber anderen Ländern außerhalb des Gebiets festhalten kann. Innerhalb des Gebiets würden die Zölle (natürlich mit Ausnahme reiner Finanzzölle) stufenweise gesenkt und schließlich ganz abgeschafft werden. Dies würde sich über einen langen Zeitraum hinziehen — mindestens über zehn Jahre und möglicherweise noch mehr —, so daß die betroffenen Industriezweige reichlich Zeit hätten, sich der neuen Sachlage anzupassen. Natürlich darf die Abschaffung der Zölle nicht durch mengenmäßige Beschränkungen und andere Schutzmaßnahmen illusorisch gemacht werden, auch diese müssen fallen.

Ich sprach von einem Gebiet „teilweisen“ Freihandels, und zwar aus folgendem Grund: Wir könnten — und das ist wichtig — nicht Nahrungsmittel im rohen oder verarbeiteten Zustand, Futtermittel, Getränke oder Tabak in ein Freihandelsgebiet dieser Art einbeziehen. Schließlich besitzt jedes Land — oder fast jedes Land — eine gewisse landwirtschaftliche Erzeugung. Es handelt sich um keine rein wirtschaftliche Entscheidung — sie ist zum Teil sozial, zum Teil strategisch, zum Teil politisch bedingt.

Landwirtschaft und Gartenbau nehmen in Großbritannien wie auch in vielen anderen Ländern eine Sonderstellung ein. Aber es gibt einen weiteren Grund, der genauso wichtig ist: das Commonwealth. Denn die Sonderstellung, die die Landwirte des Commonwealth auf dem britischen Markt einnehmen, ist die Grundlage des ganzen, von Ottawa ausgehenden Systems der Vorzugszölle, das uns und ihnen große materielle Vorteile bietet. Diese Vorzugszölle müssen erhalten bleiben. Daher würde es sich nur um ein Gebiet teilweisen Freihandels handeln, und die Landwirtschaft sowie die Nahrungsmittel blieben im allgemeinen ausgeschlossen.

Natürlich würde ein System dieser Art unser Recht und das anderer Länder nicht beeinträchtigen, zum Schutz der Zahlungsbilanz in Notzeiten — in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Regeln, nach denen wir bereits vorgehen — Einfuhrbeschränkungen zu erlassen.

Das sind die Grundgedanken, die der Handelsminister und ich in Washington mit unseren Kollegen aus dem Commonwealth erörtert haben; wir haben sie aufgefordert, sie zu erwägen und uns ihre Ansicht darüber mitzuteilen. Wir müssen auch hier bei uns darüber beraten. Wenn solch ein System funktionsfähig ist, besitzt es großen Reiz und große Möglichkeiten. Denn es kann ein

Weg sein, anscheinend widersprechende Interessen und Verantwortlichkeiten auszugleichen und miteinander in Einklang zu bringen.

Die Regierung ist in dieser lebenswichtigen Sache noch nicht — ich muß das betonen — zu einem Beschluß gekommen. Wir haben aber die Pflicht, eine Lösung des Problems zu suchen, und wir werden ihr nicht ausweichen. Es handelt sich nicht um einen Plan, der fix und fertig vorliegt und auf den jeder eine fertige Antwort bereit haben kann. Es ist nur der Anfang eines Plans. Wer aber nicht anfängt, wird auch nicht fertig. Die Regierung wird nicht in der Lage sein, endgültige Beschlüsse zu fassen, ehe nicht all diese Erörterungen hier bei uns und im Ausland, sowohl im Commonwealth als auch in Europa, weiter fortgeschritten sind.

Ich möchte die folgenden Punkte noch hinzufügen. Erstens habe ich zu zeigen versucht, daß wir die Möglichkeit einer natürlichen Weiterentwicklung der politischen Grundsätze erwägen, die sich in den letzten Jahren als erfolgreich erwiesen haben. Hierzu gehört das Bemühen um eine Verringerung der Handelsschranken und die Schaffung neuer Handelsmöglichkeiten in einem möglichst großen Gebiet. Wir denken nicht an einen regionalen Block, der durch eine große Schranke von der übrigen Welt abgetrennt ist. Ein starkes Europa wäre besser in der Lage, die noch bestehenden mengenmäßigen Beschränkungen für die Dollareinfuhren vollständig zu beseitigen.

Zweitens ist die Politik der Intensivierung des Handels im Commonwealth, in Europa und in der übrigen Welt tatsächlich der Ausdruck unseres grundlegenden nationalen Interesses als eines Landes, für das der internationale Handel eine Lebensnotwendigkeit bedeutet. Er ist entscheidend für die Vollbeschäftigung. Wir können jedoch auf lange Sicht keine Vollbeschäftigung aufrechterhalten, wenn wir nicht Zugang zu zahlreichen ausländischen Absatzmärkten haben und voll konkurrenzfähig sind, um deren Vorteile auszunutzen. Wenn wir auf den ausländischen Märkten konkurrenzfähig sind — was für unseren Fortbestand eine absolute Notwendigkeit ist —, so werden wir auch auf dem Inlandsmarkt konkurrenzfähig sein. Die größeren Möglichkeiten eines größeren Freihandelsgebietes sollten, wenn wir sie genügend ausnutzen, für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und der Hebung des Lebensstandards eine gesunde Basis abgeben.

Drittens glaube ich nicht, daß wir unseren Pflichten gegenüber dem Commonwealth und den abhängigen Gebieten in genügendem Maße nachkommen können, wenn wir nicht mehr überschüssiges Kapital ansammeln. Man kann kein Defizit investieren.

Quelle: *Englische Rundschau*, Nr. 40 vom 5. Oktober 1956.

Informationen und Berichte

Zweite Deutsch-Französische Konferenz in Bad Neuenahr

Vom Deutschen Rat der Europäischen Bewegung wurde in Zusammenarbeit mit dem Comité d'étude des relations franco-allemandes des Centre d'Etudes de Politique Etrangère, Paris, und dem Französischen Rat der Europäischen Bewegung vom 5. bis zum 7. Oktober 1956 die Zweite Konferenz von Bad Neuenahr durchgeführt, in deren Verlauf das Thema „Nationale Sorgen in Frankreich und in Deutschland und die Möglichkeiten einer gemeinsamen deutsch-französischen Außenpolitik“ Gegenstand der Aussprache war.

Die Konferenz wurde mit einer Ansprache des Bundespräsidenten eröffnet. Es sprachen anschließend: Dr. Kurt-Georg Kiesinger, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Prof. Carlo Schmid und Dr. Max Becker, Vizepräsidenten des Bundestages, und, auf französischer Seite, Robert Verdier, Vorsitzender der SFIO-Fraktion, Botschafter André François-Poncet, der ehemalige Abgeordnete Jacques Fonlupt-Esperaber und der Abgeordnete André Mutter, Abgeordneter der Nationalversammlung. Die Diskussion ging von den beiden Arbeitsdokumenten aus, die auf deutscher Seite vom Deutschen Rat, auf französischer Seite vom Centre d'Etudes de Politique Etrangère ausgearbeitet worden waren und den Teilnehmern vorlagen.

Nach der einleitenden Diskussion wurden zwei Kommissionen gebildet, deren erste sich den Möglichkeiten einer deutsch-französischen Zusammenarbeit in den außereuropäischen Gebieten zuwandte, während die zweite die Fragen behandelte, die sich für Deutschland und Frankreich im europäischen Rahmen stellen. Es sollte dadurch jedoch keine strenge Trennung der Diskussionsthemen durchgeführt, sondern nur eine Verteilung der Schwerpunkte erreicht werden.

Die erste Kommission (außereuropäische Kommission) unter dem Vorsitz des Abgeordneten Jean Raymond-Laurent beschäftigte sich vor allem mit den Problemen, die durch die Entwicklung in den Uebersee-Gebieten gegeben sind. Auf französischer Seite wurde der liberale Geist hervorgehoben, in dem die französische Regierung schließlich die marokkanische und die tunesische Frage gelöst hat, zugleich wurde aber auch auf die grundsätzlich andere Situation in Algerien hingewiesen, wo die Lösung der Krise in einem anderen Sinne gesucht werden müsse.

Der Wunsch, die französischen Probleme in Nordafrika besser kennen und verstehen zu lernen, wurde von deutscher Seite zum Ausdruck gebracht, wobei man gleichzeitig betonte, daß das Nordafrika-Problem ganz Europa angehe. Besonders die Notwendigkeit einer gemeinsamen Hilfe für die unterentwickelten Länder, vor allem der afrikanischen Gebiete, wurde in der Diskussion unterstrichen im Hinblick auf die Bandung-Konferenz und das Fehlen einer westlichen Solidarität in der Suez-Krise. So schlug Prof. Carlo Schmid vor, für Nordafrika eine Art „Marshall-Plan“ zu schaffen, an dem sich die europäischen Länder beteiligen sollten. Von französischer Seite wurde angeregt, den Organismus, der den gemeinsamen Hilfe-

fonds zu verwalten hätte, in der Form eines Hohen Kommissariats für Nordafrika zu bilden, das — darauf wurde besonders hingewiesen — nicht nur die europäischen Länder, sondern gleichzeitig die Länder umfassen sollte, die eine gemeinsame Hilfe empfangen. Eine solche Lösung, die allem Anschein nach auch in Deutschland begrüßt werden würde, hätte den Vorteil, das empfindliche Nationalgefühl der im Werden begriffenen Nationen zu schonen. Auf deutscher wie auch auf französischer Seite wurde mit Nachdruck die Auffassung vertreten, daß jegliche Art von Bevormundung verfehlt wäre und daß die Gewährung von Investitionen nicht von Bedingungen politischer Art abhängig gemacht werden dürfe. Weder die NATO noch die Westeuropäische Union noch der Straßburger Europarat schienen den Teilnehmern die geeigneten Rahmen zur Erfüllung dieser Aufgaben abgeben zu können, da, wie vor allem Prof. Carlo Schmid betonte, diese Organe den zu entwickelnden Ländern nicht vertrauenswürdig erscheinen würden. Der Abgeordnete Jean de Lipkowski lenkte die Aufmerksamkeit der deutschen Teilnehmer auf die Gegebenheiten in Nordafrika und wies darauf hin, daß die Stabilität der politischen Lage keine Vorbedingung für die Hilfeleistung sein sollte, sondern daß eine Wirtschaftshilfe vielmehr die Grundvoraussetzung für eine stabile Situation in Nordafrika erst zu schaffen vermag. Die Kommission nahm mit Befriedigung von dem in letzter Zeit in Großbritannien geäußerten Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung am europäischen Zusammenschluß Kenntnis, kam jedoch zu der Ueberzeugung, daß im Augenblick das Europa der Sechs den geeignetsten Rahmen abgeben würde für eine europäische Zusammenarbeit, die vor allem auf Deutschland und Frankreich gegründet ist.

Die zweite Kommission unter dem Vorsitz von Prof. Rudolf Meimberg, Wirtschaftsberater der Süddeutschen Bank, (am ersten Tag führte E. C. Müller, Düsseldorf, den Vorsitz) beschäftigte sich mit drei Problemen:

1. der deutschen Wiedervereinigung;
2. dem Gemeinsamen Markt und dem Euratom-Projekt;
3. den Möglichkeiten und Wegen einer ständigen Konsultierung zwischen den europäischen Ländern hinsichtlich der politischen Fragen gemeinsamen Interesses.

1. Die deutsche Wiedervereinigung

Auf beiden Seiten wurde hervorgehoben, daß die Wiedervereinigung Deutschlands einen internationalen Charakter habe. Deutscherseits wurde zum Ausdruck gebracht, daß es Deutschlands Aufgabe sei, hier die Initiative zu ergreifen, doch erklärten die deutschen Teilnehmer einmütig, daß kein Schritt unternommen werden dürfe und werde ohne ein völliges Einvernehmen mit dem Westen. Deutschland könne nicht gegenüber der Sowjetunion, welche die Möglichkeit zur Lösung der deutschen Frage in der Hand hält, isoliert stehen. Nach Auffassung der deutschen Sozialdemokraten bringt eine für die Sowjetunion annehmbare Lösung des Problems der Wiedervereinigung den Austritt Deutschlands aus der NATO mit sich sowie die Schaffung eines Systems der kollektiven

Sicherheit. Die Vertreter der CDU vertraten hingegen die Ansicht, daß eine Zustimmung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung schon erleichtert würde durch eine deutsche Beteiligung an einer allgemeinen Abrüstung, wobei auch die deutsche Zugehörigkeit zur NATO eine andere Bedeutung erhalten würde.

Hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie nahmen die französischen Teilnehmer mit Befriedigung zur Kenntnis, daß man auf deutscher Seite die Anwendung von Gewalt zur Rückerlangung der Ostgebiete vollständig ausschließt und nicht beabsichtigt, die jetzt dort wohnenden Polen zu vertreiben. Das bedeutet nicht — so führte Prof. Carlo Schmid aus —, daß Deutschland die Abtrennung dieser Gebiete und die Austreibung der Bevölkerung als Recht anerkennt, doch wurde von ihm die Ansicht vertreten, daß nur Verhandlungen mit Polen, bei denen beiderseits die Bereitschaft zu Verzicht bestehen müsse, dieses Problem regeln könnten.

Die deutschen Teilnehmer gingen auf die im Falle der Wiedervereinigung notwendig werdenden Anpassungen und Strukturwandlungen ein, so beispielsweise auf das Problem der Bodenreform und auf den Osthandel. Auf die französischen Befürchtungen, das wiedervereinigte Deutschland würde ein wirtschaftlich zu starker Partner sein, wurde geantwortet, daß ein solches Übergewicht durch die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes ausgeschaltet werden würde. Es wurde hervorgehoben, daß Frankreich Deutschland mit Nutzen bei den Verhandlungen über die Wiedervereinigung beistehen könnte, indem es nachdrücklich auf die Bedeutung der der Sowjetunion zu gewährenden Garantien hinweist und dabei größere Aussicht auf Gehör hat als Deutschland allein.

2. Der Gemeinsame Markt und das Euratom-Projekt

In der Kommission wurde Einverständnis darüber erzielt, daß Euratom eher verwirklicht werden könne als der Gemeinsame Markt, da es sich bei Euratom um eine erst im Entstehen begriffene Industrie handele. Doch selbst wenn die Euratom-Gemeinschaft, allein auf sich gestellt, während der fünfzehnjährigen Übergangszeit, die für die allmähliche Schaffung des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist, dank besonderer Maßnahmen funktionieren kann, wird sie auf die Dauer nur im Rahmen des Gemeinsamen Marktes lebensfähig sein. Von französischer Seite wurde die Stellung Frankreichs zu der Frage der Atomrüstungen dargelegt. Die deutschen Teilnehmer erklärten erneut, daß die Bundesrepublik nicht beabsichtige, Atomwaffen herzustellen und daß sie keine Revision der Artikel der Pariser Verträge anstrebe, die sich hierauf beziehen. Die Frage des Besitzes von Atomwaffen, insbesondere taktischer, könne im Rahmen der NATO geregelt werden.

Uebereinstimmung wurde darin erzielt, den Gemeinsamen Markt nicht nur als eine Freihandelszone aufzufassen, sondern in ihm weitergehend eine gemeinsame Wirtschaftsorganisation zu sehen. Die britische Haltung der letzten Zeit, die auf einen geschmeidigen Anschluß an den Gemeinsamen Markt abzielt, wurde begrüßt, jedoch ein vollständiger Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt nicht als eine Vorbedingung, sondern vielmehr als ein Ergebnis seiner Verwirklichung betrachtet.

Die Harmonisierung der Soziallasten, die von französischer Seite oft als eine Voraussetzung des Gemeinsamen

Marktes betrachtet wurde, erkannten die deutschen Teilnehmer als wünschenswert an. Es wurde jedoch von beiden Seiten betont, daß der Schaffung des Gemeinsamen Marktes nicht unbedingt eine vollständige Angleichung der Soziallasten vorausgehen müsse.

Es wurde angeregt, daß die verschiedenen Wirtschaftszweige in Deutschland und in Frankreich in einen engen Kontakt miteinander treten, um so Ueber-Investitionen und einen schädlichen Konkurrenzkampf auszuschließen und den Boden vorzubereiten, der für einen wirklich arbeitsfähigen Gemeinsamen Markt notwendig ist.

3. Möglichkeiten und Wege einer ständigen Konsultierung zwischen europäischen Ländern in den gemeinsamen politischen Fragen

Was die unmittelbaren Aufgaben anbetrifft, die Frankreich und Deutschland auf dem Gebiet der Außenpolitik sich gemeinsam setzen könnten, so schien es der Kommission unumgänglich, die schon bestehenden und mehr oder weniger im Schlummer liegenden europäischen Institutionen zu beleben. Von französischer Seite wurden besonders regelmäßige Konsultierungen der Außenminister der Westeuropäischen Union vorgeschlagen, denen hierbei ein ständiges Sekretariat zur Seite stehen sollte.

In der Schlußsitzung vom 7. Oktober, die von André François-Poncet geleitet wurde, legten die beiden Berichterstatter der Vollversammlung die Ergebnisse der Kommissionssitzungen vor. Der Bericht der ersten Kommission wurde von Prof. Ulrich Scheuner, Universität Bonn, der der zweiten Kommission von Daniel Pépy, maître de requêtes au Conseil d'Etat, gegeben.

Anschließend sprach Prof. Carlo Schmid, der seine in der Eröffnungssitzung gemachten Ausführungen weiterentwickelte und sich gegen die Entstellung seiner Worte durch einige deutsche Presse- und Rundfunkstimmen wandte. Er wies darauf hin, daß Verhandlungen mit Polen über die deutsche Ostgrenze die Aussicht eröffneten, daß Polen sich künftig nicht mehr so ausschließlich auf die Sowjetunion angewiesen fühlt. Der Bundestagsabgeordnete Prof. Hans Furler ging auf die Forderungen Carlo Schmid ein und stimmte bei, daß diese Frage nicht mit Gewalt gelöst werden könne, er warnte jedoch vor verfrühten Verhandlungen. Bundesminister von Merkatz wies gleichfalls auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei der Lösung des eigentlichen Problems stellen: der Ueberwindung des Macht- und Interessengegensatzes zwischen dem Westen und dem Ostblock, in dem der deutschen Sowjetzone eine entscheidende Funktion aufgezwungen worden sei.

Von Minister François Mitterand und dem Abgeordneten Robert Verdier wurde die Befriedigung der französischen Seite zum Ausdruck gebracht, von den deutschen Teilnehmern wertvolle Aufschlüsse über ihr Hauptanliegen, die Wiedervereinigung, erhalten zu haben, die es der französischen Öffentlichkeit erlauben würden, dieses Anliegen in seiner Bedeutung zu erkennen und für eine Lösung einzutreten, die im gemeinsamen Interesse beider Länder und ganz Europas liegt. Beide Herren sprachen die Ueberzeugung aus, daß eine Gemeinschaft der Interessen, die durch ständige Konsultierungen vertieft werden könne, wesentlich zur Lösung sowohl des Wiedervereinigungs- wie auch des afrikanischen Problems beitragen könne.

Die Jahreskonferenzen der britischen Parteien

Die Reihe der alljährlich im Oktober als Auftakt zur Parlamentssession abgehaltenen britischen Parteikonferenzen wurde diesmal durch die *Liberaler Partei* eröffnet. Den Liberalen kommt eine weit größere Bedeutung zu, als die Stärke ihrer parlamentarischen Vertretung (6 von 630) aussagt. Die Zahl der wirklichen Anhänger der Liberalen Partei geht zweifellos in die Millionen (1950, als die Partei in 400 Wahlkreisen zu kandidieren wagte, hatte sie insgesamt 2,5 Millionen Stimmen), und sie hätte bei Einführung des Verhältniswahlrechts das Vielfache ihres gegenwärtigen Mandatsbestands. Unter den gegebenen Umständen hat der Großteil der liberalen Wählerschaft die negative Bedeutung, das die Aufstellung liberaler Kandidaten in einigen Wahlkreisen oder der liberale Verzicht auf Kandidaturen den Wahlgang zugunsten der Labour Party oder der Konservativen Partei entscheiden können. Darüber hinaus haben die Äußerungen liberaler Politiker — vielleicht weil sie weniger parteitaktische Rücksichten nehmen müssen — in außenpolitischen Fragen ein großes Gewicht. Die Jahreskonferenz der Liberalen Partei vom 27. bis zum 30. September in Folkestone zeigte, daß neben der Labour Party auch die Liberalen hoffen, aus dem deutlich fühlbaren Rückgang der Popularität der Regierung *Eden* Gewinn ziehen zu können. Schon die Eröffnungsansprache des Präsidenten, Leonard *Behrens*, war ein scharfer Angriff auf *Edens* Politik in der Suezkanal-Frage. Das Suezproblem nahm auch einen großen Teil der außenpolitischen Debatte ein. Eine Entschließung kritisiert sowohl *Nasser* als auch die Regierung *Eden* und verlangt eine Lösung im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse Israels. Gegen die Empfehlung des Vorstands wurde ein Zusatzantrag angenommen, der eine Kontrolle der Vereinten Nationen über den Suezkanal und die spätere Ausdehnung dieser Kontrolle auf alle internationalen Wasserwege verlangt. Die außenpolitische Resolution des Kongresses spricht sich u. a. für britische Beteiligung an den Bestrebungen zur europäischen Integration und besonders an dem zu schaffenden gemeinsamen Markt aus.

Nach den Konservativen und den Sozialisten haben sich auch die Liberalen zu einer Verjüngung der Parteiführung entschließen müssen. Der 72jährige bisherige Parteiführer, Clement *Davies*, kündigte in Folkestone seinen Rücktritt an, wobei er kaum einen Zweifel daran aufkommen ließ, daß er sich dazu nur aus Rücksicht auf parteipolitische Notwendigkeiten entschlossen hatte. Seinen Nachfolger werden zwar erst die liberalen Abgeordneten nach dem Zusammentritt des Unterhauses bestimmen, aber es ist heute schon klar, daß ihre Wahl auf den 42jährigen Abgeordneten Joseph *Grimond* fallen wird, den der Parteitag als Hoffnung der Liberalen Partei feierte. *Grimond*, ein Londoner Rechtsanwalt, gehört dem Unterhaus seit 1950 an, als es ihm gelang, einen schwierigen Wahlkreis (die Orkney-Inseln nördlich von Schottland) den Konservativen zu entreißen. Inzwischen hat er seine Stellung dort noch befestigt. In dem an Tradition glaubenden England spielt es auch keine geringe Rolle, daß *Grimond* mit einer Enkelin des vorletzten liberalen Premierministers, Henry *Asquith* (Lord Oxford), verheiratet ist. Ob es ihm aber gelingen wird, eine auch nur begrenzte liberale Renaissance zuwege zu bringen, ist

eine andere Frage. Die Liberale Partei leidet mehr noch als unter dem Wahlrecht unter dem Mangel einer zugkräftigen Parole, die sie von den beiden anderen Parteien unterscheiden würde. Es ist fast symbolisch, daß zwei Kinder des letzten liberalen Premierministers, David *Lloyd George*, in verschiedenen politischen Lagern tätig sind und sich beide als wahre Erben des unverfälschten Liberalismus fühlen: der gegenwärtige Innenminister, Gwilym *Lloyd George*, bei den Konservativen und Megan *Lloyd George* bei der Labour Party.

Die Konferenz der *Labour Party* vom 1. bis zum 5. Oktober in Blackpool war die erste, der nicht mehr Clement *Attlee*, sondern Hugh *Gaitskell* als Exponent der Partei im politischen Leben gegenüberstand. Sie war ruhiger und zeigte mehr Einigkeit als vorhergegangene Parteitage. Die durch *Gaitskells* Aufstieg freigewordene Stelle des Schatzmeisters (der Schatzmeister ist von Amts wegen Mitglied des Parteivorstandes und traditionsgemäß ein Anwärter auf die Parteiführung) wurde diesmal von Aneurin *Bevan* besetzt, der zweimal (1954 und 1955) erfolglos gegen *Gaitskell* kandidiert hatte. Begreiflicherweise legen *Bevan* und seine Freunde dieses Ergebnis als eine Wendung der Partei nach links aus; unvoreingenommene Betrachter können aber kaum zu einem anderen Ergebnis kommen als zur Feststellung, daß sich kaum etwas geändert hat. *Bevan* wäre nie gewählt worden, wenn sein Gegenkandidat wieder *Gaitskell* und nicht der verhältnismäßig wenig bekannte Exponent des Gewerkschaftsflügels in der Unterhausfraktion, George *Brown*, gewesen wäre. Er hat auch jetzt das instinktive Mißtrauen vieler Gewerkschaften gegen „starke Persönlichkeiten“ nicht überwunden und erreichte sein Ziel nur durch die Zersplitterung der Gegenstimmen, ohne die Mehrheit zu erlangen. Immerhin ist aber durch die Rückkehr *Bevans* in die engere Führung deren Zusammensetzung weniger einseitig geworden. Menschlichem Ermessen nach hat *Bevan*, der im nächsten Jahre 60 wird, kaum eine Aussicht, sich mit Erfolg um das Amt des Parteiführers zu bewerben, um so mehr als sich die Stellung des neun Jahre jüngeren Hugh *Gaitskell* in Partei und öffentlicher Meinung in der kurzen Zeit seiner Amtsführung in einer Weise gefestigt hat, die in Großbritannien ungewöhnlich ist. Aber wenn sich der jetzt 65jährige Abgeordnete James *Griffiths*, *Gaitskells* Stellvertreter in der Parteiführung, einmal zurückzieht, hat *Bevan* eine ernste Chance, von der Parlamentsfraktion mit der Funktion des „zweiten Mannes“ betraut zu werden, vorausgesetzt, daß es jetzt zu halbwegs harmonischer Zusammenarbeit innerhalb der Parteiführung kommt.

Von den sachlichen Entscheidungen des Parteitags von Blackpool ist die Zustimmung zu den drei vom Parteivorstand vorgelegten Programmschriften die wichtigste. 1955 war beschlossen worden, das der Wählerschaft beim nächsten Wahlgang als Programm einer eventuellen Labour-Regierung vorzulegende Manifest in zehn Kapiteln, verteilt über drei Jahre, zu verhandeln. Die ersten drei Kapitel wurden 1956 erörtert. Sie betreffen die Rechte des Individuums, die Bau- und Wohnungspolitik und die Bemühungen um den Abbau von Privilegien. Die einschlägigen Fragenkomplexe waren in drei Broschüren besprochen worden, von denen die erste interessant ist wegen der darin enthaltenen Vorschläge, die Rechte des Einzelwesens auch in einer tiefverwurzelten politischen

Demokratie noch zu verstärken. Die Broschüre über „Equality“ (Abschaffung der Privilegien) enthält verhältnismäßig wenig konkrete Vorschläge, da diese erst im Zusammenhang mit anderen Programmkapiteln (z. B. Erziehung) sinnvoll würden. Auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens hat die Konferenz dem Vorschlag zugestimmt, eine künftige Labour-Regierung auf die Ueberführung der 5 bis 6,5 Millionen Miethäuser des Landes aus privatem Besitz in den Besitz der Gemeinden zu verpflichten; dieser Schritt, der als das „bisher größte Sozialisierungsprojekt innerhalb der freien Welt“ bezeichnet wurde, soll die Ausführung der bei alten Häusern notwendig gewordenen Reparaturen sicherstellen. Die Beratungen über diese Fragen verliefen ohne Kampf- abstimmung, eine Erscheinung, die sich 1957 nicht wiederholen dürfte, sobald die Frage der Nationalisierung weiterer Industriezweige zur Sprache kommt. Eine gleichfalls vom Parteitag akzeptierte Programmschrift „Plural Societies“ macht Vorschläge für die Abschaffung der Farbenschranke in den Kolonien als Voraussetzung zur Entwicklung eines normalen politischen Lebens.

Auf außenpolitischem Gebiet gab es fast einmütige Zustimmung zu einem Antrag, die Haltung der Regierung *Eden* in der Suezfrage zu verurteilen und die von der Labour-Fraktion im Unterhaus in dieser Frage eingenommene Linie zu decken; die Entschließung unterstrich die Notwendigkeit einer friedlichen Regelung im Geiste der Charta der Vereinten Nationen, ohne nähere Vorschläge zu machen (über die kaum Einigkeit erzielt worden wäre). Zur deutschen Frage nahm der Parteitag einen vom Holzarbeiterverband vorgelegten Antrag an, der das Bedauern über den Fehlschlag der in Genf 1955 geführten Viermächtebesprechungen über die Wiedervereinigung ausspricht und einen neuen Lösungsversuch auf folgender Grundlage vorschlägt: Wiedervereinigung Deutschlands durch freie und demokratische Wahlen, sukzessive Zurückziehung der von der NATO und dem Ostblock kontrollierten Streitkräfte aus Deutschland. „Die Konferenz glaubt, daß ein wiedervereinigtes Deutschland als ein Beitrag zu einem für das ganze Europa bestimmten allgemeinen Sicherheitspakt im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen betrachtet werden könnte.“

Die Labour-Konferenz ging in allen ihren Debatten und Entscheidungen davon aus, daß Labour in absehbarer Zeit die Regierung des Landes bilden werde. Hauptzweck der vom 11. bis zum 13. Oktober in Llandudno abgehaltenen Jahrestagung der *Konservativen Partei* war es, diesen durch einige Nachwahlergebnisse der letzten Zeit genährten Glauben in der Öffentlichkeit zu erschüttern. Wie es bei einer Partei, die seit Oktober 1951 die Regierungsgeschäfte führt, kaum anders sein kann, macht sich in ihren Reihen Unsicherheit und Unzufriedenheit bemerkbar, die sich in kritischen Resolutionsanträgen und dem Verlangen nach kräftigerer politischer Führung äußerte. Es kam sogar zu einer offenen Oppositionsrede eines Abgeordneten (*William Yates*, zum ersten Male 1955 ins Unterhaus gewählt), der die Suezpolitik der Regierung mit ähnlichen Argumenten wie die sozialistische Opposition kritisierte und seine Ausführungen wegen der durch sie hervorgerufenen Lärmszenen nicht beenden konnte. Es wäre aber abwegig, in diesen und anderen Kundgebungen der Unzufriedenheit, vor allem mit dem Steigen der Lebenshaltungskosten, mehr

zu sehen als eine in jeder Demokratie natürliche Erscheinung.

Wie immer, hat die konservative Konferenz auch diesmal große Aufmerksamkeit außenpolitischen Fragen geschenkt, diesmal aber vielleicht mehr als sonst den innenpolitischen Auswirkungen außenpolitischer Probleme. Die politische Auseinandersetzung in der englischen Innenpolitik wird seit Monaten von der Haltung sowohl der Regierung als auch der offiziellen Opposition in der Suezfrage beherrscht. Die Labour Party — mit ihr gehen da weitgehend die Liberalen und die unabhängige Tageszeitung *Manchester Guardian* konform — hat die Regierung *Eden* angeklagt, die Suezfrage ohne Rücksicht auf die Charta der Vereinten Nationen im Wege einer „Kriegsschiffdiplomatie“, also durch eine Art militärischer Strafaktion, lösen zu wollen. Greifbare Beweise für solche Absichten liegen nicht vor, aber es ist Tatsache, daß die Regierung *Eden* es vermieden hat, sich genau darüber auszusprechen, unter welchen Voraussetzungen sie Gewaltanwendung auch dann, wenn sie nicht durch Beschlüsse der Vereinten Nationen gedeckt wäre, ins Auge faßt. Das Hauptargument der Konservativen gegen die Labour-Opposition ist in diesem Falle, daß *Hugh Gaitskell*, der sich namens der Labour-Fraktion in der ersten Unterhausdebatte am 2. August weitgehend mit der Regierung in dieser Sache solidarisiert hatte, inzwischen unter dem Druck der Opposition innerhalb der Partei seinen Standpunkt geändert und die einheitliche außenpolitische Linie von Regierung und Opposition verlassen, also gesamtstaatliche Interessen denen des Friedens in der eigenen Partei untergeordnet habe. *Gaitskell* erwiderte diesen schwerwiegenden Vorwurf durch den Hinweis, er habe am 2. August ebenso wie später die Anrufung der Vereinten Nationen verlangt und die Forderung aufgestellt, daß Gewalt nur mit deren Billigung und im Rahmen ihrer Beschlüsse angewendet werden dürfe. In Unkenntnis der damals noch nicht ausgesprochenen Drohungen der Regierung mit Gewaltanwendung habe er am 2. August die militärischen Vorbeugungsmaßnahmen gegen einen Handstreich *Nassers* (Einberufung von Reservisten usw.) gebilligt. Der wichtigste außenpolitische Redner auf der konservativen Konferenz war (in Abwesenheit des in New York festgehaltenen Außenministers *Selwyn Lloyd*) der Staatsminister im Außenministerium, *Anthony Nutting*, der die von einigen Debatterednern erhobenen Vorwürfe gegen die Labour Party übernahm. Manche Labourfunktionäre sahen in *Nasser* eine geringere Gefahr als in der Regierung ihres Landes; in Blackpool sei kaum ein *Nasser* verurteilendes Wort gefallen. Das Ziel der britischen Regierung, zu verhindern, daß der Kanal unter der ausschließlichen Kontrolle einer einzigen Macht steht, könne nur durch eine Politik der Festigkeit verwirklicht werden. Wenn sich die Vereinten Nationen nicht in der Lage sehen sollten, ihre Pflicht zu tun, würde das Großbritannien nicht der Notwendigkeit entheben, die seine zu tun. Was das beinhaltet, wurde nicht gesagt. Die Konferenz faßte eine Entschließung, die sich mit der von der Regierung eingeschlagenen Politik in der Suezfrage identifiziert und der Opposition vorwirft, ihre Haltung könne nur „die Nation in einem Zeitpunkt einer ernststen Gefahr für das Land entzweien“.

Auch Premierminister *Sir Anthony Eden* widmete einen großen Teil seiner Ausführungen in Llandudno dem

Suezproblem. (Traditionsgemäß bleiben die Führer der Konservativen Partei — je nach Lage der Dinge Premierminister oder Führer der Opposition Ihrer Majestät — den Konferenzberatungen fern und sprechen erst nach Abschluß der Beratungen in einer öffentlichen Versammlung; das soll die Unabhängigkeit der Führung von eventuell gefaßten Beschlüssen unterstreichen.) In seiner Polemik gegen die Opposition streifte Eden nur ganz nebenbei den Umstand, daß die französischen Sozialisten hier im Einvernehmen mit der britischen konservativen Regierung und im Widerspruch mit der Labour Party auftraten. Das Ziel der Regierung, sagte er, sei Frieden, jedoch nicht Frieden um jeden Preis. Gewaltanwendung komme nur als äußerste Möglichkeit in Frage, die aber keine Regierung absolut ausschließen könne. Es habe nie ein Zweifel darüber bestanden, daß der Fall den Vereinten Nationen vorgelegt werden solle; die Frage des richtigen Zeitpunkts eines solchen Schritts müsse der Entscheidung der Regierung vorbehalten bleiben. (Tatsächlich hat Eden von dieser Möglichkeit zum ersten Male am Abschluß einer zweitägigen Unterhausdebatte am 13. September gesprochen.)

Von den übrigen Reden, die in Llandudno gehalten wurden, sind die Äußerungen des Schatzkanzlers Harold Macmillan bemerkenswert, der die britische Wirtschaftslage als „ausgezeichnet, aber unsicher“ bezeichnete. Er beschäftigte sich ausführlich mit der Frage des Beitritts Großbritanniens zu einem gemeinsamen europäischen Markt, eine Möglichkeit, der einzelne Debatteredner heftige Opposition entgegengesetzt hatten. Ein Fernbleiben vom gemeinsamen Markt, sagte Macmillan, würde die Aussichten des britischen Exports sowohl nach den europäischen Ländern als auch nach außereuropäischen Ländern beeinträchtigen. Ein voller Beitritt hätte das Aufgeben des bestehenden Systems der Empire-Vorzugszölle im Gefolge. Ein Ausweg aus diesem Dilemma sei die Organisierung eines teilweise zollfreien Gebiets, dem Großbritannien beitreten könnte und dessen Mitglieder auch die sechs Länder wären, die sich zu einer Zollunion zusammenzuschließen gedenken. Dieser Fragenkomplex war auf der Labour-Konferenz überhaupt nicht erwähnt worden.

J. W. Brügel

Der Vierte Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg

Der für die Zeit vom 1. bis zum 6. Oktober 1956 nach Hamburg einberufene Vierte Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes brachte bereits in seiner Eröffnungssitzung bedeutsame politische Erklärungen, die nicht nur von seiten der Gewerkschaften, sondern auch von den Gästen, Bundeskanzler Adenauer und Vertretern der politischen Parteien, abgegeben wurden.

Schon das Grußtelegramm von Bundespräsident Heuss hatte die Rolle hervorgehoben, in die der DGB im Rahmen der demokratischen Staatsordnung und der Wirtschaft hineingewachsen ist. Das gleiche Thema griff der Bundeskanzler in seiner Ansprache auf, die er erstmalig vor einem Bundeskongreß des DGB hielt. Er hob hervor, daß die Gewerkschaften in den Besitz einer großen Macht gelangt seien. Das verlange auch ein Verantwortungsbewußtsein, das die Gewerkschaften oft gezeigt hätten und ohne das der deutsche Wiederaufbau sicher nicht gelungen wäre. Der Bundeskanzler wandte sich gegen zu große

Unternehmenszusammenschlüsse und die Ansammlung wirtschaftlicher Macht in den Händen einzelner. Abschließend sprach er den Arbeitern seinen Dank dafür aus, daß sie in Zeiten der Not durch die Ablehnung aller Verlockungen aus dem Osten politische Reife gezeigt hätten.

In der Begrüßungsansprache, die der Stellvertretende Bundesvorsitzende Georg Reuter an Stelle des erkrankten Ersten Vorsitzenden, Walter Freitag, hielt, wurde an die anwesenden Mitglieder des Bundestages die Bitte gerichtet, bei der gesetzgeberischen Arbeit mehr auf die Stimme der Gewerkschaften zu hören. Bei aller Kritik über die nichterfüllten Wünsche und Forderungen wolle man aber dem Bundeskanzler nicht die Anerkennung versagen, daß er beim Aufbau eines neuen deutschen Staates alle Kraft eingesetzt habe. Anschließend ging Reuter auf die gegenwärtigen Forderungen des DGB ein: Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lebensstandards und gerechtere Verteilung des Sozialprodukts, insbesondere zugunsten der Rentner und Unterstützungsempfänger; die Erledigung dieser Ansprüche habe den Vorrang vor der Wehrgesetzgebung verdient. Reuter schloß mit einem Bekenntnis zur Einheit Deutschlands, für deren Wiederherstellung man sich aktiv einsetzen werde.

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Prof. Carlo Schmid, unterstrich, daß unter den gesellschaftlichen und moralischen Faktoren, welche die heutige staatliche Lebensordnung schaffen, die Gewerkschaften mit an erster Stelle stünden. Zusammen mit Regierung und Parlament müßten die Gewerkschaften ihre Aufgaben im Rahmen der „zweiten industriellen Revolution“, die durch die Entwicklung der atomaren Energie und der Automation hervorgerufen werde, erfüllen.

Die ersten Arbeitssitzungen brachten die Berichterstattung der einzelnen Referate. In seinem wirtschaftlichen Grundsatzreferat stellte Ludwig Rosenberg fest, daß die Arbeiterschaft zwar am wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik teilgenommen habe, daß sie aber noch nicht den ihr zustehenden Anteil am Sozialprodukt habe. Die Gewerkschaften seien zur Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und zur Unterordnung unter die Entscheidung des Parlaments bereit, würden aber nicht ruhen, das gesamte Volk vom Sinn und der Berechtigung ihrer Forderungen zu überzeugen. Jugendreferent Willi Ginhöhl machte sich zum Sprecher der jungen Gewerkschaftler, die eine Aufstellung von Streitkräften in beiden Teilen Deutschlands ablehnen. Der inzwischen eingetretenen Entwicklung trug Ginhöhl mit der Feststellung Rechnung, es müsse sichergestellt werden, daß die zur Ableistung der Wehrpflicht einberufenen jungen Gewerkschaftler auch während der Dienstzeit in engem Kontakt mit den Gewerkschaften bleiben können.

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Otto Brenner, stellte in seiner Darstellung des Aktionsprogramms fest, die alten Forderungen auf die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, der Banken und der Versicherungen, eine demokratisch kontrollierte Planwirtschaft und eine betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung in allen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung seien keineswegs überlebt, vergessen oder auf Eis gelegt. Man sei jedoch zu der Erkenntnis gelangt, daß die augenblickliche Zusammensetzung des Bundestages keine Unterstützung gewerkschaftlicher Forderungen erwarten lasse. Einen Bundeswirtschaftsrat lehnte

Brenner mit der Begründung ab, daß er keine maßgeblichen Funktionen im Wirtschaftsleben ausüben könne.

Eine aufsehenerregende Stellungnahme gab der DGB-Kongreß in seiner Resolution zur Wiederbewaffnung ab. Darin wandte sich der Kongreß zunächst grundsätzlich gegen die militärische Aufrüstung im allgemeinen, an deren Stelle eine „soziale Aufrüstung“ treten solle. Nach einer scharfen Verurteilung der militärischen und wirtschaftlichen Rüstungsmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik sprach der Kongreß sein Bedauern über die Aufstellung der Bundeswehr auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht aus, die er nach wie vor ablehne. Der DGB müsse in Zukunft darüber wachen, daß ein Mißbrauch der Bundeswehr durch reaktionäre und nationalistische Elemente und die Entstehung eines „Staates im Staate“ verhindert werden. Die Resolution schloß mit der Feststellung:

„Der DGB wird die Kräfte unterstützen, die willens und fähig sind, mit demokratischen Mitteln die Wiederbewaffnung im gespaltenen Deutschland und die Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen.“

Diese Formulierungen wurden von christlich-sozialen Sprechern in der Diskussion als eine Verletzung der parteipolitischen Neutralität bezeichnet. Aus ihren Reihen stammten die 15 bis 20 Stimmen, die gegen diese Entscheidung abgegeben wurden.

Die übrigen Resolutionen wiederholten im wesentlichen die in den Grundsatzreferaten vorgetragenen sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen und das Bekenntnis zur Wiedervereinigung. Sie wurden durchweg einstimmig angenommen.

Es wurde eine Satzungsänderung beschlossen, die vorsieht, daß in Zukunft nur noch alle drei Jahre ein Bundeskongreß stattfinden soll. Wegen Krankheit und Ueberschreitung der Altersgrenze schieden neben dem Ersten Vorsitzenden, Walter Freitag, der Stellvertretende Vorsitzende Albin Karl und das Vorstandsmitglied Hans Böhm aus dem Vorstand aus. Willi Ginhold erhielt nicht die für eine Wiederwahl erforderliche Stimmenzahl. Die Vorstandswahlen brachten folgende neue Zusammensetzung des Führungsgremiums des DGB: Erster Vorsitzender: Willi Richter; Stellvertretende Vorsitzende: Georg Reuter und Bernhard Tacke; Geschäftsführende Vorstandsmitglieder: Ludwig Rosenberg, Kurt Stühler, Maria Weber, Hermann Beermann, Waldemar Reuter und Werner Hansen. Günter Hindrichs

Die Lehren des 20. Juli Bericht über eine Tagung der Evangelischen Akademie Loccum

Der aktive Widerstand gegen Hitler und sein Regime, der von einem Kreis verantwortungsbewußter deutscher Menschen Jahre hindurch geführt worden ist und der dann in die Ereignisse vom 20. Juli 1944 einmündete, ist nicht nur ein besonders bedeutsames historisches Geschehen, sondern ein Vermächtnis, das man um der Menschen willen, die sich geopfert haben, und auch um der neuen Staatlichkeit willen weiter tragen muß und aus dem jeder zu

lernen hat. Zu dieser Erkenntnis führten die mehrtägigen Verhandlungen auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum (7. bis 11. September 1956), die sich unter dem Thema „Die Verantwortung in Macht und Ohnmacht“ mit der Frage befaßte, wieweit die in der Zeit des Widerstandes gegen Hitler gesammelten Erfahrungen für die Gestaltung und Festigung des neuen demokratischen Staatswesens nutzbar gemacht werden können.

Neben den Referaten (Staatssekretär Dr. Strauß vom Bundesjustizministerium, Landesbischof D. Dr. Lilje, Rechtsanwalt v. Schlabrendorff, Wiesbaden, Dr. Suchan, Berlin, und Prof. Hartmann, Frankfurt) war der Diskussion besonders viel Raum vorbehalten, um der jungen Generation, die auf der Tagung zahlreich vertreten war, Gelegenheit zum Gespräch mit Menschen zu geben, die aktiv am Widerstand beteiligt waren. Die Hauptpunkte dieser Diskussionen, die zum Teil mit großer Erregung geführt wurden, waren die Frage des Widerstandsrechts und der Widerstandspflicht sowie das Problem der Führungsschicht.

Die Erörterungen über das Widerstandsrecht machten vor allem deutlich, daß es sich dabei fast immer um Grenzsituationen handelt, über die sich keine Regeln aufstellen lassen. Widerstand, so meinte man, könne dann geboten sein, wenn eine flagrante Verletzung des Rechts, der Menschenwürde und der Gebote Gottes durch eine Staatsführung vorliegt. Die von den jungen Teilnehmern mehrfach gestellte Frage, warum man sich so spät zu einer Aktion entschlossen habe, beantwortete Rechtsanwalt v. Schlabrendorff dahin, daß aus der damaligen Situation, insbesondere in den Jahren vor Kriegsbeginn, als die Öffentlichkeit noch weitgehend den Maßnahmen Hitlers zustimmte, ein verfrühtes Handeln unter Umständen für die weitere Entwicklung sehr gefährlich gewesen wäre. Zu der Frage, wieweit sich das Rechtswidrige und Verbrechen des Hitler-Regimes habe erkennen lassen, hieß es, daß im allgemeinen nur in den höheren Führungsstäben eine klare Einsicht möglich gewesen sei. Dr. Suchan mahnte aber in diesem Zusammenhang nachdrücklich, das damalige Geschehen nicht zu verharmlosen. Große Teile der deutschen Öffentlichkeit hätten seit 1933 in gedankenloser Weise nichts Schlimmes darin gesehen, daß bestimmte Teile der Bevölkerung leiden mußten.

Als Schlußfolgerung aus den Erfahrungen der Vergangenheit ergab sich die Auffassung, daß ein demokratisches Staatswesen nur von Dauer sein kann, wenn eine an Verantwortung und Gewissensentscheidung gebundene Führungsschicht das öffentliche Leben mitträgt. Ansätze zur Bildung einer solchen Führungsschicht wurden da gesehen, wo sich Menschen in aller Nüchternheit und Verbindlichkeit zum Dienst am Mitmenschen gerufen wissen. Als weitere Lehre bezeichnete Dr. Suchan die Kunst des Maßhaltens in der Politik. Es gebe Anzeichen dafür, daß das deutsche Volk seit der Katastrophe von 1945 solches Maßhalten besser gelernt habe. Hier sei es vor allem Aufgabe der Christen, mit einem ethisch fundierten Handeln in allen Bereichen der Öffentlichkeit ein Beispiel zu geben.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Oktober 1956

Die Ereignisse in Europa*

Bulgarien

3. Auf einer Tagung des Generalrates des Weltgewerkschaftsbundes in Sofia erklärt Generalsekretär Louis *Saillant*, die Aktionseinheit der Gewerkschaften sei dringend notwendig. Der Weltgewerkschaftsbund müsse sich in enger Zusammenarbeit mit dem Weltfriedensrat weiterhin für die Abrüstung einsetzen.

Deutschland

1. Nach Verbüßung seiner Strafe wird der ehemalige Großadmiral Karl *Dönitz* aus dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis entlassen.
Bei seiner Ankunft in Frankfurt am Main erklärt der amerikanische Unterstaatssekretär Robert *Murphy*, daß Behauptungen über eine angeblich geplante Reduzierung der personellen Stärke der Armee der Vereinigten Staaten eine reine Erfindung seien. *Murphy* wird am folgenden Tage von Bundeskanzler *Adenauer* zu einer eingehenden Besprechung über die politische und die militärpolitische Lage in Europa und in der Welt empfangen.
2. Die Regierung des Saarlandes erklärt in einem Communiqué ihre Zustimmung zu dem Gesamtergebnis der Saarverhandlungen zwischen Bundeskanzler *Adenauer* und dem französischen Ministerpräsidenten, Guy *Mollet*, am 29. September 1956. (Vgl. EA 20/1956, S. 9259.)
- 5.—7. Der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung veranstaltet in Bad Neuenahr eine zweite deutsch-französische Konferenz (vgl. den Bericht auf Seite 9297 dieser Folge).
- 6.—7. Außerordentlicher Parteitag der Freien Volkspartei in Kassel. (Ein Bericht wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)
In Weimar führen als Vertreter der Freien Demokratischen Partei die Bundestagsabgeordneten Erich *Mende* und Walter *Scheel* mit dem Generalsekretär der Liberaldemokratischen Partei in der DDR, Manfred *Gerlach*, einen politischen Meinungsaustausch. *Scheel* erklärt anschließend, daß beide Parteien keine gemeinsame politische und geistige Grundlage mehr hätten. Dennoch gebe es in der LDPD politische Auffassungen, die von denen der SED abweichen. Die Gespräche sollen fortgesetzt werden.
- 8.—14. Staatsbesuch des Präsidenten von Liberia, William V. S. *Tubman*. Neben mehreren Empfängen hat *Tubman* Gespräche mit Bundeskanzler *Adenauer*, Vizekanzler *Blücher* und Bundeswirtschaftsminister *Erhard*, in denen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, insbesondere die Beteiligung deutscher Unternehmen an der wirtschaftlichen Entwicklung Liberias, erörtert werden.
9. Das Präsidium des Ministerrats der DDR nimmt in einer Erklärung zur Lösung der Saarfrage Stellung

und faßt in sechs Punkten seine Forderungen zusammen. Danach solle das Saargebiet nicht in die westlichen Militärbündnisse einbezogen werden; NATO-Truppen sollen dort nicht stationiert werden; die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht solle unterbleiben; das Verbot der KPD solle im Saargebiet keine Geltung haben; eine Verschlechterung des Lebensstandards der Saarbevölkerung sei zu vermeiden; in offiziellen Abkommen müsse auch ein freier Handels- und Kulturaustausch mit der DDR ermöglicht werden.

10. Die britische, französische und amerikanische Regierung beantworten in ähnlich lautenden Noten die zusammen mit dem Memorandum zur Wiedervereinigung am 7. September 1956 übergebenen Noten der Bundesregierung. (Vgl. den Wortlaut des Memorandums in EA 19/1956, S. 9217 bis 9222. Der Text der Note der Vereinigten Staaten an die Bundesregierung und einer am gleichen Tage der Regierung der Sowjetunion übergebenen Note zur Wiedervereinigung wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs wiedergegeben.)
12. Bundeskanzler *Adenauer* nimmt in Berlin vor Pressevertretern zu der von Prof. Carlo *Schmid* auf der Zweiten deutsch-französischen Konferenz in Bad Neuenahr (vgl. den Bericht auf Seite 9297 dieser Folge) am 5. Oktober aufgegriffenen und anschließend in der Öffentlichkeit diskutierten Frage der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu den Ostblockstaaten und von Verhandlungen über die zukünftige deutsche Ostgrenze Stellung. Der Bundeskanzler sagt, bei der Entscheidung über eine etwaige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu osteuropäischen Ländern müsse man darauf bedacht sein, daß darin nicht die Anerkennung der DDR als eines zweiten deutschen Staates gesehen werde. Ueber das Problem der Oder-Neiße-Grenze müsse eine Verständigung zwischen einem wiedervereinigten Deutschland und einem „freien Polen“ gesucht werden, mit dem Deutschland eine gute Nachbarschaft halten wolle.
13. Die Regierung der Sowjetunion ernennt Andrej *Smirnow* zum Botschafter in Bonn.
Tod des ehemaligen Bundesinnenministers Dr. Robert *Lehr*.

Frankreich

2. Wiederwahl von André *Le Troquer* als Präsident der Nationalversammlung, von Albert *Sarraut* als Präsident der Versammlung der Französischen Union und von Gaston *Monnerville* als Präsident des Rates der Republik.
4. Der Präsident von Liberia, William V. S. *Tubman*, trifft zu einem mehrtägigen Staatsbesuch ein.
In seiner Eröffnungsrede wirft der Präsident der Nationalversammlung, André *Le Troquer*, der ameri-

*) Vgl. hierzu auch die in der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats für Oktober.

kanischen Regierung vor, sich aus Gründen des Wahlkampfes in der Suezkrise passiv verhalten zu haben. Eine einmütige Zurückweisung der Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft durch die Westmächte hätte sonst sofort zum Erfolg geführt.

11. In Straßburg tritt die Versammlung der Westeuropäischen Union zu ihrer Herbstsitzung zusammen. (Ein Bericht wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)
- 11.—14. Kongreß der Radikalsozialistischen Partei in Lyon. Pierre Mendès-France wird zum Vorsitzenden gewählt. Eine oppositionelle Gruppe unter André Morice und Henri Queuille verläßt den Kongreß und bereitet die Gründung einer eigenen Organisation vor.
15. Der Rat der OEEC nimmt eine Entschließung an, in der die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Erleichterung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten und Jugoslawien empfohlen wird.

Großbritannien

- 1.—5. Jahreskonferenz der Labour Party in Blackpool. (Vgl. den Bericht über die Jahreskonferenzen der britischen Parteien auf Seite 9299 dieser Folge.)
- 1.—5. Dritte Londoner Suezkanal-Konferenz unter Teilnahme der Länder, die auf der Zweiten Londoner Suezkanal-Konferenz die Erklärung über die Schaffung einer Vereinigung der Suezkanal-Benutzer ausgearbeitet hatten. (Vgl. den Wortlaut dieser Erklärung in EA 19/1956, S. 9225.) In der ersten Sitzung geben die Botschafter Äthiopiens, Japans und Pakistans bekannt, daß sie nicht befugt seien, den Beitritt zu erklären, daß sie aber bereit seien, als Beobachter an der Konferenz weiterhin teilzunehmen. Die restlichen 15 Vertreter stimmen einer Resolution über die Organisation der Vereinigung der Suezkanal-Benutzer zu, deren Wortlaut in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs wiedergegeben wird. Im Schlußkommuniqué wird mitgeteilt, daß die Konferenz die Vertreter der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Italiens, Norwegens, Persiens und Großbritanniens in den Lenkungsausschuß gewählt haben. Der siebente Sitz ist für einen Vertreter der drei Staaten reserviert, die sich noch nicht zum Beitritt entschließen konnten.
3. Schatzkanzler Harold Macmillan gibt eine Erklärung über die Pläne für eine teilweise Freihandelszone zwischen dem Commonwealth und Westeuropa ab (vgl. den Wortlaut auf Seite 9295 dieser Folge).
- 11.—13. Jahreskonferenz der Konservativen Partei in Llandudno (vgl. den Bericht über die Jahreskonferenzen der britischen Parteien auf Seite 9299 dieser Folge).
12. Ein Sprecher des Außenministeriums gibt bekannt, daß die Regierungen Israels und Jordaniens darüber unterrichtet worden seien, daß Großbritannien für den Fall eines Angriffs auf Jordanien entsprechend dem britisch-jordanischen Bündnis sofort militärische Hilfe leisten werde.

Island

8. Die Außenminister Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens treffen sich in Reykjavik zu einer zweitägigen Konferenz. Sie beraten über eine gemeinsame Politik im Rahmen der Organisa-

tion der Vereinten Nationen. Die Konferenzteilnehmer einigen sich darüber, daß sie sich gemeinsam einsetzen wollen für eine Aufnahme Schwedens in den Sicherheitsrat und Finnlands in den Wirtschafts- und Sozialrat und für eine Erweiterung des Sicherheitsrates um zwei nichtständige Mitglieder.

Italien

2. In einer Rede vor der Kammer nimmt Außenminister Gaetano Martino zur Haltung Italiens in der Suezkanal-Frage Stellung. Er empfiehlt die Einrichtung eines Ständigen Rates der Westmächte, da die Suezkrise dargetan habe, daß die bestehenden Organe des westlichen Bündnissystems unzureichend seien. Italien verurteile wie die anderen Mächte die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft und setze sich für eine internationale Garantie der Freiheit der Kanalschifffahrt ein. Treue zu einem Bündnis bedeute jedoch nicht den Verzicht auf Kritik. Der libysche Ministerpräsident, Mustafa Ben Halim, und Ministerpräsident Antonio Segni unterzeichnen ein Abkommen über wirtschaftliche und finanzielle Fragen zwischen beiden Ländern, die seinerzeit im Friedensvertrag von 1947 noch nicht geregelt worden waren.
11. Veröffentlichung eines Interviews, das Außenminister Gaetano Martino dem Herausgeber der Wiener Zeitung *Presse*, Fritz Molden, gewährt hat. Darin spricht sich der Außenminister für eine Eliminierung der Mißverständnisse und Meinungsverschiedenheiten zwischen Oesterreich und Italien über Südtirol durch frei von dem Druck einer aufgebrachten öffentlichen Meinung geführte diplomatische Gespräche aus. Italien stehe nach wie vor zu dem zwischen den beiden Ländern im Jahre 1946 über Südtirol geschlossenen Abkommen und habe die daraus sich ergebenden Verpflichtungen erfüllt. Martino gesteht der österreichischen Regierung das Recht zu, nötigenfalls bei der italienischen Regierung zu intervenieren. Die Südtiroler Bevölkerung dürfe sich jedoch nur an die italienischen Ämterstellen, nicht aber an die österreichischen Behörden wenden.

Jugoslawien

5. Eine Delegation der italienischen Kommunistischen Partei unter Leitung von Parteisekretär Luigi Longo trifft in Belgrad ein und führt bis zum 15. Oktober mit Vertretern des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens politische Gespräche. Wie *Jugopress* mitteilt, erkennt Longo „das Recht der Arbeiterbewegungen an, den den Bedingungen in ihren Ländern am besten entsprechenden Weg einzuschlagen“. Das gemeinsame Kommuniqué enthält die Feststellung, daß die künftige Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien nach den Grundsätzen der Nichteinmischung in interne Angelegenheiten und der gegenseitigen Achtung der Auffassungen entwickelt werden solle.
- 5.—6. Eine Delegation der Kommunistischen Partei Bulgariens unter Leitung von Todor Schiwkoff weilt zu Besprechungen mit den Mitgliedern des Exekutivkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens Alexander Rankowitsch und Mosche Pijade in Belgrad. In einem Kommuniqué wird mitgeteilt, daß die Gesprächspartner übereingekommen seien, die Kon-

takte fortzuführen und zu vertiefen. Sie bekennen sich zum Prinzip der gegenseitigen Achtung und Nichteinmischung in interne Angelegenheiten.

15. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen, Ernő Gerő, trifft mit weiteren führenden Mitgliedern der Partei zu Besprechungen mit Vertretern des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens in Belgrad ein.

Niederlande

15. Mit der Vereidigung des neuen Kabinetts wird eine mehr als dreimonatige Regierungskrise beendet. Dem Kabinett gehören u. a. folgende Minister an: Ministerpräsident: Willem Drees (Partei der Arbeit, P.d.A.); Außenminister: Joseph Luns (Kathol. Volkspartei, Kath.); Innenminister und Minister für Industrieplanung: Antonius Struycken (Kath.); Finanzminister: Hendrik Hofstra (P.d.A.); Justizminister: Prof. I. Samkalden (P.d.A.); Wirtschaftsminister: Prof. J. Zijlstra (Antirevolutionäre Partei); Minister für Verteidigung und Rechtsfragen ad interim: Cornelis Staf (Christlich-Historische Partei).

Polen

9. Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident, Hilary Minc, tritt zurück und gibt gleichzeitig seinen Sitz im Politbüro des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei auf.
15. Der Warschauer Rundfunk gibt bekannt, daß Wladyslaw Gomulka nach seiner Rehabilitierung erstmalig an der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei teilgenommen habe.

Sowjetunion

5. Der jugoslawische Präsident, Marshall Tito, beendet seinen am 27. September begonnenen Aufenthalt auf der Krim (vgl. Zeittafel in EA 20/1956).

6. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen, Ernő Gerő, führt in Moskau mit dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Anastas I. Mikojan Besprechungen, die „im Geiste der Freundschaft und Einhelligkeit“ verlaufen. Ueber den Inhalt der Gespräche wird nichts bekanntgegeben.
10. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten übermitteln der sowjetischen Regierung eine gleichlautende Note zur deutschen Frage. (Der Text dieser Note wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs wiedergegeben.)
12. Der japanische Ministerpräsident, Ichiro Hatoyama, trifft in Moskau ein. Am 15. Oktober nimmt er mit Ministerpräsident Bulganin und Parteisekretär Chruschtschow Verhandlungen über die Beendigung des Kriegszustandes und die Herstellung diplomatischer Beziehungen auf.

Ungarn

6. Die Leiche des ehemaligen Innenministers Laszlo Rajk, der im Jahre 1949 zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war, wird als Zeichen seiner Rehabilitation exhumiert und in einem Staatsbegräbnis unter außerordentlich starker Beteiligung der Bevölkerung beigesetzt. Dabei erklärt der stellvertretende Ministerpräsident Antal Apro, die Schuldigen an der Verleumdung Rajks seien bestraft worden.
14. Die Zeitung Szabad Nep gibt bekannt, daß das Politbüro des Zentralkomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen beschlossen habe, den ehemaligen Ministerpräsidenten Imre Nagy in seine vollen Rechte als Parteimitglied wieder einzusetzen.
12. Der ehemalige Verteidigungsminister General Mihaly Farkas wird wegen „Verletzung der sozialistischen Legalität“ verhaftet.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

4. Die Leitung der Suezkanal-Behörde erklärt, daß die Zahl der Kanallotsen nunmehr vollständig sei und 205 betrage. Davon seien 113 voll ausgebildet.
8. Präsident Gamal Abdel Nasser schlägt in einem Interview, das er der ceylonesischen Zeitschrift Gar gewährt, die Bildung einer afrikanisch-asiatischen Wirtschaftsorganisation vor, die eine Selbsthilfe der unentwickelten Länder in die Hand nehmen soll. Nasser bezeichnet die Weltbank als ein Instrument der Westmächte zur Erreichung politischer Ziele. Ein gemeinsames Vorgehen der Länder der Bandungskonferenz würde eine wesentlich bessere Position dieser Länder im Welthandel und in den Wirtschafts- und Kreditverhandlungen mit sich bringen.

Marokko

8. In Fedala beginnt eine Konferenz über den künftigen Status von Tanger. An den Verhandlungen nehmen Vertreter der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Spaniens, Großbritanniens, Portugals, Belgiens, Italiens, der Niederlande und Marokkos teil, um über den künftigen Status von Tanger zu beraten. In seiner Eröffnungsrede erklärt der Sultan von Marokko, das

Statut von Tanger sei durch die marokkanische Unabhängigkeit gegenstandslos geworden.

Tunesien

12. Ministerpräsident Habib Bourguiba gibt der französischen Zeitung Le Monde ein Interview, in dem er die Anerkennung der Unabhängigkeit Algeriens und die Schaffung einer Nordafrikanischen Gemeinschaft vorschlägt. Im Falle einer Diskussion der Algerienfrage in der Vollversammlung der Vereinten Nationen werde Tunesien gegen Frankreich stimmen müssen. Er empfiehlt, das Verlangen der Algerier nach Unabhängigkeit formell anzuerkennen und seine Verwirklichung im Laufe der Zeit anzustreben.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

1. Der amtierende isländische Außenminister, Emil Jonsson, beginnt Besprechungen mit Außenminister Dulles über den Abzug der amerikanischen Streitkräfte von Island. Vor seinem Rückflug am 4. Oktober teilt Jonsson auf einer Pressekonferenz mit, daß im November in Reykjavik die eigentlichen Verhandlungen beginnen werden. Island nehme keine anti-amerikanische Haltung ein und wolle auch in Zu-

- kunft den Atlantikpakt unterstützen. Das Land wünsche den Akzent jedoch weniger auf das Militärische zu legen. Die Stützpunkte und ihre Einrichtungen würden durch Isländer und amerikanische Techniker in Bereitschaft gehalten.
2. Auf einer Pressekonferenz stellt Außenminister *Dulles* fest, daß der Zusammenschluß der europäischen Länder zu einer dritten Großmacht wünschenswert sei. Diese Macht werde es sich jedoch als Wiege der westlichen Zivilisation nicht leisten können, als „dritte Kraft“ einen neutralen oder neutralistischen Kurs zu verfolgen. Auf die Suezkanal-Frage eingehend sagt *Dulles*, daß sich aus dem amerikanischen Wunsche, in kolonialpolitischen Verwicklungen eine unabhängige Rolle zu spielen, „Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art“ mit den Verbündeten ergäben. Wenige Stunden später läßt *Dulles* diese Bemerkung durch einen Sprecher dahingehend einschränken, daß nur „einige Meinungsverschiedenheiten“ bestanden hätten.
 5. Präsident *Eisenhower* nimmt auf einer Pressekonferenz zur Diskussion über die Umrüstung Stellung und erklärt, daß er die Zahl der Truppen reduzieren werde, wenn dies ohne Verminderung der Verteidigungsstärke möglich sei.

Die Organisation der Vereinten Nationen

3. Die Delegationen von 15 afrikanischen und asiatischen Staaten überreichen dem Generalsekretär eine Denkschrift, in der sie eine Erörterung der Algerien-Frage auf der nächsten Vollversammlung fordern.
5. Entsprechend seiner Entscheidung vom 26. September beginnt der Sicherheitsrat mit der Erörterung der Suezkanal-Frage. Der britische Außenminister, *Selwyn Lloyd*, setzt sich mit Nachdruck für eine internationale Verwaltung des Kanals ein, da die ägyptische Regierung ihr Vertrauen verscherzt habe. Der französische Außenminister, *Christian Pineau*, erklärt, daß Frankreich eine Lösung, die nur augenblicklich den Frieden wahre, nicht akzeptieren werde und daß Schwäche gefährlicher sein könne als Festigkeit. Die wichtigsten britisch-französischen Argumente werden in einem ersten Resolutionsentwurf zusammengefaßt, in dessen Präambel Aegypten beschuldigt wird, den Frieden und die Sicherheit gefährdet zu haben und die Freiheit der Kanalschifffahrt zu bedrohen. Am 8. Oktober unterzieht der ägyptische Außenminister, *Mahmud Fawzi*, den britisch-französischen Resolutionsentwurf einer scharfen Kritik und rechtfertigt das ägyptische Vorgehen. Er wird dabei vom sowjetischen Außenminister, *Dimitri T. Schepilow*, unterstützt. *Fawzi* beschuldigt die Westmächte einschließlich der Vereinigten Staaten einer rücksichtslosen Kolonialpolitik. Er erklärt sich zu Verhandlungen auf der Grundlage der bisher von Aegypten gemachten Vorschläge unter Einbeziehung des Minderheitsvorschlages der Ersten Londoner Suezkanal-Konferenz bereit. Am 9. Oktober unterstützt der amerikanische Außenminister *Dulles* den französisch-britischen Resolutionsentwurf. Als erste grundsätzliche Forderung verlangt *Dulles*, daß der Kanal von keinem Lande als Instrument seiner nationalen Politik benutzt

ASIEN

Volksrepublik China

6. Der Ministerpräsident von Nepal, *Tonka Prasad Acharya* schließt seinen am 26. September begonnenen Staatsbesuch ab und unterzeichnet mit Ministerpräsident *Tschu En-lai* eine gemeinsame Erklärung. Darin bekennen sich beide Länder zu den fünf Prinzipien der Koexistenz. Die beiden Länder werden Handelsbeziehungen entwickeln, und die Volksrepublik China wird innerhalb der nächsten drei Jahre Nepal eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 60 Millionen Rupien ohne politische Bedingungen gewähren.

Indien

7. In einer Rede vor Mitgliedern der Kongreßpartei in Neu-Delhi übt Ministerpräsident *Nehru* Kritik am Kommunismus, dessen Kennzeichen die Gewalt und der Haß seien. Die Grundsätze von Marx könnten in Indien nicht angewendet werden, und Indien könne sich nicht wie China einen vierzigjährigen Kampf um die Gesellschaftsordnung leisten.

Kambodscha

15. Das Rücktrittsgesuch von Ministerpräsident Prinz *Norodom Sihanuk* wird angenommen.

werde. Nachdem der jugoslawische Außenminister, *Koca Popovic*, hervorgehoben hat, daß die Ausführungen des ägyptischen Außenministers positive und konstruktive Anregungen enthielten und keine grundsätzlichen Verschiedenheiten der Interessen bestünden, werden die Beratungen auf Antrag des britischen Außenministers in geschlossenen Sitzungen fortgesetzt. An den folgenden Tagen werden durch Vermittlung des Generalsekretärs, *Dag Hammarskjöld*, direkte Verhandlungen zwischen dem ägyptischen und dem britischen Außenminister geführt, in welchen gewisse Grundsätze aufgestellt werden, über die sich die Gesprächspartner einig sind. In der abschließenden Sitzung des Sicherheitsrates am 13. Oktober legen Großbritannien und Frankreich einen neuen Resolutionsentwurf vor, der u. a. die sechs Grundsätze enthält, über die mit dem ägyptischen Außenminister eine Einigung erzielt ist. (Der Wortlaut wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs wiedergegeben.) Der Entwurf wird von den Außenministern *Fawzi* und *Schepilow* kritisiert, weil er in seinem zweiten Teil eine Diskriminierung Aegyptens und die Anerkennung der Vereinigung der Suezkanal-Benutzer enthalte. Jugoslawien schließt sich dieser Kritik an, zieht jedoch in letzter Minute seinen eigenen Resolutionsentwurf, der nur die sechs Grundsätze enthält und im übrigen die Fortsetzung der Verhandlungen empfiehlt, wieder zurück. Nach Annahme eines von dem persischen Vertreter, *Djalal Abdon*, angeregten Zusatzes wird über den britisch-französischen Entwurf in zwei Teilen abgestimmt. Der erste Teil, die sechs Grundsätze, wird einstimmig angenommen, während der zweite Teil durch das Veto der Sowjetunion abgelehnt wird.

Bücher und Broschüren

The Anti-Stalin Campaign and International Communism. A Selection of Documents. Edited by the Russian Institute, Columbia University. New York: Columbia University Press 1956. X, 338 S. \$ 1,75.

Zum Verständnis der geistig-politischen Situation unserer Zeit hat das Russische Institut der Columbia-Universität in New York einen nützlichen Beitrag geleistet, indem es eine Reihe von Dokumenten in englischer Uebersetzung veröffentlicht hat, die mit dem Prozeß der Entmythologisierung Stalins und dessen Auswirkungen auf den internationalen Kommunismus engstens verknüpft sind. In ungekürzter Fassung (mit Ausnahme eines Artikels von Pietro Nenni) liegen hier erstmalig in chronologischer Reihenfolge die wichtigsten Erklärungen und Stellungnahmen der kommunistischen Parteien der Vereinigten Staaten Großbritanniens, Frankreichs und Italiens zu der vom State Department veröffentlichten Geheimrede Chruschtschows vom 24. und 25. Februar 1956 vor. Jedes Dokument (insgesamt 18 Dokumente einschließlich der Geheimrede und der Erklärung des Zentralkomitees über die Ueberwindung des Personenkults und seiner Folgen vom 2. Juli 1956) ist mit kurzen Erläuterungen und einleitendem Text versehen, in dem auch auf die Reaktion bei den kommunistischen Parteien der kleineren Länder Bezug genommen wird. Im Anhang finden sich kurze biographische Hinweise.

Dr. H.-A. Jacobsen

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: Sechszwanzigster Jahresbericht, 1. April 1955 — 31. März 1956. Basel 1956. 252 S.

Die BIZ verweist darauf, daß im Berichtsjahr, wie schon in der Vergangenheit, alle Geschäfte der Bank im Einklang mit der Währungspolitik der beteiligten Zentralbanken ausgeführt wurden. Sie, die für die OEEC weiterhin als Agent der EZU tätig ist, hat sich auch bereit erklärt, für die gleiche Organisation als Agent im Zusammenhang mit dem Europäischen Währungsabkommen tätig zu sein, das mit dem Ablauf der EZU in Kraft treten soll. Wie schon in der Vergangenheit, enthält der BIZ-Bericht eine ausführliche, vorzüglich gestaltete Darstellung der Weltwirtschaftsentwicklung im Jahre 1955, in der vor allem die Währungs- und Finanzpolitik der Länder kritisch bewertet wird. Dabei stellt die BIZ fest, daß „die weitgehende Zuhilfenahme währungspolitischer Mittel während der augenblicklichen Hochkonjunktur ... von heilsam beschränkendem Einfluß war und mehrfach dazu beigetragen hat, daß die Zahlungsbilanzsituation eine Verbesserung erfuhr, die sehr vonnöten war“. Die in der Bundesrepublik Deutschland von der Bank deutscher Länder getroffenen Maßnahmen zur Kreditrestriktion als Mittel zur Vermeidung einer weiteren Konjunkturüberhitzung haben die Zustimmung der BIZ gefunden.

E. W.

Benham, Frederic: The Colombo Plan and other essays. London — New York: Royal Institute of International Affairs 1956. VIII, 89 S. £ —/7/6.

Bericht über den internationalen Juristen-Kongreß. Athen, Griechenland, 13.—20. Juni 1955. Den Haag: Internationale Juristen-Kommission 1956. 169 S.

Bidwell, Percy W.: What the Tariff Means to American Industries. Published for the Council on Foreign Relations. New York: Harper & Brothers 1956. XVI, 303 S. \$ 5,—.

Brissonière, Yves G.: „Commonwealth d'abord“. Paris: Editions Domat Montchrestien 1955. 371 S.

Aus kontinentaleuropäischer Sicht beurteilt in diesem Werk ein Franzose die Position Großbritanniens als Herzstück des Commonwealth gegenüber dem europäischen

Kontinent und den europäischen Einigungsbestrebungen. Er untersucht mit starkem Einfühlungsvermögen die Ursachen der bisherigen Zurückhaltung Großbritanniens gegenüber dem Kontinent und sagt voraus, daß die Entwicklung eines Tages doch auf eine stärkere Annäherung Großbritanniens und darüber hinaus des Commonwealth an Europa hinauslaufen werde. Das Buch erscheint zeitlich in einem günstigen Augenblick. Die in letzter Zeit in Erscheinung getretenen Tendenzen (z. B. Macmillan-Plan) scheinen dem Verfasser schon jetzt weitgehend recht zu geben.

E. W.

Butland, Gilbert J.: Chile. An Outline of its Geography, Economics and Politics. 3rd edition. London — New York: Royal Institute of International Affairs 1956. VII, 128 S. 15s.

Documents on American Foreign Relations 1955. Edited by Paul E. Zinner. Published for the Council on Foreign Relations. New York: Harper & Brothers 1956. XXIV, 487 S. \$ 6,—.

Economic Developments in Africa 1954—1955. Supplement to World Economic Survey, 1955. New York: United Nations, Department of Economic and Social Affairs 1956. VII, 100 S. (E/2881; ST/ECA/40. Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden). \$ 1,—.

Eine weitere Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage in Algerien, Tunesien und Marokko, eine fünfprozentige Steigerung des Netto-Sozialprodukts in der Südafrikanischen Union sowie eine zehnprozentige Expansion der Exporte der tropischen Gebiete Afrikas waren die Hauptmerkmale der Wirtschaftsentwicklung des afrikanischen Kontinents im Jahre 1955. Immer stärker machen sich steigende Kosten, der Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften, politische Unruhen und mangelhafte Transporteinrichtungen als Hemmschuh für eine als wünschenswert anzusehende wirtschaftliche Expansion bemerkbar. Weiter haben die Verfasser des Berichtes festgestellt, daß alle afrikanischen Entwicklungsprojekte nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie auf einer umfassenden Grundlagenforschung und auf einer vorausgehenden Aktion zur Verbesserung der sozialen Bedingungen der betroffenen Bevölkerungsteile aufbauen.

E. W.

Economic Developments in the Middle East 1954—1955. Supplement to World Economic Survey, 1955. New York: United Nations, Department of Economic and Social Affairs 1956. VIII, 151 S. (E/2880; ST/ECA/39. Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden). \$ 1,50.

Dieser Bericht knüpft an die erst kurze Zeit vorher veröffentlichte Analyse über die mittellöstliche Wirtschaftsentwicklung der Dekade 1945/54 an, die unter dem Titel „Economic Developments in the Middle East, 1945 to 1954“ erschienen ist. Er gibt einen umfassenden Ueberblick über Landwirtschaft, Industrie — vor allem Oelindustrie —, Transportwesen, Außenhandel und Finanzsituation der einzelnen Länder dieser Gebiete und enthält darüber hinaus eine Darstellung der in den einzelnen nah- und mittellöstlichen Ländern vorhandenen oder vorbereiteten Entwicklungspläne. Die langfristige Entwicklung dieses Raumes wird recht optimistisch beurteilt, allerdings unter der Voraussetzung einer relativen politischen Stabilisierung. Der in den letzten Jahren erzielte Fortschritt, der deutlich aus den rund 50 dem Bericht beigelegten Tabellen spricht, hat nach Ansicht der UN-Sachverständigen bewiesen, daß die vorhandenen wirtschaftlichen Möglichkeiten des Mittleren Ostens in einem ermutigenden Ausmaß nutzbar gemacht werden können.

E. W.

European Economic Co-operation. Seventh Survey prepared by the Organisation for European Economic

- Co-operation for the Council of Europe. Paris: OEEC 1956. 71 S. ffrs. 250.
- Four-Power Control in Germany and Austria 1945—1946. I: Germany; by Michael Balfour. II: Austria; by John Mair. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1956. XII, 390 S. (Survey of International Affairs 1939—1946). £ 2/8/—.
- Gaitanides, Johannes: *Passion Europa. Variationen über ein fast konservatives Thema.* Stuttgart: Friedrich Vieweg Verlag 1956. 112 S.
- Heeckt, Hugo: *Der Verkehr als Integrationsfaktor der Europawirtschaft.* Kiel: Institut für Weltwirtschaft 1956. VIII, 106 S. (Kieler Studien, Bd. 39). DM 10,—.
- In dieser zweiteiligen Studie wird die Betrachtung der historischen Entwicklung der bisherigen verschiedenen Formen der europäischen Verkehrsintegration durch eine ausführliche Darlegung der künftigen Rolle des Verkehrs als Integrationsfaktor der europäischen Wirtschaft ergänzt. Dabei weist der Verfasser nach, daß und warum zahlreiche Gründe für eine mehr gemeinwirtschaftlich orientierte Integration des europäischen Verkehrs unter einer möglichst weitgehenden Sicherung der Vorteile einer marktwirtschaftlichen Integration sprechen. Die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit mache den Ausbau der europäischen Verkehrsanlagen nicht nur möglich, sondern lasse ihn in angemessenen Grenzen zu einer Notwendigkeit werden. 24 Tabellen über den grenzüberschreitenden Verkehr europäischer Länder, Auszüge aus Satzungs- und Vertragstexten internationaler Organisationen und Institutionen, soweit sie den Verkehr betreffen, sowie eine Tabelle der verkehrswichtigen internationalen Organisationen, Institutionen und Konventionen runden diese in hohem Maße aktuelle, sehr sorgfältig erarbeitete Studie ab.
E. W.
- Houston, John A.: *Latin America in the United Nations.* New York: Carnegie Endowment for International Peace 1956. 345 S. (United Nations Studies, No. 8). \$ 2,75.
- Human Relations in Industry. Rome Conference (January—February 1956). Papers presented at the Conference. Project No. 312. Paris: OEEC, The European Productivity Agency 1956. 247 S. ffrs. 900.
- International Trade 1955. Geneva: The Contracting Parties to the General Agreement on Tariffs and Trade 1956. 229 S. (GATT/1956—2). \$ 1,50.
- In drei großen Abschnitten analysiert das GATT-Sekretariat die letzten Entwicklungen in der Struktur des Welt Handels, die nationale und internationale Handelspolitik sowie die Aktivität der Vertragspartner des GATT im Jahre 1955. Dabei wird darauf verwiesen, daß Wert und Umfang des Welthandels 1955 einen neuen Rekordumfang
- erzielten, der wertmäßig um 13 Prozent und umfangmäßig um 8,6 Prozent über dem Stand des Jahres 1954 gelegen habe. Die Entwicklung des Jahres 1955 sei auch durch eine weitere Zunahme des Anteiles des Außenhandels Deutschlands und Japans am Gesamtexport der großen Industrieländer charakterisiert gewesen. Der Anteil Deutschlands habe jetzt 11,5 und derjenige Japans 4 vH dieses Gesamtexports erreicht und sei weitgehend auf Kosten der Außenhandelspositionen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens gegangen. Auch die Sowjetunion, Osteuropa und (das kommunistische) China gewannen im Welthandel immer mehr an Bedeutung.
- Im GATT-Bericht wird bedauert, daß noch immer 25 Vertragspartner des GATT Einfuhrbeschränkungen aufrechterhalten. Dies geschehe zwar aus Gründen des Zahlungsbilanzausgleiches, von 23 dieser Länder würden diese Beschränkungen jedoch in diskriminierender Weise und im Widerspruch zu den GATT-Vereinbarungen getroffen.
E. W.
- Pendle, George: *Paraguay. A Riverside Nation.* Second Edition. London — New York: Royal Institute of International Affairs 1956. VIII, 120 S. 12s 6d.
- The Penguin Atlas of the World. Edited by J. S. Keates. With eighty pages of maps in full colour and index with 15 000 entries. Harmondsworth, Middlesex: Penguin Books Ltd. 1956. XV, 76 S., 80 Kt. 10s.
- Auf 80 mehrfarbigen Kartenblättern und mit einem rund 15 000 Namen von Städten, Staaten, Bergen und Flüssen umfassenden Index bietet dieser kleine preiswerte Atlas einen überraschend umfassenden Ueberblick über die ganze Welt. Er ist drucktechnisch gut gestaltet und bietet in seiner handlichen Taschenbuchform vielfältige Verwendungsmöglichkeiten. Dieser Atlas gehört jedoch zur Kategorie jener Publikationen, welche die Oder-Neiße-Linie als eine feststehende Grenze ansehen und die europäischen Karten und die Ortsbezeichnungen entsprechend gestalten.
E. W.
- Seabury, Paul: *Die Wilhelmstraße. Die Geschichte der deutschen Diplomatie 1930—1945.* Ins Deutsche übertragen von Erwin Schuhmacher. Frankfurt/M.: Nest Verlag GmbH 1956. 330 S. DM 12,80.
- Sharp, Walter R.: *Implications of Expanding Membership for United Nations Administration and Budget.* New York: Carnegie Endowment for International Peace 1956. 34 S. (Hektographiert).
- Shotwell, James T.: *The Great Decision.* Second Edition. New York: Macmillan Company 1945. XXI, 268 S. \$ 3,—.
- Sørensen, Max, and Niels J. Haagerup: *Denmark and the United Nations. Prepared for the Carnegie Endowment for International Peace.* New York: Manhattan Publishing Company 1956. XI, 154 S. (National Studies on International Organization). \$ 3,—.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11,—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Die Herbstkrisen von 1956 im Spiegel des Europa-Archivs

In dieser und in der nächsten Folge des Europa-Archivs versuchen wir, einen Ueberblick über die Ereignisse der letzten Wochen zu geben. Es ist sehr schwer, dies mit der Objektivität und Gründlichkeit zu tun, die unsere Leser von uns erwarten, ohne daß die Fülle der Tatsachen die weltgeschichtlichen Probleme verdeckt, die den Hintergrund der Konflikte bilden. *Ranke* hat der Geschichtsschreibung das Ziel gesetzt, „Reproduktion zugleich und Philosophie des Geschehenen“ zu leisten. Dieser Aufgabe kann sich auch die Zeitgeschichte nicht entziehen, so schwer es ihr auch durch die Nähe der Ereignisse gemacht wird, zu einem ausgewogenen Urteil zu kommen. In dem Doppelnamen unserer Zeitschrift liegt die Verpflichtung, es nicht bei dem Archivieren und Registrieren weltpolitischer Tatbestände und Dokumente zu belassen, sondern damit hic et nunc die Besinnung auf ihre Stellung und ihren Rang im Ganzen der europäischen Entwicklung zu verbinden. Diese Notwendigkeit rechtfertigt den Versuch des Herausgebers, hier einige persönliche Gedanken als Einleitung vorzuschicken, die nicht anders als aphoristisch sein können. Sie sollen zugleich an einige frühere Beiträge dieser Zeitschrift erinnern, die zusammen eine Art Koordinatensystem bilden, das die Einordnung und das Verständnis der jüngsten Ereignisse erleichtern könnte.

Wir beginnen in dieser Folge mit einer Studie von Georg W. Strobel über die nationale Komponente in der kommunistischen Partei Polens. Der Verfasser hat in früheren Aufsätzen die Staatwerdung des neuen Polen behandelt (vgl. Europa-Archiv 22/1949, S. 2613 bis 2626, und 7—8/1950, S. 2953—2956), deren zentrale Bedeutung für die Festigung der sowjetischen Herrschaft in Mittel- und Osteuropa im Rückblick immer schärfer hervortritt. Der nächste Beitrag, von Dr. Curt Gasteyger geschrieben, bringt eine dokumentarische Darstellung des Volksaufstandes in Ungarn vom 22. Oktober bis zum 4. November 1956. Er will weder eine abschließende Wertung der Ereignisse versuchen, noch kann er Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die sich überstürzenden Ereignisse in Ungarn einerseits und die Reaktionen der Umwelt andererseits boten eine Fülle von Material, dessen Sichtung innerhalb der verhältnismäßig kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nur zu einer ersten Auswahl führen konnte. Doch schon diese Auswertung läßt Entwicklungstendenzen erkennen und verdeut-

licht das Ineinandergreifen der Richtungskämpfe in der sowjetischen Führung und in den Satellitenstaaten. Um den Gegensatz zwischen der Entwicklung in Polen und Ungarn und der Haltung der linientreu gebliebenen Stalinisten in der Tschechoslowakei im Auge zu behalten, sei auf den Bericht über das Echo des 20. Kongresses der KPdSU in der Tschechoslowakei von Helmut Slapnicka verwiesen (Europa-Archiv 17/1956, S. 9129—9141).

Die Entwicklung in den europäischen Satellitenländern der Sowjetunion muß in dem weiten Rahmen der Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik seit *Stalins* Tod gesehen werden. (Vgl. dazu Curt Gasteyger, „Gegenseitige Staatsbesuche als Teil des neuen Kurses in der sowjetischen Außenpolitik“, Europa-Archiv 11/1956, S. 8897—8914, und 12/1956, S. 8949—8960; Boris Meissner, „Die Ergebnisse des 20. Parteikongresses der KPdSU“, Europa-Archiv 9/1956, S. 8803—8824, und 10/1956, S. 8845—8876.) Sie gibt ihrerseits wesentliche Aufschlüsse über die Machtkämpfe innerhalb der sowjetischen Führung. Wie der Beitrag von Gasteyger zeigt, kann auf Grund der bisherigen Entwicklung in den Volksdemokratien als beinahe sicher angenommen werden*, daß zwei Richtungen in der sowjetischen Partei- und Staatsführung einander gegenüberstehen. Die eine, von Ministerpräsident *Bulganin* und Parteisekretär *Chruschtschow* vertreten, scheint die Politik der friedlichen Koexistenz, der „Entstalinisierung“ und einer gewissen Toleranz gegenüber den nationalkommunistischen Selbstständigkeitsbestrebungen der Volksdemokratien zu verfolgen. Dabei mag auch die Rücksicht auf die asiatischen Länder eine Rolle spielen, die insbesondere auf der Konferenz von Bandung sehr deutliche Kritik an allen Formen des „Kolonialismus“, auch des sowjetischen, geübt hatten. (Vgl. Curt Gasteyger, „Asien und Afrika in der Weltpolitik“, Europa-Archiv 20/1955, S. 8295—8304.) Die andere Richtung — mit dem in letzter Zeit immer stärker hervortretenden *Suslow* und dem am 21. November zum Minister für Staatskontrolle ernannten *Molotow* als Exponenten — möchte, wahrscheinlich auch mit Unterstützung der Armee, zur „stalinistischen“ Politik zurückkehren und nur unwesentliche Konzessionen bei der „Demokratisierung“ der osteuropäischen Länder zulassen, im

*) Vgl. dazu auch den Wortlaut der Rede *Titos* in Pula am 11. November, S. 9391 dieser Folge.

übrigen aber alle Bestrebungen unterdrücken, die auf Bildung „nationalkommunistischer“ Staaten — entsprechend dem jugoslawischen Beispiel — hinauslaufen. Gleichzeitig wurde das Verhalten der übrigen Volksdemokratien zu den Ereignissen in Ungarn durch die Richtungskämpfe in der sowjetischen Führung mit beeinflusst: Die polnische Regierung, unterstützt von *Tito* und ermutigt durch die Haltung der Volksrepublik China, stand der Erhebung in Ungarn zunächst wohlwollend gegenüber, solange sie zur Verstärkung und Beschleunigung der Entstalinisierung beizutragen schien. Die übrigen Regierungen im Ostblock, insbesondere die tschechoslowakische Regierung und die Regierungen der DDR und Albanien, verurteilten von Anfang an den ungarischen Aufstand als „reaktionären Putsch“. Sie fanden sich damit auf der Seite des „stalinistischen“ Flügels der KPdSU. Entsprechend groß war die Erleichterung in den herrschenden Parteikreisen dieser Länder nach der Niederschlagung des Aufstandes, die wahrscheinlich einer Stärkung des stalinistischen Flügels in der Sowjetunion entsprach.

Die Besprechungen, die Ende September auf der Krim zwischen *Bulganin*, *Chruschtschow* und *Tito* stattfanden und zu denen auch der erste Sekretär der Partei der Ungarischen Werktätigen, *Ernö Gerö*, hinzugezogen wurde, scheinen vor allem der Frage gegolten zu haben, wie weit man die nationalkommunistischen Bestrebungen in Polen und in Ungarn gehen lassen dürfe. Als Vorstufe der Ungarn zugebilligten „Demokratisierung“ hatte die mit großem Pomp durchgeführte Rehabilitierung *Rajks* stattgefunden. Ebenso kann der Sturz der beiden „Stalinisten“ *Hegedüs* (Ministerpräsident) und *Gerö* und deren Ersetzung durch die bisher verfeimten Kommunisten *Nagy* und *Kadar* als im Rahmen der wahrscheinlich auf der Krim vereinbarten Toleranzspanne betrachtet werden. In diesem Zusammenhang ist die erwähnte Rede *Titos* besonders aufschlußreich.

Für das Verständnis der weiteren Entwicklung in Ungarn bietet ein Vergleich mit dem Aufstand in Mitteldeutschland vom 17. Juni 1953 wesentliche Anhaltspunkte. (Vgl. „Materialien zu den Ereignissen des 16. und 17. Juni 1953 in Berlin und der SBZ“, mit dokumentarischem Anhang, Europa-Archiv 14-15/1953, S. 5829—5842.) Ähnlich wie 1953 in Berlin begann die Erhebung als Demonstration für einen „neuen Kurs“, der von der Moskauer Parteiführung gedeckt schien, und gegen die „stalinistische“ Regierung und Parteiführung. Zum Unterschied von den Vorgängen in Berlin und dem Aufstand in Posen im Juni 1956 waren es in Budapest die Studenten und nicht die Arbeiter, die als erste demonstrierten. Die Erhebung wuchs lawinenartig über die ursprünglichen Ziele hinaus und wurde zu einer allgemeinen Volkserhebung. *Nagy*, zunächst von der Sowjetregierung akzeptiert, sah sich durch den unmittelbaren

Druck der Aufständischen — die ihrerseits wiederum von einer ursprünglich „antistalinistischen“ in eine nationalistische, letztlich sogar antikommunistische Bewegung hineingezogen wurden — in eine Richtung gedrängt, die von einem bestimmten Punkte an in Moskau als „konterrevolutionär“ bezeichnet wurde. Der Moment, an dem er durch seine Konzessionen an die Aufständischen und seine Haltung gegenüber der Sowjetunion die zugestandene Toleranzgrenze überschritt, läßt sich ziemlich genau feststellen: es scheint der 30. Oktober 1956 gewesen zu sein. Nachdem *Nagy* eine Koalitionsregierung gebildet hatte, trafen *Mikojan* und *Suslow* in Budapest ein und überzeugten sich davon, wie weit der Volksaufstand bereits um sich gegriffen hatte. Am Abend desselben Tages wurde die Moskauer Erklärung veröffentlicht*, die durch Konzessionen in der Frage der Truppenstationierung Oel auf die Wogen der Erregung in Ungarn und Polen gießen sollte. Sie war bei ihrem Bekanntwerden wahrscheinlich schon durch die Ereignisse überholt. Mit der Ankündigung, Ungarn werde aus dem Warschauer Pakt austreten, hatte *Nagy* am 31. Oktober für alle Welt sichtbar die Grenze überschritten, deren Verletzung keine sowjetische Regierung dulden konnte. Damit gab er der „stalinistischen“ Richtung in Moskau die nötige Handhabe und Rechtfertigung zum aktiven Eingreifen. Von diesem Mittwoch, dem 31. Oktober an, lassen sich verstärkte sowjetische Truppenbewegungen in Ungarn feststellen. Der von den Russen am 4. November als Ministerpräsident eingesetzte *Janos Kadar* hatte sich, was wenig beachtet wurde, schon am 1. November von *Nagy* losgesagt. Am frühen Morgen des 4. November erschien zum ersten Male in der *Prawda* ein großer Leitartikel über den Aufstand mit der Überschrift „Der Reaktion in Ungarn den Weg versperren“. Zu diesem Zeitpunkt waren die sowjetischen militärischen Operationen gegen die Aufständischen bereits in vollem Gang.

Der israelische Angriff auf Ägypten am 29. Oktober und die britisch-französische Intervention am Suezkanal, eingeleitet durch das Ultimatum an Ägypten vom 30. Oktober, fallen zeitlich mit der Wendung der sowjetischen Politik gegen Ungarn zusammen, so wie umgekehrt die Ereignisse in Ungarn bei der Auslösung des Konfliktes im Mittleren Osten eine Rolle spielten. Es wird wohl kaum möglich werden, diese Wechselwirkungen in allen Einzelheiten aufzuklären. Zur Zeit fehlen dafür jedenfalls noch viele Unterlagen. Schon jetzt läßt sich aber mit einem erheblichen Maß von Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Rote Armee auch ohne die Ereignisse im Mittleren Osten den ungarischen Aufstand, nachdem er einmal die Toleranzgrenze überschritten hatte, brutal niedergeschlagen hätte. Die Ereignisse nach dem 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland geben

*) Vgl. den Wortlaut auf S. 9388 dieser Folge.

viele Anhaltspunkte für diese Annahme. Nur wer glaubt, daß die Ereignisse seit *Stalins* Tod den Einfluß der militärischen Führung auf die sowjetische Politik verringert haben, könnte eine gegenteilige Auffassung vertreten. Dafür liegen aber keine überzeugenden Anzeichen vor.

Es wird wohl immer Gegenstand der Spekulation bleiben, welche Möglichkeiten der Einwirkung auf die Entwicklung in Ungarn, in den übrigen Satellitenstaaten und in der Sowjetunion in diesen entscheidungsschweren Tagen einer energischen und zielbewußten westlichen Politik offengestanden hätten. Entscheidend wäre dabei auf jeden Fall die amerikanische Haltung gewesen. Die Vereinigten Staaten befanden sich im Wahlkampf. Präsident *Eisenhower* hat am 14. November 1956, also nach der Tragödie in Ungarn, erklärt: „I must make one thing clear: The United States doesn't now, and never has, advocated open rebellion by an undefended populace against force over which they could not possibly prevail.“ Es liegt daher — so sehr auch die Ereignisse in Ägypten das moralische Schwergewicht zuungunsten der Westmächte verschoben haben — kein begründeter Anlaß vor, zu glauben, daß die Entwicklung ohne die verunglückte französisch-britische Intervention wesentlich anders verlaufen wäre.

Die völkerrechtlichen Aspekte der sowjetischen Intervention in Ungarn werden an anderer Stelle in dieser Folge untersucht (Dr. Dietrich A. Löber, „Die

Ereignisse in Ungarn und die sowjetische Definition der Aggression“, auf Seite 9355). Die Darstellung der gleichzeitigen Ereignisse im Mittleren Osten ist der nächsten Folge vorbehalten. Sie wird Beiträge britischer, französischer, arabischer und israelischer Autoren zusammen mit den wesentlichen Dokumenten bringen. Diesen Darstellungen soll hier nicht vorgegriffen werden. Die Hauptschwierigkeit einer zusammenfassenden Betrachtung der gegenwärtigen Weltkrise liegt darin, daß die Ereignisse zwar alle in irgendeinem Zusammenhang stehen, aber unter sehr verschiedenartigen Voraussetzungen betrachtet werden müssen. Daher erscheint es uns richtig, den Blick jetzt von den aktuellen Ereignissen zu lösen und einen Standort zu suchen, von dem ihnen ein geschichtlicher Sinn abgewonnen werden könnte. Einen solchen Standort könnte uns die Idee des Friedens bieten, dessen äußerste Bedrohung in diesen Tagen jedem nachdenklichen Betrachter des internationalen Geschehens deutlich geworden sein muß. Man müßte weit zurückgehen in der europäischen Geschichte, um eine Zeit zu finden, in der die geistigen und die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Friedens so allgemein fragwürdig waren, wie sie sich in diesen Wochen darstellten. Es hat aber mehr als einmal solche Zeiten gegeben, und es ist, wenn auch nach scheinbar unendlichen Mühen und Wirren, auch immer wieder gelungen, eine europäische Antwort darauf zu finden.

Co.

Die vergessene Revolution

Gedanken zur europäischen Sicherheit in der gegenwärtigen Weltkrise

Von Wilhelm Cornides

Noch ein Krieg, und wir werden unter dem Druck der Angst, des Hasses, des Zornes Zerstörungsmittel ersinnen, die uns dann endlich die furchtbare Antwort der von uns so umworbenen Materie geben werden. Einmal über Nacht wird nur noch alles nackte Gewalt sein, nur noch entfesselte Kraft. Aber auch hier hineinbrechen wird man mit dem Optimismus irdischer Paradiese, man wird sie mit moralischen Argumenten beschönigen, so lange, bis es dann auch den selbstgerechten Schwindlern das Mundwerk verschlägt. Oder glauben Sie, daß mit dem Bewußtwerden der Gefahr der Urtrieb des Menschen, zu siegen und im Siege moralisch triumphieren zu dürfen, endlich einmal hinter dem Selbsterhaltungstrieb zurücktreten wird?

Carl J. Burckhardt an Hugo von Hofmannsthal (1922)

Geistige und gesellschaftliche Voraussetzungen einer europäischen Friedensregelung

Die Idee Europa ist die Idee einer Verfassung, ist eine gedachte Grundordnung des gesellschaftlichen und des staatlichen Lebens. Als solche hat sie sich aus der Verweltlichung des christlich-abendländischen Gemeinschaftsgefühls und im Uebergang des mittelalter-

lichen Gesamtbewußtseins in das neuzeitlich-europäische entfaltet. Als solche ist sie durch die jüngsten Ereignisse, wie schon oft zuvor, radikal in Frage gestellt. Das Menschenbild, das dieser Ordnung zugrunde lag, ist bis in die letzten Jahrzehnte fast als

etwas Selbstverständliches hingenommen worden. Europa war vor allem das „Europäische Konzert“, das politische System der europäischen Staaten. Erst im Rückblick wurde erkennbar, daß die „Große Politik“ der Kabinette nicht nur auf der Macht der Staaten beruhte, sondern auch auf der Verbindlichkeit sozialer Leitbilder, die den Menschen das Leben lebenswert machten, die deshalb hochgehalten wurden und für deren Verwirklichung der Gebrauch staatlicher Machtmittel sinnvoll und verantwortbar war. Die Zerstörung der Verbindlichkeit dieser vor- und überstaatlichen Werte ging der Sprengung des europäischen politischen Systems im Ersten Weltkrieg und seiner Vernichtung im Zweiten Weltkrieg voraus, trat aber erst durch die in globalen Dimensionen ausgetragenen „europäischen Bürgerkriege“ in das Bewußtsein der Allgemeinheit.

Es ist gut, sich hier an folgendes zu erinnern: Als sich „Europa“ an Stelle der „Christenheit“ zum bestimmenden Ordnungsbegriff für die Einheit des Abendlandes entwickelte, war dies nicht das Ergebnis einer Bewegung. Das europäische „Konzert“ nahm alle tragenden geistigen Kräfte der beginnenden Neuzeit in sich auf. Renaissance, Humanismus, Reformation und Gegenreformation wirkten zusammen bei der Schaffung eines geistigen Klimas, aus dem sich das Politische als autonomer Daseinsbereich mit eigenen Gestaltungsgesetzen entfalten konnte. Dann standen zur rechten Zeit die Naturwissenschaften bereit, um ihren mechanischen Gleichgewichtsbegriff beizusteuern. Hinzu kamen politische Katastrophen, die wie *Brandi* über den Sacco di Roma geschrieben hat, „ihre zerstörende Wirkung gleich ungeheuren, langsam rollenden Kugeln wie vom Zufall zu erhalten schienen“. Man darf sich „Europa“ auch nicht als eine Geschichtsnotwendigkeit vorstellen, die sich im dialektischen Spiel der Gedanken verwirklicht. Die Idee Europa wurde denkbar durch die schöpferischen

Leistungen einer Kette großer und kleinerer Geister, die einander von *Dante* über *Leibniz* bis in die Gegenwart ihre Einsichten und Erfahrungen über die Natur des Menschen und seinen geschichtlichen Auftrag weiterreichten, von denen sie selbst wieder viele aus noch tieferer Vergangenheit geschöpft hatten. Die Gegensätze der von diesen Denkern bezogenen Positionen lassen sich zwar nachträglich in einem übergeordneten geschichtlichen Zusammenhang auflösen; das ist aber nicht der Weg, auf dem sie in der geschichtlichen Wirklichkeit überwunden wurden. Europäische Wirklichkeit wurde immer nur der Teil des Erdachten, für den es in der jeweiligen gesellschaftlichen Situation entsprechende Voraussetzungen gab: überkommene oder sich neu entfaltende Machtpositionen und Kulturformen, die sich als Träger einer idealen europäischen Gesamtverfassung anboten. Aber auch diese Verwirklichungen geschahen nicht zwangsläufig, sondern als Ergebnisse individueller Leistungen oder Fehlleistungen. Oft genug entschied die Politik unter den Gesichtspunkten des kleineren Übels oder des geringsten Widerstandes, was in einer geschichtlichen Epoche als „Europa“ zu verstehen sei.

Deshalb sind die europäischen Friedensschlüsse vom Westfälischen Frieden bis zum Versailler Vertrag immer auch „Weichenstellungen“ von geistes- und kulturgeschichtlicher Bedeutung geworden¹. Oft sind es untergründige kulturelle Strömungen, denen die „Große Politik“ den Weg an die Oberfläche versperrte, die, jahrzehntelang in Haß und Verbitterung verdrängt, bei der nächsten politischen Neuordnung das große Wort führen. So war es mit *Hitlers* „Neuer Ordnung“ in Europa. So ist es auch bei den Bemühungen um eine europäische Friedensordnung, die seit 1942/43 ergebnislos um das Zwillingsproblem der Europäischen Sicherheit und der Einheit Deutschlands kreisen.

Der Interventionismus der Siegermächte von 1945 als Ursache der Blockbildung in Europa

Auf den totalen Krieg, der die bisherige Grundordnung Europas zerstörte, folgte die totale Intervention der Großmächte, die sich im Namen der Demokratie verpflichtet hatten, diese Grundordnung wiederherzustellen. Aber die vor- und überstaatlichen Werte, auf denen das rechtsstaatlich-freiheitliche Prinzip beruhte, waren nicht für alle Siegermächte in gleicher Weise verbindlich. Neben der konstitutionellen Demokratie, die sich ebenso bewußt gegen den demokratischen wie den monarchischen Absolutismus wandte, hatten sich massivere Formen der Demokratie entwickelt, die formal das Primat des plebiszitären Volkswillens erklärten und damit der totalitären Praxis der „Volksdemokratien“ den Weg bereiteten. Diese Entwicklung, die ideen- und verfassungsgeschichtlich in Westeuropa ihren Ursprung hatte, paßte ausgezeichnet in das machtpolitische Pro-

gramm, das sich die Sowjetunion zur Konsolidierung ihrer Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa vornahm. Die außenpolitischen Entscheidungen, die in Teheran, Jalta und Potsdam und auf der Pariser Friedenskonferenz von 1946 getroffen wurden, wirkten nun wieder als geistes- und gesellschaftsgeschichtliche „Weichenstellungen“.

Rousseau erhielt in *Stalin* einen unerwarteten Verbündeten, während sich die Westmächte hinter *Montesquieu* verschanzten. Auf diesem „Umweg über die Transformation des ordre public der Siegerstaaten in den ordre international und die Anwendung dieses so gewonnenen ordre international zur Umformung des ordre public der besiegten Staaten findet prak-

¹) Vgl. dazu Hermann Hackert, „Europäische Kongresse im Wandel der Außenpolitik“ in Europa-Archiv, September 1947, S. 841–858.

tisch eine Uebertragung der innerstaatlichen Gestaltungsprinzipien der Siegermächte auf die innerstaatliche Ordnung der besiegten Staaten im Namen des Völkerrechts statt. Als maßgebliches Instrument dieses Umwandlungsprozesses dienen in erster Linie die Friedensverträge². Das bisherige politische System Europas schloß seinem Wesen nach eine Aufgliederung in gegnerische Blöcke aus, denn es konnte nur funktionieren, wenn bei Gefährdung des Gleichgewichtes jeder mit jedem Kombinationen eingehen konnte³. Nun sind aber durch die geschilderte Verzahnung von innerstaatlicher und internationaler Ordnung die Blöcke zu den konstanten Größen eines europäischen politischen Systems geworden, dessen Variablen in erster Linie die weltpolitischen Interessen der intervenierenden Großmächte und ihr Verhältnis zu den weltpolitisch erst zu nehmenden Neutralen, erst in zweiter Linie aber die inneren Probleme der Blöcke sind. Diese politische Mechanik ist der Welt durch das Zusammentreffen des ungarischen Aufstandes gegen die sowjetische Herrschaftsordnung des Ostblocks mit der Interventionskrise im Mittleren

Osten in ihrer unerbittlichen Härte demonstriert worden. Sie beherrscht, wenn auch weniger deutlich sichtbar, seit 1945 das deutsche Schicksal und bildet das Kernproblem der europäischen Sicherheit.

Das universale System kollektiver Friedenssicherung, das mit der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen geschaffen wurde, hat die Bildung gegnerischer Blöcke in Europa nicht verhindern können. Das hängt zum Teil damit zusammen, daß die Behandlung der besiegten Feindmächte nach den Bestimmungen der Charta (Art. 106 und 107) den Großmächten überlassen blieb. Mit den Beschlüssen von Jalta und Potsdam wurde der politische Sprengstoff angehäuft, der in einer Reihe von Spätzündungen das Vertrauen zwischen den westlichen Großmächten und der Sowjetunion zerstörte. Bei jedem ernsthaften Konflikt der Großmächte kam es zu dem „verfahrensrechtlichen Kurzschuß“⁴ der Vetobestimmungen im Weltsicherheitsrat — bis auf die einmalige Ausnahme im Korea-Konflikt — und damit zur Blockierung des gemeinsamen Vorgehens der Großmächte bei der Bereinigung internationaler Konflikte.

Kollektive Sicherheit und Sicherung der Person

Die Hauptursache für das Versagen der kollektiven Sicherheit liegt aber noch tiefer. Das System der kollektiven Sicherheit als „Idee einer gemeinsamen Aktion der Staatenwelt gegen den Rechtsbrecher und Störer der internationalen Friedensordnung“⁵ erschöpft sich nicht in dem durch die Charta von San Francisco festgelegten *Verfahren der Friedenssicherung*. Die erste Vollversammlung der Vereinten Nationen hat einstimmig „die durch die Satzung und das Urteil des Nürnberger Gerichtshofes anerkannten Grundsätze des Völkerrechts“ bestätigt. Im Nürnberger Urteil ist der Satz enthalten: „Völkerrechtliche Verbrechen werden von Menschen begangen, nicht von abstrakten Einheiten, und nur durch Bestrafung der Einzelmenschen, die solche Verbrechen begehen, kann den Bestimmungen des Völkerrechts zum Durchbruch verholfen werden.“ Der Zustand der kollektiven Sicherheit ist erst gegeben, wenn jeder, der eine Handlung vornimmt, die nach den Grundsätzen von San Francisco und von Nürnberg ein Verbrechen darstellt, dafür als Person verantwortlich ist, sich strafbar macht und durch ein Gericht auch tatsächlich bestraft wird. Solange es keinen Weltstaat gibt, wird dieser Zustand höchstens annäherungsweise in den Teilen der Welt verwirklicht werden können, in

denen große und starke Föderationen sozusagen „Weltstaaten im kleinen“ bilden. Das ist in den Vereinigten Staaten der Fall, und es könnte in der Sowjetunion geschehen, wenn sich dort eine freiheitliche föderative Ordnung entwickeln würde. Die Gefahrenherde, die den Weltfrieden bedrohen, weil sie immer wieder Interessenkonflikte der beiden Weltmächte heraufbeschwören, liegen in den übrigen Teilen der Welt. Die Teilungen Deutschlands, Indochinas und Koreas und die politische Abtrennung Formosas vom chinesischen Festland — um nur die wichtigsten umstrittenen Bereiche außer dem Nahen und Mittleren Osten anzudeuten — sind kein Ersatz für solche Ordnungen. Wenn in bezug auf diese Gebiete von kollektiver Sicherheit gesprochen wird, so versteht man darunter im allgemeinen die Erhaltung des status quo der Staatenwelt, nicht aber die wirksame Sicherung der politischen und sozialen Grundrechte des Einzelmenschen, die *Sicherung der Person*.

Die Grundsätze, auf denen die Nürnberger internationale Gerichtsbarkeit aufgebaut war, wurden von der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen in den Entwurf eines Kodex der Vergehen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit übernommen⁶. Nach dem Kodex ist die „Anbahnung oder Er-

²) Eberhard Menzel, „Einführung in die Friedensverträge“ in: „Die Friedensverträge von 1947 mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland“, Oberursel 1948, S. 40.

³) Vgl. Carlo Schmid, „Ueber das europäische politische System“ in: *Außenpolitik*, 7. Jahrgang (1956), Heft 11, S. 688.

⁴) Vgl. dazu Eberhard Menzel, „Der europäische Sicherheitspakt — ein Schritt zur Entspannung im Ost-West-Konflikt und zur Wiedervereinigung Deutschlands“ in: *Europa-Archiv* 11—12/1955, S. 7891—7906.

⁵) Ulrich Scheuner in der Einführung zu dem Band „Probleme der internationalen Abrüstung“, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 14, Frankfurt a. M. 1956.

⁶) Vgl. dazu J. W. Brügel, „Sicherung des Friedens durch Ausgestaltung des Völkerrechts; Die Arbeiten der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen“ in: *Europa-Archiv* 17/1952, S. 5135—5137, und die zugehörigen Dokumente, S. 5141—5142. Vgl. ferner H. M. Pollard, „Die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen“, *Europa-Archiv* 13/1956, S. 9003—9006.

mutigung einer Tätigkeit, die darauf abzielt, in einem anderen Staate innere Kämpfe hervorzurufen“ (Art. 2, Absatz 5) und die „Anbahnung oder Ermutigung einer terroristischen Tätigkeit in einem anderen Staate“ (Art. 2, Absatz 6) ein Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit. In der Präambel zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen 1948 verkündet wurde, wird aber ausdrücklich die Möglichkeit „der Auflehnung gegen die Tyrannei und Unterdrückung“ als letzter Ausweg anerkannt. Wer sollte nun aber zum Beispiel darüber entscheiden, ob es sich in Ungarn um innere Kämpfe und terroristische Akte gegen eine rechtmäßige Regierung handelte, der die Sowjetunion beisprang, in Algerien um eine berechnete Auflehnung gegen die Tyrannei, zu deren Unterstützung Ägypten berechtigt ist? Wer sollte — wenn es gelänge, diese Frage zu beantworten — über die Schuldigen zu Gericht sitzen? Der Entwurf der Konvention, durch die eine internationale Strafgerichtsbarkeit ins Leben gerufen werden soll, liegt seit 1953 vor. Der Meinungsaustausch der Regierungen über ihre Inkraftsetzung „hält an“.

In Ungarn wie im Mittleren Osten lösten nun die angreifenden Mächte durch ihr Veto den verfahrensrechtlichen Kurzschluß im Weltsicherheitsrat aus. In beiden Fällen raffte sich die Vollversammlung trotzdem zu Entschlüssen auf; aber wer kann verkennen, daß die politische Wirkung verschieden war, je nachdem, wie jeweils die Macht der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten in die Waagschalen geworfen wurde? In Ungarn war das Ergebnis die moralische Verurteilung des Angreifers und die stillschweigende Anerkennung der durch die Aggression geschaffenen Tatsachen, während im Mittleren Osten ein wirklicher machtpolitischer Druck auf die Angreifer ausgeübt wird.

Die allgemeine moralische Unsicherheit in der Beurteilung von „Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit“ ist eine Folge davon, daß die Wirksamkeit der kollektiven Friedenssicherung

von den jeweiligen Machtverhältnissen abhängt. Nicht der Entschluß zur Bildung einer internationalen Streitmacht hat die Ausbreitung des Konflikts im Mittleren Osten verhindert, sondern die massive Drohung der Vereinigten Staaten, die Entsendung sowjetischer „Freiwilliger“ nach Ägypten mit militärischen Gegenmaßnahmen zu beantworten. In Ungarn, wo ein solcher Druck nicht ausgeübt werden kann, bleibt die Wirkung der Resolutionen der Vereinten Nationen auf die Erleichterung humanitärer Hilfsmaßnahmen beschränkt.

Deshalb wäre es eine naive Vereinfachung der Weltverhältnisse, wollte man das Versagen der kollektiven Friedenssicherung nur darauf zurückführen, daß es noch kein internationales Gericht für die Bestrafung von Friedensbrechern gibt. Noch ist ja die Frage weit offen, ob eine solche totale innerweltliche Friedenssicherung mit der Natur des Menschen und dem Wesen der Politik in Einklang zu bringen ist. Müßte man nicht umgekehrt die Tatsache, daß zehn Jahre nach dem Nürnberger Urteil so gut wie keine Aussicht auf die Einsetzung eines Internationalen Strafgerichts besteht, zum Anlaß nehmen, die politische Tragweite der kollektiven Sicherheit neu zu überdenken? Es könnte ja sein, daß das System gerade die Politiker überfordert, die es relativ ernst damit meinen, und jenen alle Trümpfe in die Hand spielt, die am wenigsten vor der unrechtmäßigen Anwendung der Gewalt zurückschrecken. „Welch schöne internationale Moral, in deren Namen man sicher verliert, wenn man Demokrat ist, und sicher gewinnt, wenn man Diktator ist!“ Dieser brutale Satz, mit dem Guy Mollet in seiner Antwort auf eine kommunistische Interpellation am 31. Oktober seinem Herzen Luft verschaffte, stammt von einem Sozialisten, dem kein Chauvinismus nachgesagt werden kann. Ähnliche Gedanken konnte man während der letzten Wochen in vorsichtiger Form nicht nur von den französischen und den britischen Delegierten in den Wandelgängen der Vereinten Nationen hören, sondern auch von Vertretern anderer europäischer Nationen und von unabhängigen europäischen Publizisten.

Das föderalistische „Modell“ als regionale Ergänzung der globalen Friedenssicherung

Von dieser allgemeinen Verwirrung der Begriffe und Wertmaßstäbe hebt sich eine Tatsache besonders ab: Die Idee der kollektiven Sicherheit bleibt eine blasse Abstraktion, solange sie nicht mit Vorschlägen für dauerhafte Lösungen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Spannungen in den einzelnen Weltregionen verbunden wird. Konkreten Inhalt erhält sie erst, wenn sie als Sicherung von Personen und Personengruppen verstanden wird und zugleich deren Verantwortung für die allgemeine Sicherheit begründet. Kollektive Sicherheit bedeutet für Europa etwas

anderes als für den Mittleren Osten und für Ostasien. Was sie bedeutet, wird erst sichtbar, nachdem man sich jeweils über den politischen Sinn der Ordnungsprinzipien verständigt hat, die den regional verschiedenen geistigen, gesellschaftlichen und materiellen Voraussetzungen der Daseinsgestaltung Rechnung tragen sollen.

Gerade jene konsequenten europäischen Föderalisten, die heute in Vergessenheit geraten sind, nachdem man sie als „Berufseuropäer“ ironisiert hat, suchten nichts anderes als den der europäischen Situation adäquaten Inhalt der kollektiven Sicherheit.

⁷⁾ Vgl. den Beitrag von Loeber auf S. 9355 dieser Folge.

Als im Sommer 1947 die Union Europäischer Föderalisten in Montreux gegründet wurde, konstituierte sie sich in ihrer Satzung als Glied der Weltföderalistischen Bewegung, mit einer deutlichen Spitze gegen die damals schon sichtbar werdenden Blockbildungen in Europa. Der zweite, für 1948 geplante Kongreß dieser Gruppe sollte in Prag stattfinden, denn es galt als eine Selbstverständlichkeit, daß auch die osteuropäischen Länder in die Gestaltung der europäischen Grundordnung mit einbezogen werden sollten. Das bedeutete freilich eine Revolution, über deren Ausmaße sich auch die „Berufseuropäer“ gründlich täuschten. Sie wollten Europa als „dritte Kraft“ zwischen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion stellen und dachten dabei auch an eine soziale Grundordnung, die einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Bolschewismus zeigen sollte. Die Interdependenz von *ordre public* und *ordre international* war ihnen wohl bewußt, und sie waren sich klar darüber, daß nur ein Europa, das die soziale Sicherheit in Freiheit verwirklichte, unter den neuen Weltmächten Aussicht auf Bestand hatte. Aber sie unterschätzten die geistigen Vorarbeiten, die zur Verwirklichung dieses Programms notwendig waren, fast noch mehr als die politische Bedrängnis, in der sie sich befanden. Nur ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten konnte die wirtschaftliche und soziale Desintegration Europas nach dem Kriege aufhalten und eine Atempause für den Wiederaufbau und für ein Minimalprogramm der militärischen Sicherung schaffen. Damit entfiel die Hauptvoraussetzung für ein Europa der „dritten Kraft“. Die Atempause bedeutete Eindämmung der russischen Machtsphäre und der kommunistischen Infiltration, enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Verzicht auf eine weltpolitische Vermittlerrolle Europas.

Die geistige Aufgabe bestand nun nicht mehr nur darin, aus der Fülle der europäischen Ueberlieferung das für die Gegenwart Brauchbare zu übernehmen und der Institutionalisierung zuzuführen. Die lebensnotwendig gewordene Verbindung zu den Vereinigten Staaten zwang dazu, auch die Ueberlieferungen der „Neuen Welt“ in diesen Prozeß einzubeziehen. Gleichzeitig durfte sich der frei gebliebene Teil Europas zumindest im Geistigen nicht von dem Geschehen in der Sowjetunion und ihrem Herrschaftsbereich abkapseln. Die politische Entwicklung Chinas und die rasche Emanzipation der früheren Kolonialgebiete europäischer Mächte, mit Indien an der Spitze, machten es notwendig, ein neues Verhältnis zu den asiatischen Weltkulturen zu suchen. Kurz, es wurde eine geistige Umstellung und strukturelle Anpassung erforderlich, die dem Uebergang vom mittelalterlichen zum neuzeitlichen europäischen Weltbild vergleichbar war. Es war wichtig dabei, die Idee Europa als Idee einer Gesamtverfassung des staat-

lichen und des gesellschaftlichen Lebens hochzuhalten. Aber für eine Institutionalisierung der europäischen Verfassung war es noch viel zu früh.

Hier können die in einem früheren Abschnitt skizzierten Zusammenhänge zwischen der Idee Europa und den zeitgebundenen Verwirklichungen dieser Idee in den europäischen Friedensschlüssen die geschichtlichen Dimensionen andeuten, in denen sich solche Prozesse vollziehen. Zehn Jahre sind dabei eine sehr kurze Zeitspanne. Die „Berufseuropäer“ glaubten aber, sie könnten ihre Revolution in einem halben Jahrzehnt nicht nur durchführen, sondern auch schon institutionell festigen. Weil sie zuviel wollten, haben sie schließlich so gut wie nichts erreicht. Für Europa sind die Ereignisse in Ungarn zu spät und zu früh gekommen. Die Ansätze zu einer geistigen und sozialen Neuorientierung, die in den europäischen Widerstandsbewegungen und im Elan der ersten Wiederaufbaupläne deutlich spürbar waren, sind von dem fast mechanischen Vorgang der Blockbildung zerdrückt worden. San Francisco und Nürnberg blieben bloße Symbole. In Westeuropa vollzog sich eine nationalstaatliche Restauration mit allen äußeren Anzeichen der Prosperität. Die europäische Revolution hat ihre Kinder nicht aufgefressen, sondern vergessen, und ist dabei selbst vergessen worden. Das Geschehen in Ungarn und in den übrigen Satellitenstaaten müßte als das Hervorbrechen der durch die Blockbildung bisher eingedämmten Lava einer *gesamteuropäischen* Eruption begriffen werden; dem steht die heute gebräuchliche Vorstellung der kollektiven Sicherheit entgegen, deren eigentliches Motiv die Sicherung des *status quo* ist. Bei den Machtproben zwischen den subsidiären Sicherheitssystemen, die sich auf der einen Seite um die Sowjetunion und Rotchina, auf der anderen Seite um die Vereinigten Staaten gruppiert haben, werden die Spielregeln der kollektiven Sicherheit formal eingehalten, weil keine der beiden Gruppen es auf einen bewaffneten Weltkonflikt ankommen lassen will. Das schließt aber, wie die jüngsten Ereignisse erneut zeigen, weder örtliche bewaffnete Konflikte aus noch werden dadurch die Blöcke und andere Ursachen der internationalen Spannungen aus der Welt geschafft; die Einflußsphären, auf deren Respektierung durch die Weltmächte der Zustand der Koexistenz beruht, sind keine Grenzen für Gedanken und menschliches Miterleben. Sie schließen nicht aus, daß sich unter dem lastenden Gewicht der Blöcke geistige Strömungen ein neues Bett graben, aus dem sie früher oder später nach oben drängen werden.

Daher bleibt die Aufgabe bestehen, im freien Teil Europas die geistigen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine gesamteuropäische Friedensregelung zu schaffen, die Aussicht hat, in den unter sowjetischer Dominanz stehenden Gebieten wenigstens jenes Mindestmaß an Sicherung der Person zu erzielen, durch

das die kollektive Sicherheit Gestalt und Aussicht auf Dauer gewinnt. Diese Aufgabe kann nur unter aktiver Beteiligung Großbritanniens und Frankreichs und mit wohlwollendem Verständnis von seiten der Vereinigten Staaten erfüllt werden. Wenn sich die verantwortlichen Politiker in London und Paris heute als Opfer einer „with carrot and stick“ geführten amerikanischen Politik gedemütigt fühlen, so ist dies nicht zuletzt das Ergebnis einer Jahrzehnte verfehlten Europapolitik. Beide Mächte haben nach 1945 versucht, an ihrer nationalstaatlichen Politik festzuhalten und von den Früchten des Imperialismus des 19. Jahrhunderts zu retten, was noch zu retten war. Die Alternative wäre gewesen, rechtzeitig den überlebten Teil der Traditionen des 19. Jahrhunderts zu opfern und den nur scheinbaren Verlust an Prestige durch eine Verstärkung der gesamteuropäischen Wirkung in der Welt um ein Vielfaches auszugleichen. Die vergessene europäische Revolution des 20. Jahrhunderts wäre dann nicht nur eine Ideologie der „Berufseuropäer“ geblieben.

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich die Entente Cordiale vor allem darin geäußert, daß beide Länder in erster Linie Weltpolitik und nur mit der linken Hand Europapolitik betrieben. Vielleicht ist es inzwischen zu spät geworden, eine gemeinsame Europapolitik als Weltpolitik zu führen. Aber selbst dann behält das föderalistische Modell seinen Wert für die regionalen Lösungen oder Teillösungen, die in Europa als Ergänzungen der globalen Friedenssicherung notwendig sind. Dieser Gedanke mag utopisch wirken, solange man das Geschehen in Ungarn und im Mittleren Osten isoliert betrachtet und sich damit an die

von den Weltmächten vorgeschriebene Abgrenzung der Einflußsphären hält. Geht man aber, wie dies am Anfang versucht wurde, von der Idee Europa als der Idee einer gesamteuropäischen Grundordnung des gesellschaftlichen und des staatlichen Lebens aus, dann wird es fast nebensächlich, auf welcher Seite der Demarkationslinie die Entwicklung in Fluß gerät. Entscheidend ist, ob sie früher oder später in ein System kommunizierender Röhren einmündet und das „Denken in Blöcken“ überwindet.

In einem der schönsten europäischen Gedichte werden Glaube und Nächstenliebe als zwei große Schwestern geschildert, die ihre kleine Schwester, die Hoffnung, fürsorglich bei den Händen nehmen und in Wirklichkeit von ihr geführt werden. Der ungarische Freiheitskampf läßt uns an dieses Bild denken. Er hat solche Kräfte des Glaubens und der helfenden Nächstenliebe ausgelöst, daß es schwerfällt, zu glauben, ein solcher Aufbruch könne ganz im Blut ersticken. „Il y a dans ce qui commence une source — heißt es in dem erwähnten Gedicht von Charles Péguy⁸ — une race que ne revient pas. Un départ, une enfance que l'on ne retrouve, que ne se retrouve jamais plus. Or la petite espérance est celle qui toujours commence.“ „Die kleine Hoffnung ist es, die immer wieder den Anfang macht“: auch den düsteren und scheinbar unwiderlegbaren Prognosen über die Zukunft der Welt entgegenzutreten, wie sie Carl J. Burckhardt in dem eingangs zitierten Brief aufgestellt hat.

⁸) Charles Péguy, „Le Porche du Mystère de la deuxième vertu“.

Die nationale Komponente in der kommunistischen Entwicklung Polens

Von Dr. Georg W. Strobel, Kiel

Alle Nationen werden den Sozialismus erreichen. Das ist unausbleiblich; aber sie werden den Sozialismus auf verschiedenen Wegen erreichen. Jede wird etwas von ihrem Eigenen zu dieser oder jener Form der Demokratie beitragen, zu der einen oder anderen Art der Diktatur des Proletariats, zu diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umwandlung auf den verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Für diese Parteitheorie gibt es nichts Dümmeres und unter dem Gesichtspunkt der praktischen Arbeit nichts Lächerlicheres, als sich im Namen des „historischen Materialismus“ die Zukunft einförmig und grau in grau vorzustellen.

W. I. Lenin

Erster Teil: Die nationale Komponente im polnischen Kommunismus vor 1945

Die Stellung der SDKPiL zur nationalen Frage

Die Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens (SDKPiL), eine ideologische Vorläuferin der Kommunistischen Partei Polens (KPP), vertrat seit ihrer Konsolidierung im Jahre 1901 den Gedanken einer engen Anlehnung an ihre russische Schwesterpartei. Eine Unabhängigkeit Polens wurde von ihr abgelehnt; man begnügte sich günstigstenfalls mit einer Autonomie innerhalb eines russischen Staatsverbandes. Diese Haltung wurde vor allem durch Rosa Luxemburg, die Seele der SDKPiL, schon 1898 vertreten¹. Während des Parteikongresses im Jahre 1905 wurde in einer Resolution die Haltung der Partei folgendermaßen umschrieben:

„Die Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens (SDKPiL) verlangt eine Belassung Polens bei

Rußland, damit keine unabhängige Republik Polen gegründet werde, sowie die Einberufung eines gesetzgebenden Sejm für das Königreich in Warschau, damit er ein Autonomiestatut für unser Land ausarbeitet... denn Polen bildet einen realen Teil Rußlands, und nur mit Rußland zusammen kann es um die Macht der Arbeiterräte kämpfen. Die Unabhängigkeit Polens, die ein Ziel des Kampfes der Sozialimperialisten der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) ist, ist schädlich für das internationale Proletariat und die internationale soziale Revolution².“

Damit legte sich die SDKPiL als Gegner jeder nationalen polnischen Regung fest. Diese Haltung behielt sie auch nach ihrer Vereinigung mit der Russischen Sozialrevolutionären Partei im April 1906 während deren IV. Parteikongreß bei³.

Die nationale Komponente in der KPP

Kritik der ideologischen Prioritätsstellung Moskaus

Am 12. März 1917 erklärte Lenin, der Nationalkommunismus sei einer der Wege zur Durchsetzung der Weltrevolution. Zum konkreten Fall Polens vertrat er die Ansicht, daß ein Ausscheiden Polens aus dem unmittelbaren Machtbereich Moskaus „nichts Schreckerregendes an sich“ habe⁴. Eine entsprechende

Meinung vertrat er in einem Telegramm an Béla Kun vom 23. März 1919: „Es steht außer jedem Zweifel, daß eine bloße Nachahmung unserer russischen Taktik in allen ihren Einzelheiten bei den spezifischen Gegebenheiten der ungarischen Revolution fehlerhaft ist⁵.“

Wie verhielt sich der polnische Kommunismus angesichts dieser Lehrmeinung? Am 16. Dezember 1918

wurde in Warschau durch die Vereinigung der SDKPiL mit dem linken Flügel der PPS die Kommunistische Arbeiterpartei Polens (KPRP) gegründet, die dann 1925 in Kommunistische Partei Polens (KPP) umbenannt wurde. Die neugegründete Partei übersah die Winke Lenins, ganz zu schweigen von seinen grundsätzlichen Ausführungen über die Wege zur Erreichung des Sozialismus, obgleich ihre taktische Befolgung der KPRP sicherlich größeren Einfluß in Polen vermittelt hätte als das doktrinäre Festhalten an den Grundsätzen von 1905. In der sogenannten „Politischen Plattform“ der KPRP vom 16. Dezember 1918 erklärte die Partei, sie verwerfe „alle politischen Lösungen, wie Autonomie, Verselbständigung, Selbstbestimmung, die gestützt sind auf politische Formen des evolutionären Kapitalismus“.⁶ Bei einer solchen Haltung und der destruktiven Politik gegenüber der sozialistischen Regierung, die in offenen Landesverrat ausartete, blieb die erhoffte kommunistische Einflußnahme auf das politische Leben Polens in den folgenden Jahren aus. Wohl unter dem Eindruck ihrer politischen Isolierung und des Rigaer Friedens paßte sich die KPRP der neuen Situation an. Auf ihrem 2. Parteikongreß Ende August 1923 wurde nicht nur von staatlicher Unabhängigkeit gesprochen, sondern festgestellt, daß gerade „die bürgerliche Regierung in Polen eine tödliche Gefahr für die Unabhängigkeit des Staates bildet“. Und weiter: „Nur der Sieg der Revolution kann dem polnischen Volke eine dauerhafte staatliche Unabhängigkeit geben“.⁷ Damit trat eine taktische Wandlung ein, welche die folgende langsame Entwicklung auf eine „nationalkommunistische“ Orientierung vorbereitete.

Diese sich abzeichnende Schwenkung der Partei fiel zusammen mit einer stärkeren ideologischen Verselbständigung der Partei gegenüber Moskau und wurde von ihr nicht unwesentlich mitbeeinflusst. Die Parteinahme für Brandler und Radek während der Komintern Diskussion über die Taktik der deutschen Kommunisten führte gleichermaßen zu einer scharfen Kritik der KPRP wie das schon Ende 1923 erfolgte Eintreten *Warszawski-Warskis* für Trotzki, eine zu jener Zeit als „rechts-opportunistisch“, später als „trotzkistisch“ bezeichnete Abweichung, die in den gegen die ideologische Priorität Moskaus gerichteten Worten gipfelte:

„Der Name des Genossen Trotzki ist für unsere Partei untrennlich mit dem Kommunismus und der Weltrevolution verbunden. Wir halten es für unmöglich, daß Genosse Trotzki aus den Reihen der Führer der russischen Kommunistischen Partei und der Internationale ausscheidet“.⁸

Beide „Abweichungen“ wurden von *Stalin* Ende Juli 1924 während des V. Komintern-Kongresses scharf kritisiert, wobei er außer der selbständigen und eigenwilligen Linie der polnischen Partei auch die Fähigkeit ihrer Führer in Zweifel zog und sie verunglimpfte⁹. Mit der ganzen Entschiedenheit, mit der die

polnischen Kommunisten ihre ideologische Selbständigkeit gegenüber der Moskauer Parteilinie zu verteidigen suchten, antwortete Wera *Koszutska-Kostrzewa* in einer scharfen Gegenerklärung auf die Kritik *Stalins*, in der sie nicht nur *Schumskij*, einem weiteren Kritiker, vorwarf, zu „Angelegenheiten zu sprechen, von denen er nicht die geringste Ahnung hat“,¹⁰ sondern auch auf Zwischenfragen *Molotows* und *Stalins* scharf und entschieden reagierte und weiterhin für Brandler und Trotzki eintrat. Die Gegenerklärung hatte einen ihrer Höhepunkte in den Worten:

„Genosse Sinowjew sagte uns anläßlich unserer kritischen Stellungnahme und Bewertung der Beschlüsse der Exekutive: ‚Wir zerschlagen euch eure Knochen, wenn ihr versuchen solltet, gegen uns aufzutreten.‘ Gewiß, Genossen, ihr könnt dies leicht tun. Ihr wißt genau, daß ein Kampf gegen euch unter den gegebenen Umständen unmöglich ist... Die große Autorität, der sich die russischen Genossen erfreuen, ist für uns alle ein großes Plus. Aber es wäre gefährlich, sie falsch zu verstehen, es wäre gefährlich, wenn sie jede Selbständigkeit des Denkens töten würde“.¹¹

Zur Untersuchung dieser entschiedenen Ablehnung einer Moskauer ideologischen Prioritätsstellung wurde durch die Komintern eine Untersuchungskommission eingesetzt, die aus denjenigen Personen bestand, gegen die sich *Warszawski-Warski* und die *Koszutska-Kostrzewa* in ihren Erklärungen gewandt hatten: u. a. aus *Stalin*, *Molotow*, *Manuilskij* und *Skrypnik*¹².

Die in der Beharrung auf ideologischer Gleichberechtigung und in der Ablehnung der Bevormundung sich immer stärker ausprägende nationalkommunistische Entwicklung der KPP, bei gleichzeitig durchaus bestehenden taktisch anders orientierten Gruppen¹³, fand damals ihren deutlichsten Ausdruck in der Erklärung *Budzyńskis* vor dem 3. Parteikongreß der KPP im Jahre 1925:

„Denken wir aber auch daran, das bolschewistische Reis auf den Stamm des gegenwärtigen polnischen Kommunismus“¹⁴ zu oktroyieren — nur dann werden wir die Frucht des kommunistischen Sieges in Polen ernten können“.¹⁵

Die Uebereinstimmung der Gedankengänge vom „polnischen Kommunismus“ mit der These *Lenins* ist unverkennbar. Wenn der Stalinismus diese Einstellung später als Abweichung verurteilte, so geschah es im Zuge der Stalinisierung des Apparates der KPP. 1929 wurden die „nationalen Kommunisten“ des ZK mit *Warski* und der *Kostrzewa* an der Spitze während des VI. Plenums des ZK der KPP entfernt. Neuer Generalsekretär an Stelle *Warskis* wurde *Leszczyński-Leński*, der 1920 dem „Rewkom“, der kommunistischen polnischen Gegenregierung in Bialystok, angehört und während der Debatten in der Komintern 1924 gegen die „nationale“ Gruppe des ZK scharf Stellung genommen hatte. Der Stalinismus zerschlug die ersten Versuche eines leninistischen „nationalen“ Kommunismus in Polen, der durch seine Eigenständig-

keit auch zu einer größeren politischen Bedeutung heranzureifen begann. Die taktische Wendung bedeutete einen politischen Rückschlag, der noch verschärft wurde durch die einsetzende kommunistische Nationalitätenpolitik, in deren Verfolgung die Abtrennung ostpolnischer Gebiete und ihre Angliederung an die Sowjetunion immer nachdrücklicher gefordert wurde. Ende der zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre stagnierte die Partei weitgehend, sowohl in politischer Hinsicht als auch in der internen Parteiarbeit.

Nationale Taktik als Stärkungsfaktor der KPP in den dreißiger Jahren

Mitbewirkt durch die Wirtschaftskrise zu Anfang der dreißiger Jahre, trat eine Radikalisierung des politischen Lebens ein, die sich die KPP durch Anwendung der sogenannten Taktik der Einheitsfront von unten her und das spätere Ueberwechseln zur Volksfront-Taktik geschickt zunutze zu machen verstand. Bei den nach Ende der Krise aufflackernden Streiks bildete die KPP Streikkomitees, die sich über die Anweisungen der Gewerkschaften hinwegsetzten und eigenmächtig wilde Streiks inszenierten. Einen gewissen Höhepunkt bildete hier das Jahr 1936 mit 2040 Streiks und 3,9 Millionen verlorenen Arbeitstagen¹⁶. Zu dieser Zeit etwa gelang es den Kommunisten, auch in einer Reihe von Gewerkschaften, vornehmlich der Textilindustrie, ihren Einfluß zu stabilisieren und auszudehnen. Wenn sie bisher, ideologisch durchaus folgerichtig handelnd, durch zunehmende

Verelendung der Arbeitermassen einen Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung herbeizuführen suchten, so bedienten sie sich dabei in immer stärkerem Maße auch nationaler Parolen, mit denen sie — und das ist bemerkenswert — ihren Einfluß weiter zu stärken vermochten.

Trotz teilweiser örtlicher Uebereinkommen mit der Bauernpartei (SL), die vornehmlich durch eine Verständigung über nationale Fragen herbeigeführt wurden, und dem jüdischen „Bund“ konnte die KPP keinen gewichtigen Einfluß gewinnen. Ausschlaggebend war dabei der Beschluß des Obersten Rates der PPS vom Mai 1936, durch den die kommunistischen Volksfrontvorschläge abgelehnt wurden. Zwar tauchte die nationale Komponente in der kommunistischen Taktik auch noch in den folgenden Monaten auf, sie wurde sogar bis unmittelbar vor der von Moskau angeordneten Auflösung der Partei erwähnt¹⁷, doch wurde sie während der ganzen Zeit weniger als inneres Anliegen einer relativen politischen Unabhängigkeit von Moskau, also eines Nationalkommunismus, empfunden, sondern vielmehr als ein im Einvernehmen mit Moskau angewandtes machtpolitisches Erfolgskalkül. In der Entwicklung ideologischer Selbständigkeit gegenüber der Moskauer Parteihierarchie gebührt ihr daher kein Platz. Die Auflösung der KPP im April 1938 führte als sprachgeregelte Gründe auch nicht diese, sondern die nationalkommunistische Entwicklung der zwanziger Jahre an, die jetzt „Trotzkismus“ genannt wurde.

Nationale Taktik in der kommunistischen Untergrundpartei

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verhinderte die geplante Neugründung der KP durch *Borejsza-Goldberg*. Im Dezember 1939 wurde durch Marjan *Spychalski* die erste kommunistische Untergrundorganisation in Warschau gegründet¹⁸, in der sich, wie auch in allen anderen selbsttätig entstehenden kommunistischen Zellen, als Reaktion auf den staatlichen Zusammenbruch starke nationale Tendenzen ausbreiteten. Auch der aus der Verschmelzung und Auflösung anderer kommunistischer Gruppen unter Leitung *Spychalskis* 1941 entstandene „Verband des Befreiungskampfes“ (ZWW) wies nicht unbeträchtliche nationale Strömungen auf, die allerdings nur beschränkt ideologische Probleme berührten.

Erst im Januar 1942 wurde durch den aus Moskau kommenden *Nowotko* eine neue kommunistische Partei gegründet, die Polnische Arbeiterpartei (PPR). Bereits im Januar 1942 gliederte ihr *Spychalski* die ZWW-Organisation ein. Trotz der übernommenen national orientierten ZWW-Elemente stand die PPR von Anfang an konzessionslos auf dem Boden des Stalinismus und der Moskauer Parteilinie, gewillt, keine nationalkommunistischen Elemente aufkommen zu lassen. Die aus Moskau gekommenen und dort ge-

schulten Funktionäre waren Bürgen hierfür. Aber gerade diese Funktionäre sahen die Notwendigkeit ein, das auf staatliche Unabhängigkeit und Freiheit in dieser Zeit so leicht ansprechbare polnische Volk durch nationale Parolen für sich zu gewinnen, die schon früher der KP steigenden Einfluß und größere Bedeutung verschafft hatten. Die PPR trat aus diesem Grunde auch nicht offiziell der Komintern bei und verkündete in einer ihrer ersten Veröffentlichungen:

„Die bewaffnete Aktion der PPR entspringt den herrlichen Traditionen des Volkes in seinem Kampf um Unabhängigkeit, sie wurzelt in dem tausendjährigen Verteidigungskampf gegen den deutschen Drang nach Osten, findet ihren Ursprung in den Partisanenkämpfen des Stefan Czarniecki gegen die schwedische Besetzung und in dem Heldenmut der Aufstände Kościuszkos und der Jahre 1831 und 1863¹⁹.“

Der Versuch, zur Taktik von 1923 und Mitte der dreißiger Jahre zurückzukehren, war verfrüht, da eine Basis für eine ideologische Auseinandersetzung um einen Nationalkommunismus, wie sie noch 1923 vorhanden war, nicht bestand. Zu diesem Zeitpunkt wäre der vom Stalinismus nicht gebilligte Nationalkommunismus aus realpolitischen Gründen auch nicht

erreichbar gewesen. Die Annäherung der PPR im Januar 1943 an die der Exilregierung ergebenden AK-Verbände — durch den von ihr hierzu delegierten Władysław Gomułka-Wiesław — kann nicht, wie es oftmals geschieht, als echte nationalkommunistische Regung bewertet werden. Hier ging es vielmehr darum, die AK zu zersetzen und ihrer Legalitätsgrundlage zu berauben²⁰. Es war ein Versuch, die eigene Machtergreifung²¹, die später mit wesentlich undiplomatischeren Mitteln der Gewalt, des Wortbruches und des Verrates herbeigeführt wurde, vorzubereiten oder sogar vorwegzunehmen. Die PPR, und insbesondere ihre Führung, war zu dieser Zeit eine in sich festgefügte stalinistische Partei, deren taktisches Verhalten von der Moskauer ideologischen Zentrale beschlossen und geleitet wurde. Die ideologische und taktische Diszipliniertheit ermöglichte der

Partei bei Ende des Krieges die weitere Konsolidierung ihrer Macht in den geschaffenen Staatsorganen und die stufenweise „Volksdemokratisierung“ Polens. Die kommunistische Partei mußte sich nunmehr als staatstragende Partei bewähren.

Betrachtet man den Zeitabschnitt, da die kommunistische Partei als eine von mehreren Parteien am politischen Leben teilnahm, so erkennt man, daß jede Betonung der nationalen Komponente ihr einen wachsenden Zuspruch und größere politische Bedeutung im Lande verschaffte. Dabei war es gleichgültig, ob es sich um eine Betonung staatlicher Unabhängigkeit und gleichzeitig um eine auf nationalkommunistische, ideologische Selbständigkeit gerichtete Entwicklung oder nur um eine aus taktischen Gründen betonte nationale Orientierung in Übereinstimmung mit der Moskauer Parteilinie handelte.

Zweiter Teil: Die kommunistische Partei als staatstragende Partei

Nationalkommunistische Strömungen in der PPR

In dem Augenblick, da die Kommunisten zur staatstragenden Partei aufrückten, ergab sich eine veränderte Problematik. Die Befolgung der Moskauer Parteilinie verlangte eine gleichgeschaltete Entwicklung in allen Ländern des Moskauer Einflußbereiches. Trotz staatlicher Unabhängigkeit erforderte die Befolgung der Parteilinie die Vertretung der in Moskau als richtig anerkannten Interessen, auch wenn sie den spezifischen Gegebenheiten des betreffenden Landes nicht entsprachen. Jeder in der Partei selbständig geborene Gedanke der stärkeren Betonung eigener Interessen mußte in die Nichtbefolgung oder Kritik der Moskauer Parteilinie, also in einen vom Stalinismus als ideologische Abweichung verurteilten Nationalkommunismus leninistischer Prägung, ausmünden. In der Anfangszeit der staatlichen Konsolidierung bestand jedoch die Möglichkeit, eigenständige polnische Interessen durch die noch vorhandene politische Opposition und später durch eine moralische und bewaffnete Opposition zu vertreten.

Die PPR übernahm ihre Rolle als staatstragende Partei mit der Gründung der „Regierung der nationalen Einheit“ am 28. Juni 1945, in der sie ein deutliches Uebergewicht besaß²². Ihre ideologische Parteilinie war stabil. Gomułka-Wiesław, jetzt Generalsekretär der Partei, erklärte während des Plenums des ZK der PPR im Mai 1945:

„Die politische Linie der PPR, die während der Besatzungszeit gesteckt wurde und sich damals herauskristallisierte, ist auch für eine längere historische Nachkriegsperiode richtig, da sie ihre Daseinsberechtigung bewiesen hat²³.“

Darüber hinaus legte sich Gomułka auch mit der wiederholten Beteuerung fest, wonach „die PPR sich

auf die theoretischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus stützt und ihr endgültiges Ziel in der vollen Verwirklichung des Sozialismus sieht“²⁴. Es scheint, daß Gomułka zu dieser Zeit noch ganz auf dem Boden der von Moskau ideologisch vorgezeichneten stalinistischen Volksdemokratisierung stand. Gestützt wird diese Annahme durch seine Äußerungen während des Parteikongresses im Dezember 1945:

„Mit Hilfe des Staatsapparates werden wir eine Rechtsgrundlage schaffen. Gestützt auf sie und mit Hilfe des Staates werden wir mit der Reaktion fertig werden. Darüber hinaus besitzen wir ein gewaltiges Instrument in den Sicherheits- und Milizorganen, die es in der letzten Zeit verstanden haben, den reaktionären Zentren bedeutende Schläge zu versetzen“²⁵.

In seinen weiteren Ausführungen unterstrich er sehr nachdrücklich den Willen, die „Volksdemokratisierung“ durchzusetzen, und bezeugte dabei auch eine kompromißlose stalinistische Grundhaltung.

Während des folgenden Jahres muß Gomułka jedoch zu neuen Ueberlegungen und Einsichten gelangt sein. Auf Grund seiner späteren Äußerungen ist zu vermuten, daß ihn der konsequente Widerstand des polnischen Volkes gegen die Volksdemokratisierung und insbesondere gegen die landwirtschaftliche Kollektivierung, also gegen das von seiner Partei bisher verkündete Programm, dazu geführt haben. In der ersten Nummer der theoretischen Zeitschrift der PPR, *Nowe drogi* (1947), veröffentlichte Gomułka den Artikel „Stark durch Einigkeit“, in dem er offen einen eigenen polnischen Weg zum Sozialismus verkündete und sich damit von der stalinistischen Linie absetzte: „Polen kann einen eigenen Weg beschreiten und verfolgt ihn auch.“ Er stellte weiter fest, daß in Polen

kein Anlaß zum Aufbau einer großen Schwerindustrie aus dem Nichts bestehe, die nur eine übermäßige Belastung für die Volkswirtschaft bedeute, und daß auch die Anwendung der sowjetischen Agrarpolitik für Polen nicht richtig sei. Er erklärte hierzu kategorisch:

„Wir verwerfen die Kollektivierung, denn sie wäre in polnischen Verhältnissen wirtschaftlich und politisch nur schädlich.“

Damit nannte er, unterstützt durch viele Wirtschaftstheoretiker^{25a}, gleichzeitig den tieferen Grund für seine neue Auffassung, die zunächst auch offizielle Konzeption der Partei wurde. Der eigene Weg ist für Gomułka nichts anderes als ein Mittel, die politische Bedeutung und Einflußnahme der kommunistischen Partei auszubauen und zu stärken. Er zielte besonders auf eine Anziehung von Sozialisten hin, denen er mit seinen taktisch-ideologischen Formulierungen entgegenkommen wollte. In der Folgezeit setzte er sich verschiedentlich für eine Annäherung zwischen Kommunisten und Sozialisten ein²⁶. Mit dieser Haltung stellte sich Gomułka gegen die Generallinie Moskaus, welche die Taktik der Einheitspartei und nicht, wie Gomułka, der Einheitsfront beider Parteien verfolgte.

Der anfängliche Erfolg schien Gomułka recht zu geben. Während der gemeinsamen Beratungen zwischen der PPR und der PPS am 10. April 1948 akzeptierten beide Gesprächspartner den von Gomułka entwickelten Gedanken über den polnischen Weg zum Sozialismus und die Einheitsfront²⁷.

Zwar nahm Gomułka an der Gründung des Kominform Ende September 1947 teil und hielt auch eines der grundlegenden Referate, doch schien er schon damals mit dieser Gründung, die eine noch straffere ideologische Ausrichtung und Ueberwachung bedeuten mußte, nicht einverstanden. Er vertrat auch hier seine Gedanken über die Einheitsfront der Kommunisten und Sozialisten²⁸. Er war daher über die bald einsetzenden scharfen Ausfälle des Kominform gegen den Sozialismus und seine Agrartheorien befremdet, störten sie doch seine Verständigung mit der PPS beträchtlich. Wohl dadurch mitbeeinflußt, erkaltete sein Verhältnis zum Kominform sehr bald. Während der Jugoslawien-Krise im Kominform nahm er öffentlich Stellung für Belgrad gegen die Kominformlinie. Im Juni 1948 hielt Gomułka vor dem ZK-Plenum der PPR ein Referat, das dem Politbüro nicht vorgelegen hatte. Das Referat wurde nie veröffentlicht, man erfuhr aber später, daß es „praktisch eine ideologische Kapitulation vor den nationalistischen Traditionen der PPS“ gewesen sei²⁹. Gomułka wurde von *Kliszko*, *Bienkowski* und anderen Mitgliedern des ZK vor dem Plenum unterstützt³⁰.

Diese betonten Ausfälle gegen die taktische Generallinie Moskaus alarmierten den Kreml. Auf dem im Juli 1948 abgehaltenen ZK-Plenum nahmen in Abwesenheit Gomułkas erstmals die moskauhörigen

ZK-Mitglieder *Berman* und *Zawadzki* und auch *Spychalski* zu dessen Referat vor dem Juni-Plenum Stellung und griffen ihn und seine nationalkommunistischen Thesen wie auch die früher zur wirtschaftlichen Entwicklung vorgebrachten wirtschaftspolitischen Erwägungen scharf an. Zwischen dem 31. August und dem 3. September wurde ein weiteres Plenum des ZK abgehalten. *Boleslaw Bierut* hielt ein Referat über „Die rechtsnationalistische Abweichung in der Führung der Partei und die Mittel zu ihrer Ueberwindung“. An der Diskussion beteiligten sich 38 Redner³¹. Während des Plenums wurde „eine Analyse der theoretischen Grundlagen der rechts-nationalistischen Abweichung durchgeführt, welche den sozialdemokratischen Charakter dieser Theorie zeigte, und ihr wurde die marxistisch-leninistische Analyse des Ueberganges und des Weges zum Sozialismus gegenübergestellt“³². Diese starke Kritik zwang *Gomułka* zur Selbstkritik, in der er die Fehlerhaftigkeit seiner bisherigen Haltung bekannte^{32a}. Die schärfste Demütigung erfolgte durch *Hilary Minc*, der die Agrarpolitik Gomułkas mit harten Worten abtat. Nach einstimmiger Annahme einer Resolution³³, in der ihm alle seine Fehler aufgezählt wurden — also mit Billigung auch durch seine ideologischen Weggenossen — wurde Gomułka seines Amtes als Generalsekretär der Partei enthoben. Seine sonstigen Parteiämter behielt er bei, ebenso blieb er in der Regierung.

Im September 1948 trat der Oberste Rat der PPS zusammen. Er erklärte sich mit den Beschlüssen des ZK der PPR einverstanden, kritisierte grundlegend seine eigene ideologische Stellung und drückte sein Einverständnis mit der Einheitspartei-Taktik, also der Verschmelzung mit der PPR, aus. Damit wurde Gomułka auch dieser letzte, schwache Rückhalt genommen.

Gomułka gab sich aber zunächst noch nicht geschlagen. Im Septemberheft der Zeitschrift *Nowe drogi* versuchte er, seine These der Einheitsfront gegen die der Einheitspartei als Diskussionsgrundlage aufrechtzuerhalten, doch vergeblich. Vom 15. bis zum 18. Dezember 1948 wurde der Vereinigungskongreß der PPR mit der PPS abgehalten und die PZPR („Polnische Vereinigte Arbeiterpartei“) gebildet. Gomułka erhielt hier zwar noch das Wort, doch ein Teil der Delegierten demonstrierte gegen ihn; sein Referat wurde auch nicht veröffentlicht³⁴. Gomułka scheint schon vor dem Kongreß eingesehen zu haben, daß er in der Auseinandersetzung um eine nationalkommunistische Entwicklung in Polen unterlegen war. Dies geht aus einem von ihm im *Głos ludu* veröffentlichten Artikel hervor³⁵. Die abschließende Feststellung in diesem Artikel, daß „neben dem demokratischen Zentralismus auch die innerparteiliche Demokratie sowie die Kritik und Selbstkritik von fundamentaler Bedeutung für die Einheit der Partei sind“, zeigt seine Bemühung, durch diese zweite Selbstkritik das nun

trotz seiner Stellung in der Regierung unabwendbar scheinende Schicksal doch noch aufzuhalten.

Das Schicksal ereilte *Gomułka* während des III. Plenums des ZK der PZPR vom 11. bis 13. November 1949, als er sowie *Kliszko* und *Spychalski* einstimmig aus der Parteileitung ausgeschlossen wurden. Bald darauf wurden *Gomułka* und *Spychalski*, der im Januar 1949 in den *Nowe drogi* einen vom Stalinismus abweichenden Artikel veröffentlicht hatte, verhaftet. Im Oktober 1951 kündigte Radio Warschau zwar einen Schau-

prozeß gegen *Gomułka* an, und der Sejm hob zu diesem Zwecke auch *Gomułkas* parlamentarische Immunität auf, der Prozeß fand jedoch nicht statt. Die Periode des polnischen Nationalkommunismus, der im Jargon der Partei bald nach seinem geistigen Träger „*gomułkowszczyzna*“ (*Gomułkismus*) benannt wurde und der im Grunde durch Berücksichtigung spezifischer Eigenheiten gegenüber der Moskauer Generallinie nur die Partei stärken wollte, wurde damit, wie es damals schien, endgültig beendet.

Einheitspartei und nationale Eigenart zwischen 1949 und dem XX. Parteitag der KPdSU³⁶

Seit der Ausschaltung *Gomułkas* kam es in Polen nicht mehr zu größeren politischen Affären; politische Prozesse blieben unbekannt. Die Partei schien geschlossen zum Stalinismus zu stehen. Daß diese Ruhe des parteilichen und öffentlichen Lebens jedoch nur scheinbar bestand, zeigte sich schon kurz nach dem Tode *Stalins*, noch viel deutlicher aber nach der Ausschaltung *Berijas*.

Durch die Abschaffung des berüchtigten Staatssicherheitsministeriums als selbständige Behörde im Dezember 1954 und seine Eingliederung in den Kompetenzbereich des Innenministeriums wurde die innere Entspannung unzweifelhaft begünstigt. Sicherheitsbeamte wurden gemäßregelt und einige führende Angehörige des Ministeriums sogar verhaftet. Der Staatssicherheitsminister, *Stanisław Radkiewicz*, wurde auf den Posten eines Ministers für Staatsgüter abgeschoben, wo er nur Mißerfolge, aber keinerlei Lorbeeren ernten konnte. Kurz darauf unterstrich auch das ZK der PZPR die Bedeutung der „sozialistischen Legalität“ und sagte allen Verzerrungen der Partei- und Verwaltungsarbeit den Kampf an. Die damit kundgegebene Absicht, größere persönliche Freiheit zu gewähren, wurde schon vorgehend besonders von der jüngeren Generation reichlich genutzt.

Bereits im Frühherbst 1954 zeigten sich starke Liberalisierungstendenzen im Bereich der Kunst. Bald darauf begannen die Schriftsteller, vornehmlich in der *Nowa Kultura* und später auch in der Zeitschrift des Studenten- und Jugendverbandes, *Po prostu*, mit einer scharfen Kritik der Parteipolitik und des täglichen Lebens. *Kalużyński* näherte sich dabei in seinem Aufsatz in der *Nowa Kultura* vom 19. September 1954 beträchtlich den nationalkommunistischen Ideen *Gomułkas*. Bereits am 10. Oktober 1954 wurde *Kalużyński* in der gleichen Zeitschrift von *Lasota* scharf angegriffen; *Kalużyńskis* Anschauungen wurden von *Lasota* gänzlich verworfen. Für ein so weites Vorpreschen war die Zeit eben doch noch nicht reif genug.

Einer der Höhepunkte in dieser Entwicklung war dann die Veröffentlichung des „Gedichts für Erwachsene“ von *Adam Ważyk* in der *Nowa Kultura* vom

21. August 1955³⁷, in dem er die polnische Gegenwart ablehnte. Er zeigte den Alltag viel härter und trostloser, als man es bisher gewohnt war. Gleichzeitig übte er eine bisher ungewohnte Kritik an der Partei. Wie weit der Gärungsprozeß gediehen war, erhellt aus der Tatsache, daß die gesamte Auflage dieser Folge der *Nowa Kultura* sofort ausverkauft war und bis zum zwanzigfachen Preis „schwarz“ gehandelt wurde.

Ważyk stand mit seiner Kritik der Gegenwart nicht allein da. Die Stimmen, die auf die schlechten Lebensbedingungen, die unrentable Volkswirtschaft und die allgemeine Unzufriedenheit sowie auf die Furcht vor der Partei, der Sicherheitspolizei und selbst dem Nachbarn hinwiesen, mehrten sich. Parallel zu der Gärung flammte auch der bewaffnete Widerstand örtlich wieder auf, wodurch sich die Lage der Parteiführung, die an der Unverrückbarkeit ihres ideologischen Dogmas festhielt, weiter verschlechterte³⁸. Die Parteiführung konnte die immer wieder geübte Kritik an den Mißständen und den ihr entgegengebrachten Widerstand nicht übersehen. Als ein erstes ideologisches Zugeständnis der Partei muß das Zurückstecken der Ziele in der landwirtschaftlichen Kollektivierung angesehen werden. Es scheint, daß diese Haltung nicht unwesentlich durch das Agrarprogramm der damaligen ungarischen Regierung unter *Imre Nagy* beeinflußt worden ist. Während des IV. Plenums des ZK Mitte 1955 ging die Parteiführung bis an die Grenze der Agrartheorien *Gomułkas*. Den Privatbauern wurden größere Rechte eingeräumt, wodurch die Kollektivierung bei ihrer Unbeliebtheit weitgehend stagnieren mußte; ein Tatbestand, welcher der Partei völlig klar sein mußte. Welche Bedeutung diesem Zugeständnis an die Privatbauern zukam, geht aus einer Veröffentlichung des Parteiorgans, *Trybuna ludu*, Anfang August hervor:

„In unserem Land existieren gleichzeitig Privatbauern, die im gegenwärtigen Zeitpunkt die überragende Mehrheit der Bauernhöfe bewirtschaften, vor allem kleinere und mittlere. Sie werden auch noch in fünf Jahren die meisten Agrarprodukte erzeugen. Ohne Produktionssteigerung auf den selbständigen Bauernhöfen ist es daher unmöglich, über eine Steigerung der gesamten Erzeugung zu sprechen... Darum ist unsere Partei bemüht, die

Einzelbauern ihrer Unterstützung zu versichern und alle Bedingungen zu schaffen, die eine Produktivitätssteigerung auf diesen Bauernhöfen begünstigen³⁹."

Aber auch auf anderen Gebieten begann die ideologische Starrheit der Partei aufzutauen. Es wirkte geradezu sensationell, als am 1. Mai 1955 die *Trybuna ludu* unter dem Titel „Die Führer unserer Bewegung“ Bilder von ehemals als „Trotzkisten“ verurteilten polnischen Altkommunisten veröffentlichte, von Leuten also, die seit 1938 als von *Stalin* persönlich entlarvte Verbrecher galten und an deren Liquidierung *Bierut*, der erste Mann der Partei, beteiligt war. Nach dieser überraschenden Veröffentlichung mußte mit einem Fortschreiten des angebrochenen Tauwetters gerechnet werden.

Im Oktoberheft 1955 der *Nowe drogi* wurde in einem anonymen Leitartikel unter dem Titel „Für eine Steigerung unserer schöpferischen Bemühungen und der ideologischen Arbeit!“ ungeschminkt festgestellt, daß in der Partei „geradezu ein ideologisches Chaos“ herrsche⁴⁰. Der Artikel bemühte sich, die Grenzen der Kritik des eigenen Systems zu ziehen und beschäftigte sich mit einem „eigenen polnischen Weg zum Sozialismus“, wobei zum ersten Male seit 1948 das betreffende Lenin-Zitat (siehe Motto dieser Arbeit) wieder in vollem Wortlaut gebracht wurde. Daran schließt sich dann die Feststellung:

„Wir haben zu wenig darauf geachtet, was unserer polnischen Bewegung von Natur eigen ist und ebenso unserem historischen Wege, unseren Aufbaumethoden, unserem Kampf und unseren Losungen, und wir haben zu wenig beachtet, was sich aus den spezifischen Bedingungen in der Entwicklung unseres Landes und aus unserer geschichtlichen Vergangenheit ergibt.“

Zieht man schon bei diesen Worten unwillkürlich Parallelen zu den Thesen *Gomułkas* aus den Jahren 1947—1948, so drängen sie sich bei dem Eingeständnis der *Nowe drogi* geradezu auf:

„Unsere Kollektivierung wird anders durchgeführt; die Methoden, sie durchzusetzen, und ihr Tempo unterscheiden sich von denen in der Sowjetunion. In der Sowjetunion nahmen viele Phasen des klassenkämpferischen Geschehens einen anderen Verlauf als in unserem Land.“

Gleichzeitig wurde in dem Artikel auf die bisherige Mißzeichnung der kapitalistischen Länder hingewiesen, wobei man sich bemühte, den Grad der richtigen Einschätzung und Betrachtung zu finden und zu definieren. Mit diesem Artikel wurde das „Tauwetter“ im Gegensatz zur bisherigen „Gärung“ eingestanden und sanktioniert; doch gleichzeitig versuchte man damit auch seine Grenzen zu ziehen.

Das gelang nicht. Schon bald entwickelte sich eine weitere Diskussion um die Freiheit der Presse und Berichterstattung, die in einer Leserumfrage der Warschauer Zeitung *Życie Warszawy* unter der Themastellung „Was halten Sie von Ihrer Zeitung?“ ihren Höhepunkt fand. Das Ergebnis der Umfrage: die Forderung einer objektiveren Berichterstattung

über den Westen und das Verlangen nach Abschaffung der Geheimhaltung bestimmter Nachrichten.

Besonders nachdrücklich setzte sich für die gleichen Forderungen die in allererster Linie in diesem Kampf mitstreitende *Po prostu* ein. Einen weiteren Einbruch in die bisherige Geheimniskrämerei bedeutete die Forderung in der *Trybuna ludu* vom 6. Oktober 1955, statistische Angaben zu veröffentlichen. Bereits am 2. Dezember 1955 konnte die gleiche Zeitung mitteilen, daß ein statistisches Jahrbuch vorbereitet werde. Bedenkt man, daß das zuletzt erschienene Jahrbuch statistische Daten für 1949 enthielt und in der Zwischenzeit die Geheimniskrämerei so weit getrieben wurde, daß selbst mittlere Beamte ihr Konzept- und Kohlepapier nach Dienstschluß unter Aufsicht verbrennen und die Schreibtische mit Papierstreifen „versiegeln“ mußten, so erkennt man das Umwälzende dieser Forderung und noch mehr der positiven Antwort.

Das Tauwetter zeigte sich gleichzeitig in der veränderten Einstellung gegenüber früheren rechts-extremen und der Exilregierung treuen Widerstandskämpfern, denen ebenso wie den Rückkehrern aus dem politischen Exil Straffreiheit versprochen und auch gewährt wurde.

Die Annäherung an Jugoslawien als Folge der Neugestaltung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen durchstrich einen der weiteren Verdammungsgründe *Gomułkas*. In Anbetracht der Entwicklung der letzten Monate mußte die Erinnerung an den während der vergangenen Jahre stalinistischer Strenge und Willkür zu großer Popularität gelangten *Gomułka* in eine Forderung nach seiner Freilassung, vielleicht sogar Rehabilitierung ausmünden, wurde doch in der Zwischenzeit sowohl seine These eines „eigenen polnischen Weges zum Sozialismus“ wie auch seine Verneinung des stalinistischen Dogmas von der ständigen Verschärfung des Klassenkampfes nach dem Sieg der Revolution von der Moskauer Parteizentrale gebilligt.

Gomułka war zu dieser Zeit bereits auf freiem Fuße. Im Frühjahr 1955 war er freigelassen⁴¹ und in die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie abgeschoben worden. Nach der einen Version lebte er dort in untergeordneter Stellung bei gleichzeitigem Verbot, den Aufenthaltsort zu verlassen, nach einer Version des Göttinger Arbeitskreises war er mit der Lösung schwieriger Aufgaben betraut, die seine volle Rehabilitierung ermöglichen sollte. Im Zuge der Ueberwachung der „sozialistischen Legalität“, zu deren Zweck ein neues Strafgesetz ausgearbeitet worden war, wurden dagegen die bereits verhafteten früheren Staatssicherheitsbeamten abgeurteilt, u. a. Ende Dezember auch Oberst *Różański*, der Chef der Untersuchungsabteilung des ehemaligen Staatssicherheitsministeriums, und zwar wegen „ungesetzlicher

Vernehmungsmethoden“. Am 23. April 1956 wurden *Romkowski*, der frühere stellvertretende Staatssicher-

heitsminister, und *Fejgin*, der Direktor des X. Departements im gleichen Ministerium, verhaftet.

Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Rückwirkungen auf Polen

Ideologische Auseinandersetzung und zunehmende Kritik an Staat und Partei

Der XX. Parteitag der KPdSU mit seinen Anklagen gegen den Persönlichkeitskult *Stalins* verstärkte zusammen mit dem Tode des bisherigen Ersten Sekretärs der Partei, *Bolesław Bierut*, am 12. März 1956 das „ideologische Chaos“⁴² in Polen. Die volle Rehabilitierung der KPP auf Grund „später entlarvter Provokationen“⁴³ verstärkte dieses Chaos noch mehr. Die PZPR hatte durch diese Rehabilitierung nicht nur eine ideologisch saubere Vergangenheit wiedererlangt, sondern ihr wurde auch eine viel größere Handlungsfreiheit in Richtung auf die gleichzeitig rehabilitierten taktischen Verhaltensweisen der Vorkriegszeit, also auf einen vorsichtigen Nationalkommunismus hin, eingeräumt.

Am 20. März wurde während des VI. Plenums des ZK zum Nachfolger Bieruts *Edward Ochab* gewählt⁴⁴. In der Zwischenzeit sah sich die Partei aber einer politischen Diskussion von bisher unbekannter Breite und Schärfe ausgesetzt, der sich die neue Parteiführung nicht gewachsen zeigte. Mittelpunkt dieser Diskussionen wurden immer wieder *Gomułka* und seine politische Linie.

Wenn *Morawski* auch behauptete, der „eigene politische Weg“ sei zwar richtig, von der *Gomułka*-Gruppe seinerzeit jedoch mit einem „klassenmäßig falschen Inhalt“ versehen worden⁴⁵, so bedeutete dies nichts anderes als eine Vorbereitung der Öffentlichkeit auf eine in dieser Richtung hinzielende taktische Neuorientierung der Partei. Die *Trybuna ludu*, das Organ des ZK der PZPR, die wie die gesamte Presse sich immer stärker von der Zensur freimachte und unabhängiger wurde, griff zur gleichen Zeit (Nr. 95 vom 5. April 1956) die Parteiführung an und stellte sich indirekt hinter die *Gomułka*-Gruppe. Die Kritik war ungemein scharf; die entbrannte Diskussion um die Partei und ihren ideologischen Weg sollte bis in die breite Masse getragen werden, um „auf der Welle der Diskussion die Partei zur ernsteren theoretischen Diskussion anzuregen“. Die bisherige Geheimnistuerei der Partei wurde ebenfalls abgelehnt, allerdings wurde auch hier noch vor ideologischen Feinden gewarnt. Am 28. März forderte *Życie Warszawy* in einem Offenen Brief an den Justizminister Aufklärung über die durchgeführten Rehabilitierungen der früher verurteilten Persönlichkeiten, da man einigen von ihnen in den Straßen Warschaus begegnen könne. Der Offene Brief schloß:

„Wie soll man der Partei und der Gesellschaft keinen Schaden zufügen, wenn man der symbolischen Themis,

die ohnedies schon eine Binde vor den Augen hat, noch eine zweite über den Mund legt?“

Das politische Experimentieren führte auch zur Beteiligung der bisher am Rande des politischen Lebens ihr Dasein fristenden unbedeutenden Parteien, der Vereinigten Bauernpartei (ZSL) und der Demokratischen Partei (SD), denen jetzt größerer politischer Einfluß eingeräumt wurde, zweifellos nicht nur, um die Landbevölkerung direkter durch ihre Partei anzusprechen, sondern auch um durch eine Herausstellung des demokratischen „Mehrparteien-Systems“ die in der Zwischenzeit sehr erhitzten Gemüter der Öffentlichkeit zu beruhigen.

Die Kritik zog jedoch immer weitere Kreise. Auch die Tätigkeit der Staatsorgane wurde angegriffen. Dem Sejm wurde vorgeworfen, er friste nur ein Scheindasein und sei eine so unbewegliche und lebensuntüchtige Körperschaft, daß die Aufgaben weitgehend vom Staatsrat übernommen worden seien, ohne daß auch nur ein Wort des Widerspruches und Hinweises auf die geltenden Bestimmungen der Verfassung seitens des Sejm gefallen sei⁴⁶.

Der neue Erste Parteisekretär, *Ochab*, ergriff am 6. April während einer Tagung des Warschauer Parteiaktivs die Gelegenheit, zur öffentlichen Kritik zu sprechen und die neue Linie der Partei darzulegen. Nach Zugeständnissen materieller Art an die Arbeiterschaft und dem Eingeständnis der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie langen Versprechungen, sie abzusuchen, zu mildern oder zumindest zu erwägen, ging er zur allgemeinen politischen Situation über: „Es scheint mir, daß wir zu vorsichtig waren, zu zurückhaltend . . ., so daß die Verbindung zu den Massen verloren ging“⁴⁷. Dann ging *Ochab* auf *Gomułka* und seine Gruppe ein. Er gab der Forderung der *Życie Warszawy* nach und nannte die prominentesten Freigelassenen: *Gomułka*, *Spychalski*, *Komar*, *Kirchmayer*, *Mossor* u. a. Die politische Linie *Gomułkas* wurde jedoch immer noch abgelehnt, wenn auch wesentlich vorsichtiger als bisher.

In *Ochabs* Ausführungen zeigte sich im Grunde die ganze Ratlosigkeit der Partei, der das Idol *Stalin* genommen worden war, ohne daß etwas anderes an seine Stelle gesetzt wurde. Die Partei war kopflos, sie schwankte ohne eine feste Führung wie ein Grashalm im Winde. Die Lösung der Presse aus der Bevormundung der Zensur traf die Partei mit am schwersten. In der Folgezeit zeigte sich dann noch bei weiteren Gelegenheiten diese Kopf- und Ratlosigkeit der Partei, aber gleichzeitig auch ihr Bemühen um Ausgleich und zumindest teilweise Liberalisierung. Den künftigen politischen Weg eindeutig festzulegen, war sie

jedoch nicht imstande. Die früher so starke Partei war schwach geworden.

In diese Zeit fällt das Entstehen der sogenannten Diskussionsklubs der Intelligenz, die später auch eine eigene Zeitung mit dem bezeichnenden Titel *Nowy Nurt* (Neue Strömung) herausgaben. Ihre Entstehung verdanken sie der Initiative von *Po prostu*. Hier versammelte sich die geistige Elite Polens zu freien Diskussionen und versuchte, den Gang der Entwicklung in eine neue Bahn zu lenken, die man genau abzustechen trachtete. Hier wurden manche der fruchtbaren Gedanken der öffentlichen Diskussion geboren. *Woroszyłski*, einer der prominentesten Teilnehmer an diesen Diskussionen, provozierte am 1. Mai 1956 die Partei mit einem vielbeachteten Gedicht⁴⁸. *Bieńkowski*, bis 1949 der ideologische spiritus rector *Gomułka*s, damals Direktor der Nationalbibliothek, meldete sich auch wieder zu Wort:

„Wir müssen uns im klaren sein, daß wir Zeugen von Entscheidungen sind, die man als eine Revolution von gewaltigem Umfang bezeichnen muß, eine Revolution, die in dieser Skala das erste Ereignis nach dem großen Oktober ist. Diese Revolution hat eine ganze Reihe von neuen Merkmalen... Ich fürchte aber, daß sich Menschen finden werden, die die Revolution wieder hinter Gittern einzusperren versuchen. Aber wir intellektuellen Menschen müssen auf die Barrikaden gehen und die Revolution verteidigen... Es wäre leichtsinnig zu meinen, daß das Politbüro oder das Zentralkomitee diese Revolution für uns machen werden“⁴⁹.

Die Sejm-Sitzung vom 23. bis zum 28. April 1956

Die Sitzung des am 23. April zusammengetretenen Sejm wurde zu einer Bekräftigung der angestrebten Liberalisierung des politischen Lebens und zum offenen Forum der Unzufriedenheit. Die aus der bisherigen Diskussion erhitzten Gemüter der Abgeordneten, die Richtungslosigkeit, aber im Prinzip doch Gutwilligkeit der Partei und die Angriffe der Öffentlichkeit gegen den Sejm ließen eine Atmosphäre aufkommen, die so recht für Diskussionen geschaffen war.

Ministerpräsident *Józef Cyrankiewicz*, der am ersten Beratungstage sein Exposé vortrug, sicherte dem Sejm nicht nur Unterstützung und bessere Information für dessen Arbeit und auch für die Presse zu, sondern begrüßte den frischen Wind im Sitzungssaal ausdrücklich. Er sagte weitere Rehabilitierungen und Entlassungen zu und billigte die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes. Er trat für die Abschaffung der Bürokratie und des Zentralismus sowie für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse ein. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sollten im neuen Geist angefaßt und beseitigt werden, wobei gegen Bestechlichkeit und Profitmacherei schärfstens vorgegangen werden müsse. Der Verwandlungsprozeß sei keine vorübergehende, sondern eine dauerhafte

und unumstößliche Entwicklung, an der gerade die Abgeordneten mitzuarbeiten hätten.

Auf dieser Grundlage setzte die Diskussion über alle jene Erscheinungen ein, die das polnische Volk seit einhalb Jahren immer intensiver beschäftigt hatten. In klaren Formulierungen wurde für ein neues Verhältnis zwischen Sejm und Regierung und für völlige Pressefreiheit plädiert. Das letztere Problem schnitt der Abgeordnete *Ośmańczyk* an, wobei er betonte, daß „gerade Presse und Rundfunk ein großes politisches Kapital sind, das oftmals vergeudet wird“⁵⁰. Bezeichnend für die Offenheit der Diskussion und die Verbitterung der polnischen Intelligenz über ihre bisherige Geringschätzung war die Aeußerung des Abgeordneten *Wende*, daß man „in der Vergangenheit Mißtrauen gegenüber der Intelligenz, insbesondere der alten“, gehegt habe. Es habe „ein Kult der Kompetenzlosigkeit und des Analphabetentums“ geherrscht⁵¹.

Einen wesentlichen Raum in der Diskussion nahmen auch wirtschaftliche Probleme ein. Es wurde nicht nur auf Mängel der Wirtschaftsführung und des Industriesaufbaues und seiner Leitung hingewiesen, sondern auch die wirtschaftlichen Nöte der Bevölkerung wurden zur Sprache gebracht. Sehr nachdrücklich wurden auch Jugendprobleme vertreten und — darauf kam eigentlich immer wieder die Rede — die Forderung nach Sicherheit für Leib und Leben bei gleichzeitiger Abschaffung des herrschenden Polizeistatssicherheitsapparats gestellt. Der Abgeordnete *Jodłowski* stellte fest, daß eine Ausmerzungen der Ueberbleibsel *Berijas* und seiner Helfershelfer notwendig sei. Auf dieser Linie lag der einstimmige Beschluß, mit dem ein recht weitgefaßtes Amnestiegesetz angenommen wurde⁵². Man koppelte es mit einem Versprechen der Regierung, die bisherigen Rehabilitierungen fortzuführen und alle Rechtsbrecher der vergangenen Jahre zu bestrafen. Es wurde auch die Forderung aufgestellt, einige Vorschriften der Strafprozeßordnung zur Gewährung eines wirksameren Rechtsschutzes von Verhafteten zu ändern.

In seinem Schlußwort am 28. April betonte Ministerpräsident *Cyrankiewicz*, daß es notwendig sei, die Anträge, Postulate und Gutachten mit großer Aufmerksamkeit zu prüfen⁵³. Bei den verschiedenen wirtschaftlichen Beanstandungen versprach er weitgehend Abhilfe und Berücksichtigung der eingebrachten Vorschläge. Hinsichtlich der Rehabilitierung von der Exilregierung treuen Widerstandskämpfern (AK) unterschied er zwischen der Führung und den gemeinen Soldaten, die für die ideologischen Verirrungen der Führung nicht verantwortlich zu machen seien: AK-Soldaten könnten nicht nur rehabilitiert, sondern es sollten ihnen auch Versorgungsbezüge auf Grund der AK-Zugehörigkeit gewährt werden. Dann schnitt *Cyrankiewicz* die Frage der Rückkehr von Exilpolen an und erklärte bei Zusicherung weitgehen-

der Straffreiheit, daß „die Heimkehr für alle offen steht, die heimzukehren wünschen“.⁵⁴

Die Zusage, gegen bürokratische Auswüchse anzukämpfen, paßte in die Rede Cyrankiewicz', der keine der Sejmforderungen verwarf, sondern im Wind der Kritik stellvertretend für Partei und Regierung sehr vernehmlich dem ganzen Volke das „*mea culpa*“ vorsprach. Damit und mit der Aufforderung des ZK zum 1. Mai an das „arbeitende Volk in Stadt und Land“, in der „allpolnischen Diskussion eine konstruktive Initiative und ehrliche Kritik, Mut und Verantwortungsbewußtsein zu entfalten“, um „die Fehler und Schwierigkeiten auszurotten und zu besiegen“,⁵⁵ sowie mit den ähnlich klingenden Thesen des ZK zum 1. Mai⁵⁶ wurde die Diskussion aus der Sphäre der Meinungsbildung des einzelnen herausgelöst und in den großen Raum der Massendiskussion gestellt. Die schöpferischen Impulse kamen von nun ab immer stärker aus den Massenversammlungen, Sitzungen von Sejmausschüssen und Kongressen, die in den darauffolgenden Monaten in rascher Folge abgehalten wurden. Die durch Artikel vordem so aufrüttelnde Stimme der Einzelpersonlichkeit mündete immer mehr in diese Massendiskussionen ein, in denen nunmehr auch gefordert wurde, *Gomułka* nicht nur zu rehabilitieren, sondern auch am politischen Leben wieder zu beteiligen. Besonders laut wurde diese Forderung in Lodz gestellt, wo *Gomułka* seit jeher über einen beträchtlichen Anhang verfügte.

Eine unmittelbare Auswirkung dieser Entwicklung waren die Neubesetzungen innerhalb der Regierung und die Ausschaltung der „grauen Eminenz“ des Regimes, *Jacob Berman*, aus dem Politbüro der Partei und seine Ablösung als stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung. *Berman*, der innerhalb des ZK über Angelegenheiten des Staatssicherheitsdienstes, der auswärtigen Angelegenheiten, der Ideologie und der Kultur zu entscheiden hatte, beantragte seinen Rücktritt nach einer Kritik des Politbüros an seiner Arbeit, die durch den Sitzungsverlauf des Sejm nicht beträchtlich beeinflusst worden sein dürfte. Sein Rücktritt wurde am 6. Mai bekanntgegeben.

Der Aufstand in Posen

Sowohl während des am 26. Mai 1956 begonnenen Kongresses des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens wie auch während des am 7. Juni eröffneten Kongresses der polnischen Volkswirte kamen Probleme der Wirtschaftsführung und ihrer Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage des Landes zur Sprache. Wenn man während des Kongresses des Genossenschaftswesens nach den Reden *Ochabs*⁵⁷ und *Nowaks*⁵⁸ noch den Eindruck gewinnen konnte, daß die Partei zu keinen einschneidenden Maßnahmen bereit sei, um eine der eigenen Wirtschaftsstruktur entsprechende Organisationsform zu finden, so wurde während des Volkswirtekongresses betont, eine solche eigene Organisationsform sei nötig. Der scharf

angegriffene Prof. Oskar *Lange*, Mitherausgeber der nationalökonomischen theoretischen Zeitschrift *Ekonomista*, mußte in seiner Schlußrede dann zugestehen, man wolle in der marxistischen Lehre auch den Weg für einen „schöpferischen polnischen Gedanken“ öffnen. Dies solle dann der dringend benötigten Besserung der Wirtschaftsführung und einer Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zugute kommen.

Die vordem von der Regierung auf diesem Gebiet unternommenen Maßnahmen waren Stückwerk. Auch der Regierungsbeschluß vom 10. April über ein neues System der „selbständigen Betriebsführung“ mit erweiterten Rechten der Werksdirektoren bedeutete nur eine geringfügige Besserung. Durch die Unsicherheit, die sich während der Tagung sowohl des Genossenschaftswesens als auch der Volkswirte bei den offiziellen Stellen zeigte, sah sich die *Trybuna ludu* zur Veröffentlichung von Antworten auf eine Umfrage über das Thema „Wie ist die Wirtschaftsführung zu verbessern?“ veranlaßt. Damit erhielt der Durchschnittsleser einen kompetenten und gut fundierten Ueberblick darüber, was anders und besser in der Volkswirtschaft gemacht werden könnte. Diese Veröffentlichung war Oel in das Feuer der allgemeinen Diskussion⁵⁹.

Auch auf der am 11. Juni begonnenen Hauptversammlung der Akademie der Wissenschaften tauchte das Moment der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Rückständigkeit auf, das der unfähigen Führung, der Dogmatik der „Zitat-Manie“ und anderem zugeschrieben wurde.

In diesen Zeitraum der immer stärker werdenden Kritik fiel die Eröffnung der Posener Messe am 16. Juni. Einen Tag später machte der Generalstaatsanwalt, *Rybicki*, und der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit, *Pszczółkowski*, Angaben über die Rehabilitierungsaktion und die Bestrafung prominenter Rechtsbrecher. *Pszczółkowski* berichtete darüber hinaus über Verhaftungen unter Angehörigen von Widerstandsorganisationen in Ostpolen und gab bekannt, daß, wie schon früher, auch jetzt wieder Parteifunktionäre anonyme Drohbriefe erhalten. Damit wurden erstmals größere Schwierigkeiten auch auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit eingestanden. Zweifellos wurden diese Enthüllungen von der Bevölkerung als Ermunterung zur Kritik empfunden, so auch in Posen, wo während der Messe Gelegenheit gegeben war, den eigenen Wirtschafts- und Lebensstandard mit dem des Auslandes zu vergleichen. Hierdurch wurde die angestaute Unzufriedenheit noch weiter gesteigert.

Wie weit die Unruhen, die in Posen am 28. Juni ausbrachen, gesteuert waren, läßt sich kaum sagen. Das Bestehen von Widerstandszellen an anderen Orten läßt das Bestehen solcher Zellen in Posen als durchaus möglich erscheinen. Es erscheint unwahr-

scheinlich, daß solche demonstrativen Unruhen gänzlich unvorbereitet ausgebrochen sind. Bemerkenswerterweise fielen sie mit der Messe und dem starken Ausländerbesuch zusammen. Die eigentliche Ursache ist aber unzweifelhaft in der Trostlosigkeit des Alltags, der allgemein überhitzten Atmosphäre und den spezifischen Gegebenheiten der ZISPO-Werke zu suchen, von denen die Unruhen ihren Ausgang nahmen.

Ein geordneter Demonstrationszug der ZISPO-Arbeiter und der mit ihnen solidarischen Belegschaften anderer Werke sowie vieler Studenten zog durch die Stadt mit Forderungen nach Brot und Abzug der Sowjettruppen aus Polen. Der nationale Gedanke trat offen auch im Absingen von Nationalliedern zutage. Im weiteren Verlaufe der Demonstrationen kam es dann zu Schießereien, ein Gefängnis wurde erstürmt und ein Störsender zerstört (woher kannte man seinen Standort, wenn zumindest diese Aktion nicht geplant war?). Der Angriff auf das Hauptquartier des Staatssicherheitsdienstes blieb erfolglos. Gleichzeitig durchstreiften Gruppen von Aufständischen die Umgebung der Stadt, erstürmten Polizeiposten und verschafften sich auf diese Weise Waffen. Wie bei allen solchen Aktionen ging es auch hier nicht ohne Plünderung ab. Erst unter Einsatz von Panzern wurde vorläufig Ruhe geschaffen, die am folgenden Tage nur noch durch örtliche Schießereien unterbrochen wurde. Nach offizieller Bekanntgabe sollen die Verluste 38 Tote und 270 Verwundete betragen; man ist jedoch geneigt, sie höher zu schätzen.

Noch am gleichen Tage wurde über den Rundfunk und am 29. Juni in der *Trybuna ludu* von vorbereiteten Aktionen volks- und staatsfeindlichen Charakters gesprochen. Es sei eine „Provokation“ gewesen. Bei dieser Gelegenheit konnte man die ersten Anzeichen einer Gruppenbildung in der obersten Parteiführung feststellen: Die ursprüngliche These über die Ursache des Aufstandes wurde zugunsten einer nachsichtiger klingenden Definierung von wirtschaftlichen und sozialen Ursachen weitgehend aufgegeben. Gerade auch im Lichte der späteren Entwicklung scheint es nicht übertrieben, in diesem Einschwenken einen ersten Erfolg einer nationaler denkenden Gruppe innerhalb der obersten Parteiführung zu sehen, die im Gegensatz zu der stalinistischen Gruppe steht.

Ministerpräsident *Cyrankiewicz* eilte noch am 28. Juni mit einem Funktionärsstab nach Posen und nahm auch am Begräbnis der Opfer am 30. Juni teil. Am 29. Juni nahm *Cyrankiewicz* über den Rundfunk Stellung zu den Vorfällen. Er zeigte Verständnis für die Unzufriedenheit unter den Arbeitern und versprach Abhilfe. Gleichzeitig wurde das ZK-Mitglied *Gierek* mit einer genauen Untersuchung der Ursachen der Unruhen beauftragt. Eine erste Auswirkung der Unruhen war die Umbesetzung des Kabinetts. Der Widerhall der Posener Unruhen in den Volksdemo-

kratien war ungemein groß. In Polen selbst wurde immer wieder betont, daß diese Vorfälle keinen Einfluß auf eine weitere Liberalisierung haben würden.

Das VII. Plenum des ZK der PZPR (18. bis 28. Juli 1956)

Noch unter dem Eindruck der Posener Unruhen⁶⁰ trat das VII. Plenum des ZK am 18. Juli zusammen. Die Diskussionen dieses Plenums wurden nicht bekanntgegeben; sie lassen sich jedoch aus dem Material des VIII. Plenums in ihren Grundzügen rekonstruieren. Die Hartnäckigkeit des Ringens während des Plenums zeigt schon die ungewöhnliche Dauer von 10 Tagen. Eines der wesentlichsten Merkmale dieses Plenums war der erstmals nach 1948 wieder offene zutage tretende Gegensatz zwischen einer nationalkommunistischen Gruppe und den moskautreuen Anhängern einer gemäßigten stalinistischen Linie, deren ideologische Haltung durch den Beschluß des ZK der KPdSU über die Ueberwindung des Personenkults und seiner Folgen vom 30. Juni 1956 erschüttert worden war⁶¹. *Łapota* sagte während des VIII. Plenums zu diesem Problem:

„Wir sahen schon während des VII. Plenums, daß irgend etwas nicht in Ordnung ist. Die Führung faßt wichtige Entscheidungen zu spät. Es war ein Dualismus in der Führung zu bemerken und gewisse miteinander widerstreitende Tendenzen. Hierdurch bewogen, bat ich damals, die Genossen der Parteiführung sollten klarlegen, ob in der Führung widerstreitende Meinungen vorhanden sind, bejahendenfalls welchen Charakter sie tragen und worauf sie beruhen. Leider, im Sinne einer irrtümlich verstandenen Parteieinheit — wie jetzt erkennbar —, wurden diese Widersprüche und entgegengesetzten Meinungen in der Führung unserer Partei während des VII. Plenums nicht eingestanden“⁶².

Die Annahme, die inneren Widersprüche und Schwierigkeiten ließen sich durch einen „*Deus ex machina*“ lösen, führten dazu, daß das VII. Plenum keine richtungweisenden Beschlüsse faßte. Zwar wurden Themen verschiedener Art berührt, und auch die Diskussionen scheinen hart gewesen zu sein, ihnen fehlte jedoch die letzte Konsequenz, welche allein die Autorität der Partei zu diesem Zeitpunkt hätte stärken können — die Einsicht, einer eigenständigen Entwicklung nachzugehen.

Schon während des VII. Plenums wurde von der sich herausbildenden nationalen Gruppe des ZK eine Rehabilitierung *Gomulka*s verlangt. Außerdem wurde die Forderung nach der Wahl eines neuen Politbüros und der Bestrafung aller für den wirtschaftlichen Niedergang Schuldigen gestellt. *Moczar* beantragte darüber hinaus, den auf dem Politbüro bereits ausgeschiedenen *Berman* aus dem ZK zu entfernen.

Auch das Problem der Beziehungen zur Sowjetunion wurde angeschnitten. *Rumiński* sagte dazu, er sei „überrascht über die Gespräche mit einigen Genossen gewesen und darüber, wie sie über die Sowjet-

union gesprochen hätten, daß nämlich Polen nicht unabhängig sein könne, weil die Sowjetunion es nicht wünsche“⁶³.

Das Plenum hatte sich auch mit der Frage einer Aktivierung von PPS-Altgenossen zu beschäftigen⁶⁴; doch wie alle übrigen Fragen einer Neuorientierung blieb auch diese letztlich unberücksichtigt. Bemerkenswert ist aber die Initiative, mit der alle jene Fragen angeschnitten wurden, die in ihrer Konsequenz zu einer Reaktivierung Gomulkas und seines Nationalkommunismus führen mußten. Doch siegte noch einmal der linke, moskautreue Flügel in der Parteiführung. *Baranowski* sagte später hierüber:

„Die meisten ZK-Mitglieder waren der Meinung, daß das neue Programm, das vom VII. Plenum verabschiedet worden ist, auch von den alten Leuten realisiert werden könne, die mit der Verantwortung für den vergangenen Zeitabschnitt belastet sind. Deswegen wurden nur geringe Ergänzungen des Politbüros durchgeführt⁶⁵, ohne daß man grundsätzliche Änderungen vornahm“⁶⁶.

In dem Beschluß des VII. Plenums „über die politische und wirtschaftliche Situation des Landes und die Aufgaben der Partei“⁶⁷ sind grundlegend neue Gedanken nicht zu finden, es sei denn, man wolle die teilweisen Zugeständnisse an die Privatbauern so werten. Die Zugeständnisse an die Arbeiter über eine beschränkte Selbstverwaltung in den Betrieben konnten die wesentlich weitergehenden Forderungen nicht zufriedenstellen. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen bewegten sich zwar in wirtschaftlich gerade noch vertretbaren Grenzen, den einzelnen konnten sie aber kaum befriedigen.

Die Beschlüsse des VII. Plenums waren eine kraft- und geistlose Kompromißlösung. Die schon kurz nach Beendigung des Plenums erfolgenden Verhandlungen von Vertretern des Politbüros mit *Gomulka* waren genau so wie seine und die Rehabilitierung von *Spychalski* und *Kliszko* und ihre am 5. August bekanntgegebene Wiederaufnahme in die Partei nur Beweise dafür, wie wenig befriedigend selbst die moskautreue Führungsgruppe die Kompromißlösungen des Plenums empfand, die sie durch diese Rehabilitierungen zu stärken suchte. Bei dieser politischen Hochspannung und Unzufriedenheit der breiten Öffentlichkeit und selbst der inneren Parteiführungsgremien hätte nur eine Radikallösung genutzt, wie sie später auch getroffen wurde⁶⁸.

Zeichen nationalkommunistischer Umorientierung

Die am 30. Juli 1956 durchgeführten Besprechungen zwischen *Ochab* und *Mazur* von der PZPR mit leitenden Persönlichkeiten der ZSL über eine engere Zusammenarbeit sollten zwar retten, was noch an PZPR-Einfluß und Prestige zu retten war, doch auch diese sich jetzt verstärkenden Versuche, wobei auch mit einer Aktivierung der Demokratischen Partei (SD) begonnen wurde, besserten die innerpolitische Lage der PZPR genau so wenig wie die sehr demonstrative

Anerkennung der Leistungen der der Exilregierung treuen Widerstandskämpfer während der Feiern zum Gedenktag an den Warschauer Aufstand vom Jahre 1944.

In einem Interview des Ministerpräsidenten *Cyrankiewicz* mit dem UP-Vertreter Cavendish von Anfang August verneinte der frühere PPS-Genosse entschieden ein Wiederaufleben der PPS. Seine Betonung der Notwendigkeit eines eigenen Weges zum Sozialismus einige Tage nach Schluß des VII. Plenums wirkte jedoch wie eine Mahnung an die PZPR, dieses Problem, das auch in den öffentlichen Diskussionen immer stärker zur Geltung kam, nicht unberücksichtigt zu lassen.

Die Ernennungen des eben erst rehabilitierten *Kliszko* zum stellvertretenden Justizminister und des Generals *Komar* zum Befehlshaber des Korps für innere Sicherheit, einer den sowjetischen MWD-Einheiten ähnelnden Truppe, die am 6. beziehungsweise 25. August bekanntgegeben wurden, sowie die Ausweitung der Ministerialkompetenzen vom 28. August lassen ein allmähliches Einschwenken der Partei auf die Erfordernisse der nationalen Entwicklung erkennen. Ueberhaupt begann jetzt ein ausgedehnteres Revirement auf den verschiedenen Staatsposten, die meist mit gemäßigten, wenn nicht gar nationalkommunistisch sympathisierenden Persönlichkeiten neu besetzt wurden⁶⁹.

Sowohl die Tagung des Zentralrates der Gewerkschaften vom 20. bis zum 23. August als auch die des Hauptvorstandes des Staatsjugendverbandes (ZMP) vom 18. bis zum 23. August unterstrichen die Forderungen nach Unabhängigkeit auch auf ideologischem Gebiet und nach weiterer Liberalisierung. Die ausdrückliche Unterstützung des ZMP für die Zeitschrift *Po prostu* und eine Annäherung an die Traditionen des in den ersten Nachkriegsjahren oppositionellen „Wici“-Verbandes, die in dem Beschluß des Plenums festgelegt wurden, deuteten die klare Stellungnahme des Staatsjugendverbandes für die nationale ideologische Loslösung von Moskau an⁷⁰.

Die am 5. September beginnende IX. Sitzungsperiode des Sejm wurde am 30. August durch eine Pressekonferenz des Ministerpräsidenten *Cyrankiewicz* vorbereitet⁷¹, in der die Berufung von acht Regierungskommissionen für die Untersuchung von Mängeln des wirtschaftlichen Lebens bekanntgegeben wurde. Damit wurde ein wesentlicher Teil der fälligen Kritik an der bisher unzureichenden Erfüllung der öffentlich gestellten und von der Partei gebilligten Reformforderungen neutralisiert. Die sich zu Worte meldenden Kritiker sprachen jedoch immer noch so beißend und geißelnd, daß man das Maß der Unzufriedenheit mit der Regierung und ihrer Langsamkeit bei der Erfüllung der gestellten Forderungen daran sehr wohl ermessen kann.

In der überaus freimütigen Regierungserklärung vor dem Sejm gestand *Cyrankiewicz* nach Darlegung der ersten wirtschaftspolitischen Situation Polens ein, daß „Zwietracht und Mißtrauen sich in das Verhältnis zwischen der Partei und gewissen Teilen der Bevölkerung eingeschlichen haben“.⁷² Er betonte aber, daß alles geschehen solle, was zur Bereinigung dieser Spannungsursachen beitrage, und schloß seine Rede mit dem Versprechen, daß der weitere politische Weg „auf dem Boden der eigenen freiheitlichen und fortschrittlichen Traditionen“ eingeschlagen werden soll und das Werk „eigener Erfahrungen und Ueberlegungen, aber auch der internationalen Erfahrung“ sein werde. Mit seiner wiederholten Betonung dieses Problemkreises machte sich *Cyrankiewicz* zu einem der verdientesten und eifrigsten Fürsprecher einer nationalkommunistischen Entwicklung Polens.

In diesem Zusammenhang erscheinen die Hinweise auf das jugoslawische Beispiel, die in der Presse von nun an immer wieder auftauchen, genau so aufschlußreich wie das Eingeständnis des stellvertretenden Sejm-Marschalls *Kulczyński* Anfang September während eines Besuches in Belgrad, daß „die Erfolge Jugoslawiens Gegenstand von Interesse in unserem Land sind“ und daß der Austausch dieser Erfahrungen Polen auf seinem Wege behilflich sein werde⁷³. Gleichzeitig mit der Parlamentsdelegation weilte auch

eine Delegation des ZK der PZPR in Belgrad, die hier die Rolle und Haltung der KP Jugoslawiens im eigenen Staate studierte und eine enge Zusammenarbeit beider Parteien vereinbarte.

Die am 27. September begonnenen Prozesse gegen Teilnehmer am Posener Aufstand ließen erstmals in voller Breite die Auswirkungen der bisherigen Liberalisierung erkennen. Die Angeklagten durften freimütig auch gegen die kommunistische Gesellschaftsstruktur Polens Stellung nehmen, und als sowohl sie als auch Zeugen erklärten, durch Gewaltanwendung der Vernehmenden zu ihren Aussagen gepreßt worden zu sein, reagierte die Staatsanwaltschaft gänzlich ungewohnt mit der Ankündigung einer Bestrafung der Schuldigen. Die Verteidigung der Angeklagten und die Sachverständigengutachten richteten sich gegen die Regierung und die Partei und besagten, daß nicht die Angeklagten, sondern der Staat kausal durch die Duldung schlechter Lebensbedingungen an dem Ausbruch der Unruhen und der durch Massenpsychose hervorgerufenen Ausschreitungen schuld sei. Die Urteile waren ungewöhnlich mild, die eingelegte Berufung der Staatsanwaltschaft nur Formsache. Am 23. Oktober wurde dann eine Revision der gefällten Urteile bekanntgegeben, dies allerdings, nachdem die „polnische Oktoberrevolution“ bereits ausgebrochen war.

Die nationalkommunistische Revolution in Polen

Am Vorabend des VIII. Plenums des ZK der PZPR

Obwohl sich die Parteiführung in ihrer immer größer werdenden Isolierung darüber im klaren war, daß eine Neuorientierung ihrer Politik unbedingt zu erfolgen habe, konnte über ihre Breite und Tiefe keine Einigung erzielt werden. Die Meinungen gingen im wesentlichen über Fragen der Souveränität Polens, der Stellung zur Sowjetunion und der Rückkehr *Gomułka*s ins politische Leben auseinander, wobei es weniger um dessen Person als vielmehr um die von ihm vertretene Linie der ideologischen Entwicklung ging. Die eine der Gruppen, die sich eine Festigung der Partei nur von *Gomułka* und seiner nationalkommunistischen Taktik versprach, beriet in Puławy, die Gruppe der Moskautreuen dagegen in Natolin. Die Gruppen wurden der Einfachheit halber nach ihren Beratungsorten bezeichnet. Angesichts der Popularität *Gomułka*s setzten sich die Ansichten der Puławy-Gruppe durch. Seit Mitte September wurden zwischen *Gomułka* und dem Politbüro der Partei Gespräche über seine Mitbeteiligung an der Parteiführung geführt. Es scheint, daß *Gomułka* sich erst nach bedeutenden Zugeständnissen dazu bereit erklärt hat, so insbesondere nach der Verabschiedung des bisherigen Wirtschaftsdictators der Partei und Regierung, *Hilary Minc*, der nach offizieller Meldung auf eigenen Wunsch sowohl aus dem Politbüro

als auch als stellvertretender Ministerpräsident aus der Regierung ausgeschieden ist. Obgleich zwischen *Minc* und *Gomułka* auch eine starke persönliche Antipathie besteht, ist diese Verabschiedung wohl mehr auf sachlich-politische Erwägungen zurückzuführen, da *Gomułka* den Hauptverantwortlichen für die schwierige wirtschaftliche Lage Polens nicht akzeptieren konnte.

Am 15. Oktober trat das Politbüro unter Teilnahme *Gomułka*s zu einer vorbereitenden Sitzung für das am 19. Oktober beginnende VIII. Plenum zusammen. Dies wurde der Bevölkerung am 16. Oktober mitgeteilt. Die Situation verschärfte sich daraufhin weiter. Am 17. Oktober wurde von der Warschauer ZMP-Führung ein Brief an das VIII. ZK-Plenum gerichtet, in dem mit Genugtuung die Beteiligung *Gomułka*s vermerkt und die Ueberzeugung ausgedrückt wurde, daß er in Anbetracht seiner Autorität in der Bevölkerung in die Führungsgremien der Partei gewählt werde⁷⁴. Die Hauptverwaltung des ZMP sandte einen nahezu gleichlautenden Brief⁷⁵, und die Arbeiter und Studenten in allen Städten Polens äußerten sich auf unzähligen Versammlungen sinngemäß.

Die Natolin-Gruppe, die hierdurch sichtlich überrascht wurde, sah sich bewogen, *Gomułka* als Kandidaten für den Posten eines Ersten Parteisekretärs anzuerkennen. Sie bereitete jedoch insgeheim Gegen-

maßnahmen vor und hoffte, durch diese Nominierung Zeit zu gewinnen, um eine Wahl letztlich doch noch zu verhindern. Zu den Gegenmaßnahmen der Nato-lin-Gruppe gehörte die Aufnahme der Verbindung zum Kreml. Die schon seit Wochen im Ausland bekannt gewordenen Zusammenziehungen von sowjetischen Truppen, insbesondere von Panzerverbänden, in den ostdeutschen Gebieten geschahen in weiser Voraussicht kommender Schwierigkeiten in Polen. Die Panzerverbände des Marschalls *Rokossowski* wurden in Richtung Warschau in Marsch gesetzt und rückten bis zur Linie Lodz—Bromberg vor.

Die Arbeiter- und Studentenschaft des ganzen Landes reagierte entschlossen und bildete nach Vorbild der Warschauer Parteiführung, die sich hinter Gomulka stellte, sogenannte Arbeitermilizen, die Tag und Nacht abrufbereit waren⁷⁶.

Das VIII. Plenum des ZK der PZPR (19. bis 21. Oktober 1956)

In dieser gespannten Atmosphäre trat am Morgen des 19. Oktober das VIII. Plenum des ZK der PZPR zusammen. Ochab leitete die Sitzung noch vor Abstimmung über die Tagesordnung mit einem Vorschlag ein, die Genossen *Gomulka*, *Spychalski*, *Kliszko* und *Loga-Sowiński* in das ZK zu wählen, damit „diese Genossen an der Diskussion als vollberechtigte Mitglieder des ZK teilnehmen können“.⁷⁷ Gleichzeitig schlug er im Namen des Politbüros vor, die Zahl der Politbüro-Mitglieder auf neun zu beschränken und Gomulka als Ersten Parteisekretär zu wählen. Dann gab er bekannt, daß eine Delegation des ZK-Präsidiums der KPdSU in der Zusammensetzung *Chruschtschow*, *Kaganowitsch*, *Mikojan* und *Molotow* zu Gesprächen mit dem Politbüro der PZPR in Warschau eingetroffen sei. Erst danach gab Ochab die Dreipunkte-Tagesordnung bekannt: 1. Wahl der vier neuen ZK-Mitglieder, 2. Diskussion über die Beschränkung der Zahl der Mitglieder des Politbüros, 3. Organisationsprobleme. Er schlug vor, nach Behandlung des ersten Punktes die Sitzung bis 18 Uhr zwecks Verhandlungen mit der sowjetischen Delegation zu unterbrechen. Auf eine Frage der ZMP-Vorsitzenden, *Jaworska*, antwortete Ochab, daß an diesen Besprechungen auch *Gomulka* teilnehmen solle. Daraufhin stellte die *Jaworska* den Antrag, noch vor Beginn der Verhandlungen mit der sowjetischen Delegation das neue Politbüro zu wählen, wohl um durch eine Wahl Gomulkas dessen Stellung während der bevorstehenden Verhandlungen zu stärken. Dieser Antrag wurde von der *Tatarkówna* unterstützt und erweitert: man solle erst die Plenumberatungen durchführen und in der dann entstandenen neuen Situation mit der Moskauer Delegation beraten. Auf alle Fälle sei vor den Verhandlungen die neue Parteiführung zu wählen.

Ueber die alternativen Anträge zur Tagesordnung — Ochab versus *Jaworska-Tatarkówna* — wurde ab-

gestimmt. Mit 61 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen wurde der Ochab-Antrag angenommen⁷⁸. Die daraufhin erfolgende Wahl der vier neuen ZK-Mitglieder wurde einstimmig ohne Stimmenthaltungen getroffen. Vier ausgeprägte Nationalkommunisten wurden damit in die Parteiführung gewählt; einer von ihnen, Gomulka, sollte mit den Sowjets mitverhandeln: einstimmig wurde er hierzu delegiert. Abends wurde von Ochab bekanntgegeben, daß die Verhandlungen mit der sowjetischen Delegation noch nicht beendet seien; diese jedoch wünsche das Gespräch noch am Abend des gleichen Tages fortzuführen, da sie eilig wieder abreisen müsse. Die Plenumberatungen wurden daraufhin auf den 20. Oktober, 11 Uhr, vertagt.

Das am nächsten Tage über diese Besprechungen veröffentlichte Kommuniqué besagte lediglich, daß „die Verhandlungen in einer Atmosphäre der parteigemäßen und freundschaftlichen Offenheit“ geführt worden seien⁷⁹. Der von *Zawadzki* vor dem Plenum erstattete Bericht gibt ein vollständigeres Bild:

„Die sowjetischen Genossen gaben als Ursache für die überstürzte Ankunft ihrer Delegation in der bekannten Zusammensetzung an, daß das Präsidium des ZK der KPdSU durch die Entwicklung der Lage in Polen zutiefst beunruhigt sei. Sie gaben an, daß sie gemeinsam mit uns die weiteren Entwicklungstendenzen klären wollten, wobei ihnen besondere Unruhe alle Formen der antisowjetischen Propaganda und unsere Duldung oder unzureichenden Gegenmaßnahmen bereiten... Als sie über die antisowjetische Propaganda sprachen, nannten sie uns Zitate und Beispiele aus verschiedenen unserer Presseorgane. Die Genossen interessierten sich für unsere Vorschläge bezüglich der neuen Parteiführung, die während des VIII. Plenums gewählt werden soll. Sie wiesen darauf hin, daß die vorgeschlagene Zusammensetzung der neuen Parteiführung überall bekannt sei, und wir hätten bei den uns verbindenden Beziehungen die sowjetischen Genossen davon nicht in Kenntnis gesetzt. Sie wiesen als einen der Mängel in unseren Beziehungen der letzten Zeit auf das Fehlen ausreichender Kontakte zwischen uns und das Fehlen ausreichender autoritativer Quelleninformation von unserer Führung über die Situation in Polen, ihre Entwicklung usw. hin. Soweit es um die Vorschläge für die Zusammensetzung der Führung geht, so möchte ich unterstreichen, daß diese Angelegenheit von Anfang bis Ende als unsere innerparteiliche und innere ZK-Angelegenheit diskutiert wurde⁸⁰. Der Verlauf der Diskussion war parteigemäß, prinzipiell, manchmal beiderseits temperamentvoll, aber zweifellos von bester Absicht getragen, die sich die Aufklärung der grundlegenden Probleme sowohl der uns verbindenden Beziehungen wie auch der Sicht beider Parteiführungen auf die Situation und die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern sowohl jetzt wie auch in Zukunft und auf die internationale Lage zum Ziele setzte. Wir bemühten uns, die sowjetischen Genossen zu beruhigen bezüglich unserer Absichten und auch, soweit es die innere Situation betrifft, unserer gegenseitigen Beziehungen und der Beziehungen zwischen Polen und der

Sowjetunion. Wir bemühten uns, den Genossen unseren Demokratisierungsprozeß zu erklären, seinen Sinn und seine Unumstößlichkeit^{81, 82.}“

Dem Eintreffen der sowjetischen Delegation und den Truppenbewegungen in Polen, die beide offensichtlich als Druck gegen das tagende Plenum gedacht waren, gesellte sich am 20. Oktober ein scharfer Angriff in der *Prawda* hinzu, dessen haßerfüllte Sprache bisher nur gegenüber erbittertsten Feinden angeschlagen wurde. Im Rahmen einer Kritik von Artikeln *Florczyks* und *Putraments* — eines ZK-Mitglieds! — wurde in verallgemeinernder Weise auf antikommunistische und antisowjetische Tendenzen in Polen hingewiesen. Der Aufsatz schloß mit der Warnung:

„Diese antisozialistische Kampagne, die in einigen polnischen Zeitungen geführt wird und ein deutliches Zeichen für das Kokettieren mit bürgerlichen Elementen darstellt, ruft berechtigten Unwillen und Entrüstung ehrlicher Patrioten und breiter Volksmassen Polens hervor. Sie verlangen eine Zählung der außer Rand und Band geratenen Revisionisten und Kapitulanten, welche die polnische Presse für ihre schmutzigen Ziele ausnutzen.“

Am nächsten Tage antwortete Zofia Artymowska in der *Trybuna ludu* unter der Überschrift „Im Namen einer echten Freundschaft“. Sehr entschieden, aber maßvoll wies sie die erhobenen Vorwürfe der *Prawda* zurück⁸³:

„Mit übergroßer Bitternis erinnern wir uns heute an die Zeiten, da wir, genau wie der ‚Prawda‘-Korrespondent, ähnliche Formulierungen nicht gegenüber Feinden unserer Ideologie gebraucht haben, sondern gegenüber Freunden, die manches anders als wir sahen.“

Nach diesem feinen Vorwurf belehrte und widerlegte sie in gleichem Ton die *Prawda* spaltenlang über das Wesen der Abkehr vom Stalinismus und seine Auswirkungen, auch auf ideologischem Gebiet, und über die Gleichberechtigung in der Entwicklung der polnisch-sowjetischen Beziehungen, um dann zu schließen:

„Dies mögen bittere Worte sein, aber eine offene freundschaftliche Kritik dient ja gerade der wirklichen und unverbrüchlichen Freundschaft^{84.}“

Damit waren die Versuche der Sowjetunion, auf die innere Entwicklung Polens Einfluß zu gewinnen, abgewehrt. Der neue Geist des ZK-Plenums wurde gestützt durch im ganzen Lande, besonders seit dem 20. Oktober, stattfindende Kundgebungen der Bevölkerung, die Gomułka nach seiner Wahl zum ZK-Mitglied ihre Unterstützung zusagten, eine sowjetische Einmischung ablehnten und gelobten, Putschversuchen moskautreuer Elemente mit den Arbeitermilizen entgegenzutreten. Die am 20. Oktober durch Gomułka, Cyrankiewicz, Ochab und Zawadzki empfangenen Delegationen aus Warschau, Krakau und Nowa Huta brachten dies offen gegenüber den beiden Natolin-Männern Ochab und Zawadzki zum Ausdruck.

Mit dieser Rückenstärkung durch die Bevölkerung konnte das ZK am 20. Oktober weiterverhandeln. Nach dem Bericht Zawadzki wurden sehr dringende Anfragen an das Politbüro wegen der sowjetischen Truppenbewegungen gestellt, denen Ochab u. a. mit Hinweisen auf die Tagesordnung auszuweichen versuchte. Er versprach dann endlich, das Politbüro werde überlegen, in welcher Weise das ZK darüber informiert werden solle. Daraufhin wurde Putrament aggressiv:

„Es scheint mir, daß alles, was die Genossen sagen, wenig logisch ist. Wir haben eine Regierung, ein Komitee für Staatssicherheitsfragen, ein Verteidigungsministerium und ein Innenministerium — es ist ihre Aufgabe, zu wissen, was im Lande vorgeht und insbesondere in ihrem Kompetenzbereich. Können Militärbewegungen überhaupt durchgeführt werden, ohne daß sie dem Verteidigungsministerium bekannt sind? Unter uns befinden sich die zuständigen Chefs, und einer wird uns sicherlich sagen, was mit seinen Einheiten vor sich geht, und der andere, was für Verschiebungen vorgenommen wurden. Das ZK muß dies wissen^{85.}“

Erst auf diese direkte Aufforderung meldete sich Marshall Rokossowski zu Wort und gab zu, daß Truppenbewegungen in Richtung Bromberg und Lodz durchgeführt worden seien, doch seien sie auf seine Intervention bei Marshall Konjew unterbunden worden. Es hätte sich dabei um routinemäßige Herbstmanöver gehandelt. Die entstandenen Verdachtsmomente, einen Putschversuch vorzubereiten, führte Rokossowski auf die „anomale und nervositäts-geladene Atmosphäre“ zurück⁸⁶.

Die dramatischen Wortgefechte waren damit zwar beendet, die Stimmung aber eindeutig gegen die Natolin-Gruppe umgeschlagen, die sich von nun ab auf dem Rückzug befand.

Als nächster Redner ergriff Gomułka das Wort zu seinem vielbeachteten grundlegenden Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage Polens, das Verhältnis zur Sowjetunion und der KPdSU sowie die künftige Regierungs- und Parteipolitik. Er bewies in seiner Rede einen ausgeprägten Sinn für realpolitische Grenzen in der immer wiederkehrenden Forderung auf sowjetisch-polnische Freundschaft und Zusammenarbeit, ist doch das wirtschaftliche und staatspolitische Bestehen Polens sowohl aus strategischen Gründen wie auch durch die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Ostblock weitgehend vom Wohlwollen der Sowjetunion bestimmt. (Wortlaut dieser Rede in der Dokumentation auf S. 9369 dieser Folge.)

Nach der Mittagspause unterstrich Jędrzychowski mit seinem Wirtschaftsbericht die entsprechenden Teile der Gomułka-Rede.

Nach dieser Vorbereitung begann eine hitzige Diskussion mit Angriffen der Puławy-Gruppe und nur gelegentlichen Gegenangriffen der Natolin-Leute, die sich auf Selbstkritik im Hinblick ihrer geschwächten

Stellung einstellten. Besonders scharf wurden die Angriffe gegen *Berman* und *Minc* vorgetragen, wobei sich *Wudzki* besonders hervortat. Der stalinistischen Epoche mit ihren Schrecken und Verhaftungen stellte er die „Sanacja-Zeit“ des polnischen „Halbfaschismus“ gegenüber, wo es ihm immer noch möglich gewesen sei, bis zum Justizminister vorzudringen und verhaftete Kommunisten zu befreien. Unter dem Stalinismus sei jedoch beides unmöglich gewesen, wie er bei Interventionen für verhaftete Kommunisten habe feststellen müssen. Wie er sagte, „fing man die Menschen auf der Straße ab; wenn sie nach sieben Tagen aus der Untersuchungshaft entlassen wurden, waren sie nicht mehr lebensfähig. Die Leute mußten nach Tworki (eine Irrenanstalt bei Warschau — Der Verfasser) gebracht werden“⁸⁷. *Wudzki* verlangte dann — verschiedentlich durch *Ochab* unterbrochen, der ihm das Wort mit Hinweis auf die Redezeit zu entziehen versuchte — strenge Bestrafung aller Schuldigen, auch *Bermans*⁸⁸. In dieser Forderung wurde er von verschiedenen anderen Rednern des Plenums unterstützt.

Die Selbstkritik, die *Berman* und *Minc* am 21. Oktober übten, war dürrt und eigentlich nichtssagend. *Minc* versuchte mit Angriffen gegen *Gomułka*s methodisch nicht immer hieb- und stichfeste Wirtschaftsausführungen einen Teil seiner Position zu behaupten.

Auch die Angriffe gegen Marschall *Rokossowski* waren geharnischt, wenn auch weniger scharf und vernünftlicher im Ton, sah man in ihm doch wohl den direkten Vertreter Moskaus, der aus realpolitischen Erwägungen zu schonen sei.

Bei der Erörterung der sowjetisch-polnischen Beziehungen wurde sowohl von Rednern der Puławy wie auch der Natolin-Gruppe betont, sie müßten freundschaftlich sein, aber auf der Basis der Gleichberechtigung beruhen. Der Besuch der sowjetischen Delegation wurde zwar nicht gutgeheißen, aber doch sehr maßvoll kritisiert.

Die neuen Wege in der Wirtschaftspolitik hatte bereits *Gomułka* aufgezeigt, und sie wurden auch allseits akzeptiert. Eine weitgehende Selbstverwaltung der Arbeiter wurde für selbstverständlich gehalten. Nicht nur von *Gomułka*, sondern auch von anderen ZK-Mitgliedern wurde unterstrichen, daß der neue Weg weder sowjetisch noch jugoslawisch beeinflusst sein solle, sondern völligt eigenständig, eben ein „polnischer Weg“ sein müsse. Hierbei kam folgender Unterton immer wieder durch: es soll ein solcher Weg sein, wie er sich schon einmal im Jahre 1948 durchzusetzen begann und nun nach erzwungener Unterbrechung fortgeführt werden kann. Die angestrebte Rehabilitierung der Entwicklung von vor 1949, die vom ZK dem Politbüro aufgetragen wurde, ist ein Zeichen für diese Absicht. Erwähnenswert sind noch die immer wiederkehrenden Hinweise auf die

Entwicklung in China, wobei man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, die polnische Führung sehe in Peking eines der Gegengewichte zu Moskau, das weitgehend die Haltung des Kreml beeinflussen und die polnische Entwicklung dadurch stützen könne.

Bei der Wahl des Politbüros wurde ein langer und erbitterter Kampf ausgetragen. Die *Jaworska* wandte sich eindeutig gegen eine vom Politbüro nicht vorgeschlagene Kandidatur des Marschalls *Rokossowski*: man solle es dem Politbüro überlassen, eine Zusammensetzung zu bestimmen, mit der es in der neuen Entwicklung aktionsfähig sei. Wenn es glaube, ohne *Rokossowski* arbeiten zu müssen, so solle das ZK dies akzeptieren.

Nach längerer Diskussion wurden ohne Stimmenthaltung in das Politbüro gewählt: *Cyrankiewicz* (73 Stimmen), *Gomułka* (74), *Jędrychowski* (72), *Loga-Sowiński* (74), *Morawski* (56), *Ochab* (75), *Rapacki* (72), *Zambrowski* (56) und *Zawadzki* (68).

Bei der Wahl sind durchgefallen: *Rokossowski* (23) und *Nowak* (1).

In das Sekretariat des ZK wurden gewählt: *Albrecht* (73), *Gomułka* (74), *Gierek* (75), *Jarosiński* (74), *Ochab* (75), *Matwin* (68) und *Zambrowski* (57).

Als Erster Parteisekretär wurde einstimmig *Gomułka* gewählt⁸⁹.

Damit hatte sich die nationalkommunistische Richtung in der Partei eindeutiger durchgesetzt als ursprünglich erwartet.

In seiner Schlußrede betonte *Gomułka*, ein Auge dabei nach Moskau gerichtet, daß die Abstimmungsniederlage *Rokossowskis* nicht als ein Beweis mangelnden Vertrauens für ihn betrachtet werden solle, und „es bestehe keine Absicht, durch die Zusammensetzung des Politbüros einen Druck auf die Sowjetunion auszuüben“.⁹⁰ Bei seiner Betrachtung der künftigen Entwicklung mahnte er besorgt:

„Vor uns werden sich große Schwierigkeiten auftürmen, und zwar keine inneren organisatorischen Schwierigkeiten — denn ich nehme nicht an, daß man den schlechten Zustand, der bisher in der Partei herrschte, nicht wird beseitigen können —, aber es werden Schwierigkeiten sein, die mit der Gestaltung unserer brüderlichen Beziehungen zur KPdSU zusammenhängen können“⁹¹.

Damit wurde das umwälzende VIII. Plenum geschlossen, das dem Kommunismus auf nationaler Basis in Polen neue Kraft und neuen Einfluß verschaffen soll. In dem Beschluß des Plenums über die „aktuellen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Partei“ wurden alle jene Forderungen herausgestellt, die während der Diskussion als besonders wichtig unterstrichen wurden, insbesondere die wirtschaftlichen Probleme, die auf eine größere Selbstverwaltung der Betriebe mit Beteiligung der Arbeiter, eine Umstellung in der Investitionspolitik und der Entwicklung der einzelnen Produktionszweige mit Bevorzugung der Verbrauchsgüterindustrie hinauslaufen. Auch die Agrarpolitik soll durch

eine stärkere Bevorzugung der Privatbauern und die ausdrücklich verbürgte Freiwilligkeit des Beitritts zu den Produktionsgenossenschaften teilweise umgestellt werden. In der Verwaltung wird eine stärkere Dezentralisierung in Aussicht gestellt, gepaart mit einer Liberalisierung; auch die Partei soll sich auf dem gleichen Wege fortentwickeln. Besonders unterstrichen wurde noch die beabsichtigte Abschaffung jeglicher Diskriminierung politischer, konfessioneller oder nationaler Art. Bei allen diesen Änderungen soll aber das Verhältnis zur Sowjetunion und zu den Volksdemokratien so ungetrübt wie bisher bleiben, da die Entwicklung nur in Anlehnung an den volksdemokratischen Block möglich sei.

*Die nationalkommunistischen Umwälzungen
nach dem VIII. Plenum*

Die Beschlüsse des VIII. Plenums riefen lauten Jubel in ganz Polen hervor, der sich in Tausenden von Versammlungen bis zu ungeheueren Massendemonstrationen entlud. Vor über 300 000 Warschauern sprach *Gomułka* am 24. Oktober, begrüßt mit Hochrufen und mit dem familienfestartigen Rundgesang „*Sto lat, sto lat...*“ (hundert Jahre soll er uns leben...) ⁹². Auch die beiden anderen Parteien, ZSL und SD, sowie alle anderen Organisationen gaben ihrer Befriedigung mit der eingetretenen Entwicklung Ausdruck und beriefen in vielen Fällen eigene Rehabilitierungskommissionen, um früher verstoßene Anhänger zu überprüfen und wieder aufzunehmen. Die Rehabilitierung des früheren Befehlshabers der „*Bauernbataillone*“ (BCh), *Kamiński*, zeigt, wie weit man gewillt ist, hierbei zu gehen.

Auf vielen Versammlungen seit dem 23. Oktober stellten sich auch die Streitkräfte hinter *Gomułka*. Am 24. Oktober wurde bekanntgegeben, daß der eben erst rehabilitierte General *Spychalski* zum stellvertretenden Verteidigungsminister und Leiter der politischen Abteilung des Heeres ernannt worden ist. In den folgenden Tagen wurden weitere beurlaubte Offiziere neu eingestellt oder auch rehabilitiert, darunter auch Offiziere der früheren polnischen *Anders-Armee* im Westen.

Die Beurlaubung und spätere Abberufung des Marschalls *Rokossowski* und weiterer sowjetischer Offiziere in der polnischen Wehrmacht läßt auf eine stete Weiterentwicklung der „*Polonisierung*“ der Streitkräfte schließen. An die Stelle *Rokossowskis* wurde *Spychalski* berufen, dessen bisheriges Amt ein weiterer kommunistischer Widerstandskämpfer der Kriegszeit und enger Mitarbeiter *Spychalskis* aus dieser Zeit, General *Zarzycki*, übernahm.

Kurz nach Abschluß des VIII. Plenums traten einige *Wojewodschaftsvorsitzende* der PZPR, die durch die stalinistische Epoche zu stark belastet waren, von ihren Posten zurück, so in Breslau, Danzig, Krakau und anderen Städten. Damit setzte ein *Kristallisationsprozeß* ein, dessen Ziel die volle Beteiligung aller

nationalkommunistischen Elemente am öffentlichen Leben sein soll.

Während der am 23. Oktober begonnenen X. Sitzungsperiode des Sejm wurde eine Reihe bisheriger Regierungsangehöriger, im wesentlichen alles früher eng mit *Minc* zusammenarbeitende *Natolin-Leute*, ersetzt, unter anderem auch durch die Ernennung des früheren Mitstreiters *Gomułkas*, *Ignar*, zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Die Regierungserklärung *Cyrankiewicz'* zur Eröffnung brachte keine neuen Momente.

Während der Tagung des Landesparteiaktivs Anfang November ergriff *Gomułka* am 4. November das Wort und rief dazu auf, die bisherigen ideologischen Streitigkeiten zu begraben. Die Bezeichnungen „*Puławy*“ und „*Natolin*“-Gruppe sollten nunmehr verschwinden, da es die Einheit der Partei verlange. Nach Darlegung der Änderungen, die in der Partei eine Besserung ihrer Arbeit bringen sollen, kündigte er eine neue Politik gegenüber früheren PPS-Angehörigen an, die rehabilitiert und in der politischen Arbeit eingesetzt werden sollen. Zu diesem Zweck habe das Politbüro eine eigene Verifizierungskommission gebildet, die über eine schnelle Erledigung wachen soll. Es solle alles getan werden, um die ZK-Beschlüsse möglichst schnell zu verwirklichen.

Gomułkas realpolitischer Blick, der über eine echte Heranziehung der Sozialisten schon 1948 die Partei genau so stärken wollte wie jetzt, wird durch seinen Frieden mit der Kirche bewiesen. Nach Besprechungen von *Bieńkowski* und *Kliszko*, beides engste Gefolgsleute *Gomułkas*, mit dem internierten Kardinal *Wyszyński* kehrte der Kardinal nach Warschau in sein Amt zurück. Am 4. November predigte er erstmals vor einer riesigen Menschenmenge in der Hl.-Kreuz-Kirche, wobei er maßvoll seine Worte setzte, die Regierung eher unterstützend als angreifend. Der ebenfalls realpolitisch denkende *Wyszyński* erkannte sehr wohl, daß die Rückgabe des Kirchenbesitzes und die Gewährung der Kirchenfreiheit im gegenwärtigen Zeitpunkt das Höchsterreichbare darstellen. Der Verzicht auf eine eigene Jugendbewegung und Partei wird ihm daher um so leichter gefallen sein. Eine Kommission aus Vertretern der Kirche und der Regierung soll das neue Verhältnis festigen.

Durch den Aufstand in Ungarn verschlechterte sich die außenpolitische Lage Polens. Die anfängliche Unterstützung und Gutheißung der Entwicklung in Ungarn mußte nach der Intervention der Sowjets zu Befürchtungen für das eigene Schicksal führen, die noch genährt wurden durch die gesteigerten sowjetischen Truppentransporte durch Polen. Am 29. Oktober wurde zwar bekanntgegeben, daß die sowjetischen Einheiten in ihre Standorte zurückgekehrt sind, doch der Augenschein widersprach dieser Erklärung; so ist erklärlich, daß die Stimmung in Polen immer nervöser wurde; selbst die Hauptverwaltung der ZMP rief die

polnische Jugend auf, den Arbeitermilizen beizutreten⁹³. Dabei wurde die öffentlich gestellte Forderung auf Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen immer lauter. Sowohl Gomułka selbst als auch die Mitglieder der Regierung und der Parteiführung sowie die Presse versuchten hier zu beschwichtigen mit dem Hinweis auf die Sicherung der Oder/Neiße-Grenze durch die in Polen stationierten sowjetrussischen Verbände, deren Unterstützung man also brauche; diese Sicherung sei ganz besonders angesichts der Aufrüstung in der Bundesrepublik notwendig. Die im gegenwärtigen Zeitpunkt politisch unrealistische Forderung der Öffentlichkeit wird so durch den Hinweis auf die Oder/Neiße-Grenze und die Bundesrepublik immer wieder geschickt abgeblockt. Die Unzufriedenheit über die weitere Stationierung sowjetischer Truppen in Polen ist aber anscheinend größer als die Furcht vor der imaginären deutschen Bedrohung.

Gomułka ergriff daher während der Feierlichkeiten zum 39. Jubiläum der Oktoberrevolution in Warschau das Wort, um in einer kurzen Ansprache besänftigend auf die Stimmung einzuwirken und der Sowjetunion noch einmal klarzulegen, daß er zu ihr und dem Kommunismus halten wolle, da er auf beide angewiesen sei. Auch Zawadzki unterstrich in einer längeren Rede diese Gedankengänge. Als eine gewisse Beruhigung mag in dieser nervenaufreibenden Zeit sowohl die sowjetische Erklärung „über die Grundlagen der Entwicklung und der Stärkung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten“⁹⁴ als auch in noch stärkerem Maße die Erklärung der chinesischen Regierung über die Verhältnisse zwischen den sozialistischen Staaten empfunden worden sein, obgleich sich ihr nur relativer Wert im Zuge der ungarischen Ereignisse gezeigt hat.

Die innere Stärkung durch Berufung weiterer Anhänger Gomułkas in die Regierung, wie beispielsweise Bieńkowski zum Erziehungsminister, und Änderungen im Staatsrat sollte während der wieder aufgenommenen Sejm-Sitzung durch einen vorerst letzten Vorstoß der Natolin-Gruppe erschüttert wer-

den. Kłosiewicz verlangte, daß die Regierung zu Gerüchten ausländischer Rundfunksender Stellung nehmen solle, daß während des VIII. Plenums ein Putschversuch unternommen worden sei. Er werde als einer jener Männer bezeichnet, die daran beteiligt gewesen sein sollten. Die Absicht der Anfrage war leicht zu durchschauen: es sollte Verwirrung erzeugt und eventuell eine Erklärung gegen die Sowjetunion provoziert werden. Sowohl Gierek als auch Cyrankiewicz antworteten scharf, aber zurückhaltend, wobei sie den geistig wenig wendigen Kłosiewicz offensichtlich bloßzustellen suchten. Der Vorstoß mißlang. Der jetzt beabsichtigte Ausschluß des Kłosiewicz aus dem ZK bedeutet für die Natolin-Gruppe in dieser Situation einen schweren Schlag.

Die volksdemokratischen Reaktionen auf die Neuorientierung Polens lassen auf eine gewisse Unsicherheit schließen. Wenn die Umwälzung in China als ein „Anfang einer neuen Ära“ begrüßt und auch in der sowjetischen Presse nach der *Prawda*-Entgleisung durchaus positiv beurteilt wurde, so lassen doch zwei Meldungen in der *Prawda* vermuten, daß sich hier noch kein endgültiges Urteil herausgebildet hat: Am 7. November heißt Gheorghiu-Dej die Entwicklung bei einer theoretisch-ideologischen Erörterung indirekt gut, am 8. November wendet sich Enver Hodscha bei ähnlichen theoretischen Überlegungen dagegen.

Der Besuch Gomułkas mit einer Regierungsdelegation in Moskau vom 15. bis zum 18. November hat hier nun eine Klärung gebracht. Der Empfang am Grenzbahnhof Brest-Litowsk, der „große Bahnhof“ in Moskau mit Betonung der absoluten Gleichstellung und das Schlußkommuniqué⁹⁵, das mit offensichtlichen Konzessionen beider Seiten zustande kam, lassen vermuten, daß Moskau Warschau respektiert. Es mag sich überzeugt haben, daß Gomułka Kommunist mit gleichen Zielen und nur einem anderen, eigenen Weg ist — dem nationalen polnischen Weg, der dem Kommunismus in Polen — wie schon immer in der Geschichte — mehr Einfluß und mehr Erfolg bringen soll.

Abgeschlossen am 19. November 1956.

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. W. Feldmann, „Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795–1914)“, München und Berlin 1917, S. 338 f., und Władysław Pobóg-Malinowski, „Najnowsza historia polityczna Polski 1864–1945“, Paris 1953, Bd. 1, S. 108, Fußnote 10.

²⁾ Jan Krzysztof Kwiatkowski, „Komuniści w Polsce. Rodowód — taktyka — ludzie“, Brüssel 1946, S. 6.

³⁾ Tadeusz Daniszewski, „Materiały do studiowania historii polskiego ruchu robotniczego (Lata 1864–1917)“, Wydział Propagandy i Agitacji KC PZPR, Heft 2, Warschau 1954, S. 207.

⁴⁾ Dr. L. Lipsius, „Lenin und der Nationalkommunismus“ in: *hvp*, Göttingen, Nr. 44 vom 1. November 1956.

⁵⁾ Lenin, Werke, Bd. 24, S. 183, 3. russ. Auflage.

⁶⁾ „Platforma polityczna“ in: „KPP. Uchwały i rezolucje“. Wydział Historii Partii KC PZPR, Bd. 1, Warschau 1953, S. 42.

⁷⁾ „Sytuacja polityczna i taktyka partii“, ebenda S. 198.

⁸⁾ Alfred Burmeister, „Rehabilitierte NKWD-Opfer“ in: *Ostprobleme*, Bad Godesberg, Nr. 32 vom 12. August 1955, S. 1226.

⁹⁾ Die Rede ist abgedruckt in der polnischen Ausgabe der Werke Stalins, Bd. 6, S. 266 f.

¹⁰⁾ „Sprawa polska na V. Kongresie Międzynarodówki Komunistycznej“, Moskau 1924.

¹¹⁾ Ebenda.

¹²⁾ Georg W. Strobel, „Taktik, Auflösung und Rehabilitierung der polnischen KP“ in: *Osteuropa*, Stuttgart 1956, Heft 3, S. 281.

¹³⁾ Vgl. hierzu Alfred Regula, „Historia Komunistycznej Partii Polski“, Warschau 1934.

¹⁴⁾ Hervorhebungen vom Verfasser.

¹⁵⁾ Regula, a. a. O.

¹⁶⁾ *Nachrichten für Außenhandel*, Berlin, Nr. 121 vom 1. Juni 1937.

¹⁷⁾ Aufruf des ZK der KPP vom April 1938. Wydział Historii Partii KC PZPR, Warschau 1953, S. 409 ff.

¹⁸⁾ St. Przybysz, „Politbiuro PPR-u“, in: *Przegląd polski*, London 1947, Nr. 11, S. 3 ff.

¹⁹⁾ „O co walczyliśmy“, Warschau, November 1943.

²⁰⁾ Vgl. hierzu Georg W. Strobel, „Die polnische Widerstandsbewegung seit 1939“ in: *Osteuropa*, Stuttgart 1952, Heft 3, S. 191.

²¹⁾ Vgl. hierzu Georg W. Strobel und Hermann Volle (unter Mitarbeit von Otto Heike), „Die Staatswerdung des neuen Polen“ in: Europa-Archiv 22/1949, S. 2613 ff., und Georg W. Strobel, „Weitere Einzelheiten zur Staatswerdung Polens“ in: Europa-Archiv 7—8/1950, S. 2953 ff., sowie Georg W. Strobel, „Die polnische Widerstandsbewegung...“, a. a. O.

²²⁾ Vgl. Georg W. Strobel und Hermann Volle, a. a. O.

²³⁾ Zit. nach Kwiatkowski, a. a. O., S. 55.

²⁴⁾ Zit. nach Kwiatkowski, a. a. O., S. 55 f.

²⁵⁾ Zit. nach Kwiatkowski, a. a. O., S. 59.

^{25a)} Die wirtschaftspolitischen Überlegungen Gomułkas finden sich häufig in den Spalten der theoretischen Wirtschaftszeitschrift *Ekonomista* und der wirtschaftspolitischen Zeitschrift *Zycie gospodarcze* aus dieser Zeit. Sie wurden auch von den sich um die Zeitschrift *Wici* und den gleichen Verband scharenden Politikern vertreten, besonders von S. Ignar.

²⁶⁾ Er schrieb u. a., daß „beide Parteien (PPR und PPS) das gleiche Unabhängigkeitsstreben aufweisen“ und daß sowohl für die PPR wie auch für die PPS die Unabhängigkeit Polens das oberste Streben sei. (Władysław Gomułka-Wiesław, „Na nowym etapie“ in: *Nowe drogi*, Warschau 1948, Nr. 8, S. V.) Ein andermal betonte Gomułka daß der „Kampf gegen die rechtsextremen Elemente kein Kampf gegen die PPS sein darf“ („Jakaś jedność budujemy“ in: *Nowe drogi*, Warschau 1948, Nr. 9, S. 5).

²⁷⁾ Oskar Lange, „Wspólna partia, wspólna ideologia“ in: *Nowe drogi*, 1948, Nr. 9, S. 18.

²⁸⁾ M. Marinin, „Für einen festen Frieden und Volksdemokratie“ in: *Neue Welt*, Berlin, Nr. 22 vom November 1947, S. 43.

²⁹⁾ „Resolution des Plenums des ZK der PPR über die rechtsgerichtete und nationalistische Abweichung der Parteiführung, ihre Quellen, den Weg und die Art ihrer Ueberwindung“ in: *Pressedienst*, Presseabteilung der polnischen Militär-Mission, Berlin, vom 7. September 1948 (fortan zit. „Pressedienst“).

³⁰⁾ Ebenda.

³¹⁾ „Kommuniqué des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiterpartei (PPR)“ in: *Pressedienst*, Nr. 582 vom 6. September 1948.

³²⁾ Oskar Lange, „Nauki ekonomiczne“ in: „Dziesięć lat rozwoju nauki w Polsce Ludowej“. PAN, Komitet Historii Nauki, Warschau 1956, S. 282.

^{32a)} Gomułka führte aus: „Kern des rechtsnationalistischen Komplexes ... mußte meine Stellung zur Sowjetunion und zur KPdSU sein ... In der Praxis spielte bei diesem Komplex weniger das Parteiverhältnis zwischen der KPdSU und der PPR eine Rolle als vielmehr das staatliche Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Polen ... In mir wurde nie der Gedanke geboren, daß Polen den Weg zum Sozialismus beschreiten könne ... ohne Anlehnung an die Sowjetunion. Ich verstand diese Probleme, aber es fiel mir schwer, in der Praxis — denn verstandesmäßig habe ich das oft erfaßt — meine Stellung zur Sowjetunion vor allem auf die ideologische Parteiplattform umzustellen.“ Vgl. W. Gomułka, „Drugie przemó-

wienie na Plenum KC“ in: *Nowe drogi*, Warschau 1948, Nr. 11, S. 144.

³³⁾ „Resolution des Plenums des ZK der PPR über die rechtsgerichtete...“, a. a. O.

³⁴⁾ Zu entnehmen einer Rede von A. Zawadzki, in: „III. Plenum Komitetu Centralnego Polskiej Partii Robotniczej“, Warschau 1949, S. 157.

³⁵⁾ „Minister Gomułka zur bevorstehenden Vereinigung der Arbeiterbewegung in Polen“ in: *Pressedienst*, Nr. 654 vom 30. November 1948.

³⁶⁾ Zum XX. Parteitag der KPdSU vgl. Boris Meissner, „Die Ergebnisse des 20. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ in: Europa-Archiv 9/1956, S. 8803 bis 8824, und 10/1956, S. 8845—8876. Ferner: Boris Meissner, „Das Ende des Stalin-Mythos“, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 13, Frankfurt a. M. 1956.

³⁷⁾ Deutsche Uebersetzung in: *Hinter dem Eisernen Vorhang*, München 1956, Nr. 2, S. 20 ff.

³⁸⁾ *Die Presse*, Wien, Nr. 2056 vom 30. Juli 1955.

³⁹⁾ *Trybuna ludu*, Warschau, 3. August 1955.

⁴⁰⁾ Wie ernst die Lage in der Partei gewesen sein muß, geht aus folgendem Absatz dieses Leitartikels hervor: „Wenn wir wirklichkeitsnah bleiben und die Wirklichkeit des Alltagslebens entsprechend der objektiven, fortschrittlichen Tendenz der sozialen Entwicklung sowie in Uebereinstimmung mit den Bedürfnissen der arbeitenden Massen umbilden wollen, so müssen wir diese Änderungen, die sich jetzt vor unseren Augen abspielen, in die theoretische Struktur unserer Ideologie einbauen. Wir müssen dann die neuen Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Lebens in schöpferischer Weise vertreten, ihre Bedeutung verstehen und aus ihnen die Folgerungen ziehen, die für unsere praktische Arbeit von Bedeutung sind.“

⁴¹⁾ *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 89 vom 30. März 1956.

⁴²⁾ *Nowe drogi*, Warschau, Nr. 10/1955.

⁴³⁾ *Trybuna ludu*, Nr. 49 vom 19. Februar 1956.

⁴⁴⁾ Schon während dieses Plenums wurden Fragen einer Liberalisierung und teilweise auch eines eigenen Weges zum Sozialismus angeschnitten, jedoch sehr zögernd und unbestimmt, so daß sie mühelos beiseite geschoben werden konnten.

⁴⁵⁾ *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 89 vom 30. März 1956.

⁴⁶⁾ *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 71 vom 12. März 1956. Diese Gefahren wurden bereits früher aufgezeigt: Georg W. Strobel, „Polen — Die neue Verfassung“ in: *Osteuropa*, Stuttgart 1952, Heft 3, S. 217 ff.

⁴⁷⁾ *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 97 vom 7. April 1956.

⁴⁸⁾ *Po prostu*, Warschau, vom 1. Mai 1956.

⁴⁹⁾ Alfred Burmeister, „Politische Entspannung in Polen“ in: *Aus Politik und Zeitgeschehen* (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*), Bonn, vom 12. September 1956, S. 583.

⁵⁰⁾ *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 115 vom 25. April 1956.

⁵¹⁾ Ebenda.

⁵²⁾ In einem Kommentar hieß es, daß 70 000 Gefängnisstrafen ermäßigt und 30 000 Strafgefangene freigelassen werden sollten. Am 15. Mai gab Radio Warschau bekannt, daß die Aktion im wesentlichen abgeschlossen sei.

⁵³⁾ *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 119 vom 29. April 1956.

⁵⁴⁾ Ebenda.

⁵⁵⁾ *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 119 vom 29. April 1956.

⁵⁶⁾ *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 120 vom 30. April 1956.

⁵⁷⁾ *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 147 vom 27. Mai 1956.

⁵⁸⁾ *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 150 vom 30. Mai 1956.

⁵⁹⁾ Ochab versuchte zwar, die *Trybuna ludu* zu einer Hilfestellung für die Partei zu gewinnen. Es war vergeblich: die Redaktion hatte sich für die Propagierung der neuen Strömung entschieden, und es bestand daher keine Möglichkeit mehr, sie umzustimmen (!). Vgl. Ochabs Rede vor dem VIII. Plenum, in: Sonderheft der *Nowe drogi*, Nr. 10/1956, S. 117 (fortan zit. „Sonderheft“).

⁶⁰⁾ Vgl. Zawadzki's Diskussionsbeitrag während des VIII. Plenums, in: Sonderheft, S. 141.

- 61) Wortlaut in Europa-Archiv 17/1956, S. 9142—9150.
- 62) Vgl. Sonderheft, S. 75.
- 63) Ebenda, S. 71.
- 64) Ebenda, S. 212.
- 65) Neu aufgenommen wurden *Gierek, Nowak und Rapacki*; zu Vertretern im Politbüro wurden gewählt *Jędrzychowski* und *Stawiński*; das ZK wurde ergänzt durch *Helena Jaworska, Moczar, Rumiński, Stawiński, Michalina Tatarkówna* und *Werblan* als Vollmitglieder. Zum Vorsitzenden der Parteikontrollkommission wurde *Nowak* gewählt, und die Kommission wurde durch *Janina Kozłowska* und *Nowak* ergänzt.
- 66) Sonderheft, S. 161.
- 67) Pressedienst, Nr. 1502 vom 3. August 1956.
- 68) *Daniszewski* sagte über die folgenden Wochen in der Parteiarbeit, daß „die Zuchtlosigkeit und Verwirrung, die damals in der Partei herrschten, nicht gebremst werden konnten, sondern im Gegenteil sich gewaltig vertieften und verschärften“. (Sonderheft, S. 99).
- 69) Der sich abzeichnende Kurswechsel wurde durch die Ausführungen des Vorsitzenden des Staatsrates, *Aleksander Zawadzki*, während der Tagung des Gesamtpolnischen Komitees der Nationalen Front am 13. und 14. August unterstrichen: „Der Weg jeden Sozialismus hat seine spezifischen Merkmale, die der jeweiligen Nation eigen sind. Wenn man sich auf diesem Wege die Erfahrung anderer zunutze macht, kann das Ziel noch schneller erreicht werden. Die besten Traditionen Polens, die echten Leistungen nationaler Kultur richtig anzuwenden und die Ideen des Sozialismus, die wir mit anderen Völkern gemeinsam haben, zum Leben zu erwecken — das ist der richtige Weg, der vor uns liegt.“ (*Trybuna ludu*, Warschau, 14. August 1956).
- 70) *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 236 vom 24. August 1956.
- 71) *Głos pracy*, Warschau, Nr. 208 vom 31. August 1956.
- 72) *Głos pracy*, Warschau, Nr. 213 vom 6. September 1956.
- 73) *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 249 vom 6. September 1956.
- 74) *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 291 vom 18. Oktober 1956.
- 75) *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 293 vom 20. Oktober 1956.
- 76) *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 306 vom 2. November 1956.
- 77) Sonderheft, S. 14.
- 78) Vgl. die gesamte Entwicklung in: Sonderheft, S. 15.
- 79) *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 293 vom 20. Oktober 1956.
- 80) Hervorhebung im Original (vgl. Anmerkung 81).
- 81) Sonderheft, S. 17 f.
- 82) Informationen aus Warschau zufolge soll die sowjetische Delegation auch angekündigt haben, daß bei größeren polnischen Widerstandsaktionen Teile der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie „vorläufig“ der DDR übergeben würden, weil dann „wichtige Interessen der Sowjetunion“ geschützt werden müßten. Während des ZK-Plenums wurden von keiner Seite hierzu auch nur Andeutungen gemacht. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 257 vom 2. November 1956).
- 83) Anmerkung der Redaktion: Die hier angeführten Artikel sind in Heft 45/1956 der Zeitschrift *Ostprobleme* (9. November) auszugsweise in deutscher Uebersetzung wiedergegeben (S. 1568 ff.).
- 84) Ochab selbst bezeichnete den *Prawda*-Artikel am 21. Oktober als „unklug und schädlich“. (Sonderhefte, S. 114).
- 85) Sonderheft, S. 19.
- 86) Sonderheft, S. 20.
- 87) Sonderheft, S. 60.
- 88) Er führte aus: „Die ganze Stadt wußte, daß Menschen gemordet werden, daß es Karzer gibt, in denen die Menschen bis zu drei Wochen in ihren knöcheltief sich ansammelnden Exkrementen stehen müssen, daß *Różański* eigenhändig den Menschen Fingernägel von den Fingern reißt, daß man Menschen mit kaltem Wasser begießt und in den Frost hinausstellt, aber Genosse *Berman*, ein Mitglied des Komitees für Staatssicherheit, wußte es angeblich nicht.“ (Sonderheft, S. 61).
- 89) Sonderheft, S. 157 f.
- 90) Sonderheft, S. 158.
- 91) Sonderheft, S. 159.
- 92) Vgl. den Wortlaut der Rede *Gomułka*s auf S. 9384 dieser Folge.
- 93) *Trybuna ludu*, Warschau, Nr. 307 vom 3. November 1956.
- 94) Vgl. den Wortlaut der Erklärung auf S. 9388 dieser Folge.
- 95) Vgl. den Wortlaut der gemeinsamen sowjetisch-polnischen Erklärung auf S. 9385 dieser Folge.

Die Tragödie des ungarischen Volksaufstandes

Von Dr. Curt Gasteyger

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Die Darstellung der Ereignisse teilt sich in drei Abschnitte, deren mittlerer als Hauptteil den eigentlichen Aufstand mit Beginn am 23. Oktober (der 22. wurde als Auftakt dazu mit- einbezogen) bis zur Niederschlagung durch die sowjetischen Truppen am 4. November umfaßt. Die kurzgefaßte Vorgeschichte enthält lediglich eine Uebersicht über die Ereignisse, die für das Verständnis der Entwicklung, die zum Aufstand führte, wichtig schienen. Im letzten Teil sind die Ereignisse nach dem 4. November im Ueberblick bis zum 26. November nachgeführt.

In Anbetracht der Fülle des Materials konnten bei der Darstellung nur diejenigen Vorgänge Berücksichtigung finden, die eigentliche „Haltepunkte“ für den ungefähren Verlauf des Aufstandes bilden. Mit Absicht wurden jeweils einige Kommentare des Auslandes zu den Geschehnissen in Ungarn mit einbezogen, um die unterschiedlichen Stellungnahmen, vor allem in den volksdemokratischen Ländern, zu kennzeichnen.

Eine kurze Erwähnung der Vorgänge am Suezkanal, insbesondere des britisch-französischen Eingreifens, drängte sich auf, weil sie in einem gewissen Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn und deren Beurteilung in der Weltöffentlichkeit zu stehen scheinen. Die Sitzungen der Vollversammlung und des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen finden Berücksichtigung, soweit sie sich auf Ungarn beziehen.

Als Quellen wurden benutzt: *BBC Summary* und *BBC Monitoring Report*; *Hinter dem Eisernen Vorhang*; *Neues Deutschland*; *Neue Zürcher Zeitung*; *The New York Times*; *Le Monde*; *Prawda*; *Wiener Zeitung*; *Archiv der Gegenwart* sowie Presseauschnitte und Radioberichte aus den osteuropäischen Ländern.

Zur Vorgeschichte des Aufstandes

Die Entwicklung in Ungarn im vergangenen halben Jahr, das heißt seit dem XX. Parteikongreß der KPdSU* Ende Februar, wich kaum von derjenigen in anderen Satellitenstaaten ab. Sie verlief im Sinne der mit dem Schlagwort „Tauwetter“ gekennzeichneten allgemeinen Tendenz einer allmählichen „Entstalinisierung“ und „Demokratisierung“ und der damit verbundenen Lockerung der Kontrolle des täglichen Lebens durch Staat und Partei. Die in Ungarn anfänglich eher widerwillig und mit Zurückhaltung von Partei und Regierung in Angriff genommenen Maßnahmen mußten unter dem Druck der öffentlichen Meinung, sicher aber auch durch die Einflußnahme der Sowjetunion, beschleunigt werden. Daß dabei das Beispiel und die Haltung des benachbarten Jugoslawien als „Katalysator“ wirkten, darf wohl gleichfalls angenommen werden.

Diesen Einflüssen hatte sich auch der einflußreiche und als orthodoxer Stalinist geltende Erste Sekretär der Partei der Ungarischen Werktätigen (KP), Matyas

Rakosi, zu beugen: Am 27. März 1956 teilte er, dem Beispiel bereits durchgeführter Rehabilitierungen in den andern Volksdemokratien folgend, die Rehabilitierung des im Jahre 1949 wegen „titoistischer Abweichungen“ hingerichteten früheren Außenministers László Rajk und der mit ihm verurteilten Gruppe mit. Die damit eingeleitete Entwicklung war nun nicht mehr aufzuhalten und erreichte am 18. Mai ihren ersten Höhepunkt, als Rakosi in einer Sitzung des Budapester Parteiaktivs sich selbst beschuldigte, dem Persönlichkeitskult Vorschub geleistet und „gesetzlose“ Zustände geduldet zu haben. Die seitdem immer stärker hervortretende und bald maßgebliche Partei- linie bedeutete grundsätzlich nichts anderes als eine Wiederbelebung des „Neuen Kurses“, der von dem im April 1955 von Rakosi abgesetzten Ministerpräsidenten Imre Nagy propagiert worden war: Dezentralisation der Verwaltung, Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung unter Zurücksetzung der zu weit vorgetriebenen Industrialisierung und Betonung der „sozialistischen Legalität“. Alle diese angekündigten Maßnahmen mußten jedoch auf halbem Wege steckenbleiben, solange der stalinistische Flügel der Partei unter Führung von Rakosi die Oberhand behielt.

*) Vgl. Boris Meissner, „Die Ergebnisse des 20. Parteikongresses der KPdSU“ in: *Europa-Archiv* 9/1956, S. 8803 ff., und 10/1956, S. 8845 ff.; Boris Meissner, „Das Ende des Stalin-Mythos“, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 13, Frankfurt a. M. 1956.

Die Opposition gegen Rakosi, die in den Versammlungen des Petöfi-Klubs Ende Juni ihren beredtesten Ausdruck fand (u. a. richtete auch die Witwe *Rajks* einen scharfen Angriff gegen die Partei), wuchs in den folgenden Wochen ständig; entscheidend für den am 18. Juli anlässlich einer Sitzung des ZK der ungarischen KP bekanntgegebenen Rücktritt Rakosis dürfte jedoch die darauf abzielende wiederholte Forderung *Titos* und der damit verbundene Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen zu Jugoslawien gewesen sein. Trotzdem schien auch nach dem Sturze Rakosis die Gewähr für eine Durchführung der geforderten Liberalisierungsmaßnahmen und einer Anerkennung der „Titoisten“ noch nicht gegeben. Der Nachfolger Rakosis, Ernő *Gerő*, war nicht nur für seine rücksichtslose Industrialisierungspolitik bekannt, sondern auch ein erbitterter Gegner *Nagys*. Er kündigte in seiner Antrittsrede denn auch mit deutlicher Anspielung auf den Posener Arbeiteraufstand sogleich an, daß er den Kampf gegen „bürgerliche und konterrevolutionäre Anschauungen“ energisch weiterführen werde. Trotzdem konnte die Regierung die Ereignisse in Polen als ein auch für Ungarn ernst zu nehmendes Zeichen für die vorhandenen oppositionellen Strömungen nicht übersehen. Wenn auch *Gerő* forderte, „keine Konsequenzen aus den Vorgängen in Polen zu ziehen“, so sah man sich doch gezwungen, im Laufe der nächsten Wochen weitere Rehabilitierungen vorzunehmen und Konzessionen für eine allgemeine „Liberalisierung“ zu machen. Dies führte zunächst zu einer Umbildung der Regierung am 30. Juli, wobei auch der seit kurzem rehabilitierte ehemalige Sozialdemokrat György *Marosán* als Stellvertretender Ministerpräsident in die Regierung aufgenommen wurde. Außerdem wurde Imre *Horváth* zum Außenminister ernannt, und einige Ministerien, insbesondere der Industrie, wurden neu besetzt. Die stückweise erfolgende Veröffentlichung von Teilen des neuen Fünfjahrplanes zeigte dann aber, daß nach wie vor das Hauptgewicht auf der Entwicklung der Schwerindustrie lag und den Zusicherungen einer „Erhöhung des Lebensstandards“ mehr eine propagandistische Wirkung zugeordnet war. So war es nur verständlich, daß die Stimmen, die eine konsequente „Entstalinisierung“ und zugleich eine selbständigere Innen- und Außenpolitik forderten, sich infolge dieser zögernden und zweideutigen Regierungspolitik ständig mehrten.

Diese kritischen Stimmen — hierbei sei lediglich an den aufsehenerregenden Kongreß des ungarischen Schriftstellerverbandes vom 17./18. September erinnert — fanden Stärkung und Unterstützung in Polen und Jugoslawien. In diese Entwicklung schaltete sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion mit einem Schreiben* an die kommunistischen Parteien der

Volksdemokratien ein. Darin wurde den Parteien zwar die Möglichkeit eines „selbständigen Weges zum Sozialismus“ zugestanden. Gleichzeitig wurden sie aber vor dem Weg des Titoismus als „sozialdemokratische Abweichung“ gewarnt, und der ideologische Führungsanspruch der Sowjetunion und ihrer Partei wurde in unmißverständlicher Weise hervorgehoben. Das Schreiben dürfte der primäre Anlaß zu dem Treffen *Titos* mit *Bulganin* und *Chruschtschow* auf der Krim Ende September gewesen sein. Auf ihm soll — nach jugoslawischen Informationen — ein vorläufiger Kompromiß über die Haltung der Sowjetunion gegenüber der „Entstalinisierung“ in den Volksdemokratien, die nicht durch sowjetisches Eingreifen unterbrochen werden dürfe, erzielt worden sein. Es kann nämlich — auch auf Grund der weiteren Entwicklung in Ungarn und in den übrigen Volksdemokratien — beinahe als sicher angenommen werden, daß sich zwei Richtungen in der sowjetischen Partei- und Staatsführung gegenüberstanden. Die eine, von Ministerpräsident *Bulganin* und Parteisekretär *Chruschtschow* vertreten, scheint die Politik der „Entstalinisierung“ mit einer gewissen Toleranz gegenüber den nationalkommunistischen Selbstständigkeitsbestrebungen der Volksdemokratien verbunden zu haben. Die andere — mit dem in letzter Zeit immer stärker hervortretenden *Suslow* und dem später (am 21. November) zum Minister für Staatskontrolle ernannten *Molotow* als Exponenten — wollte, wahrscheinlich auch mit Unterstützung der Armee, zur „stalinistischen“ Politik zurückkehren und nur unwesentliche Konzessionen bei der „Demokratisierung“ der osteuropäischen Länder zulassen, im übrigen aber alle Bestrebungen unterdrücken, die auf Bildung „nationalkommunistischer“ Staaten — entsprechend dem jugoslawischen Beispiel — hinauslaufen. Die Tatsache, daß an dieser Konferenz der ungarische Parteisekretär *Gerő* teilnahm, führt zur Annahme, daß auch die Lage in Ungarn besprochen und die weiteren Richtlinien für die dort einzuschlagende Politik festgelegt wurden.

Am 6. Oktober, zur gleichen Zeit also, in der *Gerő* auf der Rückreise von der Krim in Moskau weilte, wurde in Budapest die Leiche *Rajks* exhumiert und als Zeichen seiner völligen Rehabilitierung in einem Staatsbegräbnis zusammen mit drei anderen Funktionären beigesetzt. Dieser letzte Akt der Rehabilitierung *Rajks* bildete das Ende der vor einigen Monaten begonnenen, aber bisher nur halb durchgeführten „Entstalinisierung“. Die Bevölkerung sah darin ein Symbol für das Ende der „Stalin-Rakosi-Ära“; nun wurden — möglicherweise zu spät — lang aufgestaute Kräfte der bisher zurückgedrängten Opposition frei, die, ermutigt durch das polnische Beispiel, noch stärker als bisher Kritik an Partei und Regierung zu üben begannen. Schon acht Tage nach der „Beisetzung“ *Rajks*, am 14. Oktober, wurde auf Beschluß des ZK

*) Ein englischer Text dieses Schreibens wurde in *Washington Post and Times Herald* vom 17. Oktober 1956 in einem Artikel von Chalmers B. Roberts abgedruckt.

der ungarischen KP Imre Nagy wieder in die Partei aufgenommen; man erklärte dazu, er sei „hauptsächlich wegen der Voreingenommenheit Rakosis“ seiner Funktionen enthoben worden. In den folgenden Tagen häuften sich die Ereignisse, die, Aktion und Reaktion auf die Vorgänge in Polen zugleich, zu dem Aufstand vom 23. Oktober führten: vom 15. bis zum 22. Oktober treffen sich in Belgrad die Vertreter der ungarischen KP (unter der Leitung Gerös) mit denjenigen der jugoslawischen Kommunisten. In Warschau wird am 19. Oktober das VIII. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei eröffnet, dessen dramatischer Verlauf durch die Intervention einer Delegation der KPdSU unter Führung Chruschtschows, die Wahl Gomułkas zum Ersten Sekretär der Partei und die Ausschaltung des sowjetischen Marschalls Rokossowski aus dem Politbüro gekennzeichnet wird. Die Wirkung dieser Vorgänge auf Un-

garn ist außerordentlich groß. Schon am 19. Oktober war es zum Austritt von 3000 Studenten aus der kommunistischen Jugendorganisation, DISZ, und zur Gründung eines eigenen Hochschulverbandes gekommen. Nun steigt sprunghaft die Zahl der Kundgebungen, Demonstrationen und Resolutionen, in denen die Säuberung der Partei von „Stalinisten“, Aufklärung über die wirtschaftliche Lage des Landes und eine größere Unabhängigkeit Ungarns gegenüber der Sowjetunion gefordert werden.

Dies waren mit anderen Worten Begehren, die sich durchaus im Rahmen eines „nationalkommunistischen Programms“ bewegten, ohne die Grundlagen des Systems an sich zu berühren. Alles spricht dafür, daß die Entwicklung in Ungarn einen ähnlichen Verlauf wie in Polen hätte nehmen können, falls die Regierung dieser Stimmung durch geeignete Maßnahmen Rechnung getragen hätte.

Der Aufstand

Erste Phase: Bis zur Bildung einer neuen Regierung am 27. Oktober 1956

Die Auswirkungen des Umschwungs in Polen

Das Echo in Ungarn auf das in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober 1956 bekanntgegebene Resultat der Neuwahlen des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR), insbesondere die Nichtwiederwahl des bisherigen Verteidigungsministers, des sowjetischen Marschalls Rokossowski, ins Politbüro zeigt, daß die Ereignisse in Polen mit großer Anteilnahme und Sympathie verfolgt und zustimmend aufgenommen werden. Man sieht in den Beschlüssen des VIII. Plenums des ZK^o einen weiteren Schritt nicht nur zur Demokratisierung des politischen Lebens, sondern auch zur Befreiung von der sowjetischen Vormundschaft und zur Fortsetzung des neuen Kurses im Sinne eines selbständigen polnischen Weges zum Sozialismus. So sandten Radio Budapest und seine Redakteure an Radio Warschau eine Botschaft, in der es heißt, die Lehren aus den Ereignissen des VIII. Plenums der polnischen KP bedeuteten auch für Ungarn eine Erleichterung in der Entfaltung des politischen Lebens und in der Ausarbeitung des sozialistischen Aufbaus entsprechend den ungarischen Verhältnissen.

Noch kategorischer und weitergehend als einige Tage zuvor werden im Verlaufe der von Studenten zweier Budapester Universitäten veranstalteten Großversammlungen am Abend des 22. Oktober Forderungen nach einer unabhängigen Innen- und Außenpolitik, der Wiedereinsetzung von Imre Nagy in die höchsten Positionen der Staats- und Parteiführung und nach Aufklärung über die Wirtschaftslage des Landes erhoben. Noch am gleichen Tage regt der Petöfi-Bund der ungarischen kommunistischen Jugendorganisation (DISZ) beim Politbüro der Partei „mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage“ die baldige Einberufung des ZK an. Gleichzeitig beschließt er, für den folgenden Tag zu einer Massen-

kundgebung vor dem Denkmal des aus Polen stammenden Helden der ungarischen Revolution, General Bem, aufzurufen, um die Solidarität der Bevölkerung mit dem polnischen Volk und dessen Forderungen zu unterstützen.

Während sich diese Ereignisse in Budapest abspielen, weilt der Erste Sekretär des ZK der ungarischen KP, Ernő Gerő, mit einer Delegation in Belgrad, wo die anlässlich des Zusammentreffens von Tito und Gerő auf der Krim vereinbarten Besprechungen über die Wiederherstellung der „freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen beiden Ländern ihrem Abschluß entgegengehen.

In einem Leitartikel vom 23. Oktober äußert sich das Organ der ungarischen KP, *Szabad Nep*, wohlwollend über die Studenten, denen es volle Unterstützung ihrer Forderungen zusichert, sie gleichzeitig aber vor Provokateuren, die „nationalistische Reden“ führen und sich für eine „bourgeoise Auferstehung“ einsetzen, warnt.

An der vom Innenministerium zunächst verbotenen, zwei Stunden später aber doch zugelassenen Kundgebung des Petöfi-Bundes wird von den Demonstranten — dies sind vor allem Studenten und später auch Arbeiter und Angestellte — ein 14-Punkte-Reformprogramm verlesen, von denen folgende zu erwähnen sind:

allgemeine freie Wahlen unter Mitwirkung mehrerer Parteien;

vollständige Presse- und Meinungsfreiheit;

vollständige Reorganisation des Wirtschaftslebens;

Revision der Außenhandelsabkommen.

Am Abend des 23. Oktober verbreitet Radio Budapest eine Rede des inzwischen aus Belgrad zurückgekehrten Ersten Sekretärs der ungarischen KP, Ernő Gerő, in der dieser feststellt, daß die Partei zwar entschlossen sei, die Demokratisierung fortzuführen, jeden Versuch einer Restauration aber bekämpfen werde. Die Gerüchte, daß Ungarn seine Beziehungen zur Sowjetunion lockern wolle und in den Abkommen mit der Sowjetunion nicht als gleichberechtigter Partner behandelt werde, bezeichnet er als Lügen. Allen nationalistischen Tendenzen müsse

^o) Vgl. hierzu den Beitrag von Georg W. Strobel auf S. 9317 dieser Folge.

der Kampf angesagt werden. Aus diesem Grunde seien die Verbreitung des Chauvinismus in den Kreisen der Jugend und die Ausnützung der demokratischen Freiheiten zu Demonstrationen mit nationalistischem Charakter zu verurteilen. Gerö schließt seine mit schärfsten Angriffen gegen die oppositionellen Kreise gerichtete Rede mit folgendem Appell:

„Num werden wir den Beweis größter Wachsamkeit zu leisten haben, um unsere Feinde an der Zerstörung der Einheit der Partei zu hindern. Die Grundlage der ungarischen Volksdemokratie bleibt die Arbeiterklasse und die brüderliche Verbundenheit von Arbeitern und Bauern. Ich lade die Mitglieder der Partei ein, sich energisch wie ein Mann jedem Angriff und jeder Provokation zu widersetzen.“

Beginn des Aufstandes

Nach Augenzeugenberichten soll diese Rede Gerös der Anlaß zum Ausbruch der Unruhen in Budapest gewesen sein. Noch am selben Abend meldet die offizielle ungarische Nachrichtenagentur MTI, daß zwischen Manifestanten und Angehörigen der Sicherheitspolizei (AVH) Kämpfe entbrannt seien. Die telefonische Verbindung mit Budapest ist unterbrochen.

In der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober verbreitet Radio Budapest Appelle und Aufrufe an die Aufständischen. Schließlich wird die Feuereinstellung gemeldet. Trotzdem wird — wie aus Augenzeugenberichten und Meldungen von Radio Budapest hervorgeht — die ganze Nacht an verschiedenen Orten weitergekämpft. Einheiten der ungarischen Armee feuern auf die Menge und setzen Tränengasbomben ein. Die auf 100 000 Menschen angeschwollene Menge versucht, das Stalin-Denkmal zu stürzen und die Rundfunkstation zu erstürmen. In den frühen Morgenstunden werden sowjetische Panzer in Budapest festgestellt. Der Gang der sich überstürzenden Ereignisse zwingt die Partei, unverzüglich eine Sonder-sitzung des ZK einzuberufen.

In einem um 4.30 Uhr von Radio Budapest bekanntgegebenen Kommuniqué des Ministerrates heißt es:

„Faschistische reaktionäre Elemente unternahmen einen bewaffneten Anschlag gegen unsere öffentlichen Gebäude und die Einheit der Exekutive. Bis zur Wiederherstellung der Ordnung sind Gruppenbildungen und jede Versammlung verboten. Die Exekutive hat den Befehl, gegen Zuwiderhandelnde mit voller Strenge des Gesetzes vorzugehen.“

Ernennung Nagys zum Ministerpräsidenten Umbesetzungen in der Partei

Am Morgen des 24. Oktober wird von Radio Budapest ein Kommuniqué verbreitet, in dem die Beschlüsse des seit der vorangegangenen Nacht in dringender Sitzung tagenden ZK der ungarischen KP bekanntgegeben werden. Darin heißt es:

„Das ZK hat heute in seiner Sitzung als Mitglieder aufgenommen: Ferenc Donath (ein früheres Mitglied der Kleinlandwirtepartei), Geza Losonczy (der 1950 verhaftete frühere Vizeinformationsminister und jetzige Redakteur des amtlichen Organs der Volksfrontpartei), György Lukacs (der führende Parteitheoretiker und Schriftsteller), Ferenc Münnich (früherer Botschafter in Jugoslawien) und Imre Nagy. Das neue Politbüro wird aus folgenden Mitgliedern bestehen: Antal Apor, Sándor Gaspar, Ernö Gerö, Andras Hegedüs, Janos Kadar, Gyula Kallai [neu], Károly Kiss [neu], József Köböl [neu], György Marosan, Imre Nagy [neu], und Zoltan Szando

[neu]. Ersatzmitglieder sind Geza Losonczy und Sandor Ronai. Das Zentralkomitee hat Ernö Gerö als Ersten Sekretär der Partei bestätigt; andere Sekretäre sind Ferenc Donath [neu], Janos Kadar und Gyula Kallai [neu]. [Ausgeschieden sind demnach als Sekretäre: Lajos Acs, Gyula Egri, István Kovacs, Béla Szalai und Béla Vag].

Außerdem wurden vom ZK dem Präsidialrat Imre Nagy als Ministerpräsident und Andras Hegedüs als sein Erster Stellvertreter vorgeschlagen.“

Der neu zum Ministerpräsidenten ernannte Imre Nagy unterzeichnete sogleich ein Dekret über die Einsetzung von Standgerichten, welche „in einem beschleunigten Verfahren“ Delikte wie Meuterei, Mord und Waffenbesitz abzuurteilen haben und die Todesstrafe aussprechen können.

Ueber das Eingreifen sowjetischer Truppen, das offensichtlich am stärksten die Erbitterung der Bevölkerung hervorgerufen hat, wird in einem um 9 Uhr morgens bekanntgegebenen Regierungsdekret erklärt:

„Die Aktionen der gegenrevolutionären Banden haben heute nacht eine sehr ernste Lage geschaffen. Die Banden sind in öffentliche und private Gebäude und Fabriken eingedrungen. Die Regierung hat mit diesen Anschlägen nicht gerechnet und sah sich gezwungen, im Sinne des Warschauer Vertrages die Hilfe der in Ungarn stationierten Sowjeteinheiten anzurufen. Die Sowjeteinheiten nehmen entsprechend diesem Ersuchen an der Wiederherstellung der Ordnung teil.“

Die Regierung bemüht sich, mit allen Mitteln die Ordnung wiederherzustellen: Im Laufe des 24. Oktober folgen sich zahlreiche Aufrufe kommunistischer Organisationen zur Niederlegung der Waffen, Treuebekenntnisse zur Regierung und Meldungen über Gruppen, die sich ergeben haben. Ministerpräsident Nagy selbst fordert (12 Uhr) die Aufständischen auf, die Waffen niederzulegen. Zu seinem Regierungsprogramm äußert sich Nagy, daß dessen Kern die Demokratisierung des ungarischen öffentlichen Lebens, der Aufbau des Sozialismus nach dem spezifisch ungarischen Charakter und eine grundlegende Hebung des Lebensstandards des Volkes sei.

Am Abend (20 Uhr) zeigt es sich, daß — obwohl der Termin für die straffreie Einstellung des, wie es heißt, „aussichtslosen Kampfes“ um 18 Uhr abgelaufen ist — immer noch in einigen Stadtteilen Budapests gekämpft wird. Mehrere hundert Tote sind bereits zu beklagen. In einer Radioansprache ruft deshalb das Mitglied des Politbüros, Janos Kadar, jeden einzelnen „zum Einsatz um den Schutz und die Verteidigung“ des volksdemokratischen Regimes auf. Partei und Regierung, so betont Kadar, stellten sich den Aufständischen mit dem einzig richtigen Standpunkt entgegen: Kapitulation und vollkommene Unterwerfung.

Erste Kommentare des Ostblocks

Zu den ersten Kommentaren des Ostblocks über die Ereignisse in Ungarn gehört eine von der sowjetischen Agentur TASS am 24. Oktober veröffentlichte Erklärung. In ihr wird der Aufstand in Ungarn als Versuch „reaktionärer Untergrundorganisationen“ bezeichnet, um einen konterrevolutionären Aufruhr gegen die Volksmacht hervorzurufen. Dieses feindliche Abenteuer sei offensichtlich seit längerer Zeit vorbereitet worden, wobei ausländische reaktionäre Kräfte systematisch volksfeindliche Elemente zum Auftreten gegen die gesetzmäßige Macht aufge-

wiegelt hätten. Die Regierung der ungarischen Volksrepublik habe sich, um die Ordnung wiederherzustellen, an die Regierung der UdSSR mit dem Ersuchen um Beistand gewandt. Diesem Ersuchen entsprechend hätten gemäß dem Warschauer Vertrag die in Ungarn befindlichen sowjetischen militärischen Einheiten den Truppen der ungarischen Republik Beistand geleistet. Gegen Ende des Mittwochs sei das feindliche Abenteuer liquidiert gewesen. In Budapest sei die Ordnung wiederhergestellt. Wörtlich heißt es in dem Kommentar:

„Beim ZK der ungarischen Partei der Werktätigen und bei der Regierung treffen aus allen Teilen des Landes Telegramme ein, in denen die ungarischen Werktätigen ihrer flammenden Empörung über die verbrecherischen Akte der Konterrevolutionäre Ausdruck geben und der Partei und der Regierung versichern, daß sie gewillt sind, die volksdemokratische Ordnung gegen jedwede Anschläge der Feinde fest zu verteidigen und die Freundschaft mit der Sowjetunion und allen sozialistischen Ländern zu vertiefen.“

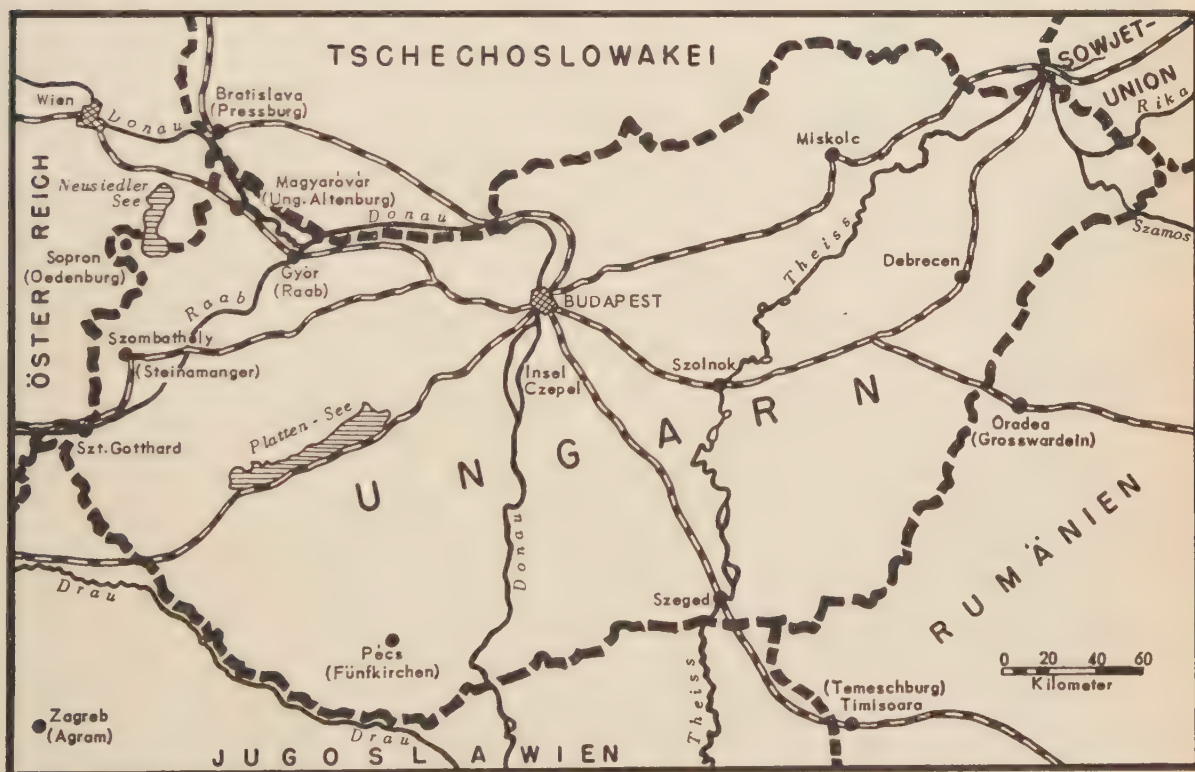
In diesem Zusammenhang wird im Zentralorgan der SED, *Neues Deutschland*, (25. Oktober) mit Genugtuung über den Einsatz sowjetischer Truppen gegen die Aufständischen in Ungarn berichtet: „Erneut hat die sowjetische Armee sich ehrenvoll ins Blatt der Geschichte eingeschrieben.“ In Verfolgung der These von der Provokation ausländischer Imperialisten wird festgestellt: „Am

Aehnlich heißt es in einer Stellungnahme von Radio Prag am Abend des 24. Oktober, daß die Aenderungen in der Parteiführung (gemeint sind Polen und Ungarn) sogleich von Reaktionären ausgenützt worden seien, die das volksdemokratische Regime stürzen wollten. Dieser Versuch sei aber zum Scheitern verurteilt. Der Kommentar schließt mit einem Treuebekenntnis zur Sowjetunion, die Verbündete und Befreierin sei und bleibe.

Ersetzung Gerös durch Kadar — Versuche zur Wiederherstellung der Ordnung

Am frühen Morgen des 25. Oktober gibt der Ministerpräsident die Niederschlagung des „Putschversuches“ durch Armee, Staatssicherheitsdienst und die verbündeten Sowjeteinheiten bekannt. Trotzdem wird „angesichts der immer noch herrschenden Unruhen“ das Ausgehverbot „bis auf weiteres“ verlängert. Der Druck der Aufständischen auf Regierung und Partei scheint sich — entgegen den offiziellen Meldungen — zunehmend zu verstärken, was sich schon daraus schließen läßt, daß Radio Budapest mitteilt, das Politbüro des ZK habe Ernő Gerő seiner Funktion als Ersten Sekretär der Partei enthoben und gleichzeitig Janos Kadar zum Ersten Sekretär ernannt. Diese Mitteilung wird von der Bevölkerung, die seit Beginn des Aufstandes die Absetzung von Gerő gefordert hat, stürmisch begrüßt.

In einem Radioaufruf (16 Uhr) ersucht Kadar das Volk um Hilfe bei der Wiederherstellung der Ordnung. Er



23. und 24. Oktober versuchten ausländische Imperialisten mit Hilfe konterrevolutionärer Elemente in Ungarn einen bewaffneten Putsch gegen die sozialistische Volksmacht durchzuführen.“

appelliert dabei besonders an die Jugend, sich von den Umstürzern zu distanzieren, und sagt zu, daß nach Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung das ZK der Regierung empfehlen werde, „mit der Sowjetunion auf der

Basis vollkommener Gleichberechtigung und im Geiste des Internationalismus Verhandlungen zwecks angemessener und gerechter Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufzunehmen“.

Im gleichen Sinne wendet sich darauf Ministerpräsident Nagy an die Bevölkerung. Er versichert ihr, daß die neue Führung der Partei und die neue Regierung entschlossen seien, weitestgehend die Lehren aus den tragischen Ereignissen zu ziehen. Nach Wiederherstellung der Ordnung werde unverzüglich das Parlament zusammentreten und ein vom Ministerpräsidenten vorgelegtes umfassendes Reformprogramm beraten. Die Verwirklichung dieses Programms werde eine Reorganisation der Volksfront, in der sich alle demokratischen Kräfte auf breiter Basis vereinen sollen, erforderlich machen. Weiter würden Besprechungen mit der Sowjetregierung über den baldigen Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn und über gegenseitige Beziehungen auf Grund der nationalen Unabhängigkeit geführt werden.

Alle jene, Jugendliche, Arbeiter und Heeresangehörige, die ihre Waffen jetzt niederlegten, würden trotz des Ablaufs der Warnfrist von der Regierung im Geiste der Nachsicht behandelt. Die volle Strenge des Gesetzes werde aber gegen die zur Anwendung kommen, die ihren bewaffneten Anschlag und die Plünderungen fortsetzten.

Am 25. abends ist erstmals ein Sender der Aufständischen, der sich mit „Radio Miskolc“ bezeichnet, zu hören. Er gibt folgende Erklärung ab:

„Wir verlangen, daß die wichtigsten Posten des Staates und der Partei mit solchen Kommunisten oder Nichtkommunisten besetzt werden sollen, die dem Grundsatz des proletarischen Internationalismus ergeben sind, die jedoch in erster Linie Ungarn sein müssen, die unsere nationale Tradition und unsere tausendjährige Vergangenheit respektieren. Wir verlangen eine Untersuchung gegen die Geheimpolizei und die Eliminierung aller Führer und Funktionäre, die auch nur im geringsten befleckt sind.“

Weiter werden von dem Sender eine öffentliche Untersuchung der Verbrechen des ehemaligen Kommunistenführers Mihály Farkas, die Heraufsetzung der Reallöhne und die Rechenschaftsablegung der für die schlechte Führung und Planung Verantwortlichen verlangt.

Am 25. Oktober erfolgt die erste offizielle Erklärung der Sowjetregierung zu den Ereignissen in Ungarn durch Außenminister Schepilow. In Ungarn, so erklärt Schepilow, sei man Zeuge einer komplexeren Lage als in Polen. Aus verschiedenen Gründen sei es zur Unzufriedenheit gekommen. Dies seien vor allem Schwierigkeiten in der materiellen Lage der Bevölkerung, bürokratische Verwaltungsmethoden usw. gewesen. Es sei zu Demonstrationen gekommen, besonders von Studenten und Jugendlichen, doch hätten sich dabei konterrevolutionäre Elemente eingemischt, die diese Kundgebungen zu einem volksfeindlichen Ziele mißbrauchen wollten. Die Regierung sei genötigt gewesen, Gewalt anzuwenden, um die Ordnung wiederherzustellen. Da die Ereignisse zu einer Desorganisation des nationalen Lebens zu führen gedroht hätten, habe die Regierung an die Sowjettruppen appelliert. Schepilow schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Die Erde dreht sich dennoch weiter.“

Ausbreitung des Aufstandes

Am 26. Oktober zeigt sich, daß die Aufständischen, die immer noch unter keiner einheitlichen Leitung stehen,

nicht nur in Budapest, sondern auch in vielen Städten der Provinz, wie Győr, Szeged und Szolnok, Revolutionskomitees gebildet haben. Eine Arbeiterdelegation aus dem Bezirk Borsod legt nach einer Meldung von Radio Budapest Ministerpräsident Nagy ein Programm mit 21 Forderungen vor, worin — außer den am Vortage von Radio Miskolc aufgestellten Forderungen — der Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn bis spätestens 1. Januar 1957 und die Ueberprüfung der Außenhandelsabkommen gefordert werden. Nagy antwortet hierauf, daß alle Forderungen von ihm geteilt würden und er ihre Erfüllung garantiere. Zudem äußert er sich dahingehend, daß die Bildung einer neuen Regierung „in kürzester Zeit“ in Aussicht stehe.

In einem Leitartikel der am 26. Oktober erstmals seit zwei Tagen wieder erscheinenden *Szabad Nep* (das Gebäude der Zeitung war von Aufständischen gestürmt worden) wird scharfe Kritik an der abgesetzten Parteileitung und Regierung geübt. Das Blatt wendet sich gegen die Behauptung, daß die Revolte ausschließlich das Werk gegenrevolutionärer Elemente sei:

„Wir sollten von den Führern sprechen, deren unverantwortliche und verbrecherische Tätigkeit diese Revolte provoziert hat. Wir sollten vom Bankrott unserer Wirtschaft sowie von der Inkompetenz und Unverantwortlichkeit sprechen, die lange Jahre in der Leitung unseres Landes geherrscht haben. Wir werden davon in den nächsten Tagen sprechen. Heute aber müssen wir die Tatsache unterstreichen, daß diese Revolte nicht nur das Werk gegenrevolutionärer Elemente, sondern auch der Ausdruck der Bitterkeit und der Unzufriedenheit der Arbeiterklasse ist.“

Das Blatt schließt mit einem Aufruf zur Einstellung des Widerstandes und der Versicherung, daß durch die Umbildung der Regierung und den Wechsel in der Parteileitung ein Rückfall in die früheren Zustände ausgeschlossen sei.

Im Organ der ungarischen Gewerkschaften, *Nepszava*, wird am 26. Oktober gleichfalls ein politische und wirtschaftliche Forderungen enthaltendes Programm veröffentlicht, das vor allem auch den Wunsch der Gewerkschaften nach Einsetzung von Arbeiterräten in allen Fabriken und der Bildung einer eigenen Gewerkschaftsjugend enthält.

Erste Kommentare des Westens

In der westlichen Welt wird in zahlreichen Kommentaren und Reden zu den Ereignissen in Ungarn Stellung genommen. An einem am 26. Oktober vom Verein der Auslandspresse veranstalteten Essen in Paris äußert sich u. a. der französische Außenminister, Pineau, über die Ereignisse von Warschau und Budapest. Auch wenn die Entstalinisierung auf die Satellitenstaaten übergreife, so seien Ungarn und Polen weiterhin als Mitglieder des kommunistischen Blocks zu betrachten. Die Westmächte würden einen Fehler begehen, wenn sie auf eine Lösung eines volksdemokratischen Staates aus dem Ostblock hofften. Die französische Regierung, so erklärt Pineau, verzichte auf eine Stellungnahme zu den Ereignissen in Osteuropa. Sie werde aber jede Gelegenheit zum Ausbau der kulturellen Beziehungen Frankreichs zu den Mitgliedern des Warschauer Pakts wahrnehmen und hoffe, auf diesem Wege die Verbreitung von freiheitlichen und demokratischen Gedanken zu erleichtern.

Das amerikanische Staatsdepartement seinerseits nimmt Konsultationen mit Großbritannien, Frankreich und anderen befreundeten Regierungen über die Frage einer eventuellen Behandlung der Sowjetintervention in Ungarn durch die Vereinten Nationen auf. Eine Entscheidung darüber wird jedoch noch nicht gefällt; man prüft lediglich, ob ein solcher Schritt ratsam wäre. Ziel einer solchen Maßnahme wäre weniger eine formelle Beschluß-

fassung der Vereinten Nationen als die moralische Stärkung der unterdrückten Bevölkerung. Zur Frage, ob von amerikanischer Seite „etwas zu unternehmen sei“, wird vom Staatsdepartement darauf hingewiesen, daß größte Vorsicht am Platze sei. Wenn nämlich die Sowjetunion sich in ihrer Sicherheit bedroht fühlen sollte, könne eine gefährliche Lage entstehen, die sich nicht zuletzt für die Volksdemokratien selbst nachteilig auswirken würde.

Zweite Phase: Von der 2. Regierung Nagy bis zur Bildung des „engeren Kabinetts“

Das neue Kabinett

Am frühen Morgen des 27. Oktober gibt Radio Budapest bekannt, daß auf Grund der Amnestie die Mehrheit der Aufständischen die Waffen gestreckt habe. Auch diese Meldung scheint jedoch vorwiegend eine propagandistische Wirkung bei der Bevölkerung erreichen zu wollen, da — wie aus weiteren Meldungen im Laufe des Tages hervorgeht — überall noch Kämpfe stattfinden und ein Teil der Rebellen das Amnestieangebot nicht angenommen zu haben scheint. Um 8 Uhr teilt Radio Budapest die Umbildung der Regierung Nagy mit. Sie sei auf breitester Grundlage mit allen demokratischen Gruppen des Landes zusammengesetzt worden und garantiere die Durchführung tiefgreifender Reformen auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet. Erst am späten Vormittag wird die Zusammensetzung der Regierung bekanntgegeben (vgl. die Tabelle auf S. 9349 dieser Folge). Daraus geht als wesentlichstes Merkmal hervor, daß neben einer größeren Anzahl Kommunisten neu in die Regierung aufgenommen worden sind: Bela Kovacs, der frühere Generalsekretär der ehemaligen Kleinlandwirte-Partei, der von den Sowjets 1947 wegen Spionage verhaftet worden war; Zoltan Tildy, 1946/48 Staatspräsident und Mitglied der Kleinlandwirte-Partei, der wegen einer Spionageanklage gegen seinen Schwiegersohn 1948 zurückgetreten war, und György Lukacs, der vom abgesetzten Ersten Parteisekretär Matyas Rakosi kritisierte Parteitheoretiker.

Die Lage in Ungarn und ihre Beurteilung im Ausland

Nach dieser Kabinettsumbildung verschärft sich der Ton gegenüber den Aufständischen: Wer nun, nachdem die neue Regierung Nagy die Erfüllung der berechtigten Forderungen versprochen habe, immer noch den sinnlos gewordenen Widerstand leiste, müsse als „Agent des westlichen Kapitalismus“ betrachtet werden. Der neue Verteidigungsminister, Generalleutnant Károly Janza, erläßt seinen ersten Tagesbefehl an die Armee, in welchem er dieser befiehlt, die Stützpunkte der Aufständischen zu vernichten, erhöhte Wachsamkeit zu beobachten und die Ordnung wiederherzustellen. Dieser Wechsel der Tonart ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß sich die allgemeine Lage im Lande kaum beruhigt hat. Sie kann ungefähr wie folgt gekennzeichnet werden:

West- und Südungarn befinden sich in den Händen der Aufständischen. Diese haben Ortsräte aus Vertretern aller Parteien eingesetzt, worunter sich vorwiegend junge Arbeiter und Studenten befinden. Ein Großteil der ungarischen Armee hat sich den Aufständischen angeschlossen. Es wird ein Marsch auf Budapest angekündigt, um den von Sowjettruppen um die Stadt gebildeten Ring aufzubrechen. Zwei voneinander verschiedene Richtungen lassen sich feststellen:

die in vielen Orten gebildeten revolutionären Arbeiterkomitees, die zwar grundsätzlich die Regierung Nagy unterstützen, sie aber immer stärker in die Richtung einer Demokratisierung drängen wollen; die vorwiegend im Westen des Landes ausgeprägte antikommunistische Richtung, die auch die neue Regierung Nagy als zu kompromittiert ablehnt und die Entfernung aller Kommunisten und Kryptokommunisten verlangt.

Ungeachtet dieser Spaltung nimmt der Aufstand immer mehr die Form eines nationalen Befreiungskampfes gegen die das Land beherrschenden sowjetischen Truppen an. Nationale Freiheitssender befinden sich in Győr, Szeged, Miskolc, Pécs (Fünfkirchen) und Nyíregyháza. Der „Eiserne Vorhang“ ist an der österreichisch-ungarischen Grenze auf weite Strecken durchbrochen. In Budapest gehen die Kämpfe, trotz gegenteiliger Beteuerungen von regierungsamtlicher Seite, auch am 27. Oktober weiter.

An ausländischen Kommentaren vom 27. Oktober seien je zwei Stellungnahmen von kommunistischer bzw. westlicher Seite erwähnt:

Radio Moskau richtet am Abend dieses Tages seinen bisher schärfsten Angriff gegen Ungarn und bezeichnet die ungarischen Aufständischen als Reaktionäre, die von den Vereinigten Staaten finanziert würden. In einem Artikel des Organs der bulgarischen KP, *Rabotnitschesko Delo*, werden die Ursachen, die zu der — wie es heißt — „konterrevolutionären Meuterei“ in Budapest geführt haben, analysiert und hervorgehoben, daß das Ziel dieses Aufstandes die Wiederherstellung der bourgeoisen Ordnung sowie die Liquidierung der Errungenschaften der ungarischen Werktätigen sei.

Staatssekretär Dulles bietet anlässlich einer Rede in Dallas (Texas) den um ihre Unabhängigkeit und Freiheit ringenden Völkern Osteuropas amerikanische Wirtschaftshilfe an. Trotz seiner Genugtuung über die nunmehr zutage getretene Schwäche des Sowjetimperialismus gibt er dabei der Sowjetunion die Versicherung, daß die Vereinigten Staaten die versklavten Länder Europas keineswegs als potentielle Alliierte betrachten, sondern als Freunde und Teile eines neuen und nicht länger geteilten Europas. Amerika wünsche nur die Wiederherstellung der Souveränität dieser Länder und die Freiheit der Wahl ihrer Regierungsform. Darüber hinaus, so versichert Dulles, verfolgen die Vereinigten Staaten keinerlei Ziele.

Der Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, erklärte in Paris, der Rat des Nordatlantikpaktes habe sich auf seiner letzten Sitzung mit der Revolte in Ungarn befaßt und folge die Ereignisse weiterhin aufmerksam.

Indessen dauern die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung Nagy und den Aufständischen an: Während die erstere die Rebellen wiederholt und durch die Vermittlung von Komitees und Organisationen zur

Niederlegung der Waffen auffordert, verlangen mehrere Freiheitssender nachdrücklich den Abzug sowjetischer Truppen, ohne den die Arbeit in den Betrieben nicht aufgenommen werde. In Anbetracht dieser Lage hält Ministerpräsident *Nagy* am 28. Oktober (17 Uhr) eine Rede, in der er u. a. folgende Zusicherungen macht:

die Errichtung einer neuen Exekutive, die sich aus Einheiten der Armee, der Polizei, der bewaffneten Jugend und Arbeitern zusammensetzen wird;

es wurde vereinbart, daß der Abzug der sowjetischen Einheiten sofort beginnt und mit der Errichtung der neuen Exekutive abgeschlossen wird;

Ungarn beginnt Verhandlungen mit der UdSSR über den Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn und über die Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf der Basis der Gleichberechtigung;

eine neue nationale Verteidigungsorganisation wird aufgestellt, die bisherige Staatssicherheitspolizei (AVH) wird aufgelöst;

keiner der Teilnehmer am Aufstand soll verfolgt werden.

Anschließend kündigt *Nagy* sein neues Regierungsprogramm an, welches u. a. einschließen soll: Lohn- und Rentenerhöhungen; ein privates, von der Regierung unterstütztes Wohnbauprogramm; Neuorganisation des Landwirtschaftssystems; Förderung privater Unternehmen. Außerdem würden die gegenwärtigen ungarischen Uniformen abgeschafft und der alte Kossuth-Waffenrock wieder eingeführt. Der 15. März werde als ungarischer Nationalfeiertag erklärt, (Am 15. März 1848 brach die ungarische Revolution aus, die mit Hilfe russischer Truppen niedergeschlagen wurde.)

Sich gegen die von kommunistischer Seite gemachten Anschuldigungen über den „reaktionären Charakter“ der ungarischen Revolution wendend, führt *Nagy* sodann aus:

„Es ist nicht wahr, daß das, was sich in Ungarn ereignet, eine ‚Konterrevolution‘ ist. Es ist eine demokratische Bewegung, die unsere ganze Nation erfaßt hat, um unsere Unabhängigkeit zu sichern, die die einzige Grundlage einer sozialistischen Demokratie ist. Obwohl sich einige reaktionäre Elemente dieser nationalen Bewegung angeschlossen haben, kann nicht geleugnet werden, daß im Verlaufe dieses Kampfes unsere demokratische Einheit geboren wurde. Ich muß zugeben, daß schwere, von unserem alten Regime begangene Verbrechen die Explosion ausgelöst haben, nachdem die alte Führung gezögert hatte, die Konsequenzen zu ziehen.“

Am Abend des 28. Oktober berichtet Radio Budapest über die erste Sitzung des ungarischen Ministerrates, in welcher die Regierungserklärung von Ministerpräsident *Nagy* genehmigt wurde. Landwirtschaftsminister *Kovacs* wird angewiesen, die Bauern nicht mehr zum Beitritt zu den landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben zu zwingen. Alle Schulbücher, in welchen Persönlichkeitskult betrieben wird, sollen unverzüglich zurückgenommen werden. Die von verschiedenen Staaten angebotene Hilfe wird „mit Rücksicht auf die schwierige Lage“ angenommen.

Mit Rücksicht auf den Ausnahmezustand überträgt das ZK der Partei seine Vollmachten, die es durch den 3. Parteikongreß erhalten hat, bis zum Zusammentreten des nächsten Parteikongresses an ein sechsköpfiges Parteipräsidium. Präsident ist *Janos Kadar*, die übrigen Mit-

glieder sind: *Antal Apro*, *Károly Kiss*, *Ferenc Münnich*, *Imre Nagy*, *Zoltan Szasz*.

Ungarn vor den Vereinten Nationen

Erstmals wird der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Lage in Ungarn befaßt: Nach der bisher mehr abwartenden Haltung der Westmächte hatten die Chefdelegierten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs am 27. Oktober auf Grund plötzlich erfolgter Instruktionen ihrer Regierungen die dringende Einberufung des Sicherheitsrates gefordert. Zur Behandlung solle — so lautete die Note an den Präsidenten des Rates — „die Lage stehen, die durch die Aktion ausländischer Streitkräfte in Ungarn, welche mit Gewalt die Rechte des ungarischen Volkes unterdrückten, geschaffen sei“. Diese Rechte würden durch den Friedensvertrag gewährleistet, dessen Vertragspartner die alliierten und assoziierten Mächte seien.

Gegen diesen Schritt der drei Westmächte protestiert am Tage darauf die ungarische Regierung in einer Note an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, in der es heißt:

„Die Ereignisse des 22. Oktober und nachher und die hierbei ergriffenen Maßnahmen fallen ausschließlich unter die interne Jurisdiktion der ungarischen Volksrepublik und nicht unter diejenige der Vereinten Nationen. Die ungarische Volksrepublik wünscht zu betonen, daß die internen Geschehnisse der letzten Tage keinerlei Auswirkungen auf den internationalen Frieden und die Sicherheit haben und deren Aufrechterhaltung nicht gefährden. Jeder Versuch, diese Angelegenheit im Sicherheitsrat zu erörtern, stellt eine Verletzung der Souveränität der ungarischen Volksdemokratie dar.“

Trotzdem und trotz des Protestes des sowjetischen Delegierten *Sobolew* wurde im Sicherheitsrat die ungarische Frage am 28. Oktober mit 9 Stimmen gegen die Stimmen der Sowjetunion und bei Stimmenthaltung Jugoslawiens auf die Tagesordnung gesetzt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis lehnte der Rat einen weiteren Antrag *Sobolews* ab, die Behandlung dieser Frage ohne Debatte zu vertagen. In der anschließenden Debatte verurteilten alle anderen Delegierten das Eingreifen der sowjetischen Truppen in Ungarn. Der Delegierte Jugoslawiens betrachtete zwar eine Behandlung der Lage in Ungarn als eine „politische Auswertung“ der tragischen Ereignisse, teilte aber zugleich die Besorgnis seiner Regierung über das sowjetische Vorgehen mit. Die Sitzung schloß mit einer Erklärung des ungarischen Delegierten, der gegen die „satzungswidrige“ Behandlung des Themas protestierte, im übrigen aber Erklärungen ankündigte, sobald er Instruktionen von seiner Regierung erhalten habe. Daraufhin vertagte sich der Sicherheitsrat ohne Angabe eines Termins.

Verstärkte Forderungen nach Abzug der sowjetischen Truppen

Bei der ungarischen Bevölkerung bleibt trotz aller Konzessionen das Mißtrauen gegenüber Partei und Regierung nach wie vor groß. Aus den Veröffentlichungen der Regierungsorgane vom 29. Oktober geht hervor, daß es sich hauptsächlich gegen die Anwesenheit von „Stalinisten“ in der Regierung und die sowjetischen Truppen richtet. So schreibt *Szabad Nep*, daß das Volk zwar Vertrauen zur neuen Regierung habe, „auch wenn die Anwesenheit einiger früherer Mitglieder in der Regierung

von manchen nicht als beruhigend empfunden“ werde. Außerdem, so heißt es an anderer Stelle, habe der Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest bereits am Abend des 28. Oktober begonnen. Diese Tatsache und die Auflösung des AVH seien die markantesten Punkte in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Nagy gewesen; die Stationierung sowjetischer Truppen und das Bestehen der AVH hätten bislang die größten Beleidigungen für die ungarischen Patrioten dargestellt. Gegen einen Artikel der *Prawda*, die sich — ähnlich wie beim Posener Aufstand — mit einem die Entwicklung in Ungarn verurteilenden Kommentar eingeschaltet hat, wendet sich Szabad Nep in einer scharfen Stellungnahme. Die Zeitung stellt fest, daß die Geschehnisse in Budapest im Gegensatz zu der Behauptung der *Prawda* weder volksfeindlich noch ein Abenteuer gewesen seien. Durch die Behauptung, daß der Aufstand das Ergebnis der Wühlarbeit der englischen und amerikanischen Imperialisten sei, fühle sich die ganze Budapester Bevölkerung schwer beleidigt und verletzt. — Die Regierung Nagy ihrerseits versucht alles, die oft in ultimativer Form vorgebrachten Forderungen nach Abzug der sowjetischen Truppen durch Zusicherungen abzuschwächen und wenn möglich durch Verhandlungen mit den Sowjets zu erfüllen. In den folgenden Stunden und Tagen wird denn auch der Beginn des Abzuges aus Budapest gemeldet, in einem am 30. Oktober vom ungarischen Verteidigungsministerium herausgegebenen Kommuniqué sogar als bereits im Gange befindlich bestätigt:

„Wir haben mit dem Kommando der sowjetischen Streitkräfte ein Abkommen getroffen, demzufolge alle in Budapest stationierten Truppen sich am 30. Oktober um 16 Uhr zurückziehen begonnen haben. Diese Rückzugsbewegung wird vor dem 31. Oktober, morgens, planmäßig abgeschlossen sein.“

In der Provinz ist die Lage am 29. Oktober nach wie vor unübersichtlich, insbesondere herrscht große Unsicherheit über die gegenwärtige Lage der sowjetischen Truppen und deren Absichten. Während sich die Verhältnisse in Westungarn (Sopron, Győr, Szombathely) zu beruhigen scheinen, werden vom nordöstlichen Ungarn sowjetische Truppenbewegungen aus Richtung von Karpathorußland gemeldet.

Im Laufe der letzten Tage wurden die Forderungen der Aufständischen erweitert und nahmen teilweise den Charakter programmatischer Erklärungen an. Wie weit und ins Grundsätzliche gehend bereits solche Erklärungen gefaßt werden, zeigt das einer Grundrechtserklärung gleichende und an die Regierung gerichtete 16-Punkte-Programm des Städtischen Exekutivkomitees von Ungarisch-Altenburg (Magyaróvár):

- „1. Freie und demokratische Wahlen unter der Kontrolle der Vereinten Nationen.
2. Die Vereinten Nationen sollen die innere und äußere Sicherheit Ungarns garantieren, bis nach den freien Wahlen eine Regierung gebildet ist.
3. Sofortige freie Betätigung aller demokratischen Parteien.
4. Presse- und Versammlungsfreiheit.
5. Sofortige Erlaubnis für die Tätigkeit der Gewerkschaften.
6. Sofortige Wiederherstellung der bäuerlichen Berufsorganisationen.
7. Wiederherstellung der Menschenrechte für die Verfolgten und die Intellektuellen, die man erniedrigt hat.

8. Freie Berufsausübung für die kleinen Händler und Handwerker.
9. Ermächtigung zur Bildung der von den Kommunisten verbotenen Jugendorganisationen.
10. Entlassung der Deportierten nach Hause.
11. Sofortige Freilassung der politischen Häftlinge.
12. Neuverteilung des Landes unter die Bauern.
13. Aufhebung aller Klassenunterschiede.
14. Wiedergutmachung der schweren Ungerechtigkeiten, die gegenüber der Kirche begangen wurden.
15. Sofortige Auflösung der Geheimpolizei.
16. Sofortiger Abzug der sowjetischen Okkupanten.“

Stimmen des Auslandes

Das Anhalten des Widerstandes der Aufständischen vor allem wegen der bisher noch nicht erfüllten und deswegen immer stärker vorgebrachten Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn veranlaßt die österreichische Regierung, sich in einem Appell direkt an die Regierung der UdSSR zu wenden:

„Die österreichische Regierung verfolgt mit schmerzlicher Anteilnahme das nun schon fünf Tage andauernde blutige und verlustreiche Geschehen im benachbarten Ungarn. Sie ersucht die Regierung der UdSSR, mitzuwirken, daß die militärischen Kampfhandlungen abgebrochen werden und das Blutvergießen aufhöre.

Gestützt durch die auf die Neutralität gesicherte Freiheit und Unabhängigkeit Oesterreichs tritt die österreichische Bundesregierung für eine Normalisierung der Verhältnisse in Ungarn mit dem Ziele ein, daß durch die Wiederherstellung der Freiheit im Sinne der Menschenrechte der europäische Friede gestärkt und gesichert werde.“

Von den Äußerungen ausländischer Staatsmänner vom 29. Oktober zu den Ereignissen in Ungarn ist in erster Linie das im Namen des Bundes der jugoslawischen Kommunisten an das ZK der ungarischen KP gerichtete Schreiben von Staatspräsident Tito zu erwähnen. In dem Schreiben wird ausgeführt:

„Die Bedeutung dieser Ereignisse berührt nicht nur Ungarn, sondern auch die internationale Entwicklung des Sozialismus im allgemeinen. Die jugoslawische Staats- und Parteiführung wünscht, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der ungarischen Arbeiterbewegung einzumischen... Die arbeitenden Völker Jugoslawiens verstehen die Erbitterung des ungarischen Volkes über die Fehler und Verbrechen der Vergangenheit vollkommen. Es würde jedoch für die Ungarn, den Sozialismus im allgemeinen und für den Frieden zwischen den Nationen außerordentlich gefährlich sein, wenn diese gerechtfertigte Erbitterung den Glauben der arbeitenden Völker an den Sozialismus und die notwendige Entwicklung der sozialistischen Demokratie erschütterte.

Die jugoslawischen Kommunisten und die arbeitenden Völker Jugoslawiens sind davon überzeugt, daß die wahren Kämpfer für den Sozialismus in Ungarn dies nicht zulassen werden. Sie werden nicht zulassen, daß verschiedene Gruppen reaktionärer Elemente die gegenwärtigen Ereignisse ausnützen, um damit ihren antisozialistischen Zielen zu dienen. Aus diesem Grunde begrüßt die jugoslawische Öffentlichkeit einstimmig und von Herzen die neue ungarische Führung und die am 28. Oktober erlassene Deklaration der ungarischen Regierung, die eine weitere Demokratisierung des öffentlichen Lebens bekanntgibt.“

Das Schreiben endet mit den Wünschen Titos für besten Erfolg an die „Führerschaft der ungarischen kommunistischen Partei unter Leitung von Janos Kadar und Imre Nagy“.

An einem Empfang in der türkischen Botschaft in Moskau äußerten sich der sowjetische Außenminister *Schepilow* und Verteidigungsminister *Shukow* über die Lage in Ungarn. Auch wenn man, so erklärte *Schepilow*, die Tatsache, daß in Ungarn bürokratische Fehler begangen worden seien, nicht leugnen könne, so dürfe nicht übersehen werden, daß konterrevolutionäre und kriminelle Elemente danach trachteten, die Volksregierung zu unterhöhlen. Je schneller diese ihre antisozialen und gegen die Regierung gerichteten Aktionen einstellten und je schneller die Ordnung wiederhergestellt sei, um so eher würden die sowjetischen Truppen Budapest verlassen und zu ihren Stützpunkten zurückkehren. Marschall *Shukow* führte seinerseits aus, in den letzten 64 Stunden seien keine Truppenbewegungen angeordnet worden. Die in

Ungarn stehenden sowjetischen Streitkräfte genügten, um die von der Regierung verlangten Hilfsmaßnahmen durchzuführen, Verstärkungen würden keine benötigt.

Im Gegensatz zu diesen Erklärungen distanzieren sich die polnischen Zeitungen von der These der „imperialistischen Provokation“ in Ungarn; das Warschauer Blatt *Zycie Warszawy* schreibt:

„Heute haben wir bereits volle Klarheit darüber, daß das, was in Ungarn geschah, den Charakter einer nationalen Erhebung im Kampf um die Freiheit, Souveränität und die Demokratisierung des Lebens trug, um die Ideale, die auch uns teuer sind. Der Versuch, die ungarische Revolution den Tätigkeiten der imperialistischen Agenten zuzuschreiben, ist eine große Unwahrheit und eine Naivität zugleich.“

Dritte Phase: Das „engere Kabinett“ Nagy

Die Bildung des „engeren“ Kabinetts, die Moskauer Erklärung und das britisch-französische Ultimatum an Aegypten

Am 30. Oktober kamen nach einer Mitteilung des Ersten Sekretärs der polnischen KP in Budapest hohe polnische und sowjetische Funktionäre (darunter der stellvertretende polnische Verteidigungsminister *Marian Naszkowski*, der erste stellvertretende Ministerpräsident der UdSSR, *Anastas Mikojan*, und das Mitglied des sowjetischen ZK *W. M. Suslow*) zu Besprechungen zusammen, über deren Inhalt jedoch nichts bekanntgegeben wurde.

Am Nachmittag des 30. Oktober (15.30 Uhr) gibt Ministerpräsident *Nagy* laut Radio Budapest bekannt, daß die ungarische Regierung in Uebereinstimmung mit dem Präsidium der Partei entscheidende Maßnahmen für das Leben in Ungarn beschlossen habe. Im Interesse der Demokratisierung in Ungarn werde sich die Regierung künftig aus Vertretern aller demokratischen Parteien zusammensetzen (gemeint ist also eine Koalitionsregierung nach dem Vorbild des Jahres 1945). Dazu sei innerhalb der Regierung ein *engeres Kabinett* gebildet worden, das sich wie folgt aus Vertretern von vier Parteien zusammensetzt: *Imre Nagy*, *Janos Kadar* und *Geza Losonczy* von der Partei der Ungarischen Werktätigen, *Zoltan Tildy* und *Béla Kovacs* von der Partei der kleinen Landwirte, *Ferenc Erdei* von der Nationalen Bauernpartei, ferner ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der von dieser erst bestimmt werden soll. *Kadar* und *Losonczy*, die der Regierung bisher nicht angehörten, wurden zu Staatsministern ernannt.

Der Erste Sekretär der ungarischen KP, *Kadar*, gibt die Zustimmung der Partei zum Beschluß der Regierung bekannt und kündigt eine Reorganisation der Partei an.

Einer Rede von Staatsminister *Zoltan Tildy* ist zu entnehmen, daß die Regierung die Abberufung des ungarischen Delegierten bei den Vereinten Nationen beschlossen hat. Zur Frage der Verantwortlichkeit für die Herbeirufung sowjetischer Truppen am 23. Oktober heißt es in einem von Radio Budapest verlautbarten Kommuniqué, daß Ministerpräsident *Nagy* weder das Regierungsdekret über die Herbeirufung dieser Truppen noch das Dekret über die Anwendung des Kriegsrechts gegen die Freiheitskämpfer unterzeichnet habe. Verantwortlich dafür seien „vor der Nation und der Geschichte“ der ehemalige Ministerpräsident *Andras Hegedüs* und der abgesetzte Erste Sekretär des ZK, *Ernö Gerö*.

Am Abend (22 Uhr) erfolgt die Mitteilung, daß Kardinal *Mindszenty* von Offizieren der ungarischen Armee aus seiner Haft in Felsőpeteny befreit worden sei.

Am gleichen Abend erfolgen aus Moskau und London zwei Erklärungen, die in engerem oder weiterem Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn stehen und diese ihrerseits wieder beeinflussen:

In einer von der Sowjetregierung veröffentlichten Erklärung (vgl. den Wortlaut auf S. 9388), gibt diese ihre Bereitschaft bekannt, die Stationierung der Sowjettruppen in Ungarn, Polen und Rumänien einer Prüfung zu unterziehen.

Wenig später bestätigt die sowjetische Regierung nach Radio Moskau, daß sie den sowjetischen Befehlshaber in Ungarn angewiesen habe, Budapest zu räumen, wenn es die ungarische Regierung für unerlässlich erachte.

Im britischen Unterhaus gibt Premierminister Eden bekannt, daß Großbritannien und Frankreich an Israel und Aegypten ein Ultimatum zum Rückzug ihrer Truppen vom Suezkanal gerichtet hätten. Falls der Aufforderung nicht Folge geleistet werde, würden britisch-französische Truppen „vorübergehend“ Port Said, Ismailia und Suez besetzen, um die Freiheit der Schifffahrt durch den Kanal zu sichern.

Die Forderung nach Kündigung des Warschauer Vertrags

Es scheint, als ob die Erklärung der Sowjetunion vom 30. Oktober um eine Woche zu spät gekommen sei, da sich die Aufständischen, gestärkt durch die Erfolge der letzten Tage, mit den bloß verbalen Zusicherungen über die Möglichkeit eines Abzuges der sowjetischen Truppen nicht mehr zufrieden geben wollen. Da dieser bereits mehrmals als im Gange befindlich gemeldet wurde, bisher aber immer noch nicht durchgeführt ist, ja von einigen Freiheitssendern neue sowjetische Truppenbewegungen gemeldet werden, ist man zu einem letzten Schritt entschlossen: Im Laufe des Vormittags des 31. Oktober (10.30 Uhr) gibt Radio Kossuth-Budapest einen Aufruf der Vertreter der Revolutionäre und des Revolutionsrates der Armee bekannt. Darin fordern diese die Regierung auf, den Warschauer Vertrag sofort zu kündigen; letzter Termin für den Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn sei spätestens der 31. Dezember 1956. Wenn dies nicht geschehe, werde die ungarische Armee zusammen mit den revolutionären Streitkräften zum Kampfe gegen die

Sowjettruppen antreten, auch im Falle eines gegenteiligen Befehls von höherer Stelle.

Ministerpräsident *Nagy* schließt sich dieser Forderung an. In einer Rede und anlässlich einer Pressekonferenz führt er dazu aus:

„Wir werden keine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten gestatten. Wir haben die Bande Rakosi-Gerö vertrieben. Diese Bande hat versucht, mich zu beschützen; sie hat erklärt, ich hätte die sowjetische Intervention verlangt. Das ist falsch. Im Gegenteil: ich war es, der den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen verlangt hat. Heute beginnt die Konferenz über die Kündigung des Warschauer Paktes und über den Abzug der sowjetischen Truppen aus unserem Lande. Es kann sein, daß Ungarn zu einem neutralen Kern in Mitteleuropa wird. Wir müssen uns auf die materielle Hilfe des Auslandes stützen.“

Nach einer Meldung von Radio Budapest vom 31. Oktober soll die ungarische Regierung eine Note an die Sowjetregierung gerichtet haben, in welcher die unverzügliche Nominierung von sowjetischen Delegierten für die Eröffnung von Verhandlungen auf Regierungsebene über den Abzug der sowjetischen Truppen verlangt wird. Schon am gleichen Tage finden Verhandlungen zwischen dem ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR, *Mikojan*, und dem Staatsminister *Tildy* statt.

Auch in personeller Hinsicht gehen die Konzessionen der Regierung *Nagy* an die Aufständischen weiter: Der Stellvertretende Verteidigungsminister und Generalstabschef, *Lajos Toth*, wird seines Amtes enthoben; General *Pal Maleter* wird zum Stellvertretenden Verteidigungsminister und *István Kovacs* zum neuen Generalstabschef ernannt.

Die reorganisierte ungarische Gewerkschaft erklärt nach einer Meldung von Radio Kossuth-Budapest (22 Uhr) ihren Austritt aus dem (kommunistischen) Weltgewerkschaftsbund.

Inzwischen lenkt die französisch-britische Intervention am Suezkanal die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich, die Ereignisse in Ungarn werden dadurch in den Hintergrund gedrängt.

Das militärische Eingreifen Großbritanniens und Frankreichs mit dem Bombardement ägyptischer Flugplätze löst in zahlreichen Ländern, darunter ganz besonders in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien, eine äußerst heftige Reaktion aus, die sich in einer scharfen Verurteilung des britisch-französischen Vorgehens, Manifestationen und Protesten Ausdruck verschafft.

Sowjetische Vorbereitungen für ein erneutes militärisches Eingreifen

Der 1. November bringt die ersten — wie sich später herausstellt, trügerischen — Vorzeichen einer allmählichen Beruhigung der Lage in Ungarn. Das Leben in Budapest beginnt, nachdem in der vorausgegangenen Nacht zum ersten Male seit Ausbruch des Aufstandes nicht mehr oder nur vereinzelt gekämpft worden ist, sich zu normalisieren. Bereits am Vortage hat sich die neu gegründete Sozialdemokratische Partei konstituiert und Frau *Anna Kethly* zur Vorsitzenden gewählt. Inzwischen haben sich auch eine katholische Volkspartei und die Nationale Bauernpartei, die sich hinfort Petöfi-Partei nennen will, gebildet. Erstmals seit zehn Jahren erscheinen am 1. November eigene Zeitungen dieser Parteien. Aus ihnen wie aus Appellen der Revolutionsräte geht hervor, daß noch

lange nicht alle Forderungen der Bevölkerung erfüllt sind. Ministerpräsident *Nagy* wird u. a. vom Revolutionsrat der Hochschulen aufgefordert, innerhalb von drei Tagen alle ehemaligen Stalinisten aus der Regierung zu entlassen. Es handelt sich dabei um Innenminister *Ferenc Münnich*, den Minister für Schwerindustrie, *Janos Csergö*, und den Energieminister *Sándor Szottner*.

Inzwischen häufen sich die Meldungen über den Einmarsch neuer bzw. die Konzentration der bereits im Lande befindlichen sowjetischen Truppen. Nach einer Meldung aus Nyiregyháza sollen sowjetische Panzer und Truppen am Donnerstag früh bei Zahony nach Ungarn einmarschiert sein. Um die Hauptstadt bilden sowjetische Truppenverbände einen „eisernen Ring“. Radio Kossuth-Budapest verbreitet ein Kommuniqué der sowjetischen Botschaft, in dem ausgeführt wird, die Umzingelung der ungarischen Flugplätze durch sowjetische Streitkräfte verfolge lediglich den Zweck, den Abtransport der Verletzten und Familienangehörigen der sowjetischen Soldaten zu ermöglichen. Ministerpräsident *Nagy* richtet an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, *Marshall K. I. Woroschilow*, ein Telegramm, in dem er diesen um die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über den Rückzug der Sowjettruppen ersucht.

Proklamierung der Neutralität Ungarns und Anrufung der Vereinten Nationen

Die bedrohliche Lage, die sich aus den neuesten Meldungen über die sowjetischen Truppenbewegungen abzeichnet, bewegt Ministerpräsident *Nagy* zu einem entscheidenden Schritt: In einer von Radio Budapest verbreiteten Ansprache gibt er am 1. November (14 Uhr) bekannt, daß Ungarn mit sofortiger Wirkung den Warschauer Pakt künde und die Neutralität Ungarns proklamiere. *Nagy* ruft das ungarische Volk eindringlich auf, mit selbstaufopfernder Arbeit das freie, unabhängige und neutrale Ungarn zu verteidigen und zu stärken. Zugleich richtet er ein Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen mit folgendem Wortlaut:

„Nach glaubwürdigen Informationen, die die Regierung der ungarischen Volksrepublik erhalten hat, sind neue sowjetische Truppeneinheiten in Ungarn eingetroffen. Der Ministerpräsident hat in seiner Eigenschaft als Außenminister (das Außenministerium hatte *Nagy*, um eine entsprechende Politik Ungarns zu gewährleisten, übernommen) unverzüglich den sowjetischen Botschafter *Antropow* zu sich gerufen und energisch gegen das Eingreifen neuer sowjetischer Truppen in Ungarn protestiert. Er verlangte den unverzüglichen Abzug dieser sowjetischen Truppen. Er erklärte dem sowjetischen Botschafter, daß die ungarische Regierung den Warschauer Pakt aufkündige, die Neutralität Ungarns proklamiere und sich an die Vereinten Nationen wende, um die Hilfe der vier Großmächte zur Verteidigung seiner Neutralität zu erlangen.“

Die Regierung der ungarischen Volksrepublik hat am 1. November 1956 ihre Neutralität proklamiert. Ich ersuche Sie daher, raschestens auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen folgende Frage zu setzen: „Die ungarische Neutralität und die Verteidigung dieser Neutralität durch die vier Großmächte.“

Die auf dem Wege nach New York befindlichen *Imre Horvath* (bisheriger Außenminister) und *Endre Sik* als Delegierte Ungarns bei der UN werden zurückberufen.

In New York wird am späten Nachmittag eine außerordentliche Sitzung der Generalversammlung eröffnet, an welcher auch das telegrafische Begehren von Ministerpräsident Nagy behandelt wird. Erst am Schluß der Sitzung (d. h. am Freitag früh) kommt dieser Antrag der ungarischen Regierung — inmitten der Diskussion über die amerikanische Suez-Resolution — kurz zur Sprache, ohne daß jedoch ein Beschluß darüber gefaßt wird. Staatssekretär Dulles drückt die Hoffnung aus, daß die ungarische Frage, die man über dem Mittel-Ost-Konflikt nicht vergessen dürfe, doch im Sicherheitsrat als dringlich behandelt werde.

In den kommunistisch beherrschten Staaten sind die Berichte über die Ereignisse in Ungarn durch den Suezkonflikt und das britisch-französische Eingreifen vollständig in den Hintergrund gedrängt worden. Immerhin lassen sich auch jetzt noch die beiden Meinungsrichtungen, deren eine den ungarischen Aufstand mit Wohlwollen verfolgt, während die andere ihn als volksfeindlichen Akt bezeichnet, erkennen. In einer von Radio Peking verbreiteten offiziellen Erklärung wird der Kampf für die Demokratie und die Unabhängigkeit in Polen und Ungarn gebilligt. Die dafür erhobenen Forderungen seien, so heißt es in der Erklärung, völlig gerechtfertigt, doch müsse genau zwischen berechtigtem Begehren der Volksmassen und der subversiven Tätigkeit reaktionärer Elemente unterschieden werden. Auf der anderen Seite gibt der Nationale Rat der Vaterländischen Front der Volksrepublik Bulgarien anläßlich des 39. Jahrestages der Oktoberrevolution einen Aufruf an das bulgarische Volk heraus, in dem u. a. ausgeführt wird:

„Neu ist das Beispiel des gegenrevolutionären Aktes in Budapest. Mit größter Entrüstung begegnet das bulgarische Volk diesem volksfeindlichen Akt in Ungarn, der von den Feinden des ungarischen Volkes, der ungarischen Arbeiterklasse, den Feinden des Friedens und des Sozialismus hervorgerufen wurde.“

Verschärfung der Lage

Am 2. November ist die Entwicklung der Lage in Ungarn so weit fortgeschritten, daß sie sogar die Grundlage der „sozialistischen Demokratie“ zu erschüttern scheint. Selbst das bisher dem Aufstand freundlich gesinnte Polen kann seine Besorgnis darüber nicht mehr verhehlen. In einem dringenden Appell des ZK der polnischen KP weist man darauf hin, daß der Aufstand in Ungarn, „dem zunächst die ganze Sympathie des polnischen Volkes gehört habe“, in eine neue gefährliche Phase getreten sei. Immer deutlicher gelangten reaktionäre Elemente an die Führung. Mit tiefster Sorge verfolge das ganze polnische Volk diese Entwicklung.

Der Rundfunk der DDR greift Ministerpräsident Nagy aufs schärfste an: er habe zugelassen, daß Feinde der Arbeiterklasse sich der Arbeiterbewegung bemächtigt hätten. Auch Radio Moskau führt zur Lage in Ungarn folgendes aus:

„Die unverantwortlichen Elemente, welche mit Unterstützung von fremden reaktionären Kräften Unruhen in Budapest und in mehreren Gegenden Ungarns provoziert haben, setzen heute ihre Wühlarbeit fort, verhindern eine Normalisierung der Lage und versuchen, das Land in ein politisches und wirtschaftliches Chaos zu stürzen. Auf diese Weise befinden sich die während der Jahre der Volksmacht erworbenen Erfolge in Gefahr, und das un-

garische Volk sollte über das Los nachdenken, das ihm seine ausländischen „Freunde“ vorbereiten.“

In Ungarn selbst herrscht auch jetzt noch (oder bereits wieder) Unsicherheit über die militärische Lage im Lande. Obgleich die sowjetischen Truppen sich Angriffshandlungen enthalten und von ihrer Seite aus festgestellt wird, daß sie sich nicht in innerungarische Angelegenheiten einmischen wollten, ist das Verhältnis zur ungarischen Bevölkerung nach wie vor äußerst gespannt. Diese erklärt übereinstimmend, daß sie bei einem sowjetischen Angriff jeden möglichen Widerstand leisten werde. Das organisatorische Chaos der ersten Aufstandstage erscheint dadurch behoben, daß Revolutionäre und Armee unter das einheitliche Kommando von General Pal Maleter gestellt worden sind.

In der Provinz ergibt sich ungefähr folgendes Bild der sowjetischen Truppenbewegungen: Aus verschiedenen Orten werden neu eintreffende oder passierende sowjetische Truppen und Panzerverbände gemeldet. Sowjetische Einheiten befinden sich auf dem Anmarsch aus Karpatorußland, umzingeln Flugplätze, besetzen Eisenbahnknotenpunkte und sperren die Hauptstraße Wien—Budapest sowie mehrere Grenzübergänge.

Frau Anna Kethly wird bei ihrer Rückreise aus Wien, wo sie an einer Vorstandssitzung der Sozialistischen Internationale teilnahm, von sowjetischen Kontrollposten zurückgewiesen und muß wieder nach Wien zurückkehren.

Die ungarischen Noten an die Sowjetunion und die Vereinten Nationen

Wohl als Folge dieser für Ungarn bedrohlichen Lage werden drei Verbalnoten der ungarischen Regierung an die Sowjetregierung gesandt, deren Text am Abend des 2. November von Radio Budapest bekanntgegeben wird.

In der ersten Note wird darauf hingewiesen, daß die ungarische Regierung Verhandlungen über den Abzug der Sowjettruppen angeregt habe, was auch von der Sowjetunion günstig aufgenommen worden sei. Entgegen diesen Besprechungen hätten am 31. Oktober und 1. November neue sowjetische Truppenverbände die Grenze überschritten. Alle Bemühungen der ungarischen Regierung hinsichtlich dieser Verbände seien vergeblich gewesen; diese hätten vielmehr ihren Vormarsch fortgesetzt und Budapest eingekreist. Weiter heißt es in der Note:

„Nach Ansicht der ungarischen Regierung müssen sich die ungarisch-sowjetischen Beziehungen in Zukunft auf die Anerkennung der ungarischen Neutralität, Souveränität und auf Nichteinmischung gründen. Deshalb schlagen wir sofortige Verhandlungen zwischen Ungarn und der Sowjetunion über die Aufhebung des Warschauer Pakts und insbesondere über einen beschleunigten Rückzug der in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen vor.“

In der zweiten Note wird vorgeschlagen, „daß eine gemischte Kommission heute die Arbeit aufnimmt und den Abzug der sowjetischen Truppen erörtert“. Die Kommission solle im Parlament tagen; von ungarischer Seite würden entsandt: Staatsminister Ferenc Erdei, Staatsminister Pal Maleter, Generalmajor István Kovacs und Oberst Miklos Szvecs.

In der dritten Verbalnote wird gegen die sowjetischen Truppenbewegungen protestiert und festgestellt, daß auch am 2. November neue Truppenverbände die ungarische Grenze überschritten haben. In Westungarn seien Truppenbewegungen in Ost-West-Richtung beobachtet

Die ungarischen Regierungen in der Zeit des Volksaufstandes

Ministerium	Stand am 22. Oktober	1. Regierung Nagy 23. Oktober	2. Regierung Nagy 27. Oktober	3. Regierung Nagy 3. November	Regierung Kadar 4. November
Ministerpräsident	Andras Hegedüs	Imre Nagy	Imre Nagy*	Imre Nagy	Janos Kadar
1. stellv. Ministerpräsident	—	Andras Hegedüs	—	—	—
1. „	Istvan Hidas	Istvan Hidas	—	—	—
1. „	Antal Apro	Antal Apro	Antal Apro	—	—
Stellv. Ministerpräsident	Ferenc Erdei	Ferenc Erdei	Ferenc Erdei*	—	Ferenc Münnich
„	György Marosán	György Marosán	József Bogнар	—	—
„	József Mekis	József Mekis	—	—	—
Staatsminister	—	—	Zoltan Tildy*	—	György Marosán
„	—	—	Janos Kadar*	Zoltan Tildy Anna Kethly	—
„	—	—	(erst ab 30. Oktober)	—	—
„	—	—	Geza Losonczy*	Gyula Kelemen	—
„	—	—	(erst ab 30. Oktober)	József Fischer	—
„	—	—	—	Istvan Szabo	—
„	—	—	—	Istvan Bibó	—
„	—	—	—	Ferenc Farkas	—
Außeres	Imre Horváth	Imre Horváth	Imre Horváth	Imre Nagy (s. o.)	Imre Horváth
Innere	Laszlo Piros	Laszlo Piros	Ferenc Münnich	—	Ferenc Münnich (s. o.)
Verteidigung	Istvan Bata	Istvan Bata	Károly Janza	Pal Maleter	Ferenc Münnich (s. o.)
öffentl. Sicherheit	—	—	—	—	—
Justiz	Erik Molnar	Erik Molnar	Erik Molnar	—	—
Finanzen	Károly Olt	Károly Olt	Istvan Kossa	—	Istvan Kossa
Kultur	József Darvas	József Darvas	György Lukács	—	—
Außenhandel	József Bogнар	József Bogнар	József Bogнар (s. o.)	—	—
Binnenhandel	Janos Tausz	Janos Tausz	Janos Tausz	—	Sándor Ronai
Staatskontrolle	Arpad Hazi	Arpad Hazi	Arpad Hazi (?)	—	Sándor Ronai
Staatsgüter	György Pogácsas	György Pogácsas	Miklos Ribianszky	—	—
Ernährung	Andras Szobek	Andras Szobek	Antal Gyenes	—	—
Nahrungsmittelindustrie	Rezzo Nyers	Rezzo Nyers	Rezzo Nyers	—	—
Bauwesen	Lajos Szijarto	Lajos Szijarto	Antal Apro (s. o.)	—	—
Gesundheitswesen	József Roman	József Roman	Antal Babits	—	—
Landwirtschaft	Janos Matolcsi	Janos Matolcsi	Bela Kovacs*	—	—
Maschinenbau	Janos Czergö	Janos Czergö	Janos Czergö	Bela Kovacs	Imre Degel
Leichtindustrie	Frau Jozsef Nagy	Frau Jozsef Nagy	Frau Jozsef Nagy	Antal Apro	Antal Apro
Post und Transport	Lajos Bebrits	Lajos Bebrits	Lajos Bebrits	—	—
			(ab 29. Oktober György Csanady)	—	—
Erziehung	Albert Konya	Albert Konya	Albert Konya	—	—
Energiewirtschaft	Sándor Czottner	Sándor Czottner	Sándor Czottner	—	—
Chemische Industrie	Gergely Szabo	Gergely Szabo	Gergely Szabo	—	—
Kommunalwirtschaft	Janos Szabo	Janos Szabo	Ferenc Nezeval	—	—

*) „Engeres Kabinett“ ab 30. Oktober.

worden. Die Note betont, daß in Ungarn akkreditierte Diplomaten sowie der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen von dieser Entwicklung in Kenntnis gesetzt worden seien. Außerdem richtet Ministerpräsident *Nagy* an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Dag Hammarskjöld*, ein Telegramm. Darin erinnert er an seinen ersten Appell (vgl. Meldung vom 1. 11., S. 9347) und führt sodann aus:

„Am 2. November sind neue zuverlässige Informationen, vor allem aus militärischer Quelle, an die ungarische Regierung gelangt, wonach bedeutende militärische sowjetische Streitkräfte die Grenzen des Landes überschritten haben und gegen Budapest marschieren. Sie besetzten die Eisenbahnen, die Bahnhöfe und die Signaleinrichtungen der Bahnen. Berichte deuten an, daß sowjetische Bewegungen in der Richtung Ost—West auf dem Gebiete Westungarns stattfinden. Auf Grund der oben erwähnten Tatsachen hat es die ungarische Regierung für notwendig erachtet, sowohl die Sowjetbotschaft als auch die anderen diplomatischen Missionen in Budapest über diese gegen die ungarische Volksrepublik gerichteten Maßnahmen zu informieren. Zu gleicher Zeit hat die Regierung der ungarischen Volksrepublik konkrete Vorschläge für den Rückzug der in Ungarn stationierten Sowjettruppen und über den Ort gemacht, wo Verhandlungen über die Durchführung der Aufhebung des Warschauer Paktes geführt werden könnten. Sie hat auch eine Liste der Mitglieder einer Regierungsdelegation überreicht. Ueberdies hat die ungarische Regierung der sowjetischen Botschaft in Budapest vorgeschlagen, eine gemischte Kommission für die Vorbereitungen des Rückzugs der Sowjettruppen zu bilden. Ich bitte Sie, die großen Mächte einzuladen, die Neutralität Ungarns anzuerkennen und dem Sicherheitsrat zu empfehlen, die sowjetische und die ungarische Regierung anzuweisen, solche Verhandlungen gleich zu beginnen.“

Vierte Phase: Die Koalitionsregierung und ihre Beseitigung durch die sowjetische Intervention

Samstag, 3. November 1956

Die Ereignisse in Ungarn

Radio Miskolc meldet, daß in der Nacht zum Samstag erneut Straßenkämpfe stattgefunden haben.

11 Uhr: Radio Eger gibt bekannt, daß in der Nacht neue sowjetische Verbände mit Panzern und schweren Geschützen die Grenze überschritten haben. Bei Budapest sei es zu Kämpfen gekommen. Das Uranbergwerk bei Pécs sei von Sowjeteinheiten umzingelt. Ungarische Truppen hätten zur Verteidigung des Bergwerkes Stellung bezogen.

11.45 Uhr wird gemeldet, daß die Sowjettruppen die Straße nach Wien vollkommen abgeriegelt haben und auch Journalisten nicht mehr passieren lassen. Aus dem Norden, Nordosten und Osten dringen Sowjettruppen in das Land ein.

Morgens: Die ungarische Nachrichtenagentur MTI gibt bekannt, daß im Parlamentsgebäude in Budapest Besprechungen zwischen Vertretern der ungarischen und sowjetischen Streitkräfte begonnen haben, an welchen von ungarischer Seite Staatsminister *Ferenc Erdei*, Kriegsminister Generalmajor *Pal Maleter* und Generalmajor *István Kovacs*, und von sowjetischer Seite General *Malinin*, Generalleutnant *Stepanow* und Generalmajor *Schtschibanin* teilnahmen. Die sowjetische Delegation habe den ungarischen Standpunkt in dieser Angelegenheit geprüft und das Versprechen abgegeben, daß keine neuen sowjetischen Truppen die ungarische Grenze mehr überschreiten würden. Für 22 Uhr wird eine neue Sitzung anberaumt.

14 Uhr: Radio Kossuth-Budapest teilt mit, daß zur Stärkung und Ergänzung der Regierung folgende Staatsminister ernannt worden seien: *Anna Kethly*, *Gyula Kelemen*, *József Fischer*, *István Szabo*, *István Bibó*, *Ferenc Farkas*, *Pal Maleter* (Verteidigung). Ihres Postens werden u. a. enthoben:

In den Vereinten Nationen finden am 2. November zwei Sitzungen statt:

Die Vollversammlung nimmt die von den Vereinigten Staaten eingebrachte Resolution über die Einstellung der Feindseligkeiten in Ägypten mit 64 gegen 5 Stimmen (darunter Großbritannien und Frankreich) bei 6 Enthaltungen an. (Trotz weltweiter Proteste nimmt die gemeinsame britisch-französische „Polizeiaktion“ gegen Ägypten ihren Fortgang.)

Um 23.41 Uhr tritt der Sicherheitsrat zusammen, um über die „Lage in Ungarn“ zu beraten. Dagegen erhebt sogleich der sowjetische Delegierte *Sobolew* Protest, doch wird mit 10 Stimmen gegen diejenige der Sowjetunion beschlossen, die ungarische Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Nach einer Diskussion über die Anerkennung des ungarischen Vertreters wenden sich die Delegierten der drei Westmächte (*Cabot Lodge*, USA; *Sir Pierson Dixon*, Großbritannien; *de Guiringaud*, Frankreich) nachdrücklich gegen die sowjetische Intervention in Ungarn, der der Sicherheitsrat ein Ende setzen müsse. Der sowjetische Delegierte bezeichnet die Debatte über Ungarn als einen Versuch, die Aufmerksamkeit von der „britisch-französischen Aggression“ in Ägypten abzulenken. Die Lage in Ungarn rechtfertige diese Debatte nicht. *Sobolew* dementiert im Namen der Sowjetregierung die Meldungen, wonach neue sowjetische Truppenverstärkungen eingetroffen seien, und bezeichnet sie als jeglicher Grundlage entbehrend. Daraufhin wird *Sobolew* vom nationalchinesischen Delegierten *Tsiang* unterbrochen, der ein Telegramm der ungarischen Regierung, in welchem eben der Einmarsch neuer sowjetischer Truppen nach Ungarn bestätigt wird, verliest. Nach einem ähnlichen Votum des französischen Vertreters verlagert sich der Rat auf Samstag, den 3. November, 21 Uhr.

Stellungnahmen im Ausland

Am Samstagnachmittag richtet Bundeskanzler *Julius Raab* eine Ansprache an die österreichische Bevölkerung, in der er u. a. ausführt:

„Die Ereignisse in unserem Nachbarland haben sich im Verlaufe der letzten Tage noch nicht beruhigt. Die österreichische Bundesregierung hat vor einer Woche an die Regierung der Sowjetunion appelliert, mitzuwirken, daß die militärischen Kampfhandlungen abgebrochen werden und das Blutvergießen aufhört...“

Es ist bedauerlich, daß der spontanen österreichischen Hilfsbereitschaft und dem Auftrag des Internationalen Roten Kreuzes in den letzten Tagen von mancher Seite anscheinend Ziele unterstellt werden, die den Tatsachen völlig widersprechen. Zu meinem Erstaunen wurden Freitag in ausländischen Sendern Nachrichten verbreitet, wonach angeblich von Oesterreich aus Flugzeuge mit Waffen nach Ungarn eingeflogen seien und von Oesterreich aus Gruppen von bewaffneten Per-

Imre Horvath (Außenminister), Ferenc Münnich (Innenminister), Károly Janza (Verteidigung), István Kovacs (Finanzen). (Vgl. die Tabelle auf S. 9349.)

Außer dem Verteidigungsministerium wurde kein anderes Ministerium besetzt. Die Geschäfte der einzelnen Ministerien werden Stellvertreter führen, die von der Regierung ernannt werden. Außer Imre Nagy und General Maleter befindet sich kein Kommunist mehr in der Regierung. Die übrigen Mitglieder sind Angehörige der neugegründeten Parteien.

Nachmittag: Der Präsident des Nationalen Rates in Győr, Attila Szigethy, empfängt ausländische Pressevertreter und gibt eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Der Einfall der sowjetischen Truppen erfolgte ohne vorherige Warnung wie im Krieg. Wir müssen jetzt vermeiden, den Sowjets einen Vorwand zur Anwendung militärischer Gewalt zu geben... Ungarn hat eine einzige Regierung, und zwar diejenige Imre Nagys. Es gibt keine Gegenregierung in Ungarn. Die ganze Regierung steht fest zu Ministerpräsident Nagy, seitdem er in der Rede von Donnerstagabend die Neutralität Ungarns, die Forderung des Abzugs der sowjetischen Truppen und den Appell an die Vereinten Nationen proklamiert hat. Wir haben mit der jetzigen Revolution schon sehr viel errungen. Wir wünschen unbedingt, diese Errungenschaften zu konsolidieren. Die Regierung ist immer mehr im Sinne der nationalen Unabhängigkeit zusammengesetzt und arbeitet auf dieses Ziel hin. Das Ausland muß wissen, um was es in Ungarn geht. Es soll im klaren darüber sein, daß wir, wenn wir nicht in einigen Tagen Unterstützung erhalten, nur die eine Wahl haben, nämlich einen Verzweiflungskampf zu führen. Jede Unterdrückung der Revolution ist unmoralisch. Sie richtet sich gegen den entschlossenen Willen des Volkes. Wir hoffen, daß es zu dieser letzten tragischen Entwicklung, die schließlich zum Verbluten des ganzen ungarischen Volkes führen müßte, nicht kommen wird. Wir bitten Sie, das Weltgewissen aufzurufen! Helft uns!“

20 Uhr: Radio Kossuth-Budapest verbreitet eine 40 Minuten dauernde Ansprache Kardinal Mindszenty, in welcher er allen Nationen, Staatsmännern und Parlamenten für die Anteilnahme und Hilfe, die sie Ungarn angedeihen ließen, dankt.

21 Uhr: Die Nachrichtenagentur MTI meldet, daß neue sowjetische Truppen in Ungarn eingedrungen seien.

Sonntag, 4. November 1956

Die Ereignisse in Ungarn

5 Uhr: Ministerpräsident Nagy macht in mehreren Sprachen über Radio Budapest folgende Mitteilung:

„Heute am frühen Morgen haben sowjetische Truppen unsere Hauptstadt angegriffen mit dem offensichtlichen Zweck, die gesetzmäßige, demokratische Regierung des ungarischen Volkes zu stürzen. Unsere Truppen stehen im Kampf für Recht und Freiheit. Die Regierung ist an ihrem Platz. Ich bringe dies dem Volke unseres Landes und der Öffentlichkeit der ganzen Welt zur Kenntnis.“

Nagy beruft die ungarischen Delegierten, die an den Verhandlungen über den Abzug der Sowjettruppen teilgenommen haben, zurück. Da diese nicht zurückkehren, wird angenommen, daß die Sowjets die ungarischen Unterhändler in Gewahrsam halten, wodurch Ungarn seines höchsten militärischen Führers, General Maleters, beraubt wird.

5.45 Uhr: Die Botschaft Nagys wird wiederholt und hinzugefügt, daß sie für die Vereinten Nationen bestimmt sei.

Von einem nicht festzustellenden Sender wird die Bildung einer „revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“ unter Janos Kadar gemeldet.

6.10 Uhr: Radio Budapest verbreitet einen Appell an die sowjetischen Offiziere und Soldaten: „Schießt nicht, Ihr seid unsere ewigen Freunde und werdet es bleiben!“

6.55 Uhr: Radio Budapest bestätigt, daß sich die sowjetische Offensive über das ganze Land ausgedehnt hat.

7 Uhr: Die ungarische Nachrichtenagentur teilt mit, daß Generalmajor Maleter von den Sowjets gefangengenommen wurde.

Radio Budapest verbreitet einen Appell der ungarischen Schriftstellervereinigung mit folgendem Wortlaut:

sonen die ungarische Grenze überschritten hätten. Ich möchte hier in aller Öffentlichkeit und mit allem Nachdruck gegen solche Meldungen Verwahrung einlegen und stelle fest, daß diese von A bis Z erfunden sind. Ich kann nur wiederholen, daß sich Oesterreich seiner Verantwortung als neutraler Staat bewußt ist, danach handelt und damit einen wesentlichen Beitrag für den Weltfrieden leistet.“

21.37 Uhr: Der Sicherheitsrat tritt zur Behandlung der Situation in Ungarn zusammen. Die Vereinten Staaten legen einen Resolutionsentwurf vor, in dem die Anerkennung der Unabhängigkeit Ungarns sowie der Verzicht der Sowjetregierung auf jede, vor allem bewaffnete Intervention verlangt und mit Nachdruck die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Sowjetunion auf Grund „geeigneter Vereinbarungen mit der ungarischen Regierung“ ihre Truppen unverzüglich zurückziehen soll. In Übereinstimmung mit den asiatischen Vertretern setzt es der jugoslawische Delegierte Brilej durch, daß der Rat sich ohne Beschlußfassung auf Montag vertagt. Er wird dabei auch vom amerikanischen Vertreter unterstützt. Lediglich Großbritannien und Frankreich verlangen energisch, aber vergeblich die sofortige Annahme des amerikanischen Resolutionsentwurfes.

Stellungnahmen im Ausland

0.50 Uhr: Der Sicherheitsrat vertagt sich auf Montag.

6.15 Uhr: Radio Moskau verbreitet den Leitartikel der *Prawda* („Der Reaktion in Ungarn muß der Weg versperrt werden“). In diesem wird erneut festgestellt, daß in den letzten Tagen in Ungarn immer deutlicher sich „dem Volke zutiefst fremde Aktionen reaktionärer Kräfte abzeichnen, die das Ziel haben, die sozialistischen

„Unsere Zeit ist kurz. Die Tatsachen sind bekannt. Helft Ungarn, helft der ungarischen Nation, den Arbeitern, Bauern, Intellektuellen! Hilfe, Hilfe, Hilfe!“

Nach der Durchgabe dieses Aufrufs in ungarischer, deutscher und englischer Sprache verstummt der Sender plötzlich. Kurz darauf meldet sich noch zweimal ein Kurzwellensender, der um dringende Hilfe der Vereinigten Staaten bittet, weil die Hilfe der Vereinten Nationen zu langsam sei.

In der letzten direkten Botschaft aus Budapest wird die Besetzung des Parlaments bekanntgegeben.

Nach den Berichten der britischen Gesandtschaft in Budapest und einer Nachricht des Fernschreibers von *Szabad Nep* spielen sich in der ungarischen Hauptstadt schwere Kämpfe ab. Budapest liegt unter Artilleriefeuer.

Auch in der Provinz sind überall Kämpfe im Gange. Die Sowjettruppen haben das Land hermetisch abgeriegelt und besetzen die Provinzstädte. Pécs, Kaposvár und Teile von Győr befinden sich am Sonntagmorgen in sowjetischer Hand. Im Laufe des Tages werden trotz des verzweifelten Widerstandes der gesamten Bevölkerung und der Armee immer mehr Städte und Gebiete von Sowjettruppen unter Kontrolle gebracht. Nach verschiedenen Meldungen wird die Gesamtstärke der zur Zeit in Ungarn befindlichen Sowjetstreitmacht auf etwa 200 000 Mann und 4600 Panzer geschätzt.

8 Uhr: Das britische Foreign Office gibt bekannt, daß nach einer Meldung der britischen Botschaft in Budapest das Kommando der Sowjettruppen der Regierung *Nagy* ein Ultimatum gestellt habe, bis 12 Uhr zu kapitulieren, andernfalls die Stadt Budapest bombardiert würde. Kardinal *Mindszenty* wird in der amerikanischen Botschaft Asyl gewährt.

9.18 Uhr: Das ungarische Rote Kreuz appelliert an die Öffentlichkeit der ganzen Welt.

10.50 Uhr: Agence Presse empfängt in Wien ihre letzte Meldung aus Budapest: „In diesem Moment spielen sich schwere Kämpfe in der Maria-Theresien-Kaserne ab. Man hört rollendes Artilleriefeuer.“

11 Uhr: Ueber Radio Szombathely veröffentlicht der Militärkommandant von Szombathely einen Aufruf, in dem es heißt, daß die Gegenrevolution im ganzen Land gestürzt sei. Die Kommunisten hätten die Macht wieder in der Hand.

11.15 Uhr: Radio Prag gibt die Bildung einer neuen Arbeiter- und Bauern-Regierung bekannt, an deren Spitze Janos *Kadar* steht. Die ungarische Nachrichtenagentur MTI teilt mit:

„Parteisekretär Janos Kadar hat eine Gegenregierung ausgerufen. Er hat die Ungarn in seiner über Radio Szolnok ausgestrahlten Rede aufgefordert, das volksdemokratische System zu verteidigen. Kadar teilt mit, daß er die sowjetischen Truppen um Hilfe ersucht hat...“

Die Regierung *Nagy* habe — so heißt es in der Ansprache Kadars weiter — bereits die Gendarmerie *Horthys* gegen das Volk gehetzt. Wenn sie gesiegt hätte, dann hätte dies Ungarn nicht Freiheit und Demokratie, sondern Sklaverei, Not, Arbeitslosigkeit und erbarmungslose Unterdrückung gebracht.

14 Uhr: Eine aus Budapest stammende Sendung wird aufgefangen, in der es heißt: „Achtung, Achtung, alle herhören! Helft der ungarischen Revolution! Hunderte von sowjetischen Panzern greifen die ungarische Hauptstadt an. Wir bitten um die Hilfe der gesamten Welt!“

16.30 Uhr: Ein Militärsender, der sich als solcher der ungarischen Armee ausgibt, teilt mit, daß Hunderte von sowjetischen Flugzeugen Budapest überfliegen und die ungarische Armee fortfähre, sich den „sowjetischen Banditen“ mit einem verzweifelten Widerstand entgegenzustellen.

16.40 Uhr: Von einem unbekannten Sender — wahrscheinlich aus der Tschechoslowakei — wird das Programm der neuen „Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung“ bekanntgegeben (vgl. den vollen Wortlaut auf S. 9389). Dieses enthält 15 Punkte, die sich im wesentlichen mit den Programmpunkten der zweiten Regierung *Nagy* (vgl. S. 9344) decken: Gewährleistung der nationalen Unabhängigkeit; Schutz der volksdemokratischen sozialistischen Ordnung; Beendigung des inneren Kampfes und Wiederherstellung der Ordnung; Herstellung enger, brüderlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen sozialistischen Ländern; rasche und umfassende Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen; Umarbeitung der Volkswirtschaftspläne; Beseitigung des Bürokratismus; Arbeiterverwaltung in allen Fabriken.

Errungenschaften der Werktätigen zunichte zu machen“. In allen Volksdemokratien werde diese Entwicklung mit wachsender Besorgnis und Empörung verfolgt.

Es könne aber kein Zweifel daran bestehen, daß das ungarische Volk, seine Arbeiterklasse und alle wahrhaften Patrioten Ungarns die Kraft finden würden, um die Reaktion zu zerschmettern. Dieser Kampf werde die einmütige Unterstützung des Sowjetvolkes und der Völker aller sozialistischen Länder finden. Der Reaktion in Ungarn den Weg zu versperren, so schließt der Artikel, ist eine vordringliche Aufgabe, die durch den Gang der Ereignisse diktiert wird.

Nacht von Samstag auf Sonntag: „Außerordentliche Notsitzung der Vollversammlung“ zur Behandlung des Mittelostkonfliktes. Nur der letzte Teil der Sitzung ist der Debatte über die Lage in Ungarn gewidmet. Die Sitzung wird, ohne daß ein Beschluß gefaßt wurde, vertagt.

6.25 Uhr: Der amerikanische Vertreter verlangt im Hinblick auf die Ereignisse in Ungarn die sofortige Einberufung einer Sitzung des Sicherheitsrates.

9 Uhr: Der Sicherheitsrat tritt erneut zusammen. Die an ihn gerichteten Hilferufe von Ministerpräsident *Nagy* werden nun mit allem Ernst geprüft. Der amerikanische Delegierte bringt seine bereits am Samstag vorgelegte Resolution nochmals ein. Sie gelangt gegen den heftigen Einspruch des sowjetischen Delegierten *Sobolew* zur Abstimmung; neun Ratsmitglieder stimmen dafür; der jugoslawische Vertreter enthält sich mangels Instruktionen durch die Regierung (behält sich aber vor, später seine Haltung zu korrigieren) der Stimme; das sowjetische Veto bringt jedoch die Resolution zu Fall. Durch die Resolution sollte die sowjetische Regierung aufgefordert werden, „sofort jede Art von Intervention in die inneren Angelegenheiten Ungarns, insbesondere jede militärische Intervention einzustellen“. Es sollte die Hoffnung ausgesprochen werden, „daß die Sowjetunion ohne Verzug alle ihre Streitkräfte aus Ungarn im Rahmen angemessener Abmachungen mit der ungarischen Regierung zurückzieht“; das Recht des ungarischen Volkes auf „eine Regierung, die seinen nationalen Aspirationen entspricht“, sollte bekräftigt und der Ge-

17 Uhr: Meldung über die Einnahme von Győr, Magyaróvár und Sopron durch sowjetische Truppen.

Ein großer Strom von Flüchtlingen kommt über die österreichische Grenze.

19 Uhr: Die letzte in den Händen der Aufständischen befindliche Radiostation stellt ihre Sendungen ein.

19.40 Uhr: Von einem unbekannten Sender wird in einem Aufruf an das ungarische Volk die Zusammensetzung der neuen „Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung“ bekanntgegeben. Der Aufruf lautet:

„Am 23. Oktober begann in unserem Lande eine Massenbewegung, deren edles Ziel darin bestand, die partei- und volksfeindlichen Fehler, die Rakosi und seine Anhänger begingen, zu korrigieren und die nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu schützen. Die Schwächung der Regierung Imre Nagy und der wachsende Einfluß der in Bewegung geratenen konterrevolutionären Elemente brachten unsere sozialistischen Errungenschaften, unseren Volksstaat, unsere Arbeiter- und Bauern-Macht, die Existenz unseres ganzen Heimatlandes in Gefahr.

Das veranlaßte uns ungarische Patrioten zur Schaffung einer ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Die Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Janos Kadar — Ministerpräsident; Ferenc Münnich — stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Streitkräfte und öffentliche Sicherheit; György Marosan — Staatsminister; Imre Horvath — Außenminister; István Kosta — Finanzminister; Antal Aproz — Minister für Schwerindustrie; Imre Degei — Minister für Landwirtschaft; Sándor Ronai — Handelsminister. Die übrigen Ministerposten haben wir vorläufig unbesetzt gelassen. Sie werden nach der Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung besetzt, wozu Vertreter anderer Parteien und treu zu unserer Volksdemokratie stehende Parteilose eingeladen werden müssen, die bereit sind, mit uns die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen.“

An den Generalsekretär der Vereinten Nationen wird ein von Ministerpräsident Kadar und Außenminister Imre Horvath unterzeichnetes Telegramm mit folgendem Wortlaut gesandt:

„Die ungarische Revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung erklärt, daß die Aufrufe Imre Nagys an die Vereinten Nationen mit der Bitte, die Ungarnfrage in der Organisation der Vereinten Nationen zu erörtern, keine Rechtskraft besitzen und nicht als Aufrufe von Ungarn als Staat betrachtet werden können.

Die Revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung wendet sich kategorisch gegen die Erörterung der erwähnten Frage, sowohl im Sicherheitsrat als auch in der Vollversammlung, da diese Frage ausschließlich zur Kompetenz der ungarischen Volksrepublik gehört.“

22.17 Uhr: Radio Budapest erklärt, daß sich die Regierung Nagy aufgelöst habe und nicht mehr bestehe. Diese Mitteilung hatte Radio Moskau bereits um 12.05 Uhr gesendet. In einer um 21.39 Uhr verbreiteten Sendung von Radio Moskau hieß es, daß „die sozialistischen Kräfte Volksungarns zusammen mit den Einheiten der Sowjetarmee, die die Revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung um Hilfe gerufen hat, selbstlos ihre Aufgabe erfüllen“.

neralsekretär sollte ersucht werden, die für Ungarn notwendig gewordenen Hilfsmaßnahmen einzuleiten.

Der Sicherheitsrat beschließt daraufhin, gegen den Protest der Sowjetunion, die Vollversammlung für Sonntag nachmittag zu einer außerordentlichen Notsitzung einzuberufen.

Präsident Eisenhower ersucht Ministerpräsident Bulganin um die Einstellung der sowjetischen Intervention, den Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn und die Wiederherstellung der Menschenrechte des ungarischen Volkes. (Vgl. den Wortlaut der Botschaft Eisenhowers auf S. 9391 dieser Folge.)

13 Uhr: In einer Sondermeldung teilt Radio Moskau mit:

„Die Konterrevolution in Ungarn ist niedergeschlagen worden... Eine neue ungarische Revolutionsregierung der Arbeiter und Bauern ist gebildet worden. Die konterrevolutionären Banden, die sich in öffentlichen Gebäuden eingenistet haben, werden vernichtet werden und beginnen zu kapitulieren. Alle ehrlichen Patrioten in Budapest und anderen Teilen des Landes beteiligen sich aktiv an der Entwaffnung der Aufständischen und an der Bekämpfung von einzelnen Widerstandszentren mit faschistischen Gruppen.“

22.30 Uhr: Die Vollversammlung der Vereinten Nationen tritt zusammen, um über die Lage in Ungarn zu beraten.

Die Tragödie des ungarischen Volksaufstandes

Das Eingreifen der den ungarischen Aufständischen an Zahl und Ausrüstung weit überlegenen sowjetischen Streitkräfte bedeutete die militärische Niederschlagung der Erhebung in Ungarn. Die Tage nach dem 4. November führten, wenn auch nur langsam, zur Eroberung der als Stützpunkte ausgebauten Städte, Dörfer und Industrieanlagen, in denen die Aufständischen verzweifelt Widerstand leisteten. Der allmählich erlöschende, von über das Land zerstreuten Partisanengruppen noch aufrechterhaltene Widerstand wich einer zunehmenden passiven Resistenz der gesamten Bevölkerung. Ein sich über ganz Ungarn ausbreitender Generalstreik, legte — mit Ausnahme der Lebensmittelindustrie — alle Zweige des wirtschaftlichen Lebens lahm, der ganze Apparat von

Verwaltung, Armee und Polizei war zusammengebrochen. Vergeblich versuchte bis heute (26. November) die bereits am Morgen des 4. November in Szolnok gebildete und wenige Tage später nach Budapest übersiedelte Regierung Kadar, das Vertrauen der über das sowjetische Eingreifen zutiefst erbitterten Bevölkerung zu gewinnen. Ihre angesichts der katastrophalen Versorgungslage und der drohenden Seuchengefahr immer dringlicher werdenden Appelle zur Wiederaufnahme der Arbeit wurden nicht befolgt. Die Zusicherungen Kadars gegenüber dem Zentralrat der ungarischen Arbeiter (der sich als die einzig rechtmäßige Vertretung der Arbeiterschaft bezeichnet) umfassen unter anderen das Versprechen zur Abhaltung freier und geheimer Wahlen „in der näch-

sten Zukunft“, zur Wiederaufnahme von Verhandlungen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten *Nagy*, die Zulassung aller Parteien, die „auf dem Boden der Volksdemokratie“ stehen, und Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Truppen, „sobald die Ordnung wiederhergestellt“ sei. Außerdem gab Kadar die Versicherung ab, daß eine Rückkehr zum stalinistischen Kurs, wie er vor dem Aufstand geherrscht habe, ausgeschlossen sei und daß die Hauptverantwortlichen für diese Politik keine Ämter in Partei und Regierung mehr ausüben könnten. Die Tatsache, daß nun de facto alle Regierungsgewalt in Ungarn von der sowjetischen Besatzungsmacht ausgeübt wird, ließ alle diese Zusagen Kadars als fragwürdig erscheinen und bewirkte, daß es zu keiner Entspannung der Lage kam. Das Eingreifen der sowjetischen Truppen, um eine für den 21. November einberufene Versammlung des „Nationalen Arbeiterparlamentes“ zu verhindern, die nach dem 4. November einsetzende Welle willkürlicher Verhaftungen und Deportationen von Aufständischen und die am 23. November unter Bruch eingegangener Versprechungen erfolgte Entführung Ministerpräsident *Nagys* durch sowjetische Offiziere führten im Gegenteil zu neuen Spannungen.

In den Volksdemokratien fiel, entsprechend der jeweils im Lande vorherrschenden Richtung, die Reaktion auf das sowjetische Eingreifen in Ungarn verschieden aus. Mit Genugtuung und Erleichterung war vor allem in Regierungskreisen der Tschechoslowakei, der DDR und Rumäniens die Nachricht von der Niederschlagung des Aufstandes aufgenommen worden, nicht zuletzt im Hinblick auf die möglichen Rückwirkungen, die sein Gelingen im eigenen Lande gehabt hätte. Man unterließ es denn auch nicht, die Führerschaft der Sowjetunion und die unverbrüchliche Freundschaft mit ihr nachdrücklich zu betonen. Anders war die Reaktion in Polen und Jugoslawien, die bereits während des eigentlichen Aufstandes von den übrigen kommunistischen Ländern abweichende Kommentare veröffentlicht hatten. In beiden Ländern wurde auf Grund einer erstaunlich objektiven Berichterstattung über die Vorgänge in Ungarn das sowjetische Eingreifen zum mindesten mit Besorgnis, in manchen Äußerungen sogar als „dem Ansehen des Sozialismus schädlich“ verurteilt.

In diesem Zusammenhang verdient die von Staatspräsident *Tito* am 11. November in Pula gehaltene Rede besondere Beachtung (vgl. den Wortlaut auf S. 9391 dieser Folge). Sie stellt nicht nur eine Antwort auf die Ansprache *Suslows* anlässlich des 39. Jahrestages der Oktoberrevolution in Moskau dar, in der dieser mit deutlicher Spitze gegen die „national-kommunistischen“ und „titoistischen“ Richtungen den Führungsanspruch der Sowjetunion erneut betont hatte. *Tito* hatte vielmehr bisher die Ereignisse in Ungarn gemäß den auf der Krim mit *Chruschtschow* getroffenen Vereinbarungen über die „Nichtein-

mischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes“ mit Zurückhaltung kommentiert und die Regierung *Kadar* anerkannt. Auf Grund der jüngsten Ereignisse glaubte er sich nun berechtigt, aus seiner Reserve herausgehen zu können und seinerseits zu erklären, die Sowjetunion habe in Ungarn zu Unrecht mit militärischer Gewalt interveniert, was er als einen großen Irrtum bezeichnete. Die Aussage *Titos* über die zwei in der Sowjetführung bestehenden Richtungen rief wiederum eine heftige Reaktion der *Prawda* hervor und führte — zusammen mit der durch einen Wortbruch gegenüber Jugoslawien ermöglichten Entführung *Nagys* — zu einer wachsenden Verschärfung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen befaßte sich seit ihrer Einberufung durch den Sicherheitsrat am 4. November in längeren Sitzungen dreimal (am 4./5., 9. und 21. November) mit der Lage in Ungarn. Sie nahm — mit unterschiedlichen Stimmverhältnissen — mehrere Resolutionen an, in denen der Abzug der sowjetischen Truppen, die Abhaltung freier Wahlen und die Zulassung von Beobachtern der Vereinten Nationen in Ungarn gefordert und die Mitgliedstaaten zu Hilfsmaßnahmen für das notleidende Ungarn und die ständig zunehmende Zahl von Flüchtlingen aufgerufen werden. Während sich hierbei die westlichen Länder, in denen es zu zahlreichen antisowjetischen Demonstrationen gekommen war, geschlossen gegen das Vorgehen der Sowjetunion wendeten, fiel die zurückhaltende Stellungnahme vieler asiatischer Staaten (darunter auch Indiens) auf, die zur gleichen Zeit die britisch-französische Intervention am Suezkanal scharf verurteilten.

Das persönliche Schreiben Präsident *Eisenhowers* an Ministerpräsident *Bulganin* vom 4. November wurde von diesem erst vier Tage später beantwortet. Die Entscheidung über den von Eisenhower verlangten Abzug der sowjetischen Truppen falle — so hieß es in der Antwort *Bulganins* — „ganz in die Kompetenz der Sowjetunion und Ungarns“.

Die Tragik des ungarischen Volksaufstandes liegt gerade in dieser Tatsache begründet: darin nämlich, daß Ungarn seit 1945 als volksdemokratisches Land im Interessen- und Einflußbereich einer Großmacht liegt, die jede aktive Intervention des Westens als „eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten“ betrachten wird. Selbst die verhängnisvolle Schwächung der westlichen Allianz durch das britisch-französische Vorgehen im Suezkonflikt zu einer Zeit, in der der Aufstand in Ungarn seinen Höhepunkt erreicht hatte (30. Oktober), kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die aktive Unterstützung der Aufständischen durch den Westen einen an das Grundsätzliche des West-Ost-Konflikts rührenden, also ideologischen Aspekt erhalten hätte und damit eine Beschränkung der Auseinandersetzung auf Ungarn kaum möglich gewesen wäre.

Die Ereignisse in Ungarn und die sowjetische Definition der Aggression

Von Dr. Dietrich A. Loeber, Den Haag

Die Regierung der Sowjetunion hat in ihren Erklärungen wiederholt jede Aggression als Verletzung des Völkerrechts verurteilt. Als Beitrag zum Kampf gegen die Aggression hat die Sowjetunion eine Definition der Aggression vorgeschlagen. Ihr erster Vorschlag stammt aus dem Jahre 1933¹. Er diente als Grundlage für drei von der Sowjetunion in jenem Jahre in London mit zusammen dreizehn Nachbarstaaten abgeschlossenen Konventionen². Im Jahre 1950 ist die Sowjetunion in den Vereinten Nationen erneut mit einem Vorschlag zur Definition der Aggression hervorgetreten³. Diesen Definitionsvorschlag hat sie 1953 in einer erweiterten Fassung wiederholt⁴. Es erscheint angebracht, das sowjetische Eingreifen in die Vorgänge in Ungarn unter Zugrundelegung der von der Sowjetunion 1953 vorgeschlagenen Definition der Aggression zu prüfen. (Der Wortlaut dieses Vorschlags ist im Anhang zu diesem Beitrag wiedergegeben.)

I.

Der Tatbestand umfaßt, wenn man sich auf ungarische und sowjetische Quellen stützt, folgende völkerrechtlich erheblichen Vorgänge:

Am Abend des 23. Oktober 1956 beginnen in Budapest Unruhen. Sie entwickeln sich bald zu einer Volkserhebung und greifen auf das ganze Land über.

Eingreifen von Sowjettruppen

„Die Regierungsorgane haben sich — meldet Radio Budapest am 24. Oktober um 8 Uhr⁵ — an die in Ungarn auf Grund des Warschauer Vertrages stationierten sowjetischen Einheiten mit der Bitte um Hilfe gewandt. Die sowjetischen Einheiten haben dem Ersuchen entsprochen und nehmen an der Wiederherstellung der Ordnung teil⁶.“ Die gleiche Meldung bringt Radio Moskau am 24. Oktober um 21.35 Uhr. Der erste Satz lautet jedoch in Abweichung von der Budapester Nachricht: „Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik hat die Regierung der UdSSR um Hilfe gebeten⁷.“ In der *Prawda* erscheint der erste Bericht über die Ereignisse in Ungarn am 25. Oktober.

Zur Frage, wer die Hilfe der Sowjettruppen erbitten hat, gibt Radio Budapest am 30. Oktober eine Erklärung⁸, in der festgestellt wird, daß sich die Unterschrift des am 24. Oktober zum Ministerpräsi-

denten ernannten Imre Nagy nicht auf der Resolution des Ministerrates befindet, durch welche die sowjetische Militärhilfe erbeten wurde. Diese Entscheidung — so heißt es — liegt auf dem Gewissen von Andras Hegedüs⁹ und Ernő Gerő¹⁰.

Forderung nach Abzug der Sowjettruppen

Am 25. Oktober teilt Nagy in einer Rundfunkansprache mit, daß die ungarische Regierung Verhandlungen mit der Sowjetunion aufnehme, in denen unter anderem auch die Frage des Abzugs der in Ungarn stationierten sowjetischen Streitkräfte behandelt werden soll (Radio Budapest, 25. Okt., 14.18 Uhr¹¹). Dieselbe Mitteilung wiederholt Nagy am 28. Oktober (Radio Budapest, 28. Okt., 16.23 Uhr¹²).

Am 30. Oktober gibt die Sowjetregierung eine Deklaration über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Staaten ab¹³. Auf diese Deklaration bezugnehmend übermittelt Nagy der Sowjetunion folgende Note (Radio Budapest, 31. Okt.¹⁴):

„Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik wünscht, sofortige Verhandlungen über den Abzug der Sowjettruppen aus dem gesamten Gebiet Ungarns zu beginnen. Unter Bezugnahme auf die neueste Deklaration der Regierung der UdSSR, nach der sie sich bereit erklärt, mit der ungarischen Regierung und mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über den Abzug von Sowjettruppen aus Ungarn zu verhandeln, fordert die ungarische Regierung die Sowjetregierung auf, ihre Bevollmächtigten zu ernennen, damit die Verhandlungen so bald als möglich beginnen können. Sie bittet ferner, Ort und Zeitpunkt für die Verhandlungen zu bestimmen.“

Am 1. November wiederholt Radio Budapest diese Erklärung und bezeichnet sie als den Wortlaut eines Telegramms, das Nagy an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR (Woroschilow) gerichtet habe¹⁵.

Am nächsten Tage (2. November) erklärt die ungarische Regierung in einer Note an die Sowjetbotschaft in Ungarn erneut ihren Wunsch nach sofortigen Verhandlungen über den unverzüglichen Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn. Sie benennt ihre Bevollmächtigten für die Verhandlungen (Radio Budapest, 2. Nov., 18.20 Uhr¹⁶). In einer weiteren Note vom

gleichen Tage schlägt die ungarische Regierung vor, ein gemischtes Komitee mit der Vorbereitung des Abzugs der Sowjettruppen zu beauftragen. Das Komitee soll sofort, das heißt am 2. November, seine Arbeit im ungarischen Parlamentsgebäude beginnen. Als Bevollmächtigte für das Komitee benennt die ungarische Regierung (Radio Budapest, 2. Nov., 18.20 Uhr¹⁶):

Staatsminister Ferenc Erdei, Generalmajor Pal Maleter¹⁷, Generalmajor Istvan Kovacs¹⁸, Oberst Miklos Szvecs.

Am 3. November gibt Radio Budapest (um 14.18 Uhr) bekannt, daß die Sowjetunion folgende Bevollmächtigte für das von Ungarn vorgeschlagene gemischte Komitee benannt habe:

General Malinin¹⁹, Generalleutnant Stepanow, Generalmajor Schtschelbanin.

Das Komitee habe am Morgen des 3. November seine Arbeit im Parlamentsgebäude aufgenommen. Radio Budapest gibt folgenden Bericht über die Sitzung:

„Beide Parteien erklärten ihre Ansichten zu technischen Fragen des Abzugs der sowjetischen Truppen. Das Komitee beschloß, die gegenseitigen Erklärungen zu prüfen und um 21.00 Uhr zur nächsten Sitzung zusammenzutreten. Die sowjetische Delegation versprach, daß keine weiteren Züge mit sowjetischen Truppen die ungarische Grenze überschreiten werden²⁰.“

In der Zwischenzeit haben außerdem Verhandlungen mit dem Kommando der sowjetischen Streitkräfte über den Abzug der Sowjettruppen aus Budapest stattgefunden. Radio Budapest meldet am 28. Oktober²¹ sowie am 29., 30. und 31. Oktober²², daß eine Vereinbarung über den Abzug erzielt worden sei. Am 29. Oktober beginnen die ersten Sowjettruppen Budapest zu verlassen²³. Am 31. Oktober gibt Radio Budapest auf Grund einer TASS-Meldung bekannt, daß die Sowjetregierung das Kommando der sowjetischen Streitkräfte angewiesen habe, militärische Einheiten aus Budapest zurückzuziehen, sobald dieses von der ungarischen Regierung für zweckmäßig angesehen wird^{23a}. Als Zeitpunkt für die Evakuierung wird der Abend des 31. Oktober vereinbart²⁴. Der größte Teil der Sowjettruppen verläßt Budapest bis zu diesem Termin²⁵.

Einmarsch neuer Sowjettruppen

Am 1. November läßt Nagy den Botschafter der Sowjetunion in Ungarn, Antropow, zu sich kommen und teilt ihm mit, daß er zuverlässige Informationen über den Einmarsch neuer sowjetischer Militäreinheiten nach Ungarn erhalten habe. Nagy fordert, daß diese Einheiten sofort zurückgezogen werden. Er teilt dem Sowjetbotschafter mit, daß die ungarische Regierung den Warschauer Vertrag kündige und die Neutralität Ungarns erkläre. Der Sowjetbotschafter bestätigt den Empfang des Protestes und der Erklärungen der ungarischen Regierung. Ueber das Ergebnis der Unterredung mit dem Sowjetbotschafter unterrichtet

Nagy alle bei der ungarischen Regierung akkreditierten diplomatischen Missionen (Radio Budapest, 1. Nov., 17.13 Uhr²⁶). Gleichzeitig informiert Nagy den Generalsekretär der Vereinten Nationen über die Ereignisse und bittet ihn, die Frage der Neutralität Ungarns auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung zu setzen²⁷.

Am folgenden Tage (2. November) weist die ungarische Regierung die Botschaft der Sowjetunion in einer Note²⁸ darauf hin, daß trotz der sowjetischen Bereitschaft, über den Abzug der Sowjettruppen zu verhandeln, am 31. Oktober und am 1. November neue Sowjettruppen die ungarische Grenze überschritten hätten; die ungarische Regierung habe mit Rücksicht hierauf am 1. November den Warschauer Vertrag gekündigt. In einer weiteren Note vom gleichen Tage stellt die ungarische Regierung fest, daß auch am 2. November neue Sowjettruppen nach Ungarn einmarschiert seien und protestiert dagegen. Sie informiert die diplomatischen Missionen in Budapest über ihren Protest (Radio Budapest, 2. Nov., 18.20 Uhr²⁹) und sendet eine weitere Note an den Generalsekretär der Vereinten Nationen³⁰.

Presse und Rundfunk der Sowjetunion haben über die Forderungen und Verhandlungen der Regierung Nagy zum Abzug der Sowjettruppen sowie die ungarischen Proteste gegen den Einmarsch neuer Sowjettruppen nach Ungarn nicht berichtet.

Niederschlagen der Volkserhebung

Am 4. November um 4.19 Uhr tritt Ministerpräsident Nagy vor das Mikrofon von Radio Budapest und erklärt:

„Heute am frühen Morgen haben sowjetische Truppen unsere Hauptstadt angegriffen mit dem offensichtlichen Zweck, die gesetzmäßige, demokratische Regierung des ungarischen Volkes zu stürzen. Unsere Truppen stehen im Kampf für Recht und Freiheit. Die Regierung ist an ihrem Platz. Ich bringe dies dem Volke unseres Landes und der Öffentlichkeit der ganzen Welt zur Kenntnis³¹.“

Kurz darauf, um 4.58 Uhr, wird folgende Meldung durchgesagt:

„Imre Nagy, Ministerpräsident der Nationalregierung, fordert Pal Maleter, den Verteidigungsminister, Istvan Kovacs, den Chef des Generalstabes, und andere Mitglieder der Militärdelegation, die sich gestern um 21.00 Uhr zum Hauptquartier der Sowjetarmee begeben haben und bisher nicht wiedergekommen sind, auf, sofort zurückzukehren und ihre Arbeit aufzunehmen³¹.“

Um 7.10 Uhr stellt Radio Budapest seine Sendungen ein. Ueber einen anderen Sender wird um 5 Uhr (4. November) gemeldet, daß Janos Kadar eine „revolutionäre Arbeiter-Bauernregierung“ gebildet habe³². Diese Meldung bringt auch Radio Moskau am gleichen Morgen (10.50 Uhr)³³. Um 22.17 Uhr erklärt Radio Budapest, daß sich die Regierung Nagy aufgelöst habe und nicht mehr bestehe³⁴. Diese Mitteilung hatte Radio Moskau bereits um 12.05 Uhr

(4. November) gesendet³⁵. Die gleiche Moskauer Sendung enthielt die erste Meldung darüber, daß die sowjetischen Truppen den Kampf auf Ersuchen der Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung begonnen hätten.

II.

Die Rechtsfrage lautet: Stellen die Maßnahmen, welche die Sowjetunion zur Unterdrückung der Volkserhebung in Ungarn unternommen hat, eine Aggression im Sinne der von ihr vorgeschlagenen Definition dar? Als Aggressionsakte kommen vor allem folgende Tatbestände in Betracht: Stationierung von Sowjettruppen in Ungarn, Eingreifen der Sowjettruppen auf Ersuchen der Regierung *Hegedüs*, Einmarsch neuer Sowjettruppen gegen den Willen der Regierung *Nagy*, Sturz der Regierung *Nagy* und Niederschlagen der Volkserhebung auf Ersuchen der Regierung *Kadar*.

Stationierung von Sowjettruppen in Ungarn

Der Einmarsch und die Stationierung fremder Streitkräfte in Ungarn stellt, wenn sie ohne „Erlaubnis“ der ungarischen Regierung erfolgt, eine Aggressionshandlung dar (Art. 1d der Definition). Die ungarische Regierung hat bei Abschluß des Warschauer Vertrages³⁶ am 14. Mai 1955 die Erlaubnis zur Stationierung von Streitkräften der Vertragspartner erteilt. „Die Vertragsschließenden Seiten kamen — so heißt es in Artikel 5 — überein, ein Vereintes Kommando derjenigen ihrer Streitkräfte zu schaffen, die nach Vereinbarung zwischen den Seiten diesem ... Kommando zur Verfügung gestellt werden.“ In dem gemeinsamen Beschluß der Vertragspartner „über die Bildung des Vereinten Kommandos der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten“ vom 14. Mai 1955 wird sodann folgende Regelung getroffen:

„Die Standortverteilung der Vereinten Streitkräfte auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten des Vertrages wird in Uebereinstimmung mit den Erfordernissen der gemeinsamen Verteidigung nach Vereinbarung zwischen diesen Staaten durchgeführt“³⁷.

Die von Ungarn bei Abschluß des Warschauer Vertrages erteilte Erlaubnis zur Stationierung fremder Streitkräfte ist somit an zwei Bedingungen geknüpft: Sie gilt nur „in Uebereinstimmung mit den Erfordernissen der gemeinsamen Verteidigung“ und auch nur „nach Vereinbarung“. Was unter „gemeinsamer Verteidigung“ zu verstehen ist, ergibt sich aus Artikel 4 des Vertrages, in dem sich die vertragsschließenden Parteien verpflichten, „im Fall eines bewaffneten Angriffs in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages seitens irgendeines Staates oder einer Gruppe von Staaten“ dem angegriffenen Staat Beistand zu leisten, und zwar „einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt“. Eine militärische Hilfeleistung ist für andere Fälle als die Verteidigung gegen einen bewaffneten staatlichen Angriff nicht vorgesehen. Es ist insbesondere keine militärische Hilfe für den Fall ver-

einbart, daß die Regierung oder die bestehende Staatsordnung in einem Teilnehmerstaat durch eine Volkserhebung bedroht wird. Die Parteien verpflichten sich vielmehr in Artikel 1, „sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder ihrer Anwendung zu enthalten und ihre internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln so zu lösen, daß der Weltfrieden und die Sicherheit nicht gefährdet werden“.

Die Tatsache, daß nach dem Warschauer Vertrag eine militärische Hilfeleistung allein im Fall eines Angriffs durch einen Staat zulässig ist, wird auch im sowjetischen juristischen Schrifttum hervorgehoben. Der in Artikel 4 verwendete Begriff des „bewaffneten Angriffs“ ist nur auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen anwendbar, schreibt *Tunkin* in der führenden rechtswissenschaftlichen Zeitschrift *Sowjetskoje gosudarstwo i pravo* (Sowjetstaat und Recht), 1956³⁸. In der Beschränkung des militärischen Eingreifens auf internationale Konflikte sieht *Tunkin* einen wesentlichen Unterschied zu den zwischen den kapitalistischen Staaten abgeschlossenen Bündnisverträgen, die eine Anwendung von Zwangsmaßnahmen auch dann zulassen, wenn ein bewaffneter Angriff von seiten eines anderen Staates nicht vorliegt. Hierin offenbare sich, erklärt *Tunkin*, „das Bestreben der aggressiven Kreise, legale Möglichkeiten zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu schaffen und beliebige Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, zu rechtfertigen, mit dem Ziel, jeden Volksbefreiungskampf zu unterdrücken“.

Von den Maßnahmen zur „gemeinsamen Verteidigung“ abgesehen, gilt der Grundsatz der Nichteinmischung für die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages uneingeschränkt fort. Dieser Grundsatz wird in der Präambel des Warschauer Vertrages noch ausdrücklich bekräftigt. Die Sowjetunion und Ungarn haben sich darüber hinaus in einem Freundschaftsvertrag von 1948³⁹ verpflichtet, den Grundsatz der Nichteinmischung zu befolgen (Art. 5). Die Sowjetunion hat sich außerdem in einer an alle Parlamente gerichteten Deklaration vom 9. Februar 1955 zur Nichteinmischung bekannt⁴⁰.

Die Stationierung sowjetischer Streitkräfte in Ungarn stellt folglich keine Aggression im Sinne der sowjetischen Definition dar, sofern und solange sie der gemeinsamen Verteidigung dient und nicht zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns benutzt wird.

Eingreifen der Sowjettruppen auf Ersuchen der Regierung Hegedüs

Mit dem Eingreifen der sowjetischen Streitkräfte zur Unterdrückung der ungarischen Volkserhebung hat die Sowjetunion die Bedingungen verletzt, unter denen Ungarn im Warschauer Vertrag eine Stationie-

rung von Sowjetstreitkräften gestattet hatte: es lag kein Fall der „gemeinsamen Verteidigung“ gegen einen „bewaffneten Angriff . . . irgendeines Staates“ vor. Die „Verletzung der Bedingungen“ zur Stationierung fremder Truppen ist nach der sowjetischen Definition als Aggression anzusehen (Art. 1d).

Konnte die Regierung *Hegedüs* mit ihrem Ersuchen um sowjetische Hilfe die im Warschauer Vertrag vereinbarten Stationierungsbedingungen rechtswirksam dahin ändern, daß diesen Streitkräften nunmehr ein bewaffnetes Eingreifen in innerstaatliche Angelegenheiten gestattet ist? Die Frage wäre zu bejahen, wenn das Hilfsersuchen von einem verfassungsrechtlich zuständigen Organ ausgegangen und völkerrechtlich beachtlich wäre.

Welches Organ die Sowjetunion um Einsatz ihrer in Ungarn stationierten Truppen gebeten hat, ergibt sich aus den vorliegenden Meldungen nicht eindeutig. Sollte die Entscheidung von einem verfassungsrechtlich zuständigen Organ getroffen worden sein⁴¹, so ist sie durch die Forderung der Regierung *Nagy* nach sofortigem Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Ungarn spätestens am 31. Oktober 1956 als wieder zurückgenommen anzusehen.

Die Frage der staatsrechtlichen Wirksamkeit des Hilfsersuchens kann jedoch auf sich beruhen, wenn es völkerrechtlich unwirksam ist. Zweifel an der völkerrechtlichen Wirksamkeit bestehen, weil Artikel 6 der sowjetischen Definition der Aggression bestimmt:

„Keine Erwägungen politischer, militärischer oder wirtschaftlicher Natur können einen Angriff rechtfertigen. Insbesondere können nicht als Rechtfertigung gelten:

A. Die innere Lage eines Staates, wie z. B.: . . .

d) revolutionäre oder gegenrevolutionäre Bewegungen, Bürgerkrieg, Unruhen oder Streiks;

e) Errichtung oder Aufrechterhaltung einer bestimmten politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Ordnung in einem Staat.“

Die aufgeführten Tatbestände treffen genau auf die Vorgänge in Ungarn zu. Wenn sie nach dem ausdrücklichen Wortlaut der Definition eine Rechtfertigung ausschließen, so kann es auf ein Hilfsersuchen der durch „revolutionäre oder gegenrevolutionäre Bewegungen, Bürgerkrieg, Unruhen oder Streiks“ bedrohten Regierung nicht ankommen. Ein Hilfsersuchen stellt rechtlich eine Erlaubnis zum bewaffneten Angriff auf einen Teil des eigenen, vom innerstaatlichen Kampf heimgesuchten Volkes und Landes dar. Eine Erlaubnis zum bewaffneten Angriff erkennt die Definition jedoch nicht als Rechtfertigungsgrund an. Eine „Erlaubnis“ ist nach der Definition (Art. 1d) nur dann beachtlich, wenn es sich um den Einmarsch und die Stationierung, das heißt um den friedlichen Aufenthalt fremder Truppen im eigenen Lande handelt. Im Falle eines bewaffneten Angriffs gilt das Aggressionsverbot ohne Einschränkung und kann nicht im

Wege eines Hilfsersuchens und der Gewährung einer solchen „Hilfe“ vertraglich abbedungen werden.

Das Hilfsersuchen der Regierung *Hegedüs* war daher völkerrechtlich ohne Wirkung. Die Sowjetunion beging eine Aggression im Sinne von Artikel 1d der von ihr selbst vorgeschlagenen Definition. Sie hat außerdem den Tatbestand einer Aggression durch „Bombenangriff“ mit Land- und Luftstreitkräften „auf das Gebiet eines anderen Staates“ erfüllt (Art. 1c der Definition).

Einmarsch neuer Sowjettruppen gegen den Willen der Regierung Nagy

Die Regierung *Nagy* hat gegen die Verstärkung der sowjetischen Streitkräfte in Ungarn mehrfach protestiert. Das Hereinführen neuer Truppen nach Ungarn erfolgte also ohne „Erlaubnis“ (im Sinne von Art. 1d der Definition) und gegen den erklärten Willen der Regierung. Auch die im Warschauer Vertrag erteilte Erlaubnis zur Dislozierung fremder Streitkräfte rechtfertigt nicht den Einmarsch neuer Truppen. Ihr Eindringen ist nicht „in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der gemeinsamen Verteidigung“ gegen einen staatlichen Angriff erfolgt. Es fehlt zudem an der notwendigen „Vereinbarung“.

Das Hereinführen neuer Sowjettruppen gegen den Willen der ungarischen Regierung stellt somit eine Aggression im Sinne von Artikel 1b und Artikel 1d der Definition dar.

Sturz der Regierung Nagy und Niederschlagen der Volkserhebung

Mit dem am 4. November beginnenden gewaltsamen Niederschlagen der Volkserhebung durch sowjetische Streitkräfte hat die Sowjetunion erneut den Tatbestand der Aggression erfüllt. Diese Aggression erfolgte unter besonders verwerflichen Umständen — nach jähem Abbruch der Verhandlungen über den Abzug der Angreifertruppen und nach widerrechtlichem Festhalten der an den Verhandlungen teilnehmenden militärischen Führer des angegriffenen Staates.

Der durch den bewaffneten Angriff herbeigeführte Sturz der Regierung *Nagy* und der *Janos Kadar* zur Bildung einer neuen Regierung gewährte Schutz der Sowjettruppen stellt außerdem eine „indirekte Aggression“ dar. Die Sowjetunion hat durch ihr Eingreifen „einen inneren Umsturz in einem anderen Staat oder eine Wendung in der Politik zum Vorteil des Angreifers unterstützt“ und sich damit einer Verletzung des in Artikel 2 enthaltenen Verbots einer indirekten Aggression schuldig gemacht.

Das an die Sowjetunion gerichtete Hilfsersuchen der Regierung *Kadar* ist völkerrechtlich unerheblich und rechtfertigt die Aggression nicht. Es gilt das gleiche wie für das Hilfsersuchen der Regierung *Hegedüs*⁴².

Auf das Vorgehen der Sowjetunion gegen die unga-

rische Volkserhebung treffen somit die Worte des Sowjetjuristen Trainin zu: „Bewaffnete Einmischung in einen Bürgerkrieg ist verbrecherische Aggression,

dazu in äußerst gefährlicher Form — in der Form der Intervention⁴³.“

Abgeschlossen am 13. November 1956.

Anmerkungen

¹) League of Nations, Records of the Conference for the Reduction and Limitation of Armaments, Serie B, Vol. 2, S. 237 (Doc.Conf.D/6G 38).

²) Wortlaut: League of Nations Treaties Series, Vol. 147, No. 3391, S. 67—77; Vol. 148, No. 3405, S. 79—85; Vol. 148, No. 3414, S. 211—219.

³) UN Doc.A/C 1/608/Rev.1 (4. Nov. 1950); russisch: *Prawda*, 5. Aug. 1950; deutsch: *Osteuropa-Recht*, 1956, S. 276.

⁴) UN Doc.A/AC. 66/L.2/Rev.1 (25. Aug./14. Sept. 1953); Nachdruck in UN Doc.A/2638 (1954); russisch: *Prawda*, 27. Aug. 1953; deutsch: *Osteuropa-Recht*, 1956, S. 283.

⁵) Alle Uhrzeiten nach Weltzeit (Greenwich Mean Time).

⁶) *BBC Summary of World Broadcasts*, Part IIB, Hungary, Rumania, Bulgaria, Albania, Yugoslavia, No. 772 (1956), S. 10 (künftig zitiert *BBC Summary*).

⁷) *BBC Summary*, Part I, The U.S.S.R., No. 772 (1956), S. 2.

⁸) *BBC Summary*, Part IIB, No. 774 (1956), S. 19; s. auch S. 40, 45, 49, 52.

⁹) Bis zum Vormittag des 24. Oktober Vorsitzender des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik; Leiter der ungarischen Delegation beim Abschluß des Warschauer Vertrages.

¹⁰) Bis zum Vormittag des 25. Oktober Erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen.

¹¹) *BBC Summary*, Part IIB, No. 772 (1956), S. 36.

¹²) *BBC Summary*, Part IIB, No. 773 (1956), S. 40.

¹³) *Prawda*, 31. Okt., S. 1; deutsch auf S. 9388 dieser Folge; englisch: *New Times*, 1956, Nr. 45, S. 1—2.

¹⁴) *BBC Summary*, Part IIB, No. 774 (1956), S. 36.

¹⁵) *BBC Summary*, Part IIB, No. 775 (1956), S. 14.

¹⁶) *BBC Summary*, Part IIB, No. 775 (1956), S. 29.

¹⁷) Am 31. Oktober zum Ersten stellvertretenden Verteidigungsminister und am 8. November zum Verteidigungsminister ernannt. Bei Ausbruch der Unruhen Kommandant und Verteidiger der Kilian-Kasernen.

¹⁸) Am 31. Oktober zum Chef des Generalstabes ernannt.

¹⁹) Erster stellvertretender Generalstabschef der Sowjetwehrmacht.

²⁰) *BBC Summary*, Part IIB, No. 775 (1956), S. 47.

²¹) *BBC Summary*, Part IIB, No. 773 (1956), S. 40.

²²) *BBC Summary*, Part IIB, No. 774 (1956), S. 1, 16, 36.

²³) *BBC Summary*, Part IIB, No. 774 (1956), S. 1.

^{23a}) Vgl. den Leitartikel der *Prawda* vom 4. Nov. 1956.

²⁴) *BBC Summary*, Part IIB, No. 774 (1956), S. 16, 36.

²⁵) *BBC Summary*, Part IIB, No. 774 (1956), S. 35—36.

²⁶) *BBC Summary*, Part IIB, No. 775 (1956), S. 14.

²⁷) Wortlaut der Note: *The New York Times*, 2. Nov. 1956, S. 5.

²⁸) Es handelt sich um dieselbe Note, in der Ungarn die Bildung eines gemischten Komitees vorschlägt (s. oben Anm. 16).

²⁹) *BBC Summary*, Part IIB, No. 775 (1956), S. 29.

³⁰) *BBC Summary*, Part IIB, No. 775 (1956), S. 29—30 mit Wortlaut der Note.

³¹) *BBC Summary*, Part IIB, No. 775 (1956), S. 70.

³²) *BBC Summary*, Part IIB, No. 775 (1956), S. 73—74.

³³) *BBC Monitoring Report*, No. 5, 192 (5. Nov. 1956), S. 2, *BBC Summary*, Part I, No. 776 (1956), S. 27.

³⁴) *BBC Summary*, Part IIB, No. 775 (1956), S. 71.

³⁵) *BBC Summary*, Part I, No. 776 (1956), S. 27; vgl. eine weitere Mitteilung hierüber von Radio Moskau um 21.39 Uhr, die sich auf eine frühere (von BBC nicht aufgefangene) Sendung aus Budapest beruft. *BBC Monitoring Report*, No. 5, 193 (6. Nov. 1956), S. 1—2.

³⁶) Wortlaut: *Prawda*, 15. Mai 1955; deutsch: Europa-Archiv 11—12/1955, Seite 7929—7931; Meißner, „Das Ostpakt-System“, Frankfurt—Berlin, 1955, S. 204—206; englisch: *New Times*, 1955, Nr. 21, Suppl.; *American Journal of International Law*, Vol. 49 (1955), Suppl., S. 194—199.

³⁷) Wortlaut: die in Anm. 35 aufgeführten Quellen.

³⁸) G. I. Tunkin, *Sowjetskoje gossudarstwo i pravo*, Moskau, 1956, Nr. 1, S. 101—102.

³⁹) United Nations Treaties Series, Vol. 48, No. 743, S. 163 bis 175 (Wortlaut in russisch, ungarisch, englisch und französisch); ferner: *Wedomosti Werchownogo Sowjeta SSSR* (Anzeiger des Obersten Sowjets der UdSSR), 1949; *Iswestija*, 19. Febr. 1948; Meißner, a. a. O., S. 38f.

⁴⁰) *Wedomosti Werchownogo Sowjeta SSSR*, 1955, Nr. 2, Artikel 51; deutsch: *Neue Zeit*, 1955, Nr. 7, Beilage.

⁴¹) Vgl. Artikel 10, 20 und 25 der Verfassung; deutscher Wortlaut: „Die Verfassungen der europäischen Länder der Volksdemokratie“, mehrsprachige Ausgabe, Berlin o. J., S. 278—315.

⁴²) Verfassungsrechtlich ist das Ersuchen überdies auch deswegen nichtig, weil die Regierung *Kadar* unter Nichtachtung des von der Verfassung vorgeschriebenen Weges (Ernennung durch die Staatsversammlung oder deren Präsidialrat, Art. 10, 20) zustande gekommen ist. Diesen Mangel sucht eine Verfassungsänderung vom 9. November 1956 nachträglich zu beheben. *BBC Summary*, Part IIB, No. 777, S. 7.

⁴³) A. N. Trainin, „Saschtschita mira i borba s prestuplenijami protiv tschelowestschestwa“ (Die Verteidigung des Friedens und der Kampf mit den Verbrechen gegen die Menschlichkeit), Moskau 1956, S. 94 (Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Rechtsinstitut A. J. Wyschinskij).

Anhang

Definition der Aggression

Vorschlag der Sowjetunion vom 15. August 1953 — UN Doc. A/AC.66/L.2/Rev.1

Artikel 1

Als Angreifer wird bei einem internationalen Konflikt der Staat angesehen, der als erster eine der folgenden Handlungen begeht:

- a) Kriegserklärung an einen anderen Staat;
- b) Eindringen von Streitkräften, wenn auch ohne Kriegserklärung, in das Gebiet eines anderen Staates;

c) Bombenangriff mit Land-, See- oder Luftstreitkräften auf das Gebiet eines anderen Staates oder vorsätzlicher Angriff auf Schiffe oder Luftfahrzeuge dieses Staates;

d) Landung oder Hereinführung von Land-, See- oder Luftstreitkräften in das Gebiet eines anderen Staates ohne Erlaubnis der Regierung dieses Staates oder

die Verletzung der Bedingungen einer solchen Erlaubnis, insbesondere in bezug auf die Dauer oder die Erweiterung des Raumes der Stationierung;

- e) Seeblockade der Küsten oder Häfen eines anderen Staates;
- f) Unterstützung bewaffneter Banden, die auf dem eigenen Gebiet gebildet sind und in das Gebiet eines anderen Staates eindringen, oder Weigerung, trotz der Forderung des angegriffenen Staates, auf dem eigenen Gebiet alle möglichen Maßnahmen zu treffen, um den erwähnten Banden jede Hilfe und Schutz zu entziehen.

Artikel 2

Eine indirekte Aggressionshandlung begeht ein Staat, der

- a) eine subversive Tätigkeit gegen einen anderen Staat ausübt (terroristische Akte, Diversionen usw.);
- b) die Entfesselung eines Bürgerkrieges in einem anderen Staat unterstützt;
- c) einen inneren Umsturz in einem anderen Staat oder eine Wendung in der Politik zum Vorteil des Angreifers unterstützt.

Artikel 3

Eine wirtschaftliche Aggressionshandlung begeht der Staat, der als erster eine der folgenden Handlungen vornimmt:

- a) einen wirtschaftlichen Druck ausübt, der die Souveränität und die wirtschaftliche Unabhängigkeit eines anderen Staates verletzt und die Grundlagen seines Wirtschaftslebens bedroht;
- b) Maßnahmen gegen einen anderen Staat ergreift, die diesen an der Ausbeutung seiner Bodenschätze oder der Nationalisierung dieser Bodenschätze hindern;
- c) eine Wirtschaftsblockade gegen einen anderen Staat verhängt.

Artikel 4

Eine ideologische Aggressionshandlung begeht ein Staat, der

- a) Kriegspropaganda fördert;
- b) Propaganda zur Verwendung von Atomwaffen sowie von bakteriologischen, chemischen und anderen Arten von Massenvernichtungswaffen fördert;
- c) Propaganda faschistisch-nazistischer Anschauungen, rassistischer und nationaler Exklusivität, Haß und Verachtung gegenüber anderen Völkern unterstützt.

Artikel 5

Als Aggression können außer den in den vorangegangenen Artikeln aufgezählten Handlungen auch solche Handlungen der Staaten gelten, die in jedem konkreten Fall durch Entscheidung des Sicherheitsrates als Angriff oder Akt der wirtschaftlichen, ideologischen oder indirekten Aggression angesehen werden.

Artikel 6

Keine Erwägungen politischer, militärischer oder wirtschaftlicher Natur, noch das Bestreben, die Bodenschätze

auf dem Gebiet des angegriffenen Staates auszubeuten oder andere Vorteile aller Art oder Privilegien zu erlangen, noch der Hinweis auf den großen Umfang investierter Kapitalien oder auf andere besondere Interessen, die auf diesem Gebiet bestehen mögen, noch das Leugnen der Staatseigenschaft des Angegriffenen können einen Angriff im Sinne von Art. 1 oder einen Akt der wirtschaftlichen, ideologischen oder indirekten Aggression im Sinne von Art. 2, 3 und 4 rechtfertigen.

Insbesondere können nicht als Rechtfertigung gelten:

- A. die innere Lage eines Staates, wie z. B.:
 - a) Rückständigkeit eines Volkes in politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Hinsicht;
 - b) Mängel, die ihren Grund angeblich in der Verwaltung haben;
 - c) Gefahren, die dem Leben und Eigentum von Ausländern drohen können;
 - d) revolutionäre oder gegenrevolutionäre Bewegungen, Bürgerkrieg, Unruhen oder Streiks;
 - e) Errichtung oder Aufrechterhaltung einer bestimmten politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Ordnung in einem Staat.
- B. keinerlei Handlungen, Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen eines Staates, wie z. B.:
 - a) Verletzung internationaler Verträge;
 - b) Verletzung der von einem anderen Staat oder seinen Angehörigen erworbenen Rechte und Interessen auf dem Gebiet des Handels, der Konzessionen oder jeder anderen wirtschaftlichen Tätigkeit;
 - c) Abbruch diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen;
 - d) wirtschaftliche oder finanzielle Boykottmaßnahmen;
 - e) Weigerung, Schulden zu begleichen;
 - f) Verbot oder Einschränkung der Immigration oder Veränderung der Rechtslage der Ausländer;
 - g) Verletzung von Vorrechten offizieller Vertreter eines anderen Staates;
 - h) Verweigerung des Durchlasses von Streitkräften, die sich in das Gebiet eines dritten Staates begeben;
 - i) Maßnahmen religiöser oder antireligiöser Art;
 - k) Grenzzwischenfälle.

Artikel 7

Im Falle einer Mobilisierung oder Zusammenziehung erheblicher Streitkräfte durch einen Staat in der Nähe seiner Grenze hat der Staat, den diese Handlungen bedrohen, das Recht, diplomatische oder andere Schritte zu ergreifen, die eine friedliche Beilegung internationaler Streitfälle gestatten. Der Staat darf in der gleichen Zeit auch Gegenmaßnahmen militärischen Charakters treffen, die den oben genannten entsprechen; er darf jedoch nicht die Grenzen überschreiten.

Quelle: *Osteuropa-Recht*, 1956, S. 283.

Der neueste kriegsrechtliche Entwurf des IKRK zum Schutz der Zivilbevölkerung

Von Dr. Eberhard Spetzler

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf (IKRK) veröffentlichte im Septemberheft der *Revue Internationale de la Croix-Rouge* (RICR) einen Entwurf von „Regeln zur Begrenzung der Gefahren, denen die Zivilbevölkerung in Kriegszeiten ausgesetzt ist“. Dieser Entwurf soll Anfang 1957 auf der nächsten Internationalen Rotkreuz-Konferenz in Neu-Delhi behandelt werden, mit deren Billigung er dann den Staaten zur Annahme empfohlen werden kann. Die Ratifikation seiner Regeln in staatsvertraglicher Form würde eine gefährliche Lücke im kodifizierten Kriegsrecht schließen, das bislang in seinen Normen zum Schutz der Zivilbevölkerung unzureichend ist.

Während des Zweiten Weltkriegs waren derartige Schutzvorschriften im wesentlichen nur in dem Haager Landkriegsabkommen von 1899 bzw. 1907, dem die Haager Landkriegsordnung (LKO) als Anlage beigelegt ist, und dem Haager Abkommen betreffend die Beschießung durch Seestreitkräfte in Kriegszeiten von 1907 enthalten. Daneben kamen die Verbote bestimmter Waffen gegebenenfalls auch der Zivilbevölkerung zugute, z. B. das der Dum-Dum- und Nur-Gas-Geschosse nach der III. bzw. II. Haager Deklaration von 1907 und besonders das des Gas- bzw. auch des Bakterien-Einsatzes nach der Zentralamerikanischen Konvention von Washington und einer Resolution der Panamerikanischen Konferenz in Santiago von 1923 sowie dem Genfer Protokoll von 1925. Schließlich wurde die Stellung der Zivilbevölkerung u. U., wenn auch meist nur mittelbar, berührt durch die Genfer Abkommen zum Schutz der Verwundeten bzw. Kriegsgefangenen von 1864, 1906 (lt. Haager Abkommen von 1899 und 1907 auch im Seekrieg anwendbar) und 1929; die Haager Abkommen über die Stellung der Neutralen im Land- bzw. Seekrieg, über die Behandlung der Kauffahrteischiffe, das Legen selbsttätiger Unterwasser-Kontaktminen und die Beschränkung des Beuterechts in Kriegszeiten von 1907; den Washingtoner Roerich-Pakt zum Schutz von Kulturgut von 1935 und das Londoner Protokoll zum U-Bootkrieg von 1936. Demgegenüber war die Entwicklung der Kriegführung längst über das Verbot der Verwendung leichter Brand- und Explosivgeschosse (Petersburger Deklaration von 1868) und des Abwurfs von Geschossen und Sprengstoffen aus der Luft (Haager Deklaration von 1899 und 1907) hinweggegangen.

Dieser Mangel an Schutzvorschriften des vertraglich vereinbarten Kriegsrechts und die erschütternden

Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges veranlaßten das IKRK nach 1945 zu neuen Bemühungen. Einen ersten Erfolg auf diesem Weg bildete die Unterzeichnung der vier Genfer Abkommen vom 12. 8. 1949, die inzwischen für 47 Staaten verbindlich geworden sind. Im I. und II. Abkommen ist das Recht „der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde“ bzw. „der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See“, im III. das „der Kriegsgefangenen“ neu geregelt. Die Zivilbevölkerung wird dabei nur mit begünstigt, soweit sie Verwundete und Kranke pflegt (I Art. 18, II Art. 21) oder sich befugt in Sanitätszonen und -orten aufhält (I Art. 23 mit Anhang I). Das IV. Abkommen schließlich ist zwar zum „Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten“ bestimmt, regelt aber in erster Linie nur den Status von Zivilpersonen in den von einem Gegner ihres Heimatstaates beherrschten Gebieten. Einem Schutz vor den eigentlichen Kampfhandlungen hingegen dienen nur einzelne Bestimmungen, z. B. Art. 18—22 (grundsätzliche Unverletzlichkeit der Zivilkrankenhäuser und Sanitätsfahrzeuge) und die in ihrer Konzeption neuen Art. 14—15 mit Anhang I („Sicherheits- und Sanitätszonen und -orte“ bzw. „Neutrale Zonen“). Aber auch sie begünstigen lediglich ganz begrenzte Personengruppen: Verwundete und Kranke; in Sicherheits- und Sanitätszonen ferner Gebrechliche und Betagte, Kinder unter 15 Jahren, schwangere Frauen und Mütter von Kindern unter 7 Jahren; in neutralen Zonen, die nach den Erfahrungen aus Madrid, Shanghai und Jerusalem nur für das unmittelbare Kampfgebiet gedacht sind, außerdem auch die übrigen nicht an den Feindseligkeiten und Kriegsanstrengungen beteiligten Zivilpersonen. Die überwiegende Mehrheit der Gesamtbevölkerung dagegen bleibt nach wie vor fast ganz auf die Einschränkung der Kampfführung durch das anerkannte Gewohnheitsrecht angewiesen, dessen Fortbestand jedoch angesichts der Luftkriegführung seit 1942 problematisch zu sein scheint und durch die moderne Kriegstechnik zunehmend bedroht ist.

Bei einem solchen Stand konnte das IKRK sich nicht beruhigen, zumal die UNO bislang auf diesem Gebiet versagt hat und anscheinend überhaupt — vielleicht infolge einer Ueberschätzung ihrer Fähigkeit zur Erhaltung des Friedens — die Notwendigkeit einer Ergänzung des Kriegsrechts verkennt. Nach einem entsprechenden Appell vom April 1950 an die Regierungen setzte das IKRK daher seine einschlägigen Studien verstärkt fort. Das Ergebnis legte es 1954

einer im privaten Rahmen gehaltenen Konferenz von Sachverständigen vor, um deren Ansichten zu erfahren. Bald darauf erhielt es von der Liga der Nationalen Rotkreuz-Gesellschaften in Oslo den Auftrag, „der nächsten Internationalen Rotkreuz-Konferenz die notwendigen Ergänzungen zu den geltenden Konventionen vorzuschlagen, um die Zivilbevölkerung wirksam gegen die Gefahren der atomaren, chemischen und bakteriologischen Kriegführung zu schützen“.

Einen ersten konkreten Vorschlag in dieser Richtung enthielt ein Vorentwurf von „*Regeln zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren des unterschiedslos geführten Krieges*“, den das IKRK mit seinem 410. Rundschreiben am 27. Juni 1955 als Druck-

sache D 386 an die Nationalen Rotkreuz-Gesellschaften verschickte, um traditionsgemäß deren Mitarbeit zu erreichen. Zwar kam eine dazu angeregte Konferenz der Gesellschaften nicht zustande, doch gingen von ihnen und von privaten Gelehrten zahlreiche Hinweise ein, die in weiteren Arbeitsgruppen und einer neuen Sachverständigentagung vom 14.—19. Mai 1956 verwertet wurden. Abschließende Arbeiten und Sitzungen von Mitgliedern und zugezogenen Sachverständigen des IKRK besorgten schließlich die Redaktion eines endgültigen Textes für den Entwurf, der auf der Grundlage so sorgfältiger Vorarbeit einen bemerkenswerten Impuls in der Entwicklung des Kriegsrechts darstellt. Er hat folgenden Wortlaut:

Entwurf von Regeln zur Begrenzung der Gefahren, denen die Zivilbevölkerung in Kriegszeiten ausgesetzt ist*

Präambel

Obgleich alle Völker zutiefst überzeugt sind, daß der Krieg als Mittel zur Lösung der Meinungsverschiedenheiten unter menschlichen Gemeinschaften ausgeschlossen werden muß,

angesichts aber auch der Notwendigkeit, falls doch noch einmal Feindseligkeiten ausbrechen sollten, der Zivilbevölkerung die Zerstörungen zu ersparen, durch die sie im Zuge der technischen Entwicklung der Kriegswaffen und -methoden bedroht ist,

werden hier die Grenzen, welche die Forderungen der Menschlichkeit und der Schutz der Zivilbevölkerung dem Gebrauch der Waffengewalt setzen, bekräftigt und in den folgenden Regeln zum Ausdruck gebracht.

In den nicht vorgesehenen Fällen bleibt die Zivilbevölkerung im Genuß der Rechtsstellung nach der in Art. 1 niedergelegten allgemeinen Regel und den Grundsätzen des Völkerrechts.

I. Kapitel — Ziel und Anwendungsgebiet

Artikel 1

Da die Konfliktparteien kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Gegners haben, müssen sie ihre Operationen auf die Vernichtung seiner militärischen Macht begrenzen und die Zivilbevölkerung außerhalb der Waffenwirkung lassen.

Diese allgemeine Regel wird in den nachfolgenden Bestimmungen näher ausgeführt.

Artikel 2

Die vorliegenden Regeln sind anzuwenden:

- a) im Falle eines erklärten Krieges oder jedes anderen bewaffneten Konflikts, selbst wenn der Kriegszustand von einer der Konfliktparteien nicht anerkannt wird;
- b) im Falle eines bewaffneten Konflikts, der keinen internationalen Charakter besitzt.

Artikel 3

Die vorliegenden Regeln gelten für Gewaltakte, die dem Gegner gegenüber mit Waffen, welcher Art sie auch seien, begangen werden, und zwar ebenso als Defensiv-

wie als Offensivmaßnahme. Diese Akte werden nachstehend mit dem Ausdruck „Angriff“ bezeichnet.

Artikel 4

Im Sinne der vorliegenden Regeln umfaßt die Zivilbevölkerung jede Person, die nicht einer der folgenden Kategorien angehört:

- a) Angehörige der Streitkräfte oder von deren Hilfs- und Ersatzorganisationen;
- b) Personen, die, ohne den vorgenannten Verbänden anzugehören, sich trotzdem am Kampf beteiligen.

Artikel 5

Die den Konfliktparteien durch die vorliegenden Regeln im Hinblick auf die Zivilbevölkerung auferlegten Verpflichtungen vervollständigen diejenigen, welche diesen Parteien schon ausdrücklich aus anderen Regeln des Völkerrechts, demzufolge insbesondere den Vertragswerken von Genf und Den Haag, erwachsen.

II. Kapitel

Objekte, auf die ein Angriff verboten ist

Artikel 6

Verboten sind Angriffe, die sich gegen die Zivilbevölkerung als solche richten, sei es um diese zu terrorisieren, sei es aus irgendeinem anderen Grund. Dies Verbot gilt ebenso für Angriffe auf Einzelpersonen wie für solche auf Gruppen.

Infolgedessen ist es gleichermaßen verboten, Wohnstätten, Einrichtungen und Transportmittel anzugreifen, die ausschließlich für die Zivilbevölkerung bestimmt sind und von ihr benutzt werden.

Die Teile der Zivilbevölkerung jedoch, die sich ungeachtet des Art. 11 im Bereich oder in der unmittelbaren Umgebung eines militärischen Objekts aufhalten, übernehmen das Risiko, das sich aus einem gegen dieses Objekt gerichteten Angriff ergibt.

Artikel 7

Zur Einschränkung der Gefahren, denen die Zivilbevölkerung ausgesetzt ist, dürfen Angriffe nur gegen militärische Objekte gerichtet werden.

Als solche gelten nur diejenigen Objekte, welche einer der Kategorien von Objekten angehören, die ihrer Natur nach von allgemein anerkannter militärischer Bedeutung

* Quelle: *Revue Internationale de la Croix Rouge*, Heft 9/1956. Uebersetzung des Verfassers.

sind. Ein Anhang zu den vorliegenden Regeln bezeichnet diese Kategorien.

Selbst wenn sie zu einer dieser Kategorien gehören, können sie gleichwohl nicht als militärische Objekte betrachtet werden, wenn unter den Umständen des Augenblicks ihre völlige oder teilweise Zerstörung keinen militärischen Vorteil bietet.

III. Kapitel

Vorsichtsmaßnahmen beim Angriff gegen militärische Objekte

Artikel 8

Wer einen Angriff befiehlt oder ansetzt, muß vorher:

- a) sich vergewissern, daß das oder die ausgewählten Ziele militärische Objekte im Sinne der vorliegenden Regeln darstellen und als solche identifiziert sind.

Wenn er zur Erzielung des gleichen militärischen Vorteils die Wahl zwischen mehreren Objekten hat, ist er gehalten, dasjenige zu wählen, dessen Bekämpfung die geringste Gefährdung der Zivilbevölkerung mit sich bringt;

- b) die Verluste und Zerstörungen in Betracht ziehen, die der Angriff für die Zivilbevölkerung zur Folge haben kann, selbst wenn er unter Beachtung der in Art. 9 geforderten Vorsichtsmaßnahmen durchgeführt wird.

Er ist gehalten, auf den Angriff zu verzichten, wenn sich aus dieser Prüfung ergibt, daß die wahrscheinlichen Verluste und Zerstörungen in keinem Verhältnis zu dem erwarteten militärischen Vorteil stehen würden;

- c) jedesmal, wenn die Umstände es ihm gestatten, die bedrohte Zivilbevölkerung warnen, damit sie sich in Sicherheit begeben kann.

Artikel 9

Sowohl bei der Auswahl der Waffen und Mittel zum Angriff als auch bei seiner Durchführung sind alle Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, um der dem Objekt benachbarten Bevölkerung oder ihren Wohnstätten weder Verluste noch Zerstörungen zu verursachen oder diese wenigstens auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Insbesondere in den Städten und anderen dicht bevölkerten Orten, die sich nicht in der Nähe der Land- oder Seeoperationen befinden, muß der Angriff mit der größten Genauigkeit geführt werden. Er darf über die Umgebung des angegriffenen Ziels hinaus der Zivilbevölkerung weder Verluste noch Zerstörungen verursachen.

Derjenige, welcher mit der Durchführung des Angriffs beauftragt ist, muß auf ihn verzichten oder ihn unterbrechen, wenn er den Eindruck hat, daß die oben genannten Bedingungen nicht eingehalten werden können.

Artikel 10

Es ist verboten, eine Zone, die mehrere voneinander entfernt liegende militärische Objekte umfaßt, unterschiedslos als ein einheitliches Ziel anzugreifen, wenn sich zwischen ihnen Teile der Zivilbevölkerung oder Wohnstätten befinden.

Artikel 11

Soweit es in ihrer Kraft steht, müssen die Konfliktparteien alle notwendigen Vorkehrungen treffen, um die ihrer Gewalt unterstellte Zivilbevölkerung vor den Ge-

fahren der Angriffe zu schützen, indem sie jene insbesondere von den militärischen Objekten und den bedrohten Räumen entfernen. Ausdrücklich vorbehalten bleiben jedoch die Rechte, die der Bevölkerung im Falle von Umsiedlung oder Evakuierung durch den Art. 49 des IV. Genfer Abkommens vom 12. August 1949 gewährt werden.

Ebenso haben die Konfliktparteien soweit wie möglich zu vermeiden, daß bewaffnete Verbände, Kriegsmaterial und bewegliche militärische Einrichtungen sich ständig in Städten und anderen dicht bevölkerten Orten befinden.

Artikel 12

Die Konfliktparteien müssen die Tätigkeit von zivilen Organisationen erleichtern, die ausschließlich dem Schutz und der Unterstützung der Zivilbevölkerung im Falle von Angriffen dienen.

Sie können sich verständigen, um mit Hilfe eines besonderen Abzeichens für das Personal dieser Organisationen sowie für ihr Material und ihre Einrichtungen eine eigene Immunität zu vereinbaren.

Artikel 13

Es ist den Konfliktparteien verboten, die ihrer Gewalt unterstellte Zivilbevölkerung in den Umkreis oder den inneren Bereich von militärischen Objekten zu bringen oder dort zurückzuhalten, um dadurch den Gegner zum Verzicht auf den Angriff gegen diese Objekte zu bewegen.

IV. Kapitel

Waffen mit unkontrollierbarer Wirkung

Artikel 14

Unbeschadet der in Art. 9 geforderten Vorsichtsmaßbotes bestimmter Waffen ist der Gebrauch von Kampfmitteln verboten, deren schädliche Wirkung — insbesondere die Ausbreitung von brandstiftenden, chemischen, bakteriologischen, radioaktiven oder anderen Bestandteilen — sich in unvorhergesehener Weise ausbreiten oder räumlich oder zeitlich der Kontrolle derjenigen, welche sie einsetzen, entziehen und so die Zivilbevölkerung gefährden kann.

Dasselbe gilt für Waffen mit Verzögerung, deren gefährliche Wirkung die Zivilbevölkerung treffen kann.

Artikel 15

Wenn die Konfliktparteien Kriegsminen verwenden, sind sie unbeschadet der im VIII. Haager Abkommen von 1907 vorgesehenen Verpflichtungen gehalten, Minenpläne aufzustellen. Am Schluß der Feindseligkeiten müssen diese Pläne dem Gegner ebenso wie jeder Behörde, von der die Sicherheit der Bevölkerung abhängt, überreicht werden.

Unbeschadet der im Art. 9 geforderten Vorsichtsmaßnahmen müssen die Waffen, die der Zivilbevölkerung schweren Schaden zufügen können, soweit wie möglich mit einer Sicherheitsvorrichtung versehen sein, die sie ungefährlich macht, wenn diejenigen, welche sie einsetzen, die Kontrolle über sie verlieren.

V. Kapitel — Sonderfälle

Artikel 16

Wenn zu Beginn oder im Verlauf der Feindseligkeiten eine Ortschaft zur „offenen Stadt“ erklärt wird, muß dem

Gegner in angemessener Frist darüber Anzeige erstattet werden. Dieser ist gehalten, darauf zu antworten, und muß, sobald er sich damit einverstanden erklärt, der betreffenden Ortschaft den Charakter einer „offenen Stadt“ zuerkennen, sich jedes Angriffs gegen sie sowie jeder militärischen Operation enthalten, die ausschließlich auf die Besetzung dieser Ortschaft abzielt.

In Ermangelung besonderer Bedingungen, die in jedem Einzelfall mit dem Gegner vereinbart werden könnten, muß eine Ortschaft, um zur „offenen Stadt“ erklärt zu werden, folgenden Bedingungen genügen:

- a) nicht verteidigt sein und keine Streitkräfte enthalten;
- b) alle Beziehungen zu eigenen oder verbündeten Streitkräften abbrechen;
- c) jede Tätigkeit militärischer Natur oder Bestimmung in ihren Einrichtungen oder Industrien, die als militärische Objekte betrachtet werden können, einstellen;
- d) jeden militärischen Transitverkehr auf ihrem Gebiet unterbinden.

Der Gegner kann seine Anerkennung des Charakters einer „offenen Stadt“ von einer Kontrolle hinsichtlich der Erfüllung der oben genannten Bedingungen abhängig machen. Er muß seine Angriffe während der Einleitung und der Durchführung der Kontrolle einstellen.

Die Anwesenheit von zivilen Schutzorganisationen sowie der mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Beauftragten in der Ortschaft widerspricht nicht den unter Absatz 2 vorgesehenen Bedingungen. Dasselbe gilt, falls die Ortschaft sich im besetzten Gebiet befindet, für das militärische Besatzungspersonal, das für die Aufrechterhaltung der Verwaltung und der öffentlichen Ordnung unbedingt erforderlich ist.

Wenn eine „offene Stadt“ den Besitzer wechselt, so sind die neuen Behörden verpflichtet, falls sie ihr ihren Charakter nicht weiterhin belassen können, die Zivilbevölkerung davon zu verständigen.

Keine der vorangehenden Bestimmungen darf als eine Beeinträchtigung des Schutzes gedeutet werden, den die Zivilbevölkerung auf Grund der anderen Bestimmungen der vorliegenden Regeln genießen muß, selbst wenn sie sich nicht in einer Ortschaft befindet, die als „offene Stadt“ anerkannt ist.

Artikel 17

Um der Zivilbevölkerung die Gefahren zu ersparen, die aus der Zerstörung von Kunstbauten und Anlagen — wie Stauwerke, Atomkraftwerke oder Deiche — infolge der Entfesselung von Natur- und technischen Gewalten entstehen können, werden die Staaten oder die interessierten Parteien eingeladen:

Bemerkungen zu vorstehendem Entwurf des IKRK

Es fällt auf, daß dieser Entwurf stärker an die kriegsrechtliche Problematik der eigentlichen Kampfführung rührt als die bisherigen Genfer Konventionen. Dennoch ist er nur eine folgerichtige Fortsetzung der Arbeit, die das IKRK seit seiner Konstituierung zum Schutz der an den Kriegsanstrengungen selbst unbeteiligten Kriegsoffer geleistet hat. Das IKRK wendet sich traditionsgemäß unverändert gegen jede Gewaltanwendung, verkennet aber daneben nicht — wie auch die Präambel betont — die Notwendigkeit rechtlicher Vorsorge für den Fall bewaffneter

- a) schon in Friedenszeiten nach einem besonderen Verfahren Vereinbarungen zu treffen, um denjenigen dieser Anlagen, die ausschließlich zu friedlichen Zwecken bestimmt sind, unter allen Umständen eine allgemeine Unverletzlichkeit zu sichern;
- b) während eines Konflikts sich zu verständigen, um denjenigen dieser Anlagen und Einrichtungen, deren Betrieb eine Beziehung zur Führung der militärischen Operationen nicht oder nicht mehr hat, gegebenenfalls in Anlehnung an die Bestimmungen des Art. 16, eine besondere Unverletzlichkeit zu verleihen.

Die vorangehenden Bestimmungen befreien die Konfliktparteien in keiner Weise von den Vorsichtsmaßregeln, die durch die allgemeinen Bestimmungen der vorliegenden Regeln, insbesondere gemäß Art. 8—11, gefordert werden.

VI. Kapitel — Ausführung der Regeln

Artikel 18

Die Staaten, die nicht in den Konflikt verwickelt sind, sowie alle geeigneten Organe werden eingeladen, ihre guten Dienste anzubieten, um zur Beachtung der vorliegenden Regeln beizutragen und um zu vermeiden, daß die eine oder andere Konfliktpartei zu Maßnahmen greift, die mit diesen Regeln unvereinbar sind.

Artikel 19

Staaten oder interessierte Parteien sind gehalten, jede Person festzustellen und zu verfolgen, die eine Verletzung der vorliegenden Regeln begangen oder befohlen hat, sofern sie es nicht vorziehen, diese zur Aburteilung an einen anderen Staat oder eine andere Partei auszuliefern, auf deren Seite ein Interesse an der Strafverfolgung besteht.

Die Beschuldigten dürfen nur den ordentlichen Zivil- oder Militärgerichten übergeben werden; unter allen Umständen haben sie Anspruch auf Garantien im Strafverfahren, die mindestens denjenigen entsprechen, welche die Art. 105 ff. der Genfer Konvention über die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 12. August 1949 vorsehen.

Artikel 20

Alle Staaten oder interessierten Parteien müssen ihren Streitkräften den Wortlaut der Bestimmungen der vorliegenden Regeln bekanntmachen und für die Ausführung im einzelnen sowie für nicht vorgesehene Fälle in Uebereinstimmung mit den allgemeinen Grundsätzen dieser Regeln Vorsorge treffen.

Konflikte, solange deren Ausschaltung noch nicht sicher gelungen ist. Eine solche Vorsorge jedoch muß dem modernen Krieg Rechnung tragen. Die schnelle und weiträumige Kampfführung moderner Streitkräfte ergreift so sehr den gesamten zivilen Lebensraum, daß dementsprechend auch die humanitären Schutzvorschriften weiter gehen müssen als früher, zumal das um die Jahrhundertwende im Haag kodifizierte eigentliche Kriegsrecht mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten hat. Der rechtliche Schutz besonders begünstigter Personen und Objekte oder so-

gar allgemein der Zivilbevölkerung ist wertlos, wenn andererseits dem Gebrauch der modernen Waffen, vor allem der Massenvernichtungsmittel, freies Spiel gelassen ist. Allerdings kann nicht ein *absoluter Schutz* für die *gesamte Zivilbevölkerung* gefordert werden, so wie er noch in den Genfer Konventionen für *begrenzte Gruppen* begründet werden konnte. Derartige Verbote wären z. Z. ebenso wenig durchsetzbar wie ein Totalverbot des Krieges oder auch nur des Luftkriegs im Hinterland, so erwünscht sie an sich wären. Man kann auch nicht jede Zivilperson und ihr Eigentum ähnlich den geschützten Objekten der Genfer Konventionen mit einem roten Kreuz oder in entsprechender Weise kennzeichnen, ohne diese Schutzzeichen völlig zu entwerten. Eine Lösung ist also nicht ohne Behandlung von Fragen des Waffengebrauchs möglich, die das IKRK daher folgerichtig in den vorliegenden Regeln unternimmt. Es sanktioniert damit keineswegs etwa die Kampfführung als solche, sondern erstrebt weiterhin ausschließlich den Schutz derer, die selbst außerhalb des Kampfes stehen und in deren Interesse das IKRK diesen Weg gehen muß, wenn es nicht die Errungenschaften der Genfer Konventionen auf die Dauer dem modernen, totalen Krieg preisgegeben sehen will.

Bemerkenswert ist ferner die allgemeingültige Fassung der Regeln, welche die gesamte Kriegführung, zumindest die durch Land- und Luftstreitkräfte, umspannt. Ähnliche Ansätze zeigte 1938 schon ein Konventionsentwurf der „International Law Association“, der aber nicht geltendes Kriegsrecht wurde. Sonstige Entwürfe und Vertragswerke dagegen wurden bislang im Grunde jeweils nur auf den Land-, See- oder Luftkrieg zugeschnitten. Das führte oft zu schwierigen Streitfragen, z. B. um das Verbot des Art. 25 LKO, „unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen“. Obgleich diese Landkriegs-Norm 1907 gerade mit Rücksicht auf den Luftkrieg ergänzt worden war, wurde ihre Anwendbarkeit auf Luftkriegshandlungen bald problematisch, zumal nicht klar ist, was als „unverteidigt“ im luftkriegsrechtlichen Sinne zu gelten hat. Die allgemeingültige Fassung der vorliegenden Regel vermeidet diesen Mangel und wird zugleich der Tatsache gerecht, daß die moderne Kriegstechnik die Grenzen zwischen Land-, Luft- und Seekrieg verwischt hat. Auf der Skala vom leichten über das schwere zum Fern- oder gar Atom-Geschütz und weiter über die Flügelfombe und den unbemannten zum bemannten Bomber, ebenso z. B. in der Linie vom Raketen-geschoß der Kampftruppe über die Fernrakete zur interkontinentalen Atomrakete gibt es Nahtstellen zwischen Land- und Luftkrieg, die ein Kriegsrecht von entsprechender Universalität notwendig machen.

Inhaltlich fällt schließlich auf, daß der Entwurf nur solche Regeln übernommen hat und auf die mo-

derne Kriegspraxis anwendet, welche längst gewohnheitsrechtlich anerkannt und daher nach überkommenem Völkerrecht ohnehin schon allgemeinverbindlich sind. Insbesondere baut er sich auf die seit Rousseau herrschende Lehre von der grundsätzlichen Unverletzlichkeit der Zivilbevölkerung auf. Seine Unterzeichnung würde also lediglich deklaratorische Wirkung haben und das Kriegsrecht an sich materiell nicht verändern. Demgegenüber vermeidet das IKRK konsequent die Aufnahme neuer Bestimmungen und Verbote, die sich als Hindernis für eine möglichst umfassende Beteiligung aller Staaten erweisen könnten. Damit tut es gut. So dringend z. B. ein absolutes Atomwaffenverbot erforderlich ist und von den Völkern wie auch vom IKRK selbst erhofft wird, so gering wäre z. Z. die Aussicht auf eine Annahme der vorliegenden Regeln, wenn sie ein solches Verbot enthielten. Das IKRK weiß aus langer Erfahrung, daß kriegsrechtliche Texte nicht überspannt werden dürfen, wenn sie ratifiziert und sogar angewandt werden sollen.

Mit dieser klugen Beschränkung verlieren die vorliegenden Regeln indessen nicht an Bedeutung für den Schutz der Zivilbevölkerung. Ihre präzise Formulierung kann, wie es z. B. in gleicher Weise seinerzeit auch der LKO gelang, Zweifel und Streitpunkte ausräumen und die Stellung des in ihnen zum Ausdruck gebrachten Gewohnheitsrechts stärken, das sonst allzu leicht unter dem verrohenden Eindruck längerer Kriege vernachlässigt wird. Vor allem aber genügen sie bei angemessener Beachtung durchaus, um die Kampfführung wirksam zugunsten der Zivilbevölkerung einzuschränken.

Die Präambel verwendet im letzten Absatz einen Teil der *Martens'schen Klausel* aus dem Haager Landkriegsabkommen, die als Generalnorm von hohem ethischem Wert berühmt geworden und seither schon wiederholt, z. B. in den vier Genfer Abkommen von 1949, übernommen worden ist. Es wäre jedoch vielleicht angezeigt, auch den Schluß dieses inzwischen ehrwürdigen Rechtssatzes hier anzufügen: „... Grundsätze des Völkerrechts, wie sie sich ergeben aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens“. Erfahrungsgemäß bestreitet eine Partei beim Vorwurf unzulässiger Kampfführung den Bestand entgegenstehender „Grundsätze des Völkerrechts“, die eben teilweise umstritten sind, leichter als die anschließend genannten moralischen Bindungen, mit deren Verneinung sie leicht das Gesicht verlieren könnte.

Art. 1 baut sich auf Art. 22 LKO und die Grundregel der *Rousseau-Portalis-Doktrin* auf.

Art. 2 übernimmt eine Neuerung der vier *Genfer Konventionen* von 1949, die inzwischen auch im Haager Kulturschutzabkommen vom 14. Mai 1954 verwertet worden ist und die Wirksamkeit der Regeln

von der häufig vorgeschobenen Frage unabhängig machen soll, ob der jeweilige Konflikt überhaupt ein Krieg im Rechtssinne sei. Der letzte Absatz bezieht auch Bürgerkriege und ähnliche Fälle ein, in denen die Zivilbevölkerung regelmäßig nicht weniger schutzbedürftig ist.

Art. 5 stellt klar, daß neben den vorliegenden Regeln die bestehenden Vertragswerke verbindlich bleiben und zumindest also in ihren weitergehenden Normen bzw. subsidiär anwendbar sind.

Art. 3 umschreibt den Begriff der „Angriffe“, vor deren Auswirkungen die Zivilbevölkerung geschützt werden soll. Dabei erscheint lediglich der im Satz 1 eingeschobene Relativsatz in zweifacher Hinsicht nicht ganz glücklich. Scheinbar vernachlässigt er einerseits Pogrome gegen Volksteile im eigenen oder verbündeten Land, die (wie z. B. die berüchtigten polnischen Massenmorde in Bromberg Anfang September 1939 vor dem deutschen Einmarsch) nicht „dem Gegner gegenüber“ vorkommen, und andererseits auch die Gewalttätigkeiten durch Faustschläge und Fußtritte, die nicht „mit Waffen“ begangen werden und doch oft unerträgliche Formen annehmen, wo die in Feindesland eindringenden Truppen durch einen langen, erbitterten Krieg verroht und vor allem durch eine verhetzende Propaganda fehlgeleitet sind. Tatsächlich aber sind auch solche Gewaltakte mit den vorliegenden Regeln unvereinbar. Das IKRK hat die gewählte Formulierung jedoch so gefaßt, weil derartige Delikte bereits durch das IV. Genfer Abkommen von 1949 untersagt sind. Trotzdem hätte man aber ihr Verbot in die neuen Regeln nochmal mit einbeziehen sollen, zumal in diesen auch an anderer Stelle frühere Normen wiederkehren (vgl. Präambel Abs. 4, Art. 1 Abs. 1 Satz 1, Art. 14) und in Art. 5 die Ueberschneidung mit bestehenden Vertragswerken berücksichtigt ist. Die Truppe entnimmt die Regeln für ihr Verhalten nicht gern aus zu vielen verschiedenen Texten und würde mit einer umfassenderen, abschließenden Definition des „Angriffs“ nicht nur besser bedient, sondern auch vor dem hier angedeuteten Umkehrtrugschluß bewahrt. Klarer und zweckmäßiger erschiene daher eine Formulierung, wie: „... alle Gewaltakte im Zuge der Feindseligkeiten ohne Rücksicht auf die Art des angewandten Mittels, und zwar ebenso als...“.

Art. 4 berührt mit dem Begriff der „Zivilbevölkerung“ eine Kernfrage des modernen Kriegsrechts, das sich bei diesem Personenkreis zunehmenden Abgrenzungsschwierigkeiten gegenübersteht. Die Diskussion um eine vernünftige Grenzziehung ist dementsprechend leidenschaftlich, aber auch hoffnungslos, weil sie etwas Unmögliches erstrebt. Die lange Skala der Beziehungen von Zivilpersonen zu den Kriegsanstrengungen ist von der kinderpfllegenden Mutter zum Entwicklungsingenieur für neue Waffen gekennzeichnet durch eine unendliche Reihe so allmählicher

Uebergänge, daß sie an keinem Punkt eine überzeugende Abgrenzung erlaubt. Alle diejenigen, welche dennoch Grenzen zu ziehen suchten, haben daher in Wirklichkeit jede Grenze zwangsläufig beseitigt. Irgendeine Bedeutung für das Kriegspotential läßt sich schließlich für jede Person konstruieren, selbst für eine Säuglingsschwester, da sie künftige Soldaten oder künftige Mütter künftiger Soldaten betreut. Eine derartige Verknennung aller verständigen Maßstäbe begründete dann auch die Fehlrechnung in der Lehre Douhets vom „totalen Krieg“ und führte folgerichtig zur unterschiedslosen Luftkriegführung seit 1942, die indessen den Krieg im Ergebnis nicht verkürzt, sondern vielmehr verlängert hat. Immerhin haben inzwischen die schauerlichen Lehren aus jenem Irrweg die Erkenntnis gefördert, daß humanitäre Belange und militärische Interessen sich doch nicht ausschließen, sondern im Gegenteil entsprechen, weil der schwerpunktmäßige Kampf allein gegen Streitkräfte und Schlüsselzentren des gegnerischen Kriegspotentials der schnellste, billigste und richtigste Weg zur Entscheidung des Krieges und zur Sicherung eines nachfolgenden echten Friedens ist. Nach dem in der Kriegskunst sonst längst selbstverständlichen Prinzip der Schwerpunktbildung spart deshalb eine zweckmäßige Kampfführung die Zivilbevölkerung als solche, ohne Rücksicht auf deren mehr oder weniger erhebliche Beteiligung an den Kriegsanstrengungen, nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch zur Vermeidung sinnloser Munitionsverschwendung aus.

Dennoch beschäftigt die Kritik an Art. 4 sich immer noch weitgehend mit Abgrenzungsfragen, z. B. mit Abstufungen zwischen Zivilpersonen, die an kriegswichtiger Stelle beschäftigt sind, die militärische Nachrichten oder Güter befördern, die aktiv an den Feindseligkeiten teilnehmen, die organisierten Untergrundbewegungen angehören oder nicht. Ein großer Teil dieser Fragen ist jedoch fast nur von akademischem Interesse und für die Praxis viel zu subtil, zumal der angreifende Flieger nur selten Zivilpersonen so zu Gesicht bekommt, daß er sie nach diesen Kategorien unterscheiden kann. Das gilt im Grunde auch für den an sich zutreffenden Hinweis, daß Art. 4 sich nicht lückenlos an Art. 4 des III. Genfer (Kriegsgefangenen-) Abkommens anschließt.

Der Begriff der „Hilfs- und Ersatzorganisationen“ allerdings könnte schon eher Schwierigkeiten bereiten, z. B. der Status von Verbänden, wie die deutsche Organisation Todt im Zweiten Weltkrieg, der Wehrmachtshelferinnen, der zur Ueberführung von Flugzeugen und Kraftfahrzeugen eingesetzten Frauenformationen usw., schließlich auch des Eisenbahnpersonals, das in manchen Ländern im Kriegsfall den Streitkräften eingegliedert ist, in anderen nicht. Beachtlich, aber problematisch sind ferner verschiedene Vorschläge, diejenigen Dienste nicht den Streitkräften zuzurechnen, welche ausschließlich zum Schutz und

zur Hilfeleistung für die Zivilbevölkerung, insbesondere für den Fall von Luftangriffen, bestimmt sind. Im übrigen ist zuzugeben, daß die gewählte negative Umschreibung der Zivilbevölkerung nicht restlos befriedigt, doch hat alle Kritik an ihr bessere Formulierungen nicht gebracht.

Diese Fragen können hier nicht erschöpfend behandelt werden. Ihr Einbau in die vorliegenden Regeln würde aber auch den Art. 4 zu unübersichtlich und damit unbrauchbar machen. Die gewählte enge Abgrenzung ist klarer und entspricht im übrigen besser dem humanitären Zweck, ohne jedoch einer Bekämpfung der echten militärischen Objekte und damit den Belangen der Praxis entgegenzustehen. Die Frage, unter welchen Umständen dann Teile der Zivilbevölkerung doch den Auswirkungen von Kampfhandlungen ausgesetzt werden dürfen, ist nachfolgenden Artikeln vorbehalten.

Zu diesem Zweck bedarf es zunächst einer Stellungnahme zum Kreis der angreifbaren Ziele, die als „militärische Objekte“ in Art. 7 behandelt sind. Ihr Begriff hat seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zuerst im See-, später dann im Luftkrieg zunehmende Bedeutung gewonnen. Er ist für die rechtliche Beurteilung von Kriegshandlungen der Gegenpol zu dem der „Zivilbevölkerung“, die Abgrenzung zwischen beiden entspricht sich mit umgekehrten Vorzeichen. Hier gilt daher in gleicher Weise, daß Grenzfällen als unlösbar und zugleich gefährlich zu vermeiden sind. Angriffe können also korrekt nur geführt werden gegen Ziele, deren erhebliche militärische Bedeutung vernünftigerweise nicht bestritten werden kann. Dem stehen wiederum militärische Interessen nicht entgegen, denn die Zahl dieser „echten militärischen Objekte“, die allein lohnende Ziele darstellen, ist so groß, daß die gesamten Angriffskräfte des Gegners bislang noch in keinem Krieg ausgereicht haben, um sie alle nachhaltig auszuschalten oder niederzuhalten. Es besteht daher kein militärisch gerechtfertigtes Bedürfnis zur Verzettlung dieser Kräfte gegen andere, insbesondere zivile Ziele, deren Vernichtung nur einen geringeren oder gar keinen militärischen Erfolg verspricht.

Als Beispiele für echte militärische Objekte sind im Anhang zu Art. 7 besonders aufgeführt: Streitkräfte mit Einschluß ihrer Hilfs-, Nachschub- und Ersatzorganisationen, Kampfanlagen, Einrichtungen, Bauten, Unterkünfte, Lager, Führungs- und Verwaltungsstellen; sonstige Personen, die am Kampf teilnehmen; Flugplätze, Abschußbasen von Fernwaffen, Kriegsmarine-Einrichtungen; Verkehrslinien und -mittel von gegenwärtig hervorragender militärischer Bedeutung; militärisch besonders wichtige Funk- und Fernmeldeeinrichtungen; Industrie und Energiequellen von ausgesprochen kriegswichtiger Schlüsselbedeutung mit Einschluß der ihnen vorbehaltenen Transport- und Lagereinrichtungen; Entwicklungsstätten neuer Kriegsmittel. Ausdrücklich ausgenommen werden die durch

die Genfer Abkommen von 1949 besonders geschützten Objekte und die offensichtlich am Kampf unbeteiligten Nichtkombattanten (Geistliche usw.) der Streitkräfte. Diese Liste soll in höchstens zehnjährigen Abständen von geeigneten Sachverständigen überprüft werden. Die Beschränkung der Objekte im Industrie- und Verkehrssektor beruht auf der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs, daß die allgemeinen Industrieangriffe bei unverhältnismäßig schwerer Beeinträchtigung der Zivilbevölkerung praktisch ohne Einfluß auf den Kriegsverlauf blieben und bis Mitte 1944 den ständigen Anstieg der deutschen Rüstungsproduktion nicht hinderten, während die erst dann planmäßig einsetzenden Angriffe auf Schlüsselobjekte, vor allem Oel- und Verkehrsziele, die deutsche Widerstandskraft schnell an der Wurzel trafen. Daß im übrigen die ganze Liste nur beispielhaft, also nicht abschließend sein kann, folgt schon aus der Tatsache, daß eine scharfe Abgrenzung nicht möglich ist. Außerdem müssen auch neue Kategorien militärischer Objekte, die etwa später einmal im Zuge der militärischen Entwicklung nachhaltige Bedeutung für das Kriegspotential gewinnen könnten, in Uebereinstimmung mit diesen Beispielen und dem Geist der vorliegenden Regeln berücksichtigt werden, wobei eine enumerative Aufzählung bald versagen würde.

Der Anhang zu Art. 7 ist ebenfalls zum Teil kritisiert worden, weil das IKRK sich auf Schutzmaßnahmen gegen Kriegsfolgen beschränken, nicht aber einen Kreis von Objekten der Waffenwirkung preisgeben solle. Ohne Stellungnahme zum Begriff des „militärischen Objekts“ wären die vorliegenden Regeln aber in einem modernen Krieg unbrauchbar. Außerdem ist der Anhang zu Art. 7 auch gerade für die Zivilbevölkerung selbst mitbestimmt. Seine Hinweise sollen ihr einen Begriff derjenigen Objekte vermitteln, mit deren Bekämpfung im Kriegsfall sie rechnen und deren Nähe sie dann also tunlichst meiden muß. Er erleichtert damit die gebotenen passiven Vorsichtsmaßnahmen der betroffenen Bevölkerung nach Art. 6 Abs. 3, Art. 11 und 13. Seine Aufnahme in die vorliegenden Regeln ist deshalb zu begrüßen, wenn sie auch der Tradition des IKRK nicht zu entsprechen scheint und wenn auch zur Umschreibung des „militärischen Objekts“ im übrigen eine abstrakte Definition vorzuziehen ist.

Um die in Art. 4 und 7 behandelten Pole nun kristallisiert sich organisch das System der vorliegenden Regeln:

Die „Zivilbevölkerung“ als solche darf grundsätzlich nie das Ziel von Angriffen sein (Art. 6). Dasselbe gilt für die ihr allein vorbehaltenen Wohnstätten, Einrichtungen und Transportmittel¹, also auch für den ausschließlich zivilen Bahn- und Straßenverkehr, vor

¹ Der zivile Schiffsverkehr auf hoher See bleibt allerdings, zumal er außerhalb des zivilen Lebensraums verläuft, mit dem gesamten Spezialgebiet des Seekriegsrechts hier außer Betracht.

allein die Bewegungen zur Evakuierung gefährdeter Zentren. Dem stehen militärische Interessen nicht entgegen, denn alle derartigen Angriffe auf einzelne Zivilpersonen und -fahrzeuge haben bislang keinen Einfluß auf den Kriegsverlauf erzielt, sofern sie nicht sogar im Gegenteil eine Versteifung des Widerstandswillens der Gegenseite herbeigeführt haben.

Echte „militärische Objekte“ dagegen dürfen grundsätzlich überall angegriffen werden, wo sie sich befinden, an sich also auch inmitten ziviler Wohngebiete. Eine gegenteilige Regelung hätte keine Aussicht auf praktische Beachtung. Das Kriegsrecht hat auch nicht den Sinn, einer korrekten Partei den Angriff auf derartige Ziele zu verwehren, wenn der Gegner sie aus diesem Grund in eine friedliche Umgebung verlegt und mit zivilen Objekten durchsetzt.

Zwischen diesen zwei Grundsätzen liegt der Bereich der einschränkenden und Vorsichtsmaßregeln:

1. *Aktive Maßregeln* bei Planung und Führung eines Angriffs:

- a) *Zielwahl* nur unter echten, als solchen klar identifizierten militärischen Objekten (Art. 8 a Abs. 1); dementsprechend Verbot blinder Flächenangriffe auf Wohngebiete zur Vernichtung nur einzelner militärischer Objekte, die in ihnen eingestreut sind (Art. 10) und daher nur unter Beachtung der „Verhältnismäßigkeit“ (s. unten) herausgepickt werden dürfen.
- b) „*Wahl des geringeren Übels*“ für die Zivilbevölkerung, z. B. Zerstörung von Bahnanlagen im freien Gelände statt mitten in Wohngebieten, wenn die erstrebte Lähmung des Verkehrs damit genauso nachhaltig erreichbar ist (Art. 8 a Abs. 2).
- c) Wahrung der „*Verhältnismäßigkeit*“ zwischen erreichbaren militärischen Erfolgen und wahrscheinlichen zivilen Verlusten; ggf. Verzicht auf einen danach nicht vertretbaren Angriff (Art. 8 b, Art. 9).
- d) Möglichst (wenn auch praktisch wohl nur ausnahmsweise) rechtzeitige *Warnung der bedrohten Zivilbevölkerung*.
- e) *Wahl der Angriffsmittel und -stärke* so, daß die Waffenwirkung in vernünftigen Grenzen auf den Zielraum beschränkt bleibt (Art. 9 Abs. 1); dementsprechend treffsichere Angriffsführung besonders in Wohngebieten des Hinterlandes (Art. 9 Abs. 2), Vermeidung unberechenbarer Breiten- und Spätwirkung von Massenvernichtungsmitteln und Waffen mit Verzögerung gegen Zivilpersonen (Art. 14), angemessene Sicherheitsmaßnahmen beim Einsatz von Minen und gefährlichen Waffen für den Fall des Verlustes der Kontrolle über sie (Art. 15).

²⁾ Der Vorschlag z. B. der Internat. Union z. Schutz der Bevölkerung, für diese Organisationen unter einem „Grünen Kreuz“ als Schutzzeichen eine kriegsrechtliche Sonderstellung zu begründen, verdient starke Beachtung, wirft aber mancherlei Probleme auf.

2. *Passive Maßregeln* der vom Angriff betroffenen Partei:

- a) *Entfernung der Zivilbevölkerung* von militärischen Objekten (Art. 6 Abs. 3, Art. 11 Abs. 1, Art. 13), Evakuierung oder wenigstens Auflockerung von Bevölkerungszentren.
- b) *Weitestmöglicher Verzicht auf militärische Belegung* solcher Zentren (Art. 11 Abs. 2),
- c) z. B. Senkung des Wasserspiegels von Stauseen, *bombensicherer Einbau gefährlicher Anlagen* im Sinne von Art. 17 usw.

Den Angreifer trifft keine Verantwortung für zivile Schäden und Verluste, die sich aus Versäumnissen auf diesem Gebiet erklären.

3. *Beiderseitige Erleichterung der Tätigkeit von Zivilschutzorganisationen* (Art. 12)².

4. *Schutzmaßnahmen für „offene Städte“* (Art. 16) und „*gefährliche Anlagen*“ (Art. 17); nur als Empfehlung gedachte interessante Neuerungen, mit lebhaftem Beifall begrüßt, auf verschiedene Anregungen bereits wertvoll ergänzt (z. B. „offene Städte“ auch im Hinterland, Vorsorge gegen die Möglichkeit von Luftlandungen dort).

Die Ausführungsbestimmungen im VI. Kapitel dienen der Verhütung (Art. 18, 20) und Ahndung (Art. 19) von Verletzungen der vorliegenden Regeln, besonders auch mit dem Ziel, ihrer Aushöhlung durch stets bedenkliche Repressalien vorzubeugen (Art. 18).

Insgesamt zeigt diese Skizzierung³ bereits, daß die zwingenden Regeln des Entwurfs nur bestehendes Gewohnheitsrecht enthalten, denn ihre Grundzüge waren schon im 19. Jahrhundert anerkannt. Da sie außerdem nur einer sinnlosen Beeinträchtigung der Zivilbevölkerung entgegenstehen, den allein erfolgversprechenden Kampf gegen kriegswichtige Ziele dagegen nicht hindern, würden die Staaten mit ihrer Annahme also weder neue rechtliche Bindungen eingehen noch militärische Interessen preisgeben. Die Kritik an den Vorarbeiten, hier bislang nur in abweichenden Äußerungen erwähnt, ist daher auch sowohl aus humanitären und kriegsrechtlichen wie aus militärischen Kreisen ganz überwiegend sehr positiv. Das läßt Raum für die Hoffnung, daß die vorliegenden Regeln einen ähnlichen Widerhall wie die vier Genfer Konventionen von 1949 finden. Ihre Beachtung könnte das besondere Grauen des modernen Krieges mildern, das immer wieder furchtbare Opfer der Zivilbevölkerung gefordert hat, ohne das Kriegsende zu beeinflussen oder zu beschleunigen. Sie kann sogar in einem Zukunftskrieg über den Fortbestand der Menschheit entscheiden, wenn sein Ausbruch nicht so verhindert werden kann, wie gerade auch das IKRK es in erster Linie erstrebt.

³⁾ Zur Problematik des Entwurfs im einzelnen vgl. vom IKRK veröffentlichten Kommentar; zu den von ihm berührten kriegsrechtlichen Fragen insgesamt eingehend *Spetzler*, „Luftkrieg und Menschlichkeit. Die völkerrechtliche Stellung der Zivilpersonen im Luftkrieg“, demnächst bei Musterschmidt in Göttingen, mit zahlreichen Literaturhinweisen.

Dokumente zu den Ereignissen in Polen und Ungarn im Oktober und November 1956

Rede von Wladyslaw Gomulka vor dem VIII. Plenum des ZK der Polnischen
Vereinigten Arbeiterpartei am 20. Oktober 1956

Als ich vor sieben Jahren auf dem November-Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei sprach, schien es mir damals, daß ich zu den Mitgliedern des Zentralkomitees zum letzten Male spreche.

Obwohl seit dieser Zeit erst sieben Jahre vergangen sind bzw. acht Jahre seit dem August-Plenum, auf dem eine jähe Wendung in der Politik der Partei eintrat, stellen diese Jahre eine ganze geschlossene historische Periode dar. Ich glaube fest daran, daß diese Periode unwiderruflich der Vergangenheit angehört. Es gab viel Böses in jenen Jahren. Das Erbe, das diese Periode der Partei, der Arbeiterklasse und dem Volke hinterlassen hat, ist auf manchen Gebieten des Lebens mehr als erschreckend.

Vor zweieinhalb Monaten hat das VII. Plenum des Zentralkomitees die positiven und negativen Seiten der verflochtenen Zeitspanne eingeschätzt und die Richtlinien für die künftige Tätigkeit festgelegt. Trotz meines Wunsches konnte ich ihm damals nicht beiwohnen.

Viele von Ihnen haben auf diesem Plenum auch über mich gesprochen, die Möglichkeit und Notwendigkeit meiner Rückkehr zur Parteiarbeit erwogen. Dies wurde von meiner Einstellung zu den auf diesem Plenum gefaßten Beschlüssen abhängig gemacht. Deshalb erachte ich es als meine Pflicht, Ihnen zu sagen, welcher Auffassung ich über diese Beschlüsse bin, wie ich die heutige Wirklichkeit sehe und wie meiner Ansicht nach die Zukunft gestaltet werden muß.

Zu den Beschlüssen des VII. Plenums habe ich gewisse Vorbehalte. Sie betreffen die Einschätzung der Vergangenheit sowie die Politik der Partei auf dem Gebiet der Landwirtschaft.

Abgesehen davon erachte ich diese Beschlüsse als richtig und sehe sie als richtige Anweisung zum Handeln an. Sie werden im Zuge ihrer Realisierung präzisiert und ergänzt werden müssen. Einige für die Gegenwart wichtige Probleme haben in diesen Beschlüssen keine Aufnahme gefunden. Einige kann man bereits heute lösen, da sie dazu herangereift sind, mit anderen muß man warten, bis sie in den Gedanken und in den Bedingungen heranreifen. Als wichtigstes ist nicht das anzusehen, daß Beschlüsse gefaßt wurden und daß ihnen zugestimmt wurde, sondern daß die angenommenen Beschlüsse im Leben verwirklicht werden.

Meine Vorbehalte zu den Beschlüssen des VII. Plenums hinsichtlich der Beurteilung der Vergangenheit umfassen wirtschaftliche und politische Fragen. Diese Vorbehalte betreffen sowohl das Meritum der Beurteilung wie auch die sich aus dieser Beurteilung ergebende Verantwortung von Personen für die begangenen Fehler und erfolgten Einstellungen.

Die Beschlüsse des VII. Plenums sprechen von den Erfolgen und Fehlern des Sechsjahrplanes. Als wichtigstes Ergebnis des Sechsjahrplanes, das alles andere verhüllen soll, führen die Beschlüsse den in dieser Zeit erfolgten großen Ausbau der Produktionskapazität unserer Industrie, namentlich der Schwerindustrie, an.

Ich bin weit davon entfernt, irgendwelche Errungenschaften unseres Landes herabzusetzen. Uns alle, wie auch das ganze Volk, freut die Steigerung und Mehrung der Produktion unserer Industrie. Ich habe keine Ursache, die angegebenen Indexzahlen des Wachstums der Industrieproduktion anzuzweifeln. Ich nehme sie als der Wirklichkeit entsprechend an. Es gibt jedoch gewisse „Aber“, die zu einer Revision der Einschätzung unserer wirtschaftlichen Erfolge in den vergangenen sechs Jahren nötigen.

Sehen wir uns die Erfolge des Sechsjahrplanes im Steinkohlebergbau an. Im Jahre 1949, im letzten Jahr des Dreijahrplanes also, betrug die Kohleförderung über 74 Millionen Tonnen. Im Jahre 1955, also im letzten Jahr des Sechsjahrplanes, sind 94,5 Millionen Tonnen Kohle gefördert worden. Aus diesen Zahlen folgt, daß die Förderung um über 20 Millionen Tonnen angestiegen ist, was in der Tat als bedeutsamer Erfolg gewertet werden könnte, wäre diese Steigerung eine Erhöhung der Produktionskapazität des Bergbaus.

Indessen, wie den statistischen Angaben zu entnehmen, haben die Bergarbeiter im Jahre 1955 92 634 000 Ueberstunden geleistet, was 15,5 Prozent aller in diesem Zeitraum geleisteten Arbeitsstunden sind. Auf Kohle umgerechnet sind das etwa 14,6 Millionen Tonnen, die außerhalb der normalen Arbeitszeit gefördert wurden. Betrachten wir weiter, wie es in diesem Zeitraum mit der Arbeitsproduktivität im Bergbau bestellt war. Im Jahre 1949 betrug die Kohleförderung je Arbeitstag der ganzen Belegschaft 1328 kg pro Kopf der Beschäftigten. Im Jahre 1955 sank sie auf 1163 kg, das heißt um 12,4 Prozent. Vergleichen wir die nur auf die Untertagebelegschaft umgerechnete Förderleistung, dann macht der Förderrückgang in dieser Zeit 7,7 Prozent je Arbeitstag aus. Gegenüber dem Jahre 1938, das aus verschiedenen Gründen kein Vergleichsmaßstab sein kann, aber die heutige Lage der Bergwerke veranschaulicht, ist die Förderung je Arbeitstag der ganzen Belegschaft im Jahre 1955 um 36 Prozent zurückgegangen.

Hieraus folgt, daß der Kohlebergbau im Sechsjahrplan nicht nur keine Erfolge hatte, sondern im Vergleich zum Jahre 1949 sogar einen Rückgang zu verzeichnen hatte.

Die Wirtschaftspolitik in bezug auf den Bergbau kennzeichnete eine gewisse sträfliche Gedankenlosigkeit. Die Sonntagsarbeit wurde als System eingeführt, was die Ge-

sundheit und die Kräfte der Bergleute untergraben mußte und es gleichzeitig erschwerte, die Bergwerkseinrichtungen im erforderlichen Zustand zu erhalten. Es wurde zu einem System, in einem Teil der Bergwerke Soldaten und Häftlinge zu beschäftigen. Die Bergarbeiterbelegschaften, die Jahr für Jahr zu einem großen Prozentsatz wechseln, wurden nicht stabilisiert. Eine solche Politik mußte zur Gefährdung des Kohleförderplanes führen, zu einem Zustand, in dem sich die Bergwerke heute befinden.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel. Mit großen Investitionsmitteln haben wir die Personenkraftwagenfabrik in Zerań errichtet. Es entstand ein neuer Produktionsbetrieb, der mit unverhältnismäßig hohen Produktionskosten geringe Mengen von Autos eines alten Typs baut, die viel Brennstoff verbrauchen, Autos, die heute wohl von niemandem in der Welt mehr produziert werden. Kann man die Errichtung solcher Industriebetriebe als einen Erfolg, als eine Erhöhung der Produktionskapazität unserer Industrie bezeichnen? Welchen Nutzen hat davon die Volkswirtschaft?

Insgesamt gesehen, stehen wir — nach Beendigung des Sechsjahrplanes, der laut Richtlinien das Lebensniveau der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes beträchtlich heben sollte — heute, im ersten Jahr des neuen Fünfjahrplanes, riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber, die tagtäglich anwachsen.

Für den Ausbau der Industrie haben wir bedeutende Investitionskredite aufgenommen, und als der Rückzahlungstermin der ersten Raten herangerückt war, sahen wir uns in der Lage eines zahlungsunfähigen Bankrotteurs. Es war notwendig, sich an die Gläubiger um Zahlungsaufschub zu wenden. Die Leiter unserer Volkswirtschaft vermochten anscheinend diese einfache Tatsache nicht zu begreifen, daß mit den Krediten so gewirtschaftet werden muß, das heißt, daß sie so zu investieren sind, damit sie zu den festgesetzten Terminen den Gläubigern mit der mit Hilfe dieser Kredite erzeugten Produktion zurückgezahlt werden können. Währenddessen ist ein bedeutender Teil dieser Kredite in Form von Maschinen und Ausrüstungen bis jetzt in der Produktion noch nicht verwendet worden und wird auch noch viele Jahre keine Verwendung finden; ein Teil ist überhaupt als unwiederbringlich verfallen zu betrachten. Bis auf den heutigen Tag treffen bestellte Maschinen oder Ausrüstungen für Objekte ein, die aus den Wirtschaftsplänen längst gestrichen sind.

Wie die Ergebnisse des Sechsjahrplanes aussehen, welches unsere heutige Lage ist und welche Möglichkeiten zum Start in die Zukunft vorhanden sind, das besagt nachdrücklich die negative Zahlungsbilanz in unseren Außenhandelsumsätzen. Der Saldo dieser Bilanz im Fünfjahrplan schließt mit einem beachtlichen Defizit ab, trotz der uns gewährten Stundung und des Aufschubs der Rückzahlung der Hälfte der Schulden, die in den jetzigen Fünfjahrplan fallen, bis zum nächsten Fünfjahrplan. Unter diesen Umständen entstand ein großes Fragezeichen in bezug auf die Realität des soeben erst ausgearbeiteten Fünfjahrplanes. Uns ist die Gefahr der fehlenden Warendecke auf dem Binnenmarkt im Vergleich zur Menge der Geldmittel bekannt.

Wird von alledem in den Beschlüssen des VII. Plenums gesprochen? Nein. Gewiß ist es nicht das wichtigste, daß die Beschlüsse die Beurteilung der Vergangenheit mil-

dern. Wesentlich ist, daß eine genaue wirtschaftliche Analyse unerlässlich ist zur richtigen Ausarbeitung der Pläne für die Zukunft. Solche Tatsachen wie die zuvor genannten können keineswegs verschwiegen werden. Man muß sich nämlich klar sagen, daß für eine falsche Wirtschaftspolitik das ganze Volk zahlen muß, und in erster Linie muß die Arbeiterklasse zahlen.

Das Zentralkomitee der Partei wiederum hat sich nicht dazu aufraffen können, zumindest parteimäßige Konsequenzen gegenüber jenen Menschen zu ziehen, die für diesen Zustand verantwortlich sind.

Auf dem landwirtschaftlichen Sektor der Volkswirtschaft, dessen Beurteilung auf dem VII. Plenum bei mir Vorbehalte auslöst, finden wir gleichfalls Erscheinungen, über die jeder verantwortungsbewußte Mensch zutiefst nachdenken und aus denen er die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen sollte.

Beginnend mit dem Jahre 1949, das heißt in den vergangenen sechs Jahren, fing die Partei mit der Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf genossenschaftliche Basis an. In diesem Zeitraum sind etwa 10 000 Produktionsgenossenschaften entstanden, die etwa 6 Prozent aller Bauernwirtschaften vereinen. Es lohnt sich, heute, nach sechsjährigen Erfahrungen, einmal näher anzuschauen, welche wirtschaftlichen Ergebnisse die Landwirtschaftspolitik der Partei in der vergangenen Periode brachte.

Unter unseren Bedingungen — nämlich wie unter den Bedingungen jedes Landes, das nicht über einen Bodenüberschuß verfügt, müßte die Landwirtschaftspolitik von einem beharrlichen Streben zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion gekennzeichnet sein. Polen kann seine Bevölkerung mit eigenen Vorräten nur durch Steigerung der Erträge, durch Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion je Hektar ernähren. Damit ist jeder einverstanden, zumindest in Worten. In der Praxis werden jedoch Methoden angewandt, die zu anderen Resultaten führen.

Sehen wir uns einmal an, wie hoch der Wert des Bruttoprodukts je Hektar nach unveränderlichen Preisen in allen Sektoren unserer Landwirtschaft, das heißt in den Einzelwirtschaften, in den Produktionsgenossenschaften und in den Landwirtschaftlichen Staatsgütern, die dem Ministerium für Landwirtschaftliche Staatsgüter unterstehen, ist.

Alle angeführten Daten beziehen sich auf das Jahr 1955. Im Besitz der Einzelwirtschaften befanden sich 78,8 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die Genossenschaften, die ihre Einkünfte aufteilen, besaßen 8,6 Prozent und die Landwirtschaftlichen Staatsgüter 12,6 Prozent des gesamten Areals der landwirtschaftlichen Nutzfläche aller drei Wirtschaftstypen. Das von diesen Wirtschaften erzeugte Bruttoprodukt, als 100 zugrunde gelegt, schlüsselt sich wie folgt auf: Auf die Einzelwirtschaften entfallen 83,9 Prozent, auf die Produktionsgenossenschaften einschließlich der Hoflandwirtschaft 7,7 Prozent und auf die Landwirtschaftlichen Staatsgüter mit den Nebengewirtschaften der Landarbeiter 8,4 Prozent. Rechnen wir den Wert der Bruttoproduktion je Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche um, so erhalten wir folgendes Bild: Die Einzelwirtschaften haben für 621,1 Złoty produziert, die Genossenschaften für 517,3 Złoty und die Landwirtschaftlichen Staatsgüter für 393,7 Złoty nach un-

veränderlichen Preisen. Die Differenz zwischen den Einzelwirtschaften und den Genossenschaften beträgt demnach 16,7 Prozent, im Vergleich zu den Landwirtschaftlichen Staatsgütern dagegen haben die Einzelwirtschaften um 37,4 Prozent mehr erzeugt.

Vergleichen wir die Belastung der Einzelwirtschaften und der zu Produktionsgenossenschaften vereinigten Wirtschaften mit Pflichtablieferungen an den Staat und mit der Grundsteuer, dann stellen wir fest, daß diese Abgaben je Hektar bei den Genossenschaften niedriger sind als bei den Einzelwirtschaften, namentlich bei der Grundsteuer. Der Unterschied in dieser Belastung zum Vorteil der Genossenschaften ist faktisch eine Zuwendung des Staates für die zusammengeschlossenen Wirtschaften.

Eine weitere Position sind die Zuwendungen zu den Arbeitsleistungen der Maschinen-Traktoren-Stationen für die Genossenschaften. Die Zuwendungen zu den Arbeitsleistungen der MTS betrugen insgesamt in den Jahren 1952—1955 etwa 1,7 Milliarden Złoty. Es ist schwer festzustellen, welcher Teil dieser Summe auf Zuwendungen für Arbeitsleistungen zugunsten der Genossenschaften entfällt, da die MTS auch für andere Einrichtungen gearbeitet haben. Außerdem haben die Genossenschaften einen Teil ihrer Verpflichtungen für die Arbeitsleistungen der MTS mit Getreide abgegolten, das ihnen der Staat zu den Preisen für Pflichtablieferungen anrechnete. Unter Berücksichtigung dieser Umstände kann man annehmen, bestimmt ohne Schaden für die Genossenschaften, daß die staatlichen Zuwendungen zu den Arbeitsleistungen der MTS für die Genossenschaften im genannten Zeitraum die Summe von 1 Milliarde Złoty überschreiten. Diese Zuwendungen werden weiter anwachsen, da der Tarif, nach dem die Genossenschaften den MTS ihre Dienstleistungen bezahlen, in letzter Zeit herabgesetzt worden ist. Dies ist also eine weitere Form der Zuwendungen aus der Staatskasse zugunsten der Produktionsgenossenschaften, jedoch noch nicht die letzte.

Wie den Gesamtjahresberichten der Produktionsgenossenschaften für 1955 zu entnehmen, ist bei der Festsetzung der Arbeitseinheiten von dem Standpunkt ausgegangen worden, daß es unerlässlich ist, einen gewissen Mindestverdienst je Arbeitseinheit festzulegen, unabhängig von den Wirtschaftsergebnissen einer gegebenen Genossenschaft. Der Durchschnittswert einer Arbeitseinheit beträgt in allen Genossenschaften des Landes etwa 25 Złoty, nach Umrechnung der auf eine Arbeitseinheit kommenden Produkte zu den Preisen des freien Marktes. Die Unterschiede in der Höhe der Arbeitseinheit sind zwischen den Genossenschaften nur gering, vor allem in dem Teil, der in natura gezahlt wird. Da nicht alle Genossenschaften das angenommene Minimum für eine Arbeitseinheit auszahlen konnten, weil dies die Ergebnisse ihrer Produktion nicht gestatteten, hat man eine verhältnismäßig einfache Lösung gefunden: Man hat die Termine der Zahlungen bzw. eines Teils der Zahlungen auf Grund anderer Verpflichtungen der Genossenschaften gegenüber dem Staat, die in das Jahr 1955 fielen, zurückgestellt. Diese Zahlungen wurden auf die folgenden Jahre verschoben. Die Mittel, die für diese Zahlungen hätten verausgabt werden sollen, wurden für die Bezahlung der Arbeitseinheiten bestimmt. Im Landesmaßstab macht das über eine halbe Milliarde Złoty aus. Auf diese Weise sind die Einkünfte der Produktionsgenossenschaften, die

zur Aufteilung gelangen, künstlich erhöht worden, wodurch es möglich wurde, die Bezahlung für eine Arbeitseinheit um rund 27 Prozent heraufzusetzen.

Unabhängig von diesen Formen der staatlichen Hilfe erhielten die Genossenschaften vom Staat große Kredite. Die lang- und mittelfristigen Verpflichtungen der Genossenschaften betrugen per 31. Dezember 1955 über 1,6 Milliarden Złoty und die kurzfristigen über 900 Millionen Złoty.

Hinzuzufügen wäre noch, daß die Produktionsgenossenschaften auch beim Ankauf von Kunstdüngemitteln bevorzugt wurden. Im Wirtschaftsjahr 1954/55 sind je Hektar Ackerboden 58,6 kg Kunstdüngemittel, in Umrechnung auf reine Bestandteile, verwendet worden. In den Einzelwirtschaften kamen in diesem Zeitraum nur 28,1 kg auf einen Hektar.

So sieht in großen Zügen das wirtschaftliche Bild der Produktionsgenossenschaften aus. Ein trauriges Bild. Bei großen Aufwendungen geringere Produktionsergebnisse und höhere Produktionskosten.

Die politische Seite dieses Problems lasse ich unerwähnt.

Aus den angegebenen Gründen habe ich Vorbehalte zu den Beschlüssen des VII. Plenums in dem Teil, der die Landwirtschaftspolitik der Partei, die auf dem V. Plenum des Zentralkomitees festgelegt wurde, betrifft.

Betrachten wir unsere wirtschaftliche Realität, so finden wir in ihr noch andere Bilder, die zu tiefer Beunruhigung Anlaß geben.

Die Praxis der Realisierung des Sechsjahrplanes bestand darin, daß auf bestimmte, ausgesuchte Abschnitte ein Höchstmaß an Investitionsmitteln konzentriert wurde, ohne die Bedürfnisse anderer Abschnitte des Wirtschaftslebens zu berücksichtigen. Aber die Volkswirtschaft ist ein einheitliches Ganzes. Man kann nicht einige Zweige auf Kosten anderer zu stark favorisieren, weil die entsprechenden Proportionen verlorengehen, was der gesamten Wirtschaft großen Schaden zufügt.

Besonders beunruhigen muß uns der Wohnungsbau auf dem Lande. Während in den Städten und Siedlungen, wo die Wohnungssituation gleichfalls sehr schwierig ist, große Anstrengungen auf den Neubau, auf Reparaturen und auf die Unterhaltung der Häuser konzentriert werden, ist die Lage auf dem Lande geradezu alarmierend. Im Laufe des Sechsjahrplanes sind auf dem Lande etwa 370 000 Wohnräume gebaut worden, davon rund 260 000 Wohnräume durch den individuellen Wohnungsbau mit Eigenmitteln und rund 110 000 Wohnräume durch das genossenschaftliche Bauwesen. Im Jahre 1950 hatten wir auf dem Lande über 2 690 000 Wohnhäuser und über 7,5 Millionen Wohnräume. Nimmt man an, daß nach dem Zustand der Gebäude zu urteilen, in dem sie sich nach dem Kriege befanden, ihre durchschnittliche Nutzungsdauer 50 Jahre beträgt, so hätten wir zur Erhaltung der Zahl der Wohnräume, die wir im Jahre 1950 besaßen, auf dem Lande jährlich 150 000 Wohnräume bauen müssen, was in sechs Jahren 900 000 Wohnräume sind. Indes sind lediglich rund 370 000 Wohnräume gebaut worden; demnach ist anzunehmen, daß im Zeitraum des Sechsjahrplanes etwa 600 000 Wohnräume zu Ruinen wurden bzw. sich gegenwärtig in ruiniertem Zustand befinden. In Wirklichkeit kann dieser Zustand sogar ein noch schlechterer sein, da in dieser Zeit Reparaturen und Unterhaltungsarbeiten an den Gebäuden nicht in erforder-

lichem Umfang durchgeführt werden konnten, weil es an Baustoffen mangelte. Besonders in den westlichen und nördlichen Gebieten Polens nimmt der Abgang an Wohnräumen schnell zu. Von Jahr zu Jahr wächst dort systematisch eine Wohnungskatastrophe heran.

Bei einer Planwirtschaft und einem umsichtigen Wirtschaften kann man zeitweilig die wirtschaftlichen Bedürfnisse auf einem Gebiet des Lebens einschränken und die so eingesparten Mittel für eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung auf einem anderen Gebiet des Lebens bereitstellen. Die Planung muß so vor sich gehen, daß nach einer gewissen Zeit die auf dem eingeschränkten Abschnitt entstandenen Lücken geschlossen werden, was leichter fallen müßte mit Hilfe der größeren Vorräte und Produktionsmöglichkeiten, die auf dem zuvor mit Investitionsmitteln bevorzugten Abschnitt entstanden sind.

Unsere bisherige Planungs- und Wirtschaftspraxis führte dazu, daß wir weder die festgelegten Aufgaben auf dem bevorrechtigten Abschnitt zu den festgesetzten Terminen erfüllt und dort riesige Mittel eingefroren und vergeudet haben noch Voraussetzungen zur Schließung der wirtschaftlichen Lücken auf den zuvor bewußt eingeschränkten Gebieten geschaffen haben. So sind wir uns zum Beispiel der Erfordernisse des Wohnungsbaus bewußt, uns ist klar, daß wir keinen Tag länger die Voraussetzungen zur Entwicklung des ländlichen Bauens einschränken dürfen; wir haben eine Steigerung des Wohnungsbaus in den Städten zugrunde gelegt, aber gleichzeitig sehen wir uns riesigen Schwierigkeiten bei der Befriedigung dieser Bedürfnisse gegenüber, weil wir keine ausreichende Basis für die Produktion von Baustoffen geschaffen haben. Wo es dünn ist, dort reißt es. Wenn wir geben wollen, und wir müssen dem Dorfe schnell geben, dann können wir das nicht ohne Nachteil vor allem für das Industrieaufbauwesen tun. Wunder wird hier niemand vollbringen.

Nicht besser sieht es mit der Kommunalwirtschaft sowie mit den Sanatorien und Erholungsheimen aus. Ich habe keinen genaueren Ueberblick über diese Zweige der Volkswirtschaft. Die Kanalisations- und Wasserleitungsanlagen, der städtische Verkehr, die Straßen und Häuser — alles das, was zur kommunalen Wirtschaft und zur Wirtschaft mit den Sanatorien und Erholungsheimen gehört, muß überall dort immer größere Risse zeigen, wo nicht rechtzeitig vorgebeugt wird. Doch dafür sind wiederum Mittel und Materialien notwendig.

Ich möchte nochmals betonen: ich bin weit davon entfernt, die Errungenschaften des Sechsjahrplanes zu schmälern. Doch eine Einschätzung dieser Errungenschaften muß sich auf den faktischen Zustand stützen, das heißt, daß wir diese Errungenschaften vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachten müssen, von dem wir in den Fünfjahrplan gestartet sind. Und dieser Start ist von bis zum Uebermaß angestauten Schwierigkeiten begleitet.

Vor jedem von uns steht die Frage: Wo ist die Lösung, was ist zu tun und womit beginnen, um alle Schwierigkeiten zu überwinden und auf einem immer weniger holprigen Wege voranzuschreiten? Vieles der bisherigen Praxis wird geändert werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen.

Den Schlüssel zur Lösung der angestauten Schwierigkeiten hat die Arbeiterklasse in ihren Händen. Von ihrer Haltung hängt alles ab: der heutige Tag und die Perspektive der Zukunft. Die Haltung der Arbeiterklasse

wiederum hängt von der Politik der Partei ab, die von ihrer Führung gewiesen wird, von der Fähigkeit der Regierung und aller obersten Staatsorgane, den Staat zu leiten.

Die Arbeiterklasse hat kürzlich der Parteiführung und der Regierung eine schmerzliche Lehre erteilt. Die Arbeiter von Poznań, die zu der Waffe des Streiks griffen, als sie am schwarzen Donnerstag im Juni demonstrativ auf die Straßen gingen, haben mit lauter Stimme gerufen: Genug! So geht es nicht weiter! Kehrt ab vom falschen Wege!

Die Arbeiterklasse hat nie leichtsinnig zum Streik gegriffen als zu einer Waffe im Kampf um ihr Recht. Um so weniger jetzt in Volkspolen, das in ihrem Namen und im Namen aller werktätigen Menschen regiert wird, hat sie diesen Schritt nicht leichtsinnig getan. Offensichtlich war das Maß übergelaufen, und man darf das Maß nie ungestraft überlaufen lassen. Die Arbeiter von Poznań haben nicht gegen Volkspolen, gegen den Sozialismus protestiert, als sie auf die Straßen der Stadt gingen. Sie haben gegen das Uebel protestiert, das sich in unserer Gesellschaftsordnung breit eingenistet hatte und das auch sie schmerzlich traf, gegen die Verzerrungen der grundlegenden Prinzipien des Sozialismus, der ihre Ideologie ist.

Die Arbeiterklasse hat mit der Idee des Sozialismus alle ihre Hoffnungen auf ein besseres Leben verknüpft. Sie kämpfte um den Sozialismus von Anbeginn ihres bewußten Daseins. Und als die Entwicklung der geschichtlichen Ereignisse es erlaubte, daß ihre Vertreter die Steuer der Staatsmacht in Polen übernehmen konnten, gab die Arbeiterklasse allen ihren Enthusiasmus, alle ihre Kräfte für die Verwirklichung der Idee des Sozialismus hin. Die Arbeiterklasse ist unsere Klasse, unsere unbeugsame Kraft. Die Arbeiterklasse, das sind wir. Ohne die Arbeiterklasse, das heißt ohne das Vertrauen der Arbeiterklasse, könnte keiner von uns faktisch nicht mehr repräsentieren als seine eigene Person.

Eine große politische Naivität war der ungeschickte Versuch, die schmerzliche Tragödie von Poznań als ein Werk imperialistischer Agenten und Provokateure hinzustellen. Agenten und Provokateure können immer und überall wirken. Sie werden aber niemals und nirgends über die Haltung der Arbeiterklasse entscheiden. Könnten Agenten und Provokateure die Arbeiterklasse zum Handeln inspirieren, dann hätten die Feinde Volkspolens, die Feinde des Sozialismus, ihre Aufgabe sehr erleichtert, dann könnten sie leicht ihre Ziele erreichen. Die Sache ist die, daß es nicht so ist.

Es gab in Polen eine Zeit, da dem Sozialismus feindlich gesinnte Kräfte, oftmals von im Dienste antipolnischer Interessen stehenden ausländischen Zentren angeleitet, tatsächlich über ein gut ausgebautes illegales Organisationsnetz verfügten. Es gab eine Zeit, da die Volksmacht in Polen bewaffnet angegriffen wurde und sich bewaffnet verteidigt hat, da Mitglieder unserer Partei, Soldaten und Staatsangestellte zu Hunderten und Tausenden gefallen sind. Es gab eine so strenge Zeit, deren Nachwirkungen bis auf den heutigen Tag noch nicht völlig aus den Empfindungen und Herzen der Menschen verschwunden sind. Das war in den ersten Jahren des Aufbaus Volkspolens. Aber in dieser für die Volksmacht so schweren Zeit hatte es keine Agentur und keine Untergrundorganisation, trotz der für sie günstigen Bedingun-

gen, fertiggebracht — und konnte es auch nicht —, in die Reihen der Arbeiterklasse eine Bresche zu schlagen. Sie waren unfähig, auch nur eine Abteilung der Arbeiterklasse politisch unter ihre Gewalt zu bringen. Die Arbeiterklasse könnte nämlich nicht der führende und fortschrittlichste Teil des Volkes sein, gelänge es den Kräften des Rückschritts, bei ihr eine Stütze zu finden. Die Inspiration zum Handeln der Arbeiterklasse ging noch nie, geht nicht und wird nicht von Agenten, Provokateuren und Leuten des Rückschritts ausgehen.

Die Ursachen der Poznańer Tragödie und der tiefen Unzufriedenheit der gesamten Arbeiterklasse sind bei uns zu suchen, bei der Parteiführung, bei der Regierung. Der Zündstoff sammelte sich Jahre hindurch an. Der Sechsjahrplan, der in der Vergangenheit groß als neue Etappe einer wesentlichen Hebung des Lebensstandards angepriesen wurde, hat die Hoffnungen der breiten werktätigen Massen enttäuscht. Das Jonglieren mit Zahlen, das eine 27prozentige Erhöhung der Reallöhne im Sechsjahrplan nachwies, war mißlungen. Es hat die Menschen nur noch mehr erzürnt. Man mußte die von schlechten Statistikern bezogene Position verlassen.

Der XX. Parteitag der KPdSU gab den Anstoß zu einer Wendung im politischen Leben des Landes. Eine belebende, gesunde Strömung hat die Parteimassen, die Arbeiterklasse, die gesamte Bevölkerung in Bewegung geraten lassen. Die Menschen begannen sich aufzurichten. Die schweigenden, willenlos gemachten Hirne fingen an, den giftigen Dunst der Verlogenheit, Falschheit und Doppelzüngigkeit von sich abzuschütteln. Die starre Sprache, die zuvor auf den Parteitribünen und öffentlichen Rednerpulten wie auch in den Spalten der Presse herrschte, mußte nach und nach dem schöpferischen, lebendigen Wort weichen. Mitunter erklang auch ein falscher Ton. Doch nicht dieser Ton gab die Richtung an. Als breite Woge ergoß sich die Kritik an der Vergangenheit, die Kritik an den Gewalttätigkeiten, Entstellungen und Fehlern, die kein einziges Gebiet des Lebens verschont haben. Von überallher verlangte man, vor allem auf den Partei- und allgemeinen Versammlungen in den Betrieben, eine Klärung der Ursachen, die dieses Uebel hervorgebracht haben; man verlangte, gegenüber den Menschen, die die Hauptverantwortung für die Mißgriffe im wirtschaftlichen und politischen Leben tragen, die Konsequenzen zu ziehen. Vor allem die schaffenden Menschen forderten, daß ihnen die volle Wahrheit gesagt wird, ohne Beschönigung und Ausweichung. Sie warteten auf diese Wahrheit. Sie warteten auf die Beantwortung von Dutzenden von Fragen, die sie auf Versammlungen öffentlich gestellt haben.

In der nach dem XX. Parteitag entstandenen Situation, als es galt, rasch und zielbewußt zu handeln, Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit zu ziehen, mit offenem Visier zu den Massen zu gehen, ihnen die volle Wahrheit über die wirtschaftliche Lage, über die Ursachen und Quellen der Verzerrungen im politischen Leben zu sagen, vermochte die Parteiführung nicht, schnell eine Linie des konkreten Handelns auszuarbeiten. Ein Beweis dafür ist allein die mehrmalige Terminverschiebung des VII. Plenums.

Mir wurde einst unter anderem der Vorwurf gemacht, daß mein Standpunkt, den ich zu verschiedenen Dingen einnahm, angeblich aus meinem Unglauben an die Ar-

beiterklasse resultiere. Das ist nicht wahr. Den Glauben an den Verstand, an die Vernunft, an die Opferwilligkeit und revolutionäre Haltung der Arbeiterklasse habe ich nie verloren. An diese Vorzüge der Arbeiterklasse glaube ich auch heute noch. Ich bin überzeugt, daß die Poznańer Arbeiter nicht zum Streik angetreten wären, daß sie nicht demonstrativ auf die Straße gegangen wären, daß sich unter ihnen nicht auch solche gefunden hätten, die zu den Waffen griffen, daß dort nicht unser brüderliches Arbeiterblut vergossen worden wäre, wenn die Partei, das heißt die Parteiführung, zu ihnen mit der ganzen Wahrheit gekommen wäre. Man hätte, ohne zu zaudern, die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse anerkennen sollen, ihnen sagen müssen, was heute möglich ist und was noch nicht realisiert werden kann, man hätte ihnen früher und jetzt die Wahrheit sagen müssen. Der Wahrheit kann man nicht entfliehen. Wenn man sie verheimlicht, kommt sie in der gefährlichen Gestalt eines Gespenstes zum Vorschein, das Furcht einflößt, beunruhigt, rebelliert und wütend wird.

Die Parteiführung ist davor zurückgeschreckt. Die einen fürchteten die Verantwortung für die Folgen ihrer Politik, die anderen fühlten sich stärker verbunden mit ihrem bequemen Sessel als mit der Arbeiterklasse, dank der sie auf diesen Sessel gesetzt wurden, andere schließlich, und das waren die meisten, bezweifelten, ob die Arbeiterklasse auch das ganze Wesen der Wahrheit, die sie von ihren Vertretern verlangte, zu verstehen vermag, ob sie sie richtig verstehen wird, so, wie die Ursachen und Quellen der Fehler, Entstellungen und Provokationen, die stattfanden, zu verstehen sind. Das Wanken des Glaubens an die Arbeiterklasse zeigte sich in breitem Umfang im zentralen Parteiparat und außerhalb desselben. Ein Regieren des Staates setzt voraus, daß die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen ihren Vertretern, die das Steuer der Staatsmacht in ihren Händen halten, Vertrauen schenken. Das ist eine moralische Grundlage der Machtausübung im Namen der werktätigen Massen. Der Vertrauenscredit kann nur dann dauernd verlängert werden, wenn die gegenüber den Kreditgebern eingegangenen Verpflichtungen auch erfüllt werden. Ein Verlust des Vertrauenscredits der Arbeiterklasse bedeutet den Verlust der moralischen Grundlage zur Ausübung der Macht.

Man kann ein Land jedoch auch unter solchen Umständen regieren. Nur wird dann die Regierungsausübung schlecht sein. Sie muß sich dann auf die Bürokratie, auf die Verletzung der Gesetzlichkeit und auf Gewalt stützen. Das Wesen der Diktatur des Proletariats als der breitesten Demokratie für die Arbeiterklasse und für die werktätigen Massen wird unter diesen Umständen seines Inhalts beraubt.

Die Arbeiterklasse hätte bestimmten Personen ihren Vertrauenscredit entziehen können. Das ist normal. Normal ist auch, wenn solche Menschen dann von ihren Posten zurücktreten. Um alle schlechten Züge unseres Lebens zu ändern, um unsere Wirtschaft aus dem Zustand, in dem sie sich nunmehr befindet, herauszuführen, genügt es nicht, nur diese oder jene Personen auszuwechseln. Das ist sogar leicht. Um aus unserem politischen und wirtschaftlichen Leben alle seine Entwicklung hemmenden und im Laufe der Jahre angewachsenen Schichtbildungen zu beseitigen, muß in unserem System

der Volksmacht, im organisatorischen System unserer Industrie, in den Arbeitsmethoden des Staats- und Parteiapparates vieles geändert werden. Man muß, kurz gesagt, alle schlechten Teile in unserem Modell des Sozialismus auswechseln, sie durch bessere ersetzen, dieses Modell durch die besten fertigen Muster vervollkommen und durch eigene vollkommenere Konstruktionen ergänzen. Doch das ist wesentlich schwieriger. Das verlangt Zeit, Arbeit und mit Verstand gepaarten Mut. Richtlinien für diese Aenderungen sind zum Teil in den Beschlüssen des VII. Plenums enthalten, zum Teil diskutieren wir sie heute und werden wir sie noch manches Mal diskutieren.

Was schränkt heute unsere Möglichkeiten auf diesem Gebiet ein? Vor allem die Ungeduld der Arbeiterklasse, die hauptsächlich eine Folge ihrer Lebensbedingungen ist. Diese wiederum sind aufs engste mit unserer wirtschaftlichen Situation verknüpft. Aus dem Leeren kann auch Salomo nichts eingießen.

Viele Betriebe arbeiten anomal und nutzen ihre Produktionskapazität nicht voll aus. Die Ursache liegt in den Schwierigkeiten ihrer ausreichenden Versorgung mit Materialien und Rohstoffen. Diese aber müssen entweder importiert werden, oder wir müssen unsere eigene Versorgungsbasis ausbauen. Das erstgenannte ist eng mit unserem Export verbunden, das zweite braucht Zeit und Mittel. Indessen ist es so, daß wir in vielen Betrieben ihre Produktionskapazität und die Arbeitskraft der in ihnen tätigen Arbeiter nicht restlos ausnutzen. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß die Belegschaftszahl in manchem Betrieb seinen augenblicklichen Bedarf übersteigt.

Ich erwähnte bereits, daß uns das Fehlen einer vollen Warendeckung auf dem Binnenmarkt droht, das heißt, daß wir der Summe der Lohnerhöhungen nicht die entsprechende Warenmasse gegenüberstellen können. Und selbst dann, wenn die gesamte Regierung und die gesamte Parteiführung ausgewechselt werden sollte, würde sich auf dem Markt nichts zum Besseren ändern, ja, es könnte lediglich schlimmer werden, wenn diese fehlende Warenmasse nicht produziert wird. Es gibt nur zwei Alternativen zur Verhinderung einer Preisbewegung: entweder muß die Warenmasse bis zur Kaufkraft der Bevölkerung vergrößert werden, oder man muß die Kaufkraft der Bevölkerung der Warenmasse angleichen.

In dieser Situation müssen wir der Arbeiterklasse die harte Wahrheit sagen: Wir sehen uns gegenwärtig außerstande, irgendwelche bedeutenderen Lohnerhöhungen vorzunehmen, weil der Bogen bereits so gespannt ist, daß er zu zerreißen droht. Jede weitere Lohnerhöhung ist untrennbar mit einer Steigerung der Produktion und mit einer Senkung ihrer Einheitspreise verbunden. Angenehm ist das nicht, weder für uns noch für die Arbeiterklasse. Wann es möglich sein wird, weitere Mittel zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse herauszuwirtschaften, dazu kann ich momentan noch nichts Konkretes sagen. Dies hängt jedoch vor allem von zwei Faktoren ab: erstens von der Verbesserung der Leitung der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft und zweitens von den Arbeitern selbst, das heißt von der Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Produktionskosten.

Das Problem der Aenderung des Leitungssystems der Industrie hat zutiefst strukturellen Charakter. Hier han-

delt es sich eben um die Verbesserung unseres Modells des Sozialismus. Das zur Zeit sowohl von den Arbeitern in den Betrieben als auch von den verschiedenen Partei- und Staatsorganen diskutierte Problem der Arbeiterselbstverwaltung reduziert sich in der Hauptsache auf das, was ich über die Produktion und über den Lebensstandard gesagt habe. Die ganze Wirtschaftsmechanik auf neue Bahnen umzustellen ohne genaue Kenntnis der Funktionsfähigkeit des neuen Mechanismus, den wir schaffen wollen, ist eine gefährliche Sache. Jeder neue Mechanismus muß erprobt werden, da ihm in der Regel verschiedene Unzulänglichkeiten und Mängel anhaften. Kein Betrieb kann eine neue Maschine auf den Markt bringen, ohne zuvor ein Muster dieser Maschine gebaut und erprobt zu haben. Mit großer Anerkennung ist die Initiative der Arbeiterklasse zu begrüßen, die auf eine Verbesserung des Leitungssystems der Volkswirtschaft, auf ihre Mitbeteiligung an der Leitung ihres Betriebes hinausläuft. Dies beweist den großen und zu recht vorhandenen Glauben der Arbeiterklasse an den Sozialismus. Die leitenden Wirtschafts-, Partei- und Staatsorgane müssen angestrengt arbeiten, um die Arbeiterinitiative zu unterstützen, um dort, wo das möglich ist, gewisse Verallgemeinerungen der vorgeschlagenen Formen einzuführen. Doch mit der Praxis in größerem Maßstab sollte man behutsam sein.

Für derartige Experimente eignen sich am besten die gesamte Rohstoffindustrie sowie jene Betriebe, die einen vollständigen Produktionszyklus beginnen und abschließen respektive auch jene Fabriken, die bei der Kooperation mit anderen Fabriken nicht auf Versorgungsschwierigkeiten stoßen. Den Beginn der Experimente in solchen Betrieben sollte man nicht hinauszögern.

Nach meiner Auffassung müßte allseitig untersucht und entschieden werden, ob beispielsweise im Kohlenbergbau größere materielle Anreize, die aufs engste mit der Steigerung der Kohlenförderung verknüpft sind, angewendet werden können. In großen Zügen könnte die Form dieser Interessiertheit etwa folgendermaßen aussehen:

Jedes Bergwerk hat seinen zeitlich begrenzten Kohlenförderplan, der unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen des gegebenen Bergwerkes ausgearbeitet ist und auf der augenblicklichen Arbeitsproduktivität fußt. Die Planziele der einzelnen Bergwerke dürften nicht niedriger sein, als die faktische Kohलगewinnung im letzten Jahr betrug, sofern nicht irgendwelche wesentlichen Aenderungen in den Arbeitsbedingungen eintreten. Einen solchen Plan müßten die Grubenleitungen unter Mitwirkung von Vertretern der Belegschaft aufstellen. Im Besitz einer solchen Ausgangsbasis, das heißt eines zeitlich befristeten Planes, etwa eines Jahresplanes, wären für die Arbeiter materielle Anreize zu schaffen, die sich aus der Planübererfüllung ergeben. Diese Anreize könnten darin bestehen, daß jede über den Plan hinaus geförderte Tonne Kohle entsprechend zwischen den Arbeitern des gegebenen Bergwerkes und dem Staat als dem Administrator des Bergwerkes aufgeteilt würde. Man könnte für die Belegschaft einen bestimmten Prozentsatz der gesamten überplanmäßig geförderten Kohlenmenge bestimmen und diesen Teil entsprechend auf die einzelnen Kategorien der Bergwerksarbeiter aufschlüsseln. Wie der den Bergleuten zufallende Teil aufgeteilt werden soll,

darüber können am besten die Arbeiter selbst entscheiden. Die zur Aufteilung unter die Grubenbelegschaft gelangende überplanmäßig geförderte Kohlenmenge würde jedem Arbeiter, der ein Recht auf dieses Deputat besitzt, gutgeschrieben, das heißt, über die Form des Verbrauchs dieses Deputats würde jeder Deputatsbesitzer selbst verfügen. Man könnte beispielsweise annehmen, daß ein bestimmter Teil der Arbeiter sein Deputat aus Ausland verkaufen und dafür entsprechende Waren erwerben möchte. In solchem Falle müßte diesen Arbeitern das rasch erledigt und das begehrte Warensortiment zu Einkaufspreisen, ohne Zollaufschlag, lediglich nach Anrechnung der unumgänglichen Kauf-, Transport- und Verteilungskosten der Waren, geliefert werden. Es könnte aber auch einige Arbeiter geben, die für dieses Deputat Baumaterialien zur Errichtung von Eigenheimen wünschen. Eine solche Initiative wäre nur zu begrüßen, und man müßte günstige Relationen für den Umtausch der Kohle gegen Baumaterialien festlegen. Die Art und Weise, wie jeder Besitzer eines Deputats dieses für sich verbraucht, wäre ganz allein von ihm abhängig. Damit dürfte es keine größeren Schwierigkeiten geben. Die Frage ist nur die, ob reale Möglichkeiten zur Schaffung solcher materiellen Anreize vorhanden sind. Man könnte den Bergleuten garantieren, daß dieses System bis Ende des Fünfjahrplanes gültig bleibt.

Würde man mit Hilfe eines solchen Systems die Arbeitsproduktivität auf den Stand von 1949 bringen, dann ergäbe das, wenn den Arbeitern als Deputat ein bestimmter Prozentsatz der überplanmäßig geförderten Kohlenmenge zugewiesen wird, der beispielsweise durchschnittlich 15 Tonnen Kohle jährlich pro Mitglied der Bergarbeiterbelegschaft ausmachen würde — die Kohle zum Exportpreis gerechnet —, etwa 300 Dollar, eine Summe also, die des Interesses jedes Arbeiters wert ist.

Ich denke, daß bei der Erwägung der verschiedenen Formen der materiellen Anreize, das heißt der Möglichkeiten zur Hebung des Lebensstandards, zur Steigerung der Produktion, diese in großen Zügen skizzierte Form wert ist, von den Bergarbeitern, von ihrer Gewerkschaft und von den Bergwerksleitungen eingehender geprüft zu werden. Auf jeden Fall wäre es lohnend, das Funktionieren eines solchen Systems in einigen Bergwerken eine gewisse Zeitlang auszuprobieren. Sollte es sich bewähren, dann müßte es im Bergbau weitgehend ausgedehnt werden.

Mit dem angeführten Beispiel, das sich am besten für den Bergbau eignet, wollte ich den Grundgedanken veranschaulichen, auf dem die Idee der Arbeiterselbstverwaltung und der Mitwirkung an der Leitung des Betriebes beruhen muß. Mehr, billiger und besser produzieren — das ist der Weg, der zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes führt. Auf diesem Fundament muß die Arbeiterselbstverwaltung basieren, darin liegt die Quelle aller Arten der materiellen Anreize, die in der augenblicklichen Wirtschaftssituation anwendbar sind.

Von den drei Elementen „mehr, billiger und besser“ kann unter den konkreten Bedingungen eines gegebenen Betriebes möglicherweise schon ein einziges ausreichen, um den Verdienst der Belegschaft zu erhöhen. Dieses eine Element ist universell, es muß überall obligatorisch sein. Es handelt sich um die Senkung der Produktionskosten,

das heißt um ein billigeres Produzieren. Wenn in irgendwelchen Betrieben keine Voraussetzungen vorhanden sind, mehr zu produzieren, bzw. wenn die Qualität der Produktion gut ist, so ist es wohl überall möglich, billiger zu produzieren. Eine Kostensenkung kann durch Einsparungen und durch restlose Ausnutzung der Rohstoffe und Materialien, durch technische Verbesserungen, durch eine gute Arbeitsorganisation, durch Beseitigung der personellen Auswüchse, durch volle Auslastung der Arbeitskraft usw. usf. erzielt werden.

Die Arbeiterselbstverwaltung darf sich in ihrem Bestreben, die Produktionskosten zu senken, allen Arten der personellen Auswüchse gegenüber nicht gleichgültig verhalten. Wenn eine Arbeit von einer Person geleistet werden kann, aber zwei Personen mit ihr beschäftigt werden, dann kann das im gewissen Sinne damit verglichen werden, daß zwei Personen an ein Mittagessen gesetzt werden, von dem nur eine satt werden kann. Es ist Pflicht der Betriebsverwaltung und der obersten Leitung der Industrie, der Belegschaft eine volle Materialversorgung sicherzustellen, die für einen normalen Produktionsablauf unerlässlich ist, das heißt eine volle Auslastung der Arbeitskraft jedes einzelnen Beschäftigten im Rahmen der in Gang gesetzten bzw. vorhandenen Verarbeitungskapazität des Produktionsbetriebes. Das muß die Hauptrichtung, die prinzipielle Richtung sein. Wenn sich dabei jedoch irgendwo nicht zu überwindende Schwierigkeiten hemmend in den Weg stellen und wenn ein solcher Zustand monatelang, ja sogar jahrelang andauert, dann muß ermittelt werden, welchen Ueberschuß an Arbeitskräften der gegebene Produktionsbetrieb hat, damit die in diesem Betrieb entbehrlichen Personen ihrer Qualifikation entsprechend eventuell in einem anderen Produktionsbetrieb eingesetzt werden. Man kann aber auch die im Hauptprozeß der Produktion entbehrlichen Arbeitskräfte mit einer zusätzlichen Nebenproduktion betrauen, die bei günstigen Bedingungen zu organisieren ist.

Ein gesondertes und noch schärfer stehendes Problem ist die Liquidierung der sogenannten Verwaltungsauswüchse. Seit Jahren wird darüber geredet und geschrieben, und doch kommt die Sache nicht vom Fleck. Ich bezweifle sogar, ob uns überhaupt bekannt ist, wie groß diese Auswüchse im derzeitigen Verwaltungssystem der Industrie und des gesamten Wirtschaftslebens sowie im administrativen System des Staatsapparates sind.

Der Lösung des Problems der Beseitigung der administrativen Auswüchse kann man in keiner Weise entfliehen. Je länger wir das hinauszögern, desto eher kann uns die wirtschaftliche Situation an den Kragen gehen und zu Sofortmaßnahmen zwingen, die sonst zeitlich verteilt werden könnten. Dann wird es schwierig sein, die Menschen zur Arbeit in neuen Berufen vorzubereiten.

Das Bestreben, unser Wirtschaftsleben auf bessere Fundamente als bisher zu stellen, das Bestreben, mehr, billiger und besser zu produzieren, kann man nicht auf das Problem der Arbeiterselbstverwaltung beschränken. Dies ist lediglich ein gewisses Fragment der Umgestaltung, ein organisatorisches und politisches Fragment.

Sowohl die Arbeiterselbstverwaltungen wie auch die Betriebsleitungen müssen, wenn sie an das Problem der Senkung der Produktionskosten herangehen, vor allem wissen, wie hoch ihre tatsächlichen Produktionskosten sind.

Diese Frage ist von kapitaler Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben. Die Schwierigkeiten bei der Ermittlung und demzufolge auch in gewissem Sinne bei der Senkung der Produktionskosten liegen in den Preisen, die der Staat für die in den ihm unterstehenden Betrieben erzeugten Produkte und Waren festsetzt.

Diese Frage ist recht kompliziert. Sie ist ein Thema für sich. Ihr Wesen beruht auf der fehlerhaften Ansicht, daß unter den Bedingungen der sozialistischen Produktion das Wertgesetz angeblich nicht wirksam sei. Darum werden auch bei den Warenumsätzen im Rahmen der staatlichen Betriebe die Preise für diese Waren willkürlich festgesetzt, sogar unter den Gestehungskosten.

Eine solche Wirtschaftspolitik ist falsch. Jedes Produkt oder jede Ware stellen eine durch sich selbst bestimmte Menge der gesellschaftlichen Arbeit dar, die zu deren Herstellung aufgewendet wurde. Je mehr dieser Arbeit in einer Ware steckt, desto teurer ist sie. Um zu wissen, wieviel im Produktionsprozeß tatsächlich verausgabt bzw. eingespart wurde, muß man wissen, wieviel jedes einzelne Element der Produktion faktisch kostet, zum Beispiel der Rohstoff, die Maschine, die Elektroenergie, die Arbeitskraft und ähnliche Bestandteile der Produktion. Bei einer willkürlichen Preisfestsetzung kann man das nicht genau wissen. Sparen sollte man vor allem an dem, was am teuersten ist, da heißt wofür die meiste gesellschaftliche Arbeitskraft aufgewendet wurde. Einsparungen an Dingen, die billiger sind, obwohl immer angebracht, können nicht groß sein.

Kurz gesagt, das bis dahin in der staatlichen Wirtschaft geltende Preissystem muß geändert, und die Preise müssen dem Wert angeglichen werden. Diese Aenderung wird viele Anomalien in unserem Wirtschaftsleben beseitigen. Was jedoch das wichtigste ist, sie wird jeden Produktionsbetrieb in die Lage versetzen, die tatsächlichen Kosten seiner Produktion zu ermitteln. In unserem sozialistischen Wirtschaftssystem muß sich jeder Produktionsbetrieb auf eine faktische und nicht wie bisher auf eine in hohem Maße fiktive wirtschaftliche Rechnungsführung stützen. Unsere vergesellschaftete Wirtschaft muß bei Wahrung der Erfordernisse einer zentralen Planung die Notwendigkeit einer Selbständigkeit der sozialistischen Betriebe in Betracht ziehen. Es darf nicht so sein, daß alle Produktionsbetriebe quasi ein einziges Unternehmen im Lande darstellen, an dessen Spitze der Staat steht und das er auf beliebige Weise verwaltet.

Die Aenderung der Preise im Warenverkehr zwischen den sozialistischen Unternehmen, das heißt die Herbeiführung eines Zustandes, der es erlaubt, in jedem Unternehmen die faktischen Kosten seiner Produktion zu ermitteln, wird unser bisheriges Modell des Sozialismus verbessern. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist kompliziert in Anbetracht der Preise für Konsumwaren. Hier dürfen keine Störungen zugelassen werden, die den Index des realen Lohnwertes ändern würden.

Der sich in scharfer Form offenbarende Mangel an Baustoffen kann zum Teil auf dem Wege der Privatproduktion oder der Gemeinschaftsproduktion in Form von Bauernvereinigungen bzw. der individuellen Produktion behoben werden. Die Hauptschwierigkeit bei der Entfaltung der privaten Initiative auf dem Gebiet der Baustoffproduktion ist die Belieferung mit Kohle und mit Zement. Doch das ist nicht die einzige Schwierig-

keit. Wir wissen, daß es auch Schwierigkeiten administrativer Natur gibt. Die Beseitigung der letzteren, die Schaffung günstigster Bedingungen für jeden, der gewillt und in der Lage ist, die Produktion von Baumaterialien zu entwickeln, vor allem solcher wie Ziegel, Dachziegel und Kalk, müßte in der Politik der Partei und Regierung zum Ausdruck kommen.

Die vom VII. Plenum ausgearbeitete Entwicklungslinie des Handwerks muß in der Praxis ihre Deckung finden. Und auch hier ist die schwierigste Frage für den Staat die Materialversorgung. Es gibt aber auch andere Ursachen, die die Entwicklung des Handwerks behindern. Zu ihnen gehört in erster Linie die Steuerpolitik, das heißt die sogenannten Sonderaufschläge. Ich bin der Meinung, daß wir bei einer Beibehaltung des Systems der Sonderaufschläge nie Voraussetzungen für eine Entwicklung des Handwerks schaffen werden. Mit dem Sonderaufschlag kann man immer jede Werkstatt ruinieren. Es muß eine vernünftige Besteuerung festgelegt werden, die es dem Handwerker erlaubt, ohne Furcht arbeiten zu können, das heißt, daß das System der Sonderaufschläge als schädlich zu liquidieren ist.

Schwierig zu lösen ist die Frage der Räumlichkeiten für Handwerksbetriebe, aber nicht überall. In den westlichen und nördlichen Gegenden Polens kann man teilzerstörte Räume ausfindig machen, die nach Ausbesserung zur Einrichtung einer Werkstatt geeignet sein können. Die vom Handwerker für die Reparatur eines solchen Objekts verauslagten Kosten müßten in voller Höhe auf die Steuer angerechnet werden, das bedeutet, daß eine solche Werkstatt für eine gewisse Zeit von der Steuer befreit wird. Die diesbezüglichen Entscheidungen sind in die Hände der Volksräte zu legen. Ueberhaupt ist in diesen Gebieten eine Politik der weitgehenden Bevorzugung der privaten Produktionsinitiative in Stadt und Land zu verfolgen.

Die Landwirtschaftspolitik bedarf gleichfalls einer gewissen Korrektur. Was die Produktionsgenossenschaften betrifft, so muß den gesunden Genossenschaften grundsätzlich geholfen werden in Form von rückzahlbaren Investitionskrediten, wogegen jegliche Formen der staatlichen Zuwendungen abzuschaffen sind. Genossenschaften, die keine Entwicklung verheißen und nur wirtschaftliche Verluste einbringen, sind keine Kredite zu gewähren. Den Mitgliedern solcher Genossenschaften sollte lieber anheimgestellt werden zu entscheiden, ob sie die Genossenschaft nicht auflösen. In solchem Falle entsteht das Problem der Rückzahlung der staatlichen Kredite, die der Genossenschaft, also den Mitgliedern, in der Vergangenheit gewährt wurden. Ich bin der Auffassung, so wie man nicht leichtfertig Kredite gewähren darf, sollte man auch nicht staatliche Gelder verschenken, die in Form von Krediten genommen wurden.

Für die Produktionsgenossenschaften auf dem Lande sehe ich eine Entwicklungsperspektive nur unter folgenden Bedingungen:

1. Der Eintritt in eine Produktionsgenossenschaft ist freiwillig. Das bedeutet, daß nicht nur die Drohung oder der psychische Zwang auszuschließen sind, sondern auch der Zwang in ökonomischer Form. Die Festsetzung der Steuern und der Pflichtablieferungen kann gleichfalls ein Werkzeug des Zwanges sein.

2. Die Mitglieder der Genossenschaften verwalten sich selbst. Eine Genossenschaft ist nichts anderes als ein sich selbst verwaltendes landwirtschaftliches Produktionsunternehmen. Der Vorstand wird gemäß dem durch nichts behinderten Willen der Mitglieder gewählt. Mit ihren Ressourcen muß die Genossenschaft gleichfalls nach dem Ermessen der Mitglieder wirtschaften.
3. Die Genossenschaften haben das Recht, für Eigenmittel oder unter bestimmten Bedingungen für Staatskredite alle Maschinen zu erwerben, die sie für die landwirtschaftliche Produktion bzw. für die in den Genossenschaften existierenden Hilfsbetriebe benötigen. Die MTS sind auf das Prinzip der völligen Rentabilität zu stellen als Reparaturbetriebe. Sie können eine bestimmte Anzahl großer Landmaschinen besitzen, die zur Hilfeleistung für die Genossenschaften und für die Einzelwirtschaften reserviert sind.
4. Der Staat gewährt den Genossenschaften die unentbehrliche Kredithilfe für Investitionszwecke, er räumt ihnen Vorrang beim Abschluß von Verträgen über die Lieferung der geldintensivsten landwirtschaftlichen Rohstoffe ein, er gewährleistet ihnen eine vorrangige Versorgung mit Kunstdüngemitteln und wendet andere, ähnliche Formen der Hilfe an.

Wenn durch Abschaffung der verschiedenen Formen der Zuwendungen in der Entwicklung der Produktionsgenossenschaften möglicherweise eine Hemmung eintritt, so werden wir dabei nichts verlieren, weder wirtschaftlich noch politisch. Wir können nur gewinnen, jetzt und in der Perspektive. Durch die Abschaffung der Zuwendungen wird das ungesunde, unwirtschaftliche, nicht dauerhafte und ständig vom Zusammenbruch bedrohte Fundament beseitigt, auf das die Produktionsgenossenschaften gestellt wurden. Statt die Kräfte und Mittel auf die Gründung neuer Genossenschaften zu zersplittern, die ihre Lebensfähigkeit auf staatlichen Zuwendungen aufbauen, sind sie darauf zu konzentrieren und zu verwenden, die bereits organisierten Genossenschaften auf ein höheres wirtschaftliches Niveau zu heben. Die zahlenmäßige Entwicklung des Genossenschaftswesens sollte in der Hauptsache durch Ausbau der Genossenschaften in jenen Dörfern erfolgen, in denen sie bereits gegründet sind.

Wenn die bisherigen Ergebnisse der Genossenschaftsbewegung auf dem Lande so sind, wie sie sich offenbaren, dann sind die Ursachen dafür nicht in der Idee der Genossenschaftsbewegung als solcher zu suchen, die gut, richtig und gerecht ist und die durch eine falsche Politik, durch falsche Methoden und durch Menschen, denen es an gesunder wirtschaftlicher Ueberlegung mangelt, entsteht wurde. Das Genossenschaftswesen auf dem Lande wird dann gut sein, wenn unter den Bauern das zutiefst menschliche Gefühl der Gemeinsamkeit aller Schaffenden umfassend geweckt wird. Der allumfassendste Ausdruck dieser Gemeinsamkeit, die man als Solidarität bezeichnen könnte, ist die gemeinschaftliche Arbeit am gemeinsamen Arbeitsplatz, der der Boden für die Bauern ist. Die gemeinschaftliche Arbeit erfüllt den Menschen am besten mit gesellschaftlichem Gedankengut, weckt in ihm das Gefühl des Bewußtseins, daß der Mensch nicht nur für sich selbst, sondern auch für die anderen Menschen lebt. Das moralische Gebot, daß

ein Mensch dem andern nicht feind sein darf, wird am besten ausgebildet, nimmt die schönsten Lebensfarben an allein inmitten von Menschen, die an einem gemeinsamen Arbeitsplatz freiwillig zusammengeschlossen sind.

Wenn wir die Arbeiterklasse als den führenden, als den fortschrittlichsten Teil des Volkes bezeichnen, dann nicht etwa deshalb, weil sich diese Formulierung jemand ausgeklügelt hat, weil das ein Propagandaslogan ist, der engen politischen Parteizielen dient. Die führende Position der Arbeiterklasse bedingt u. a. ihre Produktionsgemeinschaft, die den Arbeiter als das am meisten vergesellschaftete und somit als das fortschrittlichste Individuum gestaltet hat und weiterhin gestaltet.

Wenn wir der Meinung sind, daß das Produktionsgenossenschaftswesen auf dem Lande notwendig ist, weil es eine höhere sozialistische Form der Produktion darstellt, dann nicht deshalb, weil sich jemand solche doktrinären, vom Leben losgelösten Grundsätze ausgedacht haben konnte, sondern deshalb, weil wir unter den werktätigen Bauern das Gefühl einer tiefen gesellschaftlichen Produktionsgemeinschaft wecken wollen, weil wir wollen, daß jedwede Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft werden, daß die Maschine ihnen ihre schwere und mühevollen Arbeit nach Möglichkeit erleichtert, daß mit möglichst geringem Arbeitsaufwand des in der bäuerlichen Produktionsgemeinschaft zusammengeschlossenen Individuums ein größtmögliches Bruttoproduct erzeugt wird, daß die Ernte und die Erträge von jedem Hektar Boden auf den höchstmöglichen Stand gesteigert werden. Dann werden die Bauern, die Arbeiter und das ganze Volk besser leben. Die gesellschaftliche Rolle der Bauernklasse wird dann eine Veränderung erfahren. Die zu verschiedenen Formen der Produktionsgemeinschaft zusammengeschlossenen werktätigen Bauern werden dann genau so Verfechter des gesellschaftlichen Fortschritts werden, wie es die in Betrieben gemeinsam tätigen Arbeiter sind.

Diese große gesellschaftliche Idee der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande bedarf zu ihrer Realisierung nicht nur der staatlichen Unterstützung. Sie bedarf auch einer großen Arbeit zur Erklärung und Erläuterung der Bedeutung des Produktionsgenossenschaftswesens. Zum Aufbau der Produktionsgenossenschaften ist eine schöpferische, fortschrittliche Idee notwendig, auf die keine Partei und kein Mensch ein Monopol besitzen kann. Die Hebung der Produktionsgenossenschaften auf ein höheres Niveau, das Suchen und Anwenden der besten Formen des Genossenschaftswesens bietet ein weites Feld, auf dem unsere Partei und die Volkspartei sowie alle, die auf dem Boden der Festigung der sozialistischen Ordnung, der Ordnung der sozialen Gerechtigkeit stehen, rivalisieren können. Warum sollte beispielsweise nicht die fortschrittliche katholische Bewegung mit uns wetteifern, sowohl bei der Suche nach neuen Formen als auch bei ihrer Einführung auf dem Gebiet des Produktionsgenossenschaftswesens? Arm ist der Gedanke, daß der Sozialismus allein von Kommunisten aufgebaut werden kann, nur von Menschen mit materialistischen gesellschaftlichen Anschauungen.

Der Weg bis zur breiten Einführung des Genossenschaftswesens im polnischen Dorf wird lang sein. Eine quantitative Entwicklungsplanung des Produktionsgenossenschaftswesens kann nicht von oben festgelegt werden,

weil das bei Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit des Eintritts in eine Genossenschaft etwa dem gleichkommen würde, daß man die Hebung des Bewußtseins eines Menschen planen wollte. Und dies läßt sich nicht planen. Das Bewußtsein der breiten Massen wird durch ihre Lebenserfahrungen, durch Tatsachen geformt. In unserem heutigen Genossenschaftswesen gibt es nicht wenig Fakten, die die Bauernmassen von der Genossenschaftsbewegung abstoßen. Diese Fakten müssen beseitigt werden.

Die Praxis der vergangenen Jahre bestand darin, daß gedankenlos jegliche Formen der Gemeinschaftsarbeit zerstört wurden, die die Bauern seit langem anwandten, wobei man ihnen die Maschinen wegnahm, die ihr kollektives Eigentum waren. Diese Praxis ging davon aus, daß der Sozialismus auf dem Lande nur auf der Basis der Armut und des Verfalls der Bauernwirtschaften aufgebaut werden könne. Die dogmatischen Geister waren außerstande zu begreifen, daß unter den gesellschaftlichen Bedingungen der Volksdemokratie alle Genossenschaftsformen zum Sozialismus auf dem Lande führen, daß durch diese Formen das Gefühl der Produktionsgemeinschaft wächst, daß durch sie sowohl die Produktion als auch der Lebensstandard der Menschen erhöht wird, daß sich der Sozialismus auf dem Lande gerade auf der Basis des Wohlstandes der werktätigen Bauernschaft am üppigsten entfalten kann. Es gibt nichts Richtigeres als die Entwicklung solcher Formen der freiwilligen Zusammenschlüsse von Bauern. Die Entstehung solcher Gemeinschaften muß gefördert werden, u. a. dadurch, daß die Gemeindemaschinenstationen aufgelöst und die sich in ihnen befindlichen Maschinen den Bauerngemeinschaften auf der Basis einer vollen, doch für sie bequemen Bezahlung übergeben werden.

Die mannigfachen Formen der Produktionsgemeinschaft, das ist unser polnischer Weg zum Sozialismus auf dem Lande. Diese Formen werden unser Modell des Sozialismus gestalten. Seine bisherigen Konstruktionsmerkmale ändern wir schon jetzt ab, indem wir uns entschlossen haben, die Aufgabenstellung der staatlichen Maschinen-Traktoren-Stationen zu ändern, und die Genossenschaften darauf hingewiesen haben, daß sie alle zu ihrer Produktion erforderlichen Maschinen als Eigentum erwerben können. Dies wird um so schneller geschehen, je mehr Anträge von Genossenschaften es geben wird, daß sie solche Maschinen zu erwerben wünschen. Dasselbe betrifft die Gemeindemaschinenstationen. Sie werden dann aufgelöst, wenn die Bauern Gemeinschaften gebildet haben werden und den Wunsch äußern, Maschinen der Gemeindemaschinenstationen zu erwerben.

Ein gesondertes Kapitel des Mißerfolgs der gedankenlosen Landwirtschaftspolitik in der verflossenen Periode ist der wirtschaftliche Ruin einer großen Zahl von Bauernwirtschaften, die zur Kategorie der Großbauernwirtschaften gezählt wurden. Mit gleicher Gedankenlosigkeit wird auch heute noch davon gesprochen, daß ein positives Ergebnis der in der Vergangenheit betriebenen Landwirtschaftspolitik die Kapitulation des ruinierten Großbauern vor der Volksmacht sei. Eine solche Kapitulation konnte man doch zu jeder beliebigen Zeit erreichen. Dazu brauchte man nicht viele Jahre der sogenannten Politik der Einschränkung des Großbauern, die in Wirklichkeit nicht eine Politik der Einschränkung der Aus-

beutung war, sondern eine Politik der Zerstörung seiner Wirtschaft. Auch heute könnte man doch auf einen Schlag alle noch verbliebenen, nicht ruinierten reichen Bauernwirtschaften zu einer solchen Kapitulation zwingen. Es gibt nichts Leichteres als die Erreichung einer solchen Kapitulation, eines so billigen, besser gesagt kostspieligen Sieges, wenn wir uns klar werden, was uns der Getreideimport kostet.

Die korrigierte, richtigere Landwirtschaftspolitik beginnt ihre ersten Ergebnisse zu zeitigen. Diese verspürt vor allem das Dorf, dessen Einkünfte in diesem Jahr um einige Milliarden Złoty gewachsen sind. In der Perspektive ist eine weitere, noch wesentlichere Aenderung der Landwirtschaftspolitik zu sehen. Der Zeitpunkt dieser Aenderung wird von der wirtschaftlichen Situation abhängen. Ich habe dabei die Abschaffung der Pflichtablieferungen im Auge, die nicht ein System, eine wirtschaftliche Eigenheit unserer Gesellschaftsordnung sein können. Pflichtablieferungen sind eher eine Erscheinung, die nur Kriegszeiten eigen ist. Man darf nicht glauben, daß diese Form der Leistungen des Dorfes zugunsten des Staates irgendein unabänderliches Merkmal des Aufbaus des Sozialismus ist.

Die Perspektive der Abschaffung der Pflichtablieferungen kann niemand von seinen augenblicklichen Verpflichtungen gegenüber dem Staate befreien. Die Pflichtablieferungen sind eine Art der Steuer, die in natura geleistet wird, und Steuern müssen überall in der Welt gezahlt werden, nicht nur in unserem Lande. Bevor eine völlig zutreffende Skala dieser Steuern festgelegt wird, vor allem durch eine richtige Bodenklassifikation in jeder Bauernwirtschaft — was schon geschieht, wenn auch allzu langsam —, muß diese Steuer in Form von Pflichtablieferungen nach den vorherigen Normen, in einigen Ortschaften zum Vorteil der Bauern etwas korrigiert, gezahlt werden. Diese Frage wurde in letzter Zeit in gewissem Maße vernachlässigt, von den Bauern wie auch von den Volksräten.

Die Regierung muß und wird jeden Machtmißbrauch, jede Gesetzesverletzung bekämpfen, sie muß und wird dafür Sorge tragen, daß keinem Bürger, keinem Bauern von den Machtoorganen Unrecht geschieht, sie muß aber ebenso von den Bürgern verlangen, daß sie ihre Pflichten gegenüber dem Staate vollauf erfüllen. Die Pflichtablieferungen sind heute noch eine Form der staatlichen Steuern, und diese Steuer muß restlos beglichen werden. Das müssen wir uns selbst, den Bauern und den Volksräten klar und deutlich sagen.

Ich bin der Meinung, daß die Bedingungen zur Uebergabe von Brachland an die Bauern zur Bewirtschaftung, namentlich in den Westgebieten und in den nördlichen Gebieten, nochmals zugunsten der Bauern überprüft werden sollten. In diesen Gebieten ist eine längere Frist der Steuerbefreiung für zur Bewirtschaftung übernommenes Brachland anzuwenden und eine langfristige Nutzung dieses Bodens in Form einer unentgeltlichen Pacht festzulegen. Es handelt sich darum, daß jeder Nutznießer an einer bestmöglichen Bodenbearbeitung interessiert wird und nicht an einer kurzfristigen Ausnutzung.

Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Staatsgüter sehe ich vor allem die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung ihrer organisatorischen Struktur und einer

gründlichen Aenderung des Entlohnungssystems der in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter und Angestellten. Die Verwaltung der landwirtschaftlichen Staatsgüter muß weitestgehend vereinfacht werden, alle Aufmerksamkeit und alle Fachkräfte sind dort zu konzentrieren, wo das am wichtigsten ist, das heißt in der Wirtschaft; die Arbeitsehtlohnung ist vom Wert der Bruttoproduktion jedes Gutes abhängig zu machen, nach Ermittlung eines bestimmten Ausgangspunktes des Produktionswertes.

In den landwirtschaftlichen Staatsgütern sollte die Idee der Arbeiterselbstverwaltung volle Anwendung finden. Vielleicht mehr als woanders macht sich hier die Notwendigkeit einer hochqualifizierten Leitung bemerkbar, die an der Spitze jedes Gutes stehen würde.

Die Möglichkeiten zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch alle drei Landwirtschaftstypen sind bei uns recht beträchtlich. Bedingt werden sie erstens durch eine richtige und weitsichtige Landwirtschaftspolitik, zweitens durch Belieferung der Landwirtschaft mit jedem Wirtschaftstyp entsprechenden Landmaschinen und vor allem mit Kunstdüngemitteln seitens der Industrie und drittens durch Hebung der fachlichen Qualifikationen eines jeden Bauern. Darauf sollten wir unser Hauptaugenmerk lenken, wenn wir solche Länder wie die Tschechoslowakei und besonders Deutschland auf einem so wichtigen Gebiet der gesamten Volkswirtschaft, wie es die Landwirtschaft ist, einholen wollen.

Ich gehe nunmehr zu einer anderen Gruppe von Problemen über, die in nicht geringerem Maße als die Wirtschaftsfragen unsere ganze Partei und die gesamte Bevölkerung aufs lebhafteste beschäftigen. Ich denke dabei vor allem an solche Fragen wie die Demokratisierung unseres Lebens und die Entwicklung der zwischenparteilichen und zwischenstaatlichen Beziehungen mit unserem großen brüderlichen Nachbarn: mit der KPdSU und mit der Sowjetunion.

Wie konnte es geschehen, daß unsere Partei, die an die Spitze ihrer Bestrebungen — und das ehrlich — die Losung der Volksherrschaft gestellt hat, deren Ziel es ist, die humanste Idee, die Idee des Sozialismus, in die Tat umzusetzen, daß diese unsere Partei, an der Spitze der Volksmacht in Polen stehend, so viele Entstellungen zugelassen hat, die in nicht ferner Vergangenheit vorgekommen sind? Eine allseits befriedigende Antwort darauf werden wir noch lange suchen. Sie ist enthalten in dem Problem der Wege, die zum Aufbau des Sozialismus wie auch zur Herausbildung des Modells des Sozialismus führen.

Die vollständigste Kennzeichnung des sozialen Inhalts, der im Begriff Sozialismus steckt, enthält die Formulierung, daß Sozialismus eine solche Gesellschaftsordnung sei, die die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen abschafft. Dies bedeutet jedoch nicht mehr als die Behauptung, daß zum Beispiel ein Flugzeug eine Maschine sei, die sich in die Lüfte erhebt und fliegt. Ähnlich wie dem Bau eines Flugzeuges die Entwicklung seiner Konstruktion vorausging, die sich auf bestimmte Voraussetzungen stützte, welche die Möglichkeit bedingen, daß sich die Maschine von der Erde abhebt, mußte auch dem Aufbau des Sozialismus eine wissenschaftliche Theorie des Sozialismus vorausgehen. Ihre Schöpfer waren die ersten Klassiker des Marxismus.

Sie haben ihre Theorie nie als etwas Abgeschlossenes betrachtet. Ganz im Gegenteil, sie haben stets behauptet, daß die Theorie stets lebendig sein muß, daß sie sich in Anlehnung an die Lebenserfahrung entwickeln muß, daß sie ständig bereichert werden muß. Selbst unter gegebenen Bedingungen und in einer bestimmten Zeit am vollkommensten ausgearbeitet, kann die Theorie des Sozialismus nicht alle Details des im Vergleich mit ihr reicheren Lebens umfassen.

Das, was im Sozialismus unveränderlich ist, reduziert sich auf die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Wege zur Erreichung dieses Zieles können verschieden sein und sind es. Bedingt werden sie von den mannigfaltigen Umständen der Zeit und des Ortes. Verschieden kann auch das Modell des Sozialismus sein. Es kann ein solches sein, wie es in der Sowjetunion geschaffen wurde, man kann es so formen, wie wir das in Jugoslawien sehen, es kann aber auch noch anders sein. Nur auf dem Wege der Erfahrungen und der Erfolge der verschiedenen den Sozialismus aufbauenden Länder kann das unter den gegebenen Bedingungen beste Modell des Sozialismus entstehen.

Die Sowjetunion war das erste Land der Welt, in dem die sozialistische Revolution stattfand. Lenin und die Bolschewistische Partei haben als erste in der Geschichte die gigantische Aufgabe in Angriff genommen, die sozialistische Theorie in materielle und gesellschaftliche Wirklichkeit umzusetzen. Angesichts der enormen Schwierigkeiten, die mit der Umgestaltung der in jeder Beziehung rückständigen Ordnung des zaristischen Rußland zu einer sozialistischen Ordnung einhergingen, wurde in der Zeit, als die Partei von Stalin geführt wurde, damit begonnen, den normalen und zu Lebzeiten Lenins im Rahmen der Partei üblichen Meinungsstreit über vom Leben aufgeworfene Fragen auf immer rücksichtslosere Weise zu liquidieren. Den Platz, den die innerparteiliche Diskussion in der Partei einnahm, begann mit ihrer Verdrängung der Personenkult einzunehmen. Das Abstecken des russischen Weges zum Sozialismus ging allmählich aus den Händen des Zentralkomitees in die Hände einer immer kleineren Gruppe von Menschen über, bis es schließlich ein Monopol Stalins wurde. Dieses Monopol griff auch auf das Gebiet der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus über.

Der Personenkult ist ein bestimmtes System der Machtausübung, ein bestimmter Weg des Strebens zum Sozialismus bei Anwendung von Methoden, die dem sozialistischen Humanismus, dem sozialistischen Freiheitsempfinden des Menschen, dem sozialistischen Rechtstaatlichkeitsempfinden widersprechen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hörte die Sowjetunion auf, das einzige den Sozialismus aufbauende Land zu sein. In die Weltarena waren Volkschina und eine Reihe von Staaten der Volksdemokratie getreten, darunter auch Polen, die den Weg des Aufbaus des Sozialismus beschritten haben. Die Arbeiterparteien dieser Länder, also auch unsere Partei, sahen sich nunmehr Problemen gegenübergestellt, die zuvor in praktischer Form nicht existiert hatten. Zu ihnen gehören solche Probleme wie der Weg zum Sozialismus unter den für jedes Land eigentümlichen Bedingungen, was in gewissem Maße auf die Formung des Modells des Sozialismus Einfluß hat, sowie die Frage der gegenseitigen parteilichen und staatlichen

Beziehungen zwischen den Parteien und Regierungen der Länder des sozialistischen Lagers.

Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Parteien und Staaten des sozialistischen Lagers haben keine und dürfen auch keinerlei Ursachen zu irgendwelchen Komplikationen haben. Darin besteht eines der Hauptmerkmale des Sozialismus. Diese Beziehungen sollten sich nach den Grundsätzen der internationalen Arbeitersolidarität entwickeln, sie sollten sich auf gegenseitiges Vertrauen und auf Gleichheit der Rechte, auf gegenseitige Unterstützung, auf gegenseitige freundschaftliche Kritik, wenn sich eine solche als notwendig erweist, auf eine vernünftige und dem Geist der Freundschaft und des Sozialismus entspringende Lösung aller strittigen Angelegenheiten stützen. Im Rahmen solcher Beziehungen sollte jedes Land völlige Unabhängigkeit und Selbständigkeit haben, und das Recht jedes Volkes auf ein souveränes Selbstregieren in einem unabhängigen Staat müßte voll und gegenseitig respektiert werden. So sollte es sein, und ich kann wohl sagen, so beginnt es zu sein. In der Vergangenheit war es leider nicht immer so in den Beziehungen zwischen uns und unserem großen und freundschaftlichen Nachbarn, der Sowjetunion.

Stalin als der Führer der Partei und der Sowjetunion hat formal alle obengenannten Prinzipien, die die Beziehungen zwischen den Ländern des sozialistischen Lagers auszeichnen sollten, anerkannt. Er hat sie nicht nur anerkannt, er hat sie sogar selbst verkündet. Faktisch aber konnten diese Prinzipien im Rahmen dessen, was zum Personenkult gehört, keinen Platz finden.

Den Personenkult kann man nicht nur auf die Person Stalins beschränken. Der Personenkult, das ist ein bestimmtes System, das in der Sowjetunion herrschte und das in nahezu alle kommunistischen Parteien wie auch in eine Reihe von Ländern des sozialistischen Lagers, darunter auch Polen, verpflanzt wurde. Das Wesen dieses Systems bestand darin, daß eine aus Einzelpersonen bestehende, hierarchische Stufenleiter der Kulte geschaffen wurde. Jeder dieser Kulte erstreckte sich auf ein bestimmtes Gebiet, in dem er funktionierte. Im Block der sozialistischen Staaten stand auf der Spitze dieser hierarchischen Stufenleiter der Kulte Stalin. Vor ihm neigten ihr Haupt alle, die die unteren Sprossen dieser Stufenleiter einnahmen. Ihr Haupt neigten nicht nur die Führer der KPdSU und die Leiter der Sowjetunion, sondern ebenso auch die Führer der kommunistischen und Arbeiterparteien in den Ländern des sozialistischen Lagers. Die letzteren, das heißt die Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der Parteien der einzelnen Länder, saßen auf der zweiten Sprosse der Stufenleiter des Personenkults und hüllten sich wiederum in die Herrschaftsgewänder der Unfehlbarkeit und Weisheit. Ihr Kult strahlte jedoch nur im Bereich ihrer Länder, wo sie auf der obersten Sprosse der Kulte ihres Landes standen. Diesen Kult könnte man nur als Widerschein, als ausgeliehenes Licht bezeichnen. Er leuchtete ähnlich wie der Mond. Dessenungeachtet war er in seinem Wirkungsbereich allmächtig. Und so setzte sich in jedem Lande die Stufenleiter der Kulte von oben bis unten fort. Der Träger des Personenkults wußte über alles Bescheid, konnte alles, entschied alles, leitete alles und bestimmte alles in seinem Wirkungsbereich. Er war der klügste Mann, unabhängig da-

von, welche Bildung, welche Fähigkeiten und welche persönlichen Vorzüge er hatte.

Halb so schlimm, wenn in das Gewand des Kultes ein vernünftiger und bescheidener Mensch gehüllt wurde. Ein solcher Mensch fühlte sich meist unbehaglich darin. Man kann sagen, daß er sich dieses Gewandes schämte und es nicht tragen wollte, obwohl er es nicht völlig abstreifen konnte. Kein Führer einer Parteiorganisation konnte nämlich normal arbeiten, auch dann nicht, wenn er kollektiv mit der gesamten leitenden Instanz zusammenarbeitete, weil bei einem solchen System, das heißt im politischen System des Personenkults, keine Bedingungen für eine solche Arbeit vorhanden waren.

Schlimmer, ja sogar ganz schlimm lagen die Dinge, wenn die Ehre der Machtausübung, also das Recht auf Kult, ein beschränkter Mensch, ein sturer Vollstrecker oder ein verkommener Karrierist an sich gerissen hat. Solche gruben dem Sozialismus ein Grab, gedankenlos und zugleich präzise.

Beim System des Personenkults konnte die Partei als ganzes selbständig nur im Rahmen der Unterordnung unter den obersten Kult handeln. Wenn jemand versuchte, diesen Rahmen zu sprengen, drohte ihm die Verdammung durch seine Mitgenossen. Betraf die Sache eine ganze Partei, dann wurde sie von den übrigen kommunistischen Parteien verdammt.

Konnten sich unter diesen Umständen die gegenseitigen parteiischen und staatlichen Beziehungen der Parteien und der Länder der Volksdemokratie einerseits und der KPdSU und der Sowjetunion andererseits nach den Prinzipien der Gleichheit entwickeln? Es ist klar, daß das nicht ging. Dem stand das System des Personenkults im Wege, ein präzise organisiertes und jeden selbständigen sozialistischen Gedanken abwürgendes System.

Das System des Personenkults formte die Hirne der Menschen, formte die Denkweise der Parteifunktionäre und Parteimitglieder. Die einen glaubten und waren überzeugt, daß der alleinige unfehlbare Interpretator der marxistischen Wissenschaft und der einzige Mensch, der diese richtig entwickelt und bereichert, der den allein richtigen Weg zum Sozialismus weist, Stalin sei. Alles andere also, was sich mit seinen Ideen und Weisungen nicht deckt, muß schädlich sein, muß eine Abweichung vom Marxismus-Leninismus nach sich ziehen, muß eine Häresie sein. Die anderen, selbst wenn sie Zweifel hegten, waren überzeugt, daß jeder Versuch einer öffentlichen Aussprache ihrer Gedanken nicht nur nichts ändert, sondern ihnen unangenehme Konsequenzen bringt. Noch anderen war alles gleichgültig außer dem Weg, der sie zu einem bequemen Sessel führen kann bzw. ihnen einen solchen Sessel sichert.

Es wäre ein großer Fehler und eine Begriffsverwechslung, wollte jemand versuchen, zwischen dem Personenkult und der Autorität einer Person ein Gleichheitszeichen zu setzen. Der Unterschied zwischen dem einen und dem anderen Begriff besteht darin, daß der Personenkult die Idee des Sozialismus verzerrt und entstellt, bei den Menschen Unwillen zum Sozialismus auslöst, wogegen die Autorität von Hunderten und Tausenden Führern der Partei und der Volksmacht die Entwicklung des Aufbaus des Sozialismus stark fördert, ja geradezu unerlässlich ist zur Führung der Partei und des Staates. Autorität kann man aber den Menschen nicht verleihen, an die Brust

heften wie eine Medaille oder eine Auszeichnung. Diese muß man sich erwerben, erarbeiten, sich dabei des Verstandes und der Bescheidenheit bedienend. Unsere Partei und die Volksmacht in Polen werden um so stärker sein, je mehr Menschen mit Autorität es geben wird, also solche Funktionäre und Aktivisten, die das Vertrauen der Arbeiterklasse und aller schaffenden Menschen genießen. Deshalb sagen wir: man muß mit allen Kräften den Personenkult oder seine Ueberbleibsel bekämpfen und mit allen Kräften um die Erringung der Autorität kämpfen.

Ich möchte nicht ausführlicher zu den traurigen Kapiteln der Vergangenheit zurückkehren, in der bei uns das System des Personenkults herrschte. Dieses System tat den demokratischen Grundsätzen und der Rechtsstaatlichkeit Gewalt an. Bei diesem System wurden die Charaktere und Gewissen der Menschen gebrochen, wurden die Menschen getreten, wurde ihre Würde verhöhnt. Verleumdung, Lüge und Fälschungen, ja sogar Provokationen dienten als Werkzeuge der Machtausübung. Auch bei uns war es zu den tragischen Tatsachen gekommen, daß unschuldige Menschen in den Tod geschickt wurden. Viele andere wurden unschuldig gefangengehalten, mitunter viele Jahre, darunter auch Kommunisten. Viele Menschen wurden bestialischen Folterungen ausgesetzt. Furcht und Demoralisierung wurden verbreitet. Auf dem Boden des Personenkults sprossen Erscheinungen, die den tiefsten Sinn der Volksmacht verletzten, ja sogar zunichte machten.

Mit diesem System haben wir Schluß gemacht bzw. machen wir ein für allemal Schluß. Man muß dem XX. Parteitag der KPdSU Worte hoher Anerkennung zollen, daß er uns so umfassend zur Liquidierung dieses Systems verholfen hat.

Wenn auch das System des Personenkults in der Sowjetunion entstanden ist, bedeutet das nicht, daß für alles Uebel, das bei uns vorkam, die Schuld auf Stalin, auf die KPdSU oder auf die Sowjetunion abgewälzt werden kann. Auch wir hatten unser eigenes einheimisches Berijatum. Das Berijatum und alle seine verallgemeinerten personellen Abarten waren ein Bestandteil des Systems des Personenkults. Das Berijatum, das ist ein mit Provokationen, Blut, Gefängnis und Leid von unzähligen Menschen beschriebenes Blatt. Es gibt Dinge aus dem Bereich der Tätigkeit der polnischen Abart des Berijatums, die einer eingehenden Untersuchung und Ausleuchtung bedürfen. Es geht nicht darum, die eigene Rechnung des Unrechts zu präsentieren. Ein solcher Gedanke wie überhaupt die Absicht persönlicher Abrechnungen ist mir völlig fremd. Das waren zu große Dinge, als daß sie in persönliches Kleingeld eingewechselt werden könnten. Es gibt aber Dinge, die aus prinzipiellen parteilichen Gründen geklärt werden müssen. Die Partei muß stets auf ihren Namen bedacht sein, sie muß sauber sein. Und wenn jemand bewußt ihren guten Namen befleckt und entehrt hat, kann es für ihn in ihren Reihen keinen Platz geben.

Ich formuliere meinen Gedanken konkret: Die Parteiführung sollte eine Kommission berufen, deren Aufgabe es wäre, zu untersuchen, ob bei den jetzt rehabilitierten Personen, die in der Vergangenheit auf Weisung bzw. mit Zustimmung des Politbüros oder eines Teils des Politbüros inhaftiert wurden, nicht Fälle bewußter Provokationen vorgekommen sind, einer bewußten Beschuldigung der Menschen, Taten begangen zu haben, die sie nicht begingen, die aber nach unserem Strafgesetzbuch bestraft

werden. Eine Klärung dieser Frage ist notwendig, und sie muß von einer Kommission vorgenommen werden, die sich aus völlig unparteiischen Personen zusammensetzt. Die Untersuchungsergebnisse der Kommission sollten dann endgültig das parteiliche, innere Kapitel der Probleme abschließen, die mit der Tätigkeit der polnischen Abart des Berijatums zusammenhängen.

Alles, was wir heute als Entstellungen und Verzerrungen in unserem Leben der verflossenen Zeit beurteilen, konnte unmöglich nicht die gesamte Partei, die ganze Arbeiterklasse, das ganze Volk zutiefst erschüttern. Ueber das Land ergossen sich verschiedene Strömungen, doch der mächtigste Strom war die Losung der Demokratisierung unseres Lebens, waren die Forderungen nach der Liquidierung des Systems, das wir Personenkult nennen. Es muß festgestellt werden, daß die Parteiführung nicht immer rechtzeitig zur Stelle war, um sich gemeinsam mit der ganzen Partei an die Spitze dieser gesunden Bewegung zu stellen und diese zu lenken. Und wenn die Parteiführung nicht Schritt gehalten hat, so ist es verständlich, daß auch die Parteiorganisationen nicht Schritt halten konnten. Es entstand sogar eine gewisse Verwirrung und Desorientierung, die für die Sache der Demokratisierung als solche ungemein schädlich ist. Diese Situation können unmöglich alle Gegner des Sozialismus, alle Feinde Volkspolens nicht ausnutzen. Das Aufklackern der Tätigkeit von Elementen, die mit dem Streben der Arbeiterklasse und des Volkes zur Demokratisierung unseres gesamten Lebens nichts gemein haben, führte auch zu gewisser Wankelmütigkeit bei einigen Genossen in der Parteiführung und in den unteren Organen hinsichtlich der Methoden der Demokratisierung und des Inhalts der Demokratisierung. Deshalb müssen wir uns selbst, der Partei, der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk entschlossen sagen:

Der Weg der Demokratisierung ist der einzige Weg, der zum Aufbau des unter unseren Gegebenheiten vollkommensten Modells des Sozialismus führt. Von diesem Wege werden wir nicht abgehen, und wir werden uns mit allen Kräften dagegen wehren, uns von diesem Wege abdrängen zu wollen. Wir werden aber auch niemandem erlauben, den Prozeß der Demokratisierung gegen den Sozialismus auszunutzen. An der Spitze des Demokratisierungsprozesses steht unsere Partei und nur sie allein. Im Einvernehmen mit den anderen Parteien der Nationalen Front wirkend, kann sie diesem Prozeß eine solche Richtung geben, daß er tatsächlich zur Demokratisierung der Verhältnisse auf allen Gebieten unseres Lebens, zur Festigung der Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung führt und nicht zu ihrer Schwächung.

Die Partei und alle Menschen, die das in der Vergangenheit vorhanden gewesene Uebel gesehen haben und die aufrichtig gewillt sind, alle Ueberreste der bösen Vergangenheit in unserem heutigen Leben zu beseitigen, um so die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung zu festigen, sollten entschlossen alle Einflüsterungen und alle Stimmen zurückweisen, die auf eine Lockerung unserer Freundschaft zur Sowjetunion abzielen.

Wenn in der Vergangenheit nicht alles so war, wie es unserer Auffassung nach zwischen unserer Partei und der KPdSU sowie zwischen Polen und der Sowjetunion hätte sein sollen, so gehört das nunmehr unwiederbringlich der Vergangenheit an. Wenn es auf diesem oder jenem Ge-

bierte unseres Lebens noch Dinge gibt, die einer Regelung bedürfen, dann ist das auf freundschaftliche und ruhige Art zu tun. Eine solche Handlungsweise sollte nämlich die Beziehungen zwischen den Parteien und Staaten des sozialistischen Lagers kennzeichnen. Und wenn jemand glauben sollte, daß es ihm gelingt, antisowjetische Stimmungen in Polen zu entfachen, dann irrt er sich gründlich. Wir werden es nicht zulassen, daß den Lebensinteressen des polnischen Staates und der Sache des Aufbaus des Sozialismus in Polen Schaden zugefügt wird.

Das System des Personenkults und alles Uebel, das aus ihm resultierte, gehört ein für allemal der Vergangenheit an. Die auf den Prinzipien der Gleichheit und der Selbständigkeit beruhenden polnisch-sowjetischen Beziehungen werden im polnischen Volk ein so tiefes Freundschaftsgefühl zur Sowjetunion erwecken, daß kein Versuch, Mißtrauen zur Sowjetunion zu säen, im polnischen Volk Nährboden finden wird. Auf der Wacht solcher Beziehungen steht in erster Linie unsere Partei und mit ihr das ganze Volk.

Damit die Partei kraftvoll ihre Aufgaben erfüllen und an der Spitze des Demokratisierungsprozesses stehen kann, muß sie vor allem geschlossen und einheitlich sein und in ihren Reihen, in ihrem Leben vollauf die Prinzipien des demokratischen Zentralismus beachten. Sie muß in der Praxis ihrer Arbeit jene Prinzipien streng wahren, die in der These über die Leninschen Normen des Parteilebens enthalten sind. Diese Prinzipien wurden auch in der Vergangenheit verkündet, doch wie oft hatte die Praxis mit ihnen sehr wenig gemein. An die Spitze dieser Prinzipien wäre die Frage der Wahl neuer Parteiorgane, der Offenheit des Parteilebens sowie das Recht auf Wahrung seiner Ansichten zu stellen, bei Befolgung des Grundsatzes, daß Beschlüsse der Mehrheit für alle Parteimitglieder verbindlich sind.

Das letztgenannte Prinzip ist besonders wichtig in der Jetztzeit. Auf dieses Prinzip gestützt, muß die Aktions-einheit der Partei verwirklicht werden. Der schwere Wagen der Aufgaben, vor denen die Partei gegenwärtig steht, kann nur dann erfolgreich vorwärts bewegt werden, wenn die davorgespannten Kräfte der eineinhalb Millionen Mitglieder zählenden Partei ihn in eine Richtung ziehen werden. Und diese Richtung hat in ihren allgemeinen Umrissen das VII. Plenum gewiesen; das heutige Plenum wiederum sollte diese Umrisse genauer präzisieren.

Wir werden in der Arbeitspraxis unserer Partei, in den Methoden ihres Wirkens vieles ändern müssen. An die Spitze treten dabei solche Fragen wie die genaue Abgrenzung der Kompetenzen des Parteiapparats und des Staatsapparats bei Wahrung der führenden Rolle der Partei. Man muß die Dinge so einrichten, daß jeder für seinen Bereich verantwortlich ist, für den Abschnitt, auf dem er arbeitet. Anders ist niemand verantwortlich, und die Interessen der Partei und des Staates leiden nur darunter. Das Prinzip, daß die Partei und ihr Parteiapparat nicht regieren, sondern nur lenken, daß das Regieren dem Staat und seinem Apparat obliegt, muß im konkreten Inhalt und in der Praxis der Arbeit zum Ausdruck kommen und nicht — wie das jetzt noch weit verbreitet ist — bloß in Worten. Dieses Problem bedarf einer genauen Präzisierung, was eine der nächsten Aufgaben der Parteiführung sein sollte.

In der Arbeit der Partei hat sich die schädliche Praxis eingebürgert, jeden aktiveren Arbeiter aus seinem Betrieb zur Arbeit im Partei- bzw. Staatsapparat heraus-zuziehen. Diese Praxis hat viel Schaden angerichtet. Der Parteiapparat wurde aufgebläht, er wurde beim gegenwärtigen Arbeitssystem entweder bürokratisiert oder nahm andere ungesunde Formen an, während der Produktionsbetrieb, diese wichtigste politische und Produktionszelle, von den besten Parteimitgliedern entblößt wurde. Die Partei wird intensiv das Leben der Arbeiterklasse leben, sie wird am besten ihr Bewußtsein formen können, wenn der größte Teil der bewußten und aktiven Funktionäre Schulter an Schulter mit den Arbeitern an ihren Arbeitsplätzen stehen wird.

Ferner ist eine entsprechende Kontrolle der Parteiinstanzen über die Arbeit des Parteiapparates sicherzustellen, angefangen vor allem beim zentralen Apparat. Mit diesen Dingen wird sich gewiß der nächste Parteitag beschäftigen.

Eine Verbesserung erfordert auch die Arbeit der Regierung. Das Politbüro hat diesbezüglich bereits die ersten Beschlüsse gefaßt. Die personelle Zusammensetzung der Regierung ist auf die tatsächlichen Erfordernisse des Landes zu reduzieren durch entsprechende Reorganisation ihrer Arbeit.

Alle Maßnahmen, die wir uns vornehmen, bedürfen der Ruhe, Umsicht und Zeit. Selbst bei Anwendung der besten Konzeption für eine Neuorganisation unserer Industrie und der besten Formen der Demokratisierung unseres Lebens kann man nichts von heute auf morgen tun.

Es kann nicht entgangen sein, daß in letzter Zeit eine gewisse Desorientierung eingetreten ist, auch in den Organen der Staatsmacht, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung berufen ist. Verstärkt kommen verschiedene rowdyhafte Ausschreitungen vor, auf die die Bürgermiliz nicht in entsprechender Weise reagiert. Man muß nochmals klar und offen sagen, sich selbst und allen, die es angeht: Die Volksmacht wird jede Ungesetzlichkeit in ihrem Apparat bestrafen, doch mit derselben Entschlossenheit wird sie auch und muß sie jegliche Verletzung der öffentlichen Ordnung und der Ruhe der Bürger bekämpfen. Die Bürgermiliz sollte immer die Achtung und Unterstützung der Bevölkerung genießen, wenn sie im Interesse der öffentlichen Ordnung einschreitet. Man darf keine Form der Mißachtung der Uniform eines Hüters der öffentlichen Ordnung durch verschiedene Rowdys dulden, die für Gesetzesverletzungen streng zu bestrafen sind.

Zu den vielen Krankheitserscheinungen der vergangenen Zeit gehörte auch, daß der Sejm in der Praxis des staatlichen Lebens seine verfassungsmäßige Aufgabe nicht erfüllt hat. Nunmehr stehen wir vor den Wahlen zum neuen Sejm, der in unserem politischen und staatlichen Leben den Platz einnehmen muß, den ihm die Verfassung vorschreibt. Im Programm der Maßnahmen zur Demokratisierung wird die Erhebung des Sejms zum höchsten Organ der Staatsgewalt wohl von größter Bedeutung sein.

Die wichtigste Aufgabe des Sejms ist die Ausübung der höchsten Gesetzes- und Kontrollgewalt. Man muß dem Sejm die unerlässlichen Voraussetzungen schaffen, damit er dieser Aufgabe gerecht werden kann. Es handelt sich sowohl um politische Voraussetzungen, die der allgemeine

Demokratisierungsprozeß unseres Lebens mit sich bringt, als auch um rechtliche Voraussetzungen, die dem Sejm seine verfassungsmäßigen Befugnisse garantieren.

Es erhebt sich die Frage: Was möchte unsere Partei dem Sejm an rechtlichen Normen garantieren? Ich bin der Ansicht, in den Vordergrund rückt die Frage der Sejm-Tagungen, die in der bisherigen Praxis zu selten einberufen wurden. Besonders wichtig in der gesetzgeberischen Tätigkeit des Sejms ist die Festlegung einer Arbeitsordnung der Sejm-Ausschüsse, die es gestatten würde, die Ausarbeitung der rechtlichen Akte in ihren Händen zu konzentrieren. Aus dieser Forderung ergibt sich, daß ein Teil der Abgeordneten seine Pflichten berufsmäßig ausüben sollte, das heißt, daß diese Abgeordneten für die Dauer der Wahrnehmung ihrer Abgeordnetenfunktionen von der Erwerbstätigkeit freigestellt werden.

Das Verkünden von Dekreten durch den Staatsrat ist aufaufschiebbare Fälle zu beschränken, wobei dem Sejm gleichzeitig das Recht zu garantieren ist, diese Dekrete aufzuheben bzw. abzuändern.

Der Sejm sollte die Arbeit der Regierung und der staatlichen Organe in breitem Umfang kontrollieren. Dazu sind einige Verfassungsänderungen unumgänglich. Ich bin der Auffassung, daß die Kontrolltätigkeit des Sejms über die Vollzugsorgane der Staatsgewalt von einer Institution wahrgenommen werden müßte, die direkt dem Sejm untersteht und nicht wie bis dahin der Regierung. Die Oberste Kammer der Staatlichen Kontrolle, die dem Sejm unterstehen würde, sollte wieder eingeführt werden.

Ich bin weiter der Auffassung, daß der Sejm das Recht der Kontrolle unserer Handelsverträge mit anderen Staaten haben sollte. Im Grunde genommen gibt es in diesen Verträgen nichts Derartiges, was mit Rücksicht auf das Staatsinteresse von einem kleinen Personenkreis kontrolliert werden müßte. Wenn die Regierung und der Sejm die Bevölkerung über unsere Handelsverträge informieren werden, wird automatisch den verschiedenen Gerüchten über unseren Außenhandel ein Ende gesetzt.

Der Sejm sollte auch das Recht haben, alle von der Regierung mit anderen Ländern abgeschlossenen und vom Staatsrat ratifizierten Verträge zu bestätigen.

Der Sejm ist ferner dazu berufen, die Arbeit der Regierung zu beurteilen; zu seinen Kompetenzen gehört es, Konsequenzen in bezug auf Personen zu ziehen, die sich ihrer Pflichten nicht richtig entledigen.

So sehe ich in großen Zügen den Sejm in seiner Rolle als Gesetzgeber und als Kontrolleur der staatlichen Tätigkeit. Vernünftig festgelegte Befugnisse des Sejms, ja sogar eine Erweiterung dieser Befugnisse über die von der Verfassung gezogenen Grenzen hinaus, dürften bei einer vernünftigen Festlegung der Aufgaben der Partei gegenüber dem Staatsapparat nicht zu Kollisionen führen zwischen dem Sejm und dem politischen Inhalt, der in der These über die führende Rolle der Partei enthalten ist.

Die Wahlen werden auf der Basis einer neuen Wahlordnung durchgeführt, die es den Menschen erlaubt, zu wählen und nicht nur abzustimmen. Dies ist eine sehr wichtige Änderung. Die in der Nationalen Front zu-

sammengeschlossenen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen treten mit einem gemeinsamen Wahlprogramm auf. Doch jedes Programm wird nicht nur von Parteien verwirklicht, sondern auch von den Menschen, die im Auftrage dieser Partei auftreten. Der Kandidat, der sich des größten Vertrauens erfreuen wird, wird gewählt werden. Wer nicht ein breites Vertrauen der Wähler genießt, wird selbstverständlich nicht in den künftigen Sejm einziehen.

Wichtig ist nicht nur, welche Befugnisse der Sejm haben wird. Die Rolle, die er im Leben des Staates und des Volkes, im Prozeß der Demokratisierung unseres Lebens spielen wird, werden in nicht geringerem Maße die Menschen bestimmen, die ihm angehören werden. Unserer Partei können wir empfehlen, als Kandidaten die besten Genossen zu benennen, Menschen, die mit der Arbeiterklasse und mit dem ganzen Volk am engsten verbunden sind. Unseren Verbündeten in der Nationalen Front können wir nur empfehlen, bei der Benennung ihrer Kandidaten als Abgeordnete Menschen auszuwählen, die nicht im Munde, sondern im Herzen und im Kopf das gemeinsam ausgearbeitete Wahlprogramm tragen werden.

Mit dem, was das heutige Plenum annimmt und beschließt, werden wir, Genossen, zur Partei, zur Arbeiterklasse und zum Volk erhabenen Hauptes gehen, weil wir die Wahrheit bringen. Und die dem Volk ohne Umschweife offenbarte Wahrheit wird uns Kraft geben, wird der Volksmacht und unserer Partei den vollen Vertrauenscredit der werktätigen Massen wiedergewinnen. Dieser Kredit ist für die Verwirklichung unserer Vorhaben unentbehrlich.

Indem wir den Grundsatz der Freiheit der Kritik in allen Formen, also auch der Kritik in der Presse, fordern, haben wir das Recht zu verlangen, daß jede Kritik schöpferisch und gerecht ist, daß sie die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Periode zu überwinden hilft und nicht zu ihrer Anhäufung beiträgt oder daß sie mitunter sogar an die Erscheinungen und Dinge demagogisch herangeht.

Von unserer Jugend, besonders von der Hochschulg Jugend, haben wir das Recht zu verlangen, daß sie die sie auszeichnende Leidenschaft bei der Suche nach Wegen zur Verbesserung unserer gegenwärtigen Wirklichkeit in den Rahmen der Beschlüsse einfügt, die das heutige Plenum fassen wird. Der Jugend kann man immer vieles verzeihen. Das Leben aber verzeiht niemandem, also auch der Jugend nicht, unbedachtsame Schritte.

Ueber den Feuereifer unserer jungen Genossen können wir nur erfreut sein. Sie sind es nämlich, die nach uns die Posten in der Partei und im Staat einnehmen werden. Wir haben jedoch das volle Recht, von ihnen zu fordern, daß sie ihren Eifer und ihre Leidenschaft mit dem Verstand der Partei verbinden. Unserer Jugend sollte die Partei ganz klar sagen: In dem großen und bedeutsamen Prozeß der Demokratisierung marschierst du an der Spitze. Doch schaut immer auf eure und auf ganz Volkspolens Führung — auf die Partei der Arbeiterklasse, auf die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei!

Quelle: *Pressedienst*, Presseabteilung der Militär-Mission der Volksrepublik Polen beim Alliierten Kontrollrat in Deutschland, Berlin W 15, 2. November 1956.

Rede von Wladyslaw Gomulka auf einer Massenversammlung in Warschau am 24. Oktober 1956

Ein großes Maß von Schlechtigkeit, Ungerechtigkeit und schmerzlichen Enttäuschungen hat sich in den vergangenen Jahren angesammelt. Die Ideen des Sozialismus, die mit dem Geist der Freiheit der Menschen und der Achtung der Bürgerrechte verbunden sind, erlitten in der Praxis tiefgehende Verzerrungen. Die Worte entsprachen nicht den Taten. Die harte Anstrengung der Arbeiterklasse und der gesamten Nation zeitigte nicht die erwarteten Früchte. Ich bin zutiefst überzeugt, daß diese Jahre vorbei sind, um nie mehr zurückzukehren. Das achte Plenum des ZK der Vereinigten Arbeiterpartei vollzog einen historischen Umschwung. Es setzte den Markstein für den Beginn einer neuen Periode in unserer Arbeit, in der Geschichte des sozialistischen Aufbaus Polens und in der Geschichte der Nation.

Die Führerschaft der Partei hat der Arbeiterklasse und der ganzen Nation die volle Wahrheit gesagt, indem sie nichts verbarg über die wirtschaftliche und politische Lage, über die zu überwindenden Schwierigkeiten, wenn wir den Wunsch haben, vorwärtzuschreiten und eine dauernde Verbesserung des Lebens der arbeitenden Bevölkerung erreichen wollen. Die Parteiführerschaft will nicht und wird nicht der Nation leere Versprechungen machen. Wir appellieren in vollem Vertrauen an die Arbeiterklasse, an die Intelligenz und an die Bauern! Wir sagen ihnen, daß wir ein mächtiges Produktionspotential besitzen, das durch die Bemühungen des arbeitenden Volkes im Verlauf der vergangenen Jahre aufgebaut wurde, das aber nicht angemessen genützt wurde; daß wir bedeutende Ressourcen in unserer nationalen Wirtschaft, in Tausenden von Fabriken und Bergwerken, in der Industrie und in der Landwirtschaft besitzen, die zu einem großen Teil durch eine verschwenderische und schlechte Führung vergeudet wurden; daß wir eine zahlreiche Arbeiterklasse haben, ein fleißiges Volk, das seine Arbeit liebt und wohl weiß, wie es seine Kenntnisse nutzen kann, deren Arbeitsproduktivität trotzdem aber noch niedrig ist; daß wir bedeutsame Möglichkeiten einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, der Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen für die Industrie besitzen, daß aber diese Möglichkeiten noch durch die Fehler gehemmt werden, die in der Landwirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren begangen wurden.

Arbeiter und Angestellte aller Zweige der nationalen Wirtschaft, helft der Partei und der Regierung in der großen Sache der Verbesserung der sozialistischen Wirtschaft von Volkspolen, fordert die Initiative in Euren Fabriken, sucht gemeinsam mit uns die besten Formen für die Teilnahme der Arbeiterklasse an der Leitung ihrer Betriebe! Erhöht die Arbeitsproduktivität, bekämpft die Vergeudung und verringert die Produktionskosten! Nützt jede Möglichkeit der Vermehrung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, um die wachsenden Bedürfnisse der Massen bestmöglich zu befriedigen!

Die Partei sagt der Arbeiterklasse die nackte Wahrheit! Die Erhöhung der Verdienste, durch welche Millionen von Leuten in den letzten Monaten profitierten, wird nur dauernd sein, wenn der vermehrte Kaufkraft der Bevölkerung eine vermehrte Menge von Konsumgütern entspricht. Wir können es uns nicht leisten, gegenwärtig weiter Lohnerhöhungen vorzunehmen, da die Lage so

angespannt ist, daß ein Riß erfolgen könnte. Weitere Lohnerhöhungen sind nur unter der Bedingung möglich, daß eine Vermehrung der Menge von Artikeln des Massenkonsums erfolgt und daß die Produktionskosten gesenkt werden. Mehr, besser und billiger zu erzeugen, das ist der einzige Weg zu einer Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und der ganzen Nation.

Das achte Plenum hat durch die Wahl einer neuen Führerschaft der Partei einen entschlossenen Kampf gegen alle Hindernisse begonnen, die in der Vergangenheit der sozialistischen Demokratisierung des Lebens entgegentraten. Die Partei wird von ihren Führern volle Verantwortlichkeit für die Ausführung der Pflichten fordern, die ihnen anvertraut sind. Leute, die sich durch Unfähigkeit und schwere Fehler diskreditiert haben, können keine verantwortlichen Posten einnehmen. Eine entscheidende Rolle muß bei dem Marsch auf der Straße zur Demokratisierung vor allem die Ausweitung der Arbeiterdemokratie spielen — durch eine vermehrte direkte Teilnahme des Personals an der Leitung der Unternehmungen und durch eine vermehrte Teilnahme der Arbeiterklasse von Stadt und Land an der Regierung des Volksstaates. Wir werden es niemandem gestatten, diese Reformen zu Zwecken zu mißbrauchen, die gegen den Sozialismus gerichtet sind.

Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Parteien und Staaten, die zum sozialistischen Lager gehören, das durch eine Gemeinschaft der Ziele und Interessen geeint ist, sollten zu keinem Mißverständnis Anlaß geben. Diese Beziehungen sollten auf den Grundsätzen der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, auf gegenseitigem Vertrauen und voller Gleichheit der Rechte, auf der Gewährung gegenseitiger Hilfe, auf wechselseitiger und freundschaftlicher Kritik, wenn immer dieses erforderlich ist, und auf dem Streben nach einer gesunden Lösung aller gegensätzlichen Probleme basieren, einer Lösung, die sich aus dem Geist der Freundschaft und des Sozialismus ergibt. Im Rahmen solcher Beziehungen sollte jedes Land volle Souveränität und Unabhängigkeit besitzen und sollte das Recht jeder Nation auf eine souveräne Regierung in einem unabhängigen Land voll und gegenseitig geachtet werden. Unabhängige Nationen und souveräne Staaten, die ein System sozialer Gerechtigkeit, ein sozialistisches System, aufbauen, das intern durch den festen und unerschütterlichen Willen gehärtet ist, dieses Ziel auf eine Weise zu erreichen, die jedem Lande angemessen ist, sollten zur gleichen Zeit auf die möglichst enge Art miteinander verbunden sein und in den Beziehungen zu anderen Staaten gemeinsam und einig handeln, um durch die gemeinsame Anstrengung und die entschlossene Haltung die unbesiegbare Idee des Friedens zu konsolidieren und die friedliche Zusammenarbeit aller Nationen der Welt zu erstreben.

Das Rückgrat einer solchen Allianz aller sozialistischen Staaten ist die Sowjetunion, das älteste Land in der Welt des sozialistischen Aufbaus und der mächtigste sozialistische Staat. Auf diese Weise sehen wir unseren Platz im Weltlager des Sozialismus, und auf diese Weise verstehen wir unsere brüderlichen Beziehungen mit der Sowjetunion. Wir sind zutiefst überzeugt, daß die Freundschaft zwischen Polen und der Sowjetunion, die auf solchen lenini-

stischen Grundsätzen basiert, eine wahrhaft brüderliche Freundschaft sein wird. Ich kann Sie versichern, daß diese Grundsätze von einem immer größer werdenden Verständnis begleitet werden und daß diese Grundsätze sowohl von unserer Partei als auch von der KPdSU geteilt werden. Unsere letzte Zusammenkunft mit der Delegation der KPdSU befähigte die sowjetischen Genossen, eine bessere Idee von der politischen Lage in Polen zu bekommen. Es hängt nur von unserem Entschluß ab, ob und für wie lange sowjetische militärische Spezialisten und Berater für unsere Armee unentbehrlich sind. Wir haben auch vom Genossen Chruschtschow die Versicherung erhalten, daß die Sowjettruppen auf polnischem Gebiet innerhalb von zwei Tagen auf ihre Stützpunkte zurückkehren werden, auf welchen sie auf Grund internationaler Verträge im Rahmen des Warschauer Paktes stationiert sind. Dies steht in enger Verbindung mit der An-

wesenheit von Sowjettruppen in der DDR. Solange es Stützpunkte der NATO in Westdeutschland gibt, solange die neue Wehrmacht dort aufgerichtet wird und Chauvinismus und Revisionismus gegen unsere Grenzen anstiftet, entspricht die Anwesenheit der Sowjetarmee in Deutschland unserer höchsten Staatsräson. Dies steht auch in Uebereinstimmung mit den Interessen der Arbeitermassen der DDR, gegen welche diese Rüstungen und Drohungen der Militär- und Revanchekreise Westdeutschlands ebenfalls gerichtet sind. In dieser Lage sollten wir mit der größten Entschlossenheit allen Versuchen einer antisowjetischen Agitation Widerstand leisten, die durch reaktionäre und volksfeindliche Kräfte unternommen wird, sowie allen Manövern der internationalen Reaktion, welche das Bündnis zwischen unseren brüderlichen Nationen schwächen wollen.

Quelle: PAP, deutscher Text nach *Archiv der Gegenwart*, 1956, S. 6056.

Sowjetisch-polnische Erklärung über die Verhandlungen in Moskau vom 15. bis zum 18. November 1956

Zwischen einer Delegation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Regierung der Sowjetunion und einer Delegation des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Regierung der Volksrepublik Polen fanden vom 15. bis zum 18. November 1956 in Moskau Verhandlungen statt.

Von sowjetischer Seite nahmen an den Verhandlungen folgende Vertreter teil: der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow (Leiter der Delegation), die Mitglieder des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU: der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Woroschilow, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Bulganin, die ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Mikojan und Saburow.

Von polnischer Seite nahmen an den Verhandlungen folgende Vertreter teil: der Erste Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR), Gomulka (Leiter der Delegation), die Mitglieder des Politbüros des ZK der PZPR: der Vorsitzende des Staatsrates der Volksrepublik Polen, Alexander Zawadzki, der Vorsitzende des Ministerrats der Volksrepublik Polen, Józef Cyrankiewicz, und der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Wirtschaftsplanung, Stefan Jędrzychowski.

Außerdem wohnten den Verhandlungen bei: von sowjetischer Seite der Kandidat des Präsidiums des ZK der KPdSU, Minister für Verteidigung der UdSSR, Marschall der Sowjetunion Shukow, die Minister der UdSSR Bestschew, Swerew, Kabanow, der Leiter der Hauptverwaltung für Wirtschaftsverbindungen, Kowal, der Stellvertreter des Außenministers der UdSSR, Patolitschew, der Botschafter der UdSSR in der Volksrepublik Polen, Ponomarenko, Armeegeneral Antonow und der Abteilungsleiter im Außenministerium der UdSSR, Tunkin.

Von polnischer Seite nahmen teil die Mitglieder des ZK der PZPR Eugeniusz Szyr, der Stellvertreter des Finanzministers, Witold Trampczyński, der Generaldirektor im Außenministerium, Botschafter Maria Wierna, und der Generaldirektor im Finanzministerium, Henryk Kotlicki.

I.

Die Zusammenkünfte und Verhandlungen, die in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses und der Aufrichtigkeit verliefen, gestatteten es den Delegationen, einen erfolgreichen Meinungsaustausch über die Fragen der Entwicklung und Festigung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen sowie zu wichtigen internationalen Fragen durchzuführen.

Die Verhandlungen und der Meinungsaustausch zwischen den Delegationen bewiesen, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei sowie unsere beiden Staaten ihre gegenseitigen Beziehungen auf der Grundlage der Leninischen Prinzipien der Gleichberechtigung der Völker aufbauen wollen. Gleichzeitig zeigte sich die Uebereinstimmung der Ansichten der UdSSR und der Volksrepublik Polen bei der Einschätzung der wichtigsten Probleme der gegenwärtigen internationalen Lage.

Beide Delegationen sind der Ansicht, daß aggressive Kreise einiger Staaten versuchen, die in den letzten Jahren erzielte Milderung der internationalen Spannung zunichte zu machen. Ein Ausdruck dieser Politik ist der Ueberfall Großbritanniens, Frankreichs und Israels auf Ägypten, das sich erst kürzlich von dem Joch des Kolonialismus befreit hat und nach Sicherung seiner Freiheit und nationalen Unabhängigkeit strebt.

Beide Delegationen erklären, daß die Aggression gegen Ägypten durch nichts gerechtfertigt ist. Sie verurteilen diesen Ueberfall, der viele Opfer von Menschenleben forderte und Sachschäden verursachte, den Suezkanal, der so wichtig für die internationale und auch für die Schifffahrt der UdSSR und Polens ist, unbenutzbar machte und gleichzeitig die Lage im Nahen Osten und in der ganzen Welt verschärfte.

Beide Delegationen erklären, daß die Staaten, die den Krieg entfesselt haben, entsprechend dem Beschluß der Vereinten Nationen ihre Truppen vom Territorium Ägyptens zurückziehen müssen. Die Sowjetunion und Polen werden die gerechten Forderungen Ägyptens voll und ganz unterstützen.

Beide Delegationen halten eine Lage für anomal, in der ein so großes Land wie die Volksrepublik China durch die Schuld imperialistischer Kreise einiger Länder immer noch nicht ihren legitimen Platz in den Vereinten Nationen einnehmen kann, was die Lösung vieler wichtiger internationaler Probleme behindert. Die Sowjetunion und Polen werden alles tun, um die Wiederherstellung der legitimen Rechte der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen zu erreichen, da sie darin eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Umwandlung der Vereinten Nationen in ein wirksames internationales Instrument zur Unterstützung des Weltfriedens sehen.

Beide Delegationen sind der Ansicht, daß in der gegenwärtigen zugespitzten internationalen Lage alle Staaten, und in erster Linie die Großmächte, alles daran setzen müssen, um ein Abkommen über die Einschränkung der Streitkräfte und der Rüstungen, über das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen, die Auflösung der Militärstützpunkte auf ausländischen Territorien sowie über eine wesentliche Reduzierung der Streitkräfte der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion in Deutschland zu erreichen. Beide Seiten sind der Auffassung, daß das Verbot der Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen ein wichtiger Schritt sein könnte, der zur Minderung der internationalen Spannung und zur Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Staaten beiträgt. Ein Uebereinkommen über das Abrüstungsproblem würde zweifellos auch dazu beitragen, die notwendigen Voraussetzungen für die Lösung außerordentlich wichtiger internationaler Probleme, darunter der Deutschlandfrage und des Problems der kollektiven Sicherheit in Europa, zu schaffen, woran nicht nur die Sowjetunion und Polen, sondern auch alle europäischen Völker zutiefst interessiert sind.

Beide Delegationen erklären, daß die Sowjetunion und Polen alle Anstrengungen unternehmen werden, um bei der Lösung des Abrüstungsproblems im Interesse der Völker und im Interesse des Weltfriedens einen Erfolg zu erzielen.

Beide Delegationen haben ihre Meinungen über die Ereignisse in Ungarn ausgetauscht. Beide Delegationen bringen die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die ungarische Arbeiterklasse und das ganze ungarische Volk genügend Kraft finden werden, um die Errungenschaften der volksdemokratischen Ordnung zu verteidigen. Beide Seiten werden die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung unterstützen, deren Programm, das sich von den schädlichen Fehlern der Politik der früheren Regierung Rakosi lossagt, auf die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und die Festigung der brüderlichen Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung und der Achtung der staatlichen Souveränität gerichtet ist. Die Delegationen sind der Ansicht, daß einige in den Vereinten Nationen bezüglich Ungarn gefaßte Beschlüsse nicht das Ziel verfolgen, dem ungarischen Volk zu helfen, sondern darauf abzielen, die Aufmerksamkeit der Völker von der Aggression gegen Ägypten abzulenken.

II.

Im Verlaufe der freundschaftlichen Verhandlungen haben beide Delegationen alle Seiten der augenblicklichen Beziehungen zwischen dem sowjetischen und dem polnischen Staat eingehend geprüft und erörtert.

Beide Seiten sind der Meinung, daß die Deklaration der Sowjetregierung vom 30. Oktober 1956 über die Grundlagen der Entwicklung und weiteren Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten große Bedeutung für die Entwicklung und Festigung der Freundschaft zwischen den sozialistischen Ländern besitzt.

Beide Seiten sind der Ansicht, daß die in dieser Deklaration zum Ausdruck gebrachten Prinzipien den Beschlüssen, die das VIII. Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zu diesen Fragen gefaßt hat, sowie der Politik der polnischen Regierung entsprechen.

Beide Seiten schenken während der Verhandlungen der weiteren Entwicklung und Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen besondere Aufmerksamkeit und gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich das unverbrüchliche Bündnis und die brüderliche Freundschaft zwischen der UdSSR und der Volksrepublik Polen erweitern und festigen werde auf der Grundlage der Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, der Achtung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen. Das sowjetisch-polnische Bündnis, an dem sowohl das sowjetische als auch das polnische Volk in gleichem Maße interessiert sind, ist eine zuverlässige Garantie für ihre Sicherheit. Dieses Bündnis ist der wichtigste Faktor bei der Festigung der Unabhängigkeit der Volksrepublik Polen und der Unantastbarkeit ihrer Grenze an Oder und Neiße, der Friedensgrenze. Beide Seiten geben der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die konsequente Verwirklichung der genannten Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen dazu beitragen wird, das Bündnis zwischen beiden Staaten weiter zu stärken und die Einheit des sozialistischen Lagers sowie den Frieden in Europa zu festigen.

III.

Während der Verhandlungen wurden Fragen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik Polen im Lichte der Deklaration der Regierung der UdSSR über die Grundlagen der Entwicklung und weiteren Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern alleseitig behandelt. Beide Seiten erklärten ihre Entschlossenheit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der brüderlichen gegenseitigen Hilfe zu erweitern und zu festigen.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurde festgestellt, daß es zwischen beiden Seiten einige unregelmäßige finanzielle Verrechnungen aus den vergangenen Jahren gibt. Ausgehend von den gegenseitigen Interessen, vereinbarten beide Seiten, die Schulden Polens, wie sie am 1. November 1956 auf Grund der in Anspruch genommenen Kredite bestanden, die die Sowjetunion Polen gewährt hat, durch Anrechnung des vollen Wertes der Kohle, die in den Jahren 1946—1953 auf Grund des Abkommens vom 16. August 1945 aus Polen in die UdSSR geliefert wurde, als getilgt zu betrachten. Es wurde ferner Einigung über die Regelung der finanziellen Verrechnungen für Eisenbahnfrachten, für nicht auf Handelsgeschäften

beruhende Zahlungen usw. erzielt. Die Regierung der UdSSR erklärte ihr Einverständnis, im Jahre 1957 1 400 000 Tonnen Getreide an die Volksrepublik Polen zu liefern; die Lieferung dieses Getreides wird auf Kreditbasis erfolgen.

Die Sowjetregierung erklärte sich weiter einverstanden, der Volksrepublik Polen einen langfristigen Kredit in Höhe von 700 Millionen Rubel zur Bezahlung von Waren zu gewähren, die die Sowjetunion auf Grund einer zu vereinbarenden Liste an Polen liefern wird.

IV.

Beide Seiten erörterten Fragen, die mit dem zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Truppeneinheiten auf dem Territorium Polen zusammenhängen.

Beide Seiten stellten fest, daß es bisher nicht gelungen ist, Vereinbarungen zu erzielen, die den europäischen Staaten ausreichende Garantien gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus geben. Die ständige Anzweiflung der Rechtmäßigkeit der bestehenden Grenzen zwischen den europäischen Staaten — in erster Linie der festgelegten und bestehenden Westgrenze Polens — durch revanchistische Kräfte ist ebenfalls ein wesentlicher Faktor, der die Normalisierung der Beziehungen in Europa erschwert.

Beide Seiten gelangten zu der Schlußfolgerung, diese Situation wie auch die gegenwärtige internationale Lage führe dazu, daß das vorläufige Verbleiben sowjetischer Truppeneinheiten auf dem Territorium Polens noch zweckmäßig erscheint, was auch mit der Notwendigkeit verbunden ist, daß sowjetische Truppen auf Grund von internationalen Verträgen und Abkommen in Deutschland stationiert sind. Es wurde festgelegt, daß beide Seiten entsprechend der Entwicklung der internationalen Lage Beratungen über Fragen des Aufenthaltes sowjetischer Truppeneinheiten auf dem Territorium Polens, ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihrer Zusammensetzung führen werden.

Gleichzeitig erkennen beide Seiten folgende Prinzipien an, die den Status dieser Einheiten auf dem Territorium Polens festlegen:

Das vorläufige Verbleiben der sowjetischen Truppen in Polen kann in keiner Weise die Souveränität des polnischen Staates berühren und kann nicht zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen führen;

die Standorte und die zahlenmäßige Stärke der sowjetischen Truppen werden durch besondere Abkommen beider Seiten festgelegt;

Bewegungen sowjetischer Truppeneinheiten außerhalb ihrer Standorte erfordern die Zustimmung der Regierung der Volksrepublik Polen oder anderer zuständiger polnischer Organe;

die auf dem Boden der Volksrepublik Polen stationierten sowjetischen Einheiten, ihr Personal sowie die Familienangehörigen sind verpflichtet, die polnischen Gesetze zu achten und einzuhalten. Die Abgrenzung der polnischen und der sowjetischen Jurisdiktion gegenüber den sowjetischen Truppen in Polen werden durch ein besonderes Abkommen festgelegt werden;

die Termine und die Wege der Truppenbewegungen sowie das Verfahren beim Transitverkehr sowjetischer

Truppen durch das Territorium der Volksrepublik Polen werden durch bestimmte Uebereinkommen beider Seiten geregelt.

Ein entsprechendes Abkommen, das den Rechtsstatus der sowjetischen Truppen während ihrer vorläufigen Stationierung auf polnischem Boden bestimmt, wird in nächster Zeit abgeschlossen.

V.

Geleitet von dem Bestreben, die polnisch-sowjetische Freundschaft weiter zu festigen, einigten sich die Delegationen über die Prinzipien, auf deren Grundlage die entsprechenden Organe der Sowjetunion die weitere Repatriierung von Polen, die ihre Familien in Polen haben, wie auch die Rückkehr derjenigen Personen nach Polen fördern werden, die aus Gründen, die nicht von ihnen abhängen, nicht von dem Recht auf Repatriierung entsprechend dem sowjetisch-polnischen Abkommen von 1945 Gebrauch machen konnten. Die sowjetische Delegation erklärte, daß ein Vorschlag über die vorfristige Freilassung und Repatriierung oder über die Uebergabe der in Haft befindlichen Personen an polnische Organe dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zur Erörterung unterbreitet wird. Die Delegationen vereinbarten, daß in nächster Zeit eine Zusammenkunft von Vertretern der zuständigen Organe beider Seiten stattfinden wird, auf der die Termine und das Verfahren der Repatriierung festgelegt werden sollen.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurde festgestellt, daß sich die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Volksrepublik Polen in den letzten Jahren erfolgreich entwickelt hat. Am 30. Juni 1956 wurde in Warszawa ein Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Volksrepublik Polen unterzeichnet, das eine Erweiterung der sowjetisch-polnischen Beziehungen auf dem Gebiet der Wissenschaft, Kultur und Kunst vorsieht. Die enge kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen wird auch in Zukunft wirksam zur Festigung der aufrichtigen und brüderlichen Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem polnischen Volk beitragen.

Beide Seiten werden alles daransetzen, um ihre Völker in entsprechender Form über die durchzuführenden und zu verwirklichenden Schritte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sowie auf anderen Gebieten des Lebens der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen sowie über die beiderseitigen Errungenschaften beim Aufbau des Sozialismus zu informieren, was der weiteren Vertiefung der sowjetisch-polnischen Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses dienen wird.

Die Delegation des ZK der KPdSU und der Regierung der Sowjetunion und die Delegation des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Regierung der Volksrepublik Polen bringen die feste Ueberzeugung zum Ausdruck, daß der während der Verhandlungen erfolgte eingehende und offene Meinungsaustausch dazu beitragen wird, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik Polen sowie zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zum Wohle der Völker beider Länder weiter zu entwickeln und den In-

teressen der Festigung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt dienen wird.

Die Erklärung wurde auf sowjetischer Seite von N. S. Chruschtschow und N. A. Bulganin und polnischerseits

von Władysław Gomułka und Józef Cyrankiewicz unterzeichnet.

Quelle: *Pressedienst* der Militärmission der Volksrepublik Polen, Berlin W 15, 18. November 1956.

Erklärung der Sowjetregierung vom 30. Oktober 1956 über die Beziehungen der UdSSR zu den anderen sozialistischen Staaten

Die unerschütterliche Grundlage der Auslandsbeziehungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken war und bleibt die Politik der friedlichen Koexistenz, der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen allen Staaten.

Den tiefsten und konsequentesten Ausdruck findet diese Politik in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern. Vereinigt durch die gemeinsamen Ideale des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und durch die Prinzipien des proletarischen Internationalismus, können die Länder der großen Gemeinschaft der sozialistischen Nationen ihre gegenseitigen Beziehungen nur auf den Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, der Achtung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität sowie der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aufbauen. Dies schließt eine enge brüderliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe der Länder der sozialistischen Gemeinschaft auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet keinesfalls aus, sondern setzt sie im Gegenteil voraus.

Auf dieser Grundlage bildete sich nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Zerschlagung des Faschismus in mehreren Ländern Europas und Asiens die Ordnung der Volksdemokratie; sie erstarkte und zeigte ihre große Lebenskraft.

Im Prozeß des Werdens der neuen Ordnung und der tiefgreifenden revolutionären Umgestaltungen der gesellschaftlichen Beziehungen gab es zahlreiche Schwierigkeiten, ungelöste Aufgaben und direkte Fehler, darunter auch in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, Verletzungen und Fehler, die das Prinzip der Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten beeinträchtigten.

Der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion verurteilte diese Verletzungen und Fehler ganz entschieden und stellte die Aufgabe, daß die Sowjetunion in ihren gegenseitigen Beziehungen mit den anderen sozialistischen Ländern die Leninschen Prinzipien der Gleichberechtigung der Völker konsequent verwirklicht. Er verkündete die Notwendigkeit, die historische Vergangenheit und die Besonderheiten eines jeden Landes, das den Weg des Aufbaus des neuen Lebens betreten hat, voll und ganz zu berücksichtigen.

Die Sowjetregierung verwirklicht konsequent diese historischen Beschlüsse des XX. Parteitages, die die Voraussetzungen für die weitere Festigung der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern auf der unerschütterlichen Grundlage der Wahrung der völligen Souveränität eines jeden sozialistischen Staates schaffen.

Wie die Ereignisse der letzten Zeit gezeigt haben, ist es notwendig geworden, eine entsprechende Erklärung über die Haltung der Sowjetunion in den gegenseitigen

Beziehungen der UdSSR zu den anderen sozialistischen Ländern, vor allem auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet, abzugeben.

Die Sowjetregierung ist bereit, gemeinsam mit den Regierungen der anderen sozialistischen Staaten Maßnahmen zu erörtern, die die weitere Entwicklung und Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern gewährleisten, um jedwede Möglichkeit einer Verletzung des Prinzips der nationalen Souveränität, des gegenseitigen Vorteils und der Gleichberechtigung in den Wirtschaftsbeziehungen auszuschließen.

Dieses Prinzip muß auch auf die Berater ausgedehnt werden. Bekanntlich entsandte die Sowjetunion in der ersten Zeit der Bildung der neuen Gesellschaftsordnung auf Bitten der Regierungen der volksdemokratischen Länder in diese Länder eine gewisse Anzahl von Spezialisten — Ingenieure, Agronomen, Wissenschaftler und militärische Berater. In letzter Zeit stellte die Sowjetregierung mehrmals den sozialistischen Staaten die Frage der Abberufung ihrer Berater.

Im Zusammenhang damit, daß jetzt in den Ländern der Volksdemokratie eigene qualifizierte Kader auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und des militärischen Aufbaus ausgebildet sind, hält es die Sowjetregierung für unaufschiebbar, gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten die Frage zu erörtern, ob ein weiteres Verbleiben der Berater der UdSSR in diesen Ländern zweckmäßig ist.

Auf militärischem Gebiet ist eine wichtige Grundlage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie der Warschauer Vertrag, dessen Teilnehmer bestimmte politische und militärische Verpflichtungen übernommen haben, darunter die Verpflichtung, „vereinbarte Maßnahmen zu ergreifen, die für die Festigung ihrer Verteidigungsfähigkeit notwendig sind, um die friedliche Arbeit ihrer Völker zu schützen, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Territorien zu garantieren und den Schutz vor einer eventuellen Aggression zu sichern“.

Bekanntlich befinden sich in Uebereinstimmung mit dem Warschauer Vertrag und mit Regierungsabkommen sowjetische Einheiten in der Ungarischen und in der Rumänischen Republik. In der Polnischen Republik befinden sich sowjetische Truppeneinheiten auf Grund des Potsdamer Abkommens der vier Mächte und des Warschauer Vertrages. In den anderen Ländern der Volksdemokratie befinden sich keine sowjetischen Truppenteile.

Zur Gewährleistung der gegenseitigen Sicherheit der sozialistischen Länder ist die Sowjetregierung bereit, mit den anderen sozialistischen Ländern, die Teilnehmer des Warschauer Vertrages sind, die Frage der in den oben genannten Ländern befindlichen sowjetischen Truppen zu erörtern. Dabei geht die Sowjetregierung von

dem allgemeinen Prinzip aus, daß die Stationierung von Truppen des einen oder anderen Teilnehmerstaates des Warschauer Vertrages auf dem Territorium eines anderen Teilnehmerstaates des Warschauer Vertrages nach Vereinbarung zwischen allen seinen Teilnehmern und nur mit Zustimmung des Staates, auf dessen Territorium seiner Bitte entsprechend diese Truppen stationiert wurden oder stationiert werden sollen, vorgenommen wird.

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, anlässlich der Ereignisse in Ungarn eine Erklärung abzugeben. Der Verlauf der Ereignisse hat gezeigt, daß die Werktätigen Ungarns, die auf der Grundlage der volksdemokratischen Ordnung große Fortschritte erzielt haben, mit Recht die Frage der Notwendigkeit, die ersten Mängel auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus zu beseitigen, die Frage der weiteren Hebung des materiellen Wohlstands der Bevölkerung und des Kampfes gegen bürokratische Entstellungen im Staatsapparat aufwerfen. Dieser berechtigten und fortschrittlichen Bewegung der Werktätigen schlossen sich jedoch bald Kräfte der schwarzen Reaktion und der Konterrevolution an, die versuchen, die Unzufriedenheit eines Teils der Werktätigen auszunutzen, um die Grundlagen der volksdemokratischen Ordnung in Ungarn zu untergraben und in Ungarn die kapitalistische und Gutsbesitzerordnung wiederherzustellen.

Die Sowjetregierung wie auch das ganze Sowjetvolk bedauern zutiefst, daß die Entwicklung der Ereignisse in Ungarn zu Blutvergießen geführt hat.

Auf Bitten der ungarischen Volksregierung erklärte sich die Sowjetregierung mit dem Einmarsch sowjetischer Truppeneinheiten in Budapest einverstanden, um der ungarischen Volksarmee und den ungarischen Machtorganen zu helfen, die Ordnung in der Stadt wiederherzustellen.

Angesichts dessen, daß das weitere Verbleiben der sowjetischen Truppeneinheiten in Ungarn Anlaß für eine

noch größere Verschärfung der Lage sein kann, gab die Sowjetregierung ihrem Militärkommando Anweisung, die sowjetischen Truppeneinheiten aus der Stadt Budapest abzuziehen, sobald die ungarische Regierung dies für notwendig erachtet.

Zugleich ist die Sowjetregierung bereit, mit der Regierung der Ungarischen Volksrepublik und den anderen Teilnehmern des Warschauer Vertrages entsprechende Verhandlungen über den Aufenthalt der sowjetischen Truppen auf ungarischem Territorium aufzunehmen.

Der Schutz der sozialistischen Errungenschaften des volksdemokratischen Ungarns ist in diesem Augenblick die wichtigste und heilige Pflicht der Arbeiter, der Bauern, der Intelligenz des ganzen werktätigen ungarischen Volkes.

Die Sowjetregierung gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Völker der sozialistischen Länder den äußeren und inneren reaktionären Kräften nicht gestatten werden, die Grundlagen der volksdemokratischen Ordnung, die durch den aufopferungsvollen Kampf und durch die Anstrengungen der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz eines jeden Landes erkämpft und gefestigt wurden, ins Wanken zu bringen. Sie werden alle Anstrengungen daransetzen, um nach der Beseitigung aller Hindernisse, die auf dem Wege zur weiteren Festigung der demokratischen Grundlagen, der Unabhängigkeit und der Souveränität ihrer Länder liegen, die sozialistischen Grundlagen eines jeden Landes, ihre Wirtschaft und ihre Kultur im Interesse des ununterbrochenen Anwachsens des materiellen Wohlstandes und des kulturellen Niveaus aller Werktätigen weiterzuentwickeln. Sie werden die brüderliche Einheit und die gegenseitige Hilfe der sozialistischen Länder für die Stärkung der großen Sache des Friedens und des Sozialismus festigen.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 260 vom 31. Oktober 1956.

Der Aufruf der am 4. November 1956 gebildeten „Ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung“ unter Janos Kadar

Am 23. Oktober begann in unserem Lande eine Massenbewegung, deren edles Ziel darin bestand, die partei- und volksfeindlichen Fehler, die Rákosi und seine Anhänger begingen, zu korrigieren und die nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu schützen. Die Schwächung der Regierung Imre Nagy und der wachsende Einfluß der in Bewegung geratenen konterrevolutionären Elemente brachten unsere sozialistischen Errungenschaften, unseren Volksstaat, unsere Arbeiter- und Bauern-Macht, die Existenz unseres ganzen Heimatlandes in Gefahr.

Das veranlaßte uns ungarische Patrioten zur Schaffung einer Ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Die Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Janos Kadar — Ministerpräsident; Ferenc Münnich — stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Streitkräfte und öffentliche Sicherheit; György Marosan — Staatsminister; Imre Horvath — Außenminister; Istvan Kosta — Finanzminister; Antal Apro — Minister für Schwerindustrie; Imre Degen — Minister für Landwirtschaft; Sandor Ronai — Handelsminister. Die übrigen Ministerposten haben wir vorläufig unbesetzt gelassen.

Sie werden nach der Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung besetzt, wozu Vertreter anderer Parteien und treu zu unserer Volksdemokratie stehende Parteiloze eingeladen werden müssen, die bereit sind, mit uns die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen.

Die neugebildete Regierung wendet sich an das ungarische Volk:

Aufruf der Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung! Ungarische Brüder! Arbeiter! Soldaten! Genossen!

Unsere Nation durchlebt eine schwere Zeit. Die Macht der Arbeiter und Bauern, die heilige Sache des Sozialismus befindet sich in Gefahr. Unsere Errungenschaften der vergangenen zwölf Jahre, die Ihr ungarischen Werktätigen und Ihr ungarischen Arbeiter mit Euren Händen, durch Eure heldenhafte aufopferungsvolle Arbeit geschaffen habt, schweben in großer Gefahr.

Die konterrevolutionären Verschwörer entlarven sich immer mehr. Sie verfolgen schonungslos alle Demokraten. Nyilas-Leute und andere Verbrecher ermorden ehrliche Patrioten und unsere besten Genossen.

Wir wissen, daß es in unserem Lande noch viele ungelöste Fragen, noch viele Schwierigkeiten gibt, gegen

die wir kämpfen müssen. Das Leben der Werktätigen ist noch längst nicht so, wie es in einem Lande, das den Sozialismus aufbaut, sein muß. Neben dem Fortschritt, der in den vergangenen zwölf Jahren in der Zeit der Rákosi-Gezö-Gruppe erzielt wurde, wurden viele große Fehler und schwerwiegende Verletzungen der Gesetzlichkeit begangen, was unter den Werktätigen berechnete Unzufriedenheit auslöste.

Die Reaktionäre verfolgen ihre selbststüchtigen Ziele. Sie haben die Hand an unsere volksdemokratische Ordnung gelegt. Das bedeutet, daß sie die Fabriken und Werke den Kapitalisten und das Land den Gutsbesitzern übergeben wollen. Sie wollen die Gendarmen, Polizisten, das ganze alte, verfluchte, dem Volk verhaßte Regime der Unterdrücker und Ausbeuter dem Volk aufbürden. Nicht Freiheit, Wohlstand und Demokratie würden sie Euch bringen, wenn sie siegen, sondern Sklaverei, Not, Arbeitslosigkeit und erbarmungslose Unterdrückung.

Unter Ausnutzung der im Verlauf des Aufbaus der Volksdemokratie begangenen Fehler haben reaktionäre Elemente viele rechtschaffene Werktätige und insbesondere einen großen Teil der Jugend, die sich aus ehrlichen patriotischen Regungen heraus der Bewegung anschloß, in die Irre geführt. Diese ehrlichen Patrioten traten für die weitere Entwicklung der Demokratisierung in unserem ganzen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben ein, was die Festigung der Grundlagen des Sozialismus in unserem Heimatland gewährleistet. Sie erhoben ihre Stimme dafür, daß Ungarn wachse und gedeihe als ein freier, souveräner Staat in Freundschaft mit den anderen sozialistischen Ländern. Deshalb ist es falsch und verbrecherisch, derartige Menschen wegen ihrer Beteiligung an der Bewegung anzuklagen.

Unter Ausnutzung der Schwäche der Regierung Imre Nagy wüthen die konterrevolutionären Kräfte, morden und plündern sie, und wir müssen fürchten, daß diese Kräfte die Oberhand gewinnen.

In tiefem Schmerz und schweren Herzens sehen wir, in welche entsetzliche Lage die konterrevolutionären Elemente und sehr häufig sogar gewissenhafte und fortschrittliche Menschen, die bewußt oder unbewußt die Worte Demokratie und Freiheit mißbrauchten und damit der Reaktion den Weg freigaben, unsere geliebte Heimat gebracht haben.

Ungarn! Brüder! Patrioten! Soldaten! Bürger!

Dem Wüten der konterrevolutionären Elemente muß ein Ende gesetzt werden.

Die Stunde der Aktion hat geschlagen. Verteidigen wir die Macht der Arbeiter und Bauern, die Errungenschaften der Volksdemokratie. Schaffen wir Ordnung, stellen wir Sicherheit und Ruhe in unserem Lande her!

Die Interessen des Volkes, die Interessen des Heimatlandes erfordern die Schaffung einer standhaften, starken Regierung, einer Regierung, die imstande ist, das Land aus der jetzigen schweren Lage herauszuführen. Deshalb haben wir die Ungarische Revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung gebildet.

Das Programm der Ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung sieht vor:

1. Gewährleistung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität unseres Landes.
2. Schutz unserer volksdemokratischen, sozialistischen Ordnung vor allen Angriffen, Schutz unserer sozia-

listischen Errungenschaften und Voranschreiten auf dem Weg des Aufbaues des Sozialismus.

3. Beendigung des inneren Kampfes, Wiederherstellung der Ordnung und des inneren Friedens im Lande. Die Regierung wird nicht zulassen, daß Werktätige wegen ihrer Beteiligung an den Ereignissen der letzten Zeit in irgendeiner Weise belangt werden.

4. Herstellung enger, brüderlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen sozialistischen Ländern auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und Herstellung unserer wirtschaftlichen Beziehungen auf der Basis des gegenseitigen Vorteils und der gegenseitigen Hilfe.

5. Friedliche Zusammenarbeit mit allen Staaten, unabhängig von ihrer sozialen Ordnung und Regierungsform.

6. Rasche und umfassende Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen, insbesondere der Arbeiterklasse. Mehr Wohnungen für die Werktätigen. Die Möglichkeit für die Werke, ihren Arbeitern und Angestellten Wohnungen zu bauen.

7. Umarbeitung der Volkswirtschaftspläne und Aenderung der Methoden in der Leitung der Wirtschaft, Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten des Landes, um den Lebensstandard der Bevölkerung schneller heben zu können.

8. Beseitigung des Bürokratismus, breite Entfaltung der Demokratie für alle Schichten der Werktätigen.

9. Arbeiterverwaltung in allen Fabriken, Werken und Betrieben auf der Grundlage breiter Demokratie.

10. Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, Hilfe für werktätige Einzelbauern. Die Regierung wird mit jeglichen Ungesetzlichkeiten, die in der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung und bei der Durchführung der Maßnahmen zur Ausnutzung der Anbauflächen verübt wurden, entschieden Schluß machen.

11. Gewährleistung der demokratischen Wahl der örtlichen Machorgane und der Revolutionsräte.

12. Unterstützung der privaten Kleinindustrie und des Handels in Stadt und Land.

13. Konsequente Entwicklung der nationalen ungarischen Kultur auf der Basis unserer fortschrittlichen Traditionen.

14. Die Ungarische Revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung hat im Interesse unseres Volkes, unserer Arbeiterklasse und unseres Heimatlandes an das Oberkommando der sowjetischen Truppen die Bitte gerichtet, unserem Volk zu helfen, die finsternen Kräfte der Reaktion und der Konterrevolution zu zerschlagen sowie das sozialistische Volksregime und die Ordnung und Ruhe in unserem Lande wiederherzustellen.

15. Nach der Herstellung von Ruhe und Ordnung in unserem Land wird die ungarische Regierung mit der Regierung der Sowjetunion und den anderen Teilnehmern des Warschauer Vertrages Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Truppen auf ungarischem Territorium aufnehmen.

Arbeiter! Werktätige Bauern! Geistesschaffende! Ungarische Offiziere und Soldaten!

Schließt Euch der Ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung an! Unterstützt den gerechten Kampf unseres Volkes! Verteidigt unsere volksdemo-

kratische Ordnung! Entwaffnet überall die konterrevolutionären Banden!

Organisierte Arbeiter! Schließt Eure Reihen um die Ungarische Revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung! Nehmt unverzüglich die Arbeit in allen Betrieben wieder auf!

Werk tätige Bauern! Verteidigt Euer Land, kämpft Hand in Hand mit Euren Arbeiterbrüdern für die gemeinsame Sache, für unsere volksdemokratische Ordnung!

Ungarische Jugend! Laßt Euch nicht irreführen. Euch wird nur die Volksdemokratie eine bessere, freie Zukunft bieten, verteidigt sie!

Ungarische Werktätige! Die erste Voraussetzung für die Verwirklichung Eurer berechtigten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bestrebungen ist die Verteidigung der volksdemokratischen Macht, die Wiederherstellung der Ordnung, die Wiederaufnahme der Produktion. Für all dies kämpft die Ungarische Revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung, und sie ruft zu diesem selbstlosen Kampf alle treuen ungarischen Patrioten auf.

Werk tätige! Ungarische Freunde! Auf unserer Seite sind Wahrheit und Gerechtigkeit!

Der Sieg wird unser sein!

Quelle: *Vorwärts* (Montag-Ausgabe *Neues Deutschland*), Nr. 43 vom 5. November 1956.

Botschaft Präsident Eisenhowers an Ministerpräsident Bulganin vom 4. November 1956 zur sowjetischen Intervention in Ungarn

Die Berichte, die mich heute aus Ungarn erreichten, haben mich mit tiefem Schmerz erfüllt.

Die Erklärung der Sowjetregierung vom 30. Oktober 1956, in der erneut die Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten dargelegt wurde, ist überall als ein Versprechen des baldigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus Ungarn verstanden worden. In der Tat gab die Sowjetregierung in dieser Erklärung zu, „daß das weitere Verbleiben der sowjetischen Truppeneinheiten in Ungarn Anlaß für eine noch größere Verschärfung der Lage sein kann“. Diese Feststellung war von der Regierung der Vereinigten Staaten und mir als ein wahrhaft staatsmännischer Akt angesehen worden. Ihr war dann das ausdrückliche Ersuchen der ungarischen Regierung um Abzug der sowjetischen Truppen gefolgt.

Wir sind infolgedessen unsagbar bestürzt über die offensichtliche Umkehrung dieser Politik. Besonders entsetzlich ist, daß diese erneute Anwendung von Gewalt gegen die ungarische Regierung und das ungarische Volk in einem Augenblick stattfand, in dem Verhandlungen zwischen Ihren Vertretern und denen der ungarischen Regierung über den Abzug der sowjetischen Truppen im Gange waren.

Wie Sie wissen, hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in einer Sondersitzung dieses Problem untersucht. Noch gestern nachmittag hat Ihr Vertreter vor dem Rat den Anschein erweckt, als führten die in Budapest stattfindenden Verhandlungen zu einer Uebereinkunft,

deren Ergebnis der Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn wäre, so wie er von der Regierung dieses Landes verlangt worden war. Nur unter diesen Umständen hat der Rat die Untersuchung dieser Angelegenheit vertagt.

Ich beschwöre Sie im Namen der Menschheit und des Friedens, daß die Sowjetunion unverzüglich die sowjetischen Truppen aus Ungarn zurückziehe und dem ungarischen Volk gestatte, die allen Völkern in der Charta der Vereinten Nationen garantierten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu erlangen und von ihnen Gebrauch zu machen.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen wird heute nachmittag in New York zu einer Sondersitzung zusammentreten, um diese tragische Situation zu erörtern. Ich hoffe, daß Ihr Vertreter dann in der Lage sein wird, der Versammlung anzukündigen, daß die Sowjetunion sich anschickt, ihre Truppen aus Ungarn zurückzuziehen und dem ungarischen Volke das Recht auf eine Regierung seiner eigenen Wahl zuzugestehen.

Dwight D. Eisenhower

Quelle: *New York Herald Tribune*, European Edition, vom 7. November 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Diese Botschaft hat Bulganin am 8. November mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß die darin berührten Fragen voll und ganz in die Kompetenz der Sowjetregierung und der ungarischen „Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung“ fielen.

Rede Präsident Titos zu den Ereignissen in Ungarn und im Mittleren Osten vom 11. November 1956*

Ich habe gestern den Wunsch geäußert, meinen Aufenthalt auf Brioni, solange ich noch in Behandlung bin, dazu auszunützen, zu Ihnen zu kommen und Ihnen meine Auffassung zu den internationalen Problemen, die heute sehr verworren sind, darzulegen.

Sie lesen die Zeitungen, aber in ihnen läßt sich nicht alles vorbringen und nach allen Seiten beleuchten, vor allem werden in den Zeitungen die Ursachen dessen nicht beleuchtet, was heute in Ungarn wie in Aegypten geschieht, wo es zu einer israelisch-französisch-englischen Aggression gekommen ist. Die Lage ist heute ziemlich

verworren, und wir können nicht sagen, daß keine gewisse Gefahr bestünde, daß es zu größeren Konflikten kommt, aber die friedliebenden Kräfte in der Welt, zu denen auch unser Land gehört, haben in den Vereinten Nationen gezeigt, daß sie durch ihren unbeirrten und unermüdlichen Einsatz die Möglichkeit eines internationalen Konfliktes verringern können, und haben bereits dazu

*) Ansprache vor einem Aktiv des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens aus Istrien im Hause der Jugoslawischen Volksarmee in Pula.

geführt, daß die Welt hoffen kann, daß der Friede dennoch erhalten bleibt.

Ich möchte vor allem auf das eingehen, was heute in Ungarn geschieht und was in Polen gewesen ist, damit wir eine genaue Vorstellung dieser Ereignisse haben können, die sehr kompliziert sind, besonders in Ungarn, wo es dazu gekommen ist, daß ein großer Teil der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Menschen mit der Waffe in der Hand auf den Straßen gegen sowjetische Streitkräfte kämpfte. Als die ungarischen Arbeiter und die fortschrittlichen Elemente mit Demonstrationen und dann mit ihrem Widerstand und mit bewaffneten Aktionen gegen die Rakosi-Methoden und die weitere Fortsetzung dieses Kurses begannen, da konnte man nach meiner festen Ueberzeugung nicht von konterrevolutionären Tendenzen sprechen. Man kann es als bedauerlich und tragisch bezeichnen, daß die Reaktion dort einen fruchtbaren Boden finden und allmählich die Dinge in ihr Fahrwasser abwenden konnte, wobei sie den berechtigten Aufstand, der in Ungarn ausgebrochen war, für ihre Zwecke ausnützte.

*Der Ursprung der Ereignisse in Polen und Ungarn***

Sie wissen im wesentlichen, welche Ursachen zu den Ereignissen in Polen und Ungarn geführt haben. Wir müssen bis zum Jahre 1948 zurückgehen, als Jugoslawien als erstes Land Stalin energischen Widerstand leistete und erklärte, es wolle unabhängig bleiben und wünsche, sich sein Leben und den Sozialismus nach den besonderen Verhältnissen im eigenen Lande aufzubauen, und gestatte niemandem, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen. Natürlich ist es damals nicht zu einer bewaffneten Intervention gekommen, denn Jugoslawien war einig. Da wir den Reaktionären ihre Hauptkraft im Volksbefreiungskrieg liquidiert hatten, konnten sie keine Provokationen verüben. Zum zweiten hatten wir eine sehr starke, einheitliche und in sich geschlossene kommunistische Partei, die in der Vorkriegszeit und während des Befreiungskrieges fest zusammengeschmiedet wurde, wir hatten auch eine starke und feste Armee, und was das wichtigste ist, wir besaßen eine Einheit des Volkes, die all das verkörperte.

Als die Wahrheit über unser Land gesiegt und der Zeitraum der Normalisierung der Beziehungen zu den Ländern eingesetzt hatte, die die Beziehungen zu uns nach der berühmten Resolution abgebrochen hatten, da äußerten die führenden Persönlichkeiten der östlichen Länder den Wunsch, wir möchten nicht mehr davon reden, was man uns angetan habe, wir möchten das Gewesene vergessen, und wir sind darauf eingegangen, nur damit die Beziehungen zu diesen Ländern möglichst bald wiederhergestellt würden. Aber Sie werden später sehen, daß es dennoch absolut notwendig ist, gewisse Leute daran zu erinnern, die heute wieder unser Land zu verleumden beginnen und die in den Ostländern, aber auch in einigen westlichen Ländern an der Spitze der kommunistischen Parteien stehen, sie daran zu erinnern, was sie in diesen vier bis fünf Jahren und auch noch länger gegen Jugoslawien getan haben, als Jugoslawien ganz allein Auge in Auge dem gewaltigen Propaganda-

Apparat gegenüberstand, als wir nach allen Seiten kämpfen mußten, um die Errungenschaften unserer Volksrevolution zu wahren, um das zu erhalten, was aufzubauen wir bereits begonnen hatten, die Grundlagen des Sozialismus, mit einem Wort, um den Schandfleck auszulöschen, den sie uns mit ihren Verleumdungen anhängen wollten, und um zu beweisen, wo die Wahrheit liegt. Wir müssen sie daran erinnern, wir müssen ihnen sagen, daß damals die gleichen Leute auf alle mögliche Weise unser Land beschuldigten, es sei faschistisch, wir seien Blutsäufer und wir vernichteten unser Volk, unsere Werktätigen stünden nicht auf unserer Seite und so weiter. Wir müssen sie daran erinnern, damit ihnen das wieder vor Augen steht und damit sie auch heute daran denken, wenn sie uns wieder die Schuld an den Ereignissen in Polen und Ungarn zuschieben wollen. Dieses perfide Bestreben geht von jenen eingefleischten stalinistischen Elementen aus, denen es in den verschiedenen Parteien gelungen ist, sich noch auf ihren Positionen zu halten, und die ihre Herrschaft wieder festigen und diese stalinistischen Tendenzen ihren eigenen Völkern, aber auch anderen aufzwingen möchten. Darauf werde ich später noch zurückkommen. Jetzt möchte ich Ihnen nur sagen, daß wir die heutigen Ereignisse in Ungarn im Lichte dieser ganzen Entwicklung sehen müssen.

Es geht nicht nur um den Personenkult, sondern auch um das System, das sein Entstehen ermöglicht hat

Wir haben unsere Beziehungen zur Sowjetunion auf deren Wunsch und Anregung normalisiert. Als Stalin starb, haben die neuen sowjetischen Staatsmänner erkannt, daß die Sowjetunion dank Stalins Verrücktheiten in eine sehr schwierige Lage und in eine Sackgasse geraten war, und zwar sowohl in der Außenpolitik als auch in der Innenpolitik, und ebenso auch in den übrigen Ländern der Volksdemokratie dadurch, daß sie sich als Papst aufspielte und ihre eigenen Methoden durchsetzte. Sie erkannten, wo die Hauptursache für alle diese Schwierigkeiten lag, und verurteilten auf dem XX. Kongreß Stalins Vorgehen und seine bisherige Politik. Sie faßten jedoch die ganze Angelegenheit fälschlich als eine Frage des Persönlichkeitskultes und nicht als eine des Systems auf. Der Persönlichkeitskult aber ist eigentlich das Produkt eines Systems. Sie bekämpften nicht das System, oder soweit sie es taten, geschah es mehr stillschweigend, wobei sie erklärten, im ganzen sei alles gut gewesen, nur habe Stalin in der letzten Zeit, eben weil er alt geworden sei, begonnen, nicht mehr ganz zurechnungsfähig zu sein und verschiedene Fehler zu machen.

Von Anfang an haben wir gesagt, daß es sich hier nicht nur um den Persönlichkeitskult handelt, sondern um ein System, das dessen Schaffung ermöglichte, und daß dort die Ursachen liegen, darauf müsse man immer wieder und unbeirrt einhämmern, und das sei das schwerste. Und worin liegen diese Ursachen? Im Bürokratenapparat, in der Form der Führung, im sogenannten Grundsatz der einheitlichen Leitung, in der Nichtachtung der Rolle und Bestrebungen der Werktätigen, in den verschiedenen Enver Hoxhas, Shehus und anderen Führern einiger westlicher und östlicher Parteien, die sich der Demokratisierung und den Beschlüssen des XX. Kongresses entgegenstemmen und die viel dazu beigetragen haben, daß sich Stalins System gefestigt hat, während

** Im Interesse einer besseren Uebersichtlichkeit des Textes sind die von der *Borba* eingesetzten Zwischenüberschriften in den deutschen Wortlaut übernommen worden.

sie heute daran arbeiten, ihn ins Leben zurückzurufen und wieder zur Herrschaft zu bringen. Dort liegen die Ursachen, und sie muß man berichtigen.

Die Moskauer Erklärung ist für einen größeren Kreis von Ländern außer Jugoslawien und der Sowjetunion bestimmt

Was uns angeht, so sind wir in den Beziehungen mit der Sowjetunion ziemlich weit vorangekommen. Wir haben diese Beziehungen verbessert und eine ganze Reihe von Wirtschaftsabkommen abgeschlossen, die für uns sehr nützlich sind, und zwar unter sehr günstigen Bedingungen. Es wurden auch zwei Erklärungen veröffentlicht, die eine in Belgrad und die andere in Moskau. Diese beiden Erklärungen müßten eigentlich eine Bedeutung nicht nur für unsere gegenseitigen Beziehungen, sondern auch für die Beziehungen zwischen allen sozialistischen Ländern haben. Leider aber wurden sie nicht so aufgefaßt. Man meinte, na schön, wenn die Jugoslawen so hartnäckig sind, dann werden wir diese Erklärungen achten und durchführen, aber die anderen gehen sie nichts an, denn dort ist immerhin die Lage etwas anders als in Jugoslawien. Jugoslawien ist ein organisierter und disziplinierter Staat, die Jugoslawen haben ihren Wert erwiesen, denn es ist ihnen in schwerster Stunde gelungen, sich zu halten und nicht zuzulassen, daß es zu einer Wiederherstellung des kapitalistischen Systems kommt. Sie sind also etwas anderes als ihr in den Ostländern, in denen wir euch an die Macht gebracht haben. Aber das ist falsch. Denn die gleichen Elemente, die 1948 einen solchen Widerstand Jugoslawiens hervorgerufen haben, leben auch in diesen östlichen Ländern, in Polen, in Ungarn und auch in anderen Ländern, in dem einen mehr, in den anderen weniger. Als wir in Moskau die Erklärung über unsere Parteibeziehungen, im wesentlichen über die Beziehungen zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der KP der Sowjetunion ausarbeiteten, ging das etwas schwerer. Wir konnten uns da nicht voll einigen, aber immerhin wurde eine Erklärung herausgegeben, die nach unserer Auffassung für einen breiteren Kreis bestimmt ist als nur für Jugoslawien und die Sowjetunion. Wir haben daran erinnert, daß diese Tendenzen, die früher in Jugoslawien einen so heftigen Widerstand hervorgerufen hatten, in allen Ländern bestehen und eines Tages auch in anderen Ländern zum Tragen kommen werden und daß sich das viel schwerer würde in Ordnung bringen lassen.

Sie wissen, daß Chruschtschow auf Urlaub hier war. Dabei haben wir uns auch hier unterhalten, noch viel mehr aber in Belgrad. Nachdem die Genossen Rankovic und Pucar und ich auf die Krim eingeladen waren, sind wir dorthin gefahren und haben die Gespräche fortgesetzt. Wir haben gesehen, daß die Angelegenheit in bezug auf andere Länder ziemlich schwer gehen würde, denn die sowjetischen Staatsmänner haben in bezug auf die anderen Länder eine andere Einstellung, weil bei ihnen eine gewisse falsche und defekte Ansicht über die Beziehungen zu diesen Ländern, gegenüber Polen, Ungarn und den anderen, herrschte. Aber wir haben das nicht so tragisch genommen, denn wir haben gesehen, daß das nicht die Haltung der gesamten Sowjetführung ist, sondern nur eines Teiles, der diese Haltung dem anderen Teil bis zu einem gewissen Grade aufgezwungen hatte. Wir haben gesehen, daß diese Haltung von den

Leuten aufgezwungen wurde, die ziemlich stark auf den Stalinschen Positionen standen und auch heute noch immer stehen, daß es aber noch immer Möglichkeiten gibt, daß in der Führung der Sowjetunion in einer inneren Evolution die Elemente siegen, die für eine kraftvollere und schnellere Entwicklung in Richtung auf eine Demokratisierung, für eine Aufgabe aller Stalinschen Methoden und für die Schaffung neuer Beziehungen unter den sozialistischen Staaten sind, und daß die Entwicklung in dieser Richtung auch in der Außenpolitik verlaufen wird. Aus gewissen Anzeichen, aber auch aus den Gesprächen haben wir gesehen, daß diese Elemente nicht schwach, sondern stark sind, daß aber dieser innere Prozeß einer Entwicklung in fortschrittlicher Richtung, in Richtung auf eine Aufgabe der Stalinschen Methoden, gestört wird, auch von seiten einiger westlicher Länder, die sich mit ihrer Propaganda und der unaufhörlichen Wiederholung, eine „Befreiung“ dieser Länder sei notwendig, in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einmischen und eine schnelle Entwicklung und Besserung der Beziehungen zwischen diesen Ländern stören. Denn die Sowjetunion ist der Ansicht, da diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten in der Rundfunkpropaganda, in der Entsendung von Material mit Ballons und ähnlichem einen ziemlich großen Umfang angenommen hat, daß es zu ungünstigen Folgen kommen könnte, wenn sie diese Länder völlig verließen und ihnen etwa den Status gäben, den Jugoslawien hat. Sie fürchten, daß es in diesen Ländern dann zu einem Sieg der reaktionären Kräfte kommen könnte. Das heißt mit anderen Worten, daß sie nicht genug Vertrauen in die inneren revolutionären Kräfte dieser Länder haben. Nach meiner Auffassung ist das falsch, und der Kern aller späteren Fehler liegt im unzureichenden Vertrauen in die sozialistischen Kräfte dieser Völker.

Jugoslawiens Wirken ist sehr positiv und nützlich

Als es zu dem Ihnen bekannten Fall in Posen kam, änderte sich plötzlich die Haltung der Sowjets gegenüber uns. Sie begannen, kühler zu werden. Sie meinten, wir Jugoslawen wären daran schuld. Ja, wir sind schuld, weil wir auf dieser Welt leben, weil wir nun einmal so beschaffen sind, weil wir ein solches Jugoslawien geschaffen haben, wie es heute existiert, weil es auch außerhalb unseres Landes wirkt. Selbst wenn wir es auch nicht gewollt hätten, so wirkt unser Land doch, und zwar sehr positiv und nützlich. Dank der Tatsache, daß in Polen trotz aller Verfolgungen und Stalinschen Methoden zur Vernichtung der Parteikräfte dennoch ein Kern mit Gomułka an der Spitze geblieben ist, der auf dem VIII. Plenum die Dinge in seine Hände zu nehmen und mutig einen neuen Kurs einzuschlagen vermochte, das heißt einen Kurs zur Demokratisierung, zur völligen Unabhängigkeit, aber mit guten Beziehungen zur Sowjetunion, der einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten einen entschlossenen Widerstand zu leisten vermochte, dank dieser Tatsache konnten in Polen die reaktionären Kräfte nicht zum Tragen kommen, die auf jeden Fall bestehen und die gehofft hatten, sie könnten in einem Konflikt unter den Kommunisten an die Oberfläche gelangen. Es ist dem reifen Verständnis und dem Verhalten der sowjetischen Staatsführung, die es rechtzeitig unterließ, sich einzumischen, zu verdanken, daß sich in Polen

die Dinge ziemlich stabilisiert und bis jetzt auch gut entwickelt haben.

Ich kann nicht sagen, daß diese positive Entwicklung in Polen, die der unseren sehr ähnlich ist, in den anderen Ländern des „sozialistischen Lagers“ irgendwelche Freude ausgelöst hätte. Nein, sie wird kritisiert, und zwar mehr im geheimen und im kleinen Kreis, aber bis zu einem gewissen Grade auch öffentlich. Bei diesen Ländern hat Polen nicht das gleiche Maß an Unterstützung gefunden wie bei den sowjetischen Staatsmännern, die einer solchen Haltung Polens zustimmten. Bei diesen verschiedenen führenden Leuten in einzelnen Ländern des „sozialistischen Lagers“, aber auch bei einigen kommunistischen Parteien im Westen hat Polen kein Verständnis gefunden, weil dort noch immer stalinistische Elemente sitzen.

Wenn in Frankreich dieser Afterprofessor der Geschichte einen Vortrag hält und sagt, Jugoslawien sei ein hinterhältiger Agent des Imperialismus, wenn in der KPF Leute sitzen, die in einer so tragischen und schweren Zeit ebenfalls mit einer so schweren Anschuldigung vor Hunderte und aber Hunderte von Menschen hintreten, kann das dann etwa eine Garantie dafür sein, daß sich die Sache des Sozialismus in der Zukunft richtig entwickeln wird? Nein. An solchen Ausfällen derartig unverantwortlicher und dekadenter Elemente sind die Leiter dieser Partei schuld. Oder, wenn zum Beispiel ein solcher Aftermarxist, wie Enver Hoxha, der nur Marxismus-Leninismus sagen kann und weiter kein Wort, einen Artikel über Jugoslawien schreibt, wobei er es nicht erwähnt, aber gegen Jugoslawien und Polen wettet und die Tendenzen eines eigenen Weges und einer eigenen Entwicklung entsprechend den besonderen Verhältnissen energisch verurteilt und sich sogar gegen das wendet, was Chruschtschow und die anderen sowjetischen Staatsmänner zugegeben haben, daß es nämlich spezifische Wege zum Sozialismus gibt. Ein solcher Typ wagt es nicht nur, Jugoslawien und noch ein anderes großes sozialistisches Land zu verleumden und gegen sie Stellung zu nehmen, sondern auch gegen die sowjetischen Staatsmänner selbst zu wettern. Diese stalinistischen Elemente glauben, es würden sich in der Sowjetunion Leute vom Stalinschen Schlag finden, die sie unterstützen, sich auf dem Buckel ihres Volkes zu halten. Das, Genossen, ist fatal.

Als wir in Moskau waren, wurde selbstverständlich auch über Polen und über Ungarn und andere Länder gesprochen. Wir haben gesagt, daß Rakosis Regime und Rakosi selbst keinerlei Voraussetzungen besäßen, den ungarischen Staat zu leiten und ihn zur inneren Einheit zu führen, sondern daß sie ihn vielmehr zu sehr schweren Folgen führen könnten. Leider haben uns die sowjetischen Genossen nicht geglaubt. Sie sagten, Rakosi sei ein alter Revolutionär und er sei anständig und so weiter. Daß er alt ist, das stimmt, aber das reicht nicht. Daß er anständig ist, könnte ich, soweit ich ihn kenne, besonders nach dem Raik-Prozeß und allen anderen Dingen, nicht bestätigen. Für mich sind das die am wenigsten anständigen Menschen auf der Welt. Die sowjetischen Genossen sagten, er sei klug, er werde Erfolg haben, und sie wüßten nicht, auf wen anders sie sich dort stützen könnten. Gerade weil unsere staatliche Politik und ebenso sehr auch unsere Parteipolitik gegen eine Einmischung in

die inneren Angelegenheiten anderer sind, und um nicht von neuem mit den sowjetischen Genossen in Konflikt zu geraten, haben wir uns bei den sowjetischen Staatsmännern nicht genügend dafür eingesetzt, ein solches Gespann, wie es Rakosi und Gerö sind, abzusetzen.

Gerö unterschied sich in nichts von Rakosi

Als ich nach Moskau fuhr, herrschte große Ueberraschung, warum ich nicht über Ungarn gefahren bin. Gerade wegen Rakosi wollte ich nicht über Ungarn reisen. Ich habe gesagt, ich würde nicht über Ungarn fahren, selbst wenn der Weg dreimal kürzer wäre. Als dort die Unzufriedenheit auch in den Reihen der Kommunisten immer stärker auszubrechen begann und als sie forderten, Rakosi solle gehen, da sahen die sowjetischen Genossen ein, daß es nicht mehr so weiter ginge, und waren damit einverstanden, ihn abzusetzen. Aber sie machten den Fehler, nicht zuzulassen, daß auch Gerö und die sonstigen Anhänger Rakosis, die sich beim Volk kompromittiert hatten, abgesetzt würden. Sie machten Rakosis Absetzung davon abhängig, daß Gerö im Amt bleiben müsse, und das war falsch, denn Gerö unterschied sich in nichts von Rakosi. Er führte die gleiche Politik und trug die gleiche Schuld wie Rakosi.

Was konnten wir nun tun? Wir sahen, daß die Dinge nicht gut gingen. Als wir auf der Krim waren, war „zufällig“ auch Gerö da, und wir trafen ihn „zufällig“. Wir sprachen mit ihm. Gerö verurteilte die bisherige Politik und sagte, sie sei falsch gewesen. Es sei falsch gewesen, daß man Jugoslawien verleumdet habe, kurz gesagt, er streute Asche auf sein Haupt und bat, wir möchten gute Beziehungen herstellen, wobei er versprach, er werde alle früheren Fehler wiedergutmachen und nicht mehr zum alten zurückkehren. Wir wollten beweisen, daß wir nicht rachsüchtig sind, daß wir nicht engherzig sind, und wir waren einverstanden, mit Gerö und einer Delegation der Partei der Ungarischen Werktätigen, die nach Jugoslawien kommen sollte, zu sprechen. Wir wollten Beziehungen zur Partei der Ungarischen Werktätigen herstellen, denn wir hofften, daß wir so, indem wir die ungarische Partei nicht isolierten, leichter auf deren richtige innere Entwicklung einwirken könnten.

Aber die Dinge waren schon ziemlich weit vorgeschritten, was wir nicht wußten, und Gerös Reise nach Jugoslawien und unsere gemeinsame Erklärung konnten nicht mehr helfen. Die Menschen in Ungarn waren absolut gegen die stalinistischen Elemente, die noch an der Macht waren; sie forderten deren Absetzung und den Uebergang zur Demokratisierung. Als die ungarische Delegation unter Gerö in die Heimat zurückkehrte, zeigte Gerö, als er in eine schwierige Lage gekommen war, wiederum sein früheres Gesicht. Er bezeichnete die Hunderttausende von Demonstranten, die damals noch Demonstranten waren, als Mob und beleidigte fast das gesamte Volk. Man muß sich vorstellen, wie groß seine Blindheit war und was für eine führende Persönlichkeit er ist. In einem so kritischen Augenblick, da alles kocht und das ganze Volk unzufrieden ist, da wagt er es, dieses Volk, zu dem in überwältigender Zahl, vielleicht auch in der Mehrheit, Kommunisten und Jugendliche gehörten, als Mob zu bezeichnen. Das reichte aus, um das Pulverfaß zu entzünden und zur Explosion zu bringen. Es kam zum Konflikt.

Es ist ein großer Fehler, dem Volk des eigenen Landes durch eine fremde Armee eine Lektion erteilen zu lassen

Es geht jetzt nicht darum zu untersuchen, wer den ersten Schuß abgefeuert hat. Gerö hat die Armee gerufen. Es war ein fataler Fehler, die Sowjetarmee zu einem Zeitpunkt zu rufen, da die Kundgebungen noch andauerten. Die Armee eines anderen Landes zu rufen, um dem Volk des eigenen Landes eine Lektion erteilen zu lassen, ist, selbst wenn es Schießereien gegeben hätte, ein großer Fehler. Das hat dieses Volk noch mehr aufgebracht, und so kam es zum spontanen Aufstand, in dem die Kommunisten, auch gegen ihren Willen, gemeinsam mit verschiedenen reaktionären Elementen standen. Die reaktionären Elemente mischten sich in diesen Aufstand ein und nützten ihn für sich aus. Gibt es dort nicht genug Horthy-Anhänger? Wer hat sie umerzogen? Sollte sie etwa Rakosi umerziehen? Wir alle wissen, daß Horthy starke faschistische Kräfte in Ungarn besaß, die „Pfeilkreuzler“, verschiedene andere reaktionäre Elemente, Anhänger von Ferencz Nagy und so weiter. Kurz gesagt, es gab dort eine große Anzahl von Leuten, die nicht für den Kommunismus sind, die nicht nur gegen Rakosi, sondern auch gegen den Sozialismus überhaupt sind. Und dies alles hat sich eingemischt. Diese reaktionären Kräfte haben es nicht gewagt, vorher den Kopf zu heben trotz allen Aufforderungen zum Aufstand von draußen, trotz der Hilfe, die sie aus dem Ausland bekamen, und sie hatten auch nicht die Kraft und die Courage, sich zu erheben, solange sie meinten, die Partei sei einig und fest gefügt. Sobald sie aber sahen, daß sich die Partei gespalten hatte und daß ein großer Teil der Parteimitglieder sich gegen Rakosis Clique und die Ueberreste aus der Vergangenheit erhob, da mischten sie sich sofort ein.

Sehr schnell, innerhalb von zwei bis drei Tagen, zeigten diese reaktionären Kräfte ihr wahres Gesicht. Da die damalige Führung in der allgemeinen Volksrevolte gegen alles, was man in der Vergangenheit getan hatte, nicht den Wunsch zeigte, die Elemente zu beseitigen, die das ungarische Volk zum Aufstand veranlaßt hatten, und einen echt ungarischen Weg der sozialistischen Entwicklung mit allen seinen inneren Besonderheiten einzuschlagen, nahmen die Dinge bald eine andere Richtung, und die Reaktion begann immer mehr zu dominieren. Dieser berechtigte Aufstand und diese Revolte gegen eine Clique wurde zu einem Aufstand des ganzen Volkes gegen den Sozialismus und gegen die Sowjetunion. Auch die Kommunisten, die in den Reihen des Aufstandes kämpften, fanden sich letzten Endes ungewollt im Kampf nicht für den Sozialismus, sondern für eine Rückkehr zum alten, sobald die Reaktion die Dinge in ihre Hand genommen hatte. Sie befanden sich gegen ihren Willen in einer solchen Lage.

Ließ sich das jetzt noch verhindern? Anscheinend war es schon zu spät. Wäre die Regierung Nagy energisch gewesen, hätte sie nicht bald nach der einen, bald nach der anderen Seite geschwankt, wäre sie energisch eingeschritten gegen die Anarchie und die Ermordung von Kommunisten durch reaktionäre Elemente, hätte sie der Reaktion entschlossenen Widerstand entgegengesetzt, dann hätten vielleicht die Dinge einen richtigeren Verlauf genommen, und vielleicht wäre es nicht zu einem Eingreifen der Sowjetarmee gekommen. Was aber tat

Nagy? Er rief das Volk zu den Waffen gegen die Sowjetarmee und appellierte an die westlichen Länder, sich einzumischen.

Im Westen wurde diese Intervention gewaltig ausgenützt. Ausgenützt haben sie die Imperialisten, die darauf brannten, Aegypten anzugreifen. Sie haben es gerade in dieser Phase der ungarischen Tragödie auch angegriffen, wobei sie hofften, die Sowjetunion werde stark engagiert sein und gegen diese Aggression nicht intervenieren können. In Ungarn kam es so zu einem erneuten Kampf. Die Sowjettruppen wurden verstärkt. Nagy floh, und es wurde eine neue Regierung gebildet. Ich kann Ihnen, meine Genossen, sagen, daß ich die Männer in der neuen Regierung kenne und daß sie nach meiner Auffassung das vertreten, was in Ungarn das Anständigste ist. Sie haben unter Rakosi gelitten, sie sind in den Gefängnissen gewesen, und sie sind wirklich für eine neue Entwicklung. Auch das von Kadar veröffentlichte Programm, das Sie gelesen haben, bestätigt das. Aber die sowjetische Intervention schwächt dieses ganze Programm, und die Regierung selbst befindet sich in einer sehr schweren Lage.

Zur sowjetischen Intervention in Ungarn

Es erhebt sich nun die Frage, ob die sowjetische Intervention notwendig war. Die erste war es nicht. Die erste Intervention, die auf Anforderung Gerös erfolgte, war absolut falsch. Der zweite Fehler lag darin, daß die verantwortlichen Männer, statt auf die zweite Intervention zu warten, nicht sofort alles taten, was sie später unternahmen, als es zur zweiten sowjetischen Intervention kam, das heißt, daß sie keine neue Regierung bildeten und keine Erklärung herausgaben. Hätten sie früher eine neue Regierung gebildet und eine solche Erklärung herausgegeben, dann hätten sich wahrscheinlich die Arbeiter und die kommunistischen Elemente von den reaktionären Elementen gelöst, und es wäre leichter gewesen, aus dieser kritischen Situation herauszukommen.

Ehe ich zur zweiten Intervention der Sowjettruppen übergehe, muß ich aussprechen, daß die Lage in Ungarn ein solches Ausmaß angenommen hatte. Sie haben darüber ja auch viel gelesen, daß man klar erkannte, es würde zu einem furchtbaren Blutvergießen, zu einem furchtbaren Bürgerkrieg kommen, in dem der Sozialismus völlig untergraben werden konnte und in dem es zu einem dritten Weltkrieg kommen konnte. Denn schon eine Einmischung vom Westen und eine erneute Machtübernahme durch die Horthy-Anhänger und die alte Reaktion hätte die Sowjetregierung nicht dulden können.

Was haben diese reaktionären Elemente getan? Ich habe bereits gesagt, daß sie sehr schnell ihr wahres Gesicht zeigten. Es war klar, daß sie auch in den Spitzen immer mehr um sich gegriffen hatten, sobald sie befohlen, daß man das Wort Genosse nicht mehr verwenden dürfe und die roten Sterne abnehmen müsse. Das erkannte man klar, sobald ein Kommunist nicht mehr sagen durfte, daß er Kommunist sei, denn sonst wäre es aus mit ihm gewesen, und man sah es auch daran, daß sie sie henkten. Wäre das ein Einzelfall gewesen und hätten sie einen von der Polizei gehenkt, den sie wegen seiner Schandtaten gut kannten, dann hätte man noch sagen können, es sei aus einer spontanen Revolte einer Gruppe von Menschen geschehen. Aber das war ein all-

gemeines Morden. In Sopron haben sie 20 Kommunisten gehenkt. Sie haben die Menschen auf den Straßen aufgegriffen und sie erschlagen, wenn sie braune Schuhe an hatten, weil auch die Polizei braune Schuhe trug. Danach sind sie in die Häuser eingedrungen und haben die Kommunisten erschlagen. Das hat der losgelassene faschistische und reaktionäre Mob getan.

Die Regierung Nagy hat nichts getan, um das zu verhindern. Sie jammerte ständig am Rundfunk und schrie um Hilfe, statt das zu bekämpfen und irgendwie den Willen zu zeigen, dem Mord an Kommunisten und fortschrittlichen Menschen entgegenzutreten. Statt dessen gab sie dieses Manifest, bzw. diese Erklärung heraus, in der sie den Warschauer Pakt aufkündigte, ihre Unabhängigkeit erklärte und so weiter und so weiter. Als ob das jetzt das Wichtigste wäre, als ob ihr Austritt aus dem Warschauer Pakt etwas bedeutete.

Viele Leute fragen jetzt, warum es zu der zweiten sowjetischen Intervention gekommen ist. Das ist klar. Wir haben stets gesagt und werden immer sagen, daß wir gegen eine Einnischung und gegen den Einsatz einer fremden Militärmacht sind. Was ist nun das kleinere Uebel? Entweder das Chaos, der Bürgerkrieg, die Gegenrevolution und ein neuer Weltkrieg oder das Eingreifen der Sowjettruppen, die dort standen? Das eine ist eine Katastrophe, das andere aber war ein Fehler. Und wenn das den Sozialismus in Ungarn rettet, dann werden wir, meine Genossen, sagen können, obgleich wir gegen eine Einnischung sind, daß die sowjetische Intervention notwendig war. Hätte man dort vorher alles unternommen, was nötig war, dann wäre es zu keinerlei militärischer Intervention gekommen. Zu diesem Fehler ist es deswegen gekommen, weil sie leider noch immer meinen, militärische Macht löse alles. Sehen Sie sich doch einmal an, wie leidenschaftlich sich ein unbewaffnetes und ein schlecht bewaffnetes Volk wehrt, wenn es das Ziel hat, sich frei zu machen und unabhängig zu sein. Es interessiert es überhaupt nicht mehr, wie diese Unabhängigkeit sein wird, ob im Lande die Bourgeoisie und das reaktionäre System wiederhergestellt werden, wenn es nur national unabhängig ist. Davon war sein Hirn ganz ausgefüllt. Selbstverständlich kann ich jetzt nur sagen, daß das erste das Schlimmste ist, was geschehen konnte, daß aber dieses andere, die Intervention der Sowjettruppen, auch schlecht ist, wenn sie aber dazu führt, daß der Sozialismus in Ungarn, das heißt der weitere Aufbau des Sozialismus in diesem Lande, und der Weltfrieden erhalten werden, dann wird dies eines Tages positiv werden, vorausgesetzt, daß sich die Sowjettruppen in dem Augenblick zurückziehen, da sich die Verhältnisse in diesem Lande ordnen und beruhigen.

Wir haben das den sowjetischen Genossen auch gesagt, wir haben kein Blatt vor den Mund genommen. Die sowjetischen Genossen haben gesagt, ihre Truppen würden dann gehen. Man muß bedenken, daß sich auch die Sowjetunion jetzt in einer schweren Lage befindet. Es ist ihnen jetzt wie Schuppen von den Augen gefallen, und sie sehen, daß dort nicht nur Horthy-Anhänger, sondern auch die Arbeiter aus den Fabriken und Bergwerken kämpfen, daß das ganze Volk kämpft. Mit schwerem Herzen und ungern gehen die Sowjetsoldaten. Darin liegt die Tragödie.

Nach meinen Ausführungen können Sie Fragen stellen, denn vielleicht habe ich einige Dinge nicht klar genug vorgetragen. Seien Sie nur von einem überzeugt, daß wir niemals den Rat gegeben haben, sie sollten mit der Armee eingreifen. Solche Ratschläge haben wir nie erteilt, und das konnten wir auch jetzt nicht tun, da sie in eine Krise geraten sind. In dieser schweren Lage können wir ihnen nichts anderes sagen, als daß sie daran denken müssen, daß die alten Fehler ausgebessert werden. Darum geht es. Es ist daher notwendig, bei uns die Stimmen zu unterdrücken, die in der sowjetischen Intervention einen reinen Interventionsakt sehen, das stimmt nicht. Davon bin ich, meine Genossen, fest überzeugt.

Ich bin fest überzeugt, daß das Blut, das in Ungarn geflossen ist, und jene furchtbaren Opfer, die das ungarische Volk gebracht hat, eine positive Wirkung haben und daß den Genossen in der Sowjetunion, sogar auch jenen stalinistischen Elementen, ein wenig ein Licht aufgeht und daß sie erkennen, daß man es so nicht mehr machen kann. So kann man es nicht mehr machen. Es ist unsere Tragödie, die Tragödie von uns allen zusammen, daß dem Sozialismus ein furchtbarer Schlag zugefügt wurde. Er ist kompromittiert. Aber haben nicht wir, meine Genossen, erinnern Sie sich, oft gesagt, daß solche Methoden den Sozialismus nur kompromittieren können? Das haben wir gesagt. Ich möchte nicht, daß wir uns jetzt ins Fäustchen lachen, uns freuen und sagen, das haben wir euch ja gesagt, daß das nicht gut ist.

Die Ereignisse in Ungarn werden wahrscheinlich die letzte Tragödie sein

Zu dieser Tragödie möchte ich eines sagen: Die verantwortungslosen Elemente in den verschiedenen kommunistischen Parteien, die sich mit Stalinschen Methoden noch an der Macht gehalten haben, bedeuten eine sehr schlechte Unterstützung für die Sowjetunion, wenn sie ihr raten, so zu verfahren, wie sie es für richtig halten. Ich glaube, daß es in allen diesen Parteien anständige Kommunisten gibt, die viel weiter blicken als diese verschiedenen Stalin-Anhänger. Sie blicken viel weiter. Und wenn sie wünschen, daß sich die Dinge dort bessern, nicht so wie in Ungarn, sondern auf friedliche kommunistische Art, dann müssen sie die negativen Dinge einer Kritik unterziehen und ein wenig auf die Stimme des Volkes, auf die Stimme der Parteimitglieder und der ganzen Bevölkerung hören. Denn wenn diese Propheten und Berater auch weiterhin so destruktiv wirken und es für angebracht halten, nur unser Land zu verleumden, nur weiterhin uns mit Schmutz zu bewerfen, dann wird selbstverständlich der Sozialismus noch schwerere Stunden durchmachen. Jugoslawien steht so fest auf seinen Füßen und hat bis jetzt schon so viele Schläge ausgehalten, daß es diese Verleumdungen von draußen nicht von seinem Weg abbringen werden. Auch wenn wir mit unserer inneren Entwicklung noch nicht voll zufrieden sind, uns aber bemühen werden, daß die Menschen möglichst zufrieden sind, so sind wir doch nun einmal so, und so werden wir auch bleiben, und noch mehr werden wir wirken, daß diese Propheten und Ratgeber keinen Erfolg haben mit ihren Bemühungen, den Prozeß aufzuhalten, der 1948 in Jugoslawien begonnen hat und jetzt in Polen weitergeht, noch daß sie ihn auf ein stalinistisches Gleis abschieben.

Ich habe einmal den sowjetischen Genossen gesagt, daß das geschehen wäre, auch wenn Stalin nicht gestorben wäre, daß das noch früher geschehen wäre, wenn er noch lebte. Sie haben das nicht bestritten. Wir können uns nicht das Recht nehmen, ihnen zu sagen, daß sie es so oder so machen müßten, wir können sie nur auf die falschen und negativen Ergebnisse hinweisen, zu denen das eine oder andere Vorgehen ihrerseits führen kann. Ich glaube, daß die Ereignisse in Ungarn wahrscheinlich die letzte Tragödie sein werden, die die sowjetischen Genossen und die führenden Männer in den anderen Ländern, die das noch nicht sehen, aufrütteln wird, alles zu tun, damit es nicht auch in anderen Ländern zu einer solchen Lage kommt, wie sie jetzt in Ungarn herrscht.

In einzelnen Ländern und Parteien Osteuropas sprechen manche führenden Leute davon, daß sich bei ihnen so etwas nicht ereignen werde, sie hätten eine starke Organisation, eine starke Armee, eine starke Polizei, ihre Mitgliedschaft sei bereits von allem unterrichtet, und sie würden die Dinge fest in der Hand halten. Das gleiche hat auch Gerö gesagt, das hat auch Rakosi gesagt, und was nützt es ihnen? Es nützt ihnen gar nichts, wenn sie nicht die Methoden ändern, die sie angewendet haben, und wenn das Volk eines Tages aufsteht. Sie haben seit 1948 gesät, und was sie gesät haben, ernten sie jetzt. Sie haben Wind gesät, und sie ernten Sturm.

Die Perspektiven der jugoslawischen Entwicklung und die nächsten Aufgaben

Die Ereignisse in Ungarn haben auch die verschiedenen Typen und Elemente, die es auch in unserem Lande gibt, ein wenig angeregt. Es sind nicht viele, aber sie faseln alles Mögliche. Einige wünschen sich ein gewisses Durcheinander, um etwas zu erobern. Ich habe nie gesagt, daß wir alle Ustaschas, Tschetniks und die verbohrten Vatikan-Anhänger beseitigt und umerzogen hätten. Ich habe immer gesagt, daß sie nur die Einheit des Volkes daran hindern wird, in unserem Lande irgend etwas zu versuchen und anzustellen. Mehr denn je ist heute die Einheit des Volkes und der Partei notwendig, aber nicht, weil wir uns fürchten, daß in unserem Lande etwas passieren könnte, denn Jugoslawien ist immerhin etwas anderes, als es Ungarn oder irgendein anderes Land war. Wir haben die Revolution mit Blut im Befreiungskrieg vollzogen, und wir haben unser Haus während der Revolution wirklich gut gesäubert. Solche Gefahren gibt es für uns nicht.

Ich will nicht sagen, daß unser Volk hundertprozentig zufrieden ist und daß bei uns alles ist, wie es sein soll. Ich selbst bin auch noch nicht zufrieden. Aber in Jugoslawien herrschen völlig andere Verhältnisse. Bei uns gibt es einen Ausblick, und die Werktätigen in unserem Lande schaffen mit jedem Tage mehr. Womit bin ich unzufrieden? Erinnern Sie sich, ich habe im vorigen Jahre ein Referat gehalten, in dem ich auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, den Kurs unserer Investitionspolitik zu ändern. Ich war fest überzeugt, daß unsere Männer, die die Wirtschaft leiten, das verstehen werden und daß wir wirklich unsere Aufmerksamkeit in erster Linie dem Lebensstandard unserer Menschen widmen werden. Eine gewisse Wandlung ist in dieser Hinsicht vollzogen, eine gewisse Stabilisierung auf dem Markt wurde erreicht, und das steile Ansteigen der Preise, das damals mit einer Inflation drohte, ist aufgehalten

worden. Dennoch ist nicht alles getan worden, was ich erwartet habe. Wir haben jetzt erneut beschlossen, noch energischer die Tendenz zu unterdrücken, nur zu bauen und zu bauen. Jetzt müssen wir darauf sehen, den Lebensstandard zu heben und die Verteidigung unseres Landes zu stärken. Diese beiden Dinge haben Vorrang, und wir werden uns um sie kümmern. Soviel wollte ich darüber sagen.

Nun möchte ich etwas von den verschiedenen Elementen sagen, die bei uns bestehen. Sie meinen: „Jetzt ist es in Ungarn zum Krach gekommen, dort kommen jetzt die Horthy-Leute, der Vatikan und die anderen, und nun ist auch die Gelegenheit für uns da.“ Jugoslawien wird nach ihrer Meinung wiederum beschnitten und eingekesselt, und dann würden sie darin leichter arbeiten können. Solche Elemente gibt es noch, aber ich sage, daß sie sich schwer täuschen. Denn wir haben keine 800 000 Mitglieder, wie mir Gerö sagte, daß sie sie in ihrer Partei hätten, worauf ich ihn etwas zweifelnd ansah, wir haben aber etwas über 600 000 Parteimitglieder, erprobte Menschen, die sich in der Revolution und im Kampf bewährt haben und die nicht in unsere Partei mit irgendwelchen Konjunkturritterfassungen und anderen Tendenzen gekommen sind, sondern auf ihren Schultern die Last des Aufbaus in unserem Lande tragen. Sie werden es immer verstehen, rechtzeitig jeden zu hindern, der versuchen sollte, in unserem Lande zu wühlen. Wir sind ein Land, in dem es einen Bund der Kommunisten gibt mit über 600 000 Mitgliedern und 7 000 000 Mitglieder im Sozialistischen Bund der Werktätigen.

Diese 7 Millionen Menschen sind bewußte Schöpfer des Sozialismus, sie haben ihr Programm, und sie kennen ihr Ziel. Diese 7 Millionen Menschen können immer ihr Wort in die Waagschale legen, wenn sie sehen, daß es nicht so weitergehen kann, wenn sie meinen, daß wir nicht mehr so große Mittel für den Kapitalaufbau aufwenden können, oder wenn das eine oder andere notwendig ist. Selbstverständlich hat niemand das Recht, weder ich noch unsere ganze Führung, sich einer solchen Forderung unserer Völker zu widersetzen, unser Land in dem Tempo aufzubauen, in dem man es heute kann. Wissen Sie, meine Genossen, wenn man sich täglich mit diesen Fragen herumschlägt, wenn man immer wieder sieht, daß die und die Fabrik, wenn man sie baute, morgen Ergebnisse brächte, die alles sofort besser machten, wenn man dann sieht, daß man nur ein paar Millionen an Investitionen mehr ausgeben müßte, die sofort soundsoviel Mehrproduktion erbrächten, wenn man nur diese Dinge sieht, dann verblaßt das andere, unser Mensch, ein wenig. Man sieht nur die Fabrik, aber nicht den Menschen.

Natürlich sind wir noch in einer schweren Lage. Wir haben im Außenhandel ein ziemlich großes Defizit, das noch immer größer wird, obgleich wir im vergangenen Jahre ziemlich gute Abkommen geschlossen haben, vor allem mit der Sowjetunion über eine große Anleihe zu sehr günstigen Bedingungen mit 2 Prozent Zinsen. Zweitens haben wir ein Abkommen über die Zahlung von Reparationen aus Deutschland abgeschlossen. Die Tschechen haben uns 100 Millionen Dollar gestrichen oder verrechnet, und mit Ungarn wird die Schuldenfrage im Einklang mit seinen Möglichkeiten gelöst werden. Durch alle diese Abkommen haben wir unsere Lage für den

Aufbau erleichtert. Schließlich haben wir Weizen und einige Rohstoffe im Werte von rund 100 Millionen Dollar von den USA auf Kredit bekommen. Unsere Lage ist nicht so schwer, wie sie manche darstellen möchten. Brot und Nahrungsmittel werden da sein. Der Markt ist bei uns etwas unorganisiert, denn die Leute kümmern sich zu wenig darum, daß er ordentlich versorgt wird, obgleich wir fast im ganzen Lande sehr gute Voraussetzungen dafür haben. Nehmen wir zum Beispiel nur Belgrad, in dessen Umgebung das Gebiet von Pancevo liegt, in dem ausgezeichnete Voraussetzungen für Gemüse bestehen. Es gibt viele Kreise und Gemeinden, in denen man gewaltige Mengen an Verbrauchsgütern für den Markt schaffen könnte, aber man schafft sie nicht. Heute schafft man zum Beispiel Gemüse aus Ljubljana nach Kopar. Was ist das für eine Politik, wo doch Kopar einmal Triest versorgt hat. Es gibt noch eine ganze Reihe solcher Dinge, die bei uns noch nicht gut sind.

Wir müssen die heutige Regierung Kadar unterstützen

Ich habe mich ein wenig vom Thema entfernt. Ich wollte Ihnen sagen, daß wir, wenn wir die heutige Entwicklung in Ungarn aus der Perspektive Sozialismus oder Gegenrevolution betrachten, die heutige Regierung Kadar unterstützen und ihr helfen müssen. Wir müssen ihr helfen, weil sie sich in einer sehr schweren Lage befindet. Wir müssen alle jene Elemente zurückdrängen, die heute verantwortungslos alle Schuld auf die Russen werfen. Ja, die sowjetischen Genossen tragen die Verantwortung, weil sie nicht früher die Fehler der Rakosi-Herrschaft erkannt und beseitigt haben, weil sie es nicht früher ermöglicht haben, daß die Leute herankommen, zu denen die Arbeiterklasse und das ganze Volk Vertrauen hatten, denn ein Staatsmann kann sich nicht einem Volke aufzwingen. Das ist etwas Unmögliches.

In Polen hat sich die Lage stabilisiert, aber sie ist nicht gerade so sicher. Dort wirken die gleichen Elemente, die gegen gute Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion sind. Wie Sie wissen, hassen diejenigen Polen, die reaktionäre Auffassungen haben, die Russen und die Sowjetunion. Man muß das polnische Volk von der Reaktion unterscheiden, die nicht nur die Sowjetunion, sondern auch den Sozialismus als solchen haßt. Denn die Arbeiterklasse und die Kommunisten in Polen haben einen weiten Horizont, einen weiten Gesichtskreis, und sie wissen, welche Unterstützung ihnen die Sowjetunion geben kann. Die Polen werden die Oder-Neiße-Grenze, die die Deutschen nie anerkannt haben, und deren Rückgabe sie fordern werden, zum Beispiel ohne die Unterstützung der Sowjetunion schwer verteidigen können. Mit einem Wort, hier sind gegenseitige Hilfe und Unterstützung notwendig.

Ebenso notwendig ist es, daß wir in engstem Kontakt mit der polnischen Regierung und Partei arbeiten und ihnen helfen, soviel wir können. Gemeinsam mit den polnischen Genossen werden wir gegen solche Tendenzen kämpfen müssen, die in den verschiedenen anderen Parteien in den Ostländern oder im Westen auftreten. Dieser Kampf wird schwer und langwierig sein, denn jetzt geht es wirklich darum, ob in den kommunistischen Parteien der neue Geist siegen wird, der in Jugoslawien seinen Ausgang genommen hat und für den in den Beschlüssen vom XX. Kongreß der KPdSU ziemlich viele Elemente geschaffen wurden. Es geht jetzt darum, ob dieser Kurs

oder ob wieder der Stalinsche Kurs siegen wird. Jugoslawien darf sich nicht in sich verschließen, es muß in allen Richtungen arbeiten, aber nicht, indem es diese Länder von innen heraus untergräbt, damit es dort zu negativen Ausschreitungen kommt, sondern auf ideologischem Gebiet, in Fühlungen und Gesprächen, damit ein neuer Geist siegt. Man darf nicht davor zurückschrecken, offen zu kritisieren, was in diesen Parteien nichts taugt. Sie haben den Artikel in der „Borba“ gelesen, der nach meiner Auffassung als erster Artikel nicht schlecht ist, aber er reicht auch nicht aus, und darüber wird man noch schreiben müssen. Es ist Ihre Pflicht als Kommunisten und führende Persönlichkeiten, die Sie draußen arbeiten, das unseren Mitgliedern zu erläutern. Ich glaube, daß Sie mit meinen Ausführungen einverstanden sind.

Ueber die Aggression auf Aegypten

Gestatten Sie mir, nun einige Worte zu der Aggression zu sagen, die auf Aegypten vollzogen wurde. Sie haben gelesen, wie wir in den Vereinten Nationen Stellung genommen haben, und Sie kennen die Erklärung, die ich zu dieser Aggression abgegeben habe, außerdem lesen Sie auch unsere Presse. Ich möchte nun etwas zurückgreifen. Als ich das erste Mal auf der Rückreise aus Indien mit Nasser zusammenkam, hat er mir genau alle seine Schwierigkeiten in Aegypten geschildert, das ein unentwickeltes Land ist, ohne Industrie, mit einem sehr niedrigen Lebensstandard und ohne irgendeine feste innere Organisation, ohne eine Partei, auf die er sich stützen könnte. Nasser sagte, die ägyptischen Staatsführer seien Soldaten, die die Macht übernommen hätten, um ihrem Volke zu dienen, um ihm die Freiheit zu geben und die Unabhängigkeit zu verteidigen. Als er alle diese Schwierigkeiten schilderte, erschienen sie uns in der Tat fast unüberwindbar. Später, beim zweiten Male, als wir in Aegypten in Kairo waren, haben wir wieder gesprochen und festgestellt, daß diese Schwierigkeiten gewaltig sind. Aber wir haben bemerkt, daß das Volk in diesem Lande begonnen hatte, zu erwachen, daß es begonnen hatte, ein Nationalbewußtsein zu entwickeln, das in ihm durch langjährige Besatzung und durch die französisch-englischen Kolonialaktionen bisher unterdrückt und eingeschläfert gewesen war. Wir haben gesehen, daß Nasser und seine Männer sich bei der Durchführung ihrer schweren Aufgaben auf das Volk stützen können, vorausgesetzt, daß Frieden herrscht.

Ich habe Nasser offen meine Befürchtungen ausgesprochen, daß ich kaum daran glaubte, die Imperialisten würden ihn in Frieden lassen, und er müsse darum daran denken, ihnen auch nicht durch den geringsten Anlaß die Möglichkeit zu geben, sich in die Angelegenheiten im Osten einzumischen. Selbstverständlich konnte ich ihm nicht in allen Einzelheiten sagen, was er tun muß, ich konnte ihn nur auf die Gefahr hinweisen, die heranreifen könnte. Ich habe ihm gesagt, er müßte wissen, daß die Imperialisten Leute ohne Skrupel seien, daß sie noch nicht auf ihre Bestrebungen verzichtet hätten, daß sie Aegypten, das in diesem Teil der Welt der stärkste Staat sei, für die imperialistischen und kolonialistischen Besitzungen in Afrika und Asien für das gefährlichste hielten und daß ein machtvoller Aufschwung und eine machtvolle Entwicklung die Imperialisten und Kolonialmächte in die Versuchung bringen könnte, Aegypten in den Be-

mühungen, sich weiterzuentwickeln, zu behindern. Unsere Auffassung war, und das habe ich Nasser auch gesagt, sie müßten zuerst von innen heraus erstarken, einen inneren politischen Organismus schaffen, eine starke und feste Armee aufbauen, sich wirtschaftlich weiterentwickeln und sich dabei bemühen, Kredite zu bekommen, wo immer sie könnten, und dem Volk etwas geben, damit es sofort etwas von der neuen Macht sehe und eine gewisse Besserung spüre. Das waren unsere Anregungen und Vorschläge, die sie sehr gern angenommen haben.

Schon bei der ersten Begegnung sagte uns Nasser, er werde eines Tages den Suezkanal nationalisieren müssen, denn Aegypten könne als unabhängiges Land nicht dulden, daß Ausländer auf seinem Gebiet bestimmten. Selbstverständlich haben sie ein volles Recht zur Nationalisierung, für die man nur den rechten Zeitpunkt auswählen mußte. Als die Nationalisierung des Suezkanals vollzogen war, kam es zu einer scharfen Reaktion der kolonialen Großmächte England und Frankreich, es kam zur Drohung mit einem bewaffneten Angriff, um die Nationalisierung zu verhindern. Aber dank den Vereinten Nationen wurde diese erste Kriegsdrohung verhindert. Es wurde beschlossen, zu verhandeln und das Problem auf friedliche Weise zu lösen. Trotzdem kam es zur überraschenden Aggression. Aegypten wurde zuerst von Israel angegriffen und dann von England und Frankreich. Die ganze Aggression war wahrscheinlich gemeinsam vorbereitet, und der Augenblick des Angriffs wurde ausgewählt, als es zu dem bedauerlichen Fall in Ungarn gekommen war. Ihnen war das Durcheinander in Ungarn nur willkommen, denn sie hatten sich bereits vorbereitet. England und Frankreich nützen Israel aus, um selbst einen Vorwand zu haben, auf Grund dessen sie behaupten könnten, sie müßten den Suezkanal sichern.

Israel hat sich als Instrument der Großmächte erwiesen

Das war die typischste Aggression, die sich in nichts von den einstigen klassischen Aggressionen der Kolonialmächte unterschied. Sie ist völlig die gleiche. Die Leute, die zu dieser Aggression geführt haben, schämen sich, glaube ich, heute, denn sie haben keinen Erfolg gehabt. Sie glaubten zunächst, Aegypten würde in einigen Tagen zusammenbrechen und Nasser stürzen, und außerdem herrsche in der Welt eine solche Psychose, daß sich niemand einmischen würde, daß sie die Organisation der Vereinten Nationen nicht verurteilen werde, weil sie in ihr die Mehrheit bekämen. Aber sie haben sich verrechnet. Das Gegenteil geschah. Aegypten brach nicht zusammen, obgleich es schwere Verluste erlitt, seine Armee schlug sich gut, und den Interventionisten gelang es nicht, den ganzen Kanal zu besetzen, auch wenn sie weiter noch immer wieder schießen. Das ägyptische Volk hat Nasser nicht gestürzt, wie es Eden erwartet hatte, in England selbst haben die Anhänger der Labour-Partei sehr energisch gegen die Aggression und die Regierungspolitik Stellung genommen. Bei den Vereinten Nationen verurteilte die überwältigende Mehrheit diesen Akt der Aggression, und nunmehr ist die Aufstellung einer internationalen Polizei für Aegypten im Gange, für die auch wir unser Kontingent angeboten haben. Die Ägypter haben nämlich selbst darum gebeten, und wahrscheinlich werden auch wir unser Kontingent Truppen entsenden.

Israel hat dieses Mal gezeigt, daß es ein Instrument der Großmächte war und als solches eine Gefahr für den

Frieden darstellt. Es stimmt, daß bei den Arabern eine leidenschaftliche Abneigung gegen Israel besteht, weil aus diesem Teil der Welt fast 1,5 Millionen Araber vertrieben wurden, die heute unter furchtbar schweren Verhältnissen leben. Aegypten und die anderen arabischen Länder wollten keinen Frieden schließen noch eine Garantie geben, daß sie Israel als Staat achten würden, sie haben es also nicht anerkannt. Sie erkennen es auch heute nicht an, aber das gibt Israel nicht das Recht, mit einer Aggression zu beginnen. Das gibt ihnen keinesfalls ein solches Recht, wie es die Engländer und die anderen darstellen möchten. Ob die Araber Israel anerkennen werden, hängt sehr viel von den friedlichen Verhandlungen ab, es hängt davon ab, daß man sie überzeugt, daß man die noch ungelösten Probleme löst, die seit dem Waffenstillstand ständig in der Luft schwebten. Das tragischste nach meiner Auffassung ist hier, daß sich die französischen Sozialisten mit Schande bedeckt haben und daß sie sich wiederum als die treuesten Diener jener Kreise gezeigt haben, die sich bemühen, die alten klassischen Formen des Kolonialismus um jeden Preis zu halten. Diesen Schandfleck werden sie nie von ihrem Antlitz tilgen können. Mit der Aggression gegen Aegypten wollten sie nicht nur die Algerien-Frage lösen, sondern auch noch in den anderen Ländern des Mittleren Ostens auf ihre Kosten kommen. Sie glaubten, daß dieser Konflikt auf andere arabische Länder übergreifen und damit ihre Kolonialpositionen stärken würde. Die Engländer meinten, sie würden nach der Besetzung des Suezkanals im Osten fester stehen, sie würden nach der Unterwerfung Aegyptens ihre Interessen im Mittleren Osten sichern können. Es ist tragisch, daß diese Aggression die Unterstützung der Mehrheit unter den Abgeordneten im französischen Parlament erhielt. Nur die Kommunisten und ein Teil der Sozialisten waren dagegen. Das ist sehr tragisch.

Und das zwingt uns, vorsichtig zu sein. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Träger der sogenannten westlichen Demokratie, Frankreich und England, nur mit den Worten für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie sind, daß sie aber in Wahrheit Brandherde sind, die zur äußersten Reaktion und zu aggressiven Unternehmen führen können, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet. Ich bin überzeugt, daß das unglückliche französische Volk eines Tages gerade für diese Politik, die die französischen Sozialisten mit Guy Mollet an der Spitze führen, wird büßen müssen.

Wir wollten den Franzosen in der algerischen Frage helfen. Wir haben Nasser gesagt, wir seien der Ansicht, daß es für die Franzosen schwer wäre, aus Algerien hinauszugehen, und daß es gut wäre, in einer Union zwischen Frankreich und Algerien eine Lösung zu finden. Als wir in Frankreich waren, haben wir das auch den französischen Staatsmännern gesagt. „Statt jeden Tag 1 Milliarde Franken für die Armee auszugeben, die ihr in Algerien unterhältet, gebt die Hälfte dieser Summe für die Hebung des Lebensstandards der Menschen, für den Bau von Straßen und anderen Objekten, und das algerische Volk wird nichts gegen euch haben, es wird nicht dagegen sein, mit Frankreich in einer Union zu leben. Statt täglich 1 Milliarde Franken auszugeben, und das sind 30 Milliarden monatlich, wäre es besser, wenn ihr diesen Weg beschritten.“ Einige französische Staatsmänner gaben zu, daß es so sei, während die anderen

sagten, Frankreichs Prestige stehe in Frage. Da haben sie jetzt ihr Prestige! Mit Schande bedeckt haben sie sich in der ganzen Welt. Die ganze Welt verurteilt den Akt der französischen Regierung, den Akt der Aggression.

Jugoslawiens Wirken in den Vereinten Nationen

Die Dinge sind noch nicht bereinigt, noch ist nicht klar, in welcher Richtung sie sich bewegen und wieweit sie gehen werden. Ich zweifle daran, daß die ganze Angelegenheit mit der internationalen Polizei glatt gehen wird. Die Engländer werden wahrscheinlich wollen, daß auch ein Teil ihrer Armee als Polizei in Aegypten bleibt, was sowohl nach dem Statut der Vereinten Nationen als auch deswegen unmöglich ist, da sie die Aggressoren sind. Sie können nicht in Aegypten bleiben. Damit wäre Aegypten nie einverstanden, und auch kein anständiger Mensch könnte damit einverstanden sein. Sie können noch immer irgendeinem Vorwand finden, um ihr aggressives Unternehmen fortzusetzen. Etwas verwirrt und zum Nachdenken gezwungen hat sie die Tatsache, daß sich die sowjetische Regierung in dieser Frage stärker engagiert hat.

Mehr denn je zuvor müssen wir alle unsere Kräfte heute darauf ausrichten, den Frieden zu erhalten. Jugoslawien wirkt sehr aktiv und positiv in den Vereinten Nationen. Wir werden unsererseits alles tun, um den Frieden zu erhalten. Die überwältigende Mehrheit der Völker wünscht keinen Krieg. Wenn irgend jemand in der Welt den Frieden schätzt, dann sind es, glaube ich, unsere Völker, die ihn wünschen, um in Frieden ein besseres Leben aufbauen zu können. Wir haben genug durchgemacht, wir haben im letzten und in den anderen Kriegen genug Blut vergossen, um allen Grund zu haben, mit allen unseren Kräften dafür zu kämpfen, daß der

Weltfrieden erhalten bleibt. Aber das ist jetzt über unsere Grenzen hinausgegangen.

Unser Land ist einig, fest und stark gefügt. Es geht nur darum, daß wir das Leben unserer Menschen soviel wie möglich verbessern. Uns sind unsere Einheit, dieses feste Gefüge und die Kaltblütigkeit, die Betrachtung der schwersten Ereignisse in der Welt ohne jegliche Nervosität und ein kühles Urteil wichtig. Wir dürfen nicht zulassen, daß die verschiedenen Typen, die verschiedenen Elemente, alles Mögliche faseln. Die Menschen von unten herauf, aus dem Volke, müssen sie zum Schweigen bringen und verhindern, daß sie Zwietracht säen.

Wenn Ihnen irgend etwas unklar ist, so stehen wir Ihnen immer zur Verfügung, immer können wir Ihnen erläutern, um was es geht. Natürlich gibt es manchmal Dinge, die sich nicht sagen lassen. Glauben Sie nicht, daß auch ich heute alles gesagt habe, denn das habe ich nicht tun können. Eines aber kann ich Ihnen sagen, daß auch das, was ich Ihnen nicht gesagt habe, größte Bedeutung hat, daß es in hohem Maße positiv ist. Jugoslawien spielt heute in der Welt eine Rolle, und man rechnet mit ihm. Damit es auch weiterhin diese positive Rolle spielen kann, meine ich, daß wir die konsequente Politik fortsetzen müssen, die wir bisher geführt haben, und daß wir uns die Stärke erhalten müssen, die wir heute haben.

Das habe ich Ihnen sagen wollen, ich habe nur in kurzen Zügen und in den größten Konturen die wichtigsten Dinge vorgebracht, von denen ich meinte, daß sie Ihnen bei der Erläuterung der Dinge und bei der Arbeit draußen nützlich sein könnten.

Quelle: *Borba* (Belgrad) vom 16. November 1956. Uebersetzung der Presse- und Kulturabteilung der Jugoslawischen Botschaft, Bonn.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Oktober 1956

Die Ereignisse in Europa*

Deutschland

16. Auf Vorschlag des Bundeskanzlers entbindet der Bundespräsident die Bundesminister Theodor Blank, Waldemar Kraft, Dr. Fritz Neumayer und Dr. Hermann Schäfer von ihren Ämtern und ernennt den Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates, Dr. Hans Joachim von Merkatz, gleichzeitig zum Bundesminister der Justiz, den bisherigen Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Prof. Dr. Siegfried Balke, zum Bundesminister für Atomfragen und den bisherigen Bundesminister für Atomfragen, Franz-Josef Strauß, zum Bundesminister für Verteidigung. Der Bundeskanzler beauftragt den Bundesminister für Atomfragen, Prof. Dr. Balke, bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen.
17. Arbeitstagung des Ministerrates der Europäischen Verkehrsminister-Konferenz in München. (Ein Bericht wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)
21. In einer außenpolitischen Rede auf einer Kundgebung der Jungen Union in Dortmund erklärt Bundeskanzler Konrad Adenauer, daß eine Verständigung des deutschen Volkes mit einem freien Polen absolut möglich und sogar wahrscheinlich sei. Die Entwicklung in Polen stärke seine Hoffnung, daß es eines Tages in Europa wieder zu Frieden und Freiheit für alle Völker kommen werde. Kein Mensch in der Bundesrepublik denke daran, die Differenzen mit Polen durch Gewalt zu lösen.
- 22.—24. Staatsbesuch des österreichischen Bundeskanzlers, Dr. Julius Raab. In einem gemeinsamen Kommuniqué vom 24. Oktober wird mitgeteilt, daß in freimütigem Meinungsaustausch aktuelle Probleme der internationalen Politik und beide Länder gemeinsam berührende Fragen erörtert worden seien. Dabei habe Bundeskanzler Adenauer erneut festgestellt, daß die Haltung der Bundesregierung gegenüber Österreich auf der Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit, Eigenstaatlichkeit und Neutralität beruhe.
25. Der Staatspräsident von Costa Rica, José Figueres, trifft zu einer zwölfägigen Reise durch die Bundesrepublik ein. Der Besuch des Präsidenten gilt in erster Linie deutschen Regierungs-, Wirtschafts- und Finanzkreisen.
Das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front der DDR beschließt die Bildung eines deutschen Rates zur Vorbereitung der Wiedervereinigung, dem neben Walter Ulbricht, Dr. Johannes Dieckmann, Dr. Hans Loch u. a. auch Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik angehören sollen. Der Rat ist mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für die Annähe-

rung der beiden deutschen Staaten und die schrittweise Ueberwindung der Spaltung Deutschlands beauftragt.

26. Bundeskanzler Adenauer nimmt auf einer Kundgebung in Hannover zu den Ereignissen in Polen und Ungarn Stellung und drückt dabei seine Hoffnung aus, daß sie der Regierung der Sowjetunion eine Mahnung und Lehre sein würden. Die bisher von der Sowjetunion verfolgte Gewaltpolitik werde sich letztlich einfach als nicht durchführbar erweisen. Der Bundeskanzler bekennt sich zu einer „Politik der Stärke“, die absolut nicht einer „Politik der Gewalt“ gleichzusetzen sei. Adenauer appelliert an die Sozialdemokratie, angesichts der Ereignisse in Osteuropa ihre außenpolitische Haltung zu revidieren und sich der Linie der CDU anzunähern.
27. In einer Diskussion im Fernsehfunk der DDR erklärt Ministerpräsident Grotewohl, daß die von verschiedenen Seiten gewünschte Liberalisierung der Volksvertretungen die Restaurierung des Kapitalismus bedeuten würde; eine solche Politik werde er nicht machen. Grotewohl wendet sich energisch gegen einen Wechsel in der Zusammensetzung der Regierung.

Frankreich

- 16.—17. Der britische Premierminister, Sir Anthony Eden, trifft in Begleitung von Außenminister Selwyn Lloyd in Paris mit Ministerpräsident Mollet und Außenminister Christian Pineau zusammen. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird berichtet, daß insbesondere die Lage im Mittleren Osten erörtert und die zukünftige gemeinsame Politik der beiden Regierungen vereinbart wurde.
19. Die am 15. Oktober aus der Radikalsozialistischen Partei (Parti Républicain Radical et Radical-Socialiste) ausgeschiedene Gruppe gründet unter dem Namen „Parti Radical-Socialiste“ eine neue Partei. Generalsekretär ist André Morice. Dem provisorischen Vorstand gehören Henri Queuille, André Marie und andere Deputierte und Senatoren an.
- 20.—21. Die Außenminister der Mitgliedstaaten der Montanunion treffen sich in Paris zur Diskussion der Euratom-Gemeinschaft und des Gemeinsamen Marktes. Der belgische Außenminister, Paul Henri Spaak, berichtet über den Stand der Arbeiten der Regierungskonferenz in Brüssel, die mit der Vorbereitung der Verträge betraut ist. In einem Kommuniqué wird festgestellt, daß, wenn auch über zahlreiche Punkte Einvernehmen bestehe, doch gewisse Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien, welche die Konsultierung der Regierungen erforderlich machen.
23. Ministerpräsident Mollet gibt vor der Nationalversammlung bekannt, daß vor der algerischen Küste das Schiff „Athos“ mit Waffen für die Aufständischen an Bord aufgebracht worden sei. Die Vernehmung der Besatzung habe ergeben, daß das Kriegsmaterial von der ägyptischen Armee geliefert worden sei. Aus

*) Vgl. hierzu auch die in der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats für Oktober.

diesem Grunde sei der Botschafter in Kairo abberufen und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angerufen worden.

Der marokkanische Ministerpräsident, *Si Bekkai*, und Außenminister *Ahmed Balafrej* treffen in Paris mit Ministerpräsident *Mollet* zusammen, wobei sie gegen die am Vortage durchgeführte Verhaftung von fünf Führern der algerischen Aufständischen protestieren und deren Freilassung fordern. *Mollet* lehnt dies ab. (Vgl. Algerien.)

30. Die französische und die britische Regierung richten um 17.30 Uhr ein auf zwölf Stunden befristetes Ultimatum an Aegypten und Israel, in welchem die sofortige Einstellung der Kriegshandlungen, die Räumung einer Zehnmeilen-Zone beiderseits des Suezkanals und die Erlaubnis für die vorübergehende Besetzung der Städte Port Said, Ismailia und Suez durch britische und französische Truppen gefordert wird.

Ministerpräsident *Guy Mollet* begründet vor der Nationalversammlung das an Aegypten und Israel gerichtete Ultimatum. Mit 380 gegen 191 Stimmen bei 15 Enthaltungen gibt die Nationalversammlung nach kurzer Debatte ihre Zustimmung.

Großbritannien

18. Sir *Walter Monckton* tritt als Verteidigungsminister zurück. Zu seinem Nachfolger wird *Anthony Head* ernannt.
19. Der Rat der Vereinigung der Suezkanal-Benutzer beschließt, den bisherigen dänischen Generalkonsul in New York, *Eyrind Bartels*, zum Administrator zu ernennen. Ueber die Zahlung der Kanalgebühren an die Vereinigung wird keine Uebereinstimmung erzielt.
23. Der französische Außenminister, *Christian Pineau*, weilt zu Besprechungen mit Premierminister *Eden* und Außenminister *Selwyn Lloyd* in London.
30. Der französische Außenminister, *Christian Pineau*, trifft zu Besprechungen über die gemeinsame Intervention der britischen und französischen Regierung in Aegypten in London ein.
Vor dem Unterhaus gibt Premierminister *Eden* bekannt, daß die britische und französische Regierung ein Ultimatum an Aegypten und Israel gerichtet hätten. (Vgl. Frankreich.)
31. Debatte des Unterhauses über die britisch-französische Intervention in Aegypten. Der Sprecher der Labour Party, *Hugh Gaitskell*, unterzieht das Vorgehen der Regierung einer scharfen Kritik. Seine Bitte um 48stündigen Aufschub der Aktion, um die Entscheidung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen abzuwarten, wird von Außenminister *Selwyn Lloyd* abgelehnt. Das Haus erteilt dem Beschluß der Regierung mit 270 gegen 218 Stimmen der Labour Party und der Liberalen die Zustimmung.

Italien

18. In Trient wird der fünftägige Kongreß der Christlich-Demokratischen Partei beendet. Bei den Wahlen zum Nationalrat der Partei erringt die Liste *Iniziativa Democratica* unter Parteisekretär *Amintore Fanfani* 40 von 60 Sitzen. In einer abschließenden Resolution nimmt der Kongreß zu den Bemühungen um

eine Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien Stellung und erklärt, die Partei könne mit den wiedervereinigten Sozialisten nur zusammenarbeiten, wenn sie alle Beziehungen zu totalitären Parteien abbrechen würden.

Jugoslawien

22. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen, *Ernö Gerö*, beendet seinen am 15. Oktober begonnenen Besuch. In einer gemeinsamen Erklärung wird mitgeteilt, daß er mit Präsident *Tito* und anderen führenden Mitgliedern des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens Besprechungen über die Beziehungen der beiden Parteien geführt habe.
- 22.—28. Verhandlungen zwischen einer Delegation der Rumänischen Kommunistischen Partei unter Leitung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees, *Cheorghiu-Dej*, und Präsident *Tito* über die Beziehungen der kommunistischen Parteien der beiden Länder. In einer gemeinsamen Erklärung nach Abschluß der Besprechungen wird die Auffassung der beiden Parteien bekräftigt, daß die Methoden zur Errichtung des Sozialismus in den einzelnen Ländern verschieden sein können.

Luxemburg

27. Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Regelung der Saarfrage, des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Luxemburg über die Schiffbarmachung der Mosel, des Vertrages zwischen Frankreich und Luxemburg über die an Luxemburg zu zahlenden Entschädigungen und des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über den Ausbau des Oberrheins. An der Unterzeichnung nehmen die Außenminister *Joseph Bech* (Luxemburg), *Heinrich von Brentano* (Bundesrepublik Deutschland) und *Christian Pineau* (Frankreich) sowie die Botschafter Belgiens, der Niederlande und Italiens in Luxemburg teil.

Oesterreich

23. Die Bundesregierung richtet an die Regierung der Sowjetunion einen Appell, in dem diese ersucht wird, am Abbruch der Kampfhandlungen und an einer Beendigung des Blutvergießens in Ungarn mitzuwirken. Die österreichische Regierung trete für eine Normalisierung der Verhältnisse in Ungarn ein, damit durch die Wiederherstellung der Freiheit im Sinne der Menschenrechte der europäische Friede gestärkt und gesichert werde.

Polen*

16. Auf einer Sitzung des Landwirtschaftsausschusses des Parlaments teilt der Ausschußvorsitzende, *Marian Jaworski*, mit, daß die Bauern in sehr großer Zahl Austrittsgesuche aus den Kolchosen einreichen. Allein in zwei Woiwodschaften seien 2000 Anträge gestellt worden.

*) Einzelheiten zu den Ereignissen in Polen in dem Beitrag „Die nationale Komponente in der Kommunistischen Entwicklung Polens“ auf S. 9317 dieser Folge.

19. Sowjetische Land- und Seestreitkräfte verlassen ihre Garnisonen und besetzen strategisch wichtige Punkte in Polen.
Auf der VIII. Sitzung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei teilt der Erste Sekretär, Edward *Ochab*, mit, daß eine Delegation des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unter Leitung von Parteisekretär *Chruschtschow* in Warschau eingetroffen ist. Die Sitzung wird unterbrochen, um führenden Mitgliedern der Partei, darunter *Wladyslaw Gomulka*, Gelegenheit zu Gesprächen mit den sowjetischen Politikern zu geben. Am 20. Oktober hält *Wladyslaw Gomulka* vor dem ZK eine Rede über die politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes. (Vgl. den Wortlaut auf Seite 9369 dieser Folge.) Am 21. Oktober wählt das Zentralkomitee in geheimer Abstimmung *Wladyslaw Gomulka* zum ersten Sekretär des ZK und zum Mitglied des Politbüros.
28. Kardinal *Stefan Wyszynski* übernimmt wieder sein Amt als Primas der Katholischen Kirche von Polen.

Sowjetunion

- 17.—30. Staatsbesuch des afghanischen Ministerpräsidenten, *Sardar Mohammed Daud*. Nach Abschluß der Besprechungen wird eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der die beiden Länder sich zu den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und der Konferenz von Bandung bekennen. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sollen weiter gefestigt werden.
19. Ministerpräsident *Bulganin* richtet an Präsident *Eisenhower* ein Schreiben, in dem er unter Anspielung auf Äußerungen demokratischer Politiker während des Wahlkampfes in den USA die Einstellung aller Kernwaffenversuche vorschlägt. In seiner Antwort vom 21. Oktober weist Präsident *Eisenhower* den Vorschlag in scharfer Form als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten zurück.
22. Die Regierung beantwortet die Note und das Memorandum der deutschen Bundesregierung zur Wiedervereinigung vom 7. September 1956. (Der Wortlaut der sowjetischen Antwort wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs wiedergegeben werden.) Am 26. Oktober werden die gleichlautenden Noten Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten

- Staaten vom 10. Oktober unter Beifügung der Note an die deutsche Bundesregierung beantwortet.
30. Die Regierung veröffentlicht eine grundsätzliche Erklärung über die Beziehungen der Sowjetunion zu den osteuropäischen Staaten. (Vgl. den Wortlaut auf Seite 9388 dieser Folge.)
31. In einer Erklärung protestiert die Sowjetregierung gegen die „aggressiven Handlungen Englands, Frankreichs und Israels“ gegen Ägypten, die unvereinbar mit den Prinzipien und Zielen der Organisation der Vereinten Nationen seien.

Türkei

25. Der spanische Außenminister, *Alberto Martin Artajo*, trifft zu Besprechungen mit Präsident *Celal Bayar* und Ministerpräsident *Adnan Menderes* ein. Vor Journalisten erklärt er, der Besuch diene dem Zweck, die Freundschaft zwischen zwei streng antikommunistischen Ländern zu stärken.

Ungarn*

23. Nachdem an den Vortagen Tausende von Studenten verschiedener Universitäten ihren Austritt aus der kommunistischen Jugendorganisation erklärt und in Resolutionen die Einsetzung von *Imre Nagy* als Ministerpräsidenten gefordert haben, bricht nach einer Großkundgebung in Budapest ein offener Aufstand aus, der sich unter Teilnahme von Armeeeinheiten rasch über das ganze Land ausbreitet.
24. Sowjetische Truppen werden zum Kampf gegen die Aufständischen in Budapest eingesetzt. *Imre Nagy* wird Ministerpräsident.
25. *Janos Kadar* wird als Nachfolger von *Ernö Gerö* Erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen.
27. Umbildung des Kabinetts *Nagy*.
30. Ministerpräsident *Imre Nagy* bildet ein engeres Kabinett, dem auch Vertreter der Partei der Kleinen Landwirte, der Nationalen Bauernpartei und der Sozialdemokratischen Partei angehören. *Nagy* sagt die Abhaltung freier Wahlen unter Beteiligung aller nach 1945 zugelassenen Parteien zu. Die ungarischen Streitkräfte stellen den Kampf gegen die Aufständischen ein.
31. Die sowjetischen Truppen verlassen Budapest. Der katholische Fürstprimas von Ungarn, Kardinal *Josef Mindszenty*, wird wieder in sein Amt eingesetzt.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Ägypten

19. Gegenüber Pressevertretern erklärt Präsident *Gamal Abdel Nasser*, er sei bereit, in Genf mit dem britischen Premierminister und dem französischen Ministerpräsidenten zusammenzukommen, wenn er zu der Ansicht gelange, daß damit eine friedliche Lösung des Suezkonfliktes gewährleistet würde.
21. Der indische Staatsminister *Krishna Menon* veröffentlicht in Kairo, wo er zu Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung weilt, einen indischen Vermittlungsvorschlag, der eine Zusammenarbeit zwischen der ägyptischen Suezkanalbehörde und einer umgestalteten Vereinigung der Suezkanal-Benutzer vorsieht, wobei jede Erhöhung der Gebühren von

der Zustimmung der Benutzer abhängig sein soll. Ägypten soll Berater der Organisation der Vereinten Nationen zulassen und jährlich den Vereinten Nationen Bericht erstatten.

29. Israelische Truppen überschreiten im Angriff die ägyptische Grenze nach Westen und stoßen an den folgenden Tagen bis 16 km ostwärts Ismailia und bis El Arisch am Mittelmeer vor. Die um Gaza konzentrierten ägyptischen Truppen werden abgeschnitten.
30. Präsident *Gamal Abdel Nasser* erklärt dem britischen Botschafter und dem französischen Geschäftsträger,

* Einzelheiten zum Ablauf der Ereignisse in Ungarn in dem Beitrag auf S. 9337—9354 dieser Folge.

daß Aegypten das britisch-französische Ultimatum (vgl. Frankreich) ablehne.

Präsident *Nasser* richtet persönliche Briefe an Präsident *Eisenhower*, Ministerpräsident *Bulganin*, Präsident *Tito* und Ministerpräsident *Jawaharlal Nehru*. Der Inhalt wird nicht bekanntgegeben.

31. Britische und französische Luftstreitkräfte beginnen nach Ablauf des Ultimatums mit der Bombardierung von Flugplätzen und anderen militärischen Zielen.

Algerien

17. Französische Marine-Einheiten bringen vor der algerischen Küste das Schiff „Athos“ auf, das aus Aegypten stammende Waffen für die algerischen Aufständischen transportierte.
22. Auf dem Flug von Marokko nach Tunesien wird ein Flugzeug mit fünf Führern der algerischen Aufständischen an Bord nach Algerien umgeleitet. Die fünf Algerier werden verhaftet.
29. Ministerresident *Robert Lacoste* gibt in einer Rundfunkansprache einen Appell des Ministerpräsidenten *Guy Mollet* an die algerischen Aufständischen bekannt, in welchem sie aufgefordert werden, die Waffen niederzulegen. Mollet verspricht die Abhaltung allgemeiner, gleicher und geheimer Wahlen zur Nationalversammlung ohne Diskriminierung der Eingeborenen. Anschließend soll gemeinsam ein Grundgesetz für Algerien ausgearbeitet werden, das allen Völkern Algeriens eine Koexistenz und Zusammenarbeit unter der Französischen Republik als Schiedsrichter sichern werde.

Marokko

28. Das bisherige Koalitionskabinett tritt zurück. Ministerpräsident *Si Bekkai* bildet eine neue Regierung, der neben acht Angehörigen der Istiqlal-Partei sieben unabhängige Minister angehören.
29. Beendigung der am 8. Oktober begonnenen Internationalen Tanger-Konferenz. Die Botschafter Frankreichs, der Vereinigten Staaten, Spaniens, Portugals, Belgiens, Italiens und der Niederlande unterzeichnen eine gemeinsame Erklärung, die den bisherigen internationalen Status von Tanger und alle diesbezüglichen Rechtsakte aufhebt. Marokko wird Rechtsnachfolger der bisherigen internationalen Verwaltung. Die wirtschaftliche Sonderstellung des Territoriums soll im wesentlichen in einem zukünftigen Gesetz des Sultans aufrechterhalten bleiben.

Tunesien

23. Konferenz des Sultans *Mohammed* von Marokko mit dem tunesischen Ministerpräsidenten, *Habib Bour-*

guiba, und ungenannten algerischen Vertretern in Tunis. Die „Konferenz der drei Länder des Maghreb“ befaßt sich insbesondere mit einer Koordinierung der Algerienpolitik. In einer gemeinsamen marokkanisch-tunesischen Note wird gegen die Verhaftung der fünf algerischen Politiker durch Frankreich (vgl. Algerien) scharf protestiert. Die beiden Länder beufen ihre Botschafter in Paris ab.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

28. Präsident *Eisenhower* richtet zwei dringende persönliche Botschaften an den israelischen Ministerpräsidenten, *David Ben Gurion*, in denen er sich gegen etwaige militärische Aktionen Israels wendet.
30. Angesichts des Einmarsches israelischer Truppen in Aegypten fordert Präsident *Eisenhower* den britischen Premierminister und den französischen Ministerpräsidenten in dringenden persönlichen Botschaften auf, von einer Gewaltanwendung im Mittleren Osten abzusehen.
31. Präsident *Eisenhower* nimmt in einer Rundfunkansprache zu der Entwicklung in Osteuropa und im Mittleren Osten Stellung. Er sagt, die Vereinigten Staaten seien bereit, den Ländern Osteuropas ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsform wirtschaftlich zu helfen, wenn sie als Staaten frei seien. Frankreich und Großbritannien seien bei ihrem bewaffneten Angriff auf Aegypten in einem Irrtum befangen. Ihr Verhalten sei kaum mit den Grundsätzen und Zielen der Vereinten Nationen zu vereinbaren.

ASIEN

Israel

28. Die Regierung gibt die Teilmobilisierung der Armee bekannt.
29. In einer Erklärung des Außenministeriums wird festgestellt, daß israelische Truppen die ägyptische Grenze überschritten haben, um die Stützpunkte und Basen der ständigen Angriffe der ägyptischen Armee und der „Fedayan-Kommandos“ zu zerstören.
30. Die israelische Regierung erklärt sich bereit, das britisch-französische Ultimatum (vgl. Frankreich) anzunehmen.

Jordanien

22. Bei den Parlamentswahlen erhalten die gegen das britisch-jordanische Bündnis eingestellten politischen Gruppen 25 von 40 Sitzen des Parlaments. Aus diesen Gruppen bildet *Suliman Nabulsi* eine neue Regierung, in der er auch das Außenministerium übernimmt.

Die Organisation der Vereinten Nationen

26. In New York wird nach Abschluß der Atomenergie-Konferenz das Statut über die Schaffung der Internationalen Atomenergie-Behörde durch die Vertreter von 70 Staaten unterzeichnet.
30. Der Sicherheitsrat befaßt sich mit der Lage im Mittleren Osten. Ein amerikanischer Resolutionsentwurf, der Israel auffordert, ägyptisches Gebiet sofort zu verlassen, und alle Mitglieder der Vereinten Nationen ersucht, sich jeder Gewaltanwendung und -androhung zu enthalten, wird nicht angenommen, da Großbritannien und Frankreich als ständige Ratsmitglieder gegen den Antrag stimmen. Australien und Belgien enthalten sich der Stimme.
31. Auf jugoslawischen Antrag beschließt der Sicherheitsrat angesichts der Lage im Mittleren Osten gegen die Stimmen Großbritanniens und Frankreichs bei Enthaltung Belgiens und Australiens die Einberufung einer Sondersitzung der Vollversammlung.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. November 1956*

Die Ereignisse in Europa**

Deutschland

2. Vor der Volkskammer der DDR verliest Ministerpräsident Otto Grotewohl eine Regierungserklärung zur gegenwärtigen politischen Lage. Darin heißt es u. a., daß eine etwaige Demokratisierung nicht in eine Liberalisierung und damit eine Restaurierung des Kapitalismus ausarten dürfe. Die Regierung werde energisch allen Versuchen aus der Bundesrepublik entgegenzutreten, Kontaktaufnahmen zwischen beiden Teilen Deutschlands für den Kampf gegen die Arbeiter- und Bauernmacht und zur Untergrabung der staatlichen Ordnung auszunutzen. Wer nur Fühlung mit der Bevölkerung der DDR, nicht aber mit der Regierung suche, sei offenbar nicht an einer ehrlichen Verständigung interessiert.
3. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, erklärt in einer Rundfunkansprache an die Bevölkerung der DDR, die Ereignisse in Polen und Ungarn hätten trotz aller Verschleierungsversuche der Regierung der DDR ein starkes Echo in der Bevölkerung gefunden. Er mahnt jedoch die Deutschen in der Zone dringend, nicht ungeduldig zu werden.
8. In einer Sondersitzung gedenkt der Deutsche Bundestag des ungarischen Freiheitskampfes. Bundeskanzler Adenauer verliest eine Regierungserklärung, in der festgestellt wird, daß die Vorgänge in Ungarn dem deutschen Volke und der ganzen freien Welt eine erschütternde Lehre erteilt hätten. Die Bundesregierung bedauere auch die kriegerischen Handlungen im Mittleren Osten und könne sie nicht billigen. Die Ereignisse der letzten Wochen hätten die Richtigkeit der von der Bundesregierung eingeschlagenen politischen Linie, nämlich die energische Förderung des europäischen Zusammenschlusses und der atlantischen Gemeinschaft, bestätigt. Während die Sprecher aller Fraktionen sich in der Beurteilung der Lage in Ungarn einig sind, weichen die daraus gezogenen Folgerungen der Fraktionen der SPD und FDP von denen der CDU, FVP und DP ab. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Wilhelm Melles, und der Vorsitzende der FDP, Thomas Dehler, fordern von der Bundesregierung eine Neuorientierung im Sinne einer Politik der Entspannung. Die Wiedervereinigung Deutschlands könne nicht erreicht werden, wenn die Bundesrepublik Mitglied der Nordatlantikpakt-Organisation und der Westeuropäischen Union bleibe.
14. Der Bundespräsident ernennt auf Vorschlag des Bundeskanzlers den Abgeordneten Ernst Lemmer (CDU) zum Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen.

*) Ueber die Ereignisse im Mittleren Osten wird das Europa-Archiv in der nächsten Folge ausführlich berichten.

**) Vgl. hierzu auch die in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarates für November.

15. Auf einer Pressekonferenz erklären der ägyptische Botschafter, Ahmed Abdel Razek, und der syrische Gesandte, Ibrahim Istuany, daß die arabischen Staaten die Hilfe von Freiwilligen nicht annehmen werden, da nach der Einstellung der Feindseligkeiten keine Notwendigkeit mehr dazu bestehe. Die Erklärung wird gleichzeitig im Namen der diplomatischen Vertreter von Irak, Libanon, Jemen, Sudan und Jordanien abgegeben.

Frankreich

6. Auf Grund einer am 26. September ergangenen Einladung führt Bundeskanzler Adenauer mit Ministerpräsident Guy Mollet Besprechungen, in denen, wie es in einem gemeinsamen Communiqué heißt, angesichts der außergewöhnlichen weltpolitischen Situation eine eingehende Ueberprüfung der internationalen Lage vorgenommen wird. In einer „Atmosphäre gegenseitiger vertrauensvoller Offenheit“, wird weiter mitgeteilt, hätten die beiden Regierungschefs den dringenden Wunsch nach einer unverbrüchlichen Solidarität zwischen den europäischen Ländern ausgesprochen. Außerdem seien auch die Euratom-Gemeinschaft und der Gemeinsame Markt Gegenstand der Erörterungen gewesen.
- Ministerpräsident Guy Mollet teilt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mit, daß die französischen Streitkräfte in Aegypten um 24 Uhr ihr Feuer einstellen werden.
- Ministerpräsident Guy Mollet beantwortet das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Bulganin, vom 5. November (vgl. Sowjetunion).
8. Vor der Außenpolitischen Kommission der Nationalversammlung berichtet Außenminister Christian Pineau über die Vorgeschichte und den Verlauf der militärischen Intervention in Aegypten. Auf Grund von israelischen Mitteilungen, daß Israel beabsichtige, einem ägyptischen Angriff vorzuzukommen, sei bei der Zusammenkunft zwischen Premierminister Eden und Ministerpräsident Mollet am 17. Oktober die Möglichkeit einer Intervention erörtert worden. Die israelischen Truppen seien jedoch schneller als erwartet am Suezkanal angekommen, so daß bis zur alliierten Intervention eine „militärische Lücke“ entstanden sei.
13. Auf einer Pressekonferenz erklärt der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, General Alfred Gruenther: „Ob Raketenwaffen zur Verfügung stehen oder nicht, steht hier nicht zur Diskussion. Sollten sie aber verwendet werden, so würden sie die Fähigkeit der NATO-Streitkräfte nicht beeinträchtigen, Vergeltung zu üben. ... Die Sowjetunion würde dann zerstört werden.“
15. Der auf der Tagung des Ministerrates der OEEC vom 17. bis zum 19. Juli einberufene Ministerausschuß

zur Untersuchung der konjunktur- und währungs-politischen Lage (vgl. den Bericht in EA 16/1956, Seite 9113 bis 9116) tritt erstmalig zusammen. Es werden die bisherigen Maßnahmen der einzelnen Regierungen kritisch untersucht und besprochen. Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* erklärt, die Bundesrepublik als wichtigstes Gläubigerland der EZU sei, um Störungen des Gleichgewichts zu vermeiden, bereit, die Importe durch weitere Zoll-senkungen und Liberalisierungsmaßnahmen zu erleichtern, die Nachkriegsschulden an Großbritannien und Frankreich vorzeitig zurückzuzahlen und einen weiteren Teil der deutschen Weltbankquote freizugeben. Die Minister kommen außerdem überein, in den dringenden Fragen der westeuropäischen Erd-ölversorgung gemeinsam innerhalb der OEEC vor-zugehen.

Großbritannien

3. Aus Protest gegen die Politik der Regierung im Mittleren Osten tritt der Staatsminister im Außen-ministerium, Anthony *Nutting*, zurück; am 8. No-vember vollzieht der Unterstaatssekretär im Schatz-amt, Sir Edward *Boyle*, den gleichen Schritt.
6. Premierminister Sir Anthony *Eden* gibt im Unter-haus bekannt, daß Großbritannien sich in einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Na-tionen, Dag *Hammar-skjöld*, bereit erklärt habe, um 24 Uhr das Feuer in Aegypten einzustellen*. Gleich-zeitig verliert er die Antwort auf einen Brief, den er am 5. November von Ministerpräsident *Bulganin* erhalten hat.

Jugoslawien

15. Veröffentlichung einer Rede von Präsident *Tito*, die dieser am 11. November vor dem Parteikongress in Pula gehalten hat und in der er eingehend zur jüngsten Entwicklung in Osteuropa Stellung nimmt. (Vgl. den Wortlaut auf Seite 9391 dieser Folge.)

Polen

4. Der Erste Sekretär des ZK der Polnischen Vereinig-ten Arbeiterpartei, Wladyslaw *Gomulka*, beantwortet in einer Schlußansprache auf der Landeskonferenz des Aktivs der Partei Fragen über die jüngsten Er-gebnisse in Ungarn. Dabei sagt er, wenn man auch die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates ablehnen müsse und das Volk und die Arbeiterklasse über die Entwicklung des Landes entscheiden müßten, so sei es doch erforder-lich, politischer Realist zu sein.
10. Die Regierung gibt bekannt, sie sei bereit, eine Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten anzunehmen, wenn diese keine Kontrollrechte über Verwendung der Lieferungen innerhalb Polens fordern.
13. Das Parlament genehmigt die folgenden Umbesetzun-gen im Kabinett: Verteidigungsminister an Stelle von Marshall Konstantin *Rokossowski* wird General-leutnant Marian *Spychalski*, neuer Minister für Volksbildung wird Wladyslaw *Bienkowski*, neuer Gesundheitsminister Dr. Rajmund *Baranski* und neuer Schiffsverkehrsminister Dr. Stanislaw *Darski*. Die Funktionen des zurückgetretenen Ministers für das Bauwesen, Eugeniusz *Szyr*, übernimmt einstweilig Wladyslaw *Kopec* als stellvertretender Minister.

Schweiz

6. Bundespräsident Markus *Feldmann* richtet an Präsi-dent *Eisenhower*, Ministerpräsident *Bulganin*, Mi-nisterpräsident Guy *Mollet*, Premierminister Sir Anthony *Eden* und Premierminister Jawaharlal *Nehru* ein Telegramm, in dem er angesichts der kritischen Weltlage eine Konferenz auf höchster Ebene vor-schlägt und die guten Dienste der Schweiz für die Vorbereitung und Veranstaltung der Konferenz an-bietet. Premierminister *Nehru* gibt am 7. November seine Zustimmung. Präsident *Eisenhower* teilt am 10. November mit, er glaube, daß dem gemeinsamen Interesse am besten durch eine Behandlung der ver-schiedenen Probleme im Rahmen der Vereinten Na-tionen gedient sei. Ministerpräsident *Bulganin* sagt am 11. November zu. Am 15. November antwortet Premierminister *Eden*, daß er zwar bereit sei, zur Beilegung der Krise jederzeit zu einer Konferenz zu kommen, doch sei es erforderlich, daß alle Ein-geladenen den Zeitpunkt für angebracht halten.

Sowjetunion

2. Abschluß des am 22. Oktober begonnenen Staats-besuchs einer belgischen Delegation unter Leitung von Ministerpräsident Achille *van Acker*. Nach dessen Abreise hatte der belgische Außenminister, Paul Henri *Spaak*, die Delegationsleitung übernommen. Er unterzeichnet mit Außenminister Dimitri T. *Schepilow* ein gemeinsames Kommuniqué.
4. Die Sowjetregierung übermittelt den Botschaften Frankreichs und Großbritanniens eine gleichlautende Note, in welcher gegen die Sperrung des Seegebiets um den Suezkanal protestiert wird.
Veröffentlichung eines gemeinsamen syrisch-sowjeti-schen Kommuniqués über den am 31. Oktober be-gonnenen Staatsbesuch des syrischen Präsidenten, Schukri *el Kuwatli*. Darin wird festgestellt, daß die Besprechungen mit den führenden sowjetischen Poli-tikern in einer Atmosphäre herzlicher Freundschaft ein gemeinsames Bekenntnis zu den Prinzipien der Vereinten Nationen und der Konferenz von Bandung ergeben hätten. In der Erklärung wird weiter fest-gestellt, daß die flagrante Aggression Israels, Frank-reichs und Großbritanniens gegen Aegypten eine grobe Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und die Bombardierung Aegyptens eine von der ganzen Welt verurteilte verbrecherische Handlung darstelle. Auch die militärischen Operationen gegen das algerische Volk stünden im Gegensatz zur Hu-manität und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker.
5. Botschaft des Ministerpräsidenten *Bulganin* an Prä-sident *Eisenhower*, in der ein gemeinsames sowje-tisch-amerikanisches Eingreifen in Aegypten vor-geschlagen wird.
Botschaften von Ministerpräsident *Bulganin* an den britischen Premierminister, Sir Anthony *Eden*, und den französischen Ministerpräsidenten, Guy *Mollet*, in denen unter Erwähnung von Fernlenk Waffen die feste Entschlossenheit der Sowjetunion unterstrichen wird, „durch Einsatz von Gewalt die Aggressoren zurückzuschlagen“. In einer ähnlichen Note an den israelischen Ministerpräsidenten, David *Ben Gurion*, wird außerdem die Abberufung des sowjetischen Botschafters mitgeteilt.

6. Die Festrede anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution hält der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail A. Suslow. Er sagt, bei aller nationalen Verschiedenheit seien vier Grundsätze gemeinsam für alle sozialistischen Länder notwendig: 1. Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse; 2. Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Bauern und übrigen Werktätigen; 3. Abschaffung des Privateigentums an Industriebetrieben, Banken, Versicherungen, öffentlichen Verkehrsmitteln und den sonstigen Produktionsmitteln, und damit notwendigerweise Zentralverwaltungswirtschaft; 4. Schutz der sozialistischen Errungenschaften gegen die ehemaligen Ausbeuter. Suslow feiert „den Sieg der ungarischen Werktätigen über die Konterrevolution“.
10. Die Agentur TASS veröffentlicht ein Kommuniqué, in dem erklärt wird, daß sich zahlreiche Freiwillige für einen Einsatz auf der Seite Ägyptens gemeldet hätten und daß die Sowjetregierung die Ausreise dieser Freiwilligen gestatten würde, falls Großbritannien, Frankreich und Israel ihre Truppen nicht aus Ägypten zurückziehen.
15. In Botschaften an den britischen Premierminister, Sir Anthony Eden, den französischen Ministerpräsidenten, Guy Mollet, und den israelischen Ministerpräsidenten, David Ben Gurion, gibt Ministerpräsident Bulganin seiner Befriedigung über die Feuereinstellung in Ägypten Ausdruck und fordert die drei Länder zum Schadenersatz an Ägypten auf.

Ungarn*

4. In allen Teilen Ungarns treten sowjetische Truppen zum Angriff an. Der erbitterte Widerstand des ungarischen Volkes wird in blutigen Kämpfen erstickt. Unter sowjetischem Schutz bildet der Erste Sekretär des ZK der kommunistischen Partei, Janos Kadar, eine „Revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung“. Der Volksaufstand wird als passiver Widerstand und Generalstreik fortgesetzt.
14. Janos Kadar verspricht einer Delegation von Arbeiterräten freie Wahlen. Da er die ebenfalls geforderte Wiedereinsetzung von Ministerpräsident Nagy ablehnt, wird der Generalstreik fortgesetzt.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Ägypten

2. Die durch israelische Truppen eingekreiste Garnison von Gasa kapituliert.
5. Britische Truppen landen bei Port Said.
6. Port Said wird von britischen Truppen genommen. Leichte Verbände stoßen bis 2 km nördlich El Kantara vor. Französische Truppen besetzen Port Fuad. Um 24 Uhr stellen die britischen und französischen Truppen das Feuer ein.
11. Nach Verhandlungen mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, gibt die Regierung bekannt, daß sie alle erforderlichen Garantien für die Wahrung der Souveränität Ägyptens erhalten habe und daher dem Einsatz der internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen zustimme.
15. Die ersten Einheiten der Internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen landen auf einem Flugplatz in der Nähe von Ismailia.
Durch ihren Botschafter in Bonn läßt die Regierung bekanntgeben, daß sie nach der Feuereinstellung keine Hilfe ausländischer Freiwilliger mehr annehmen werde. (Vgl. Deutschland.)

AMERIKA

Vereinigte Staaten

4. In einer Botschaft an Ministerpräsident Bulganin verlangt Präsident Eisenhower den sofortigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte in Ungarn. (Vgl. den Wortlaut auf S. 9391 dieser Folge.)
5. Präsident Eisenhower beantwortet in einer öffentlichen Erklärung die Botschaft von Ministerpräsident Bulganin vom gleichen Tage und lehnt den darin enthaltenen Vorschlag eines gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Eingreifens im Mittleren Osten ab. Die Vereinigten Staaten würden es für ihre Pflicht halten, sich jedem Einmarsch neuer Streitkräfte zu widersetzen.

6. Präsident Eisenhower wird mit 35 100 000 Stimmen als Präsident wiedergewählt. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Adlai E. Stevenson, erhält 25 428 000 Stimmen. Bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus erhalten die Demokraten 232 (bisher 230) Sitze und die Republikaner 203 (bisher 203) Sitze. Im Senat bleibt die Sitzverteilung unverändert: 49 Demokraten, 47 Republikaner.
8. Die amerikanischen Land-, Luft- und Seestreitkräfte werden in den Alarmzustand versetzt.
14. Auf einer Pressekonferenz nimmt Präsident Eisenhower zur möglichen Entsendung sowjetischer Freiwilliger in den Mittleren Osten Stellung und erklärt, die Vereinigten Staaten würden sich einer solchen Aktion im Rahmen der Vereinten Nationen widersetzen. Es würde von den Umständen abhängen, was man unternehme.
15. Die Regierung gibt bekannt, daß sie gegen die Verwendung amerikanischen Kriegsmaterials durch Großbritannien und Frankreich im Mittleren Osten protestiert habe, weil das Material auf Grund bilateraler Verträge ausschließlich für die Verteidigung des Gebietes der Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakt bestimmt sei.

ASIEN

Volksrepublik China

7. Radio Peking gibt bekannt, daß sich 250 000 Chinesen zum freiwilligen Einsatz in Ägypten gemeldet hätten.

Indien

- 12.—14. Konferenz der Premierminister Jawaharlal Nehru (Indien), S. W. Bandaranaike (Ceylon) und der Ministerpräsidenten Dr. Ali Sastroamidjojo (Indonesien) und U Ba Swe (Burma) in Delhi. In einer gemein-

*) Einzelheiten zum Ablauf der Ereignisse in Ungarn in dem Beitrag auf S. 9337—9354 dieser Folge.

samen Erklärung verurteilen die Konferenzteilnehmer das weitere Verbleiben fremder Truppen in Ägypten. Gleichzeitig sprechen sie sich für einen schnellen Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn aus, damit das Volk frei über seine Regierungsform entscheiden könne.

Irak

9. Radio Bagdad gibt bekannt, daß die Regierung künftig mit Großbritannien als Mitglied des Bagdadpaktes nicht mehr zusammenzutreffen wünsche.

Israel

8. In einer Botschaft an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, teilt Außenminister Golda Mayer mit, daß die israelischen Streitkräfte vom ägyptischen Gebiet zurückgezogen werden sollen.

Libanon

15. Nach einer zweitägigen Konferenz in Beirut drohen die Könige *Ibn Saud* von Saudi-Arabien, *Hussein* von Jordanien und *Faisal* von Irak, die Präsidenten *Schukri el Kuwatli* (Syrien) und *Camille Chamoun* (Libanon) sowie Ministerpräsident *Mustafa Ben Halim* (Libyen) und Vertreter Ägyptens, des Jemen und des Sudans in einer gemeinsamen Erklärung diplomatische und wirtschaftliche Sanktionen für den Fall an, daß sich die britischen, französischen und israelischen Streitkräfte nicht unverzüglich aus Ägypten zurückziehen.

Syrien

3. Durch die Sprengung dreier Pumpstationen wird die Oelleitung von Kirkuk zum Mittelmeer unterbrochen.

Die Organisation der Vereinten Nationen*

2. Auf einer Sondersitzung verabschiedet die Vollversammlung mit 64 gegen 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen eine Resolution, welche die sofortige Feuereinstellung und den Rückzug aller fremden Truppen aus Ägypten empfiehlt*. Am 3. November stimmt sie mit 57 Stimmen bei 19 Enthaltungen einer Resolution über die Bildung einer Internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen zu.
4. Der Sicherheitsrat beschließt gegen die Stimme der Sowjetunion bei Enthaltung Jugoslawiens die Einberufung einer Sondersitzung der Vollversammlung zur Diskussion der sowjetischen Intervention in Ungarn. Am 5. November beschließt die Vollversammlung mit 48 gegen 11 Stimmen bei 16 Enthaltungen eine Resolution, in welcher der sofortige Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn und die Zulassung von Beobachtern der Vereinten Nationen gefordert werden.
5. Generalsekretär Dag Hammarskjöld teilt der französischen und britischen Regierung mit, daß Ägypten und Israel die Feuereinstellung zugesagt hätten und der Einsatz einer Internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen beschlossen sei. Am 6. November sagen die französische und britische Regierung in ihrer Antwort die Feuereinstellung zu, da die geforderten Vorbedingungen damit erfüllt seien.
7. In einer Sondersitzung beschließt die Vollversammlung mit 64 Stimmen bei 12 Enthaltungen eine Re-

solution über Organisation und Aufgaben der Internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen in Ägypten und fordert in einer weiteren Resolution mit 65 gegen eine Stimme bei 10 Enthaltungen den sofortigen Abzug der israelischen, britischen und französischen Streitkräfte.

9. Die Vollversammlung beschließt in einer Sondersitzung mit 48 gegen 11 Stimmen bei 16 Enthaltungen eine Resolution, in der die Sowjetunion nochmals aufgefordert wird, ihre Truppen unverzüglich aus Ungarn zurückzuziehen; außerdem wird die Durchführung freier Wahlen in Ungarn unter Aufsicht der Vereinten Nationen gefordert. Mit 59 gegen 9 Stimmen bei 13 Enthaltungen wird in einer zweiten Resolution die Sowjetunion aufgefordert, ihre völkerrechtswidrigen Handlungen gegenüber der ungarischen Bevölkerung einzustellen und zusammen mit den ungarischen Behörden die Einfuhr von Hilfslieferungen für die Bevölkerung nicht zu behindern, sondern zu erleichtern. In einer dritten Resolution werden mit 67 Stimmen bei 8 Enthaltungen alle Mitgliedstaaten zur Mitwirkung an einem weitreichenden Hilfsprogramm zugunsten der ungarischen Bevölkerung aufgerufen.
13. Beginn der 11. ordentlichen Sitzung der Vollversammlung, auf deren Tagesordnung die Situation in Ungarn und im Mittleren Osten als vorrangige Punkte übernommen werden.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16–18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Die Mittelost-Krise in arabischer, israelischer, britischer und französischer Sicht

Nachdem in den vorangehenden Folgen des Europa-Archivs die Ereignisse in Polen und Ungarn behandelt wurden, sind die nachfolgenden Beiträge vor allem der Suez-Krise gewidmet. Der Leser, der das ausgebreitete Material auf sich wirken läßt, sieht den Zustand der internationalen Politik im Herbst 1956 wie durch ein Mikroskop, das auf Wasserproben aus einem trüben Strom gerichtet wird. Der Anblick ist ernüchternd, weil vor der Vielfalt der Motive und Kräfte klar wird, wie enge Grenzen der politischen Vernunft gesetzt sind, und erschreckend, weil wir nicht nur Beobachter des Geschehens sind, sondern selbst von dem verseuchten Strom mitgerissen werden. Ernüchterung und Erschrecken sind wahrscheinlich die beiden stärksten Bundesgenossen, die der Frieden heute hat.

Zur Orientierung unserer Leser geben wir hier noch Hinweise über die Autoren der Beiträge: Edward *Atiyah* ist im Libanon geboren. Er organisierte 1945 das *Arab Office* in London als Informationsbüro, das der britischen Öffentlichkeit den arabischen Standpunkt insbesondere in der Palästinafrage darlegen sollte. Seit 1949 versucht er als selbständiger Publizist das Verständnis für die Probleme der arabischen Welt zu vertiefen. Der Beitrag von A. *Parshan*, Jerusalem, wurde auf unseren Wunsch durch die Freundlichkeit der israelischen Pressestelle in Köln vermittelt. D. C. *Watt*, der Autor des ersten britischen Beitrages, ist neben seiner Tätigkeit als Dozent Mitarbeiter des *Royal Institute of International Affairs (Chatham House)* in London und war Rapporteur einer Studiengruppe, die sich mit dem Suez-Problem beschäftigt hat. Jacques *Vernant* ist der Generalsekretär des *Centre d'Études de Politique Étrangère* in Paris und Herausgeber der Zeitschrift „Politique Étrangère“. Professor C. E. *Carrington* ist Inhaber des Lehrstuhls für Commonwealth-Beziehungen am *Royal Institute of International Affairs*. Sein Beitrag wurde vor dem akuten Stadium der Suez-Krise abgeschlossen. Er wird in den nächsten Folgen durch eine eingehende Darstellung der kanadischen Außenpolitik ergänzt werden. An dieser Stelle sei noch an die Beiträge von Fritz *Steppat* „Regionale Sicherheitsbestrebungen im Mittleren Osten“ (EA 14/1955 S. 7985—8002) und Lujo *Tončić-Sorinj* „Der Kampf um den Persischen Golf“ (EA 20/1956 S. 9239—9249) erinnert, in denen zwei europäische Beobachter aus erster Hand über die Entwicklung im Mittleren Osten berichteten. Außer den aktuellen Dokumenten, die wir in dieser Folge veröffentlichen, finden unsere Leser in zwei früheren Folgen (EA 18/1956 S. 9175—9192 und EA 19/1956 S. 9223/25) die wesentlichen Dokumente zur Frage des Suezkanals für die Zeit von 1854—1956. Co.

Die Suezkanal-Krise in arabischer Sicht

Von Edward Atiyah, Send (Surrey)

Wenn es jemals Zweifel an dem wahren Charakter der von der britischen und der französischen Regierung um den Suezkanal geschaffenen Krise oder über die Hintergedanken der beiden Regierungen gab, dann sind diese Zweifel durch das britisch-französische Ultimatum an Ägypten vom 30. Oktober 1956 und die im Anschluß daran von Großbritannien und Frankreich ergriffenen militärischen Maßnahmen beseitigt worden.

Ich sage bewußt, die von der britischen und der französischen Regierung „geschaffene“ Krise, da es von Anfang an insofern eine künstliche Krise war, als

die Probleme, mit denen Großbritannien und Frankreich ihre Haltung begründeten, gar nicht die echte Streitfrage darstellten, sondern nur als Vorwand dienten. In Wirklichkeit ging es gar nicht um den Suezkanal (und diese Ansicht wird von vielen hervorragenden britischen Beobachtern, wie beispielsweise Professor G. D. H. *Cole* von der Universität Oxford, geteilt), sondern um Präsident *Nasser*. Die Reaktion der britischen und der französischen Regierung auf die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft durch Präsident *Nasser* erfolgte, so wie sie geschah, nicht, um die Freiheit der Schifffahrt durch den Kanal oder

die fortwährende Sicherheit des Kanals zu gewährleisten, sondern um den Sturz Präsident *Nassers* und seiner Regierung herbeizuführen. Das heißt, sie wünschten eine Krise über den Suezkanal zu erzwingen, um auf diese Weise die britische und die französische Macht im Mittleren Osten und in Nordafrika im Geiste des Imperialismus des 19. Jahrhunderts wiederzuerrichten und zu behaupten.

Schon geraume Zeit vor dem Juli 1956 sahen sich Großbritannien und Frankreich alarmiert über den wachsenden Einfluß Präsident *Nassers* auf die arabische Welt und über die zunehmend antiimperialistische oder antiwestliche Orientierung seiner Politik und Propaganda. Bei Sir Anthony *Eden* war das bittere Gefühl einer persönlichen Animosität gegenüber Präsident *Nasser* entstanden, weil das britisch-ägyptische Abkommen, auf Grund dessen die britischen Truppen die Kanalzone geräumt hatten und das *Eden* auf britischer Seite persönlich gefördert hatte, nicht zu einer Verbesserung der britisch-ägyptischen Beziehungen führte, sondern zu einer zunehmenden Feindseligkeit Ägyptens gegenüber Großbritannien; einer Feindseligkeit, die weitgehend von dem Groll Präsident *Nassers* über den Bagdadpakt herrührt. Die Entlassung *Glubb Paschas* durch Jordanien im März dieses Jahres und die sich daran anschließende Verständigung Jordaniens mit Syrien, Saudi-Arabien und Ägypten alarmierten und verärgerten die britische Regierung, weil Jordanien bislang von Whitehall als ein „sicherer“ Satellit betrachtet worden war.

Die französische Regierung ihrerseits haßte *Nasser*, weil sie — natürlich ganz zu Unrecht — glaubte, daß ohne dessen Anstachelung und Beihilfe die algerische Rebellion niedergeworfen worden wäre. Frankreich hatte seit langer Zeit unter der Verdrängung aus seiner Stellung als ehemalige „Großmacht“ gelitten, die in der Welt der Machtpolitik herabgesunken und nicht länger stark genug war, um ihre „Größe“ durch Stärke zu erhalten.

Sowohl Großbritannien als auch Frankreich befanden sich daher in einer Verfassung, die sie ganz besonders dazu geneigt sein ließ, leidenschaftliche und drastische Maßnahmen zu ergreifen, um sich, falls sich eine Gelegenheit dazu bot, Präsident *Nassers* zu entledigen. Auch die Vereinigten Staaten — wenn gleich sie nicht gerade seinen Sturz wünschten — waren über den ägyptischen Präsidenten ungehalten, weil er Waffen aus Ländern hinter dem Eisernen Vorhang gekauft und das kommunistische China anerkannt hatte. Um ihrem Mißvergnügen Ausdruck zu verleihen, beschloß die amerikanische Regierung, ihr Angebot auf finanzielle Hilfe, welche sie Präsident *Nasser* für dessen Assuan-Staudammprojekt versprochen hatte, zurückzuziehen. Begründet wurde diese Entscheidung mit der angeblichen Unfähigkeit der ägyptischen Wirtschaft, die finanzielle Belastung des Staudammprojektes auszuhalten, und mit den Be-

fürchtungen der amerikanischen Regierung über die Zuverlässigkeit des Projektes selbst. Aus der Art, wie das amerikanische Anerbieten zurückgezogen wurde, ging jedoch klar hervor, daß dieser Schritt als eine Zurückweisung und Beleidigung Präsident *Nassers* beabsichtigt war. Man darf daher behaupten, daß Mr. *Dulles*, absichtlich oder unabsichtlich, der Urheber der ganzen Suezkrise war. In der Art, wie er *Nasser* ins Gesicht schlug, provozierte er ihn zu leidenschaftlicher Vergeltung, die nun ihrerseits Großbritannien und Frankreich die willkommene Gelegenheit bot, um den Sturz Präsident *Nassers* als Führer des arabischen Nationalismus zu bewerkstelligen.

Die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft war eine Maßnahme, zu der *Nasser* sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen wurde. Aus politischen Gründen, weil sein Prestige durch die amerikanische Beleidigung einen schweren Schlag erlitten hatte und weil die Verstaatlichung des Suezkanals der einzige Weg war, der ihm angesichts der ägyptischen und der arabischen öffentlichen Meinung und der nationalistischen Gefühle die Möglichkeit eindrucksvoller Vergeltung bot. Aus wirtschaftlichen Gründen, weil er Geld benötigte; und wenn er es nicht von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Weltbank erhalten konnte, mußte er sich entweder an Rußland wenden oder seine Hände auf die Kanalgebühren legen. Er zog den letzteren Weg vor. Man hat in England behauptet, das wahre Motiv *Nassers* sei nicht das Bedürfnis nach Geld, sondern der Wunsch nach Demütigung des Westens gewesen. Die Antwort auf dieses Argument — soweit es begründet sein mag — ist, daß *Nasser* selbst, wie schon gesagt, gerade erst durch den Westen gedemütigt worden war, und dies zu einem Zeitpunkt, da er sich an den Westen um Hilfe gewandt hatte.

Die Motive und die Art, in der Präsident *Nasser* die Suezkanal-Gesellschaft verstaatlichte, sind jedoch nicht die Hauptprobleme; diese liegen darin, ob seine Handlung, vom völkerrechtlichen Standpunkt gesehen, unrechtmäßig war, ob sie die Freiheit der Schifffahrt durch den Kanal gefährdete und ob die Reaktion Großbritanniens und Frankreichs auf den Akt der Verstaatlichung gerechtfertigt war. Diese drei Fragen sollen nun im folgenden untersucht werden.

Zunächst die Frage der rechtmäßigen oder unrechtmäßigen Handlung der Verstaatlichung. Der britische Lord Chancellor behauptete im Oberhaus, daß die Handlung „einen flagranten Bruch des Völkerrechts und insbesondere der internationalen Verpflichtungen“ darstelle, „die sich aus dem feierlichen Vertrag ergeben, den Ägypten im Jahr 1888 einging“. Seit Beginn der Krise hat auch die britische Presse Formulierungen gebraucht, wie beispielsweise „die rechtswidrige Inbesitznahme des Suezkanals durch *Nasser*“ oder in mehr volkstümlicher und weniger formaler Redewendung „der Raub des Kanals durch

Nasser“. Dies sind jedoch lediglich Behauptungen. In Wirklichkeit ist die Rechtmäßigkeit der Handlung der ägyptischen Regierung amtlich nicht bestritten worden. Der einzige Gerichtshof in der Welt, der zuständig wäre, sich zu einer solchen Streitfrage zu äußern, ist der Internationale Gerichtshof in Den Haag. Die britische und die französische Regierung haben es bisher aber nicht für zweckmäßig erachtet, den Fall der Beurteilung durch dieses Gericht zu unterbreiten. Es fragt sich, warum dies unterblieben ist, wenn ein Urteilsspruch dieses Gerichtshofes zu ihren Gunsten ihnen zumindest eine moralische Stütze für Maßnahmen zur Durchführung ihrer Ansprüche gegeben hätte. Auch in ihrer Beschwerde an den Sicherheitsrat haben Großbritannien und Frankreich die Frage der Rechtmäßigkeit der Handlung der ägyptischen Regierung nicht angeschnitten. Warum? Offensichtlich — um es milde auszudrücken — weil sie im Zweifel darüber waren, ob sie überhaupt eine rechtliche Handhabe hätten. Tatsächlich hat eine ganze Reihe englischer Sachverständiger für internationale Beziehungen die Ansicht geäußert, daß die ägyptische Regierung voll und ganz berechtigt war, eine erwiesenermaßen ägyptische Gesellschaft zu verstaatlichen. Ich sage „erwiesenermaßen ägyptisch“, weil, wie es der bekannte britische Arabienkenner *St. John Philby* vor kurzer Zeit in einem Aufsatz über dieses Thema ausdrückte, „es eine unnütze Wortspielerei ist, den Anschein erwecken zu wollen, daß der Gesellschaft zu irgendeiner Zeit ein internationaler Charakter durch irgendeinen Artikel irgendeines der Konzessionsakte verliehen worden sei, auf Grund derer die Gesellschaft bis zur Verstaatlichung im Juli dieses Jahres betrieben wurde. Das Wort ‚international‘ bedeutet die Zusammenarbeit zweier oder mehrerer Nationen. Die einzige Nation, die aber jemals in den Konzessionen genannt wurde, ist Aegypten. Die andere Partei war eine private Gesellschaft.“

Nun ist es erforderlich darzulegen, daß die der Gesellschaft gewährte Konzession (die in jedem Falle im Jahre 1968 abgelaufen wäre) etwas völlig anderes war als die Konvention von 1888, die zwischen den Großmächten geschlossen wurde, um die Freiheit der Schifffahrt durch den Kanal zu gewährleisten. Die Gesellschaft hatte eine Konzession für den Bau, die Verwaltung, den Betrieb und die Instandhaltung des Kanals von dem Besitzer des Landes, in dem der Kanal gebaut wurde. Das Anliegen der Konvention war es, die Zusicherung der freien Benutzung des Kanals von dem Eigentümer des Landes, in dem er gebaut war, zu erlangen, und ferner die ständige Gewährleistung dieser Benutzung für die gesamte Weltschifffahrt sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten. Die Konvention wurde im Oktober 1888 von Großbritannien, Oesterreich-Ungarn, dem Deutschen Reich, Spanien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Rußland und der Türkei unterzeichnet.

Aegypten zählt nicht zu den Signatarstaaten, so daß die Behauptung des britischen Lord Chancellor, wonach Aegypten eines „flagranten Bruchs des Völkerrechts und insbesondere der internationalen Verpflichtungen, die sich aus dem feierlichen Vertrag ergeben, den Aegypten im Jahre 1888 einging“, formal und technisch nicht korrekt ist, wenngleich diese Frage gar nicht zur Debatte stand, da Aegypten bei der Verstaatlichung der Gesellschaft eindeutig erklärt hatte, daß es nicht beabsichtige, die Konvention zu verletzen, sondern im Gegenteil bereit sei, sie zu bestätigen.

Hier muß ein Wort über die ägyptische Haltung gegenüber der Durchfahrt israelischer Schiffe durch den Kanal gesagt werden. Es wird oft behauptet, daß Aegypten der Konvention zuwiderhandele, indem es seit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 israelischen Schiffen die Benutzung des Kanals verwehrte. Zunächst stimmt es nicht, daß allen israelischen Schiffen die Durchfahrt durch den Kanal untersagt wurde, sondern nur solchen Schiffen (einem kleinen Teil der Gesamtzahl), die Güter beförderten, welche nach Ansicht der ägyptischen Regierung Kriegsmaterial darstellten. In Anbetracht der Tatsache, daß zwischen Aegypten und Israel noch kein Friedensschluß erfolgte, sondern lediglich ein Waffenstillstand abgeschlossen worden war, hielt sich die ägyptische Regierung zur Ergreifung dieser Maßnahme für berechtigt. Falls eingewandt wird, daß die ägyptische Regierung selbst unter diesen Umständen nicht berechtigt war, der Konvention zuwiderzuhandeln, dann könnte darauf geantwortet werden, daß Großbritannien und Frankreich in beiden Weltkriegen der Konvention zuwiderhandelten, als sie die Kanalzone befestigten und der deutschen Schifffahrt die Benutzung des Kanals verweigerten. Im Falle Israels handelt es sich jedoch, soweit es um die gegenwärtige Krise geht, nur um eine akademische Frage. Die britisch-französische Reaktion auf die Verstaatlichung des Kanals war nicht durch ägyptische Maßnahmen gegen gewisse israelische Schiffe motiviert.

Wenden wir uns aber jetzt wieder dem Status der Suezkanal-Gesellschaft und der davon getrennten Frage der Konvention von 1888 zu. Der schlüssige Beweis, daß die Gesellschaft rechtlich eine ägyptische Gesellschaft war, die den ägyptischen Gesetzen unterlag, findet sich in Art. XVI des Abkommens vom 22. Februar 1866, das die endgültigen Bedingungen der Konzession, wie sie von der Hohen Pforte ratifiziert wurden, festlegte. Der Artikel lautet:

„Da die Allgemeine Suezkanal-Gesellschaft eine ägyptische Gesellschaft ist, ist sie den Gesetzen und Gebräuchen des Landes unterworfen; in bezug auf ihre Verfassung als Gesellschaft jedoch und im Hinblick auf die Beziehungen der Gesellschafter untereinander ist sie kraft besonderer Uebereinkunft den Gesetzen unterstellt, die in Frankreich für Aktiengesellschaften gelten. Es wird vereinbart, daß alle diesbezüglichen Streitigkeiten

in Frankreich durch Schlichter beigelegt werden; Berufungsinstanz ist der Hohe Gerichtshof (Cour Impériale) in Paris.

Differenzen zwischen der Gesellschaft und Privateigentümern in Ägypten, welcher Nationalität diese auch immer sein mögen, werden von den lokalen Gerichten unter Berücksichtigung der Gesetze, Gebräuche und Verträge des Landes geschlichtet.

Streitigkeiten, die zwischen der ägyptischen Regierung und der Gesellschaft entstehen, unterliegen ebenfalls der örtlichen Gerichtsbarkeit und werden nach den Landesgesetzen entschieden.

Die Vorgesetzten, Arbeiter und andere Personen, die zur Verwaltung der Gesellschaft gehören, sind der lokalen Gerichtsbarkeit unterstellt und werden für alle strafbaren Handlungen oder Streitigkeiten, in die die eine oder andere Partei verwickelt ist, nach den Landesgesetzen und den Verträgen abgeurteilt.

Für den Fall, daß beide Parteien aus Ausländern bestehen, werden sie nach den bestehenden Bestimmungen behandelt.

Jede Anzeige, die irgendeine interessierte Partei in Ägypten der Gesellschaft zu erstatten hat, ist beim Verwaltungssitz in Alexandria vorzubringen.“

Dieser Artikel läßt keinen Zweifel daran, daß Präsident *Nasser* rechtlich befugt war, die Gesellschaft hinsichtlich ihres Verhältnisses zur ägyptischen Regierung als eine ägyptische Gesellschaft zu behandeln und sie daher zu verstaatlichen, genauso wie die britische Regierung den Bergbau, die Eisenbahnen und andere wichtige Bereiche, die bisher privaten Gesellschaften gehörten, verstaatlicht hat. Hier sollte darauf hingewiesen werden, daß Präsident *Nasser* die Aktien der Gesellschaft nicht beschlagnahmte, sondern den Aktionären die Zahlung einer Entschädigung angeboten hat, so daß seine Handlungsweise rechtlich unangreifbar war, auch wenn sie in politischer Hinsicht der britischen und der französischen Regierung mißfiel.

So viel zur Rechtslage. Wie sieht nun die tatsächliche Lage aus, die sich aus der Verstaatlichung des Kanals durch die ägyptische Regierung ergeben hat? Der Kanal wurde für die Schifffahrt nicht gesperrt, noch hat die ägyptische Behörde, die an die Stelle der Kanalgesellschaft trat, irgendwelche Mängel bei dem Betrieb des Kanals erkennen lassen. Der Kanal wurde tatsächlich offengehalten und erfolgreich betrieben, trotz der vorsätzlichen Aufforderung Großbritanniens und Frankreichs, dieses Bemühen der ägyptischen Regierung zu sabotieren. Diese Aufforderungen führten zu einer allgemeinen Arbeitsniederlegung aller britischen und französischen Lotsen, die von der Gesellschaft beschäftigt worden waren. Es wurde von Großbritannien und Frankreich behauptet, daß a) von diesen Lotsen nicht erwartet werden könne, unter der ägyptischen Behörde zu arbeiten, und b) im Falle ihrer Kündigung der Verkehr von Schiffen durch den Kanal fast vollständig zum Erliegen kommen werde. Es gibt Beweise, daß die Lot-

sen von der Gesellschaft zur Kündigung veranlaßt wurden. Auf jeden Fall war sowohl das Verhalten der britischen und der französischen Regierung vom ersten Tage der Krise an als auch das beinahe hysterische Geschrei eines großen Teiles der britischen und französischen Presse dazu angetan, die Lotsen zur Kündigung zu ermutigen. Ihre Kündigung erfolgte geschlossen, aber ihr Abzug hatte nur geringe Auswirkungen auf den Kanalverkehr. Die ägyptische Regierung war in der Lage, genügend Lotsen anderer Nationalität (Russen, Amerikaner, Deutsche usw.) anzuwerben, um den Kanalverkehr fast in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Auch konnte kein vernünftiges Argument vorgebracht werden, um zu zeigen, warum Ägypten jemals interessiert sein könnte, den Kanal zu schließen, da das Ziel der Verstaatlichung des Kanals die Einnahme der Gebühren war und eine Schließung des Kanals einen ernsten Einnahmeausfall für Ägypten bedeuten würde. Es lag ganz offensichtlich in ägyptischem Interesse, den Kanal offenzuhalten und ihn ordnungsgemäß zu betreiben, und dies der Welt erfolgreich zu beweisen, war das Bemühen der ägyptischen Regierung.

Wenn die wahren Ziele der britischen und der französischen Regierung die Gewährleistung der Sicherheit der Kanaldurchfahrt, sein zuverlässiger Betrieb, seine Verbreiterung (um größeren Schiffen und Tankern die Durchfahrt zu gestatten) und ein für alle Teile befriedigendes Abkommen über die zu zahlenden Gebühren zwischen den Benutzern und der ägyptischen Regierung wären, dann hätten nach arabischer Ansicht alle diese Ziele durch Verhandlungen mit Ägypten erreicht werden können. Die ägyptische Regierung hat sich zu solchen Verhandlungen wiederholt bereit erklärt.

Großbritannien und Frankreich haben sich dagegen kategorisch geweigert, die Verstaatlichung des Kanals zu akzeptieren — eine Maßnahme, zu der die ägyptische Regierung, wie wir gesehen haben, durchaus berechtigt war. Großbritannien und Frankreich reagierten sofort mit Kriegsdrohungen gegen Ägypten — Drohungen, die verwirklicht werden sollten (und in der Zwischenzeit verwirklicht worden sind), falls die ägyptische Regierung ihre Verstaatlichungsmaßnahme nicht rückgängig mache und eine internationale Behörde zur Kontrolle und zum Betrieb des Kanals akzeptiere. Es sei auch daran erinnert, daß Großbritannien und Frankreich mit der Androhung von Gewalt und der Mobilisierung von Flotten, Armeen und Luftgeschwadern begannen, noch ehe sie die Angelegenheit den Vereinten Nationen unterbreiteten. Ohne daß irgendeine internationale Autorität ihre Behauptung unterstützte, wonach Ägypten rechtswidrig gehandelt habe (es stand fest, daß Ägypten keinen Akt der Aggression begonnen hatte), planten sie, das Recht selbst in die Hand zu nehmen und Ägypten anzugreifen.

Da es offensichtlich ist, daß keine Regierung der Welt sich einer solchen Erniedrigung, wie sie von Großbritannien und Frankreich Aegypten vorgeschlagen wurde, beugen wird, taucht sofort der Verdacht auf, daß es nicht das Ziel der britischen und der französischen Regierung war, ihre rechtmäßigen Interessen an der Instandhaltung und an dem Betrieb des Kanals als eines offenen Schifffahrtsweges zu sichern, sondern eine Krise heraufzubeschwören, die zum Sturze Präsident *Nassers* führen sollte. Dieser Verdacht bestätigt sich, wenn man die von Großbritannien und Frankreich aufgeworfene Behauptung prüft, wonach nur eine internationale Behörde die freie Schifffahrt durch den Kanal gewährleisten könne, während seine Kontrolle durch die ägyptische Regierung oder durch den „Willen eines Mannes“ die Schifffahrt für die Benutzer unsicher machen würde. Eine kühle und realistische Prüfung zeigt, daß diese Behauptung falsch ist und die tatsächliche Lage entstellt. Eine internationale Behörde, so wie sie Großbritannien und Frankreich nicht selbst den Kanal offenhielt oder die Macht verfügt haben, den Kanal offenzuhalten, falls die ägyptische Regierung jemals beabsichtigen sollte, ihn zu sperren. Eine solche Behörde wäre in derselben Lage gewesen wie die alte Suezkanal-Gesellschaft, die nicht selbst den Kanal offen hielt oder die Macht hatte, ihn offenzuhalten, sondern für die Sicherheit der Kanaldurchfahrt letztlich von dem guten Willen des ägyptischen Volkes und der ägyptischen Regierung abhing. Eine internationale Behörde hätte nur dann die Macht, den Kanal offenzuhalten (immer mit der Unterstellung, die ägyptische Regierung wünsche, die Konvention von 1888 zu verletzen und den Kanal zu schließen), wenn sie über militärische Kräfte verfügen würde, die beiderseits des Kanals stationiert und durch Flotten- und Luftstreitkräfte unterstützt würden.

Aus diesem Grunde verlangten die britische und die französische Regierung entweder etwas Nutzloses, was nicht wahrscheinlich ist, oder sie beabsichtigten von Anfang an, daß die internationale Behörde durch die zwangsweise Besetzung der Kanalzone unterstützt werden sollte. Der Beweis, daß dies ihre wahre Absicht war, ist in der Tat sehr massiv. Er war schon vor der britisch-französischen Aggression gegen Aegypten stark genug. Großbritannien und Frankreich müssen von Anfang an gewußt haben, daß die ägyptische Regierung einer Uebergabe des Kanals an eine internationale Behörde nicht zustimmen würde. Durch die sofortige Androhung militärischer Maßnahmen konnten sie um so sicherer sein, daß Aegypten ihren Forderungen widerstehen würde. Sie behaupteten, der Kanal sei bedroht, was jedoch nicht der Fall war, es sei denn durch die von Großbritannien und Frankreich ergriffenen Maßnahmen. Sie behaupteten, die ägyptische Regierung sei unfähig,

den Betrieb des Kanals ordnungsgemäß durchzuführen, und waren wütend, als ihnen die ägyptische Regierung das Gegenteil bewies. Sie weigerten sich, mit Aegypten über ein Abkommen zu verhandeln, das, unter Anerkennung der Verstaatlichung des Kanals, den Benutzern sowohl vernünftige Bedingungen und Garantien als auch ihre Assoziierung in beratender Funktion mit der ägyptischen Regierung gesichert hätte. Sie verlangten aber nicht weniger als eine vollständige Kapitulation Aegyptens in der Frage der Verstaatlichung, und als Aegypten sich weigerte, dieser Aufforderung zur Kapitulation Folge zu leisten, waren sie schon seit mehreren Monaten durchaus darauf vorbereitet, gegen Aegypten Gewalt anzuwenden. Amerikanischer Druck und die britische öffentliche Meinung hielten sie bislang von einer Gewaltanwendung zurück. Sie waren aber nicht von ihrem Ziel abzubringen: der gewaltsamen Wiederherstellung der britischen und französischen Macht im Mittleren Osten.

Als sie sich dann einer ausweglosen Lage gegenüber sahen, griffen sie zu einer äußerst gewissenlosen und fadenscheinigen Kriegslist: Sie benutzten Israel, um eine Lage zu schaffen, die ihnen eine Gelegenheit zur Anwendung militärischer Gewalt gegen Aegypten bieten sollte. Es sind nicht nur die Araber, die daran glauben, daß der Angriff Israels auf Aegypten in Wirklichkeit von Großbritannien und Frankreich angestiftet wurde. Mr. *Dulles* und einige andere Beamte des amerikanischen Außenministeriums erhoben sofort bei Bekanntwerden der Nachrichten über das britisch-französische Ultimatum an Aegypten die Anschuldigung, daß ein heimliches Einverständnis bestanden haben müsse, und diese Anschuldigung ist auch von vielen Politikern und Journalisten in England erhoben worden. Welche Beweise gibt es nun, abgesehen von dem äußerst willkommenen Zeitpunkt des israelischen Angriffs, für diesen Verdacht? Da ist zunächst die Tatsache, daß M. *Mollet* schon einige Zeit vor dem israelischen Angriff erklärte, Großbritannien und Frankreich hätten ihren letzten Trumpf gegen *Nasser* noch nicht ausgespielt, womit unterstellt wurde, daß sie über eine geheime Waffe verfügten, die noch des Einsatzes harre. Es kann auch nicht übersehen werden, daß die Bedingungen des an Aegypten gerichteten Ultimatus (es ist eine Verspottung der Wahrheit, wenn vorgegeben wird, daß es sich auch an Israel richtete, da es von den Israelis lediglich verlangte, ihren Vormarsch zehn Meilen vor dem Kanal zum Halten zu bringen, d. h. etwa hundert Meilen innerhalb ägyptischen Gebiets) derart waren, daß sie die israelischen Angreifer begünstigten und seine Zurückweisung durch Aegypten herausforderten, so daß Großbritannien und Frankreich einen Vorwand erhalten würden, ihre Streitkräfte zu entsenden, um das militärische Potential Aegyptens zu zerstören, Präsident *Nasser* zu stürzen und den

Kanal zu besetzen. Aegypten wurde von Israel angegriffen. Wäre es das aufrichtige Anliegen Großbritanniens und Frankreichs gewesen, den Suezkanal vor etwaigen Folgen der Kämpfe zu schützen und zu verhindern, daß sich ein örtlich begrenzter Krieg ausbreite, dann wäre sicherlich der einzige ehrliche und wirksame Schritt zur Erreichung dieser Ziele die sofortige Aufforderung an Israel gewesen, seine Truppen hinter die Grenze zurückzuziehen, die Angelegenheit sofort vor die Vereinten Nationen zu bringen und, falls eine militärische Aktion notwendig war, diese gegen die angreifenden Streitkräfte Israels zu richten. Statt dessen wurde Aegypten unter Androhung militärischer Maßnahmen und Besetzung aufgefordert, seine Truppen auf zehn Meilen westlich des Kanals zurückzuziehen, d. h. innerhalb seines eigenen Gebietes. Es war von vornherein klar, daß Aegypten dieses Ultimatum zurückweisen würde, was es dann ja auch tat. Dies gab Großbritannien und Frankreich den gewünschten Vorwand. Die beiden Mächte begannen mit der Bombardierung Aegyptens und der Landung von Truppen in dem Land, das von Israel angegriffen worden war.

Der arabischen Welt wurde die Bedeutung der Situation sofort klar. Großbritannien und Frankreich hatten sich als Alliierte auf die Seite Israels gegen einen arabischen Staat gestellt. Es ging nicht mehr um den Suezkanal, seine Kontrolle und seinen Betrieb. Es war nun eine Frage, in der Israel, unterstützt von Großbritannien und Frankreich, gegen die Araber — gegen alle Araber — stand. Obwohl zwischen dem Irak und der Regierung Präsident *Nassers* ernste Meinungsverschiedenheiten bestanden hatten und

obwohl Präsident *Nasser* vor dem britisch-französischen Angriff auf Aegypten viele Kritiker auch außerhalb des Irak hatte, war das Ergebnis dieses Angriffs die Vereinigung der arabischen Welt gegen die britische und die französische Regierung und die Vermengung der Frage des Suezkanals mit dem israelisch-arabischen Konflikt.

Es ist jetzt äußerst schwierig, diese beiden Fragen voneinander zu trennen. Es muß jedoch noch ein Wort über den Anspruch der Westmächte gesagt werden, wonach ein Wasserweg, der von vielen Nationen benutzt wird und für deren Interessen lebenswichtig ist, nicht von dem Land kontrolliert werden sollte, durch dessen Gebiet er führt, sondern von einer internationalen Behörde. Wenn dieser Anspruch der Westmächte Gültigkeit haben soll, dann muß der Grundsatz der Internationalisierung nicht nur auf Aegypten und den Suezkanal, sondern überall in der Welt angewendet werden. Da ist beispielsweise der Fall des Panamakanals, der von den Vereinigten Staaten kontrolliert wird. Wären die Vereinigten Staaten bereit, der Unterstellung des Panamakanals unter internationale Kontrolle zuzustimmen? Und warum soll der Grundsatz der Internationalisierung nur auf Wasserwege, insbesondere auf künstliche Wasserwege, angewandt werden? Warum sollte man die Dardanellen nicht internationalisieren, anstatt daß sie von der Türkei allein kontrolliert werden? Das Bestreben, Aegypten die internationale Kontrolle über den Suezkanal aufzuerlegen, während andere Nationen nicht bereit sind, die Anwendung dieses Grundsatzes zu akzeptieren, ist offensichtlich ungerecht.

(Übersetzung der Redaktion)

Das israelisch-arabische Problem

Absicht und Grund der israelischen Aktion gegen Ägypten

Von A. Parshan, Jerusalem

Das ägyptisch-jordanisch-syrische Militärbündnis

Am 27. Oktober 1956 hatte sich der arabische „Ring aus Stahl“, wie er von hohen arabischen Funktionären bezeichnet wurde, um Israel endgültig geschlossen. Ein großes Waffenarsenal, tschechisch-sowjetischer Herkunft, war in Aegypten, ein an Umfang geringeres in Syrien entstanden. Durch die Haltung einer Großmacht ermutigt und durch die resignierende Reaktion der westlichen Welt bestärkt, glaubte nunmehr der ägyptische Staatschef, sein wahres Ziel — die Vernichtung Israels — verwirklichen zu können.

Das von einer monatelangen, innenpolitischen Gärung hart mitgenommene Jordanien hatte sich in den Oktober-Wahlen auch für *Nasser* entschieden. Syrien war schon seit längerer Zeit mit Aegypten ver-

bunden. Nun galt es, den Ring zu schließen. *Nasser* schickte seinen Generalstabschef, *Hakim Amer*, nach Amman, wo er mit seinem jordanischen Kollegen *Abu Nawar* und mit dem syrischen Generalstabschef, *Nizam al Din*, zusammentraf. Nach kurzen Verhandlungen kam ein Militärbündnis zustande, dessen bedrohliche Bedeutung für Israel darin lag, daß es von nun ab von Kairo abhängen sollte, wann und wie die drei unter ägyptischem Oberkommando stehenden Armeen Israel angreifen würden. *Nasser* hatte allen Grund, mit der Entwicklung der Dinge zufrieden zu sein.

„Israel hat den Anbruch dieses für ihn grauenvollen Tages gefürchtet“, ließ *Nasser* die Zeitung seiner

Armee, *Al Gomhouria*, am 29. Oktober schreiben, „hat jedoch gehofft, daß dieser Tag nie kommen würde.“

Viel Schlimmeres drohte als die Gewißheit eines offenen arabischen Angriffskrieges auf allen Fronten: Dem Text des Bündnisses war zu entnehmen, daß ein koordinierter Guerillafeldzug, in gigantischem Ausmaß von Kairo ferngesteuert, durch die Armeen aller Bündnispartner ins Innere Israels hineingetragen werden sollte; zunehmende Provokationen also, die Israel jede Möglichkeit einer halbwegs normalen Existenz nehmen sollten.

Wie hoch war das arabische Risiko eines solchen Planes zu bewerten? Nicht ganz zu Unrecht bezeichnete man es in den arabischen Hauptstädten als nicht bestehend. Bestand — im Lichte der Erfahrung der Vergangenheit — nicht die Hoffnung, daß die unvermeidlichen israelischen Gegenaktionen noch viel entschiedener verurteilt würden? Wurden nicht auch in jüngster Vergangenheit israelische Gegenaktionen aufs schärfste gerügt, und wurde nicht dabei bewußt außer acht gelassen, was ihnen an arabischen Ueberfällen aus dem Hinterhalt vorausgegangen war?

Diese Ueberlegungen waren es, die die Handlungen der arabischen Staaten bestimmten. Eine acht Jahre lange Politik, gerichtet auf die Vernichtung

Israels, schien nun endlich ihre Früchte zu tragen. Israel hatte zwar den ersten, ihm von sieben arabischen Staaten aufgezwungenen Krieg im Jahre 1948 siegreich überstanden, aber keinen Frieden bekommen. Die wirtschaftliche Blockade des jüdischen Staates hatte diesen von der arabischen Umwelt isoliert und nur den Luftweg und die Meeresgrenze bisher nicht betroffen. Die Flugzeuge und Unterseeboote sowjetischer Herkunft in ägyptischem Besitz sollten in Zukunft auch diesen Mangel beheben. Im Laufe der Zeit würden die dazu gehörigen Mannschaften ausgebildet werden. An Instruktoren sollte es nicht fehlen.

Der Suezkanal sollte, trotz der Anweisung des Sicherheitsrates vom September 1951, Israel freie Durchfahrt zu gewähren, der israelischen Schifffahrt unzugänglich bleiben. Die Sperrung des einzigen israelischen Hafens an der Meeresenge vom Roten Meer war von Oberst *Nasser* ebenso willkürlich verfügt worden. Und — was das Wichtigste war — bezahlte Saboteure sollten die israelische Grenze allnächtlich überschreiten, um Mord und Raub und Panik in die Bevölkerung Israels zu tragen. Sie sollten, von Ägypten dirigiert, nach Israel von allen Grenzen eindringen.

Die Aktion Israels gegen Ägypten

Das war der Stand der Dinge, als sich die israelische Regierung in einem Zustand höchster Notwehr entschloß, den Ring des arabischen Vernichtungsplanes zu durchbrechen. Die auf ägyptischem Territorium stehenden und dort ausgebildeten Banden (*Feedayin*) mußten beseitigt werden, um ihre Aufgaben der Zerstörung und des Terrors nicht mehr erfüllen zu können. Der für alle Völker des Nahen Ostens so unentbehrliche Frieden sollte als großes Ziel dieser Aktion erkämpft werden. Nicht auf Expansion und erst recht nicht auf Aggression waren diese Operationen gerichtet, sondern auf Beseitigung unerträglicher Bedrohung durch Selbstverteidigung.

Walter Lippmann schilderte in der *New York Herald Tribune* vom 6. November 1956 die Situation, vom amerikanischen Standpunkt aus gesehen, wie folgt:

... „woran ist Amerika — wenn wir die Situation, wie sie sich uns jetzt darbietet, betrachten — interessiert? An erster Stelle daran, sich moralischer Beurteilung zu enthalten. Tun wir das nicht, werden wir uns behaupten hören, daß *Nasser* kein Aggressor ist, wenn er seine Grenze überschreitet, was er mehrmals wöchentlich getan hat, vorausgesetzt, er bedient sich jedesmal nur kleiner Truppen, wenn er die Grenze überschreitet. Die wahren Freunde der Vereinten Nationen werden erkennen, daß *Nasser* durch seine Angriffe auf Israel, durch seine Intervention in Nordafrika, durch seine Intrigen in Jordanien und Syrien Sicherheitsprobleme geschaffen hat, die die Vereinten Nationen nicht imstande waren zu

lösen. Es wäre ein tödlicher Schlag für die Vereinten Nationen, wenn durchsickern würde, daß das praktische Ergebnis ihrer Tätigkeit war, einen Aggressor wie *Nasser* zu immunisieren. Im Interesse der Vereinten Nationen also, das auch ein lebenswichtiges Interesse der Vereinigten Staaten ist, läßt uns darauf dringen, daß sie als Werkzeug zur Lösung der Suezkrise und des Palästina-problems dienen und nicht als Richterstuhl des Urteilspruches.“

Als am Nachmittag des 29. Oktober 1956 die israelische Armee den Befehl erhielt, sämtliche Befestigungen, Stützpunkte und Ausbildungszentren der ägyptischen Terrorgruppen „*Feedayin*“ zu vernichten, war sich niemand im unklaren darüber, daß es angesichts der modernen Ausrüstung der ägyptischen Armee eine Entscheidung auf Leben und Tod bedeuten konnte.

Die Südarkmee überschritt die ägyptische Grenze und konnte schon im Laufe der ersten Nacht und an dem darauffolgenden Morgen einige Truppenkonzentrationen und Anlagen der Ägypter zum Kampfe stellen, einkesseln und den Vormarsch nach dem Westen fortsetzen. Im Zuge dieser und weiterer Operationen, die zu heftigen Kämpfen führten und zum ägyptischen Einsatz der modernsten Kampfflugzeuge sowjetischer Herkunft, wurden sämtliche Ziele erreicht, die Halbinsel Sinai von den Terrorgruppen bereinigt und auch der von den Ägyptern besetzte Gazastreifen, der nie ägyptisches Gebiet war, isoliert und schließlich erobert. Die Insel Tiran, an der Meer-

enge des Roten Meeres, von wo aus die ägyptische Blockade des israelischen Hafens Eilath kontrolliert worden ist, wurde besetzt.

Während die israelischen Verluste 150 Gefallene, 600 Verwundete und 20 Vermißte betrug, verloren die Ägypter 3000 Mann an Gefallenen, 5000 wurden gefangengenommen und zwei ägyptische Divisionen mit den dazugehörigen Panzerabteilungen im Kampfe aufgerieben. Ein ägyptischer Zerstörer, der versucht hatte, die Hafenanlagen in Haifa zu beschießen,

wurde von der israelischen Kriegsmarine gestellt und hißte die weiße Flagge. Die gesamte Mannschaft wurde gefangengenommen. Zehn Flugzeuge der ägyptischen Luftwaffe wurden durch die israelischen Streitkräfte während der Kämpfe abgeschossen und reiches Kriegsmaterial, zum größten Teil in gutem gebrauchsfähigem Zustand, erbeutet; es handelte sich dabei vorwiegend um modernste Panzer, eine große Anzahl von Geschützen und Transportmittel sowjetischer Bauart.

Israels Wunsch nach direkten Verhandlungen mit Ägypten und der arabischen Welt

Die in wenigen Tagen beendeten militärischen Operationen haben ihr militärisches Ziel erreicht. Die ägyptische Armee erwies sich unfähig, den ungezügelteren Machtplänen ihres Führers Hilfe zu leisten. In vielen Frontabschnitten wurden die Mannschaften von ihren Offizieren im Stich gelassen. Wo es zum erbitterten Kampf kam, brach der ägyptische Widerstand zusammen. Die Flucht der Offiziere und Tausender Soldaten aus der Halbinsel Sinai ist der beste Beweis dafür, daß die ägyptischen Soldaten gar nicht wußten, warum sie ihr Leben aufs Spiel setzen sollten.

„Es gibt keinen Konflikt zwischen dem israelischen und dem ägyptischen Volk“, erklärte zwei Tage nach Abschluß der Operationen, am 8. November 1956, Ministerpräsident *Ben Gurion* dem Parlament. „König Faruk und nach ihm der Diktator Nasser brachten schweres Unglück über ihr Volk, indem sie es zum Krieg gegen Israel aufhetzten.“ In der gleichen Rede erklärte *Ben Gurion* die Bereitschaft Israels, „über einen Frieden von Dauer, über echte Zusammenarbeit und gute Nachbarbeziehungen mit Ägypten zu verhandeln, unter der Voraussetzung direkter Gespräche zwischen Israel und Ägypten, ohne Vorbedingungen und ohne daß ein Zwang von irgendwelcher Seite ausgeübt wird“. *Ben Gurion* drückte die Hoffnung aus, daß alle wirklich friedliebenden Völker diesen Wunsch unterstützen werden.

In seiner Ansprache über den Rundfunk verlas *Ben Gurion* am 9. November 1956 die Botschaften des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, *D. Eisenhower*, und des sowjetischen Ministerpräsidenten, *Bulganin*, und die darauf erteilten Antworten. In der Erwiderung an Präsident *Eisenhower* erklärt *Ben Gurion*, daß die israelische Regierung mit dem

Beschluß der Vereinten Nationen, eine UNO-Truppe nach Ägypten zu senden, einverstanden ist, und unterstreicht, daß weder er noch irgendein anderer autorisierter Sprecher der israelischen Regierung behauptet hatte, daß Israel die Halbinsel Sinai zu annektieren beabsichtige. Israel sei bereit, seine Truppen aus der Halbinsel zurückzuziehen, sobald die Regelung einer Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen in Ägypten Wirklichkeit werde. „Wir müssen mit Nachdruck unsere Forderung wiederholen“, so heißt es weiter, „daß Ägypten, welches behauptet, sich im Kriegszustand mit Israel zu befinden, und die Blockade gegen Israel aufrechterhält, diese Politik ein für allemal aufgibt und daß es aufhört, seine Sabotagetruppen in israelisches Territorium zu schicken und — im Sinne seiner Verpflichtungen den Vereinten Nationen gegenüber — direkte Friedensverhandlungen mit Israel führt.“

Ben Gurions Entschluß, nach Eintreffen der UNO-Truppen die israelischen Streitkräfte aus dem ägyptischen Territorium zurückzuziehen, wurde von der Weltöffentlichkeit mit Befriedigung aufgenommen. Präsident *Eisenhower* hat seiner Wertschätzung der israelischen Haltung in einem Telegramm an Ministerpräsident *Ben Gurion* Ausdruck gegeben.

Israels einziges Ziel, auf das es während der abgelaufenen acht Jahre seit der Staatsgründung alle Kräfte konzentrierte und das es unablässig vor allen Gremien der Welt wiederholte, ist, *in direkten Verhandlungen zur Verständigung und zum Frieden mit Ägypten und der arabischen Welt zu kommen — ein Ziel, das die Unterstützung aller an der Erhaltung des Friedens in der Welt interessierten Völker im Interesse aller zu finden verdient.*

Großbritannien und Suez

Von D. C. Watt

Lecturer, London School of Economics and Political Science

Die Auslösung der Krise durch die Zurückziehung der Finanzhilfe für das Assuan-Projekt

Die Reaktion der britischen und der französischen Regierung auf den israelischen Angriff auf ägyptisches Gebiet — ihr Ultimatum an die beiden Kriegführenden mit der Forderung, die Streitkräfte auf beiden Seiten zehn Meilen vom Suezkanal zurückzuziehen — eröffnete ein völlig neues Kapitel in der Entwicklung der Suezkanal-Krise. Im Augenblick dieser Niederschrift (Mitte November 1956) ist es noch schwer, ihr Ende abzusehen. Um diese Aktion jedoch in ihre eigentliche historische Perspektive zu rücken und zur klareren Beurteilung der Motive, die der britischen Haltung zugrunde liegen, erscheint es angebracht, den vorherigen Ablauf der Krise zu untersuchen, wie auch einige der Erwägungen, die für die Bestimmung der Politik der britischen Regierung gewiß eine Rolle spielten.

Die unmittelbare Krise wurde veranlaßt durch die Entscheidung der amerikanischen Regierung, das Finanzierungsangebot für die ersten Bauabschnitte des Assuan-Staudamms zurückzuziehen. Diese Maßnahme wurde am folgenden Tag von der britischen Regierung kopiert. Die Motive, die dem amerikanischen Entschluß zugrunde lagen, waren so verschiedenartig, wie solche Beweggründe es gewöhnlich sind. Zweifel an der Leistungsfähigkeit Ägyptens, die Anlage zu bedienen; Beunruhigung über das Ausmaß, in dem Ägypten Hypotheken auf seinen Baumwollüberschuß, seine einzige Devisenquelle, aufnahm, um damit andere industrielle Vorhaben (viele davon kommunistischen Ursprungs) zu finanzieren; Beunruhigung über den ägyptischen Waffenhandel vom November 1955, der angeblich mit der Tschechoslowakei, tatsächlich aber mit der Sowjetunion getätigt wurde; die Erwartung, daß die Verwaltung der einmal gegebenen Anleihe ein ständiger Streitpunkt sein würde mit einer ägyptischen Regierung, die gewillt ist, ihre Unabhängigkeit von ausländischem Einfluß zu beweisen; der Groll über die ägyptische Anerkennung Rotchinas: alle diese Punkte spielten eine Rolle. Unterrichtete Beobachter verwiesen auch auf die Veränderungen in den amerikanischen Botschaften in Kairo und Athen und in der Mittelostabteilung des State Department. Aber die seltene Anwesenheit *Dulles'* in Washington, seine bekannte Bevorzugung seines eigenen Urteils gegenüber dem seiner offiziellen Berater und, was noch wesentlicher ist, der sich daraus ergebende Kurs der amerikanischen Politik ließen nicht erkennen, daß diese Veränderungen einen

„neuen Kurs“ der amerikanischen Politik im östlichen Mittelmeer andeuteten.

Die Motive der britischen Regierung sind gleichermaßen unklar. Das wahrscheinlichste Motiv war die Erleichterung, daß die amerikanische Aktion einen Vorwand für die Zurücknahme eines Projektes lieferte, das Großbritannien nie gern gesehen hatte und durch das Großbritannien in ägyptische Pläne bezüglich des Sudan hineingezogen zu werden drohte, und daß damit eine Angelegenheit erledigt war, die eine größere Belastung für Großbritanniens begrenzten Kapitalvorrat für überseeische Investitionen in derartigen nichtkommerziellen Unternehmungen zu werden drohte; von diesen gab es mehr als genug innerhalb des Commonwealth, die alles absorbierten, was Großbritannien erübrigen konnte. Uebrigens war die Tätigkeit von Radio Kairo nicht dazu angetan, daß offizielle britische Kreise Ägypten gegenüber eine wohlwollende Haltung bewahrten. Eine letzte Erwägung war das Empfinden, daß ein erheblicher Teil des Erfolgs, der dem neuen russischen Handels- und Propagandavorstoß im Nahen Osten beschieden war, sich auf Hilfsversprechen gründete, die Rußland einfach nicht erfüllen konnte. Würde die Assuan-Damm-Anleihe zurückgehalten, so meinte man, würde Ägypten bald entdecken, wie hohl diese Versprechungen waren. Kurz gesagt: die Zurücknahme des Anleiheangebotes war vielmehr das Ergebnis einer amerikanischen und einer britischen Verärgerung über Ägypten als die Folge einer vorsätzlichen Aenderung der Politik, sie war das Ende eines augenblicklichen Kausalvorganges, nicht der beabsichtigte Beginn einer neuen Politik.

Oberst *Nassers* Gegenaktion kam daher völlig überraschend. Er hat zwar nachher des öfteren behauptet, daß sie seit langem geplant und das Ergebnis reiflicher Ueberlegung war. Aber die näheren Umstände seiner Aktion sprechen eher für eine Art von schneller und brillanter Improvisation, nach dem Beispiel der Annexion Oesterreichs durch *Hitler*, als für dessen mehr vorsätzlich geplante Wiederbesetzung des Rheinlands, mit dem die britische öffentliche Meinung diese Aktion verglichen hat. Am Freitag, dem 26. Juli 1956, hielt *Nasser* eine lange aggressive Rede gegen die „Anmaßung“ der amerikanischen Regierung, die die Stabilität der ägyptischen Wirtschaft zu bezweifeln wagte, und kündigte an, daß das Geld, das die Ame-

rikaner ihm verweigerten, nun aus den Einkünften der Suezkanal-Gesellschaft gezogen würde, deren Verstaatlichung er verkündete¹. Eine ägyptische Kanalbehörde sollte eingesetzt werden, um den Betrieb des Kanals zu gewährleisten. Der Wortlaut des Dekretes über die Verstaatlichung sah die Entschädigung der Aktionäre vor (Art. 1), gab der dadurch errichteten Kanalbehörde eigene budgetäre und finanzielle Eigenständigkeit (Art. 2), erklärte Vermögen und Guthaben

der alten Kanalgesellschaft in Ägypten wie auch im Ausland für eingefroren (Art. 3) und übernahm alle Beamten und Angestellten der Kanalgesellschaft in die Dienste der neuen Behörde. Er verbot diesen Personen, ihre Arbeit auf irgendeine Weise oder aus irgendwelchem Grunde ohne Erlaubnis der neuen Behörde zu verlassen (Art. 4), und zwar unter Androhung von Gefängnisstrafe und Verlust aller Ansprüche auf Pension oder Entschädigung (Art. 5).

Die Suezkanal-Gesellschaft und Ägypten

Durch den Erlaß über die Verstaatlichung setzte Oberst *Nasser* der Tätigkeit einer einzigartigen Organisation ein Ende. Die Kanalgesellschaft war von dem genialen Ferdinand *de Lesseps* begründet worden als ein Mittel zur Sicherung derjenigen Art von Kapitalinvestierung in einer „unterentwickelten“ Nation, die heute für so wünschenswert gehalten wird; die Gesellschaft sollte den Gesetzen und der Kontrolle des Landes unterstehen, in dem das Geld investiert wurde, sie sollte nicht nur mit der finanziellen Beteiligung von so vielen großen Staaten arbeiten, die man zur Investierung gewinnen konnte, sondern auch mit der Beteiligung der einheimischen Regierung, die damals vom ägyptischen Khediven repräsentiert wurde. Die Gesellschaft wurde in Ägypten registriert, der Direktor der Gesellschaft sollte von der ägyptischen Regierung aus der Mitte der Aktionäre ernannt werden. Die endgültige Konzession von 1866 bestimmte ausdrücklich (Art. 16), daß die Gesellschaft eine ägyptische Gesellschaft ist und in allen juristischen Streitfällen ägyptischem Recht, ägyptischen Gesetzen und ägyptischer Gerichtsbarkeit unterworfen ist. Ausgenommen waren lediglich Streitfälle zwischen den Aktionären, die nach französischem Recht beigelegt werden sollten.

Die Hoffnungen von *de Lesseps* sollten aber enttäuscht werden. Der Wunsch des Khediven, die Wirtschaft Ägyptens zu modernisieren, führte ihn dazu, sie mit untragbaren Schulden zu überlasten. Dies führte zur Intervention der großen Mächte, in der Folge zur Besetzung durch Großbritannien und — als Ersatz für Barzahlung — zur Veräußerung zunächst der im Besitz des Khediven befindlichen Aktien an die britische Regierung und dann seiner Anrechte auf 15 Prozent des Gewinns der Gesellschaft an die französische Bank „Crédit Foncier“. Danach hatte Ägypten nahezu 50 Jahre lang weder Anteil am Betrieb des Kanals noch an seinen Einkünften. Verständlicherweise wurde nun die Kanalgesellschaft als Teil eines ausländischen Herrschaftssystems angesehen, gegen das Ägypten seit den Tagen von Mehemet Ali aufbegehrte. Die Versuche der Kanalgesellschaft, im Jahre 1908 eine Verlängerung ihrer Konzession für weitere 40 Jahre zu erreichen, wurden vom ägyptischen Parlament höhnisch zurückgewiesen; der Mi-

nisterpräsident, der sie befürwortet hatte, wurde ermordet.

Danach verschlechterten sich die Beziehungen zwischen der ägyptischen Regierung und der Kanalgesellschaft, bis im Jahre nach dem britisch-ägyptischen Vertrag von 1936 Ägyptens Unabhängigkeit anerkannt wurde. In jenem Jahr fand sich die Kanalgesellschaft bereit, zwei Vertreter der ägyptischen Regierung zum Verwaltungsrat zuzulassen und verpflichtete sich zu einer jährlichen Zahlung von 300 000 Pfund an die ägyptische Regierung. Zwei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (der allen europäischen Einfluß im Mittleren Osten außer dem britischen beseitigte) nahm die ägyptische Regierung ihre Attacke gegen die Gesellschaft wieder auf. Gleichzeitig versuchte sie, eine Revision des Vertrages mit Großbritannien von 1936 und den Rückzug der britischen Truppen aus Ägypten zu erreichen. Der Angriff geschah in Gestalt eines Versuches, das ägyptische Körperschaftsgesetz jenes Jahres auf die Suezkanal-Gesellschaft anzuwenden, welches die Gesellschaft verpflichtet hätte, daß 45 Prozent der Direktoren, 75 Prozent der Angestellten und 90 Prozent der Arbeiter Ägypter sein müssen. Gleichzeitig forderte die ägyptische Regierung, alle im Besitz der Kanalgesellschaft befindlichen Devisen nach Ägypten zu transferieren. Die Kanalgesellschaft widerstand diesen Forderungen sehr energisch mit Hilfe der juristischen Beratung von zwei hervorragenden Völkerrechtlern, Professor *Sauser-Hall*, Schweiz, und Professor *Gidel*, Frankreich. Diese machten geltend, daß der universale Charakter der Gesellschaft seit ihrer Begründung anerkannt wurde und daß ihre Statuten durch mehrere, mit der Konzessionsmacht frei vereinbarte Verträge bestätigt wurden und daß die Gesellschaft der Konzessionsträger eines Unternehmens von internationalem Interesse sei².

Merkwürdigerweise hat trotz der Klausel der Konzession von 1866, daß Streitigkeiten dieser Art den ägyptischen Gerichten zu übergeben wären, keine Seite versucht, diesen Streitfall in der vorgeschriebenen Weise zu schlichten. Nach zwei Jahren langwieriger Verhandlung wurde ein neuer Vertrag zwischen der Gesellschaft und der ägyptischen Regierung abgeschlossen; er erhöhte den Anteil Ägyptens an

den Einnahmen auf 7 Prozent des Bruttogewinns mit einem Minimum von 350 000 Pfund³. Darüber hinaus sollte die Zahl der ägyptischen Mitglieder des Verwaltungsrats allmählich auf sieben erhöht werden. Die Gesellschaft verpflichtete sich, für vier von fünf frei werdenden technischen Stellen und für neun von zehn frei werdenden administrativen Stellen Ägypter einzustellen. Die Gesellschaft legte großen Wert darauf, daß diese Abkommen als Ergebnis einer Verhandlung zwischen den beiden Parteien abgeschlossen wurden, daß sie ferner Bestimmungen einschlossen, die erst zehn oder fünfzehn Jahre nach der Unterzeichnung in Kraft treten würden, und daß sie die vertragliche Natur der Verwaltung der Gesellschaft und ihren internationalen Status bestätigten.

Der Gesellschaft war es jedoch nur gelungen, die damalige ägyptische Regierung abzufinden. Die Regierung, die Oberst *Nasser* errichtete, nachdem der Staatsstreich vom Juli 1952 König *Faruk* beseitigt hatte, nahm die Angelegenheit da auf, wo die Vorgänger stehengeblieben waren. Die Befreiung der Gesellschaft von den ägyptischen Devisenbestimmungen, die 1949 gewährt worden war, wurde aufgehoben. Die ägyptische Regierung verlangte die vermehrte Einstellung von Ägyptern als Lotsen und außerdem die Zulassung von zwei Vertretern der ägyptischen Regierung zu dem inneren Direktionsausschuß der Gesellschaft, dem eigentlichen geschäftsführenden Organ, das bisher aus zwei britischen und acht französischen Direktoren bestanden hatte (die britischen Direktoren werden von der britischen Regierung ernannt). Ebenfalls wurde verlangt, die

Kanalgesellschaft solle die Hälfte ihrer Reserven nach Ägypten transferieren, damit sie für Investitionen in Projekten und Obligationen der Regierung eingesetzt werden könnten. Ihren Forderungen in der Lotsenfrage verlieh die ägyptische Regierung Nachdruck, indem sie den von der Gesellschaft im Ausland angeworbenen Lotsen die Visa verweigerte.

Die Kanalgesellschaft gab in einem am 8. Juni 1956 veröffentlichten Abkommen wiederum nach. Sie verpflichtete sich, weitere sieben Millionen Pfund ihrer Reserven bis Ende 1956 nach Ägypten zu bringen (sie hatte bereits drei Millionen Pfund kurzfristig nach Kairo transferiert), 1957 weitere drei Millionen Pfund, 1958 zwei Millionen Pfund und von 1959 bis 1963 jährlich eine Million Pfund, so daß bis Dezember 1963 alles in allem ungefähr zwanzig Millionen Pfund von den Reserven der Gesellschaft nach Ägypten transferiert und in ägyptischen Wertpapieren angelegt worden wären. Gleichzeitig verpflichtete sich die Gesellschaft, 1956/57 weitere 32 ägyptische Lotsen einzustellen und ihre Ausbildung abzuschließen. (Die Gesellschaft verlangte ein Kapitänspatent und zehnjährige Erfahrung auf großer Fahrt, eine Qualifikation, die in einem Land schwer zu finden ist, dessen Handelsmarine so unbedeutend ist wie die ägyptische.) Dies hätte die Gesamtstärke der Lotsen auf 245 Mann gebracht: 62 Ägypter, 56 Franzosen, 52 Briten, 14 Holländer, 11 Norweger und 49 andere, unter ihnen 26 neue europäische Lotsen. Dieses Abkommen sollte bis zum Ende der Konzession Geltung haben.

Die britische Regierung und die Kanalgesellschaft

Die Beziehungen zwischen der britischen Regierung und der Kanalgesellschaft waren in der Vergangenheit eine jener Anomalien, mit denen nur eine so durch und durch unlogische Gattung wie die Briten zurechtkommen können. Anfangs waren diese Beziehungen stürmisch bewegt im Hinblick auf den britischen Verdacht, daß *de Lesseps'* Pläne ein französisches Komplott gegen Großbritannien in sich bargen. Nach dem Ankauf des Aktienanteils des Khediven bestand der Verdacht auf der anderen Seite; die französische Regierung und die französischen Aktionäre, die noch die Mehrheit hatten, standen den britischen Absichten und Motiven höchst mißtrauisch gegenüber. Die hauptsächlichen Bestrebungen der britischen Regierung gingen in der Folgezeit dahin, die Zahl der Direktoren zu erhöhen, um so Posten für sieben Vertreter der britischen Schifffahrtsinteressen zu schaffen. 1956 bestand die vollzählige Mitgliedschaft des Verwaltungsrates aus 16 Franzosen, neun Briten (drei von ihnen von der britischen Regierung ernannt), fünf Ägyptern, einem Amerikaner und einem Holländer. Der innere Direktionsausschuß hatte zehn

Mitglieder, acht französische und zwei britische Regierungsvertreter. Nach ihren Erfahrungen der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts unterließ die britische Regierung alle weiteren Versuche, die Politik der Gesellschaft zu beeinflussen, und begann aus ihrer Inaktivität eine sichtbare Tugend zu machen. Im allgemeinen erregte diese Haltung keinen Anstoß, außer während der schweren Schifffahrtskrise von 1931/32, die der Weltfinanzkrise folgte. Damals war die britische Regierung starkem Druck seitens der Schifffahrtsinteressen ausgesetzt, ihre angeblich dominierende Stellung im Verwaltungsrat auszunutzen, um eine Herabsetzung der Kanalgebühren mit der Begründung zu erreichen, daß ihre Höhe den internationalen Handel hindere. Die britische Regierung weigerte sich, dem Druck nachzugeben, und vertrat die Ansicht, daß die Gesellschaft ein kommerzielles Unternehmen sei und daß staatlicher Druck, um sie zu einem durch andere als kommerzielle Erwägungen bestimmten Kurs zu veranlassen, illegal wäre⁴.

Der Wert des Aktienanteils der britischen Regierung an der Kanalgesellschaft, bestehend aus 179 586

Stammaktien und 173 918 Vorzugsaktien, betrug im März 1956 = 23 730 112 Pfund und brachte eine durchschnittliche Jahresdividende von 2,8 bis 2,9 Mil-

lionen Pfund in den vergangenen fünf Jahren ein. Die britische Regierung besaß annähernd 40 Prozent des gesamten Aktienkapitals.

Die britische Regierung und der Kanal

Die Empfindlichkeit der britischen Regierung in der Frage des Baues des Suezkanals ist wohl bekannt. Sie beruhte zum Teil auf der offen bezeugten Feindschaft der französischen, de Lesseps unterstützenden Presse; zum Teil auf der Annahme, daß der Kanal als technisches Projekt undurchführbar sei, zum Teil auf dem aus den beiden vorhergehenden Gedankengängen entstandenen Verdacht, das Projekt verberge einen Plan, den französischen Einfluß in Ägypten wiederherzustellen, und zum Teil auf der Befürchtung, der Kanal würde mit den britischen Eisenbahnprojekten in Ägypten und Mesopotamien konkurrieren. Allen diesen Erwägungen, außer der letzten, lag das strategische Argument zugrunde, Großbritannien könne keine andere Großmacht im Bereich seiner Landverbindungen nach dem Osten dulden.

Als der Kanal einmal erbaut war, wurde die britische Haltung von der gleichen Ueberzeugung geleitet und noch bestärkt durch die ungeheure Bedeutung, die der Kanal sogleich für den britischen Handel erlangte. Großbritannien beteiligte sich an der gemeinsamen anglo-französischen Kontrolle der Finanzen des Khediven und besetzte Ägypten nach dem Aufstand von *Arabi Pascha* gegen den Khediven im Jahre 1882, hauptsächlich um der Gefahr einer einseitigen französischen Aktion zu begegnen. Die Tatsache, daß sich die Franzosen in der letzten Minute von der Landungsoperation zurückzogen, erleichterte die britische Aktion bedeutend. Als später die britischen Bestrebungen, die internationale Zustimmung für die Ablösung der britischen Streitkräfte durch diejenigen des Sultans zu erreichen, durch die Opposition Frankreichs vereitelt wurden, entschloß sich die britische Regierung schließlich, ihre Versuche, die Dardanellen gegen Rußland zu halten, aufzugeben und lieber in Ägypten zu bleiben und Alexandrien zu einem ständigen Flottenstützpunkt auszubauen⁵. Diese strategischen Gründe lagen auch der Haltung der britischen Regierung in der Frage des Status des Kanals zugrunde, die schließlich durch die von Großbritannien, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Spanien, Frankreich, Italien, den Vereinigten Staaten, Rußland und der Türkei unterzeichnete Konvention von Konstantinopel von 1888 geregelt wurde.

Es ist interessant, festzustellen, daß die ursprünglichen Vorschläge der Franzosen von einer „Internationalisierung“ des Kanals sprachen und daß nur der entschlossene Widerstand der britischen Regierung, die diese Vorschläge für einen erneuten französischen Versuch der Errichtung eines Stützpunktes am Kanal hielt, die Annahme ihres Gegenvorschlages einer „Neutralisierung“ herbeiführte⁶. Selbst dann

machte die britische Regierung noch Vorbehalte hinsichtlich der Verteidigungsrechte (Art. 8) und trat formal der Konvention erst dann bei, als der Abschluß der anglo-französischen Entente die Gefahr eines französischen Einflusses in Ägypten beseitigt hatte.

Bei Ausbruch des Krieges von 1914/18 hielt es Großbritannien für notwendig, den protürkischen Khediven abzusetzen und ein britisches Protektorat über Ägypten zu proklamieren. Dadurch übernahm es formal die letzte Verantwortlichkeit für die Verteidigung des Kanals, die in der Konvention von 1888 der türkischen Regierung vorbehalten war. In dieser Eigenschaft blockierte Großbritannien den Kanal für die feindliche Schifffahrt, obwohl es sorgfältig darauf bedacht war, den Vertrag dem Buchstaben nach einzuhalten, indem es diese Maßnahmen außerhalb der Drei-Meilen-Zone traf. Nach 1918 wurden seine Rechte als Nachfolger der Türkei in der Konvention von 1888 in den Friedensverträgen mit den besiegten Mittelmächten anerkannt. Die Entschlossenheit Großbritanniens, seine Position bei der Verteidigung des Kanals aufrechtzuerhalten, zog sich danach wie ein roter Faden durch den allmählichen Prozeß der Gewährung der Unabhängigkeit an Ägypten. Dieser Standpunkt wurde von der konservativen wie von der Labour-Regierung geteilt. Ramsay Macdonald erklärte 1924, „keine britische Regierung ... kann sich völlig ihres Interesses an der Sicherung eines so lebenswichtigen Gliedes der britischen Verbindungswege begeben, selbst nicht zugunsten eines Verbündeten“⁷. Die britischen Regierungen jedweder politischen Färbung blieben überzeugt, daß keiner internationalen Behörde der Schutz des Kanals anvertraut werden könne und daß die ägyptischen Truppen unfähig seien, den Kanal gegen Streitkräfte einer europäischen Macht zu verteidigen.

Als die nationalistischen Führer Ägyptens in der durch italienische Aktivität in Abessinien und Libyen hervorgerufenen Atmosphäre der Furcht ihre Einwände aufgaben und 1936 den Bündnisvertrag mit Großbritannien unterzeichneten, wurde die Anerkennung der ägyptischen Unabhängigkeit von einer Klausel (Art. 8) ausgeglichen, welche Großbritannien erlaubte, die Stationierung seiner Truppen in Ägypten fortzusetzen „bis zu dem Zeitpunkt, in welchem die Hohen Vertragschließenden Parteien übereinkommen, daß die ägyptische Armee imstande ist, die Freiheit und volle Sicherheit der Kanalschifffahrt aus eigener Kraft zu gewährleisten“. Gleichzeitig wurde aber anerkannt, daß der Suezkanal ein „integrierender Teil von Ägypten“ ist. Auf der Grundlage dieses

Vertrages blockierten die britischen Streitkräfte in Ägypten von 1939 bis 1945, ebenso wie von 1914 bis 1918, wiederum den Kanal gegen die feindliche Schifffahrt. In der in jenen Jahren allgemein herrschenden Atmosphäre geringen Respektes vor dem internationalen Recht verletzten sie dabei direkt die Konvention von 1888 durch die Aufstellung von Küstenartillerie und die Einrichtung von Durchsuchungsstationen an den Kanaleinfahrten.

Die Niederlage Italiens und der Rückzug Frankreichs von der Levante 1945/46 schufen eine gänzlich neue Situation. Man konnte nun nicht mehr sagen, daß der Kanal von einer europäischen Macht bedroht würde. Zur gleichen Zeit stellten die Gründung der Arabischen Liga — zu der Großbritannien selbst die arabischen Staaten ermutigte — und der Zusammenbruch des Mandats in Palästina Großbritannien vor die Aussicht eines in Feindseligkeit geeinten Mittleren Ostens, der dieselbe Position einnimmt, die Großbritannien sich so lange Zeit bemüht hatte, seinen europäischen Feinden zu verweigern. Man konnte nicht länger sagen, Ägypten sei zur Verteidigung des Kanals gegen einen ausländischen Angriff unfähig, da ja Großbritannien die einzige größere Macht in diesem Gebiet blieb. Die britischen Versuche, sich die arabische Freundschaft zu bewahren, scheiterten

an seiner Palästinalpolitik, an seiner Unfähigkeit, zu wählen zwischen seinen pro-zionistischen Gefühlen und seinen wirtschaftlichen Interessen, die so stark vom arabischen Wohlwollen abhingen, und an seinem Versagen, die Araber von der Realität der Bedrohung durch Rußland zu überzeugen. Als dies endgültig klargeworden war, retteten die Briten ihr Gesicht — sonst aber auch nichts — durch den anglo-ägyptischen Vertrag über den Stützpunkt am Suezkanal vom 19. Oktober 1954. Dieser Vertrag sah den Abzug der britischen Streitkräfte vom Kanalstützpunkt vor und übertrug Ägypten die alleinige Verantwortung für die Verteidigung des Kanals, außer (Art. 4) im Falle eines Angriffs einer dritten Macht auf ein Mitglied der Arabischen Liga oder die Türkei. Die ägyptische Regierung erklärte anschließend, daß diese Klausel nicht im Falle eines israelischen Angriffs gilt. Durch dieses Abkommen wurde ferner anerkannt, daß der Kanal zwar ein integrierender Teil Ägyptens, jedoch auch ein „Wasserweg von internationaler wirtschaftlicher, kommerzieller und strategischer Bedeutung ist“, und „die Entschlossenheit, die Konvention von 1888 aufrechtzuerhalten“, zum Ausdruck gebracht. Dieser Vertrag sollte 1961 ablaufen, wenn nicht beide Parteien seine Verlängerung vereinbaren.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Kanals für Großbritannien in Gegenwart und Zukunft

Es ist außerordentlich schwierig, den Abhängigkeitsgrad des britischen Handels vom Suezkanal abzuschätzen. Bruttotonnagezahlen geben weder auf die Bestimmung noch auf den nationalen Ursprung der in britischen Schiffen beförderten Güter einen Hinweis, noch kann man voraussetzen, daß die britische Einfuhr oder Ausfuhr ausschließlich auf britischen Schiffen befördert wird. Die einzige zuverlässige Schätzung von britischen Einfuhren über Suez ist jene für die Rohölimporte, von denen 20,5 Millionen Tonnen — ungefähr 65 vH des britischen Bedarfs — durch den Suezkanal kamen. Für Exporte und Importe anderer Güter über Suez ist es fast unmöglich, genaue Zahlen zu erhalten. Beträchtliche britische Märkte wurden im Gebiet des Persischen Golfs entwickelt, auch in Indien und Pakistan für Maschinenbauprodukte. 1955 waren ungefähr 15 vH aller Schiffe, die aus britischen Häfen ausliefen, und ungefähr 20 vH jener Schiffe, die sie anliefen, nach den Handelsgebieten östlich von Suez bestimmt oder kamen von dort⁸. Hiervon waren die Ölimporte für die britische Wirtschaft am bedeutendsten. Darüber hinaus erwartet man, daß sich Großbritanniens Abhängigkeit von Ölimporten mit dem Ansteigen der Nachfrage bei Beibehaltung des Anstiegs von Produktion und Einkommen in den nächsten 25 Jahren verdreifachen wird. Dieser zu erwartende Bedarfszuwachs ist wiederum nur ein Teil eines gleichen An-

steigens des Ölverbrauchs in Westeuropa, von dem man bis 1970 ebenfalls eine Verdreifachung erwartet⁹. Die einzig mögliche Quelle dieses Öls kann nur der Mittlere Osten sein, der wahrscheinlich einen Überschuß haben wird, der, soweit man voraussehen kann, bei weitem über den lokalen Bedarf hinausgeht. Der Öltransport auf der süd-nördlichen Kanalpassage ist bisher schon so schnell angestiegen, daß er mit Sicherheit die Kapazität des Kanals lange vor dem vertragsgemäßen Ende der Konzession der Suezkanal-Gesellschaft überschritten haben würde.

Für die Überwindung des in etwa zehn Jahren zu erwartenden Engpasses wurden drei Vorschläge gemacht: der Bau von zusätzlichen Ölleitungen von den Ölfeldern zum Mittelmeer, um den langen Umweg um Arabien abzuschneiden; der Bau von sogenannten „Supertankern“ von 45 000 Tonnen und darüber (von denen man erwartet, daß sie mit der Zeit ebenso rationell das Öl um das Kap der Guten Hoffnung transportieren können wie normale Tanker [12 000 bis 18 000 t] durch den Suezkanal); drittens die Verdoppelung des Suezkanals, um einen beständigen Verkehrsstrom in jeder Richtung zu ermöglichen. Man ist sich einig, daß der erste von diesen drei Vorschlägen eine Notlösung sein kann. Es sind auch andere Maßnahmen notwendig. Darüber hinaus sind bei den Ölgesellschaften Ölleitungen als Transportmittel wenig

beliebt, weil sie zu endlosen Streitigkeiten mit den Durchgangsländern Anlaß geben. Der zweite Vorschlag war in jedem Falle unvermeidlich, aber er bietet eine wirtschaftliche Alternative zur Suezkanalroute nur für Länder mit einer Küste am Atlantik, und auch dann nur, solange der Kanal nicht selbst für die Durchfahrt von Supertankern ausgebaut würde. Darüber hinaus müßten diese Tanker erst gebaut werden. Alle amerikanischen Schiffswerften, außer den teuersten, sind bereits bis 1960 mit festen Aufträgen ausgelastet, und es droht Stahlmangel. Die Beförderung von 100 Millionen Tonnen Öl vom Persischen Golf nach Westeuropa über das Kap der Guten Hoffnung würde 7,5 Millionen Tonnen mehr Tankertonnage erfordern, als im Augenblick existiert. Das ist ungefähr die zweijährige Weltproduk-

tion an neuen Tankern und würde vermutlich 500 Millionen Pfund kosten.

Diese Umstände ließen den Bau eines zweiten Kanals — parallel zu dem gegenwärtigen — als die einzig mögliche Lösung erscheinen. Der Bau eines solchen Kanals würde wenigstens acht Jahre benötigen und einen Kapitalaufwand von wenigstens 120 Millionen Pfund bei niedrigster Schätzung. Diese Zahl überstieg die Möglichkeiten der ägyptischen Regierung, und es war unwahrscheinlich, daß sie in der Welt aufgebracht werden könnte, solange keine sehr beträchtliche Sicherheit gegeben würde, sowohl für die korrekte Bedienung der Anleihe als auch gegen konfiskatorische Eingriffe. Ohne den Bau des zweiten Kanals wäre der Verlauf der britischen und europäischen Entwicklung stark gefährdet.

Die strategische Position Großbritanniens im Mittleren Osten

Seit dem Ende des Palästinaamandats sind die britischen strategischen Interessen in starkem Maße beherrscht durch die oben dargestellten grundsätzlichen Interessen, nämlich der Erleichterung der britischen Verbindungen mit dem Fernen Osten und dem Pazifik und von der Verhinderung einer Beherrschung des Mittleren Ostens durch die hauptsächlich feindliche Großmacht: die Sowjetunion. Die Verbindung dieser beiden Überlegungen führte zu einer Politik, die die Freundschaft der arabischen Staaten zu gewinnen versucht, und zwar durch den Abzug der britischen Besatzungstruppen unter gleichzeitiger Beibehaltung wichtiger Durchgangsplätze und des Rechtes, die aufgegebenen Stützpunkte im Falle eines größeren Krieges wieder zu benutzen. Die arabische Einheit in Form einer örtlichen Verteidigungsorganisation wurde eindringlich empfohlen; sie sollte die arabischen Staaten ermutigen, sich stark genug zu fühlen, um dem sowjetischen Druck standzuhalten. Die verfehlte Mittelost-Verteidigungsorganisation¹⁰, die 1951 vorgeschlagen wurde, die Förderung der türkisch-ägyptischen Annäherung vom Herbst 1954 und der ägyptischen und arabischen Bemühungen um die Stärkung des Sicherheitspaktes der Arabischen Liga wie auch die Unterstützung der endgültigen Entscheidung des Irak, sich gegen starken ägyptischen Druck mit der Türkei durch den Abschluß des Bagdadpaktes zu verbünden: sie alle waren Äußerungen dieser Politik, wie auch der spätere Beitritt Großbritanniens zum Bagdadpakt und der mißlungene Versuch, auch den Beitritt Jordaniens zu erreichen.

Das Recht auf Benutzung dieser Stützpunkte wurde aus zwei Gründen verlangt: 1. weil Großbritannien nur durch diese Stützpunkte in der Lage ist, sowjetische Aktionen nach koreanischem Muster in den südlichen Nachbarstaaten der Sowjetunion zu verhindern; 2. weil diese Stützpunkte, hauptsächlich Flugplätze, wichtige Durchgangsplätze auf der Luft-

verkehrsroute nach dem Fernen Osten bilden. Moderne Langstreckentransporter und -bomber könnten den Mittleren Osten überfliegen, wenn sie die Stützpunkte auf Zypern und in den Scheichtümern des Persischen Golfs benutzen können. Die Düsenjäger mit ihrer kurzen Reichweite jedoch benötigen dazwischenliegende Landeplätze.

So war das britische strategische Denken fast ausschließlich auf Rußland und China gerichtet. Die wachsende Bitterkeit in den anglo-ägyptischen Beziehungen nach dem Beitritt Großbritanniens zum Bagdadpakt stellte Großbritannien jedoch vor die Möglichkeit eines örtlichen Krieges im Mittleren Osten gegen einen oder mehrere arabische Staaten, entweder in Erfüllung seines Bündnisses mit Jordanien oder seinen Protektorat Aden, Oman und den Scheichtümern des Persischen Golfs oder als Ergebnis der Dreimächtedeklaration von 1950. Da die britischen Streitkräfte hauptsächlich damit beschäftigt waren, die Ostgrenzen Europas zu bewachen oder kommunistisch gelenkte Revolten oder Mau-Mau-Aufstände östlich von Suez niederzuschlagen, verfügte Großbritannien nicht über genügend Macht, um die Siegesaussichten in einem örtlichen Krieg als sehr hoch erscheinen zu lassen, sofern es nicht in einem wesentlichen Grade internationale Unterstützung erhalten würde. Darüber hinaus bedeutete der Abzug von den Kanalstützpunkten, daß Großbritannien keine Basis im Mittleren Osten mehr hatte, von der aus ein größerer Feldzug geführt werden könnte. Es verblieben ihm nur die drei Inselstützpunkte Gibraltar, Malta und Zypern und gewisse Rechte in Libyen. Nur in Libyen und auf Zypern gab es genügend Raum für die Ausbildung britischer Truppen unter den Bedingungen des Mittleren Ostens. Ein größerer Feldzug müßte sich in Zukunft auf Großbritannien stützen, wobei die Inselkolonien als vorgeschobene Stützpunkte und als Sprungbretter für örtliche Aktionen dienen könnten.

Der Verlauf der Krise

Die Krise, die Oberst *Nassers* Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft folgte, hat bereits sechs Phasen durchlaufen, und ein Ende ist bis jetzt nicht abzusehen. Jede Analyse der britischen Politik kann deshalb nur vorläufiger Natur sein. Ein Versuch der Beurteilung ihres Erfolges oder Mißlingens ist daher nicht möglich. Die Ereignisse überflügeln die Feder des Historikers wie den Stift des Redakteurs und den Schriftsatz des Druckers. Dieser Bericht will nur den Ablauf der Ereignisse bis zum Beginn des britisch-französischen Angriffs auf Ägypten untersuchen. Dieser Angriff war das Ergebnis der ägyptischen Ablehnung des Ultimatums vom 30. Oktober, mit dem die sechste Phase der Krise begann. Vorher sind fünf Phasen zu unterscheiden: die Eingangsphase der Reaktion und Verwirrung vom 26. Juli bis zum 2. August; die Periode der internationalen Konferenzen und Beratungen seit dem 3. August und das Scheitern der Mission *Menzies'* in Kairo am 9. September; eine Zwischenzeit von internationaler Verwirrung zwischen dem 10. September und dem Ende der zweiten Londoner Konferenz; die Befassung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit der Krise und die Periode der direkten ägyptisch-britischen Gespräche vom 26. September bis zum 13. Oktober und die Phase, die mit den größeren israelischen Angriffen auf Jordanien am 10. Oktober begann und mit dem Angriff Israels auf Ägypten sowie dem britisch-französischen Ultimatum endete, das die Bildung eines 20 Meilen breiten neutralen Streifens beiderseits des Suezkanals forderte, welcher von britischen und französischen Streitkräften zur Trennung der Kämpfenden besetzt werden sollte.

Die erste Phase vom 26. Juli bis zum 2. August 1956

Die ersten Reaktionen der britischen Regierung auf die Aktion des Obersten *Nasser* waren recht langsam. Sir Anthony *Eden* versprach, die Angelegenheit würde mit „Entschlossenheit und Sorgfalt“ behandelt werden. Mit einer Protestnote an die ägyptische Regierung legte Großbritannien Rechtsverwahrung ein und nannte *Nassers* Aktion eine willkürliche Handlung, die eine ernste Bedrohung der Freiheit der Schifffahrt an einem Wasserweg von internationaler Bedeutung darstellt. Selbstverständlich wurde das Kabinett zusammengerufen, das die Stabschefs anhörte. Am nächsten Tag, dem 28. Juli, flog der amerikanische Unterstaatssekretär Robert *Murphy* nach London, um an den dreiseitigen Gesprächen teilzunehmen. Die erste Gegenmaßnahme wurde in Form einer Verordnung des Finanzministeriums ergriffen, durch die der Transfer von Barmitteln oder Gold aus Guthaben der Suezkanal-Gesellschaft und von Geldern in oder aus ägyptischen Sterling-Guthaben von der Erlaubnis des Finanzministeriums abhängig gemacht wurde. Zwei Überlegungen scheinen zu diesem Zeit-

punkt die britische Haltung beherrscht zu haben: die Notwendigkeit internationaler Beratung und die Notwendigkeit der Anwendung von Gewalt, falls Oberst *Nasser* über den Akt der Verstaatlichung hinausginge und Gewalt gegen britische Staatsbürger, Vermögen oder Einrichtungen anwenden würde. Am 31. Juli wurde der Entschluß verkündet, „gewisse Vorsichtsmaßnahmen“ auf militärischem Gebiet zu unternehmen.

Am 29. Juli begannen in London die dreiseitigen Gespräche zwischen Selwyn *Lloyd*, dem französischen Außenminister *Pineau*, *Murphy* und Admiral *Boone*, dem Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte im Atlantik. Bald wurde klar, daß der Vertreter der Vereinigten Staaten es für notwendig hielt, einen Rangälteren heranzuziehen; Außenminister *Dulles*, der zunächst seine Absicht angekündigt hatte, in Washington zu bleiben, flog am 31. Juli nach London. Über den Inhalt der Gespräche ist wenig bekannt, außer daß der Gedanke einer maritimen Konferenz angeschnitten wurde, welche die Annahme eines Vorschlages herbeiführen sollte, ein internationales Kontrollsystem für den Kanal zu schaffen. Die Methode, wie Oberst *Nasser* zur Annahme dieses Vorschlages zu veranlassen sei, dürfte erörtert worden sein. Hierbei sind möglicherweise Meinungsverschiedenheiten aufgetreten. Auf jeden Fall begannen Nachrichten über die „Vorsichtsmaßnahmen“ die Weltpresse zu füllen.

Die Dreimächtebesprechungen wurden am 2. August abgeschlossen. Das Schlußkommuniqué kündigte die Einberufung einer internationalen Konferenz der noch existierenden Vertragsparteien der Konvention von 1888 und der anderen seefahrenden Nationen, deren Schiffe den Kanal benutzen oder in starkem Maße von ihm abhängig sind, an. Nicht einbezogen wurden die sogenannten Flaggenstaaten, deren Schiffe zum überwiegenden Teil Personen einer anderen Nationalität gehören, wie beispielsweise Panama und Liberia. Das Kommuniqué kritisierte die ägyptische Aktion als Bedrohung der Freiheit und Sicherheit des Kanals, verurteilte die offene ägyptische Absicht, die Einkünfte des Kanals für rein nationale Zwecke Ägyptens zu verwenden, und sah eine Verleugnung der Menschenrechte in der Androhung von Gefängnisstrafen gegen die Angestellten der Suezkanal-Gesellschaft. Es schlug die Festsetzung von „Vereinbarungen über den Kanalbetrieb im Rahmen eines internationalen Systems“ vor, unter Berücksichtigung der „rechtmäßigen Interessen Ägyptens“.

*Die zweite Phase**vom 3. August bis zum 9. September 1956*

Die zweite Phase der Suezkrise liefert mehr Diskussionsstoff als jede andere vor dem englisch-französischen Ultimatum. Großbritannien schien zwei augenscheinlich unvereinbare Verfahren zu verfolgen.

Da war auf der einen Seite ein ständiger und mit großer Publizität durchgeführter Aufmarsch britischer Streitkräfte, begleitet vom Druck auf die britischen Staatsangehörigen, Ägypten zu verlassen, von Generalstabsbesprechungen mit französischen Vertretern in London, von der Bereitstellung von Truppentransportern, Transportflugzeugen usw.; alles das wurde unternommen als Andeutung einer möglichen britisch-französischen militärischen Aktion gegen Ägypten zur Sicherung einer internationalen Kontrolle über den Kanal. Diese Deutung wurde noch verstärkt durch offene Angriffslust der englischen konservativen Presse und durch eine Politik inspirierter Presseartikel über Großbritanniens Entschlossenheit, seine Rechte zu sichern. Gleichzeitig wurden vom Premierminister und seinen Anhängern wie auch von der Labourseite des Unterhauses freimütig Parallelen gezogen zwischen Oberst *Nassers* Verhalten und dem *Hitlers*. Auf der anderen Seite machte Großbritannien zu diesem Zeitpunkt regen Gebrauch von der Möglichkeit internationaler Beratung. Zunächst erschienen diese beiden Verfahren miteinander unvereinbar und brachten einige Kritiker der britischen Politik dazu, auf Großbritanniens traditionelle und mythische Heuchelei zu verweisen, während andere Kritiker die Torheit einer Politik des fortiter in modo, suaviter in re aufzeigten.

Tatsächlich aber waren die beiden Aspekte der britischen Politik nicht unvereinbar. Erstens besteht ein bemerkenswerter Unterschied zwischen der tatsächlichen Stärke der in Bewegung gesetzten britischen Streitkräfte und dem Grad der Publizität, der dem beigelegt wurde. Die tatsächliche Stärke der Streitkräfte, die Großbritannien aufstellen konnte, ist nicht gerade überwältigend. Die Streitkräfte bestanden aus fünf Infanteriedivisionen, einem Gardebataillon, einer Fallschirmbrigade, einer Einheit Marineinfanterie, Einheiten einer Panzerdivision in Libyen, drei leichten und zwei schweren Fliegerabwehreinheiten, zwei Artillerieregimentern; alles in allem und unter Einrechnung dessen, was von den neun bereits in Cypern befindlichen Infanteriebataillonen entbehrt werden konnte, zwei Infanteriedivisionen, eine Panzerdivision, die ihre libyschen Stützpunkte nicht benutzen konnte, und einige vereinzelter Einheiten. Diese Streitkräfte waren ausreichend, eine symbolische Aktion gegen den Kanal durchzuführen, wenn die Lage es erforderte; sie waren auch möglicherweise in der Lage, die ägyptische Armee allein zu schlagen, aber sie hatten nicht die zahlenmäßige Überlegenheit, um Ägypten eine endgültige Niederlage zu bereiten.

Zweitens besteht kein Zweifel daran, daß die Verstaatlichung des Suezkanals in britischen offiziellen Kreisen als Bestätigung der Ansicht aufgenommen wurde, daß Oberst *Nasser* sich unwiderruflich auf den Weg der Gewalt statt der Vermittlung festgelegt

habe, daß er eine ständige Bedrohung des Friedens im Mittleren Osten und der dortigen britischen Interessen geworden sei; daß er nicht das rechtmäßige Bestreben eines Volkes mit guten Gründen für Resentiments gegen die Fremdherrschaft vertrete, sondern den typischen unausgeglichenen psychopathischen Größenwahn, der immun ist gegen Augenschein und Vernunft, der Konzessionen als Zeichen von Schwäche und Zaghaftigkeit interpretiert, während die Schaustellung von Stärke ohne handfesten Hintergrund nur seinen Verdacht auf die angeborene Gemeinheit und Bosheit der Umwelt bestätigt. Der Ton von *Nassers* Reden, die nicht endende Hetze von Radio Kairo, wohin auch immer seine Mittel- und Kurzwellen reichten, die hypothekarische Belastung eines großen Teiles der ägyptischen Devisen für den Einkauf russischer Waffen hatten in offiziellen britischen Kreisen bereits starke Befürworter einer solchen Auslegung der Haltung *Nassers* geschaffen. Die Verstaatlichung des Kanals und mehr noch die Bedingungen, unter denen sie vollzogen wurde, bekehrten schließlich auch die Schwankenden. Die ägyptische Aktion erschien der britischen öffentlichen Meinung, die die Lektionen der dreißiger Jahre nur zum Teil vergessen hat, nur zu geläufig (Bücher über die Nazi Herrschaft und die Vorkriegszeit sind in Großbritannien noch immer sehr populär und Filme darüber noch mehr). Daß Beschwichtigung sich nicht bezahlt macht, ist die Binsenwahrheit der britischen Politik geworden.

Großbritannien war jedoch nicht stark genug, einen Angriff auf das Ägypten *Nassers* zu wagen, ohne internationaler Unterstützung sicher zu sein. Es war auch denkbar, daß Ägypten, das ja schwächer ist, als Nazideutschland es war, angesichts des internationalen Protestes und Druckes zum Rückzug veranlaßt werden könnte. Gleichzeitig war ebenfalls denkbar, daß Oberst *Nassers* prekäre Gewalt über die öffentliche Ordnung ihm völlig entgleiten und daraus ein Pogrom, ähnlich dem des „Schwarzen Sonnabend“ von 1952, entstehen könnte, bei dem elf britische Staatsbürger ermordet wurden und britisches Eigentum beträchtlich beschädigt wurde. Falls sich dies ereignen sollte, wollte die britische Regierung bereit zum Eingreifen sein. Es bestand auch die noch beunruhigendere Möglichkeit eines Eingriffs in die britische Schifffahrt.

Wenn man dieser Ansicht zustimmt, erscheint die Politik der britischen Regierung in dieser Phase wie aus einem Guß. Die internationalen Konferenzen waren gedacht als ein Mittel, die Unterstützung der Welt zu gewinnen für eine Politik des Druckes gegenüber Oberst *Nasser*, um sicherzustellen, was die britischen Staatsmänner nun als den einzigen Weg für die Gewährleistung der Freiheit des Kanals ansahen: eine internationale und vom Druck nationaler Interessen freie Behörde, deren Politik durch die Erfordernisse eines reibungslosen Betriebes bestimmt wird,

die im Interesse der Benutzer tätig ist und gerechte und feste Abgaben an die ägyptische Regierung entrichtet. Jede Alternative, die die Festsetzung der Kanalgebühren und das Budget des Kanals sowie seine Instandhaltung und Verbesserung von Ägyptens Gnade und Wohlwollen abhängig machte, war einfach unannehmbar. Freiwillig zugestandene Gnade und Wohlwollen können jederzeit ebenso wieder zurückgezogen werden. Zu groß wäre die Versuchung, die Reserven der Kanalbehörde anzugreifen, Durchfahrtsgebühren zu erhöhen usw., um einen bereits stark überlasteten Staatshaushalt auszugleichen. Darüber hinaus bestand die Frage der Einmischung in den Verkehr. Eine direkte Einmischung in den Verkehr war gewiß immer möglich, ob nun Ägypten den Kanal besaß oder nicht. Aber wenn Ägypten nicht die Kontrolle über den Betrieb des Kanals hätte, würde eine direkte Einmischung offen erkennbar sein. Eine ägyptische Verwaltung des Kanals würde hingegen unzählige verschiedene Möglichkeiten eröffnen, einen plausiblen Vorwand für einzelne Eingriffe in die Schifffahrt zu konstruieren. Erweiterte Quarantänenvorschriften, Vervielfachung der bürokratischen Vorschriften, zeitweiliger Lotsenmangel, Bemängelung von Schifffahrtspapieren: alles das könnte dazu benutzt werden, Schiffe der einen vor denen der anderen Gesellschaft zu bevorzugen, die Schiffe derjenigen aufzuhalten, mit denen Ägypten in Streit liegt — was diesen immense Kosten verursachen würde —, oder die wirtschaftlichen Interessen derjenigen zu schädigen, deren Handelspraktiken Ägypten mißbilligt. Die Aussicht auf endlose Verzögerungen und Prozesse eröffnete sich den internationalen Schifffahrtsgesellschaften, deren Druck auf die britische Regierung und deren Aussagen vor dem Menzies-Ausschuß beträchtlich dazu beitrugen, die bereits zwingenden Argumente für einen Widerstand gegenüber dem Schritt Ägyptens zu verstärken. Dies wurde noch unterstrichen durch den Fall des britischen Frachters „Pan-neghia“, der israelischen Zement beförderte; ihm wurde die Durchfahrt verweigert, und er wurde endlos im Hafen von Port Said festgehalten unter dem Vorwand, er verletze die ägyptischen Quarantänenvorschriften.

Augenscheinlich unterschätzte die britische Regierung das Ausmaß der Sympathie der Welt für die Aktion Ägyptens. Die Analogien zu den Taten *Hitlers* konnten die nichtbritische Meinung nicht überzeugen (und sie wurden tatsächlich von mächtigen Strömungen der britischen öffentlichen Meinung abgestritten). Die Politik des fortiter in medo mag geeignet gewesen sein, Ägypten entgegenzutreten; aber sie alarmierte nur Englands Freunde im Commonwealth und in Europa und bestärkte die natürlichen Neigungen jener Nationen, deren marxistische Doktrinen oder koloniale Erfahrungen das Klima ihrer öffentlichen Meinung bestimmten, machiavellistische oder im-

perialistische Motive hinter der britischen Politik zu sehen. Darüber hinaus trat die amerikanische Regierung offen gegen jedwede Gewaltanwendung ein; in dieser Zeit glaubte sie, Ägypten wäre Argumenten finanzieller und technischer Natur zugänglich.

Diese Teilung der Weltmeinung, verbunden mit russischer Unterstützung, machte es Ägypten leicht, die ursprüngliche Einladung zur Londoner Konferenz zurückzuweisen. Dennoch trat die Konferenz zusammen und ergab einen hohen Grad von Uebereinstimmung für einen Plan, den Außenminister *Dulles* vorlegte und der, leicht modifiziert von der afro-asiatischen Gruppe, Äthiopien, Persien, Türkei und Pakistan, von 18 der 22 teilnehmenden Nationen unterstützt wurde. Premierminister *Menzies* von Australien wurde damit beauftragt, den Plan an der Spitze eines aus ihm selbst und den Vertretern der Vereinigten Staaten, Schwedens, Äthiopiens und Persiens bestehenden Fünfmächteausschusses Oberst *Nasser* vorzulegen. Der Plan hatte einen Nachteil. Er war mit Sicherheit für Ägypten unannehmbar, worauf die indische Delegation auf der Konferenz bereits hingewiesen hatte. Großbritannien überließ es jedoch bereitwilligst den Vereinigten Staaten, diesen Fall vorzutragen, in der Hoffnung, daß entweder seine unvermeidliche Ablehnung die Vereinigten Staaten von der Torheit Ägyptens überzeugen oder daß wirkungsvoller amerikanischer Druck angewendet würde, um sein Annehmen zu erzwingen.

Die dritte Phase vom 10. bis zum 22. September 1956

Nach dem Scheitern der Menzies-Mission ließ die britische Regierung nicht von dem Versuch ab, sich um internationale Unterstützung für eine Politik des organisierten Druckes auf die Regierung *Nasser* zu bemühen, damit diese die in London vereinbarten Vorschläge annähme. Ihre unmittelbare Reaktion war der Vorschlag, die Frage vor den Sicherheitsrat zu bringen. Dieser wurde auf amerikanischen Druck hin zurückgezogen. Statt dessen sollte eine zweite Konferenz einberufen werden, die die Bildung einer Vereinigung der Kanalbenutzer vorschlagen sollte. Der ursprüngliche Gedanke war ziemlich unbestimmt von amerikanischer Seite aufgeworfen worden, bevor noch die Menzies-Mission abgesandt worden war. Der Gedanke wurde durch den unmittelbar bevorstehenden Abzug der europäischen Kanallotsen noch dringender.

Die Lotsenfrage ist wiederum ein Problem, über das es beträchtliche Meinungsverschiedenheiten gab. Die ursprüngliche ägyptische Aktion wurde begleitet von einer Strafandrohung gegen alle, die nach der Verstaatlichung ihren Dienst verließen. Danach standen die Kanallotsen vor der Wahl, entweder mit der neuen Behörde zusammenzuarbeiten oder der alten Suezkanal-Gesellschaft gegenüber loyal zu bleiben, der es in der Vergangenheit gelungen war, unter ihren Angestellten einen ungewöhnlich starken Korpsgeist zu entwickeln. Die Gesellschaft betrachtete sie weiter

als ihre eigenen Angestellten, während die ägyptische Regierung die Ansicht vertrat, sie habe bei der Verstaatlichung der Gesellschaft deren Nachfolge als Arbeitgeber angetreten. In der prekären Lage, in der sich die Gesellschaft nach der ägyptischen Aktion befand, als Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten in deren Verurteilung einig waren, jedoch keiner von ihnen die Wiederherstellung der früheren Position der Gesellschaft forderte, waren die Loyalität ihrer Angestellten und die Ueberzeugung, daß ohne sie der Kanalbetrieb unmöglich sei, die einzig verfügbare Waffe der Gesellschaft. Unter dem starken Druck der britischen Regierung hatte die Gesellschaft Anweisungen an die Lotsen, ihre Arbeit zu verlassen, mehrmals zurückgestellt. Aber sie war nicht gehindert worden, zu versichern, daß keiner der Lotsen finanziellen Verlust durch eine solche Handlung erleiden würde, und auf diejenigen, die sich in Urlaub befanden, einen beträchtlichen Einfluß auszuüben, damit sie nicht nach Aegypten zurückkehrten. Die Lotsen selbst waren nur zu geneigt, Aegypten zu verlassen. Die Bedingungen der Verstaatlichung, die Drohungen gegen ihr Eigentum, die mißtrauische Ueberwachung durch die ägyptische Polizei, das Selbstvertrauen in ihre Unentbehrlichkeit (das sich als ungerechtfertigt erwies) und die ägyptische Weigerung gegen die Einstellung von genügend Europäern, um das Lotsenkorps in seinem Bestand zu erhalten: alles das bekräftigte ihre Entschlossenheit, so bald wie möglich zu kündigen. Die Erlaubnis hierzu wurde ihnen am 11. September gegeben, und sie gingen fast alle. Nur die ägyptischen Lotsen und sieben griechische Lotsen blieben, im ganzen 33.

Der Vorschlag für eine Vereinigung der Kanalbenutzer, die das gut geschulte Lotsenkorps zusammenhalten und den Kanalbetrieb übernehmen sollte, wenn die ägyptische Verwaltung — wie man erwartete — zusammenbrechen würde, wurde deshalb von den britischen Staatsmännern begrüßt und von *Eden* dem Unterhaus vorgetragen, als es am 10. September zu seiner Sondersitzung zusammentrat. So wie *Eden* den Vorschlag vortrug, schien dieser sicherzustellen, daß Aegypten im Falle einer Weigerung der Zusammenarbeit mit der Vereinigung die Konvention von 1888 verletzen würde; diese Version *Edens* wurde von der ägyptischen Regierung sofort als nicht zutreffend hingestellt und höhnisch zurückgewiesen. Die von Außenminister *Dulles* stammende Formulierung des Planes sah die Zusammenarbeit mit den Aegyptern auf freiwilliger Grundlage vor sowie die Organisation anderer Schifffahrtswege, falls die Aegypter die Zusammenarbeit verweigerten oder die Durchfahrt sperrten. Die Mitgliedschaft sollte freiwillig sein, die Mitglieder konnten, wenn sie wollten, ägyptische Lotsen beschäftigen. Jedes Mittel sollte benutzt werden, um den Eindruck zu vermeiden, daß die Gesellschaft gegen Aegypten gerichtet sei. Durch diese und

ähnliche Mittel erlangte *Dulles* auf der zweiten Londoner Konferenz (19.—21. September) die Unterstützung von 14 der 18 Nationen, die seinen ursprünglichen Plan unterstützt hatten. Die Vereinigung der Kanalbenutzer, die schließlich errichtet wurde, hatte wenig Beziehung zu *Edens* ursprünglicher Idee, außer der Beibehaltung des Rechtes, von ihren Mitgliedern Kanalgebühren einzuziehen, von denen ein Teil an die Aegypter gezahlt werden sollte und in Streitfällen voraussichtlich auch zurückgehalten werden kann. Außenminister *Dulles* war es gelungen, Großbritannien und Frankreich in eine unmögliche Situation zu bringen, was in Großbritannien um so mehr übelgenommen wurde, als der ursprüngliche Plan amerikanischen Ursprungs war und weil die britische Regierung von einem Appell an die Vereinten Nationen zu seiner Unterstützung abgesehen hatte. Dies brachte ihr bittere Kritik von seiten der britischen öffentlichen Meinung und einen Angriff der britischen Gewerkschaftsorganisation. Eine Verweisung des Streitfalles an die Vereinten Nationen durch Großbritannien erfolgte nunmehr fast automatisch am 23. September.

Die vierte Phase

vom 24. September bis zum 13. Oktober 1956

Die britische Politik in dieser vierten Phase setzte ihren Weg der Anwendung von Druckmitteln gegenüber Aegypten fort, um es zur Annahme des Prinzips der internationalen Kontrolle zu bringen. Zum ersten Male aber finden direkte Gespräche mit den Aegyptern statt. Da die Vereinigung der Kanalbenutzer nun besteht, bemüht sich Großbritannien sehr, ihre Tätigkeit wenigstens so wirkungsvoll wie möglich zu gestalten; es konzentriert sich auf die Fragen der Kanalgebühren und der Organisation und übt einen kräftigen Druck auf die Vereinigten Staaten aus, um die Entrichtung von Kanalgebühren amerikanischer Schiffe an die Vereinigung, und nicht an Aegypten, zu erreichen. Es werden auch Versuche unternommen, *Dulles* dazu zu bewegen, daß er auch die in amerikanischem Besitz befindlichen Schiffe unter anderer Flagge (die Mehrzahl der den Kanal benutzenden Schiffe ist im Besitz der Vereinigten Staaten) veranlasse, das gleiche zu tun. Gleichzeitig wird ein wirtschaftlicher Druck durch die Sperrung von Sterlingguthaben fortgesetzt. Alle diese politischen Bemühungen scheiterten jedoch oder kamen so langsam vorwärts, daß sie unwirksam blieben. Gleichzeitig war die ägyptische Suche nach ausländischen Lotsen so erfolgreich, daß am 3. Oktober die Einstellungen abgeschlossen wurden. In keinem Augenblick zeigte die ägyptische Kanalverwaltung Anzeichen eines Zusammenbruchs. Die vielversprechendste Entwicklung waren die anglo-französisch-ägyptischen Geheimbesprechungen bei den Vereinten Nationen. Hierbei versuchten die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, von Außenminister

Fawzi genauere Angaben über die Art der Garantie zu erlangen, die Ägypten gegen die Abzweigung von Kanalgeldern für andere Projekte, gegen mutwillige Mißwirtschaft bei der Verwaltung des Kanals oder gegen andere Verletzungen der ägyptischen Verpflichtungen anzubieten bereit war. Es gelang ihnen, Uebereinstimmung über sechs Punkte zu erzielen, die auch in der dem Sicherheitsrat vorgelegten anglo-französischen Resolution enthalten waren. Aber da diese Resolution in ihrem weiteren Wortlaut auf der Grundlage des Achtmächteplanes eine internationale Kontrolle verlangte, widersprach ihr Ägypten, und die Sowjetunion legte ihr Veto gegen sie ein.

Gleichzeitig stärkte die ägyptische Regierung ihre wirtschaftliche Position durch eine Anleihe von 15 Millionen Dollar beim Internationalen Währungsfonds. Die Vereinigung der Kanalbenutzer setzte Ausschüsse ein, die über den Organisationsaufbau Bericht erstatten sollten und dabei wenig oder nichts erreichten. Außenminister *Dulles* setzte seine Bemühungen fort, um den afro-asiatischen Nationen zu beweisen, daß dies kein Streit über den „Kolonialismus“ sei. Die Mittel, die er dazu wählte — die Erklärung, daß Amerika keinen Wirtschaftskrieg gegen Ägypten führen werde, das Hinauszögern einer klaren Antwort auf die Frage der Kanalgebühren und seine Bemerkungen auf einer Pressekonferenz am 2. Oktober über „Differenzen“ zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in einer Frage, die „üblicherweise mit dem Problem des Kolonialsystems“ identifiziert wird —, erzürnten unglücklicherweise die britische und französische öffentliche Meinung und stärkten Oberst *Nasser* erheblich den Rücken.

Eine günstigere Entwicklung für Großbritannien und Frankreich war das Ausmaß, in dem andere arabische Staaten Oberst *Nasser* unter Druck setzten, eine Regelung der Frage anzustreben, sowohl weil sie befürchteten, *Nasser* würde ihre gemeinsame Front gegen Israel schwächen, als auch weil sie allmählich seinem Ehrgeiz mißtrauten. Dem Vernehmen nach stellte Saudi-Arabien nicht mehr so viele Gelder für ägyptische Propaganda zur Verfügung. Die ägyptischen Militärinstrukteure in Saudi-Arabien wurden ebenfalls entlassen.

Die fünfte Phase vom 10. bis zum 30. Oktober 1956

Diese Situation wurde unsanft gestört durch den größeren israelischen Angriff in der Nacht vom 10. zum 11. Oktober auf den jordanischen Grenzposten von Qalqilya, der an der Spitze des breiten Vorsprungs jordanischen Gebiets in Richtung auf Tel-Aviv liegt. Die folgenden zwanzig Tage brachten eine schnelle Verschlechterung der ganzen Lage im Mittleren Osten und zeigten, wie unsicher das Gleichgewicht der Kräfte vor Oberst *Nassers* Aktion gewesen war. Am 6. Oktober waren frühere Bespre-

chungen zwischen Jordanien und dem Irak über eine irakische Hilfe gegen Israel wegen der jordanischen Forderung, die irakischen Streitkräfte unter jordanisches Kommando zu stellen, zusammengebrochen. Die Besprechungen wurden nun wiederaufgenommen, und der Einmarsch von irakischen Streitkräften nach Jordanien schien bevorzustehen. Falls dies eintreten würde, drohte Israel mit Krieg, während die ägyptische Regierung auf Jordanien heftigen Druck ausübte und die ägyptische Presse den Plan als ein von Großbritannien inspiriertes Komplott brandmarkte, um die Anwesenheit von irakischen Streitkräften in Jordanien während der bevorstehenden Wahlen zu erreichen. Die irakischen Streitkräfte wurden an der Grenze des Irak bereitgehalten, um im Falle eines zweiten israelischen Angriffs in Jordanien einzurücken. Bei den jordanischen Wahlen vom 21. Oktober sprach sich die Mehrheit gegen eine Fortsetzung des anglo-jordanischen Vertrages aus. Am 23. Oktober kam eine ägyptische Militärmission nach Jordanien, und zwei Tage später wurde ein gemeinsames ägyptisch-jordanisch-syrisches Oberkommando mit einem ägyptischen Oberkommandierenden angekündigt, das im Falle eines arabisch-israelischen Krieges in Kraft treten sollte.

Eine ähnliche Verschlechterung der Lage trat in Französisch-Nordafrika ein, als französische Streitkräfte am 18. Oktober eine Jacht mit 70 Tonnen Waffen beschlagnahmten, welche Ägypten für die algerischen Aufständischen geliefert hatte. Vier Tage später fingen die Franzosen über offener See ein Flugzeug mit fünf algerischen Rebellenführern auf dem Weg von Rabat (Marokko) nach Tunis ab und verhafteten diese nach der Landung in Algier. Die Besprechungen mit Marokko wurden abgebrochen.

Inzwischen war die britische Regierung weiter mit den Versuchen beschäftigt, die Vereinigung der Kanalbenutzer zu einer wirksamen Organisation zu gestalten, aber ohne viel Erfolg. Es gelang nicht, einen amerikanischen Schritt zu erreichen, durch den die Bezahlung der Gebühren amerikanischer Schiffe an die Vereinigung hätte erwungen werden können. Allgemein erwartete man den Beginn von anglo-französisch-ägyptischen Besprechungen in Genf. Die Briten aber warteten noch, wie Selwyn *Lloyd* am 20. Oktober sagte, auf neue und detaillierte Vorschläge der Ägypter. Am 24. Oktober wurde ein indischer Kompromiß bekanntgegeben, der angeblich die ägyptische Zustimmung hatte. Aber Frankreichs Zorn auf Ägypten wegen der abgefangenen Waffen, sein Entschluß, diesen Fall am 24. Oktober vor den Sicherheitsrat zu bringen, und das Umschalten auf eine harte Politik, das durch die Verhaftung der algerischen Rebellen und den Rücktritt von Alain *Savary*, dem französischen Minister für Marokko und Tunis, gekennzeichnet wurde, machten die Aussicht auf solche Besprechungen sehr ungewiß.

Es sind zu diesem Zeitpunkt Anklagen gegen die britische Regierung erhoben worden, in geheimem Einverständnis mit Frankreich und Israel konspiriert zu haben, um einen Angriff auf Ägypten zu planen. Der Plan soll bei kurzfristig angesetzten Besprechungen zwischen *Mollet*, *Eden* und *Selwyn Lloyd* in Paris am 16. Oktober vereinbart worden sein, einen Tag nachdem es klar wurde, daß irakische Truppen nicht in Jordanien einrücken würden. Die israelischen Streitkräfte begannen am 25. Oktober als Antwort auf die Errichtung eines gemeinsamen arabischen Oberkommandos unter ägyptischer Führung eine geheime Teilmobilisierung. Am 26. Oktober besuchte der britische Botschafter in Israel Ministerpräsident *Ben-Gurion*. Am 27. Oktober und noch einmal am folgenden Tag sandte Präsident *Eisenhower* Botschaften an *Ben-Gurion*, in denen er seiner sehr ernststen Besorgnis über die israelische Mobilmachung Ausdruck gab und Großbritannien dringend Mäßigung anriet. Am 29. Oktober wurden Dreierbesprechungen in Washington geführt, bei denen die britischen und französischen Teilnehmer (beide waren nur Geschäftsträger) angeblich Außenminister *Dulles* ihre Kenntnisse der israelischen Absichten vorenthielten. An diesem Abend drangen die Israelis gewaltsam in ägyptisches Gebiet ein. Am folgenden Morgen kamen *Mollet* und *Pineau* in London an, und nach einer dreistündigen Besprechung wurde Israel und

Ägypten ein Ultimatum übermittelt. Darin wurde der Rückzug der Streitkräfte auf eine Entfernung von zehn Meilen beiderseits des Kanals gefordert mit der Begründung, daß die israelischen Streitkräfte sich schnell dem Kanal näherten und daß dies der einzige Weg sei, die Kämpfenden voneinander zu trennen und die Begrenzung der Feindseligkeiten zu sichern. Sir Anthony *Eden* erklärte im Unterhaus, daß er von *Ben-Gurion* über den britischen Gesandten in Israel die Versicherung bekommen habe, daß Israel gegen Jordanien keine Aktion unternehmen würde.

Bis jetzt gibt es wenig oder keine Beweise, um über diese Anschuldigungen zu einem klaren Schluß zu gelangen; sie stammen hauptsächlich aus amerikanischen Quellen, die dem State Department nahe stehen; tatsächlich beruhen sie auf dem Versäumnis, den britischen und französischen Entschluß Amerika vor der Aktion mitzuteilen, und auch auf versteckten Behauptungen französischer und israelischer Politiker. Wie zu erwarten, wurden sie von britischen Ministern in Abrede gestellt. Darüber hinaus gibt es nur Verdacht auf der einen und Unbehagen auf der anderen Seite. Es ist zu hoffen, daß die britische Regierung Schritte unternehmen wird, um sich mit Hilfe der Veröffentlichung eines Blaubuches zu rechtfertigen. Dafür gibt es aber im Augenblick noch kein Anzeichen.

Zusammenfassung

Vor dem Angriff Israels auf Ägypten bestand die Politik der britischen Regierung darin, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um die Unterstellung der Suezkanalverwaltung unter internationale Kontrolle zu erreichen und die ägyptische Regierung von allen weiteren Handlungen gegen britische Interessen zurückzuhalten. Die dafür gewählten Mittel bestanden in einer Verbindung von militärischer Vorbereitung und internationaler Beratung. Britische Sprecher lehnten es wiederholt ab, die Möglichkeit der Anwendung von Gewalt als letztes Mittel auszuschließen, obwohl sie diplomatisch unbestimmt blieben über die Umstände, die eine Anwendung von Gewalt erfordern würden. Was immer sie jedoch auch sagten, so versuchten sie in der Praxis doch, ihren Vorschlägen für die Kanalverwaltung eine möglichst weitgehende

internationale Unterstützung zu sichern. Ihre Motive waren eine Verbindung von Besorgnis über die zukünftige Entwicklung des Kanals, unangebrachten Vorstellungen von einer angeborenen Unfähigkeit der Ägypter, auch nur seinen Betrieb zu gewährleisten, und der tiefen Ueberzeugung, daß Oberst *Nasser* sich als unzuverlässig erwiesen habe, als eine Bedrohung für den Frieden, die Sicherheit und die britischen Interessen, und daß er jene Art von törichtem Größenwahn exemplifiziere, die Europa — wenn auch in einem größeren Ausmaße — durch seine Erfahrung der dreißiger Jahre nur zu gut bekannt war. Die Mittel, die gewählt wurden, um diese Politik zu fördern, wurden ständig und systematisch von der öffentlichen Meinung kritisiert; nirgends heftiger als in Großbritannien selbst. (Uebersetzung der Redaktion)

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. den Inhalt der Rede in *The Times*, Nr. 53594 vom 27. Juli 1956.

²⁾ Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez, Assemblée Générale des Actionnaires, 9e Réunion, Rapport, 21. juin 1949, S. 6.

³⁾ 1955 betrug die tatsächliche Summe ungefähr eine Million Pfund.

⁴⁾ Einzelheiten hierzu bei Sir Arnold T. *Wilson* „The Suez Canal, Its past, present and future“, London 1933, S. 152—169.

⁵⁾ Vgl. The British Director of Naval Intelligence's Memorandum of Oct. 28, 1896. Zit. in: Arthur J. *Marder*, „British Naval Policy 1880—1905“, London 1940.

⁶⁾ Vgl. Charles W. *Hallberg*, „The Suez Canal, Its History and diplomatic Importance“, New York 1931, S. 279 ff.

⁷⁾ Zit. in: Hugh *Schofield*, „The Suez Canal in World Affairs“, London 1952, S. 76.

⁸⁾ Ein Versuch, genauere Zahlen zu geben über die Abhängigkeit Großbritanniens und der Welt vom Suezkanal, findet sich in: D. C. *Watt*, „Britain and the Suez Canal“, verfaßt im Namen des Royal Institute of International Affairs, London, August 1956, S. 9 ff.

⁹⁾ Vgl. OEEC Document ENC(56)63, „Europe's growing needs of energy. How can they be met?“, Paris, Juni 1956.

¹⁰⁾ Vgl. Fritz *Steppat*, „Regionale Sicherheitsbestrebungen im Mittleren Osten“, in Europa-Archiv 20/1955, S. 7990 ff.

Frankreichs Haltung in der Suez-Krise

Von Jacques Vernant

Centre d'Études de Politique Étrangère, Paris

Der Versuch, die Haltung Frankreichs in dem Konflikt mit Ägypten darzustellen, bedarf einer gewissen Einschränkung. Es kann in dieser Untersuchung nur darum gehen, die französische Haltung aufzuzeigen, so wie sie von der Regierung verstanden und vom Parlament gebilligt wurde, und nicht darum, der öffentlichen Meinung in Frankreich nachzugehen oder etwa die Reaktionen aufzuzeigen, die in allen Schichten des französischen Volkes vielfältig zum Ausdruck gekommen sind. Ich glaube nicht, daß diese vielschichtige öffentliche Meinung gerade unter den besonderen Umständen, die uns hier beschäftigen, von der Presse wirklich wiedergegeben worden ist. In der Lage, die am 30. Oktober 1956 durch die Bekanntgabe des britisch-französischen Ultimatums an Ägypten und an Israel geschaffen worden war, also am Vorabend der militärischen Operationen, die im Namen der ganzen Nation begonnen wurden, wurde aus dem Journalisten ein Vertreter des öffentlichen Wohls, dem hierdurch eine besondere Verantwortlichkeit erwuchs. Dies traf noch weit mehr auf die Parlamentarier zu, die in ihren Reden und in den öffentlichen Abstimmungen in der Kammer Stellung nehmen mußten. Das soll nun nicht heißen, daß die französische Öffentlichkeit die Regierung nicht unterstützte; es muß nur klar gestellt werden, daß man zu diesem Zeitpunkt kaum ein Bild gewinnen konnte von dem wahren Zustand der Meinungen und der tieferliegenden Reflexe, die das militärische Unternehmen gegen Ägypten in allen Kreisen der Bevölkerung ausgelöst hat. Wir stoßen hier in ein Grenzgebiet der Meinungsforschung vor, das bisher von der politischen Wissenschaft noch nicht durchdrungen werden konnte.

Unter dieser Einschränkung kann man die Haltung Frankreichs in der Suez-Krise auf zwei grundsätzliche Erwägungen zurückführen. Die eine ist auf die gegenwärtige Lage bezogen und läuft darauf hinaus, daß Frankreich weder politisch noch wirtschaftlich in geordneten Verhältnissen leben kann, wenn es nicht gelingt, sein Verbleiben in Algerien und den Schutz, die Interessen und die moralische Unterstützung der dort lebenden Europäer zu gewährleisten. Die zweite Überlegung betrifft die zukünftige Entwicklung Frankreichs, die man nur dann erfolgreich vorantreiben kann, wenn es gelingt, die Reichtümer, die der afrikanische Boden und vor allem die Sahara birgt, für die europäische und die eingeborene Bevölkerung nutzbar zu machen. Algerien ist

nicht nur deshalb von unschätzbarem Wert für Frankreich, es ist ein französisches Gebiet, in dem 1,2 Millionen Europäer, größtenteils Franzosen, leben. Darüber hinaus stellt es seit der Verleihung der Unabhängigkeit an Marokko und an Tunesien das einzige Bindeglied zwischen den Besitzungen im schwarzen Afrika und dem europäischen Frankreich dar, dessen Zerreißen zugleich die Lockerung dieser Bindungen bedeuten würde.

Diese Bedeutung der algerischen Gebiete für Frankreich und darüber hinaus die Schlüsselstellung, die sie für die gesamte Entwicklung Nordafrikas und des schwarzen Kontinents einnehmen — eine Entwicklung, die sich gegen Europa richten wird, wenn sie nicht mit Hilfe Europas gelenkt wird —, hat die französische Regierung in ihrem Entschluß bestimmt, den algerischen Nationalisten keine Zugeständnisse zu machen, die auf die Auflösung der politischen Einheit zwischen Algerien und Frankreich hinauslaufen würden. In dem Rahmen, doch nur in dem Rahmen, der diese politische Bindung erhält, ist die Regierung bereit, die Forderungen der Moslem-Bevölkerung zu erfüllen.

Die solcherart bestimmte französische Politik rief jedoch den arabischen Nationalismus auf den Plan, dessen Wortführer, und hier vor allem die Politiker in Kairo, einen systematischen Kampf gegen Frankreich führen. Sie ließen keine Gelegenheit aus, die ihnen die Möglichkeit zur Agitation gegen Frankreich bot, sei es nun, daß sie die Führer des algerischen Nationalismus in Kairo empfangen, die Moslem-Bevölkerung in Rundfunksendungen zum Vernichtungskampf gegen die Franzosen aufriefen, die Ausbildung der „Fellagas“ auf ägyptischem Gebiet duldeten oder selbst durchführten oder, wie dies durch die Aufbringung des Waffenschiffes „Athos“ am 16. Oktober 1956 offenbar wurde, die Rebellen in Algerien mit Kriegsmaterial versorgten.

In politischen Kreisen Frankreichs entstand so der Eindruck, daß Frankreich ganz grundlos zum Gegenstand ständiger feindseliger Handlungen und Schritte gemacht wurde, obwohl gerade die französische Politik die führenden Persönlichkeiten Ägyptens bisher mit großem Entgegenkommen und besonderem Wohlwollen behandelt hatte. Frankreich hatte wiederholt deutlich zu erkennen gegeben, daß es mit dem Bagdad-Pakt, dem Ägypten feindselig gegenüberstand, keinesfalls einverstanden war. Der

französische Außenminister, Christian *Pineau*, hatte besonderen Wert darauf gelegt, auf der Rückreise von der Konferenz von Karatschi im März 1956 Oberst *Nasser* einen Besuch abzustatten.

Angesichts dieser Umstände mußte die dauernde und sich verschärfende Stellungnahme der ägyptischen Politiker gegen die Interessen Frankreichs als ein Zeichen expansionistischer Ziele und Absichten ausgelegt werden. Gewisse Beweise für eine derartige Zielsetzung des ägyptischen Regierungschefs glaubte man auch in einigen Schriften Nassers zu finden: *Nasser* stellt sich dort selbst als den vom Schicksal bestimmten Verwirklicher der Einheit der muslimanischen Länder unter Führung Ägyptens dar.

Im Verlaufe der folgenden Monate gewann so die Idee in Frankreich immer mehr Boden, die davon ausgeing, daß die algerische Frage im besonderen und die nordafrikanische Frage im allgemeinen so lange keine befriedigende Lösung finden würden, wie die offene Aufreizung zum Widerstand und die ebenso offene Unterstützung der antifranzösischen Elemente durch ausländische Kräfte sämtliche Lösungsvorschläge in Frage stellte, die Frankreich für Nordafrika machen könnte.

Vor diesem Hintergrund gesehen, mußten die Maßnahmen zur Verstaatlichung der Internationalen Suezkanal-Gesellschaft, die am 26. Juli 1956 von Oberst *Nasser* verkündet wurden, diese Interpretation der ägyptischen Zielsetzung nur bestätigen. Es war offensichtlich, daß die Verstaatlichung des Suezkanals den französischen Interessen sehr empfindlich Abbruch tat; darüber hinaus erfolgte die Ankündigung der Verstaatlichung in einer Form, die in Frankreich als besonders beleidigend, unwürdig und herausfordernd empfunden werden mußte und empfunden wurde.

Die Entwicklung, welche die ägyptische Politik genommen hatte, macht verständlich, warum Frankreich sich seitdem als in einem Zustand der verschleierte Feindseligkeit mit Ägypten betrachtete, obwohl die Französische Republik ganz im Gegensatz zu Großbritannien vor der Verstaatlichung des Kanals keine direkten politischen Interessenkämpfe mit Ägypten auszukämpfen hatte und keine politische Streitfrage die ägyptisch-französischen Beziehungen beeinträchtigen konnte.

Der zweite Faktor, der mit zu der Haltung beitrug, die von der französischen Regierung in der Suez-Krise eingenommen wurde, muß in dem Mißtrauen und in den Ressentiments gegenüber den Vereinten Nationen gesucht werden, von denen zumindest ein Teil der politischen Kreise in Frankreich ergriffen ist.

Die Einstellung der französischen Öffentlichkeit zur Organisation der Vereinten Nationen läßt sich kaum mit Bestimmtheit aufzeigen, doch kann man wohl allgemein sagen, daß der französische Bürger des Jahres 1956 auf dem Gebiet der Außenpolitik „Realist“ ist, ein zumindest größerer Realist, als er es

vor einer Generation, zum Beispiel um 1925, war. Die Fehlschläge des Völkerbundes haben in Frankreich zu einer tiefgehenden Skepsis geführt, die dann auf alle internationalen Vereinigungen dieser Art übertragen wurde und den Eindruck entstehen ließ, die UNO, so wie sie sich in ihren Anfangsjahren zeigte, sei als Kind des Zweiten Weltkrieges ihren Aufgaben kaum besser gewachsen als der Völkerbund, das Kind des Ersten Weltkrieges. Die erfolgreiche Abwehr der nordkoreanischen Aggression durch die Organisation der Vereinten Nationen im Jahre 1950 wurde vom französischen Durchschnittsbürger nicht so sehr als Verdienst dieser Weltorganisation, sondern eher als Ergebnis des entschlossenen Eingreifens der Vereinigten Staaten gewertet, wobei man dann Amerika das Hauptverdienst an dieser historischen Entscheidung zuschrieb. Zu dieser weitverbreiteten Skepsis gegenüber den Vereinten Nationen gesellte sich recht bald ein Gefühl der Irritierung. Wenn auch der französische Bürger die außenpolitischen Vorgänge recht schnell wieder vergaß, so war man doch in politischen Kreisen über die Tatsache beunruhigt, daß Frankreich seit 1952 in jeder Vollversammlung der Vereinten Nationen wegen seiner Nordafrika-Politik angegriffen wurde und daß Marokko und Tunesien regelmäßig auf die Tagesordnung dieser Welt-Versammlung gesetzt wurden bis zu dem Zeitpunkt, an dem die beiden Länder ihre Unabhängigkeit erhielten und nun ihrerseits als Mitglieder in die Vereinten Nationen einzogen. Im Jahre 1955 beschloß die Vollversammlung zum ersten Male, die algerische Frage zum Gegenstand ihrer Debatten zu machen. Die französische Delegation unter Führung von Antoine *Pinay* nahm daraufhin nicht mehr an den Sitzungen teil. Unter Berufung auf Artikel 2 (§ 7) der Charta der Vereinten Nationen, der die Behandlung von Fragen ausschließt, die unter die Zuständigkeit eines einzigen Staates fallen, rechtfertigte die französische Regierung ihre Haltung damit, daß Algerien eine rein innerfranzösische Angelegenheit sei, die den Vereinten Nationen in keiner Weise das Recht zur Einmischung gebe. Wenn auch die französische Delegation später wieder an den Sitzungen in New York teilnahm — im Sicherheitsrat hatte Frankreich Sitz und Stimme behalten —, so kann doch seit dieser Zeit von einer gewissen Spannung zwischen Paris und den Vereinten Nationen gesprochen werden. Die französische Regierung war sich bewußt, daß die 11. Vollversammlung im Herbst 1956 die algerische Frage erneut auf die Tagesordnung setzen und unter für Frankreich noch weit ungünstigeren Bedingungen behandeln würde. So konnte man in Paris mit Sicherheit annehmen, daß man sich nun einer geschlossenen Front der südamerikanischen Staaten, der afrikanischen und asiatischen Länder, des sowjetischen Blocks und wahrscheinlich auch der Vereinigten Staaten gegenübersehen würde. Aus dieser Situation zog man in Paris eine Reihe von

Schlußfolgerungen, die sich wie folgt umreißen lassen:

1. Die Vereinten Nationen hätten ihre Machtlosigkeit bewiesen; sie hätten es nicht vermocht, ihren Beschlüssen weder gegenüber Ägypten noch gegenüber Israel Geltung zu verschaffen.
2. Die Vereinten Nationen seien infolge ihrer antikolonialistischen Mehrheit den französischen Interessen gegenüber systematisch feindselig eingestellt, während sie gleichzeitig zur Untätigkeit verdammt seien, wenn die Interessen der beiden „Großen“ im Spiel seien.

In dieser politischen Atmosphäre wurde Frankreich am 26. Juli 1956 von der Verstaatlichung des Suezkanals überrascht. Unabhängig von dem materiellen Schaden, der Frankreich aus der einseitigen Handlung der ägyptischen Regierung erwuchs, mußte man in Paris den politischen Rückwirkungen dieses Gewaltstreiches auf die mohammedanische Bevölkerung in Nordafrika und besonders in Algerien Rechnung tragen. Die französische Regierung mußte in der Tat fürchten, daß der „Nasser-Mythos“ weiter an Boden gewann, wenn es nicht gelänge, dem gewaltsamen Vorgehen des Obersten Nasser mit „geeigneten Mitteln“ zu begegnen. Welche Mittel standen nun hier zur Verfügung? Gegenüber der willkürlichen Maßnahme Ägyptens ließ die französische Regierung wissen, daß sie sich gegebenenfalls die Anwendung von Gewalt vorbehalten würde. Nichtsdestoweniger war man in Paris der Ansicht, daß zunächst in Verhandlungen die notwendigen Garantien für die Freiheit und Sicherheit der Kanaldurchfahrt gesucht werden sollten, doch wünschte man aus den bereits angeführten Gründen nicht, diese Verhandlung im Rahmen der Vereinten Nationen zu führen. Deshalb beschloß die französische Regierung nach Konsultierung der amerikanischen und britischen Regierungen, eine Konferenz nach London einzuberufen, zu der die Signatarmächte der Konvention von 1888 und alle Staaten eingeladen werden sollten, die an der Durchfahrt durch den Suezkanal besonders interessiert sind. Das Ziel dieser Konferenz war die Schaffung einer Verwaltungsform „unter einem internationalen Regime“, das den ständigen Betrieb des Kanals sicherstellt, so wie er von der Konvention vom 29. Oktober 1888¹ unter Berücksichtigung der „berechtigten Interessen Ägyptens“ gewährleistet wird.

An der Londoner Konferenz, die am 16. August 1956 eröffnet wurde, nahmen 22 Länder teil. Unter dem Hinweis auf die wirtschaftliche Bedeutung des Suezkanals für alle europäischen Länder und insbesondere für Frankreich bestand die französische Regierung darauf, daß die Konferenzteilnehmer sich auf einen Beschluß einigten, der die „internationale Verwaltung“ und nicht nur eine „internationale Kontrolle der Verwaltung“ des Suezkanals forderte. Der fran-

zösische Standpunkt fand in diesem entscheidenden Punkt jedoch nur wenig Unterstützung bei den anderen Delegationen; die am 22. August von der Mehrheit der Teilnehmerstaaten gebilligte Resolution² der Londoner Konferenz konnte den französischen Forderungen nur halb gerecht werden. Die Resolution sah für die Lösung des Kanalproblems folgende Grundsätze vor: „eine leistungsfähige und zuverlässige Verwaltung, die Unterhaltung und Erweiterung des Kanals als einer freien, offenen und sicheren internationalen Wasserstraße in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Konvention von 1888.“ Wenn auch die Kanalverwaltung „von jeder Beeinflussung durch die Politik irgendeines Landes“ frei gehalten werden sollte, so wurde der Grundsatz einer internationalen Verwaltung in dieser Resolution jedoch nicht aufgeführt. Diese hier von der Mehrheit (18 Länder) der Teilnehmer an der Londoner Konferenz gemachten Vorschläge, die dem Obersten Nasser von dem „Komitee der Fünf“ überbracht wurden, stießen auf die Ablehnung Ägyptens. Eine neue Konferenz wurde daraufhin im September in London einberufen, auf der die 18 Länder, die den Mehrheitsbeschluß gefaßt hatten, ihre Haltung gegenüber Ägypten untereinander abstimmen sollten und auf der die Schaffung einer Gesellschaft der Kanalbenutzer entschieden werden sollte. Es zeigte sich hier jedoch im Laufe der Konferenz, daß die französische Haltung noch mehr als zuvor von dem von den anderen Delegationen eingenommenen Standpunkt abwich. Während Frankreich in der Gesellschaft der Kanalbenutzer ein Mittel sah, um zu einer gemeinsamen Politik gegenüber Ägypten zu kommen, mit dem Ziel, den ägyptischen Ansprüchen geschlossen entgegenzutreten, sahen die anderen Teilnehmerstaaten in dieser Gesellschaft vielmehr ein Organ, das gemeinsame Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung ermöglichen konnte. Die am 21. September angenommene Schlußerklärung³ von London setzte der Gesellschaft dann auch das Ziel, „alle Maßnahmen zu fördern, die zu einer endgültigen oder vorläufigen Lösung des Suezkanal-Problems führen können . . ., eine reibungslose und wirtschaftliche Fahrt durch den Kanal zu ermöglichen und zu diesem Zweck die Mitwirkung der zuständigen ägyptischen Behörden anzustreben“. Darüber hinaus hieß es in der Schlußerklärung, jeder Kanalbenutzer könne der Gesellschaft die Gebühren für die Kanaldurchfahrt zahlen. Entgegen den französischen Wünschen wurde in der Erklärung vom 21. September die Möglichkeit von Verhandlungen mit Ägypten zugestanden. In einem weiteren entscheidenden Punkt, der Zahlung der Kanalgebühren, konnte sich der französische Standpunkt gleichfalls nicht durchsetzen, denn die Londoner Erklärung verpflichtete die Teilnehmerstaaten

¹) Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 18/1956, S. 9181 ff.

²) Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 18/1956, S. 9191.

³) Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 19/1956, S. 9225.

nicht, die Gebühren an die Benutzer-Gesellschaft zu entrichten, ließ also die Zahlung an die nach der Nationalisierung durch *Nasser* geschaffene ägyptische Kanalgesellschaft in dem Ermessen der einzelnen Länder.

Weiterhin enthielt die Londoner Erklärung einen ausdrücklichen Hinweis auf vorläufige Lösungen des Kanalproblems, die von den Vereinten Nationen gebilligt werden könnten.

Unter diesen Umständen entschlossen sich nun die Regierungen in London und in Paris am 23. September, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anzurufen. Mit diesem Entschluß wich die französische Politik von der bisher verfolgten Linie ab; einerseits gab sie als Begründung für diesen Schritt an, die Gesellschaft der Kanalbenutzer habe den Wünschen Frankreichs nicht Rechnung getragen, andererseits, daß sich Ägypten nach wie vor weigere, auf der Grundlage der ihm gemachten Vorschläge zu verhandeln.

Der Sicherheitsrat stimmte am 13. Oktober 1956 einmütig dem Grundsatz zu, daß jede Regelung der Suezfrage 1. die Freiheit der Kanaldurchfahrt gewährleisten, 2. die Souveränität Ägyptens beachten müsse und daß 3. der Betrieb des Kanals von der Politik jedweden Landes nicht berührt werden sollte. Dieser letzte Punkt bedeutete allerdings nicht die Anerkennung der Notwendigkeit einer internationalen Verwaltung des Kanals, welche die französische Regierung zu diesem Zeitpunkt nach wie vor für unabdingbar hielt.

Die vom Sicherheitsrat einstimmig gebilligte Sechspunkte-Erklärung⁴, die den Weg für künftige Verhandlungen in der Suezfrage weisen sollte, war in recht allgemeiner Form gehalten, um so voneinander abweichende Auslegungen dieser Grundsätze zu erlauben. Die französische Regierung legte ihrerseits diese Grundsätze, deren unzureichende Aspekte sie hervorhob, erneut im Sinne der bisher verfolgten Politik, also der Schaffung einer internationalen Kanalverwaltung aus.

Bevor es noch zu Verhandlungen gekommen war, die eine Einigung über die Tragweite und den Sinn dieser Sechspunkte-Erklärung gestattet hätte, erfolgte am 29. Oktober 1956 der Angriff Israels auf Ägypten. Zwei Entschlüsse, eine eingebracht von den Vereinigten Staaten, die andere von der Sowjetunion, wurden vom Sicherheitsrat gebilligt, jedoch durch das englische und französische Veto blockiert.

Noch am selben Tag richteten Frankreich und Großbritannien ein Ultimatum an Ägypten und an Israel mit der Aufforderung, ihre Streitkräfte innerhalb von zwölf Stunden aus der Kanalzone abzuziehen. Die französische Regierung traf die Entscheidung, auf andere Mittel als die der Verhandlungen zurückzugreifen, auf Mittel, deren Anwendung sie so wenig wie die britische Regierung jemals ausgeschlossen hatte für den Fall, daß die Lage eine solche Anwendung erforderlich machte. Die Regierung ging hierbei von der Ueberlegung aus, daß der Suezkanal ein für die französische Wirtschaft lebenswichtiger Verkehrsweg ist und daß deshalb sichergestellt werden mußte, daß die in Gang befindlichen Feindseligkeiten nicht zu seiner Lahmlegung führten. Gleichzeitig wollte sich die Regierung ein Pfand für die später zu führenden Verhandlungen über den Kanal sichern.

Der Fortgang der Ereignisse ist bekannt: Frankreich und Großbritannien beschlossen am 7. November auf den von Seiten der Vereinten Nationen, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten ausgeübten Druck hin, ihre militärische Aktion in Ägypten einzustellen. Am 3. Dezember gaben beide Staaten ihre Absicht bekannt, die in Port Said gelandeten Streitkräfte innerhalb kurzer Zeit abzuziehen. Die Streitkräfte der Vereinten Nationen werden sie dort auflösen, während Frankreich von neuem den Vereinten Nationen die Verhandlungen überlassen muß, die einmal mit Ägypten um das zukünftige Statut des Suezkanals, zum anderen mit den arabischen Staaten und Israel um eine endgültige Regelung der politischen Probleme geführt werden müssen, die seit dem Waffenstillstand von 1948 zwischen Israel und den arabischen Staaten der — durch die Ereignisse des Oktober/November gewiß nicht erleichterten — Lösung harren.

Wenn man aus den Ereignissen seit dem 26. Juli 1956 eine Schlußfolgerung ziehen muß, so kann dies meiner Ansicht nach nur die folgende sein: daß die Vereinten Nationen heute eine Macht sind, die es keinem Land — mit Ausnahme der Sowjetunion, die infolge ihrer Stärke und ihres Zynismus eine Sonderstellung einnimmt — mehr gestattet, eine Politik gegen sie oder ohne sie zu verfolgen. Frankreich, das sich bemüht hat, eine nationale Politik zu verfolgen, die seinen lebenswichtigen Interessen — und damit auch denen ganz Europas — dient, hat diese Tatsache zu seinem eigenen Schaden erfahren müssen.

(Übersetzung des Manuskripts aus dem Französischen: Walter und Günter Schütze, Paris.)

⁴) Vgl. den Wortlaut auf S. 9442 dieser Folge.

Zum Gestaltwandel des britischen Weltreichs

Vom Empire zum Commonwealth

Von Prof. C. E. Carrington, London

Das Vereinigte Königreich, Australien und Neuseeland

Deutsche Beobachter der gegenwärtigen Entwicklungsphase des britischen Commonwealth werden natürlich nach Parallelen mit der letzten Phase des Heiligen Römischen Reiches suchen, als die Dezentralisation der Macht so weit gediehen war, daß die deutschen Staaten trotz ihrer gemeinsamen Kultur und ihrer nominellen Loyalität gegenüber der kaiserlichen Krone praktisch unabhängig waren. Der Vergleich ist nicht unangebracht und kann jedenfalls als Ausgangspunkt für eine Diskussion dienen. Man könnte feststellen, daß das Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich¹ und jenen älteren Dominien, in denen das Loyalitätsgefühl gegenüber der britischen Krone am stärksten ist, dem Verhältnis zwischen — sagen wir — Sachsen und der Pfalz oder zwischen den drei Rhein-Kurfürstentümern im 18. Jahrhundert sehr ähnlich ist. Das Vereinigte Königreich, Australien und Neuseeland sind drei Länder, die zwar geographisch weit voneinander entfernt liegen, in jeder anderen Beziehung aber eine bemerkenswerte Ähnlichkeit aufweisen. Die rassische Zusammensetzung ihrer Bevölkerung ist fast die gleiche (da die Eingeborenen von Australien und Neuseeland zahlenmäßig so gering sind, daß sie statistisch nicht ins Gewicht fallen); die Kultur aller drei Länder ist vom gleichen englischsprachigen, liberalen, protestantischen, westeuropäischen Typ; sie haben ein ähnliches Erziehungswesen; das gleiche Recht, das englische Common Law, findet in allen drei Ländern Anwendung mit nur örtlichen Nuancen; alle drei Länder sind fortschrittlich soziale Demokratien mit parlamentarischen Einrichtungen und einem Verwaltungssystem nach englischem Muster; alle drei gehören dem Sterlingraum an, innerhalb dessen sich wenigstens 50 vH ihres Außenhandels abspielen; gemeinsam ist ihnen auch die Zugehörigkeit zu entsprechenden Commonwealthgruppen, wie beispielsweise der SEATO und dem Colombo-Plan, im Rahmen der Vereinten Nationen. Keine andere Gruppe von Nationen in der Welt weist so viele Ähnlichkeiten auf, und es ist denkbar, daß keine Schwierigkeit bestünde, Australien und Neuseeland mit dem Vereinigten Königreich zu einer politischen Union zu-

sammenzuschließen, wenn sie in der Nordsee statt im Pazifik lägen. Wie anders geartet ist dagegen das Verhältnis des Vereinigten Königreichs zu seinen europäischen Nachbarn, von denen keiner mehr als einen oder zwei dieser Faktoren mit ihm gemeinsam hat!

Vor zwanzig Jahren hätte jeder, der über dieses Thema schreibt, erwähnt, daß das wirkliche Bindeglied zwischen diesen beiden Dominien und dem Mutterland ihre Treue zu einer gemeinsamen Krone ist, obgleich deren politische Befugnis bereits damals auf ein Minimum reduziert war; und damit wäre damals die Parallele zum Heiligen Römischen Reich deutlicher gewesen. Diese echte Loyalität besteht heute immer noch, und es wäre dumm und falsch, wollte man sie unterschätzen. Aber die Ereignisse haben gezeigt, daß die Funktion der Krone nicht das war, was man angenommen hatte. Drei andere Mitglieder des Commonwealth haben ihre Bindung an die Krone gelöst oder ihre Absicht kundgetan, dies zu tun, und obgleich diese streng republikanische Gesinnung von vielen Loyalisten in den älteren Commonwealth-Ländern verabscheut wird, hat sich deshalb am Status jener Länder nicht das geringste geändert. Die republikanischen Mitglieder des Commonwealth beraten und arbeiten mit den königstreuen Mitgliedern des Commonwealth auf den gleichen offiziellen Wegen und mit den gleichen Zielen. Wir müssen daher zugeben, daß die Krone — was sie auch immer gewesen ist oder noch sein mag — nicht das verbindende Glied ist, welches das Commonwealth zusammenhält. Analog kann festgestellt werden, daß das Ende des Heiligen Römischen Reiches nicht das Auseinanderfallen der deutschen Nation bedeutete, sondern eher das Gegenteil. Es wurden Vorgänge ausgelöst, die zu einem stärkeren Nationalgefühl und schließlich zur nationalen Einheit Deutschlands führten. Aber hier endet der Vergleich mit dem Heiligen Römischen Reich. Sprechen wir es ganz deutlich aus, daß die gegenwärtige Vorstellung vom britischen Commonwealth nicht die geringste Spur einer Tendenz zu einer politischen Union aufweist. Vor fünfzig Jahren war viel die Rede von einer Empire-Föderation; aber selbst damals fand sich weder im Vereinigten Königreich noch in irgendeinem Dominion eine politische Partei, die sich dafür eingesetzt hätte. Dieser Plan ist inzwischen vollkommen überholt. Die Tendenz nach politischer Dezentralisie-

¹) In diesem Beitrag bezeichnet der Begriff „Vereinigtes Königreich“ das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland in seinem gegenwärtigen verfassungsrechtlichen Sinne; das Adjektiv „englisch“ steht für aus England stammende Personen, Ideen oder Organisationen; das Adjektiv „britisch“ bedeutet „von den Britischen Inseln kommend“ und schließt daher, historisch gesehen, auch Irland mit ein.

rung ist im ganzen Commonwealth so lebendig wie je zuvor, und wir müssen darum außerhalb des verfassungsrechtlichen Bereiches nach Beweisen für eine Einheit suchen.

In welchem Maße kann das Commonwealth mit der Verbreitung des Britentums in Uebersee gleichgesetzt werden? Die Zahl der Einwohner auf den Britischen Inseln belief sich während der Regierungszeit von Elisabeth I. — also vor etwa elf bis zwölf Generationen — auf etwas weniger als sieben Millionen. Die Zahl ihrer Nachkommen während der Regierungszeit von Elisabeth II. beträgt nicht weniger als 140 Millionen — ein demographisches Phänomen, das in der Geschichte des Westens nicht seinesgleichen haben dürfte. Die Holländer beispielsweise wiesen im 17. Jahrhundert die gleichen sozialen Tendenzen auf wie die Briten, aber ihre Bevölkerung hat sich in einem solchen Ausmaß weder vermehrt noch ist sie ausgewandert. Es gibt keine befriedigende Erklärung für diesen Unterschied zwischen dem holländischen und dem britischen Imperialismus, weil es keine statistischen Angaben gibt. Wir vermuten mit einem hohen Maß an Wahrscheinlichkeit, daß die Nachfahren dieser alten Elisabethianer zu etwa 50 Millionen auf den Britischen Inseln und zu 20 Millionen in den Commonwealth-Ländern leben (Australien 8 Mill., Kanada 7 Mill., Neuseeland 2 Mill., Südafrika 1 Mill. usw.), während die übrigen 70 Millionen im „Schmelztiegel“ der Vereinigten Staaten verschwunden sind. Wir müssen ferner annehmen, daß sich diese gewaltige Expansion nicht noch einmal wiederholen kann. Die Bevölkerung der Britischen Inseln wächst jetzt nur langsam, wenn überhaupt, und der immer größere Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung der Britischen Inseln macht es unmöglich, daß sich der natürliche Bevölkerungszuwachs in naher Zukunft wesentlich steigert.

Inzwischen wächst die Bevölkerung der älteren Dominien durch Geburtenüberschuß wie auch durch

Kanada, eine Föderation zweier Volksgruppen

Wenn wir uns von Australien nun Kanada zuwenden, fällt uns sofort der weite Unterschied zwischen diesen beiden großen Ländern auf, von denen wir hätten annehmen können, daß sie einander sehr ähnlich sind. Natürlich ist Kanada eine Föderation zweier Volksgruppen, der Briten und Franzosen — und zwar eine großartig gelungene —, aber selbst in seinen englischsprachigen Provinzen ist die Zahl der Einwanderer vom europäischen Kontinent so groß, daß kaum 50 vH der kanadischen Bürger heutzutage britischen Ursprungs sind. Es ist merkwürdig, daß diese anderen Europäer, selbst wenn es sich um Katholiken handelt, fast immer mit der britisch-kanadischen Gruppe verschmelzen und nicht mit der französisch-kanadischen. Aber die grundlegende Frage, die man im Falle Kanadas stellen muß, ist

Einwanderung sehr schnell an. Neuseeland beispielsweise gehört zu den Ländern der Welt, deren Bevölkerungszahl am stärksten zunimmt; ihre jährliche Wachstumsrate beläuft sich auf mehr als 2,4 vH. Neuseelands Wirtschaft kann jährlich etwa 20 000 neue Einwanderer absorbieren, von denen mehr als die Hälfte aus dem Vereinigten Königreich kommt. Eine weit größere Zahl von Auswanderern aus dem Vereinigten Königreich ist in den letzten zehn Jahren nach Australien (rund 500 000) und nach Kanada (rund 350 000) gegangen, aber diese beiden Länder erhalten jetzt eine größere Zahl von Einwanderern aus anderen Ländern Westeuropas. Die Auswanderung ist schließlich ein Gegenstand soziologischer Untersuchungen geworden, und die neuen Länder untersuchen, wieviel Einwanderer ihre Wirtschaft absorbieren kann und wieviel Ausländer sie assimilieren können, während die alten Länder sich überlegen, wie weit sie es sich leisten können, gute Bürger zu verlieren. Es wird immer mehr die Ansicht vertreten, daß Großbritannien jetzt unterbevölkert sei, so daß eine Auswanderungspolitik den wirtschaftlichen Interessen des Mutterlandes widerspräche, selbst wenn sie für das Commonwealth politisch wünschenswert wäre. Der gemeinsame Faktor in der demographischen Situation des Vereinigten Königreichs, Australiens und Neuseelands ist die Freizügigkeit, mit der die Commonwealth-Bürger in jeder Richtung zwischen diesen Ländern aus- und einwandern können. Im Jahre 1955 belief sich die Zahl der Auswanderer aus dem Vereinigten Königreich nach Australien auf 57 201 und die Zahl der Auswanderer aus Australien in das Vereinigte Königreich auf 29 305. Man könnte annehmen, daß dies eine Geschichte gescheiterter Existenzen ist, doch ist das keineswegs so. In London wimmelt es zu allen Zeiten von jungen Australiern, von denen viele Studenten sind; und zu der alten Vorstellung vom Commonwealth gehörte stets auch die Freizügigkeit innerhalb des Commonwealth in jeder Richtung².

die, ob seine Assoziierung mit dem Commonwealth mehr als nur nomineller Natur ist. Ist Kanada bereits aus der britischen in die amerikanische Sphäre übergewechselt, da drei Viertel seines Handels mit den Vereinigten Staaten betrieben werden und drei Viertel seines Kapitalimports amerikanische Gelder sind? Die wirtschaftliche Seite dieser Frage wird später zu behandeln sein; im Augenblick genügt die Feststellung, daß Kanadas Recht, Staatsaufbau und Verwaltung britischem und nicht amerikanischem Vorbild entsprechen, ein Merkmal, das alle Kanadier als einen großen Vorteil betrachten. Als zweiter Punkt muß hervorgehoben werden, daß die Entschlossenheit der

²) Zahlen aus „Second Report of the Overseas Migration Board“, 1956: HMSO, Cmd. 9835.

Anglo- und Franco-Kanadier, ihre völkischen Eigenarten im Rahmen ihrer Föderation zu erhalten, jede dieser Gruppen dazu führt, an der Verbindung mit

dem Commonwealth als einer Sicherung gegen ein Aufgehen im „Schmelztiegel“ der Vereinigten Staaten festzuhalten.

Der Aufstieg der asiatischen Dominien zu Commonwealth-Ländern

Vor dem Zweiten Weltkrieg waren alle, die sich mit dem Studium der Politik beschäftigten, an die Vorstellung des Commonwealth gewöhnt, wie es durch das Statut von Westminster vom Jahre 1931 konstituiert war. Es bestand aus dem Vereinigten Königreich, Irland (das sich inzwischen losgelöst hat), Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika und einem abhängigen Kolonialreich. Obgleich ihm eine präzise Form fehlte und es englischer Tradition entsprechend empirisch funktionierte, paßte es doch in die Prinzipien politischer Wissenschaft, wie man sie damals verstand. Seitdem hat es so viele schnell aufeinanderfolgende Wandlungen erfahren, daß die politische Wissenschaft nur schwer damit Schritt halten kann. Die kritischen Phasen dieser Zeit der Wandlung sind der Aufstieg der asiatischen Dominien zu Commonwealth-Ländern in den Jahren 1946—1949 und die Entstehung neuer afrikanischer Staaten, die wir zur Zeit miterleben.

Es sollte nicht vergessen werden, daß die Absicht, das indische Kolonialreich in ein Dominion von der Art der bereits erwähnten zu verwandeln, bereits in einem „State Paper“ vom Jahre 1919 erklärt worden war und auch den ausdrücklichen Zweck der „Government of India Bill“ bildete, die im Jahre 1935 von der Konservativen Partei propagiert wurde. Die unglückseligen Ereignisse des gegenseitigen Mordens und der Teilung waren die Folge von Verzögerungen und Fehlern in der politischen Taktik, nicht aber von einem Widerstand seitens der Regierung des Vereinigten Königreichs gegen einen politischen Fortschritt Indiens. Der Schritt Ceylons zum unabhängigen Mitglied des Commonwealth und das im Wege freundschaftlicher Verhandlungen vollzogene Ausscheiden Burmas aus dem Commonwealth erfolgten in regulären, verfassungsgemäßen Stadien, wie sie früher schon die älteren Dominien durchlaufen hatten. Die revolutionäre Form dieses Vorgangs in Indien und Pakistan kann somit wohl menschlichem Versagen, nicht aber bösem Willen zugeschrieben werden. Während der Uebergang zum Dominion-Status von den meisten politischen Beobachtern erwartet worden war, kamen zwei Faktoren doch unerwartet: die Abspaltung Pakistans von Indien und die Wahl einer republikanischen Staatsform durch beide Länder. Wir befassen uns hier mit denjenigen Aspekten der verfassungsmäßigen Umbildung Indiens, die den gemeinsamen Merkmalen entsprachen. Das Problem bei einer Definition des neuen Commonwealth liegt dann für uns darin, die Faktoren auszuwerten, die Indien, Pakistan und Ceylon mit dem Vereinigten Königreich, Australien und Neuseeland gemeinsam

haben. Die erste Ueberlegung fällt negativ aus: In keinem der asiatischen Länder hat sich eine ansehnliche Gruppe britischer Auswanderer für dauernd angesiedelt; die Zusammensetzung der Bevölkerung ist eine ganz andere. Zweitens sind diese drei asiatischen Länder Erben uralter Kulturen, denen eine geringe Portion britischer Zivilisation aufgepfropft wurde. Drei oder vier Generationen lang, wenigstens seit 1857, als englischsprachige Universitäten in Britisch-Indien gegründet wurden, ist die gesamte Verwaltung des Landes in Englisch, nach englischen Grundsätzen und durch britische oder in Großbritannien ausgebildete Beamte durchgeführt worden. Im Jahre 1947 gab es 24 Universitäten in Indien, an denen jährlich etwa 40 000 Studenten ihre Ausbildung abschlossen, d. h., es gab eine große und größer werdende akademisch gebildete Schicht, die in westlichen Methoden und westlicher Ideologie geschult war. Die neue führende Schicht der asiatischen Commonwealth-Länder hat eine englische Bildung erhalten, was eine tiefverankerte Neigung zu englischen liberalen Prinzipien mit sich bringt. Wer sich mit indischer Geschichte befaßt, wird den Einfluß liberaler und christlicher Ethik auf die Entwicklung hinduistischen Denkens und sozialen Lebens nicht übersehen haben, und wenn das Gewicht dieser Einflüsse in islamischen Ländern vielleicht weniger in Erscheinung tritt, so läßt sich das mit der Tatsache erklären, daß christliche und islamische Ethik und Metaphysik schon von ihrer ersten Begegnung an mehr Ähnlichkeit miteinander aufwiesen als Christentum und Hinduismus. Es ist schwer, den bleibenden Einfluß englischen liberalen Denkens in Asien zu ermessen. Obgleich alle asiatischen Länder jetzt Anzeichen eines Widerstandes gegen die Vorherrschaft der englischen Sprache an den Tag legen, sind sie doch auf sie angewiesen, wenn es sich um höhere Bildung, Wissenschaft und Technik handelt, d. h. um Faktoren, von denen jeglicher Fortschritt in Asien abhängt.

Um es positiver auszudrücken: die englischsprechenden Verwaltungsbeamten haben im früheren britischen Kolonialreich wie auch in den modernen asiatischen Republiken — mit einer wichtigen Abweichung — das politische, das Justiz- und das Verwaltungssystem angewendet, das schon in früherer Zeit von England auf die älteren Dominien übertragen worden war. Alle diese Systeme sind typisch englisch, und obgleich es für sie Analogien in den Ländern Westeuropas geben mag, haben diese analogen Systeme doch andere Wurzeln und gehorchen anderen Entwicklungsgesetzen. Die Republik

Indien wird heute nach englischen Grundsätzen regiert. Der oberste und wichtigste davon ist die Einrichtung einer parlamentarischen oder „verantwortlichen“ Regierung, bei der die Exekutive der Legislative untergeordnet ist, ein System, das die britische politische Praxis sehr deutlich von der amerikanischen unterscheidet. Der zweite Grundsatz ist der permanente und unabsetzbare Richterstand und der dritte das Berufsbeamtentum; beide Institutionen sind jeglicher politischen Einflußnahme entzogen. Der vierte Grundsatz ist das englische System der kommunalen Selbstverwaltung, das sich wesentlich von dem der meisten kontinentalen Länder unterscheidet; dieser vierte Grundsatz wurde in British-Indien erst in einem sehr späten Stadium eingeführt. Während der Kolonialherrschaft wurde Indien direkt von Beamten des berühmten „Indian Civil Service“ verwaltet, die ihre Instruktionen von der Zentralregierung erhielten. Es gab für sie keine Parallele im Vereinigten Königreich; ihre Stellung war vielmehr der eines Präfekten in Frankreich ähnlich. In England bekommt der Durchschnittsbürger die Regierungsgewalt nur über die Beamten der gewählten Stadträte und Grafschaftsräte zu spüren, denen durch die Zentralregierung Verordnungsvollmacht übertragen wird. Im Rahmen der ihnen erteilten Vollmachten können die örtlichen Behörden frei handeln, und die Hand der Zentralregierung ist kaum spürbar. Dieses System kam mit den ersten britischen Siedlern nach Kanada und Australien und erklärt die Ähnlichkeit in der inneren Struktur zwischen diesen Ländern und dem Vereinigten Königreich. Erst in den letzten Stadien der britischen Herrschaft wurde diese kommunale Selbstverwaltung nach englischem Muster allmählich auch in Indien eingeführt, und die Macht der Beamten der Zentralregierung ist noch immer sehr groß.

Doch wird die Machtbefugnis dieser Beamten gemildert und eingeschränkt durch den fünften der

englischen politischen Grundsätze: die Rechte des Common Law. Das englische Common Law hat die Tendenz, die Rechte des Individuums gegen die Rechte des Staates zu schützen, und das British-Indische Strafgesetzbuch, das von seinem Verfasser, Lord Macaulay, auf die Grundlage des Common Law gestellt wurde, gewährt den Rechten des Individuums einen mindestens ebenso starken Schutz.

Die lange Periode der Geschichte, in der Europa im Aufstieg und Asien im Abstieg begriffen war, hat jetzt ihr Ende gefunden. Asien hat sich von Europa alles zu eigen gemacht, was es an westlichen Begriffen und Methoden assimilieren kann, so daß der kulturelle Austausch zwischen Briten und Indern nicht mehr nur in einer Richtung verläuft. Die ethischen, juristischen und politischen Prinzipien britischen Ursprungs sind so gründlich und vielfältig mit denen indischen Ursprungs verwoben, die gemeinsame Ebene, auf der sich britische und indische Intellektuelle begegnen, ist so breit, daß die politische und soziale Kluft zwischen dem Vereinigten Königreich und Indien überbrückt wird. Es gibt sogar Themen, bei denen ein gebildeter Engländer mit einem gebildeten Inder mehr übereinstimmen wird als beispielsweise mit einem gebildeten Deutschen. Es wäre traurig für die Welt, wenn diese Brücke zwischen Europa und Asien niedergerissen würde. Das soll natürlich nicht heißen, daß eine derartige Übereinstimmung zwischen einem indischen Bauern, der weder schreiben noch lesen kann, und einem halbgebildeten englischen Arbeiter vorhanden wäre. Für den politischen Beobachter ist das Interessante an den britisch-indischen Beziehungen heutzutage die Aufrechterhaltung der kulturellen Bande durch das Medium der englischen Sprache und die Gegenströmung des indischen Einflusses auf Europa, seit Indien eine selbständige Großmacht geworden ist.

Der Handel als Funktion des Commonwealth

Es wäre abwegig zu behaupten, daß die Verbreitung der britischen Kultur die treibende Kraft bei der Schaffung des britischen Kolonialreiches in Indien gewesen wäre. Die „Nation der Kaufleute“ schickte ihre Sendboten nach Indien zu dem lobenswerten Zweck, Handel zu treiben. Sie gehen heute noch zu demselben Zweck dorthin, und der britische Handel mit Indien floriert mehr denn jemals zuvor³. An dieser Stelle ist es angebracht, den Handel des Sterling-Bereichs als eine Funktion des Commonwealth zu betrachten. Es besteht kein Zweifel über die Bedeutung, die dieser Handel für das Vereinigte Königreich hat. Im Jahre 1954, dem letzten, für das schon vollständige statistische Angaben vorhanden sind,

belieb sich der Handel des Vereinigten Königreichs mit den Ländern des Commonwealth und anderen Sterling-Ländern auf 50 vH seines gesamten Handelsvolumens; seine Ausfuhr nach den Sterling-Ländern plus Kanada betrug mehr als das Doppelte seiner Ausfuhr nach Westeuropa. Die besten Kunden in der Reihenfolge ihrer Bedeutung sind aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich.

Kein einziger der sieben besten Kunden ist ein Land des europäischen Kontinents; sechs dieser sieben Länder liegen weit jenseits des Ozeans, fünf davon gehören dem Sterling-Block an, und alle sind Länder englischer Sprache. Ist es also verwunderlich, wenn die Briten dazu neigen, nach Uebersee und weg von Westeuropa zu schauen? Die sieben besten Kunden der deutschen Bundesrepublik nach den gleichen Maßstäben sind die Niederlande, Belgien, Schweden,

³) 43 vH des indischen Außenhandels, 39 vH des pakistanischen Außenhandels und 50 vH des ceylonesischen Außenhandels spielen sich innerhalb des Commonwealth ab.

Italien, die Schweiz, die Vereinigten Staaten und Oesterreich. Erst an sechster Stelle steht ein Land, das nicht Deutschlands Nachbar ist.

Wertangaben des britischen Warenexports (in 1000 £)⁴

1. Australien	277,812
2. Südafrikanische Union	156,245
3. Vereinigte Staaten	149,309
4. Kanada	131,875
5. Neuseeland	125,997
6. Indien	114,907
7. Irische Republik	100,621
8. Niederlande	99,806
9. Schweden	92,973
10. Dänemark	82,511
11. Bundesrepublik Deutschland ⁵	70,532
12. Norwegen	68,517
13. Malaya und Singapore	65,414
14. Frankreich	64,325
15. Italien	58,996
16. Britisch-Ostafrika	54,634
17. Belgien	54,612
18. Britisch-Westindien	49,264
19. Nigeria	48,810
20. Rhodesien und Nyasaland	48,524
21. Pakistan	45,852
22. Goldküste	33,876

Der Anteil, den die Einnahmen aus der Ausfuhr britischer Waren an Großbritanniens Brutto-National-einkommen haben, ist bei weitem nicht der einzige Vorteil, den es aus seinem Ueberseehandel zieht. Im Jahre 1954 wies die britische Handelsbilanz nominell ein Defizit von 605 Millionen £ auf, das jedoch zum größten Teil durch unsere „unsichtbaren Einnahmen“ aus Schiffsfrachten (mindestens 132 Mill. £ netto), aus Investitionen in Uebersee (mindestens 35 Mill. £ netto) und aus Bankgeschäften, Versicherungen und anderen Zinsen (mindestens 319 Mill. £ netto) gedeckt wurde. Es gibt keine ausreichende Aufschlüsselung dieser Einnahmen in Form einfacher Statistiken, aber man nimmt allgemein an, daß die veröffentlichten Schätzungen noch unter den wirklichen Zahlen liegen⁶. Jedenfalls wird der größte Teil dieses Defizits irgendwo wieder hereingeholt, und zwar vorwiegend durch die den Commonwealth-Mitgliedern geleisteten finanziellen Dienste. Das heißt, daß die nackten Zahlen über die jährliche britische Ein- und Ausfuhr nur die laufende Handelsbilanz einer gewaltigen Organisation mit weltweiten Verbindungen darstellen. Wenn die Gesamtbilanz vorgelegt werden könnte mit allem, was dazugehört, dann würde der Gesamtumsatz die Ziffern der Handelsbilanz um eine riesige, unschätzbare Summe übersteigen. Das ist das Commonwealth-Geschäft, jene echte Aktivität der „Nation der Kaufleute“, die keineswegs nachläßt, wenn Kolo-

nien zur Selbstverwaltung übergehen. In der Vergangenheit ist dieses Geschäft ständig umfangreicher geworden, zum Vorteil aller Beteiligten, und das Vereinigte Königreich hat seine Position als Bankier des Sterling-Bereichs behaupten können.

Handelswege folgen natürlichen geographischen Verbindungen, zu Wasser und zu Lande, und wenn sie nicht böswillig oder aus Dummheit unterbrochen werden, erweisen sie sich als langlebiger als politische Einrichtungen. Für die Briten ist wie für die Norweger und Holländer die See immer ein Verbindungsweg und niemals eine Grenze gewesen. Ihre Auffassung von ihrer geographischen Lage war stets von der See bestimmt. Sie halten sich eher für eine atlantische Macht als für eine europäische, die Angelegenheiten Kanadas beschäftigen sie ebenso stark wie die Angelegenheiten Deutschlands. Ihre Interessen beschränken sich auch nicht auf das Gebiet der NATO-Länder. Ihr Handel ist niemals ausschließlich auf irgendwelche bestimmten Kolonien beschränkt gewesen, in denen sie ein politisches Monopol besaßen, sondern ist organisch und spontan gewachsen, worin auch das Geheimnis seiner Vitalität liegt. Er wurde jedoch durch nichts stärker begünstigt und aufrechterhalten als durch die Kabelverbindungen, die das Nervensystem des britischen Weltreiches bilden. Gute Kabelverbindungen in britischem Besitz schufen die großen Seehäfen wie Bombay, Singapore und Hongkong; sie ermöglichten es dem Commonwealth, in beiden Weltkriegen eine weltweite Strategie zu betreiben; sie verliehen solch abgeschiedenen Orten wie Bermuda, Ascension, den Seychellen, den Kokos- und den Fidschi-Inseln Bedeutung; sie erlegten dem gesamten Commonwealth die Notwendigkeit auf, über die Verbindung durch das Mittelmeer von Aden bis Gibraltar zu wachen. Niedrige Gebührensätze für Presstelegramme haben gemeinsame Nachrichtendienste ermöglicht, und in den letzten Jahren hat eine ähnliche Ausbreitung von Funkstationen dieselben Verbindungen hergestellt. Das Netz von Verbindungen, der Handel, der sich ihrer bedient, die Handelszentren an den Knotenpunkten, das gemeinsame Medium der englischen Sprache — dies alles sind Faktoren, die das alte Weltreich ausmachten und im wesentlichen auch das neue Commonwealth bilden, nachdem der Superstaat — um Lenins berühmten Ausspruch anzuwenden — dahingeschwunden ist. Wenn wir heute geschwächt sind, dann sind wir es nicht durch eine Einbuße an imperialer Autorität, sondern durch die Gefährdung dieser Dienste.

Der Sterling-Bereich ist, wie sein Name sagt, ein Gebiet und keine Institution, bedeutet nicht mehr als den Raum, innerhalb dessen sich Länder des Londoner Banksystems bedienen, um ihre internationalen Zahlungsbilanzen auszugleichen. Das Banksystem seinerseits bedient sich der Verbindungslinien, die

⁴) Quelle: *Annual Abstract of Statistics*, 1955 (HMSO).

⁵) Obgleich sich die westdeutschen Einfuhren aus Großbritannien im Jahre 1955 auf 77 Mill. £ erhöht haben, befindet sich die Bundesrepublik noch immer nicht unter den ersten sechs.

⁶) Vgl. *Annual Abstract of Statistics*, 1955 (HMSO), S. 215 und 231.

Schiffahrtsgesellschaften folgen den gleichen Routen, und der Handel folgt dem Strom der Sterling-Währung. Die Sterling-Länder senden unterschiedliche Anteile ihres Exportes nach dem Vereinigten Königreich (Australien 40 vH, Indien 21 vH), aber alle führen ihre Konten bei Banken, die ihrerseits wieder ihr Konto bei der Bank von England führen. Die Commonwealth-Länder sind weder gesetzlich noch moralisch dazu verpflichtet, doch sie tun es, weil sie dadurch den Vorteil des Zugangs zum Londoner Geldmarkt haben, wo Anleihen an die Dominien und Kolonien zu günstigen Bedingungen und mit einer Garantie der Regierung gewährt werden. Das gesamte Geschäftssystem der Londoner City ist weder gesetzlich noch formell organisiert, hat sich aber im Lauf der Jahre zu einer ständigen Handelsmaschinerie entwickelt mit Filialen, Kontakten und Vertrauen in allen Teilen der Welt. In seiner Blütezeit war dieses System auch ein Gebiet völligen Freihandels.

Wenn wir uns demjenigen Sektor des britischen Handels zuwenden, der sich außerhalb des Sterling-Bereichs abspielt, so ist der bezeichnende Fall Kanada, das älteste der Dominien, Großbritannien geographisch am nächsten gelegen und ihm durch strategische Notwendigkeiten aufs engste verbunden. Kanada ist ein Dollar-Land, und zwar schon hundert Jahre lang. Es wäre schwer für das Vereinigte Königreich, ohne kanadischen Weizen auszukommen, und obgleich der Verkauf von Weizen nach Großbritannien nicht mehr der Haupthandelsposten für Kanada ist, könnte Kanadas Wirtschaft kaum ohne den britischen Absatzmarkt mit seinem gesamten Komplex von Eisenbahn- und Schiffahrtslinien, von Banken und Investitionen auskommen, der sich in den letzten hundert Jahren zur Aufrechterhaltung des Wei-

zenhandels herausgebildet hat. Obgleich drei Viertel des kanadischen Außenhandels mit den Vereinigten Staaten abgewickelt werden, wäre die Einbuße des letzten Viertels, nämlich des Handels mit dem Sterling-Bereich, für Kanada verhängnisvoll. Kanada bildet also die Brücke zwischen den beiden Hälften der englischsprechenden Welt, dem Dollar-Bereich und dem Sterling-Bereich. Per saldo zahlt der Sterling-Bereich mehr Dollars für kanadischen Weizen, als er durch den Verkauf britischer Waren in Kanada einnimmt. Die Dollars werden durch andere Mitglieder des Commonwealth verdient, die mehr an den Dollar-Bereich verkaufen, vom Vereinigten Königreich aber mehr gegen Sterling kaufen. Mit Kakao von der Goldküste und Kautschuk aus Malaya werden viele Dollars verdient, und diese beiden Kolonien haben große Guthaben bei Londoner Banken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie, wenn sie demnächst die Selbstregierung erlangen, die Absicht äußern werden, ihre Guthaben abzuheben und sich geschäftlich selbständig zu machen. Das wäre ein schwerer Schlag für den Sterling-Bereich und damit auch für das britische Handelssystem, aber damit würden auch diese neuen Nationen in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Sie müßten selbst die Deckung ihrer Währungen sicherstellen, eigene Kredite aufnehmen, ihre eigene Handelsorganisation aufbauen und sich selbst Absatzmärkte suchen in einer Welt, die den Rohstoffherzeugern nicht immer wohlwollend gegenübersteht. Es war die Stärke des britischen Finanzsystems, die Kanada zu einer Großmacht machte; wenn man diesem System weiterhin freien Spielraum läßt, könnte es den gleichen Nutzen beispielsweise Malaya bringen, das unter kluger Führung den gleichen Weg wie Ceylon gehen könnte.

Afrika und das Commonwealth

Der Weg der afrikanischen Kolonien zur Unabhängigkeit

Die Gewährung nationaler Unabhängigkeit an Kanada und Australien wurde vor hundert Jahren klar vorausgesehen, und nichts, was sich in diesen Ländern abgespielt hat, war eine Ueberraschung für die britischen Staatsmänner. Der Aufstieg asiatischer Commonwealth-Länder wurde vor zwanzig oder dreißig Jahren ins Auge gefaßt, jedenfalls von weitsichtigen Fachleuten. Niemand hat jedoch in den zwanziger Jahren vermutet, daß die afrikanischen Kolonien so bald den gleichen Weg beschreiten würden. Phantastische Vorstellungen von Nationalismus und Demokratie beherrschen jetzt die Gemüter aller Rassen, ob sie nun die technischen Kenntnisse und wirtschaftlichen Mittel zur Bildung eigener Nationalstaaten besitzen oder nicht. In offiziellen Erklärungen britischer Minister beider politischer Parteien ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß man sich im Vereinigten Königreich über die Politik der Bil-

dung selbständiger Nationalstaaten in Afrika einig ist. Im Gegensatz zu den asiatischen Staaten besitzen die afrikanischen Territorien keine natürlichen Grenzen und keine alte Kultur, in die englische Institutionen eingepflanzt werden könnten, sie besitzen auch keine große Schicht Gebildeter. In Indien konnten die britischen Beamten ihre Aemter in die Hände von ausgebildeten Nachfolgern legen, wie sie nur selten in Afrika gefunden werden können. Viele Beobachter sagen, daß Afrika viel mehr Erziehung als politische Freiheit nötig hat und daß die Gründung von fünf afrikanischen Universitäten, die den britischen Steuerzahler etwa 7 Millionen £ kosten, bis jetzt das bedeutendste Ereignis der letzten zehn Jahre ist. Aber gegenwärtig ist die gebildete Schicht in den afrikanischen Gebieten noch beklagenswert dünn.

Nigeria und die Goldküste

Obgleich Nigeria und die Goldküste in ihrer sozialen Entwicklung und der Heranbildung einer Klasse

mit westlicher Erziehung weit hinter Indien und Ceylon zurückstehen, verfolgen sie den gleichen Weg wie diese mit großer und — wie manche sagen — unkluger Eile. In der modernen Welt ist es unmöglich, den Forderungen nach demokratischen Privilegien Einhaltung zu gebieten, und diese beiden Länder stehen — verfrüht oder nicht — an der Schwelle der Selbstregierung. Der Form nach ähneln ihre politischen Institutionen denen Britisch-Indiens mit englischem parlamentarischem System, englischem Common Law und einer Verwaltung nach britisch-indischem Muster. Die Sprache der Regierung und des höheren Erziehungswesens ist die englische und die eingeführte Kultur eine westlich-christliche. Beide Länder gehören zum Sterling-Bereich und wickeln 64 vH ihres Handels innerhalb dieses Bereichs ab, aber in diesem Falle ist ihr Handel außerhalb des Sterling-Bereichs für das Commonwealth noch wichtiger. Ihre Kakao-Lieferungen an die Vereinigten Staaten machen etwa 13 vH ihres sehr umfangreichen Exportes aus: eine der Quellen für die Dollars, die das Gesamtsystem des Commonwealth-Handels benötigt. Nigeria und die Goldküste sind somit die beiden Prüfsteine für die nächste Etappe in der Entwicklung des Commonwealth. Wenn sie das vollbringen können, was Indien und Ceylon getan haben, besteht Hoffnung für das übrige Afrika. Es wird kein Druck auf sie ausgeübt, weiterhin im Commonwealth zu bleiben — „Wir wollen keine unfreiwilligen Mitglieder“, sagte Clement Attlee im Jahre 1948 —, aber wenn sie sich losrennen sollten, wird das für sie ein ebenso großer Nachteil sein wie für das Commonwealth.

Die Rassenprobleme in Ost- und Südafrika

Während die politischen Probleme Westafrikas zwar dringlicher Natur sind, sind sie doch nicht mit einer solchen Komplexität belastet wie jedes Problem in Ost- und Südafrika, wo aus vielen Rassen zusammengesetzte Gemeinschaften einer ganz neuen Art im Entstehen begriffen sind. In der Geschichte gibt es dafür keinen Präzedenzfall, der den Staatsmännern dieser Länder zum Vorbild dienen könnte. Britische Empire-Politiker besitzen eine lange Erfahrung mit dem Rassenproblem, das allerdings damals weniger kompliziert war, weil die Forderungen nach Nationalismus und Demokratie noch nicht so energisch erhoben wurden. Das Problem des Zusammenlebens mehrerer Volksgruppen wurde in Kanada durch die Föderation gelöst, in Indien durch Teilung — in beiden Fällen innerhalb des losen Gefüges des Commonwealth. In Neuseeland wurden vor fast neunzig Jahren die Rechte der zahlenmäßig kleinen Maori-Gruppe durch die Einführung von Gemeindewahlbezirken gelöst, wobei Siedler und Eingeborene auf verschiedenen Wählerlisten standen, so daß jede Gruppe ihre eigenen Repräsentanten für die gesetzgebende Versammlung wählen konnte. Aber die Maoris waren schon damals eine Minderheit in Neu-

seeland und bilden jetzt einen noch geringeren Teil der Bevölkerung; dagegen sind die eingeborenen Bantu-Völker in allen Teilen Süd- und Ostafrikas in der überwältigenden Mehrheit, während die Europäer, welche die technischen Kenntnisse und das Kapital besitzen, eine kleine Minderheit darstellen. Irgend eine Form von Wahlen nach Gemeinden, wobei das Wahlrecht auf die des Lesens und Schreibens Kundigen in jeder Gruppe beschränkt sein soll, wird oft als Lösung für dieses Problem vorgeschlagen. In letzter Zeit hat die „Capricorn-Society“ viel Interesse gefunden — eine Gruppe von Reformern aller Rassen, die eine gemeinsame Wählerliste, aber ein streng begrenztes Wahlrecht fordern, das ohne Rücksicht auf die Rassenzugehörigkeit allen denjenigen politische Rechte geben soll, die zur Entwicklung der Gemeinschaft aktiv beitragen und Verantwortung tragen. Im gesamten südöstlichen Teil Afrikas ist das gleiche Problem anzutreffen: stürmische Forderung nach Demokratie, Unwissenheit und Armut der Afrikaner, Stammeseparatismus, der eine Eingliederung in eine gemischte Gemeinschaft ablehnt. In diesem ganzen Gebiet liegt die einzige Hoffnung auf einen echten sozialen Fortschritt in einer schnellen Förderung der Erziehung in englischer Sprache, insbesondere einer technischen Erziehung, und in nicht geringerem Maße in weiteren Investitionen westlichen Kapitals für die wirtschaftliche Entwicklung. Das heißt also, daß die Erschließung Afrikas durch Europa der einzige Weg zum Fortschritt Afrikas ist.

Diese Probleme sind allgemein, aber die politische Situation in Süd-, Mittel- und Ostafrika ist unterschiedlich. Die Südafrikanische Union ist seit langem ein Vollmitglied des Commonwealth, das ausdrücklich jegliche Oberhoheit der Regierung des Vereinigten Königreichs abgelehnt hat. Diese hat also kein Mittel in der Hand, die Eingeborenepolitik in Südafrika zu kontrollieren (außer in drei Enklaven, den sogenannten „High Commission Territories“, die zum Kummer Südafrikas immer noch als britische Kolonien verwaltet werden). Die südafrikanische Lösung für das Problem des Zusammenlebens mehrerer Rassen ist die Rassentrennung, wobei man von der Annahme ausgeht, daß die Souveränität noch viele Jahre in den Händen der weißen und nicht der schwarzen Südafrikaner liegen wird. In mancher anderen Hinsicht steht die Südafrikanische Union dem Vereinigten Königreich näher als das andere Dominion mit verschiedenartiger Bevölkerung — Kanada. Südafrika ist ein Land des Sterling-Bereichs, das sehr von britischem Kapital abhängig ist und 45 vH seines Handels innerhalb des Commonwealth betreibt. Aber seiner politischen Tendenz nach ist es weniger britisch. Obgleich Südafrika das britische parlamentarische System übernommen hat, hat es das römisch-holländische Recht beibehalten und eine entsprechende Verwaltung vom Typ einer autoritären Zentralregierung.

Die Zentralafrikanische Föderation

Am Beispiel der neuen Zentralafrikanischen Föderation, die sich aus der Siedlerprovinz Südrhodesien, dem industrialisierten Nordrhodesien und der primitiv-afrikanischen Provinz Njassaland zusammensetzt, können wir untersuchen, was der Uebergang vom Status einer Kolonie zu dem eines Commonwealth-Mitgliedes bedeutet, denn die Föderation befindet sich jetzt in diesem Stadium. Der Kolonialminister gewährt zwar jeder Kolonialverwaltung ein hohes Maß an Selbständigkeit, hat aber die Befugnis, Direktiven an die Gouverneure ergehen zu lassen und notfalls ihre Anordnungen zu verwerfen. In der Praxis ermutigt er sie, gewählte Körperschaften zu schaffen und damit den ersten Schritt zur Selbstregierung zu tun. Trotzdem liegt die Oberhoheit in den Händen des britischen Parlaments und wird vom Kolonialminister ausgeübt. Er besitzt diese Befugnisse noch gegenüber den Provinzialregierungen von Njassaland und Nordrhodesien, aber die Regierung der Föderation untersteht ihm nicht mehr, und ihre Beziehungen zur Regierung des Vereinigten Königreichs gehen über seinen Kollegen, den Commonwealth-Minister. Der Unterschied liegt darin, daß das Ministerium für die Beziehungen zum Commonwealth

keine Anweisungen erteilt; es ist nur eine Verbindungsstelle, die den umfassenden und häufigen Austausch von vertraulichen Informationen und technischer Hilfe koordiniert, der auf jeder Verwaltungsebene und über alle Ministerien unter den Commonwealth-Mitgliedern stattfindet. Wiewürdlich und offenerzig ist dieser Austausch, verglichen mit der kalten diplomatischen Korrespondenz Auswärtiger Aemter!

Die ostafrikanischen Territorien

Während Südafrika ein Mitglied des Commonwealth ist und Zentralafrika sich in einem Uebergangsstadium befindet, sind die vier Territorien Britisch-Ostafrikas reine Kolonien (obgleich eine davon, Tanganjika, mit gelegentlichen und nutzlosen Interventionen des Treuhänderrates der Vereinten Nationen belastet ist). Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat sich bereits auf eine Politik festgelegt, welche die Ueberleitung Zentralafrikas in die volle Commonwealth-Mitgliedschaft anstrebt, und grundsätzlich will sie zu einem späteren Zeitpunkt einen ähnlichen Schritt auch in Ostafrika unternehmen. Das Problem, wie es sich zur Zeit stellt, ist weit schwieriger als in Indien oder in Nigeria. Wem soll das Kolonialministerium seine Verantwortung übertragen?

Die Karibische Föderation

Noch eine letzte Gruppe von Kolonien verdient eine Erwähnung an dieser Stelle: Britisch-Westindien. Die konstitutionellen Fortschritte dieser Kolonien sind normal. Ihre Institutionen haben die englischen zum Vorbild, ihr Handel spielt sich vorwiegend (zu etwa 70 vH) innerhalb des Sterling-Bereichs ab. Auch sie sind im Begriff, als „Karibische Föderation“ die volle Commonwealth-Mitgliedschaft zu erlangen. Jedes Gebiet des Commonwealth hat seine besonderen Schwierigkeiten zu überwinden, und in Westindien sind diese vorwiegend wirtschaftlicher Natur. Es würde zu weit führen, sie hier zu behandeln; erwähnt sollte jedoch werden, daß Westindien sich von anderen britischen Kolonien insofern unterscheidet, als es eine gemischte Bevölkerung ohne Rassenschranken hat: das wäre eine weitere Lösung für das Problem des Zusammenlebens mehrerer Rassen, aber sie hat keine Aussicht, in Afrika nachgeahmt zu werden.

rigkeiten zu überwinden, und in Westindien sind diese vorwiegend wirtschaftlicher Natur. Es würde zu weit führen, sie hier zu behandeln; erwähnt sollte jedoch werden, daß Westindien sich von anderen britischen Kolonien insofern unterscheidet, als es eine gemischte Bevölkerung ohne Rassenschranken hat: das wäre eine weitere Lösung für das Problem des Zusammenlebens mehrerer Rassen, aber sie hat keine Aussicht, in Afrika nachgeahmt zu werden.

Die Gemeinschaft des Commonwealth und die Krise im Mittleren Osten

Sosehr sie sich auch voneinander unterscheiden mögen, so haben die gegenwärtigen und zukünftigen Mitglieder dieser weltweiten Gemeinschaft von Nationen doch eine gemeinsame Sprache und Literatur, die es den gebildeten Bürgern aller dieser Länder leicht machen, Kontakt miteinander zu halten. Ein gemeinsames politisches System formt ihr soziales Leben und ihre Politik nach einem ähnlichen Muster. Ihre Volkswirtschaft hängt von einem auf Gegenseitigkeit beruhenden Handels- und Finanzsystem ab. Wo diese Gemeinsamkeiten nur teilweise bestehen, wird kein Einwand erhoben und kein Versuch unternommen, Andersgesinnte zur Konformität zu zwingen. Das Prinzip des gemeinsamen Handelns des Commonwealth besteht darin, das höchstmögliche Maß an Uebereinstimmung zu finden, dementsprechend zu handeln und denjenigen, die nicht einverstanden sind, die Möglichkeit zu geben, sich fernzuhalten. Die Commonwealth-Mitglieder lehnen unter

sich selbst die supranationale Methode ab und weigern sich erst recht, in Föderationen mit fremden Ländern einbezogen zu werden. Sie erheben keinen Einspruch, sondern billigen es vielmehr, wenn einer von ihnen, Indien, eine Brücke zu Asien und ein anderer, Kanada, eine Brücke zu Amerika bildet. Ihre Gemeinschaft ist nicht exklusiv, und ihre Regeln verbieten nicht die Zugehörigkeit auch zu einer anderen Gemeinschaft. Der Gemeinschaft des Commonwealth droht jetzt eine ernste Krise: die Gefahr des Zerfalls der ganzen Kette von Handelsstützpunkten von Gibraltar über Suez nach Singapur. Sie sind nicht die isolierten Vorposten eines aggressiven Imperialismus, sondern vielmehr die Knotenpunkte in einem weltumspannenden Netz des Handels und der Verbindungen. Wenn sie verlorengingen, hätte die ganze Welt darunter zu leiden.

(Uebersetzung des Manuskripts aus dem Englischen: Margret Völker, Bonn.)

Dokumente zur Krise im Mittleren Osten

Das Organisationsstatut der Vereinigung der Suezkanal-Benutzer

Entschließung der Dritten Londoner Suezkanal-Konferenz vom 4. Oktober 1956

Der Rat der Vereinigung der Suezkanal-Benutzer trifft auf Grund der Erklärung vom 21. September 1956, kraft deren die Vereinigung am 1. Oktober 1956 ihre Tätigkeit aufgenommen hat, und in dem Bestreben, entsprechend dieser Erklärung die Vereinigung zu organisieren, die folgenden Entscheidungen:

TITEL I

Organe

Artikel 1

Die Organe der Vereinigung sind:

- a) der Rat,
- b) der Lenkungsausschuß¹,
- c) der Administrator.

TITEL II

Der Rat

Artikel 2

Der Rat setzt sich aus Vertretern aller Mitgliedstaaten der Vereinigung zusammen.

Artikel 2

a) Der Rat wird alle sechs Monate zu Sitzungen einberufen. Er tritt gleichermaßen jederzeit zusammen, wenn eines der Mitglieder den Administrator von seinem Wunsche unterrichtet, eine Sitzung des Rates einzuberufen, oder auf Verlangen des Lenkungsausschusses. Wenn immer dies möglich ist, sollen die Mitglieder zehn Tage vorher von dieser Einberufung benachrichtigt werden.

b) Der Rat kann an jedem anderen Ort als dem Sitz der Vereinigung zusammentreten, wenn der Präsident des Rates es für notwendig erachtet oder zwei Drittel der Mitglieder es beantragen.

Artikel 4

Der Rat ist in seinen Sitzungen bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder beschlußfähig.

Artikel 5

Der Rat

- a) wählt im Verlauf jeder Sitzung aus seinen Mitgliedern einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten, die bis zur nächsten Sitzung im Amt bleiben;
- b) stellt seine Geschäftsordnung auf, soweit in der vorliegenden Urkunde nicht anders bestimmt.

Artikel 6

Der Rat

- a) wählt gemäß Artikel 7 die Mitglieder der Vereinigung, die einen Sitz im Lenkungsausschuß haben sollen;

b) ernennt auf Vorschlag des Lenkungsausschusses den Administrator;

c) prüft die Ausgaben und genehmigt den Haushaltsplan der Vereinigung;

d) behandelt alle in den Arbeitsbereich der Vereinigung fallenden Angelegenheiten, ersucht den Lenkungsausschuß, diese Fragen zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten, gibt dem Lenkungsausschuß und durch dessen Vermittlung dem Administrator die Richtlinien für die allgemeine Politik und die Tätigkeit der Vereinigung;

e) empfängt und prüft die Berichte des Lenkungsausschusses und trifft die sich daraus als nützlich ergebenden Maßnahmen.

TITEL III

Der Lenkungsausschuß

Artikel 7

a) Der Lenkungsausschuß setzt sich aus sieben Staaten zusammen, die vom Rat aus den Mitgliedern der Vereinigung unter Berücksichtigung folgender Faktoren gewählt werden: Benutzung des Suezkanals, Struktur des Außenhandels und geographische Verteilung.

b) Die Amtszeit der in der ersten Sitzung gewählten Mitglieder des Lenkungsausschusses beträgt ein Jahr.

Artikel 8

a) Der Lenkungsausschuß wählt seinen Präsidenten und stellt seine Geschäftsordnung auf, soweit in der vorliegenden Urkunde nicht anders bestimmt.

b) Der Lenkungsausschuß tritt auf Einberufung durch seinen Präsidenten, auf Antrag eines seiner Mitglieder oder auf Antrag des Administrators so oft zusammen, wie dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist. Im allgemeinen tritt er am Sitz der Vereinigung zusammen. Die Sitzungen können aber, falls erforderlich, auch an einem anderen Ort stattfinden.

Artikel 9

a) Der Lenkungsausschuß schlägt dem Rat einen oder mehrere Kandidaten für das Amt des Administrators vor.

b) Der Lenkungsausschuß unterbreitet dem Rat Vorschläge für die Dauer der Amtszeit und den Status des Administrators und des Personals.

Artikel 10

a) In Uebereinstimmung mit den vom Rat gemäß Artikel 6 Absatz d gegebenen Richtlinien gibt der Lenkungsausschuß dem Administrator die Direktiven für die allgemeine Politik, die er bei der Durchführung der Aufgaben der Vereinigung zu befolgen hat.

b) Der Lenkungsausschuß kann dem Rat Vorschläge über Maßnahmen unterbreiten, die der Vereinigung die Erfüllung der ihr anvertrauten Aufgaben ermöglichen sollen.

¹ Im französischen Wortlaut steht hier „Comité Directeur“, im englischen dagegen „Executive Group“.

Artikel 11

a) Für jede Sitzung und entsprechend den Erfordernissen erstattet der Lenkungsausschuß dem Rat Bericht über die von der Vereinigung seit der vorangegangenen Sitzung geleistete Arbeit.

b) Der Lenkungsausschuß unterbreitet dem Rat die Haushaltsrechnungen und die Haushaltsvoranschläge der Vereinigung und fügt seine Erläuterungen und Voranschläge hinzu.

Artikel 12

Für die Abstimmungen im Lenkungsausschuß gelten folgende Bestimmungen:

a) Jedes Mitglied verfügt über eine Stimme;

b) alle Entscheidungen werden mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden und sich an der Abstimmung beteiligenden Mitglieder beschlossen.

TITEL IV

Der Administrator

Artikel 13

Der Administrator sorgt für die allgemeine Verwaltung der Vereinigung; er ernennt, vorbehaltlich der gemäß

Artikel 9 getroffenen Dispositionen, das Personal der Vereinigung.

Artikel 14

Der Administrator stellt die Haushaltsrechnungen und die Haushaltsvoranschläge auf und unterbreitet sie dem Lenkungsausschuß.

Artikel 15

Der Administrator übermittelt den Mitgliedstaaten Berichte über die Tätigkeit der Vereinigung.

TITEL V

Sitz

Artikel 16

Der Sitz der Vereinigung wird an einem Ort errichtet, den der Rat bestimmen wird. Der Administrator kann mit Zustimmung des Lenkungsausschusses außerdem auch an jedem anderen Ort Dienststellen einrichten.

Quelle: *La Documentation Française*, Textes du Jour, Nr. 418 vom 11. Oktober 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs. Englischer Wortlaut in *The Department of State Bulletin*, Washington, D. C., Vol. XXXV, No. 903, vom 15. Oktober 1956, S. 580 bis 582.

Grundsätze zur friedlichen Regelung der Suezkanal-Frage

Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 13. Oktober 1956

Der Sicherheitsrat

nimmt Kenntnis von den vor ihm abgegebenen Erklärungen und den Berichten über die Entwicklung der Führlungen zur Suezkanal-Frage, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen und die Außenminister Ägyptens, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs vorlegten;

stellt fest, daß jede Regelung der Suezfrage folgenden Anforderungen genügen muß:

1. Die Durchfahrt durch den Kanal sollte frei und offen und ohne direkte oder indirekte Diskriminierung sein. Dies umfaßt die politische und die technische Seite.

2. Die Souveränität Ägyptens sollte respektiert werden.

3. Der Betrieb des Kanals sollte von der Politik jedweden Landes nicht berührt werden.

4. Das Verfahren zur Festsetzung von Gebühren und sonstigen Abgaben sollte durch ein Uebereinkommen zwischen Ägypten und den Benutzern bestimmt werden.

5. Ein angemessener Teil der Einnahmen sollte für den Ausbau verwendet werden.

6. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten sollten ungelöste Fragen zwischen der Suezkanal-Gesellschaft und der ägyptischen Regierung durch ein Schiedsgericht geregelt werden, das mit entsprechender Zuständigkeit und mit geeigneten Bestimmungen für die Begleichung der festgestellten Verbindlichkeiten versehen ist.*

Quelle: *The New York Times*, Nr. 36 058 vom 14. Oktober 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Bekanntgabe des britisch-französischen Ultimatums an Ägypten und Israel

Erklärung von Premierminister Sir Anthony Eden vor dem Unterhaus am 30. November 1956**

Wie dem Haus bekannt sein wird, hat sich schon seit geraumer Zeit die Spannung an den Grenzen Israels verschärft. Die wachsende militärische Stärke Ägyptens hat zu verstärkten Besorgnissen Anlaß gegeben, die durch Erklärungen und Handlungen der ägyptischen Regierung noch weiter vergrößert worden sind. Die Bildung eines gemeinsamen ägyptisch-jordanisch-syrischen Oberkommandos, die wiederholten Guerilla-Angriffe, die in einem ägyptischen Kommando-Unternehmen am Sonntagabend gipfelten, hatten alle eine sehr gefährliche Situation hervorgerufen.

*) Dieser Teil der Resolution wurde einstimmig angenommen. Der zweite, hier nicht wiedergegebene Teil des Resolutionsentwurfes wurde durch das Veto der Sowjetunion abgelehnt, außerdem stimmte Jugoslawien dagegen. Im zweiten Teil war der Mehrheitsvorschlag der Ersten Londoner Suezkanal-Konferenz als eine Verhandlungsgrundlage für eine Lösung der Suezkanal-Frage empfohlen worden.

Vor fünf Tagen traf die Nachricht ein, daß die israelische Regierung gewisse Mobilmachungsmaßnahmen treffe. Ihrer Majestät Regierung hat sofort den britischen Botschafter in Tel Aviv angewiesen, bei dem israelischen Außenminister Erkundigungen einzuziehen und Zurückhaltung zu empfehlen. Unterdessen hat Präsident Eisenhower sofortige Drei-Mächte-Verhandlungen zwischen Vertretern Großbritanniens, Frankreichs und der USA gefordert. Am 28. Oktober fand eine Zusammenkunft in Washington statt, der eine zweite am 29. Oktober 1956 folgte.

**) Eine ähnliche Erklärung gab der französische Ministerpräsident, Guy Mollet, am 30. November vor der Nationalversammlung ab. Darin wurde u. a. festgestellt, daß der französisch-britische Appell um 17.30 Uhr MEZ an die ägyptische und die israelische Regierung übermittelt worden sei. Wortlaut: *La Documentation Française*, Textes du Jour, No. 427 vom 3. November 1956.

Während diese Besprechungen im Gange waren, traf Montag abend die Nachricht ein, daß israelische Streitkräfte die Grenze überschritten haben und tief in ägyptisches Gebiet vorgedrungen sind. Später trafen noch weitere Meldungen ein, nach denen Fallschirmtruppen eingesetzt worden sind. Es scheint, daß sich die israelische Angriffsspitze nicht weit vom Ufer des Suezkanals befindet. Aus vor kurzem eingegangenen Berichten geht auch hervor, daß Luftstreitkräfte in der Nachbarschaft des Kanals in Aktion getreten sind.

Während der vergangenen Wochen hat die Regierung Ihrer Majestät es für ihre Pflicht gehalten, in bezug auf ihre Verpflichtungen im Rahmen des britisch-jordanischen Vertrages sowohl offiziell wie inoffiziell ihre Absicht, diese Verpflichtungen einzuhalten, zu bestätigen. Dem Botschafter Ihrer Majestät in Tel Aviv wurde gestern Abend die Versicherung gegeben, daß Israel Jordanien nicht angreifen werde.

Der Außenminister hat die Lage heute früh mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten erörtert. Der Ministerpräsident und der Außenminister Frankreichs sind auf Einladung der Regierung Ihrer Majestät nach London gekommen, um über diese Ereignisse mit uns zu beraten. Ich muß dem Hause mitteilen, daß außerordentlich ernste Fragen auf dem Spiele stehen, und wenn die Feindseligkeiten nicht rasch beendet werden können, ist die freie Durchfahrt durch den Kanal gefährdet. Außerdem würden Kämpfe an den Ufern des Kanals die Schiffe gefährden, die sich gerade auf der Durchfahrt befinden.

Die Zahl der Schiffsbesatzungen und Passagiere, die davon betroffen werden könnten, beträgt viele Hunderte, und der Wert der Schiffe, die sich wahrscheinlich auf der Durchfahrt befinden, beläuft sich — ohne den Wert der Frachten — auf etwa 50 Millionen Pfund.

Die Regierung Ihrer Majestät und die französische Regierung sind daher übereingekommen, daß alles getan werden müsse, um die Feindseligkeiten so schnell wie möglich zu beenden. Ihre Vertreter in New York sind angewiesen worden, sich dem Vertreter der Vereinigten Staaten anzuschließen und eine sofortige Sitzung des Sicherheitsrats zu fordern. Diese Sitzung hat um 16 Uhr angefangen.

Inzwischen haben die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs jetzt als Ergebnis der heute in London geführten Beratungen dringende Botschaften an die Regierungen Ägyptens und Israels gerichtet. In ihnen haben wir beide Parteien aufgefordert, sofort alle kriegerischen Handlungen zu Lande, zur See und in der Luft einzustellen und ihre militärischen Streitkräfte auf eine Entfernung von 10 Meilen vom Kanal zurückzuziehen.

Ferner haben wir, um die kriegführenden Parteien voneinander zu trennen und die Freiheit der Durchfahrt durch den Kanal für die Schiffe aller Nationen zu gewährleisten, die ägyptische Regierung aufgefordert, sich damit einverstanden zu erklären, daß britisch-französische Streitkräfte zeitweilig — ich wiederhole: zeitweilig — Schlüsselpositionen in Port Said, Ismailia und Suez beziehen. Die Regierungen Ägyptens und Israels sind aufgefordert worden, diese Botschaft innerhalb von zwölf Stunden zu beantworten.

Es ist ihnen gegenüber eindeutig erklärt worden, daß, falls einer oder beide Staaten nach Ablauf dieser Frist nicht die Zusicherung gegeben haben, diese Forderungen zu erfüllen, britische und französische Streitkräfte in einer zur Gewährleistung der Erfüllung dieser Forderungen erforderlichen Stärke intervenieren werden.

Quelle: *British Information*, Bonn, Nr. 338 vom 14. November 1956.

Aufforderung der Vereinten Nationen zur Feuereinstellung und Nichteinmischung in Ägypten

Resolution der Vollversammlung vom 2. November 1956*

Die Vollversammlung

stellt fest, daß die Parteien der israelisch-arabischen Waffenstillstandsabkommen von 1948 mehrfach die Bestimmungen dieser Abkommen mißachtet haben und daß die bewaffneten Streitkräfte von Israel in Verletzung des allgemeinen Waffenstillstands zwischen Ägypten und Israel tief in ägyptisches Gebiet eingedrungen sind;

stellt fest, daß bewaffnete Streitkräfte Frankreichs und des Vereinigten Königreichs militärische Operationen gegen ägyptisches Gebiet durchführen;

stellt fest, daß nunmehr der Verkehr durch den Suezkanal zum schweren Schaden vieler Nationen unterbrochen ist; äußert ihre ernste Besorgnis über diese Entwicklungen;

1. fordert dringend, daß alle in diesem Gebiet in Feindseligkeiten verwickelten Parteien einer sofortigen Feuereinstellung zustimmen und infolgedessen alle Bewegungen von Streitkräften und Waffen in dieses Gebiet einstellen;
2. fordert die Parteien der Waffenstillstandsabkommen auf, unverzüglich alle Streitkräfte hinter die Waffenstill-

standslinien zurückzuziehen, von Angriffen über die Waffenstillstandslinien in benachbartes Gebiet abzusehen und gewissenhaft die Bestimmungen der Waffenstillstandsabkommen einzuhalten;

3. empfiehlt, daß die Mitglieder von der Einfuhr von Kriegsmaterial in das Gebiet der Feindseligkeiten absehen und sich aller Handlungen enthalten, welche die Durchführung dieser Resolution verzögern oder behindern würden;

4. fordert, daß nach der Feuereinstellung wirksame Maßnahmen getroffen werden, um den Suezkanal wieder zu öffnen und die Freiheit der Schifffahrt wieder herzustellen;

5. ersucht den Generalsekretär, die Beachtung dieser Resolution zu überwachen und dem Sicherheitsrat und der Vollversammlung unverzüglich darüber zu berichten, damit sie Maßnahmen ergreifen können, die sie in Uebereinstimmung mit der Charta für angemessen erachten;

6. beschließt, bis zur Durchführung der Resolution die Sondersitzung fortzusetzen.

*) Die Resolution wurde mit 64 gegen 5 Stimmen (Großbritannien, Frankreich, Israel, Neuseeland und Australien) bei 6 Enthaltungen (Belgien, Kanada, Laos, Niederlande, Portugal und Südafrikanische Union) angenommen.

Quelle: Information Centre, European Office of the United Nations, Genf, Press Release GA/E Nr. 1 vom 5. November 1956. Übersetzung des Europa-Archivs.

Sowjetischer Vorschlag für eine gemeinsame sowjetisch-amerikanische Intervention

Botschaft von Ministerpräsident Bulganin an Präsident Eisenhower vom 5. November 1956

Verehrter Herr Präsident,

In der sorgenvollen und für die Sache des Weltfriedens verantwortungsvollen Stunde wende ich mich an Sie im Namen der Regierung der UdSSR.

Schon eine Woche ist vergangen, seit die Streitkräfte Englands, Frankreichs und des dem Willen auswärtiger Kräfte hörigen Israels ohne jede Veranlassung den todbringenden und verheerenden Ueberfall auf Aegypten verübt haben. Es werden unnenschliche Bombenangriffe der englischen und französischen Luftwaffe auf ägyptische Flugplätze, Häfen, Bauten, Städte und Ortschaften durchgeführt. Englisch-französische Truppen sind auf ägyptischem Territorium gelandet. Das Feuer der Okkupanten vernichtet kolossale Güter, die mit den Händen des ägyptischen Volkes geschaffen wurden, und mit jedem Tag wächst die Zahl der Menschenopfer. Vor den Augen der ganzen Welt entfaltet sich ein Aggressionskrieg gegen Aegypten, gegen die arabischen Völker, deren einzige Schuld darin besteht, daß sie ihre Freiheit und Unabhängigkeit verteidigen.

Die Lage in Aegypten erheischt unverzügliche, unterschiedenste Schritte der Organisation der Vereinten Nationen. Sollten diese Schritte nicht unternommen werden, so wird die UN vor den Augen der Menschheit ihr Ansehen einbüßen und zerfallen.

Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika sind ständige Mitglieder des Sicherheitsrats, sie sind zwei Großmächte, die alle modernen Waffengattungen einschließlich Atom- und Wasserstoffwaffen besitzen. Wir tragen besondere Verantwortung dafür, daß dem Krieg ein Ende gemacht und Frieden und Ruhe im Nahen und Mittleren Osten wiederhergestellt werden. Wir sind überzeugt, daß, wenn die Regierungen der UdSSR und der USA mit aller Bestimmtheit ihren Willen zur Sicherung des Friedens bekunden und gegen die Aggression vorgehen, die Aggression ein Ende nehmen und der Krieg aufhören wird.

Herr Präsident, in diesen schweren Stunden, wo die höchsten Prinzipien der Moral, die Grundfesten und Ziele der Organisation der Vereinten Nationen einer Belastungsprobe ausgesetzt werden, wendet sich die Sowjetregierung an die Regierung der USA mit dem Anerbieten enger Zusammenarbeit, damit der Aggression ein Ende gesetzt und weiteres Blutvergießen eingestellt werde.

Die Vereinigten Staaten verfügen im Mittelmeerraum über eine starke Kriegsflotte. Auch die Sowjetunion besitzt eine starke Kriegsflotte und eine mächtige Luftwaffe. Ein gemeinsamer und unverzüglicher Einsatz dieser Mittel

durch die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion auf Beschluß der UN wäre eine sichere Garantie für die Einstellung der Aggression gegen das ägyptische Volk, gegen die Länder des arabischen Ostens.

Die Sowjetregierung wendet sich an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Appell, ihre Anstrengungen in der UN zu vereinen, damit entschiedene Maßnahmen zur Einstellung der Aggression getroffen werden. Die Sowjetregierung hat sich bereits mit entsprechenden Vorschlägen an den Sicherheitsrat und an die Sondersitzung der Vollversammlung gewandt.

Solche gemeinsamen Schritte der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion würden die Interessen Englands und Frankreichs nicht gefährden.

Die Volksmassen Englands und Frankreichs wollen keinen Krieg, sie wünschen ebenso wie unsere Völker die Erhaltung des Friedens. An der sofortigen Befriedung und Wiederherstellung des durch die Kriegshandlungen gestörten normalen Betriebs des Suezkanals sind neben England und Frankreich auch viele andere Staaten interessiert. Die Aggression gegen Aegypten wurde keineswegs im Interesse der freien Schifffahrt auf dem Suezkanal, die gesichert war, unternommen. Der Raubkrieg wurde entfesselt, damit die von den Völkern gestürzte Kolonialordnung im Osten wiederhergestellt werde. Wird dieser Krieg nicht abgebrochen werden, so birgt er in sich Gefahren und kann in einen III. Weltkrieg hinüberwachsen.

Wenn die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika das Opfer der Aggression unterstützen, so werden sich uns andere Mitgliedstaaten der UN bei diesen Bemühungen anschließen. Dadurch wird die Autorität der UN bedeutend gestärkt, und der Friede wiederhergestellt und gefestigt werden.

Die Sowjetregierung ist bereit, in sofortige Verhandlungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten über die praktische Verwirklichung der oben dargelegten Vorschläge einzutreten, damit wirksame Schritte im Interesse des Friedens schon in den nächsten Stunden unternommen werden können.

In diesem ernsten Moment der Geschichte, wo sich das Schicksal des ganzen arabischen Ostens und zugleich das Schicksal des Friedens entscheidet, sehe ich Ihrer positiven Antwort entgegen.

Mit aufrichtiger Hochachtung

N. Bulganin

Quelle: *Nachrichten aus der Sowjetunion* (sowjetische Botschaft, Bonn) vom 6. November 1956.

Ablehnung des sowjetischen Interventionsvorschlags

Erklärung der amerikanischen Regierung vom 5. November 1956

Präsident Eisenhower hat soeben einen Brief von Ministerpräsident Bulganin erhalten, der vorher in Moskau der Presse bekanntgegeben worden ist. In diesem Brief wird — ein offensichtlicher Versuch, die Aufmerksamkeit der Welt von der ungarischen Tragödie abzulenken — der undenkbarer Vorschlag gemacht, daß die Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion zusammengehen

sollen, um durch den gemeinsamen Einsatz ihrer militärischen Streitkräfte den Kämpfen in Aegypten ein Ende zu setzen.

Die Frage des Mittleren Ostens, wo zahlreiche Provokationen von allen Seiten stattgefunden haben, ist nunmehr den Vereinten Nationen vorgelegt worden. Diese Weltorganisation hat die Feuereinstellung, den Rückzug

der fremden bewaffneten Streitkräfte und die Entsendung einer Streitmacht der Vereinten Nationen gefordert, um die Lage zu festigen und eine Regelung herbeizuführen. Im Zusammenhang damit muß bedauert werden, daß die Sowjetunion gestern Abend nicht für die Aufstellung dieser Streitmacht der Vereinten Nationen gestimmt hat. Alle interessierten Parteien sollten jedoch diese Resolution der Vereinten Nationen unverzüglich und guten Willens annehmen.

Weder sowjetische noch andere militärische Streitkräfte sollten jetzt das Gebiet des Mittleren Ostens betreten, es sei denn im Auftrage der Vereinten Nationen. Jede solche Handlung würde im direkten Gegensatz zu der Resolution der Vereinten Nationen stehen, die zum Rückzug jener fremden Streitkräfte aufgerufen hat, die sich jetzt in Ägypten befinden. Die Entsendung neuer Streitkräfte würde unter diesen Umständen die Charta der Vereinten Nationen verletzen, und es würde Pflicht aller Mitglieder der Vereinten Nationen einschließlich der Vereinigten Staaten sein, sich einem solchen Vorhaben zu widersetzen.

Während die Lage in Ägypten unsere lebenswichtigen Interessen berührt, sind wir in gleicher Weise von der Lage in Ungarn betroffen. Dort unterdrücken in diesem Augenblick sowjetische Streitkräfte die Menschenrechte des ungarischen Volkes. Noch gestern Abend hat die

Vollversammlung in einer Sondersitzung eine Resolution angenommen, in der die Sowjetunion aufgerufen wird, sofort ihre militärischen Operationen gegen das ungarische Volk einzustellen und ihre Streitkräfte aus dem Lande zurückzuziehen. Die Sowjetunion stimmte gegen diese Resolution, ebenso wie sie gegen eine frühere Resolution im Sicherheitsrat ihr Veto eingelegt hatte. Die Sowjetunion trotz in diesem Augenblick einer Resolution der Vereinten Nationen, die beschlossen worden ist, um Frieden und Gerechtigkeit in der Welt zu sichern.

Unter diesen Umständen ist offensichtlich die erste Maßnahme, welche die Sowjetunion zur Gewährleistung des Weltfriedens und der Sicherheit treffen sollte, die Resolution der Vereinten Nationen zu beachten, die militärische Unterdrückung des ungarischen Volkes zu beenden und ihre Streitkräfte zurückzuziehen. Erst dann würde es der Sowjetunion zustehen, weitere Schritte in Richtung auf einen Weltfrieden vorzuschlagen.

Da Ministerpräsident Bulganin seinen Brief an Präsident Eisenhower bereits veröffentlicht hat, ist es nunmehr angebracht, den Text des gestern von Präsident Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin geschriebenen Briefes über die Lage in Ungarn zu veröffentlichen.*

Quelle: *New York Herald Tribune*, European Edition, vom 7. November 1956. Übersetzung des Europa-Archivs.

Briefwechsel zwischen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs über die Feuereinstellung in Ägypten

Schreiben des Generalsekretärs Dag Hammarskjöld vom 5. November 1956

1. In Beantwortung der Aufforderung, am 4. November 1956 (24 Uhr GMT) das Feuer einzustellen, haben die Regierungen der Französischen Republik und des Vereinigten Königreichs dem Generalsekretär mitgeteilt, daß die beiden Regierungen jegliche militärische Aktion einstellen würden, sobald die Regierungen von Israel und Ägypten der Errichtung einer internationalen Streitmacht, die mit gehörigen Funktionen ausgestattet ist, zugestimmt hätten und sobald die Vereinten Nationen die Maßnahmen für die Aufstellung einer solchen Streitmacht gebilligt hätten.

2. Durch die Billigung der Resolution vom 5. November 1956, welche die Errichtung eines militärischen Kommandos der Vereinten Nationen vorsieht, hat die Vollversammlung die erste entscheidende Maßnahme getroffen, um den vorher festgelegten Grundsatz der Schaffung einer bewaffneten Streitmacht der Vereinten Nationen wirksam werden zu lassen und entsprechend den verschiedenen in der Resolution vom 2. November 1956 festgelegten Bedingungen die Einstellung der Feindseligkeiten zu sichern.

3. Die ägyptische Regierung hat durch eine Botschaft an den Generalsekretär vom 5. November 1956 die Resolution der Vollversammlung vom gleichen Tage akzeptiert. Es kann somit angenommen werden, daß sie der Aufstellung einer internationalen Streitmacht entsprechend den von den Vereinten Nationen festgelegten Bedingungen zustimmt.

Der Generalsekretär hat noch keine derartige Erklärung von der israelischen Regierung erhalten.

4. Die ägyptische Regierung hat am 4. November 1956 die vom Generalsekretär an sie gerichtete Aufforderung zur Feuereinstellung akzeptiert, ohne ihre Zustimmung von einer Bedingung abhängig zu machen. Man kann annehmen, daß diese Zustimmung, obwohl sie sich auf das in der Aufforderung genannte Datum bezieht, allgemeine Gültigkeit hat.

5. Die israelische Regierung hat in Ergänzung ihrer ersten Antwort auf die Aufforderung zur Feuereinstellung, die der Generalsekretär an sie gerichtet hatte, wissen lassen, daß Israel angesichts der Erklärung der ägyptischen Regierung, in welcher diese die Feuereinstellung zusichert, nunmehr auch seinerseits einer Feuereinstellung zustimme.

6. Die Vorbedingungen für eine allgemeine Feuereinstellung scheinen somit erfüllt, und eine neuerliche Aufforderung an die interessierten Regierungen erscheint somit gerechtfertigt, vorbehaltlich daß die Regierungen der Französischen Republik und des Vereinigten Königreichs anerkennen, daß die Entscheidung der Vollversammlung, ein militärisches Kommando der Vereinten Nationen zu errichten, der von den beiden Regierungen für die Einstellung der Feindseligkeiten gestellten Bedingung genügt und daß die israelische Regierung ihrerseits die in dieser Sache getroffene Entscheidung der Vollversammlung akzeptiert.

7. Angesichts der dringenden Aufforderung der Vollversammlung zur Feuereinstellung, angesichts der Haltung der ägyptischen und israelischen Regierung gegenüber einer Feuereinstellung, unter Berücksichtigung der von der ägyptischen Regierung angenommenen Entscheidung der Vollversammlung über die Errichtung eines militärischen Kommandos der Vereinten Nationen und in Anwendung von § 2 der Resolution der Vollversammlung vom 4. November 1956 habe ich die Ehre, an die Regierungen der Französischen Republik und des Vereinigten Königreichs die Anfrage zu richten, ob sie die Entscheidung der Vollversammlung über die Errichtung eines militärischen Kommandos der Vereinten Nationen

* Vgl. den Wortlaut des Schreibens von Präsident Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin vom 4. November 1956 in EA 22—23/1956, S. 9391.

als Erfüllung der Bedingung ansehen, die sie für die Feuereinstellung gestellt haben.

Ich habe die Ehre, an die israelische Regierung in gleicher Weise die Anfrage zu richten, ob sie ihrerseits die Resolution der Vollversammlung über die Errichtung eines militärischen Kommandos der Vereinten Nationen akzeptiert.

Antwortschreiben der britischen Regierung vom 6. November 1956*

Ihrer Majestät Regierung begrüßt die Mitteilung des Generalsekretärs, stimmt aber auch der Ansicht zu, daß noch eine weitere Klärung gewisser Punkte notwendig ist. Wenn der Generalsekretär bestätigen kann, daß die ägyptische und die israelische Regierung eine bedingungslose Feuereinstellung akzeptiert haben und daß die zu bildende internationale Truppe imstande sein wird, die Erreichung der Ziele zu sichern und zu beaufsichtigen, die in den entscheidenden Paragraphen der von der Vollversammlung am 2. November angenommenen Resolution aufgestellt worden sind, dann wird Ihrer Majestät Regierung bereit sein, die weiteren militärischen Operationen einzustellen.

Im Falle zustimmender Antwort auf die Fragen im vorstehenden Paragraphen habe ich die Absicht, aufs neue den vier interessierten Regierungen eine gleichzeitige Feuereinstellung vorzuschlagen.

Quelle: *La Documentation Française*, Textes du Jour, Nr. 429 vom 8. November 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Sie muß jedoch darauf hinweisen, daß die Beseitigung der Hindernisse im Suezkanal und seinen Zufahrtswegen, die ja in keiner Weise eine militärische Operation darstellt, eine Frage von großer Dringlichkeit für die Weltschifffahrt und den Welthandel ist. Die französisch-britischen Streitkräfte sind zur Erfüllung dieser Aufgabe ausgerüstet, und Ihrer Majestät Regierung schlägt daher vor, daß die die französisch-britischen Streitkräfte begleitenden Techniker diese Arbeit sogleich aufnehmen. In Erwartung der Bestätigung der obigen Punkte befiehlt Ihrer Majestät Regierung ihren Streitkräften, heute um Mitternacht die Kampfhandlungen einzustellen.

Quelle: *British Information*, Bonn, Nr. 338 vom 14. No-

Sowjetische Drohung eines gewaltsamen Eingreifens

Schreiben von Ministerpräsident Bulganin an Premierminister Eden, Ministerpräsident Mollet und Ministerpräsident Ben Gurion vom 5. November 1956**

Verehrter Herr Premierminister,

Die Sowjetregierung erachtet es als notwendig, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß der von England und Frankreich entfesselte Aggressionskrieg gegen den ägyptischen Staat, in dem Israel die Rolle des Anstifters gespielt hat, sehr gefährliche Folgen für den Weltfrieden in sich birgt.

Die außerordentliche Sondertagung der Vollversammlung faßte einen Beschluß über sofortige Einstellung der Kriegshandlungen und den Abzug der fremden Truppen aus Ägypten. Ohne das zu berücksichtigen, verstärken England und Frankreich und Israel die Kriegshandlungen, fahren sie fort, ägyptische Städte und Dörfer barbarisch zu bombardieren, haben sie Truppen in Ägypten gelandet. Sie verwandeln ägyptische Ortschaften in Ruinen und bringen friedliche Bewohner um.

Somit hat die Regierung Englands, zusammen mit den Regierungen Frankreichs und Israels, den Weg einer durch nichts provozierten Aggression gegen Ägypten beschritten. Die Beweggründe, die die Regierung Englands angibt, um den Ueberfall auf Ägypten zu rechtfertigen, sind völlig unhaltbar. Ursprünglich hatte die englische Regierung erklärt, sie mische sich in den Konflikt zwischen Israel und Ägypten ein, um nicht zuzulassen, daß der Suezkanal in eine Kampfzone verwandelt

wird. Nach der englisch-französischen Einmischung ist die Suezkanalzone zu einer Kampfzone geworden, und die Schifffahrt auf dem Kanal ist gestört, was den Interessen der den Kanal benutzenden Staaten Abbruch tut.

Die Versuche, die Aggression mit Hinweisen auf das Interesse Englands und Frankreichs an der Freiheit der Schifffahrt auf dem Suezkanal zu rechtfertigen, können keiner Kritik standhalten. Wir begreifen Ihr besonderes Interesse am Kanal. Das berechtigt Sie jedoch nicht zu Kriegshandlungen gegen das ägyptische Volk. Zugleich dürfen sich die Regierungen Englands und Frankreichs nicht als Richter in der Frage der Mittel zur Sicherung der freien Schifffahrt auf dem Suezkanal aufwerfen; denn nicht minder interessiert sind daran viele andere Staaten, die die aggressiven Handlungen Englands und Frankreichs verurteilen und die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ruhe im Nahen und Mittleren Osten fordern. Ueberdies ist es sehr wohl bekannt, daß die freie Schifffahrt auf dem Suezkanal von Ägypten absolut gesichert war.

Die Frage des Suezkanals war lediglich ein Vorwand für die englisch-französische Aggression, die weitgesteckte Ziele verfolgt. Man kann nicht verbergen, daß sich jetzt in Wirklichkeit ein aggressiver Raubkrieg gegen die arabischen Völker entfaltet, der dem Zweck dient, die natio-

*) Die französische Regierung sandte ein Schreiben gleichen Inhalts, das zusätzlich noch den Vorschlag einer Einberufung des Sicherheitsrats zwecks Festlegung der Bedingungen des Waffenstillstands und Ausarbeitung einer Regelung der Probleme des Mittleren Ostens enthielt.

**) Das Schreiben Bulganins an Mollet deckt sich inhaltlich mit demjenigen an Eden, enthält jedoch noch den Hinweis, daß das Vorgehen der französischen Regierung nach sowjetischer Ansicht nicht mit den sozialistischen Idealen zu vereinbaren sei, von denen sich der französische Ministerpräsident angeblich bei seiner Tätigkeit leiten lasse. Dafür fehlt in diesem Schreiben die Anspielung auf die Möglichkeit, Raketenwaffen gegen Großbritannien oder Frankreich einzusetzen.

In dem Schreiben an Ben Gurion behauptete Bulganin, daß die israelische Regierung bei ihrem Angriff auf Ägypten „nach Anweisung von außen“ handele; sie treibe „ein verbrecherisches und verantwortungsloses Spiel mit dem Schicksal des Friedens und dem Schicksal ihres Volkes“, das die staatliche Existenz Israels in Frage stelle. Die Aufforderung an Israel, die Kampfhandlungen gegen Ägypten einzustellen, ist von dem Hinweis begleitet, daß die Sowjetunion „gegenwärtig Maßnahmen ergreift, um dem Krieg Einhalt zu gebieten und die Aggressoren zu bändigen“. Ferner wird die Abberufung des sowjetischen Botschafters aus Tel Aviv mitgeteilt.

nale Unabhängigkeit der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens zu liquidieren und das von den Völkern abgelehnte Regime der kolonialen Sklaverei wiederherzustellen.

Keineswegs kann es gerechtfertigt werden, daß die Streitkräfte Englands und Frankreichs, zweier Großmächte, die Ständige Mitglieder des Sicherheitsrats sind, ein Land überfallen haben, das erst unlängst seine staatliche Unabhängigkeit erlangt hat und nicht ausreichende Verteidigungsmittel besitzt.

Wie wäre die Lage Englands, wenn es selber von stärkeren Staaten überfallen würde, die über alle Arten moderner Vernichtungswaffen verfügen? Solchen Ländern wäre es ja heutzutage möglich, von der Entscheidung von See- oder Luftstreitkräften zur Küste Englands abzusehen und andere Mittel, zum Beispiel die Raketechnik, einzusetzen. Würden Raketenwaffen gegen England oder Frankreich eingesetzt werden, so würden Sie es sicherlich als ein barbarisches Vorgehen bezeichnen. Wodurch unterscheidet sich aber der von den Streitkräften Englands und Frankreichs unternommene unmenschliche Überfall auf das fast wehrlose Ägypten?

In tiefer Besorgnis über die Entwicklung der Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten und geleitet von den Interessen der Erhaltung des allgemeinen Friedens, glau-

ben wir, daß die Regierung Englands auf die Stimme der Vernunft hören und den Krieg in Ägypten einstellen sollte. Wir wenden uns an Sie, an das Parlament, an die Labour Party, an die Gewerkschaften, an das ganze Volk Englands: Hören Sie mit der bewaffneten Aggression auf, stellen Sie das Blutvergießen ein! Der Krieg in Ägypten kann auf andere Länder übergreifen und in einen dritten Weltkrieg hinüberwachsen.

Die Sowjetregierung hat sich bereits an die Organisation der Vereinten Nationen, auch an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, mit dem Vorschlag gewandt, gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen See- und Luftstreitkräfte zur Einstellung des Krieges in Ägypten, zur Unterbindung der Aggression einzusetzen. Wir sind fest entschlossen, durch Gewaltanwendung die Aggressoren zu zerschlagen und den Frieden im Osten wiederherzustellen.

Wir hoffen, daß Sie in diesem kritischen Moment die gebührende Einsicht an den Tag legen und daraus die nötigen Konsequenzen ziehen werden.

Mit aufrichtiger Hochachtung

N. Bulganin.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn). Beilage zu Heft Nr. 27 vom 21. November 1956.

Antwortschreiben von Premierminister Eden an Ministerpräsident Bulganin vom 6. November 1956*

Mit großem Bedauern habe ich Ihre gestrige Botschaft erhalten. Die Sprache, derer Sie sich darin bedienen, ließ mich zuerst denken, daß ich den Botschafter Ihrer Majestät in Moskau nur anweisen könnte, sie als völlig unannehmbar zurückzugeben. Aber der Augenblick ist so ernst, daß ich glaube, ich muß versuchen, Ihnen mit derselben Vernunft zu antworten, mit der Sie und ich früher Fragen erörtern konnten, die für die ganze Welt entscheidend wichtig sind.

Ihrer Majestät Regierung hat wiederholt erklärt, daß das wesentliche Ziel der von der britischen und der französischen Regierung ergriffenen Maßnahmen die Beendigung der Kämpfe zwischen Israel und Ägypten und die Trennung der Kämpfenden ist. Dieses Ziel ist jetzt praktisch erreicht.

Was die Zukunft betrifft, so wissen Sie, daß die kanadische Regierung vorgeschlagen hat, eine internationale UN-Truppe in diesem Raum aufzustellen. Die Vollversammlung hat die ersten Schritte zum Aufbau einer solchen Truppe getan. Ihrer Majestät Regierung billigt das Prinzip einer internationalen UN-Truppe in jeder Weise — ja, wir haben dies selber vorgeschlagen.

*) Ministerpräsident Mollet hat in seiner Antwort den sowjetischen Versuch zurückgewiesen, die Lage durch die Verwendung von Drohungen zu klären. Er wies darauf hin, daß der Zustand ständiger Unsicherheit im Mittleren Osten in erster Linie durch die Haltung der ägyptischen Regierung entstanden sei, die ihrerseits dazu durch die Ermutigungen der Sowjetregierung veranlaßt worden sei. Auch er spricht der Sowjetregierung angesichts der Ereignisse in Ungarn das Recht ab, als Beschützer des Weltfriedens aufzutreten.

Ministerpräsident Ben Gurion hat in seinem kurzen Antwortschreiben seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die mit Ägypten befreundeten Regierungen auf dieses einwirken würden, in die direkten Verhandlungen einzutreten, die Israel seit langem wünsche. Die Drohungen Bulganins gegen Israel und die Behauptung, daß die israelische Regierung auf Anweisung von außen handle, wies Ben Gurion scharf zurück.

Heute haben wir vom Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Mitteilung über diese Frage erhalten, auf die wir wie folgt geantwortet haben:

(folgt Wortlaut des auf S. 9446 wiedergegebenen Antwortschreibens an den Generalsekretär)

Wenn Ihre Regierung die Vorschläge für eine internationale Truppe unterstützt, deren Aufgabe es ist, eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Israel und Ägypten zu verhindern, den Rückzug der israelischen Streitkräfte sicherzustellen, die notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung der Hindernisse und zur Wiederaufnahme der Schifffahrt im Suezkanal zu treffen und die Probleme dieses Raums zu fördern und einer Lösung entgegenzuführen, dann wird sie einen Beitrag zum Frieden leisten, den wir begrüßen würden.

Unser Ziel ist es, eine friedliche Lösung herbeizuführen und nicht uns in einen Wortstreit mit Ihnen einzulassen. Aber ich kann doch die grundlosen Beschuldigungen in Ihrer Botschaft nicht unbeantwortet lassen. Sie beschuldigen uns, Krieg gegen die nationale Unabhängigkeit der Völker des Nahen und Mittleren Ostens zu führen. Wir haben bereits die Absurdität dieses Vorwurfs bewiesen, indem wir unsere Bereitschaft erklärten, daß die UN die konkrete Aufgabe der Erhaltung des Friedens in diesem Raum übernehmen solle.

Sie beschuldigen uns der barbarischen Bombardierung ägyptischer Städte und Dörfer. Unsere Angriffe auf Flugplätze und andere militärische Ziele sind mit größter Sorgfalt und Vorsicht durchgeführt worden, um so wenig Menschenleben wie möglich zu gefährden. Einige Verluste sind zweifellos eingetreten. Wir bedauern sie tief. Wenn alle Kämpfe aufgehört haben, wird es möglich sein, die wahren Zahlen festzustellen. Wir glauben, sie werden sich als niedrig herausstellen. Sie werden auf jeden Fall in keiner Weise mit den Verlusten vergleichbar sein,

die von den sowjetischen Truppen in Ungarn der Bevölkerung zugefügt wurden und noch werden. Die Welt weiß, daß in den letzten drei Tagen sowjetische Streitkräfte in Ungarn brutal den heroischen Widerstand einer wahrhaft nationalen Unabhängigkeitsbewegung gebrochen haben, einer Bewegung, die, indem sie ihre Neutralität erklärte, bewiesen hat, daß sie keine Bedrohung der Sicherheit der Sowjetunion darstellte.

Zu solch einer Zeit steht es der Sowjetregierung schlecht an, die Aktionen der Regierung Ihrer Majestät als bar-

barisch zu bezeichnen. Die UN hat Ihre Regierung aufgefordert, von allen bewaffneten Angriffen auf die Bevölkerung Ungarns abzulassen, Ihre Truppen aus ungarischem Gebiet zurückzuziehen und UN-Beobachter in Ungarn zuzulassen. Die Welt wird nach Ihrer Antwort die Aufrichtigkeit der Worte beurteilen, mit denen Sie die britische Regierung zu bedenken für gut gehalten haben.

Quelle: *British Information*, Bonn, Nr. 338 vom 14. November 1956.

Aufstellung einer internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen für den Mittleren Osten

Resolution der Vollversammlung vom 7. November 1956*

Die Vollversammlung, nimmt Bezug auf ihre Resolution vom 2. November 1956 (A/3256) über die Feuereinstellung, den Abzug der Truppen und andere mit den militärischen Operationen auf ägyptischem Gebiet zusammenhängende Angelegenheiten sowie auf ihre Resolution vom 4. November 1956 (A/3276) über das Ersuchen an den Generalsekretär, einen Plan für eine internationale Streitmacht der Vereinten Nationen vorzulegen; hat mit ihrer Resolution vom 5. November 1956 (A/3290) ein Kommando der Vereinten Nationen für eine internationale Streitmacht eingesetzt; hat den Chef des Stabes der Waffenstillstandskommission der Vereinten Nationen zum Chef des Kommandos ernannt und ihm die Vollmacht erteilt, mit der Berufung von Offizieren in dieses Kommando zu beginnen; und hat den Generalsekretär aufgefordert, die für die sofortige Durchführung der Resolution notwendigen administrativen Maßnahmen zu ergreifen; nimmt mit Anerkennung den zweiten und abschließenden Bericht des Generalsekretärs über den Plan für eine internationale Streitmacht der Vereinten Nationen (A/3302) zur Kenntnis, der in der von der Vollversammlung am 4. November 1956 beschlossenen Resolution (A/3276) angefordert worden war, und hat diesen Plan geprüft;

1. billigt die Leitsätze für den Aufbau und die Tätigkeit der Streitmacht, die in den Paragraphen 6 und 9 des Berichtes des Generalsekretärs dargelegt sind;
2. ist mit der Definition der Aufgaben der Streitmacht, wie sie im Paragraph 12 des Berichtes des Generalsekretärs festgelegt sind, einverstanden;
3. bittet den Generalsekretär, die Diskussion mit den Regierungen der Mitglieder über die Angebote für eine Beteiligung an der Streitmacht fortzuführen mit dem Ziel, eine ausgewogene Zusammensetzung zu erreichen;
4. ersucht den Chef des Kommandos in Beratung mit dem Generalsekretär hinsichtlich der Größe und der Zusammensetzung, sofort mit dem vollen Aufbau der Streitmacht fortzufahren;

5. billigt vorläufig die Grundregel für die Finanzierung der Streitmacht, wie sie in Paragraph 15 des Berichtes des Generalsekretärs niedergelegt ist;

6. errichtet einen Beratenden Ausschuß, der sich aus je einem Vertreter der folgenden Länder zusammensetzt: Brasilien, Kanada, Kolumbien, Indien, Iran, Norwegen und Pakistan, und ersucht diesen Ausschuß, dessen Vorsitzender der Generalsekretär sein soll, sich mit den Aspekten der Planung für die Streitmacht und ihre Operationen zu beschäftigen, mit denen sich die Vollversammlung noch nicht befaßt hat und die nicht in den unmittelbaren Verantwortungsbereich des Chefs des Kommandos fallen;

7. ermächtigt den Generalsekretär, alle Ausführungsbestimmungen und Instruktionen, die für das wirksame Tätigwerden der Streitmacht wesentlich sind, nach Beratung mit dem obenerwähnten Beratenden Ausschuß zu erlassen und alle anderen notwendigen administrativen und exekutiven Maßnahmen durchzuführen;

8. bestimmt, daß der von der Vollversammlung ernannte Beratende Ausschuß nach Erfüllung der ihm in den obigen operativen Paragraphen 6 und 7 übertragenen unmittelbaren Aufgaben dem Generalsekretär weiterhin bei den Aufgaben behilflich sein soll, die ihm durch die gegenwärtigen oder andere relevante Resolutionen zufallen;

9. bestimmt, daß der Beratende Ausschuß in Erfüllung seiner Aufgaben ermächtigt sein soll, den Zusammentritt der Vollversammlung im üblichen Verfahren zu verlangen und ihr immer dann zu berichten, wenn Angelegenheiten auftauchen, die nach seiner Meinung von solcher Dringlichkeit und Bedeutung sind, daß sie der Behandlung durch die Vollversammlung bedürfen;

10. ersucht alle Mitgliedstaaten, dem Kommando der Vereinten Nationen die notwendige Unterstützung bei der Erfüllung seiner Aufgaben einschließlich der Verbringung nach und aus den betroffenen Gebieten zu gewähren.

Quelle: Information Centre, European Office of the United Nations, Genf, Press Release GA/E Nr. 6 vom 7. November 1956 und GA/E Nr. 10 vom 8. November 1956; Übersetzung des Europa-Archivs.

TASS-Erklärung vom 10. November 1956 über einen möglichen Einsatz sowjetischer Freiwilliger

Die TASS ist ermächtigt, folgendes zu erklären:

In führenden Kreisen der Sowjetunion äußert man Befriedigung über die Erklärungen der Regierungen Englands, Frankreichs und Israels, daß sie die Feindselig-

keiten gegen Ägypten eingestellt haben. Ein solcher Beschluß der Regierungen dieser Staaten zeigt, daß sie endlich der Stimme der Vernunft Gehör geschenkt und den Forderungen der Völker nachgegeben haben, die die Aggression gegen Ägypten entschieden verurteilen.

Noch vor zwei, drei Tagen war die Lage im Nahen Osten derart, daß die Kriegshandlungen gegen Ägypten

*) Die Resolution wurde mit 64 Stimmen bei 12 Enthaltungen (Albanien, Bulgarien, Weißrußland, Tschechoslowakei, Ägypten, Ungarn, Israel, Polen, Rumänien, Ukraine, Südafrikanische Union, Sowjetunion) angenommen.

sich auch auf andere Gebiete ausbreiten konnten. Die von den engen Interessen bestimmter Kreise Englands, Frankreichs und Israels diktierte unvernünftige Politik schuf eine bedrohliche Lage, die schwere Folgen für die Völker, für den allgemeinen Frieden hätte nach sich ziehen können.

In führenden Kreisen der Sowjetunion vermerkt man die Einstellung der Feindseligkeiten gegen Ägypten als positive Tatsache und äußert zugleich die Befürchtung, ob diese Schritte der Kreise, die den Aggressionskrieg gegen Ägypten entfesselt haben, nicht nur ein Manöver sind, darauf berechnet, Zeit zu gewinnen, eine Atempause für noch größere Kräfteansammlungen zu erhalten in der Hoffnung, den Aggressionskrieg gegen Ägypten und andere Länder des Nahen Ostens in noch größerem Ausmaß wiederaufzunehmen.

Grund für diese Vorsicht ist vor allem die Tatsache, daß englische und französische Truppen schon nach den Erklärungen der Regierungen Englands, Frankreichs und Israels über Feuereinstellung Port Said einer grausamen Bombardierung unterzogen und in diesem Raum neue Landeeinheiten abgesetzt haben. Zu den Zerstörungen und schweren materiellen Verlusten sowie zu den zahlreichen Menschenopfern, die durch die barbarischen Bombenangriffe auf ägyptische Städte und Ortschaften hervorgerufen wurden, kamen neue Zerstörungen und neue Menschenopfer hinzu. Darüber hinaus ist aus offiziellen Erklärungen der englischen und der französischen Regierung ersichtlich, daß sie sich unter verschiedenen Vorwänden gegenwärtig weigern, ihre auf dem Territorium Ägyptens befindlichen Truppen abzuziehen. All das verpflichtet die Völker, auf der Hut zu sein und die Umtriebe der Aggressoren wachsam zu verfolgen.

Die Völker der Sowjetunion sind einmütig in der Verurteilung der Schuldigen des Aggressionskriegs gegen das ägyptische Volk und stehen voll und ganz hinter den entschiedenen Maßnahmen der Sowjetregierung, die auf die Unterbindung der Aggression gegen Ägypten abzielen.

Der Standpunkt der Sowjetregierung ist in den Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, N. A. Bulganin, vom 5. November an den Präsidenten der USA, D. Eisenhower, an den Premierminister Englands, A. Eden, an den Vorsitzenden des Ministerrats Frankreichs, Guy Mollet, und an den Ministerpräsidenten Israels, Ben Gurion, sowie in dem Appell der Sowjetregierung an den Sicherheitsrat dargelegt, und die Sowjetunion ist von Entschlossenheit erfüllt, die in diesen Schreiben enthaltenen Erklärungen in die Tat umzusetzen, wenn der Aggression gegen Ägypten kein Ende gesetzt wird, entsprechend den Beschlüssen der außerordentlichen Sondertagung der UN-Vollversammlung.

Gemeinsame Erklärung vom 14. November 1956 über die Konferenz der Ministerpräsidenten von Burma, Ceylon, Indien und Indonesien in Delhi

1. Auf Anregung des Ministerpräsidenten von Indonesien wurde am 12., 13. und 14. November 1956 ein Treffen der Ministerpräsidenten der Colombo-Länder abgehalten. Das Treffen fand in Delhi auf Einladung des Premierministers von Indien statt; an ihm nahmen die Ministerpräsidenten von Burma, Ceylon, Indonesien und

Das Sowjetvolk ist tief besorgt für das Geschick des Friedens und gibt sich sehr gut Rechenschaft, wohin die Ausweitung des militärischen Konflikts führen könnte, wenn den Aggressoren in Ägypten keine Abfuhr erteilt wird. Das Sowjetvolk verdammt mit Entschiedenheit jedwede Versuche, das ägyptische Volk aufs neue mit Waffengewalt in das Kolonialjoch zu zwingen.

Markanter Ausdruck der heißen Sympathien der Sowjetmenschen für das ägyptische Volk wie für die anderen Völker des Ostens, die für ihre nationale Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen, sind die zahlreichen von Sowjetbürgern, darunter sehr vielen zur Zeit in der Reserve befindlichen Fliegern, Panzermännern, Artilleristen sowie Offizieren — Teilnehmern des Großen Vaterländischen Krieges —, gestellten Ansuchen, ihnen zu gestatten, sich als Freiwillige nach Ägypten zu begeben, um zusammen mit dem ägyptischen Volk für die Verjagung der Aggressoren vom ägyptischen Boden zu kämpfen.

Die Sowjetunion war und bleibt konsequenter Befürworter der Freundschaft, der Zusammenarbeit und der friedlichen Koexistenz der Staaten, ganz gleich welchen sozialen Systems. Diese Politik entspringt von Grund aus der Natur des Sowjetstaates, dem Vermächtnis seines Begründers, des großen Lenin. Die Sowjetmenschen waren und werden jedoch keine passiven Zuschauer einer internationalen Räuberei seien, wo die einen oder anderen Kolonialmächte versuchen, mit Waffengewalt die unabhängig gewordenen Staaten des Ostens zu versklaven.

Sie sympathisieren auch mit den Völkern, die das schmachliche Kolonialjoch abzuwerfen und die Unabhängigkeit zu erringen bestrebt sind. Die Sowjetmenschen verurteilen deshalb den Kolonialkrieg, der gegen das wehrlose Volk Algeriens geführt wird, wo schon mehrere Jahre lang Blut in Strömen fließt. Tausende und aber Tausende algerische Patrioten, die nur über primitive Verteidigungsmittel verfügen, führen einen aufopferungsvollen Kampf gegen die mit modernen Waffen ausgerüsteten Kolonisatoren, die nun ihre Verbrechen gegen das algerische Volk mit dem Banner der Sozialisten Frankreichs decken.

In führenden Kreisen der UdSSR erklärte man, daß, wenn England, Frankreich und Israel trotz der Beschlüsse der UN nicht alle ihre Truppen vom Territorium Ägyptens abziehen und unter verschiedenen Vorwänden die Durchführung dieser Beschlüsse verzögern und Kräfte ansammeln und dadurch die Gefahr der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gegen Ägypten schaffen werden, die entsprechenden Organe der Sowjetunion die Ausreise von Sowjetbürgern als Freiwillige, die am Kampf des ägyptischen Volkes für seine Unabhängigkeit teilzunehmen wünschen, nicht verhindern werden.

Quelle: *Nachrichten aus der Sowjetunion* (sowjetische Botschaft, Bonn) vom 12. November 1956.

Indien teil. Der Ministerpräsident von Pakistan war infolge anderweitiger Inanspruchnahme nicht in der Lage teilzunehmen.

2. Dieses Treffen der Ministerpräsidenten wurde vor allem einberufen, um die ernste Situation zu erwägen, die infolge des israelischen Angriffs auf Ägypten und der

militärischen Operationen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs gegen Aegypten entstanden waren. Die Ministerpräsidenten prüften auch die Situation, die in Ungarn entstanden war, und die ernste Entwicklung der internationalen Lage, die den Frieden der Welt bedrohe. Jeder einzelne von ihnen hatte bereits seine Besorgnis über diese Entwicklung ausgesprochen und seiner starken Mißbilligung und seinem Schmerz über die Aggression und die Intervention großer Mächte gegenüber schwächeren Ländern Ausdruck verliehen. Es handelte sich um eine Verletzung der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und ebenso um ein direktes Zuwiderhandeln gegen den Geist und den Buchstaben der Erklärung der Bandung-Konferenz und der darin aufgestellten Prinzipien.

3. Die Ministerpräsidenten nehmen mit Befriedigung von der eindrucksvollen Weltmeinung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Vereinten Nationen gegen die Aggression auf Aegypten Kenntnis. Sie begrüßen die Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die am 2. November 1956 angenommen wurde, und die bekräftigt und verstärkt wurde durch ihre Resolutionen vom 4. und 7. November 1956, durch welche die Einstellung der Feindseligkeiten und der Rückzug der Streitkräfte Israels, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs vom ägyptischen Territorium veranlaßt wurde. Sie stellen auch mit Befriedigung fest, daß diese Resolutionen in hohem Maße zur Feuereinstellung in dem Gebiet der Feindseligkeiten und zu Zusicherungen seitens der Regierungen des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und Israels, daß die Streitkräfte dieser Staaten aus Aegypten abgezogen werden, geführt haben.

4. Die Ministerpräsidenten sehen jedoch mit Bedauern, daß diese Streitkräfte noch nicht abgezogen worden sind und daß von den Regierungen der Angreiferländer verschiedene Bedingungen aufgestellt wurden, deren Erfüllung nach ihrer Meinung dem Abzug der Truppen vorausgehen müßte. Die Ministerpräsidenten mißbilligen scharf alle diese aufgestellten Bedingungen und sind der Auffassung, daß derartige Vorbehalte im Gegensatz zu den Richtlinien der Vollversammlung der Vereinten Nationen stehen. Sie sind der Meinung, daß die Resolutionen der Vollversammlung sofort und vollständig erfüllt werden sollten und daß alle fremden Truppen vom ägyptischen Territorium zurückgezogen werden sollten.

5. Die Ministerpräsidenten begrüßen die Schaffung einer internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen. Diese Streitmacht sollte keine dauernde Einrichtung sein und ihre Funktionen sollten streng durch die Anweisungen begrenzt sein, die in der Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen niedergelegt sind. Jede Verzögerung in der Erfüllung dieser Resolution und im Abzug der fremden Truppen wird zu weiteren Verwicklungen und zu einer Verschärfung der gegenwärtigen ernsten Lage führen. Normale Verhältnisse können nicht wiederhergestellt werden, und alle anderen Probleme können nicht angegangen werden, ehe nicht alle fremden Truppen völlig von ägyptischem Territorium zurückgezogen worden sind.

6. Die Ministerpräsidenten haben mit tiefem Schmerz die tragischen Ereignisse in Ungarn beobachtet. Die Anwendung von Gewalt im großen Ausmaße auf allen Seiten hatte die Tötung von Tausenden von Menschen zur Folge

und brachte Not und Verderben über dieses Land. Sie bedauern, daß die sowjetischen Streitkräfte, die in Uebereinstimmung mit der in der Erklärung der Regierung der Sowjetunion am 30. Oktober festgelegten Politik zurückgezogen worden waren, wenige Tage später wieder nach Budapest entsandt wurden. Die Ministerpräsidenten halten es für das unveräußerliche Recht eines jeden Landes, sein Schicksal selbst zu bestimmen, frei von allem Druck von außen. Sie sind der Meinung, daß die sowjetischen Truppen aus Ungarn bald zurückgezogen werden sollten und daß es dem ungarischen Volk erlaubt werden müsse, ohne äußere Intervention von irgendeiner Seite über seine Zukunft zu entscheiden.

7. Die Ministerpräsidenten haben mit Interesse und Verständnis die neuen auf Demokratisierung gerichteten Kräfte beobachtet, die in den Ländern Osteuropas am Werk sind. Sie begrüßen die friedlichen Veränderungen in Polen. Unglücklicherweise war der Umwandlungsprozeß in Ungarn von Gewaltanwendung begleitet, die nicht allein zu Not und Verderben führte, sondern diesen Prozeß auch behinderte. Dieser Prozeß der Demokratisierung und der Liberalisierung dieser Regime steht in Einklang mit den nationalen Gefühlen der betreffenden Völker und wird zu geeigneten und fortschrittlichen Regierungen führen, die freundlich zu ihren Nachbarn sind. Die Ministerpräsidenten hoffen, daß nach dem schrecklichen Hader, durch den Ungarn hindurchgegangen ist, die notwendigen Veränderungen auf friedlichem Wege und in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung herbeigeführt werden.

8. Die Ministerpräsidenten befürworten die Resolution der Vereinten Nationen, die zur sofortigen Gewährung von Hilfe an Ungarn zur Linderung des Elends aufruft. Die Notwendigkeit für eine Linderung des Elends ist gleichermaßen auch in Aegypten dringlich. Sie empfehlen ihren Regierungen, in beiden Gebieten soviel Hilfe wie möglich zu geben, und sie vertrauen darauf, daß die Welt zu diesem Anlaß in vollem Maße ihr Mitgefühl durch eine großzügige Hilfe beweist.

9. Während die Ministerpräsidenten die leichte Verbesserung der internationalen Lage begrüßen, sind sie sich der ernsten Gefahren und der immer vorhandenen Möglichkeit eines erneuten Ausbruchs eines Konfliktes bewußt. Es besteht starker Anlaß zu der Vermutung, daß Truppen aufgestellt werden und daß die Kriegslust geschürt wird. Das unmittelbare Problem ist deshalb die Vermeidung eines Weltkrieges, der ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen würde. Sie dringen ernsthaft darauf, daß von keinem Land ein Schritt unternommen wird, der die Spannung oder die Möglichkeit eines Konflikts vergrößert.

10. Die jüngsten Ereignisse haben mit überzeugender Klarheit demonstriert, daß starke Nationen noch immer Aggressionen gegen schwächere Länder vornehmen können und den Versuch unternehmen, ihnen ihren Willen aufzuzwingen, woraus sich dann schmerzliche Konflikte und menschliches Leid entwickeln. Auch in den Kolonialgebieten gibt es Beispiele für Maßnahmen, durch die der Freiheitswille des Volkes mit bewaffneter Macht gebrochen werden soll. In Algerien geht trotz Unterdrückung der Kampf um die Freiheit weiter. Kürzlich wurde sogar eine Gruppe algerischer Führer von französischen Behörden gefangen genommen, als sie als Gäste des Sultans von

Marokko einen Flug unternahmen, um die Möglichkeiten für eine Beilegung der Streitigkeiten zu prüfen. Dies hat gezeigt, wie ungeheuer weit eine große Macht beim Versuch, den Freiheitsdrang zu unterdrücken, gehen kann.

11. Im Laufe des vergangenen Jahres hatten sich viele Anzeichen herausgebildet, die darauf hindeuteten, daß sich die Befürchtungen und die Spannungen, unter denen die Welt leidet, vermindern würden. Die Ministerpräsidenten hatten gehofft, daß der Geist der Zusammenarbeit von Bandung und die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz sich ausbreiten würden und zu der Beseitigung dieser Befürchtungen und Spannungen beitragen würden. Mit Bestürzung haben sie deshalb wahrgenommen, daß Aggression und unbarmherzige Unterdrückung stattfinden können, trotz des allgemein unter den Völkern der Welt verbreiteten Wunsches nach Frieden und Freiheit. Es wird weder Frieden noch Freiheit geben, wenn starke Nationen im Vertrauen auf ihre bewaffnete Macht schwächere Länder zu zwingen suchen, ihrem Willen zu gehorchen. Diese Umkehrung einer historischen Entwicklung hat besondere Bedeutung für die Länder Asiens und Afrikas, die nicht über große militärische Stärke verfügen und die sich auf das Recht ihrer Sache und die feste Entschlossenheit ihrer Völker verlassen müssen.

12. Viele der Länder Asiens und Afrikas sind in jüngster Zeit unabhängig geworden und aus dem Zustand der Kolonialisierung oder der halben Kolonialisierung herausgetreten, während andere noch kämpfen, um ihre Freiheit zu erlangen. Für alle diese Länder ist die Wiederbelebung des Geistes und der Methoden des Kolonialismus eine Angelegenheit von großer Besorgnis, denn sie bedroht ihre eigene Freiheit. Der Eingriff in die Angelegenheiten eines anderen Staates zum Zweck des Schutzes besonderer Interessen wird gelegentlich mit der Berufung auf die internationale Zusammenarbeit verteidigt. Die Ministerpräsidenten sind gegen jede derartige Intervention und sind entschlossen, sich jeder Wiederbelebung des Kolonialismus zu widersetzen, in welcher Form er sich auch zeigen mag. Sie haben das feste Vertrauen, daß die Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit ihrer Charta die Sache der Freiheit unterstützen und jedem Versuch, den Kolonialismus wiederzubeleben oder fortzusetzen, entgegenzutreten werden.

13. Die Ministerpräsidenten sind fest überzeugt, daß der Friede der Welt nur auf der Basis der Freiheit und der Abrüstung gesichert werden kann. Im besonderen sind es Militärpakte und Allianzen mit dem Zweck, den Interessen der großen Mächte zu dienen, die die Furcht und den Rüstungswettlauf vergrößern. Die jüngste Geschichte hat gezeigt, daß diese militärischen Pakte, anstatt einem Gebiet Sicherheit zu verschaffen, Furcht, Beunruhigung und Konflikt erzeugten. Die Ministerpräsidenten hoffen zuversichtlich, daß diese Politik der Militärbündnisse und der Stationierung fremder Truppen auf dem Gebiet eines Landes aufgegeben wird. Die echte und

dringende Notwendigkeit besteht jedoch darin, daß die unterentwickelten Länder der Welt dabei unterstützt werden, vorwärtszukommen und den Lebensstandard ihrer Bevölkerung zu heben.

14. Die Ministerpräsidenten erinnern an das Schlußkommuniqué der asiatisch-afrikanischen Konferenz, die im April 1955 in Bandung stattgefunden hat, und an die zehn Prinzipien, die darin aufgestellt worden sind und die die Staaten in die Lage versetzen sollen, in Frieden als gute Nachbarn zusammenzuleben und freundschaftliche Zusammenarbeit miteinander zu pflegen. Sie sind überzeugt, daß der einzige Weg zum Frieden über die Verwirklichung der Grundsätze von Bandung führt. Sie bestätigen, daß sie an diesen Prinzipien festhalten, die die Fünf Prinzipien von Panchheel in sich einschließen. Die Kriegsgefahr, die der gegenwärtigen ernsten internationalen Situation innewohnt, ist weitgehend durch eine Mißachtung dieser Prinzipien und durch das fortgesetzte Beharren auf Militärpakt und auf ausländischen Truppenstützpunkten entstanden.

15. Die Ministerpräsidenten stellen fest, daß jede Anstrengung unternommen werden sollte, die Vereinten Nationen bei ihrer Aufgabe, den Frieden zu sichern, zu unterstützen und zu stärken. Sie begrüßen die fortgesetzte enge Zusammenarbeit zwischen den Staaten der asiatisch-afrikanischen Gruppe bei den Vereinten Nationen. Die jüngsten Ereignisse haben den Schatten des Krieges über die Welt geworfen. Die Ministerpräsidenten hoffen, daß die Situation sich bessern wird, jedenfalls aber haben wichtige Störungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels, der Schifffahrt und der Versorgung bereits stattgefunden und werden wahrscheinlich einige Zeit anhalten. Es ist zu wünschen, daß in dieser Hinsicht die Colombo-Länder gemeinsam handeln und daß jeder Mechanismus aufgestellt werden sollte, der für diesen Zweck der gemeinschaftlichen Beratung notwendig ist.

16. Während es in der letzten Zeit viele Geschehnisse gab, welche die Ministerpräsidenten bedauern, sind die Gefahren und die Schwierigkeiten, vor denen die Welt steht, zu groß, als daß man sich mit ihrer bloßen Mißbilligung oder Verurteilung begnügen dürfte. Es ist ein ernster Versuch, die Sache der Freiheit und des Friedens in diesem kritischen Augenblick der Geschichte zu unterstützen, daß sie zusammengetroffen sind und gemeinsam beraten haben. Gerade in diesem Geiste wenden sie sich an die Führer und an die Völker anderer Länder, die, dessen sind sie sicher, ebenso bestrebt sein müssen, den Frieden und die Freiheit zu sichern, und fordern sie auf, zusammenzuarbeiten, um das Gespenst des Krieges zu verscheuchen und die Hindernisse zu beseitigen, die dem Frieden und den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten in den Weg gestellt wurden.

Quelle: Presseabteilung der indonesischen Botschaft, Bonn. Übersetzung des Europa-Archivs.

Gemeinsames Kommuniqué vom 15. November 1956 über die Konferenz der arabischen Staatsoberhäupter in Beirut

Am 13. und 14. November 1956 sind auf Einladung Sr. Exzellenz des Präsidenten der Libanesischen Republik Seine Majestät der König Hussein, Souverän des Haschemitischen Königreiches von Jordanien,

Seine Majestät der König Saud Ibn el Abdel Azis, Souverän des Königreichs von Saudi-Arabien, Abdel Fattah Mohammed el Maghrabi, Präsident des „Conseil Souverain“ des Sudan,

Seine Exzellenz Schukri el Kuwatli, Präsident der Syrischen Republik,

Seine Majestät der König Faisal, Souverän des Königreichs Irak,

Seine Exzellenz Camille Chamoun, Präsident der Libanesischen Republik,

Seine Exzellenz Mustafa Ben Halim, Ministerpräsident von Libyen, als Vertreter Seiner Majestät des Königs von Libyen,

Abdel Hamid Ghaleb, Botschafter Aegyptens in Beirut, als Vertreter Seiner Exzellenz des Präsidenten der Aegyptischen Republik

und Seine Königliche Hoheit Emir Seif el Islam el Badr, Kronprinz des Königreichs Jemen, als Vertreter Seiner Majestät des Königs von Jemen

in Beirut zusammengekommen, um die Lage zu prüfen, die sich aus der Aggression Großbritanniens, Frankreichs und Israels gegen Aegypten und die Zone von Gasa ergibt, und sich über Maßnahmen zu verständigen, die ergriffen werden müssen, um Aegypten in seiner ruhmreichen Aktion zur Verteidigung seiner territorialen Integrität und Souveränität zu unterstützen. Sie sind der Ansicht, daß diese gegen Aegypten durchgeführte Aggression gleichermaßen gegen die Gesamtheit der arabischen Länder gerichtet ist und diesen Ländern die Pflicht auferlegt, ihre Politik zu vereinheitlichen und in vereinten Bemühungen den Schutz der gemeinsamen arabischen Interessen zu sichern.

Sie haben die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Maßnahmen, für die in den Resolutionen vom 2., 4. und 7. November eine erdrückende Mehrheit gestimmt hat, mit Befriedigung geprüft und haben die Bemühungen der friedliebenden Staaten gewürdigt, die bei der Ausarbeitung der genannten Resolutionen, die auf eine Einstellung der Feindseligkeiten und den sofortigen Rückzug der Streitkräfte der Aggressoren vom ägyptischen Gebiet und hinter die Waffenstillstandslinien hinzielen, zusammengearbeitet haben.

Sie haben das folgende gemeinsame Uebereinkommen getroffen:

1. Die Notwendigkeit zur Durchführung der oben-erwähnten Resolutionen der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Für den Fall, daß Großbritannien und Frankreich sich weigern, diesen Resolutionen zu entsprechen und den bedingungslosen und unverzüglichen

Rückzug vom ägyptischen Gebiet unterlassen, und für den Fall, daß Israel sich weigert, den Resolutionen der Vereinten Nationen zu entsprechen und den bedingungslosen Rückzug seiner Streitkräfte hinter die Waffenstillstandslinien unterläßt, oder wenn die Haltung Großbritanniens, Frankreichs oder Israels eine neue Spannung hervorruft, die geeignet ist, zu einer Wiederaufnahme der militärischen Operationen zu führen, werden diese drei Länder für die Fortdauer der Aggression gemeinschaftlich verantwortlich gemacht werden. Jeder der auf dieser Konferenz vertretenen arabischen Staaten wird dann unverzüglich kraft des Rechtes auf Selbstverteidigung zur Anwendung der Vorschriften des Artikels 41 der Charta der Vereinten Nationen schreiten und unter Ausnutzung aller seiner Möglichkeiten jede wirksame Maßnahme ergreifen, wie es den sich aus dem Artikel 2 des gemeinsamen interarabischen Verteidigungsvertrages ergebenden Verpflichtungen entspricht*.

2. Die Notwendigkeit, die Frage des Suezkanals von den Umständen zu trennen, die mit der Aggression gegen Aegypten zusammenhängen, es als eine selbständige und völlig getrennte Frage anzusehen und so zu handeln, daß sie im Rahmen der Vereinten Nationen und auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den interessierten Parteien ohne jeden Druck, ohne Einmischung und ohne Zwang auf der Grundlage der Konvention von 1888 und der sechs vom Sicherheitsrat am 13. Oktober 1956 angenommenen Prinzipien zu einer Lösung geführt wird, die der Souveränität und Würde Aegyptens entspricht.

3. Die Unterstützung der Forderungen des algerischen Volkes in seinem Kampfe um die Verwirklichung seiner nationalen Bestrebungen nach Unabhängigkeit und Souveränität.

Sie richten einen brüderlichen und aufrichtigen Gruß, verbunden mit der Hochachtung und Bewunderung, an den Präsidenten der Aegyptischen Republik, Gamal Abdel Nasser, an die ägyptischen Streitkräfte und das ägyptische Volk als Zeugnis für die hohe Wertschätzung ihrer Vaterlandsliebe und ihres Opfergeistes bei der Verteidigung der Integrität und Souveränität Aegyptens, des arabischen Nationalismus, der Würde und der Größe seiner Völker.

Quelle: *La Documentation Française*, Textes du Jour, Nr. 0.435 vom 22. November 1956; Uebersetzung des Europa-Archivs.

*) Vgl. den Text des Vertrages in Europa-Archiv 6/1953, S. 5564—5566.

Zeittafel vom 16. bis zum 30. November 1956

Die Ereignisse in Europa*

Albanien

28. Anlässlich des „12. Jahrestages der Befreiung“ bezeichnet der Erste Stellvertretende Ministerpräsident, Bekir Baluku, die Ereignisse in Ungarn als ein faschistisches Komplott und Ministerpräsident Imre Nagy als Banditen und Verräter. Die Rede Präsident Titos in Pula (vgl. den Wortlaut in EA 22—23/1956, Seite 9391 bis 9400) stehe in flagrantem Widerspruch zum Marxismus-Leninismus. Ferner beschuldigt Baluku Jugoslawien der antimarxistischen Einmischung in Albanien.

Bulgarien

29. In einer Rundfunkansprache erklärt der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens, Todor Schiwkoff, gewisse Elemente versuchten, die gegenwärtige Koalitionsregierung zu unterminieren. Die Aufnahme von Nichtkommunisten in die Regierung werde jedoch auf keinen Fall geduldet.

Deutschland

16. Die Volkskammer der DDR beschließt eine Erhöhung der Renten. Die Maßnahme wird mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität begründet, durch die erhebliche Erfolge beim wirtschaftlichen Aufbau erzielt worden seien.
20. Aus je 5 Vertretern des Deutschen Zeitungsverlegerverbandes und des Deutschen Journalistenverbandes wird ein Deutscher Presserat gebildet, der die Aufgabe hat, sich für den Schutz der Pressefreiheit, für einen unbehinderten Zugang zu den Nachrichtenquellen und die Beseitigung von Mißständen in der Presse einzusetzen. Er ist außerdem beauftragt, die strukturelle Entwicklung der deutschen Presse zu beobachten, marktbeherrschende Konzern- und Monopolbildungen zu bekämpfen und die Presse gegenüber der Regierung, dem Parlament und der Öffentlichkeit zu vertreten.
28. Die Bundesregierung erklärt in einer Entschließung, daß Berlin die Hauptstadt eines freien, wiedervereinigten Deutschland sei, eine Verlegung der Regierungstätigkeit nach Berlin zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht zu verantworten sei, da die Stadt im Interesse ihrer eigenen Sicherheit noch unter einem Viermächte-Status stehe und die Bundesregierung ihre Arbeit nur in einer Stadt ausüben könne, in der ohne Einschränkung ihre Souveränität gewährleistet ist. Alle vorbereitenden Maßnahmen für eine spätere Verlegung würden jedoch fortgesetzt. Unter Vorsitz des Bundesministers für Wirtschaft, Prof. Ludwig Erhard, findet eine Aussprache mit Vertretern der Mineralölwirtschaft statt, als deren Ergebnis bekanntgegeben wird, daß neben den be-

reits gehandhabten Einschränkungen für Dieselmotoren und Heizöl eine Rationierung des Benzinverbrauchs nicht notwendig sei.

- Veröffentlichung von Auszügen aus dem Bericht des Politbüros der SED auf der 29. Tagung des Zentralkomitees. Darin wird zugegeben, daß die Ereignisse in Ungarn für die Partei eine komplizierte Lage geschaffen hätten. Allen Erscheinungen einer Liberalisierung im bürgerlichen Sinne müsse entschieden entgegengetreten werden. Eine Wiedervereinigung auf Kosten der DDR werde niemals möglich sein. In dem Bericht wird vorgeschlagen, nach der Auflösung der Kominform neue Formen des Zusammentreffens und der Konsultierung zwischen den „dem Marxismus-Leninismus verschworenen Parteien“ zu finden. Die internationale Lage, der verstärkte Angriff der Reaktion und die Hetze des Antikommunismus mache dies notwendig. Es habe sich inzwischen auch als richtig bestätigt, daß die SED sich geweigert habe, in der Öffentlichkeit über Fehler zu diskutieren, die mit dem Personenkult zusammenhängen.
29. Nach Verlesung einer Regierungserklärung durch den Bundesminister des Auswärtigen, Heinrich von Brentano, stimmen alle Parteien des Bundestages den Verträgen über die Rückgliederung des Saargebietes, die Moselkanalisierung und den Rheinseitenkanal (vgl. Zeittafel in Europa-Archiv 22—23/1956, S. 9402, Luxemburg) in erster Lesung zu. Die Gesetzentwürfe werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Frankreich

- 19.—23. Zweite Konferenz der Parlamentarier der Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakts. Im Anschluß an einen Bericht des Generalsekretärs der NATO, Lord Ismay, über die politischen und wirtschaftlichen Aspekte des atlantischen Bündnisses unterzieht der Vorsitzende der britischen Labour Party, Hugh Gaitskell, das Verhalten der NATO zu den Ereignissen in Ungarn einer scharfen Kritik. In diesen Tagen habe sich die NATO als macht- und kraftlos erwiesen. Man dürfe der Argumentation nicht zustimmen, daß die NATO für Ungarn nicht zuständig sei, da es jenseits des Eisernen Vorhangs läge. Bei Ausbruch der ungarischen Revolution hätte man über die zu ergreifenden Maßnahmen beraten müssen. Gaitskell fordert eine Intensivierung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und der Verteidigungsmaßnahmen der einzelnen Länder. In der Schlußsitzung wird in einer Resolution die Erdölversorgung als ein Problem von gemeinsamem Interesse bezeichnet. In einem gleichfalls angenommenen Bericht, der die Meinungen einzelner Mitgliedstaaten wiedergibt, wird von einigen Ländern u. a. die Einrichtung einer ständigen aufmerksamen Kontrolle der politischen und militärischen Entwicklung durch die NATO gefordert.
20. Regierungsverordnung über die Rationierung und Einschränkung des Verbrauchs von Dieselmotoren

*) Vgl. hierzu auch die in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats für November. Auf Seite 9459 bis 9494 dieser Folge erscheinen die Mitteilungen des Europarats für Oktober.

um 20 vH. Der Benzinverbrauch soll durch zeitweilige Schließung der Tankstellen und die Einschränkung des Fahrbereichs für Kraftfahrzeuge gedrosselt werden. Am 29. November wird die Benzin-Rationierung eingeführt.

24. Ministerpräsident *Guy Mollet* bezeichnet in seiner Antwort auf das Schreiben von Ministerpräsident *Bulganin* vom 15. November (vgl. Zeittafel in EA 22—23/1956, Sowjetunion) die ägyptische Regierung als verantwortlich für die Krise im Mittleren Osten. Die sowjetischen Vorschläge seien nur geeignet, die heikle Aufgabe der Vereinten Nationen noch schwieriger zu gestalten. Im übrigen stellt Mollet fest, die Entschlüsse der Vereinten Nationen über Ungarn seien deutlich, und er wünsche, daß sie endlich befolgt werden.
25. Beendigung eines dreitägigen Kongresses der Gruppe der Unabhängigen Rechten in Versailles, auf dem in einem Manifest gefordert wird, die Kommunistische Partei unschädlich zu machen. Gleichzeitig werden eine Reform der verfassungsmäßigen Stellung und der Zusammensetzung des Kabinetts, ein zweckmäßiger Beamtenapparat und die Heranziehung der Gewerkschaften zur Ausarbeitung der Grundzüge der Wirtschafts- und Sozialpolitik empfohlen.
27. Eröffnung der ersten außerordentlichen Sitzungsperiode des Rechnungsjahres 1956/57 der Gemeinsamen Versammlung der ECKS in Straßburg. (Ein Bericht wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs veröffentlicht.)

Großbritannien

19. Premierminister Sir *Anthony Eden* tritt aus Gesundheitsgründen einen mehrwöchigen Urlaub an und begibt sich am 23. November nach Jamaika. Während seiner Abwesenheit wird er von Lordsiegelbewahrer *Richard Austen Butler* vertreten. Eden behält sich die Wahrnehmung der wichtigsten Amtsgeschäfte vor.
20. In seiner Antwort auf die Botschaft von Ministerpräsident *Bulganin* vom 15. November (vgl. Zeittafel in EA 22—23/1956, Sowjetunion) erklärt Premierminister Sir *Anthony Eden*, die Entsendung der Internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen nach Ägypten werde von Großbritannien begrüßt. Er freue sich, daß sich Beobachter der Vereinten Nationen in Ägypten befinden, und würde eine analoge Haltung der Sowjetunion in bezug auf Ungarn begrüßen.

Jugoslawien

20. Das ehemalige Mitglied des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten *Milovan Djilas* wird „wegen Tätigkeit gegen das Regime“ verhaftet. Das Belgrader Bezirksgericht gibt bekannt, *Djilas* habe in der ausländischen Presse Erklärungen veröffentlicht, in denen die Außenpolitik und das innere Regime Jugoslawiens nicht wahrheitsgemäß dargestellt seien.
24. In einer dem ungarischen Geschäftsträger in Belgrad überreichten Note protestiert die Regierung energisch gegen die Verletzung des am 21. November mit der ungarischen Regierung erzielten Abkommens, auf Grund dessen dem ehemaligen ungarischen Minister-

präsidenten *Imre Nagy* die persönliche Freiheit und Rückkehr in seine Wohnung erlaubt worden sei. *Nagy* sei am 22. November von sowjetischem Militär gewaltsam abtransportiert worden und habe sich ausdrücklich geweigert, nach Rumänien zu gehen. Die Haltung der ungarischen Regierung werde die Beziehungen zwischen den beiden Ländern negativ beeinflussen und widerspreche dem Völkerrecht. (Vgl. Ungarn.)

27. In einem Leitartikel wendet sich die *Borba* gegen die in der Moskauer *Prawda* am 23. November veröffentlichte Kritik (vgl. Sowjetunion) an der Rede *Titos* vom 11. November in Pula (vgl. den Wortlaut in EA 22—23/1956, S. 9391 bis 9400) und stellt fest, die *Prawda* habe noch viel von der alten stalinistischen Haltung behalten. Ihr Artikel sei voller Ungenauigkeiten, willkürlicher Auslegungen und Entstellungen.

Polen

18. Mit der Wahl von *Ignacy Loga-Sowinski* zum Vorsitzenden beendet der Zentralrat der Gewerkschaften sein XI. Plenum. Gleichzeitig werden 14 Mitglieder des Zentralrats abberufen, nachdem die Arbeit der bisherigen Gewerkschaftsführung und insbesondere des bisherigen Vorsitzenden *Klosiewicz* einer scharfen Kritik unterzogen worden war.
29. In einer Rede zur Eröffnung des Wahlkampfes für das Parlament erklärt der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, *Wladyslaw Gomułka*, daß es für die bürgerlichen Parteien keine Freiheit geben werde und ein freies und souveränes Polen nur ein sozialistisches Polen sein könne.

Rumänien

26. Der bisherige Außenhandelsminister, *Stefan Voitec*, wird zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Das Außenhandelsministerium übernimmt *Gugu Radulescu*. Erziehungsminister *Ilie Margulescu* wird seines Amtes enthoben und durch *Miron Constantinescu* ersetzt, der gleichzeitig Stellvertretender Ministerpräsident ist.

Schweiz

20. In Basel wird durch die Vertreter der westeuropäischen Eisenbahnverwaltungen die Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale (Eurofima) gegründet. Zum Präsidenten des Verwaltungsrates wird der Generaldirektor der Belgischen Eisenbahnen, *M. de Vos*, gewählt. Vizepräsidenten werden *Dr. Werner Hilpert*, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbahn, und *Louis Armand*, Präsident des Verwaltungsrats der Französischen Staatsbahnen. Zum Generaldirektor wird *Fritz Schneider* (Schweiz) bestellt.

Sowjetunion

17. Die Regierung übermittelt mit je einem Schreiben an Präsident *Eisenhower*, Ministerpräsident *Tschu En-lai*, Premierminister Sir *Anthony Eden*, Ministerpräsident *Guy Mollet* und Premierminister *Jawaharlal Nehru* eine Erklärung der Sowjetregierung zur Abrüstungsfrage (der Wortlaut der Erklärung wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs wiedergegeben). Darin erklärt sich die Sowjetunion mit

einer räumlich begrenzten Luftinspektion einverstanden.

18. Zum Abschluß der am 15. November begonnenen polnisch-sowjetischen Verhandlungen unterzeichnen der polnische Ministerpräsident, Jozef Cyrankiewicz, und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladyslaw Gomułka, einerseits und Ministerpräsident Bulganin und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Nikita S. Chruschtschow, andererseits eine gemeinsame Erklärung (vgl. den Wortlaut in EA 22—23/1956 Seite 9385 bis 9388).
19. Die Agentur TASS gibt bekannt, daß der ehemalige polnische Verteidigungsminister, Marschall Konstanty Rokossowski, zum Stellvertretenden Verteidigungsminister der Sowjetunion ernannt worden sei.
20. Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Wjatscheslaw M. Molotow wird an Stelle von Wassilij G. Schawaronkow zum Minister für Staatskontrolle ernannt.
23. Die Moskauer Zeitung *Prawda* kritisiert die Rede des jugoslawischen Präsidenten, Marschall Tito, vom 11. November in Pula. (Vgl. den Wortlaut in EA 22—23/1956, S. 9391 bis 9400.) Tito wird vorgeworfen, er schätze die Haltung der ungarischen Nation falsch ein und übe unzulässige Kritik an der KPdSU und anderen Bruderparteien. (Vgl. auch Jugoslawien.)

Ungarn

16. Veröffentlichung einer Gemeinsamen Erklärung über die am Vortage durchgeführten Verhandlungen zwischen Ministerpräsident Janos Kadar und dem

tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, Viliam Široký, in der festgestellt wird, daß die Gesprächspartner Einhelligkeit in der Beurteilung des Aufstands und der Lage in Ungarn, der Aggression in Ägypten und anderer Fragen der internationalen Situation erzielt hätten. Der tschechoslowakischen Regierung wird der Dank für ihre wirtschaftliche Hilfe an Ungarn ausgesprochen.

21. Aus Protest gegen den Versuch sowjetischer Truppen, eine Konferenz der Vertreter der Arbeiterräte aus allen Provinzen Ungarns zu verhindern, rufen die Arbeiterräte einen erneuten 48stündigen Generalstreik aus. Gleichzeitig richten sie an die Regierung die Forderung auf Wiedereinsetzung von Imre Nagy als Ministerpräsident, die Freilassung der Freiheitskämpfer, den Abzug der sowjetischen Truppen, die Durchführung freier Wahlen, die Zulassung anderer Parteien und rechtsstaatliche Garantien.
23. Die Regierung gibt bekannt, daß der ehemalige Ministerpräsident Imre Nagy die ihm Asyl gewährende jugoslawische Botschaft verlassen habe und zusammen mit seinen Freunden „auf seinen Wunsch“ hin nach Rumänien abgereist sei.
22. Verhandlungen einer rumänischen Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei, Gheorghe Gheorghiu-Dej, mit Ministerpräsident Janos Kadar. In einem Gemeinsamen Kommuniqué wird u. a. mitgeteilt, daß sich Rumänien bereit erklärt hat, außer der bereits gewährten Hilfe Ungarn einen Warenlieferungskredit in Höhe von 60 Millionen Rubel zur Verfügung zu stellen.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Ägypten

21. Norwegische Einheiten der Internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen rücken in Port Said ein.
28. Kabinettschef Ali Sabri erklärt auf einer Pressekonferenz, entgegen anderslautenden Meldungen sei nicht an eine allgemeine Ausweisung der jüdischen Bevölkerung gedacht. Nur die schädlichen Elemente, die mit dem Feinde zusammenarbeiten, seien ausgewiesen worden. Ägypten habe auch die britischen und französischen Staatsangehörigen nicht generell ersucht, das Land zu verlassen, sondern nur die gefährlichen Elemente unter ihnen.

Libyen

26. Vor dem Parlament erklärt Ministerpräsident Mustafa Ben Halim, daß die Regierung die Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien wünsche, um den britisch-libyschen Bündnisvertrag im Lichte der letzten Ereignisse im Mittleren Osten einer Revision zu unterziehen. In seinen weiteren Ausführungen unterstreicht Ben Halim die guten Beziehungen zur Türkei und setzt sich außerdem für eine vollständige Befreiung Algeriens ein.
30. Die französischen Truppen räumen im Fezzan ihre letzten Stützpunkte auf libyschem Boden.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

21. Nach einer Unterredung mit Präsident Eisenhower erklärt der tunesische Ministerpräsident, Habib Bourguiba, er habe mit dem Präsidenten alle friedensgefährdenden Fragen des Mittleren Ostens und Nordafrikas besprochen und ihn gebeten, bei der Lösung dieser Fragen, insbesondere der algerischen, behilflich zu sein.
26. Der britische Außenminister, Selwyn Lloyd, setzt sich in einer Rede vor der English Speaking Union für eine Wiederherstellung des britisch-amerikanischen Bündnisses durch Befolgung einer gemeinsamen Politik im Mittleren Osten ein. Ziele einer solchen Politik müßten die Herstellung eines gesicherten Friedens zwischen Israel und den arabischen Staaten, die Sicherung der internationalen Rechte am Suezkanal, die Stärkung des Bagdadpaktes und eine mit Phantasie und Weitblick durchgeführte wirtschaftliche Unterstützung der Länder des Mittleren Ostens sein. Das Außenministerium gibt bekannt, daß zwischen Island und den Vereinigten Staaten ein vorläufiges Übereinkommen erzielt worden sei, auf Grund dessen die amerikanischen Truppen weiterhin auf Island stationiert bleiben und die Vereinigten Staaten Island eine Finanz- und Wirtschaftshilfe gewähren. (Vgl. Dokumente zur Frage des amerikanisch-isländischen

Verteidigungsabkommens in EA 19/1956, Seite 9225 bis 9228.)

29. In einem Kommuniqué des Außenministeriums sagt die Regierung den Staaten des Bagdadpaktes ihre volle Unterstützung zu und erklärt, daß eine Bedrohung der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit dieser Länder von den Vereinigten Staaten mit äußerstem Ernst betrachtet würde.
30. In einer Erklärung der Regierung wird bekanntgegeben, daß sie die Wiederaufnahme der Arbeit des Middle East Emergency Committee angeordnet habe, in welchem 15 amerikanische Erdölfirmer zusammenarbeiten, „um die Erdölversorgung der ganzen freien Welt zu sichern“.

ASIEN

Volksrepublik China

16. Der ehemalige Generalstabschef der Armee, *Nieh Yung-tscheng*, und der ehemalige Finanzminister, *Po I-po*, werden zu Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt.
26. Während seines Staatsbesuches in Kambodscha erklärt Ministerpräsident *Tschu En-lai* in einem Gespräch mit amerikanischen Journalisten, die Zeit für eine Besserung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sei gekommen. Unter Bezugnahme auf mögliche persönliche Aversionen des amerikanischen Außenministers, John Foster *Dulles*, gegen ihn erklärt Tschu: „Unsere Nachfolger werden vielleicht zusammenkommen.“ Tschu lädt außerdem Generalissimus *Tschiang Kai-schek* ein, nach Peking zurückzukehren, wo er vielleicht ein Amt, das höher als das eines Ministers sei, übernehmen könne. Tschiang sei ein alter Freund, und er habe in der Vergangenheit eng mit ihm zusammengearbeitet.

Irak

- 19.—22. König *Faisal* von Irak, Präsident *Iskander Mirza* von Pakistan, die Ministerpräsidenten *Nuri es-Said* (Irak), *Hussein Subrawardy* (Pakistan), *Aduan Menderes* (Türkei) und Außenminister *Ali Gholi Ardalan* (Persien) treffen sich zu einer Konferenz der Staaten des Bagdadpakts ohne Großbritannien. In einem Gemeinsamen Kommuniqué wird erklärt, die Konferenz sei im allgemeinen mit der Gemeinsamen Erklärung der arabischen Staatsoberhäupter in Beirut (vgl. den Wortlaut auf Seite 9451 bis 9452 dieser Folge) einverstanden und über die subversive Tätig-

keit im Mittleren Osten alarmiert. Deshalb habe man entschieden, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um der daraus entstehenden Bedrohung entgegenzutreten. Die weitere Zusammenarbeit der Länder sei absolut notwendig.

Israel

18. In Beantwortung des Schreibens von Ministerpräsident *Bulganin* vom 15. November (vgl. Zeittafel in EA 22—23/1956, Sowjetunion) weist Ministerpräsident *David Ben Gurion* den Vorschlag zurück, an Ägypten Schadenersatz zu leisten.

Jordanien

20. Das Parlament stimmt Empfehlungen zu, welche die Kündigung des britisch-jordanischen Bündnisses und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und zur Volksrepublik China vorsehen.

Kambodscha

- 22.—27. Staatsbesuch des Ministerpräsidenten der Chinesischen Volksrepublik, *Tschu En-lai*. In einer Gemeinsamen Erklärung bekennen sich die beiden Regierungen zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Kaschmir

17. Die Verfassungsgebende Versammlung genehmigt einstimmig bei Abwesenheit der Opposition in dritter Lesung die Staatsverfassung, die am 26. Januar 1957 in Kraft treten soll und vorsieht, daß das Land integrierender Bestandteil Indiens ist.

Libanon

19. Nach dem am 16. November vollzogenen Rücktritt des Kabinetts *Abdullah el Yaffi* bildet *Sami Solh* eine neue Regierung, in der Prof. *Charles Malik* das Außenministerium übernimmt.

Vietnam (Nord)

22. Zum Abschluß des am 18. November begonnenen Staatsbesuchs des Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, *Tschu En-lai*, wird ein gemeinsames Kommuniqué über die mit Staatspräsident *Ho Tschu Minh* und Ministerpräsident *Pham Van Dong* geführten Verhandlungen veröffentlicht. Darin wird u. a. festgestellt, daß der Besuch zur Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern beigetragen habe.

Die Organisation der Vereinten Nationen

21. Die Vollversammlung verabschiedet mit 55 gegen 10 Stimmen bei 14 Enthaltungen eine von Kuba eingebrachte Resolution, in welcher die Regierung der Sowjetunion und die ungarischen Behörden zur Einstellung der Deportation ungarischer Staatsbürger ins Ausland und zur Rückführung der bereits deportierten aufgefordert werden. In einer zweiten, von Indien eingebrachten und mit 57 gegen 8 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommenen Resolution wird Ungarn erneut aufgefordert, Beobachter der Vereinten Nationen zuzulassen. Mit 69 gegen 2 Stimmen (Ungarn und Rumänien) bei 8 Enthaltungen werden in einer dritten Resolution alle Regierungen

und privaten Organisationen zur Unterstützung der ungarischen Flüchtlinge aufgerufen.

24. Die Vollversammlung nimmt mit 63 gegen 5 Stimmen bei 10 Enthaltungen eine Resolution an, in welcher das weitere Verbleiben fremder Truppen in Ägypten bedauert und die Aufforderung wiederholt wird, daß alle fremden Truppen sofort das Land verlassen sollen. In einer weiteren Resolution werden Maßnahmen zur Freimachung des Suezkanals gefordert.
26. Die Vollversammlung beschließt die Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Internationale Streit-

Bücher und Broschüren

The Annual Register of World Events. A Review of the Year 1955. Edited by Sir Ivison Macadam, assisted by Hugh Latimer. Vol. 197. London — New York — Toronto: Longmans, Green and Co 1956. XXI, 505 S. £ 5/5.—.

Dieses Standardwerk „Jahrbuch“-artiger Zeitgeschichtsschreibung stellt alle Ereignisse des Jahres 1955 von politischer Relevanz übersichtlich zusammen. Unter der bewährten Leitung von Sir Ivison Macadam wurde es von 52 britischen Wissenschaftlern geschrieben, deren jeder die Verantwortung für ein Gebiet oder eine Organisation übernommen hat und deren meiste zur Elite internationaler Zeitgeschichts-Autoren zählen. Auch der 197. Band der Reihe hat an der Tradition festgehalten, die politischen Ereignisse des Jahres nicht global unter gleichmäßiger Verteilung der Gewichte darzustellen, sondern in Gliederung und Stoffverteilung die britischen Ereignisse und Interessen besonders zu berücksichtigen. So bietet der I. Teil (S. 1—73), geschrieben von D. C. Sommervell, eine Geschichte der Außen- und vor allem der Innenpolitik des Vereinigten Königreiches im Jahre 1955; der II. Teil (S. 74—132), geschrieben unter der Leitung von M. Mansergh, alle Ereignisse von politischer Bedeutung in den Mitgliedstaaten des Commonwealth und in den britischen Kolonien. Doch hat der III. Teil (S. 133—333), „Foreign History“, geschrieben unter der Leitung von H. Latimer, gegenüber früheren Bänden schon erheblich an Umfang, Vielfalt und Genauigkeit gewonnen. Alle politischen Ereignisse und Institutionen der verbliebenen Länder der Erde werden hier, von Spezialisten für jedes Land, komprimiert zusammengestellt und übersichtlich mit nur vorsichtigen Wertungen dargestellt. In diesem wie in den anderen Teilen kann man nur bedauern, daß die Fülle des gebrachten Stoffes nicht durch einen Quellen- und Anmerkungsapparat der weiteren Forschung zugänglich gemacht wurde. Der IV. Teil (S. 334—477), geschrieben unter der Leitung von M. Glasgow, bringt eine treffliche Uebersicht über alle im Laufe des Jahres in England erschienene Literatur, geschaffene oder zur Aufführung gelangte Kunstwerke und publizierte naturwissenschaftliche Forschung, ferner über die finanzpolitische, wirtschaftspolitische und rechtliche Entwicklung, indessen wiederum fast ausschließlich Großbritanniens. Texte der hervorragendsten Dokumente des Jahres (des Bagdadpaktes, des Warschauer Paktes und des österreichischen Staatsvertrages), Lebensläufe der wichtigsten im Laufe des Jahres verstorbenen Persönlichkeiten (20, davon 13 Engländer) und ein vortrefflicher Index beschließen das überaus nützliche und inhaltsreiche Werk.

Dr. Walter Lipgens

Gsteu, Hermann: Geschichte Oesterreichs. 3. Aufl. Innsbruck — Wien — München: Tyrolia-Verlag 1956. 554 S. Hlw. DM 14,80.

Diese Geschichte Oesterreichs, deren erste Auflage im Jahre 1937, die zweite im Jahre 1947 erschienen war, bietet in übersichtlicher Gliederung eine Bilanz von der Urzeit bis zur Staatsordnung, wie sie sich auf Grund des österreichischen Staatsvertrages entwickeln konnte. Dabei ist sich der Verfasser sehr deutlich der großen Schwierigkeiten bewußt geblieben, welche die Darstellung der Geschichte eines kleinen Landes bereitet, in dem man immer wieder an vergangene Größe erinnert wird. Er betrachtet das Herauswachsen Oesterreichs aus dem Römisch-Deutschen Reich zum selbständigen Staat und das Hineinwachsen in die Donau- und Karpatenländer als einen Grundzug der altösterreichischen Geschichte und vertritt die Ueberzeugung, daß die Völker dieses Raumes die besten Zeiten in einem gemeinsamen Haus erlebten. Gsteu bemüht sich in seiner Darstellung um größtmögliche Objektivität, wobei er jedoch die Liebe zu seiner Heimat ebenso wenig verleugnet wie die Schwächen der österreichischen Politik. Sein Fazit — das zu einem Fazit des Oesterreichers

wurde — lautet nicht ohne einen gewissen Stolz: „Wir vertrauen uns ganz der Weisheit der Geschichte an und leugnen es nicht, gelegentlich auch nur durch Schaden klug geworden zu sein. Aber wir sind es mindestens immer wieder geworden.“

Jahrbuch des deutschen Bergbaus. Ein Führer durch die bergbaulichen Unternehmen der Bundesrepublik und die mit dem Bergbau verbundenen Behörden und Organisationen, ferner den Kohlenhandel, die Binnenschifffahrt, die Bergbaulieferindustrie und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. 64. Erscheinungsjahr, 49. Jahrgang, 1956. Hrsg. von Ministerialrat a. D. Wolfgang Raack, Bergassessor a. D. Paul Schorn, Bergassessor a. D. Emil Schröder, Essen: Verlag Glückauf GmbH 1956. 33*, 1406 S. DM 20,—.

Das Jahrbuch des deutschen Bergbaus, dessen Jahresband 1956 soeben erschienen ist, gilt mit Recht als die repräsentative Jahresveröffentlichung des gesamten westdeutschen Bergbaus. Als Leitaufsatz der diesjährigen Ausgabe veröffentlicht der Vorsitzende des Vorstandes des Kaliver eins e. V., Bergassessor a. D. Dr.-Ing. e. h. Heinrich Wisselmann, eine bemerkenswerte Monographie über die Entwicklung des deutschen Kalibergbaues in den hundert Jahren seines Bestehens. Dieser Aufsatz ist um so dankenswerter, als eine ähnliche zusammenfassende Schilderung unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkte in der jüngeren Zeit nicht veröffentlicht worden ist.

Das Jahrbuch erweist sich im übrigen wiederum als zuverlässiger Spiegel der wirtschaftlichen und technischen Struktur aller westdeutschen Bergbauzweige und der dem Bergbau nahestehenden Wirtschaftsgruppen, Organisationen und Behörden einschließlich der Montanunion. Erwähnung verdient vor allem die erweiterte Berichterstattung über den Saarbergbau. Zahlreiche Veränderungen und Neuaufnahmen beweisen, wie sehr das Gefüge eines so großen und bedeutenden Wirtschaftszweiges, wie ihn der deutsche Bergbau darstellt, in ständiger Bewegung ist. Diesen Wandlungen in einer Zuverlässigkeit und Schnelligkeit zu folgen, die bei dem Umfang des Werkes erstaunlich ist, macht den Vorzug dieses international als vorbildlich anerkannten Nachschlagewerkes über den deutschen und westeuropäischen Bergbau aus.

Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin, in Verbindung mit dem Verlag Die Wirtschaft. 2. Auflage. Berlin: Verlag Die Wirtschaft 1956. VII, 600 S. DM 15,—.

Dieses vom „Deutschen Institut für Zeitgeschichte“ in Berlin herausgegebene Buch ist das erste größere Nachschlagewerk über die Deutsche Demokratische Republik. Es gliedert sich in die Teile I: Geographische Angaben — Bevölkerung — Bevölkerungsbewegung; II: Die DDR im Jahre 1955; III: Zeitafel, Deutschland 1945—1954 und IV: Anschriftenverzeichnis.

Von besonderem Interesse erscheint der Teil II, der in einer Reihe von Kapiteln folgende Themen behandelt: 1. Außenpolitik (mit einer Uebersicht über die außenpolitischen Beziehungen der DDR im Jahre 1955 und einem dokumentarischen Anhang), 2. Wiedervereinigung, 3. Innenpolitik, 4. Volkswirtschaft, 5. Lebensstandard, 6. Volksbildung, 7. Wissenschaft und Technik, und 8. Kultur und Sport. Berlin als „Hauptstadt der DDR“ und die Bundesrepublik Deutschland werden in zwei getrennten Anhängen behandelt. Jedes Kapitel ist mit einer Bibliographie versehen, die sich jedoch auf Veröffentlichungen in der DDR beschränkt.

Die umfangreichsten Kapitel sind der Innenpolitik und dem Thema „Kultur und Sport“ gewidmet.

Das Jahrbuch enthält umfangreiches, bisher von der DDR nicht veröffentlichtes statistisches Material.

Joint Action by OEEC Countries in the Field of Nuclear Energy. Paris: OEEC 1956. 170 S. ffrs. 500.

Military Policy and National Security. Edited by William W. Kaufmann. Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1956. VIII, 274 S. \$ 5,—.

Die Revolution des strategischen Denkens, die sich seit dem Abwurf der ersten Atombombe im Jahre 1945 und der fortschreitenden „Vervollkommnung“ nuklearer Waffen vollzogen hat, überschattet heute nicht nur das politische Handeln der Großmächte, sondern zwingt auch die kleineren Staaten, sich dieser Entwicklung in irgendeiner Form anzupassen. Freilich, welche letzten Konsequenzen sich daraus für Politik und Kriegführung ergeben, liegt in der Zukunft. Aber das ernsthafte Durchdenken aller hiermit in Zusammenhang stehenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Probleme ist ein Gebot der Stunde. Welchen Wert besitzen in unserer Zeit konventionelle Streitkräfte? Ist eine einseitige Umrüstung wirklich sinnvoll? Gibt es verschiedene Möglichkeiten der „Abschreckung“, die auch tatsächlich ihren Zweck erfüllen? Was versteht man unter „begrenzter Kriegführung“, und über welche Mittel verfügen heute die Staaten, einerseits ihre nationale Sicherheit zu gewährleisten, andererseits die dafür notwendigen finanziellen Aufwendungen in der richtigen Balance mit dem Volkseinkommen zu halten? Welche Schwierigkeiten entstehen bei der in Zukunft zu erwartenden Koalitions-Kriegführung, bei der Großmächte mit Atomwaffen ausgerüstet sind, kleinere Staaten sich aber nur auf konventionelle Waffen stützen können? Diese und ähnliche Fragen stehen im Mittelpunkt einer hochaktuellen, aufschlußreichen Aufsatzserie, die Prof. Kaufmann in Verbindung mit namhaften amerikanischen Professoren (Gordon Craig, Roger Hilsman und Klaus Knorr) von der Princeton University herausgegeben hat.

Mögen die verschiedenen Autoren in manchen Punkten ihrer Thesen auch voneinander abweichen, in dreierlei Hinsicht sind sie sich jedoch einig: 1. Das sowjetisch-amerikanische Gleichgewicht auf dem Gebiet atomarer Waffen wird auch in Zukunft die Möglichkeit eines Angriffes oder Krieges nicht ipso facto ausschließen. 2. Die traditionelle Doktrin amerikanischen politischen und strategischen Handelns wird vielen Aenderungen unterworfen werden müssen, um dieser Situation eines Gleichgewichtes ständig gewachsen zu sein. 3. Falls die Vereinigten Staaten bei der Verteidigung ihrer Rechte keine Niederlage heraufbeschwören wollen, müssen sie neben anderen Dingen ihren Streitkräften in ausreichendem Maße ein konventionelles und nukleares Machtpotential zur Verfügung stellen.

Dr. Hans-Adolf Jacobsen

Schachtner, Richard: Die deutschen Nachkriegswahlen. Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland, in den deutschen Bundesländern, in West-Berlin, im Saarland und in der Sowjetzone (DDR) 1946 bis 1956. München: Isar Verlag 1956. 98 S. DM 16,80.

Hier wird ein brauchbares Handbuch vorgelegt, das für jede Analyse der politischen Nachkriegsentwicklung Deutschlands von Nutzen sein wird. In übersichtlichen Tabellen und Schaubildern, die durch kurze Absrisse der jeweiligen

Wahlgesetze ergänzt werden, zeigt es die Zusammensetzung der Bundes- und Länderparlamente, der Regierungen sowie die politische Struktur in den Gemeinden seit 1946. Eine differenziertere Wiedergabe der Wahlergebnisse in der sowjetischen Besatzungszone wäre allerdings wünschenswert gewesen.

H. W. Kuhn

The State of Food and Agriculture 1956. Rom: Food and Agriculture Organization of the United Nations 1956. VIII, 143 S. \$ 1,50.

Soule, George: Mehr Zeit zum Leben. Ins Deutsche übertragen von Erwin Schuhmacher. Frankfurt/M.: Nest Verlag GmbH. 1956. 254 S. Kart. DM 6,80.

Stebbins, Richard P.: The United States in World Affairs 1954. Published for the Council on Foreign Relations. New York: Harper & Brothers 1956. XII, 498 S. \$ 6,—.

Stein, Eric: Some Implications of Expanding United Nations Membership. New York: Carnegie Endowment for International Peace 1956. 77 S. (Hektographiert).

Timber Industry in Europe. A Study by the Timber Committee. Paris: OEEC 1956. 134 S. (Trends in Economic Sectors, BO[56]14). ffrs. 550.

World Economic Survey 1955. New York: United Nations, Department of Economic and Social Affairs 1956. XI, 201 S. (E/2864; ST/ECA/38. Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden). \$ 2,—.

Der Weltwirtschaftsbericht der Vereinten Nationen für 1955 umfaßt nicht nur eine Analyse des genannten Jahres, sondern gibt ein weltumspannendes Bild der ersten zehn Nachkriegsjahre und enthält außerdem eine Untersuchung der gegenwärtigen Tendenz in allen Ländern einschließlich der sogenannten unterentwickelten Staaten. Dabei gelangte die Wirtschaftsabteilung des UN-Generalsekretariats zu der Feststellung, daß die gesamte Produktionsleistung der Weltwirtschaft einschließlich des Bergbaus und der Landwirtschaft im Jahre 1954 um zwei Drittel höher war als vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Kluft zwischen den wirtschaftlich entwickelten und den unterentwickelten Ländern sei keineswegs geringer, sondern noch größer geworden. Auch in den Ländern mit staatlich gelenkter Planwirtschaft sei eine beachtliche Produktionssteigerung zu verzeichnen, die jedoch an diejenige der privatwirtschaftlich orientierten Länder keineswegs heranreicht. Die künftige Entwicklung wird zurückhaltend beurteilt. Die UN erwarten vor allem eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion in den industriell hoch entwickelten Ländern mit spürbaren Rückwirkungen auf die unterentwickelten Gebiete.

E. W.

Bibliographien

Current Research on Central and Eastern Europe. Editor: Dagmar Horna. New York: Mid-European Studies Center, Free Europe Committee 1956. XVIII, 251 S. (Lithographiert).

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11,—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

November 1956

6. Jahrgang — Nr. 11

Die Tätigkeit des Europarats im Oktober 1956

Zweiter Teil der 8. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung

I. TAGUNGEN DES RATES

Beratende Versammlung

Der zweite Teil der achten ordentlichen Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung wurde am Montag, dem 15. Oktober, um 11.00 Uhr unter Vorsitz von Herrn Fernand Dehousse eröffnet. Der Präsident gedachte der verstorbenen Senatoren der italienischen Republik und Abgeordneten der Beratenden Versammlung, Herrn Stefano Perriers und Herrn Francesco Selvaggis sowie Herrn Léon Marchais, des Generalsekretärs des Europarats.

Nachdem Herr Dehousse der Versammlung den neuen Direktor, Herrn Gerhart Schlösser, vorgestellt hatte, verlas er Telegramme die er mit dem Ministerpräsidenten der Republik Polen, Herrn Cyrankiewicz, ausgetauscht hatte, das Ersuchen des Präsidiums der Versammlung betreffend Beobachter zu den Posener Prozessen zu entsenden (siehe „Mitteilungen des Europarats“ 6. Jahrg Nr. 9 — I). Er informierte außerdem die Versammlung über den Schriftwechsel, den er bezüglich der Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Beratenden Versammlung zur Beratung über das Problem des Suezkanals geführt hatte.

Mandatsniederlegung von Fräulein Klompé

Am Mittwoch, dem 17. Oktober, nachmittags, gab Herr Dehousse der Versammlung Kenntnis von einem Brief von Fräulein Marga Klompé, die seit 1949 Delegierte der Niederlande und Mitglied des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten war. Fräulein Klompé erklärt, daß sie infolge ihrer Ernennung zum Sozialminister in der neuen holländischen Regierung auf ihren Parlamentssitz verzichten mußte, da die beiden Ämter in den Niederlanden nicht miteinander vereinbar sind. Infolgedessen muß sie ihre Arbeit in der Beratenden Versammlung aufgeben.

Es wurde beschlossen, daß der Präsident Fräulein Klompé antworten und sie zu ihrer Ernennung beglückwünschen solle und dabei das Bedauern der Versammlung über das Ausscheiden einer Kollegin, deren Mitarbeit hoch geschätzt wurde, zum Ausdruck bringen möchte.

Neuer Vizepräsident der Versammlung

Der Präsident gab der Versammlung bekannt, daß er ein Telegramm des Vizepräsidenten der Versammlung, Herrn Johan Josefsson (Isländer) erhalten habe, der darin bedaure, daß seine Verpflichtungen als Mitglied des Althing ihn verhinderten, in Straßburg anwesend zu sein. Aus diesem Grund halte Herr Josefsson es für richtig, auf das Amt eines Vizepräsidenten der Versammlung zu verzichten.

Als Nachfolger von Herrn Josefsson in diesem Amt wurde von den skandinavischen Delegationen der ehemalige isländische Ministerpräsident, Herr Stefan Stefansson (Sozialdemokrat) vorgeschlagen, und er wurde durch Zuruf ernannt.

Zusatzbericht der Minister an die Versammlung

Der Zusatzbericht zu dem Siebten Bericht des Ministerkomitees an die Beratende Versammlung (Dok. 543) wurde von dem Präsidenten des Komitees, Herrn Martino, am 17. Oktober, nachmittags, vorgelegt.

Wie Herr Martino andeutete, bezieht sich dieser Bericht auf einen verhältnismäßig kurzen Abschnitt (vom Ende des 1. Teils der 8. Sitzungsperiode bis zum Beginn des 2. Teils); es sei deshalb unvermeidlich, daß sein Inhalt (auf den später in den entsprechenden Abschnitten eingegangen wird) nur provisorischen Charakter habe.

Der Präsident des Komitees ging zunächst auf eine Frage von Herrn van der Goes van Naters (Holländer) ein, hinsichtlich der bisherigen Erfahrungen der Regierungen, was den Artikel 25 (Recht der Individualbeschwerde) der Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten betrifft, und erklärte, daß er zwar nicht für die Regierungen antworten könne, die diese Bestimmung nicht anerkannt haben, dafür aber versichern könne, daß die Anwendung des Artikels 25 keine Schwierigkeiten bei denjenigen Regierungen verursacht habe, die das Recht der Individualbeschwerde bei der Kommission der Menschenrechte akzeptiert haben.

Auf eine Frage der Herren MacBride (Irländer) und Lannung (Däne) erklärte Herr Martino, daß das Ministerkomitee bereits die Frage der Unterrichtung der NATO über die Tätigkeit des Europarats und die Unterrichtung des Rates über die nichtmilitärische Tätigkeit der NATO geprüft habe.

Im Verlaufe der Debatte brachte Herr Lannung (Däne) eine schon früher formulierte Anregung vor: Weshalb legt das Ministerkomitee nicht jedes Jahr der Versammlung die Fortschritte, die beim Aufbau Europas — nicht nur durch den Rat, sondern ebenso von den anderen europäischen Organisationen — erzielt worden sind, dar? Herr Lannung stellte auch die Frage nach der Möglichkeit einer Verschmelzung des Europarats und der OEEC. Der Europarat würde die Versammlung stellen und die OEEC das Ministerkomitee, das mit der gesamten Vollmacht des Ministerkomitees des Europarats ausgestattet wäre.

Herr Crosbie (Irländer) drückte seine Unzufriedenheit über die geringen Fortschritte in der Prüfung der Transporterleichterungen für Flüchtlinge aus. Bezüglich des allgemeinen Problems der Grenzformalitäten unterstützte er mit Nachdruck den Vorschlag, den Herr Lannung den Ministerstellvertretern im September unterbreitet hatte, diese Frage im Geist von „Messina“ zu regeln.

Herr Crosbie befaßte sich außerdem mit der Frage der Beziehungen zwischen den Ausschüssen der Regierungssachverständigen und den Ausschüssen der Versammlung. Besonders erwähnte er den Konventionsentwurf über die Auslieferung und fragte, ob der

Präsident des Ausschusses der Regierungssachverständigen nicht vor dem Ausschuß für juristische Fragen der Versammlung erscheinen könne um dessen Standpunkt kennenzulernen Herr *Kopi* (Deutscher) sprach von den anomalen Fällen die sich durch die territorialen Veränderungen infolge der beiden Weltkriege ergeben hätten. Viele Personen seien staatenlos; andere hätten mehrfache Staatsangehörigkeit. Diese anomalen Fälle wären durch eine europäische Konvention zu verringern, wenn nicht ganz zu beseitigen.

Der Europarat könnte die Staaten auffordern, in Anwendung der Haager Konvention zum Beispiel die Möglichkeit auszuschließen, daß bestimmte Personen in zwei verschiedenen Ländern zum Wehrdienst einberufen würden.

Zum Abschluß der Debatte gab Herr *Martino* eine Erwiderung. Hinsichtlich des Fortschritts der europäischen Integration versicherte er Herrn *Lannung*, daß er der getreue Interpret seiner Ideen und seiner Wünsche beim Ministerkomitee sein werde. Bezüglich der Frage nach der Tätigkeit des Rates und der Organisation des Nordatlantikpakts sagte er, er glaube nicht, daß die Bildung des Komitees der „Weisen“ der NATO die Gefahr der Überschneidung mit den schon bestehenden Organen mit sich bringe. Dieses Komitee werde sich tatsächlich nur mit den wirtschaftlichen Aspekten der Verteidigungsfragen befassen.

Was die durch das Vorgehen der Messinakonferenz eingeleitete Regelung des Problems der Grenzformalitäten betrifft, erklärte der Redner, daß sie noch dem Ministerkomitee zur Prüfung vorliege.

Der Präsident schloß darauf die Debatte. Der Zusatzbericht wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Versammlung wird keine Gesamtantwort auf den Zusatzbericht des Ministerkomitees ausarbeiten, sondern die Ausschüsse können neue Empfehlungen- oder Entschließungsentwürfe über in diesem Bericht behandelte Fragen vorlegen.

Debatten und angenommene Texte

Ein Kurzbericht der Debatten der Versammlung und der Texte der Empfehlungen und Entschließungen, die angenommen wurden, erscheint in den verschiedenen Abschnitten.

Der Bericht über die vierte gemeinsame Sitzung der Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung und der Beratenden Versammlung, die am Samstag, dem 20. Oktober, stattfand, wird in dem Kapitel „Wirtschaftsfragen“ gebracht.

Schluß des zweiten Teils der Sitzungsperiode

Am Freitag, dem 26. Oktober, um 17.00 Uhr erklärte der Präsident die achte ordentliche Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung für vertagt.

Die Versammlung gab ihre Zustimmung dazu, daß der dritte Teil der Sitzungsperiode vom 8. bis 11. Januar 1957 stattfindet.

Präsidium und Ständiger Ausschuß

Das Präsidium und der Ständige Ausschuß haben vor der Eröffnung der Sitzung getagt; das Präsidium ist außerdem mehrmals während der Sitzung zusammengetreten. Es soll das nächste Mal am 19. November in Paris tagen.

II. POLITISCHE FRAGEN

Allgemeine Politik des Europarats

Am Donnerstag, dem 18. Oktober, vormittags, eröffnete Herr *Lodovico Benvenuti* (Italiener, Christl.-Dem.) als Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten die allgemeine Debatte über „Die Politik des Europarats im Licht der letzten Entwicklung der internationalen Lage“.

Zwei Berichte lagen der Versammlung vor, von denen der erste (Dok. 539) die jüngsten Ereignisse für die Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Politik dem Osten gegenüber betraf, während der zweite (Dok. 539. Zusatz) sich besonders mit dem Problem des Suez-Kanals befaßte. Jeder Bericht enthält vorläufige Schlußfolgerungen, die hier folgen:

Über die allgemeine Politik:

1. „Entstalinisierung“ bedeutet keinen Wandel in den grundlegenden Zügen der bolschewistischen Herrschaft, sondern nur in ihren Methoden; das Endziel bleibt der Sieg des kommunistischen Lagers, wobei der gegenwärtige Angriffspunkt die Beziehungen des Westens zu seinen früheren Kolonialgebieten ist. Es wird jedoch zugestanden, daß selbst eine geringfügige Liberalisierung „eine Bewegung in Gang bringen könnte, die, ausgehend von den Satellitenstaaten, allmählich den Bolschewismus selbst umformen könnte“.

2. Was ihre Innenpolitik betrifft, sollten die westlichen Staaten durch gesetzgeberische und verfassungsmäßige Mittel die Demokratie in ihrem Kampf gegen Versuche stärken, die Freiheit der Staatsbürger in einem demokratisch regierten Land für totalitäre Zwecke auszunutzen; in dem Bericht wird hinzugefügt, daß „dies nicht notwendigerweise die Unterdrückung der totalitären Parteien in sich schließen muß“. Was die Außenpolitik betrifft, sollte der Westen „politische und psychologische“ Schritte unternehmen, um die spontan aufkommenden neuen Gedankenrichtungen in der kommunistischen Welt zu ermutigen, wobei zwischen den Satellitenstaaten und Rußland selbst zu unterscheiden wäre. Er sollte seine Versuche fortsetzen, ein allgemeines internationales Abkommen über *gleichzeitige Abrüstung* zu erreichen; die Versammlung könnte die Regierungen auffordern, ein sofortiges Abkommen über das Verbot von Versuchen mit Atombomben, unter gegenseitiger Kontrolle anzustreben. Die *deutsche Wiedervereinigung* wird von allen europäischen Nationen als das sine qua non besserer Beziehungen zwischen Europa und Rußland angesehen; dieses wird niemals die dauernde Anerkennung des status quo in Deutschland oder Osteuropa erreichen. Der Westen ist moralisch und sachlich berechtigt zu fordern, daß den osteuropäischen Ländern ihre Entscheidungsfreiheit zurückgegeben wird, und klar herauszustellen, daß ihre wirtschaftliche und soziale Struktur ausschließlich eine Angelegenheit ihrer eigenen Wahl ist. Keinerlei Regelung der deutschen Frage dürfte die Zukunftsaussichten dieser Länder aufs Spiel setzen.

3. Die Beziehungen zwischen dem Westen und den *nicht durch Bündnisse festgelegten Staaten* müssen auf eine neue Grundlage gestellt werden. — der Westen müßte alle solche Schritte vermeiden, die den Eindruck erwecken könnten, als ob er diese Länder als völlig gleichgesinnte Partner ansehe, und diese müßten ihrer-

seits anerkennen, daß in der Erhaltung ihrer Freiheit und des demokratischen Systems und in der Aufrechterhaltung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit von Verträgen ein gemeinsames Interesse sie mit dem Westen verbindet.

4. Der Westen sollte seine Bereitwilligkeit bekanntgeben, ein umfassendes Programm der wirtschaftlichen und technischen Hilfe für die unterentwickelten Länder in Europa selbst, in den überseeischen Gebieten, in denen europäische Länder besondere Verpflichtungen haben, sowie in der übrigen Welt einzuleiten. Diejenigen Länder, die Unterstützung erhalten, müßten „solche elementaren Verpflichtungen auf sich nehmen“, wie die Erfüllung unterzeichneter Abkommen und den zweckmäßigen Gebrauch der erhaltenen Gelder.

5 Die atlantische Gemeinschaft sollte durch enge Koordination der auswärtigen und der Wirtschaftspolitik innerhalb der NATO gestärkt werden, außerdem durch die Organisation einer zweiten „Straßburger Konferenz“ frühzeitig im Jahre 1957, an der Mitglieder der Versammlung und des nordamerikanischen und des kanadischen Parlaments teilnehmen würden.

6. Bei den an dem Cypern-Problem beteiligten Mitgliedstaaten müßte darauf gedrängt werden, daß sie ihr Äußerstes tun, um eine baldige Lösung des Problems zu erreichen.

7. Im Hinblick auf die „Gestaltung der europäischen Gemeinschaft“ sollte die Versammlung die Regierungen drängen, den Euratom-Vertrag vor Ende des Jahres abzuschließen.

Über Suez:

1. Die rechtsmäßigen Ansprüche und Interessen der Staaten, denen an der Freiheit der Schifffahrt gelegen ist, müssen gewährleistet werden; die sechs von dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 14. Oktober einstimmig angenommenen Grundsätze scheinen den Zielen dieser Staaten in diesem Punkte zu entsprechen.

2. Das eigentliche Problem besteht deshalb darin, diese Ziele und Grundsätze durchzusetzen. Eine Lösung der von dem Allgemeinen Ausschuß besondere Beachtung geschenkt wurde, wäre die Errichtung einer internationalen Organisation, an welcher Vertreter der an der Kanalschifffahrt interessierten Mächte beteiligt sein würden: Die Stimmen in dieser Körperschaft müßten verteilt werden „entsprechend dem Verhältnis der Schiffstonnage, die unter jeder Nationalflagge den Kanal passiert, und dem Ausmaß, in dem die Volkswirtschaft eines jeden Landes von der Kanaldurchfahrt abhängig ist“. Die neue Körperschaft müßte ermächtigt werden, Maßnahmen zu bestimmen, um die Verwaltung des Kanals und die Freiheit der Schifffahrt zu sichern, Unterlassungen und Verfehlungen durch den Staat, der die Souveränität über das Kanalgebiet ausübt, festzustellen und vor einem besonderen Gerichtshof Beschwerde zu führen. Wenn der Gerichtshof gegen diesen Staat entscheidet, würde damit die rechtliche Grundlage für einzeln oder gemeinschaftlich durchgeführte Sanktionen gegeben sein.

Eine Lösung dieser Art, der von beiden Seiten wirklich zugestimmt und die der Oberhoheit der UN unterstellt würde, könnte die Beendigung des Kanal-Problems herbeiführen. Aber die Kanalbenutzer werden

nur dann dieses Ziel erreichen, wenn sie entschlossen und einig bleiben: „Man kann nicht nach dem Grundsatz verhandeln, daß jegliche Abmachung annehmbar ist, weil sie eine Krise beendet...“

3. Um die allgemeine Frage zu lösen, wie die Einhaltung freiwillig eingegangener internationaler Verträge sicherzustellen wäre, könnten die Mitgliedstaaten gemeinsam vorschlagen, daß die UN einen Gerichtshof einsetzten, der von selbstsüchtigen Erwägungen unbeeinflusst wäre und dessen Entscheidung, daß ein internationaler Vertrag verletzt worden sei, automatisch zur Anwendung einzelner oder gemeinschaftlicher Sanktionen gegen den zuwiderhandelnden Staat ermächtigen würde.

Nachdem Herr Benvenuti diese Berichte vorgelegt hatte, erteilte der Präsident Herrn Gaetano Martino das Wort.

Der italienische Außenminister sagte, die Suez-Krise wäre nicht in dieser plötzlichen und gefährlichen Form zum Ausbruch gekommen, wenn die europäische Solidarität größer gewesen wäre: Tatsächlich scheine es Europa bestimmt zu sein, in unaufhaltsamen Verfall zu geraten, wenn es seinen Staaten nicht gelänge, ihre Kräfte rechtzeitig zu vereinigen. Der technische Fortschritt verlange die Konzentration aller verfügbaren Hilfsmittel und aller Energie, aber die erforderliche Macht der Konzentration liege nicht in der Reichweite eines einzelnen europäischen Landes, sondern sei nur für sie alle zusammen erreichbar. Für die italienische Regierung gebe es keine Frage der Wahl zwischen der internationalen und der supranationalen Lösung als Mittel zur Erreichung der erstrebten Einheit. Abkommen zwischen einzelnen Regierungen seien notwendig, um auf die Schaffung supranationaler Körperschaften hinzuwirken und sie zu stützen; gewiß würden sie während der möglicherweise langen Übergangsperiode zwischen dem Zeitalter der Staatssouveränität und demjenigen eines integrierten Europa notwendig sein. Die alte Methode des Koordinierens der Aktionen verschiedener Staaten sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur insofern von Nutzen, als sie die Schaffung von Organen fördere, die auf höherer Ebene arbeiteten und mit der Leitung „gemeinsamer Einrichtungen“ betraut würden. Vorläufig sollten sich die Bemühungen auf die Errichtung von Euratom und des gemeinsamen Marktes konzentrieren; wenn jedoch eine politische Initiative ratsam wäre, um den Glauben der europäischen Völker und die Bereitschaft ihrer betreffenden Regierungen zu stärken, so wäre vielleicht an ein Treffen der Ministerpräsidenten zu denken, bei dem die geeignetsten Mittel zur Förderung der Arbeit der praktischen Organisationen geprüft werden könnten.

Nachdem der Redner dann von der großen Befriedigung gesprochen hatte, mit der die letzten Nachrichten aus dem Vereinigten Königreich in Europa aufgenommen worden seien, hob er hervor, daß mit jedem Fortschritt auf dem Weg zur Einheit — und wenn er auch nur im Rahmen Kleinen Europas gemacht würde — die anderen europäischen Länder immer mehr für die Idee gewonnen würden. Der beste Weg, Kleinen Europas zu einem Großen Europa auszugestalten bestehe in der Stärkung des Zusammenhalts der Sechs: Einheit

erzeuge größere Einheit. Ein vereinigtes Europa würde es in seinen Beziehungen zu der übrigen Welt leichter haben, denn der heutige Zustand der Furcht und Ungewißheit in den europäischen Ländern wirke sich in dieser Hinsicht gewiß negativ aus. Vor allem würden sich die Beziehungen zu Amerika verbessern: Europa blicke auf Amerika wie auf seine eigene Zukunft, und wenn es sich so seiner Zukunft zuwende, käme es gleichzeitig Amerika näher, da seine Fähigkeit, es zu verstehen, ständig wüchse. Die amerikanische Hilfe habe Europa die Chance gegeben, wieder von vorn anzufangen. Nun müßten die europäischen Völker selbst den letzten Schritt tun, in der Gewißheit, daß sie dadurch mithelfen würden, die freie Welt wieder aufzubauen, und zwar an der Stelle, wo sie am schwächsten sei.

Der Präsident erteilte darauf Herrn Goedhart (Holänder, Sozialist) das Wort, der im Rahmen der Generaldebatte über die Lage und Zukunft der unterworfenen europäischen Nationen sprach. Eine Zusammenfassung seiner Rede wird unten im Abschnitt „Nicht vertretene Nationen“ gebracht.

Ausführungen von Vertretern der Ministerien

In seinem Exposé, das er im Laufe der Debatte gab, erläuterte Herr Gérard Jaquet zunächst die Gründe für die Empfindlichkeit der französischen öffentlichen Meinung in der Angelegenheit des Suezkanals und sagte, daß sie von zweierlei Art seien. Praktisch: Die französische Wirtschaft ist mit der Existenz des Kanals eng verbunden; gefühlsmäßig: Frankreich ist es, von dem die Idee des Kanals ausgegangen ist und das ihn verwirklicht hat.

Die Verstaatlichung sei keineswegs mit der Verstaatlichung eines nationalen Unternehmens zu vergleichen; es ständen hier allgemeine Interessen mit auf dem Spiel. In der Aktion Oberst Nassers äußere sich ein Expansionismus, der der Entwicklung des internationalen Gesellschaftsdenkens gerade entgegengesetzt sei. Könne man nach solchen Feststellungen noch versichern, daß für den Kanal die freie Durchfahrt garantiert bleibe? Nur in einer einzigen Form könne diese Garantie gegeben sein: der internationalen Verwaltung. Wie stehe es mit den möglichen Aussichten für diese Lösung? Eine Mehrheit im Sicherheitsrat zu ihren Gunsten sei an dem sowjetischen Veto gescheitert.

Frankreich und Großbritannien hätten sich also ihre Handlungsfreiheit bewahrt.

Herr Gérard Jaquet bedauerte abschließend, daß die Westmächte die Annahme einer gemeinsamen Linie für ihr Vorgehen versäumt hätten. Er ziehe daraus zwei Lehren: Man müsse die Euratom verwirklichen; man müsse außerdem die Politik der europäischen Staaten in Einklang miteinander bringen und „unsere Nationen dahin führen, eine echte europäische Diplomatie zu definieren“.

Der griechische Staatsminister und ehemalige Abgeordnete bei der Beratenden Versammlung, Herr Grégoire Cassimatis, erinnerte an die ersten Jahre des Europarats und übte ernste Kritik an der späteren Entwicklung dieser Organisation, wobei er vor allem bedauerte, was er die Teilung Europas durch Schaffung

der Union der „Sechs“ nannte; der erste Schritt dazu sei durch die Errichtung der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl getan worden.

Auf die Cypernfrage eingehend bemerkte der Redner, daß nach seiner Ansicht die Versammlung wenigstens eine Untersuchungskommission hätte einsetzen können, die aus Abgeordneten der nicht beteiligten Länder hätte bestehen müssen und an Ort und Stelle die Lage geprüft und den Willen der Bevölkerung erkundet hätte, um die Versammlung in die Lage zu setzen, sich eine wohlbegründete, von den bei jeder Sitzung vorgebrachten Argumenten der verschiedenen Abgeordneten unabhängige Meinung zu bilden.

Jetzt oder nie, sagte Herr Cassimatis zum Abschluß, sei der Augenblick für den Europarat, auf den richtigen Weg zurückzukehren und die unheilvollen Unterteilungen in sechs, sieben, fünfzehn oder sechzehn Nationen zu beseitigen und sich wieder auf die Solidarität der großen freien Nationen Europas, das Zusammenwirken ihrer Interessen und auf die unerschütterlichen Ideale der Freiheit und der Gerechtigkeit, mit einem Wort, auf die europäische Idee zu besinnen.

Der türkische Botschafter in London und ehemalige Vizepräsident der Beratenden Versammlung, Herr Suat Ürgüplü, hob zunächst hervor, daß seine Regierung die Wiedervereinigung Deutschlands wünsche, in der Voraussetzung, daß diese Wiedervereinigung als die eigentliche Grundlage einer politischen Stabilität und eines sicheren und dauerhaften Friedens angesehen werden könne. Wenn dieses Problem einmal gelöst sei, könne man leichter an die Lösung einer Anzahl von anderen Fragen, die die Europäer beschäftigten, herangehen, wie die Abrüstung, die Lage der Länder hinter dem Eisernen Vorhang, die Hebung des Lebensstandards in den unterentwickelten Ländern, die Verwirklichung von Zielen, die sich die verschiedenen internationalen Institutionen gesetzt haben.

Auf die Cypernfrage eingehend, betonte der Redner die große Bedeutung und den Wert, den seine Landsleute der türkisch-griechischen Freundschaft beimäßen. Um die Zukunft für kommende Generationen zu sichern, sei es notwendig, Geduld und Klugheit zu beweisen: Kein Land habe das Recht, das Werk seiner Verbündeten zu schwächen und so zu dem Erfolg seiner Gegner beizutragen.

Cyprn, das 60 km entfernt von der Türkei, aber mehr als 800 km von Griechenland entfernt liege, kontrolliere alle Häfen der Südtürkei, alle Ölleitungen des Mittleren Ostens und alle Erdölgebiete dieser Gegend. Wenn man eine gerechte Lösung dieser brennenden Frage finden wolle, müsse man den verbrecherischen Anschlägen auf das Leben völlig unschuldiger Menschen ein Ende setzen. Griechenland müsse aufhören, dieses Problem vor alle möglichen internationalen Tagungen zu bringen und andererseits gewisse militärische Übungen der NATO zu boykottieren. Ebenso müsse es damit ein Ende machen, das glatte Funktionieren des Ständigen Rates des Balkanpakts zu behindern. Der Redner meinte jedoch, daß „wir mit unseren griechischen Freunden über das Schlimmste hinaus sind“. Abschließend sagte Herr Ürgüplü, die öffentliche Meinung müsse nun beruhigt werden, damit man

wiederaufbauen könne, was unnötigerweise zerstört worden sei.

An der Debatte beteiligten sich folgende Mitglieder der Versammlung:

Herr Max Becker (Deutscher, FDP), Herr Ole Bjorn Kraft (Däne, Konserv.), Herr Natale Santero (Italiener, Chr.-Dem.), Herr Giuseppe Bettiol (Italiener, Christl.-Dem.), Herr Bruno Pittermann (Österreicher, Sozialist), Herr Ludwig Metzger (Deutscher Sozialist), Herr Ernest Pezet (Franzose, MRP), Herr Tassis Droulia (Grieche, ERE), Herr Basri Aktas (Türke, Demokrat), Herr Savvan Loizides (Grieche ERE), Herr Giuseppe Vedovato (Italiener, Christl.-Dem.), Herr Reginald Paget (Engländer, Arbeiterpartei), Sir James Hutchison (Engländer, Konservativer), Herr Pierre-Henri Teitgen (Franzose, MRP), Herr Ernest Popplewell (Engländer, Arbeiterpartei), Herr James Dickson (Schwede, Konservativer), Herr Jean Legendre (Franzose, Unabh. Bauernpartei), Herr J. J. R. Schmal (Holländer, Christl.-Histor. Partei), Herr Carlo Schmid (Deutscher, Sozialist), Herr Kurt-Georg Kiesinger (Deutscher, CDU), Herr Gérard Jaquet, französischer Unterstaatssekretär für Information, Herr Grégoire Cassimatis, griechischer Staatsminister, Herr John MacLay (Engländer, Nat.-Lib. u. Konserv.), Herr Antonio Azara (Italiener, Chr.-Demokr.), Herr Paolo Treves (Italiener, Soz. Dem.), Herr Declan Costello (Irländer, Fine Gael), Herr François de Menthon (Franzose, MRP, Präsident des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten), Herr Henri Rolin (Belgier, Sozialist), Herr John Edwards (Engländer, Arbeiterpartei), Herr Suat Urgüplü, türkischer Botschafter in London, als Stellvertreter des türkischen Außenministers, Herr Karl Mommer (Deutscher, Sozialist), Herr Karl Wistrand (Schwede, Kons.), Herr Etienne de la Vallée Poussin (Belgier, Christl.-Soz.), Lord Layton (Engländer, Liberaler), Herr Frans van Cauwelaert (Belgier, Christl.-Soz.), Herr Godfrey Nicholson (Engländer, Konserv.), Herr Séan MacBride (Irländer, Clann na Poblachta), Herr Hendrie Oakshott (Engländer, Konserv.), Herr Aldo Spallaci (Italiener, Republik.), Herr James Crosbie (Irländer, Fine Gael), Herr Per Federspiel (Däne, Gemäßigter Liberaler), Herr Gerald Boland (Irländer, Fianna Fail), Herr Christophe Kalenzaga (Unabhängiger v. Übersee), Herr Evangelos Savopoulos (Grieche, ERE), Herr Hermod Lannung (Däne, Soz. Liberaler), Herr Otto Lenz (Deutscher, CDU) und Herr Hayrettin Erkmen (Türke, Demokrat).

Die von Herrn Benvenuti vorgelegten Berichte wurden anschließend an den Ausschuss für Allgemeine Angelegenheiten zurückverwiesen.

Am Freitag, dem 26. Oktober nachmittags, brachte der Vizepräsident des Ausschusses, Herr Paul Struye, in der Versammlung die Entwürfe einer Empfehlung einer Entschließung und einer Direktive ein, die auf den ursprünglichen Berichten den während der Debatte gegebenen Anregungen und Kommentaren und auf Abänderungsvorschlägen beruhten die von Herrn Kalbitzer beziehungsweise Herrn Edwards, Herrn Nicholson sowie Herrn Moutet und Herrn Le Bail gemacht worden waren. Eine weitere Abänderung von Herrn Droulia wurde als unzulässig abgewiesen, da sie

nicht innerhalb der festgesetzten Zeitgrenze vorgelegt worden war.

Die Versammlung schritt darauf zur Abstimmung über den Entwurf der Entschließung nach einzelnen Abschnitten. Der erste Teil wurde mit 65 Stimmen gegen 1 Stimme bei 7 Enthaltungen angenommen; der zweite Teil einstimmig, bei 4 Enthaltungen; der dritte Teil mit 56 gegen 7 Stimmen bei 10 Enthaltungen; der letzte Teil mit 55 Stimmen gegen 1 Stimme bei 16 Enthaltungen. Mit 74 gegen 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen die gesamte Entschließung in folgendem Wortlaut an:

Entschließung 112

I

„Die Versammlung

stellt fest, daß die Haltung der ägyptischen Regierung in der Sache der Verstaatlichung der Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez unvereinbar ist mit dem Geist internationaler Zusammenarbeit und das Vertrauen untergräbt, das für gute Beziehungen zwischen den Nationen unerlässlich ist; sie verurteilt dieses einseitige und willkürliche Vorgehen, das nur dazu angetan ist, eine schwere internationale Krise heraufzubeschwören. Jede Veränderung in den Betriebsbedingungen des Suezkanals interessiert ganz besonders die westlichen Nationen, die unbedingt berechtigt sind, von Ägypten die gleichen Garantien für die Durchfahrt durch den Kanal zu fordern, wie sie sich aus der Konvention von 1888 und aus den Konzessionsverträgen der Compagnie Universelle ergaben;

ist der Auffassung, daß die von den 18 Mächten auf der Londoner Konferenz angenommenen Vorschläge eine gerechte und brauchbare Verhandlungsgrundlage für eine friedliche Regelung des Streitfalles darstellen;

billigt die beiden Teile der französisch-britischen Entschließung vom 14. Oktober 1956; der erste Teil dieser Entschließung wurde einstimmig und der zweite Teil von allen Mitgliedern des Sicherheitsrates mit Ausnahme der beiden kommunistischen Mächte angenommen.

Die in Übereinstimmung mit den vom Sicherheitsrat angenommenen Grundsätzen geschaffene Verwaltungsform sollte eine internationale Körperschaft umfassen, die mit der territorialen Souveränität Ägyptens vereinbar ist und über die erforderlichen Machbefugnisse verfügt, um eine zuträgenstellende Verwaltung des Kanals und die Wahrung der Freiheit der Schifffahrt ohne jede Diskriminierung zu gewährleisten.

II.

Die Versammlung

stellt fest, daß das Verhältnis zwischen Israel und den arabischen Staaten sich ständig verschlechtert und daß diese Situation eine ernste Gefahr für den Frieden im Mittleren Osten darstellt;

ist der Auffassung, daß es gefährlich und wenig realistisch ist, jede Gefährdung des Friedens im Mittleren Osten isoliert und ohne Berücksichtigung der Gesamtsituation in diesem Gebiet zu betrachten;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend auf, sich über eine gemeinsame Politik hinsichtlich der Frage des Verhältnisses zwischen dem Staat Israel und seinen arabischen Nachbarländern schnellstens zu verständigen, mit dem Zweck, den gegenwärtigen Kriegszustand zu beendigen.

III

Die Versammlung

stellt fest, daß der Streitfall betreffend die Insel Zypern eine ernste Gefahr für die Aktionseinheit der

Mitgliedstaaten des Europarats, besonders im Mittelmeerraum, darstellt;

fordert die interessierten Länder dringend auf, alle Anstrengungen zu machen, um über die Frage zusammen zu beraten und so schnell wie möglich zu einem Übereinkommen zu gelangen;

stellt sich den Regierungen zur Verfügung, um, falls es ihnen möglich scheint, zu einem solchen Übereinkommen beizutragen;

bittet das Präsidium, dieses Angebot den Mitgliedsregierungen zur Kenntnis zu bringen.

IV

Die Versammlung

ist der Auffassung, daß es unerlässlich und dringend notwendig ist, die atlantische Solidarität im Rahmen des Nordatlantikpaktes zu stärken, dessen Hauptzweck die Verteidigung der westlichen Länder ist. Der Rat der NATO sollte in der Lage sein, eine ständige Koordinierung der Außenpolitik der Mitgliedsländer bei allen Problemen von gemeinsamem Interesse, die sich innerhalb oder außerhalb des Anwendungsbereichs des Vertrages ergeben, zu sichern. Die NATO sollte ebenfalls eine wirksame Anwendung des Artikels 2 des Vertrages gewährleisten. Auf psychologischem Gebiet müßte gleichzeitig der Versuch gemacht werden, zum gegenseitigen Verständnis der verschiedenen Standpunkte der Mitgliedstaaten der NATO zu gelangen.

Die nun folgende Empfehlung wurde mit 77 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen

Empfehlung 105

„Zum Abschluß der Debatten, die nach seit 1953 eingeführtem Brauch bei den April- und Oktober-Sitzungen der Versammlung über die Politik des Europarats im Licht der letzten Entwicklung der internationalen Lage und vor allem über eine europäische Politik gegenüber dem Osten abgehalten worden sind,

In Erwiderung auf die Entschließung (55) 35, durch die das Ministerkomitee die Versammlung bat, »in ihren Anstrengungen weiter fortzulahen, so daß die Ost-West-Probleme von einem gemeinsamen europäischen Standpunkt aus erwogen und erörtert werden«,

In der Überzeugung, daß die internationale Entwicklung mit jedem Tag die Aktionseinheit der Mitgliedstaaten, ohne die die lebenswichtigen Interessen Europas nicht gewahrt werden können, notwendiger macht,

In der Erwägung, daß die Betätigung der Versammlung hinsichtlich der allgemeinen Politik nur praktisch wirksam werden kann, wenn das Ministerkomitee für die Anwendung der Hauptgrundsätze, die sich aus diesen Debatten entwickeln, Sorge trägt,

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

(I) als erste Etappe durch beständigere und besser organisierte Tätigkeit die Koordinierung der Außenpolitik der verschiedenen Staaten zu sichern und, als zweite Etappe, eine gemeinsame Politik in den für Europa lebenswichtigen Fragen zu entwerfen und durchzuführen,

(II) unter den gegenwärtigen Umständen sich von den folgenden Grundsätzen leiten zu lassen, auf denen diese gemeinsame europäische Politik beruhen sollte:

A. Beziehungen zwischen Ost und West

1. Die Versammlung stellt mit Bedauern fest, daß seit den Genter Konferenzen von 1955 keinerlei Fortschritte in der Regelung der schwebenden europäischen Probleme, besonders hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands, gemacht worden sind. Sie erinnert

an den im Juli 1955 in Genf angenommenen Viererbeschluß, wonach „die Wiedervereinigung Deutschlands vermittels freier Wahlen in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und im Interesse der Sicherheit Europas erfolgen soll“. Sie fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um mit der UdSSR auf dieser Basis zu einem Übereinkommen zu gelangen, unter Bedingungen, die Deutschland erlauben würden, zur kollektiven Sicherheit beizutragen, ohne daß dadurch das Gleichgewicht der Kräfte in Europa verschoben würde.

Die Sowjetregierung sollte nicht übersehen, daß die Einheit Deutschlands für alle Völker Westeuropas eine Grundbedingung für die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen bleibt.

2. Die Versammlung begrüßt die mutigen und unmißverständlichen Demonstrationen des Wunsches nach Unabhängigkeit und Freiheit in den Ländern Mittel- und Osteuropas und spricht den Opfern der Unterdrückung ihre tiefe Anteilnahme aus. Wenn auch diese Länder für ihre wirtschaftliche und soziale Struktur nur selbst zuständig sind, so haben die westlichen Länder doch das Recht zu fordern, daß die durch freie Wahlen garantierte Entscheidungsfreiheit des Volkes dort wiederhergestellt wird. Jede andere Politik könnte nur zu neuen Erhebungen führen, die Sowjetrußland nicht auf die Dauer in Blut ersticken können wird.

Die Versammlung vertritt die Auffassung, daß allein das volle Selbstbestimmungsrecht der Völker einen dauerhaften Frieden in Mittel- und Osteuropa sichern kann und daß es also wichtig ist, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten unbedingt an diesem Grundsatz festhalten und ihn bei den Tagungen der Vereinten Nationen geltend machen. Besonders kommt es darauf an, daß im Falle ernster, den Frieden gefährdender Unruhen von der Art, wie sie sich gerade jetzt ereignet haben, die europäischen Regierungen unverzüglich darangehen, zu prüfen, ob es angebracht ist, die Frage vor den Sicherheitsrat zu bringen.

Die Versammlung bittet die Völker Europas, ihren Wunsch zu bekräftigen, auf allen Gebieten ihre traditionellen Beziehungen zu den Völkern Mittel- und Osteuropas weiter auszugestalten.

Die Versammlung weist auf die Entschließung 27 des Ministerkomitees vom Jahr 1954 hin, in welcher dieses sich mit der Versammlung in der Bekräftigung des Glaubens an die Einheit Gesamteuropas verbunden erklärt hatte.

3. Die Versammlung ist der Ansicht, daß einseitige Maßnahmen zur Verminderung der Streitkräfte und zur Rüstungsbeschränkung, obwohl sie zur Lockerung der Spannung beitragen können, doch kein Ersatz für ein internationales Abkommen sein würden, das allein ein gegenseitiges Vertrauen sichern kann. Sie betont die Notwendigkeit eines solchen Abkommens, das Atomwaffen sowie herkömmliche Waffen umfassen, ein wirksames Kontrollsystem schaffen und mit der Beseitigung der Ursachen der politischen Spannung verknüpft sein müßte.

Die Versammlung fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, sich um ein sofortiges Abkommen über die Kontrolle, die Begrenzung und schließlich das Verbot von experimentellen Wasserstoffbomben-Explosionen zu bemühen, da deren Auswirkungen die gesamte Menschheit beunruhigen. Das endgültige Abrüstungs-Übereinkommen könnte dadurch erleichtert werden.

B. Beziehungen zu den „nicht-festgelegten“ Ländern.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß gewisse Länder, die sich entschlossen haben, keine Bündnisse einzugehen, nichtsdestoweniger erkennen sollten, daß es in ihrem gemeinsamen Interesse wie im Interesse des Westens liegt, wenn sie ihre Unabhängigkeit bewahren und sich dafür einsetzen, daß in internationalen Angelegenheiten der Grundsatz der Unverletzlichkeit von Verträgen geachtet wird.

C. Hilfe für die unterentwickelten Gebiete

Die westlichen Länder sollten sich bereit erklären, unabhängig von Rüstungseinsparungen infolge eines Abrüstungs-Abkommens zu einem umfassenden finanziellen und technischen Hilfsprogramm zugunsten der unterentwickelten Gebiete beizutragen. Diese Hilfe, ein Zeugnis menschlicher Solidarität, sollte ohne Rücksicht auf Vorteile oder politische und wirtschaftliche Rivalität in einer Form gewährt werden, die die innere und äußere Freiheit der Nutznießer nicht berühren würde. Ihrerseits müßten diese solche elementaren Verantwortlichkeiten wie die Achtung bestehender Verträge und die richtige Verwendung der Kredite auf sich nehmen. Die Hilfe müßte sich nach drei Richtungen erstrecken; auf die unterentwickelten Gebiete in Europa selbst, die überseeischen Länder, in denen europäische Länder besondere Aufgaben übernommen haben, und auf unabhängige Länder.

Im übrigen hält die Versammlung ein Spezialstudium des Gesamtproblems für erforderlich.

Schließlich nahm die Versammlung einstimmig, abgesehen von drei Enthaltungen, folgende Direktive an:

Direktive 101

„Die Versammlung

schlägt vor, in naher Zukunft eine zweite »Konferenz von Straßburg« abzuhalten, zu der Delegationen des Kongresses der Vereinigten Staaten und des kanadischen Parlaments eingeladen werden sollten.“

Europäische Integration

Am Montag, dem 22. Oktober, vormittags, erläuterte der Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten, Herr Marinus van der Goes van Naters (Holländer, Arbeiterpartei) vor der Versammlung die politischen und institutionellen Aspekte des Plans eines gemeinsamen Marktes.

Er tadelte zunächst die „europäische Neurose, die aus seiner angeblichen Schwäche hervorgeht“. In Wirklichkeit sei Europa stark, sowohl was seine Hilfsmittel als auch was seine Kenntnis betreffe, unter der Voraussetzung, daß es sich zu organisieren versteht. Die Zollunion öffne den Weg für eine solche Organisation. Im 20. Jahrhundert sei es jedoch wichtig, daß die Verwirklichung einer Union nicht nur auf die Abschaffung der Zolltarife hinausgehe, sondern auch, wie Artikel 2 des Vertrags der EGKS besage, auf die wirtschaftliche Expansion, die Förderung der Beschäftigung und die Hebung des Lebensstandards. Die Schaffung des gemeinsamen Marktes schließe die Koordinierung der Wirtschafts-, Sozial-, Währungs- und Finanzpolitik der Mitgliedsländer ein. Wie Herr Spaak erklärt habe, bestehe außerdem unbestreitbar eine Bindung zwischen der Zustimmung zu dem gemeinsamen Markt und der Zustimmung zu geeigneten Institutionen, besonders eine auf dem Gebiet der allgemeinen und der Sozialpolitik zuständigen Exekutive;

dies seien Punkte, die in späteren Empfehlungen als obligatorisch angeführt werden könnten.

Bei den Institutionen handle es sich um die Versammlung und die Weisung, daß „spätestens mit Ablauf der Übergangsperiode die Mitglieder der Versammlung nach allgemeinem Wahlrecht gewählt werden sollen“. Das betreffe das Jahr 1970, und man brauche nicht besonders revolutionär zu sein, um anzunehmen, daß von jetzt bis 1970 in Europa sich ein gewisser Gemeinschaftsgeist gebildet haben könnte.

Die Errichtung einer Freihandelszone einschließlich Großbritanniens biete eine Rechtsgrundlage für dessen Assoziation mit dem gemeinsamen Markt, und diese Assoziation werde ohne Zweifel die Ratifikation des Vertrags durch die sechs Länder erleichtern. Eine Teilassoziation sei unannehmbar, weil bei ihr die grundlegenden, im wesentlichen politischen Ziele des gemeinsamen Marktes vollkommen vergessen würden. Ebenso werde es nicht möglich sein, die Landwirtschaft auszuschließen: eine totale Ausschließung wäre zum Beispiel für Italien und die Niederlande verhängnisvoll. Großbritannien scheine dem letzten Integrationsversuch gegenüber eine positivere Haltung einzunehmen. Wohlverstanden, der eigene Vorteil spiele dabei eine große Rolle, was ganz natürlich sei, und England könne selbst in einer Freihandelszone auch von allen Vorteilen des freien Marktes profitieren — aber es sei nicht nur der Vorteil, sondern es seien vielleicht auch Gründe gefühlsmäßiger, etwa politischer Art, die Großbritannien veranlaßten, sich für dieses Projekt zu interessieren. Ob es in diesem außerordentlich gefährlichen und kritischen Augenblick unserer Geschichte das Solidaritätsgefühl aufbringen könne, das es in zwei Kriegen so tapfer bewiesen habe? Herr Benvenuti habe gesagt, die Engländer müßten ihre europäische Politik von Grund auf überprüfen. Möchten sie sie doch überprüfen, aber in Straßburg!

Am folgenden Tag, Dienstag, dem 23. Oktober, legte der Redner in Zusammenhang mit der Debatte über die europäische Organisation auf dem Gebiet der Atomenergie einen Bericht über die *europäische Integration der parlamentarischen Organe* (Dok. 568) vor. Nachdem er die kürzlich in Paris zwischen den sechs Ministern geführten Besprechungen und die Probleme, die noch zu regeln bleiben, erwähnt hatte, sprach er über die institutionellen Aspekte von Euratom. Der Unterschied zu dem Aufbau der OEEC ist offensichtlich. Euratom werde eine eigene Rechtsordnung haben, deren Ergänzung eine echte parlamentarische Kontrolle sein würde. Aber das System sei zweideutig, denn das erste Organ von Euratom sei ein Ministerrat, an dessen Unantastbarkeit jede demokratische und parlamentarische Kontrolle abprallen müsse.

Die Lösung scheine in der Erweiterung der Vollmachten der europäischen Kommission während der Übergangsperiode und in der Kontrolle durch eine Versammlung zu liegen.

Welcher Art werde diese Versammlung sein? Herr van der Goes van Naters äußerte die Meinung, daß man alle Anstrengungen machen müsse, damit der europäische parlamentarische Geist sich nicht zum großen Nachteil der allgemeinen europäischen Politik in mehrere Sonderversammlungen einkapsle. Der Gedanke, aus einer erweiterten Beratenden Versamm-

lung eine Art von „parlamentarischem Pool“ zu machen, bei der die anderen europäischen Versammlungen vertreten wären, sei ausgezeichnet.

Zum Abschluß erklärte Herr van der Goes van Naters, daß in bezug auf Euratom eine bestimmte Politik verfolgt werden müßte, eine Politik, die nicht allein über unsere Energieversorgung entscheiden würde, sondern auch über unsere Gesundheit oder unsern Tod durch radioaktive Verseuchung.

Wenn man eine Exekutive mit eigener Verantwortlichkeit schaffen wolle, müsse man ebenfalls ein angemessenes Kontrollorgan schaffen. Wenn man eine Gemeinschaft ins Leben rufen wolle, müsse man gemeinschaftlichen Organen auf exekutiver und auf parlamentarischer Ebene zustimmen.

Sei der einmütig anerkannte Erfolg der EGKS nicht ihrer Organisation, ihren Institutionen, ihrer äußeren Form zu danken? Die Versammlung habe die EGKS immer ermutigt, und es sei heute, im Augenblick der Verwirklichung der großen Idee Robert Schumans, undenkbar, daß die Versammlung ihrer Tradition untreu werde.

Die allgemeine Debatte über die europäische Atomenergieorganisation wurde am 23. Oktober nachmittags fortgesetzt (die Zusammenfassung des Exposés des Berichtstatters des Ausschusses für Wirtschaftsfragen und die Namen der Abgeordneten, die an der Debatte teilnahmen, werden im Abschnitt „Wirtschaftsfragen“ gebracht).

Nach Schluß der Debatte nahm die Versammlung einstimmig den Empfehlungsentwurf über die parlamentarischen Organe der europäischen Institutionen sowie über den Entwurf einer Direktive des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten an. Anschließend folgt der Wortlaut:

Empfehlung 101

„Die Versammlung

wünscht, daß auf europäischer Ebene eine parlamentarische Kontrolle der wirklichen Vollmachten, die den europäischen Organisationen übertragen würden und damit außerhalb der Kontrolle der nationalen Parlamente ständen, eingesetzt wird;

stellt die fortschreitende Steigerung der parlamentarischen Arbeit fest, die eine Vereinfachung vor allem der Tätigkeit der parlamentarischen Organe der größeren Gemeinschaften in Beziehung zu denjenigen der beschränkten Gemeinschaften dringend erforderlich macht;

lenkt in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit des Ministerkomitees auf die Möglichkeit, daß die europäische Behörde für Atomenergie, deren Schaffung im Rahmen der OEEC vorgesehen ist, autonome Machtbefugnisse erhält, die sich der Kontrolle der nationalen Parlamente entziehen würden;

hofft, daß das gleiche Bestreben nach Vereinfachung die an der Konferenz über Euratom und über den gemeinsamen Markt beteiligten Mitgliedstaaten veranlassen wird, zu den schon bestehenden europäischen Versammlungen nicht noch weitere Institutionen hinzuzufügen;

wünscht, daß die Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung der EGKS oder der Versammlung von Euratom und derjenigen des gemeinsamen Marktes außerdem den Delegationen bei der Beratenden Versammlung angehören möchten, um an deren Sitzungen teilzunehmen, wenn die gleichen Probleme in dem größeren Rahmen der OEEC zur Debatte ständen;

stellt fest, daß diese Maßnahmen Folgerungen hinsichtlich der Koordination der Generalsekretariate und der Verwaltungen nach sich ziehen;

ist entschlossen, eine eingehende Studie des geeigneten Verfahrens zur Verwirklichung der oben angeführten Grundsätze zu unternehmen,

und empfiehlt dem Ministerkomitee,

daß die Regierungen, die aufgefördert sind, in dieser Sache, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, jede europäische Institution mit eigenen Befugnissen mit einem parlamentarischen Organ auszustatten. Beschlüsse zu fassen, jede Überschneidung zwischen den europäischen Versammlungen vermeiden sollen.“

Direktive 96

„Die Versammlung,

unter Bezugnahme auf ihre Empfehlung 101, die gewisse Grundsätze für die zukünftige Organisation der europäischen parlamentarischen Tätigkeit enthält,

beauftragt ihren Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten, im Zusammenwirken mit den anderen europäischen Versammlungen das geeignete Verfahren zur Verwirklichung der aufgestellten Grundsätze auszuarbeiten.“

Rolle und Arbeitsweise des Rates

Am Mittwoch, dem 17. Oktober, nachmittags, erstattete Herr Karl Mommer (Deutscher) im Namen des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten einen Bericht (Dok. 545) über die Rolle und die Arbeitsmethoden des Europarats.

Der Redner erklärte, er bringe keine neuen Vorschläge, der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten habe es aber für zweckmäßig gehalten, eine gewisse Zahl von Problemen wiederaufzugreifen, zu denen die Minister entweder nur unzureichend oder überhaupt nicht Stellung genommen hätten. Diese Probleme seien erneut, diesmal in Form einer Empfehlung, vorgelegt worden, um das Ministerkomitee zur Stellungnahme zu veranlassen.

Der Empfehlungsentwurf wurde von der Versammlung einstimmig in folgendem Wortlaut angenommen:

Empfehlung 99

„Im Verfolg ihrer Bemühungen, eine tatsächliche Zusammenarbeit zwischen der Versammlung und dem Ministerkomitee herzustellen und die Wirksamkeit des parlamentarischen Beitrages zu der Arbeit des Europarats zu erhöhen;

mit weiterer Ermutigung jeder Initiative, die auf die europäische Einheit gerichtet ist und zu wirksamen Mitteln greift, als die zwischenstaatliche Zusammenarbeit sie bietet;

unter Hinweis auf die Sonderbotschaft des Ministerkomitees (Dok. 238 vom 20. Mai 1954) mit einem Aktionsprogramm, das nur in engem Zusammenwirken mit der Versammlung ausgeführt werden kann;

hierbei mit Bezugnahme auf ihre früheren Vorschläge, wie sie in der Stellungnahme Nr. 13 dargelegt sind, und auf die in den Dokumenten 421 und 481 enthaltenen Antworten des Ministerkomitees;

mit der aus diesen Antworten sich ergebenden Feststellung, daß die Mehrzahl der Ansichten der Versammlung bis heute noch in keinerlei Form die Zustimmung des Ministerkomitees gefunden haben,

empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee,

daß es ihre wichtigsten Empfehlungen auf diesem Gebiet, wie sie nachstehend wiederholt werden, erneut prüfen möchte im Hinblick darauf, sie anzunehmen.

1. Das Ministerkomitee sollte die Vorabstimmung abschaffen, die durch die Bestimmungen der Entschlie-ßung (51) 62 über Teilübereinkommen gefordert wird, in denen es sich auch um die Frage der Zulässigkeit der Stimmenthaltung handelt (vgl. Stellungnahme Nr. 13, Abs. 35); falls das Ministerkomitee sich nicht in der Lage sähe, eine Empfehlung der Versammlung selbst in Form eines teilweisen Übereinkommens anzunehmen, müßte der statutenmäßige Bericht eine vollständige Darlegung der Gründe enthalten, die das Ministerkomitee zu dieser Einstellung veranlaßt haben.

In dem Dokument 481 erklärt das Ministerkomitee, daß es von den Vorschlägen der Versammlung zu diesem Punkt Kenntnis genommen habe und die Möglichkeit prüfen werde, daraufhin die Entschlie-ßung (51) 62 abzuändern. Die Versammlung ersucht nun um eine bestimmte Zusicherung in diesem Punkt.

2. »Die Versammlung sollte jedesmal konsultiert werden, wenn eine oder mehrere Regierungen beschließen, den anderen Regierungen Projekte europäischen Charakters zu unterbreiten, die in den Rahmen der Tätigkeit des Rates fallen« (vgl. Stellungnahme Nr. 13, Abs. 11). Diese Konsultation müßte in jedem einzelnen Fall frühzeitig genug stattfinden, so daß die Versammlung sich nicht vor unwiderrüchliche Entscheidungen seitens der Regierungen gestellt sieht. Sie müßte dann weiter fortgesetzt werden, damit in allen Stadien der Entwicklung eines beschlossenen Projekts der Standpunkt der Versammlung berücksichtigt werden könnte.

In seiner Antwort auf die Stellungnahme Nr. 13 (Dok. 481 vom 3. April 1956) hat das Ministerkomitee erklärt, daß eine Konsultation der Versammlung über Projekte europäischen Charakters nicht obligatorisch zu sein brauche; es war allerdings der Meinung, daß in den Fällen, wo es nützlich erschiene, die Versammlung einfach über solche Projekte informiert werden könnte, sobald die Regierungen ein vorläufiges Einverständnis erzielt hätten. Diese Antwort erscheint der Versammlung nicht allein nicht befriedigend (wegen ihres bedingten Charakters), sondern das Ministerkomitee hat auch bisher sein Angebot, die Versammlung »in den Fällen, wo es nützlich erschiene« zu konsultieren, nicht in die Praxis umgesetzt. Die Versammlung ersucht also das Ministerkomitee von neuem, sich damit einverstanden zu erklären, sie zu konsultieren und in dem ange-deuteten Sinne zu informieren.

3. Es wäre angebracht, »sie (die Versammlung) um ihre vorherige Stellungnahme zu den Fragen zu bitten, die bei den Sitzungen der Weltorganisationen auf der Tagesordnung stehen«, was ihr ermöglichen würde, »einen europäischen Standpunkt geltend zu machen, den die Mitgliedsregierungen bei den in Frage kom-menden Tagungen vertreten könnten«. (vgl. Stellung-nahme Nr. 13, Abs. 18).

Das Ministerkomitee hat diesen Vorschlag niemals beantwortet.

4. Das Ministerkomitee müßte »die Stellvertreter der Minister und die Sachverständigenausschüsse ermäch-tigen«, bei der Prüfung der Empfehlungen der Ver-sammlung »den Präsidenten und den Berichterstatter eines Ausschusses zu hören« (vgl. Stellungnahme Nr. 12, Abs. 6, Kap. I, Titel A II 1), und es müßte vor allem von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, wenn sich gewisse Schwierigkeiten bezüglich der Annahme einer Empfehlung der Versammlung ergeben.

In dem Dokument 481 wird erwähnt, daß das Mi-nisterkomitee sich schon für bestimmte Fälle mit einer Kontaktaufnahme zwischen den Abgeordneten der Versammlung und den mit der Ausarbeitung der Ent-würfe für Abkommen oder Konventionen beauftragten Sachverständigen einverstanden erklärt hat. Das be-

deutet nichts weiter als die Billigung des Grundsatzes der Konsultation der Präsidenten und der Ausschü-ßerichterstatte der Versammlung auf einer ad hoc-Basis. Die Versammlung ist der Auffassung, daß die-ses Verfahren des Anhörens eine ständige Einrichtung werden sollte; es müßte auf jeden Fall angewandt werden, wenn Schwierigkeiten auftauchen, die zur Ab-lehnung einer Empfehlung der Versammlung durch das Ministerkomitee führen können.

5. Die Stellvertreter der Minister sollten die Ver-sammlung regelmäßig über die Fortschritte ihrer Ar-beiten informieren. Außerdem sollte der statuten-mäßige Bericht des Ministerkomitees an die Versamm-lung sich nicht nur auf alle Leistungen des Minister-komitees in dem seit dem vorhergehenden Bericht ver-flossenen Zeitraum beziehen, sondern auch auf alle Empfehlungen der Versammlung, denen es nicht Folge leisten konnte."

Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

Am Mittwoch, dem 17. Oktober, nachmittags, erstatete der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Fernand Dehousse, im Namen des Präsidiums den Be-richt über die Beziehungen zwischen der Versammlung und den nationalen Parlamenten.

Wenn man die Wirksamkeit betrachte, die der be-ratenden Funktion der Versammlung zukommen sollte, erklärte Herr Dehousse zu Beginn seiner Darlegungen, so müsse man in zwei Richtungen blicken: auf das Ministerkomitee und auf die nationalen Parlamente. Was dem Beobachter der Arbeit der Versammlung am meisten auffalle, das sei die Leere, die sich nach jeder Sitzungsperiode bemerkbar mache. Was wird aus den angenommenen Empfehlungen? Durch die Satzung sind keinerlei Vorkehrungen getroffen um in organischer Weise die Verbindung zwischen der Versammlung und den nationalen Parlamenten sicherzustellen. Die durch das Präsidium unterbreiteten und von Herrn Mommer ausgehenden Vorschläge hätten den Zweck, diese Lücke zu füllen. Sie zielten besonders auf Schaffung einer Ar-beitsgruppe ab, deren Aufgabe es wäre, die den natio-nalen Parlamenten zu übermittelnden Texte auszuwäh-len. Diese Gruppe sollte außerdem die nationalen Dele-gationen bitten, darüber zu berichten, inwieweit von ihren Parlamenten auf die Tätigkeit der Versammlung eingegangen wird. Sie würde einen Hauptberichtstat-ter beauftragen, vor der Versammlung ein Gesamtbild über die in allen nationalen Parlamenten durchgeführte Aktion zu entwerfen. Die Arbeitsgruppe würde eine kleine, etwa aus sieben von dem Präsidium ernannten Mitgliedern bestehende Gruppe sein; sie sollte minde-stens viermal im Jahr zusammentreten.

Das Präsidium lege außerdem noch drei Vorschläge vor: Erstens, daß jede Delegation einen »whip« (Ein-peitscher) benennen soll, der für die Beziehungen zwi-schen der Versammlung und seinem nationalen Parla-ment verantwortlich sein und in engem Kontakt mit der Arbeitsgruppe bleiben soll. Zweitens, der parlamenta-rische Beauftragte (Attaché) oder der Sekretär, der in jeder nationalen Delegation bei der Versammlung be-schäftigt ist, müßte in irgendeiner Form die Aufgaben des ständigen Sekretariats seiner nationalen Delegation wahrnehmen, derart, daß er seine volle Tätigkeit den Beziehungen seines Parlaments zu der Versammlung und zu den europäischen Institutionen im allgemeinen widmen könnte. Schließlich müßten einige Beamte aus

der Verwaltung der Versammlung besonders mit der Wahrnehmung der Beziehungen zu den nationalen Parlamenten beauftragt werden. Wahrscheinlich müsse man zu diesem Zweck die Bildung einer Sonderabteilung vorsehen. Diese Beamten würden den notwendigen Kontakt mit den Parlamentsbeamten mit den „whips“ und mit den parlamentarischen Beauftragten aufrechterhalten.

Diese Gedanken seien in einen Entschließungsentwurf aufgenommen worden, der die Bildung der Arbeitsgruppe betrifft sowie in den Entwurf einer Direktive an die nationalen Delegationen und einen anderen an den Generalsekretär.

Herr *Dehousse* schlug vor, nach der Debatte die Texte an den Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten zu verweisen, der sie mit seinen etwaigen Abänderungen vor Beendigung der Sitzung vorlegen könnte; das geschehe mit dem Zweck, die sofortige Bildung der Arbeitsgruppe zu ermöglichen.

Nach den Ausführungen von Herrn *Dehousse* ergriffen folgende Abgeordnete in der Debatte das Wort: Herr *Hermann Pünder* (Deutscher CDU), Präsident des Ausschusses für Haushalts- und Verwaltungsfragen, Herr *G. Vixeboxse* (Holländer, Histor.-Christl.), Herr *Hermann Smitt-Ingebretsen* (Norweger, Konserv.), Herr *Nigel Nicolson* (Engländer, Konserv.), Herr *Karl Mommer* (Deutscher, SPD), Herr *Nicolas Margue* (Luxemburger, Christl.-Soz.), Herr *Ole Bjoern Kraft* (Däne, Konserv.), Herr *Frederick Willey* (Engländer, Arbeiterpartei).

Herr *Dehousse* antwortete den Rednern am Schluß der Debatte. Von den verschiedenen kritischen Äußerungen, die vorgebracht worden seien, werde er nur eine widerlegen, nämlich diejenige, die den Entwurf als ein Meisterstück der Komplikation darstelle, während er tatsächlich von „linearer“ Einfachheit sei. Das neue Organ werde nichts weiter sein als eine Gruppe von sieben Abgeordneten, und was die Verwaltung betreffe, so sei nicht einmal gesagt, daß man zusätzliche Beamte einstellen müsse, um die Sonderabteilung zu schaffen.

Herr *Dehousse* war gleichfalls der Meinung, daß der Anregung von Herrn *Kraft*, den Entwurf durch einen von der Versammlung eingesetzten Sonderausschuß prüfen zu lassen, nicht entsprochen werden solle. Der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten sei durchaus der geeignete, um diese Prüfung vorzunehmen. Die Versammlung beschloß, den Bericht an diesen Ausschuß zu verweisen.

Am Donnerstag, dem 25. Oktober, legte Herr *Mommer* im Namen des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten den neuen Text vor (Dok. 576), in dem die Bildung dieses Organs gebilligt wird. Er erläuterte, daß die Versammlung die geäußerte Kritik insoweit berücksichtigt habe, als sie die praktischen Vorschläge von Herrn *Dehousse*, nicht die Sache selbst, beträfen. Alles, was nicht unbedingt notwendig sei, um mit der Arbeit zu beginnen, sei aus dem Entschließungsentwurf weggelassen worden. Der Gedanke der Arbeitsgruppe sei beibehalten worden, ebenso wie derjenige der Verantwortlichen bei den nationalen Delegationen, die aber nicht „whips“ genannt würden; der Ausschuß habe es vorgezogen, für sie den Ausdruck „Wortführer“ („porte-

parole“) zu gebrauchen. Schließlich sei von parlamentarischen Beauftragten kaum die Rede.

Nach einer kurzen Debatte nahm die Versammlung einstimmig, abgesehen von vier Enthaltungen, folgende Entschließung an:

Entschließung 104

„Mit erneuter Bekräftigung ihres Willens, ihrer beratenden Funktion volle Bedeutung zu verschaffen;

in der Erwägung, daß einer der Wege, die am sichersten zu diesem Ergebnis führen mögen, in der Verbesserung und Intensivierung ihrer Beziehungen zu den Parlamenten der Mitgliedstaaten besteht;

in der Erwägung, daß es für eine solche Ausrichtung ein wesentliches Erfordernis ist, daß diese Beziehungen auf einer organischen und dauerhaften Grundlage beruhen;

beschließt die Versammlung:

1. Es wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, deren Aufgabe es ganz im allgemeinen sein wird, eine enge Verbindung zwischen der Versammlung und den nationalen Parlamenten sicherzustellen.

2. Diese Arbeitsgruppe wird aus sieben Mitgliedern bestehen, die von dem Präsidium ernannt werden.

Sie wird ihren Vorsitzenden wählen.

Sie wird tagen, wann immer sie es für angebracht hält.

3. Die Arbeitsgruppe soll die von der Beratenden Versammlung angenommenen und den nationalen Parlamenten zu übermittelnden Texte auswählen. Sie soll gegebenenfalls entscheiden, welche Beträge für Übersetzung, Druck und Verteilung der ausgewählten Texte erforderlich sind.

4. Sie soll der Versammlung jährlich einen Gesamtüberblick über die Aktionen geben, die in den nationalen Parlamenten im Verfolg der Beschlüsse der Versammlung durchgeführt werden.

5. Nach jeder Sitzungsperiode der Versammlung soll sie die nationalen Delegationen oder deren einzelne Mitglieder bei allen Maßnahmen unterstützen, mit deren Hilfe diese die Ergebnisse der Arbeit der Versammlung ihren Parlamenten vorlegen können.

6. Dem Zweck dieser Entschließung entsprechend soll die Arbeitsgruppe alle notwendigen Kontakte aufnehmen, vor allem mit den Vorsitzenden der politischen Fraktionen, den Präsidenten und Berichterstattern der Ausschüsse, den Wortführern (porte-parole) und den Sekretären der nationalen Delegationen.

7. Sobald es die Arbeitsgruppe für ratsam findet, soll sie der Versammlung darüber berichten, in welchem Maße die in vorliegender Entschließung definierten Methoden ihren Zweck erfüllen, und soll außerdem alle sonstigen Vorschläge unterbreiten, die sich als notwendig erweisen würden.“

Folgende Direktiven wurden durch Handaufheben angenommen:

Direktive 99

„Die Versammlung,

in Anwendung der Entschließung 104 über Bildung einer Arbeitsgruppe für die Verbindungen mit den nationalen Parlamenten,

fordert jede nationale Delegation auf, in ihrem Kreis einen oder mehrere Wortführer zu ernennen, die die Beziehungen zwischen ihrer Delegation und der Arbeitsgruppe wahrnehmen sollen. Es wäre ihre Aufgabe mit der Arbeitsgruppe in allen Fragen bezüglich der Verbindungen zwischen der Beratenden Versammlung

und den nationalen Parlamenten zusammenzuarbeiten und die Durchführung der Anregungen der Arbeitsgruppe zu erleichtern."

Direktive 100

"Die Versammlung beauftragt den Generalsekretär, die Probleme zu prüfen, die sich für das Generalsekretariat aus den in der Entschließung 104 enthaltenen Vorschlägen ergeben."

Beziehungen zur WEU

Während ihrer Vormittagssitzung am Donnerstag, dem 25. Oktober, hörte die Versammlung, die unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Herrn James Crosbie tagte, einen von Herrn Kurt-Georg Kiesinger (Deutscher, CDU) im Namen des Präsidiums erstatteten Bericht über die Beziehungen zwischen der Beratenden Versammlung und der Versammlung der WEU.

Dieser Bericht umfaßt drei Teile. In dem ersten Teil werden nach allgemeinen Grundgedanken die Schwierigkeiten aufgeführt, die zwischen den beiden Versammlungen trotz der Ähnlichkeit ihrer Zusammensetzung entstehen können, aber die sicher zu überwinden sein würden. Diese Schwierigkeiten könnten sich in dem Verhältnis zu jedem neuen europäischen Organ mit ungenau definierten Kompetenzen wiederholen.

Hinsichtlich kultureller Fragen, sagte der Redner, hätten die beiden Präsidien zwei gemeinsame Sitzungen abgehalten, um eine Teilung der Zuständigkeiten vorzunehmen und jede Überschneidung zu verhindern. Das Präsidium der Beratenden Versammlung habe schließlich einen praktischen Vorschlag gemacht für die Zeit, bis die Minister ein Aufteilungsprogramm der Tätigkeit unter den verschiedenen europäischen Institutionen fertiggestellt hätten.

Was die Verteidigungsfragen betrifft, hätten die beiden Präsidien beschlossen, daß es nicht angebracht sei, dem Vorschlag zur Entsendung von Beobachtern bei der Versammlung der WEU zu entsprechen, und daß jede Versammlung ihre Tätigkeit in folgender Weise bezugen sollte:

Versammlung der WEU: militärische Fragen und möglicherweise damit zusammenhängende politische Erwägungen.

Beratende Versammlung: politische Aspekte der Verteidigungsfragen.

Folgende Abgeordnete ergriffen das Wort: Herr Kiesinger, Herr J. J. Fens (Holländer, Kath. Volkspartei), Herr Nicolson (Engländer Konserv.), Herr van Cauwelaert (Belgier, Christl.-Soz.), Herr Oakshott (Engländer, Konserv.), Herr Pezet (Franzose, MRP), Herr Smitt Ingebretsen (Norweger, Konserv.), Herr Kopti (Deutscher, CDU).

Die Versammlung nahm den Bericht ihres Präsidiums zur Kenntnis und beauftragte es, seine Besprechungen, wenn es ihm nötig erscheine, im Licht der Debatte fortzusetzen und ihr gegebenenfalls einen neuen Bericht vorzulegen.

Zukünftige Arbeit des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten

Für die auf seinem Programm stehenden Fragen wurden von dem Ausschuß folgende Berichterstatter ernannt oder in ihrer Funktion bestätigt: Politik des

Europarats — auswärtige Angelegenheiten: Herr Benvenuti (Italiener); europäische Atomenergie-Organisation: Herr Santero (Italiener); Errichtung eines europäischen allgemeinen gemeinsamen Marktes: Herr van der Goes van Naters (Holländer); Hilfe für die unterentwickelten Länder: Herr Devinat (Franzose). Für das Problem der europäischen Integration und der parlamentarischen Institutionen ernannte der Ausschuß eine Arbeitsgruppe, die sich aus Herrn Mommer (Deutscher) als Vorsitzendem, Lord Chesham (Engländer) und Herrn de la Vallée Poussin zusammensetzt; eine der Aufgaben dieser Gruppe wird die Aufrechterhaltung des Kontakts mit der entsprechenden Gruppe der Versammlung der WEU sein, deren Vorsitzender Herr Struye (Belgier) ist.

Der Ausschuß wurde außerdem beauftragt, die Aktion des Ministerkomitees hinsichtlich der von ihm ausgearbeiteten Empfehlungen, die von der Versammlung gebilligt worden sind, zu prüfen. Ebenfalls kann er Anträge zu den verschiedenen Punkten des Zusatzberichts der Minister einbringen.

Die nächste Tagung ist für den 14. und 15. Dezember in Paris vorgesehen.

III. WIRTSCHAFTSFRAGEN

Gemeinsamer Markt: Wirtschaftliche Aspekte

Am Montag, dem 22. Oktober, vormittags, begann die Versammlung unter Vorsitz von Lord Layton die Debatte über den Bericht (Dok. 537) betreffs der Errichtung eines allgemeinen europäischen gemeinsamen Marktes. Der Präsident gab bekannt, daß zu dieser Frage drei Berichterstatter sprechen würden — Herr Fritz Hellwig (Deutscher, Christl. Dem.) und Herr Roy Jenkins (Engländer, Arbeiterpartei) über die wirtschaftlichen Aspekte, und Herr Marinus van der Goes van Naters (Holländer, Arbeiterpartei) über die politischen und institutionellen Aspekte (siehe oben unter „Politische Fragen“).

Herr Hellwig, der an die Beschlüsse der Messina-Konferenz der Sechs und an die anschließende Entwicklung erinnerte, hob hervor, daß der Anteil der OEEC-Länder sowohl an der Weltproduktion wie am Außenhandel in den letzten 50 Jahren sich verringert habe. Dieses relative Absinken sei vielleicht besonders ernst zu nehmen im Hinblick auf die neue technische Entwicklung, zum Beispiel auf dem Gebiet der Kernindustrie und der Automatisierung: Wenn es zu keinem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet in Europa käme, würde das Absinken sich sicherlich fortsetzen. Im allgemeinen gesagt, würde ein gemeinsamer Markt allein eine gesunde Grundlage für die volle Ausnutzung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Hilfsquellen schaffen, die unbedingt notwendig sei, wenn Europa nicht wirtschaftlich zurückfallen solle. Die Bedeutung und der Wert eines solchen gemeinsamen Marktes würden mit seiner Größe zunehmen, aber selbst wenn er auf die Sechs beschränkt wäre, könne er viel leisten, und es könne zweifellos erwartet werden, daß andere Länder sich ihm bald anschließen würden.

Die Übergangsperiode, die für die Bildung des gemeinsamen Marktes vorgesehen sei, erscheine genügend. Es müsse Einverständnis darüber herrschen, daß die Senkung und schließlich die Abschaffung der Zölle innerhalb des gemeinsamen Marktes von einer vor-

hergehenden oder gleichzeitigen Senkung der mengenmäßigen Beschränkungen begleitet sein müsse und daß keine neuen mengenmäßigen Beschränkungen eingeführt werden dürften, nachdem das Abkommen in Kraft getreten sei. Ferner sollten Bemühungen gemacht werden, ein Höchstmaß an Liberalisierung der Zahlungssysteme zu erreichen, während im Hinblick auf die Entwicklung der europäischen Notstandsgebiete versucht werden solle, das Problem des Transfers von Arbeitseinkommen und Kapitalgewinnen zu lösen. Besonders sei es notwendig zu verhindern, daß der gemeinsame Markt ein Hindernis für die weitere Liberalisierung des Welthandels werde. Das Zollgebiet solle sich nicht in sich selbst abschließen und solle seine Zölle gegenüber anderen Ländern niedrig halten. Die Tür müsse für den Beitritt anderer Staaten offen bleiben, und Assoziations-Abkommen innerhalb einer Freihandelszone sollten begrüßt werden.

Die Landwirtschaft stelle besondere Probleme, und große Bedeutung komme vor allem der Übergangsperiode zu, die auf diesem Sektor vielleicht länger sein müsse als auf anderen. Ein völlig getrenntes Regime für die Landwirtschaft komme jedoch nicht in Frage.

In dem Bericht des Ausschusses wird betont, daß diejenigen Abschnitte des Brüsseler Berichts, die sich mit der Kontrolle der Monopole und der Abkommen befassen, noch nicht zufriedenstellend seien. Erforderlich sei eine allgemeine Regelung flexibler Art, die, während sie den Mißbrauch unbedingt verdamme und untersage, der sich aus der Handhabung von Abkommen ergeben könnte, doch nicht automatisch alle Zusammenballungen einer Kontrolle unterwürfe. Ebenso könne die Anwendung der Regel, nach der jede staatliche Beihilfe, einerlei in welcher Form, als unvereinbar mit dem gemeinsamen Markt erklärt werde, wenn sie den Wettbewerb störe, nicht als befriedigend angesehen werden, falls sie sich auf bestehende staatliche Beihilfen ebenso wie auf zukünftige, in Ausnahmefällen gewährte Hilfe beziehe.

Die Harmonisierung solle nicht dem gemeinsamen Markt vorangestellt werden, sondern würde im Gegenteil seine natürliche Folge sein, da sich erst mit der Errichtung des gemeinsamen Marktes erweisen werde, wie und wo eine Harmonisierung möglich und notwendig sei. Es dürften keine Steuererleichterungen für Exporte oder Steuerbelastungen für Importe vorgesehen werden, und keinem Land könne es gestattet werden, Zollsenkungen durch neue Besteuerungsmaßnahmen auszugleichen. Der Staat solle sich so wenig wie möglich in die Selbstverwaltungsbestrebungen der Arbeiter einzumischen suchen, und man solle sich darüber klar sein, daß verschiedene Systeme der Sozialversicherung und verschiedene Arbeitsbedingungen in der Praxis die gleichen Ergebnisse haben könnten. In ähnlicher Weise sollten auf dem Gebiet der Harmonisierung von Transporten und Frachten nur dann Maßnahmen eingeführt werden, wenn das ordnungsgemäße Funktionieren des Marktes sie erfordere; sie sollten nicht als Selbstzweck unternommen werden und nicht in Gleichmacherei ausarten. Ein gesunder Zahlungsausgleich sei ein Ziel, daß durch gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik seitens jedes Mitgliedslandes sowie der Gemeinschaft als Ganzem erreicht werden solle: Das spätere Endziel sei eine einheitliche europäische

Währung auf einer „angenommenen“ Goldbasis. Zeitweiligen Schwierigkeiten im Zahlungsausgleich könnte während der Übergangsperiode durch Sicherungsklauseln und danach durch internationale Krediterleichterungen begegnet werden.

Der Ausschuß habe keine Einwendungen gegen das Prinzip eines Wiederanpassungsfonds, halte es aber für zweifelhaft, ob der in dem Brüsseler Bericht vorgeschlagene Investitionsfonds wünschenswert sei. Die Finanzierung europäischer Projekte allgemeiner Art sollte internationalen Finanzierungsorganen überlassen werden, da eine Anzahl verschiedener Fonds, die auf dem Kapitalmarkt in Wettbewerb miteinander ständen, sicherlich Schwierigkeiten verursachen würden. Man sollte eine Bestimmung einführen, nach der die Zahlungen aus dem Wiederanpassungsfonds gesperrt würden, bis die Arbeitslosigkeit in dem Land, das sie beantragt habe, über einen gewissen Prozentsatz hinaus gestiegen sei. Der Vorschlag, diesen Fonds aus den Zolleinnahmen innerhalb des gemeinsamen Marktes zu finanzieren, sollte noch einmal geprüft werden.

Die Abschnitte des Brüsseler Berichts, welche die Freizügigkeit der Arbeitskräfte betreffen, könnten voll und ganz gebilligt werden, aber über das ebenso wichtige Problem der Befreiung der Kapitalbewegungen drückte sich der Bericht „mit vorsichtiger Reserve“ aus. Die Freiheit der Kapitalbewegung, begleitet von der Liberalisierung der Zahlungen und Dienstleistungen, sei jedoch ein „sine qua non“ des Gemeinsamen Marktes; ein schnelleres Verfahren für sowohl langwie kurzfristige Kapitalbewegungen würde deshalb ein wesentlicher Beitrag zu seiner Entwicklung sein.

Der Berichterstatter schloß mit einer Aufforderung an die Versammlung, die in dem Brüsseler Bericht aufgezeigten großen Aktionslinien zu unterstützen, selbst wenn gewisse Punkte noch der Klärung bedürften. Ein gemeinsamer Markt, der allen offenstehe und die Assoziation derjenigen Länder vorsehe, die nicht beitreten zu können glaubten, würden nicht nur den ihm angeschlossenen Nationen, sondern auch der europäischen und der Weltwirtschaft als ganzer zugute kommen.

Herr Roy Jenkins als zweiter Berichterstatter machte darauf aufmerksam, daß der Ausschuß es für angebracht gehalten habe, die Lage eines Nichtmitgliedslandes der EGKS darzulegen.

Bei der Behandlung der wirtschaftlichen Aspekte dieser Fragen dürfe man nicht ihre menschlichen Seiten außer acht lassen; wenn Großbritannien ablehne, sich mit dem gemeinsamen Markt zu assoziieren, könnte es sich nicht an der Steigerung des Handels und der damit gleichlaufenden Hebung des Lebensstandards beteiligen. Darüber hinaus würde sein Zurückstehen die politische Teilung Europas vertiefen.

Zum Unterschied gegen das, was für eine Zollunion gilt, würden die an einer Freihandelszone beteiligten Länder ihre Zolltarife, die sie auf die übrige Welt anwenden, nicht unbedingt harmonisieren. Diese Unterscheidung habe große Bedeutung für das Vereinigte Königreich; gewiß, das Vorzugssystem des Commonwealth sei ihm nicht mehr absolut lebenswichtig, in dessen könne es aber keine Vorzugstarife zugestehen,

die im Gegensatz zu den Interessen der anderen Mitglieder dieser Vereinigung ständen. Es könne also nur einer Freihandelszone beitreten, und in diesem Sinne habe die britische Regierung ihre Zusage gegeben.

Die britische Labour-Partei wünsche, was sie betreffe, die Einrichtung eines europäischen gemeinsamen Marktes, mit dem Großbritannien sich eng assoziierte; aber sie fordere, daß die Gewerkschaften und alle anderen interessierten Organisationen konsultiert würden, damit alle rechtmäßigen Interessen gewahrt wären.

Weiter führte der Redner aus, er sehe keine Schwierigkeit administrativer Art, die die Schaffung eines gemeinsamen Marktes verhindern könnte. Im Gegenteil könnten die Probleme, die den Ländern Europas zu schaffen machten, leichter in diesem Rahmen gelöst werden. Man dürfe sich allerdings keine Illusionen machen: die Errichtung des gemeinsamen Marktes genüge nicht zu ihrer Behebung. Europa müsse, um gegen die sowjetische Konkurrenz bestehen zu können, vor allem seine Investitionen erhöhen — und dies sei noch nicht die einzige notwendige Folgerung aus der Schaffung eines gemeinsamen Marktes. Zur Zeit sei der Zinssatz der Investitionen in Deutschland entschieden überlegen; die anderen Länder, besonders Italien, müßten Anstrengungen machen, um das Gleichgewicht wiederherzustellen. Diese Investitionen sollten grundsätzlich so geplant sein, daß die Arbeitskräfte dort eingesetzt werden können, wo sie vorhanden sind.

Die Länder, die der Freihandelszone beiträten, dürften sich keineswegs als „arme Verwandte“ betrachten: die Bedeutung des Fortschrittes, den sie ermöglicht hätten, dürfte nicht unterschätzt werden.

Der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten der britischen Regierung, Lord John Hope, zog zunächst die Bilanz der zehn letzten Jahre, insbesondere was die Arbeit der NATO und der OEEC betrifft, und meinte, der Historiker von morgen werde sagen können, daß die wirtschaftliche Organisation Europas es aus dem Chaos der Nachkriegszeit hinausgehoben habe.

Wie stelle die britische Regierung sich die künftige Entwicklung vor? Es sei gewiß, daß noch nie dagewesene Ereignisse auf diesem Gebiet eintreten könnten. Schon jetzt sei die Solidarität des Vereinigten Königreichs mit dem europäischen Kontinent fester und bewußter als jemals.

Schatzkanzler Macmillan habe nach seiner Rückkehr von der jährlichen Tagung des internationalen Währungsfonds in Washington auf seiner Pressekonferenz von den besonderen Problemen gesprochen vor die der gemeinsame Markt das Vereinigte Königreich stelle. Für dieses Land gebe es einen durchaus gangbaren Weg: die Schaffung einer partiellen Freihandelszone, bestehend aus einer Zollunion der Sechs dem Vereinigten Königreich und denjenigen Mitgliedsländern der OEEC, die ihr beizutreten wünschten. Diese Union müsse jedoch landwirtschaftliche Erzeugnisse ausschließen, da für diese zwischen Großbritannien und den andern Ländern des Commonwealth besondere Abmachungen beständen.

Der in dieser Weise von dem Schatzkanzler dargestellte Plan werde noch geprüft. Die britische Regie-

rung wünsche nicht, daß die Freihandelszone eine europäische Wirtschaftsschranke gegenüber der restlichen Welt würde. Der Redner schloß mit der Versicherung, wie sehr seine Regierung die glückliche Durchführung dieses Planes erstrebe.

Herr René Charpentier (Franzose, MRP), der die Generaldebatte über den allgemeinen Markt eröffnete, legte einen Abänderungsvorschlag vor, der auf den Einschluß der Landwirtschaft in den gemeinsamen Markt abzielte. Außer Herrn Charpentier ergriffen im Laufe dieser Debatte folgende Redner das Wort:

Herr Per Federspiel (Däne, Liberaler), Herr Bertil Ohlin (Schwede, Liberaler), Herr Godfrey Nicholson (Engländer, Konservativer), Herr Henri Heyman (Belgier, Christl. Soz.), Herr Arthur Holt (Engländer, Liberaler), Herr Francesco de Vita (Italiener, Republ.), Herr John Hay (Engländer, Konserv.), Herr Jules Ninine (Franzose, SFIO), Herr Torstein Selvik (Norweger, Arbeiterpartei), Herr van der Goes van Naters (Holländer, Arbeiterp.), Herr Roger de Kinder (Belgier, Soz.), Herr Herman Smitt Ingebrechtsen (Norweger, Konservat.), Herr P. J. Kapteijn (Holländer, Arbeiterpartei), Herr Per Haekkerup (Däne Soz. Dem.), Herr Helmut Kalbitzer (Deutscher, SPD), Herr Peter Kirk (Engländer, Konserv.), Herr G. Vixseboxse (Holländer, Histor. Christl.), Herr Frederick Willey (Engländer, Arbeiterpartei), Herr Fritz Hellwig (Deutscher, CDU).

Am Dienstag, dem 23. Oktober, nachmittags, fand die Abstimmung über den Abänderungsantrag von Herrn Jenkins statt. Mit 47 gegen 31 Stimmen bei 6 Enthaltungen wurde beschlossen, jede Erwähnung der institutionellen Aspekte zu streichen.

Ebenfalls wurde über den Abänderungsantrag von Herrn Charpentier abgestimmt; der erste Absatz wurde mit 54 gegen 17 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen; die Absätze 2 und 7 mit 35 gegen 25 Stimmen bei 9 Enthaltungen. Der Absatz 8 wurde mit 36 gegen 31 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Die auf ihre ersten sieben Absätze beschränkte gesamte Abänderung wurde mit 35 gegen 26 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen. Eine von Herrn Hellwig vorgeschlagene Abänderung mit dem Zweck, keinen Unterschied zu machen zwischen denjenigen Ländern, die dem gemeinsamen Markt beitreten, und denjenigen, die sich der Freihandelszone anschließen wollen, wurde mit 55 gegen 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Die Versammlung nahm schließlich mit 78 gegen 0 Stimmen bei 9 Enthaltungen den von dem Ausschuß für Wirtschaftsfragen vorgeschlagenen und von Herrn Jenkins, Herrn Charpentier und Herrn Hellwig abgeänderten Entschließungsentwurf an.

Entschliebung 101

A

„Die Versammlung

1 Bringt ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß die Wirksamkeit, die Stabilität und der Wachstumsrhythmus der europäischen Wirtschaft und ihre Fähigkeit, zu dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der unterentwickelten Gebiete sowohl in Europa wie in Übersee beizutragen durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes in Europa beträchtlich verbessert werden können;

2. Beglückwünscht den zwischenstaatlichen Ausschluß zu seinem Bericht und die sechs Messinamächte zu ihrer prompten Annahme dieses Berichts als einer Verhandlungsgrundlage für die Ausarbeitung eines Vertrages über die Einrichtung eines gemeinsamen Marktes zwischen diesen Mächten und bittet diese Regierungen dringend, die notwendigen Maßnahmen zur möglichst baldigen Ausführung dieses Berichts zu ergreifen;

3. Begrüßt die Initiative des Ministerrats der OEEC, eine besondere Arbeitsgruppe einzusetzen, die den Auftrag haben soll, mögliche Formen für eine multilaterale Assoziation zwischen der in dem Brüsseler Bericht vorgesehenen Zollunion und den daran nicht beteiligten Mitgliedsländern zu prüfen und im besonderen den Vorschlag zu prüfen, den Bereich des gemeinsamen Marktes dadurch zu vergrößern, daß man sowohl die Zollunion als auch, auf der Basis einer Freihandelszone, solche anderen Länder miteinschließt, die gewillt sind, ihre Handelsschranken gegenüber den sechs Messinamächten und untereinander zu beseitigen, ohne daß sie jedoch bereit sind, ihre Außenhandelspolitik gegenüber dritten Ländern mit derjenigen der Zollunion in Einklang zu bringen;

4. Fordert die Regierungen aller Mitgliedstaaten des Europarates dringend auf, die öffentliche Meinung in ihren Ländern mit allen nur möglichen Mitteln über die Ziele und die Auswirkungen der Schaffung eines gemeinsamen Marktes in Europa zu informieren.

B

Die Versammlung

5. Empfiehlt ferner dringend, die vorgesehenen Institutionen in einer Weise zu errichten, daß jede Überschneidung mit den anderen europäischen Institutionen vermieden wird und daß in diesem Zusammenhang der Europarat und vor allem die Beratende Versammlung das Verbindungsorgan der verschiedenen europäischen Institutionen sein soll;

6. Bringt ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß die überseeischen Länder, die konstitutionelle oder besondere wirtschaftliche Bindungen mit den an den Brüsseler Verhandlungen teilnehmenden Staaten haben, Nutzen daraus ziehen würden, daß sie zu dem gemeinsamen Markt gehörten und daß es angebracht wäre, für ihre Repräsentation oder gegebenenfalls für den entsprechenden Schutz ihrer Interessen Sorge zu tragen;

7. Lenkt die Aufmerksamkeit der beteiligten Regierungen auf die besonderen Probleme, die sich auf dem Gebiet der Landwirtschaft ergeben;

8. Lenkt die Aufmerksamkeit der teilnehmenden Regierungen auf die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß der gemeinsame Markt nicht im Laufe der Zeit in politischer Beziehung eine isolationistische Haltung annimmt oder, zum Schaden der wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas, sich zu einem protektionistischen Gebiet entwickelt.

C

Die Versammlung

9. Fordert außerdem die Regierungen der Mitgliedsländer, die nicht an den Brüsseler Verhandlungen teilnehmen, auf, die Auswirkungen ihrer Nichtbeteiligung an einem europäischen gemeinsamen Markt auf ihre Exportaussichten ernsthaft zu erwägen;

10. Bittet diese Regierungen nicht weniger als diejenigen, die an den Brüsseler Verhandlungen teilnehmen, dringend, die besten Mittel und Wege zu prüfen, mit denen schnellstens die noch vorhandenen Schranken für Handel, Zahlungen und Freizügigkeit zwischen

allen Mitgliedsländern des Europarates beseitigt werden können;

11. Drückt die Hoffnung aus, daß so viele Mitgliedstaaten des Europarates wie möglich in der Lage sein werden, entweder einer europäischen Zollunion, wie sie in dem Brüsseler Bericht vorgeschlagen wird, oder einer rings um diese Zollunion errichteten Freihandelszone beizutreten und so der Sache der europäischen politischen Einheit einen neuen und machtvollen Anstoß zu geben.

D

Die Versammlung

12. Spricht sich zugunsten des Grundsatzes der Schaffung eines gemeinsamen Marktes mit Einbeziehung der Landwirtschaft aus;

13. Ist der Meinung, daß dieser gemeinsame Markt die besonderen Verhältnisse und Erfordernisse der Landwirtschaft berücksichtigen sollte. Er sollte nicht so geplant werden, daß er zu einem erheblichen Mißverhältnis zwischen der landwirtschaftlichen Produktion der verschiedenen Länder führt. Er sollte im Gegenteil durch die Schaffung eines Vorzugssystems, durch die Erweiterung des Marktes, durch die Harmonisierung der Produktionsbedingungen und durch die Organisation der Märkte im Hinblick auf ihre Stabilität eine Verbesserung des Lebensstandards der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den beteiligten Ländern anstreben;

14. Ist der Meinung, daß der gemeinsame Markt eine angemessene Versorgung der Bevölkerung gewährleisten, die hochwertige Produktion begünstigen und die Notwendigkeit, den Erzeugern gerechte Preise zuzusichern, mit den legitimen Interessen der Verbraucher in Einklang bringen sollte;

15. Hält die Harmonisierung der in den verschiedenen Ländern geltenden Gesetze für erforderlich;

16. Bringt energisch den Wunsch zum Ausdruck, daß bei der Errichtung des gemeinsamen Marktes das wirtschaftliche, soziale und menschliche Gleichgewicht, das die Familienstruktur der europäischen Landwirtschaft kennzeichnet, in Rechnung gestellt wird, in dem Maße, als die landwirtschaftlichen Betriebe dem Leben einer Bauernfamilie zur Grundlage dienen;

17. Ist der Meinung, daß ein ständiger Kontakt zwischen den verantwortlichen Politikern und den Berufsorganisationen um so notwendiger ist, als das landwirtschaftliche Problem von ganz besonderer Art ist;

18. Hoffte, daß die Länder, die untereinander einen gemeinsamen Markt errichten, ihren Standpunkt demjenigen der Länder anzunähern suchen, die mit dem gemeinsamen Markt assoziiert sind."

OEEC

Bericht und Antwort der Versammlung

Am 22. Oktober, nachmittags, legte der österreichische Außenminister, Herr Leopold Figl, den für den Europarat ausgearbeiteten Siebten Bericht der OEEC vor.

Dieser Bericht ist in zwölf Kapitel eingeteilt, von denen das erste die gegenwärtige Wirtschaftslage in den Mitgliedsländern behandelt. Darin wird die Aufmerksamkeit auf die Anzeichen eines „inflationistischen Druckes“ gelenkt, der im Jahr 1955 in mehreren Mitgliedsländern bemerkbar war, und auf die Tatsache, daß trotz der Gegenmaßnahmen der Regierungen zur Verminderung dieses Druckes die Gefahren, die sich aus einem allzu schnellen An-

steigen des Bedarfs ergeben, noch nicht beseitigt sind. Die Preise sind in beinahe allen Mitgliedsländern weiter gestiegen. In mehreren Ländern kam es sogar zu einem beschleunigten Preisanstieg, während er sich in den meisten die letzten 12 Monate hindurch auf einer Höhe von 5% gehalten hat. Es besteht die Gefahr, daß der Preisanstieg zu Schwierigkeiten im Zahlungsausgleich führen wird; infolgedessen hat der Rat beschlossen, eine ministerielle Arbeitsgruppe zu bilden, die die bestehende Wirtschaftslage in den Mitgliedsländern prüfen und einen Gedankenaustausch über die gegenwärtige Politik vornehmen soll.

In bezug auf „Handels- und Zollprobleme“ besagt der Bericht, daß der Handel mit der übrigen Welt weiter zugenommen hat. Die Einfuhren stiegen jedoch stärker an als die Ausfuhren, und das Handelsdefizit der Mitgliedsländer gegenüber Ländern außerhalb der OEEC erhöhte sich zwischen 1954 und 1955 um mehr als eine Million Dollar, blieb dann allerdings auf dem gleichen Stand. Der innereuropäische Warenaustausch war bis Ende 1955 in ständigem Anwachsen, und der von den Mitgliedsländern erzielte Prozentsatz der Liberalisierung des Warenaustausches beträgt nun beinahe 89%. Hinsichtlich der Zölle beschloß der Rat im Juli, „die Schaffung einer Freihandelszone in Betracht zu ziehen, die die Zollunion der Sechs und die übrigen Mitglieder der OEEC einschließen würde“. Im Anfang des nächsten Jahres wird er entscheiden, ob es besser wäre, sich auf diesen Vorschlag oder auf denjenigen eines automatischen Zollsenkungs-Plans zu konzentrieren.

Andere Maßnahmen der OEEC, um eine größere Freiheit der internationalen Handelsbeziehungen zu erzielen, umfassen den Beschluß, gewisse künstliche Maßnahmen zur Förderung des Exports zu verbieten, den Versuch, mengenmäßige Beschränkungen für Importe und für unsichtbare Transaktionen und Transfers mit der Dollarzone herabzusetzen, und Fortschritte in Richtung auf ein erweitertes und elastischeres Zahlungssystem hin, einschließlich der Ausdehnung des multilateralen Zahlungssystems auf Länder außerhalb der europäischen Zahlungsunion. Bezüglich der Beschäftigung von Staatsangehörigen anderer Mitgliedsländer wurde ein Beschluß zum Zweck der Erleichterung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte von Land zu Land gefaßt; außerdem wurde die Verbesserung der den Arbeitskräften dienenden Einrichtungen, insbesondere durch Arbeiteraustausch und berufliche Schulung, in Aussicht genommen.

Die Schlußfolgerungen des Energie-Ausschusses, der sich aus acht unabhängigen Sachverständigen zusammensetzt und 1955 gebildet wurde, sind im Prinzip gebilligt worden, und der Rat der OEEC hat beschlossen, eine Europäische Energie-Kommission aufzustellen, die die Arbeit dieses Organs fortsetzen soll. Was die Atomenergie betrifft, wurde eine Reihe von Beschlüssen angenommen, die den Vorschlägen des zum Studium dieser Frage gebildeten Sonderausschusses entsprachen:

Diese Beschlüsse sind von großer Bedeutung, da sich in ihnen die Entschlossenheit der Mitgliedsländer zeigt, das Stadium der vorbereitenden Studien zu verlassen und in die Phase der praktischen Arbeit einzutreten, und insbesondere:

- i) eine Anzahl von Gemeinschaftsunternehmen zur Entwicklung der Kernindustrie und der Kernforschung in Europa zu errichten;
- ii) eine internationale Sicherheitskontrolle zu schaffen, um zu verhindern, daß diese gemeinschaftliche Aktion militärischen Zwecken zugewendet würde;
- iii) den internationalen Handel mit Produkten von besonderem Interesse für die Kernindustrie durch möglichst weitgehende Beseitigung seiner Behinderungen zu entwickeln;
- iv) schließlich die Aktionen der einzelnen Staaten auf dem Gebiet der Gesetzgebung, der Schulung und der Normierung zu fördern und zu koordinieren.

Um diese ersten Beschlüsse durchzuführen, hat der Rat eine ständige Körperschaft unter der Bezeichnung „Lenkungsausschuß für Kernenergie“ eingesetzt.

Nachdem ein Überblick über die Arbeit des „Vertikalen Ausschusses“ gegeben worden ist, geht der Bericht über zu der Behandlung der Tätigkeit des ministeriellen Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, und erwähnt vor allem die Konsultationen, die über Preisregulierung und Methoden zur Aufrechterhaltung von Preisen und Einkommen stattfinden sollen, außerdem die angestrebten Ziele im Außenhandel und die Schwierigkeiten, die dabei angetroffen werden, sowie die von verschiedenen Ländern gewährten Beihilfen für die Ausfuhr.

In den letzten drei Kapiteln des Berichts werden kurz die Lage in den unterentwickelten Gebieten außerhalb Europas, die Arbeit der europäischen Produktivitäts-Zentrale und die Beziehungen zwischen der OEEC und anderen europäischen internationalen Organisationen behandelt. Was die Zusammenarbeit mit dem Europarat betrifft, so kann sich dieser in Zukunft durch einen Beobachter bei bestimmten Tagungen des Rates der OEEC und der Ausschüsse für landwirtschaftliche Fragen vertreten lassen. Außerdem wurden neue Maßnahmen beschlossen, die es Abgeordneten des Europarats ermöglichen, der OEEC alle Informationen zu übermitteln, die zur Prüfung von Empfehlungen der Versammlung erforderlich sind, wenn sie der OEEC zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Nachdem Herr Figl diesen Bericht vorgelegt hatte, erteilte der Präsident dem Berichterstatter des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, Herrn Séan MacBride (Ire, — Clann na Poblachta) das Wort.

Der Berichterstatter hob mit Befriedigung die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europarat und der OEEC hervor. Die beiden Organisationen schienen sich in ihrer Einstellung zu wirtschaftlichen Fragen zu ergänzen. Weniger befriedigend dagegen sei die allgemeine Lage der westeuropäischen Wirtschaft. Gewisse Tendenzen seien sogar beunruhigend, vor allem das Ansteigen des negativen Handelsausgleichs mit der übrigen Welt. Bis 1954 sei der Prozentsatz der Exportzunahme höher gewesen als derjenige für Importe, aber seitdem habe sich diese Tendenz umgekehrt. Jedes OEEC-Land, mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion, hätte im

1. Vierteljahr von 1956 einen erheblichen negativen Handelsausgleich gehabt. Größere Markterleichterungen besonders in den Vereinigten Staaten, würden die Sachlage verbessern, aber wirklich gelöst werden könnte das Problem nur, wenn Westeuropa eine höhere Produktivität erzielte und „einen höheren Mengenanteil“ an konkurrenzfähigen Produktionsgütern haben würde.

Die OEEC müßte in zunehmendem Maße ihre Aufmerksamkeit den besonderen Problemen der einzelnen Länder widmen. Aus dem Bericht ergäben sich starke Abweichungen im Verhältnis des Fortschritts der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung und der Ausfuhren der verschiedenen Mitgliedsstaaten, während inflationistischer Druck und Preissteigerungen mehr oder weniger auf allen Ländern lasteten. Es komme darauf an, auf Mäßigung im Bedarf hinzuwirken und das größtmögliche Verständnis aller interessierten Gruppen für die Auswirkungen des Problems zu gewinnen: „Dies ist ein Gebiet, auf dem die OEEC und der Europarat sich zu einer besonderen Anstrengung zusammenschließen sollten und auf dem die nationalen Parlamente zur Unterstützung hinzugezogen werden könnten.“

Der Berichterstatter ging danach zu der Frage der Beschäftigung über und hob hervor, daß die Lage in den einzelnen Ländern sehr verschieden sei. In einigen Staaten herrsche Überbeschäftigung und führe zum Absinken der Produktivität und zu erhöhter Nachfrage nach Verbrauchsgütern. In Griechenland, Irland und Italien andererseits herrsche Massenarbeitslosigkeit, und die Auswanderung von Arbeitern aus diesen Ländern sei zwar ein brauchbares zeitweiliges Hilfsmittel, schaffe aber keine befriedigende Lösung auf lange Sicht. Eine solche könne nur durch beträchtliche Förderung der Entwicklung und der Investitionen erreicht werden, und der Ausschuß habe deshalb vorgeschlagen, daß Länder mit leistungsfähiger Wirtschaft und Vollbeschäftigung Filialunternehmen in Ländern errichten sollten, die unter Arbeitslosigkeit leiden.

Es sei schwierig, allgemein gültige Auswege für verschiedenartige Lagen aufzuzeichnen. Der Ausschuß sei jedoch der Ansicht, daß einige Regeln allgemein anwendbar wären: die Vermeidung von Maßnahmen, die den Prozentsatz der Investitionen senken würden, Einschränkung des Verbrauchs, und zwar in einer solchen Weise, daß damit der Anreiz zur Produktion nicht gefährdet wird; die Auffassung, daß Kreditbeschränkungen, abgesehen von Ratenzahlungskontrollen, eher dazu führen würden, den Verbrauch als die Investitionen zu beschneiden; die notwendige Ermunterung zur Spartätigkeit vielleicht mit Hilfe von Verkaufs- oder Einkaufsbesteuerung.

Die Versammlung begrüßte die Aktion des Ministerkomitees, insofern es sich um seine Vorschläge, Südeuropa betreffend, und die Richtung eines europäischen Entwicklungsfonds handelte; es sei zu hoffen, daß die OEEC diesen Fragen nun entschiedenen Vorrang geben werde, während sie fortfahre, die Durchführung des italienischen Zehnjahresplans und die Fertigstellung des griechischen Entwicklungsplans zu unterstützen.

Der Berichterstatter drückte sein Bedauern darüber aus, daß das Programm der Europäischen Produk-

tivitätszentrale gekürzt worden sei, und erkundigte sich, ob es besondere Gründe für eine solche Entscheidung gebe, die zu einer Zeit getroffen worden sei, da es angebrachter erscheine, die Tätigkeit der Zentrale zu erweitern, anstatt sie zu beschneiden.

In der darauffolgenden Debatte ergriffen folgende Abgeordnete das Wort: Herr Karl Czernetz (Österreicher, Sozialist), Herr Per Federspiel (Däne, gemäß. Liberaler), Präsident des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, Herr Hermod Lannung (Däne, Sozial-Liberaler) und Herr Barthold Stürgkh (Österreicher, Volkspartei)

In Erwiderung auf die Debatte ergriff dann Herr Figl das Wort. Er stellte fest, daß die Versammlung der wirtschaftlichen Expansion unterentwickelter Gebiete besondere Bedeutung beilege, und äußerte, daß die OEEC, obwohl dieser Punkt in dem Bericht nicht ausführlich behandelt worden sei, sich seiner Bedeutung durchaus bewußt sei; besondere Aufmerksamkeit würde dem Vorschlag der Versammlung für einen europäischen Entwicklungsfonds gewidmet werden.

Die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und die Fischerei stellten besondere Schwierigkeiten im Hinblick auf den vorgeschlagenen gemeinsamen Markt dar. Es sei noch zu früh, um sagen zu können, was die endgültige Lösung für diese Sektoren wäre, aber wahrscheinlich sei auch hier eine gewisse Synthese zwischen Freiheit und Kontrolle der richtige Weg. Bezüglich der allgemeinen Frage der Freihandelszone und des gemeinsamen Marktes suche die OEEC nach einer multilateralen Lösung, mit deren Hilfe die beiden Auffassungen verbunden werden könnten. Die in dieser Hinsicht zu lösenden Probleme seien in erster Linie technischer Art: die Maßnahmen, nach denen die Zölle gesenkt werden könnten, entweder auf Grund einer beweglichen Skala oder auf irgendeiner anderen Basis; das Ausmaß, in welchem die Herkunft und der Zweck der betreffenden Güter berücksichtigt werden sollte; welche Güter von der Besteuerung ausgenommen werden sollten; die Möglichkeiten zur Verhinderung einer übermäßig schweren Belastung für einzelne Staaten, institutionelle Probleme; und die Maßnahmen, die auf finanziellem, sozialem und gesetzgeberischem Gebiet erforderlich sein könnten, um möglichen unvorgesehenen Fällen zu begegnen. All dies seien neue Probleme, die nicht über Nacht gelöst werden könnten. Es käme den Abgeordneten zu, ihre Regierungen und die öffentliche Meinung in ihren Ländern zu beeinflussen zu suchen, denn die Opposition zu diesen Projekten werde in dem Maße anwachsen als ihre Auswirkungen für gewisse Interessengruppen sich klarer abzeichneten. Dies sei ein besonders gutes Beispiel für den Wert der Verbindungen zwischen der OEEC und dem Europarat.

Es bestehe die Möglichkeit einer späteren Verschmelzung der beiden Organisationen, da ihre Bestimmungen und ihre Ziele sich ergänzten. Im Augenblick komme es darauf an, im Rahmen einer elastischen Zusammenarbeit die derzeitige enge Beziehung aufrecht zu erhalten, und für die Versammlung sei es eine wesentliche Aufgabe, die Mitgliedsregierungen zur Tätigkeit anzuspornen, da sie oft zur Langsamkeit neigten.

Nachdem der Präsident und Herr MacBride Herrn Figl ihren Dank ausgesprochen hatten, wurde die Debatte als geschlossen erklärt. Die Versammlung nahm darauf einstimmig folgenden Entschließungsentwurf an:

Entschließung 99

1. Die Beratende Versammlung des Europarats spricht der OEEC ihren Dank für den siebten Bericht aus, den diese für den Europarat zusammengestellt hat.

2. Die Versammlung möchte ebenfalls dem österreichischen Außenminister, Herrn Figl, versichern, daß sie ihm für seine Vorlage des Berichts sehr zu Dank verpflichtet ist und daß sie die Zusammenarbeit mit der Versammlung seinerseits wie seitens der Beamten der OEEC zu schätzen weiß. Die Versammlung sieht diese wachsende funktionelle Zusammenarbeit als von großem Vorteil für die beiden Organisationen und die Idee der europäischen Einheit an.

3. Die Versammlung begrüßt den bei seiner Tagung im Juli gefaßten Beschluß des Rates der OEEC, eine ministerielle Arbeitsgruppe einzusetzen, welche die augenblickliche wirtschaftliche Lage und die daraus sich ergebenden Probleme prüfen soll, und hofft erwarten zu können, daß in Bezug auf die Fortschritte der Arbeit der ministeriellen Arbeitsgruppe die OEEC durch ihren Ausschuß für Wirtschaftsfragen in enger Verbindung mit der Versammlung bleiben wird.

4. Die Versammlung hat das Vergnügen, die Aufmerksamkeit der OEEC auf einen Bericht (1) über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in den Mitgliedstaaten zu lenken, den sie durch ihren Ausschuß für Wirtschaftsfragen hat ausarbeiten lassen und der von den gleichen Erwägungen geleitet war, die zu der Einsetzung der ministeriellen Arbeitsgruppe durch die OEEC geführt haben.

5. Die Versammlung nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Beschluß des Ministerkomitees (Entschließung (56) 15), der auf Grund der Empfehlungen 91 (1955) und 95 (1956) über Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung Südeuropas gefaßt wurde. Die Versammlung hofft, daß die OEEC sie über die auf diesem Gebiet erzielten Fortschritte laufend informieren wird, vor allem was die Prüfung des Vorschlags der Bildung eines europäischen Entwicklungs-Fonds betrifft der von dem Ministerkomitee in seiner obengenannten Entschließung gefordert wurde."

Atomenergie

Am 23. Oktober, vormittags, begann die Versammlung unter Vorsitz von Lord Layton die Debatte über die europäische Atomenergie-Organisation. Die institutionellen Aspekte dieser Frage waren in einem Bericht (Dok. Nr. 568) des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten dargelegt worden, den Herr van der Goes van Naters (Holländer, Arbeiterpartei) erstattete. Die wirtschaftlichen Aspekte des Problems wurden in einem von Herrn Gérard de Geer (Schwede, Liberaler) erstatteten Bericht (Dok. 538) des Ausschusses für Wirtschaftsfragen behandelt.

Der Berichterstatter des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, Herr de Geer, wies darauf hin, daß die Vorschläge der OEEC bezüglich der gemeinsamen Aktion der europäischen Länder auf dem Gebiet der Atomenergie vier Punkte betreffen: gemeinschaftliche Unternehmen; Sicherheitskontrolle; internationaler Austausch; Gesetzgebung — Gründung und Normung. Die Kontrolle beziehe sich in erster Linie auf die

Arbeitsvorgänge in den gemeinsamen Unternehmen und auf ihre Produkte und würde dann fortschreitend soweit wie möglich ausgedehnt werden. Aber es werde kein Monopol geben, und die Modalitäten würden so viel Spielraum lassen, daß sie die Tätigkeit der Mitgliedsländer nicht behinderten. Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen und der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten hätten auf ihren letzten Sitzungen den Wert dieser, auf reiflicher Überlegung beruhenden Vorschläge erkannt.

Gleichzeitig mit der Arbeit der OEEC sei die Arbeit des nach der Konferenz von Messina geschaffenen zwischenstaatlichen Ausschusses schnell fortgeschritten. Die Verhandlungen seien im Gange, und die sechs Minister müßten erneut zusammentreten, um genauere Beschlüsse zu fassen.

Das Euratom-Projekt weise zahlreiche gemeinsame Punkte mit dem Entwurf der OEEC auf. Aber es beständen doch erhebliche Abweichungen, was die Tragweite und die Form der gemeinsamen Aktion betreffe. Bei Euratom sei ein Einkaufsmonopol miteinbegriffen, das sich auf spaltbare Stoffe erstreckte, die in den Mitgliedsländern erzeugt oder aus dritten Ländern eingeführt worden seien. Die Anhänger dieses Systems machten vor allem geltend, daß ein solches Monopol die Kontrolle wirksamer gestalte und die gemeinsame Macht der miteinander verbundenen Länder vermehre. Das Exekutivorgan von Euratom könnte innerhalb der Grenzen seines Mandats als sein eigener Herr handeln und werde einer Versammlung verantwortlich sein. Euratom weise also eine ganz zusammenhängende und vollständige institutionelle Struktur auf.

Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen wünsche, daß die Verbindung zwischen Euratom und den Mitgliedstaaten des Europarats und der OEEC so eng wie möglich gestaltet werden. Es sei noch zu früh, um die Modalitäten der Zusammenarbeit zu prüfen, aber wenn die Zeit gekommen sei, müßte der Europarat sich sehr ernsthaft mit der Frage befassen.

Der Ausschuß sei außerdem der Meinung, daß alles getan werden müsse, um eine enge Zusammenarbeit zwischen Euratom und den auf dem Gebiet der Atomwissenschaft fortschrittlichsten Ländern, vor allem dem Vereinigten Königreich, sicherzustellen.

Für den Augenblick könne er darüber nicht mehr sagen und nicht über das Allgemeine hinausgehen, wobei er voraussetze, daß eine Anzahl von Mitgliedstaaten des Europarats schon Verhandlungen über die internationale Behörde für Atomenergie eingeleitet haben. Er könne indessen die dringende Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf dem Atomenergiegebiet unterstreichen. Schon jetzt führe Westeuropa 20% der Energie ein, die es verbraucht — was es 2 Milliarden Dollar koste —, und man könne vorausberechnen, daß es im Jahr 1975, wenn inzwischen nichts geschähe, 37% einführen müßte, was ihm Kosten von 5 Milliarden 200 Millionen Dollar verursachen würde. Es sei unerlässlich, die Tendenz umzukehren, und die europäischen Länder müßten sich umgehend daranmachen, die Atomenergie gemeinsam zu entwickeln ohne deswegen die herkömmlichen Energiequellen zu vernachlässigen. Dies sei unbedingt die Voraussetzung für

den Aufbau einer besseren und blühenderen Gesellschaft.

In der Debatte über die europäische Atomenergie-Organisation ergriffen folgende Redner das Wort:

Sir James Hutchison (Engländer, Konserv.), Lord Stonehaven (Engländer, Konserv.), Herr Helmut Kalbitzer (Deutscher, SPD), Lord Layton (Engländer, Liberaler). Herr van der Goes van Naters und Herr de Geer erwiderten auf die Debatte. Herr de Geer versicherte Sir James Hutchison, daß er die Position Großbritanniens vollkommen verstehe und daß er nicht erwarte, daß dieses Land der Euratom als Vollmitglied beiträte; aber er hoffe, daß, wie Sir James Hutchison selbst versprochen habe, Großbritannien nach besten Kräften mit der neuen Organisation mitarbeiten werde.

Gemeinsame Sitzung der Mitglieder der Beratenden Versammlung und der Gemeinsamen Versammlung der EGKS

Die vierte gemeinsame Sitzung der Mitglieder der Beratenden Versammlung des Europarats und der Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde am Samstag, dem 20. Oktober, vormittags, unter dem Vorsitz des Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, Herrn Pella, und nachmittags unter dem Vorsitz des Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn Dehousse, abgehalten.

Zu Beginn der Sitzung am Morgen gedachte Präsident Pella der Toten von Marcinelle. Herr René Mayer, der Präsident der Hohen Behörde, schloß sich ihm in diesem Gedenken an, und die Sitzung wurde zum Zeichen der Trauer für einige Minuten unterbrochen.

In seinem einführenden Exposé sagte Herr René Mayer, daß er sich freue, die Hauptetappen der Entwicklung der Gemeinschaft seit einem Jahr sowie die Entwicklung ihrer Beziehungen zu dritten Ländern aufzeigen zu können.

Der gemeinsame Markt und die Beseitigung der Zollschränken und der mengenmäßigen Beschränkungen hätten als Ergebnis zu Fortschritten in der Produktion, im Handel und im Verbrauch geführt. Die Senkung der Transportkosten und desgleichen die günstige Lohnentwicklung trügen zu diesen Ergebnissen bei. Ohne Zweifel seien die Fortschritte nicht allein der Existenz des gemeinsamen Marktes zuzuschreiben, aber er als Präsident der Hohen Behörde könne in aller Ruhe versichern, daß der gemeinsame Markt die Steigerung der Produktion und des Austausches begünstigt hätte.

Herr René Mayer ging dann auf die auswärtigen Beziehungen der Gemeinschaft ein, und wies darauf hin, daß der Assoziationsrat zwischen der Gemeinschaft und Großbritannien drei technische Ausschüsse gebildet habe.

Das Kohle-Komitee habe sich mit ganz konkreten Versorgungsproblemen befaßt. Seine enge Zusammenarbeit namentlich mit dem Coal Board habe eine günstige Berichtigung der Ausfuhrprogramme des Vereinigten Königreichs ermöglicht. Das für 1956 um 1 300 000 Tonnen reduzierte Programm sei durch erfolgreiche Verhandlungen auf annähernd 3 000 000 Tonnen erhöht worden.

Das Stahl-Komitee habe eine andersartige Tätigkeit ausgeübt. Es habe sich der Aufgabe gewidmet, die Stahlpreisstruktur in Großbritannien und in der Gemeinschaft zu studieren.

Das Komitee für Handelsbeziehungen habe im Auftrag des Rates ein Inventar von Vergleichen aufgenommen und beendet, die sich besonders auf die Zölle für Stahl des Vereinigten Königreichs und der Gemeinschaft bezögen.

Herr René Mayer erwähnte dann das am 7. Mai 1956 unterzeichnete Konsultations-Abkommen zwischen der Hohen Behörde und dem Schweizerischen Bundesrat sowie das Abkommen über die Aufstellung direkter internationaler Eisenbahntarife im Transitverkehr durch das Bundesgebiet, das am 28. Juli dieses Jahres unterzeichnet wurde.

Zur Zeit seien Verhandlungen mit Österreich in gutem Fortschreiten, die ein Abkommen gleicher Art wie das mit der Schweiz geschlossene bezweckten.

Die Beziehungen mit GATT würden von einer neuen Tatsache beherrscht. Die Hohe Behörde, die bis jetzt an der Arbeit dieser Organisation nur als Beobachter teilgenommen habe, sei nun zu echten Verhandlungen zum Zweck der Senkung der auswärtigen Zolltarife der Gemeinschaft übergegangen. Dies sei „ein greifbarer Beweis für die Realität der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf wirtschaftlicher und auf politischer Ebene“.

In seinen Ausführungen über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Gemeinschaft und dritten Ländern hob Herr René Mayer zwei besonders bemerkenswerte Tatsachen hervor: Der Anteil der Gemeinschaft an dem Welthandel mit Kohle, Koks, Eisenerzen und Stahl sei viel größer als ihr Anteil an der Weltproduktion dieser Produkte; seit der Eröffnung des gemeinsamen Marktes seien die Ausfuhren dieser Produkte im Verhältnis zu den Ausfuhren der übrigen Welt viel stärker angestiegen. Das kennzeichne die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen, die die Gemeinschaft mit dritten Ländern unterhält.

Was die Exportpreise betreffe, so lägen diejenigen der Gemeinschaft wie vorher niedriger als diejenigen der anderen Länder. Es folgte dann ein Überblick über den Austausch mit Stahlprodukten und über die Verhältnisse in bezug auf Kohle zwischen der Gemeinschaft und dritten Ländern.

Zuletzt führte Herr René Mayer die Schwierigkeiten an, die noch zu lösen blieben. In den vergangenen Monaten hätten der zunehmende Bedarf an Importkohle und die bedrohliche Lage der europäischen Versorgung mit flüssigem Brennstoff die Abhängigkeit Europas in bezug auf Energie deutlich gezeigt. „Aus diesem Grunde ist eine gemeinsame Energiepolitik der Montanunionländer und darüber hinaus aller europäischen Länder dringend erforderlich. Die Ereignisse veranlassen die Hohe Behörde dazu, die ersten Schritte zu dieser neuen Etappe zu tun.“ Gewisse europäische Länder, die der Gemeinschaft nicht angehören, hätten auf diesem Gebiet eine Hauptrolle zu spielen. Der Präsident erwähnte die Entwicklung der Stimmung in Großbritannien im Sinne einer Annäherung an einen allgemeinen gemeinsamen Markt. Die Hohe Behörde könne das nur begrüßen.

Schwierigkeiten wie der Kampf gegen eine Inflation und die Aufrechterhaltung des Lebensstandards könnten den Einklang zwischen der Wirtschaftspolitik der Regierungen und der Grundkonzeption des gemeinsamen Marktes erschweren. Man müsse dafür Sorge tragen, daß es eines Tages die gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik eines Großeuropas geben werde, die diese Schwierigkeiten lösen und die Einheit sichern würde.

Anschließend legte Herr Paul Struye den dritten Tätigkeitsbericht der Gemeinsamen Versammlung vor. Die Gemeinsame Versammlung und die der EGKS gestellten Probleme.

„Keine politische Idee kann ohne kräftige Unterstützung aus dem Volke leben“, und auch die Gemeinsame Versammlung bemühe sich um Möglichkeiten, ihre Tätigkeit im Volk besser bekanntzumachen. Sie suche die Öffentlichkeit zu informieren und über die Reaktionen der öffentlichen Meinung informiert zu werden. In diesem Sinne habe sie die Hohe Behörde gebeten und deren Einverständnis erhalten, daß die Berichte über die Tätigkeit der Gemeinschaft eine *Gesamtpolitik* für die Zukunft darlegen sollten, während sie die in der Vergangenheit verfolgte Gesamtpolitik rechtfertigten.

Hinsichtlich der Budgetfragen habe sie ihren Willen bekundet, trotz der sehr engen Grenzen des Vertrages eine wirksame Kontrolle auszuüben.

Was die Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaft betrifft, habe sie nicht nur die Verbesserungsvorschläge geprüft, die keine Abänderung des Vertrags nach sich ziehen würden (Kampf gegen Unfälle, technische Forschung, Zusammenarbeit usw.), sondern auch Vorschläge, die Abänderungen erfordern (Lebens- und Arbeitsbedingungen) und voraussetzen würden, daß die EGKS die der Bedeutung ihrer sozialen Ziele entsprechenden Vollmachten erhält, wenn die Übergangsperiode vorüber ist.

In bezug auf die Tätigkeit der Hohen Behörde habe die Gemeinsame Versammlung sich mit den Übergangsbestimmungen für den gemeinsamen Markt, mit der Kartellfrage, die sehr verschiedenartige Reaktionen bei ihren politischen Gruppen hervorgerufen habe, und mit den Investitionen beschäftigt.

Sie habe einmütig bedauert, daß die Hohe Behörde die Definition ihrer Politik auf lange Sicht auf dem Gebiet von Kohle und Stahl verzögert habe. Dagegen habe sie die auf dem Gebiet des Transportwesens erzielten Fortschritte begrüßt.

All diesen Tätigkeiten gegenüber seien aber Sorgen sozialer Art vorherrschend gewesen: technische Schulung, Verbesserung der Wohnverhältnisse — und vor allem die Probleme, die sich aus der beklagenswerten Katastrophe von Marcinelle ergeben hätten.

In politischer Beziehung sei die Versammlung enttäuscht über das Scheitern ihres Vorschlags der Schaffung einer gemischten parlamentarischen Kommission mit Großbritannien.

Die Gemeinsame Versammlung und die Wiederbelebung des europäischen Gedankens.

Die Untersuchungen der Arbeitsgruppe der Gemeinsamen Versammlung haben zu gewissen Schlußfolgerungen geführt:

Der gemeinsame Markt soll eine echte Zollunion darstellen; die Organe des Wirtschaftslebens sollen mit den Institutionen des gemeinsamen Marktes in Form etwa eines Wirtschafts- und Sozialrats assoziiert werden; die Koordinierung der Politik, nicht allein auf sozialem, sondern auch auf dem Gebiet der Finanzen, der Währung und der Steuern, sei wichtig; besondere Maßnahmen müßten die Lebensfähigkeit der Landwirtschaft retten.

Was Euratom betrifft, seien Meinungsverschiedenheiten zwischen den politischen Gruppen hinsichtlich der ausschließlich friedlichen Verwendung der Atomenergie und der Auswahl der Brennstoffe aufgetreten.

Für die geplanten neuen Gemeinschaften hofft die Arbeitsgruppe der Gemeinsamen Versammlung, daß die Versammlung mit Initiativvollmachten auf dem Gebiet der allgemeinen Politik ausgestattet wird. Die Beteiligung der Arbeiter-Gewerkschaftsorganisationen mindestens in beratender Eigenschaft wird günstig beurteilt.

Die Gemeinsame Versammlung und die Fragen aus dem Interessengebiet der Beratenden Versammlung.

Die Beratende Versammlung des Europarats scheine befürchtet zu haben, daß die Politik der EGKS mit allzuviel Nachdruck betone, daß der Beitritt von dritten Staaten nur denkbar wäre, wenn sie die durch den Vertrag auferlegten Verpflichtungen annähmen. Die kürzlich mit Österreich, den Vereinigten Staaten und der Schweiz geschlossenen Abkommen zeigten, daß diese Befürchtungen nicht begründet waren. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der EGKS und dritten Ländern sei von der Gemeinsamen Versammlung immer befürwortet worden, und diese Zusammenarbeit könne die verschiedensten und elastischsten Formen annehmen.

Hinsichtlich gemeinsamer Tagungen stehe nichts dem entgegen, daß die Mitglieder eines Ausschusses der Beratenden Versammlung durch den Präsidenten des entsprechenden Ausschusses der Gemeinsamen Versammlung eingeladen würden, einer Sitzung dieses Ausschusses beizuwohnen — aber ein solches Ersuchen sei noch nicht ergangen.

Für die Wahl der Abgeordneten der Gemeinsamen Versammlung nach allgemeinem Wahlrecht scheine sich aus den Debatten zu ergeben, daß es vorzuziehen wäre, im Augenblick nicht zu einem solchen System überzugehen.

Abschließend machte Herr Struye darauf aufmerksam, daß im gesamten die Tätigkeit der Hohen Behörde der Versammlung allzu vorsichtig erschienen sei. Der Hauptgrund für eine gewisse Unbeweglichkeit sei die oft recht kühle Haltung der Regierungen der sechs Mitgliedstaaten. Was die Gemeinsame Versammlung angehe, so habe sie in der Verbindung des europäischen Ideals mit dem Sinn fürs Reale ihren richtigen Weg gefunden.

Die Ausführungen von Herrn René Mayer und Herrn Paul Struye füllten den Vormittag aus; der Nachmittag war einem Gedankenaustausch zwischen den Mitgliedern der Beratenden Versammlung und den Mitgliedern der Gemeinsamen Versammlung gewidmet.

Dabei ergriffen das Wort: Herr *de Geer* (Schwede, Liberaler), Berichterstatter des Ausschusses für Wirtschaftsfragen der Beratenden Versammlung; Herr *Edwards* (Engländer, Arbeiterpartei), Vizepräsident des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten der Beratenden Versammlung; Herr *Hermann Pünder* (Deutscher, CDU); Herr *Karl Wistrand* (Schwede, Konserv.); Herr *Roy Jenkins* (Engländer, Arbeiterpartei); Herr *Barthold Stürgkh* (Österreicher, ÖVP); Herr *Fürler* (Deutscher); Herr *Per Federspiel* (Däne, Liber.); Herr *Oakshott* (Engländer, Konserv.); Herr *Gozard* (Franzose); Herr *Marius Moutet* (Franzose, Soz.); Herr *Karl Czernetz* (Österreicher, ÖSP).

Herr *René Mayer* beantwortete die Fragen, die ihm während dieses Gedankenaustausches gestellt worden waren, und die gemeinsame Sitzung wurde darauf von Präsident *Dehousse* als geschlossen erklärt.

Berichte der Hohen Behörde und der Gemeinsamen Versammlung

Am Mittwoch, dem 24. Oktober, vormittags, beriet die Versammlung unter Vorsitz von Herrn *Fernand Dehousse* über den Bericht des Ausschusses für Wirtschaftsfragen (Dok. 565) und den Bericht des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten (Dok. 544), die sich auf die Berichte der Hohen Behörde und der Gemeinsamen Versammlung der EGKS beziehen.

Im Laufe der Debatte, die durch den Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten Herrn *Constantin Maris* (Grieche, FDA) eingeleitet wurde, sprachen Herr *Gérard de Geer* (Schwede, Liberaler), Herr *Fritz Hellwig* (Deutscher, CDU) und Herr *John Hay*.

Es folgen Inhaltsangaben der beiden Entschließungsentwürfe, die einstimmig angenommen wurden.

Entschließung 102

In ihrer Antwort auf den vierten Bericht der Hohen Behörde begrüßte die Versammlung die im Jahr 1955 erzielten Fortschritte in der Steigerung der Produktion und des Austausches von Stahl innerhalb der Gemeinschaft und drückt ihre lebhafteste Befriedigung darüber aus, daß wegen der Knappheit an Schrott Bemühungen gemacht worden sind, mehr und mehr an Stelle von Schrott Roheisen in den Hütten zu gebrauchen. Andererseits stellt die Versammlung mit Besorgnis die unzureichende Entwicklung der Produktion von Steinkohle fest, die eine wachsende Anspannung des gemeinsamen Kohlenmarktes zur Folge hat.

Die Versammlung nimmt mit Genugtuung die Fortschritte der Hohen Behörde in der Verbesserung der Konkurrenzbedingungen innerhalb des gemeinsamen Marktes zur Kenntnis und bittet dringend, die hinsichtlich der Kartelle eingeschlagene Politik weiter zu verfolgen.

Die Antwort der Versammlung befaßt sich außerdem mit folgenden Punkten:

- die Anwendung direkter internationaler Eisenbahntarife, der Abschluß eines Abkommens mit der Schweiz über die Anwendung dieser Tarife für den Transport von Kohle und Stahl durch das Hoheitsgebiet dieses Landes;

- das Inkrafttreten des Assoziations-Abkommens mit dem Vereinigten Königreich;
- die Festigung der Wirtschaftsverbindungen mit dritten Ländern;
- die Preissteigerung;
- die Betätigungen der Gemeinschaft auf sozialem Gebiet und auf dem Gebiet des Wohnungsbaus.

Entschließung 103

Diese Antwort umfaßt drei Hauptteile. Der erste mit dem Titel: „Die Gemeinsame Versammlung und die der EGKS gestellten Probleme“ handelt einerseits von der Aufgabe und den Vollmachten der Gemeinsamen Versammlung, andererseits von der Gemeinsamen Versammlung und der Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaft. Der Absatz 11 betrifft den Vorschlag zur Schaffung eines ständigen Verbindungsausschusses zwischen der Gemeinsamen Versammlung und den britischen Parlamentariern, der sich aber nicht verwirklichen läßt, da das Vereinigte Königreich ihm nicht zustimmen kann. Die Beratende Versammlung ist jedoch der Ansicht, daß eine Beteiligung von britischen Parlamentariern nicht ausgeschlossen wäre, wenn man in der Angelegenheit auf den Standpunkt zurückkäme, der im Absatz 8 ihrer Antwort auf den ersten und zweiten Bericht der Gemeinsamen Versammlung Ausdruck gefunden hat. Der zweite Teil der Antwort prüft „Die Gemeinsame Versammlung und die Wiederbelebung des europäischen Gedankens“, während der dritte Teil sich mit der „Gemeinsamen Versammlung und den Fragen, die besonders die Beratende Versammlung des Europarats interessieren“, befaßt. Nachstehend folgt der diesbezügliche Teil im Wortlaut:

„Dieser Teil der Antwort behandelt die Punkte, die für die beiden Versammlungen von Interesse sind, wie sie in dem Bericht der Gemeinsamen Versammlung und in der früheren Antwort der Beratenden Versammlung auf den ersten und zweiten Bericht der Gemeinsamen Versammlung dargelegt werden (Dok. 435).

Die Frage des freien Entschlusses zum Beitritt zu der Gemeinschaft ist schon in der vorliegenden Antwort behandelt worden. Die Beratende Versammlung möchte jedoch hinzufügen, daß sie ihrerseits auch weiter die Mitgliedstaaten des Rates auffordern wird, alle Möglichkeiten der Assoziation mit der Gemeinschaft aktiv und wohlwollend zu prüfen. Die Beratende Versammlung glaubt, daß sie durch dieses Ermutigen die eigenen Anstrengungen der Gemeinsamen Versammlung um Erweiterung der Gemeinschaft unterstützen und in dieser Weise zu dem Fortschritt der europäischen Integration im gesamten beitragen wird.

Die Beratende Versammlung stellt mit lebhafter Befriedigung fest, daß ein offizielles Ersuchen der Präsidenten ihrer Ausschüsse, zusammen mit ihren Kollegen von der Gemeinsamen Versammlung Sitzungen veranstalten zu können, um über Probleme von gemeinsamem Interesse zu beraten, günstig aufgenommen werden würde. Wie aus der vorliegenden Antwort hervorgeht, ist die Versammlung der Meinung, daß es nicht an passenden Gelegenheiten für die Einberufung solcher Tagungen fehlen wird, und hofft, daß sich auf dieser Basis eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den beiden Versammlungen entfalten wird.

Die Frage der Beziehungen zwischen der Gemeinsamen Versammlung und dem Parlament des Ver-

einigten Königreichs ist weiter oben erörtert worden (s. Absatz 11).

Die Beratende Versammlung stimmt mit der Gemeinsamen Versammlung in der Auffassung überein, daß die Wahl nach allgemeinem Wahlrecht zur Zeit praktisch nicht möglich ist. Wenn man jedoch die Fortschritte voraussetzt, die man in der Aktion zu erzielen erhofft, welche die öffentliche Meinung zu einem wirklichen unmittelbaren Interesse an der Arbeit der Gemeinschaft führen soll, und darüber hinaus die Auswirkungen berücksichtigt, die von der Schaffung des allgemeinen gemeinsamen Marktes und von Euratom auf das Interesse der Öffentlichkeit hinsichtlich der europäischen Angelegenheiten zu erwarten sind, sollten alle europäischen Parlamentarier nicht verfehlen, die Möglichkeit einer Wahl nach allgemeinem Wahlrecht stets im Auge zu behalten. Die Übergangsperiode von 15 Jahren zum Beispiel, nach der der allgemeine gemeinsame Markt errichtet werden wird, falls der vorliegende Entwurf angenommen wird, wäre sicherlich lang genug, um die europäische öffentliche Meinung so weit zu „europäisieren“, daß spätestens nach Ablauf dieses Zeitraums eine ernsthafte Prüfung der Frage gerechtfertigt ist, ob die Mitglieder der europäischen Versammlungen nach allgemeinem Wahlrecht gewählt werden können.

Was die Möglichkeit betrifft, den Gewerkschafts-, Unternehmer- und Berufsorganisationen einen beratenden Status zu bewilligen, unterstreicht die Gemeinsame Versammlung in ihrem Bericht, daß es sich hierbei eher um Bevölkerungsschichten als um Sondergruppen handelt, die in dem beratenden Ausschuß vertreten sind. Die Beratende Versammlung hat es aber gerade für zweckmäßig erachtet, den Gewerkschaften und ähnlichen Organisationen einen beratenden Status zu bewilligen, in der Auffassung, daß die Vertretung der verschiedenen Schichten der Wählerschaft normalerweise und allein ihrem örtlich gewählten parlamentarischen Vertreter zukommt. Unter der Voraussetzung, daß die Organisationen, um die es sich hier handelt, in keinem Fall in einer Form wie diejenigen bei dem beratenden Ausschuß der EGKS vertreten sind, würde die Beratende Versammlung es begrüßen, einen zusätzlichen Meinungsaustausch über diesen Punkt mit der Gemeinsamen Versammlung vorzunehmen.

Die Beratende Versammlung nimmt die Tatsache zur Kenntnis, daß die Gemeinsame Versammlung damit übereinstimmt, daß der Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft gleichzeitig mit ihrem eigenen Bericht auf gemeinsamen Tagungen der beiden Versammlungen zur Beratung stehen soll, aber daß sie aus Verfahrensgründen nicht wünscht, daß der Jahresbericht der OEEC formell auf die Tagesordnung dieser gemeinsamen Tagung gesetzt wird. Die Beratende Versammlung akzeptiert den Standpunkt der Gemeinsamen Versammlung in dieser Hinsicht.

Schlußfolgerung

Die Beratende Versammlung möchte als Schlußfolgerung eine allgemeine Feststellung machen: In dem Maße, als der Augenblick näherückt, um Entschlüsse über die neuen Formen der wirtschaftlichen Integration Europas zu fassen, gewinnen die Erfahrungen der Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Ansichten der Gemeinsamen Versammlung eine neue Bedeutung. So hat sich auch der dritte Bericht der Gemeinsamen Versammlung als besonders wertvoll für die Beratende Versammlung erwiesen, die der Hoffnung Ausdruck gibt, daß der nächste Bericht ein ebenso weites Gebiet umfassen können wird.*

Transportwesen

Am Nachmittag des 23. Oktober begann die Versammlung unter Vorsitz von Herrn Fernand Dehousse die Debatte über den Bericht (Dok. 564) bezüglich der europäischen Konferenz der Transportminister, der von dem Berichterstatter des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, Herrn Edward Corniglion-Molinier vorgelegt wurde. Der Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland und amtierender Präsident der europäischen Konferenz der Transportminister sprach bei dieser Gelegenheit zu der Versammlung (s. unten).

Herr Corniglion-Molinier (Franzose, Sozial-Republikaner) gab bekannt, daß die Beratende Versammlung in ihrer Sitzung vom 9. Juli 1955 eine Entschließung angenommen habe, die im ersten Teil Beobachtungen in bezug auf Probleme technischen Charakters enthalte und im zweiten Teil Empfehlungen institutioneller Art, die im wesentlichen die Schaffung eines ständigen Ausschusses für das europäische Transportwesen anstreben. Während des seit Annahme dieser Entschließung abgelaufenen Jahres habe die europäische Konferenz der Transportminister, im Februar 1956, dem Europarat ihren zweiten Jahresbericht zugestellt sowie eine Mitteilung, in der sie ihn über die Schritte unterrichtet, die sie auf Grund der in dieser Entschließung enthaltenen Vorschläge unternommen hat. Diese beiden Dokumente seien der Beratenden Versammlung auf ihrer Sitzung vom 19. April 1956 durch Herrn Seehoß vorgelegt worden. (S. „Mitteilungen des Europarats“ 6. Jahrg. Nr. 5 — III.)

Herr Corniglion-Molinier sagte, er wünsche mit seinem Bericht deutlich zu machen, daß, wenn auch die Fortschritte der europäischen Projekte langsam erschienen, die Konferenz der Transportminister sich entschieden auf konkrete Fragen eingestellt zu haben scheine. Um den europäischen Warenaustausch zu erleichtern, habe die Konferenz eine Aufstellung der Arbeiten, die von europäischem Interesse sind, gemacht. Sie werde dann die Finanzierungsprobleme untersuchen müssen. Hinsichtlich der Infrastruktur lenkte Herr Corniglion-Molinier die Aufmerksamkeit der Mitglieder der Versammlung auf die Finanzierung der Straßenarbeiten und auf das Problem der Ölleitungen, das die Energieknappheit in Europa und die Suezkrise besonders aktuell gemacht hätte. Unter den Fragen der Tarife oder Bestimmungen sei die Harmonisierung der Frachtkosten auf dem Rhein durch Absprachen der Fachgruppen erzielt worden.

Das Transportwesen habe seine besonderen Gesetze, auf die der Redner nicht eingehen wolle; selbst wenn eine Gruppe von mehreren Ländern in Form eines gemeinsamen Marktes engere Verbindungen eingehen sei es nötig, sich mit den Nachbarländern wegen vielerlei technischer Maßnahmen ins Benehmen zu setzen. Der viel größere Rahmen der siebzehn Länder sei, wie der Redner glaubte, eine Notwendigkeit. Ebenso sei es nötig, daß Spezialisten die besonderen Transportfragen bearbeiteten.

Herr Seehoß, der Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland, teilte mit, daß die Konferenz der Transportminister auf ihrer letzten Tagung in München schon mehreren von Mitgliedern der Versammlung herührenden Vorschlägen entsprochen hätte. Die Minister

hätten besonders die Frage der Olleitungen untersucht und seien zu dem Schluß gekommen, daß sie in europäischem Rahmen gelöst werden müsse. Ebenfalls hätten die Minister die Möglichkeit der Finanzierung von Investitionen geprüft: Die EUROFIMA werde am 20. November in Basel ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die Minister hätten es nicht für angebracht gehalten, ein Sonderorgan für Straßenbau-Investitionen zu bilden, wie die OEEC geraten habe; sie hätten nur Arbeitsgruppen eingesetzt, in denen die Länder zu je Zweien vertreten wären. Drei dieser Gruppen hätten schon ihre Tätigkeit aufgenommen.

Die Vereinheitlichung des Transportwesens sei notwendigerweise ein langwieriges Unternehmen. Auf ihrer letzten Tagung in München habe die Konferenz einstimmig einen Beschluß fassen können, der hoffen lasse, daß in Zukunft das Vorgehen der verschiedenen Länder bezüglich der Eisenbahnen sich in übereinstimmendem Sinne entwickeln werde.

Was die Harmonisierung der Frachtkosten betrifft, erklärte der Redner, daß die Konferenz hinsichtlich der Rheinschiffahrt die Schlußfolgerungen der Rhein-konferenz anwenden und die Regierungen auffordern werde, die Abkommen zwischen den Transportunternehmen zu überwachen.

Der Redner sagte, er wünsche ebenso sehr wie Herr Corniglion-Molinier, daß auch die Lufttransporte von der Konferenz hätten harmonisiert werden können, obwohl ihr Statut ihr nur erlaube, sich mit dieser Frage in offiziöser Eigenschaft zu befassen.

Man scheine nicht befürchten zu müssen, daß die Harmonisierungspolitik der Konferenz durch die Eröffnung eines allgemeinen gemeinsamen Marktes gehemmt würde. Ganz im Gegenteil könne man davon eine verstärkte Zusammenarbeit erwarten.

Die Wirksamkeit der Konferenz beruhe auf der gleichzeitig politischen und technischen Rolle, die sie zu spielen imstande sei. Die Transportminister hätten so klar wie die Versammlung das Endziel vor Augen, aber sie hätten diese zu begreifen, daß sie nicht mehr tun könnten, als für die Harmonisierung der Transportpolitik der verschiedenen Staaten zu arbeiten.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Antonio Bogiano Pico (Italiener, Christl. Dem.) und Herr David Jones (Engländer, Arbeiterpartei). In seiner Erwidern erklärte Herr Corniglion-Molinier, daß der Ausschuß gern auf die Anregung von Herrn Seebohm eingehe, in der Entschließung die Worte: „bei den technischen Studien, die unerlässlich sind“ durch die Worte: „in die wirtschaftliche Integration Europas“ zu ersetzen.

Der Entwurf der Entschließung 100 wurde einstimmig angenommen.

Entschließung 100

„1. Die Versammlung hat mit Interesse von dem zweiten Bericht der Konferenz der Transportminister Kenntnis genommen und möchte betonen, wie sehr sie es zu schätzen weiß, auf diese Weise über die Tätigkeit im Transportwesen in Europa auf dem Laufenden gehalten zu werden

2. Sie bemerkt, daß wegen der wirtschaftlichen Expansion die Transportadern oft bis an die Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit beansprucht sind, daß gewisse Transportmittel wie die Luftfahrt in vollem Auf-

schwung begriffen sind — was die Aufstellung von rationellen Investitionsprogrammen und eine europäische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet um so notwendiger macht.

3. Sie nimmt den Fortgang der Untersuchungen hinsichtlich der Aufstellung eines Arbeitsprogramms von europäischem Interesse zur Kenntnis.

4. Sie bittet die europäische Konferenz der Transportminister, die Frage der Finanzierung der Straßenarbeiten zu studieren, und nimmt mit Befriedigung von den Ergebnissen Kenntnis, die betreffs der Finanzierung des Eisenbahnmateriels erzielt worden sind.

5. Was die Harmonisierung der Frachtkosten betrifft, wünscht sie, bei voller Würdigung der unternommenen Anstrengungen, die Zusicherung zu erhalten, daß die Konjunkturschwankungen der Wirtschaft die erzielten Ergebnisse nicht beeinträchtigen werden.

6. Sie verzeichnet die Tatsache, daß die Europäische Konferenz der Transportminister sich auf der internationalen Zivilluftfahrt-Konferenz hat vertreten lassen, und ersucht sie, eine enge Verbindung mit dieser und mit den nationalen Luftfahrt-Gesellschaften aufrechtzuerhalten, damit sie den Faktor der Luftfahrt in der Entwicklung des europäischen Reiseverkehrs berücksichtigen kann.

7. Was die Organisation des Transportwesens betrifft, nimmt sie zur Kenntnis, daß diese nach Ansicht der Europäischen Konferenz der Transportminister als Bestandteil der zukünftigen Wirtschaftsorganisation aufgefaßt werden soll, und äußert die Meinung, daß die EKTU in ihrer gegenwärtigen Form eine nutzbringende Rolle in der wirtschaftlichen Integration Europas spielt.“

Zivilluftfahrt

Am 26. Oktober, vormittags, beriet die Versammlung unter dem Vorsitz von Herrn Fernand Dehousse über den Bericht der europäischen Kommission für Zivilluftfahrt und über den Bericht des Ausschusses für Wirtschaftsfragen (Dok. 558). Der Bericht der europäischen Kommission für Zivilluftfahrt (CEAC) bezieht sich auf deren erste Sitzung, die vom 29. November bis 16. Dezember 1955 in Straßburg stattfand. Ein Kurzbericht über diese Sitzung wurde in den „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrgang, Nr. 1, S. 4, gebracht.

Der Berichterstatter des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, Herr Corniglion-Molinier, machte darauf aufmerksam, daß die europäische Kommission für Zivilluftfahrt die Verfahrensschwierigkeiten überwunden zu haben scheine, die ihre Beziehungen zu der ICAO zu beeinträchtigen drohten. Ein Abkommen mit der ICAO sei aufgestellt, das von ihrem Sekretariat mit Hilfe ihrer Sachverständigen ausgearbeitet worden sei.

Die CEAC suche den Luftfahrtaustausch in Europa zu erleichtern und die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Luftverkehrsgesellschaften zu fördern. Als erstes schlage sie ein multilaterales Abkommen über den nicht-regelmäßigen Verkehr vor, das das erforderliche Genehmigungsverfahren für diesen Verkehr vereinheitlicht und anpassungsfähig macht.

Mit Unterstützung der ICAO habe die Kommission die „Verallgemeinerung“ (banalisation) studiert, das heißt den Material- und Personalaustausch zwischen den Fluggesellschaften zum Zweck der Verbesserung der Leistungsfähigkeit.

Der Redner meinte, die skandinavischen Länder hätten mit der SAS ein gutes Beispiel gegeben; er sei

überzeugt, daß man durch den Zusammenschluß mehrerer nationaler Gesellschaften die Betriebsergebnisse erheblich verbessern würde.

In zwei bis drei Jahren würden die Düsenflugzeuge, die in Dienst gestellt würden, diese Vereinigung oder Verschmelzung der Betriebsgesellschaften noch dringlicher machen.

Die Steigerung des europäischen Luftverkehrs habe im Jahr 1955 23% betragen und die Tendenz sei auch 1956 günstig; diese Entwicklung müßte den Staaten erlauben, einen die öffentlichen Finanzen weniger belastenden Betrieb zu planen.

In der allgemeinen Debatte sprachen Herr Walter Sundström (Schwede. Soz. Dem.), Herr Hermod Lanung (Däne. Soz. Liberaler), Herr Marius Moutet (Franzose. Sozialist), und Herr Herman Smitt-Ingebrechtsen (Norweger. Konserv.).

Der Entschließungsentwurf, der die Antwort auf den Bericht der Europäischen Kommission für Zivilluftfahrt darstellt, wurde einstimmig angenommen.

Entschließung 109

In ihrer Entschließung 109 begrüßt die Versammlung die Bildung der Europäischen Kommission für Zivilluftfahrt als Organ zur Förderung der Koordinierung, der besseren Nutzung und der geordneten Entwicklung des europäischen Lufttransportwesens. Sie drückt ihre Befriedigung darüber aus, daß ihr die Kommission ihren Jahresbericht übermittelt hat. Sie nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die Kommission den Entwurf eines multilateralen Abkommens über den nicht-regelmäßigen Verkehr angenommen hat und erwartet ein baldiges Abkommen über den regelmäßigen Verkehr. Sie hofft, daß die an ihr beteiligten Länder der Gesellschaft für die gemeinsame Finanzierung einer neuen Ausrüstung beitreten werden, deren Begründung die Messina-Konferenz empfohlen hat. Sie lädt die Kommission ein, ihre nächste Tagung in Straßburg abzuhalten.

Post- und Fernmeldewesen

Am Mittwoch, dem 24. Oktober, beriet die Versammlung unter Vorsitz von Herrn Fernand Dehousse über den Bericht (Dok. 563) des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, der von Herrn Karl Czernetz (Österreicher, SPO) erstattet wurde und die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens betraf.

Herr Czernetz machte darauf aufmerksam, daß es sich nicht einfach um Philatelie, sondern um die Begründung einer europäischen Postunion handele. Nach einem kurzen historischen Überblick über die Frage kam der Redner auf die Schaffung eines Unterausschusses durch die Messina-Konferenz zu sprechen, zu dem später auch Beobachter Großbritanniens und der Schweiz hinzugekommen wären; es konnten also auf diesem Gebiet befriedigende Fortschritte erzielt werden.

Sollten die für die Sechs bestimmten Anregungen nicht auf die Sechzehn ausgedehnt werden? Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen hoffe, daß wenigstens ein Versuch dazu gemacht werde. Eine europäische Postunion sei nicht unvereinbar mit der schon bestehenden europäischen Postunion, da ja der Artikel 9 des Ver-

trags, der diese Union begründet hat, zu regionalen Abkommen ermächtigt; mehrere regionale Unionen beständen schon jetzt.

Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen sei der Ansicht, daß das Ministerkomitee des Europarats eine Konferenz der Postminister einberufen sollte. Die Beratende Versammlung müßte den nationalen Verwaltungen praktische Maßnahmen empfehlen: Abschaffung der Transitgebühren für Eilpost; Abschaffung der Übergabegebühren für Briefpost, für Ferngespräche usw.; Vereinheitlichung der Transportbestimmungen für den Warenversand durch die Post; Vereinfachung der Grenzabfertigung von Postpaketen; ständige Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet und im Erfahrungsaustausch. Außerdem hielte es der Ausschuß für Wirtschaftsfragen für wünschenswert, daß die Konferenz der Transportminister der Versammlung jährlich Bericht erstattete, daß sie Frankreich ersuchte, Briefmarken mit dem Aufdruck „Europarat“ herauszugeben, daß sie alle Mitgliedstaaten aufforderte, die europäische Briefmarke herauszugeben, die schon in sechs Ländern im Umlauf ist, und während der Sitzungen der Versammlung einen Sonderstempel: „Europarat, Beratende Versammlung, ...te Sitzung“ zu benutzen.

Nach Herrn Czernetz ergriff Lord Stonehaven (Engländer, Konserv.) das Wort und bedauerte die allzu konservative Haltung der britischen Postverwaltung, die sich nur ungern entschlosse, neue Briefmarken herauszugeben.

Der Empfehlungsentwurf wurde einstimmig angenommen.

Empfehlung 102

„In der Erwägung, daß der 1952 in Brüssel revidierte Artikel 9 der Weltpostkonvention und Artikel 42 der 1952 in Buenos Aires abgeschlossenen internationalen Konvention über das Fernmeldewesen den Mitgliedern des Weltpostvereins und der Internationalen Fernmeldeunion gestatten, kleinere Unionen zu bilden oder untereinander Sonderabmachungen zu treffen;

In Anbetracht dessen, daß folgende beschränkte Post-Unionen bereits bestehen: amerikanisch-spanische Post-Union, Post-Union der nordischen Länder, afrikanische Post-Union, malayische Post-Union und arabische Post-Union; und daß ebenfalls eine Anzahl von regionalen Organisationen für das Fernmeldewesen bestehen, nämlich die interamerikanische Union für das Fernmeldewesen, die regionale Konferenz der Telegraphenverwaltungen der nordischen Länder, die afrikanische und die arabische Union für das Fernmeldewesen;

Mit Hinweis auf ihre Entschließung 9 (1951), die die Begründung einer europäischen Postunion und die Einberufung einer europäischen Konferenz für Post- und Fernmeldewesen anstrebt;

In Anbetracht dessen, daß seit der Ablehnung dieser Empfehlung durch das Ministerkomitee im Mai 1953 mehrere andere Vorschläge bezüglich der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens formuliert und beraten worden sind, vor allem die am 9. Juli 1955 durch den französischen Postminister, Herrn Bonnelous, der Versammlung vorgelegten Vorschläge und diejenigen, die in dem Bericht enthalten sind, der im Mai 1956 durch den von der Messina-Konferenz eingesetzten Brüsseler zwischenstaatlichen Ausschuß veröffentlicht wurde;

Im Hinblick darauf, daß die Minister für Post- und Fernmeldewesen der Sechs im Januar 1956 eine Konferenz abgehalten haben, in deren Verlauf sie beschlossen, die erste europäische Briefmarke herauszugeben, und daß in der Folge Vertreter der Postverwaltungen von Belgien, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens, der Niederlande, der Schweiz und Großbritannien Tagungen abgehalten haben, um die Modalitäten einer engeren Zusammenarbeit zwischen ihren entsprechenden Dienstzweigen zu prüfen;

Empfiehl die Versammlung:

1. daß das Ministerkomitee alle Mitgliedstaaten auffordern soll, eine europäische Konferenz der Minister für Post- und Fernmeldewesen einzusetzen, die besondere Komitees für Post und für Fernmeldewesen umfassen würde, und daß diese Konferenz, die mit dem Weltpostverein und der internationalen Union für Fernmeldewesen eng zusammenarbeiten würde, beauftragt werden sollte, die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens im Hinblick auf die Schaffung einer europäischen Union für Post- und Fernmeldewesen zu fördern;

2. daß, wenn nur einige Mitgliedstaaten bereit sind, dieser Aufforderung Folge zu leisten, die Konferenz nichtsdestoweniger unter diesen Staaten begründet werden und für den späteren Beitritt aller anderen Mitgliedstaaten des Europarats offen bleiben soll;

3. daß die Konferenz als erste praktische Maßnahmen planen soll:

a) die Abschaffung der Transitgebühren für den Postaustausch zwischen den Mitgliedstaaten der europäischen Postunion; in der Folge könnten die Übertarife für Brielpost nach dem Ausland zwischen den Mitgliedstaaten der europäischen Postunion abgeschafft werden;

b) die Abschaffung der Zuschläge für Luftpost zwischen den Mitgliedstaaten;

c) die Abschaffung der Übergabegebühren für Auslandsferngespräche und -telegramme, wenn diese Mittellungen zwischen Mitgliedstaaten der europäischen Postunion vorgenommen werden;

d) die Vereinheitlichung der in Europa geltenden Transportbestimmungen für Warenausfuhren durch die Post;

e) die Vereinfachung der Grenzabfertigung für den Austausch von Postpaketen; und

f) eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet von postalischen Untersuchungen, und den Austausch technischer Kenntnisse und der Ergebnisse von Studien und Erfahrungen;

4. daß die Konferenz der Versammlung Jahresberichte über ihre Tätigkeit vorlegen soll, wie es schon durch die Europäische Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, die europäische Konferenz der Transportminister und die europäische Kommission für Zivilluftfahrt geschieht, um der Versammlung zu ermöglichen, ihrer Rolle als parlamentarisches Forum, vor dem die zwischenstaatliche Arbeit in Europa überprüft wird, gerecht zu werden;

5. daß das Ministerkomitee die Regierung Frankreichs, des Landes, auf dessen Hoheitsgebiet sich der Sitz des Europarats befindet, auffordern soll, französische Briefmarken mit dem Ausdruck „Conseil de l'Europe“ für die offizielle Korrespondenz des Rates herauszugeben, nach dem Beispiel des schon von der schweizerischen Regierung für die Vereinten Nationen und gewisse Sonderinstitutionen mit Sitz in Gené eingeführten Brauches.

6. daß alle Mitgliedstaaten des Europarats aufgefordert werden sollen, die schon von sechs Mitgliedstaaten eingeführte europäische Briefmarke herauszugeben, wobei sie an dem Modell dieser Briefmarke jede in jedem Fall für nötig befundene Abänderung vornehmen können;

7. daß alle Mitgliedstaaten des Europarats aufgefordert werden sollen, während der Sitzungen der Beratenden Versammlung einen Sonderstempel zu verwenden, der in den verschiedenen Nationalsprachen den Wortlaut hätte: „Europarat, Beratende Versammlung, ...te Sitzungsperiode.“

Sonderausschuß für Landwirtschaft

Der Sonderausschuß für Landwirtschaft hat mehrere Male unter dem Vorsitz von Herrn Lucifero (Italiener) getagt. Er setzte die Beratung über den Bericht über den allgemeinen europäischen gemeinsamen Markt fort, die er früher auf seiner Sitzung in Rom begonnen hatte, und beriet außerdem über den Abänderungsvorschlag von Herrn Charpentier die Landwirtschaft betreffend, dessen sieben erste Absätze von der Beratenden Versammlung angenommen worden sind (siehe Entschließung 101 D).

Ebenfalls erörterte und billigte der Ausschuß den Entwurf einer Empfehlung über die Entwicklung des Gebrauchs von chemischen Düngemitteln (Berichterstatte: Herr Esmonde — Irländer), eine Empfehlung, in der gefordert wird: die Förderung der Zusammenarbeit im Einkauf, in der Vorratswirtschaft und der Verteilung der Düngemittel, die Senkung oder Abschaffung von Steuern und Auflagen für chemische Düngemittel, die Erweiterung des Subventionsverfahrens, die Senkung der Transportpreise oder die Subvention der Transporte.

Dieser Empfehlungsentwurf wurde dem Präsidium der Versammlung unterbreitet und wird im Laufe der Januarsitzung zur Debatte stehen.

Die Versammlung hat übrigens beschlossen, nach Stellungnahme des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitäten, daß der Sonderausschuß für Landwirtschaft seinen Sondercharakter verliert und in den Rang der anderen Ausschüsse erhoben wird.

Zukünftige Arbeit des Ausschusses für Wirtschaftsfragen

Auf der Tagesordnung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen steht weiter die Prüfung der wirtschaftlichen Aspekte der europäischen Integration auf dem Gebiet der Atomenergie (Berichterstatte: Herr Gérard de Geer, Schwede. Liber.) sowie der wirtschaftlichen Aspekte des allgemeinen gemeinsamen Marktes (Berichterstatte: Herr Roy Jenkins, Engländer Arbeiterpartei). Ein zweiter Berichterstatte wird im Januar 1957 an Stelle von Herrn Fritz Hellwig (Deutscher, CDU) benannt werden.

Der Ausschuß hat sein Präsidium beauftragt, zu den Vorschlägen von Herrn A. C. Esmonde (Irländer Fine Gael) die Produktion und Verteilung von chemischen Düngemitteln betreffend seine Stellungnahme abzugeben.

IV. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN Menschenrechte

Am Donnerstag dem 25. Oktober, nachmittags legte Herr Antonio Boggiano Pico (Italiener, Christl. Dem.)

im Namen des Präsidiums den Bericht über die Interpretation des Absatzes 3 des Artikels 15 der europäischen Konvention der Menschenrechte bezüglich der Einschränkungen der Konvention vor.

Der in diesem Bericht enthaltene Empfehlungsentwurf (Dok. 540) wurde einstimmig angenommen.

Empfehlung 103

„Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee zu beschließen, daß die dem Generalsekretär des Europarats in Ausführung von Absatz 3 des Artikels 15 der Konvention zur Wahrung der Menschenrechte erteilten Informationen durch den Generalsekretär weitergereicht werden sollen:

- a) an die Regierungen der Unterzeichnerstaaten;
- b) an den Präsidenten des Ministerkomitees;
- c) an den Präsidenten der Beratenden Versammlung.“

(Siehe auch: „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrgang, Nr. 10 — IV.)

Herr Bortolo Galletto (Italiener, Christl. Dem.) brachte einen Antrag ein, in dem die Organisation eines zweiten den Menschenrechten gewidmeten Runden Tisches empfohlen wird. Dieser Antrag wurde an den Ausschuß verwiesen.

Pflichtversicherung für Kraftfahrer

Am Montag, dem 22. Oktober, vormittags, beriet die Versammlung unter dem Vorsitz von Lord Layton über den Bericht bezüglich des Empfehlungsentwurfs für die europäische Konvention über die obligatorische Haftpflichtversicherung für Kraftfahrer. Der Bericht wurde von Herrn Hans-Joachim von Merkatz (Deutscher, DP) erstattet.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß jährlich Hunderte und Tausende von Unfällen vorkämen und daß es dringend notwendig würde, die Opfer der Straße sowie ihre Familien zu schützen und ihnen einen angemessenen Schadenersatz zuzusichern. Das einzige Mittel dazu sei die obligatorische Haftpflichtversicherung der Kraftfahrer.

Ausgehend von einem gleichartigen Gesetzentwurf über Haftpflichtversicherung der Kraftfahrer, der von dem Institut von Rom für die Vereinheitlichung des Privatrechts ausgearbeitet wurde, hätten die drei Beneluxstaaten einen Vertrag über die Haftpflichtversicherung im Zivilrecht vorbereitet, der im Januar 1955 unterzeichnet worden, aber noch nicht in Kraft getreten sei.

Der Ausschuß sei der Ansicht, daß dieser Vertrag den anderen Mitgliedstaaten des Europarats als Muster dienen könne. Mit der von dem Ausschuß vorgesehene Konvention werde nicht die Einführung einer einheitlichen Gesetzgebung, sondern nur gewisser gemeinsamer Bestimmungen beabsichtigt, die für ausreichend gehalten werden.

Folgende Redner ergriffen in der Debatte das Wort: Herr Antonio Azara (Italiener, Christl. Dem.), Herr Hermod Lannung (Däne, Soz. Liber.), Herr Hermann Kopl (Deutscher, CDU), Herr Knox Cunningham (Engländer, Konserv.) und Herr Henri Rolin (Belgier, Sozialist).

Der Empfehlungsentwurf wurde einstimmig angenommen.

Empfehlung 100

„Im Hinblick darauf, daß in seiner Sonderbotschaft vom 20. Mai 1954 das Ministerkomitee seine Absicht bekanntgab, die Möglichkeiten der Vereinheitlichung und Harmonisierung der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten zu untersuchen, und daß es erklärte, es würde die Anregungen der Versammlung in dieser Frage begrüßen (Dok. 238, Absatz 87);

Im Hinblick darauf, daß die Versammlung schon die Ansicht geäußert hat, daß die Frage der Automobil-Haftpflichtversicherung Gelegenheit für einen Versuch bietet, in die interne Gesetzgebung der Mitgliedstaaten identische Bestimmungen aufnehmen zu lassen;

Nach sorgfältigem Studium der vorbereitenden Arbeit auf diesem Gebiet durch das internationale Institut in Rom für die Vereinheitlichung des Privatrechts;

Mit Bezugnahme auf den Vertrag über die zivile Haftpflichtversicherung für Motorfahrzeuge, der am 7. Januar 1955 von den Regierungen Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande unterzeichnet wurde;

In der Erwägung, daß es in einer Zeit des ständig zunehmenden Autoverkehrs unerlässlich ist, daß in allen Ländern die Opfer von Kraftfahrzeug-Unfällen angemessenen Schadenersatz erhalten und daß die Kraftfahrer gegen ihre Haftpflicht gegenüber Dritten gedeckt sind, die sich aus Unfällen ergibt, die auf den Gebrauch ihrer Kraftfahrzeuge auf der Straße zurückzuführen sind;

Mit Hinweis auf Ihre Empfehlung 59 (1954) und die Entschließung (55) 8 des Ministerkomitees, denen zufolge dieses empfohlen hat, daß diejenigen Mitgliedstaaten, in denen die Automobil-Versicherung nicht obligatorisch ist, die Möglichkeit prüfen sollen, sie zur Pflicht zu machen;

In der Erwägung, daß in einigen Mitgliedstaaten, in denen die Haftpflichtversicherung zwar geplant, aber noch nicht in Kraft ist, Entwürfe ausgearbeitet worden sind, und daß es immer notwendiger und dringender ist, bestimmte Schritte zu unternehmen mit dem Zweck, daß das gleiche System der Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge in diesen Ländern eingeführt wird,

Billigt die Versammlung den Entwurf einer europäischen Konvention über die Automobil-Haftpflichtversicherung, der im Rahmen des Berichts des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungstragen vorgelegt wird und den Vertrag vom 7. Januar 1956 zwischen den Beneluxländern zur Grundlage hat;

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

1. daß ein Ausschuß von Regierungssachverständigen ernannt werden soll, um den von der Versammlung gebilligten Entwurf einer europäischen Konvention über die Automobil-Haftpflichtversicherung zu prüfen, und daß die Regierungen der Mitgliedstaaten in naher Zukunft die Unterzeichnung dieser Konvention vornehmen sollen;

2. daß im Hinblick auf die von dem Ministerkomitee während seiner neunten Sitzung im August 1951 angenommene Entschließung über die Unterzeichnung von Teilabkommen dieser Sachverständigenausschuss mindestens durch diejenigen Staaten gebildet werden soll, die die Automobil-Haftpflicht-Versicherung noch nicht eingeführt haben, und diejenigen, die zu einer Harmonisierung ihrer Gesetze auf diesem Gebiet bereit sind;

3. daß, falls der Sachverständigenausschuss es für erforderlich halten sollte, an der von der Versammlung angenommenen Konvention wichtige Abänderungen vorzunehmen, ein Gedankenaustausch zwischen dem

zuständigen Unterausschuß des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen der Versammlung einerseits und dem Ausschuß der Regierungssachverständigen oder einem daraus hervorgehenden Unterausschuß andererseits stattfinden soll;

4. daß der endgültige Text der vorgeschlagenen europäischen Konvention der Versammlung zur Stellungnahme übermittelt werden soll, bevor er durch das Ministerkomitee endgültig gebilligt wird."

Dieser Empfehlung ist der Text des Konventions-Entwurfs beigelegt.

Ernennung höherer Beamter des Sekretariats

Am Donnerstag, dem 25. Oktober, nachmittags, legte Lord Layton (Engländer, Liberaler) im Namen des Präsidiums der Versammlung einen Bericht über das Verfahren bei der Ernennung höherer Beamter des Generalsekretariats des Europarats vor.

Lord Layton führte aus, daß der Bericht das Ergebnis von Verhandlungen sei, die sich über drei Jahre erstreckt hätten und noch nicht ganz abgeschlossen seien; aber die Abstimmung der Versammlung über die Schlußfolgerungen, die ihr Präsidium ihr unterbreite, würde wahrscheinlich ein endgültiges Übereinkommen mit dem Ministerkomitee ermöglichen. Dieses Übereinkommen, sagte der Redner, sei dringend, wenn man wünsche, daß der neue Generalsekretär, dessen Wahl bevorstehe, nach dem neuen Verfahren ernannt werde.

Zwei Fragen blieben noch zu regeln. Die erste betreffe die Weigerung des Ministerkomitees, der Versammlung das Recht zuzugestehen, Kandidaten für die Posten des Generalsekretärs und des stellvertretenden Generalsekretärs vorzuschlagen. Das Präsidium rate der Versammlung, nicht darauf zu bestehen, unter der Bedingung jedoch, daß die Minister sich einverstanden erklärten, die Frage in dem Gemischten Ausschuß zu prüfen, und zwar mindestens dreißig Tage vor der Benennung der Kandidaten. Die zweite umstrittene Frage sei die Dauer der Amtszeit. Das Präsidium schlage der Versammlung vor, bis auf weiteres einer Amtszeit von 5 Jahren für die Posten der drei höchsten Beamten zuzustimmen. Diese Amtszeit könnte um eine weitere Zeit von 5 Jahren verlängert werden, gerechnet von dem Ende der ersten oder jeder darauffolgenden Amtszeit, wenn nicht sechs Monate vor Amtsablauf das Ministerkomitee oder die Beratende Versammlung die Absicht bekundet hätte, das Amt anderweitig zu besetzen.

Schriftliche Anfragen an die Minister

Herr James Crosbie (Irländer, Fine Gael), Herr Auguste Pinton (Franzose, RGR) und Herr Hermann Kopt (Deutscher, CDU) haben an das Ministerkomitee Fragen gerichtet, die Paßverordnungen, Abschaffung der Sichtvermerke und Reiseerleichterungen für Flüchtlinge betreffen. Das Komitee hat erwidert, daß es demnächst die Möglichkeit prüfen werde, einen Sachverständigenausschuß einzuberufen, der beauftragt würde, verschiedene in den Empfehlungen der Versammlung angeschnittene Punkte aus diesem Gebiet zu studieren. Die Minister erwägen auch die Möglichkeit, einen politischen Beschluß betreffs des Gesamtproblems der Vereinfachung der Grenzformalitäten zu fassen.

Außerdem gibt das Ministerkomitee bekannt, daß es die Stellungnahme der OEEC zu den Empfehlungen 84

(Vereinfachung der Grenzformalitäten für Reisende) und 85 (Vereinfachung der Formalitäten auf Flugplätzen) (siehe „Mitteilungen des Europarats“, 5. Jahrgang, Nr. 11, SS. 26—29) weitergeleitet hat.

In Beantwortung einer Frage von Herrn Hermod Lannung (Däne, Soz. Liber.) bezüglich des Problems der nationalen Minderheiten äußert das Ministerkomitee die Ansicht, daß eine Initiative seinerseits im Augenblick nicht angebracht sei, da ja diese Frage zur Zeit Gegenstand einer Untersuchung durch den Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen der Versammlung sei.

Koordinierung der europäischen Organisationen

In seinem Zusatzbericht zu dem siebten Bericht an die Beratende Versammlung stellt das Ministerkomitee fest, daß es unter Bezugnahme auf seinen Standpunkt, den es in seiner Antwort auf die Stellungnahme Nr. 13 der Versammlung (Dok. 481) eingenommen hatte, den Generalsekretär ermächtigt hat, mit den Generalsekretären der anderen zwischenstaatlichen europäischen Organisationen Kontakt aufzunehmen, um die Möglichkeit zu erörtern, ein Koordinations-Komitee zu bilden, dem er selbst und die anderen Generalsekretäre angehören würden.

Haftung der Hotelbesitzer

Der Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen hat einen Entwurf einer europäischen Konvention zur Schaffung einheitlicher Gesetze über die Haftung der Hotelbesitzer angenommen. Die Versammlung wird während des dritten Teils ihrer Sitzungsperiode, im Januar 1957, diesen Entwurf prüfen.

Auslieferung

Das Ministerkomitee hat die Versammlung um ihre Stellungnahme zu dem Entwurf für eine multilaterale europäische Konvention über Auslieferung, der von einem Ausschuß von Regierungssachverständigen ausgearbeitet worden ist, ersucht. Dieser Entwurf ist noch nicht endgültig in der Fassung und wird später durch die Stellvertreter der Minister im Licht der Bemerkungen und Anregungen der Versammlung und der Regierungen erneut geprüft werden.

In dem Konventionsentwurf wird die Verpflichtung zur Auslieferung festgelegt, und die auslieferungspflichtigen Vergehen werden aufgeführt. Politische, militärische und Steuer-Vergehen unterliegen einer besonderen Regelung, ebenso wie die Auslieferung von Staatsangehörigen und die Todesstrafe.

In ihrem Zusatzbericht an die Versammlung teilen die Minister mit, daß sie gemäß dem Ersuchen der Sachverständigen in Fragen der Auslieferung beschlossen haben, deren Aufgabenbereich zu erweitern, indem sie sie mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für eine Konvention über gegenseitige Unterstützung in Strafsachen beauftragt haben.

V. SOZIALE FRAGEN

Europäische Sozialcharta

Während der Vormittagssitzung des 24. Oktober beriet die Versammlung unter Vorsitz von Herrn Pierre Henri Teitgen über den Bericht des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten der den Entwurf einer europäischen Konvention über soziale und wirtschaft-

liche Rechte betrifft. Dieser Bericht wurde von Herrn Lujo Tončić (Österreicher, ÖVP) vorgelegt.

An der darauffolgenden Debatte nahmen teil: Herr Brendan Corish (Irländer, Arbeiterpartei — Fürsorge-minister), Herr Peter Strasser (Österreicher, SPD), Frau M. Crowley (Irländerin, Fianna Fail), Herr Kjell Bondevik (Norweger, Christl. Volksp.), Herr Adolf Molter (Belgier, Sozialist), Herr Ralijaona Laingo (Franzose, Übersee), Herr Henri Heyman (Belgier, Christl. Soz. — Präsident des Ausschusses für Soziale Fragen), Herr Fritz Hellwig (Deutscher, CDU), Herr Helmut Kalbitzer (Deutscher, SPD), Herr Per Haekkerup (Däne, Soz. Dem.), Herr Etienne de la Vallée Poussin (Belgier, Christl. Soz.), Dame Florence Horsbrugh (Engländerin, Konserv.), Herr Théodore Lefèvre (Belgier, Christl. Soz.), Herr Herman Smitt Ingebrechtsen (Norweger, Konserv.), Herr Willi Birkelbach (Deutscher, SPD), Herr Per Federspiel (Däne, Gemäß. Liber. — Präsident des Ausschusses für Wirtschaftsfragen), Herr Marius Moutet (Franzose, Sozialist), Herr René Radius (Franzose, Soz. Republ.), Herr J. J. Fens (Holländer, Kath. Volkspartei), Frau Helene Weber (Deutsche, CDU), Herr Alfred D. D. Broughton (Engländer Arbeiterpart.), Herr L. John Edwards (Engländer, Arbeiterpartei), Herr Nigel Nicolson (Engländer, Konserv.), Herr Tore Bengtsson (Schwede, Soz. Dem.), Herr Christophe Kalenzaga (Franzose, Unabhängiger, Übersee), Herr Johannes Even (Deutscher CDU), Herr David Thomas Jones (Engländer, Arbeiterpartei).

Am Freitag, dem 26. Oktober, vormittags, beriet die Versammlung unter Vorsitz von Herrn Fernand Dehousse über mehrere Abänderungsvorschläge zu der von dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten vorgelegten Empfehlung. Im Laufe der Debatte sprachen: Herr Lujo Tončić (Österreicher, ÖVP, der Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten), Herr Henri Heyman (Belgier, Christl. Soz. — Präsident des Ausschusses für Soziale Fragen), Herr Fritz Hellwig (Deutscher, CDU), Herr L. John Edwards (Engländer, Arbeiterpartei) und Frau Helene Weber (Deutsche, CDU). Zwei Abänderungsvorschläge von Herrn Hellwig und Herrn Heyman wurden zurückgezogen, während eine von Herrn Edwards eingebrachte Abänderung angenommen wurde. Der so abgeänderte Empfehlungsentwurf wurde in namentlicher Abstimmung mit 84 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Empfehlung 104

„Im Hinblick darauf, daß die europäische Konvention über die Menschenrechte und Grundfreiheiten eine internationale Garantie für die Wahrung der hauptsächlichsten bürgerlichen und politischen Rechte — wie sie in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948 verkündet wurden — in den Mitgliedstaaten des Europarats geschaffen hat;

in der Erwägung, daß es wünschenswert ist, ein neues Übereinkommen abzuschließen, das dazu bestimmt ist, die Ausübung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte zu begünstigen und zu gewährleisten, die in der genannten Erklärung sowie in dem von der Menschenrechts-Kommission der Vereinten Nationen ausgearbeiteten Entwurf eines Vertrags über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte angeführt sind;

mit Hinweis auf ihre Stellungnahme Nr. 5 (1953), in der sie sich zugunsten des Abschlusses einer europäi-

schen Sozialcharta ausgesprochen hatte, in der die sozialen Ziele der Mitgliedstaaten festgelegt würden, und die für die zukünftigen Betätigungen des Europarats auf sozialem Gebiet maßgebend sein würde;

mit der Feststellung, daß das Ministerkomitee den Vorschlag, diese Sozialcharta abzuschließen, gebilligt und ihre Vorbereitung dem Regierungs-Sozialausschuß anvertraut hat;

nach Studien seitens ihrer zuständigen Ausschüsse, befürwortet die Versammlung den von ihren zuständigen Ausschüssen ausgearbeiteten Entwurf einer europäischen Konvention über soziale und wirtschaftliche Rechte und

empfehlte dem Ministerkomitee:

1. eine europäische Konvention über soziale und wirtschaftliche Rechte aufzustellen und dabei diesen Entwurf sowie die während der Debatten in öffentlicher Sitzung zu diesem Thema vorgebrachten Bemerkungen und Anregungen zu berücksichtigen,

2. und, um die Verwirklichung dieses Ziels zu fördern, unverzüglich einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der in enger Zusammenarbeit mit der IAO und den anderen zuständigen zwischenstaatlichen Organisationen, mit den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften und allen anderen zuständigen Organisationen, die beratenden Status haben, seine Tätigkeit ausüben soll.“

Der Empfehlung ist der Entwurf der europäischen Konvention über soziale und wirtschaftliche Rechte als Anhang beigefügt.

Antwort auf den Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation

Am 26. Oktober vormittags beriet die Versammlung unter Vorsitz von Herrn Fernand Dehousse über den Bericht des Ausschusses für Soziale Fragen, der die Antwort auf den sechsten Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation an die Beratende Versammlung darstellte. Vorgelegt wurde dieser Bericht und der als Schlußfolgerung vorgeschlagene Entschließungsentwurf durch den Präsidenten des Ausschusses, Herrn Henri Heyman (Belgier, Christl. Soz.).

Herr René Radius (Franzose, Soz. Republ.) hatte eine Abänderung an dem Entschließungsentwurf vorgeschlagen; diese Abänderung, in der die dringende Notwendigkeit der Harmonisierung der sozialen Bedingungen und der Sozialpolitik betont wird, wurde zunächst von dem Ausschuß und dann von der Versammlung angenommen. Der Präsident stellte darauf den Wortlaut der Entschließung zur Abstimmung, und die Versammlung nahm ihn einstimmig an.

Entschließung 108

Mit dieser Entschließung nimmt die Versammlung den Bericht der IAO zur Kenntnis und spricht dieser ihren Dank aus. Im übrigen hat sie gewisse Bemerkungen dazu zu machen:

Die Versammlung äußert die Ansicht, daß es von großem Nutzen wäre, wenn die IAO die Frage der internationalen Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus dem Baugewerbe untersuchte und daß dieser Frage besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.

Sie verweist auf ihre Empfehlung Nr. 29, in der der Abschluß einer allgemeinen Konvention zum Zweck der Wahrung der sozialen Rechte der Wanderarbeiter empfohlen wird.

Die Versammlung geht dann auf die sozialen Aspekte der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein und stellt mit Befriedigung fest, daß in dem Bericht der Sachverständigen des Verwaltungsrats der IAO mehrere Projekte des Europarats zur Sprache kommen: „Low-tariff Klub“, Straßburger Plan, europäische Investitions-Bank. Sie verweist auf ihre Empfehlungen 91 (26. Oktober 1955) und 95 (20. April 1956), in denen auf die Schlußfolgerungen dieser Sachverständigen-gruppe eingegangen wird. Sie besteht darauf, daß eine Harmonisierung der sozialen Bedingungen und der Sozialpolitik, einschließlich der sozialen Lasten, dringend erforderlich ist. Sie prüft die Schlußfolgerungen der Sachverständigen hinsichtlich der Schaffung eines freieren internationalen Marktes und unterstreicht — ohne zu bestreiten, daß diese Schlußfolgerungen vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus wertvoll sind —, daß es zweckdienlich wäre, wenn sie durch Erwägungen vervollständigt werden könnten, die sich auf eine Sozialpolitik auf lange Sicht richteten. Die Anwendung einer europäischen Sozialcharta würde den Zweck erfüllen — wie von der Sachverständigengruppe anerkannt worden ist —, daß gewisse notwendige Sozialmaßnahmen getroffen wären, um den besonderen Schwierigkeiten zu begegnen, die sich aus der Liberalisierung des internationalen Warenaustausches ergeben könnten. Schließlich begrüßt die Versammlung mit Genugtuung, den Vorschlag der Sachverständigen zu prüfen, aus welchen Gründen einige internationale Arbeitskonventionen von mehreren europäischen Regierungen noch nicht ratifiziert worden sind.

Europäische Sozialversicherungsordnung

Der Sachverständigenausschuß des Europarats für Fragen der Sozialversicherung hat vom 29 bis 31. Oktober unter dem Vorsitz des Abteilungsleiters für Sozialversicherung im belgischen Arbeits- und Fürsorgeministerium, Herrn L. Watillon, in Straßburg seine zehnte Sitzung abgehalten. Auf der Grundlage des von der IAO vorbereiteten Materials setzte der Ausschuß die Prüfung eines geplanten Zusatzprotokolls zu der von den Sachverständigen schon ausgearbeiteten europäischen Sozialversicherungsordnung fort.

Fräulein L. Bodmer von der Abteilung für Sozialversicherung des Internationalen Arbeitsamtes wohnte der Sitzung bei.

VI. KULTURELLE FRAGEN

Koordinierung der kulturellen Tätigkeit des Europarats und der WEU

Am Donnerstag, dem 25. Oktober, vormittags, beriet die Versammlung über den Bericht des Präsidiums, die Beziehungen zwischen der Beratenden Versammlung und der Versammlung der WEU betreffend (siehe II., Politische Fragen) und über den Bericht des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen, das Verfahren zur Koordinierung der kulturellen Tätigkeit des Europarats und der WEU betreffend (Dok. 573). Herr Nigel Nicolson (Engländer, Konservativer) erstattete den Bericht des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen.

Herr Nicolson, der daran erinnerte, daß Herr Kiesinger (Deutscher CDU) vorgeschlagen habe, das Ministerkomitee zu ersuchen, einen Plan zur Arbeitsteilung in

der kulturellen und sozialen Betätigung der verschiedenen europäischen Institutionen zu entwerfen, erklärte, er teile die Befürchtung, daß die Vielzahl der Organisationen die Gefahr von höchst bedauerlichen Überschneidungen und doppelter Arbeit mit sich bringe. Aus diesem Grund schlage der Ausschuß für kulturelle Fragen hinsichtlich der Beziehungen auf kulturellem Gebiet einen Ausgleich vor, der in Etappen vor sich gehen solle. Das sei ein besonders vorsichtiges Verfahren, da die Versammlung, bevor sie eine neue Etappe in Angriff nähme, sich darüber entscheiden könnte, ob die vorhergehende Erfahrung befriedigend gewesen sei.

Während der ersten Phase müßten die Kultursachverständigen-Ausschüsse der WEU sogleich mit den Sachverständigen der Nichtmitgliedstaaten der WEU, die den entsprechenden Ausschüssen des Europarats angehören, zusammenkommen, um die Möglichkeit zu prüfen, im Rahmen des Europarats diejenigen Betätigungen der WEU weiterzuführen, die sich in den vergangenen Jahren als erfolgreich erwiesen hätten. Nach einer kurzen Zeit der Erfahrung auf dieser ersten Etappe würde jedes neue Vorhaben auf kulturellem Gebiet, zu dem der Europarat oder die WEU die Initiative ergriffen hätten, in erster Linie durch den Sachverständigenausschuß des Europarats geprüft werden. Falls es unmöglich schiene, ein neues Projekt in dem weiter gespannten Rahmen des Europarats in Arbeit zu nehmen, würde man prüfen, ob es auf Grund eines zwischen einer begrenzten Zahl von Mitgliedsländern des Rates abgeschlossenen Teilabkommens durchzuführen wäre. Wenn keins von dessen Mitgliedsländern außer denjenigen, die auch der WEU angehören, geneigt wäre, an der Verwirklichung des Projekts teilzunehmen, könnte dies ausschließlich im Rahmen der WEU durchgeführt werden.

Nachdem dann die erste und die zweite Etappe erfolgreich zurückgelegt wären, würden sich schließlich alle Betätigungen auf kulturellem Gebiet im Rahmen des Europarats abspielen.

Herr Nicolson äußerte die Meinung, daß die Annahme dieses Planes, ohne der Arbeit irgendeiner Seite Abbruch zu tun, allen Ländern des Europarats erlauben würde, an der Tätigkeit auf dem Gebiet der Kultur, die ihr gemeinsames Erbe sei, teilzuhaben.

Nach Ausführungen von Herrn Frans van Cauwelaert (Belgier, Christl. Soz.), Dame Florence Horsbrugh (Engländerin, Konserv.) und Herrn Ernest Pezet (Franzose, MRP) beschloß die Versammlung, auf Vorschlag von Herrn Nicolson, den Bericht zu erneuter Prüfung zusammen mit dem Bericht von Herrn Kiesinger an das Präsidium zurückzuverweisen.

Europäischer Studienlehrgang

Der siebte Lehrgang für europäische Studien hat vom 15. bis 24. Oktober unter Leitung von Herrn Peter Wiles, Professor an der Universität Oxford, in Straßburg stattgefunden. Zu dem Lehrpersonal gehörten außerdem: Herr Edoardo Vitta, Professor für internationales Recht an der Universität Bologna, Herr Jan de Meyer, Professor für öffentliches Recht an der Universität Louvain und Herr Georges Berthoin, von der Delegation der Hohen Behörde der EGKS in London. Der Lehrgang der in diesem Jahr für Direktoren und Lehrer von Lehrern

bildungsanstalten bestimmt war, wurde von 44 Teilnehmern aus 14 Mitgliedsländern des Europarats besucht. Mehrere Ausschußpräsidenten und -berichterstat-ter der Beratenden Versammlung sowie hohe Beamte des Europarats, der WEU und der EGKS sprachen zu den Lehrgangsteilnehmern. Es wurden drei Seminare gebildet; außerdem wohnten die Teilnehmer den Debatten der Beratenden Versammlung bei. Das Programm umfaßte im übrigen Besuche von zwei Lehrerseminaren im Elsaß und am Sitz der Hohen Behörde in Luxemburg.

Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

Am 9. Oktober hinterlegte der Ständige Vertreter Österreichs beim Europarat, Herr Eduard Ludwig, bei dem amtierenden Generalsekretär für sein Land die Ratifikationsurkunde der europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit von Reifezeugnissen, die zum Besuch von Universitäten berechtigen. Dies ist die erste europäische Konvention, die durch Österreich seit seinem Beitritt zum Europarat im vergangenen April ratifiziert wird.

Am 31. Oktober hinterlegte der ständige Vertreter Italiens, Herr *Giorgi Bombassei Frascani de Vettor*, die Ratifikationsurkunde seines Landes für die gleiche Konvention. Mit Ausnahme Schwedens und der Türkei haben alle Mitgliedstaaten diese Konvention ratifiziert.

Ministerkomitee

Zusatzbericht und Beantwortung von Fragen

In dem Zusatzbericht des Ministerkomitees wird erwähnt, daß das Präsidium des Kultursachverständigen-Ausschusses beauftragt worden ist, die Möglichkeit zu prüfen, die Kontakte zwischen der Jugend auf Musikfestspielen, volkstümliche Aufführungen und dergleichen zu erstrecken und den Jugendlichen aus Nichtmitgliedstaaten, die schon an bestimmten Betätigungen des Europarats Anteil haben, die Beteiligung an diesen Veranstaltungen zu ermöglichen.

Was die Erweiterung des Aufgabenbereichs des Generalsekretariats auf dem Gebiet der Information betrifft (siehe Empfehlung Nr. 93, „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrgang, Nr. 5 — VI), wird in dem Bericht versichert, daß das Ministerkomitee diese Frage im Licht der durch einige Regierungen vorgelegten Vorschläge prüfen wird; diese Vorschläge entsprächen in den großen Linien denjenigen der Versammlung und regten die Schaffung eines Informationsorgans an. Die Minister hätten von der EntschlieÙung 94 der Versammlung Kenntnis genommen, wobei vorausgesetzt werde, daß kein Mitglied des Generalsekretariats ermächtigt sein soll, dem vorgeschlagenen Unterausschuß anzugehören, da dieser ausschließlich als ein Organ der Versammlung angesehen und nicht besonders damit beauftragt werden soll, eine wirksame Verbindung zwischen der Versammlung und dem Generalsekretariat in Fragen der Information sicherzustellen.

Das Ministerkomitee hat die Baupläne für den Außenbau des gemeinsamen Pavillons OEEC — Europarat auf der Brüsseler Ausstellung, die von Herrn Karl Schwanzer aus Wien vorgelegt wurden, gebilligt. Der Halbkreis des Europahauses wird in diesem Pavillon wiederholt werden.

In Erwiderung einer schriftlichen Anfrage von Herrn Declean Costello (Irländer, Fine Gael) bezüglich der Bildung einer europäischen Kulturkommission, einer Frage, die schon Gegenstand einer durch eine private Konferenz im vergangenen Februar in Brüssel angenommenen EntschlieÙung gewesen war, teilte das Ministerkomitee mit, daß es beschlossen habe, die Frage dem Ausschuß der Kultursachverständigen zur Stellungnahme zu übermitteln.

In Beantwortung einer Frage von Herrn Fritz Erler (Deutscher, SPD), das Inkrafttreten der europäischen Kulturkonvention betreffend, teilte das Ministerkomitee mit, daß es seiner Meinung nach „nicht dafür zuständig sei, bei anderen europäischen Organisationen Schritte zu unternehmen, um sie zu veranlassen, den Bestimmungen des Artikels 3 der Kulturkonvention zu entsprechen“ (Artikel 3 regt an, daß „die vertragsschließenden Parteien sich im Rahmen des Europarats konsultieren sollen, um ihre Aktion zum Zweck der Entwicklung kultureller Betätigungen von europäischem Interesse besser konzentrieren zu können“).

Verleihung des FVS-Kulturpreises

Am Mittwoch, dem 24. Oktober, nachmittags, nach Schluß der Sitzung der Versammlung fand eine kurze Feierlichkeit statt, bei der der Europäische Kulturpreis der FVS-Stiftung S. Hochwürden Pater du Riveau, Direktor der Internationalen Verbindungs- und Dokumentationsstelle in Köln, verliehen wurde. Der Vizepräsident der Versammlung, Herr Pierre-Henri Teitgen, und der Rektor des Europa-Kollegs von Brügge, Herr Henri Brugmans, sprachen zu Ehren des Preisträgers. Anschließend hielt Pater du Riveau eine kurze Rede, in der er über die Tätigkeit und die Projekte des Kölner Internationalen Büros sprach.

Europäische Ausstellung in Rom

Die unter der Schirmherrschaft des Europarats veranstaltete dritte europäische Ausstellung wird am 24. November im Palazzo delle Esposizioni in Rom eröffnet werden. Diese Ausstellung, die drei Monate dauern wird, ist der europäischen Kunst des 17. Jahrhunderts — Realismus, Klassizismus und Barock — gewidmet. Mehr als 300 Meisterwerke, die von 7 Mitgliedstaaten ausgeliehen sind, werden ausgestellt sein.

Zukünftige Arbeit

Herr Nigel Nicolson (Engländer, Konserv.) wurde zum Berichterstatter für die Prüfung der gegenwärtigen Erfordernisse auf dem Gebiet der Erziehung und der wissenschaftlichen Forschung in Westeuropa ernannt.

Frau Luise Rehling (Deutsche, CDU) wurde beauftragt, einen Entwurf eines Berichts über den dritten Jahresbericht der UNESCO vorzulegen.

Es wurde beschlossen, die Debatte über den Bericht betreffs der Rolle des Europarats als Förderer der Bemühungen der europäischen Universitäten um die Entwicklung des europäischen Solidaritätsgefühls auf den dritten Teil der achten Sitzungsperiode zu vertragen.

VII. BEVÖLKERUNG UND FLUCHTLINGE

Sonderbeauftragter

In der Nachtsitzung am Mittwoch, den 17. Oktober, erstattete der Sonderbeauftragte des Europarats für

die nationalen Flüchtlinge und überschüssige Bevölkerung. Herr Pierre *Schneiter*, einen Bericht über die ihm anvertraute Mission.

Herr *Schneiter* sagte zunächst, daß er bei seiner Aufgabe jetzt durch ein Komitee von Beratern unterstützt werde; zur Bildung dieses Komitees habe jede Regierung einen Beamten ernannt, der dem Sonderbeauftragten verantwortlich sei. Während des vergangenen Jahres habe die Haupttätigkeit in der Errichtung des Wiederansiedlungsfonds bestanden.

Herr *Schneiter* sprach den Wunsch aus, daß seine Amtsbezeichnung geändert würde. Was dabei ins Auge falle, sei vor allem das Wort „Flüchtlinge“. Dies Problem sei ohne Zweifel das wesentliche Problem der Nachkriegszeit gewesen, aber es sei ja ein besonderes Organ zur Behandlung der Flüchtlingsfragen in Gestalt des Hochkommissariats der Vereinten Nationen geschaffen worden. Die eigentliche Mission des Sonderbeauftragten betreffe vor allem die überschüssige Bevölkerung. Das Problem, um das es sich handle, sei das Gleichgewicht der demographischen Möglichkeiten in Europa; es erfordere eine zweckentsprechende, vernünftige und wirksame Verteilung der Arbeitskräfte, sowohl im Interesse derjenigen Länder, in denen Arbeitslosigkeit herrscht, wie im Interesse derjenigen, die Mangel an Arbeitskräften haben. Der Sonderbeauftragte befasse sich nur zusätzlich mit den nationalen Flüchtlingen, das heißt mit den Angehörigen einer Gemeinde oder einer Nation, die aus dem einen oder anderen Grunde verhindert wären, in ihrem Heimatland oder einem Teil davon zu leben.

Er bedauerte, daß nicht alle Mitgliedstaaten des Europarats zu der Schaffung des Fonds beigetragen hätten, und richtete einen Appell an die Abgeordneten der Länder, die noch keinen Betrag gezeichnet haben, sich bei ihren betreffenden Regierungen um so mehr dafür einzusetzen. Dieser Appell sei nicht von der Notwendigkeit diktiert, das Kapital des Fonds zu vermehren, sondern vielmehr von dem Wunsch nach einer Solidaritätskundgebung.

Das Direktionskomitee sei zum erstenmal im vergangenen Juni zusammengetreten und habe beschlossen, dem Sonderbeauftragten den Vorsitz zu übertragen. Damit sei die unerläßliche Koordination gewährleistet. Der Sonderbeauftragte verfüge durch sein Komitee von Beratern außerdem über enge Verbindungen mit der IAO, der OEEC, dem Zwischenstaatlichen Ausschuss für europäische Wanderung und dem Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen.

Die Einzahlung von Beiträgen habe am 1. August begonnen und jetzt ein Gesamt von mehr als 1 500 000 Dollar erreicht. Dieses Kapital solle nicht sofort gebraucht werden, sondern einen Sicherheitsfonds darstellen. Er habe die Absicht, sagte Herr *Schneiter*, von Beginn des nächsten Jahres an, größere Kredite in den überseeischen Ländern zu erhalten zu suchen. Die für die Schaffung kleiner Unternehmen bestimmten Anleihen würden den Regierungen selbst oder jeder von den Regierungen ermächtigten einwandfreien Persönlichkeiten gewährt werden.

Dem Direktionskomitee stehe ein Verwaltungsrat zur Seite, der sehr enge Beziehungen zu der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel hergestellt

habe, wo der Garantiefonds hinterlegt sei. Der Verwaltungsrat werde im November zusammentreten.

Nachdem er die demographische Entwicklung in Europa für die nächsten Jahre angedeutet hatte, kam Herr *Schneiter* auf das Problem der Automatisierung zu sprechen. Alle Nationen würden genötigt sein, die sich daraus ergebende Entwicklung mitzumachen, und es wäre ein malthusisches Argument, die Automatisierung abzulehnen, weil die neuen Gebiete, die sie eröffnete, neue Gefahren mit sich bringe. Die Lösung für das Problem der überschüssigen Bevölkerung könne nur darin bestehen, daß man die Arbeitskraft mit der Nährkraft des Bodens in Einklang bringe.

Folgende Abgeordnete nahmen an der Debatte teil, die auf die Ausführungen des Sonderbeauftragten folgte: Herr Etienne *de la Vallée Poussin* (Belgier, Christl. Soz.), Herr George *Jeger* (Engländer, Arbeiterpartei), Herr Georges *Pernot* (Franzose, Unabh. Republ.), Präsident des Ausschusses für Bevölkerung und Flüchtlinge, Herr Henri *Rolin* (Belgier, Sozialist), Herr Giuseppe *Bettiol* (Italiener, Christl. Dem.) und Herr René *Radius* (Franzose, Soz. Republ.).

Anschließend erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Antwort auf den Bericht von Herrn *Schneiter* während des dritten Teils ihrer achten Sitzungsperiode vorgelegt wird.

Antwort auf den vierten Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Europäische Wanderung

Den vierten Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Europäische Wanderung hatte der stellvertretende Direktor des ICEM, Herr *Jacobsen*, am Vormittag des 26. Oktober erstattet.

Herr *Jacobsen* erläuterte die Tätigkeit des CIME, in dem 27 Regierungen zusammengefaßt seien, und dankte der Versammlung für die Unterstützung und Ermutigung, die sie dieser Organisation stets entgegengebracht habe.

Der Ausschuss sei geschaffen worden, um die Auswanderungsprobleme zu studieren und um die Auswanderung aus überfüllten Ländern nach überseeischen Gebieten zu fördern und zu kontrollieren. Im Verlauf der letzten zehn Jahre seien auf diese Weise fünf Millionen Auswanderer aus Europa untergebracht worden. Die Bundesrepublik Deutschland habe 10 Millionen Flüchtlinge aus dem Osten aufgenommen; sie hätten ihm die für seinen Wiederaufbau unerläßlichen Arbeitskräfte gestellt.

Auswanderung sei ein ernster Schritt sowohl für die Einzelperson als auch für die Gemeinde; ein geeigneter Apparat müsse den Auswanderern helfen und die Auswanderung lenken. Der Bericht des ICEM illustriere die Bemühungen, die auf diesem Gebiet gemacht worden seien. In dem jährlichen Haushalt von annähernd 44 Millionen Dollar habe man mit jedem Jahr den Anteil erhöht, der für Probleme technischer Art bestimmt sei: Sprachstudium, Berufsschulung usw. In den vier Jahren seines Bestehens habe das ICEM 500 000 Auswanderern entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der Regierungen geholfen. Er habe sich mit 40% der Auswanderung aus Europa, darunter von 180 000 Flüchtlingen, befaßt. Vor allem Australien, Kanada, die Vereinigten Staaten, Argentinien und

Brasilien seien Ziel der Auswanderer gewesen. Von den 27 Mitgliedsländern des ICEM seien 15 europäische Länder und 12 davon Mitglieder des Europarats. Herr Jacobsen bat alle anderen Staaten, dem Ausschuß beizutreten, um ihre europäische Solidarität zu bezeugen.

Herr Hans Schütz (Deutscher, CDU) als Berichtserstatter des Ausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen legte die Antwort der Versammlung (Dok. 569) auf den Bericht des ICEM vor. Herr Schütz betonte nachdrücklich, daß es nicht genüge, die Auswanderungsbewegung zu organisieren; man müsse gleichzeitig ein waches Auge für ihre sozialen Gesichtspunkte haben: Unterstützung für die Auswanderer in moralischer, sozialer und menschlicher Hinsicht. Der ICEM gebe seinen Anstrengungen diese Richtung. Der Ausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen fordere noch einmal die notwendige Zusammenarbeit zwischen dem ICEM und dem Europarat, insbesondere mit dem Sonderbeauftragten. Eine solche Zusammenarbeit werde vor allem die bestmögliche Verwendung des europäischen Fonds gestatten.

Herr Peter Kirk (Engländer, Konserv.) und Herr Benedetto Cottone (Italiener, Monarchist) ergriffen das Wort in der Debatte.

Am 26. Oktober nachmittags nahm die Versammlung einstimmig bei drei Enthaltungen folgende Entschlie-ßung an:

Entschlie-ßung 111

„Nach Kenntnisnahme von dem vierten Bericht über die Tätigkeit des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Europäische Wanderung;

Mit der Feststellung, daß die Auswanderung nach Übersee nach wie vor eine Lösung für gewisse europäische Länder darstellt, die einen Bevölkerungsüberschuß haben oder Flüchtlingen Zuflucht gewähren,

1. Fordert die Versammlung die Mitgliedstaaten des Europarats auf, ihre vereinten Bemühungen um die Lösung des Problems der Bevölkerungsüberschüsse und der Flüchtlinge, das für gewisse europäische Länder gilt, weiter fortzusetzen;

2. Fordert sie diejenigen Länder, die noch nicht Mitglieder des Zwischenstaatlichen Ausschusses sind auf, dieser Organisation beizutreten, vor allem im Hinblick auf die letzte Entwicklung von dessen Tätigkeit auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Hilfe für Auswanderer;

3. Spricht sie den Wunsch aus, daß der Zwischenstaatliche Ausschuß für Europäische Wanderung weiter in enger Verbindung mit der Arbeit des Europarats in Fragen der Bevölkerung und der Flüchtlinge und ganz besonders mit der Aufgabe des Sonderbeauftragten und dem europäischen Wiederansiedlungsfonds bleiben möchte.“

VIII. NICHT VERTRETENE NATIONEN

Lage der unterworfenen Nationen in Mittel- und Osteuropa

Am Donnerstag, den 18. Oktober, während der Vormittagssitzung hörte die Beratende Versammlung unter Vorsitz von Herrn Dehousse die Ausführungen von Herrn F. J. Goedhart (Holländer Arbeiterpartei) der als Berichtserstatter des Sonderausschusses zur Wahrung der Interessen der nicht vertretenen europäischen Nationen sprach. Dieses Problem wurde im Rahmen

der politischen Generaldebatte behandelt, worüber Herr Goedhart seine Genugtuung ausdrückte.

In dem Bericht von Herrn Goedhart wurde die Lage der unterworfenen Nationen in Mittel- und Osteuropa und ihre politische Entwicklung dargelegt. In Polen sei es zu keiner wesentlichen Veränderung in der Herrschaft der Diktatur gekommen; die wirtschaftliche Lage sei äußerst bedenklich. In Ungarn habe sich der russisch-totalitäre Charakter des Regimes nicht eigentlich gewandelt; Sicherheitsvorkehrungen unter sowjetischer Kontrolle wachten darüber, daß die „Befreiung“ nur begrenzt bleibe. In der Tschechoslowakei würden die Richtlinien für die Befreiung mit großer Vorsicht weiterverfolgt. In Bulgarien habe sich der Terror gemildert. Einige frühere Anführer der Opposition seien wieder auf freien Fuß gesetzt worden, aber unter der Bedingung, daß sie ihre frühere Tätigkeit nicht wieder aufnehmen. In Estland, Lettland und Litauen seien geringfügige Veränderungen eingetreten: Abschwächung der Terrorherrschaft und Verbesserung der sozialen Bedingungen. In Albanien und in Rumänien habe sich überhaupt nichts geändert.

Dem von Herrn Goedhart vorgelegten Bericht zufolge haben die in den Satellitenstaaten eingetretenen Veränderungen einen künstlichen Charakter: „Ein gewisser Anschein von Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa war notwendig für die Durchführung des neuen Moskauer Plans, nach dem ein erneuertes und gereinigtes Sowjetimperium sich den Weg in die nicht durch Bündnisse festgelegten Länder der Welt bahnen und in die westlichen Nationen eindringen sollte, indem es die Verbindungen mit der Linken wieder anknüpfte.“

Der Bericht schloß: „Eine echte Befreiung kann nur unter gleichzeitigem Druck durch die unterworfenen Völker und die westlichen Nationen erwirkt werden.“

Herr Goedhart erklärte bei seinen Ausführungen, daß der Bericht Ostdeutschland nicht erwähne, weil der Ausschuß der Meinung gewesen sei, daß es den deutschen Abgeordneten zukäme, ihre Kollegen über die Leiden ihrer Landsleute im Osten zu unterrichten.

Am Freitagvormittag teilte der Präsident, Herr Dehousse, der Versammlung mit, daß infolge der Anzahl der für die politische Debatte eingetragenen Redner das Exposé von Herrn Goedhart über seinen 2. Bericht (die zukünftige Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Osteuropa betreffend) und die Abstimmung der Versammlung auf die folgende Woche verschoben seien.

In der Nachtsitzung am Freitag, dem 19. Oktober, am Schluß der politischen Generaldebatte ersuchte Herr Goedhart darum, daß die beiden Berichte zusammen an den Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten und zur Stellungnahme an den Sonderausschuß verwiesen würden. Es wurde ein dementsprechender Beschluß gefaßt.

Solidarität mit Osteuropa

Am Donnerstag, dem 25. Oktober, begann die Beratende Versammlung ihre Vormittagssitzung mit einer Minute des Schweigens, um ihrer Bewunderung für den Freiheitskampf der Menschen hinter dem Eisernen Vorhang Ausdruck zu geben. Zu Beginn der

Nachmittagssitzung beschäftigte sie sich mit einem Entschließungsentwurf von Sir James *Hutchison* (Engländer, Konservativer) und mehreren seiner Kollegen, die für eine sofortige Erörterung der Ereignisse in Mittel- und Osteuropa eintraten. Die Sitzung wurde unterbrochen, um einen Zusammentritt des Präsidiums zu ermöglichen.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung ergriffen vier Redner gemäß der Geschäftsordnung das Wort: Herr *Hutchison*, Herr Reginald Thomas *Paget* (Engländer, Arbeiterpartei), Herr Karl *Wistrand* (Schwede, Konservativer), der Präsident des Sonderausschusses, und Herr *Boggiano Pico*, der im Namen des Präsidiums erklärte, daß dieses sich einstimmig für die dringliche Behandlung der Angelegenheit ausgesprochen habe. Diese Erklärung wurde von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Der Präsident stellte fest, daß die Dringlichkeit einstimmig befürwortet sei. Er verlas ein Telegramm, das er kurz vorher von Herrn *Wilis Masen*, dem Präsidenten der Versammlung der Unterdrückten Nationen in New York, erhalten hatte, mit dem folgenden Wortlaut:

„Beehre mich, Ihnen folgendes Telegramm an Präsidenten des Sicherheitsrates zur Kenntnis zu geben. Generalsekretär der UN und der im Sicherheitsrat vertretenen Nationen der Versammlung der Unterdrückten Nationen Europas beantragt sofortige Einberufung Sicherheitsrat, um sehr ernste Lage zu erörtern, die durch politische Einmischung Sowjetunion in innere Angelegenheiten Polens entstanden ist, gestützt auf Drohung von Gewaltanwendung, und durch brutale Intervention bewaffneter sowjetischer Streitkräfte in Ungarn, um Kampf polnischen und ungarischen Volkes zum Scheitern zu bringen und ihren Willen, Freiheit und Unabhängigkeit zu erlangen, zu brechen. Diese neue sowjetische Aggression stellt flagrante Verletzung 1. der Charta der Vereinten Nationen, 2. des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung, 3. der Grundbedingungen des Friedens und der von der Sowjetunion selbst unterzeichneten Verträge dar. Sind der Meinung, daß Sicherheitsrat die Pflicht hat, unverzüglich letzte sowjetische Interventionen in innere Angelegenheiten anderer Staaten zu prüfen und positive Maßnahmen zu ergreifen, um politischen und militärischen sowjetischen Eingriffen Ende zu setzen und allen von Sowjetunion unterjochten Staaten ihre unveräußerlichen Rechte auf Freiheit und Unabhängigkeit zu gewährleisten.“

Bitte Sie im Namen der Versammlung der Unterdrückten Nationen Europas an Beratende Versammlung zu appellieren, Antrag an Sicherheitsrat zu unterstützen. Durch mutige Stellungnahme während der augenblicklichen Sitzungsperiode hat Beratende Versammlung zurecht Dankbarkeit unserer Völker verdient. Haben feste Hoffnung, daß sie offenes Ohr für unseren Appell haben wird. Gez.: *Wilis Masen*, Präsident.“

Nach einer kurzen Debatte trat der Ausschuss der nicht vertretenen Nationen unverzüglich zusammen, um sich mit dem Entschließungsentwurf von Herrn *Hutchison* zu befassen; nach seiner Beratung kehrte er wieder in die Sitzung zurück. Im Namen des Ausschusses erklärte Herr *de la Vallée Poussin* (Belgier, Christl.-Sozialer), der Berichterstatter, daß die Kommission den Text von Sir James *Hutchison* einstimmig angenommen habe. Er bat die Versammlung, ebenfalls einmütig dafür zu stimmen. An der Debatte nahmen die folgenden Abgeordneten teil: Sir James *Hutchison*, Herr *Edwards*

(Engländer, Arbeiterpartei), die Herren *Paget*, *Wistrand*, *Boggiano Pico*, Lord *Layton*, Herr *Nicholson* (Engländer, Konserv.), Herr *Oakshott* (Engländer, Konserv.), Herr *Le Bail* (Franzose, Sozialist), Herr *de la Vallée Poussin*, Lord *Stonehaven* (Engländer, Konserv.), Herr *Pezet* (Franzose, MRP).

Der Entschließungsentwurf wurde angenommen. Anschließend folgt der Wortlaut:

Entschließung 106

„Die Beratende Versammlung des Europarats ist sich dessen bewußt, daß keine Gewaltherrschaft von Dauer sein kann. Der menschliche Geist wird stets über die Unterdrückung triumphieren.“

Die Versammlung ist tief bewegt von der menschlichen Tragödie, die sich augenblicklich in Mittel- und Osteuropa abspielt, und gibt am heutigen 25. Oktober 1956 ihrer Bewunderung und Sympathie für alle diejenigen Ausdruck, die leiden und sterben, damit die Flamme der Freiheit nicht erlösche.“

Für die Befreiung der politischen Gefangenen in Osteuropa

Am Donnerstag, dem 25. Oktober, gegen Ende der Nachmittagssitzung, begann die Versammlung mit der Beratung über den im Namen des Ausschusses für die nicht vertretenen Nationen von Herrn *Goedhart* vorgelegten Bericht, der die Aktion betrifft, die zum Zweck der Befreiung der politischen Gefangenen in Osteuropa einzuleiten wäre. Dem Bericht war eine nach Ländern aufgestellte Liste von Gefangenen beigegeben.

Die Debatte wurde abgebrochen und am Freitag, dem 26. Oktober, um 10.00 Uhr wiederaufgenommen. Es beteiligten sich die folgenden Abgeordneten daran: *Goedhart*, *Wistrand*, Frau von *Finckenstein* (Deutsche, CDU), Hermod *Lannung* (Däne, Sozial-Liberaler), Peter *Strasser* (Österreicher, SPÖ) und Bengt *Elmgren* (Schwede, Sozialdemokrat).

Der auf einige Einwände von Herrn *Rolin* hin abgeänderte Entschließungsentwurf wurde abschnittsweise zur Abstimmung gestellt. Die sieben ersten Abschnitte wurden einstimmig — bei drei Enthaltungen — angenommen, zu dem letzten Abschnitt wurde ein Änderungsantrag des Herrn *Edwards* von der Versammlung angenommen.

Es folgt der Wortlaut der Entschließung.

Entschließung 107

„Die Versammlung,

Mit Hinweis darauf, daß die allgemeine Menschenrechtserklärung in ihrem Artikel 3 anregt, daß „jeder Mensch das Recht auf das Leben, die Freiheit und die Sicherheit seiner Person hat“, und in Artikel 2, daß jeder einzelne „ohne irgendwelche Unterscheidung, im besonderen der politischen Meinung oder irgendeiner anderen Überzeugung“ von diesem Recht Gebrauch machen kann;

Überdies in der Erwägung, daß Artikel 9 der allgemeinen Menschenrechtserklärung vorsieht, daß „niemand willkürlich verhaftet, gefangengehalten oder ausgewiesen werden kann“ und daß Artikel 10 erklärt, daß „jedermann, bei voller Gleichberechtigung, verlangen kann, daß seine Sache in rechtem und öffentlichem Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gerichtshof gehört wird, der sowohl über seine Rechte und Pflichten, als auch über jede in

einer Strafsache gegen ihn gerichtete Anklage entscheiden wird";

Im Hinblick darauf, daß einige politische Gefangene, in der Mehrzahl Kommunisten, die in dieser oder jener Weise gegen die augenblicklichen Herrscher opponiert haben sollen, kürzlich wieder in Osteuropa, einschließlich in der UdSSR, auf freien Fuß gesetzt worden sind;

Macht auf die Tatsache aufmerksam, daß eine große Anzahl von politischen Gefangenen, über die keinerlei Information vorliegt, noch als in Gefangenschaft befindlich angesehen werden müssen;

Unterstreicht die beklagenswerte Tatsache, daß viele dieser Gefangenen willkürlich auf Grund von administrativen Beschlüssen zu Freiheitsstrafen oder Zwangsarbeit von langer Dauer verurteilt worden sind;

Vertritt die Auffassung, daß es Menschenpflicht ist, die sofortige Befreiung der politischen Gefangenen, ob Kommunisten oder Nichtkommunisten, in den Ländern Mittel- und Osteuropas zu fordern;

Fordert den Präsidenten der Versammlung auf, Schreiben an den Präsidenten des Obersten Sowjets der UdSSR sowie an die Präsidenten der gesetzgebenden Versammlungen der anderen kommunistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa zu richten und um Aufklärung über das Schicksal und den augenblicklichen Aufenthaltsort der Personen zu ersuchen, die in dem Anhang zu der vorliegenden Entschließung (Liste der Personen vgl. Dok 547) aufgeführt sind, und ihnen im Namen der Versammlung ein Gesuch um sofortige Befreiung der politischen Gefangenen zu übermitteln;

Fordert die Mitgliedsregierungen auf, dafür Sorge zu tragen, daß diese Entschließung und die im Anhang beigegebenen Listen während der nächsten Sitzungsperiode der Vollversammlung der Vereinten Nationen geprüft werden."

IX. GESCHÄFTSORDNUNG

Konstituierung und Mandat der Ausschüsse

Während ihrer Nachmittagssitzung am Donnerstag, dem 25. Oktober, beriet die Versammlung über den Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitäten und über den Entschließungsentwurf, in dem eine Rationalisierung der Zusammensetzung und des Aufgabenbereichs des Ausschusses der Versammlung angestrebt wird.

In dem Entwurf werden gewisse Änderungen der Bezeichnungen und der Zuständigkeiten der verschiedenen Ausschüsse vorgesehen.

Folgende Redner sprachen in der Debatte: der Berichterstatter Herr Ole Bjoern Kraft (Däne, Konserv.), Herr Frans van Cauwelaert (Belgier, Christl. Dem.), Präsident des Ausschusses; Herr Per Federspiel (Däne, Liber.) und Herr René Radius (Franzose, Soz. Republ.).

Nach der Debatte nahm die Versammlung einstimmig den Entwurf der Entschließung 105 an.

Entschließung 105

Artikel 1

"Die Absätze 1 und 2 des Artikels 40 der Geschäftsordnung werden folgendermaßen abgeändert und abgefaßt:

1 Zu Beginn jeder ordentlichen Sitzungsperiode werden von der Versammlung nachstehende allgemeine Ausschüsse konstituiert:

- 1 Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten,
- 2 Wirtschaftsausschuß,
- 3 Sozialausschuß,

4. Rechtsausschuß,
5. Kulturausschuß,
6. Ausschuß für Geschäftsordnung,
7. Ausschuß für Landwirtschaft,
8. Ausschuß für örtliche Behörden,
9. Ausschuß für nicht vertretene Nationen,
10. Haushaltsausschuß.

2. Die Versammlung kann außerdem für bestimmte Zwecke Sonderausschüsse bilden. Jeder Vorschlag, der auf die Bildung eines Sonderausschusses hinausgeht, wird in das Register der Versammlung gemäß den in oben stehendem Artikel 28 vorgesehenen Bedingungen aufgenommen und zur Berichterstattung an den Ausschuß für Geschäftsordnung verwiesen.

Das Mandat eines Sonderausschusses endet nach der Beratung über seinen Bericht durch die Versammlung.

Artikel 2

Die Zahl der Sitze in den fünf ersten, in obenstehendem Artikel 1 aufgeführten Ausschüssen wird auf 30 festgelegt, in den drei folgenden Ausschüssen auf 24, in den beiden letzten Ausschüssen auf 16.

Artikel 3

Der Aufgabenbereich des Ausschusses für Bevölkerung und Flüchtlinge wird auf den Sozialausschuß und derjenige des Sonderausschusses zur Wahrnehmung der europäischen Solidarität in Katastrophenfällen auf den Ausschuß für örtliche Behörden übertragen.

Artikel 4

Vorliegende Entschließung wird mit der Eröffnung der neunten ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung in Kraft treten."

X. KOMMUNALE UND REGIONALE ANGELEGENHEITEN

Sitzung des Sonderausschusses

Der Sonderausschuß für kommunale und regionale Angelegenheiten der Beratenden Versammlung hat am 4. Oktober unter Vorsitz von Herrn J. J. R. Schmal (Holländer) in Frankfurt getagt. Er billigte die Einberufung einer Konferenz der örtlichen Behörden im Straßburger Europahaus im kommenden Januar. Er stimmte grundsätzlich einem Vorschlag von Herrn Karl Czernetz (Österreicher) zu, in dem die Veröffentlichung eines Buches zur Förderung des "europäischen Bewußtseins" bei Schulkindern empfohlen wird.

Der französische Abgeordnete und stellvertretende Bürgermeister von Straßburg, Herr René Radius, gab bekannt, daß bei jeder Sitzung der Versammlung des Europarats die Fahne des Rates auf dem Rathaus und den anderen Verwaltungsgebäuden in Straßburg aufgezogen werden wird.

Europapreis der Gemeinden

Auf einer Sondersitzung am Donnerstag, dem 25. Oktober, abends, nahm der Präsident der Versammlung die Verleihung des Europapreises vor, der in jedem Jahr derjenigen städtischen Behörde zugeteilt wird, die sich die größten Verdienste um die Idee der europäischen Einheit erworben hat. In diesem Jahr ist auf Beschluß des Ausschusses für kommunale und regionale Angelegenheiten der Preis den beiden "verschwägerten" Gemeinden Offenbach in der Bundesrepublik Deutschland und Puteaux bei Paris gemeinsam verliehen worden.

Nachdem der Präsident einen Brief von Herrn Jacques Chaban-Delmas (Franzose) verlesen hatte, in dem der Präsident des Sonderausschusses sein großes Bedauern ausdrückte, der Feierlichkeit nicht beiwohnen zu können, und nachdem er die beiden Städte zu ihren Bemühungen im Sinne der französisch-deutschen Annäherung beglückwünscht hatte, erteilte er dem Vizepräsidenten des Sonderausschusses Herrn Schmal, das Wort. Außerdem sprach der amtierende Präsident, der Stellvertreter der Minister, Herr Giorgio Bombassei de Vettor, und überreichte den Bürgermeistern von Puteaux und Offenbach eine Medaille und einen Scheck.

Der Bürgermeister von Offenbach, Herr Hans Klüber, und der Bürgermeister von Puteaux, Herr Georges Dardel, sprachen von der Arbeit ihrer betreffenden Städte zugunsten der europäischen Einheit und erklärten, daß die ihnen erwiesene Ehre sie anfeuern werde, auf dem einmal eingeschlagenen Weg weiter fortzuschreiten.

XI. VERSCHIEDENES

Wahlen in den Niederlanden

Bei den Wahlen zu der ersten Kammer der Generalstaaten der Niederlande wurden folgende Abgeordnete und Stellvertreter bei der Beratenden Versammlung wiedergewählt: Herr Professor M. J. C. Beaufort, Herr P. J. Kapteijn, Herr W. Rip, Herr G. Vixseboxse, Herr W. C. Wendelaar ließ sich nicht wieder aufstellen. Herr M. A. A. Janssen wurde in die zweite Kammer der Generalstaaten gewählt. Fräulein M.A.M. Klompé wurde zum Minister für Sozialfürsorge in der neuen holländischen Regierung ernannt. Sie ist die erste Frau, die in den Niederlanden einen Ministerposten ausfüllt.

Schule für Journalismus

Am Montag, dem 8. Oktober, wurden im Europahaus von Herrn Marcel Styns, dem Präsidenten der internationalen Journalistenvereinigung, in Anwesenheit des Rektors der Universität Straßburg Herrn Jean Babin, die Ziele der Schule für Journalismus erläutert, die im Einvernehmen mit der Universität und unter der Schirmherrschaft der UNESCO in Straßburg eröffnet werden soll.

Europäische Filme

Bei Gelegenheit einer Filmvorführung, die traditionsgemäß während der Sitzung der Beratenden Versammlung veranstaltet wurde, konnte das Straßburger Publikum europäische Dokumentarfilme sehen, die vor kurzem bei den Filmfestspielen in Venedig preisgekrönt worden waren.

Der italienische Unterstaatssekretär Herr Badini-Catonieri überreichte Herrn Philippe Brunet die Medaille, die dieser für seinen Film „Europa — Menschliches Abenteuer“ bei den Festspielen in Venedig gewonnen hatte; die englische Fassung dieses Films wurde, kommentiert von Robert Speaight, in dem ersten Teil der Filmschau gezeigt. Der Direktor der Informationsabteilung des Europarats überreichte die von dem Generalsekretär gestiftete Medaille an Herrn Wronecki, den Hersteller des Films „Geschichte eines Vertrages“, der unter der Schirmherrschaft der EGKS entstanden ist.

Schließlich wurde, unter der Schirmherrschaft der Abgeordneten der Bundesrepublik Deutschland bei der Beratenden Versammlung, der Film „Nacht und Nebel“ über die Nazi-Konzentrationslager gezeigt. Dieser Film wird zur Zeit in deutscher Fassung vorbereitet, um auf Veranlassung der Bundespressestelle in Bonn im gesamten Bundesgebiet vorgeführt zu werden.

Preisträger des Europäischen Schultages

Eine Gruppe von Studenten aus acht europäischen Ländern machte während der Sitzung der Versammlung einen Besuch in Straßburg auf Kosten des Europarats, der die Ausgaben für Reise und Aufenthalt der Preisträger des europäischen Schultags übernommen hatte.

Neuer ständiger Vertreter Dänemarks

Frau Bodil Begtrup, die ehemalige Botschafterin Dänemarks in Island, wurde zur Ständigen Vertreterin ihres Landes beim Europarat anstelle von Herrn John Knox ernannt.

Ausstellung europäischer Briefmarken

Anläßlich der Herbstsitzung der Beratenden Versammlung veranstaltete die Straßburger philatelistische Gesellschaft „Union 1877“ im Europahaus eine Ausstellung von Briefmarken der Mitgliedstaaten des Europarats sowie von Briefmarken „europäischen“ Charakters.

Eine von der gleichen philatelistischen Gesellschaft veranstaltete Zusammenkunft fand am Samstag, dem 27. Oktober, unter Vorsitz des Präsidenten der Gesellschaft, Herrn Loppinet, im Europahaus statt, an dem auch der Direktor der Informationsabteilung beim Europarat, Herr Paul M. G. Lévy, teilnahm. Dieser überreichte dem Präsidenten der Gesellschaft die Medaille „Den Freunden der europäischen Briefmarke“, die von dem Generalsekretär des Europarats gestiftet ist.

Konferenz der Berichterstatter der verschiedenen Staaten

Die Mitglieder des Berichterstatternetzes, das die Informationsabteilung des Generalsekretariats in den Mitgliedsländern unterhält, haben vom 18. bis 23. Oktober in Straßburg ihre jährliche Konferenz abgehalten.

Dabei wurde ein Überblick über die Lage in den verschiedenen Mitgliedstaaten gegeben, was die Verbreitung der Kenntnis von der Arbeit des Europarats betrifft.

Europäisches Fenster

Am 21. Oktober wurde das „Fenster Jacques-Camille Paris“, das durch Geldbeträge aus allen Teilen Europas für das Straßburger Münster gestiftet und von Max Ingrand geschaffen wurde, feierlich eingeweiht.

Frau J.-C. Paris wohnte der Feierlichkeit bei.

Die Außenminister Großbritanniens, der Türkei, Luxemburgs, Österreichs und Schwedens ließen sich persönlich vertreten.

Für die europäischen Institutionen waren anwesend: der Präsident und mehrere Mitglieder der Hohen Behörde der EGKS, der Präsident und zahlreiche Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung, die

Kammerpräsidenten und mehrere Mitglieder des Gerichtshofes, der Vertreter des Rates der OEEC, der Präsident der Stellvertreter der Minister und zahlreiche Ständige Vertreter beim Europarat, der Präsident der Beratenden Versammlung und die Mitglieder der Versammlung, mehrere Mitglieder der Menschenrechtskommission, der Präsident und zahlreiche Mitglieder der Versammlung der WEU, alle örtlichen Behörden und eine etwa 10 000 Menschen zählende Menge.

Nach Gebeten zum Gedächtnis von J.-C. Paris hielt Herr Paul M. G. Lévy als Sekretär des Komitees für das Europäische Fenster eine kurze Ansprache. Der Präsident des Komitees Herr Paul van Zeeland, enthüllte das Kirchenfenster, und der Staatssekretär für Kunst und Wissenschaften, Herr Jacques Bordeneuve, nahm es im Namen Frankreichs in Besitz. Das Fenster wurde von Monsignore Jean-Julien Weber, dem Bischof von Straßburg, gesegnet.

Der offizielle Bericht der Zeremonie wurde feierlich in den zugelassenen Sprachen des Europarats und der EGKS verlesen; er wurde von der Mehrzahl der anwesenden Persönlichkeiten unterzeichnet und durch Herrn Paul van Zeeland dem Bürgermeister von Straßburg übergeben. Die Urkunde wird in dem Museum de l'Oeuvre Notre-Dame ausgestellt werden. Sie trägt die Siegel des Europarats, der OEEC, der WEU, der Hohen Behörde der EGKS, der Gemeinsamen Versammlung, des Gerichtshofs der EGKS, der Stadt Straßburg, des Bistums und des Ministeriums für Künste und Wissenschaften.

Herr van Zeeland hielt in dem Straßburger Rathaus eine Rede, in der er die Dringlichkeit der Verwirklichung einer Union der europäischen Staaten betonte.

ANDERE ORGANISATIONEN WEU

Sitzung der Versammlung

Am Donnerstag, dem 11. Oktober, nahm die Versammlung der Westeuropäischen Union in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn J. S. Maclay (Engländer) ihre ordentliche Sitzungsperiode wieder auf.

Nach Prüfung des von dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten vorgelegten Berichts nahm die Versammlung drei für den Rat der WEU bestimmte Empfehlungen an, die kulturelle Fragen, die Tätigkeit der WEU bezüglich der Saar und soziale Fragen betreffen.

In der ersten dieser Empfehlungen ersucht sie den Rat, „seine kulturelle Betätigung im experimentellen Sinn fortzusetzen“ und vor allem die Schlußfolgerungen des Universitäts-Komitees und die Entschlüsse der Konferenz von Cambridge zu berücksichtigen; die Übersetzung ins Deutsche und Italienische der von der WEU veröffentlichten Kulturbroschüre vorzubereiten; die Arbeitsgruppe für Rundfunk und Fernsehen neu zu beleben, „um Rundfunk und Fernsehen zu einem wirkungsvollen Instrument der europäischen Erziehung zu machen“; und schließlich, ihre Bestrebungen in der Sache der Gleichwertigkeit der Universitätsdiplome fortzusetzen.

In der Empfehlung über die Saar beglückwünscht sie den Rat zu dem erfolgreichen Abschluß seiner

Mission und empfiehlt ihm, weiter „soweit es notwendig ist, zu der endgültigen Regelung der französisch-deutschen Streitfrage mitzuverhelfen“.

Was die sozialen Fragen betrifft, wird der Rat gebeten, seine Tätigkeit „im experimentellen Sinne“ fortzusetzen und im besonderen das durch die Aufnahme Italiens und der Bundesrepublik Deutschland sich ergebende Problem zu untersuchen; schließlich Kontakt mit denjenigen Organen des Europarats aufzunehmen, die die Konvention über wirtschaftliche und soziale Rechte vorbereiten (siehe auch: „Soziale Fragen“).

Am 12. Oktober befaßte sich die Versammlung mit dem Stand der europäischen Verteidigung und stützte sich dabei auf einen von Herrn J. J. Fens (Holländer, Christl. Volkspartei) vorgelegten Bericht. Nach der Erwiderung des amtierenden Präsidenten des Rates, Herrn J. W. Beyen, nahm die Versammlung zwei weitere Empfehlungen an. In der ersten (Nr. 5) wird der Rat aufgefordert, in naher Zukunft einen Beschluß über die Art der Reorganisation der Verteidigung des Westens zu fassen und dafür Sorge zu tragen, „daß die öffentliche Meinung über diesen Punkt aufgeklärt wird“. Es müsse zugestanden werden, daß „erhebliche konventionelle Streitkräfte auch weiter gehalten werden müssen, um jeder etwaigen Lage begegnen zu können“. Im übrigen müsse der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zu der europäischen Verteidigung so bald wie möglich wirksam werden.

Die Empfehlung Nr. 6 betrifft die Funktionen der WEU auf dem Gebiet der Verteidigung. Die Versammlung äußert die Ansicht, daß sie keine sachlich fundierte Debatte abhalten kann, „wenn sie, bei voller Berücksichtigung der Sicherheitserfordernisse, nicht die für eine solche Debatte notwendigen Informationen erhält“. Sie empfiehlt dem Rat, „unbedingt seine Interpretation des Brüsseler Vertrags einer Prüfung zu unterziehen“ im Hinblick auf die Tätigkeit der WEU auf diesem Gebiet.

Die Versammlung befaßte sich außerdem mit einem von Herrn John Edwards (Engländer, Arbeiterpartei) und einigen seiner Kollegen eingebrachten Antrag bezüglich der Schaffung einer vierten europäischen Versammlung. Der Präsidialausschuß empfahl ihr, diesen Antrag an einen zu diesem Zweck gebildeten Sonderausschuß zur Prüfung zu verweisen. Die Versammlung zog es vor, ihn an den Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten zu verweisen. Nachstehend der Wortlaut des Antrags:

Entwurf einer Empfehlung

„In der Erwägung, daß sich schon jetzt für die Abgeordneten ernste Schwierigkeiten daraus ergeben, daß sie an den Tagungen von drei europäischen Versammlungen und ihren bestehenden Ausschüssen teilnehmen und gleichzeitig ihre Verpflichtungen in ihren nationalen Parlamenten zu erfüllen haben,

Außerdem in der Erwägung, daß die persönliche Verknüpfung, die durch eine gewisse übereinstimmende Zusammensetzung dieser Versammlungen hergestellt wird, von großem Vorteil ist, um Überschneidungen der Tätigkeit zu vermeiden und zugleich eine gewisse Einheitlichkeit in der Entwicklung der europäischen parlamentarischen Institutionen gewährleistet,

Empfiehlt die Versammlung dem Rat.

Daß die beteiligten Regierungen keinen Vorschlag auf Schaffung einer vierten europäischen Versammlung zulassen sollen."

Am 13. Oktober wurde außer einer Beratung über Haushaltsfragen in den Debatten der Versammlung die Verwendung und Kontrolle der Atomenergie im Rahmen der WEU behandelt. Diese Beratungen wurden durch einen von Herrn *Benvenuti* (Italiener) im Namen des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen erstatteten Bericht eingeleitet. Am Schluß der Debatte wurde ein Empfehlungsentwurf einstimmig angenommen. Darin äußert die Versammlung, daß die Verwendung der Atomenergie von lebenswichtiger Be-

deutung für die Zukunft der Mitgliedsländer ist. Sie ersucht den Rat darum, „daß zwischen den Mitgliedstaaten ein Abkommen“ für die Kontrolle „von ergiebigem und spaltbarem Material abgeschlossen wird“; „daß dieses Abkommen die Zusammenarbeit zwischen dem Rüstungskontrollamt der WEU und der europäischen Organisation für die friedliche Verwendung der Atomenergie regelt“; daß der Rat die Frage des Besitzes, der Herstellung und der Verwendung von Atomwaffen untersuchen soll; daß er schließlich der Versammlung über diese Fragen Bericht erstatten soll.

Nach dieser Abstimmung erklärte der Präsident die zweite ordentliche Sitzung der Versammlung der WEU für geschlossen. Das Präsidium wird den Termin und das Programm der nächsten Sitzung festsetzen.

VORLAUFIGER TERMINKALENDER

6. November:	42. Sitzung der Stellvertreter der Minister (Straßburg)	19. November:	Gemischte Arbeitsgruppe (Paris)
6. bis 9. November:	Sachverständigenausschuß für Gesundheitsfragen (Straßburg)	20. November:	Gemischter Ausschuß (Paris)
12. November und folgende Tage:	Unterausschuß der Europäischen Kommission für die Menschenrechte (Straßburg)	23. bis 24. November:	Arbeitsgruppe für europäisches Dienstrecht (Paris)
12. bis 14. November:	Berater des Sonderbeauftragten (Paris)	24. November:	Eröffnung der 3. Europäischen Ausstellung (Rom)
15. bis 17. November:	Präsidium des Wiederansiedlungs-Fonds (Paris)	27. bis 30. November:	Sozialkomitee (Straßburg)
19. bis 21. November:	Verwaltungsrat des Wiederansiedlungs-Fonds (Paris)	27. bis 30. November:	Gemeinsame Versammlung der EGKS (Straßburg)
19. November:	Präsidium der Beratenden Versammlung (Paris)	29. bis 30. November:	Sachverständigenausschuß für Fragen der Sozialversicherung (Straßburg)
		14. bis 15. Dezember:	Allgemeiner Ausschuß (Paris)
		8. bis 11. Januar:	Dritter Teil der Achten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg)



